



C/2024/3364

14.6.2024

EMPFEHLUNG DES RATES

vom 13. Mai 2024

„Europa in Bewegung“ — Lernmobilität für alle

(C/2024/3364)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf die Artikel 165 und 166,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. In der Erklärung von Rom vom 25. März 2017 bekannten sich die Führungsspitzen der EU zu einer Union, in der junge Menschen die beste Bildung und Ausbildung erhalten und auf dem gesamten Kontinent studieren und Arbeit finden können.
2. Lernmobilität hat sich für Lernende als äußerst wertvoll erwiesen, um die für die persönliche, bildungsbezogene und berufliche Entwicklung erforderlichen Kompetenzen⁽¹⁾ zu erwerben. Grenzüberschreitende Lernerfahrungen verbessern das interkulturelle Verständnis und tragen zur Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität bei. Durch das Organisieren von ein- und ausgehender Lernmobilität werden Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung und Anbieter nichtformalen und informellen Lernens zudem maßgeblich dazu veranlasst, die Qualität ihrer Bildungsangebote zu verbessern.
3. Lernmobilität ist wichtig, um zur Bewältigung des Fachkräftemangels in der EU beizutragen und insbesondere den Mangel an für den grünen und den digitalen Wandel benötigten Fachkräften anzugehen sowie den Übergang der Lernenden auf den Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen. Das Lernen am Arbeitsplatz, einschließlich im Ausland verbrachter Lernzeiten, wirkt sich vorteilhaft auf den Erwerb von Fertigkeiten und die Beschäftigungsfähigkeit aus.
4. Die Bereitstellung von Lernmobilitätsmöglichkeiten für alle ist für die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums sowie der Ziele der EU-Jugendstrategie 2019-2027 von entscheidender Bedeutung. In der Mitteilung der Kommission vom 30. September 2020 über die Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025⁽²⁾ wurde eine Aktualisierung des Rahmens für die Lernmobilität⁽³⁾ und die Ausarbeitung eines politischen Rahmens für Auslandsaufenthalte von Lehrkräften angekündigt, damit mehr Lernende und Lehrende Mobilitätschancen nutzen können. Mit der vorliegenden Empfehlung wird die Empfehlung des Rates vom 28. Juni 2011 — „Jugend in Bewegung — die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ aktualisiert, um ihre Bestimmungen zu stärken, mehr Möglichkeiten für Lernmobilität — für junge Menschen, Lernende jeden Alters, Lehrkräfte und Beschäftigte — zu schaffen und neue Lernmuster, einschließlich des integrierten Lernens, anzugehen.
5. Eine der strategischen Prioritäten in der Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030)⁽⁴⁾ bestand in der Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität für alle. In der Entschließung des Rates zum europäischen Bildungsraum: Blick auf das Jahr 2025 und darüber hinaus⁽⁵⁾ wurde betont, dass die Ermittlung und Beseitigung der verbleibenden Hindernisse für die Lern- und Lehrmobilität bei gleichzeitiger Förderung einer inklusiven, nachhaltigen und ausgewogenen Mobilität von entscheidender Bedeutung für die vollständige Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums ist.
6. Die vom Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) erhobenen Daten zeigen, dass die Länder ihre Anstrengungen verstärken müssen, um ihre Leistung bei der Bereitstellung umfassender Unterstützung für die Mobilität von Lernenden in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, insbesondere von Auszubildenden, zu verbessern. Die Analyse der nationalen Umsetzungspläne⁽⁶⁾ für die Empfehlung des Rates vom 24. November 2020

⁽¹⁾ Im Einklang mit der Empfehlung des Rates vom 22. Mai 2018 zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen (ABl. C 189 vom 4.6.2018, S. 1) werden Kompetenzen als eine Kombination aus Kenntnissen, Fertigkeiten und Einstellungen definiert.

⁽²⁾ Dok. COM(2020) 625 final.

⁽³⁾ Entsprechend der Empfehlung des Rates vom 28. Juni 2011 — „Jugend in Bewegung — die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ (ABl. C 199 vom 7.7.2011, S. 1).

⁽⁴⁾ ABl. C 66 vom 26.2.2021, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. C 185 vom 26.5.2023, S. 35.

⁽⁶⁾ Cedefop, *Gemeinsam für eine attraktive, inklusive, innovative, agile und flexible Berufsbildung*, Kurzbericht des Cedefop, 2023.

zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz ⁽⁷⁾ zeigt, dass nur etwa die Hälfte aller Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung priorisiert hat.

7. Die Überprüfung ⁽⁸⁾ der Umsetzung der Empfehlung des Rates vom 15. März 2018 zu einem Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung ⁽⁹⁾ sowie die Erkenntnisse des Cedefop ⁽¹⁰⁾ deuten darauf hin, dass die Mobilität von Auszubildenden nach wie vor unterentwickelt ist und mehr getan werden muss, um Auszubildenden die Teilnahme an Mobilitätsprogrammen zu ermöglichen.
8. In den Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Mobilität, insbesondere der Mobilität in Europa, von Lehrkräften und Auszubildenden während ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildung ⁽¹¹⁾ wurde gefordert, die Mobilität zu fördern und auszuweiten, sodass sie zu einem gängigen Merkmal der Weiterbildung und beruflichen Laufbahn der Lehrkräfte und Auszubildenden wird.
9. Die Überprüfung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie ⁽¹²⁾ zeigt, dass verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen und Jugendarbeiter tatsächlich Zugang zu Mobilitätsmöglichkeiten erhalten, wozu auch Freiwilligentätigkeiten im Bereich der Zivilgesellschaft gehören. Es bedarf auch weiterer Arbeiten an wirksamen Systemen für die Validierung von Kompetenzen, die durch nichtformale und informelle Lernmobilität erworben wurden, im Einklang mit der Empfehlung des Rates vom 5. April 2022 über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union ⁽¹³⁾.
10. Fehlende Fremdsprachenkenntnisse sind nach wie vor ein Hindernis für die Inanspruchnahme von Lernmobilität, das Studieren und Arbeiten im Ausland und das vollständige Entdecken Europas in seiner ganzen kulturellen Vielfalt. Gleichzeitig können eine Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts und des Fremdspracherwerbs sowie Kursangebote in einer Fremdsprache Lernende aus anderen Ländern dazu animieren, an einem Lernmobilitätsprogramm teilzunehmen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, digitale Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz (KI), zu nutzen.
11. In den Schlussfolgerungen des Rates zu weiteren Schritten zur Verwirklichung der automatischen gegenseitigen Anerkennung in der allgemeinen und beruflichen Bildung ⁽¹⁴⁾, die auf dem Bericht über die Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulqualifikationen und von Qualifikationen der allgemeinen und beruflichen Bildung der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland ⁽¹⁵⁾ beruhen, wird festgestellt, dass das Fehlen einer automatischen gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen und der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland ⁽¹⁶⁾ die Lernmobilität in der EU nach wie vor behindert. Im Bereich der Hochschulbildung haben die nationalen Behörden erhebliche Verbesserungen erzielt, was ihr Verständnis des Konzepts der automatischen gegenseitigen Anerkennung betrifft. Das Fehlen einheitlicher nationaler Ansätze sowie mangelnde Transparenz sind jedoch wichtige Faktoren, die Studierende davon abhalten, an Mobilitätsmaßnahmen teilzunehmen.
12. Die Förderung der Lernmobilität mit Drittländern kann die europäischen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung für den Rest der Welt attraktiver machen und Fachkräfte für ihre Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung gewinnen. Die internationale Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich der Lernmobilität, ist wesentlich für die Verwirklichung der geopolitischen Prioritäten der EU, insbesondere von Global Gateway, und der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.
13. Die Förderung des Zugangs von Menschen mit geringeren Chancen zu Lernmobilität ist besonders wichtig, und dieses Inklusionsziel steht im Mittelpunkt des Programms Erasmus+ 2021-2027 und des Programms für das Europäische Solidaritätskorps. Es ist entscheidend, dass dieses Ziel innerhalb dieser Programme gestärkt und nach Möglichkeit auf andere Lernmobilitätsmaßnahmen in der gesamten EU ausgeweitet wird.

⁽⁷⁾ ABl. C 417 vom 2.12.2020, S. 1.

⁽⁸⁾ Putting into practice the European Framework for Quality and Effective Apprenticeships — implementation of the Council Recommendation by Member States (Dok. SWD(2021) 230 final).

⁽⁹⁾ ABl. C 153 vom 2.5.2018, S. 1.

⁽¹⁰⁾ Cedefop, *Enablers and disablers of cross-border long-term apprentice mobility: evidence from country- and project-level investigations*, Cedefop-Referenzreihe Nr. 120, Amt für Veröffentlichungen, Luxemburg, 2021.

⁽¹¹⁾ ABl. C 167 vom 21.4.2022, S. 2.

⁽¹²⁾ Commission staff working document accompanying the Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions on the implementation of the EU Youth Strategy (2019-2021) (Dok. SWD(2021) 286 final).

⁽¹³⁾ ABl. C 157 vom 11.4.2022, S. 1.

⁽¹⁴⁾ ABl. C 185 vom 26.5.2023, S. 44.

⁽¹⁵⁾ Dok. COM(2023) 91 final.

⁽¹⁶⁾ Die Begriffsbestimmungen für „automatische gegenseitige Anerkennung einer Qualifikation“ und „automatische gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse einer Lernzeit im Ausland“ sowohl auf Hochschulebene als auch auf Ebene der allgemeinen und beruflichen Bildung der Sekundarstufe II sind im Anhang der Empfehlung des Rates vom 26. November 2018 zur Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulqualifikationen und von Qualifikationen der allgemeinen und beruflichen Bildung der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland (ABl. C 444 vom 10.12.2018, S. 1) enthalten und gelten in vollem Umfang für die vorliegende Empfehlung.

14. Mit der Initiative „Europäische Hochschulen“ wird angestrebt, dass 50 % der teilnehmenden Einrichtungen sich an Mobilitätsmaßnahmen beteiligen; derzeit werden europäische Kriterien für die Verleihung eines gemeinsamen Gütesiegels „Europäischer Hochschulabschluss“ geprüft, was auch die Einbeziehung von Mobilität in die Lehrpläne begünstigen könnte. Mit den aufgestockten Erasmus+-Mitteln für 2021-2027 wird das Ziel der EU unterstützt, mehr Studierende dazu zu bewegen, mindestens einmal im Laufe ihres Studiums an Lernmobilität teilzunehmen, und zwar mit einem vielfältigeren Angebot an Mobilitätsformaten, einschließlich gemischter Intensivprogramme und kurzfristiger gemischter Mobilität. Daher ist es wichtig, das Lernmobilitätsziel von 20 %, das ursprünglich 2009 im Rahmen des Bologna-Prozesses festgelegt wurde, zu erhöhen. Mit den seither entwickelten Instrumenten und den in dieser Empfehlung vorgeschlagenen Maßnahmen werden die notwendigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass mindestens 23 % der Hochschulabsolventen an Lernmobilität teilnehmen.
15. In den letzten zehn Jahren hat eine Weiterentwicklung der Lernmuster stattgefunden, auch aufgrund der COVID-19-Pandemie, durch die das virtuelle und integrierte Lernen einen Aufschwung erlebten. Durch die Ausweitung der Lernmobilitätsmöglichkeiten auf Lernende, Lehrkräfte und Beschäftigte in allen formalen, nichtformalen und informellen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie den Bereichen Jugend und Sport sind ebenfalls flexible Formen von Lernmobilität entstanden.
16. Eine ausgewogene Mobilität in der Forschung, insbesondere von Nachwuchsforschern, sollte weiterhin unterstützt werden, um deren persönliche und berufliche Entwicklung zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Forschungs- und Innovationssystems zu verbessern.
17. Mit dieser Empfehlung soll ein Beitrag zur Vollendung des Europäischen Bildungsraums bis 2025 geleistet werden. Die Vision für Qualität in der allgemeinen und beruflichen Bildung umfasst die Förderung der doppelten Freiheit — Freiheit für Lernende, Lehrkräfte und Beschäftigte, insbesondere für Menschen mit geringeren Chancen, mobil zu sein, und Freiheit der Einrichtungen, sich innerhalb Europas und darüber hinaus zusammenzuschließen. Inklusive und gerechte Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sollten den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, den Grundstein für bürgerschaftliches Engagement legen und die Beschäftigungsfähigkeit verbessern. In dieser Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, günstige Voraussetzungen für Lernmobilität zu schaffen, Hindernisse zu beseitigen und Anreize einzuführen, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Lernenden, Lehrkräften und Beschäftigten in verschiedenen Sektoren zugeschnitten sind.
18. Ferner zielt diese Empfehlung darauf ab, eine engere Zusammenarbeit mit wichtigen Drittländern zu ermöglichen, wie in der Initiative der Fachkräftepartnerschaften vorgesehen, indem für die EU als attraktives Ziel geworben wird, wo Fachkräfte aus Drittländern lernen, eine Ausbildung absolvieren und studieren können.
19. Diese Empfehlung verweist auf die Synergien und Komplementaritäten, die zwischen den EU-Programmen im Bereich Lernmobilität, wie beispielsweise Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps, und anderen Finanzierungsinstrumenten auf EU-, internationaler, nationaler und regionaler Ebene bestehen, wie den EU-Fonds der Kohäsionspolitik, insbesondere dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus und seiner Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve — Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen).
20. Darüber hinaus soll mit dieser Empfehlung durch spezielle politische Rahmenwerke — wie in den Anhängen dargelegt — die Lernmobilität von Lehrkräften und Auszubildenden gefördert werden. Die Schulen haben mit Lehrkräftemangel zu kämpfen, und die Lernmobilität sollte die Attraktivität des Lehrberufs erhöhen. Lehrkräfte mit Auslandserfahrung können zu wichtigen Vorbildern für Lernende werden und zur Förderung der grenzüberschreitenden und internationalen Zusammenarbeit beitragen. In den Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Mobilität von Lehrkräften und Auszubildenden, insbesondere der Mobilität in Europa, während ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildung werden die positiven Auswirkungen von Lernmobilität im Ausland auf die berufliche Entwicklung von Lehrkräften und die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung hervorgehoben und auch Mobilitätshindernisse benannt. Auch Auszubildende sehen sich mit einer Reihe spezifischer Hindernisse konfrontiert, die mit den Besonderheiten des Lernens am Arbeitsplatz zusammenhängen. Ihre Mobilität sollte dazu beitragen, Qualifikationsdefizite anzugehen, den ökologischen und den digitalen Wandel zu unterstützen und die Beschäftigungsfähigkeit insbesondere unter jungen Menschen zu erhöhen —

STELLT FOLGENDES FEST:

21. Ausgangspunkt für die Zwecke dieser Empfehlung ist die Definition des Begriffs „Lernmobilität“ nach der Verordnung (EU) 2021/817 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Einrichtung von Erasmus+, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013⁽¹⁷⁾; demnach bezeichnet der Begriff den physischen Wechsel einer Person in ein anderes Land als das Land ihres Wohnsitzes, um dort zu studieren, einer Aus- oder Weiterbildung oder einer nichtformalen oder informellen Lernaktivität nachzugehen. „Lernmobilität“ im Sinne dieser Empfehlung umfasst alle Arten langfristiger und kurzfristiger Lernmobilität, darunter Mobilität von Einzelpersonen und Gruppen, gemischte

⁽¹⁷⁾ ABl. L 189 vom 28.5.2021, S. 1.

Mobilität (einschließlich ihrer virtuellen Komponenten), Mobilität zum Erwerb von Leistungspunkten und Mobilität zum Erwerb eines Abschlusses. Sie erstreckt sich auf Lernende, Lehrkräfte und Beschäftigte in allen Bereichen des lebenslangen Lernens, einschließlich frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, Schulen, Hochschulen, berufliche Aus- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung, junge Menschen ⁽¹⁸⁾, Jugendarbeiter sowie Personal im Sportbereich ⁽¹⁹⁾ innerhalb und außerhalb des Anwendungsbereichs des Erasmus+-Programms. Diese Empfehlung erfasst sowohl die Lernmobilität innerhalb der EU als auch die von der EU ausgehende internationale Lernmobilität.

22. Die Mobilität von Lernenden, Lehrkräften und Beschäftigten, die seit der Einführung des europäischen Bildungsraums verstärkt wurde, wirkt sich positiv auf die allgemeine und berufliche Bildung aus. Die Mobilität zum Erwerb eines Hochschulabschlusses sowie die Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung können jedoch Herausforderungen für einige Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung mit sich bringen, die einen erheblichen Zustrom von Lernenden oder Auszubildenden erleben, oder für die Länder, die von Intelligenzabwanderung bedroht sind, was dazu führt, dass viele talentierte Menschen sich dafür entscheiden, im Ausland zu studieren oder eine Ausbildung zu beginnen und dann dort bleiben.
23. Unter das Ziel für die Lernmobilität ⁽²⁰⁾ im Hochschulbereich fallen unter anderem die folgenden Mobilitätsmaßnahmen: Auslandsmobilität zum Erwerb eines Abschlusses, Auslandsmobilität zum Erwerb von Leistungspunkten von mindestens drei Monaten bzw. zum Erwerb von 15 Leistungspunkten des Europäischen Systems zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (ECTS) (einschließlich zu Praktikums- und Studienzwecken) sowie eine kürzere Auslandsmobilität von weniger als drei Monaten bzw. zum Erwerb von mindestens drei ECTS-Leistungspunkten. Diese Mobilitätsmaßnahmen können entweder zur Gänze physisch oder auch gemischt sein, d. h. sowohl aus einer virtuellen als auch einer physischen Komponente bestehen. Berechnet wird das Ziel auf Ebene der Absolventen, die während ihres Studiums mindestens einmal an einer Lernmobilität teilnehmen. Vor diesem Hintergrund wird die Kommission in dieser Empfehlung ersucht, bis 2026 einen Vorschlag für eine aktualisierte Methode zur Messung des Anteils der Hochschulabsolventen mit Lernmobilitätserfahrung im Ausland vorzulegen.
24. Um auf die Forderungen ⁽²¹⁾ zu reagieren, ein ehrgeizigeres Ziel für die Lernmobilität im Ausland für Lernende in der beruflichen Aus- und Weiterbildung festzulegen als das derzeitige Ziel von 8 %, wird in dieser Empfehlung vorgeschlagen, das Teilnahmeziel für Lernende in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Auszubildender, bis 2030 auf mindestens 12 % zu erhöhen. Das Ziel für Lernende in der beruflichen Aus- und Weiterbildung ⁽²²⁾ stützt sich auf den Indikator, der in der Empfehlung des Rates vom 24. November 2020 zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz festgelegt wurde. Dieser wird gemessen als Anteil mobiler Lernender in einem Kalenderjahr an einer Kohorte von Berufsbildungsabsolventen im selben Jahr. Er umfasst Personen, die an flexiblen Mobilitätsmöglichkeiten wie im Rahmen von Erasmus+ (z. B. Kurzzeitmobilität, Gruppenmobilität, gemischte Mobilität, Mobilität im Zusammenhang mit der Teilnahme an Kompetenzwettbewerben) oder anderen Mobilitätsprogrammen teilnehmen.
25. Der Rat bekräftigt sein starkes Engagement für eine inklusive Lernmobilität und bekundet seinen politischen Willen, diesbezüglich ein Ziel festzulegen. Dazu bedarf es einer Methode zur Bemessung des Anteils der Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland profitieren. Der Rat fordert die Kommission daher erneut auf, auf der Grundlage eines Gutachtens der Ständigen Arbeitsgruppe für Benchmarks und Indikatoren Vorschläge für mögliche Indikatoren oder EU-Ziele in den Bereichen Inklusion und Chancengleichheit auszuarbeiten ⁽²³⁾. Um das Engagement des Rates zu unterstreichen, wird den Mitgliedstaaten empfohlen, bis 2027 gemeinsam einen Anteil von mindestens 20 % der Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland profitieren, zu erreichen. Um dies zu ermitteln, könnten die derzeit im Rahmen des Erasmus+-Programms und des Programms für das Europäische Solidaritätskorps verfügbaren Daten herangezogen

⁽¹⁸⁾ Ausgehend von der Vielfalt an Mobilitätsmöglichkeiten für junge Menschen im Rahmen des Erasmus+-Programms und des Europäischen Solidaritätskorps bezieht sich die Lernmobilität im Jugendsektor auf die Lernmobilität von jungen Menschen, Jugendarbeitern und Freiwilligen im nichtformalen und informellen Lernkontext. Für die Zwecke dieser Empfehlung gehören zur Lernmobilität im Jugendsektor auch andere nationale Mobilitätsprogramme.

⁽¹⁹⁾ Im Rahmen der Leitaktion 1 der Erasmus+-Sportaktionen wird die Lernmobilität im Sportbereich definiert als die Mobilität der Beschäftigten von Sportorganisationen, vor allem im Breitensport, die die Möglichkeit erhalten, bei einem Auslandsaufenthalt ihre Kompetenzen und Qualifikationen zu verbessern und neue Fertigkeiten zu erwerben, was zum Kapazitätsaufbau und zur Entwicklung von Sportorganisationen beiträgt. Mit dieser Maßnahme wird die berufliche Entwicklung von Trainern und anderen Beschäftigten (sowohl bezahlte Beschäftigte als auch Freiwillige) im Breitensport unterstützt. Für die Zwecke dieser Empfehlung gehören zur Lernmobilität im Sportsektor auch andere nationale Mobilitätsprogramme.

⁽²⁰⁾ Der Indikator wird sich auf die im Rahmen der Verwaltungsdatenerhebung von UNESCO-OECD-Eurostat (UOE) erhobenen Mobilitätsdaten stützen.

⁽²¹⁾ Unter anderem Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2020 zu der Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (2020/2767(RSP)).

⁽²²⁾ Der Indikator wird sich auf die im Rahmen der UOE-Datenerhebung erhobenen Daten zur Mobilität im Rahmen von Erasmus+ und zu Berufsbildungsabsolventen stützen. Sofern verfügbar und nur dann, wenn die bereitgestellten Daten mit den Erasmus+-Daten vergleichbar sind, könnten Daten aus den Mobilitätsprogrammen der nationalen Behörden, auch zur Dauer der Mobilität, zur Ergänzung der Erasmus+-Daten verwendet werden. Werden Daten von nationalen Behörden einbezogen, so sollte dies auf transparente Weise angezeigt werden.

⁽²³⁾ Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030) (ABl. C 66 vom 26.2.2021, S. 1)

werden. Diese Daten decken keineswegs alle Arten der Lernmobilität im Ausland ab, könnten aber als die bestmögliche derzeit verfügbare Annäherung verwendet werden. Darüber hinaus wird die Kommission in dieser Empfehlung ersucht, bis 2026 einen Vorschlag für eine Datenerhebungsmethode vorzulegen, um den Anteil von Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport profitieren, zu messen, wobei die mögliche Sensibilität solcher Daten gebührend berücksichtigt und den Mitgliedstaaten kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand auferlegt werden sollte. Auf der Grundlage dieses Vorschlags kann sich der Rat auf ein EU-Ziel einigen, das bis 2030 erreicht werden soll.

26. Diese Empfehlung greift künftigen Verhandlungen über Finanzierungsinstrumente der Union im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens nicht vor.
27. In Anbetracht des Artikels 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und im Einklang mit der Mitteilung der Kommission vom 3. Mai 2022 mit dem Titel „Die Menschen in den Mittelpunkt stellen — nachhaltiges und inklusives Wachstum sichern — das Potenzial der Gebiete in äußerster Randlage der EU erschließen“⁽²⁴⁾ sollte die Empfehlung die besondere Situation der Gebiete in äußerster Randlage gemäß dem genannten Artikel im Hinblick darauf berücksichtigen, die Lernmobilität in diese und aus diesen Regionen zu fördern.
28. Für die Zwecke dieser Empfehlung und im Einklang mit den Umsetzungsleitlinien zur Strategie für Inklusion und Vielfalt im Rahmen der Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps⁽²⁵⁾ zählen zu den Hindernissen für die Lernmobilität Behinderungen, gesundheitliche Probleme, Hindernisse im Zusammenhang mit den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung, kulturelle Unterschiede, soziale Hindernisse (einschließlich sozialpsychologischer und familiärer Hindernisse), wirtschaftliche Hindernisse, Hindernisse im Zusammenhang mit Diskriminierung und geografische Hindernisse;

HAT FOLGENDE EMPFEHLUNG ABGEGEBEN UND EMPFIEHLT DEN MITGLIEDSTAATEN,

im Einklang mit den Besonderheiten der nationalen Schul-, Berufsbildungs-, Hochschul- und Erwachsenenbildungssysteme sowie der Bereiche Jugend und Sport und unter gebührender Berücksichtigung der akademischen Freiheit der Hochschuleinrichtungen und der Autonomie der Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung:

1. die nahtlose Mobilität aller Lernenden, Lehrkräfte und Beschäftigten innerhalb des Europäischen Bildungsraums zu fördern, um die Entwicklung von Kernkompetenzen und insbesondere den Erwerb von Kenntnissen, Fertigkeiten und Einstellungen zu fördern, die für den grünen und den digitalen Wandel von wesentlicher Bedeutung sind, Vertrauen in und Verständnis für die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Bereiche Jugend und Sport zu schaffen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern;
2. auf Lernmobilitätsmaßnahmen hinzuarbeiten, die inklusiv und ökologisch nachhaltig sind, von der Nutzung digitaler Technologien profitieren und gemeinsame Werte der EU fördern⁽²⁶⁾;
3. die Bemühungen um eine Verwirklichung der Mobilität für alle zu verstärken und darauf hinzuwirken, dass die EU-Ziele bis 2030 erreicht werden, und zwar im Hinblick darauf, dass
 - a) in der Hochschulbildung der Anteil der Absolventen mit Lernerfahrung im Ausland mindestens 23 % betragen sollte,
 - b) in der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Anteil der Lernenden in der Berufsausbildung, die in den Genuss einer Lernerfahrung im Ausland kommen, mindestens 12 % betragen sollte.

Die oben genannten Ziele stellen einen Referenzwert für die Gesamtleistung der EU dar und sind auf EU-Ebene zu berechnen. Die Mitgliedstaaten werden ersucht, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Ausgangslage und der nationalen Unterschiede auf individueller Basis zur Erreichung dieser Ziele beizutragen.

Der Rat könnte die oben genannten EU-Ziele gegebenenfalls überprüfen, wobei er Folgendes berücksichtigt:

- einen Vorschlag der Kommission für eine aktualisierte Methode der Datenerhebung im Hochschulbereich;
- die anstehende Überprüfung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung;

⁽²⁴⁾ Dok. COM(2022) 198 final.

⁽²⁵⁾ Umsetzungsleitlinien zur Strategie für Inklusion und Vielfalt — Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps.

⁽²⁶⁾ Gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

4. sich zu einem inklusiven Ansatz für die Lernmobilität in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport zu verpflichten, indem die Lernmobilitätsmöglichkeiten für Menschen mit geringeren Chancen ⁽²⁷⁾ durch folgende Maßnahmen leichter zugänglich gemacht werden:
 - a) Bestrebungen mit dem Ziel, bis 2027 gemeinsam einen Anteil von mindestens 20 % der Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland profitieren ⁽²⁸⁾, zu erreichen;
 - b) eine mögliche Einigung auf ein bis 2030 zu erreichendes EU-Ziel, und zwar auf der Grundlage eines von der Kommission bis 2026 unterbreiteten Vorschlags für eine Datenerhebungsmethode, um den Anteil von Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport profitieren, zu messen;
5. die Zusammenarbeit mit Interessenträgern im Bereich Lernmobilität im Hinblick auf die Umsetzung dieser Empfehlung sicherzustellen;
6. systemische Lernmobilitätsmöglichkeiten zu schaffen, indem sie
 - a) in Erwägung ziehen, Lernmobilität im Ausland zu einem festen Bestandteil der Schul-, beruflichen Aus- und Weiterbildungs-, Lehrlingsausbildungs-, Hochschul- und Erwachsenenbildungs- und -weiterbildungssysteme zu machen, indem angestrebt wird, die Möglichkeit für Lernaufenthalte im Ausland durch flexible Mobilitätsfenster, Wahlkurse und andere Möglichkeiten einzubeziehen;
 - b) Bildungseinrichtungen und Berufsbildungsanbieter dabei unterstützen, mehr grenzüberschreitende gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln und durchzuführen, einschließlich gemeinsamer Programme, die zu gemeinsamen Abschlüssen führen, indem europäische Initiativen bestmöglich genutzt werden, insbesondere Allianzen Europäischer Hochschulen, Zentren der beruflichen Exzellenz, nationale Berufsbildungsteams, Allianzen für Innovation und Erasmus+-Lehrkräfteakademien, und auf den Erfahrungen von Allianzen Europäischer Hochschulen aufbauen, die für Studierende eine Mobilitätsquote von 50 % unter Nutzung von physischer, virtueller und gemischter Mobilität anstreben;
 - c) die ein- und ausgehende Lernmobilität fördern und als wertvolle und machbare Mobilitätsoption für alle Lernenden, Lehrkräfte und Beschäftigten in nichtformales und informelles Lernen, Jugendarbeit und Freiwilligentätigkeiten integrieren, unter anderem durch Sensibilisierung von und Kontaktaufnahme zu Anbietern nichtformalen und informellen Lernens, lokalen und regionalen Behörden, Organisationen für Jugendarbeit und der Zivilgesellschaft sowie anderweitige Unterstützung;
 - d) die Anwendung von Qualitätskriterien für die Vorbereitung, Durchführung und Weiterverfolgung von Lernmobilitätsmaßnahmen unterstützen, unter anderem durch Übernahme von Qualitätsstandards, die im Rahmen des Programms Erasmus+, des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und anderer Lernmobilitätsmaßnahmen entwickelt wurden, und durch Konzentration auf die Zugänglichkeit und Inklusivität dieser Maßnahmen;
 - e) die Zusammenarbeit zwischen den Stellen fördern, die Finanzierungsinstrumente auf EU-, internationaler, nationaler und regionaler Ebene verwalten und durchführen, damit die Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Lernmobilität koordiniert werden, wobei Überschneidungen vermieden werden und die Wirkung der Ressourcen maximiert wird;
7. das Erlernen von Sprachen zu fördern, indem sie
 - a) das Erlernen von Sprachen in allen Phasen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport soweit möglich verbessern, um die Optionen und Möglichkeiten für Lernmobilität zu fördern;
 - b) den Zugang zu Sprachunterricht und -erwerb unterstützen, auch für Erwachsene, um die fremdsprachlichen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, damit sie die Lernmobilität in vollem Umfang nutzen und ihre Beschäftigungschancen verbessern können;

⁽²⁷⁾ Gemäß der Verordnung (EU) 2021/817 sind „Menschen mit geringeren Chancen“ Menschen, die aus wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, geografischen oder gesundheitlichen Gründen, aufgrund ihres Migrationshintergrunds, wegen einer Behinderung oder Lernschwierigkeiten oder aus anderen Gründen, einschließlich solcher, die zu einer Diskriminierung im Sinne des Artikels 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union führen könnten, mit Hindernissen konfrontiert sind, wodurch sie keinen effektiven Zugang zu Lernmobilität haben.

⁽²⁸⁾ Solange es keinen EU-weiten Indikator für inklusive Lernmobilität gibt, könnte der Anteil von Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland profitieren, anhand von Mobilitätsdaten aus dem Erasmus+-Programm und dem Programm für das Europäische Solidaritätskorps geschätzt werden. Diese Daten decken keineswegs alle Arten der Lernmobilität im Ausland ab, könnten aber als die bestmögliche derzeit verfügbare Annäherung verwendet werden.

8. die Teilnahme an Lernmobilitätsmaßnahmen zu fördern, indem sie
 - a) eine Mobilitätskultur für lebenslanges Lernen in allen Lernphasen der allgemeinen und beruflichen Bildung und in allen Bereichen des nichtformalen und informellen Lernens, der Jugendarbeit, der Freiwilligentätigkeit und des Sports aufbauen. Die diesbezüglichen Maßnahmen können Folgendes umfassen:
 - i) die Entwicklung vielfältiger Mobilitätsformate und -maßnahmen;
 - ii) die Unterstützung sowohl der Entsende- als auch der Aufnahmeorganisationen, die eine Internationalisierungsstrategie verfolgen;
 - iii) die Steigerung der Attraktivität von Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie von nichtformalen und informellen Lernumgebungen in den Bereichen Jugend und Sport im Hinblick auf die Aufnahme und Entsendung mobiler Lernender;
 - iv) die Bestärkung von Alumni-Netzwerken darin, Lernerfahrungen zu entwickeln und zu fördern;
 - b) die Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Behörden, Anbietern allgemeiner und beruflicher Bildung, den Bereichen Jugend und Sport, Organisationen der Zivilgesellschaft, nichtstaatlichen Organisationen und privaten Einrichtungen fördern, um die ausgehende Lernmobilität, auch für Menschen mit geringeren Chancen, zu stärken und zu unterstützen, und für Personen, die im Rahmen von Lernmobilitätsmaßnahmen ins Land kommen, ein aufgeschlossenes Umfeld schaffen;
 - c) Behörden und Organisationen, die als entsendende und aufnehmende Stellen Mobilitätsprogramme verwalten, dazu anhalten, den Verwaltungsaufwand für Organisationen und Teilnehmer zu verringern und während des gesamten Antragsverfahrens Orientierungshilfe zu leisten;
 - d) flexible Formate der Lernmobilität unterstützen, die den Teilnehmerkreis diversifizieren und als Ausgangsbasis für längere Auslandsaufenthalte dienen können, einschließlich Gruppenmobilität, Kurzzeitmobilität und gemischte Intensivprogramme sowie alle anderen Lernerfahrungen, die zu Microcredentials führen können, im Einklang mit dem europäischen Ansatz für Microcredentials für lebenslanges Lernen und Beschäftigungsfähigkeit;
 - e) die Arbeit der Lehrkräfte, Beschäftigten und Jugendarbeiter, die Lernmobilitätsprojekte und -maßnahmen vorbereiten und durchführen, wertschätzen, indem sie in ihr Berufsbild integriert werden, und den Mehrwert der Personalmobilität anerkennen;
9. Informationen über Lernmobilitätsmöglichkeiten bereitzustellen, indem sie
 - a) gegebenenfalls Förderer von Lernmobilitätsprojekten — Koordinatoren, Kontaktstellen, Botschafter oder spezielle Informationszentren für Lernmobilität — auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene einsetzen, die ihr Fachwissen mit Anbietern allgemeiner und beruflicher Bildung, den Bereichen Jugend und Sport, Organisationen der Zivilgesellschaft und privaten Einrichtungen austauschen, die Teilnahme an Lernmobilitätsmaßnahmen unterstützen und sich auf nationaler und EU-Ebene vernetzen;
 - b) Lernenden gezielte Informationen über Lernmobilitätsmöglichkeiten während des gesamten lebenslangen Lernprozesses zur Verfügung stellen, so auch in Schulen, im Rahmen der Jugendarbeit, unter Anbietern von beruflicher Aus- und Weiterbildung und Erwachsenenbildung, Trägern von Jugendarbeit und Freiwilligentätigkeiten, Hochschuleinrichtungen und Arbeitgebern, indem mit den Förderern von Lernmobilitätsprojekten zusammengearbeitet wird und Informationen über Lernmobilitätsmöglichkeiten in die Studien- und Berufsberatung integriert werden;
 - c) für die Vorteile von Lernmobilität im Ausland werben und Ratschläge, Tipps und Betreuungsangebote bereitstellen, insbesondere für Lernende mit geringeren Chancen, unter anderem durch optimale Nutzung der Erasmus+-App;
 - d) die Aufnahmeorganisationen dabei unterstützen, für eine reibungslose Aufnahme der ankommenden Lernenden zu sorgen, unter anderem indem Informationen und einschlägiges Material unmittelbar verfügbar gemacht werden;
 - e) Informationen über Mobilitätsmöglichkeiten mittels Optimierung der Nutzung und Funktionsweise der Euroguidance- und Eurodesk-Netze bereitstellen;

- f) Informationen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Aufnahmeländern bereitstellen, indem die auf dem EURES-Portal verfügbaren Informationen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Mitgliedstaaten und EFTA-Ländern und der einschlägige Bereich der EU-Lernecke genutzt und diese Informationen auch mit den nationalen Portalen für Lernmobilität verknüpft werden;
10. die Transparenz und Anerkennung von Lernergebnissen zu fördern, indem sie
- a) die erforderlichen Schritte einleiten, um die automatische gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich und der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland auf Ebene der Hochschulbildung zu erreichen und wesentliche Fortschritte bei der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen der allgemeinen und beruflichen Bildung der Sekundarstufe II, die zum Hochschulstudium berechtigen, sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung der Sekundarstufe II, einschließlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung und des virtuellen und des integrierten Lernens, erzielen, indem Anbieter allgemeiner und beruflicher Bildung Orientierungshilfen und Schulungen erhalten und für eine einheitliche Entscheidungsfindung in Bezug auf die Anerkennung gesorgt wird;
 - b) die verfügbaren Systeme und Instrumente, die der Anerkennung der Lernergebnisse dienlich sind, umfassend nutzen, unter anderem indem kohärente nationale Ansätze für die automatische gegenseitige Anerkennung gefördert werden und sichergestellt wird, dass das externe Qualitätssicherungssystem durch unabhängige, im EQAR eingetragene Qualitätssicherungsstellen umgesetzt wird;
 - c) Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung dazu animieren, ihre Entscheidungen über die Anerkennung von Lernergebnissen unter Berücksichtigung von Datenschutzvorschriften schriftlich festzuhalten, um die Kohärenz und Transparenz der Entscheidungsfindung im Laufe der Zeit sowie zwischen den verschiedenen Organisationsstrukturen der Einrichtungen zu gewährleisten und somit sicherzustellen, dass das Konzept und die Definition der automatischen gegenseitigen Anerkennung verstanden werden;
 - d) Schritte zur Anerkennung von Kompetenzen unternehmen, die durch Lernmobilität im Rahmen von nichtformalem und informellem Lernen, Jugendarbeit und Freiwilligentätigkeit erworben wurden, indem die Zusammenarbeit bei Validierungsregelungen zwischen den einschlägigen Stellen in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, den Anbietern nichtformalen Lernens und den Organisationen der Zivilgesellschaft gefördert wird, damit die Ergebnisse nichtformalen und informellen Lernens in der formalen allgemeinen und beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt leichter genutzt werden können;
 - e) Anbieter allgemeiner und beruflicher Bildung und Organisatoren von Lernmobilitätsmaßnahmen für Jugendliche, Jugendarbeit und Freiwilligentätigkeiten bei der systematischen Nutzung der EU-Rahmenwerke und -Instrumente unterstützen, beispielsweise bei der Nutzung von Europass, der mehrsprachigen europäischen Klassifikation für Fähigkeiten/Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe, europäischen digitalen Zertifikaten, dem Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen, dem Europass Mobilitätsnachweis, dem Youthpass und/oder nationalen Rahmenwerken zur Unterstützung der Ermittlung, Dokumentation, Bewertung und gegebenenfalls Zertifizierung von im Rahmen von Lernmobilität entwickelten Kompetenzen;
 - f) Schritte im Hinblick auf die Ratifizierung des Globalen Übereinkommens der UNESCO über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich erwägen, um die faire und transparente Anerkennung von Qualifikationen aus Drittländern sowie von unvollständigen Studiengängen und früher erworbenen Kenntnissen zu verbessern; Informationen über die Anerkennungsverfahren für Qualifikationen aus Drittländern veröffentlichen;
 - g) die politische Zusammenarbeit nutzen, insbesondere den Globalen Dialog des Bologna-Prozesses und die Zusammenarbeit von Anerkennungsbehörden und Qualitätssicherungsstellen, um Kapazitäten in den Hochschuleinrichtungen der Drittländer aufzubauen und Qualitätssicherungsprozesse aufeinander abzustimmen, damit Studierende aus Drittländern im Rahmen ihres Auslandsaufenthalts maximale Lernergebnisse erzielen und der Auslandsaufenthalt in ihren Heimatländern uneingeschränkt auf ihren Abschluss angerechnet wird;
11. den Übergang in den Arbeitsmarkt und die berufliche Mobilität zu unterstützen, indem sie
- a) den Übergang von der Lernmobilität zur beruflichen Mobilität erleichtern, indem mobile Lernende, Lehrkräfte und Beschäftigte im Bildungsbereich sowie Jugendarbeiterinnen und -arbeiter dabei unterstützt werden, bei öffentlichen Arbeitsverwaltungen und EURES Hilfe für Arbeitsuchende zu beantragen;
 - b) Lernenden, einschließlich jungen Absolventen im Rahmen von Erasmus+, dabei helfen, Praktika im Ausland zu absolvieren, um ihre unternehmerischen, innovativen, kreativen und interkulturellen Kompetenzen weiterzuentwickeln;
 - c) einschlägige Organisationen darin bestärken, Praktikantinnen und Praktikanten aus dem Ausland aufzunehmen, unter anderem durch Sensibilisierungsmaßnahmen und zugängliche Informationen;

12. die Inklusivität und Zugänglichkeit von Lernmobilität zu verbessern, indem sie
 - a) gezielte Maßnahmen zur Förderung der Mobilität von Menschen erarbeiten, die in den Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport geringere Chancen haben;
 - b) Hindernisse für Menschen mit geringeren Chancen beseitigen und deren Bedürfnisse bereits von Beginn der Gestaltung der Lernmaßnahmen an berücksichtigen;
 - c) Unterstützung leisten, um Lernmobilität für Menschen mit geringeren Chancen zugänglich zu machen, und Organisationen fördern, die diese Menschen aufnehmen, beispielsweise durch Bereitstellung angemessener Finanzmittel auf nationaler oder regionaler Ebene und Förderung von Synergien zwischen verschiedenen EU-internationalen, nationalen und regionalen Finanzierungsinstrumenten;
 - d) zugängliche, aktuelle und zeitnahe Informationen über die verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten für Lernmobilität, den Zeitplan für Zahlungen und andere verfügbare Unterstützung für Lernende bereitstellen;
 - e) mobile Lernende in Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden dadurch unterstützen, dass gegen den Mangel an Studierendenwohnungen vorgegangen wird;
 - f) im Einklang mit den Rechtsvorschriften der EU und der Mitgliedstaaten für einen angemessenen Schutz von Personen sorgen, die an Maßnahmen des mobilen Lernens teilnehmen, einschließlich Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten, Nachwuchsforscherinnen und -forschern, Jugendarbeiterinnen und -arbeitern und Freiwilligen, insbesondere Minderjährigen, was Versicherungen, Arbeitsnormen, Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen, Steuern, soziale Sicherheit (einschließlich Zugang zur Gesundheitsversorgung) anbelangt, und gegebenenfalls die Möglichkeit zur Ansammlung von Rentenansprüchen schaffen;
13. die ökologische Nachhaltigkeit von Lernmobilität zu verbessern, indem sie
 - a) gegebenenfalls nachhaltigere Verkehrsmittel von und zu Zielen für Lernmobilität und während des Auslandsaufenthalts nutzen sowie Orientierungshilfen zu nachhaltigem Reisen bereitstellen;
 - b) Anbieter allgemeiner und beruflicher Bildung, die Bereiche Jugend und Sport sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, die Lernmobilitätsmaßnahmen anbieten, dabei unterstützen, durch Schulungen, Leitlinien und Austausch bewährter Verfahren nachhaltige Vorgehensweisen in ihren Alltag zu integrieren;
 - c) Anbieter allgemeiner und beruflicher Bildung und die Bereiche Jugend und Sport auf organisatorischer Ebene bei den Anstrengungen unterstützen, Treibhausgasemissionen von Reisen im Rahmen von Lernmobilität zu senken;
14. digitale Technologien zur Erleichterung von Lernmobilität zu nutzen, indem sie
 - a) die Entwicklung und Nutzung interoperabler IT-Systeme auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Standards unterstützen; diese Systeme sollten es Lernenden, Lehrkräften und Beschäftigten im Bildungsbereich ermöglichen, unter uneingeschränkter Einhaltung der geltenden Datenschutzvorschriften, Lernerfahrungen im Ausland zu verwalten und zu registrieren und Organisationen in die Lage versetzen, Informationen über Mobilitätsmöglichkeiten bereitzustellen, Mobilitätsmaßnahmen zu verwalten, die automatische gegenseitige Anerkennung zu unterstützen und den Verwaltungsaufwand zu verringern, indem die Merkmale des europäischen Studierendenausweises und die Instrumente der Europass-Plattform genutzt werden, einschließlich der Digitalisierung von Lernnachweisen mithilfe der Infrastruktur für europäische digitale Zertifikate;
 - b) zu Initiativen beitragen, mit denen die Mobilität von Forschenden gefördert wird, und einschlägige Informationen und Unterstützungsleistungen bereitstellen, einschließlich EURAXESS⁽²⁹⁾ und der geplanten EFR-Talentplattform⁽³⁰⁾;
 - c) Anbieter allgemeiner und beruflicher Bildung, die Bereiche Jugend und Sport sowie Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützen, damit diese bei Bedarf neue digitale Instrumente einrichten und verwenden und/oder bestehende digitale Instrumente zur Ergänzung der physischen Mobilität nutzen können;
 - d) die Entwicklung hochwertiger Formate mit gemischter Mobilität durch die Anpassung bestehender nationaler Rahmenwerke unterstützen, um ergänzende innovative Mobilitätsformate weiter zu fördern, bei denen digitale Technologien zum Einsatz kommen;

⁽²⁹⁾ EURAXESS — Researchers in Motion ist eine zentrale Anlaufstelle für Forschende und Innovatoren, die ihre berufliche und persönliche Entwicklung durch einen Umzug in ein anderes Land voranbringen wollen.

⁽³⁰⁾ Ziel der im Rahmen des Programms „Horizont Europa“ geförderten EFR-Talentmaßnahme ist die Verbesserung der Interoperabilität von Laufbahnen und der Beschäftigungsfähigkeit von Forschungs- und Innovationstalenten in allen Branchen.

- e) prüfen, wie KI dazu beitragen kann, Hindernisse bei der Lernmobilität zu überwinden;
15. die Werte der EU durch Lernmobilität zu fördern, indem sie
- a) alle Lernenden, Lehrkräfte und Beschäftigte im Bildungsbereich dazu anregen, während ihres Lernaufenthalts im Ausland am Leben der Aufnahmegemeinschaften teilzunehmen, auch im Rahmen von Freiwilligentätigkeiten;
 - b) die Lernerfahrungen im Ausland durch Schulungen in den Bereichen interkulturelles Bewusstsein, bürgerschaftliches Engagement, digitale Kompetenz und Medienkompetenz, Wissen um die EU und ihrer Werte sowie Grundrechte bereichern;
 - c) ankommenden Lernenden, Lehrkräften und Beschäftigten im Bildungsbereich Informationen zur Verfügung stellen, die für das lokale Umfeld relevant sind, und durch Betreuungspersonal und administrative Unterstützung eine Willkommenskultur etablieren;
 - d) dafür sorgen, dass mobile Lernende, Lehrkräfte und Beschäftigte im Bildungsbereich größtmögliche akademische Freiheit genießen; Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung dazu animieren, unter anderem durch Qualitätssicherung eine Qualitätskultur zu entwickeln, in der die uneingeschränkte Einhaltung der Grundsätze der akademischen Integrität während des Auslandsaufenthalts gewährleistet ist;
16. die EU als Ziel für Lernmobilität zu bewerben, indem sie
- a) eng zusammenarbeiten, um die Attraktivität der EU zu erhöhen, wobei das bestehende Spektrum nationaler und regionaler Initiativen genutzt wird, beispielsweise das Projekt „Studieren in Europa“ in der Hochschulbildung;
 - b) die Lernmobilität mit anderen Teilen der Welt erleichtern, insbesondere mit Ländern mit Erweiterungsperspektive, und zwar durch eine engere Zusammenarbeit zwischen ihren für allgemeine und berufliche Bildung zuständigen Behörden und Einrichtungen und den entsprechenden Stellen in der EU; in diesem Zusammenhang können Fachkräftepartnerschaften einen Rahmen für stärkere Kooperationspartnerschaften mit wichtigen Drittländern im Einklang mit den gemeinsam vereinbarten Zielen bieten; eine Zusammenarbeit dieser Art kann dazu beitragen, dass dank der Lernmobilität indirekt Qualifikationsdefizite in Drittländern und in der EU angegangen werden, indem beispielsweise Qualifikationsdefizite in vom grünen und vom digitalen Wandel betroffenen Sektoren behoben werden und die Beschäftigungsfähigkeit der Lernenden verbessert wird;
 - c) sich dafür einsetzen, dass für Drittstaatsangehörige, die für ein Lernangebot in einem Mitgliedstaat ausgewählt werden, in Abhängigkeit von der geplanten Aufenthaltsdauer in der EU rechtzeitig Visa für einen längerfristigen Aufenthalt und Aufenthaltserlaubnisse gemäß der Richtlinie (EU) 2016/801⁽³¹⁾ oder Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 810/2009⁽³²⁾ ausgestellt werden;
17. die Umsetzung dieser Empfehlung zu unterstützen, indem sie
- a) strategische Diskussionen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene und zwischen den Mitgliedstaaten über mögliche Internationalisierungs- und/oder Mobilitätsstrategien oder -konzepte, den Austausch bewährter Verfahren und die Teilnahme an Peer-Learning-Aktivitäten in Zusammenarbeit mit allen einschlägigen Interessenträgern fördern;
 - b) die Kommission bis Ende 2026 über bestehende oder geplante Internationalisierungs- und/oder Mobilitätsstrategien oder -konzepte unterrichten, die die Umsetzung dieser Empfehlung in den Bereichen Hochschulbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Schul- und Erwachsenenbildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport im Hinblick auf sowohl eingehende als auch ausgehende Lernmobilität unterstützen könnten;

ERSUCHT DIE KOMMISSION,

18. bis 2026 in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines Gutachtens der Ständigen Gruppe „Indikatoren und Benchmarks“ einen Vorschlag für eine Methode für die Datenerhebung (gemäß den Empfehlungen 3 und 4) auszuarbeiten, um Folgendes zu ermitteln:

— den Anteil der Absolventen in der Hochschulbildung mit Lernerfahrungen im Ausland;

⁽³¹⁾ Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 21).

⁽³²⁾ Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) (ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1).

— den Anteil von Menschen mit geringeren Chancen an allen Lernenden, die von Lernmobilität im Ausland in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport profitieren;

die mögliche Sensibilität von Daten in Zusammenhang mit inklusiver Lernmobilität gebührend zu berücksichtigen und zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten zu vermeiden; dem Rat (über sein zuständiges Vorbereitungsgremium, den Ausschuss für Bildungsfragen) regelmäßig über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

19. den Austausch bewährter Verfahren, die Teilnahme an Peer-Learning-Aktivitäten und die strategischen Diskussionen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene und zwischen den Mitgliedstaaten gemäß Empfehlung 17 zu unterstützen;
20. die Umsetzung dieser Empfehlung zu unterstützen, indem die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung — auch in Kooperation mit der Ständigen Gruppe „Indikatoren und Benchmarks“ — weiter ausgebaut wird;
21. die Interventionsbereiche der bestehenden Finanzierungsinstrumente auf EU-, internationaler, nationaler und regionaler Ebene zu erfassen, um das Bewusstsein für die in diesem Bereich möglichen Maßnahmen und bewährten Verfahren zur Förderung der Lernmobilität zu schärfen und einen wirksamen synergetischen Ansatz bei allen einschlägigen Interessenträgern zu fördern;
22. mit den Mitgliedstaaten, u. a. der Ständigen Gruppe „Indikatoren und Benchmarks“, und den einschlägigen Interessenträgern bei der weiteren Verbesserung der Qualität und Verfügbarkeit von Daten und der Entwicklung von Methoden für die Datenerhebung und -analyse auf EU-Ebene — einschließlich Erhebungen, wie z. B. der europäischen Erhebung zur Werdegang-Nachverfolgung — zur Lernmobilität in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung und in den Bereichen Jugend und Sport zusammenzuarbeiten, was auch zu Inklusivität und territorialer Vielfalt beitragen kann, unter uneingeschränkter Einhaltung der EU-Datenschutzvorschriften und ohne dabei unnötige Belastungen für die Mitgliedstaaten zu schaffen;
23. den Mobilitätsanzeiger in enger Zusammenarbeit mit Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten zu überarbeiten, um die Umsetzung dieser Empfehlung weiterzuverfolgen und sie auf alle Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die Bereiche Jugend und Sport auszuweiten;
24. die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung und Umsetzung von Strategien und Programmen für die Lernmobilität auf nationaler, regionaler, lokaler und europäischer Ebene zu fördern und zu unterstützen;
25. im Rahmen des Programms Erasmus+ und des Programms für das Europäische Solidaritätskorps die Nutzung von EU-Instrumenten, mit denen Lernzeiten im Ausland erleichtert werden, wie etwa den Euroguidance- und Eurodesk-Netzen, der Initiative für einen europäischen Studierendenausweis, der Online-Sprachunterstützung, der European School Education Platform, des europäischen Jugendportals, der allgemeinen Online-Schulung sowie Youthpass und Europass, weiterzuentwickeln, zu fördern und zu unterstützen;
26. im Rahmen des Programms Erasmus+ die Nutzung von EU-Instrumenten, mit denen die Transparenz und Validierung der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland und von Zertifikaten erleichtert wird, insbesondere von Youthpass und der Europass-Plattform/des Europass Mobilitätsnachweises, unter anderem durch die Verbesserung der semantischen Interoperabilität über das Europäische Lernmodell und europäische digitale Zertifikate, weiterzuentwickeln, zu optimieren, zu fördern und zu unterstützen;
27. Hochschuleinrichtungen und Allianzen von Hochschulen wie die „Europäischen Hochschulen“ weiterzuentwickeln und zu unterstützen, sodass sie im Einklang mit den EU- und Bologna-Instrumenten gemeinsame Programme, die zu gemeinsamen Abschlüssen führen, bereitstellen können;
28. die Allianzen Europäischer Hochschulen, unter anderem durch das Programm Erasmus+ und politische Unterstützung, weiterzuentwickeln und zu fördern, damit diese ihr Potenzial voll ausschöpfen und als Vorbild für den Hochschulsektor dienen können, indem eine nahtlose und in europäische interuniversitäre Campus-Umgebungen eingebettete Mobilität und die Nutzung von Microcredentials gefördert sowie — in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, Hochschuleinrichtungen, Studierendenorganisationen und einschlägigen Interessenträgern — die Möglichkeiten und notwendigen Schritte für ein gemeinsames Gütesiegel „Europäischer Hochschulabschluss“ auf der Grundlage von allgemeinen gemeinsam festgelegten europäischen Kriterien geprüft werden;
29. freiwillige EU-Initiativen, die die Mobilität im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung erhöhen können, wie etwa Erasmus+-Lehrkräfteakademien und Zentren der beruflichen Exzellenz weiterzuentwickeln und zu unterstützen;

30. weitere Unterstützung im Rahmen des Programms Erasmus+ bereitzustellen, durch die Förderung der Zusammenarbeit und des Voneinander-Lernens unter den Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen und Ergebnissen von Lernzeiten im Ausland, die auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich der Ebene des virtuellen und des integrierten Lernens, absolviert wurden;
31. die Mitgliedstaaten im Hinblick auf einen umfassenden Ansatz für das Lehren und Lernen von Sprachen weiter zu unterstützen, insbesondere durch Peer-Learning-Aktivitäten, die Förderung von Initiativen und Veranstaltungen wie dem Europäischen Tag der Sprachen und die Zusammenarbeit mit Interessenträgern und internationalen Organisationen wie dem Europarat und seinem Europäischen Fremdsprachenzentrum sowie der OECD, um innovative Instrumente, einschließlich digitale und KI-Instrumente, für das Lernen von Sprachen zu entwickeln;
32. Synergien und Komplementaritäten zwischen den EU-Programmen im Bereich Lernmobilität zu fördern, wie beispielsweise zwischen Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps, und anderen Finanzierungsinstrumenten auf EU-, internationaler, nationaler und regionaler Ebene, wie den kohäsionspolitischen Fonds, insbesondere dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus mit seiner Initiative ALMA (Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen), um die Wirkung der Maßnahmen zur Förderung von Lernmobilität in allen Mitgliedstaaten zu maximieren, unter anderem durch die Unterstützung der Umsetzung von Instrumenten und Strategien zur Steigerung der Beteiligung von Menschen mit geringeren Chancen;
33. die Mitgliedstaaten auf deren Ersuchen bei ihren Bemühungen um Reformen und die Verbesserung der Internationalisierungs- und /oder Mobilitätsstrategien oder -ansätze auf nationaler Ebene und in mehreren Ländern mithilfe von EU-Instrumenten wie dem Instrument für technische Unterstützung und Erasmus+-Möglichkeiten zu unterstützen;
34. bis 2025 eine Studie über Chancen, Herausforderungen und Auswirkungen einer ausgewogenen Mobilität (einschließlich Mobilität zum Erwerb von Leistungspunkten und Abschlüssen) in der EU unter Berücksichtigung der verschiedenen Folgen des Phänomens der Mobilität von Intelligenz zu erstellen.

Geschehen zu Brüssel am 13. Mai 2024.

Im Namen des Rates

B. DALLE

ANHANG I

Ein politischer Rahmen für die Mobilität von Lehrkräften

Gemäß der Mitteilung der Kommission von 2020 über die Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 ⁽¹⁾ wird die Kommission „gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern einen politischen Rahmen für die Erhöhung der Zahl und der Qualität der Auslandsaufenthalte von Lehrkräften in Europa auf der Grundlage ihres tatsächlichen Mobilitätsbedarfs erarbeiten“.

Die Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021-2030) ⁽²⁾ enthält spezifische Maßnahmen, um den prioritären Bereich der Lehrkräfte und Auszubildenden anzugehen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch, zu prüfen, ob ein politischer Rahmen für die Mobilität von Lehrkräften erarbeitet werden kann.

Der Hintergrund dieses Rahmens besteht darin, dass bei Lehrkräften besondere Herausforderungen bestehen, die auch in der Arbeitsunterlage der Kommission SWD(2023) 719 final untersucht werden.

Dieser Rahmen enthält eine Reihe von Maßnahmen, die auf schulischer, lokaler, regionaler und systemischer Ebene umgesetzt werden können, um die in den EU-Mitgliedstaaten festgestellten Hindernisse für die Mobilität von Lehrkräften zu beseitigen. Er soll Interessenträgern als Inspirationsquelle dienen, die im Einklang mit ihren jeweiligen Systemen eigene Strategien für die Mobilität von Lehrkräften entwickeln wollen, und soll ein Instrumentarium zur Erhöhung der Mobilität von Lehrkräften bieten. Er beinhaltet eine Ergänzung und Erweiterung der Maßnahmen, die in den Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der Mobilität, insbesondere der Mobilität in Europa, von Lehrkräften und Auszubildenden während ihrer beruflichen Aus- und Weiterbildung ⁽³⁾ ausgeführt werden, und der Aufwertung der Mobilität von Lehrkräften in Schulen und Gemeinschaften. In den Schlussfolgerungen des Rates werden die positiven Auswirkungen von Lernmobilität im Ausland auf die berufliche Entwicklung von Lehrkräften und die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung hervorgehoben und auch Mobilitätshindernisse benannt. Dieser Anhang befasst sich mit der dringend notwendigen Überwindung dieser Hindernisse, um die Mobilität von Lehrkräften, im Einklang mit den Erfordernissen der nationalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, sowohl in der Erstausbildung als auch während ihrer beruflichen Weiterbildung zu einem gangbaren Weg zu machen.

Der Grundgedanke dahinter besteht darin, dass die Lernmobilität ein integraler Bestandteil der Erstausbildung und beruflichen Weiterbildung von Lehrkräften sein sollte, da sie die Attraktivität des Lehrberufs erhöhen kann und für die Weiterentwicklung von Schulen und Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung auf dem Weg zum Europäischen Bildungsraum wichtig ist.

Die Kommission wird die Mitgliedstaaten bei der Einführung der in diesem Dokument dargelegten notwendigen Vorkehrungen und Maßnahmen insbesondere durch den Austausch bewährter Verfahren und Peer-Learning unterstützen. Diese Maßnahmen werden auf den bewährten Verfahren aufbauen, die im Rahmen des Programms Erasmus+ entwickelt wurden, wie beispielsweise den Erasmus+-Lehrkräfteakademien, die Lehrkräfte zu Beginn ihrer Laufbahn unterstützen und ihre berufliche Entwicklung stärken sollen.

Im Einklang mit dem nationalen System ihres Mitgliedstaats können die Interessenträger auf schulischer, regionaler, lokaler und systemischer Ebene die genannten allgemeinen Ziele erreichen durch:

1. Bereitstellung von Mobilitätsmöglichkeiten im Rahmen der Erstausbildung und der beruflichen Weiterbildung von Lehrkräften

a) Erstausbildung

- Erwägung der Einbeziehung inklusiver und geschlechtergerechter Mobilitätsmöglichkeiten in die Erstausbildung von Lehrkräften als empfohlener Teil der Lehrpläne;
- Anerkennung von Lernmobilität als integraler Bestandteil der Erstausbildung von Lehrkräften, wobei insbesondere gegebenenfalls Unterrichtsaufträge im Ausland als gleichwertig mit der Ausbildung an einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung im eigenen Land anerkannt werden;
- soweit möglich, Reservierung von Zeitfenstern („Mobilitätsfenstern“) im akademischen Jahr der Erstausbildung von Lehrkräften, damit angehende Lehrkräfte leicht Mobilitätszeiten wahrnehmen können, ohne dass ihr Studium beeinträchtigt wird;

⁽¹⁾ Dok. COM(2020) 625 final.

⁽²⁾ ABl. C 66 vom 26.2.2021, S. 1.

⁽³⁾ ABl. C 167 vom 21.4.2022, S. 2.

- Eingliederung von Modulen oder Elementen in die Lehrpläne für die Erstausbildung von Lehrkräften, mit denen die für Lernaufenthalte im Ausland notwendigen Fähigkeiten und Kompetenzen erworben werden können.

b) Berufliche Weiterbildung

- Anerkennen der Ergebnisse von Auslandsaufenthalten der Lehrkräfte als legitimer und wertvoller Teil ihrer beruflichen Tätigkeit;
- soweit möglich, Ermittlung und Integration von Mobilitätsfenstern im Schuljahr, innerhalb derer die Entsendung und Aufnahme von Lehrkräften und künftigen Lehrkräften angemessen und leicht umsetzbar und bei Bedarf für Vertretung gesorgt ist;
- Abschluss bilateraler Abkommen auf nationaler oder gegebenenfalls regionaler Ebene, um insbesondere die Anerkennung und Vergleichbarkeit erworbener Fähigkeiten und Kompetenzen zu vereinfachen (z. B. durch einen gemeinsamen Qualitätsrahmen und die Bereitstellung einer einheitlichen Kompetenzterminologie auf europäischer Ebene);
- soweit möglich und im Einklang mit nationalen Zuständigkeiten, Unterstützung von Schulen mit angemessenen Ressourcen und flexiblen Verfahren, bei denen für an Mobilitätsmaßnahmen teilnehmende Lehrkräfte eine vorübergehende Vertretung bereitzustellen ist.

2. Verbesserung der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene durch Erarbeitung und Umsetzung eines strategischen Ansatzes für die Mobilität von Lehrkräften

a) Einbeziehung der Mobilität von Lehrkräften in die allgemeine Entwicklung der Schulen

- Unterstützung von politischen Entscheidungsträgern, Schulleitungen, in der Ausbildung von Lehrkräften tätigem Personal und einschlägigen Interessenträgern bei der Darlegung, wie Lernmobilität, einschließlich Mobilität von Lehrkräften, — unabhängig von ihrem pädagogischen Fachwissen oder Geschlecht — in die Entwicklungsstrategien der Schulen integriert werden kann;
- Erwägung der Festlegung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen für die Lernmobilität, die Teil der Gesamtstrategie für die Schulentwicklung werden sollen, auch für die Entsendung und Aufnahme von Lehrkräften (einschließlich Lehrkräften in der Ausbildung und anderem Schulpersonal) und Projekte für die Zusammenarbeit mit Organisationen im Ausland (einschließlich Online-Zusammenarbeit);
- Anwendung einer progressiven Strategie zur Umsetzung dieser Ziele, ausgehend von der Nutzung digitaler Instrumente und Plattformen, der bilateralen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit mit grenzübergreifenden Regionen;
- soweit möglich, Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen in demselben Gebiet oder derselben Region, um leichter Vertretungen für an Lernmobilitätsprogrammen teilnehmende Lehrkräfte zu bekommen;
- Nutzung des lokalen Systems der Organisationen aus dem Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, um Partner im Ausland zu finden;
- Aufbau von Netzen teilnehmender Einrichtungen zwischen den Mitgliedstaaten, um ein System für die Mobilität von Lehrkräften zu entwickeln, das auf den Verzeichnissen lokaler, regionaler und nationaler Bildungsbehörden, Schulkonsortien, der eTwinning-Gemeinschaft und anderen bestehenden Netzen basiert;
- Stärkung der Mobilität von Lehrkräften durch Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse, Förderung der Anwendung innovativer Methoden für den Sprachunterricht und das Erlernen von Sprachen und Integration der Mehrsprachigkeit in den Unterricht.

b) Zuteilung der erforderlichen Ressourcen

- Erwägung der Zuteilung von speziellem Personal (Mobilitätskoordinatorinnen und -koordinatoren) für die Vorbereitung und Durchführung von Mobilitätsprojekten und -maßnahmen, einschließlich Betreuung mobiler Lehrkräfte, Unterstützung der aufnehmenden und entsendenden Einrichtungen und Abwicklung von logistischen und administrativen Vorgängen beispielsweise im Hinblick auf Unterbringung, Einkommensbesteuerung und Sozialversicherung auf der geeignetsten Ebene (Schulen sowie lokale Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen);

- Erwägung der Bündelung der Ressourcen auf der Ebene der lokalen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zur Bewältigung des mit der Vorbereitung und Verwaltung von Mobilitätsprojekten verbundenen Verwaltungsaufwands, insbesondere um Schulen mit geringer Mittelausstattung die Teilnahme an Lernmobilitätsmaßnahmen zu ermöglichen;
- Aufstockung der Kapazitäten von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, damit sie von den Mobilitätsmaßnahmen der aktiven und angehenden Lehrkräfte profitieren und sie aufnehmen können, unter umfassender Nutzung der Zusammenarbeit mit den Erasmus+-Lehrkräfteakademien;
- Anerkennen der Arbeit der Beschäftigten, die Mobilitätsmöglichkeiten vor Ort Wirklichkeit werden lassen;
- Unterstützung von Schulen, die an Mobilitätsprojekten teilnehmen, durch Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen;
- Förderung von Synergien mit anderen lokalen, nationalen und EU-Fonds, insbesondere dem Europäischen Sozialfonds Plus und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, zusätzlich zu Erasmus+.

3. Werben für die Vorteile von Lernmobilität und Förderung von Lernmobilität durch entsprechende Schulungen

- Sensibilisierung von Entscheidungsträgern auf allen Ebenen des Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung (insbesondere von Schulleitungen und anderen Führungskräften auf lokaler und regionaler Ebene) für die Vorteile von grenzüberschreitender Lernmobilität für Lehrkräfte sowie für deren Auswirkungen auf die Entwicklung von Organisationen, einschließlich Unterstützung der Schülerschaft beim Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen;
- Bereitstellung von Schulungsangeboten für Schulleitungen (u. a. durch Hospitationen im Ausland) zum Thema Schulentwicklung, unterstützt durch Lernmobilität im Ausland;
- Schaffung von Anreizen und Wertschätzung der Arbeit von Schulleitungen, die ihre Schulen und ihre Beschäftigten in Mobilitätsprojekte einbinden;
- Wertschätzung und Förderung der positiven Auswirkungen dieser Erfahrungen auf die Lehrkräfte, die Lernenden und die Entwicklung der Schulen sowie die Schulbildung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

ANHANG II

Ein politischer Rahmen für die Mobilität von Auszubildenden

Lehrlingsausbildungen⁽¹⁾ sind seit 2010 ein zentrales Merkmal der europäischen Politik der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die mit dem Kommuniqué von Brügge begann und 2020 mit der Erklärung von Osnabrück und der Empfehlung des Rates vom 24. November 2020 zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz⁽²⁾ bekräftigt wurde. Die einschlägigen politischen Prioritäten haben sich seitdem weiterentwickelt und umfassen nun die Verwirklichung der grenzüberschreitenden Lernmobilität auch für Auszubildende. Die Mobilität von Auszubildenden bietet deutliche Vorteile — für junge Menschen und erwachsene Lernende in Bezug auf ihre Ausbildung und Beschäftigungsfähigkeit, für Unternehmen aufgrund des Kompetenzzuwachses ihrer Arbeitskräfte und für die Gesellschaft insgesamt. Einige der Fähigkeiten und Kompetenzen, wie sie die grenzüberschreitende Mobilität bieten kann (z. B. Sprachkenntnisse, interkulturelle Kompetenzen, organisatorische Fähigkeiten und andere übertragbare Fähigkeiten oder spezifische Fertigkeiten in einem technischen Bereich, den es in dem entsendenden Unternehmen/der entsendenden Einrichtung nicht gibt), können im Heimatland nicht erworben werden. Dennoch haben Auszubildende aufgrund einer Reihe von besonderen Hindernissen wie der Komplexität der rechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem administrativen Status der Auszubildenden, ihrem Alter, verschiedenen nationalen Berufsausbildungssystemen und Lehrplänen sowie dem Risiko eines Produktivitätsverlusts aufseiten der Arbeitgeber nur begrenzten Zugang zu Lernmobilitätserfahrungen. In diesem Anhang wird eine Reihe von Maßnahmen auf nationaler Ebene vorgeschlagen, die die Mobilität von Auszubildenden auf individueller und auf System- und Unternehmensebene erleichtern können. Er soll Interessenträgern, die bereit sind, die Mobilität von Auszubildenden auszuweiten, als Inspirationsquelle dienen sowie ein Instrumentarium zur Erhöhung der Mobilität von Auszubildenden bieten. Er baut auf den Bestimmungen der Empfehlung des Rates vom 15. März 2018 zu einem Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung auf.

Den Mitgliedstaaten wird empfohlen, die Einführung einer Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Mobilität von Auszubildenden in der beruflichen Aus- und Weiterbildung nach folgenden Grundsätzen in Betracht zu ziehen:

1. Aspekte auf Systemebene zur Erleichterung der Mobilität von Auszubildenden

- a) Einbeziehung der Mobilität von Auszubildenden in eine nationale Internationalisierungsstrategie für die allgemeine und berufliche Bildung und gegebenenfalls in branchenspezifische (wirtschaftliche) Strategien. Diese Strategien können einen schrittweisen Ansatz verfolgen, der auf Kurzzeitmobilität und auf Mobilität in grenzübergreifenden Regionen oder in ausgewählten Branchen ausgerichtet ist oder Kurzzeitprogramme im Bereich kollektive Mobilität oder Rotation fördert.
- b) Förderung der Internationalisierung durch Aufbau auf dem Know-how der Zentren der beruflichen Exzellenz, die Referenzanbieter beruflicher Aus- und Weiterbildung in den Mitgliedstaaten miteinander verbinden, zur Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum von Interessenträgern anregen und bestrebt sind, hochwertige Lehrpläne und Qualifikationen zu entwickeln, bei denen branchenspezifische Qualifikationsanforderungen und gesellschaftliche Herausforderungen im Mittelpunkt stehen. Zentren der beruflichen Exzellenz befassen sich mit einer Reihe von Maßnahmen, unter anderem der Integration der Mobilität von Lernenden in die Lehrpläne und der Verbesserung der Möglichkeiten für Lernmobilität im Ausland und der Qualität solcher Mobilitätsprogramme. Sie dienen als Triebkräfte für Exzellenz und Innovation und fördern eine proaktive Rolle der beruflichen Aus- und Weiterbildung bei der Entwicklung der regionalen und lokalen Wirtschaft.
- c) Zuweisung von speziellem Personal (Botschafterinnen und Botschaftern, Anlaufstellen, Mobilitätskoordinatorinnen und -koordinatoren) auf lokaler und nationaler Ebene zur Erleichterung der und Sensibilisierung für die Mobilität von Auszubildenden in Bezug auf die verschiedenen nationalen und regionalen Programme. Dieses Personal könnte bei der Vorbereitung und Durchführung von Mobilitätsprojekten und -maßnahmen, einschließlich Betreuung von Auszubildenden, Unterstützung der aufnehmenden und entsendenden Einrichtungen und Abwicklung von logistischen und administrativen Vorgängen, helfen.
- d) Förderung der Mobilität von Auszubildenden unter anderem indem der Aufbau neuer oder die Stärkung bestehender Netze zwischen Arbeitgebern, Anbietern beruflicher Aus- und Weiterbildung, öffentlichen Arbeitsverwaltungen und Sozialpartnern angeregt wird und bestehende Initiativen wie die Europäische Ausbildungsallianz genutzt werden.

⁽¹⁾ Gemäß der Empfehlung des Rates vom 15. März 2018 zu einem Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung (ABl. C 153 vom 2.5.2018, S. 1) sind Lehrlingsausbildungen Systeme der formalen beruflichen Aus- und Weiterbildung,

a) die das Lernen in Bildungs- oder Ausbildungseinrichtungen mit solidem Lernen am Arbeitsplatz in einem Unternehmen und an anderen Arbeitsstätten kombinieren,

b) die zu national anerkannten Qualifikationen führen,

c) die auf einer Vereinbarung beruhen, in der die Rechte und Pflichten des Auszubildenden, des Arbeitgebers und gegebenenfalls der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung festgelegt sind, und

d) bei denen der Auszubildende bezahlt oder auf andere Weise für die berufspraktische Komponente entschädigt wird.

⁽²⁾ ABl. C 417 vom 2.12.2020, S. 1.

- e) Erwägung der Gestaltung der Lehrpläne dahin gehend, dass die Mobilität von Auszubildenden erleichtert wird, ohne den Abschluss ihrer Ausbildung zu gefährden, und dass im Ausland erzielte Lernergebnisse anerkannt werden (z. B. durch Aufnahme eines speziellen Mobilitätsmoduls in die Lehrpläne oder die Einführung von Fernunterricht, wo dies erforderlich und möglich ist).
- f) Sicherstellen eines einfachen Zugangs zu Informationen über rechtliche und administrative Anforderungen an die Mobilität von Auszubildenden in Bezug auf die Aufwandsentschädigung und den rechtlichen Status mobiler Auszubildender.
- g) Verringerung des Verwaltungsaufwands beim Antragsverfahren und Beschleunigung der Verfahren zur Erlangung von Visa und Aufenthaltstiteln für ankommende Auszubildende aus Drittstaaten — sofern erforderlich — im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2016/801 ⁽³⁾.
- h) Förderung bilateraler Abkommen über die Mobilität von Auszubildenden mit anderen Mitgliedstaaten und, soweit möglich, mit Drittländern (oder gegebenenfalls Regionen), um bestehende Hindernisse für die Anerkennung und Vergleichbarkeit erworbener Fähigkeiten und Kompetenzen zu verringern (z. B. durch einen gemeinsamen Qualitätsrahmen, der auf die spezifischen nationalen Fragen im Zusammenhang mit der Mobilität von Auszubildenden und den Systemen der Lehrlingsausbildung in den beiden Ländern ausgerichtet ist).
- i) Soweit möglich, Einbindung der Sozialpartner in alle Phasen der Konzeption, Umsetzung und Weiterverfolgung von Strategien und Programmen für die Mobilität von Auszubildenden.

2. Unterstützung für Auszubildende

- a) Inklusive Umsetzung der Mobilität durch besondere Unterstützung für Menschen mit geringeren Chancen.
- b) Ergänzung der Erasmus+-Finanzhilfen durch zusätzliche Mittel zur Deckung der Kosten für die Mobilität von Auszubildenden.
- c) Förderung pädagogischer Regelungen und Instrumente zur Unterstützung der Mobilität von Auszubildenden, z. B. durch Fernschulungen, um Unterschiede in der dualen Struktur aus Lernen und Ausbildung zu überwinden.
- d) Mehr Unterstützung von und Kontaktaufnahme zu Auszubildenden, einschließlich Unterstützung bei der sprachlichen Vorbereitung (Erstellung von speziellem Sprachlernmaterial für bestimmte Berufe in der Sprache bzw. den Sprachen der Aufnahmeländer).
- e) Entwerfen von Begleitmaßnahmen für ins Ausland gehende Auszubildende, wie etwa die Entwicklung eines Mentoring-/„Buddy“-Systems für die Vorbereitungsphase, das Anbieten virtueller Mobilität in der Vorbereitungsphase (zur Ergänzung der physischen Mobilität) und während des Auslandsaufenthalts sowie die Unterstützung von Auszubildenden bei der Wiedereingliederung in ihr Arbeitsumfeld und der Nutzung ihrer neu erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen nach ihrer Rückkehr.
- f) Förderung von Möglichkeiten für Auszubildende an Schulen für die berufliche Aus- und Weiterbildung, einschließlich Erasmus+-Angeboten und internationaler Mobilitätsprogramme, über ein spezielles Netz von Beraterinnen und Beratern und soziale Medien.
- g) Förderung von auf dem EURES-Online-Portal angebotenen Möglichkeiten für Auszubildende, um mobile Lernende beim Übergang in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

3. Unterstützung für Unternehmen

- a) Erwägung der Schaffung finanzieller Anreize für Arbeitgeber, um diese für die Zeit des Auslandsaufenthalts ihrer Auszubildenden zu entschädigen sowie für Auszubildende, um diese darin zu bestärken, zu ihrem entsendenden Arbeitgeber zurückzukehren (z. B. eine Bonuszahlung nach Abschluss des Programms oder ein Lohnzuschuss bei Einstellung nach Abschluss der Ausbildung).

⁽³⁾ Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 21).

- b) Erwägung der gezielten Unterstützung der Arbeitgeber, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, z. B. durch Förderung des Aufbaus von vorzugsweise branchenbezogenen Vermittlungsnetzen zwischen Aufnahme- und Entsendeländern, um Unternehmen bei organisatorischen Fragen und rechtlichen Anforderungen zu helfen.
 - c) Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Lehrlingsausbildung betreiben, oder öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV) und Arbeitgebern durch die Prüfung von Maßnahmen, die Auszubildenden in vom grünen und vom digitalen Wandel betroffenen Branchen Berufsbildungsmöglichkeiten im Ausland bieten. Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen diesen staatlichen Stellen oder öffentlichen Arbeitsverwaltungen und Arbeitgeberverbänden zur Behebung des Fachkräftemangels in grünen und digitalen Berufen durch entsprechende Ausbildungsprogramme; und Erwägung grenzüberschreitender regionaler Partnerschaften zwischen diesen staatlichen Stellen oder öffentlichen Arbeitsverwaltungen als erster Schritt in diese Richtung.
 - d) Werben für die Möglichkeiten von Erasmus+ und für die Europäische Ausbildungsallianz bei Unternehmen unter Hervorhebung der Vorteile der Aufnahme und Entsendung von Auszubildenden im Rahmen von Mobilitätsprogrammen.
-

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3557)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 3649	7. Juni 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr. 1333-82-0)	Carlo Nobili S.p.A. Rubinetteria, Via Lagone 32, 28021, Borgomanero, No- vara, Italien	REACH/24/14/0	Galvanisierung ver- schiedener Substrate zur Herstellung von Funktionsoberflächen mit hoher Beständigkeit und einem silberigen Aussehen (hell oder matt) für sanitäre Anwendungen	31. Dezember 2028	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Ver- ordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökono- mische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschli- che Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativ- stoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3560)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Prüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 3667	7. Juni 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Newform S.P.A., Via Marconi 25/A. Fraz. Vintebbio, 13037, Serravalle Sesia (VC), Italien	REACH/24/18/0	Galvanisierung verschiedener Substrate mit Chromtrioxid zur Herstellung von Funktionsoberflächen mit hoher Beständigkeit und einem silberigen Aussehen (hell oder matt) für sanitäre Anwendungen	18. August 2030	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.





C/2024/3642

14.6.2024

Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung evidenzgestützter Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums

(C/2024/3642)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

eingedenk der Texte, die im Rahmen der Union zu Bildung und Wissenschaft für politische Angelegenheiten angenommen worden sind;

IN DEM BEWUSSTSEIN

1. der Bemühungen der Mitgliedstaaten der Union auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie ihrer Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung im Hinblick darauf, eine hochwertige und inklusive allgemeine und berufliche Bildung für alle zu gewährleisten;
2. der zahlreichen Herausforderungen, die sich in der allgemeinen und beruflichen Bildung heute stellen und die von politischen Entscheidungsträgern und pädagogischen Fachkräften — Lehrkräften, Ausbildenden, Erzieherinnen und Erziehern, den für die Leitung von Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung Verantwortlichen sowie Hochschulpersonal — bewältigt werden müssen;
3. des Beitrags, den Forschung und Daten zum Wissen und zu hochwertigen Informationen im Bereich der Politik und Praxis der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Analyse bildungsbezogener, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen leisten;
4. dass es angesichts des Umfangs und der Komplexität der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Entscheidungsfindung keine absolute Gewissheit geben kann;

IN ERWÄGUNG DES FOLGENDEN:

5. Die allgemeine und berufliche Bildung ist aufgrund ihrer bedeutenden Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes und auf die berufliche Entwicklung, die persönliche Entfaltung und das Wohlergehen jedes Einzelnen ein wichtiger und deutlich sichtbarer Bereich in der öffentlichen Wahrnehmung.
6. Der Begriff „Evidenz“ bezieht sich auf Informationen, die systematisch und wissenschaftlich gesammelt, analysiert und ausgewertet werden, um als Grundlage für die Politikgestaltung, die Politikentwicklung, die Programmdurchführung, die Evaluierung und die Praxis zu dienen. Diese Evidenz kann aus verschiedenen Quellen stammen und unterschiedliche Formen annehmen, dazu gehören Forschung, Überwachung, Evaluierung, systematische Überprüfungen, validierte quantitative und qualitative Daten, praktische Erfahrungen und der Konsens von Sachverständigen. Für die Zwecke dieser Schlussfolgerungen liegt der Schwerpunkt auf Erkenntnissen aus Forschung und Daten.
7. „Evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung“ kann daher als das Sammeln, Kombinieren und Bewerten mehrerer zuverlässiger Informationsquellen — einschließlich der besten verfügbaren und relevantesten Erkenntnisse aus Forschung und/oder Daten — definiert und als Schritt zur Verbesserung von Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung betrachtet werden.
8. Während Evidenz aus Forschung und/oder Daten eine entscheidende Rolle bei der Politikgestaltung und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung spielen sollte, muss ein differenziertes Zusammenspiel anderer wichtiger Erwägungen berücksichtigt werden. Dazu gehören persönliche und berufliche Erfahrungen, Werte, Normen, praktisches Denken, die Sichtweisen von Interessengruppen, Fachwissen, kontextbezogenes Wissen sowie politische, soziale und wirtschaftliche Erwägungen. In Bezug auf die Politikgestaltung und -praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung ist der Begriff „evidenzgestützt“ daher besser geeignet als der Begriff „evidenzbasiert“.
9. Die Nutzung von Evidenz in der Politik und Praxis der allgemeinen und beruflichen Bildung muss kontextualisiert werden. Sie sollte an die spezifischen Bedürfnisse, Erfahrungen, Kulturen und Umstände der jeweiligen Governance-Ebene sowie auf das Lern- und Unterrichtsumfeld im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung angepasst sein. Was sich in einem Zusammenhang als wirksam und relevant erweist, führt möglicherweise nicht unbedingt zu den gleichen Ergebnissen in einem anderen. In dieser Hinsicht spielt das professionelle Urteil der politischen Entscheidungsträger und der pädagogischen Fachkräfte eine entscheidende Rolle.

IM EINVERNEHMEN DARÜBER, DASS

10. hochwertige, relevante und zugängliche Evidenz, die durch ein starkes Forschungsökosystem und eine starke Dateninfrastruktur im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sichergestellt wird, eine wichtige Voraussetzung für evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung ist.
11. Die Berücksichtigung von Evidenz und deren effiziente Nutzung gehören zur Professionalität der politischen Entscheidungsträger und pädagogischen Fachkräfte.

WEIST AUF FOLGENDES HIN:

12. Evidenz aus hochwertigen Daten und Forschungsarbeiten darüber, was für wen in welchem Kontext und für welche Ziele funktioniert, bildet eine solidere Grundlage für die Politik und die Praxis im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass Evidenz
 - a) das Vertrauen in politische Entscheidungsträger, Forschende, pädagogische Fachkräfte und die Gesellschaft insgesamt sowie zwischen ihnen stärkt,
 - b) zur Bewältigung aktueller Herausforderungen, zur Ermittlung des Bedarfs und zur Vorbereitung künftiger politischer Entscheidungen beiträgt, da sie Folgenabschätzungen für die Politikgestaltung und Reformen erleichtert,
 - c) von wesentlicher Bedeutung für die Bewertung der Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz und Relevanz von umgesetzten politischen Maßnahmen und Investitionen ist. Evidenzgestützte Ergebnisse fließen in die Feedbackschleife für politische Maßnahmen ein und tragen dazu bei, Finanzmittel und Ressourcen in Strategien mit größeren Erfolgsaussichten zu lenken, und somit dazu, die Wirkung politischer Entscheidungen und Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung zu maximieren,
 - d) zur beruflichen Weiterentwicklung politischer Entscheidungsträger und pädagogischer Fachkräfte beiträgt.
13. Evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützt Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung und deren Lernumgebungen ebenso wie die Lehr- und Lernpraxis und hat das Potenzial, Lernergebnisse zu verbessern. Pädagogische Fachkräfte sind in der Lage, die allgemeine und berufliche Bildung unter anderem durch Methoden zu gestalten, die ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben.
14. In einem von unterschiedlichen Auffassungen und großen öffentlichen Debatten geprägten Kontext bietet evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung klarere und objektiv dokumentierte Informationen über Bedarf, Wirkung und Durchführbarkeit und trägt somit zur gesellschaftlichen Sensibilisierung und Akzeptanz bei.

STELLT — UNTER GEBÜHRENDER BERÜCKSICHTIGUNG NATIONALER, REGIONALER UND LOKALER ZUSTÄNDIGKEITEN IN DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG — DIE FOLGENDEN VIER PRIORITÄTEN IM HINBLICK AUF DIE FÖRDERUNG EVIDENZGESTÜTZTER POLITIK UND PRAXIS IN DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG ZUR VERWIRKLICHUNG DES EUROPÄISCHEN BILDUNGSRAUMS HERAUS:

I. FÖRDERUNG EINER POSITIVEN EINSTELLUNG GEGENÜBER EVIDENZGESTÜTZTER POLITIK UND PRAXIS IN DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG UND WEITERE ANREGUNG VON BILDUNGSFORSCHUNG

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten

- a) die Entwicklung eines starken Forschungsökosystems **fördern**, das eine relevante, zugängliche und hochwertige Forschung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung gewährleistet, wobei die Bedeutung der Sicherheit und Integrität der Forschung zu berücksichtigen ist;
- b) die aktive Einbeziehung von Forschenden und pädagogischen Fachkräften in die Politik und Praxis der allgemeinen und beruflichen Bildung **fördern und anregen**, indem sie Möglichkeiten und Unterstützungsstrukturen schaffen;
- c) pädagogische Fachkräfte **ermutigen**, zur Bildungsforschung beizutragen und an ihr teilzunehmen;
- d) politische Entscheidungsträger, Forschende und Interessenträger **ermutigen**, bei der Verbreitung von Forschungsergebnissen klare und gezielte Kommunikationsmaßnahmen zu ergreifen;
- e) Forschungsergebnisse **nutzen**, wenn sie Strategien konzipieren, um die Folgen und Auswirkungen von Bildungsmaßnahmen oder -reformen zu bewerten, um deren Effizienz und Wirksamkeit zu verbessern;
- f) Peer-Learning **fördern**, um den Austausch von Verfahren und Erfahrungen bei der wirksamen Nutzung von Evidenz in der Politikgestaltung und -praxis zu verbessern; das vorhandene Fachwissen der Mitgliedstaaten sowie das regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Organisationen wie der OECD, der UNESCO, der Internationalen Vereinigung zur Bildungsbewertung (IEA), der Weltbank und anderer nutzen und Kooperationen, Austausch und Partnerschaften prüfen;
- g) **eine Bestandsaufnahme und Analyse** erfolgreicher evidenzgestützter Strategien und Verfahren in der allgemeinen und beruflichen Bildung **in Betracht ziehen**, um Schlüsselfaktoren für die Wirksamkeit zu ermitteln und Synergien zu fördern.

Die Mitgliedstaaten sollten

- a) politische Entscheidungsträger, Bildungsbehörden, Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung und Interessenträger ebenso wie pädagogische Fachkräfte **ermutigen**, Evidenz zu nutzen, wenn sie den Bildungsbedarf ermitteln und Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs festlegen, und diese Maßnahmen kontinuierlich zu bewerten und anzupassen;

Die Kommission sollte unter gebührender Wahrung der Subsidiarität

- a) im Rahmen von EU-Programmen wie Erasmus+ (einschließlich seiner Leitaktion 3) und Horizont Europa (einschließlich seiner Fazilität für Politikunterstützung) sowie des Instruments für technische Unterstützung für alle Mitgliedstaaten, Interessenträger und zwischengeschalteten Organisationen Möglichkeiten für Bildungsforschung, Peer-Learning, Partnerschaften und politische Experimente im Hinblick auf evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung **schaffen**;
- b) Maßnahmen auf EU-Ebene **stärken**, um eine evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung anzuregen und zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf den Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung, Eurydice, die Tätigkeiten der Ständigen Gruppe „Indikatoren und Benchmarks“, die Gemeinsame Forschungsstelle, das Cedefop, die Europäische Stiftung für Berufsbildung, das Lernlabor für Investitionen in hochwertige allgemeine und berufliche Bildung, das European Science Advisors Forum (Europäisches Forum der wissenschaftlichen Berater), den Mechanismus für wissenschaftliche Beratung und die Knowledge4Policy-Plattform.

II. DEN AUFBAU VON KAPAZITÄTEN BEI ALLEN AKTEUREN IM BEREICH DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG FÖRDERN, DAMIT SIE EVIDENZ NUTZEN UND DIE HERAUSFORDERUNGEN IN DEN BEREICHEN FORSCHUNG, VERMITTLUNG UND NUTZUNG ÜBERWINDEN KÖNNEN;

Die Mitgliedstaaten sollten

- a) Forschung und Datenkompetenz bei politischen Entscheidungsträgern und pädagogischen Fachkräften **fördern**, damit sie Zugang zu Forschung haben, die für ihren jeweiligen Kontext relevant ist, sie verstehen, daran teilnehmen und sie wirksam anwenden können;
- b) die Erstausbildung von Lehrkräften und die kontinuierliche berufliche Weiterbildung **fördern**, um eine evidenzgestützte Praxis, einschließlich in den Bereichen Pädagogik, Klassenzimmer- und Schulmanagement, sowie die Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte in allen Bereichen zu berücksichtigen und zu fördern;
- c) Forschende **ermutigen**, Kompetenzen im Bereich Politik und Praxis zu fördern, indem politische Entscheidungsträger und pädagogische Fachkräfte in den gesamten Forschungsprozess einbezogen werden;
- d) zwischengeschaltete Strukturen und/oder Organisationen, die eine Schlüsselrolle bei der Überbrückung der Lücke zwischen Bildungsforschung, Politik, Praxis und Gesellschaft insgesamt spielen, **unterstützen und stärken**;
- e) **erwägen**, spezielle Referate in den Bildungsverwaltungen, die eine evidenzgestützte Politik und Praxis fördern und verbreiten, einzurichten bzw. vorhandene zu unterstützen.

III. FÖRDERUNG DER NUTZUNG VON DATEN IM RAHMEN EVIDENZGESTÜTZTER POLITIK- UND PRAXIS IN DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten

- a) **erwägen**, bei der Einleitung jeglicher bildungspolitischer Maßnahmen Datenanforderungen von Anfang an zu integrieren, um größtmögliche Einblicke in die Umsetzung und den Wert der Maßnahmen zu gewinnen und das Hervorbringen von Evidenz zu fördern;
- b) **bestrebt sein zu gewährleisten**, dass Daten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sind („findable, accessible, interoperable and reusable“, FAIR); die Verfügbarkeit, den Zugang und die Nutzung FAIRer und offener Daten zur Unterstützung einer evidenzgestützten Politik und Praxis fördern;
- c) **gewährleisten**, dass die Datenerhebung und -analyse im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung einen Mehrwert bietet, der in einem angemessenen Verhältnis zu den investierten Ressourcen steht;
- d) **erkunden**, welche Möglichkeiten künstliche Intelligenz bei der Verarbeitung, Analyse und Nutzung von Daten bietet, wobei Qualität, Objektivität und Vertrauen zu berücksichtigen sind.

Die Mitgliedstaaten sollten

- a) **eine Strategie** für FAIRe Daten im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung **in Betracht ziehen**, bei der es um die Erhebung, Bereitstellung und Verbreitung von Daten geht, und dabei Folgendes berücksichtigt:
 - i) zuverlässige Datenschutzmaßnahmen zum Schutz sensibler Informationen, auch von Lernenden, sowie von Aspekten der Vertraulichkeit und Sicherheit von Daten der allgemeinen und beruflichen Bildung,
 - ii) die Bedeutung hochwertiger Forschungsinstrumente für die Beschaffung zuverlässiger Daten, die für die Politikgestaltung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung relevant sind,
 - iii) die unterschiedliche Art von Daten zur allgemeinen und beruflichen Bildung über öffentliche und private Bereiche hinweg,
 - iv) wie wichtig es ist, die Zugänglichkeit und Übertragbarkeit von Daten zu erleichtern, auch mit Blick auf die Qualität von Metadaten;

- b) sich **weiter** um eine gemeinsame Datenerhebung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung bemühen; Investitionen in den kosteneffizienten Zugang zu Verwaltungsdaten und deren einheitliche Nutzung **in Erwägung ziehen**;
- c) weiterhin in eine robuste Dateninfrastruktur, modernste Datenanalysen, Wertschöpfung und Dateninnovation **investieren**. Eine evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung erfordert hochwertige und FAIRe Daten auf individueller und auf Systemebene.

Die Kommission sollte unter gebührender Wahrung der Subsidiarität

- a) den Austausch von Daten und bewährten Verfahren im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zwischen den Mitgliedstaaten und gegebenenfalls öffentlichen und privaten Bereichen **fördern und unterstützen**. Evidenz weitergeben und den Mitgliedstaaten Orientierung und Unterstützung bei der Umsetzung effizienter Datenverfahren und Methoden sowie der Datenschutzvorschriften der Union im Zusammenhang mit Daten über die allgemeine und berufliche Bildung anbieten.

IV. DAS LERNLABOR FÜR INVESTITIONEN IN HOCHWERTIGE ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG ALS WERTVOLLES INSTRUMENT DER UNION ZUR FÖRDERUNG EVIDENZGESTÜTZTER POLITIK UND PRAXIS IN DER ALLGEMEINEN UND BERUFLICHEN BILDUNG ZUR VERWIRKLICHUNG DES EUROPÄISCHEN BILDUNGSRAUMS WEITERENTWICKELN

Die Kommission sollte unter gebührender Wahrung der Subsidiarität

- a) den Anwendungsbereich des Lernlabors für Investitionen in hochwertige allgemeine und berufliche Bildung — in Absprache mit den Mitgliedstaaten und gegebenenfalls den regionalen und lokalen Behörden — auf den breiteren Bereich der evidenzgestützten Politik der allgemeinen und beruflichen Bildung **ausweiten; sicherstellen**, dass die Teilnahme an den Aktivitäten des Lernlabors freiwillig bleibt;
- b) neue Evidenz **hervorbringen** und vorhandene Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger der EU im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung leichter zugänglich machen; ein Informationsarchiv **einrichten**, das mit Instrumenten ausgestattet ist, die den Zugang zu evidenzgestützten Erkenntnissen in Politik und Praxis erleichtern und nach ihren jeweiligen Wirkungsbereichen und Problemlösungskapazitäten abgegrenzt sind; **sich verstärkt darum bemühen**, Beispiele für kosteneffiziente Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung zu ermitteln; Synergien mit dem Eurydice-Netz **ausloten**;
- c) Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau **organisieren**, um die Fähigkeiten und Kompetenzen politischer Entscheidungsträger zu verbessern, die an einer evidenzgestützten Politik im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung beteiligt sind; Die Schulungsinstrumente sollten an die verschiedenen Ebenen der Politikgestaltung und daran angepasst werden, wie weit die evidenzgestützte Politikgestaltung in der allgemeinen und beruflichen Bildung fortgeschritten ist;
- d) den Aufbau von Partnerschaften zwischen der Bildungsforschungsgemeinschaft, politischen Entscheidungsträgern und pädagogischen Fachkräften **unterstützen**; ein EU-weites Netz zwischengeschalteter Strukturen, die eine Schlüsselrolle bei der Überbrückung der Lücke zwischen Bildungsforschung, Politik, Praxis und der Gesellschaft insgesamt spielen, **unterstützen**;
- e) mit internationalen Organisationen wie der OECD, der UNESCO, der IEA und der Weltbank **in Kontakt treten und zusammenarbeiten**, um Synergien zu schaffen und zu nutzen und zugleich Doppelarbeit bei der Förderung einer evidenzgestützten Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung zu vermeiden;
- f) einen kontinuierlichen Dialog und Austausch über evidenzgestützte Politik und Praxis in der allgemeinen und beruflichen Bildung zwischen den Mitgliedstaaten **fördern**, unter anderem durch die Community of Practice für kontrafaktische Folgenabschätzungen bildungspolitischer Maßnahmen;
- g) dem Ausschuss für Bildungsfragen den Arbeitsplan des Lernlabors für Investitionen in hochwertige allgemeine und berufliche Bildung **vorlegen**, um Feedback im Hinblick auf dessen Optimierung in Bezug auf die Bedürfnisse und Anliegen der Mitgliedstaaten einzuholen; dem Ausschuss für Bildungsfragen diesbezüglich regelmäßig **Bericht erstatten** und ihn regelmäßig **einbeziehen**;
- h) **ausreichende Ressourcen vorsehen**, um zu gewährleisten, dass die Aktivitäten des Lernlabors Wirkung entfalten.

Die Mitgliedstaaten sollten

- a) **erwägen**, sich an den Aktivitäten des Lernlabors zu beteiligen; ihre Erkenntnisse in Beratungen des Bildungsausschusses zu diesem Thema **austauschen**, um die Wirksamkeit und Qualität des Lernlabors kontinuierlich zu verbessern.

FORDERT DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE KOMMISSION AUF, IM RAHMEN IHRER ZUSTÄNDIGKEITEN,

bei den laufenden Arbeiten im Rahmen des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Verwirklichung des europäischen Bildungsraums an den Folgemaßnahmen zu diesen Schlussfolgerungen **zusammenzuarbeiten**.

FORDERT DIE KOMMISSION AUF,

diese Schlussfolgerungen zu **unterstützen**, indem sie einen evidenzgestützten Ansatz verfolgt, wenn sie neue Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung konzipiert und vorschlägt; auf der Grundlage und mit Hilfe der Expertise der Ständigen Gruppe „Indikatoren und Benchmarks“ an Vorschlägen zu **arbeiten**; die vom Rat und seinem themenspezifischen Vorbereitungsgremium, dem Ausschuss für Bildungsfragen, zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Anliegen der Mitgliedstaaten zu **priorisieren** und zu berücksichtigen.

BEAUFTRAGT DEN BILDUNGSAUSSCHUSS,

- a) der Nutzung von Evidenz besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wenn er Vorschläge der Kommission an den Rat oder Entwürfe von Schlussfolgerungen und Entschließungen des Rates prüft;
 - b) gegebenenfalls **eine Stellungnahme** zu etwaigen Vorschlägen für einen EU-Indikator oder ein EU-Ziel mit Auswirkungen auf den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung abzugeben.
-



C/2024/3660

14.6.2024

**Gemäß den Artikeln 61 und 62 des Gesetzes über den Gasmarkt (Amtsblatt Nr. 18/18 und 23/20)
veröffentlicht die kroatische Energieregulierungsbehörde die folgende**

BEKANNTMACHUNG

(C/2024/3660)

Am 22. März 2024 wurde eine öffentliche Ausschreibung für die Auswahl von Gasversorgern zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen veröffentlicht.

Die Begleitunterlagen der öffentlichen Ausschreibung für die Auswahl von Gasversorgungsunternehmen im Rahmen der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen wurden auf der offiziellen Website der kroatischen Energieregulierungsbehörde veröffentlicht (www.hera.hr).

*Stellvertretender Vorsitzender
des Verwaltungsrates
Željko Vrbanić, M.Sc.*



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 30. JANUAR 2019

(C/2024/3681)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 30. und 31. Januar 2019

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Feierliche Sitzung – Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust	3
4. Wiederaufnahme der Sitzung	7
5. Erklärungen des Präsidenten	7
6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	8
7. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll	9
8. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	9
9. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll	9
10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	9
11. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	9
12. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	10

Inhalt	Seite
13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	10
14. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	10
15. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	10
16. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	10
17. Arbeitsplan	10
18. Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Aussprache)	13
19. Bekämpfung eines Klimas des Hasses und von körperlicher Gewalt, die sich gegen demokratisch gewählte Mandatsträger richten (Aussprache)	25
20. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Ungarn, Entwicklungen seit September 2018 (Aussprache)	33
21. Lage in Venezuela (Aussprache)	44
22. Aktuelle Entwicklungen in den Beziehungen zwischen China und Taiwan (Aussprache)	51
23. Stand der Handelsverhandlungen zwischen den USA und der EU (Aussprache)	58
24. Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „eu“ (Aussprache)	65
25. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik (Aussprache)	69
26. Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung (Aussprache)	76
27. Strategien zur Integration der Roma (Aussprache)	83
28. Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments (Aussprache)	92
29. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	100
30. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	106
31. Schluss der Sitzung	106

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 30. JANUAR 2019

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo, interrotta il 17 gennaio 2019.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 15.07)

3. Feierliche Sitzung – Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Presidente. – Presidente Knobloch. Eccellenze, illustri ospiti, Signor Presidente della Commissione europea, Signor Presidente della Corte dei Conti, Signor Primo ministro, signori del governo romeno, colleghe e colleghi, oggi celebriamo il Giorno della Memoria e commemoriamo le vittime dell'Olocausto: le comunità ebraiche, le minoranze etniche, come i rom e sinti, gli omosessuali, i disabili e tutte quelle persone ritenute indesiderabili dal regime nazista.

Per la prima volta il Giorno della Memoria al luogo nell'emiciclo del Parlamento europeo, durante la sessione plenaria. Con questo gesto lanciamo, oggi più che mai, un segnale forte: noi non dimentichiamo; noi non vogliamo dimenticare. Rinnoviamo il nostro impegno a tenere vivo il ricordo e a combattere senza sosta ogni forma di odio, di discriminazione e di antisemitismo.

Perpetuare il ricordo degli inauditi crimini dell'Olocausto non è solo un atto di commemorazione: è una tappa essenziale nel processo di guarigione personale e collettivo. L'Olocausto deve rimanere un monito perenne. Non dobbiamo più tollerare atti di violenza e odio razziale. Secondo i dati dell'ultimo Eurobarometro, il 50% dei cittadini europei ritiene che l'antisemitismo sia un problema nel proprio Paese. Questa è la dimostrazione che purtroppo il virus dell'antisemitismo non è stato ancora debellato.

Dobbiamo reagire con fermezza ad ogni riaffiorare dei germogli dell'odio. I nostri valori e la nostra storia sono più forti dell'intolleranza e della violenza. L'Europa lo ha dimostrato più di una volta. Il Parlamento europeo è stato e sarà sempre al fianco di chi subisce atti di odio e di discriminazione.

Nel 2016 abbiamo organizzato una conferenza di alto livello sul futuro delle comunità ebraiche in Europa. Nel 2017 abbiamo adottato la nostra prima risoluzione contro l'antisemitismo. Insieme dobbiamo fare di più per difendere i principi della risoluzione delle Nazioni Unite che ha istituito il Giorno della Memoria: promuovere programmi educativi, rigettare qualsiasi diniego dell'Olocausto e condannare senza riserve ogni manifestazione di intolleranza su base etnica o religiosa.

Il nostro messaggio di oggi è molto chiaro: nell'Unione europea non c'è posto per l'odio e per l'antisemitismo. Non permetteremo che si ripetono i tragici errori del passato: «mai più». Ascolteremo la testimonianza della dottoressa Charlotte Knobloch, presidente della Comunità ebraica di Monaco e dell'Alta Baviera. Charlotte Knobloch aveva solo tre anni quando le è stato vietato di giocare insieme agli altri bambini del suo quartiere. Era ebrea e questa era la sua unica colpa.

È miracolosamente sopravvissuta alle autorità dell'Olocausto grazie ad una donna cristiana che lavorava presso la sua famiglia. Charlotte Knobloch ha dedicato la sua vita ad una coraggiosa lotta all'odio e all'antisemitismo. A lei va tutta la nostra gratitudine. La invito, gentile signora, a raggiungere il leggio e a prendere la parola di fronte all'Assemblea plenaria del Parlamento europeo.

Charlotte Knobloch, *ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland*. – Sehr geehrter Herr Präsident Tajani, ich danke Ihnen für Ihre einführenden, beruhigenden und hervorragenden Worte; sehr geehrter Herr Präsident Juncker, Exzellenz, Herr Premierminister Michel, liebe anwesende Schüler, sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen, hochverehrter Herr Präsident, sehr herzlich für die Einladung danken, die ich gerne angenommen habe. Denn ein Besuch im Europäischen Parlament ist für mich immer etwas ganz Besonderes. Lassen Sie, die Sie in diesem Gebäude regelmäßig ein und aus gehen, sich von mir als Gast gesagt sein: Es ist ein erhebendes Gefühl, hier zu sein.

Dieses Plenum ist kein Parlament wie jedes andere. Gewiss: Jeder von Ihnen wurde in diese Kammer gewählt als Vertreter seines Landes und seiner Partei. Sie alle sind hier, um im demokratischen Wettstreit Politik zu machen und eine gute Zukunft für die Bürger Europas zu gestalten.

Aber das ist nicht alles. Hinter diesem Rednerpult und über dem Präsidium sehen Sie nicht nur eine Nationalflagge wie in den nationalen Volksvertretungen, sondern 28. In ihrer Mitte rahmen sie die blau-gelbe Flagge ein, die für die Idee der Einheit Europas steht – eine Idee, der Sie als Mitglieder dieses Parlaments verpflichtet sind.

Dieses Halbrund schafft nicht nur Gesetze – es schafft Gemeinsamkeit. Und es symbolisiert die Werte, auf denen Europa bis heute aufbaut und auf denen die europäische Einigung ruht: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Offenheit, Toleranz und der Wille zum friedlichen Miteinander.

Wie selbstverständlich diese Ideale heute den Alltag in Europa bestimmen, war für viele von uns – mich selbst eingeschlossen – lange Jahre kaum vorstellbar. Zu drückend und zu umfassend habe ich in meiner Jugend die Herrschaft der Barbarei erlebt, die nichts Menschliches mehr kennen wollte und ohne Hemmung zerstörte und mordete.

Ich habe damals fast alles verloren: viele meiner Liebsten, mein Zuhause, mein Urvertrauen in die Welt und in die Menschen. Mehr als einmal waren es Glück oder Zufall, die mein Leben gerettet haben. Jahrelang lebte ich in einem Versteck – unter falschem Namen und mit einer falschen Identität. Wäre ich ich selbst gewesen – es hätte mein sicheres Todesurteil bedeutet.

Ich kann heute hier stehen, weil es unter all den vielen Mördern, Mitläufern und Gleichgültigen auch Menschen gab, die ihr Leben riskierten, um sich ihre Menschlichkeit zu bewahren. Ich kann heute hier stehen, weil das Licht der Menschlichkeit auch in der dunkelsten Zeit der Menschheitsgeschichte nie ganz erloschen ist.

Aber auch vor diesem Hintergrund war für mich eines völlig klar: Bei der ersten Gelegenheit würden mein gottseliger Mann und ich Deutschland und Europa verlassen. Dieser Kontinent schien uns damals zu verderben. Überall wollten wir uns ein neues Leben aufbauen – nur nicht hier.

Die Geburt unserer Kinder führte dazu, dass wir unsere Auswanderungspläne immer wieder hintanstellen mussten. Diese Kinder wuchsen in einem Land auf, in dem Unsicherheit und Unwohlsein für sie und für die ganze jüdische Gemeinschaft die bestimmenden Gefühle waren.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten dominierte Unsicherheit ohne begrenzten Kontakt mit der nichtjüdischen Umwelt. Nie wusste man sicher, wer womöglich jüdisches Blut an seinen Händen hatte. Das Unwohlsein darüber, in dieser Lage weiter im „Land der Mörder“ – so hieß damals unser Land – zu leben, war immer spürbar. Dauerhaft in Deutschland zu bleiben, erschien uns in dieser Lage unvorstellbar.

Dass ich heute vor Ihnen stehe, ist der Beweis dafür, dass – zum Glück! – im Laufe der Jahrzehnte vieles möglich wurde, das zuvor unvorstellbar gewesen wäre. Wer hätte etwa damals damit gerechnet, dass die Demokratien der Nachkriegszeit sich als so robust erweisen würden? Wer hätte es je für möglich gehalten, dass in Europa jahrhundertealte Feindschaften innerhalb von nur wenigen Jahren überwunden werden könnten? Und wer hätte geglaubt, dass nach den unvorstellbaren Gräueltaten des Holocaust jüdisches Leben in Europa, ja selbst in Deutschland wieder Fuß fassen würde?

All das wirkt heute selbstverständlich. Doch, meine Damen und Herren: Das ist es nicht. Und auch die Errungenschaften sind nicht immer so stabil, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Das wird dieser Tage leider wieder deutlich. Die freiheitliche und demokratische Nachkriegsordnung in Europa ist heute mehr denn je gefährdet. Ich spreche dabei durchaus nicht von den äußeren Bedrohungen für unseren Zusammenhalt. Ihnen allein wäre die europäische Idee ohne Zweifel gewachsen. Was mich weit mehr besorgt, sind die Angriffe von innen. „In Vielfalt geeint“ kann Europa auch in Zukunft nur sein, wenn es sich seiner Werte bewusst ist und sie auch selbstverständlich verteidigt.

(Beifall)

Diese Zukunft aber ist zwingend verbunden mit dem Wissen um die Vergangenheit. Am 27. Januar haben wir am Internationalen Tag zum Gedenken an die Opfer des Holocausts an die sechs Millionen jüdische Menschen erinnert, die zwischen 1933 und 1945 durch das nationalsozialistische Deutschland ermordet wurden. Die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, auf deren Jahrestag der Gedenkakt terminiert wurde, jährte sich heuer bereits zum 74. Mal. Immer weniger Überlebende können aus eigener Anschauung von den Grauen berichten, die sie dort erleben mussten.

Umso wichtiger ist das Signal der Spitzenkandidaten der Christ- und Sozialdemokraten für die kommende Europawahl, Manfred Weber und Frans Timmermans, die nach ihrer Nominierung gemeinsam zur Gedenkstätte nach Auschwitz gereist sind.

Dennoch bleibt es eine traurige Tatsache: Immer mehr Stimmen der Erinnerung verstummen. Die „Zeit ohne Zeitzeugen“ steht bevor.

Manchen verleitet dieser Umstand zu dem Fehlschluss, die Erinnerung an den Holocaust und das Gedenken an seine Opfer seien heute überhaupt unnötig. Nichts könnte falscher sein. Dennoch erleben wir, wie überall in Europa politische Bewegungen an Kraft gewinnen, die sich dezidiert gegen Gedenken und gegen die Erinnerung stellen. Was sie propagieren, ist eine Gegenwart ohne Vergangenheit als Sprungbrett in eine Zukunft ohne Erinnerung.

Dass mit solcher Geschichtsvergessenheit auch der Antisemitismus wieder auflebt, ist leider keine Überraschung. Wir Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft erleben die Folgen dieser Entwicklung schon heute. In Deutschland und vielen anderen Staaten der EU ist jüdisches Leben in der Öffentlichkeit nur unter Polizeischutz möglich, und das Sicherheitsgefühl der jüdischen Bevölkerung nimmt seit Jahren ab. Zwar sind die Zentren jüdischen Lebens allenthalben wieder in die Städte zurückgekehrt; Synagogen und Gemeindehäuser wurden neu gebaut als Zeichen für die neue Selbstverständlichkeit des Miteinanders.

Diese Gebäude ruhen auf einem Fundament des Vertrauens. Ich kann selbst aus eigener Erfahrung berichten, wie lange es dauerte, bis ich mich in meiner Heimat- und Geburtsstadt München nach 1945 wieder heimisch fühlen konnte. Die sprichwörtlichen Koffer habe ich erst zur Eröffnung unserer neuen Synagoge im November 2006 endgültig ausgepackt.

Heute ertappe ich mich jedoch immer wieder bei dem Gedanken, dass ich mit diesen Worten zu voreilig gewesen sein könnte. Das Vertrauen unter den jüdischen Menschen ist vielerorts im Schwinden begriffen. Sie hatten darauf vertraut, in unserem Land nie wieder im Stich gelassen zu werden. Sie leiden öfter unter Anfeindungen, verbal oder tätlich – aber noch mehr leiden sie unter Gleichgültigkeit, fehlendem Verständnis, fehlender Empathie.

Denn wohin wir auch blicken, überall erhebt der Judenhass heute wieder sein hässliches Haupt – in allen gesellschaftlichen Schichten und in allen Bereichen des politischen Spektrums, von der politischen Rechten über die radikale Linke bis tief hinein in die Mitte; außerdem in vielen muslimischen Milieus. Kräfte wie die AfD, die Vertreter der antisemitischen BDS-Kampagne und radikale Muslime mögen wenig miteinander gemein haben – nur der Antisemitismus eint sie alle.

Verehrte Anwesende, natürlich ist das nur die halbe Wahrheit. Es gibt glücklicherweise überall in Europa auch Menschen, die sich für die Erinnerung und für Demokratie und Offenheit einsetzen. Ihre Stimmen sind laut und zahlreich. In vielen, wenn nicht in allen Ländern der Europäischen Union bilden sie eine breite Mehrheit der Bevölkerung.

Doch auf dieser numerischen Überlegenheit dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Geschichte hat gezeigt, wie schwer die Mehrheit es haben kann, ihre Ideale gegen eine renitente Minderheit zu verteidigen. Und so sehen wir auch in der zeitgenössischen europäischen Politik, wie schnell Antisemitismus sich ausbreitet, wenn ihm nicht rechtzeitig Grenzen gesetzt werden.

Eines der drastischsten Beispiele für diese Entwicklung findet sich heute im Vereinigten Königreich. Die Labour Party, die während ihrer langen Geschichte eine Bastion der staatspolitischen Vernunft war, hat sich unter dem Vorsitz von Jeremy Corbyn in den vergangenen Jahren zu einem der eklatantesten Problemfälle Europas im Hinblick auf politischen Antisemitismus entwickelt. Unter der neuen Führung hat Labour die politische Mitte weit hinter sich gelassen.

(Beifall)

Es liegt auf der Hand, dass im moralischen Halbdunkel einer solchen Nicht-Positionierung die fragwürdigsten politischen Gewächse gedeihen. Dieses Beispiel zeigt, wie schnell der Abschied von einer Politik der Toleranz sich vollziehen kann, wenn die Vorzeichen günstig sind.

Labour unter Corbyn ist ein Beispiel. Derartige Entwicklungen sind nicht allein unter Verweis auf die politische Sonderrolle Großbritanniens zu erklären – sie finden sich überall in Europa, und sie zeigen, dass in unseren Ländern etwas ins Rutschen gekommen ist.

Antisemitismus findet in vielen Ländern Europas wieder politischen und gesellschaftlichen Raum. Was lange schwelte, kommt heute an die Oberfläche: Wo Judenhass nicht sofort und energisch bekämpft wird, da bricht er sich Bahn. Das haben auch die jüngsten Umfragen zum Antisemitismus unmissverständlich gezeigt. Herr Präsident, Sie haben schon darauf verwiesen.

Verehrte Anwesende, lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Ein Europa, in dem 89 % der jüdischen Bevölkerung über eine Zunahme des Antisemitismus in ihrem Heimatort klagen, hat ein Problem. Ein Europa, in dem mehr als ein Drittel der jüdischen Bevölkerung schon einmal ernsthaft über eine Auswanderung nachgedacht hat, hat ein Problem.

Judenhass vergiftet das gesellschaftliche Klima insgesamt. Er spricht dem europäischen Grundversprechen Hohn: Freiheit und Sicherheit gelten eigentlich für jeden einzelnen Bürger Europas – oder sie gelten für niemanden.

Es erfüllt mich mit Trauer und Schmerz, dass wir uns heute, so viele Jahre nach dem Ende des Holocaust, erneut und noch immer mit einem so weit verbreiteten Antisemitismus auseinandersetzen müssen. Aber unser aller Pflicht muss es sein, dieser Entwicklung entgegenzutreten und sie zurückzudrängen. Das ist unsere Verantwortung.

Denn die größte Tragödie der jüdischen Geschichte ereignete sich hier, in Europa. Die Städte, die heute Zentrum unseres Lebens sind, waren oft vor nicht einmal 80 Jahren Schauplätze des schlimmsten Verbrechens der Menschheitsgeschichte, verursacht durch die damalige deutsche Regierung.

Verehrte Anwesende, sehr geehrte Kommissionsmitglieder, sehr geehrte Abgeordnete! Sie sind es, die die Geschicke der Europäischen Union lenken. Ich appelliere daher an Sie, sich heute und in Zukunft – auch nach der bevorstehenden Neuwahl dieses Parlaments – mit Nachdruck gegen den grassierenden Judenhass einzusetzen. Mein Wunsch ist es, dass dieses Parlament auch in Zukunft seiner Verantwortung gerecht wird.

Die Freiheit und die Demokratie, die wir heute genießen, sind immer nur so stark wie der Einsatz der Demokraten für sie – und die Bereitschaft der Mehrheit, sie gegen eine energische, hasserfüllte Minderheit zu verteidigen.

Diesen Hass dürfen wir nicht siegen lassen. Nicht erneut.

Aus „Nie wieder“ darf kein „Jetzt wieder“ werden.

(Die Mitglieder des Parlaments erheben sich und spenden der Rednerin Beifall)

Presidente. – Ringrazio a nome del Parlamento europeo la presidente Charlotte Knobloch per la sua preziosa testimonianza, che per tutti noi ha un valore inestimabile. Ora osserveremo un minuto di silenzio in memoria di tutte le vittime dell'Olocausto, tenendo bene a mente che per dedicare un minuto ad ognuna delle vittime, dovremmo restare in silenzio per oltre undici anni.

Dopo il minuto di silenzio, ascolteremo il Kaddish di Ravel interpretato dalla Cappella Musicale Regina Elisabetta del Belgio. Durante il minuto di silenzio saranno proiettati in Aula i disegni dei bambini detenuti nel ghetto di Terezin: erano circa 15 000. Se ne salvarono appena 150. A perenne memoria del loro dramma, ci hanno lasciato impresse sulla carta le loro creazioni oggi esposte nella sinagoga Pinkas a Praga, a cui va il nostro sentito ringraziamento.

Più di mille parole, questi disegni illustrano le loro emozioni di fronte ad atrocità che nessun bambino dovrebbe mai subire.

«Mai più».

(I membri dell'Assemblea osservano, in piedi, un minuto di silenzio)

(La seduta è sospesa per alcuni istanti)

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è aperta alle 15.49)

5. Erklärungen des Präsidenten

El presidente. – Estimados colegas, quisiera empezar hablando de un tema que nos da mucha tristeza: Venezuela. Como saben, la semana pasada, con ocasión de marchas masivas contra el régimen, el presidente de la Asamblea Nacional, Juan Guaidó, se proclamó presidente interino, apoyándose en la Constitución venezolana.

Enseguida, una gran parte de la comunidad internacional, sobre todo los Estados de América Latina, lo reconocieron como tal.

Más de cuarenta muertos y casi novecientos arrestos se produjeron durante estas protestas.

Esta tarde, y el próximo sábado, el pueblo venezolano estará nuevamente en la calle pidiendo democracia, libertad y respeto de los derechos humanos.

El Parlamento Europeo en esta legislatura ya se pronunció ocho veces sobre la situación en Venezuela. Ningún otro país tuvo esta atención.

Lamentablemente, la situación empeora y llegó a un punto de no retorno. El régimen de Maduro ha logrado que más de tres millones de personas abandonen su propio país. Se trata del fenómeno migratorio más importante de la historia de América Latina. Si las cosas no cambian muy pronto en Venezuela, se agravará con consecuencias desastrosas para toda la región.

Frente a los acontecimientos de la semana pasada, el Parlamento Europeo no puede quedarse callado. He hablado por teléfono con el presidente Guaidó, nuestro único interlocutor, para asegurarle el apoyo del Parlamento Europeo. Hemos otorgado a la oposición democrática de Venezuela el Premio Sájarov 2017. Fuimos la primera institución en denunciar la violación de derechos humanos, en pedir sanciones contra el régimen, en pedir que se establezca una estrategia regional para ayudar en la crisis de los refugiados.

A algunos países solo les interesa el petróleo. A nosotros nos importa la gente y el sufrimiento de la población venezolana.

(Se oyen aplausos y una risa burlona)

(Dirigiéndose al lugar de donde procede la risa): «Risus abundat in ore stultorum». Pida la traducción del latín.

Al pronunciarnos, no debemos pensar solo en una solución pacífica y una transición democrática, sino también reflexionar sobre la reconstrucción del país, para que la gente vuelva a una vida normal con comida y medicinas. Venezuela va a necesitar mucha ayuda e inversiones. La Unión Europea debe estar al lado de los venezolanos.

Frente a eventos históricos donde está en peligro la democracia está claro que tenemos que estar del lado de la libertad y de los derechos humanos y no de la opresión.

Voglio salutare anche la famiglia di Pavel Adamowicz, il sindaco di Danzica assassinato il 13 gennaio scorso. Sono presenti in tribuna sua moglie Magdalena, sua figlia Antonina, il fratello Piotr.

6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Presidente. – Il processo verbale e i testi approvati della seduta del 17 gennaio sono stati distribuiti.

Vi sono osservazioni?

(Il processo verbale della seduta precedente è approvato)

* * *

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da dodici giorni il Governo italiano sta tenendo in ostaggio 47 migranti salvati nel Mediterraneo, con la complicità di altri governi europei che, deliberatamente, sulla pelle dei migranti, costruiscono la loro vergognosa campagna elettorale. Quello che sta accadendo al largo del porto di Siracusa è una vergogna per l'Europa tutta: terra di libertà.

La gestione del fenomeno migratorio deve essere riportata al centro del dibattito parlamentare e affrontata con gli strumenti a nostra disposizione, nel pieno rispetto dell'articolo 80: solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità. Per questo, signor Presidente, chiedo l'apertura in questa sessione di un dibattito sul caso Sea Watch, affinché episodi simili non si ripetano mai più, né in Europa né altrove nel mondo.

Mi permetta di fare un appunto personale, Presidente: in questi due giorni che ho passato a Siracusa, il ruolo dei deputati europei è stato fortemente messo in discussione e credo che sia sua responsabilità difendere il ruolo dei deputati europei, perché è stato negato l'accesso per le visite ispettive. Credo che ciò non possa accadere, né in Italia né in nessun altro paese, perché il deputato europeo è libero di svolgere il suo ruolo in tutti i luoghi, anche dove le persone sono state private della loro libertà.

Presidente. – Se gli Stati membri dell'Unione avessero approvato la riforma di Dublino così come proposta dal Parlamento europeo, questa vicenda non si sarebbe mai verificata. Né questa né altre simili. Quindi credo che vi sia un messaggio forte da inviare agli Stati membri: fate in fretta ad approvare la riforma di Dublino.

Krisztina Morvai (NI). – Mr President, similarly to Ms Kyenge I would like to suggest and recommend an urgent meeting, an urgent debate, for this plenary to express our solidarity with the victims of Emmanuel Macron's policies of mass brutality. As you know very well, 15 people have lost their eyes, 80 people had severe head injuries, and I suggest that the debate on Hungary should be deleted from the agenda because these human rights violations that are going on in France are far more serious than the ones that are going on in Hungary.

Presidente. – Sono i gruppi o un numero qualificato di deputati a chiedere una discussione o una modifica dell'ordine del giorno. Se il suo gruppo o un numero qualificato di parlamentari chiederà di porre l'argomento all'ordine del giorno, lo sottoporro al voto dell'Aula, la quale deciderà se procedere o meno. Lo stesso discorso vale per la proposta dell'on. Kyenge.

Ana Gomes (S&D). – Mr President, I thank you for organising the ceremony in which we all expressed our deep feelings about the Holocaust. I must, nevertheless, leave here my regret that an attack was made against the British Labour Party for anti-Semitism.

(Applause)

I think this is outrageous. It's not doing right to all the people in the British Labour Party, all the members who are Jewish, who fought against the Nazis, and who died against the Nazis. I am very sorry that I did not hear a word about the Roma and the LGBT people who also perished in the Holocaust.

(Applause)

Presidente. – On. Gomes le ricordo che le vittime dell'Olocausto o i sopravvissuti sono liberi di dire ciò che ritengono ma le ricordo anche che nel corso del mio intervento ho ricordato che le vittime dell'Olocausto non erano soltanto cittadini europei di religione ebraica, ma c'erano anche rom, sinti ed omosessuali. Questo è stato detto in maniera molto chiara nel mio intervento di apertura.

Max Andersson (Verts/ALE). – Mr President, I rise in defence of Rule 115, that Parliament shall ensure that its activities are conducted with the utmost transparency.

I am very surprised to learn that Mr Weber's EPP is taking the unprecedented step of imposing secrecy on the vote on lobby transparent tomorrow. In a democracy, politicians do not make laws in secret; citizens have a right to know how their representatives vote. Forcing the whole of Parliament to vote in secrecy on a political issue is not only ridiculous, it also undermines citizens' confidence in the European Parliament.

Why is the EPP afraid to let voters know how their politician vote? So I urge you, Mr Weber: do the right thing and prevent your group from this blatant misuse of the rules in imposing secrecy on this transparency vote. Do the right thing, if not, shame on you!

Presidente. – Un appello. Non c'è nessun richiamo all'ordine del giorno. Vi prego di attenervi ai richiami all'ordine del giorno quando sono previsti i richiami all'ordine del giorno. Procederemo al dibattito politico nel momento previsto per il dibattito politico.

7. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll

8. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

9. Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

11. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

12. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

14. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

15. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

16. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

17. Arbeitsplan

Presidente. – Possiamo ora all'ordine dei lavori. Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, a norma dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione del 17 gennaio 2019 è stato distribuito.

Mercoledì

Ho ricevuto dal gruppo PPE la richiesta di iscrivere, come quarto punto, una dichiarazione del vicepresidente della Commissione/alto rappresentante dell'Unione europea per la politica estera sulla «Situazione Venezuela». La dichiarazione sarà seguita da un giro di interventi dei gruppi politici. La discussione si concluderà con una risoluzione che sarà votata giovedì.

Esteban González Pons, en nombre del Grupo PPE. – Señor presidente, en primer lugar, me gustaría comunicar a la Cámara que nos acompaña en la tribuna Francisco Sucre, que es el presidente de la Comisión de Política Exterior, Soberanía e Integración de la Asamblea de Venezuela y, por lo tanto, el número dos del Gobierno legítimo de ese país. También está en la tribuna de invitados Antonio Ledezma, que es el alcalde metropolitano de Caracas.

Después de haber escuchado su intervención en representación de este Parlamento, creo que no le queda a esta Asamblea sino decidir celebrar hoy un debate sobre la situación política en Venezuela y votar una resolución.

(El Parlamento aprueba la solicitud del Grupo PPE)

Presidente. – Ho ricevuto dal gruppo S&D la richiesta di rinviare a una giornata successiva la dichiarazione della Commissione sullo «Stato dei negoziati commerciali tra Stati Uniti e Unione».

Bernd Lange, on behalf of the S&D Group. – Mr President, as Chair of the Committee on International Trade, I want to request the postponement of the debate on the state of the US-EU trade negotiations.

Just a few days ago the Commissioner presented a draft mandate for negotiation and just today the implementation of the trade relations was published. So the Committee on International Trade thinks that we should have more time to have a profound and critical discussion about these documents and present a resolution to the plenary to have a position of the Parliament.

The Committee on International Trade is preparing a resolution and, therefore, we would like to postpone the debate with the Commission statement and the winding-up resolution until the March I plenary.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, the thing is that the Council has the Commission's draft for the negotiation mandate with the US right now on the table, so if this Parliament wants to have any say at all about what's being negotiated then we have to make our position clear now. We cannot wait for later. Later on we will not play any role, we will not have any say, and then we will again be totally out of the procedure.

I am very astonished because the S&D Group has so far always fought very hard for the formal involvement of the European Parliament, so I'm very astonished by this proposal and I would like to ask colleagues to reject the postponement proposal and let's rather talk about what our position is, what our demands are for the mandate, for the negotiation, and let's make sure that Parliament's voice will be heard in this.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Presidente. – Possiamo ora alla giornata di giovedì.

Giovedì

Ho ricevuto dal gruppo EFDD la richiesta che la votazione sulla relazione dell'on. Corbett sulle modifiche al regolamento del Parlamento sia rinviata a una tornata successiva. Mi è inoltre pervenuta dal gruppo Verts/ALE la richiesta che questa relazione, che è stata posta direttamente ai voti, sia rinviata alla tornata di febbraio con una discussione approfondita. Poiché la plenaria decide in merito alle modifiche all'ordine del giorno di questa tornata, pongo in votazione, dopo aver ascoltato ovviamente gli interventi a favore e contro, la richiesta di rinviare il voto sulla relazione dell'on. Corbett. La possibilità di avere una discussione profonda su questa relazione sarà comunque discussa nella prossima riunione della Conferenza dei presidenti.

Fabio Massimo Castaldo, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, Rule 227 provides that amendments to the Rules of Procedure are to be examined by the committee responsible, the Committee on Constitutional Affairs. This is a rule but it is also a basic democratic principle. However, tomorrow we will vote three amendments to the Corbett report on the revision of the Rules of Procedure which, although of utmost significance, were never tabled or discussed during the many meetings of the working group and the committee.

The S&D with Jo Leinen, the PPE with György Schöpflin and ALDE with Mr Goerens require that the decision on the future existence of political groups be put into the hands of the absolute majority of Parliament through a vote on their political affinity. On the basis of which parameter? No parameter is established in this proposal. Is there – and this is a question – a political affinity between you, Mr Schöpflin, and your Group after it split up on the Sargentini report which called for the activation of Article 7 against Hungary, led by your party? Just a little more than a quarter of your PPE colleagues voted in favour of your government. Should you already go with the non-attached? This is not, I think, a rhetorical question.

And you, Mr Leinen, apparently find elements of political affinity on the interpretation of the principles of democracy with the exponents of Fidesz that you were criticising so much in this plenary on other occasions. Do not speak also about ALDE that many times showed us very different votes – Mr Goerens who until very recently was sitting beside Members of those groups which collected signatures for Finland's exit from the euro despite the pro-federal rhetoric. Democracy means first and foremost granting the opposition's rights. It can never turn into a tyranny of the majority. On behalf of the EFDD Group, I ask for the postponement of the vote on the Corbett report in line with Rule 149a.

(Applause)

Richard Corbett (S&D), Rapporteur. – Mr President, that was all very interesting, but not entirely relevant to the procedural point that was moved, which was to shift the debate, and presumably the vote, of course, on this report to a subsequent part-session on the grounds that there hasn't been enough time to consider this report. I would remind the House that this report was drafted by a working group of the Committee on Constitutional Affairs (AFCO), a working group in which every Group was represented. It then went to the AFCO Committee as a whole. It has now come before Parliament. It is subject to amendments in the usual way, as with previous rules reports, as indeed with most of our reports, there are amendments that come up and new compromises that emerge at the plenary stage. It was already postponed from December to January I. It was postponed from January I to January II.

I wonder whether he's taking a leaf out of the book of Mrs May about kicking the can down the road further and further and further until there is no time left to deal with it – maybe that is what is intended by the EFDD Group? In any case, I recommend that Parliament do not follow that.

(Mixed reactions)

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, just to clarify, our proposal is to have a fully fledged debate on the Corbett report. For us, whether we have it now or in February is not the point; we don't need to postpone it.

What we want to do is debate it, because Parliament should have a proper debate about what rules of procedure we're going to use for forming the Groups. That is a matter of concern for all the Groups. It is a serious matter. So we should have a proper debate about that and know what we are going to vote about rather than just doing it in a couple of minutes.

The whole report has really serious implications: on the formation of a group, the question of what sort of lobbying would be allowed and whether we have learned from the Me Too movement. This concerns really a lot of things so we should have a proper debate; that's our point of view. We can have a proper debate now, no problem, we don't have to do it in February. We can do it in February but now the question is simply, do we have a debate? That's our request: to have a full debate.

(Il Parlamento respinge la richiesta del gruppo EFDD)

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, then I would like to request that we have a full debate on the Corbett report in this plenary session.

Presidente. – Allora mettiamo ai voti la proposta del gruppo Verts/ALE.

(Il Parlamento accoglie la richiesta di modifica)

* * *

A seguito di consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula le seguenti proposte di modifica al progetto definitivo di ordine del giorno:

Mercoledì

Una discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul «Recesso del Regno Unito dall'Unione europea» è aggiunta come primo punto all'ordine del giorno, seguito da un giro di interventi dei gruppi politici;

La discussione congiunta sull'«Equilibrio di genere» è spostata a giovedì, come primo punto della mattinata.

Giovedì

La discussione congiunta sull'«Equilibrio di genere» sarà il primo punto della mattinata.

Seguirà la discussione con il Primo ministro finlandese Juha Sipilä sul futuro dell'Europa, dalle 10:00 alle 12:00.

Le votazioni inizieranno alle 12:00.

Inoltre sono aggiunti alle votazioni i seguenti punti:

Relazione dell'On. Siekierski su «Norme sui pagamenti diretti e sul sostegno allo sviluppo rurale per gli anni 2019 e 2020»;

— Obiezione a norma dell'articolo 106 sulla «Colza geneticamente modificata»;

— Obiezione a norma dell'articolo 106 sul «Granturco geneticamente modificato 5307»;

— Obiezione a norma dell'articolo 106 sul «Granturco geneticamente modificato MON 87403»; e

— Obiezione a norma dell'articolo 106 sul «Cotone geneticamente modificato GHB614».

* * *

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo intervenire proprio sulla modifica dell'ordine del giorno, perché è da tanto che ho alzato la mano. Io ho fatto una richiesta ben precisa da parte del mio gruppo: quella di chiedere in questa sessione un dibattito sul caso della Sea Watch, proprio perché questo dibattito lo dobbiamo riportare all'interno dell'Aula parlamentare. Trattasi di un tema europeo ma trattasi anche di un tema sulla violazione dei diritti fondamentali. Ho fatto questa precisa richiesta e vorrei che fosse votata.

Presidente. – Onorevole, dal suo gruppo, come previsto dal regolamento, non è arrivata alcuna richiesta di modifica dell'ordine del giorno, che deve pervenire almeno un'ora prima. Per tutti gli altri gruppi questa richiesta è arrivata. Non essendo arrivata una richiesta a nome del suo gruppo, non ho posto la relazione in votazione. Non è mia responsabilità.

(L'ordine dei lavori è così fissato)

18. Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul recesso del Regno Unito dall'Unione europea (2019/2539(RSP)).

Melania Ciot, President-in-Office of the Council. – Mr President, two weeks ago, I recall the steps already taken on the Council side following the European Council endorsement of the agreement on the withdrawal of the UK from the EU and Euratom and approval of the political declaration setting out the framework for the future relationship between the EU and the UK last November. This was just after having learned the outcome of the meaningful vote in Westminster, an outcome we cannot but regret. We were all hoping that at least this would have been a wake-up call, leading the UK government and the British Parliament to come out with a clear sense of direction and timing. From what I understand from yesterday's vote, this is not the case and we face more rather than less uncertainty.

What are the alternative arrangements? Prime Minister May has now been instructed to negotiate with the EU. How can we reconcile the intention to discuss alternative arrangements with the clear EU position that the withdrawal agreement is the best possible compromise text achieved in the negotiations? I don't want to speculate on how the various options on the table will unfold, but this is clear that this state of affairs makes a disorderly exit of the UK more likely still and its consequences more serious for all of us, but in particular for the UK.

Economic operators are increasingly vocal about the impact of this uncertainty, in terms not only of direction but also of timing on their activities, investment and, therefore, jobs. It is also clear that this uncertainty and the tensions it leads to at sectoral and national level will further test our unity and resolve.

It is, therefore, all the more necessary on the one hand to resist the temptation of bilateral deals and, on the other, to reflect our common purpose in the swift adoption of the necessary contingency measures. The responsibility for ensuring the UK ratification of the deal remains with the UK Government. Our determination to proceed should, however, comfort the UK Government in its effort to complete its part of the ratification process. In this respect, within the limits of our principles and positions, notably as regards citizens' rights and the Irish backstop, one should remain open to talks and clarifications if this can help the ratification process in the UK. While we have been clear that renegotiation of the agreement is not on the cards, we should stand ready to act once the UK Government has clarified the next steps on its side.

In the meantime, we continue the ratification process in the EU, which, I understand, is also moving on in the European Parliament as well. Given the uncertainty I mentioned before, in terms of both timing and content, we have to continue our preparations for all outcomes, including a no-deal scenario. The Council and the Member States at national level are therefore intensifying their work on preparedness and contingency, building on the solid work already underway. This means, of course, new legislative activities at this late stage of the legislature, but we are confident that by working together we can deliver. I'm encouraged in this respect by the agreement already reached on a few Brexit-related proposals.

The Presidency, with your cooperation, is determined to facilitate the adoption of the necessary contingency measures in good time.

Jean-Claude Juncker, *President of the Commission*. – Mr President, in less than 60 days, the United Kingdom is due to leave the European Union.

I say to Mr Farage and others, this is a bad decision. Listen, listen.

Even as the Commission has defended the interests of the European Union, a spirit of respect and friendship has accompanied us at every step in these negotiations. The Withdrawal Agreement and political declaration agreed by all 27 leaders and the United Kingdom Government is the result of that. The Withdrawal Agreement remains the best and only deal possible. The European Union said so in November. We said so in December. We said so after the first meaningful vote in the Commons in January. The debate and votes in the House of Commons yesterday do not change that. The Withdrawal Agreement will not be renegotiated.

Both sides have said loud and clear that there can be no return to a hard border on the island of Ireland, no slipping back into darker times past. I believe the Prime Minister's personal commitment on this point, but I also believe that we need a safety net that secures us against this risk. We have no incentive nor desire to use the safety net, but at the same time, no safety net can ever truly be safe if it can just be removed at any time. Sometimes, from time to time, I have the impression that some hope exists that the 26 other countries will abandon the backstop and also Ireland at the last minute, but this is not a game and neither is it a simple bilateral issue. It goes to the heart of what being a member of the European Union means. Ireland's border is Europe's border and it is our Union's priority.

We know from yesterday's debate that the House of Commons is against many things. It is against a no-deal Brexit, it is against the backstop, but we still do not know what exactly the House of Commons is actually for. The concept of alternative arrangements is not new. It was discussed in the negotiations. It is referred to in the political declaration and, in our letter to Prime Minister May, Donald Tusk and I committed to explore it further as a matter of priority, but a concept is not a plan. It is not an operational solution. Many in the House of Commons, both amongst those who voted for and those who voted against the amendment are aware of this.

I will continue to be in close contact with Prime Minister May, for whom I have the greatest respect, and I will listen to her ideas, but I will also be extremely clear about the position of the European Union that I have presented today.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, laissez-moi vous dire clairement que le vote d'hier a accru le risque d'un retrait désordonné du Royaume-Uni. Nous devons continuer à tout faire pour nous préparer à tous les scénarios, y compris le pire.

La Commission a commencé ses travaux préparatoires en décembre 2017 et ces dernières semaines, en étroite coopération avec votre Parlement, Monsieur le Président, nous avons accéléré nos préparations. J'ai envoyé une équipe dans chaque capitale pour aider les États membres à être prêts. Le Conseil européen a apporté son appui à ce travail depuis le début. Nous avons à ce jour publié 88 notifications montrant quelles sont les conséquences du Brexit dans différents domaines, ainsi que 18 propositions ou actes législatifs. Les trois dernières propositions portant sur le programme Erasmus, la sécurité sociale et le budget de l'Union européenne ont été adoptées et présentées aujourd'hui.

Je voudrais d'ores et déjà remercier tous les membres du Parlement qui sont concernés, afin de garantir que nous parvenions à des accords rapides sur ces propositions et sur tous les dossiers urgents en attente. Il est plus que jamais important que l'Union européenne reste calme, unie et déterminée, comme elle l'a été tout au long de ce processus. Dans ce travail, nous devons suivre une règle d'or: nous ne devons pas reproduire les bénéfices de l'accord de retrait ou de la déclaration politique.

I am still an optimist by nature, and a believer in democratic institutions by conviction. This leads me to believe that there can and will be agreement with the United Kingdom, so that we can move on and move forward together with our new partnership.

We will work day and night to make it happen and to ensure that we are ready in case it does not. Whichever way, I will always ensure that this House is the first to know, and the last to decide.

(Applause)

Le Président. – Avant de donner la parole à notre négociateur, M. Michel Barnier, je veux signaler, tant au président de la Commission européenne qu'à notre négociateur, que, pour le Parlement européen, quelle que soit la solution au problème du Brexit, la défense des droits des 3,5 millions de citoyens européens qui habitent au Royaume-Uni est une priorité. Nous défendons aussi les droits des citoyens britanniques qui habitent chez nous, dans l'Union européenne. Autrement dit, tout d'abord les droits des citoyens: européens – aujourd'hui –, britanniques, et qui viennent d'autres pays.

Michel Barnier, négociateur en chef de l'Union européenne pour le Brexit. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, Madame la Secrétaire d'État, d'abord, merci, Monsieur le Président, de me permettre de nouveau de m'exprimer ici, devant vous, en plénière, et ainsi, jour après jour, de consolider aux côtés du président Juncker le climat de confiance, la transparence, le dialogue que nous avons construits ensemble avec vous, Mesdames et Messieurs les députés, et en particulier avec le groupe de pilotage sur le Brexit, Guy Verhofstadt et tous les membres de ce groupe depuis un an et demi, au rythme d'une réunion pratiquement chaque semaine.

Mesdames et Messieurs, hier, pour la première fois, le Premier ministre britannique, Theresa May, a ouvertement plaidé pour rouvrir l'accord de retrait. Elle a, avant même les votes intervenant en fin de soirée, pris ainsi de la distance par rapport à l'accord qu'elle avait elle-même négocié et sur lequel nous étions tombés d'accord. Le gouvernement britannique a apporté dans la foulée un soutien explicite à l'amendement présenté par Sir Graham Brady, qui demande le remplacement du *backstop* que nous avons prévu dans le protocole irlandais par des dispositifs alternatifs, qui n'ont d'ailleurs à aucun moment été définis. En même temps, la Chambre des communes a rejeté le scénario d'un *no deal*, sans d'ailleurs aucune précision sur les moyens d'éviter un tel scénario. Voilà la situation dans laquelle nous nous trouvons cet après-midi.

Dans le cours de cette très longue et extraordinaire négociation, nous sommes à un moment, Monsieur le Président, que je veux qualifier – comme j'étais en toute première ligne aux côtés et sous l'autorité du président Juncker, du président Tusk et de vous-même – de grave et de très sérieux. Le président Tusk hier soir, le président Juncker à l'instant ont rappelé que nous partageons cette volonté du Parlement britannique d'éviter un *no deal*, et je suis d'accord avec Theresa May: voter contre un *no deal* comme cela a été le cas hier soir n'élimine pas le risque de *no deal*.

Pour nous, Mesdames et Messieurs, l'accord de retrait est et reste le meilleur et l'unique moyen d'assurer un retrait ordonné du Royaume-Uni et de mettre en œuvre de manière ordonnée la décision souveraine qu'a prise une majorité des citoyens britanniques, que nous respectons, de quitter l'Union européenne. Et je pense, malgré les difficultés d'aujourd'hui, que nous pouvons atteindre cet objectif, à condition d'être à la fois réalistes et lucides, respectueux et responsables. Les uns et les autres, les uns avec les autres.

Mesdames et Messieurs, le *backstop*, dont le président Juncker a parlé, fait partie de l'accord de retrait et cet accord ne sera pas renégocié. Les conclusions du Conseil européen de décembre, qui rejoignent en tous points les déclarations et les résolutions du Parlement européen, ne laissent place à aucun doute sur ce point.

Je voudrais dire un mot du *backstop*, pour que tout le monde mesure bien de quoi il s'agit. Ce *backstop* n'est pas du dogmatisme, c'est une solution réaliste. Nous avons cherché tout au long de cette négociation, sous votre contrôle, des solutions aux problèmes créés, en particulier mais pas seulement, en Irlande, par le Brexit lui-même. Le *backstop* tel qu'il figure dans l'accord de retrait, c'est le résultat des négociations extrêmement intenses menées depuis deux ans par nous avec le Royaume-Uni, jamais contre le Royaume-Uni. Le *backstop*, c'est une réponse pragmatique à la situation unique sur l'île d'Irlande après que le Royaume-Uni a décidé souverainement non seulement de quitter l'Union européenne, mais aussi de quitter le marché unique et de quitter, enfin, l'union douanière. Deux ans ont été nécessaires pour trouver cette solution qui concilie plusieurs exigences.

La première exigence, pour nous tous, c'est d'éviter à tout prix le retour d'une frontière dure en Irlande, c'est-à-dire de préserver les conditions qui sont là depuis 20 ans de la paix, de la stabilité et du dialogue sur l'île d'Irlande, depuis notamment la signature de l'accord du Vendredi saint. Je rappelle d'ailleurs que le Royaume-Uni lui-même, par la voix de son Premier ministre, a à plusieurs reprises confirmé son engagement comme co-garant des conditions de cet accord du Vendredi saint. Et nous avons nous-mêmes accompagné depuis 20 ans, par le programme Peace, par le droit européen, par des politiques européennes, par le budget européen, la bonne réussite de cette coopération entre les différentes communautés.

La deuxième exigence, c'est la volonté et la demande du gouvernement britannique de garder l'Irlande du Nord et la Grande-Bretagne dans un territoire douanier unique.

La troisième exigence, évidemment la nôtre, celle dont nous sommes responsables collectivement, c'est la préservation de l'intégrité du marché intérieur.

Mesdames et Messieurs, ce dernier point est pour nous fondamental. La frontière irlandaise va devenir, par la volonté britannique, la frontière de l'Union européenne et du marché intérieur. Ce sera notre nouvelle frontière extérieure. Ce qui est en jeu, c'est évidemment la protection de tous les consommateurs et de toutes les entreprises de l'Union. Je vais le dire plus concrètement encore: la décision britannique de quitter l'Union, le marché unique et le marché intérieur a une conséquence pratique, qui est que toute marchandise, tout animal vivant, tout produit d'origine animale ou végétale qui entre en Irlande du Nord en provenance de Grande-Bretagne entre non seulement en Irlande du Nord et en Irlande, mais également dans le marché unique de vos pays. La nature, la qualité, la sécurité, la régularité de ce produit, la sécurité liée à la protection animale – je le dis comme ancien ministre de l'agriculture de mon pays – exigent des contrôles, ce que nous faisons à chacune des frontières extérieures, partout dans l'Union européenne: des contrôles d'ordre fiscal, des contrôles d'ordre sanitaire, d'ordre vétérinaire, d'ordre réglementaire. Nous devons cette protection à tous les consommateurs, 500 millions aujourd'hui avec le Royaume-Uni, et à 22 millions d'entreprises. Nous devons cette protection à tous ceux qui font travailler et vivre le marché intérieur.

Parmi ceux qui, aujourd'hui, demandent la suppression de ce *backstop*, il y a des parlementaires britanniques – j'en écoutais encore un ce matin – qui ont pourtant négocié avec nous et qui savent parfaitement que ce *backstop* est la solution que nous avons trouvée pour ce qui est – comme le disait Jean-Claude Juncker – le cœur, pour nous, Européens, de nos obligations et de nos principes, c'est-à-dire la protection du marché intérieur dans toutes ses dimensions et les droits qui s'y attachent: droits sociaux, droits économiques, droits des consommateurs, droits environnementaux et la protection des entreprises et des consommateurs.

Mesdames et Messieurs, quand j'écoute certains, qui ont pourtant participé à la négociation, s'exprimer comme ils le font, j'ai du mal à accepter franchement le jeu des reproches auquel ils voudraient jouer contre nous.

(Applaudissements)

Je voudrais dire, après le président Juncker, que nous ne ferons rien – c'est aussi simple que cela et je le dis calmement – qui fragiliserait le marché intérieur. Nous ne ferons rien qui conduise à compromettre l'avenir de l'Union européenne pour le présent de cette négociation. Et comme le président Juncker l'a dit, nous sommes cependant ouverts évidemment aux dispositifs alternatifs qui ont été évoqués hier par la Chambre des communes. Le protocole irlandais et la déclaration politique les mentionnent, la lettre des présidents Tusk et Juncker en a même fait une priorité dans les futures négociations. Nous sommes prêts à y travailler aussitôt après la signature de cet accord de retrait. Mais aujourd'hui, franchement, personne, ni d'un côté, ni de l'autre, n'est en mesure de dire précisément, de manière claire, quelle serait la nature de ces dispositifs alternatifs pour qu'ils soient opérationnels et qu'ils remplissent effectivement les objectifs du *backstop*.

Voilà pourquoi, je le dis à nouveau calmement et clairement, au moment où nous sommes, et s'agissant de cet accord de retrait tel qu'il vous est proposé pour être ratifié, nous avons besoin de ce *backstop* tel qu'il est. Mesdames et Messieurs, rejeter ce *backstop* tel qu'il est aujourd'hui, cela revient en quelque sorte à rejeter la solution qui a été trouvée avec les Britanniques, mais le problème, lui, demeure, tel que je l'ai décrit.

Sur ce point, et au-delà de la question des dispositifs alternatifs dont j'ai parlé, le Conseil européen, comme le Parlement européen, ont déjà à plusieurs reprises et clairement rejeté l'idée d'une limite dans le temps ou d'une sortie unilatérale du *backstop* puisque de telles idées dénatureraient immédiatement l'idée même du *backstop*, qui est une assurance que nous ne souhaitons pas utiliser – comme vous d'ailleurs votre propre assurance dans votre appartement ou votre maison – mais qui est là si jamais nous en avons besoin.

Je veux enfin rappeler que l'accord de retrait dont on parle et que vous connaissez va bien au-delà de la question de l'Irlande. Cet accord sécurise les droits de plus de 4,5 millions de citoyens. Monsieur le Président Tajani, vous avez évoqué la priorité du Parlement, nous l'avons faite nôtre et, quoi qu'il arrive, la sécurité des droits des citoyens, nos 3,5 millions de compatriotes, ressortissants de nos différents pays, qui vivent au Royaume-Uni et évidemment, réciproquement, la sécurité des droits d'1,5 million de citoyens britanniques qui sont résidents dans l'un de nos pays, restera notre priorité.

Cet accord protège l'ensemble des bénéficiaires du budget européen dans les 28 pays. Les engagements pris à 28 seront respectés à 28. L'accord met en place une période de transition de 21 mois durant laquelle les entreprises comme les administrations, des deux côtés, pourront se préparer à cette future relation et durant laquelle nous aurons le temps, un temps très court, exigeant, de négocier cette future relation dans une nouvelle étape de négociation. Cet accord est le préalable pour construire la confiance dont nous avons besoin entre le Royaume-Uni, qui restera un pays ami, allié, partenaire, et l'Union européenne. Un vrai partenariat, solide et ambitieux.

Je voudrais juste ajouter que s'agissant de cette future relation, les Européens sont prêts et resteront prêts dans les jours qui viennent à être plus ambitieux et à retravailler la nature et l'intensité de notre future relation, économique en particulier. Vous savez, Mesdames et Messieurs les députés, qu'il existe plusieurs modèles de coopération économique avec les pays tiers. Chacun de ces modèles a évidemment son propre équilibre de droits et d'obligations mais il existe beaucoup de modèles. Je veux dire simplement que si la demande britannique évoluait au-delà d'un simple accord de libre-échange, sur lequel nous nous sommes mis d'accord dans la déclaration politique, en vue de réaliser l'un ou l'autre de ces modèles, nous sommes et nous serons immédiatement prêts à en discuter et à répondre à une nouvelle ambition britannique par notre propre ambition. Cela a déjà été dit tant par vous-mêmes dans vos résolutions que par le Conseil européen.

Mesdames et Messieurs, j'évoquais tout à l'heure le réalisme et la lucidité, comme vous l'avez fait, Madame la Secrétaire d'État, à moins de 60 jours de la date de la sortie du Royaume-Uni. En l'absence aujourd'hui d'une majorité positive à la Chambre des communes pour une solution identifiée et acceptable par l'Union européenne, il est, comme l'a dit le président Juncker, urgent et nécessaire de nous préparer à tous les scénarios et à mettre en place toutes les mesures d'urgence plus que jamais nécessaires. C'est le travail qui a été confié par le président Juncker au Secrétaire général et à toutes les équipes qui travaillent avec vous, avec vos commissions et avec l'ensemble des États membres.

Je vous remercie pour votre attention et pour votre confiance.

(Applaudissements)

Elmar Brok, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Kommissionspräsident, lieber Michel Barnier, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich mich bei Jean-Claude Juncker und Michel Barnier für die gute Kooperation bedanken, die wirkliche Transparenz, die Informationen, die wir bekommen, und auch das Zuhören in diesem Prozess. Ein gutes Beispiel von Kooperation! Und daraus kommt auch unser großes Bewusstsein, dass wir diese Verhandlungsstrategie weiter unterstützen.

Wir haben gestern Abstimmungen im *House of Commons* erlebt, in dem alle konstruktiven Vorschläge wie ein neues Referendum, eine Zollunion abgelehnt worden sind. Man hat sich nur auf die Position geeinigt, dass Frau May nun das dritte oder vierte Mal kommt, um mit Brüssel nochmal über den Backstop zu reden – nichts Neues.

Ich glaube, es ist jetzt wichtig, bevor Frau May hierherkommt, dass Sie endlich untereinander reden. Es ist ein Skandal, dass Oppositionsführer und Regierungschefin über drei Jahre nicht miteinander reden. Wenn man austritt, sollte man wissen, was man haben will, bevor man andere belästigt. Bitte kommt mit einer eigenen Position! Redet miteinander!

Please talk to each other. Come to a constructive idea and come back to Brussels. That might be an important question. Talk to each other. We are united. You are not united within the government, within the Tory Party, within the Labour Party. That's the main problem.

Wir sehen hier, dass wir eine negative Mehrheit haben, die aus verschiedenen Gruppen besteht, die von den Hard-Brexit-Leuten bis zu den *Remainern* geht. Und da können wir verhandeln und vorschlagen, was wir wollen: Diejenigen, die den harten Brexit wollen, werden nicht zustimmen, und diejenigen, die noch hoffen – mit denen ist mein Herz, aber nicht mehr der Verstand –, da werden wir sehen müssen, dass die alles ablehnen werden, was nicht Referendum ist. Und solange dies die Situation ist, wird da nichts zustande kommen. Da kann mit Frau May über eine neue Art von Backstop verhandelt werden, das wird aus diesen Gründen genauso abgelehnt werden.

Und Sie müssen das eine sehen: Irland ist Mitglied der Europäischen Union. Es ist zum großen Teil der Europäischen Union zu verdanken, dass das Karfreitagsabkommen zustande gekommen ist. Ich erinnere mich an unseren alten Freund und Kollegen John Hume, der das aus diesem Hause heraus mit vielen anderen gemacht hat.

(Zwischenruf: *Rubbish! Rubbish!*)

Wir werden dies verteidigen. Wir werden das Friedensprogramm verteidigen. Wir wollen keine harte Grenze. Und auch die britische Regierung hat gesagt, keine harte Grenze zu wollen, hat mehrfach unterschrieben, dass sie einen Backstop haben will – im Dezember 2017 das erste Mal. Das muss mal klar sein.

Wir werden Irland verteidigen und versuchen, eine weiche Grenze hinzubekommen. Da muss man aber die Bereitschaft der anderen Seite haben. Und der Backstop, den wir heute mit dieser Zollunion haben, ist eine britische Erfindung, das war der britische Vorschlag. Die Europäische Union hat dazu andere Vorschläge gemacht. Das heißt, Sie wollen jetzt etwas verhandeln, was Sie selbst vorgeschlagen haben. Ich finde das eine tolle Nummer, die da abgelaufen ist. Und deswegen: miteinander reden! Sie müssen in London miteinander reden und diese Sache unter sich selbst klarmachen.

Wir bekommen mit dem Austrittsabkommen eine Übergangsregelung, in der wir die vielen Dinge regeln können, wie beispielsweise eine Freihandelszone oder Weitergehendes – Norwegen, Schweiz, wir sind alle offen dafür. Aber damit brauchen wir den Backstop nicht. Es ist für jedermann klar, dass zu 99 %, wenn wir den Übergangszeitraum erreichen, der Backstop gar nicht angewandt wird. Es geht also gar nicht darum, in der Sache etwas zu regeln, sondern man will kein *Agreement* haben, aus den unterschiedlichen Gründen, die ich dargestellt habe. Und da bitte ich darum, das doch wieder in Ordnung zu bringen, das klar zu machen.

Deswegen ist es sicher, dass wir die *Preparedness*-Gesetzgebung jetzt betreiben. Es ist wichtig, dass wir bereit sind, wenn ein Vorschlag kommt, offen zu reden, eine Lösung zu erreichen. Ich heiße es willkommen, dass das Unterhaus gesagt hat, wir wollen keinen Hard Brexit – das wollen wir auch nicht. Ich will sogar überhaupt keinen Brexit, um das nochmal klarzustellen...

(Applaus)

Aber das ist die britische Entscheidung, dies zu machen, das haben wir zu akzeptieren, und wir müssen dabei den Schaden für beide Seiten so gering wie möglich halten.

Nur eins ist für mich klar, und das muss die britische Bevölkerung wissen: Der Schaden für Großbritannien ist immer der höhere. Der europäische Markt ist vierzehnmal so groß wie der britische. Unternehmen werden abziehen. Alle, die für den europäischen Markt produzieren, werden aus Großbritannien weggehen. Es wird eine bittere Stunde für Großbritannien. Es wird eine schädliche Stunde für uns, aber für Großbritannien eine bittere Stunde. Lasst uns zusammenkommen und vernünftig reden, und das heißt, dass die britische Seite erst eine eigene konstruktive Position haben muss.

(Zwischenruf: Auf Wiedersehen!)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

President. – Excellent German from the British bench there. Thank you.

Roberto Gualtieri, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, it is difficult to deny that we are facing a difficult and grave situation and that the risk of no deal has increased. The House of Commons has voted, it rejects a no-deal Brexit, which is good, but at the same time it has asked to replace the Northern Ireland backstop with alternative arrangements, which is clearly not a workable option.

We have seen with surprise the same Prime Minister who just a few days ago said that the best backstop was an essential part of the best deal possible, now calling for its replacement. This might have temporarily united a political party but it has not provided any positive solution to the Brexit deadlock. We have therefore to explain again why this Parliament and the European Council in their mandate to the EU negotiator have made clear that an operational and legally binding backstop is an essential pillar of a withdrawal agreement, and that we will not give consent to any deal without it.

Preventing a hard border in Ireland and protecting the peace process is not a partisan position, and the single market integrity is a non-negotiable free principle for the European Union.

The backstop is a guarantee, an option of last resort. It is necessary to ensure that if an agreement on the future EU-UK relationship is not concluded by the end of the transition period, the minimum essential safeguards will be in place to keep the border open while safeguarding the integrity of a single market.

It is worth recalling that the backstop was modified at the request of the UK Government and it was not an easy concession from the EU's side. We did it to allow Northern Ireland to remain part of the same customs territory as the rest of the UK, avoiding tariffs, quotas or checks on rules of origin within it, and we did this notwithstanding the fact that our original proposal of backstop was simple, fair and did not impose any material border in the Irish Sea.

The only positive message from yesterday's vote is that the UK parliament rejects a no-deal Brexit. This is welcome: a no-deal would be bad for everybody but a disaster for the UK. It is right that MPs made clear that this is not acceptable.

So what's next?

We have always said, and we repeat today, that we want to see as close a relationship as possible between the United Kingdom and the European Union. It is the UK's red lines that have made this impossible so far. This means that for us the only alternative to the backstop is a closer EU-UK relationship. If you want to ensure that the backstop is never used, build a positive majority for a more ambitious relationship: a customs union and at least a closer alignment with the single market.

We are now less than two months away from the UK leaving the EU. We urgently need to see a positive proposal from the UK on how to break this deadlock. If their parliament is unable to do this, then it should be put back to the British people. If the UK needs more time, we are open to it, but we need a clear plan or proposal on how it will help resolve the issue.

We cannot allow more time for bluster or false promises. We are united – strongly united – calm and firm behind our negotiator who will continue to follow the clear mandate given both by the European Council and the European Parliament. So it is right that on the basis that is unity, we have to be worried but we can also be optimistic.

(Applause)

President. – Please show respect to the speakers. Mr Coburn, that was directed towards you.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I've heard five speeches this afternoon describe the efforts made to negotiate the Withdrawal Agreement and how good it is. But I'm sure you will all have noticed that this very Withdrawal Agreement was rejected two weeks ago in the House of Commons by an overwhelming majority, so now is not a moment for rhetoric but for reflection.

It was never going to be easy to disentangle the United Kingdom from the European Union but there is now a clearer road ahead, if we choose to take it. I know there are some here – Elmar Brok – still hoping that the UK will stay in the Union and are taking positions based on that hope. But this is not going to happen. It would be wrong in principle to ignore the referendum result and, in practice, it is clear there is no majority in the House of Commons in favour of such a course. The amendment designed to secure a second referendum was withdrawn as it had so little support.

The British Government and the House of Commons wants to leave the EU in an orderly manner and with a deal, and to achieve that we need to change how the protocol on Northern Ireland operates. We must do all we can to support the Good Friday Agreement, but it is a paradox that the backstop, whose purpose is to avoid a hard border, may in just 58 days' time be the cause of creating such a hard border in the island of Ireland. Let me repeat, the backstop in its current form will not prevent a hard border, it will create it.

Let us all pause to consider this: it may be very easy to sit down to great applause today for a rigid defence of an existing position. History may not be so kind. Because as things stand, we don't have a deal. There is no deal until both sides have approved it according to their law. And it is simply not good enough to repeat ad nauseam that the deal cannot be amended.

That leads to no deal, and that leads, as the Commission confirmed last week, to a hard border between the United Kingdom and Ireland. So it is my hope that even at this late hour changes or additions can be made to bring a deal safely home. As Mr Barnier said: 'in the event of a no deal the EU would find an alternative operational way to carry out checks and controls without putting back in place a border'. That's a quote.

Let us look at that now. Let us consider whether time limits and exit mechanisms offer a solution. Let us proceed with good will, remembering that flexibility and generosity are not signs of weakness but of strength. For what is at stake is not just the draft agreement. At stake is the future partnership between the European Union and the United Kingdom.

Let us ensure that we can construct a long-term relationship to promote our common values and our shared interests in an uncertain world. Let us find a way to move forward together.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, after the vote yesterday, Ms May announced that she will come to Brussels and for my part, I have to tell you very honestly that she's always welcome – certainly here in this European Parliament. It would be good if she were to come once to the European Parliament as we requested already more than a year ago.

But the question today is naturally, for what? For what? To do what? Is it to change the red lines that the British Government has used from day one? That could be a breakthrough, I think. That could change effectively the outcome of this whole process.

Or my second point: what will her mandate be? Because, for the moment, as I must say to Mr Fox, I have not seen, and this includes yesterday, a parliament that gives a clear mandate to Theresa May. We have seen a vote against a number of things: against the deal; against no deal; against the backstop. But until today, for more than two years the House of Commons has not voted one proposal in favour of something, in favour of a relationship between the EU and UK – never!

The last two months, I have to tell you, have been very exhausting, and not only on the other side of the Channel but also here. Endless debates, long lists of amendments, amendments going in all directions, selected by the Speaker, and then won and lost with a teeny-tiny majority.

I give here the list: the Grieve amendment, that was on 4 December. That was a Remain amendment – won by 22 votes. The Cooper amendment, also a Remain amendment. That was on 8 January — won by 7 votes. Then another Cooper amendment, that was yesterday – lost by 23 votes. Then the Brady amendment, which was more a Leave amendment – won by 16 votes yesterday. And then again a Remain amendment, the Spellman amendment to take the no deal from the table – won by 8 votes!

Is that the way to solve a problem of this magnitude? Is that the way to do that? Is that the way you do that? That is, every day changing your opinion? And in any way creating uncertainty, instability, instead of concluding a real, new relationship between the EU and the UK.

I have to tell you that I look at that and I cannot understand how what started as a catfight inside the Conservative Party is today an existential problem for the whole of Britain. Take yesterday's voting for example: the Spellman amendment with a majority of eight votes saying the no deal is off the table and then the Prime Minister comes back five minutes later saying 'No, no, we just did that as a joke, a no deal is still possible'.

I have to tell you that we cannot go any further like that. There is a lack of clarity and a lack of stability and I hope one thing, that at this moment, as we speak, a meeting is happening between the Leader of the Opposition, Mr Corbyn, and the Prime Minister, Ms May. I hope that they will decide or that they will discuss content, and that it is not just eating biscuits and drinking tea this afternoon, because it could be the solution to this problem if they start working together on a cross-party approach so that we know what the position of the UK is in the future.

(Applause)

Because we don't know it. Putting in fact, country before party. Telling us how they see that future relationship between the EU and the UK and not using or abusing Brexit, as happens now, to get rid of each other. Because that is what's happening today.

If that is the spirit that emerges in Downing Street this afternoon, then Prime Minister May can come – has to come – to Brussels to tell us what this broad, stable majority cross-party wants as a future relationship and I think there too is the solution for the backstop. Because if there is a close relationship – deeper, as Michel Barnier has indicated – then the backstop will still exist but it will not be necessary to use it. It will be a theoretical insurance that it is, in fact, not necessary to apply.

Again, we are ready to go in that direction. Michel Barnier has indicated this. Jean-Claude Juncker has indicated this. It is time the political class in Britain is also ready to go in this direction, as fast as possible, because you will be the first to pay the price for this lack of clarity.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Westminster is in meltdown. The internal contradictions of Brexit were laid bare last night. Brexit was never anything more than a bunch of slogans. It could never be turned into a coherent negotiating position. As we play out the end-game and the Brexit fraud is revealed, its supporters dream up fantasy deals so that failure can be blamed on Brussels.

But we must hold our nerve through this Westminster chaos. A majority of UK citizens know that the best future for our country is inside the European Union. Here we can continue to be part of the world's most successful peace project, and together we can tackle the huge cross-border issues we face, most notably climate change. We are now the majority and, as young people reaching voting age want to join us in improving our continent in mutual friendship, so our numbers grow.

Now that MPs have rejected no-deal, the clear choice is still between the deal negotiated between the UK and the EU, and remaining in the EU. This choice must be given back to the people. The hostility of the supporters of Brexit – as we see here – to such a democratic check proves that they are running scared because they know, as I do, that the will of the British people has changed and has turned against them and their Brexit chaos.

(‘Rubbish’ from the right of the Chamber)

President. – Colleagues, if it were in my power – but it's not – the word ‘rubbish’ would be banned from this Chamber. I wouldn't share it with you, sir.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wir haben natürlich auch heute in unserer Fraktion darüber diskutiert, wie wir angesichts der gestrigen Abstimmung mit der jetzigen Situation umgehen wollen. Für uns als Fraktion ist völlig klar: Wir stehen zu dem ausgehandelten Austrittsabkommen als der erreichbaren Lösung. Es ist nicht das Beste, was man sich wünschen könnte für die künftigen Beziehungen – als Grundlage für den Ausbau künftiger Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien –, aber es ist ja offensichtlich das, was mit viel Kraftanstrengung, mit viel Ressourcen und mit viel Nervenverlusten in den letzten zwei Jahren, anderthalb Jahren, ausgearbeitet werden konnte.

Irgendwann muss man sich mal entscheiden, ob man zu dem, was man erreichen kann – gemeinsam erreichen kann –, dann auch steht, oder ob jeder von seiner Seite aus nochmal versucht – ich möchte mir das rauspicken, ich möchte doch nochmal was machen – und dann letztendlich die gemeinsamen Grundlagen massiv gefährdet.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern – und das möchte ich auch mit Blick auf die Kollegen im *House of Commons* sagen: Was wir als Europäisches Parlament geschafft haben, vor knapp zwei Jahren, als wir das Mandat formuliert haben für die Verhandlungen, ist, dass wir Einfluss auf das Mandat von Herrn Barnier nehmen konnten und dass wir in dieser Diskussion unter anderem auch deutlich machen konnten, wie wichtig es ist, bei diesen Verhandlungen die Rechte der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Vereinigten Königreich, aber auch der britischen Bürger und Bürgerinnen in der Europäischen Union und andererseits auch die gesamte Frage der Stabilisierung des Friedensprozesses in Nordirland als rote Linien zu betrachten. Da ging es nicht um unsere eigenen Interessen, da ging es um die Fragen von Frieden und Stabilität in der gesamten Union.

Ich habe mir schon Anfang Januar bei der ersten Abstimmung und auch gestern die Debatte im *House of Commons* sehr genau angeguckt, und ich hatte zum Teil den Eindruck, unsere britischen Kolleginnen und Kollegen nehmen uns nicht richtig ernst. Sie verstehen auch bestimmte Prozesse nicht, und sie diskutieren so, als ob sie alleine über die Veränderungen abstimmen könnten.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen in London, ihr müsst mit uns auch darüber reden, ihr müsst auch unsere Position mit zur Kenntnis nehmen, ihr könnt nicht so tun, als würde das britische Empire auch in der Europäischen Union gelten. Wir haben hier eine eigene Demokratie. Ihr wart bisher Bestandteil dieser Demokratie. Ich habe das, was ich von der britischen Diplomatie und Demokratie kannte, immer sehr geachtet und hoch geschätzt. Ich bin entsetzt darüber, welches Schauspiel uns vorgeführt wird.

Ich denke, es ist wichtig, auf die Grundlagen dessen zurückzukommen, was wir eigentlich am Ende erreichen wollen, und sich nicht einfach nur einzumauern. Ich sage ganz klar: Die einzige Hoffnung, die ich noch habe, ist, dass in dem Gespräch zwischen Corbyn und Theresa May tatsächlich nochmal ein Stück Bewegung in die Verhandlungen mit der EU kommt, und dann kann ja noch draufgesattelt werden. Wir sind doch offen dafür, mehr Beziehungen zu entwickeln, klare Beziehungen zu entwickeln.

Aber was wir nicht machen werden – also zumindest nicht von meiner Fraktion, und ich bin sehr froh darüber, dass die anderen Fraktionen, die meisten zumindest, das auch so ähnlich sehen: Wir werden nicht zulassen, dass an den Beschäftigungsrechten, an den Umweltstandards, an den Verbraucherschutzstandards irgendetwas zurückgedreht wird. Wir werden nicht zulassen, dass das Karfreitags-Abkommen nicht in allen seinen Teilen respektiert wird. Wir werden nicht zulassen, dass es zu einer harten Grenze kommt. Wir werden nicht zulassen, dass die EU-Bürger und -Bürgerinnen am 30. März letztendlich als Drittstaatsangehörige in Großbritannien gelten und sich letztendlich einem Verfahren stellen müssen, das diskriminierend für sie ist, das ihnen alle Rechte wegnimmt.

Und das möchte ich insbesondere den Kolleginnen und Kollegen im *House of Commons* sagen: Ich hatte mich gefreut, als sich die britischen Kollegen damals das Recht erstritten haben, in diesem Prozess eine Stimme zu bekommen. Aber dann sollen sie diese Stimme auch nutzen und auch mal laut äußern, was sie wirklich wollen.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, public opinion and, indeed, public anger had a big impact on those votes in the House of Commons yesterday and with it, we've seen a diminution of the risk of a second referendum for now, the prospect of Article 50 being extended taken off the table and when I hear speakers – despite the Spelman amendment – saying today they're worried that the risk of a no deal has increased, you're right, it has, but not because of what happened last night in Westminster, but because of the response, gentlemen, we got from you this afternoon. Even when the Prime Minister actually gets a majority behind her and, alright, I accept she made a dreadful mistake by signing up to the backstop. You summoned her. At 4.15 in the morning, she left Downing Street, she went to meet the ultimatum that you've set her, she signed up to something that has proved to be a disaster. She signed up to something that no country – unless it had been defeated in war – would have signed up to. We now realise that mistake and actually, the House of Commons, the country, is overall looking for a deal, but do you know something? Before the referendum, no one knew who the European Commission were. That Maoist Barroso was a complete unknown. You guys are now household names and what we've seen is an appreciation in Britain that unelected bureaucrats in Brussels have been talking down to and humiliating the Prime Minister of our nation, and we don't like it and even when she comes back, trying to be reasonable, saying let's renegotiate, you're not prepared to give an inch. The reason that a no-deal Brexit has got a little bit closer is because of the sheer language and attitude, not just from the Commission, but from many in Parliament towards the United Kingdom. I think public opinion will be very, very angry that there is no give today from anybody in Brussels whatsoever. I think many will say, 'we're simply dealing with fanatics who are not prepared to be reasonable or make any sense of compromise'. Of course, Theresa May has made compromise after compromise, way too many compromises in my view, so I think we are beginning to think that the public will come to a view that no deal is better than the backstop, and that's a big problem. It's a big problem for all of you, who want to get re-elected in a few weeks' time, because no deal means No GBP 39 billion and your voters will be coughing up the money. No deal means the hundred million bottles of Prosecco we buy every year from Italy will become more expensive, as will three quarters of a million German cars.

So why don't we all prepare sensibly for a no-deal scenario? Why don't we prepare to go to the World Trade Organisation, use Article 24 so that we can, after we leave on March 29, have a two-year period of no tariffs, no quotas, no restrictions of any kind, no problems or difficulties with Ireland whatsoever? Brexit will have been delivered, you will have protected for at least two years your voters. That, ladies and gentlemen, right now, is the only possible constructive way forward.

(Applause)

Gerard Batten, *on behalf of the ENF Group*. – Madam President, the last two-and-a-half years have been a long and tedious series of spurious impediments put up in order to prevent us leaving the European Union, as exemplified by the classic backstop bull. The House of Commons rejected the so-called deal and sent Mrs May back to renegotiate with a Commission that has already told us that it won't renegotiate. The Commons may have rejected the amendment to extend Article 50 but it knows very well that the Withdrawal Act itself allows that date to be put back, and the Council of the European Union can extend Article 50 if it so agrees.

Will we actually leave on 29 March? Or will the British political establishment manage to overthrow the result of the referendum altogether? The best thing that can now happen is if we have no-deal on 29 March and that we leave under the Withdrawal Act and on WTO terms. Article 50 will have expired and the treaties will cease to apply. If the British Parliament prevents this happening, then they will have put themselves in open rebellion against the British people and that will have profound consequences for any belief in democracy that is left in the United Kingdom.

Steven Woolfe (NI). – Madam President, today is a good day for Brexit. Today is a good day for British democracy because over the past two years our government has lost its way. Instead of negotiating effectively, it compromised weakly. The EU wanted to trap Britain in a backstop deal that makes us pay money, yet stops us competing against them on the world stage. The EU worked and encouraged Remain collaborators in this House and Westminster. It invited devotees from Blair to ‘Chuckling’ Umunna, flowing like champagne at an Islington Remainer’s wake.

The constant negativity stalked us, weakness cowed us, division delayed us, but weakness no more. Despite this, the British people were not for turning. They value their vote over Project Fear. They do not fear a WTO deal but relish an independent future. And the British Government has finally caught the mood and got on the freedom train. They finally understand our desire for independence, our fight for self-determination, our belief in our nation state. By uniting last night, the Conservatives are succeeding in releasing our spirit of belief once more. We will leave the European Union. We will have Brexit. And we will be an independent nation once more.

Melania Ciot, President-in-Office of the Council. – Madam President, should the parliamentary process in the UK lead to a ratification of the Withdrawal Agreement, hopefully along the foreseen timeline, we will have to move to the next steps, starting with the implementation. This implementation will have to be kept under close watch so that it delivers in the interest of citizens and businesses, and contributes to the trust needed for the negotiations of the future relationship, which are unlikely to be easy. We will therefore count on your cooperation at all stages of these processes in the years to come.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – O acordo de saída do Reino Unido da União Europeia foi negociado durante mais de ano e meio. O Governo britânico e a União Europeia acordaram num texto equilibrado, razoável e justo. Foram respeitadas as linhas vermelhas de parte a parte e a União garantiu a aprovação de 27 Estados-Membros diferentes, estabelecendo o texto como resultado final e irrenegociável.

A rejeição clara do acordo pelo Parlamento britânico colocou em causa um Brexit ordenado. Contudo, o chumbo de quase todas as emendas propostas revela que o Parlamento não quer este acordo, mas não apresenta uma alternativa. A menos de dois meses, esta posição é irresponsável, irrazoável e injustificada.

A cláusula de salvaguarda para a fronteira entre a República da Irlanda e a Irlanda do Norte tem de ser uma linha vermelha para proteger a Paz entre as Irlandas, preservar os acordos de Sexta-Feira Santa e garantir a integridade do mercado interno. Apelo às instituições europeias e aos Estados-Membros para que mantenham a firmeza na defesa deste acordo de saída e para que respeitem o Parlamento Europeu, que tem o direito e o dever de apreciar, debater e votar o resultado destas negociações, em nome dos cidadãos europeus que representa.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Die Briten müssen sich entscheiden, welchen Brexit sie wollen. Im House of Commons herrscht noch immer Uneinigkeit darüber, wie der Brexit ausgestaltet werden soll. Symptomatisch dafür ist, dass Theresa May zum dritten oder vierten Mal nach Brüssel kommt, um den Backstop erneut zu verhandeln. Ich kann nur noch einmal unterstreichen, was mein Fraktionskollege Elmar Brok gesagt hat: Wenn man austritt, sollte man wissen, was man haben will, bevor man andere belästigt! Wir wissen, was wir wollen: die vier Grundfreiheiten der Europäischen Union nicht beschneiden und den Frieden zwischen Irland und Nordirland nicht gefährden.

Светослав Христов Малинов (PPE), в писмена форма. – Бих описал всичко това, което стана във Великобритания през последната седмица, по следния начин. Още едно завъртане на колелото на британската политика, без никакво движение напред. На практика Тереза Мей получи право от британския парламент да преговаря в Брюксел за премахване на механизма, свързан с ирландската граница.

Днес мога да кажа, особено след като изслушахме Юнкер, Барние и лидерите на основните политически групи, че никой няма намерение да отваря споразумението и да го преговаря. Това, което в момента всички виждаме като единствения възможен изход, е молба от страна на британското правителство за отлагане на крайния срок 29 март 2019 г. Това е единственото политически и чисто човешки разумно решение.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący***19. Bekämpfung eines Klimas des Hasses und von körperlicher Gewalt, die sich gegen demokratisch gewählte Mandatsträger richten (Aussprache)**

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie Komisji w sprawie zwalczania atmosfery nienawiści oraz przemocy wobec demokratycznie wybranych osób upoważnionych (2019/2534(RSP)).

Julian King, *Member of the Commission.* – Mr President, this is obviously a very important debate that we're about to have. In our democracies political debate can sometimes be fierce – even very fierce – but resorting to violence or inciting hatred is never acceptable. Politically motivated murders, physical or other acts of hatred are shocking and directly contrary to our very core European values.

Earlier on today, this House already paid tribute – and let me join that tribute – to a fighter for freedom and democracy, the mayor of Gdańsk, Mr Paweł Adamowicz. For 20 years, he stood for those values. He dedicated his life to the service of his city and wider society. While I'm speaking about this subject, I cannot but also recall the death of a Member of the UK Parliament, Jo Cox, who was a passionate defender of the rights of everyone in society, including new arrivals from abroad, and indeed of the European Union.

We need to recognise that that sometimes individuals can be drawn to acts of violence – radicalised, if you like – by conspiracy theories, polarised debates and more radical ideology.

There can be no free and fair elections across Europe if there is a climate of hatred and threats of violence against candidates and those holding democratically elected mandates. Unfortunately, we've seen that even Members of this Parliament are not immune from violence and abuse because of the views that they express, and we must deplore that.

Earlier this year, Commissioner Jourová spoke at the inaugural meeting of the European cooperation network on elections. This network is a concrete step forward in implementing the Commission's election package from last autumn. The package recommended deeper cooperation within and between Member States to jointly identify and counter threats to our democratic processes and protect the integrity of our elections. We've had several exchanges over the last year on threats to electoral processes, including at an event in April, 'Democratic Participation on Electoral Matters', a Conference in October on 'Election Interference in the Digital Age' and in November, the Colloquium on Fundamental Rights.

At all of these exchanges one message comes through: one way a climate of hatred and threats of violence can be created is through disinformation and smear campaigns, often spread through the social media or accelerated through the social media. There have been coordinated disinformation campaigns which aimed to discredit and delegitimise elections around Europe, sometimes conducted by third countries and sometimes by private interests from within our countries that do not have citizens and our democratic processes at heart.

Responding to this effectively is a challenge. These threats don't respect borders or jurisdictions. They do not fit neatly into how we've dealt with regulating elections and political speech in the past. A group can misuse personal data to target online disinformation or to attempt to intimidate voters through threats. Other aspects, such as the often widely diverging rules on donations and contributions, and the opportunity that the online environment creates to get round existing electoral rules make it even more of a challenge to deal with this.

That's why we need to collaborate together to ensure that we can bring together the resources and expertise needed to strengthen our readiness to respond to and to resist and mitigate this kind of challenge. Within the framework of the European election cooperation network, we are discussing what works, such as good ways to reach out to citizens to build their awareness and to retain their trust. And media literacy, an effort that has been pursued in Sweden, before their last election was a good example.

We consider new ways to involve citizens in securing the democratic process itself, as Latvia recently demonstrated, by inviting citizens to give examples of political ads which were thought to break national rules directly to the regulators. And we discuss how best to make use of existing tools, from data protection to financial supervision, and how best to close gaps which may have opened up as new technologies and their use and abuse have come into this electoral space.

We will look to see where we can deploy European institutions' – our institutions – influence and competences to support and help the Member States' efforts. In particular, this means working to ensure that the internet platforms, the big social media platforms, live up to the commitments that they have signed up to as part of our various codes of conduct and good practice, the Code of Conduct on Hate Speech and the Code of Practice against Disinformation. As you may have seen, we presented the first of what will be a series of monthly reports on the progress the social media platforms are making in tackling disinformation yesterday.

On the subject of hate speech, we need to keep in mind that hate speech is not free speech. It should be an unwritten duty of all democratically elected representatives to condemn hatred and to refrain from incitement to it. In accordance with the jurisprudence of the European Court of Human Rights, states may sanction, or even prevent, all forms of expression which spread, incite, promote or justify hatred based on intolerance.

In today's society, online hate speech poses a societal threat, which not only affects the safety of immediate victims, but has a more general chilling effect on the freedom of expression and debate, not just online but in our societies. Our core objective should be to ensure that authors of illegal hate speech are effectively prosecuted. We must ensure that all Member States implement the Framework Decision on Racism and Xenophobia.

The challenges that European electoral processes face are too complex to be solved by any one authority, Member State or even private-sector service provider acting alone. Indeed, no one should be left to act alone in this space or indeed to hold all the cards and make all the judgments. Rather, a comprehensive approach is essential to ensure electoral security and legitimacy, while preserving an open democratic debate, a level playing field and the security of all those involved in our democratic processes. We must never lose sight that all our efforts need to be fully rooted in protecting and promoting the rule of law and respect for fundamental rights, in particular the freedoms of expression and association, which after all is what we are fighting to defend in our democratic processes and elections.

Thank you for putting this on the agenda. We look forward very much to hearing today's debate and following up with you subsequently between now and the European parliamentary and other forthcoming elections.

Janusz Lewandowski, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Dziś tutaj, w samym sercu europejskiej demokracji, rozmawiamy o tym, jak chronić naszą demokrację przed mową nienawiści, która rujnuje wspólnotę, rodzi przemoc, a na końcu zbrodnicze reżimy. Przed chwilą uczciliśmy pamięć ofiar Holokaustu. Ta debata jest przede wszystkim – nie tylko, ale przede wszystkim – reakcją na zabójstwo prezydenta Gdańska Pawła Adamowicza, mego przyjaciela. Nóż wbito osobie, która nie potrafi żywić uczucia nienawiści nawet wobec swoich wrogów, w Gdańsku – mieście naznaczone wielokulturowością, złą i dobrą historią, w finale wielkiej akcji charytatywnej, o tyle unikalnej, że mobilizuje dobrą energię milionów ludzi.

Ale nie chodzi dzisiaj o roztrząsanie tego, co było, ale – zgodnie z wolą rodziny obecnej dzisiaj w Parlamencie – chodzi o wyciągnięcie wniosków na przyszłość, bo problem jest europejski, a nie tylko polski. Przed Adamowiczem była wspomniana już Jo Cox – Anglia, 2016 r., Theo van Gogh – Holandia, 2004 r., Anna Lindh – Szwecja, 2003 r. Wcześniej Olof Palme, ale także Daphne Caruana Galizia na Malcie i Jan Kuciak na Słowacji. Za dużo tej motywowanej politycznie śmierci w XXI wieku, w którym powinniśmy wiedzieć wszystko, jak chronić się przed nieszczęściami XX wieku, czyli nieszczęściami wojen i totalitaryzmów, bo one żyły się mową nienawiści. Żywiły się tym językiem, który był językiem nazizmu, bolszewizmu, wszelkiego totalitaryzmu. Jest to język pogardy, odzierający ludzi z godności ludzkiej, wykluczający ze wspólnoty albo jako wrogów ludu, albo jako wrogów ojczyzny.

Wraca to niestety w sojuszu z anonimowością internetu. Budzą się stare demony. W szczególnym przypadku Polski hejt był upaństwowiony, zadany mediom publicznym, które po stokroć linczowały prezydenta Adamowicza. Był tolerowany, skoro tolerowano sprawców „wieszania” europosłów na rynku w Katowicach, skoro umorzono postępowanie wobec sprawców symbolicznych aktów zgonu wystawionych prezydentom tych miast, które godziły się przyjąć uchodźców. To są znamiona choroby naszej demokracji.

Ale mowa nienawiści nie zna granic, podmywa Unię Europejską z różnych stron, bo Unia Europejska wspiera się na fundamencie zupełnie innych wartości: poszanowania osoby ludzkiej, różnorodności, otwartości i dialogu. Oby więc śmierć Pawła Adamowicza była przebudzeniem i otrzeźwieniem. Jeżeli wątpimy w samoograniczenie klasy politycznej, w rozmaite kodeksy dobrej praktyki, dobrowolne i trwałe, to znaczy, że trzeba ulepszać przepisy, również egzekwować te przepisy, ścigać konsekwentnie mowę nienawiści, zwłaszcza w otchłani internetu, bo tam jest najgroźniejsza, jest anonimowa.

Wzorem może być ustawa zaproponowana przez niemieckiego ministra Heiko Maasa. Mamy rekomendacje polskiego rzecznika praw obywatelskich, dwadzieścia rekomendacji, jak zwalczać mowę nienawiści, również w internecie. Wtedy i tylko wtedy zło, które się wydarzyło, można obrócić w dobro. Wtedy i tylko wtedy – zgodnie z życzeniem rodziny Pawła Adamowicza – jego śmierć nie będzie daremna.

(Oklaski)

Tanja Fajon, v imenu skupine S&D. – Predstavniki stranke Lega Nord našo italijansko kolegico Cecile Kyenge označujejo za orangutana. Primerjajo jo s sužnjo, želijo ji posilstvo in jo pošiljajo v njeno državo.

Na Madžarskem so se varnostniki javne televizije fizično lotili opozicijskih poslancev, Laszlo Varju je zaradi poškodb končal v bolnišnici. Za napadom stoji stranka Fidesz.

Nova 24tv in Demokracija, slovenska medija, ki ju financira stranka SDS z denarjem iz Madžarske, me redno označujeta za zloglasno skrajno levičarko, fašistko, Sorosevo plačanko, morilko krvavih rok, izdajalko domovine in podobno.

Ko sem jih opozorila na neresničnost izjav in kazensko odgovornost, so dejali, da sem užaljena.

Dragi kolegi, nisem užaljena, imamo pa resen problem. Take izjave in dejanja v demokratični Evropi ne bi smela biti brez posledic. Prihajati iz ust, izpod peres in rok politikov in medijev. In tudi ne običajnih državljanov.

Pred tremi meseci sem v Ljubljani organizirala konferenco o sovražnem govoru. Na njej smo opozorili na nekaj pojavov, o katerih bi morali zelo resno razpravljati, če želimo nasloviti in zaježiti ta problem:

Kakšna je vloga medijev, ki v zagotavljanju objektivnosti soočajo zagovornike človekovih pravic in rasiste? Ali je ali ni naloga medijev, da v javno razpravo ne spuščajo glasov sovraštva in nestrpnosti?

Na levem polu smo bili v duhu zagovarjanja vrednot samo strpni do nestrpnih v smislu, da smo jim z racionalnimi argumenti skušali pojasniti, zakaj so homofobni izpadi neprimerni.

Sedaj pa desnica, ko gre seveda zanj, zagovarja svobodo izražanja, ki si jo je prirojila v duhu, da lahko kdorkoli govori karkoli, a za to ni kaznovan. Po drugi strani pa nasprotnike fizično kaznuje, kar smo videli na Madžarskem.

Sovražni govor je danes organiziran in financiran. Je voden in ima namen – zasejati strah, spreti ljudi in si odpreti pot na oblast. Slovenska stranka – opozicijska – SDS je med zadnjo kampanjo za financiranje svojih oglasov dobila sredstva iz tujine, konkretno iz Madžarske.

Tako kot nacionalistične ideologije se tudi izlivanje sovražnih čustev in primitivnih besed v času krize ponuja kot pobeg. Predvsem ga izrabljajo ljudje, ki se počutijo socialno prikrajšane. Skrbeti pa nas mora, da politiki, kot so Salvini, Orban, Janša, te ljudi izkoriščajo za svojo agendo.

Avtorji sovražnega govora so se nekoč skrivali v anonimnosti, danes pa se razkrivajo – in to predvsem zaradi politikov, ki jim dajejo podporo in podobo. Zato se zdi, kot da postaja sovražni govor nekaj zelo normalnega in zato njegova moč raste.

Pa vendar, spoštovani kolegi, sovražni govor, nasilje – psihično ali fizično – ni in ne sme biti nekaj normalnega.

Spodbujanje kakršne koli sovražnosti, tako proti politikom, funkcionarjem ali drugim državljanom, je destruktivno in kontraproduktivno. Evropejci si tega ne zaslužimo, Evropa si tega ne zasluži.

Zato vse, ki si od tega obetajo politično korist, opozarjam, da bo ta zelo kratkoročna, in v imenu Socialistov in demokratov pozivam, da vklopimo razum.

Ryszard Antoni Legutko, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I must say I would be rather cautious about regulating this so-called hate speech problem and what you call the political climate. It's a very elusive, vague term and it's usually used by politicians against their enemies. It is always 'them' that are hateful creatures. It is always our opponents. 'They' are bad people. You had a very good example: you had two interventions before mine, and in each of them it was 'them'. It's never 'us', even in this Chamber. This is a highly partisan and highly political institution. Whenever we hear offensive language – and we hear offensive language quite often – when somebody from this part of the chamber says something offensive and insulting then he's usually punished or reprimanded, but when somebody from that part of the chamber says something awful and disparaging... well, it's free speech.

So the problem is, of course, who defines the rules and who will execute those rules?

If I think of those two interventions, I say to myself well, if this is the language of love and tolerance then we don't need hate and intolerance anymore.

Let me state the facts. A couple of weeks ago, the mayor of Gdansk was assassinated by a man who we know was a convicted criminal, with a long psychiatric record and immediately – immediately – after the murder, the political opposition in Poland put the blame on the Polish Government, on the public media, making something utterly non-political a monstrous, horrendous act of murder, but it was absolutely non-political. They made a huge case against us. If you can think of the most immoral, vile, repellent, foul, wicked, disgraceful, outrageous example of political cynicism that is it, you have it, and you heard it here, you heard about the media lynching the late president. Is that the language of love? Should it be punished? Or should my EPP colleague get away with it if I say that they lynch me? Probably the authorities would not be as tolerant, but never mind.

So the problem is that even this tragic death does not prevent some of you from using this death to pursue a political agenda.

This is political cynicism incarnate. There are no inhibitions, no sense of shame, really! When, some years ago, Mr Schäuble was attacked by a lunatic, we didn't talk about the political climate, and that was a good decision. When a couple of years ago a member of my party was killed and another gravely wounded by a completely sane man who wanted to kill the leader of my party, Jarosław Kaczyński, the reaction here was a sad reflection on human folly. Nobody talked about hatred or hate speech. I can't remember any reaction from the European Commission – you were not there Commissioner so nothing against you. Probably they suffered from sudden fit of aphasia, I won't exclude it.

So I have lived long enough to see people fall and behave abominably, but in cases like this I always say to myself, my God is it really possible that people who could be called or considered civilized, is it really possible that they say such things, that they can fall so low?

Ana Miranda, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, en los últimos tiempos las fuerzas extremistas han logrado introducir el discurso del odio en el debate político, que ataca la supervivencia de la democracia. Es un clima de odio prefascista que va de Francia a Hungría, de Polonia a Eslovaquia, de Italia al Estado español, y que, como dice el comisario, no tiene fronteras políticas ni fronteras internacionales. Lo saben bien las diputadas Eleonora Forenza y Judith Sargentini; Jean Wyllys, en Brasil; o las asesinadas Jo Cox y Marielle Franco, entre otros muchos.

Lo sabemos bien quienes defendemos la pluralidad desde opciones políticas democráticas y somos atacados en la calle o en las redes de comunicación día tras día en el ejercicio de nuestro cargo público. También lo sabemos en este Parlamento Europeo donde en la pasada sesión un diputado del PP afirmó que la parte izquierda de esta Cámara, o sea, nosotros, somos bazofia política.

Lo saben también los cargos electos insultados por palabras machistas, fascistas, intolerantes, con mensajes degradantes y que minusvaloran la tolerancia. Por eso, no nos podemos quedar de brazos cruzados mientras esto sucede y debemos exigir que nuestras ideas sean libres.

Y en este Parlamento también debemos tener una responsabilidad enorme. No sirven ya declaraciones vacías, sino acciones para no callar delante del discurso del odio. Una cosa es la libertad de expresión, como dice el comisario, y otra es permitir en esta Cámara discursos que incitan a la violencia, como se escuchan tantas veces en este Parlamento Europeo, en esa parte de la Cámara. Y sigan permitiendo estos discursos que el resultado lo tendrán en las siguientes elecciones europeas.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, τα συλλυπητήριά μου στην οικογένεια του Πάβελ Αντάμοβιτς, δημάρχου του Γκντανσκ και υπερασπιστή των ανοιχτών συνόρων για τους πρόσφυγες, που δολοφονήθηκε κατά τη διάρκεια φιλανθρωπικής συναυλίας!

Εχθροί της δημοκρατίας δεν υπάρχουν μόνο στην Πολωνία. Παρακολουθήσατε τις συνθήκες στις οποίες ψηφίστηκε στην Ελλάδα η Συμφωνία των Πρεσβών; Γνωρίζετε ότι, ενώ αυτή τη Συμφωνία τη χαϊρέτησαν όλες οι πολιτικές ομάδες στην Ευρώπη, οι βουλευτές που την υποστήριξαν κατηγορήθηκαν από κάποιους ως προδότες; Κολλήθηκαν αφίσες με τα πρόσωπά τους. Έγιναν επιθέσεις από κουκουλοφόρους με πέτρες και μολότοφ στα σπίτια τους, ενώ μέσα ήταν τα παιδιά τους. Αυτοί που οργάνωσαν την επίθεση ενάντια στους εκλεγμένους βουλευτές ήταν ακροδεξιοί και ακραίοι εθνικιστές. Η πολιτική του μίσους και της τρομοκρατίας είναι η πολιτική αυτών που μισούν τη δημοκρατία. Η απάντηση είναι μία: παιδεία και δημοκρατία.

Jörg Meuthen, im Namen der EFDD-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich bin dankbar, dass wir diese von mir beantragte Debatte heute auf der Tagesordnung haben. Die vielen Beispiele zeigen, wie nötig sie ist. Die Stimmung in der Gesellschaft wird immer aufgeheizter. Viel zu häufig mündet sie in körperliche Gewalt gegen Mandatsträger. Ich denke hier exemplarisch vor allem an den Danziger Bürgermeister Adamowicz, der einem schändlichen Attentat zum Opfer fiel. Kollege Lewandowski hat dazu alles gesagt. Seien Sie versichert: Die Betroffenheit reicht weit über Polen hinaus.

Ich sage es in aller Deutlichkeit: Wir alle müssen jede Form politisch motivierter Gewalt konsequent verurteilen! Doch während – und das muss ich kritisieren – rechtsextreme Gewalt völlig zu Recht geächtet wird, wird linksextreme Gewalt leider häufig bagatellisiert. Deutsche Sozialdemokraten leisten diesem Denken Vorschub: Der SPD-Parteivize Stegner meint, Gewalt sei nicht links. Sein Parteigenosse Martin Schulz – in diesem Haus wohlbekannt – behauptet gar, dass Links und Gewaltanwendung sich gegenseitig ausschließt. Ein Blick in die Geschichtsbücher täte diesen Herren mal ganz gut: Die Schwarzbücher des Sozialismus und Kommunismus füllen tausende Seiten.

Und linksextreme Gewalt ist auch ein Problem der Gegenwart. Man denke hier etwa an die Aggression der linksterroristischen Antifa. Vertreter meiner Partei sehen sich inzwischen mit detaillierten Mordaufrufen konfrontiert, auch ich selbst. Natürlich müsste es in diesem Hause Konsens sein, die Antifa für ihre Gewaltexzesse zu verurteilen. Aber ganz im Gegenteil! Hier sitzen in diesem Haus sogar Abgeordnete der deutschen Grünen, die sich im Plenarsaal stolz mit Antifa-Flagge zeigen, die sich also zu linksextremen Gewalttätarn grundsätzlich bekennen. Eine davon hat es sogar zur Fraktionsvorsitzenden der Grünen-Fraktion geschafft, nämlich Frau Keller. Ich frage – sie ist nicht anwesend, ich frage deshalb exemplarisch: Frau Keller, schämen Sie sich da eigentlich nicht?

„Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus‘. Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus‘“, das soll Ignazio Silone prophezeit haben. Die Antifa steht für diese Wiederkehr, und weite Teile der Linken schaffen es nicht einmal, sich davon zu distanzieren. Nein, sie solidarisieren sich sogar mit dieser Schlägertruppe. Und das, mit Verlaub, ist erbärmlich!

Wenn linke Gewalt derart verharmlost wird, braucht man sich nicht zu wundern, dass auf Büros meiner patriotischen Partei Bombenanschläge verübt und Mitglieder ins Krankenhaus geprügelt werden.

Das ist eben der Unterschied: Wir werden stets dafür eintreten, dass Linke das Recht haben, jeden noch so großen Unsinn zu vertreten. Die Linken hingegen wollen uns mundtot machen. Ich verspreche: Das wird ihnen nicht gelingen!

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Nicolas Bay, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, notre débat a pour objet «de lutter contre le climat de haine et la violence physique contre les titulaires de mandats élus démocratiquement».

C'est un sujet que je connais bien, puisque les élus de mon parti, le Rassemblement national, et plus encore nos candidats, nos militants, font depuis très longtemps l'objet du lynchage permanent des médias dominants, mais aussi du harcèlement physique et moral des milices d'extrême gauche.

C'est vrai en France mais aussi dans la quasi-totalité des pays d'Europe occidentale. De prétendus experts volent au secours de gouvernements de plus en plus contestés et crachent leur haine de tous ceux qu'ils qualifient avec mépris de «populistes», afin d'empêcher tout débat démocratique.

C'est particulièrement le cas aujourd'hui en Allemagne. Je n'ai pas entendu de protestations très fortes quand notre collègue Beatrix von Storch a eu sa voiture incendiée, en octobre 2015. Et nous attendons toujours les condamnations fortes contre l'attaque, aussi violente que lâche, qui a visé le député du Bundestag Frank Magnitz. Dans la soirée du 7 janvier dernier, à Brême, M. Magnitz a en effet été passé à tabac et laissé pour mort par un groupe d'activistes gauchistes. Au lieu de s'en prendre enfin aux milices d'extrême gauche, le gouvernement allemand n'a rien trouvé de mieux que de mettre tous les élus de l'AFD sous surveillance des services de renseignement.

Dans cet hémicycle, il est pourtant encore des députés qui se revendiquent ouvertement de l'idéologie communiste, qui a pourtant fait des millions de morts.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ελευθερία του λόγου είναι επιβεβλημένη. Το μονοπώλιο στην άσκηση βίας, θεσμικά, το κατέχει αποκλειστικά η πολιτεία. Ως εντολοδόχοι οι κυβερνώντες οφείλουν να αντιληφθούν ότι τα λόγια και οι πράξεις τους μπορεί να οδηγήσουν τους πολίτες σε ακραίες εκδηλώσεις, όταν προκαλούν το δημόσιο αίσθημα. Η εξουσία δεν ασκείται δίχως όρια ή έλεγχο. Όσοι καλλιεργούν κλίμα μίσους, βίας και διχόνοιας μεταξύ των πολιτών μοιραία θα δεχθούν αντίστοιχη συμπεριφορά ως ίσα μέλη της κοινωνίας. Όπως τώρα στην Ελλάδα, όπου μια προδοτική μειοδοτική κυβέρνηση απαγορεύει τη χρήση του όρου «Μακεδονία». Η Ιστορία παραχαράσσεται. Δημοτικά τραγούδια και ύμνοι λογοκρίνονται. Εκδηλώσεις απαγορεύονται. Παιδαγωγοί δώκονται. Το δικαίωμα της ελευθερίας του λόγου και ο επί αιώνες προσδιορισμός μας ως Ελλήνων Μακεδόνων καταστέλλονται βιαίως. Ό,τι σπέρνουν θερίζουν και θα ιδούν στο μέλλον χειρότερα. Οι απλοί Έλληνες πατριώτες, που ο Τσίπρας διασύρει σε ξένους ηγέτες ως λαϊκιστές και φασίστες, δεν πρόκειται να συμβιβαστούν με την αντισυνταγματική, αντιδημοκρατική και παράνομη Συμφωνία των Πρεσπών. Επομένως μην περιμένετε έστω και ένας Έλληνας να τρέφει συμπάθεια σε πολιτικούς προδότες. Τώρα δρέπουν την αντίδραση των πολιτών. Η Μακεδονία είναι γη Ελλήνων και είναι ελληνική.

Przewodniczący. – Dwie osoby zgłosiły chęć zabrania głosu z sali. Chciałbym przypomnieć, iż w tej debacie nie przewidziano procedury zgłoszeń z sali i nie przewidziano możliwości przyjmowania pytań sygnalizowanych przez podniesienie niebieskiej kartki.

Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Paweł Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Paweł Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros,

bro, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Esta vez se trata de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Pawel Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Pawel Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Pawel Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Czesław Hoc (ECR), *na piśmie*. – Z wielkim niepokojem obserwujemy narastającą wokół nas atmosferę przemocy i nienawiści. Szczególnie zatrważający jest fakt, iż takiego języka bardzo często używają zarówno politycy, jak i przedstawiciele mediów. Zatem ten niepokojący klimat negatywnej narracji przenika do ogółu społeczeństwa i powoli może kształtować ponurą wizję życia publicznego.

Co również istotne, smutny i całkowicie niepojęty jest fakt, iż stosuje się dość perfidne odwrócenie standardów narracji. Otóż w momencie zamordowania działacza Prawa i Sprawiedliwości i poważnego zranienia drugiego w Łodzi przez byłego członka PO środowisko prawicowe nie wykorzystywało tego w politycznej relacji, a Komisja Europejska nawet nie zauważyła tego haniebnego faktu. Natomiast gdy prezydent Gdańska został zamordowany przez przestępcę z dłu-goletnią chorobą psychiczną, nie mającego nic wspólnego z partią rządzącą, zarówno totalna opozycja, jak i KE w sposób bezceremonialny stworzyło fałszywą i perfidną polityczną narrację. To szczególnie niepokoi i każe zastanawiać się, dokąd doprowadzi ta eskalacja nienawiści?! Najwyższy czas to powstrzymać!

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Pawel Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Pawel Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Väkivalta kaikissa tilanteissa on aina äärimmäisen tuomittavaa. Euroopassa on tapahtunut viime aikoina monia väkivallantekoja viranhaltijoita ja demokraattisesti valittuja poliitikkoja kohtaan. Osa teoista on johtanut valitettavasti uhrin kuolemaan. Tuoreimpina näkyvinä esimerkkeinä ovat saksalaisparlamentaarikon ja Vaihtoehto Saksalle (AfD) -puolueen aluejohtajan pahoinpitely ja Gdanskin pormestarin murha muutama viikko sitten.

Poliittinen väittely on usein kiivasta ja välillä kovasanaistakin. Tämä on normaalia ja kuuluu poliittiseen kielenkäyttöön. Meillä Suomessa usein sanotaan, että asiat tappelevat, ihmiset eivät. "En ole samaa mieltä mistään mitä sanot, mutta puolustan täysin oikeuttasi ilmaista sanomasi." Tämä ranskalaisen kirjailijan ja valistusfilosofin Voltairen nimiin usein asetettu lainaus pureutuu sananvapauden ytimeen.

Demokratiassa kaikenlaisille mielipiteille on oltava tilaa ja ne on voitava esittää ilman fyysisen väkivallan uhkaa. Erityisen tärkeää on, että myös vaikeista asioista voidaan puhua ilman, että keskustelua yritetään eri tavoin hiljentää. Esimerkiksi maahanmuutosta aiheutuvia todellisia ongelmia ja niiden erilaisia ratkaisuesityksiä on voitava tuoda esiin ilman, että poliittiset vastustajat leimaavat näitä oikeutettuja ja perusteltuja näkökulmia vihapuheeksi.

Indrek Tarand (Verts/ALE), kirjalikult. – Olen üks kolmest EP liikmest, kes on reaalselt kogenud füüsilist vägivalda seoses oma poliitiliste vaadetega. Rõhutan, et seisame silmitsi senitundmatu olukorraga, kus virtuaalreaalsus võib väljuda tänavatele ja parlamendi istungitesaali. Ma pean silmas, et inimesed ei erista enam sotsiaalmeedias sülitamist ja päris elus sülitamist. Ei saada aru, et virtuaalne rusikahoop või soov kedagi surmaga nuhelda ei ole tegelikult OK. Kuid tundide kaupa sotsiaalmeedias olemine on meid kõiki madaldanud ja viinud tagasi ürgaega. Jaron Lanier on kirjutanud raamatu „10 põhjust...”. See on mõtlemapanev tekst. Ning enne kui me siin kõikidele teistele ühiskonnaliikmetele moraali lugema hakkame, näidakem ise eeskjuu. Kustutagem oma kontod nii Facebookis kui ka Twitteris ja kus iganes. Ärgem otsigem kuulsust, au ja „laike”, sest need platvormid on labased ja loomastavad meid kõiki! Minetame inimlikkuse, aga inimlikkus

on oluline! Muidugi, kuidas jõuda reklaamiturul kõikideni, on küsimus, millele ma vastust ei tea. Ainus, mida teha saame, on sulgeda konto! Kaitskem oma lapsi ja tulevikku. Tehkem seda! Kui meid ei ole sotsiaalmeedias, siis väheneb ründe efektiivsus. Peagi reageerivad reklaamigi ostjad ja sotsiaalmeedia vaesub rahaliselt. Ma kutsun kõiki üles järgima minu eeskju ning kustutama kõik oma sotsiaalmeedia kontod avalikkuse jaoks juba 24. veebruaril 2019. See oleks Eesti Vabariigi kingitus inimkonnale Eesti 101. aastapäeval.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – La violencia que engendra el nacional-populismo en auge en toda la UE sigue cobrándose víctimas. Uno de los grupos que recibe crecientemente agresiones es el de los representantes electos democráticamente. Es el caso de Pawel Adamowicz, el alcalde de la ciudad polaca de Gdansk, que ha fallecido recientemente por las heridas causadas por un hombre que le apuñaló durante un evento ante cientos de personas. El agresor es un ex convicto de 27 años que lo asesinó frente a la multitud que asistía a un acto benéfico. Después de apuñalar a Adamowicz, el agresor tomó un micrófono para asegurar que con su ataque buscaba vengarse por haber sido «injustamente encarcelado y torturado por (el partido) Plataforma Ciudadana». En Polonia, como en tantos otros Estados miembros, aumentan cada vez más las amenazas y los mensajes de odio con un lenguaje fascista y nazi. Estamos ante un fenómeno muy preocupante que requiere de la más firme condena por parte de este Parlamento. En vísperas de las próximas elecciones europeas y en medio de un clima envenenado por las fuerzas radicales y extremistas, la seguridad de los representantes públicos debería ser una prioridad. Atacándonos se cercena la democracia misma. La UE no debe permitirlo.

20. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Ungarn, Entwicklungen seit September 2018 (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest oświadczenie Rady i Komisji w sprawie praworządności i praw podstawowych na Węgrzech – rozwój sytuacji od września 2018 r. (2019/2517(RSP)).

Melania Ciot, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, common values such as human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and human rights are the cornerstone of the European Union. Both institutions and Member States must therefore respect, protect and promote them. The Romanian Presidency, and indeed all of us, agree that the protection of the rule of law, democracy and fundamental rights is essential in our Union.

On 18 September 2018 the Council received the European Parliament's reasoned proposal under Article 7(1) calling on the Council to determine that there is a serious risk of a breach by Hungary of the values on which the Union is founded. This issue has been on the agenda of the General Affairs Council in October, November and December 2018. At the 12 November General Affairs Council, we received Hungary's written response to Parliament's reasoned proposal, as well as a factual contribution from the Commission on pending infringement procedures against Hungary.

In December, ministers had a first exchange of views on the next steps of the procedure. We will continue the examination of Parliament's reasoned proposal. At this stage, I cannot prejudge or draw conclusions as regards the final outcome of this procedure. We will keep Parliament informed on the next developments. Indeed, we take seriously into account the concerns expressed by the honourable Members of this House.

Let me conclude by saying that the issues raised in this debate go to the heart of our commitment to this Union. We therefore trust that all sides will act responsibly and constructively to reach an outcome in accordance with our core values.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Parliament very much for putting the situation of Hungary on the agenda today. The last time we discussed the situation of the rule of law in Hungary was on 11 September last year. The next day, Parliament adopted its resolution triggering Article 7(1) of the Treaty procedure against Hungary. As I explained then, the Commission shares an important number of concerns expressed in the reasoned proposal of the European Parliament, in particular, as regards fundamental rights, corruption, the treatment of Roma and the independence of the judiciary. Today, I would like to update you on the developments which have occurred since last September, including the developments in the Council.

First, as I already said in September, unlike the European Parliament, the Commission has a right under the Treaties to launch infringement proceedings and, in the case of Hungary, has launched many value-related infringement proceedings. The Commission is determined to make the best use of this power.

Last week, the Commission decided to send a reasoned opinion to Hungary concerning the so-called 'Stop Soros' legislation. This legislation criminalises activities that support asylum and residence applications and further restricts the right to request asylum. The Hungarian authorities now have two months to address the Commission's concerns; otherwise, the Commission may refer the case to the Court of Justice. Furthermore, last December, the Hungarian Parliament adopted a new law on overtime, amending the Labour Code. As you know, this new law has provoked large street demonstrations in Hungary in recent weeks. The Commission is currently analysing the conformity of the new law with EU law, notably, the Working Time Directive, and sent a letter to the Hungarian authorities seeking further clarifications. In the light of the response received, the Commission will decide on potential next steps.

Also in December, we heard that the Central European University has now been forced to relocate its US-accredited academic programmes from Hungary to Vienna. Having a university forced to leave an EU Member State because of governmental measures and systematic pressure is unprecedented in the history of the European Union. It is sad and very worrying that this can happen in the EU, despite the Commission's pending infringement procedure and clear warnings from many, many stakeholders.

Another development in December relates to the merger of more than 400 media outlets into one single holding controlled by a board whose members are affiliated with the governing party. The situation has been aggravated by the subsequent Government decision to exempt this merger from the scrutiny of both the national competition authority and the media authority.

The Commission is also, through the European Semester, monitoring the functioning of the Hungarian justice system, including the regime for the appointment and promotion of judges, the organisation of the prosecution service, and the envisaged setting-up of a new administrative court system. In December last year, the Hungarian Parliament adopted two laws establishing an administrative court system envisaged to become operational as from 2020. It is regrettable that the Hungarian Parliament did not wait for the opinion of the Venice Commission, which is scheduled for March this year. The Commission is currently assessing the new laws in view of their compatibility with EU law and European standards. The opinion of the Venice Commission will feed this assessment.

In addition to infringement proceedings, the Commission is using other instruments, including audits and investigations relating to the use of EU funds and actions through the European Semester, the EU annual cycle of economic policy coordination. The Commission is also monitoring and assessing the implementation of the country-specific recommendations relating to the need to reinforce the anti-corruption framework, to strengthen prosecutorial efforts and improve transparency and competition in public procurement.

As regards the ongoing Article 7 procedure, I regret that, so far, the European Parliament has not been given a genuine opportunity to present its reasoned proposal to the Council. The Commission has made very clear that, whatever position the Council will be taking, it must ensure a fair handling of the reasoned proposal tabled by Parliament. This, I think, is part of the way European institutions should show respect for each other and each other's role.

Let me inform you that in November, following a request made by the Austrian Presidency, the Commission presented to the Council a factual overview on its actions as regards Hungary, in particular, the values-related infringement proceedings. These relate, in particular, to asylum and assistance to asylum seekers, civil society and higher education school segregation of Roma. Most of these cases are already pending before the Court of Justice.

As you know, the Hungarian Government already provided their reply to the reasoned proposal. I do believe the Council now has all the key elements necessary to start with its own assessment of the issues raised.

Tamás Deutsch, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Miért erőltette megint a balliberális többség az Európai Parlament napirendjére a magyar kérdést? A kezdeményezés hivatalos indokai kizárólag ürügyek. Azért kellenek, hogy újra veszekedhessenek Magyarországgal. A vita oka, hogy zajlik az európai parlamenti választási kampány és az EP balliberális többsége ebben a kampányban is támadást indított a magyar emberek ellen.

De miért van Önökben ez az indulat velünk szemben? Mert van egy, az európai emberek életét évtizedekre meghatározó sorskérdés, amiben a magyarok elsöprő többsége párthovatartozástól függetlenül egészen mást akar, mint Önök.

Ez a kérdés a bevándorlás ügye. Önök, az EP balliberális többsége alapvető jognak tekintik a tömeges bevándorlást és támogatják azt. Migránsvízumot akarnak bevezetni és legalizálni akarják az illegális migrációt. Önök az európai demográfiai problémák megoldását a migrációtól várják. A bevándorlás támogatása érdekében el akarják venni a határvédelem és a menekültügyi eljárások jogát a tagállamoktól. Önök anyagilag támogatják az illegális migrációt szervező NGO-k törvényellenes tevékenységét. Önök be- és áttelepítési kvótarendszert akarnak. Meg akarják határozni, hogy kikkel kötelező együtt élnünk a hazánkban, és Önök fenyegetik, zsarolják, büntetni akarják azokat az országokat, amelyek elutasítják a bevándorlást.

Önökkel szemben mi, magyarok, nemet mondunk a bevándorlásra. Meg akarjuk védeni az illegális bevándorlókkal szemben az országunk határait, ezzel meg akarjuk védeni az Unió külső határait.

Az a meggyőződésünk, hogy nem a bajt kell idehozni Európába, hanem a segítséget kell eljuttatni a bajban lévő emberekhez. A magyar és más európai polgárok biztonsága érdekében meg akarjuk szüntetni az európai életformánkat fenyegető bevándorlást. Nem másért, csak ezért van velünk bajuk, de négy hónappal a választások előtt már végképp fölsleges a magyarokat bántani. A választáson az európai emberek fognak dönteni, hogy Európa megmaradjon az európaiaké.

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Mit der Einleitung eines Artikel-7-Verfahrens gegen Ungarn hat das Europäische Parlament eine historische Entscheidung gefällt. Wir haben uns das nicht leicht gemacht damals, aber wir wurden dafür kritisiert, dass das alles so lange gedauert hat. Das war notwendig, weil wir die verfügbaren Informationen sorgfältig und eingehend geprüft und alle Für und Wider verantwortungsvoll abgewogen haben.

Das Parlament hat im September den Bericht mit einer qualifizierten und überaus deutlichen Mehrheit angenommen. Eigentlich hätte man erwarten können, dass es darauf eine angemessene Reaktion gibt seitens des Rates und seitens Ungarns. Mitnichten. Die ungarische Regierung, die vorher keine Gelegenheit ungenutzt ließ, sich in dem Prozess einzubringen, zieht es seither vor, dem Parlament die kalte Schulter zu zeigen. Ihre Abwesenheit bei der heutigen Debatte zeigt das ganz deutlich. Sie verweigert sich der Debatte, sie hat sich dafür entschieden, nicht nur alle Bedenken und Einwände der europäischen Freunde – ja, wir sind Freunde – zu ignorieren, sondern auch die Proteste großer Teile der ungarischen Bevölkerung. Ungarn wird immer mehr zu einer Fassadendemokratie, wo die Presse gleichgeschaltet ist, die Richter an die kurze Leine genommen werden und Nichtregierungsorganisationen um ihre Existenz fürchten müssen. Die akademische Freiheit ist in Gefahr, und Verschwörungstheorien ersetzen politische Analyse.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verwunderlich, dass der Rat immer noch keine ernsthaften Schritte gesetzt hat, dem Beschluss des Parlaments näher zu kommen. Es darf nicht egal sein, dass sich ein Mitgliedstaat immer mehr von den gemeinsamen Werten verabschiedet. Die Entwicklungen stillschweigend hinzunehmen, heißt, das europäische Projekt – das gemeinsame europäische Projekt – aufzugeben. Ich hoffe, dass die Präsidentschaft diese Sache nicht auch auf die lange Bank schiebt.

Anders Primdahl Vistisen, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, it is interesting to once again see this Parliament bashing Hungary when it comes to rule of law and democracy. It's the very same House where prominent Members have proposed to take away travel allowances for people that they disagree with. The same House where we, in this very plenary session, are going to vote on amendments regarding the Rules of Procedure that are clearly an attack by the majority against minority views in Parliament. If you cannot see that hypocrisy you must have been in the European Parliament for too long.

I don't know the exact content of the allegations about Hungary but I do know that countries in this Union are not treated equally. If we see violent bashing of demonstrators in Catalonia, we do not see a reaction from his House. If we see a demonstration, a peaceful demonstration, carried out in Budapest, it is apparently a violation of the rule of law.

It is fundamentally problematic that these attacks, that have been going on since the Jörg Haider case in Austria more than a decade ago and up to today against Hungary and Poland, are continuing from the European establishment's side. It is profoundly dazzling to me that you don't see in this House that the only thing you do is bash up more support for the people that want to get rid of: Mr Orbán, Mr Kaczyński, and whoever is next in that line of people that you don't like, that the European peoples have elected democratically in the Member States. It's a shame for Europe and it's a shame for the European Union.

(Applause)

Judith Sargentini, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, we have to conclude that, since the vote on my report in September, things in Hungary have actually only got worse. Hungarian citizens have every reason in the world to take to the streets and they deserve our continued solidarity.

Let me list for you some of the developments of this autumn. Mr Timmermans has done so as well. The Central European University has to move to Vienna because the agreement with the State of New York is not going to be signed; homelessness was made a punishable crime; a new administrative court is being set up, overseen by the Justice Minister; the former Macedonian Prime Minister, sentenced for corruption, got refugee status in the blink of an eye; 450 pro-government media outlets were merged into a single conglomerate; and the Parliament passed the 'slave law'.

Internal memos of the Hungarian Government became public yesterday and they show what we all know: they are stalling for time. They are flooding their colleagues in the Council with paperwork and they suggest cooperating, but what they're doing is stalling for time. Now that is not a surprise, but now that this is official, this demands that the Romanian Presidency come forward with its timetable. Hungarian citizens have the right to protection and the right to know what you're planning to do. European voters have the right to know what their political leaders are going to do. So I ask you to take that responsibility, to invite me to the Council and start a real process.

To my colleagues in the European People's Party – some of you are there, I appreciate that, a lot of you are not there – I continue to appreciate that you voted for my report, but what have you been doing since? Where is your sense of responsibility?

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, la Hongrie est un pays magnifique, un croisement de cultures dont Budapest est un symbole. Nul ne cherche, ici, à attaquer le peuple hongrois. Mais aujourd'hui, Viktor Orbán se veut le champion d'un nouveau modèle européen nationaliste et anti-migrants. C'est l'inverse de l'histoire de ce beau pays et de toute celle de notre continent.

Depuis septembre, les dérives illibérales s'aggravent. Médias et tribunaux administratifs chargés de juger les choses publiques sont sous contrôle. Parallèlement, la corruption s'accroît et la Hongrie refuse d'adhérer au Parquet européen. Un néo-libéralisme autoritaire se met en place au bénéfice de M. Orbán et de quelques-uns de ses amis. Peu de néo-libéraux auraient osé faire adopter une loi comme celle sur le travail, appelée loi sur l'esclavage. Les dérives hongroises n'ont plus de limites et, pour les masquer, la propagande bat son plein.

Monsieur Timmermans, ces dérives ont commencé en 2010 et vous nous dites que vous suivez l'évolution des choses. Vous vous penchez sur le droit et – je le dis à mes collègues hongrois – il n'y a pas de guerre. La question des migrants est juste un dérivatif. Être européen, c'est d'abord respecter les valeurs de l'Union européenne. Oui, la Hongrie cherche à gagner du temps derrière des arguties juridiques et procédurières, et la réponse du Conseil est affligeante.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – De opkomst in Nederland bij de Europese verkiezingen in 2014 was 37%. De opkomst bij de verkiezingen in Hongarije voor het nationaal parlement lag op 70% en de helft van die stemmen was voor de heer Orbán. Dit zijn percentages, voorzitter, waar de collega's hier nog niet eens van durven te dromen. Waarin zit nu dat verschil?

Hier in het Europees Parlement – ik heb dat de afgelopen weken al meegemaakt – hebben we het over tienerzwangerschappen in Peru en over persvrijheid in Nigeria. Voorzitter, dat is niet in het belang van de Europese burgers! Orban daarentegen houdt zich bezig met de veiligheid in zijn land, met het beschermen van de grenzen. Hij zorgt goed voor de mensen in zijn land. Dat is het verschil! Iemand, een premier, die goed voor zijn inwoners zorgt verdient geen procedure 7. Nee, hij verdient een standbeeld!

Ik zou dan ook graag een oproep willen doen en u willen vragen of er misschien nog wat budget vrij te maken is in de begroting om een standbeeld voor Orban op te richten.

Zoltán Balczó (NI). – Tisztelt Elnök úr! A Magyarországon létrejött orbáni rendszer a hűbéri láncolatra és a korrupcióra épít. Fokozatosan lebontja a jogállamot és kiszabadította a gyűlölet szellemét a palackból. A Jobbik Magyarországi Mozgalom, a legnagyobb ellenzéki párt képviselőjeként meggyőződése, hogy politikai küzdelmünket nem itt, Brüsszelben kell megvívunk, hanem otthon, a magyar emberekkel együtt, minden alkotmányos eszközt felhasználva Orbán Viktor rendszerének leváltása érdekében.

Barbara Kudrycka (PPE). – Panie Przewodniczący! Prawo jest jedynym i najistotniejszym instrumentem, który pozwala funkcjonować w tak zróżnicowanym politycznie i ideologicznie środowisku, w jakim znajdujemy się w Unii Europejskiej. Duszą demokracji – jak mawiał ksiądz Tischner – jest kompromis. Jeśli wspólne rozumienie praworządności i fundamentalnych wartości Unii Europejskiej jest podważane, a w zamian tworzy się alternatywny świat, aby z wykorzystaniem prawa realizować swoje cele partyjne i indywidualne, to jest to początek końca demokracji.

Nie rozumiem kolegów z Węgier, dlaczego nie są w stanie przekonać swego szefa i swego rządu, aby okazał choć odrobinę dobrej woli i umiał pójść na kompromis, a także przywrócić poszanowanie podstawowych wartości na Węgrzech. Mam więc pytanie do kolegów: czy widzicie, że zamiast iść na kompromis, eskaluje się tylko sytuację wewnętrzną na Węgrzech – poprzez „ustawę niewolniczą”, wyrzucając najlepszy, najbardziej znany uniwersytet z kraju? Wydaje mi się, że nie wszyscy mają tylko i wyłącznie cynizm za kołnierzem, że część kolegów ma jednak pewne skrupuły.

Tibor Szanyi (S&D). – Tisztelt Elnök úr! A harminc évvel ezelőtti magyarországi rendszerváltás néhány ifjú szereplője, azaz a Fidesz akkori és egyben mai vezetői időközben hazám idősödő és dúsgazdag földesuraivá, iparbároiává váltak. Ezek az urak azóta kormányra kerülve a szovjet blokk egykori úgymond legvidámabb barakkját Európa új siralomházává változtatták az Európai Unió finanszírozása és fokozódó döbbenete közepette.

Az elmúlt közel egy évtizedben ez a korrupt, pénznyelő csoport az emberi jogokat emberi jogfosztottsággá alacsonyította, a tudást pedig ostobaságokká torzította. A helyzet sajnos még rosszabb lett a legutóbbi fél év során. Például a hatalom fegyveres verőemberei a jelenlétemben, s mi több, élő videoközvetítéstől sem zavartatva képviselőket ütlegettek a köztelevízió épületében, a vádhatóság pedig most bűncselekmény vádjával fenyegeti az áldozatokat – Soros György ügynökeinek minősítve őket. Nagyjából ezt tudjuk jelteni az új rabszolgák új országából, nevezetesen Magyarországról. Egyetlen jó hír, Elnök úr, hogy a nemzeti demokratikus ellenállás fokozódik.

Benedek Jávor (Verts/ALE). – Tisztelt Elnök úr! Orbán Viktor megfutamodott a mai vitától. Ez érthető, hiszen nincs már mit mondania. Vagy meg kellene tagadnia kilenc év kormányzását, vagy tovább provokálnia a magyar demokrácia állapotáért aggó európai intézményeket. Orbán azzal érvel, hogy ez a vita már az EP-kampány része és ez elfogadhatatlan. De én felteszem neki a kérdést: mi lehet fontosabb Európában – kampányon kívül vagy azon belül –, mint az Unió alapjait jelentő értékek védelme? Miről kéne beszélni kampányban és kampányon kívül, ha nem arról, hogy Magyarországon kilenc éve folyamatosan ássák alá a magyar állampolgárok Alapszervezetében foglalt jogait és Közösségünk értékeit.

Szeptember óta a helyzet Magyarországon fénysebességgel romlott. A média végletes központosításától a fideszes bíróságok felállításán át az Állami Számvevőszék ellenzéki pártokra való ráküldéséig. Minden más lehullott már az Orbán-féle autokráciáról és felsejlenek mögötte Vlagyimir Putyin rendszerének arcvonásai. Minek kell még történnie, hogy végre mindannyian, az EPP és az Európai Tanács is komolyan vegye azt a fenyegetést, amit Magyarország illiberalizálódása egész Európára jelent és fellépjen ellene?

Malin Björk (GUE/NGL). – Herr talman! Situationen i Ungern har inte förbättrats. Tvärtom ser vi hur Orbán och hans parti ökar trycket mot oliktankande, mot media, mot NGOer, mot akademiker och mot dem som står upp för flykting-solidaritet. Vi ser emellertid också hur motståndet växer mot Fidesz-regeringens politik i Ungern, och det är bra. Ni har många som stöder er både i våra länder ute i Europa och här i Europaparlamentet.

I ett försök att trycka tillbaka det stödet väljer nu Fidesz att hänga ut mig och andra kolleger här i Europaparlamentet som fiender, precis som de har gjort med aktivister och motståndare i Ungern. Men *sorry to say*, Orbán och hans lakejer här, vi kommer inte att backa, vi kommer inte att ge oss! Vi kräver respekt för mänskliga rättigheter och för den grundläggande rättsstaten. Vi vill inte ha ert rasistiska projekt.

Vi kommer att fortsätta att stå upp här tillsammans – för mediefrihet, för flyktingars rättigheter, för kvinnors rättigheter. Och ja: detta kommer att vara en av de viktigaste frågorna i valrörelsen! Det är det val är till för. Vi kommer att stå här, vi kommer att stå upp för mänskliga rättigheter, rättsstat och demokrati. Så ja: vi ska göra detta till en valfråga för ingenting kan faktiskt vara viktigare.

Krisztina Morvai (NI). – Tisztelt Elnök úr! Kedves Sargentini kisasszony! Legyen kedves körülnézni a teremben: 751 európai parlamenti képviselőből körülbelül egy tucatnyi van jelen, ők is főként magyarok, tehát kvázi hivatalból vannak itt. Vonja le a konzekvenciát: senkit nem érdekel most már a maga szerencsétlenkedése, a próbálkozása. A Magyarország elleni támadása elbukott. Javaslom, keressen magának új témát! És mivel az emberi jogok az Ön kedvenc szakterülete – az enyém is egyébként –, ajánlom mindjárt a tömeges rendőri brutalitásoknak a témáját.

Az Önök kedvence, a példakép Emmanuel Macron rendőreivel ugyanazt csináltatja, mint amit mi Magyarországon elszenvedtünk 2006 őszén, illetve 2002 és 2010 között: szemeket lövet ki. 15 ember vesztette el a szeme világát, 80 ember szenvedett el súlyos fejsérülést. Az Önök kedvenc országában kedvenc politikusuk így kezeli a szabadságjogokat gyakorlókat. Forduljon most már öfeljük!

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident, Frau Ratspräsidentin, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Falls es Zweifel gibt, warum ich hier bin: Ich bin hier, weil ich mir für den Haushaltskontrollausschuss Sorgen mache, was mit den europäischen Geldern in Ungarn ist.

Diese Gelder bewirken dort viel: eine stete Verbesserung der Lebensbedingungen, also weniger Arbeitslose und steigende Einkommen. So haben wir es uns eigentlich vorgestellt. Aber wir sind besorgt, weil wir die EU-Gelder nicht so schützen können, wie wir es sollten. Ungarn hat ein Problem mit Betrugereien, mit scheinlegalen Ausschreibungsverfahren, mit Korruption und mit Justizbehörden, die diese Delikte nicht angemessen verfolgen wollen oder dürfen, weil vielleicht auch Leute verwickelt sind, die man schützen will. Die Haushaltskontrolleure haben auch ein Problem damit, dass die ungarische Regierung viel zu wenig und manchmal auch gar nichts dagegen unternimmt.

Deswegen, Frau Ratspräsidentin, bitte sorgen Sie dafür, dass die *Rule-of-Law*-Verordnung der Kommission bald im Trilog gestartet werden kann, damit wir bald diese Verordnung bekommen.

Der gestern veröffentlichte Korruptionsindex zeigt Ungarn an drittletzter Stelle in der EU, weltweit auf Platz 64, knapp vor Griechenland. In Griechenland zeigt aber der Pfeil nach oben. Da wird es besser, während es in Ungarn seit 2012 bedeutend schlechter geworden ist. Das ist traurig.

Ich glaube fest daran: Ungarn kann mehr, und es wäre ein wichtiger vertrauensbildender Schritt, dem Europäischen Staatsanwalt beizutreten. Es gibt kein wirtschaftlich erfolgreiches Land, das gleichzeitig Korruption duldet. Herr Vizepräsident Timmermans, das möchte ich Ihnen sehr ans Herz legen.

Péter Niedermüller (S&D). – Tisztelt Elnök úr! Néhány nappal ezelőtt a magyar miniszterelnök „Soros-szeánsznak”, a külügyminiszter pedig politikai színjátéknak nevezte ezt a mai vitát. Azt gondolom, ez a két megjegyzés pontosan mutatja a jelenlegi magyar kormány demokráciafelfogását. A miniszterelnök távolléte egyben annak is bizonyítéka, hogy Orbán Viktor nem mer szembenézni az Európai Parlamenttel. Orbán fél a demokráciától, fél a demokratikus vitától. Ezért számolta fel a médiaszabadságot és a független igazságszolgáltatást, ezért nem tesz semmit a már a családját is elérő korrupció ellen, ezért igyekszik ellehetetleníteni a civil szervezetek működését, ezért akarja az ország szekerét különböző autoriter rezsimekhez és diktátorokhoz kötni.

Orbán az Európai Parlamenttel nem tárgyal, de elutazik Brazíliába, vagy éppen Fehéroroszországba. Orbánnak semmi nem számít, csak a hatalom, s ezért elárulja saját országának az érdekeit, a demokráciát, az európai értékeket. Mi itt az Európai Parlamentben nem segídkedhetünk ehhez a politikához. Világosan ki kell mondani: ennek a politikának nincs helye az Európai Unióban.

Christophe Hansen (PPE). – Mr President, if Hungary were to join the European Union today the country would not even meet the accession criteria. The Hungarian Government receives war refugees with barbed wire, and criminalises those who support asylum seekers. At the same time, Nikola Gruevski, a crook convicted for corruption, gets safe passage and political asylum to escape justice, and even Hungarian citizenship. Last year, Hungary became the first European Member State to expel a European academic institution.

The list of European values that the Hungarian Government has corrupted is long and well-known, as pointed out by Ms Sargentini and several other colleagues. The European Parliament has spent years asking the Hungarian Government to rejoin the path of the rule of law. In vain. Now actions have to speak louder than words. The suspension or reduction of payments to Member States that undermine the rule of law is no less than a financial backstop to uphold fundamental values.

To the Council I say: how much longer will we have to wait for you to act on our clear request to trigger Article 7? Reluctance in the defence of our common values is complicity in their subversion.

Carlos Coelho (PPE). – Senhor Presidente, a União Europeia não é apenas um mercado comum. Partilha valores consagrados na Carta de Direitos Fundamentais e nos Tratados.

Desde setembro, quando discutimos este tema pela última vez, o Governo húngaro nacionalizou a maior parte dos jornais, televisões e rádios, encerrou uma Universidade, diz-se que ligada à oposição, e insistiu no tratamento desumano de refugiados. O Governo continuou a colocar o Estado de direito em causa em prejuízo dos cidadãos húngaros e de todos os europeus.

Orbán é um mau exemplo a que se juntam outros que merecem a nossa preocupação na Polónia, na Roménia, na Eslováquia ou em Malta.

Senhor Presidente, precisamos de agir e precisamos de aprovar um instrumento de monitorização que dê consequência aos casos de incumprimento dos direitos fundamentais, precisamos de condicionar os fundos ao respeito pelos nossos valores fundamentais e precisamos de exigir ao Conselho que dê consequência ao artigo 7.º, como obrigam os tratados.

Liberdade, Democracia e Estado de Direito não são palavras bonitas para decorar discursos. São valores que fazem parte da nossa identidade. Uma identidade que está ameaçada. Tenhamos coragem de a defender.

Kinga Gál (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Niedermüller úr felszólalása azt juttatta eszembe, azt a magyar viccet, hogy nyuszika, van sapka a fejeden, nincs sapka a fejeden: teljesen mindegy, úgyis hibás vagy, úgyis kapsz a fejedre. Ha itt a magyar miniszterelnök, az a baj, ha nincs itt a magyar miniszterelnök, az a baj. Minden elhangzott vád nevetséges és ezt mindnyájan tudják itt, kollégák.

Teljesen mellőzik a tényeket, hiszen akkor nagyon sok tagállam ellen lehetne jogállamisági eljárást indítani, ha ezek valóban számítanának és egyenlő mércével méretnének. Mint ahogy nagyon jól tudjuk, hogy nem államosították a sajtót Magyarországon és nem zártak be egyetemeket, mint ahogy a CEU Magyarországon akkreditált képzései továbbra is ottmaradnak és működnek. Ezt mindnyájan tudják, csak ezekről a tényekről mindig megfedkedeznek.

Ürügy ez a vita. Ürügyként szolgálnak a Magyarországon zajló frusztrált ellenzéki performansznak, amely a szélsőjobbtól a szocialistákig mindenkit magában foglal, mégis egyre fogyatkozó támogatottságú. Ez az egész vita pedig, ami itt zajlik, nem más, mint az ő nevetséges produkciójuk európai szintre emelése. Amit bevándorláspárti kollégáink arra használnak, hogy fokozzák a nyomást Magyarországra, mert nem akarunk beállni a bevándorló országok sorába. Ahogy Sargentini asszony nyilatkozta: ugyanolyan jogok illetik meg a magyar állampolgárokat...(az elnök megvonja a szót a felszólalótól)

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Ez a mai vita egy újabb bizonyíték arra a kettős mércére, aminek alkalmazása egyes tagállamokkal szemben sajnos már gyakorlattá vált ebben a Házban. Rendre olyan kérdések mentén fogalmaznak meg bírálatokat Magyarországgal szemben, amelyek több tagállamban is létező gyakorlatként működnek, például a túlóra-szabályozás vagy a közigazgatási bíráskodás. Ráadásul egyértelműen félinformációkkal, túlzásokkal és sok esetben álhírekkel próbálják befolyásolni a közvéleményt.

Nem gondolhatják Önök sem, hogy az Európai Unió előnyére válik és a tagállamok közötti kohéziót segíti, ha az állampolgárok valós problémái helyett ilyen parttalan politikai vitákkal foglalkozunk.

Miért nem foglalkoznak például azzal, hogy Romániában igenis a marosvásárhelyi egyetemen a diákokat folyamatosan vegzálják, nem engedik vizsgázni, a magyar kart meg nem akarják létrehozni. Az Európai Parlament hitelessége sérül az állampolgárok szemében, amikor ennyire a szakmai szempontokat mellőzve, pusztán politikai és választási célokat követve kezelnek egy kérdést. Főként, ha rendre ugyanazon ország kapcsán kerül ez elő. Nem méltó a Parlamenthez.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, vicepresidente Timmermans, por primera vez en la historia desde la entrada en vigor del Tratado de Lisboa, el Parlamento Europeo aprobó con una resonante mayoría de dos tercios la iniciativa de activar nada menos que el artículo 7, apartado 1, en relación con Hungría. Porque la deriva que describe el Gobierno de Viktor Orbán solo puede ser calificada de «putinización», una concentración de poderes incompatible con los valores fundacionales de la Unión Europea. Agresiones contra el pluralismo y faltas de respeto sistemáticas contra las minorías, pero también atentados contra la libertad de información y la libertad académica.

La situación no ha hecho sino empeorar. Lo que quiero, señor Timmermans, es que, cuando el Consejo delibere con la Comisión sobre las consecuencias de ese voto de nada menos que dos tercios del Parlamento Europeo, el Parlamento Europeo —que tuvo la iniciativa en primer lugar— sea llamado a participar en esa deliberación, y que las tres instituciones sumen sus voces para decir que ya basta de la putinización del Gobierno de Viktor Orbán en Hungría.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, Europska unija zajednica je različitih država s različitim tradicijama i razvojnim putevima. Spajaju nas neki zajednički interesi i vrijednosti, ali oni ne mogu izbrisati naše razlike u kulturi i mentalitetu. Inzistiranje na univerzalnim rješenjima može nas samo međusobno udaljiti i posvadatai jer će uvijek jedna strana osjećati da joj je nešto nametnuto.

Mađarska je država duge povijesti i bogate tradicije koja na neke stvari u Uniji ima drukčiji pogled od nekih drugih članica. Mađarski narod bira vlast kakvu želi, a ona provodi politički program za koji je legitimitet dobila na izborima.

Pravo je građana koji se ne slažu s vlasti mirno prosvjedovati i koristiti se drugim demokratskim instrumentima kako bi izrazili svoja stajališta. Vlada im to mora omogućiti, a na nama je da u dijalogu s mađarskim vlastima pomognemo da građani što lakše konzumiraju svoja demokratska prava. Sve ostalo je na mađarskom narodu, a Unija zbog nečijih preferencija ne smije podrivati demokraciju u jednoj suverenoj državi.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση κατηγορεί την ουγγρική κυβέρνηση ότι παραβιάζει τις αρχές του κράτους δικαίου και τα ανθρώπινα δικαιώματα, ενώ για άλλες χώρες ανέχεται να συμπεριφέρονται με αυτό τον τρόπο. Ο πραγματικός λόγος για τον οποίον συμπεριφέρεται έτσι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι το ότι η Ουγγαρία αρνείται να χορηγήσει πολιτικό άσυλο σε μετανάστες οι οποίοι διώκονται για ποινικά αδικήματα και σε άλλους οι οποίοι ελέγχονται και καθοδηγούνται από διεφθαρμένες ΜΚΟ. Αντί λοιπόν να συνεργαστεί με την κυβέρνηση της Ουγγαρίας ούτως ώστε αυτή να χορηγήσει πολιτικό άσυλο στο ποσοστό εκείνο των μεταναστών στους οποίους το οφείλει, επιλέγει την οδό της συγκρούσεως.

Όμως η κυβέρνηση της Ουγγαρίας προστατεύει τα συμφέροντα του ουγγρικού λαού. Δεν είναι σαν την ελληνική κυβέρνηση, η οποία είναι ενδοτική, δέχεται και υποκύπτει στις πιέσεις και έχει μετατρέψει την Ελλάδα σε έναν απέραντο καταυλισμό δυστυχισμένων μεταναστών, στους οποίους ούτε χορηγείται πολιτικό άσυλο ούτε τους δέχεται κάποια χώρα αλλά και ούτε απελαύνονται. Τελειώνω θέλοντας να πω ότι η συμπεριφορά αυτή προς την Ουγγαρία αποτελεί το χαρακτηριστικό παράδειγμα της υποκρισίας της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, διότι, ενώ στην Ουγγαρία συμπεριφέρεται έτσι, στην Τουρκία αρνείται να ακολουθήσει ...

(Ο Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον ομιλητή.)

László Tórkés (PPE). – Tisztelt Elnök úr! A Zöldek és cinkos elvtársaik által kikényszerített újabb magyarellenes parlamenti vita a hetes cikk szerinti jogállamisági eljárást kezdeményező Sargentini-jelentés egyenes folytatása. Az illegális migrációt visszautasító Magyarország ismételt pellengérré állítása nem más, mint a balliberális bevándorláspárti politikai erők célzatos választási kampányrendezvénye.

Ennek a magyarságunk megbélyegzésére irányuló áldemokratikus forgatókönyvnek a leggyalázatosabb szereplői azok a nemzetidegen magyar ellenzéki képviselők, akik régi kommunista gyakorlatot követve odahaza puccsista demonstrációkkal igyekeznek destabilizálni a társadalmi rendet, idekint pedig gátlástalanul denúciálják saját hazájukat. Ne hallgassanak rájuk! Éljen Magyarország! Éljen Európa!

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Gdy proponuje się debatę na temat przestrzegania praw człowieka, demokracji i rządów prawa w Europie, przewodniczący Timmermans z reguły mówi: teraz rozmawiamy o Polsce albo o Węgrzech. Więc ja przyjmuję tę konwencję, tylko że teraz, Panie Przewodniczący, będziemy rozmawiali o tym rzekomym wniosku, który przeciwko Węgrom został złożony.

Rządy prawa są dzisiaj najbardziej zagrożone zachowaniem władz Unii Europejskiej. Artykuł 354 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej stanowi wyrażnie: Parlament może złożyć wniosek o uruchomienie art. 7 większością dwóch trzecich oddanych głosów – powtórzę: oddanych głosów. Tej większości nie uzyskano, a mimo to władze Parlamentu ogłosiły, że wniosek został przyjęty.

Aby sfalszować wynik wyborów, w państwach totalitarnych podawano sfalszowany wynik, ale to, żeby jawnie unieważnić część oddanych głosów, kiedy wynik jest znany, jest naprawdę inwencją nieznaną dotychczasowej historii. Jest to bardzo groźne memento. Powtórzę raz jeszcze: nieliberalna demokracja, o której mówił premier Orban, nie jest postulatem, lecz diagnozą tego, co dzieje się na tej sali.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, let me react to some of the things that were said. First of all, those who are saying, 'there's nothing to see here, nothing's happening, it's all a political game', let me just refer to what I said in my introduction. We are looking at very specific issues and we are asking questions and if we believe that the answer to those questions does not deliver compatibility with EU law, we will proceed. I mentioned the so-called Stop Soros law. We will have questions about that. The relocation outside of Hungary of the US-accredited programmes of the Central European University – somebody here said 'nothing's changed'. Well, something has changed, very drastically, and we have questions about that. The merger of more than 400 media outlets without the competent authorities even being allowed to check whether this is in line with legislation. These are all very concrete things. The adoption of two new laws establishing an administrative court system – we have very concrete questions about that. The adoption of the new law on overtime – a lot has been discussed about that. We have questions about that, whether that's compatible with EU law and this brings me to the point of principle I would like to make about this.

Always, democracy is then invoked as justification for not complying with EU legislation. That's not the nature of democracy. That's not the nature of how this European Union works. Hungary chose, fortunately – and it was a wonderful choice – Hungary chose – it is a sovereign choice – to become a member of the European Union. It was a choice and it was ratified by Parliament and confirmed in a referendum by the Hungarian people. If you choose to become a member of a treaty-based organisation like the European Union, you – by that choice – say you will follow the rules of that Treaty. The European Commission has been given the task of looking into whether Member States follow the rules of the Treaty, and the rules of the Treaty are very, very clear on many issues and, especially, the rule of law is very clear. Article 2 and Article 19 of the Treaty stipulate very clearly the separation of powers, the independence of the media, etc., etc. That's what we're looking at.

This is not about a fight against countries who do not want migrants. This is not about attacking the democracy of a Member State or the cultural diversity within the European Union. This is about holding countries accountable for something they chose to do without any pressure from anybody else, a sovereign choice of countries to join the European Union and that is the beauty of this organisation – that this is a sovereign choice. By doing that, Hungary also had a lot of benefits, a lot of benefits. Many other Member States showed, over the years, huge solidarity with Hungary so that it could catch up with the rest of the European Union and prosper as every Hungarian citizen deserves. But membership doesn't come with only rights; it also comes with obligations and the obligations are stipulated in the Treaty, and I think it is the duty of EU institutions – the European Parliament, the Council and the European

Commission – to hold each other accountable as far as the application of EU law is concerned. That is what we're doing in the case of Hungary, like in any other Member State, nothing more and nothing less.

(Applause)

Melania Ciot, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, let me assure the House once again that the Presidency and the Council as a whole attach great importance to upholding the rule of law and the protection of fundamental rights. They are at the heart of our concerns.

We are ready to keep you informed on developments, and I can assure Members that the Presidency will pay particular attention to the views expressed here today during this debate. We have heard your request and we remain open to a pragmatic approach. Thank you very much once again for your attention.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (162 artikla)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Haro sur la Hongrie ! Tel est le mot d'ordre de la Commission depuis que Viktor Orbán a signifié sans ambages son rejet de l'immigration massive imposée par Bruxelles. Ne vous en déplaie pourtant, sa popularité est en hausse, s'établissant entre 53 % et 63 % au mois de décembre 2018. Elle ne tient à aucun artifice sondagier, mais à la capacité de Viktor Orbán à répondre à une inquiétude fondamentale: l'immigration, que 52 % des Hongrois considèrent comme un des plus grands défis civilisationnels européens. En cela, ils sont d'ailleurs secondés par une part majoritaire de l'opinion publique qui, de Washington à Rome, en passant par Brasília, place l'Union européenne toujours un peu plus à contre-courant du sens de l'Histoire. D'autant qu'en stigmatisant une préoccupation légitime, Bruxelles risque d'aliéner définitivement tant de citoyens est-européens, prompts à se tourner vers des horizons plus rians. Le rapprochement de la Hongrie aussi bien avec les États-Unis qu'avec la Russie ne dit pas autre chose. Tout régime autocratique a une fin, et entre une Union européenne intransigeante et une Europe orientale éprise de liberté, la rupture semble désormais consommée.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Unia Europejska jest wspólnotą różnych krajów z różnymi tradycjami. Łączą nas wprawdzie wspólne wartości, ale nie mogą one podkopywać naszej tożsamości.

Węgrzy mają swoją tradycję i kulturę oraz demokratycznie wybrany rząd, który ma mandat do realizowania swojego programu politycznego. Zarzuty wobec Węgier są jedynie efektem sprzeciwu wobec unijnej polityki migracyjnej. Węgry mają być ukarane, bo naród zdecydował, że nie będzie państwem imigrantów. Nie można za to go napiętnować.

Ponadto decyzje Parlamentu Europejskiego i Komisji Europejskiej dotyczące Węgier świadczą o ogromnych wpływach amerykańskiego finansisty George'a Sorosa, który przypuścił frontalny atak na Węgry. Soros i wiceszef Komisji Europejskiej Timmermans znają się od dawna i regularnie rozmawiają na szereg tematów dotyczących UE. Sam Timmermans mówił, że współpracuje z Sorosem od około 20 lat, a podczas ich rozmów stale powraca temat, jak można wzmocnić jedność Unii Europejskiej. Frans Timmermans jako kandydat centrolewicy na przyszłego szefa Komisji Europejskiej robi sobie zatem z pomocą Sorosa kampanię wyborczą polegającą na chłostaniu Węgier. Należy podkreślić, że rolą Parlamentu Europejskiego jest prowadzenie dialogu, a nie podkopywanie chrześcijańskiej demokracji w suwerennym kraju.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Itt vagyunk újra az Európai Parlament plenáris ülésén, ahol sokadszorra próbálják mondvaszínált indokokkal Magyarországot a szegénypadra citálni. A kifogás ezúttal a munka törvénykönyvének a változtatása és az állítólagos tüntetési túlkapások. A túlóratörvény nyilvánvalóan nem sért semmiféle Unió jogot, a tüntetések alatt pedig mindvégig professzionálisan és szabályszerűen járt el a rendőrség, amit kiválóan dokumentáltak az ellenzéki aktivisták hatásvadész videói. Mostanra igazán nevetségessé vált ez a bohóckodás.

Ha a tisztelt balliberális képviselőknek csakugyan a szívügye a gyülekezési szabadság és az alapvető emberi jogok, akkor vigyázz szemüket miért nem Párizsra vetik? Hogy lehet, hogy a több mint száz tartósan és több mint ezer könnyebben sebesült ember fölött elegánsan átsiklanak, amíg a sérülésmentes magyar eseményekben a jogok lábbal tiprását látják? Nyilvánvalóan azért, mert ez az egész szabadságjogozás csak egy álszent ürügy, amivel Magyarországot támadhatják, mivel az mer máshogy gondolkodni. Mi kereszténydemokraták vagyunk, elítéljük az illegális bevándorlást, és nem félünk kiállni az értékeinkért. Ennek a parlamentnek a következő választásig már meg vannak számlálva a napjai. Támadhatnak még bennünket újabb ürügyekkel, de az üres szlogenek már nem sokáig védik meg Önöket a választók akaratával való szembenézésétől. Májusban az emberek döntenek.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prosvjedi žutih prsluka u Francuskoj traju više od dva mjeseca. U Parizu smo svjedočili nasilju i brutalnosti pod krinkom prosvjeda i borbe za građanska i radnička prava. No, u Europskom parlamentu ne raspravljamo o nasilju na francuskim ulicama u kojemu su sudjelovale stotine tisuća ljudi, i u kojemu je poginulo desetak ljudi, već ponovno raspravljamo o Mađarskoj i reformama koje tamo provodi legitimno izabrana vlada.

Dobro je prisjetiti se kako se Europska unija temelji na načelima supsidijarnosti i proporcionalnosti, premda se nerijetko stječe dojam kako se ta dva principa zapravo zloupotrebljava jer se oni ponekad krše, a ponekad se na njihovo kršenje zatvaraju oči.

U ovome Domu donose se nažalost i pravni akti kojima se zadire u područja koja bi trebala biti u izravnoj nadležnosti država članica, kao što su primjerice zdravstveni i obrazovni sustav. S druge strane dovodi se u pitanje provođenje nekih reformi za koje su nadležne nacionalne vlade.

Smatram kako princip supsidijarnosti moramo ponovno postaviti u središte djelovanja i procesa donošenja odluka u EU-u. Unija mora poštivati države članice da bi sama mogla jačati, njezina snaga i budućnost europskog projekta leži s jedne strane u zajedničkim načelima i vrijednostima na kojima je sazdana te poštivanju suvereniteta država članica i njihovih ovlasti s druge strane.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Le vote historique de ce Parlement contre le gouvernement hongrois aurait dû tirer la sonnette d'alarme mais c'était un vœu pieux. Ces derniers mois, la mise en demeure de la Commission contre les lois pénalisant l'aide aux migrants n'a pas été entendue, l'Université d'Europe Centrale a dû quitter Budapest et le gouvernement hongrois est parti en croisade contre les études de genre, champ académique pourtant indispensable pour comprendre les rapports sociaux entre les hommes et les femmes. Comment résister à une telle situation? Car nous le devons pour les citoyens hongrois qui sont les premières victimes. Viktor Orban a pu faire illusion en prétendant protéger son peuple, quitte à enfreindre les règles, mais cela n'aura pas duré. Des milliers de hongrois manifestent contre une loi sur le travail qui légalise l'exploitation des salariés et plus largement contre l'ensemble de la politique d'Orban. Je leur envoie tout mon soutien. Sortir de cette crise et refaire de l'Union un espace de démocratie, de liberté et justice prendra certainement du temps mais ce n'est pas impossible avec un projet politique alternatif: une troisième voie entre, d'un côté, l'austérité et la libre concurrence et, de l'autre, l'autoritarisme qui ont broyé les peuples.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The examination of how the rule of law and fundamental rights in Hungary and elsewhere in the European Union are being respected needs to follow a transparent and objective method that is fair, is seen to be fair and not based on partisan polemics. I have already stated before that I am deeply sceptical as to whether this is happening in this Parliament, though many Members here clarified their devotion to democracy. Without reference to Hungary, I deplore the ways by which members of the Parliament are manoeuvring to make Malta also subject to rule of law strictures. In this, they show a flagrant disregard for facts plus a willingness to underwrite comments and analyses that are politically skewed. They collaborate openly with anti-government forces in Malta while sharing in their hidden agendas. It is legitimate for the EU to ensure that the rule of law and fundamental rights are strictly observed. If, however, such assurance is sought on the basis of some 'method' or 'model' similar to the one being attempted for Malta by members of this Parliament, then the process is one that will shame and tarnish the EU's proclaimed attachment to democracy, and indeed to the rule of law.

Ivan Štefanec (PPE), písomne — Európska únia je založená na spoločných hodnotách, akými sú demokracia, sloboda, rovnosť, právny štát, ľudské práva a ľudská dôstojnosť. Nielen európske inštitúcie, ale aj členské štáty musia ochraňovať a podporovať tieto hodnoty. Je veľmi znepokojujúce, že vývoj situácie v Maďarsku v oblasti právneho štátu a základných práv sa neustále zhoršuje a Maďarsko sa pod Orbánovou vládou už dlhodobo vzdáva od európskych hodnôt. Od septembra 2018, keď Európsky parlament upozornil na porušovanie týchto práv, sa situácia v Maďarsku zhoršila vo viacerých oblastiach, akými sú sloboda tlače, súdnictvo, postavenie mimovládnych organizácií, akademikov a novinárov, ale aj migrantov a žien. Korupcia dosiahla nevídanú úroveň, a preto si vo Výbore pre kontrolu rozpočtu robíme obavy o to, akým spôsobom sú využívané európske peniaze, keďže sa stávajú predmetom podvodov a nafingovaných verejných súťaží v prospech Orbánovej vlády a jeho prívržencov. Je preto veľmi dôležité, aby sme na túto situáciu reagovali, a je v záujme nás všetkých, aby Rada postupovala podľa článku 7, ako jej to navrhol Európsky parlament.

21. Lage in Venezuela (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan / unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma Venezuelan tilanteesta (2019/2543(RSP)).

Jäsenille ilmoitetaan, että tässä keskustelussa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sinisen kortin kysymyksiä hyväksytä.

Minulle on kerrottu, että komissaari Stylianides korvaa komission varapuheenjohtajan rouva Mogherinin tässä keskustelussa.

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, these are really critical moments for Venezuela. The crisis unfortunately is worsening by the day and it risks destabilising the entire region. Millions of people have already left the country and many more are fleeing in these very hours. It is urgent to find a peaceful and democratic way out of the crisis, a solution where the people of Venezuela have the chance to determine their own future. Free and fair elections are the only way out of this crisis.

On 23 January, the people of Venezuela called massively for democracy. Regretfully, these demonstrations have been met with indiscriminate violence from the authorities, leading to numerous deaths and many more injured and arrested.

In these days, the European Union has made its voice constantly heard, with two statements by my dear colleague the High Representative, on behalf of all 28 Member States, and through regular contacts with our Latin American and international partners. We have called for the urgent organisation of free, fair and credible elections to allow the restoration of democratic and constitutional order in the country. By free, fair and credible elections, we mean that all political forces should be able to participate without any obstacles. We mean that a national electoral council should be established with a balanced composition. We mean also that international observers should monitor the whole process – any aspect of this process.

The presidential elections last May were neither free, fair nor credible. As a result, they lacked all democratic legitimacy. The country urgently needs a government that truly represents the will of the Venezuelan people. In the event new presidential elections are not announced, we Europeans will take further action, including on the issue of recognition of the country's leadership.

The European Union fully supports the National Assembly: right now, it is the only legitimate political body that has been democratically elected by the people of Venezuela. The powers of the National Assembly need to be restored in line with the Constitution of Venezuela. The prerogatives and safety of its members must also be respected, starting with its President, Juan Guaidó. His personal and political freedom must be guaranteed.

The priority now is to prevent a military escalation and to create the conditions for a peaceful and democratic solution to the crisis. With this aim, our High Representative is in constant contact with European capitals but also with our international and Latin American partners, as I already said.

Yesterday, the High Representative met with the Foreign Ministers of Bolivia and Ecuador. Since last weekend, she has spoken with UN Secretary-General António Guterres, and with the Vatican's Secretary for Relations with States, Paul Gallagher, with Argentinian President Mauricio Macri, with US Secretary of State Mike Pompeo, and with the Foreign Ministers of Canada, Chile, Costa Rica, Cuba, Mexico, Peru and Norway.

With all of them, she discussed our proposal to create an international contact group. We believe it is important that regional and international actors work together to open up this space for a political process inside Venezuela.

It should be clear to everyone that military intervention would only make things worse. The solution to this crisis must come from the people of Venezuela. At the same time, the conditions are not ripe yet for a dialogue between the different sides inside the country.

So the contact group will not engage in a direct dialogue with the two Venezuelan sides, but we believe that an international initiative can help build the conditions that will eventually lead to relaunching a political process inside Venezuela, and to free and fair elections with all the necessary guarantees. We want to restart meaningful talks at the international level as an intermediate step and a precondition for talks inside Venezuela. The preparations for the contact group are ongoing and the High Representative will discuss this tomorrow with the 28 EU Foreign Ministers at Gymnich.

At the same time, the European Union is maintaining its position as set out in the Council Conclusions of May last year, with restrictive measures on the top brass of the Maduro regime.

Allow me a final word on our humanitarian work, because the situation inside Venezuela, unfortunately, especially in the humanitarian field, is really deteriorating moment by moment, minute by minute. We remain committed to helping those in need in Venezuela and the host communities that have welcomed the many Venezuelans who have fled their country. In December, I remember, in Strasbourg, I announced an additional EUR 20 million in humanitarian assistance only. This brings total EU support for last year only to EUR 55 million for the Venezuelan people both inside Venezuela and in host communities, and sometimes our humanitarian partners provided assistance really behind the scenes, in very dangerous ways.

Federica Mogherini met in December with Eduardo Stein, the Joint Special Envoy of the UN Agencies. We expressed our willingness to work closely with him to address these challenges and we very much support a regional response to the current crisis.

We care about Venezuela and its people. Hundreds of thousands of Venezuelans are also European citizens or have family in Europe. We will do all in our power to prevent the first war in decades in Latin America and to help the people of Venezuela find a way out of this dramatic situation.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, el pasado 23 de enero, el presidente de la Asamblea Nacional, Juan Guaidó, cumplió con lo establecido en la Constitución venezolana y asumió de manera interina la presidencia del país. Su mandato tiene una finalidad única y clara: conducir a Venezuela hacia unas elecciones libres y democráticas en el plazo de tiempo más breve posible; nada más y nada menos.

Desde entonces, muchos Estados, entre ellos las democracias latinoamericanas más importantes, también los Estados Unidos, Australia, Canadá, Israel, han reconocido la presidencia interina de Guaidó. La pregunta es: ¿a qué está esperando Europa? Toda Europa está mirándonos; toda Venezuela está mirándonos, y nosotros ¿qué hacemos? ¿Hasta cuándo, queridos colegas?

Los que estarán hoy manifestándose en las calles de Venezuela no son europeos, es verdad, pero luchan por los mismos valores por los que luchamos nosotros.

No son europeos, es verdad, pero luchan por tener una vida digna como la que tenemos nosotros.

No son europeos, es verdad, pero luchan por la paz y por la libertad como luchamos nosotros.

No son europeos, pero luchan por que sus hijos no estén en las cárceles de Maduro, sino en colegios y en universidades como están los nuestros.

No son europeos, es verdad, pero luchan para que más de dos millones y medio de venezolanos refugiados o exiliados puedan volver a su país con dignidad y con la cabeza alta como volvimos nosotros después de la guerra.

No son europeos, pero luchan para que la muerte de tantos miles de hombres y mujeres inocentes en estos 19 años, 11 meses y 29 días de tiranía no haya sido en vano.

No son europeos, pero son europeos, porque nosotros también somos venezolanos, porque, cuando se trata de la libertad, de la democracia, de la igualdad, de la dignidad en el mundo, no hay fronteras. Nosotros mismos no podríamos, no tendríamos derecho a llamarnos europeos si hoy no actuáramos como si fuésemos venezolanos.

Cuando se trata de defender los derechos humanos, la libertad y la democracia, Europa no puede ser neutral ni equidistante. Europa no es solo un lugar. Europa es también un ideal. Europa es una aspiración.

¿Cuántas muertes violentas, cuántos enfermos fallecidos por falta de medicinas, cuántas mujeres embarazadas sin nutrición, cuántos ancianos, cuántos niños desvalidos fallecerán por falta de alimentos? ¿Cuánto más tiene que pasar en Venezuela para que entendamos lo que allí está ocurriendo?

Por eso le pedimos a esta Cámara, a este Parlamento, tres cosas. Primero: reconozcamos a la Asamblea Nacional y al presidente interino Juan Guaidó como únicos poderes legítimos de Venezuela. Segundo: exijamos a las fuerzas armadas venezolanas que garanticen una transición pacífica de poderes con lealtad a la Constitución y al pueblo venezolano. Y tercero: pongamos a disposición de las nuevas autoridades un primer paquete de ayuda urgente para aliviar la crisis humanitaria que vive Venezuela.

Si Maduro es un tirano, no podemos darle un plazo para que convoque elecciones. Si Maduro es un tirano, no podemos pedirle que dialogue. Si Maduro es un tirano, no podemos esperar que rectifique, porque esperar que rectifique un tirano es darle una oportunidad al tirano.

Los tiranos no convocan elecciones. Los tiranos no dialogan. Los tiranos no rectifican. Son tiranos, no son flores del campo. Los tiranos son peligrosos y con los tiranos solo se puede actuar con la cabeza alta y con los principios por bandera, con severidad.

Por eso, hagamos hoy, aunque somos europeos, historia venezolana. Reconozcamos al poder democrático y legítimo de Venezuela; seamos como Parlamento Europeo la primera institución europea que reconozca a la democracia venezolana. Ayudemos a cambiar el régimen de Venezuela desde Europa. Los tiranos jamás alumbrarán ninguna posibilidad democrática.

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, creo que todos coincidimos en que Venezuela lleva sufriendo desde hace ya muchos años desgraciadamente una crisis política y democrática muy seria, muy grave, una crisis económica y social enorme y, por supuesto, una crisis humanitaria, que ha concluido con todo lo que hemos dicho.

La comunidad internacional no reconoció las elecciones de mayo del año pasado y, por tanto, no ha reconocido al señor Maduro como presidente de Venezuela a partir del día 10 de enero. El señor Guaidó, presidente de la Asamblea Nacional, se ha declarado presidente de Venezuela y tenemos a un país sumido en una situación de enorme crisis y volatilidad.

Yo voy a empezar por defender a Europa, señor González Pons. Yo creo que Europa ha establecido un criterio razonable, que es establecer preferentemente un acuerdo entre Gobierno y oposición; entre el Gobierno que tiene, digamos, el aparato electoral y el nuevo presidente declarado con arreglo a la Constitución, que tiene 30 días para convocar elecciones. Un acuerdo que permita que las elecciones se celebren con garantías. Y ha establecido un plazo y le ha dicho al señor Maduro: si usted no cumple este propósito, yo voy a reconocer al señor Guaidó, y lo está haciendo. Y, señoras y señores diputados, mañana, con el acuerdo que hemos alcanzado los grupos políticos, esta Cámara lo va a hacer. Y lo van a hacer los Estados miembros de la Unión Europea en los días sucesivos. Sí, lo van a hacer. Y esto es la consecuencia de que no ha sido posible una evolución razonable desde el punto de vista legítimo de esta situación.

Nuestro acuerdo —el que vamos a votar mañana, señorías, todos los grupos políticos— incluye también el rechazo a cualquier tipo de intervención que se pueda producir desde el punto de vista violento o armado, y creo que es importante destacar esto porque hay que rechazar y condenar cualquier intento o propuesta que implique violencia —escalada militar, decía el comisario— o el uso de las armas para una supuesta solución de la crisis venezolana.

Pero además, también, nuestro Grupo piensa que hay que dar un apoyo enorme al grupo de contacto que la Unión Europea está creando. Porque esto es política, señorías, y la Unión Europea quiere desempeñar un papel, no exactamente como el de los Estados Unidos —que es el suyo, yo ahora no lo discuto—, sino que el nuestro es el papel de facilitador, de mediador, de controlador, de garantizar que el proceso democrático y la solución electoral son la única solución pacífica y democrática a la crisis venezolana.

En cualquiera de los escenarios, en cualquiera de los que vienen —que se convoquen elecciones por Maduro; que se convoquen por Guaidó, o que no se convoquen por nadie—, la Unión Europea, con su grupo de contacto en los países clave en la región, tiene que seguir estableciendo una salida pacífica y democrática a Venezuela, señorías. Es la propuesta de la Unión Europea.

Por supuesto vamos a decir que Guaidó es presidente, sí. ¿Vamos a reconocerlo? Sí. ¿Vamos a ayudar al pueblo de Venezuela y a su oposición? Sí, como siempre lo hemos hecho; pero teniendo la mano política para actuar en el escenario político.

Nosotros venimos declarando desde hace mucho tiempo —los socialistas en particular— que socialismo es libertad y que no puede haber izquierda contra la democracia. Yo lo quiero reiterar otra vez aquí y lo quiero decir bien alto contra el señor Maduro, y por eso quiero reiterar un acuerdo que hemos alcanzado los grupos políticos para establecer este equilibrio entre nuestras propuestas, para que siga habiendo una acción política importante de la Unión Europea, para dar una salida democrática y pacífica —repito, pacífica— a Venezuela, a partir de la acción política que podamos ejercer los europeos.

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, with Venezuelan inflation at a staggering 10 million percent, with three million people having fled the country and the security forces under Maduro's direction employing ever more authoritarian tactics, the recent developments can hardly come as a surprise.

I strongly welcome the decision of Juan Guaidó to declare himself interim President and I welcome the recognition that this has received from democratic governments across the globe. The EU's turn is next. The presidential elections held in May of last year have been wholly discredited, marked by a distinct lack of political pluralism, democracy, transparency and the rule of law, as was highlighted by the High Representative at that time. Such is the strength of opinion across the region that the Secretary General of the OAS, Luis Almagro, has gone further, openly accusing Maduro of perpetrating crimes against humanity and the violation of fundamental human rights, noting that, whilst diplomatic actions should be the first priority, we shouldn't rule out any action. Diplomatic efforts and dialogue sadly have clearly failed and the recognition of Guaidó is the first step in moving to a more assertive set of actions by international actors.

I now welcome the decision of the Bank of England in my country to prevent Venezuela from accessing USD 1.2 billion in reserves held there. I think that the EU should consider mirroring the actions of the US in sanctioning its oil companies, which are being employed by Maduro to buy support from the armed forces. Clearly Venezuela finds itself at a difficult moment and nothing that we must do now must result in an escalation of violence or a military intervention.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, Venezuela es el abismo. Es el abismo social, económico, institucional y nacional. Cientos de muertos, miles de prisioneros y torturados y más de tres millones de exiliados. Yo recuerdo una frase de Lenin —lo digo para quien le siga—, que decía que el exilio es un referéndum en el que se vota con los pies. Pues tres millones de votos para ese referéndum —según Lenin, con el que estoy de acuerdo como referencia—.

Sigo. Maduro es el poder *de facto* fundamentado en unas elecciones fraudulentas y solamente se basa en el poder de la fuerza bruta, la capacidad de represión, apoyado por el sistema de inteligencia cubano. Es las antípodas de la libertad, las antípodas de la revolución y las antípodas de una idea que para mí es noble y que se llama socialismo.

El legítimo presidente de Venezuela, el presidente constitucional, es Juan Guaidó. No hay más que leer el artículo 233 de la Constitución: dejó de serlo el presidente Maduro cuando convocó unas elecciones, terminó su plazo y eran perfectamente fraudulentas. Por lo tanto, pedir a un presidente que no es presidente que actúe como presidente y, en función de esa supuesta presidencia, convocar unas elecciones no solamente es un surrealismo digno de Salvador Dalí: es sencillamente marxismo, pero en versión Groucho Marx. Porque durante todo ese período ha habido más de mil prisioneros más, en los días que llevan transcurridos desde que se le piden elecciones a quien no puede convocarlas.

Así que, fracasadas todas las mediaciones, lo único que queda es una acción clara y determinante de este Parlamento, que es lo que mañana vamos a votar. Y vamos a votar el reconocimiento del legítimo presidente de Venezuela, que es Juan Guaidó. Vamos a votar por el mantenimiento del reconocimiento de la única Asamblea, del único poder popular verdadero, elegido de una forma democrática, que es la Asamblea Nacional de Venezuela. Vamos a pedir también que se condene el régimen liberticida de Maduro y exigiremos una investigación plena de los crímenes realizados por el tirano.

En consecuencia, algo que es muy sencillo y muy dramático: se llama dignidad, democracia, derechos humanos. Se llama libertad. Y, por lo tanto, desde el fondo de mi alma para el pueblo hermano venezolano lo que tengo que decirles es: ¡Viva Venezuela libre!

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, like our colleagues from other Groups, we utterly deplore the actions of the Maduro government. Economic mismanagement, the violation of human rights and undermining the rule of law has pushed Venezuela to the brink and led to the exodus of three million citizens.

However, in responding we must not abandon key principles of international relations: the right of countries to self-determination and the right of people to choose their own leaders through a fully democratic process.

Latin America has a long and tragic history of intervention by foreign players, motivated by self-interest and greed for its resources. Such interests must not be allowed to undermine the integrity of Venezuela or put the security of its citizens at even greater risk.

The crisis in Venezuela must be resolved peacefully and this can only be achieved through political dialogue. We support the efforts of High Representative Mogherini to achieve this by working with Latin American leaders to create a contact group which can facilitate a rapid move towards free and fair elections.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, a União Europeia pretende legitimar o golpe na Venezuela orquestrado pelos Estados Unidos e a autoproclamação de um fantoche de Trump para assaltar o poder e controlar as riquezas do país.

Trata-se de uma afronta à ordem constitucional e ao direito internacional. É esta a UE que legitimou as eleições fraudulentas nas Honduras, que questiona as eleições presidenciais na Venezuela? Por que razão rejeitaram o pedido do governo venezuelano para participar como observadores?

Serão as sistemáticas ações de desestabilização, terrorismo, especulação e açambarcamento, crescentes sanções económicas e financeiras, que a UE e vários Estados-Membros têm alimentado, que vão resolver os problemas da economia venezuelana e as dificuldades que o seu povo enfrenta?

Vai a UE caucionar a ameaça de iminente intervenção militar dos Estados Unidos ou abraçar a via da paz e de diálogo que México e Uruguai se propuseram mediar? É com o sofrimento e sangue do povo venezuelano que os senhores estão a jogar.

Tirem as mãos da Venezuela.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I've met Venezuelan citizens, refugees from the Maduro regime, a country which should be prosperous but whose inflation rate is over 100 000%... or 10 million percent because, frankly, you can't even measure it when it gets to the stage that it's got. People are literally starving because of food shortages caused by the Maduro government.

Millions of people have fled Venezuela. Dissidents are jailed. When 40 people are dead, 800 people seriously injured in protests, when the leader of the opposition is banned from leaving the country and has his assets frozen... this is an unprecedented humanitarian crisis in South America and, quite frankly, all our governments should be working together on this. Left wing, Right wing, Centrists, I don't care, either you believe in democracy or you don't believe in democracy. And when Maduro is saying today that they can have presidential elections in 2025, those who side with Maduro are siding with tyrants and dictatorship. And it is a source of shame for the UK, Mr President, that I see the Shadow Chancellor in the UK signing a letter speaking out against regime change in Venezuela. That Jeremy Corbyn, who has many times hailed Venezuela as a beacon of socialism, does nothing and leaves his previous support for that regime unchallenged.

The international community really should be united on this.

I'll finish, Mr President, in Spanish.

Maduro no es un presidente legítimo: es un tirano; y hay que cambiar el régimen en Venezuela. Ingleses, españoles, americanos, europeos, debemos todos reconocer la verdad. La solución es la democracia.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, je n'aime pas M. Maduro et je combats ces régimes, mais, soit vous êtes pour l'état de droit, soit pour vous êtes pour le coup d'État, il faut choisir.

Une chose est certaine, la démarche du président de l'Assemblée nationale, Juan Guaidó, est illégale. L'article 233 de la Constitution du Venezuela prévoit cinq cas qui constituent des empêchements à l'exercice de la fonction présidentielle: la mort, la démission, l'incapacité physique, la destitution et l'abandon de la charge. Aucune de ces conditions n'a été remplie.

Ensuite, le président ne peut être destitué que par référendum, non par l'Assemblée nationale. Le garant de la Constitution est le Tribunal suprême de justice, devant lequel M Maduro a justement prêté serment. Il est constitutionnellement le président.

En outre, en cas de vacance, ce n'est pas le président de l'Assemblée nationale qui le remplace, mais le vice-président. Juan Guaidó n'était pas candidat aux élections présidentielles de mai 2018. C'est un inconnu en politique. Au nom de quel mythique soutien politique et de quel état de droit serait-il maintenant le président légitime? Dites-le moi!

Dans cette confusion, il n'y a qu'une seule légitimité: les élections. Je vous...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, καταγγέλλουμε την ωμή επέμβαση των Ηνωμένων Πολιτειών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, του ΝΑΤΟ, κυβερνήσεων της Λατινικής Αμερικής στα εσωτερικά της Βενεζουέλας και την απόπειρά τους να επιβάλουν με πραξικόπημα έναν πρόεδρο-μαριονέτα. Και εκεί απειλούν με στρατιωτική επέμβαση για την προώθηση των επικίνδυνων σχεδίων τους, όπως κάνουν παντού διεθνώς. Καταγγέλλουμε τη στάση κυβερνήσεων σαν της Γερμανίας της Ισπανίας και της Πορτογαλίας. Όσο για την ελληνική κυβέρνηση, δεν βγάζει άχνα για την επέμβαση των Ηνωμένων Πολιτειών στη Βενεζουέλα και ισχυρίζεται ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δήθεν αδυνατεί να έχει δική της εξωτερική πολιτική, ενώ είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση που δεν αναγνωρίζει τον πρόεδρο Μαδούρο και προκλητικά απειλεί με τελεσίγραφα. Μόνο ο λαός της Βενεζουέλας έχει την ευθύνη για την υπεράσπιση των συμφερόντων του και την εκλογή της ηγεσίας της χώρας του. Εκφράζουμε την αλληλεγγύη μας με τον βενεζουελάνικο λαό, που βιώνει την καπιταλιστική κρίση και εκμετάλλευση. Στηρίζουμε το Κομμουνιστικό Κόμμα Βενεζουέλας στη μάχη του για τα δικαιώματα της εργατικής τάξης, για να ζήσει ο λαός χωρίς εκμετάλλευση και ...

(Ο Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον ομιλητή.)

President. – These are the issues and the moments where I regret that, as the Chair, I cannot intervene on substance, but unfortunately I can't, although I would love to.

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, I would like to thank colleagues for their really useful and bold interventions. As I said in my first intervention, the EU strategy will continue to be multifaceted and encompass both elements of pressure, but also a political channel through which we can contribute to a peaceful and democratic solution.

We will continue to use all the instruments in the EU's toolbox to accompany the country towards a peaceful and negotiated solution. It is a difficult journey, but it is the only way that can foster a democratic and sustainable solution to the country's ills. Of course, Venezuelans – both in Venezuela and abroad, where millions have sought refuge – will continue to be our key concern, and we will continue our efforts to help address their needs. Democracy is about all.

I would like to close by signalling once again my appreciation for your support, for your role, in keeping this important issue on the international agenda and, as always, the Commission relies on your efforts and support in order to see democracy in Venezuela.

President. – Thank you Commissioner. I must say that, for a Chair of the plenary, it is a pleasure to chair such a debate, which shows such a broad consensus. I must say that it is a very pleasant feeling. It is not always that the Chair has the possibility to experience the alignment that the Commissioner has spoken about.

The debate is closed. The vote will take place tomorrow.

Written statements (Rule 162)

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), in writing. – I express deep concerns about the unprecedented social, economic and democratic crisis which Venezuelan citizens are currently facing, and I strongly condemn the disproportionate and extraordinarily violent response of the Maduro Government towards social protesters and opposition activists. As the legitimacy of the May 2018 presidential elections was not recognised by many international democracies, including the European Union, I find it feasible to support new elections in the region as soon as possible and ensure that the electoral process will be held in line with international standards, the rule of law, democracy, political pluralism and transparency. In this context, it is of paramount importance that the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Madame Federica Mogherini, hasten the collaboration with all relevant actors in order to establish the International Contact Group stated in the Council conclusions of 15 October 2018. I stress that, once created, this Group should under no circumstances provide direct mediation between the Venezuelan parties but ensure the conditions for a legitimate electoral process and enable Venezuelan citizens to choose their own future and stabilise their country.

Dita Charanzová (ALDE), in writing. – Venezuelans have suffered for too long from humanitarian, political, economic and social crises and urgently need a government that represents the will of the people that can find solutions. Juan Guaidó has a democratic mandate, Maduro does not. The recognition of Guaidó as interim President of Venezuela by the European Parliament will be an important step in helping to solve the crisis peacefully and democratically, but we need a strong and united position on behalf of the EU as a whole if we want to remain credible defenders of human rights and democracy. I therefore call on all EU members to also recognise Juan Guaidó. Another next logical step for the EU should be to make the targeted sanctions in place more effective in pressuring the regime; that is, by extending these sanctions to include close family members of those sanctioned and to the state-owned oil firm PDVSA. It would be

a mistake for the EU to just leave the sanctions as they are now and wait passively while the situation worsens before deciding to take further action. The EU cannot fall behind on its values and principles in Venezuela.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Smatram da ta Venezuela treba obnovu demokracije i vladavine prava putem vjerodostojnog političkog procesa jer izbori održani 20. svibnja 2018. nisu bili provedeni u skladu s minimalnim međunarodnim standardima za osiguravanje vjerodostojnog postupka i tijekom tih izbora nisu poštovani politički pluralizam, demokracija, transparentnost i vladavina prava.

Nicolás Maduro je 10. siječnja 2019. nelegitimno prisvojio predsjedničke ovlasti pred Vrhovnim sudom, što je kršenje ustavnog poretka. EU, zajedno s drugim demokratskim zemljama i regionalnim organizacijama, nije priznao ni te izbore ni tijela vlasti postavljena tim nelegitimnim postupkom. Nadalje, snažno osuđujem nasilje koje dovodi do ubojstava i ranjavanja za vrijeme trajanja ovog vanrednog stanja u toj zemlji i smatram da venezuelske vlasti trebaju stati na kraj svim kršenjima ljudskih prava te pozvati počinitelje na odgovornost. Sve se to spominje u ovom Prijedlogu rezolucije, koji sam podržao, jer on priznaje Juana Guaidóa kao legitimnog privremenog predsjednika Bolivarijanske Republike Venezuele u skladu s člankom 233. Ustava Venezuele.

Ovaj dokument ujedno traži od potpredsjednice Komisije / Visoke predstavnice Unije za vanjske poslove i sigurnosnu politiku da zajedno s državama članicama EU-a zauzme čvrst stav te isto tako prizna Juana Guaidóa kao jedinog legitimnog privremenog predsjednika do trenutka kada će se moći raspisati novi izbori.

David McAllister (PPE), *schriftlich.* – In Venezuela wird derzeit ein Konflikt ausgetragen, der von international wegweisender Relevanz ist. Es geht um nicht weniger als um die Frage „Freiheit oder Despotie?“ Russland, Iran, China und Kuba – hinter Maduro versammeln sich autoritäre Mächte, die unsere liberale Weltordnung ablehnen und bekämpfen. Dabei wird in Venezuela einmal mehr deutlich, dass es ohne demokratische Mindeststandards in keinem Land dauerhafte Stabilität geben kann und wird. Caracas muss nun konsequent den Weg des Wandels einschlagen. Das geht nur durch freie, transparente und glaubwürdige Präsidentschaftswahlen, die internationalen Standards und der nationalen Verfassung entsprechen. Wenn Herr Maduro nicht umgehend den Weg zu Neuwahlen freimacht, sollten die Mitgliedstaaten Juan Guaidó umgehend als Interimspräsidenten anerkennen.

Morgen diskutieren die EU-Außenminister in Bukarest über die Situation in Venezuela. Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses werde ich an dem Treffen teilnehmen und die klare Botschaft des Europäischen Parlaments vortragen, die von der heutigen Debatte und von unserer Entschließung ausgeht.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito.* – Ao longo deste mandato, o Parlamento abordou várias vezes a situação política na Venezuela. Foram aprovadas resoluções apelando ao diálogo e ao respeito pela democracia. Foi manifestada consternação com a catástrofe social e humanitária que a crise política gerou, provocando a fuga de centenas de milhares de cidadãos e graves carências de acesso aos produtos básicos pelos que permanecem no País. Foram feitos apelos ao respeito pelas regras da transparência democrática e aprovadas sanções para sinalizar o caráter inaceitável do modelo distorcido de reconhecimento do voto popular.

A situação política na Venezuela atingiu uma linha vermelha que só democraticamente pode ser resolvida. Resolvida através da convocação imediata pelo Governo em funções de eleições livres e internacionalmente supervisionadas, ou, se isso não for feito, criando as condições para que a Assembleia Nacional tome nas suas mãos os destinos do País e convoque essas eleições. A Venezuela precisa que deixem o povo escolher democraticamente o seu destino e a União Europeia, em respeito pelos seus valores, tudo deve continuar a fazer para que isso aconteça.

22. Aktuelle Entwicklungen in den Beziehungen zwischen China und Taiwan (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the latest developments in the cross-strait relations between China and Taiwan (2019/2529(RSP)).

Christos Stylianides, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, since the beginning of the year, tensions between mainland China and Taiwan have risen again after leaders from both Beijing and Taipei restated their positions on this issue. We Europeans have immediately confirmed where we stand: we want to encourage dialogue between mainland China and Taiwan, and we regret that cross-strait relations have remained frozen in the past two years.

We maintain our 'One China' policy. This means that we recognise the government of the People's Republic of China as the sole legal government of China, but at the same time, we have an interest in developing closer relations with Taiwan. Our cooperation and dialogue with Taiwan are getting more intense on a broad range of issues – and this is because we very much respect Taiwan's system of governance. It is a system based on democracy, the rule of law and human rights. In many ways, the European Union and Taiwan are like-minded. So we have always encouraged Taiwan to be an active player in international affairs. In short, we do engage with Taiwan even in the lack of diplomatic recognition.

We Europeans have a strong interest in peace and security in Asia. We are very distant geographically, but we know that tensions in the Far East can only have a negative impact on our own security, as well as on our trade and our economies. Also for this reason, we keep following closely all developments around the Taiwan Strait. In recent years, both sides have taken a tougher stance on the possibility of a cross-strait rapprochement.

Beijing has cut high-level channels of communication. Since 2016, China has increased the diplomatic pressure on Taiwan to limit further its international space and to convince Taipei's diplomatic allies to switch recognition to Beijing. On their side, Taipei's leaders have explicitly refused the formula of 'one country, two systems'. At the same time, economic and trade relations between the two sides have been flourishing – and mainland China is now Taiwan's main investment destination and trading partner.

Against this backdrop, we Europeans have asked both sides to avoid actions and words that may increase tensions around the Strait. We have always encouraged mainland China and Taiwan to engage constructively with one another, and to restart dialogue between them. We are willing to support all initiatives aimed at promoting dialogue, cooperation and confidence-building between the two sides.

I am really glad for the European Parliament's focus on this issue and for this debate. We should take all opportunities to promote a more positive dynamic between mainland China and Taiwan, while also seeking closer cooperation with Taiwan where our interests and values converge.

Laima Liucija Andrikienė, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, relations between Taiwan and China have never been easy, and the peace has been guaranteed due to enormous diplomatic efforts by Taiwan to defend its self-rule, democracy and way of life. Recently, Chinese President, Xi Jinping, said that China reserves the right to use force to bring Taiwan under its control. Even though President Xi mentioned that China would strive to achieve peaceful reunification with the island, this is a very worrying tendency. This statement clearly implies a new era in China-Taiwan relations. The statement that Taiwan is part of China and that people on both sides of the Taiwan Strait should seek reunification under the 1992 consensus is clearly out of date. As we know, Taiwan's President Tsai promptly rejected the one country, two systems principle as a basis for negotiations. Madam President has a very strong argument. Seventy-five per cent of Taiwanese people refused to accept the 1992 consensus. The clear wish and the right of the Taiwanese people to live in freedom and democracy must be respected. China must face the reality of the existence of the Republic of Taiwan and handle cross-trade disputes peacefully on the basis of equality and non-conditionality.

On the other hand, the EU must express its strong opposition to the use of force to settle cross-trade disputes as it undermines peace and stability in the Taiwan Strait and the Asia Pacific region and our message is very ...

(The President cut off the speaker)

Jo Leinen, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die sozialdemokratische Fraktion bekennt sich zur Ein-China-Politik. Das ist das Leitmotiv, das wir in all den Jahren verfolgt haben und auch weiter verfolgen. Es gibt aber gleichzeitig in diesem Haus und auch bei uns große Sympathien für Taiwan – einmal wegen der funktionierenden Demokratie in dieser Region und natürlich auch durch die Integration des Landes in die Weltwirtschaft aufgrund der Marktwirtschaft, die in Taiwan herrscht.

Das Parlament hat sich mehrfach dafür ausgesprochen, dass der Konflikt zwischen *Mainland* und Taiwan durch einen friedlichen Dialog, durch Zusammenarbeit und auch durch vertrauensbildende Maßnahmen überwunden werden soll. Das gilt auch weiterhin. Ich glaube, es gibt keine militärische Lösung, sondern nur eine politische Lösung – durch all diese Dialogformen, die zu einer engeren Zusammenarbeit führen.

Viele sind durch die Rede von Präsident Xi Jinping alarmiert worden, dass China auch bereit wäre, Gewalt anzuwenden. Allerdings sollte man die Rede auch sorgfältig lesen. Es heißt zu Anfang dieses Kapitels: „*Chinese people do not fight Chinese people.*“ Das ist auch gesagt worden, und in der Diktion sind also Maßnahmen gegen Interventionen von außen avisiert. Wir wissen, wovon geredet wird, nämlich dass Taiwan in dem Konflikt zwischen den USA und China als ein Spielball benutzt wird. Ich glaube nicht, dass das auch im Interesse Europas wäre. Xi Jinping sagte: „ein Land, zwei Systeme“. Das ist ja nett dahergesagt, aber es gibt völlig unterschiedliche politische Systeme, und die bewegen sich nicht aufeinander zu, sondern voneinander weg.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Bas Belder, namens de ECR-Fractie. – Op de tweede dag van dit nieuwe jaar zorgden de presidenten van China en Taiwan voor verbaal vuurwerk. Opdat het bij koud vuur blijft, dient de EU al haar middelen aan te wenden voor het behoud van de status quo in de betrekkingen tussen Peking en Taipei. Een combinatie van binnenlandse problemen voor de Chinese politieke elite leidde ertoe dat president Xi Jinping op 2 januari sterk leiderschap moest uitstralen in verband met het overbekende nationalistische trauma genaamd Taiwan.

Intussen loert het gevaar van escalatie, van het opvoeren van de Chinese militaire druk op Taiwan. Daar zijn aanwijzingen voor. Westerse en regionale tegendruk is hier echt geboden. Geheel anders dan president Xi meent – hij zegt namelijk dat de Taiwanese kwestie een interne zaak is – staan niet alleen voor 23 miljoen inwoners van Taiwan democratie, mensenrechten en rechtsstaat op het spel. Nee, hier zijn tegelijkertijd drie politieke kernwaarden van de EU in het geding. Ook bij ons in het geding! Daarom moeten wij ons ten volle inzetten richting Peking, om duidelijk te maken waar we staan, en ook richting Taipei, om Taipei te ondersteunen.

Johannes Cornelis van Baalen, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, according to international law, one can argue that the Republic of China (ROC), often referred to as Taiwan, has never been part of the so-called People's Republic of China (PRC), often referred to as China or mainland China. This would mean that PRC claims that it has sovereignty over Taiwan are invalid. That could be said.

However, both the PRC and the ROC have maintained a status quo. That status quo has made it possible to have cross-strait relations and has secured peace in the region, so I'm for that status quo. The status quo has been broken by China's leaders. Chinese leader, Xi Jinping, said on 2 January 2019 that the use of military force is an option for the so-called reunification of Taiwan with the motherland. Other pressures include economic and political sanctions and isolation.

ALDE does not accept the use of military force, or the threat of the use of military force, and other blackmail. The Taiwanese people should be able to determine their future. The EU, together with the United States, should protect Taiwan and its democracy. China should know that the use of force, the threat of the use of force and other pressure will have serious consequences for China itself.

Reinhard Bütikofer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Chinas Taiwanpolitik ändert sich, sie wird aggressiver. Das hat Präsident Xi Jinping zum Ausdruck gebracht. Seine Drohung mit militärischer Gewalt ist falsch. Aber wir machen auch zum Thema, dass China auf ganz unterschiedlichen Ebenen Druck auf Taiwan ausübt: wirtschaftlichen Druck, Druck auf diplomatischer Ebene, indem Taiwan die Partner weggekauft werden, und vor allem die Militarisierung und die Aufrüstung in der Straße von Taiwan, die uns besorgt.

Nach unserer Ein-China-Politik ist nur eine friedliche Zukunft auf beiden Seiten der Straße von Taiwan akzeptabel. Deswegen sind wir mit dem demokratischen Taiwan solidarisch.

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! In der Außenpolitik gegenüber China hat die EU einen ganz klaren gemeinsamen Standpunkt: die Ein-China-Politik. Artikel 2 Absatz 5 des Lissabon-Vertrags legt fest, dass die Union einen Beitrag zu Frieden leistet, zu gegenseitiger Achtung unter den Völkern und zur Einhaltung des Völkerrechts. Von Zwietracht säen steht da nichts, weder in China noch in der Karibik. Niemand sollte den Klang von Säbelrasseln lieben, nicht hier, nicht in der Karibik und auch nicht in der Straße von Taiwan.

Innerstaatliche Konflikte in ihrer ganzen Komplexität dürfen nicht instrumentalisiert werden. Das wäre die Methode Trump. Unsere Verpflichtung liegt in der Förderung von Dialog und der Herbeiführung von Lösungen. Es kommt auf die richtige Reihenfolge an. Man muss miteinander sprechen, man muss den Dialog fördern, man muss die komplizierten Fragen, auch der völkerrechtlichen Fragestellungen von Souveränität und Selbstbestimmungsrecht, durchsetzen. Eini-gen wir uns zuerst auch von der EU-Seite aus auf ein Investitions- oder sogar Handelsabkommen mit der Volksrepublik China, danach wird einer ...

(Der Redner spricht ohne Mikrofon.)

President. – Once again, for those who came late, we have a time problem. We have a delay, we have changed the programme and I will only have catch-the-eye on this item with a maximum of three for one political group, and then no catch-the-eye for the following debates. I have no other option. My apologies for that.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, από το 1949, οπότε έληξε ο εμφύλιος πόλεμος στην Κίνα, η Κίνα θεωρεί την Ταϊβάν ως κινεζικό έδαφος, το οποίο πρέπει να επιστρέψει στην χώρα όπως επέστρεψαν το Χονγκ Κονγκ και το Μακάο. Επειδή όμως η Ταϊβάν θέλει να ανεξαρτητοποιηθεί, υπάρχουν συνεχώς τριβές μεταξύ των δύο αυτών χωρών. Και με τις δύο χώρες η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει καλές σχέσεις, τόσο εμπορικές, κυρίως, όσο και άλλης φύσεως. Γι' αυτό λοιπόν στη διαμάχη αυτή η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να κοιτάξει να εξυπηρετήσει τα πολιτικά και τα οικονομικά της συμφέροντα. Όταν θεωρεί ότι πρέπει να συμπλέει με την Κίνα, θα πρέπει να υποστηρίζει το δόγμα της ενιαίας Κίνας. Όταν όμως θεωρεί ότι τα συμφέροντά της εξυπηρετούνται από τη συνεργασία με την Ταϊβάν, πρέπει να συνεργάζεται με την Ταϊβάν.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, il y a dans le discours de Xi Jinping quelque chose de terrible parce que c'est au fond un régime communiste qui veut intimider ses voisins démocratiques en invoquant le recours à la force.

Il est clair que les autorités de Pékin ont mal interprété les résultats des élections locales taïwanaises qui ont eu lieu en novembre dernier, parce qu'à aucun moment, lors de la campagne électorale, la question de la réunification avec la Chine n'a été abordée.

Il faut mettre les choses au clair: les Taïwanais n'ont pas envoyé un message à Xi Jinping, ils se sont exprimés sur des thèmes locaux et une écrasante majorité d'entre eux est farouchement opposée à l'idée d'un pays et de deux systèmes. Ce que souhaitent par-dessus tout les Taïwanais, c'est protéger leur démocratie, leur état de droit, leur liberté. C'est-à-dire toutes ces choses qui demeurent inconnues pour le régime communiste, qui lui se rend au contraire célèbre avec des arrestations des défenseurs de droits, des persécutions religieuses, des atteintes à la liberté d'expression et tout cela bien sûr, sous couvert de sécurité nationale et d'une soi-disant lutte contre le séparatisme.

Au regard des tensions grandissantes dans le détroit de Taïwan, je propose qu'une délégation du Parlement européen se rende à Taïwan au plus vite afin de faire le point sur la situation et de soutenir la démocratie taïwanaise.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le relazioni già tese tra Cina e Taiwan hanno avuto un rapido inasprimento negli ultimi tempi. Il Presidente cinese Xi Jinping ha ribadito che l'isola deve essere riunita alla Cina, in ottemperanza alla decisione *One-China Policy*, non escludendo l'uso della forza, se necessario, e il ministro della Difesa ha dato il via a una esercitazione militare in una fascia del Mar Cinese orientale, progettata per simulare un vero combattimento.

A complicare ulteriormente la situazione è la sponda offerta a Taipei dagli Stati Uniti di Trump, che con Taiwan hanno stretto contatti anche per rifornimenti militari. La situazione non è semplice, sia per la distanza geografica, sia per il peso degli interessi in gioco. Ma una riunificazione pacifica della Cina è nell'interesse di tutti.

Il ruolo internazionale dell'Unione europea non è ancora quello auspicato e la necessità si avverte, specie in un mondo sempre più conflittuale. Dobbiamo utilizzare i buoni rapporti che abbiamo con la Cina, ma anche con Taiwan, per giungere a una soluzione negoziata di alto profilo.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, I am concerned, and I think we should all be concerned, at the growing tensions in the cross-strait relations between China and Taiwan. We need to call for a diffusion of the tension that came after the speech of Chinese leader Xi Jinping earlier this year. It must be clear that we have an interest in keeping peace and stability in the region. This should lead to our support for handling any disputes peacefully by diplomatic means with constructive dialogue and direct talks between the two partners.

It should be clear that the EU does not believe that any coercive means should be used in addressing the current tensions, especially when it comes to security and the social and economic system chosen by Taiwan. In this context, imposing the question of reunification on Taiwan is very dangerous. I think it is in our interest to call on both partners to find a way to intensify their dialogue in order to appease the situation. We should also underline the values which we share with Taiwan and be supportive in its contribution to the region. I would also like to call on the High Representative, Ms Mogherini, to use all our diplomatic means to assist in sustaining peace and stability in the region.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a credibilidade da China mede-se pela sua influência global, mas também pelos receios que inspira na sua própria região nos mares do Sul.

Taiwan é uma democracia e escolheu para presidente Tsai Ing-wen de um partido tentado a declarar a independência da ilha para preservar o Estado de direito e a democracia que, obviamente, não vigoram na China.

Com a ameaça da força e a diplomacia do dólar, Xi Jinping quer mostrar a Taiwan que renunciar ao consenso de que há só uma China é proibido e paga-se pelo esmagamento. Mas a reunificação chinesa só poderá lograr-se se os taiwaneses a desejarem, se a votarem democraticamente.

Um conflito armado arrasaria a legitimidade e a influência da China a nível global. É preciso parar as provocações militares, que põem em perigo a paz e a segurança no estreito de Taiwan. É preciso apostar no diálogo. Os litígios devem ser resolvidos por meios pacíficos com base no direito internacional, em especial por parte de um membro permanente do Conselho de Segurança da ONU, como é a China.

Nem poderá ser de outra maneira. Ou a China já terá perdido a Formosa/Taiwan muito antes de a tentar sequer integrar...

(O Presidente retira a palavra à oradora).

Christophe Hansen (PPE). – Mr President, on 30 December 2018, the Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) entered into force, creating an immense trading area between 11 South-East Asia and Pacific countries, covering half a billion people. It is economically and strategically of the utmost importance for the EU to deepen its relations with this rapidly integrating and developing region. In December last year, we ratified the EU-Japan Economic and Strategic Partnership Agreements. Last week in the Committee on International Trade (INTA) we ratified the Singapore Free Trade Agreement (FTA) and the Vietnam FTA will be next. Negotiations are underway with Australia and New Zealand.

Yet there is one persistent blind spot in our engagement with South-East Asia. It is Taiwan, especially in the light that Taiwan is hindered by China from joining the CPTPP. In 2018, we celebrated 30 years of bilateral relations. The EU is Taiwan's single largest foreign investor with 43%, whereas Taiwan's investments in the EU amount to only 1.9%. Deepening our economic ties is our most efficient approach to supporting Taiwanese freedom and democracy. Waiting for an investment treaty with China is waiting for Godot. It is time to move forward.

(The President cut off the speaker)

Werner Langen (PPE). – Herr Präsident! Als Vorsitzender der Freundschaftsgruppe möchte ich mich bei meinen Kollegen bedanken, die für das demokratische Taiwan kämpfen. Und ich möchte Herrn Bütikofer zustimmen: Die Ein-China-Politik seit 1992 ist nur in einem völlig friedlichen Umfeld zu verantworten. Und ich wundere mich, dass der Vorsitzende der China-Delegation, der Kollege Leinen, der jetzt weg ist, hier so tut, als sei das nur ein Statement gewesen.

Nein! Es war eine hochpolitische Erklärung, die der Präsident Xi nicht allein, sondern in Anwesenheit der gesamten Führungsspitze mit der Androhung militärischer Gewalt vorgenommen hat. Und wenn diese Art der Drohung weitergeht, dann kann es für die Europäische Union nur eine Antwort geben: Wir müssen Taiwan diplomatisch anerkennen! Eine andere Sprache wird China nicht verstehen. Und wir müssen Taiwan helfen, damit die Chinesen mit ihren Druckmitteln die Taiwaner nicht aus den internationalen Verträgen und Verhandlungen weiter hinauswerfen.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, Taiwan is a reliably functioning democracy in East Asia. It is not a problem, not for Beijing, not for the outside world. The problem is that mainland China, whose goal is the complete unification of Taiwan, remains a communist dictatorship which is responsible for the annihilation of tens of millions of its own citizens, and which continues to repress civil rights, minorities and individual freedoms. The Chinese president's warning that Beijing is not promising to renounce the use of force is ominous and deserves firm international reaction.

We have to clearly support the democratic choice of 23 million Taiwanese. They have proved for decades what a free society can achieve. Before insisting on reunification, mainland China must reform itself into a democratic society which is finally willing and can respect the free choice of all its citizens.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor presidente, bajo el liderazgo de Xi Jinping, el Gobierno chino ha estado aumentando la presión sobre Taiwán en todos los frentes, socavando el *statu quo* del estrecho de Formosa y poniendo en peligro la paz y la estabilidad de la región.

Durante años las presiones intimidatorias van desde bloquear la participación de Taiwán como observador en organizaciones internacionales a la intensificación de la intimidación militar, enviando tropas y enviando fragatas, y portaviones y aviones, al estrecho de Taiwán para patrullar a lo largo del mismo. Sin olvidar que China se reserva el uso de la fuerza para la reunificación.

Pero Taiwán es una democracia. Miren lo que dice la presidenta Tsai: un orden democrático liberal solo puede sobrevivir si los países de ideas afines, incluidos los socios europeos, trabajan juntos por un bien mayor. Por eso, la Unión Europea se debe comprometer más y apoyar la democracia en Taiwán.

Catch-the-eye procedure

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, Beijing increasingly tries to isolate Formosa globally and has signalled for years that it wants Taiwan to be reunited with the mainland, by force if necessary. Taiwanese anti-invasion exercises and Chinese patrol flights are regular occurrences in the Taiwan Strait. China's intensifying political and economic pressure campaigns are also aimed at pushing Taiwan back towards a more China-friendly government in its 2020 presidential election.

Although the European Union sticks to the principle of 'One China' – which I think is wrong – that doesn't mean that we are any less engaged with Taiwan, a more-than-open and tolerant democracy and an important economic partner of the EU. The European Union must appeal for moderation on both sides of the conflict, firmly opposed to the use or threat of force across the Taiwan Strait, and urge China to abstain from any coercion that would jeopardise the security of the social-economic system of the people of Taiwan.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Chciałem bardzo podziękować za głos i od razu powiem, że gdybym znał wcześniej wystąpienia kolegów Langena, Kukana czy Predy, prawdopodobnie bym nie występował. Chciałbym się podpisać pod ich opinią, dodając tylko dwie rzeczy. Po pierwsze, chcę zwrócić uwagę na fakt, że Tajwan zrobił bardzo wiele, naprawdę bardzo wiele, aby poprawić stosunki z Chińską Republiką Ludową, i Chińska Republika Ludowa powinna to docenić, uszanować i nie traktować Tajwanu jako terytorium, które trzeba zawłaszczyć.

Po drugie, zwracam uwagę na dorobek samego Tajwanu – nie tylko ten, o którym już mówiliśmy, ale także dorobek technologiczny i kulturowy. Wyrażany na tej sali szacunek dla Tajwanu jest naprawdę cenny.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, Čína považuje Tchaj-wan za svoji součást. Tak jak jsem Tchaj-wan a jeho politickou reprezentaci poznala, tak ho vnímám jako pokračovatele meziválečné Čínské republiky a součást čínské civilizace a kultury, ale ne jako součást ČLR. Zejména proto, že na rozdíl od ČLR rozvíjí demokracii a ekonomickou prosperitu založenou na tržním hospodářství.

Letos čínský prezident Si Ťin-pching mluvil velmi agresivně o možném připojení Tchaj-wanu k ČLR vojenskou silou. To je zastrašování z pozice síly a není to jednání z pozice práva. Domnívám se, že Tchaj-wan je příkladem fungující demokracie, která chrání stejné hodnoty jako EU, a zaslouží si naši plnou podporu a uznání tak, jak tady již kolegové zmínili. Očekávám, že EP Tchaj-wan podpoří. EU by se neměla stále jen spoléhat na USA, ale musí začít plnit svoji mezinárodní roli.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, to understand Xi Jinping's New Year message to compatriots in Taiwan on 2 January, one has to look both at context and content to understand that these words mean to lay down a new Taiwan policy implying a new era in China-Taiwan relations. As regards the staging, in a clear departure from the 2009 speech by President Hu Jintao, the Head of the Taiwan Affairs Office was conspicuously absent from the stage.

In terms of content, Xi Jinping effectively removed the ambiguity of the 'One China' principle of the 1992 consensus, using the 'One country, two system' governance term, the same one that he used for China's governance of Hong Kong. However, we should bear in mind that Taiwan's President Chi had never accepted the terms of the 1992 Consensus. China must face the reality of the existence of the Republic of Taiwan. China must respect the choice of Taiwan's 23 million inhabitants to live in freedom and in a democratic system. China must handle cross-strait disputes peacefully and on the basis of equality. China must hold government-to-government talks with ...

(The President cut off the speaker)

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, the fact that the Chinese President, Xi Jinping, when delivering a speech on China-Taiwan relations, refuses to rule out the use of force and reserves the option of taking all necessary measures to push the 'One China' principle must be a matter of concern to all of us. Since there is so much at stake in settling their political disputes, the two sides should take a pragmatic approach. We from the EU should encourage the resumption of official dialogues between Beijing and Taipei. All cross-strait disputes have to be settled by peaceful means and on the basis of international law and the principle of equality. At the same time, I strongly believe that the commitment of the Taiwanese people to freedom and democracy and towards the democratic system that they have tenaciously built together must be respected and taken into account.

(End of catch-the-eye procedure)

Christos Stylianides, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, this has been a very useful exchange and I thank my dear colleagues for their interventions. From this debate I conclude that we all maintain the EU's 'One China' policy and, at the same time, we share the common commitment to continuing to develop our relations with Taiwan, as defined by the EU Strategy on China of 2016. In this regard, we definitely need to foster our engagement to make sure the status quo remains the norm in the Taiwan Strait.

May I close by stressing my appreciation of Parliament's role in putting this important issue on the international agenda of the EU.

President. – The debate is closed.

I will utilise the half-minute before Commissioner Malmström takes her seat in the front row just to once again reiterate that, for time reasons, there will be no catch-the-eye in the following debate or in any other during this evening. My apologies, but it is not my preference. That's reality.

Written statements (Rule 162)

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Z dużym niepokojem obserwuję napastliwą retorykę i nieprzyjazne kroki podejmowane przez komunistyczny Pekin wobec Republiki Chińskiej (Tajwan). Rok temu na posiedzeniu SEDE omawialiśmy niebezpieczeństwa związane ze zmianą korytarzy powietrznych w Cieśninie Tajwańskiej oraz z ekspansją wojskową w regionie Morza Południowochińskiego. Niedawne słowa o możliwości użycia siły w celu wymuszenia „zjednoczenia” wypowiedziane przez Przewodniczącego Chińskiej Republiki Ludowej Xi Jinpinga przynoszą kolejne obawy.

Jestem przekonana, iż prowadzona na wielu płaszczyznach presja Pekinu na izolację Tajwanu nie będzie skuteczna. Zachód i Tajwan łączy o wiele więcej niż tylko kontakty handlowe. My, Polacy, doskonale zdajemy sobie sprawę, iż mieszkańcy Tajwanu pomimo pewnych historycznych i kulturowych związków z Chinami kontynentalnymi nie chcą żyć w komunistycznym, totalitarnym państwie. Dlatego apeluję do wysokiej przedstawiciel o większą aktywność. Wolny świat nie może ulegać presji silnych, zapominając o wartościach.

Andrey Kovatchev (PPE), *in writing*. – I would like to call for a peaceful solution to the recently increased tension in the cross-strait relations between China and Taiwan. The preservation of the status quo between these two actors is of utmost importance for safeguarding the security and stability of the region. According to recent polls, 75% of the people living in Taiwan reject Beijing's view of '1992 consensus'. Disregarding their beliefs will constitute an obstruction of democracy. Moreover, China's intention, expressed recently by President Xi Jinping, to impose a 'one country, two systems' model on Taiwan sends a strong signal, given how the implementation of this formula has been politically challenging in Hong Kong. Any statement which could lead to an escalation of tensions should be avoided at all costs as this would not be in the interest of the people of the region. Respect for each other and constructive dialogue are the only way to a sustainable solution of disputes.

Alyn Smith (Verts/ALE), *in writing*. – Like many others here, I am concerned as to the state of cross-state relations between China and Taiwan. The current situation is both concerning and unnecessary and I believe all parties should seek to resolve any differences through peaceful means, on the basis of international law, and to refrain from taking unilateral action to change the status quo. Above all that means China putting an end to its military actions in the Taiwan Strait. To that end, I fully support Taiwan's meaningful participation in relevant international organisations and a resumption of official dialogue between Beijing and Taipei, both of which are in the best interests of all concerned. Numerous European Parliament resolutions have stressed the preservation of peace, stability and prosperity in the Asia-Pacific region, which is of substantial interest to the EU and its Member States, and for that reason I urge the EU to continue its efforts to support the development of peaceful relations between China and all its neighbours, notably Taiwan.

23. Stand der Handelsverhandlungen zwischen den USA und der EU (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the state of the US-EU trade negotiations (2019/2530(RSP)).

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission is always at the disposal of Parliament even if the timing of this debate has been a challenge.

With the adoption of the joint statement from last July by President Juncker and President Trump, we entered into a new stage in our relationship with the US, our first investment and trade partner, and we identified a focused and positive trade agenda. Since then, I have met with my American counterparts many times in an effort to implement the joint programme that we identified last summer.

We have identified future avenues on voluntary cooperation with the US and a number of regulatory sectors of major economic importance, such as pharmaceuticals, medical devices and cybersecurity, and the progress achieved so far has been reflected in a public report that we released this morning and is available for all of you to read. We will continue to engage with the US in order to respond to the global challenges, notably the WTO reform and the need to update rules to respond to the challenges posed by state capitalism.

Trends: trade in liquefied natural gas and soya beans are developing in line with expectations expressed in the July joint statement and have contributed to EU energy security and provided our farmers with protein at competitive prices.

Two weeks ago, the Commission adopted two recommendations for opening negotiations, one on industrial tariffs and one on conformity assessment. The one on industrial tariffs is quite self-explanatory and it does not include agriculture, as agreed in July. The proposed mandate on conformity assessment maybe deserves a little explanation.

Both the EU and the US have in their respective practices of conformity assessment the purpose to ensure that manufacturers can only place a product on the market when it meets all the applicable requirements to ensure that unsafe or otherwise non-compliant products do not find their way to unsuspecting consumers. In some cases this requires mandatory third-party certification. Differences in approaches to conformity assessment can result in significant additional costs without improving the safety of the products. So our aim with this recommendation for negotiations on conformity assessment is to reduce the unnecessary costs while making sure that we fully maintain our respective levels of protection.

The two recommendations thereby fulfilled the commitment that we took in July. They recognise that progress with the Trump administration is at this stage only possible with individual projects agreed on both sides. So I believe that the various strands of work we have initiated together through this process since July will add to a significant agenda with benefits from both sides. We can make every effort to project a positive trade agenda with the US on its own merits and also it is important not to fall back into a destructive cycle of trade restrictive measures and counter actions.

At the same time, we must be very clear that any thought of going beyond the joint statement and negotiating a comprehensive and all encompassing trade agreement with the US is neither feasible nor advisable at this time. The US is also not ready to negotiate on its sensitivities, such as public procurement by American maritime services, or geographical indications.

In addition, one of the important lessons that we have learnt during the TTIP negotiation is that the regulatory agenda with the US is best developed in full transparency, but outside the context of FTA negotiations. Furthermore, there are differences in some important trade-related rule areas where opposition will be very difficult to bridge.

So our efforts are more likely to bear fruit if we seek to cooperate with the US in reforming certain multilateral trade rules that are ripe for an update. We are of course remaining vigilant and we will be ready to respond firmly in case the US would no longer respect commitments given in July and would adopt further restrictive measures vis-à-vis the EU, but this scenario would not be of our choosing.

I'm looking forward to the debate.

President. – Once again, for those who came later, I am afraid that for time reasons there will be no catch-the-eye either in this debate, or in any other to follow.

Christophe Hansen, on behalf of the PPE Group. – Mr President, John F Kennedy once said that we cannot negotiate with people who say 'what's mine is mine and what's yours is negotiable'. Donald Trump seems to disagree, judging by the American negotiating mandate. Its objective is to reduce the US trade deficit, contrary to the usual win-win approach. From the continued push to include agriculture products to downright hostility on the protection of geographic indications, the American negotiating objectives at times seem geometrically opposed to what Presidents Juncker and Trump agreed on in July last year.

Nevertheless, we should not forget that, while we are talking, we are not escalating the trade war. President Juncker stopped the devastating downward spiral of tariff upon tariff. Our negotiators should be ambitious yet stay within the confines of the joint statement. That means categorically that agriculture cannot be up for discussion. But with 50 million jobs depending on transatlantic trade, it also means that we shouldn't be afraid to explore a positive agenda in lowering tariffs for industrial goods and facilitation of conformity assessments. Let's put this conflict to bed once and for all and demonstrate that cooperation is still the best way to shore up the international rules-based trade order. As the same Kennedy once said, we should never negotiate out of fear, but let us never fear to negotiate.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, décidément je ne comprendrai jamais votre entêtement à ouvrir des négociations avec l'administration Trump.

En 2018, alors que Donald Trump décidait d'appliquer des tarifs illégaux à l'égard de l'acier et de l'aluminium européens, vous disiez, je vous cite: «Jamais je ne négocierai sous la menace.» Pourtant, ces tarifs sont toujours une menace pour les produits européens. La menace n'est pas levée et vous entrez dans une proposition de négociation, que vous faites au Conseil. Alors que Donald Trump remet en question le multilatéralisme auquel nous sommes tant attachés au niveau européen, vous décidez à nouveau de lancer les négociations avec l'administration Trump. N'est-ce pas là accepter la logique bilatérale imposée par les États-Unis actuellement?

En matière de climat, les États-Unis restent climato-sceptiques, refusant les engagements dans le cadre de la COP21. Négocier dans ce cadre serait nier l'urgence climatique à laquelle nous sommes aussi, en tant qu'Européens, particulièrement attachés.

Et enfin, quand nous comparons l'offre limitée que vous faites dans le cadre des négociations et l'offre étendue et offensive que fait l'administration américaine, on se demande quel va être le point commun, le point que vous allez pouvoir partager avec les États-Unis dans le cadre de ces négociations. Et donc, pour nous, il semble que l'ouverture de ces négociations soit une erreur tactique, une erreur politique, et nous espérons que le Conseil n'acceptera pas le mandat que vous lui avez proposé.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, some of us expected this debate, along with the resolution, in March, but here we are. Quite sadly, we could actually be having a debate about EU-US trade relations on almost a weekly basis if we look at what is going on these days.

A truce was reached last summer, but the illegitimate US steel and aluminium tariffs remain and the Trump administration continues to block the appointment of judges on the World Trade Organisation (WTO) appellate body. Only this week, President Trump threatened the EU if it does not follow the US on banning trade with Iran.

It is important that we stay on our own course and continue to move forward with rules- and values-based trade agendas and plans. Working together with like-minded partners like Canada, New Zealand, Japan or Australia, we continue to raise the bar to protect rights, the environment, to instil high standards and principles and new sets of rules for trade in the digital age. I welcome the initiative launched last week on e-commerce at the WTO. I call on all those allies in the US to join our ongoing work to strengthen and reinforce the multilateral trade system. There are many.

In the meantime, in the dealings with US administration, I support your work, Commissioner, in bringing forward focused trade talks with the US on the removal of tariffs on industrial goods, but not on agricultural products, and on the mentioned conformity assessment. It is not ideal, but it is the best option for now and it is certainly important to keep the dialogue going.

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, vous avez ce soir une incroyable capacité à nous raconter un conte de fées. Après des mois de discussions sur la relance de ces négociations, enfin on arrive à dire que c'est un accord de libre-échange que nous passons avec les États-Unis. Mais surtout, pendant des mois aussi, les dirigeants européens, le Parlement européen, vous-même, vous avez dit, et heureusement: pas question de négocier avec un revolver sur la tempe. Où avez-vous vu que Donald Trump avait retiré son doigt de la gâchette? Sur l'acier comme sur l'automobile, il continue de nous menacer. Il continue de menacer l'ordre multilatéral international.

Et puis vous nous dites: nous avons été les bons élèves de la déclaration de juillet. Bravo! Nous importons beaucoup plus de pétrole et de gaz de schiste. Bravo! Nous avons en six mois – car nous sommes de très bons élèves – doublé nos importations de soja transgénique américain. Puis, comme avec le Canada, et c'est là que vous, la Commission européenne, sortez votre baguette magique, vous arrivez à transformer la directive sur la qualité des carburants. Avec le Canada, c'était sur les carburants issus des sables bitumineux, là, c'est sur le soja. Vous arrivez à tuer des réglementations européennes sur le climat.

Alors, franchement, négocier avec Trump, négocier dans ces conditions, négocier contre le climat, contre notre souveraineté alimentaire, c'est du n'importe quoi, il faut que ça s'arrête!

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, thank you for your support for rugby. I do hope you will come and support my rugby union World Cup event that I'm hosting on 19 February.

But dear colleagues, we are here to discuss something very important. The ECR strongly advocates free trade with all of our trading partners, not least our largest trading partner, the United States. And we supported the TTIP negotiations, and our preference is always to negotiate comprehensive free trade agreements that liberalise trade in goods, services and procurement.

Nonetheless, given the current circumstances with global trade tensions, I welcomed the July EU-US agreement not to impose further tariffs on each, whilst both sides scope out the room for negotiation. And the ECR continues to support the Commission's action to begin negotiations with the US. Having two separate agreements with the US – one on tariffs on industrial products and another on conformity assessments – provides a clear structure to negotiations.

On the industrial tariffs negotiations, it is particularly welcome news that the Commission's mandate for negotiations includes auto products, owing not least to the reciprocal interests of exporters on both sides of the Atlantic but also to ensure the compatibility of any agreement with GATT.

On conformity assessments measures, the duplication of procedures to demonstrate conformity is a significant trade barrier to SME exports in both the US and the EU, and we must look at this. I would add that one crucial condition for these negotiations is that they cannot be successfully concluded without the tariffs on steel and aluminium being removed.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Frau Kommissarin, Sie sind für fairen und ethischen Handel. Sie sagten uns, Sie verhandeln nicht mit einem Revolver an Ihrem Kopf. Trump hat nichts zurückgenommen. Europas Stahl-, Aluminium- und Autoindustrie bleiben bedroht, und die Stärkung des multilateralen Welthandels bleibt im Nebel irgendwo verschwunden.

Sie haben dem Rat einen Mandatsentwurf vorgelegt, der entweder unrealistisch oder unehrlich ist. Die Forderungen und roten Linien werden Sie nicht durchsetzen können. Trump wird sich nicht verpflichten, für alle Zukunft auf Strafzölle zu verzichten. Die USA werden weiter darauf drängen, Agrargüter in dieses Abkommen hineinzunehmen, denn das ist der Kern des gültigen *Fast-track*-Mandats des Kongresses.

Entgegen Ihrer Behauptung, sich dem zu verweigern, haben Sie die USA über die letzten acht Monate bereits zum größten Soja-Lieferanten Europas gemacht: 77 % Marktanteil. Vor dem Juncker-Trump-Deal waren es 9 %. Sie bereiten zudem ein Sondergesetz vor, um amerikanisches Gen-Soja in die europäische Biodieselproduktion bringen zu können.

Für unsere Unternehmen geht es im Wettbewerb um faire Produktionsbedingungen, Kosten für Umweltschutz und menschenwürdige Arbeitsplätze.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, Commissaria, onorevoli colleghi, cinque anni fa iniziai il mio mandato al Parlamento europeo con una domanda: perché i documenti del TTIP sono segreti? Oggi c'è un nuovo TTIP all'orizzonte ma questa volta i documenti non sono segreti. No, questa volta è stata adottata una strategia più subdola, perché i documenti li avete resi subito pubblici ma sono bianchi, sono praticamente bianchi: una pagina e nessun dettaglio per quello che è il mandato negoziale tra le due più grandi economie del mondo.

A parole, dite che il nuovo accordo non toccherà l'agricoltura, che non farà entrare OGM, carne con gli ormoni e che si limiterà l'industria. Ma quali sono le prove che abbiamo? Abbiamo le vostre belle parole e poi abbiamo due mandati negoziali così generici che è come se fossero in bianco: mi perdonerà se non mi sento molto rassicurata. Chissà, forse è anche perché qualche mese fa avevate dichiarato di non voler negoziare sotto la minaccia dei dazi americani e invece adesso state proprio facendo questo.

Certo, evidentemente avete deciso di premiare il loro atteggiamento pacato e costruttivo. Ma gli americani continuano a strozzare la nostra industria con i dazi sull'acciaio: hanno chiesto formalmente di tagliare i sussidi ai nostri agricoltori; ci hanno obbligati ad acquistare la loro soia e ora hanno anche minacciato ulteriori dazi sulle automobili *made in Europe*. Quindi, la famosa pistola alla tempia è sempre ben puntata. Voi però volete sedervi a un tavolo con loro. Io ho letto le loro richieste: non potrebbero essere più incompatibili con noi. Vogliono libero accesso alla nostra agricoltura, vogliono che ogni prodotto approvato da loro sia autorizzato da noi, vogliono entrare nei nostri appalti pubblici senza permetterci di investire nei loro.

Noi in questo modo non ci stiamo e non ci staremo finché l'America non dimostrerà buona volontà, smettendo di ricattarci. Oggi come ieri è no al TTIP.

France Jamet, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Madame Malmström, mes chers collègues, soit vous ne nous dites pas ce que vous savez, soit vous ne savez pas ce que vous nous dites. Parce que vous nous dites que les produits agricoles seront exclus des négociations et vous vous gardez bien de nous dire que les produits de la mer seront de fait inclus dans ces négociations.

Les relations particulières qu'entretiennent les États-Unis avec le Canada et le Mexique vont ouvrir grandes les portes aux produits américains vers le marché européen, avec l'effet cocktail que nous redoutons pour nos économies.

Et personnellement, je crois que nous pouvons aussi nous demander ce qui va empêcher M. Juncker d'aller négocier tout seul et sans mandat l'importation de tonnes de soja aux OGM et de gaz de schiste, comme il l'a fait l'été dernier.

Madame Malmström, nous ne transigerons sur rien, ni sur la santé, ni sur la sécurité, ni sur la souveraineté alimentaire.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Mr President, Commissioner, colleagues, transatlantic relations do not rise and fall with one particular administration, and especially now, both sides should take the transatlantic bond seriously. Setting out a positive transatlantic trade agenda is necessary to reinforce this bond.

I share your view, Commissioner, that it is important to move towards this limited trade deal with the US, based on a narrow negotiating mandate. I believe this can help to create a more positive atmosphere with a view to countering the current global mood towards trade wars.

Transatlantic relations are much more than just trade relations, so I am sure that if we can find a way to accommodate our mutual interests in new trade arrangements, this can help to salvage our broader relationship.

Let me finish by saying that we in this House look forward to working with the new Congress on constructive trade and bilateral relations.

Aleksander Gabelic (S&D). – Herr talman! Kommissionär Malmström! EU:s och USA:s handelsrelationer är av stor betydelse. De är väldigt viktiga. Vi är väldigt viktiga för varandra. Trots det, befinner vi oss nu i en exceptionell situation med hot om ett handelskrig. Det är mycket som står på spel. Vi är båda förlorare om situationen blir värre. Det kan drabba väldigt många människor. Därför är jag positiv till förhandlingar med USA, och jag välkomnar ansträngningarna för att hitta en gångbar väg framåt.

Kommissionen har förvisso varit tydlig med att ståltullarna måste bort och att vi inte accepterar biltullar. Men – det måste vara lika tydligt för Trump. Därför är det viktigt att vi i Europaparlamentet nu tydligt skickar med budskapet att ståltullarna och hoten om biltullar måste upphöra.

Till sist skulle jag vilja uppmana kommissionen att fortsätta att hålla oss uppdaterade om vad som sker i detta viktiga ärende. Tydlighet och transparens behövs för att förhandlingarna med USA – även om de är begränsade – inte ska skapa mer oro och onödiga tveksamheter.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir heute dieses Thema diskutieren, weil wir vor falschen Weichenstellungen warnen müssen. Niemand hat etwas dagegen, Zölle abzubauen. Aber ich glaube, Frau Malmström, insgesamt ist das Mandat, das Sie vorschlagen, unrealistisch. Die USA wollen sich nicht an die Verabredung halten, die Präsident Juncker im Juli getroffen hat – Stichwort Landwirtschaft.

Was ist eigentlich mit dem Beitrag des Handels zum Kampf um Nachhaltigkeit und gegen den Klimawandel? Was ist eigentlich mit dem Versprechen von Präsident Trump, dass man alle Handelshemmnisse beseitigen wolle, wenn er sich weigert, von vornherein über öffentliche Beschaffungsregeln überhaupt zu verhandeln? Was ist mit der Gefahr, dass die gegenseitige Anerkennung von Standards zum Standard-Dumping führt?

Ich fürchte, Frau Malmström, Sie betreiben, um es auf Englisch zu sagen, eine Art von *can-kicking, but we are just running out of road*.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon ganz interessant zu sehen, wie die Tatsache, dass jetzt ein Präsident Trump in den USA Verhandlungspartner ist, auch die Debatte in diesem Parlament doch zumindest mit beeinflusst. Wenn ich mich daran erinnere, welche Begeisterung zum Teil für TTIP herrschte, obwohl dort ungeheuer restriktive Regelungen mit eingeflossen sind, dann kann man sich darüber nur wundern, welche Bedenken jetzt schon vor Aufnahme der Verhandlungen in diesem Hause aufkommen.

Donald Trump hat einen sehr einfachen und sehr einleuchtenden Vorschlag gemacht – und da ja alle in diesem Hause grundsätzlich für die Senkung von Zöllen sind und nur im Prinzip und hin und wieder mal dagegen: Er hat gesagt, lasst uns alle Zölle schleifen, lasst sie uns alle beseitigen! Das ist doch ein vernünftiger Vorschlag, Frau Malmström. Die Verhandlungen könnten sehr simpel sein mit Donald Trump.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, as relações Europa-Estados Unidos são todos os dias dinamitadas pela caótica presidência de Trump, que instiga o Brexit, se retirou do acordo do clima, do acordo sobre o Irão, abriu a guerra comercial, ofende dirigentes, europeus enquanto se mostra servidor de Putin.

Mas não podemos desinteressar-nos do relacionamento com o lado transatlântico. Pelo contrário, impõe-se investirmos cada vez mais nos contactos, e em especial no Congresso, e também com aqueles setores da Administração que resistem à destruição de Trump.

No que respeita às relações comerciais, esperemos para ver o que é que darão esses acordos parcelares agora logrados. Pelo menos, a Senhora Comissária chegou finalmente à conclusão de que um acordo abrangente de comércio e serviços com os Estados Unidos não é possível por ora. Já não era antes, até porque tinha aquela cláusula dos tribunais especiais, vergonhosa, e não tinha um capítulo sobre uma questão essencial que é a regulação da fiscalidade para impedir o desvio de recursos dos nossos tesouros para os paraísos fiscais.

Mais do que nunca, agora que nos Estados Unidos se admite a possibilidade de seguir o sistema de saúde universal à europeia (*o Presidente interrompe a oradora*) é altura de trabalharmos nisto para um futuro acordo de comércio que inclua a regulação da fiscalidade.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, yes, we do have differences with the US administration in several areas – also in the trade area. What we are doing and what was the purpose of the meeting in July was that, despite those differences, we tried to find a common agenda, a positive platform in the trade area and to avoid further escalation, which would be bad for us, for them and for the world.

This was agreed in July and what we agreed upon was published immediately. What we do now is that we are respecting that agenda, and it is also following what the European Council unanimously concluded in their Sofia meeting in June. There was unanimity on proposing this to the US.

We have been talking with the US during this six months in full transparency. I have many times in the European Parliament Committee on International Trade (INTA) to report on this, and as I said, the full report on what has been discussed in all areas here has been online since this morning – you can read it.

What we are asking the Council for is two mandates: one on conformity assessment and one on industrial goods. It is industrial goods, all industrial goods including the car sector and fisheries, that are included here. It is common in the WTO context that you include fisheries and industrial goods together, and it makes for a WTO-compliant agreement.

This is all and there is nothing else; there's nothing hidden. This is what we propose. Nothing more, nothing less. This is not a free trade negotiation that we are proposing. A full FTA would, of course, include everything that you have mentioned – difficult issues for the US on public procurement, on geographical indications, on maritime services – difficult issues for us on agriculture, and a few other things. These things are not included. And furthermore, we would, of course, have urged our partner to be a signatory to the Paris Agreement. But this is not a free trade agreement. It's very limited, albeit beneficial for us and for them. We're talking about billions of euros from both sides if we were to eliminate tariffs on this. That is why the mandate is short, because this is what it is: nothing else.

It is also clear that this agreement cannot be concluded unless there is a solution to the steel and aluminium issue. The tariffs have to be gone, as was said here, and it would not go ahead if the US imposed other tariffs, as is being discussed right now. So this is also clear and it is also reflected in the mandate. That was not funny, that is very serious.

So this is something that would be good for mutual trade relations for our business and our consumers, and I can promise you that I will continue to keep you fully informed on where we are going on this. But what you see is exactly what there is. There is no hidden agenda here.

President. – Thank you, Commissioner, for being with us at short notice.

The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Danuta Jazłowiecka (PPE), na piśmie. – Na początku swojej kadencji nowy amerykański prezydent nie tylko zawiesił negocjacje nad TTIP, ale również przy każdej okazji okazywał swoje negatywne emocje wobec europejskich partnerów. Można było odnieść wrażenie, że nowymi sojusznikami Waszyngtonu są Moskwa i Pekin, szczególnie w dążeniu do osłabienia pozycji ekonomicznej Unii.

Komisja Europejska przyjęła jednak słuszną strategię skupiania się na rozwijaniu tych elementów wzajemnych relacji, w których postęp jest najbardziej prawdopodobny. Wydaje się więc, że udało się uniknąć transatlantyckiej wojny handlowej, co nie było takie oczywiste jeszcze kilkanaście miesięcy temu. Z punktu widzenia bezpieczeństwa energetycznego Europy szczególnie istotne jest porozumienie dotyczące możliwości eksportowania do nas skroplonego gazu. Przypomnę, że nie udawało się tego uzgodnić za czasów prezydentury Baracka Obamy. Dzięki temu porozumieniu jesteśmy w tej chwili mniej zależni energetycznie od Rosji czy państw Bliskiego Wschodu, co powinno nas cieszyć.

Na koniec chciałam podziękować komisarz Cecilii Malmström za informację, że Komisja analizuje przyczyny porażki TTIP. Przypomnę, że umowa ta była kontrowersyjna również dla znacznej części społeczeństw europejskich i wielu odetchnęło z ulgą po zawieszeniu negocjacji przez prezydenta Trumpa. Jeżeli Komisja chce dążyć do dalszej liberalizacji handlu międzynarodowego, to powinna jednak uwzględniać obawy Europejczyków.

Agnes Jongerius (S&D), schriftelijk. – Het is ontzettend belangrijk dat wij met de Verenigde Staten in gesprek blijven over onze handelsrelatie. Naar mijn mening moet de Europese Unie gaan voor een akkoord waarbij de focus niet alleen ligt op industriële goederen, maar waarbij ook oog is voor werknemers of het milieu. Een mogelijk handelsakkoord moet dan ook sociaal zijn. Ondanks dat het gesprek gaande moet blijven, kan de EU dit niet tegen elke prijs doen. Het kan niet zo zijn dat de EU zich onder druk laat zetten door de Amerikaanse president Trump die continu dreigt met importtarieven op Europese producten. Dat is namelijk geen gelijkwaardige relatie. Ook heffen de Verenigde Staten nog altijd importtarieven op Europees staal en aluminium. In mijn optiek zet de Europese Unie geen handtekening onder een akkoord, terwijl deze tarieven nog bestaan. Tot slot maak ik mij zorgen over de Amerikaanse inzet om ook agrarische producten onderdeel van deze nieuwe overeenkomst te laten zijn. Laat ik klip en klaar zijn: ik wil de Amerikaanse chloorkip buiten deze onderhandelingen houden.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – President Trumpi ja Junckeri poolt 25. juunil 2018 kokku lepitud ühisavalduse eesmärk oli vältida USA ja ELi vaheliste pingete edasist suurenemist omavahelistes kaubandussuhetes. Komisjon on avalduses teinud kokkulepitu elluviimise kohta ülevaate, mida nüüd Euroopa Parlamendile ja liikmesriikidele esitleti ning mis muu hulgas sätestab komisjoni esialgsed ettepanekud ja läbirääkimiste volitused. On oluline, et läbirääkimised oleksid läbipaistvad, ning need saavad jätkuda tingimusel, et USA ei kehtesta ELi ekspordile uusi tariife ega makse. Kõige selle juures tuleb aga meele pidada ka USA olulist rolli ELi julgeolekupartnerina. Tuleb ära hoida ELi ja USA suhete edasine pingestumine, sest USA on ELile maailmas kõige olulisem partner.

24. Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „eu“ (Aussprache)

President. – The next item is the report by Fredrick Federley, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, on the implementation and functioning of the .eu Top Level Domain name and repealing Regulation (EC) No 733/2002 and Commission Regulation (EC) No 874/2004 (COM(2018)0231 – C8-0170/2018 – 2018/0110(COD)) (A8-0394/2018).

Fredrick Federley, Rapporteur. – Mr President, I probably won't use all my time. First of all, I'm very thankful to the colleagues who have been working very swiftly to get this regulation through. It sets new standards and simplifies the administrative procedures connected to the running of the .eu domain name.

In line with the objectives of the digital single market strategy, this regulation will do its part in further strengthening the EU as a digital market by providing a digital EU platform for companies and cities, for example, and especially encourage EU citizens, regardless of their country of residence, to obtain a .eu domain name.

With this regulation we ensure that we can keep up with the rapid evolution of the top-level domain name market and the dynamics of the digital landscape that require a future-proof and flexible regulatory environment.

The existence of a specific domain name for the EU is very important for the EU online identity. The .eu domain name provides an opportunity for institutions, companies and citizens to have the possibility to access a .eu TLD. They will therefore be easily identified as part of the EU community, sharing the same set of values and standards.

In Parliament we accepted the structure as proposed by the Commission but wanted to provide for additional safeguards, such as for the respect of users' privacy and security, consumer protection and human rights. I am especially glad that we could strengthen the text on safeguarding human rights and the rule of law.

Parliament also wanted to have better control on the establishment of the criteria and the procedure for the designation of the registry by using delegated acts. I am glad that during the negotiations we were able to secure this.

The Commission proposed to delete the limitation that the registry can only be a 'not for profit' organisation, and Parliament endorsed this. However, this was a strong and important point, pushed by the Member States. What we could secure is that the Commission should do a specific review on this point and if needed propose changes.

I'm also glad that we could manage to push for action to secure EU agencies, such as EUIPO, playing a bigger part in preventing cyber-squatting and simplifying administrative procedures.

Once again, this is a regulation where the EP has made a difference and secured important points and it would not have been possible if not everyone involved – staff and Members – had been so committed to the task. All in all, Parliament was really united across party lines. There were basically, in the one and only trilogue, three outstanding points, where Parliament was pleased to gain several victories.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I wish to thank the rapporteur, Mr Fredrick Federley, as well as the shadow rapporteurs, for the political agreement reached by the co-legislators on 5 December and endorsed by the Committee on Industry, Research and Energy on 14 January. The Commission fully supports the agreement. This concludes what has been a very fast-track process since the adoption of the Commission proposal for a .eu regulation in April 2018.

The political agreement of the co-legislators strengthens the regulation on a number of important points. In particular it clarifies that the legal framework for the .eu top-level domain respects the fundamental rights and observes the principles recognised in the Charter of Fundamental Rights, in particular the protection of personal data, the freedom of expression and information and the protection of consumers.

It provides for additional safeguards against the abusive registration of .eu domain names, including an assessment of how the registry may operate as the European Union Intellectual Property Office in the future. It applies swiftly, six months after the entry into force of the new regulation, a new eligibility criterion, which will allow all EU citizens to register a .eu domain regardless of where they live, be it inside or outside the EU.

Today the .eu domain is available to 500 million people and to businesses across the 28 countries of the European Union as well as in Iceland, Liechtenstein and Norway. Our common goal is to establish a future-proof framework, which allows the .eu to continue to grow and provide best-in-class services to EU citizens and businesses. I believe that the compromise reached between the co-legislators fully meets this objective.

Gunnar Hökmark, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur for a rapid and efficient negotiation process and now the final decision.

This is a small but important piece of the puzzle in developing the digital single market. The .eu domain name can contribute to strengthening the online identity of the Union and simplify and increase cross-border trade. However, the credibility and trustworthiness of the .eu domain can also be abused by those who seek to undermine the legitimacy of our democratic system through cyber-attacks, disinformation and domain squatting. This is happening all the time and at all levels. That's why it's important that we look upon our digital infrastructure as a critical infrastructure, which needs to be resilient towards outside pressure and attacks. The new rules are clear that when a domain is registered or used in bad faith, it should be blocked. Those who are responsible for the .eu domain should work with all relevant actors to ensure that this is done swiftly and efficiently. It is a small step for the digital single market and a small step for the cybersecurity of the Union, but it is a step in the right direction and it will be one of very many other steps.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, para poder consolidar os seus valores partilhados e torná-los estruturantes no desenvolvimento da nova sociedade digital, a União Europeia precisa de desenvolver essa identidade em torno de três pilares.

Em primeiro lugar, dar a prioridade às pessoas e às suas necessidades. Em segundo lugar garantir a equidade no acesso aos equipamentos, e, em terceiro lugar, respeitar a privacidade e o uso transparente dos dados. A nova regulamentação do domínio .eu dá um contributo relevante para isso.

Queria felicitar todos os que trabalharam neste dossiê, em particular o relator, Fredrick Federlay, e o relator-sombra, Csaba Molnár, do S&D, que não pode estar presente neste debate.

A disseminação de um domínio seguro, mas flexível, alinhado com as regras europeias e acessível aos cidadãos, é muito importante. Mas temos que ousar ir mais além. O reforço de uma rede de acesso e partilha de serviços com autenticação única, tal como está prevista por exemplo na iniciativa WIFI4EU, abre uma linha de diferenciação da abordagem europeia à sociedade digital, tornando a sua economia mais competitiva, os seus centros de conhecimento mais robustos, os seus serviços públicos mais próximos dos cidadãos e as suas pessoas mais conectadas com as oportunidades criadas pelo desenvolvimento tecnológico.

Sublinha alguns aspetos estruturantes do regulamento de apreciação: mantém-se a gestão do domínio por uma organização não lucrativa, promove-se a identidade digital europeia, os seus valores e o mercado interno, permite-se aos cidadãos registarem-se independentemente do seu lugar de residência, permite-se o registo de empresas e companhias situadas na União Europeia e no espaço económico europeu, permite-se o registo em todas as línguas e alfabetos, criam-se regras claras para a gestão do domínio pelos utilizadores e para a prevenção do uso inadequado deste recurso.

Por isso, Senhora Comissária, senhores relatores, colegas, em síntese, o domínio .eu faz parte do nosso património digital e também da nossa identidade digital. E é preciso continuar a defendê-lo e a reforçá-lo.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Ralph Packet, *namens de ECR-Fractie*. – De invoering van de “.eu”-domeinnaam heeft een doel dat ik voor 100% kan steunen: het versterken van onze online Europese identiteit.

De domeinnaam kent echter geen geweldig succes. “.eu” scoort slecht in de ranking van meest gebruikte domeinnamen ter wereld en dat is uiteraard niet in het belang van de Europese Unie op wereldniveau en ons economisch gewicht. Er is dus nog veel ruimte voor verbetering. Misschien heeft dat te maken met de vele regeltjes en de bureaucratie die rond de “.eu”-domeinnaam bestaan. Het strikte beheer verzekert dan wel een hoge standaard van cyberveiligheid, maar ik vraag mij toch af of we niet te ver gaan in het gebruik van de domeinnaam en deze over-reguleren.

Het nieuwe voorstel brengt iets meer soepelheid wat betreft wie de “.eu”-domeinnaam mag aanvragen, maar ik ben wel bezorgd voor de bedrijven in het Verenigd Koninkrijk na de Brexit. De “.eu”-internetadressen van Britse eigenaars die een groot aandeel uitmaken van het geheel mogen niet plotseling worden afgenomen. Dat zou immers een forse overreactie zijn. Daarom pleit ik hier voor meer flexibiliteit.

Benedek Jávör, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, more than branding, a domain name is an important tool for sharing knowledge, exercising freedom of speech and conducting business. Therefore, the existence of the .eu domain needs to be regulated with the goal of serving European values and contributing to supporting them.

Through this regulation, we give the Union a balanced set of rules on how the registration and maintenance of .eu domains will be managed in the future. However, there are still challenges ahead of us. In a time where the truth is under siege by alternative truths and disinformation is happening on an industrial scale, the websites that uphold European values need to find a safe harbour under the .eu domain and keep sharing the knowledge.

The European Parliament should have a close look at any attempts to censor content and stifle dissent in EU Member States and react swiftly if it happens.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, quiero felicitar al ponente por el trabajo realizado para alcanzar un amplio consenso. En el transcurso de las negociaciones hemos defendido la necesidad de pensar esta herramienta más allá de su dimensión económica y de verla en un contexto en el que los aspectos simbólicos cobran gran relevancia y significado.

Esto significa preocuparse por garantizar un uso adecuado y respetuoso con los derechos humanos y lo que consideramos valores compartidos de la Unión. Significa abrir el uso, de manera que la ciudadanía pueda beneficiarse de este dominio, además de las instituciones públicas.

Significa también, en nuestra opinión, asegurar que el regulador público garantiza un uso justo y equilibrado del dominio en sus diferentes dimensiones. Y significa también asegurar que la intervención privada en la gestión del dominio esté sujeta a los controles adecuados, salvaguardando la dimensión pública de este dominio. Como vemos, a pesar de su evidente dimensión técnica, este debate incluirá también otros aspectos más claramente políticos.

Christelle Lechevalier, *au nom du groupe ENF*. – Madame le Président, si la mise en place d'un nom de domaine «.eu» part d'une bonne intention: adaptation au marché, flexibilité, lutte contre la spéculation, fraude et abus, elle est surtout idéologique et vous ne vous en cachez pas.

Vous voulez renforcer dans l'esprit des utilisateurs d'internet, l'idée d'une identité de l'Union au détriment, donc, des identités nationales. Il s'agira également de promouvoir en ligne les valeurs de l'Union européenne, l'UE: multilinguisme, respect de la sécurité et de la confidentialité mais surtout votre vision des droits de l'homme. Droits de l'homme devenus plutôt le droit des minorités en tout genre.

Les institutions, les entreprises et les citoyens ne respectant pas vos critères se verraient ainsi pénalisés jusqu'à en perdre leur site internet. Des garanties supplémentaires ont même été prévues afin de protéger l'état de droit. Les pays dont la politique contreviendrait à votre vision de l'état de droit se verraient donc sanctionnés. Je pense à nos amis de Hongrie, de Pologne ou encore d'Italie, dont la politique migratoire est régulièrement critiquée dans cette enceinte.

En tant que défenseurs des libertés, parmi lesquelles la liberté d'expression, qui n'est pas négociable, nous ne pouvons soutenir un tel projet.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I would like to thank you for the positive remarks today. This final text not only modernises the .eu legal framework but also promotes the rule of law in the online environment and aims to strengthen the multi-stakeholder approach in line with the EU approach on internet governance.

As the digital single market grows and develops, we look forward to seeing many more people and businesses making use of the .eu domain as an important way to participate in the Digital Single Market (DSM) and mark their European identity online. I look forward to a positive outcome of tomorrow's vote.

Fredrick Federley, *Rapporteur*. – Madam President, it's not often that Parliament is as united as we have been in this process. It has been, I would say, a work of excellence – and not just because I was the rapporteur, but I had the good help of Mr Gunnar Hökmark and a few other shadows.

I'm also looking forward to the vote tomorrow. I think it will be a rather swift and smooth one – just like the one and only trilogue, which lasted one hour and 17 minutes.

So thank you Commissioner, thank you Council and thank you to all the staff who have been helping in preparing all our meetings, and thank you to the shadow colleagues.

President. – Thank you too. It's nice to hear when things go smoothly, once in a while. That's always very welcome.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 31 January 2019.

Written statements (Rule 162)

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Domeniul de prim nivel (top-level domain – TLD) .eu este numele de domeniu al Uniunii Europene și al cetățenilor săi și a fost introdus prin Regulamentul (CE) nr. 733/2002 al Parlamentului European și al Consiliului din 22 aprilie 2002 privind punerea în aplicare a domeniului de nivel 1 „eu”. Evaluarea punerii în aplicare și a funcționării numelui de domeniu al Uniunii Europene și al cetățenilor săi a relevat faptul că .eu este un TLD bine stabilit, care continuă să funcționeze bine, însă este reglementat de un cadru juridic perimat și rigid. Mai mult decât atât, contextul politic și legislativ din Uniune, mediul online și piața s-au schimbat considerabil de la adoptarea regulamentelor privind .eu.

Suntem de acord cu faptul că noul regulament va facilita cetățenilor UE înregistrarea unui nume de domeniu .eu și va actualiza cadrul de reglementare bazat pe principii și adaptat exigențelor viitorului pentru a-l menține atractiv pentru afaceri și cetățeni, consolidând identitatea digitală a UE. Astfel, un număr cât mai mare posibil de cetățeni ai Uniunii vor profita de beneficiile oferite de TLD-ul .eu. De asemenea, propunerea va încuraja inovarea în ecosistemul .eu, atât la nivelul registrului, cât și pe piețele din aval ale registrarilor și registratorilor.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Nowelizacja przepisów o zarządzaniu domeną najwyższego poziomu .eu jest elementem strategii jednolitego rynku cyfrowego oraz programu sprawności regulacyjnej (REFIT) ustanowionego przez Komisję, zgodnie z prawem i normami handlowymi Unii. Istnienie konkretnej nazwy domeny dla UE jest bardzo ważne z punktu widzenia tożsamości cyfrowej UE. Jest to szansa dla instytucji i przedsiębiorstw, które staną się łatwo rozpoznawalne jako część wspólnoty UE wyznającej te same zasady i wartości.

Co więcej, przyczyni się ona do tworzenia bezpiecznego środowiska internetowego, budowania jakości i zaufania oraz zapewni ogólnoeuropejską obecność na światowym rynku cyfrowym. Domena .eu, postrzegana w Europie i poza nią jako innowacyjna i nowoczesna, jest również szansą dla mniejszych przedsiębiorców z UE, których biznes wpisze się w europejską społeczność, wykraczając tym samym poza granice własnego kraju. Należy mieć na uwadze, że adres internetowy jest często pierwszą linią kontaktu klienta z firmą, a europejska domena może stać się uwiarygodnieniem ich działalności. Sygnalizuje bowiem, że firma podlega prawu Unii Europejskiej, a tym samym pociąga za sobą odpowiedzialność wszystkich użytkowników za jej właściwe używanie.

25. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik (Aussprache)

President. – The next item is the report by Michel Reimon, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, on the Annual Report on Competition Policy (2018/2102(INI)) (A8-0474/2018).

Michel Reimon, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Als Berichterstatter des Wettbewerbsberichts darf ich auch berichten, dass das Parlament sehr konstruktiv zusammengearbeitet hat, sehr einheitlich an einem Strang gezogen hat. An Wettbewerbspolitik zu arbeiten ist eine Freude, in diesem Parlament, in dieser Periode, weil von der Kommission sehr klare Entscheidungen fallen, die sehr gut nachvollziehbar sind, sehr gut dokumentiert werden und im Parlament über die Fraktionen hinweg – auch wenn Details diskutiert werden – doch getragen werden und Zustimmung finden.

Interessant an diesem Wettbewerbsbericht war, dass wir vier Bereiche intensiver diskutiert haben: die allgemeine Vollziehung des Wettbewerbsrechts, die digitalen Entwicklungen, Umweltentwicklungen und den Finanzbereich, die Bankwirtschaft. Es zeigt sich, dass wir, obwohl das Wettbewerbsrecht eine scharfe und funktionierende Waffe, ein scharfes und funktionierendes Instrument ist, in Zukunft weiterdenken werden müssen, gerade im Digitalbereich. Da gab es auch eine große Einigkeit unter den Schattenberichterstattern, dass man sich hier entwickeln muss.

Man kann digitale Unternehmen, die kaum noch Umsätze von Endkunden verlangen, die Dienstleistungen gratis anbieten und dann Werbung verkaufen, die versuchen, über Jahre hinweg eine Marktmacht aufzubauen, ohne in den Gewinn zu kommen, nicht nach herkömmlichen wettbewerbsrechtlichen Bedingungen beurteilen, nicht nach Umsätzen, nicht nach Gewinnen, nicht nur rein nach Finanzaufgaben. Man muss auf die Marktmacht solcher Unternehmen ganz anders eingehen und sich anders darauf einstellen. Hier müssen wir uns entwickeln.

Man muss auch gerade im digitalen Bereich darüber nachdenken, ob wir entweder das Wettbewerbsrecht weiterentwickeln oder etwas Ähnliches zusätzlich entwickeln, wenn es um den Schutz der Demokratie geht. Wenn wir ein gut funktionierendes Instrument haben, um den Markt vor zu großer Macht von Unternehmen zu schützen, dann sollte uns das grundsätzlich auch die Demokratie wert sein.

Sie werden verstehen, wenn ich als Grüner dazu sage: Das muss uns auch die Umwelt wert sein: Externalitäten, die nicht im Preis, nicht in reinem Marktverhalten von Unternehmen abzubilden sind und nach dem jetzigen Wettbewerbsrecht zu prüfen sind. Darüber sollten wir zumindest einmal nachdenken, ob wir diese Instrumente weiterentwickeln.

Wie gesagt, wir beschäftigen uns in diesem Bericht mit der Arbeit der Kommission und noch nicht mit der Aufgabe, das zu entwickeln, aber ich habe quer über alle Fraktionen hier durchaus Bereitschaft gehört, in Zukunft aktiv weiter an diesem Thema zu arbeiten und es weiterzuentwickeln.

Frau Kommissarin Vestager hat sich sehr intensiv eingebracht. Es tut mir leid, dass sie heute nicht hier sein kann, weil sie erkrankt ist. So muss man auch nochmal explizit erwähnen, dass die Zusammenarbeit zwischen Kommission und Parlament sehr gut funktioniert.

Ich bitte um die Diskussion.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, on behalf Commissioner Vestager I would like to thank the rapporteur, Mr Reimon, and the shadow rapporteurs for an excellent report. Mr Reimon, I will be happy to give my colleague, Margrethe Vestager, your positive message and your positive assessment of the cooperation with her.

The report shows why competition is at the heart of politics and will be part of the debate in the upcoming European elections. We all buy in the marketplace every day. We want to be confident that companies are giving us a fair deal, and if we are in business we want our factories to grow, not to be squeezed out by a dominant player or by a rival getting unfair subsidies. By keeping markets open we give everybody a fair shot at success. That goes to the heart of our democracy.

At the Commission, we will continue to do our part to ensure that every business pays its fair share of tax. For us, the state aid rules are clear. EU countries cannot give some companies a selective tax advantage that others don't get under the normal rules. The Commission has taken eight decisions on selective tax benefits for multinationals. The decisions have ordered the recovery of more than EUR 15 billion in unpaid taxes from more than 40 companies, most of which are European. This month the Commission opened proceedings on Nike's tax arrangements in the Netherlands.

In parallel, the EU and its Member States need to continue their efforts to reform their corporate taxation framework to make it both fairer and more efficient. Only better taxation rules will close loopholes that are available to everyone.

The Commission is also reflecting on our digital future. This month in Brussels, Commissioner Vestager hosted a conference with leading experts on technology and competition. They discussed our digital world and what it means for competition. In the conference, as in the more-than 100 written contributions the Commission has received, some issues kept coming up: access to data; threats to competition when big businesses buy innovative start-ups and dodge the disruption they once caused to others; and the possibility for platform businesses that are also users of their own platform to deny rivals a chance to compete. The Commission will reflect deeply on all these issues because if competition fails, if prices go up and quality falls, we lose that fundamental promise of our digital world that tomorrow's technology will be better than today's.

Your report makes the important point that markets should also deliver for our environment. We agree and the Commission's decision to approve the Bayer-Monsanto merger was taken only after the companies committed to sell Bayer's seed and pesticide business to a new rival so that farmers keep a choice of supplier, and competition drives the businesses to deliver novel products that are safer for the environment. Within the boundaries of the Treaty, we will make markets work for our climate and for our environment.

As this Parliament says, openness and fair competition benefit our entire industry. We need European champions, but we need the right ones. When companies compete, and are crowned champions because customers choose them to win, that benefits not just consumers but also other businesses – small and medium enterprises, which are the backbone of our economy, and large companies alike. For every company that wants to see a merger there are many European industries that buy their inputs, such as steel or cement. European business customers rely on open competition so that they can get a fair deal, and also so that they can grow on global markets.

President. – Thank you, Commissioner. I will be taking catch-the-eye for this debate if there are colleagues who are interested.

Adam Szejnfeld, *autor projektu opinii Komisji Handlu Zagranicznego.* – Pani Przewodnicząca! To dobre sprawozdanie. Chciałbym tylko zwrócić uwagę na kilka ważnych, według mnie, aspektów czy podkreślić je. Po pierwsze, przedsiębiorstwa nowych technologii, w tym także sektora cyfrowego, a konkurencja, często nieuczciwa konkurencja, spoza Unii Europejskiej. Mam tu na myśli chociażby przejęcia firm europejskich przez firmy zagraniczne, zwłaszcza niebezpieczne w sektorach ważnych dla bezpieczeństwa publicznego.

Po drugie, kwestia transportu. Coraz częściej widzimy coraz więcej działań na rzecz zachwiania konkurencji i to nie tylko przedsiębiorstwo kontra przedsiębiorstwo, ale także ze strony państw członkowskich, które ograniczają tę konkurencję.

Po trzecie, kwestia małych i średnich przedsiębiorstw. Niestety, ciągle biurokracja powoduje zachwianie konkurencji między małymi i średnimi firmami a dużymi firmami.

Na końcu chciałbym podkreślić także sprawę asymetrii występującej niekiedy w stosunkach handlowych między państwami członkowskimi czy Unią Europejską i państwami trzecimi. To trzeba wyeliminować.

Gunnar Hökmark, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, first of all, thanks to the rapporteur for well-implemented negotiations and good compromises.

Competition policy is very much at the core of the European Union – not because the European Union is about competition but because we are open to new ideas, innovations, new alternatives, new products, new services and new entrants.

Competition policy means allowing consumers to be the masters of the market and that means we will ensure not only that no one can abuse market dominance but also that we can always have new entrants in all sorts of markets; not only maintaining pressure on prices but also ensuring we have dynamic development of our economy. That's why we need legal certainty and the rule of law, and that's why my political group and I are sceptical about naming and shaming from this Parliament, or politicising how the Commission implements the competition rules.

We must have the rule of law and fair competition, and that also means we need to consider the energy union and big, dominant operators such as Gazprom. They must be judged in the same way as any others and their abuse of market dominance must entail a reaction.

Competition is for the consumers, and for a Europe that is open to change and dynamic development.

Tibor Szanyi, *a S&D képviselőcsoport nevében*. – Tisztelt Elnök asszony! A 2107. évi versenypolitikáról szóló éves jelentés számos előremutató elemmel gazdagodott a Bizottság és a frakcióközi egyeztetések során. Ennek folytán szeretném tényleg őszinte gratulációt kifejezni ennek a jelentés elkészítésének a folyamatában közreműködő valamennyi társamnak és tisztviselőnek.

Örömteli, hogy ez a jelentés kiemelten foglalkozik az állampolgárok életminőségét jelentősen javító kérdésekkel is, és hát hadd soroljak példaszerűen néhányat, úgymint nagyon komoly hangsúly van és egyre sürgetőbb az európai energetikai ellátás szükségességének és a dekarbonizációnak a felgyorsításával való törődés. Ez megtörténik abban a jelentésben.

Ugyancsak kellő hangsúlyt kap a vizsgálatok során a „geoblocking” megszüntetésének az ügye. Az adatvédelmi és átláthatósággal kapcsolatos kérdések szintén nagyon fontos részét képezik ennek a jelentésnek. És aminek én nagyon örülök személy szerint: a digitális gazdaság fogyasztóbarátta tételével kapcsolatos kérdések is igen komoly hangsúlyt kapnak.

De nyilván egy versenypolitikai jelentés azért nem lehet tétlen, amennyiben a más gazdasági területekről való értékelzés a kérdés. Így az adózás ügyében való közreműködés és elsősorban annak az elvnek a kimondása hogy az értékteremtés helyhez kötésével kell az adózást megvalósítani. És hát ezen felül pedig vannak azért még bőven az EU-n belüli kihívások is, mint például a telekommunikáció területén az Európai Unió belüli országok közötti hívásoknak a helyi hívások díjával azonosra tételével kapcsolatos ügyek érdemelnek említést.

De ugyanúgy a versenypolitikai jelentés még bősséggel kitér az ötödik generáció elterjesztésével, illetve a banki folyószámlák díjmentességének garantálásával. Nem utolsósorban kell említenem, hogy az új európai vidékfejlesztési koncepciót jelentő okos falvak projekt tovább fejlesztésével kapcsolatban is kellő figyelem van.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Wszyscy zgadzamy się co do tego, że silna, skuteczna polityka konkurencyjna od początku leży u podstaw funkcjonowania naszego jednolitego rynku. Mam jednak mieszane uczucia, kiedy widzę, jak podwójne standardy stosowane są tutaj, nawet w tej Izbie, do krytykowania konkretnych państw, instytucji czy organizacji.

Sprawozdawca nie miał problemu ze wskazaniem konkretnych firm amerykańskich, ale kiedy mowa o europejskich patologich podatkowych, to wystarczy tutaj powiedzieć, że niektóre rządy, jurysdykcje – na przykład Luksemburg, Holandia czy Irlandia – miały jakby specjalny immunitet w tej materii.

Podobnie w kwestii konkurencyjności energetycznej. Tekst wzywa do poszanowania zasad solidarności i praworządności, ale brakuje odwagi i woli politycznej, by wyraźnie wskazać na projekt drugiego Gazociągu Północnego. To rozczarowujące i nie do końca uczciwe.

Tym niemniej przyznaję, że wiele ustępów sprawozdania dotyczących unikania opodatkowania, prania brudnych pieniędzy zasługuje na poparcie, dlatego też moja delegacja poprze sprawozdanie w jutrzejszym głosowaniu.

Nils Torvalds, för ALDE-gruppen. – Ärade fru talman! Bästa kommissionär! Välkomna till "nattklubben", där musiken visserligen inte är så rolig, och den psykedeliska belysningen gör det inte heller lättare.

Alla diskussioner om konkurrenspolitik i EU kommer åtminstone handla om tre olika poler: för det första att bevara EU:s globala konkurrens mot starka krafter utanför, för det andra att bevara konkurrensen inom unionens gränser och för det tredje att se till att företagen betalar sin skatt och att vi skapar en någorlunda jämlik nivå för både små och stora företag.

Att få dessa tre olika aspekter att alltid gå jämt ihop är inte alltid en särskilt lätt operation. När vi bevarar EU:s konkurrensförmåga mot globala motståndare eller globala medtävlare, kan det hända att det ibland sker på bekostnad av små företag och nationella företags möjligheter att klara sig. Försöker vi bevara de små företagen ute i de nationella medlemsstaterna, kan det hända att vi samtidigt lite förhindrar vår internationella konkurrensförmåga. Detta är alltså inte alltid i balans, och när det samtidigt sker i en teknologisk utveckling som är hisnande, så kan det hända att vi står inför stora utmaningar.

Under diskussionerna med föredraganden och de andra skuggföredragandena har vi varit speciellt glada över den insats kommissionär Vestager har gjort på detta område. Hon har visat att damer i ansvarsfull ställning i Europeiska unionen klarar av saker som gubbarna inte alltid klarar av.

Jag vill också tacka Michel Reimon för ett gott samarbete. Jag är alltid rädd när vi gör våra uttalanden att vi skapar små julgranar. Jag kommer från ett land där vi gärna ser julgranar och kanske gärna ville sälja dem. Jag är därför glad detta ändå innehåller möjligast få julgranar.

Paloma López Bermejo, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta, quiero felicitar al ponente por su trabajo y por la sensibilidad que ha mostrado para incorporar aspectos relevantes para nuestro grupo político. Somos conscientes de las limitaciones políticas para haber ido más allá en algunos contenidos, pero lamentamos algunas ausencias significativas.

Defendemos la intervención pública en forma de ayudas como un instrumento que ha de ponerse al servicio de las mayorías y no debe ser visto como un problema, sino como una solución. Esto, lamentablemente no lo hace la política de competencia.

Por eso, resulta paradójico que se den ayudas públicas al sector financiero, principal responsable de la crisis y que, sin embargo, parecen quedar fuera de la capacidad sancionadora de la política de competencia, especialmente cuando estas ayudas a la banca han servido como excusa para los recortes precisamente en el sector público.

Otro elemento es que, aunque la derecha quiera seguir mirando para otro lado, la pobreza energética es la consecuencia de una política al dictado de los intereses económicos de las multinacionales del sector. Estos son aspectos que, lamentablemente, no hacen posible que podamos votar a favor de este informe.

Barbara Kappel, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Im Gegensatz zu früheren Berichten hat dieser Bericht zur Wettbewerbspolitik einen ganz besonderen Fokus auf zwei Bereiche, nämlich auf die Digitalisierung und auf schädliche Steuerpraktiken – und das aus gutem Grund aus meiner Sicht.

Gerade digitale und Internetunternehmen stellen die Wettbewerbspolitik vor völlig neue Herausforderungen. Nicht nur weil die technologische Entwicklung rasch voranschreitet, sondern weil die Definition neuer Kriterien und Zuständigkeitsschwellen notwendig ist. Und solche führt der Bericht an: Es ist zum einen die Datenmenge als Indikator für das Bestehen von Marktmacht und der Vorschlag, Zuständigkeitsschwellen für ein Auslösen der EU-Fusionskontrolle nicht am Umsatz festzumachen. Ich glaube, beides sind sehr sinnvolle Vorschläge.

In Bezug auf die Steuerpolitik fordert der Bericht eine stärkere Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, einschließlich einer gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer. Mehr Transparenz und einfache Regeln sind gut, aber die Fiskalpolitik sollte von der Wettbewerbspolitik getrennt bleiben. Wettbewerbspolitik ist kein taugliches Instrument zur Harmonisierung der Fiskalpolitik.

Zu diesem Aspekt, der in dem Bericht erwähnt ist, möchte ich auch noch Folgendes anführen: Bei der geplanten Fusion der Zugsparten von Siemens und Alstom zum zweitgrößten Zughersteller der Welt hat sich die Kommissarin der kritischen Haltung des Berichterstatters angeschlossen. Eine Entscheidung soll bis zum 18. Februar fallen. Ich hoffe, es gibt da noch eine Meinungsbildung bei der Kommissarin. Ich glaube, dass das nämlich ein sehr vernünftiger Schritt wäre, um global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Andreas Schwab (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mal besten Dank an den Berichterstatter und an die Kollegen, die an dem Bericht gearbeitet haben. Gunnar Hökmark hat schon das Wesentliche aus Sicht der EVP-Fraktion gesagt. Deswegen will ich gerne an einen Punkt anschließen, den Frau Kappel gerade am Ende genannt hat. Ich glaube, zum Thema Digitalunternehmen und der Frage, wie das Wettbewerbsrecht dort angewendet werden sollte, werden muss und teilweise von der Kommission auch schon angewendet wurde, ist schon genug gesagt.

Im Fiskalbereich, finde ich, hat die Kommission hervorragende Arbeit gemacht, ein Stück weit die Widersprüchlichkeit des Verhaltens der Mitgliedstaaten auf den Punkt gebracht. Aber die Kernfrage, vor der wir doch im Wettbewerbsrecht und vor allem im Bereich der Fusionskontrolle stehen, ist, in welcher Weise beziehen wir die größeren, die großen Wirtschaftsregionen der Welt mit den dort bestehenden Marktstrukturen bei unserer Entscheidung mit ein. Ich erwähne jetzt bewusst keine Länder, weil es die Debatte auf die falsche Fährte führt. Aber es ist auf Dauer natürlich schon gefährlich, wenn wir wettbewerbsrechtliche Regeln durchzusetzen versuchen, die streng sind, die vielleicht im Einzelfall tatsächlich auch alle relevanten Kriterien zusammenführen, aber dann große Player in der Welt sich um diese Regeln überhaupt nicht scheren und sie schlicht ignorieren. Das macht auf Dauer für uns als Europäer keinen Sinn.

Da, glaube ich schon, brauchen wir für die kommenden Jahre eine neue Idee, wie wir es schaffen, dass wir nicht nur die Abnehmermärkte in der Europäischen Union heranziehen, um die Marktkonzentration zu beurteilen, sondern auch die Zuliefermärkte, die häufig in Fernost liegen und die uns vor Schwierigkeiten stellen, die wir heute nicht managen. Das wird eine Aufgabe sein, mit der sich aus meiner Sicht die neue Kommission beschäftigen muss.

Paul Tang (S&D). – Ik neem het woord om de voornaamste zorg uit te spreken, namelijk dat techgiganten zoals Google een monopoliepositie hebben en de macht naar zich toe trekken. De macht over onze data, de macht om concurrenten op te kopen. De macht ook om de democratie, direct of indirect, te beïnvloeden.

Spreading van kennis en macht moet het uitgangspunt zijn van het mededingingsbeleid en door het monopolie aan te pakken van deze techgiganten kunnen we een einde maken aan de situatie van ongezonde macht.

Daarom heb ik ook in het verslag weer naar voren gebracht dat de zoekmachine van Google moet worden losgetrokken van de andere internetdiensten, zodat er een gelijkij speelveld ontstaat. Het lijkt ambitieus, maar het is zeker niets nieuws. Het Amerikaanse bedrijf Microsoft is eerder door de Europese Unie gedwongen om aparte versies van Windows uit te brengen.

De Europese Commissie concludeerde eerder dat Google haar positie gebruikt en haar macht misbruikt om haar eigen diensten te bevoordelen. Het opsplitsen van Google is daarom een logische en een rechtvaardige volgende stap.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Madam President, I congratulate you all for this report. It is a good Parliament contribution to the Commission, identifying the key important or hot issues on the table.

Let me start by saying that I welcome Commissioner Vestager's work and concerns raised regarding the Siemens-Alstom merger. She has and is facing very strong political pressure, but, as always, confirms that she stands firm. As I raised in the past, I feel that negative consequences for high-speed rolling stock and signalling systems could arise if this merger was to be authorised.

Regarding authorisations misused by big tech firms, I am very proud that many of my amendments are included in the final compromises. I also welcome that, once again, this report calls on the Commission to organise a hearing with tech companies, the CEOs of Google and Facebook.

Let me conclude by saying that regarding the several Google anti-trust cases, this report invites the Commission to consider the possibility of setting deadlines for anti-trust cases, as it does in merger cases.

Jacques Colombier (ENF). – Madame la Présidente, en première lecture, ce rapport comporte des remarques qui pourraient partiellement avoir quelque pertinence, notamment dans le domaine de l'agriculture.

Il est vrai que notre combat fait aujourd'hui l'objet de plus d'attention dans le domaine de la concentration industrielle des entreprises opérant dans le secteur des intrants agricoles mais, globalement, ce rapport s'inscrit dans la logique mondialiste sans fin voulue depuis l'origine par l'Union européenne.

Nous ne pouvons, pour notre part, donner le moindre quitus à la Commission dans ce domaine, comme dans tant d'autres. Celle-ci pratique, en effet, une politique des plus contestables en termes de décisions quant aux fusions, ententes et règles de concurrence.

En l'état, ce rapport constate, par la force des choses, une situation très dégradée et inquiétante à laquelle la politique de la Commission est loin d'être étrangère. Nous ne pouvons en accepter la logique.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, al inicio de esta legislatura, le decía a la comisaria Vestager que la lógica del mercado y de la competencia no debería afectar a sectores tan importantes como los servicios sociales. Y lo hacía en referencia a los problemas que el Centro para Personas con Discapacidad Rey Aurelio, en El Entrego, en Asturias, estaba teniendo para poder mantener un servicio provisto por la asociación de familiares y amigos de las personas que reciben apoyo en ese Centro. Finalmente, gracias al esfuerzo del Principado de Asturias, de la asociación, del Ayuntamiento y del conjunto de los agentes sociales asturianos, se ha logrado que esa asociación de familiares mantenga la provisión del servicio de los familiares que están, como decía antes, recibiendo servicios en ese Centro.

Pero es una amenaza permanente introducir esa lógica del mercado en servicios sociales que tienen que estar exentos de la lógica del mercado. Mi apoyo a la asociación de familiares y amigos y mi deseo de que este Centro siga manteniendo esa provisión pública de un tercer sector y reconocida por todos.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl poděkovat panu zpravodaji za předložení velmi kvalitního návrhu zprávy. Opravdu, pokud jde o hospodářskou soutěž, všichni cítíme, že vnitřní trh je tím základním ohniskem našich hodnot v rámci EU, a otevřený trh, v němž hledáme balanc, je mezi různými aktéry tohoto trhu, ať jsou to samozřejmě spotřebitelé nebo firmy. Tento styk mezi těmito prvky hospodářské soutěže se děje v určitém právním rámci.

Proto také je pro nás nepřijatelná neférová konkurence, nekalá soutěž a samozřejmě neférová konkurence mimo EU. Já jsem velmi rád, že tato zpráva postihuje i otázku právě *smart village*. Toho si jako člen výboru REGI velmi cením a pro mne je také klíčové, že se pan zpravodaj zabývá tématem udržitelnosti tržních sil, působení trhu, tzn. jejich odpovědností za šetrné životní prostředí a udržitelnost těchto trendů. Takže toto bych chtěl rovněž ocenit.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, dragi colegi, raportul este binevenit. Politica concurenței este foarte importantă pentru piața internă, totuși vrem o piață internă bine reglementată, dar nu numai bine reglementată, ci și cu o competiție corectă și – așa cum spunea și un alt coleg aici – vorbim de competiția în piața internă, dar și de competiția din afara pieței interne, pentru că – știm foarte bine – avem giganți, companii foarte mari, care și-au externalizat afacerea din piața internă în țări terțe și vin și fac o competiție incorectă.

S-a vorbit aici și de puterea marilor companii care pot influența, până la urmă, și politicile publice. Eu vreau să mă refer la faptul că avem o competiție – și spun de când sunt aici – o competiție inegală între IMM-uri și marile companii, între trusturi. Nu există încă o suficientă supraveghere, deși avem reglementări antitrust, există competiții incorecte și recent avem cazuri foarte relevante în acest sens și sper, doamna comisar, să găsim soluții noi.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, u Venezueli ovih dana možemo vidjeti na što spadnu društva u kojima nema tržišnog natjecanja. Eliminacija ekonomskih sloboda nužno vodi u gašenje ostalih sloboda jer politika koja građanima ne dozvoljava da upravljaju svojim novčanicom, vrlo brzo počne opasno zadirati i u ostale sfere njihova života.

Slobodno tržište preduvjet je ekonomskog razvitka i prosperiteta. Mora biti razumno regulirano tako da svi na njemu imaju jednake uvjete i da nijedan subjekt ne bude povlašten u tržišnoj utakmici. Zakonodavac je tu da postavi pravila natjecanja, a ne da odlučuje pobjednika i zato moramo paziti da ne bismo preregulirali tržište i na taj način narušili ravnotežu te određene subjekte doveli u povlašteni položaj.

Tržišno je natjecanje glavno jamstvo globalne konkurentnosti europske ekonomije, inovativnosti i ulaganja u razvoj, kvalitete proizvoda i usluga te pristupačnijih cijena za potrošače. Što više natjecanja, to bolje za sve.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I would like to thank you for the very interesting and important strategic discussion on competition policy.

Let me add one comment relating to some of your contributions, about the need to strengthen our global competitiveness. It is absolutely clear that Europe must stand up for our industry when necessary. We need the right trade defence instruments, the ability to screen foreign investments affecting our security, and we must help our industries to adapt so they have a future on our continent.

The state aid rules help industries to invest in new skills and innovation. The Commission is working on state aid rules that are as simple as possible and fit for the future. We will involve Parliament on any significant proposal for change.

Honourable Members, in May, voters will want to see what Europe brings for them. We will do our share. We must prove that a vote on Europe matters by giving our citizens a competition policy to believe in.

Michel Reimon, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Wie man gesehen hat, eine durch und durch konstruktive Debatte. Mir bleibt nur, den Schattenberichterstatterinnen und Schattenberichtstattern für die konstruktive Arbeit zu danken. Dass wir nicht alle hundertprozentig glücklich sind mit dem Endergebnis, liegt in der Natur der Sache. Es geht mir ja auch so. Aber es war sehr konstruktiv und konsensorientiert, und im Großen und Ganzen, glaube ich, ziehen alle in die gleiche Richtung. Das wird auch wichtig sein – darauf möchte ich jetzt auch nochmal hinweisen, liebe Kommissarin – bei den Europawahlen im Mai.

Die Europäische Union, wir hier in Brüssel, bekommen oft populistische Vorwürfe, hier würde es nur um Lobbys gehen, hier würde man sich mit den großen Konzernen alles aushandeln, hier würden Schattengeschäfte gemacht und die Union wäre fest in der Hand großer Konzerne. Gerade im Bereich des Wettbewerbsrechts hat diese Kommission, auch dieses Europäische Parlament, in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass es hier darum geht, klare Entscheidungen zu treffen, die getroffen werden, dass man nicht in der Hand irgendwelcher finsternen Kräfte ist, sondern dass die Europäische Union ein funktionierendes, wertvolles und zu verteidigendes politisches Projekt ist.

Wir sollten das im Mai aktiv einsetzen, die Wettbewerbspolitik, für die sich diese Union nicht schämen muss, sondern stolz sein kann, und sollten die Geschichten erzählen, die wir in den letzten fünf Jahren hier erlebt und gemacht haben.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 31 January 2019.

Written statements (Rule 162)

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – La politica della concorrenza, in vigore da oltre sessant'anni, è uno dei maggiori pilastri dell'integrazione europea, assicurando condizioni di parità in tutti i settori e garantendo il corretto funzionamento del mercato interno. In considerazione dei continui cambiamenti della digitalizzazione dell'economia moderna, la politica della concorrenza deve garantire uno sviluppo coerente del mercato unico digitale. Occorre promuovere l'innovazione dei dati e nuovi modelli di business, e contrastare le asimmetrie tra l'economia tradizionale e le nuove pratiche economiche digitali, prediligendo soluzioni internazionali e approcci comuni alla fiscalità nell'economia digitale. Inoltre, è necessario fronteggiare le distorsioni di mercato derivanti dalle pratiche commerciali sleali e garantire condizioni di parità a livello mondiale, che apportino benefici ai lavoratori, ai consumatori e alle imprese. Dovranno essere introdotte ulteriori misure di protezione, tra cui l'istituzione di un quadro europeo per il controllo degli investimenti esteri diretti, strumenti antisovvenzioni e iniziative che sostengano le piccole e medie imprese.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – La concentración de empresas en el sector agroquímico es un problema que merece toda la atención de la Unión Europea. No estamos ante un sector que se rija por criterios de libre competencia, sino ante una amplia cadena de valor controlada por grandes grupos empresariales que no persiguen, ni el interés de los pequeños productores, ni garantizan los derechos de los consumidores europeos. La competencia es siempre necesaria, y apoyo el trabajo que realiza la Dirección General de Competencia para garantizar que empresas europeas y de terceros países participen del Mercado Único bajo las mismas condiciones, prohibiendo cualquier acuerdo o conducta abusiva que socave la libertad de acceso y el comercio de bienes y servicios. Por ello no podemos tolerar que, como ocurre en el sector agroquímico, los obtentores de las semillas transgénicas sean además los propietarios de las materias activas que se emplean en aquellas obligatoriamente por la condición de resistencia genética adquirida. Un oligopolio de esta naturaleza no es liderazgo de mercado; es la negación del propio mercado. La Comisión debería velar por el interés público y desmontar, apoyándose en el Derecho de la Unión Europea, una estructura empresarial que, además, no tiene en cuenta el coste medioambiental.

26. Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung (Aussprache)

President. – The next item is the report by Marian-Jean Marinescu, on behalf of the Committee on Budgetary Control, on the Annual Report 2017 on the protection of the European Union's financial interests – fight against fraud (2018/2152(INI)) (A8-0003/2019).

Marian-Jean Marinescu, *Raportor*. – Doamnă președintă, fraudă cu bani europeni s-a ridicat în anul 2017 la aproape trei miliarde de euro, iar caruselul TVA-ului cu bani europeni ne costă anual 50 de miliarde de euro. Comerțul ilicit cu țigări produce în continuare pagube bugetului european și statelor membre. Potrivit estimărilor OLAF, comerțului ilicit cu țigări determină pierderi financiare anuale de peste zece miliarde de euro în bugetele Uniunii și ale statelor membre. În ansamblu, în 2017 au fost raportate Comisiei cu aproape 21 % mai puține nereguli decât în 2016, în jur de 15 000 de nereguli frauduloase și nefrauduloase.

Ca raportor, eu vreau să pun accentul pe prevenție, pentru că este bine să găsim neregulile, este bine să depistăm fraudele, este bine să luăm banii înapoi, dar cred că cel mai bine pentru bugetul european ar fi să prevenim și să cheltuim banii în mod eficient. Am propus ca toate etapele de dezvoltare ale unui proiect european să fie digitalizate, toate etapele procesului de evaluare și selecție a ofertelor, precum și ale implementării, să fie efectuate electronic și transparent. Având în vedere faptul că peste două trilioane de euro anual se cheltuie pentru achiziții publice, recomand pentru combaterea fraudei folosirea achizițiilor electronice. Îngrijorător este faptul că recuperăm foarte greu fondurile fraudate – doar 37 % din fondurile europene fraudate între 1989 și 2017 au fost recuperate. Invit Comisia să își continue eforturile de standardizare a nomenclatorului erorilor legate de cheltuieli.

Günther Oettinger, *Mitglied der Kommission*. – Verehrte Frau Präsidentin, Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit für die Kommission, hier bei Ihrer parlamentarischen Debatte Stellung zu beziehen.

Parlament und Kommission sind sich einig, dass der Schutz des europäischen Haushalts, die ordnungsgemäße Verwendung unserer Haushaltsmittel sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmenseite eine ganz, ganz wichtige Verpflichtung und Verantwortung sind. Wir wollen, dass der europäische Etat mit seinen beschränkten Mitteln sein gesamtes Potenzial entfalten kann und dass alle Gelder, Projekte, die wir wollen, Programme, die wir brauchen, der Förderung von Wirtschaft, Gesellschaft und unseren Mitbürgern dienen können. Deswegen ist uns der Kampf gegen Betrug, gegen Untreue, gegen Missbrauch und gegen Unregelmäßigkeiten sehr wichtig. Dieser Kampf muss auf der Ebene der Europäischen Union und auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der Regionen geführt werden – eine Verpflichtung für die Kommission, für die europäischen Institutionen, aber auch für nationale Regierungen und Verwaltungen.

Ich habe gestern Abend im Bericht des Abgeordneten Marinescu gründlich gelesen. Ich finde, er ist umfassend und sehr ausgewogen. Er deckt die meisten wichtigen Aspekte ab, er kritisiert auch die Kommission, auch OLAF, wo dies vertretbar oder gar notwendig ist, aber er stellt auch viele Aktivitäten der Kommission und unserer Dienste positiv heraus. Besten Dank für diese faire Bewertung unserer Arbeit.

Parlament und Kommission haben in den letzten Jahren gemeinsam erhebliche Anstrengungen zur Betrugsbekämpfung unternommen, und wir haben Fortschritte erzielt. Wir haben im letzten Jahr unseren mehrjährigen Finanzrahmen vorgelegt – auch dort wird mit den Ausführungsvorschriften der Versuch gemacht, Betrug, Korruption und Untreue zu erschweren oder unmöglich zu machen. Und wir haben einen Vorschlag für ein neues Betrugsbekämpfungsprogramm in diesen Haushaltsrahmen integriert.

Wenn in den Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit – *rule of law* – in Gefahr gerät und hier Defizite bestehen und sich verstärken und dadurch die Gefahr für die Schädigung der finanziellen Interessen der Europäischen Union zunehmen kann, müssen wir dagegen vorgehen. Unser Vorschlag zur Konditionalität und zur Möglichkeit, Haushaltsmittel zu kürzen oder zu streichen, wenn Rechtsstaatlichkeit nicht mehr voll gewahrt ist, wurde vom Parlament vor wenigen Tagen in Straßburg mit breiter Mehrheit akzeptiert. Besten Dank für diese Unterstützung auf dem Weg zu einer Beratung und Verabschiedung zwischen Rat und Parlament.

2018 war ein Jahr der intensiven Arbeit, um die Europäische Staatsanwaltschaft zu errichten – eine gemeinsame Arbeit meiner Kollegin Jourová, die gerade noch hier saß, und von mir, von Ihren Diensten und von OLAF. Wir haben mittlerweile einen Interims-Verwaltungsdirektor berufen. Dieser ist befugt, den Haushaltsplan auszuführen und Personal einzustellen, damit die Europäische Staatsanwaltschaft Ende 2020 ihre Arbeit aufnehmen kann. Das Verfahren zur Ernennung des Europäischen Generalstaatsanwalts, also des Behördenleiters von EPPO, läuft, und wir werden Sie in Zukunft und in Kürze dazu informieren und Ihre Zustimmung erbitten.

Im Zuge Ihrer Bemühungen, die Reaktion der Europäischen Union auf Betrug zu verbessern, haben wir auch den Vorschlag zur Änderung der OLAF-Verordnung Ihnen und dem Rat vorgelegt. Dadurch wollen wir vor allen Dingen die enge Kooperation zwischen OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Wirksamkeit von OLAF-Untersuchungen sicherstellen. Diese Reform sollte, wenn möglich, noch in den nächsten Wochen vorangebracht werden.

OLAF und die Europäische Staatsanwaltschaft werden im Rahmen ihrer je eigenen Zuständigkeiten eng kooperieren. Wir müssen eine vollständige Komplementarität in der Gesamtreaktion auf rechtswidrige Handlungen zum Nachteil der europäischen Finanzen gewährleisten, alle Lücken schließen, Doppelarbeit vermeiden und die Kooperation optimieren. Dies ist ein gemeinsames Ziel von uns – dem Parlament und der Kommission –, und in dem Bericht des Abgeordneten Marinescu wird dies unterstrichen, und auch OLAF und die Stärkung der Befugnisse des OLAF in einigen wichtigen Bereichen werden hervorgehoben. In der Tat: EPPO ist ein Partner des OLAF, aber EPO darf OLAF nicht schwächen, sondern OLAF muss gestärkt aus dieser gemeinsamen Arbeit in die Zukunft gehen.

Dieser Vorschlag der Kommission ist auf Ihrem Tisch, und ich zähle auf Ihre Unterstützung, damit dieses Dossier die Aufmerksamkeit bekommt, die es auch verdient. Ein möglichst schneller Annahmeprozess ist wichtig, damit der Start von EPPO Ende 2020, zuvor die Modernisierung der Regeln und die Neuordnung der Kompetenzen zwischen OLAF und EPPO im europäischen Gesetzbuch, erfolgt.

Ich darf der Kollegin Dr. Gräßle danken, die als Vorsitzende im Haushaltskontrollausschuss gestern einen umfassenden Bericht vorgelegt hat, der auf den Kommissionsvorschlag zur Änderung der OLAF -Verordnung eingeht. Er ist sehr umfassend und ambitioniert. Ich glaube, dass der Bericht der Kollegin Dr. Gräßle in zwei Stufen im Parlament und Rat einzuarbeiten ist. Stufe eins: die kleine Reform, um OLAF und EPPO neu auszustatten. Stufe zwei: im neuen Mandat von Parlament und Kommission eine größere Reform von OLAF, damit den Gedanken der Kollegin Gräßle spätestens dann Rechnung getragen werden kann.

Ich will vor einem warnen: Wenn wir zu ehrgeizig herangehen, halte ich im Parlament eine Entscheidung für möglich, im Rat eher nicht. Und nichts wäre schlechter, als in diesem Jahr mit hohem Ehrgeiz heranzugehen und dann im nächsten Jahr gar nichts zu haben und beim Start von EPPO im operativen Geschäft ungeklärte Kompetenzen zwischen OLAF und EPPO zu sehen. Dies sollten wir vermeiden.

Ein letzter Punkt, der dem Parlament wichtig war und ist: unerlaubter Tabakhandel. Auch hier kann ich Ihnen nennenswerte Fortschritte berichten. Der neue Vertrag zur Bekämpfung des Zigarettschmuggels, das sogenannte FCTC-Protokoll, ist im September letzten Jahres in Kraft getreten. Es ist von der Europäischen Union und jetzt schon von 47 Ländern ratifiziert worden. Die Europäische Union hat hier immer eine Vorreiterrolle eingenommen, und unsere gemeinsamen Bemühungen zahlen sich jetzt aus. Besten Dank für Ihre Erwartungen und Ihre Unterstützung. Wir haben im Dezember letzten Jahres, vor einigen Wochen, einen neuen Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Tabakhandels verabschiedet. Er baut auf der alten, aber guten Strategie aus dem Jahre 2013 auf und auf dem vor zwei Jahren vorgelegten analytischen Fortschrittsbericht.

All dies sind Aktivitäten und ein Beweis für anhaltendes Engagement in der Betrugsbekämpfung. Ich freue mich, dass das Parlament seiner Aufgabe, uns zu begleiten und zu kontrollieren, uns zu kritisieren und zu unterstützen, in vollem Umfang nachkommt. Dies zeigt auch der Bericht Marinescu. Besten Dank für Ihre Geduld.

Tomáš Zdechovský, za skupinu PPE. – Paní předsedající, vážený pane komisaři, děkuji za Vaši obsáhlou zprávu. Já myslím, že bych mohl rozebírat jednotlivé body, ale bohužel nemám 8 min jako Vy, mám jen 1,5 minuty, tak se zaměřím pouze na ten bod poslední, a to je bod pašování cigaret.

Já jsem se před 4 a 3 lety znovu k tomu vrátil, to bylo téma pašování cigaret z Běloruska směrem do Polska. Tam Komise podnikla některé kroky ve spojení s polskou vládou a ten problém se začal řešit. Kde se ale tento problém nezačal vůbec řešit, je Francie. Každý den do Marseille přijíždí jedna loď s pašovanými cigaretami z Alžírsko. Já jsem na to opakovaně upozornil, dokonce vyšel můj článek v *Le Monde*, kde vlastně říkám, jak ten proces probíhá. Opakovaně na to upozorňoval tady Europol, opakovaně na to upozorňuje OLAF, ale Francie odmítá jakoukoliv větší spolupráci s úřadem OLAF.

Tady je otázka na Vás, pane komisaři: Není čas se nevěnovat jen členským státům střední a východní Evropy a systematicky se začít věnovat Francii? Není čas přinutit Francii k tomu, aby opravdu přestala vlastně podceňovat obchod s nelegálním tabákem a cigaretami? Vždyť 30 % pašovaných cigaret do Francie je z Alžírsko.

Inés Ayala Sender, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, agradezco mucho al señor Marinescu su informe y saludo además la presencia tanto del comisario Oettinger como también del director general de la OLAF, el señor Itälä.

Desde este 27 de enero, el Banco Central español ha dejado de emitir billetes de 500 euros. Esta medida, que puede parecer atrabiliaria, es sin embargo también una medida para luchar contra el fraude, aunque por desgracia hay algunos países donde todavía se resiste.

Yo saludo el hecho de que este informe para 2017 también demuestra que se ha conseguido disminuir, gracias al trabajo entre todos —la OLAF y todos los sistemas, tanto a nivel nacional como a nivel europeo—, en más de un 20 % en comparación con 2016 el número de casos de fraude. También hemos conseguido salvar una cantidad muy importante de millones de euros; sin embargo, en el caso de la brecha del IVA todavía tenemos bastante trabajo por hacer.

He de tener en cuenta también que se señala a mi país, España, por estar en 2017 todavía por encima de la media —casi el doble de la media— en relación con las irregularidades fraudulentas y no fraudulentas; pero la verdad es que hay todavía elementos de mejora y el objetivo del Gobierno actual es precisamente la lucha directa contra el fraude.

Me alegra también que en el ámbito agrícola —cuando tantas veces se denigra a los agricultores— se haya conseguido reducir las denuncias y la situación fraudulenta casi a más de la mitad en el ámbito del desarrollo rural, pero tenemos de nuevo problemas relacionados con el apoyo directo, *ergo* espero que el señor Hogan y la nueva reforma de la PAC tengan en cuenta también estos problemas.

Saludamos de manera muy especial los esfuerzos actuales para poner en paralelo y sin duplicados el Reglamento de la OLAF con el establecimiento de la Fiscalía Europea, a quien damos un papel preeminente en esa lucha contra el fraude.

Creemos también que es importante reforzar la situación aduanera y también estamos de acuerdo con el señor Zdechovský —aunque yo no señalo a Francia, sino en general al sistema— en la necesidad de seguir combatiendo el comercio ilícito de productos del tabaco, que comporta unas pérdidas de 10 000 millones de euros. Y finalmente, la protección de los denunciantes.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Ochrona interesów finansowych Unii jest kluczem do zwiększenia zaufania obywateli państw członkowskich do Unii jako takiej i trzeba ją wspierać, ale wysuwanie nierealnych propozycji, aby w ramach walki z korupcją Komisja Europejska badała zaufanie obywateli do administracji publicznej czy nawet demokratycznie wybrane struktury państw członkowskich, to jest zbyt daleko idący krok, który de facto narusza kompetencje państw członkowskich.

Ponadto pod przykrywką zwalczania nadużyć finansowych i ochrony interesów Unii znajduje się wsparcie dla kontrowersyjnego wniosku Komisji w sprawie powiązania budżetu Unii z praworządnością w państwach członkowskich. Tymczasem, podkreślam, Komisja nie jest uprawniona do badania i publikowania ocen zagrożeń dla praworządności w państwach członkowskich. Ponadto propozycja prokuratora europejskiego to propozycja bardzo kontrowersyjna dla wielu z nas.

Nedzhmi Ali, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, we are satisfied with the fact that in 2017 the total number of irregularities reported to the Commission were 21% fewer than in 2016. Their value of approximately EUR 2.58 billion was a 13% decrease from the previous year.

However, not all Member States have adopted national anti-fraud strategies and there is still a gap between the Member States in the reporting process. Member States have to establish a uniform system for collection of comparable data on irregularities in cases of fraud in order to standardise the reporting process and ensure the quality and comparability of the data.

We welcome the establishment of the European Public Prosecutor's Office, for which purpose, for the first time, the European Union budget 2019 includes appropriations of EUR 4.9 billion.

We also welcome the Commission's proposal for a regulation on the protection of the Union's budget in the case of generalised deficiencies as regards the rule of law in the Member States. We expect objective and systematic assessment based on a set of indicators and independent report. The report includes also some aspects related to public procurement such as digitalisation and prevention at the early stages of the tender procedure as well as import procedures, expenditure problems identified and measures required, investigative journalism, as well as transnational fraud.

Finally, we welcome the Commission's proposal to empower OLAF to investigate value added tax matters and call on the Commission to establish a certain level of transparency of OLAF reports and recommendations.

Benedek Jávor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, first of all, I would like to say thank you to the rapporteur and the shadow rapporteurs for their good cooperation. This is the last 'PIF' ('protection of financial interests') report of this term, so we should see where we stand regarding the protection of the EU's financial interests.

The picture is very mixed, although we have adopted the PIF Regulation, including VAT within its scope, we have adopted the provisions for the European Public Prosecutor's Office (EPPO) and we have started reform of the VAT system in the EU. But the EPPO will include countries only on a voluntary basis; the Commission has abolished the bi-annual Anti-Corruption Report; the EU is still not a cooperating member of the Group of States against Corruption (GRECO). The EU seems to be financing Member States which are openly misusing the funds, large-scale corruption is spreading and the EU is not equipped with proper tools to address it.

It is clear what we need right now. We need the Commission and the Council to be firm on corruption. The EU needs to improve all the policies I have mentioned, and it definitely needs the so-called Rule of Law Regulation, with the option of allowing the EU to spend EU funds directly in those Member States affected.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, anche quest'anno la relazione sulla protezione degli interessi finanziari dell'Unione evidenzia un'incoraggiante diminuzione del numero totale delle irregolarità. Tuttavia, malgrado il trend positivo in atto dal 2014, è evidente come il livello di frode ai fondi dell'Unione rimanga ancora decisamente elevato – lo abbiamo sentito: quasi tre miliardi di euro nel 2017 — così come rimangono elevati i casi di corruzione.

Molto rimane quindi ancora da fare: svariati Stati membri, ad esempio, non dispongono ancora di leggi specifiche contro la criminalità organizzata, pure se risulta in costante crescita la partecipazione di gruppi criminali a frodi transfrontaliere ai danni degli interessi finanziari dell'Unione, quali il contrabbando di sigarette, la contraffazione di valuta o le frodi carosello. Peraltro, malgrado la recente adozione dei provvedimenti legislativi importanti, quali la direttiva PIF o il regolamento sulla Procura europea, ritengo non si sia fatto abbastanza in termini di prevenzione della corruzione né per il recupero dei fondi oggetto di frodi.

Proprio per questo continua a destare qualche perplessità la decisione della Commissione di non pubblicare più specifiche relazioni sulla corruzione; tematica inserita, è vero, nel documento di *governance* del semestre europeo, documento che, però, considera solamente l'impatto economico causato dalla corruzione, tralasciandone gli effetti negativi in termini di convivenza civile e fiducia dei cittadini nella pubblica amministrazione.

Anche in questa discussione, infine, a mio avviso, va sottolineato come nella lotta a frodi e corruzione non debba essere sottovalutato il ruolo che svolgono gli informatori – i cosiddetti «*whistleblowers*». Per l'importanza del loro contributo e la delicatezza del loro ruolo, auspichiamo che la proposta legislativa che ne sancisce diritti e obblighi possa essere approvata tempestivamente. Ringrazio il collega relatore per il suo lavoro e ringrazio tutti voi per l'attenzione che mi è stata prestata.

Catch-the-eye procedure

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, stimați colegi, vorbim de fraudă. Nu vreau să repet ce s-a spus aici. Vreau să pun accentul pe câteva lucruri care nu au fost atinse în raport. Frauda nu se face numai din fonduri europene și nu poate OLAF să rezolve totul. Aici avem nevoie sistemic să acționăm, domnule comisar, și ridic problema că încă tot se amână uniunea vamală, tot se amână informatizarea și funcționarea sistemică a uniunii vamale. Avem foarte multă marfă contrafăcută, foarte multă marfă cu preț de dumping, care intră în piața internă, și evident că e fraudă. Vorbim de fraudă care, iată, s-a întâmplat cea mai mare – spun experții, nu? - în 11 țări. De câțiva ani nu s-a rezolvat nimic, nu știm rezultatul. 55 de miliarde! Vorbim de fraudă făcută în Germania, de exemplu, de vânzarea mașinilor în Europa de Est fără a fi evidențiate și vorbim de sume foarte mari, de circa 50 000 de vehicule. Aici trebuie să existe măsuri noi și, sigur, prevenție, cum spunea domnul raportor, dar, domnule comisar, cred că trebuie mult mai mult făcut și să nu se suprapună atribuțiile OLAF cu atribuțiile EPO și cu ale altor instituții.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, zaštita finansijskih interesa Unije jedna je od onih važnih tema u kojima je posebno važno voditi se principima ravnoteže i proporcionalnosti.

Mehanizmi koji su nužni u borbi protiv prijevара nose određeni teret gospodarstvu. Moramo voditi računa o tome da taj teret bude najmanji moguć i da zakonski mehanizmi budu maksimalno selektivni, odnosno da s velikom točnošću zahvaćaju one koji varaju.

Također, taj nužni administrativni i finansijski teret ne smije pasti na leđa malih i srednjih poduzeća, koji bi mogao predstavljati neizdrživo opterećenje. Ne smijemo nikada smetnuti s uma da su upravo mala i srednja poduzeća kraljevnica europske ekonomije i da zapošljavaju ogromnu većinu zaposlenika u privatnom sektoru te da svaki nepotrební namet može dio njihovih zaposlenika koštati posla.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisario Oettinger, imposible exagerar la importancia de este debate anual que sostenemos acerca del fraude a los intereses financieros de la Unión. Y este Parlamento Europeo ha hecho cuanto ha podido: ha legislado penalmente —la Directiva penal de protección de los intereses financieros de la Unión, que crea no solamente tipos penales vinculantes para los Estados miembros, sino también sanciones mínimas, penas—, pero, sobre todo, hemos dado el impulso a la Fiscalía Europea, que complementará la arquitectura de persecución del fraude.

Y el hecho de que el fraude parezca disminuir hasta en un 20 % y en las cantidades defraudadas no puede tener que ver —¿verdad?— con el hecho de que la detección o la investigación esté desfalleciendo. Porque a la Fiscalía Europea todavía le faltan seis Estados. Algunos de ellos se han caracterizado históricamente por su *opt-out* de la legislación penal europea y del espacio de libertad, seguridad y justicia. Pero hay dos que se distinguen por tener los mayores niveles de fraude y de corrupción en la gestión de los fondos europeos.

Por eso, es importante que completemos la Fiscalía Europea con el Reglamento de la OLAF —el Reglamento de la Oficina Europea de Lucha contra el Fraude—, todavía pendiente de impulso por la Presidencia rumana. Queremos que se complete para que sus investigaciones sean relevantes y complementarias a las de los Estados miembros y sus pruebas puedan ser utilizadas como pruebas en los procesos penales en los Estados miembros.

(End of catch-the-eye procedure)

Günther Oettinger, Mitglied der Kommission. – Verehrte Frau Präsidentin, Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte auf wesentliche Fragen eingehen, danke aber auch für die Sachkunde, die Sie bewiesen haben, und das Engagement, das Sie hier gemeinsam mit der Kommission darlegen. Dies unterstützt und stärkt uns sehr.

Es wurde der Fall erwähnt, dass illegale Tabakimporte, Zigaretten, Europa erreichen, und zwar wurde der Hafen Marseille erwähnt. In der Tat muss klar sein: Korruption, Betrug, Untreue, illegaler Handel ist kein Thema von einigen Mitgliedstaaten. Es ist ein Thema der gesamten Europäischen Union. In einigen Mitgliedstaaten ist das mehr, in anderen weniger, aber kein Mitgliedstaat, keine Region ist frei davon. Da gibt es kein Ost-West-Gefälle, kein Süd-Nord-Gefälle, und OLAF ist mit seinen Beamten und seiner Sachkunde dabei, diesen französischen Fall, diese Vermutung, dass täglich ein Schiff aus dem Maghreb, Europa über Marseille erreiche, zu untersuchen. Wir werden Sie über den Fortgang informieren.

Zweitens, der sogenannte Mehrwertsteuer-, VAT-Betrug: Die geltende OLAF-Verordnung ist hier in ihrem Text nicht ganz klar. Sind Einnahmen aus Mehrwertsteuer Eigenmittel? Unterliegen sie und die Kontrolle derselben der OLAF-Kompetenz, oder ist dies nicht der Fall? Einige Mitgliedstaaten bestreiten dies. Auch das Land, in dem ich zu Hause war, bestreitet dies. Deswegen wollen wir mit der Novellierung der OLAF-Verordnung genau dies klarstellen und damit jede Rechtsunsicherheit ausräumen. Auch die Untergrenze von 10 Mio. EUR soll nicht mehr bestehen. Wir wollen, dass OLAF eine umfassende Zuständigkeit für die Untersuchung von Missbrauch und Betrug an den wichtigen Mehrwertsteuereinnahmen hat oder bekommt, jedenfalls, wie immer die Rechtslage gewesen sein mag, dass sie in Zukunft unstrittig ist.

Mehrere Kollegen haben die Frage aufgeworfen, warum die Kommission keinen Antikorruptionsbericht mehr vorlegt: Dies stimmt. Wir legen ihn nicht mehr als eigenen Bericht vor. Warum? Korruptionsbekämpfung ist uns wichtig. Es ist ein Merkmal unserer Bewertung der Politik und der Zustände in den Mitgliedstaaten. Deswegen haben wir diesen Antikorruptionsbericht in einem eigenen Kapitel in den Vorgaben des Europäischen Semesters integriert. Das Europäische Semester ist unser Hauptbuch, um die Lage der Mitgliedstaaten zu Stärken und Schwächen, Kritik zu definieren. Dort finden Sie unsere Bewertung zum Thema Korruptionsfreiheit, Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten, und wir können auch den Weg über unsere *country specific recommendations* gehen, auch Sanktionen sind auf der Grundlage rechtlich möglich.

Wenn gesagt wurde, es fehle in zahlreichen, in vielen Mitgliedstaaten eine schriftliche Strategie zur Betrugsbekämpfung: Auch dies stimmt. Leider gibt es für die Mitgliedstaaten keine Rechtsverpflichtung, eine Strategie zur Betrugsbekämpfung vorzulegen. Einige machen dies, andere machen es nicht. Wir ermuntern alle Mitgliedstaaten. Wir drängen sie, aber ohne ein rechtliches Instrument. Wir beraten sie auch. Wir sind sicher, dass zunehmend mehr Mitgliedstaaten, auch in ihrem eigenen Interesse, eine Strategie zur Betrugsbekämpfung für ihre Arbeit und als Vorlage in Europa für die europäische Arbeit vorlegen. *Best practice* kommt als Motivation ergänzend hinzu.

Eine abschließende Wortmeldung hat beklagt, dass an der Europäischen Staatsanwaltschaft, für die meine Kollegen Jourová, die für den nächsten Punkt wiedergekommen ist, und auch ich in der Erarbeitung und jetzt in der Implementierung verantwortlich sind, nur 22 Mitgliedstaaten teilnehmen. In der Tat, da fehlen sechs – oder bald fünf – aber als wir unseren Gesetzentwurf für EPPO dem Parlament und Rat vorgelegt hatten, war die Begeisterung weit geringer. Wir fingen mit 14, 15 Mitgliedstaaten an, und dass der Weg von 14, 15 schon vor Beginn der Arbeit von EPPO auf 22 geführt hat und EPPO erst im nächsten Jahr die Arbeit aufnimmt, stimmt mich eigentlich eher zuversichtlich. 22 von 28 – oder 27 – ist sehr, sehr viel. Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren alles tun, dass am Ende die Staatsanwaltschaft Europas für alle Länder und für alle Strafverfahren bei Korruption, Untreue und Betrug am europäischen Haushalt verantwortlich ist. Insofern ein wichtiger Schritt, ein guter Auftakt, noch nicht das Ergebnis. Aber ich glaube, wir kommen in den nächsten Jahren von 22 auf das Ziel, das auch Sie erwarten, voran.

Besten Dank für Ihre Kommentare und Ihre Stellungnahmen. Besten Dank an Herrn Marinescu für seinen umfassenden Bericht. Wir arbeiten gerne auch weiterhin in allen Fragen, wie man Nachteile am europäischen Haushalt vermeiden kann, Schäden vermindern kann, zusammen.

Marian-Jean Marinescu, Raportor. – Doamnă președintă, domnule comisar, mulțumesc foarte mult pentru cuvintele de apreciere și vă mulțumesc și în numele colegilor mei care au contribuit, raportorii din umbră care au contribuit la acest raport. Este evident că depistarea fraudelor și recuperarea banilor fraudăți, amândouă aceste activități sunt extrem de importante și trebuie să se întărească și să continue și dacă scad fraudele la 0,1 % din buget. Pentru asta – exact cum a spus OLAF – procurorul european trebuie să primească responsabilități și atribuții foarte clare, să colaboreze, să aibă o activitate divergentă și OLAF trebuie să primească și pârghiile necesare să poată să acționeze în acest sens.

Eu cred că atunci când crește nivelul de trai într-o comunitate, scade și numărul fraudelor și corupția. Bugetul european e un buget de investiții, investițiile aduc creștere economică și este foarte important ca acest buget să fie cheltuit așa cum trebuie, dar să aducă foarte multe rezultate. De aceea, eu cred că este foarte important, în același timp, să cheltuim banii și să-i cheltuim pe o direcție corectă. Eu cred că ar trebui să găsim niște pârghii, ca de la nivelul Comisiei pur și simplu să se impună statelor membre să folosească tot ce înseamnă digital, electronic, astfel încât contactul între cei care verifică și cei care decid ce se întâmplă cu fondurile europene și cei care beneficiază de fonduri, care depun oferte, să fie cât mai mic și, în același timp, controlul să fie foarte simplu, foarte ușor de făcut și evaluarea să fie la fel de bine de făcut. Deci eu cred că în această direcție ar trebui să se meargă foarte mult, chiar dacă legile de achiziții publice în statele membre sunt diferite. Trebuie găsită o cale comună, astfel încât să se poată realiza această activitate cât mai eficient, cât mai profitabil și cât mai transparent.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 31 January 2019.

Written statements (Rule 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La lotta contro la frode è fondamentale a qualsiasi livello, ma che venga condotta a livello dell'Unione è assolutamente centrale. Infatti la libertà di circolazione favorisce non solo i commerci leciti, ma anche quelli illeciti. È il caso, in primis, delle frodi legate all'IVA, le cosiddette «frodi carosello», che vanno a toccare tutti i cittadini europei. Si tratta infatti di frodi al bilancio dell'Unione, come frodi al bilancio unico sono quelle perpetrate in riferimento ai fondi europei. Ma la casistica è molto più ampia. Inoltre la corruzione, spesso non immediatamente visibile, ha un costo elevatissimo che deve essere combattuto con tutti i mezzi. A tal fine è importante che siano elaborati dati specifici e studi approfonditi, in modo da poter circoscrivere i fenomeni in modo preciso e intervenire con puntualità.

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – La Commissione europea nel settembre 2018 ha pubblicato la sua relazione annuale riguardante la lotta contro la frode che ha colpito nel 2017 gli interessi finanziari dell'UE. I dati emersi risultano ambigui a una prima lettura in quanto, a fronte di una diminuzione del 18,7 % del numero di irregolarità fraudolente nel 2017, si riscontra tuttavia un aumento del 19,4 % dell'incidenza finanziaria rispetto al 2016. In altre parole questo significa che le irregolarità, fraudolente e non, sono effettivamente diminuite nel 2017 come numero, ma risultano in realtà aumentate come valore totale, in quanto i singoli casi possono comportare ingenti somme di denaro. Questo rende il numero di irregolarità segnalate un indicatore parziale, in quanto solo indicativo della quantità di irregolarità e non della loro incidenza finanziaria. Il documento inoltre mette in luce una distribuzione non omogenea delle irregolarità nei vari Stati membri, con Grecia, Spagna e Ungheria notevolmente al di sopra della media UE dell'1,96 % relativa alle risorse proprie tradizionali non rimosse.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Napriek tomu, že počet nezrovnalostí v oblasti podvodov v roku 2017 oproti roku 2016 klesol o 20,8 % a od roku 1998 má v EÚ klesajúcu tendenciu, odhadovaná ročná hodnota podvodov vo výške 2,58 miliardy € za rok 2017 je veľmi vysoká. Pritom nie je jednoznačne preukázané, či pokles podvodných nezrovnalostí je skutočný alebo vychádza z nedostatkov pri odhaľovaní tejto činnosti. Prevencia a účinné odhaľovanie podvodov sa preto spolu s efektívnou spoluprácou s členskými krajinami musí stať samozrejmosťou všetkých politík. Prevenciou v boji proti podvodom môže byť zverejňovanie zistených podvodov a ich potrestanie. Podvody spolu s korupciou, ich nedostatočné a zdĺhavé odhaľovanie a vyšetrovanie poškodzujú finančné záujmy Únie. Zároveň zvyšujú nedôveru obyvateľov voči orgánom a inštitúciám Únie aj členských krajín. Ohrozená dôvera v právny štát a demokraciu umožňuje rásť extrémistickým silám, ktoré témy podvodov a korupcie využívajú stále viac vo svoj prospech. To však v budúcnosti môže zásadným negatívnym spôsobom ovplyvniť celkový politický, hospodársky aj ekonomický stav Únie a jej členských krajín. Preto si politická zodpovednosť v oblasti boja proti podvodom vyžaduje prijať efektívne opatrenia.

27. Strategien zur Integration der Roma (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on Roma integration strategies (2019/2509/RSP)).

Melania Ciot, President-in-Office of the Council. – Madam President, honourable Members, Commissioner Jourová, it is a great pleasure for me to join you here today for this important debate.

May I begin by recalling our common objective to promote Roma inclusion at European Union level. This is an objective commonly agreed and which sets the basis for launching a broad and sustained push for action at European level.

Eight years ago the European Commission, the European Parliament and the Council joined forces to set up the EU framework for national Roma integration strategies. We did this in order to act, to prevent and discourage any discriminatory action towards this group of vulnerable persons.

We are all aware of the difficulties and challenges faced by Roma citizens in our societies nowadays. From this perspective, we need to ensure the required instruments for properly addressing them. It will take determined efforts by a whole range of stakeholders to see concrete results on the ground within Roma communities and in our societies. It is indeed a challenge that would not be solved overnight but that requires a continuous political will and support from all Member States and European institutions.

It is precisely for this reason that the Council, the Commission and the Parliament agreed on the need for a strategic approach. A sustained strategy is the only way to heal long-neglected communities, to stamp out discrimination and to bring real opportunities to all, including the poorest.

In pursuing this vision, we are guided by our common European values and we are supported by the vigorous actions of the Commission. And it fits perfectly with the political priorities that will guide the Romanian Presidency of the Council of the EU which runs under the motto 'Cohesion: a common European value'.

Let me thank the European Parliament for taking up this important subject on the EU agenda. In the turbulent times we live in today, a great many social challenges require our attention. Against the loud shouts of populism it is not easy to speak up for the voiceless and the unpopular. Yet we must speak. Social policy should not be at the mercy of headlines, trends and electioneering. Social regeneration takes time. Deeply-rooted disadvantages cannot be wished away in an instant.

The list of challenges that we have sought to address in our common strategic framework spans the whole range of fundamental social needs: employment; housing; health; and education. These four things are the building blocks of a decent life. The deprivation faced by this community is so comprehensive that it seems to defy description. And yet it can be summed up in one word: poverty.

According to the EU Fundamental Rights Agency, the overwhelming majority of Roma, some 80%, live in poverty, but Roma are also one of the groups at greatest risk of discrimination, and these two facts –, poverty and discrimination – are interlinked.

We already have legislation in Europe that outlaws racist discrimination, but as everyone knows legislation is not enough. Rules must be implemented in practice and attitudes must change.

I therefore thank the European Parliament for insisting on this aspect, for leading the call for more action to stamp out racism and discrimination and hate speech. The Council has also highlighted this issue, recognising anti-Gypsyism as a root cause of the social exclusion and discrimination suffered by Roma.

In this context I am pleased to announce that the Romanian Presidency will be hosting a high-level conference on the EU framework for national Roma integration strategies in Bucharest on March 4 and 5. We look forward to welcoming representatives of the Parliament, Member States, civil society and Roma organisations at this event.

The Commission has recently evaluated the effectiveness of our efforts under our shared strategic framework. Our conference will give Member States and other stakeholders the opportunity to reflect on the results of this evaluation and on the best way forward.

To highlight just one topic in its evaluation report, the Commission notes that education is the field in which most progress has been seen. More Roma are now benefiting from schooling. This is encouraging. However, I am sure we all agree that progress has been slow and must be stepped up in all four key areas: education; employment; housing; and health. The added value of cooperation at EU level is very clear. The Council has already called on the Commission to propose a post-2020 strategy. Therefore, let us here today renew our commitment to end marginalisation and exclusion. Together we can make a brighter future for Roma and a better society for all citizens.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, let me start by thanking Parliament for tabling this debate on the implementation of and follow-up to the EU Framework for National Roma Integration Strategies. It comes at an important time, as the Commission has just concluded its in-depth evaluation of the framework.

I would also like to mention Parliament's ambitious 2017 report focusing on the fight against anti-Gypsyism. It made a major contribution to the evaluation and will continue to inspire reflection on the post-2020 EU approach that we are now launching with this debate. Further, I would like to thank the Council for having invited the Commission to carry out the evaluation and then to propose a post-2020 strategic approach.

We are all allies in this important quest to make equality and the inclusion of Roma a reality. I would like to thank, EP Vice-President Lívia Járóka and honourable Member Soraya Post, in particular, for their work, and also to thank many of you, honourable Members, who are present here today for your commitment to the cause.

Let me now highlight some of the most important results of the evaluation. It has confirmed that the four priority areas – employment, education, health and housing – continue to be key to Roma inclusion. At the same time, anti-Gypsyism has increasingly been recognised as a root cause of Roma exclusion. The evaluation found that a specific non-discrimination goal and a stronger focus on the suppression of anti-Gypsyism would make the framework stronger.

The report notes that the framework achieved positive EU added value by putting Roma inclusion on the EU and national agendas. It facilitated the development of new structures and increased consistency between the EU policy, legal and funding instruments that have been mobilised and aligned in pursuit of Roma inclusion. These include the European Semester, the Racial Equality Directive and the European structural and investment funds.

The framework provided flexibility for Member States to adapt their objectives to specific national contexts. The evaluation found that this tailored approach also contributed to fragmented implementation, reduced effectiveness and limited progress towards EU-Roma integration goals. The framework, however, had limited capacity to deal with diversity among Roma. It did not pay sufficient attention to targeting specific groups such as Roma women, youth, children as well as EU-mobile Roma.

The evaluation showed that the EU framework is the beginning of a process which, despite many limitations and taking into account the massive task involved, has demonstrated some positive results and an initial change in trends, education, especially, being the area that has seen most progress. It also shows that continued commitment is still needed.

PRZEWODNICTWO: ZDZISŁAW KRASNODEBSKI

Wiceprzewodniczący

Livia Járóka, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Tisztelt Elnök úr! Tisztelettel és szeretettel köszöntöm a Tanácsot és nagyon örülök, hogy ilyen bátor lépésre elszánták magukat. Köszönjük Romániának, és nagyon fontos szerintem, hogy részt vesznek ebben a háromfázisú új romastratégiai időszakban.

Itt három időszokról beszélünk ugye, az európai elnökség első időszaka most a románok, akiktől azt várjuk el, hogy a meglévő pénzügyi forrásokat a tagállamok jobban használják föl. Ezért a partnership agreementekben írunk alá velük konkrét, tiszta, papírra fektethető számokat, például a munkahelyteremtés tekintetében szerintem 5 százalékkal országként lehetne csökkenteni a roma munkanélküliséget.

Nekünk Magyarországon most sikerült. És ugyanígy a többi szakterületen és az oktatásban, lakhatásban, a foglalkoztatásban, az egészségügyben nagyon jó eredményeket lehet elérni.

2010-ben, amikor az Európai Parlament először készített erről komoly jelentést, akkor már hét olyan pontunk volt, amit nagyon fontosnak tartottunk volna, hogy átvegyen a Bizottság és a Tanács. És úgy gondoljuk, hogy mivel azokat a pontokat nem vették át a parlamenti jelentésből, ezért nem működik most teljesen a romastratégia. Ezért, amiket szeretnénk javasolni a holnap készülő jelentésünkben és a februári plenárisra készülő LIBE ötpárti jelentésben, azok a következő pontok, amiket vissza szeretnénk rakni a dokumentumba a következő tervezési időszakra.

Ami viszont már a finn elnökséget szeretnénk, hogy komolyan gondolkodjon arról, hogy egy 120 milliós európai szegénység esetében a 16 millió románok a kérdését kiterjeszthetnének-e gazdasági integráció szempontjából a többi szegény csoportra is Európában. És aztán szeretnénk, hogyha a horvát elnökség az európai romastratégia kapcsán azt tudná elérni, hogy a balkáni szegényeket bekapcsoljuk, hogyha 2025-ben csatlakozás lesz, akkor ne legyen akkora megdöbbenés, hogy milyen szegények ezek a balkáni roma- és szegénytelepek.

Ugye ezeken a telepeken csak egyharmaduk a szegényeknek cigány. Ma Európában 120 millióból csak 16 millió. Öt évvel ezelőtt vagy hét évvel ezelőtt ez 43 millió volt. Míg Európában emelkedik a szegénység, egy-két kelet-európai országban csökken. Ezért kérem, hogy a következő dolgokat fontolják meg.

Az első pontom az lenne, hogy legyenek aláírt partnership agreementekben szereplő tiszta célszámok, és azokat az országok teljesítsék. Ehhez természetesen kell egy valamifajta jogi alap, hogy szankcionálni lehessen azokat, akik nem értik, hogy a demográfiai hullám következtében a legszegényebb telepeken Európába születnek a jövő nemzedékek munkaerői.

Tehát itt nem egy humanitáriánus kérdéssről van szó, hanem egy nagyon erős gazdasági, fejlődési kérdéssről az Európai Unió szempontjából. Ötször olcsóbb integrálni a legszegényebbeket, mint nem integrálni őket, hanem szociális segítyt fizetni. Tehát nagyon köszönöm, az Önök elhatározása nagyon-nagyon fontos, és az Európai Parlament mindenben a román elnökség mellett áll, hogy egy nagyon komoly dokumentumot tudjunk lerakni az asztalra. Volt egy erős dokumentumunk másfél éve, Soraya Post írta, és tényleg azokat a kérdéseket is kezeli, amit a „race directive”, változást hozhatna a cigányellenességben. Kérem, ezt vizsgálják meg részletesebben!

Soraya Post, *on behalf of the S&D Group.* – Mr President, in the European Parliament, we have been working hand in hand with several colleagues across the political spectrum to fight the dehumanisation of Roma in Europe. We have been working hard for years now to ensure that the birth of Roma children will be registered without discrimination, as is the case for non-Roma children; that Roma children have full access to the same education as non-Roma children; that we Roma have easy access to clean and safe drinking water; that we have access to electricity; that we will not be forced to move to another EU country and live on begging; that we do not have to live in fear. We want to end the unacceptable apartheid that so many Roma live under in our otherwise emancipated societies. But in order to achieve

this, we need to continue the EU framework after 2020, and we need to do it in an approved format. We need to have a strategic EU framework, with a wider set of priority areas, clear targets, timelines and indicators for monitoring.

Following the 12 pages of demands and recommendations in my anti-Gypsyism report, the fight against anti-Gypsies has to be horizontal and Roma participation has to be safeguarded from the very start of the process. For that, we also need to work on trust building through a true recognition and reconciliation process. This is crucial. We have to mix the communities and we have to create trust. I would like to finish by thanking our Commission colleagues, the Fundamental Rights Agency and also all the NGOs for joining our fight for the realisation of the values compiled in our treaties throughout these years and thank you to the Council. I really appreciate your initiative to have the conference in Bucharest.

Romeo Franz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Eine neue EU-Strategie zur Roma-Inklusion – ja, aber nicht so. Warum haben alle Strategien, Pläne, die Roma-Dekade und so weiter versagt? Die beste Strategie nützt nichts, wenn wir die Ursache des Übels nicht erkennen, wenn wir das Haupthindernis der Inklusion einfach weiter ignorieren und tabuisieren, wenn wir den Ursprung des Scheiterns nicht bekämpfen.

Antizyganismus ist in der Mehrheitsgesellschaft und in den Institutionen seit Jahrhunderten felsenfest verankert. Armut ist die Folge, aber nicht die Ursache. Das neue EU-Roma-Framework darf nicht dazu missbraucht werden, dass unsere Menschen als Arbeitssklaven ausgebeutet werden, weil sie Roma sind. Wir brauchen echte gleichberechtigte Teilhabe und Einbeziehung der Menschen mit Roma-Hintergrund von Anfang an und auf allen Ebenen. Wir müssen endlich die Zivilgesellschaft und die Politik sensibilisieren. Der Zugang der NGO zu den Mitteln darf nicht an der Bürokratie scheitern, und wir müssen Strategien zur Bekämpfung von Korruption ausweiten. Leuchtturmprojekte, die bei der Inklusion von Menschen mit Roma-Hintergrund erfolgreich sind und nachhaltig wirken, diese Projekte nehmen wir uns zum Vorbild für ein neues Roma-Framework.

Martina Anderson, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, today this Parliament marked International Holocaust Remembrance Day where MEPs remembered all who were slaughtered in one of the world's most horrendous genocides. Among those are the Roma, who were, and still are, marginalised in every sphere of society. Like other groups, the Roma were rounded up like cattle in an attempt to wipe them out. Today Roma face discrimination in education, health and social welfare systems so they need more than integration strategies. In the north of Ireland, particularly in Belfast, the Roma community face racist slurs, abject poverty and attacks every single day. Entire families live in fear in their homes. This is utterly reprehensible.

I condemn all those who exploit and profit from the systematic discrimination of the Roma. We need to break the vicious cycle of oppression and exploitation that the Roma face by tackling it at source. After all, injustice anywhere is a threat to justice everywhere.

(Applause)

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisaria Jourová, qué bien hace este Parlamento Europeo en preocuparse en combatir todas las formas odiosas de discriminación contra minorías vulnerables. Lo hemos visto esta mañana en la Conmemoración del Holocausto.

Hubo también un holocausto gitano, como nos recordó aquí apasionadamente ese memorable miembro de la comunidad gitana europea que fue miembro del Parlamento Europeo, Juan de Dios Ramírez Heredia, y, esta noche, Livia Járóka y Soraya Post, entre otros ilustres romaníes de la comunidad europea, que continúa padeciendo discriminación en materia de acceso a la vivienda, al empleo, a la educación o a la sanidad. Y esas estrategias nacionales tienen que ser evaluadas no solo hasta el 2020 sino con posterioridad y permanentemente.

Pero es importante que todos los fondos europeos —los fondos de integración, el Fondo de Cohesión, los Fondos Estructurales y también el propio programa Erasmus— tengan un capítulo de integración de esa comunidad vulnerable que continúa padeciendo discriminación en Estados miembros de la Unión Europea. Por eso, comisaria Jourová, cuenta con todo el apoyo de los europarlamentarios comprometidos contra todas las formas de discriminación.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, please excuse me if I'm being too blunt in my speech. I've been looking at these strategies and listening to our speeches. I had the privilege of working with the Swedish Strategy for Roma Inclusion and, yes, things are improving. We are doing something. But still, the gap between our speeches and Roma realities is so big that it is actually unnerving. The simple and major reason for that is a lack of political will to do something to help Roma and solve the problems they are facing. Some countries are avoiding doing it, some countries are not prioritising the tasks, and some countries are even consciously not doing anything, hoping that the Roma will move from their country and live in another country. This is the bitter reality. We have a million excuses for why things haven't been improving and not a single one is good. Not a single one actually explains the reality.

Let us not be too pessimistic. This is a good initiative. I want to thank the Council, the Commission, the people from Parliament – Soraya Post and Madam Vice-President – working on this strategy. Let us hope that the high-level meeting in Bucharest will be the first concrete step towards actually improving the situation, which we can do.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonaşului albastru”.* – Domnule preşedinte, doamnă comisar, stimate coleg, vă înţeleg revolta pentru că, aşa este, trebuie să înaintăm, să facem ceva concret. Întrebarea mea este – şi mă leg de ceea ce a prezentat preşedinţia, că este necesar să punem accent pe educaţie, şi educaţie nu numai pentru romi, educaţie şi pentru partea cealaltă a populaţiei, pentru că eu cred că o populaţie educată nu ar stigmatiza alt cetăţean, alt vecin de lângă el. Nu credeţi că ar trebui să investim mai mult în educaţie, şi Comisia să se gândească la acest gen de educaţie? Pentru că am cazuri concrete în care, de fapt, neînţelegerea este de la lipsa de educaţie.

Jasenko Selimovic (ALDE), *blue-card answer.* – Thank you, Mr President and thank you to Madam Grapini for posing the question.

I do agree with certain things, but I have to say, we have all possible strategies, we have everything, we know what is to be done, we know what should be done. What we are lacking is political will and implementation of the things in order to improve the situation. When we start to do that, we will achieve the results, I'm completely sure of that.

Dietmar Köster (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir im Plenum an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnert. In den Tagen um den 27. Januar 1945 sind viele NS-Verfolgte befreit worden: Jüdinnen und Juden, Widerstandskämpfer, Homosexuelle und eben auch Roma. Mindestens 500 000 Sinti und Roma wurden in der NS-Zeit ermordet. Wir müssen im Europäischen Parlament in Zukunft auch der Sinti und Roma an diesem Tag der Befreiung gedenken.

Der Antizyganismus ist nach wie vor Teil der europäischen Gesellschaft. Dieser Rassismus ist die Ursache dafür, dass Roma bis heute diskriminiert werden. Insbesondere in Ungarn unter dem Regime der Fidesz-Partei, die sich in der Fraktion der Konservativen und der EVP wohl aufgehoben fühlt, werden Roma nach wie vor rassistisch diskriminiert. Im Kampf gegen den Antizyganismus muss ein Perspektivenwechsel stattfinden. Wir brauchen eine Inklusionsstrategie. Demnach stellt sich die Herausforderung, wie sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein gutes Leben für Roma ändern müssen. Das ist die unverzichtbare Aufgabe der Europäischen Union, wenn sie als Wertegemeinschaft ernst genommen werden will.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Lívía Járóka (PPE), *blue-card question*. – Given that the Commission has made a very big step under the leadership of Ms Jourová for the Roma strategy, do you see any good projects? You were talking about Hungary. Do you know that in Hungary Roma get 10 million forints if they have many children – two or three – to get housing? Do you know that in Hungary at the age of three you have to go to kindergarten? Do you know that in Hungary, in the last three years, 300 000 Roma got jobs? Public work, it's true, but 100 000 could make it to the normal work spheres. Also, do you know that in Hungary we have stopped school drop-out? Do you know that we have *Biztos Kezdet Gyerekházak*, which starts at the age of one in settlements? Do you know about these developments in Hungary?

President. – Excuse me, but the question is long. I have to interrupt it. Do you know about this, Mr Köster?

Dietmar Köster (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Vielen Dank für die zusätzlichen Erklärungen. Ich bin ja dankbar, wenn auch in der ungarischen Regierung mittlerweile erkannt wird, dass man gegenüber der massiven Diskriminierung, die es in der Vergangenheit in unterschiedlichen ungarischen Städten gegeben hat, endlich versucht, dies zu ändern. Das kann man nur begrüßen. Ich hoffe, dass hier die Fidesz-Partei zur Besinnung kommt und ihrer Antidiskriminierungsstrategie dann auch wirkliche Taten folgen lässt.

Mir ist natürlich klar, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch in Ungarn gerade für Roma grundsätzlich verbessert werden müssen. Es kann nicht sein, dass Roma in Stadtteilen, in Ghettos mit schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen leben müssen. Es muss hier vor allen Dingen etwas gegen den Antiziganismus in Ungarn getan werden. Dann, glaube ich, sind wir in Europa und auch in Ungarn auf einem guten Weg.

Julie Ward (S&D). – Mr President, this week as we commemorate the Holocaust, we should take the time to remember all Roma and Sinti victims of this tragedy. Their erasure from history books shows how little consideration is given to their suffering. Witness, for example, the site at Lety in the Czech Republic, which was, until recently, a pig farm.

To this day, the widespread and systematic discrimination faced by Roma people is one of Europe's greatest shames. The social issues faced by Roma and Sinti people, such as unemployment, poor access to education, health and housing, come from a particular form of racism called anti-Gypsyism – essentially this is a human rights issue. It's time to stop ignoring the problem and focus all our efforts into combating discrimination and stigma, taking positive measures to support and uplift our Roma siblings. It's also necessary to tackle multiple discrimination that many face, such as Roma women, who are marginalised because of their ethnicity and also because of their gender. And as a children's rights campaigner, I want to highlight the plight of Roma children, who are unfairly treated and segregated on a daily basis in the EU. We can see from the award-winning Roma Versitas organisation that through support and training, Roma children and youth can achieve against all the odds.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a integração da minoria cigana exige um esforço transversal na educação, na saúde, na habitação, no trabalho. Não se pode continuar a deixar a marginalização invisível, escondida.

E quero prestar aqui homenagem à colega Soraya Post pelo seu trabalho fundamental para estabelecer o quadro europeu para as estratégias nacionais de integração do povo roma até 2020.

É um instrumento crucial, mas é preciso que seja medido o seu cumprimento por cada Estado-Membro, designadamente no quadro do Semestre Europeu, como bem disse a Comissária Jourová. E é preciso dar incentivos e capacitar as mulheres ciganas para liderarem a mudança, é preciso mais financiamento para as ONG no terreno, é preciso dar voz à comunidade. É crucial sensibilizar os *media* para este combate, para mostrarem casos de sucesso de projetos de integração nas escolas, nos bairros, no trabalho.

Só assim se dará confiança à comunidade para se dar a conhecer e quebrar a barreira da discriminação e do esquecimento que persiste na Europa.

O preço a pagar pela falta de integração, pela nossa inação nos roma, portanto, quanto à integração dos roma, é o fortalecimento dos chauvinistas do racismo e da xenofobia que realmente ameaçam destruir a nossa Europa.

(A oradora aceita responder a uma pergunta formulada ao abrigo do procedimento «cartão azul» (artigo 162.º, n.º 8, do Regimento))

Romeo Franz (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich möchte einmal noch etwas Grundsätzliches dazu sagen, zu Ungarn. Wir müssen auch fragen, in welche Schulen kommen die Roma-Kinder? Denn oft sind es segregierte Schulen. Welches Lernniveau herrscht da? Und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie werden diese bezahlt? Wie hoch ist der Lohn? Denn da liegt der Hase im Pfeffer bei der ganzen Geschichte. Und ich sage Ihnen eins: Diese Roma-Strategie, dieses neue Roma-Framework – wenn wir die Betroffenen nicht mit einbeziehen, gleichberichtigt schon hier in der Entwicklung, wird es beim zweiten Mal genauso ein negatives Ergebnis geben, wie es das schon mal gab.

Przewodniczący. – Na tym niestety musimy skończyć procedurę *blue card*, dlatego że czas nas goni. Przepraszam, Pani ma jeszcze prawo do odpowiedzi.

Ana Gomes (S&D), *blue-card answer*. – I fully concur with my colleague, Mr Franz. Real integration is not ghettos and is not separation. You can have fantastic housing in a ghetto and you're not integrated. You can have a separated school and you're not integrated if the Roma children are not together with the other children and the other children don't appreciate the cultural wealth that it is for Europe to have Roma and Sinti communities.

Zgłoszenia z sali

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, meio ano depois de debatermos nesta casa a aplicação e acompanhamento das estratégias nacionais que favorecem a integração das comunidades ciganas, chegamos à conclusão de que os Estados-Membros continuam a falhar no combate à discriminação e ao preconceito de que é vítima esta minoria étnica.

A verdade é que os relatos que nos chegam revelam que os roma ainda vivem à margem da sociedade, com um acesso limitado, para não dizer inexistente, à educação, ao emprego, à saúde, à habitação que, consequentemente, os torna mais vulneráveis à pobreza e à exclusão social e reforça os estereótipos negativos associados à comunidade.

Caros colegas, foi em 2011 que os Estados-Membros se comprometeram a adotar as estratégias nacionais de integração dos ciganos até 2020, mas a verdade é que ainda hoje continuamos a denunciar uma intenção que, em muitos casos, nunca se chegou a concretizar na prática.

Perante os desafios do populismo e do ataque brutal e cobarde contra as instituições e os valores democráticos na Europa, importa desde já que, de forma mais ambiciosa e integrada, a União Europeia responda às necessidades da comunidade cigana que conta com mais de dez milhões de pessoas, a maioria das quais cidadãos dos Estados-Membros da União Europeia.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι η συζήτηση που γίνεται σήμερα για την κοινωνική ένταξη των Ρομά είναι ιδιαίτερα επίκαιρη, αν θυμηθούμε ότι πριν λίγες ώρες αποτίσαμε τιμή στα θύματα του Ολοκαυτώματος. Δεν πρέπει να ξεχνούμε ότι μεγάλος αριθμός, ένα εκατομμύριο τουλάχιστον Ρομά, βρέθηκαν στα στρατόπεδα συγκέντρωσης των ναζί και εκτελέστηκαν. Νομίζω ότι η σημερινή συζήτηση πραγματικά αποδίδει, αν θέλετε, τιμή και σε αυτούς οι οποίοι ήταν θύματα του ρατσισμού.

Αλλά, φυσικά, υπάρχουν κοινωνικές προκαταλήψεις κατά των Ρομά. Υπάρχουν στερεότυπα και νομίζω ότι εκεί πρέπει να κατευθυνθούμε. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να προσέξει στα θέματα της εκπαίδευσης και στα θέματα της κατάρτισης και πολύ περισσότερο πρέπει να δοθεί η ευκαιρία στους Ρομά για κοινωνική ένταξη, για παιδεία, για υγεία και για πόσιμο νερό. Από την άλλη, θα ήθελα να απευθύνω και μια έκκληση στην ίδια την κοινότητα των Ρομά να αναλάβουν και αυτοί τις δικές τους ευθύνες, για να μπορέσει πραγματικά να υπάρξει μια πολύ σοβαρότερη ένταξη των Ρομά στην κοινωνία.

James Carver (EFDD). – Mr President, speaking as a grandson of a Romany gypsy, I have to say that her Majesty's government's failure to produce a UK national Roma strategy is a clear indictment of their lack of willingness to tackle the inequalities facing my country's Gypsy, Roma, Traveller communities.

Instead of the current review of the eviction powers taking place in the UK, which will probably only lead to a further consultation process and more indecision, the time has come to properly address serious issues such as the lack of accommodation and negotiated stopping sites, and poor access to health care and education, which British gypsies face on a daily basis.

A 'one cap fits all' approach to Romany, Showmen, Travellers, Roma and New Age travellers is never going to work. It will not satisfy these very different groups nor indeed the British public, who I sincerely believe would come to better understand and respect these marginalised communities were they to be treated as equally as other minorities in my country.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl poděkovat zejména paní ministryni za to úvodní prohlášení, že skutečně tato otázka bude i předmětem toho kongresu. Myslím, že je to dobrý počín, a chci vám za to skutečně poděkovat. Já myslím, že žádný občan EU by se neměl cítit vydělen, někde stát na okraji.

Sociální koherence je jedno z našich základních témat, objevuje se v řadě dokumentů primárního práva. Pro nás chudoba, sociální deprivace, samozřejmě nedostatečné vzdělání nebo také diskriminace, to jsou naprosto nepřijatelné jevy. Z tohoto úhlu pohledu já bych chtěl podpořit ty aspekty, o kterých tu hovořili i kolegové v oblasti integrace Romů. Já znám řadu Romů, kteří myslím, že splňují naše očekávání o spořádaných lidech, na druhou stranu znám i lidi, kteří porušují v romské komunitě všechna možná pravidla.

Souhlasím s panem Selimovičem, že potřebujeme především přidat v té implementaci. Pokud jde o sdělení k táboru Lety, já chci říci, že ten problém byl v ČR snad vyřešen, pevně v to doufám a ti, kteří hovořili nepřijatelně, jsou např. i trestně stíháni ohledně tohoto tábora. Týká se to i některých poslanců. Česká justice funguje.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, integracija nacionalnih manjina poseban je test za svako društvo, a naročito ona homogena koja u svom dosadašnjem razvoju nisu imala iskustva s tim procesom.

Ne iznenađuje što je u takvim društvima stopa nerazumijevanja drukčijih ljudi nešto viša i što integracijski proces često nailazi na otpor. No, hrvatski primjer pokazuje i obrnute tendencije da politički predstavnici nacionalnih manjina zagovaraju autosegregaciju kako bi na izostanku integracije utvrđivali svoju moć i gradili političku karijeru.

Iz ovog Doma moramo poslati snažnu poruku da nijedan oblik segregacije nije dobrodošao na tlu Europe. Što se tiče izričito romske manjine, ja bih ipak voljela kad bi se i oni malo više trudili da integracija u državama u kojima žive bude uspješnija, a prvo pravilo integracije trebalo bi biti da je zakon jednak za sve.

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Az Unió alapértékei között szerepel az állampolgárok közti egyenlőség, amely alapján minden egyes, az Unióban élő embert egyenlő jogok és lehetőségek illetnek meg. Ennek ellenére ma azzal a helyzettel állunk szemben, hogy az európai szegénység mértéke aggasztó tendenciákat mutat. Ebben pedig különösen érintettek a romák, akiknek az integráció a tagállamok és az EU egyik fő feladata kell hogy legyen.

A legtöbb tagországban a romák továbbra is általános megkülönböztetéstől, nyomorúságos életkörülményektől, az alapvető szociális szolgáltatások hiányától, valamint rendkívül magas arányú írástudatlanságtól szenvednek. Ezek a tendenciák pedig tovább erősítik a társadalmi kirekesztettségüket. Ez a helyzet pedig fokozottan érvényes a jelenlegi tagjelölt országokra is.

Az Uniónak minél előbb rá kell ébrednie arra, hogy nem újabb tanulmányok, meg konferenciák kellenek, hanem kézzelfogható és folyamatosan ellenőrzött aktív cselekvés. A romák befogadását és integrációját célzó hiteles, átfogó és megfelelően finanszírozott hosszú távú stratégiák kidolgozása, krízispolitika jegyében nyújtott támogatások jobb ellenőrzése és folyamatos párbeszéd. Ezek csak az első lépést adják abban a folyamatban, amelynek a végén remélhetőleg az európai roma állampolgárokat ki tudjuk emelni a jelenlegi helyzetükből.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Mr President, Roma integration is a very complex process and we need to support it as one of the priorities at EU level. We need a genuine political will and a strategy in the medium and long term. We need to fight against discrimination and stereotypes, not only in central and eastern Europe, but in all EU countries. Education is very important as investment and access to proper education today will bring a lot of benefits tomorrow to Roma communities. In many cases, Roma communities are poor ones, with little access to quality healthcare policies, so we need health policies targeted to these vulnerable groups. We are now debating the next Multiannual Financial Framework and we need to make sure that EU funds will offer opportunities in financing projects in the area of Roma

integration.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, this debate today marks a strong symbolic moment, because here, this afternoon, we had the Holocaust Remembrance Ceremony, commemorating not only the Holocaust which affected Jewish communities, Jewish people, but also the Roma Holocaust. It was a touching moment: we saw the pictures drawn by children from the ghetto of Terezin, which is in my country, and the records of the children's lives ending with the number 1944. It is always shocking when we see these things and when we hear survivors, the direct witnesses.

One would like to say 'This happened 75 years ago.' We heard from Dr Knobloch, who spent her childhood hidden in the cellar – her way of surviving the Holocaust. We heard from her the list of people who were Holocaust victims and inhabitants of concentration camps – Jews, Roma people, LGBT people, people belonging to other minorities, handicapped people, people with some kind of 'otherness'. And I realised that, yes, this was more than 70 years ago, but it brought me back to the immediate present.

Honourable Members, next week I will get from the big IT companies, starting with Facebook, Google, Microsoft, Twitter and others, the data they acquired through the exercise that we call the Code of Conduct, through which we want them to delete hate speech from their online sphere and from social media. I call this data – which I can identify to specific Member States – either a 'map of hatred' or a 'map of evil'. I have already seen the previous data – I will see the fresh data next week – and it's shocking. We have obtained again the same list of groups of people who are affected by hatred, by verbal violence which could have the potential to spill over into real violence in the real world. Today we have some additional groups – refugees, people with political opinions, in some Member States we have judges, everywhere we have journalists – who are the targets of the hatred that has occupied this space, this easy, comfortable space, in the online world.

One thing is really worrying. When we look at the sources of this hatred, at who the authors of this production of dirt are, we are not talking about extremists. We are not talking about the members of some semi-prohibited parties or some strange communities. We are talking about Europeans – honest Europeans. When such cases come to court, when some of the people who send these hate messages – which are covered by criminal law – try to defend their actions, they say 'We were not aware of the responsibility, we are honest people.' And there are honest people there, with good jobs and a good education. So, we have a problem in Europe and we will have to find the right way to address it.

As the Minister said before, and many of you repeated it, we have to speak out. It already requires a lot of courage to speak, but now there is a further task out there. Some years ago, defending fundamental rights and anti-discrimination might have been termed 'business as usual'. But now it requires real political will and political courage to speak in defence of minorities, including Roma – to speak against the anti-Gypsyism which is clearly seen in online spheres.

There is a lot to be done and I very much appreciate the Romanian Presidency for organising this high-level conference. I would say 'the more such events the better', but we have to be careful that it is not a matter of the same people always speaking to the same audience. We have to be careful that everything we say at such conferences will reflect in real life. And that reflection, I have to say, must happen at a local level. Our task is to create the right conditions for local politicians, local organisations and the Roma people themselves, because our policy will never be successful if it is 'for Roma, about Roma, but without Roma'. We have to create the right conditions and we have to keep repeating that we mean it seriously. This is a problem we have to solve.

I know I have spoken for a long time, so I will add just a last few comments regarding the possible future strategy, which I am committed to preparing for my successor in this position. There will be a lot of proposals repeated from the current strategy: the things which are inevitable, the things which we have to continue doing to improve the situation in education, housing, and the world of work, which has not improved over the past few years of growth. I don't understand why, still, we have a high unemployment rate among Roma people in a situation in which we have workforce needs in all the Member States. We need to improve too, by traditional methods, the situation in health.

However, as I see it, we now have to add two big new things. We need to do much better on explaining how to use public money, something about which Ms Járóka spoke. We are doing something wrong here. A lot of money has been invested and the results are very limited. We have to be objective and reconsider the methods and the channels – how we distribute the money – and encourage more the people at local level to come forward for the money. We have to simplify the rules. I think that the first steps have been taken here, because in the Financial Regulation a lot of simplification has already been proposed.

The second thing: we have to reflect the digital revolution, because when you realise how difficult it is for many Europeans to keep up to speed with technological changes, and how easily a gulf could open if you do not help communities like the Roma to do this, we risk making a fatal mistake. We have to help children and young people, especially young Roma people, to go digital and not to lose this opportunity, because it is a fantastic opportunity. As I said, if we miss this moment it will be a horrible and fatal mistake.

We will have to reflect on the new things. We will have to drop the things which do not work – which are only a waste of time and money – and we must do better, not just with talk but with action. I am ready to do this until the end of my term of office and I count on your support and the cooperation of this Parliament, because it has always been very encouraging.

Melania Ciot, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for this useful discussion.

In closing, I would like to stress three points. The first is purely economic. As we all know, the Roma community numbers some four to six million EU citizens. It is our largest ethnic minority. However, Europe's Roma are not only a minority but also our fellow citizens, deserving of the same opportunities as everyone else. Exclusion is economically inefficient. Europe cannot afford to waste the potential of so many of its people. Promoting integration is both socially fair and economically sensible.

Secondly, let us not forget that women and girls make up half of this enormous community and their situation is particularly difficult. Our policies should be gender sensitive. This is an issue that the Commission has highlighted in its recent evaluation report. The Council and Parliament have also acknowledged this aspect and I wish to reaffirm it here today.

Thirdly, we must never forget the importance of involving the Roma themselves in our strategic efforts. Social change can never be effective from the top down. We must empower Roma communities and work together with Roma decision makers, including, of course, the esteemed colleagues who sit in this House.

In 2019 it is unacceptable that anyone should be born into deep poverty and condemned to a life of rejection, hopelessness and discrimination. The deep poverty that continues to exist in our midst harms the social fabric, betrays our values and damages our common future. It will take time to put this matter right: more time, more effort and more commitment. That is why both the Council and the Parliament have called for the strategic efforts to be continued beyond 2020. We have already planted the seeds for a better future but we must plant more seeds and we must nurture the plants that are growing.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się podczas następnej sesji miesięcznej.

28. Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Richarda Corbetta w imieniu Komisji Spraw Konstytucyjnych w sprawie poprawek do Regulaminu mających wpływ na tytuł I rozdziały 1 i 4, tytuł V rozdział 3, tytuł VII rozdziały 4 i 5, tytuł VIII rozdział 1, tytuł XII, tytuł XIV oraz załącznik II (2018/2170(REG)) (A8-0462/2018).

Richard Corbett, *Rapporteur*. – Mr President, this report is the culmination of a year and a half's work by the Committee on Constitutional Affairs, which set up a special working group that was very ably chaired by Mr Wieland, with a representative from every political group.

Our main task was to look again at our rules, two years after the big rules revision that we adopted two years ago. Some things needed tidying up, some things hadn't worked so well – there was the question of this new device of interpellations, which I think we adopted by accident in plenary, and which didn't sit very well with some of the other aspects of the rules. We've tidied all that up. But there are three big issues that have caused some controversy.

The first is how to deal with the fact that Parliament lost the court case that Mr Korwin-Mikke brought against the European Parliament when he was censured and fined by the President for using quite violently inappropriate language. The Court ruled that the balance in our rules between the right of Members to express themselves and the protection of Parliament and the public from hate speech and defamatory speech was not quite right. So we have very carefully, with the help of our Legal Service, rewritten that rule so that the emphasis now is on the use of offensive language, not so much on the content but on the intent to offend. We have defined that very carefully and we've even got a reference to Article 21 of the Charter of Fundamental Rights so that it covers a wide number of ways in which people may well feel offended by hate speech. We think we have that balance right, and I hope all groups accept what we have done there.

The second interesting subject is that of transparency, where we've been quite modest but we've wanted to increase the transparency in our rules where Members are dealing with lobbyists. At one level, for all Members, we say that Members 'should' only meet lobbyists who are on the transparency register and they 'should' publish their meetings online. The word 'should' is different from 'shall'. It is not an obligation. It is more a recommendation. But it is an important recommendation for Members. We go further, though, for rapporteurs, where we say that rapporteurs, shadows and committee chairs in dealing with a report 'shall' – in other words, they have to – publish a list of scheduled meetings that they have had with lobbyists and interest representatives. 'Shall' but it's only scheduled meetings. If you happen to bump into somebody on a train or in the corridor, you don't of course necessarily control that as a rapporteur, but when you have arranged a formal meeting, it should be reported and it should be transparent.

Remarkably, the PPE Group has, I understand, asked for a secret vote on transparency. You couldn't make it up really. It does seem to me a bit bizarre. Perhaps it's not too late for my PPE colleagues to reconsider.

The final issue difficult issue we've tried to grapple with is the question of fake groups – political groups that have no political affinity as required under our rules. We had this, you may remember – some people will remember – some 15 years ago when we had a technical group composed of a political party from the far right and one from the far left. They had no political affinity. They were creating a group simply to avail of the resources that you get from Parliament – staff, money, speaking time – to use that, but were not acting as a political group within our rules. That may be a situation that repeats itself after the elections. We should protect ourselves and have a mechanism for making sure that affinity – if there is a doubt about it and we are very careful in our wording there to say that Parliament normally need not evaluate political affinity – but if there is manifest evidence, then Parliament as a whole, by an absolute majority – that's a high threshold as a safeguard – can decide that a group has not been properly constituted. I think that's not unreasonable.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission welcomes the fact that, in line with the framework agreement between our institutions, the European Parliament has sought the opinion of the Commission on amendments to the Rules of Procedure which affect us. We have set out our opinion in the letters addressed by First Vice-President Timmermans to Ms Hübner on 9 October, ahead of the committee vote, and to President Tajani yesterday, ahead of the vote in plenary tomorrow.

I will not repeat in detail now what you will all have seen in writing, but I will flag just a few points. We welcome several amendments, such as those on the transparency of intergroups, the abolition of minor interpellations, the improvements to public hearings and the 'unfinished business' rule as concerns citizens' initiatives and the threshold for the verification procedure for citizens' requests under the statute of European political parties.

We remain concerned that some of the amendments on parliamentary questions could reduce the efficiency and quality of this important means of democratic accountability, in particular with regard to the removal of the limit on the number of questions and the introduction of very tight target deadlines for replies.

With regard to the transparency-related amendments, the Commission looks at this issue from the angle of the negotiations on the draft interinstitutional agreement on a mandatory transparency register. The objective of the Commission's proposal is to make the register *de facto* mandatory for interest representatives through a conditionality principle, requiring that decision makers in all three EU institutions meet only with lobbyists who are registered. Unfortunately, so far the European Parliament and the Council have put forward only voluntary approaches. Tomorrow you will consider the amendment that would provide that Members shall adopt the systematic practice of meeting only those interest representatives who have registered in the transparency register. The Commission would welcome such a move in the context of our negotiations on the interinstitutional agreement. By contrast, we are concerned about another amendment which would weaken the existing provision in the Rules of Procedure.

Other amendments seek to increase the information published about meetings with lobbyists. The Commission would like to point out that they solely concern the publication of meetings and so fall short of applying the conditionality principle: not on the register, no meeting.

The Commission will assess the consequences of the outcome of your vote tomorrow in preparation for the new political meeting on the proposal for an interinstitutional agreement, which we hope will take place in the margins of the February plenary session.

György Schöpflin, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, there are two issues that I would like to touch on. First, the reform of the Rules of Procedure will give this Parliament a much stronger connection with the European Citizens' Initiative – it has already been mentioned – so that whenever there is a successful initiative, Parliament will be in position to discuss it in plenary. Now this represents a major improvement in the process and will give initiatives much greater visibility. That, in turn, will enhance the relationship between citizens and the EU – something that is badly needed.

The other issue is evidently much more contested. How are political groups in this Parliament to be constituted? On paper, those who launch a group do so because they are linked by a political affinity; they have enough in common, politically, to act together. Hitherto, affinity has been taken on trust and mostly it has worked, but this the system can be gamed and it has been, by the EFDD, for example. Wholly divergent actors say they are linked and, thereby, they come to enjoy the rights and benefits of being a parliamentary group. Through that, they claim to represent the citizens, except as such divergent groups, they cannot and do not and that, of course, makes Parliament looks absurd – hence this reform, which is overdue.

Jo Leinen, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Richard Corbett und der Arbeitsgruppe ganz herzlich für eine immense Arbeit und einen ausgewogenen Bericht danken, der hier vorgelegt wurde. Es gab ja weitaus radikalere Vorschläge, aber hier sind vernünftige Kompromisse gebildet worden.

Transparenz ist das Mantra dieser Wahlperiode. Wir haben versprochen, dass unsere Arbeit öffentlicher und nachvollziehbar wird, und mit den Änderungen in der Geschäftsordnung tun wir unsere Hausaufgaben hier im Parlament. In der Tat: Abgeordnete haben ein freies Mandat, wir können nicht gezwungen werden, jemand nicht zu treffen. Also wir sind frei, jeden zu treffen, der ein Anliegen hat. Aber wir sagen auch, dass sich Lobbyisten registrieren lassen müssen, und dass, wenn wir sie treffen, wir es möglichst auch selber der Öffentlichkeit mitteilen.

Nun haben wir festgestellt, das geht nicht verpflichtend für die Abgeordneten. Dazu brauchte man ein Gesetz und nicht nur die Geschäftsordnung. Aber sehr wohl kann man Funktionsträger hier im Parlament auffordern, ihre Treffen mit Lobbyisten dann auch online zu stellen. Das ist genau der Sinn dieser Regelung jetzt.

Ich kann nicht verstehen, warum wir darüber geheim abstimmen sollen – also wie Richard Corbett gesagt hat, über Transparenz intransparent abzustimmen, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus hier aus der Geschichte des Europäischen Parlaments. Das geht auch in die Annalen ein, wenn es morgen so ist.

Dann will ich auch in meiner Zeit über die Bildung von politischen Gruppen reden. Ich weiß ja, dass hier einige noch intervenieren. Also eine politische Gruppe, wie der Name das sagt, muss irgendeine politische Affinität haben, sonst ist es keine politische Gruppe. Man kann nicht einfach kommen und sagen: Wir legen uns mal zusammen, damit wir die Zahl erreichen, dann haben wir alle Vorteile, aber wir tagen nicht zusammen, wir stimmen nicht zusammen ab, wir haben auch kein gemeinsames Programm. Das ist keine politische Gruppe – da kann man noch so viel protestieren –, das ist gegen den Sinn, wirklich auch gegen die Seriosität hier im Parlament.

Ich hoffe, dass das morgen eine Mehrheit bekommt, weil man in der Tat nach der nächsten Wahl auch Gefahr laufen könnte, dass wir mehr als eine Fake-Gruppe hier haben, die dann auch nicht sinnvoll ist und die Arbeit auch nicht befördert.

Alles in allem: Richard, danke, und ich hoffe, das hat morgen eine große Mehrheit.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! 12 września 2018 r. to będzie data historyczna, ale nie tylko dlatego, że to była 335 rocznica odparcia przez Jana III Turków spod Wiednia, ale również dlatego, że tego dnia Parlament Europejski uznał, że oddane głosy nie zostały oddane.

To pierwsze takie wydarzenie. Teraz idziemy krok dalej, teraz Parlament będzie decydował, czy posłowie mają prawo do zrzeszania się czy nie, ponieważ to kierownictwo Parlamentu ma decydować o tym, czy posłów, którzy chcą się zrzeszyć, łączyć logiczne związki. Tak fundamentalnego ataku na prawo do zrzeszania się jeszcze nie widziano. Pytanie, w którą stronę my idziemy. Kiedy to na przykład Komisja Europejska będzie decydować, czy komitet wyborczy w wyborach jest oparty na logicznych wnioskach, czy może go nie rejestrować, dlatego że to się nie podoba? Idziemy naprawdę w bardzo groźnym kierunku. Prawa fundamentalne stanowiące podstawę rządów prawa są kwestionowane, i to właśnie przez władze Unii Europejskiej, które lubią o nich deklamować. Naprawdę, jeżeli będziemy iść tak krok po kroku, to z tego miejsca, które powinno być gwarancją wolności słowa, powstanie największe zagrożenie dla wolności słowa w Europie.

Max Andersson, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! I en demokrati ska man inte kunna köpa sig politiskt inflytande. Det finns mer än 30 000 lobbyister i Bryssel, och de flesta jobbar åt kommersiella särintressen med att hjälpa sina arbetsgivare att få igenom sin vilja. Gång på gång ser vi politiska förslag urholkas av lobbyister.

Utskottet har ett bra och balanserat kompromissförslag om lobbyism, som innebär att den ska ske öppet, inte i hemlighet. Om en energipolitiker exempelvis bara lyssnar på gaslobbyen, och aldrig på miljörörelsen, borde väljarna få veta det. Förslaget uppmuntrar politiker att lyssna på båda sidor, och transparensen i detta förslag innebär att spelplanen mellan dem som har mycket pengar och dem som har bra argument blir jämnare.

När jag hör argumenten mot förslaget, så undrar jag om EPP överhuvudtaget ens har läst det. Det gäller inte alla möten med människor på gatan eller i hissar. Det gäller *scheduled meetings*, som är planerade och införda i en kalender. Om man inte vill ha ett möte med någon i en hiss bokfört, boka i så fall inte in ett möte med någon i en hiss! Så enkelt är det. Stöd kompromissförslaget!

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Gut, dass wir wenigstens die heutige Aussprache im Plenum haben. Jede Geschäftsordnung und deren Abänderung bedarf der ungehinderten und intensiven demokratischen Debatte über Zweck und Inhalt. Das ist wichtig, auch in Bezug auf die Glaubwürdigkeit unserer Arbeit als Volksvertretung. Wir können nur nach außen fordern und vertreten, was und wie wir im Umgang hier im Haus und gegenüber den anderen EU-Institutionen selbst täglich praktizieren, wie wir die Arbeit des Europäischen Parlaments organisieren.

Unsere Fraktion unterstützt erstens ausdrücklich die vorgesehenen Änderungen zu Transparenz und Nachverfolgbarkeit unserer gesetzgeberischen Arbeit, einschließlich des obligatorischen Nachweises von Treffen der Ausschussvorsitzenden, Berichterstatter und Schattenberichterstatter mit Vertretern der sogenannten Lobby-Strukturen. Ich hoffe, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Neufassung der Geschäftsordnung mit großer Mehrheit folgen. Es schränkt nicht die Freiheit des Mandats ein, sondern kann dazu beitragen, Politikverdrossenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung in allen EU28-Mitgliedstaaten entgegenzuwirken.

Zweitens meinen wir, dass die Geschäftsordnung keine Politisierung erfahren sollte, was mit den Änderungsanträgen 86 und 87 erfolgen könnte. Darüber hätten wir ausführlich im Ausschuss sprechen sollen. Nach welchen Kriterien dies geschieht, bleibt bei den Vorschlägen nämlich völlig offen, und der Änderungsantrag 88 gibt nur etwas mehr Hilfestellung.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è notte fonda per una discussione così importante; è notte fonda per la democrazia! Una discussione che neanche volevate perché probabilmente ve ne vergognate; e meno male che «trasparenza» era il mantra di questo mandato. Una revisione alla chetichella: una discussione così cruciale come quella sulla composizione dei gruppi politici che non avete mai sollevato né nel gruppo di lavoro, né in commissione e che arriva con tre emendamenti dell'ultimo minuto da parte di tre deputati di quello che ormai posso definire l'*ancien régime*, che rimettono nelle mani della maggioranza la decisione sulla sopravvivenza delle opposizioni. L'esatto contrario del senso profondo della parola democrazia.

Tocqueville sarebbe stato d'accordo con me: questa è una tirannia della maggioranza. Crede che il Parlamento possa decidere a maggioranza assoluta – neanche a maggioranza qualificata – sulla sopravvivenza dei gruppi. Ma sono così scomode e fastidiose queste opposizioni? Un giudizio sull'affinità politica senza fornire alcuna definizione della stessa, né alcun parametro né criterio oggettivo di misurazione. Che possiamo dire della vostra affinità politica? Che possiamo dire della vostra, a fronte del fatto che ci sono delegazioni nel PPE che sono state sfiduciate da oltre la metà del proprio gruppo politico – vero onorevole Schöpflin? Fate finta di litigare, ma in realtà, dai Socialisti fino a Fidesz, siete tutti d'accordo quando si tratta di schiacciare i diritti dei gruppi che vi possono in qualche modo infastidire.

E qui volete anche una legittimazione giuridica per farlo, per fare in modo che i deputati che non sono allineati, o che vengono giudicati tali dalla maggioranza assoluta, vadano a finire nei non iscritti, che spesso non possono lavorare perché non solo messi in condizione di farlo, vista la scarsa allocazione di risorse e di funzionari che vengono loro dati. Al posto di sanare questa asimmetria, voi avete fatto l'esatto contrario: avete cercato di mettere in quelle condizioni quanti più movimenti alternativi possibile, forse perché, tutto sommato, avete magari paura dei termini di paragone.

Signori, questo è un vero attacco alle basi della democrazia, un attacco perpetrato da una singola maggioranza senza alcun criterio oggettivo: avete tentato in tutti i modi di tenerlo nascosto, evitando persino una discussione, ma i cittadini – ve lo assicuro – hanno occhi per vedere e orecchie per sentire e vi ricordo anche che non c'è peggior dittatura di una falsa democrazia.

Rainer Wieland (PPE). – Herr Präsident! Blaue Karte ist ja nicht das gleiche wie Redezeit. In der Tat handelt es sich bei diesem Bericht um den Nachschliff der großen Reformen, und die allermeisten Dinge sind weitgehend unstrittig. Leider wurde der Bericht jetzt zum Anlass genommen, die Freiheit des Mandats zu beeinträchtigen. Ich bin da anderer Meinung als andere Redner. Es wird versucht, den Organisationsauftrag des Präsidiums mit kleinteiligen Regelungen, auf die das Präsidium verpflichtet werden soll, zu belasten. Das gehört nicht in eine Geschäftsordnung. Und es wird versucht, Abgeordnete zu Buchhaltern ihrer Arbeit zu machen. Zu sagen: Es ist ja gar nicht geplant, dass ungeplante Treffen da aufgenommen werden – aber am Ende würde es sich so ausweisen, dass sogar ein *shake hands* auf der Straße schon in ein gewisses gräuliches Licht kommen würde; Dem werden wir uns widersetzen.

Aber es ist halt Wahlkampf, und wer Gabriel García Márquez gelesen hat – „Liebe in Zeiten der Cholera“ –, dem fällt unwillkürlich bei dieser Frage ein: „Vernunft in Zeiten des Wahlkampfes“. Wir haben ganz offensichtlich Wahlkampf. Und jetzt wurde in den letzten Tagen noch ein bisschen Aufregung angezettelt bei der Frage der geheimen Wahl. Die EVP-Fraktion hat nichts zu verbergen, die Abstimmungsliste wird morgen jedem zugänglich sein. Die EVP-Fraktion hat klar gesagt, sie ist gegen diese Regelung. Aber wir sehen, dass Abgeordnete unter Gruppendruck, unter der Gefahr der Stigmatisierung, ihre Arbeit machen müssen. Und deshalb wollen wir die Möglichkeit geben, dass jeder hier frei seine Stimme abgeben darf.

Herr Kollege Corbett, Ihre Pressemitteilung, dass die EVP-Fraktion sich verstecken will, ist – sage ich jetzt mal – weit hinter der intellektuellen Brillanz, die wir von Ihnen gewohnt sind, zurückgeblieben. Das war ein sehr einfaches Argument. Und Herr Castaldo, Sie greifen hier Geld ab und bilden eine Fraktion, und ich hätte Sie gern gefragt: Wie oft hat diese Fraktion überhaupt getagt? Kein einziges Mal, Herr Kollege!

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, eu queria saudar esta iniciativa no sentido de reforçar a transparência. Devo dizer que há aqui um problema claro com a liberdade de mandato. Eu devo dizer que estou claramente contra esta ideia de tornar a democracia representativa uma espécie de democracia direta.

A democracia representativa não deve ir atrás do populismo e o populismo quer o voyeurismo e é isso que está essencialmente na alteração 20. É um voyeurismo que nos aproxima, não das democracias representativas, mas das democracias diretas e este é um mau caminho.

Mas justamente porque somos uma democracia representativa, também quero aqui dizer, em meu nome pessoal e em nome da delegação portuguesa do PSD no Grupo PPE, que estou frontalmente contra o voto secreto. Considero que o voto secreto não é compatível com a democracia representativa numa questão destas.

E por isso tenho pena, apesar de votar com a linha do grupo PPE, que não estejamos aqui a votar abertamente à frente de todo o povo que nos elegeram, porque essa é a forma justamente de fazer democracia representativa e de mostrar que os colegas que querem transformar o Parlamento numa espécie de caixa aberta em que nós somos apenas marionetas e não temos um papel próprio com liberdade, isto não possa ser feito de forma aberta perante todos. Portanto quanto a isto, neste ponto, não acompanho o meu grupo e penso que a votação devia ser uma votação transparente e aberta, embora eu votasse totalmente com a linha PPE.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, je vous parlerai ici, en tant que présidente du comité harcèlement, du code de conduite appropriée que vous avez inséré, M. Corbett, dans votre rapport.

Depuis 2014, je travaille dans ce parlement à l'objectif «zéro harcèlement». Je suis soumise à la confidentialité et, soyez rassurés, je ne romprai pas le secret ce soir, mais je connais par cœur toutes les plaintes que j'ai dû instruire depuis 2014, tout le processus d'instruction de ces plaintes, que j'ai dû mettre en place.

Je voudrais vous dire ici: ne nous abritons pas derrière la liberté de mandat parce que le harcèlement est un délit. C'est un délit pour chacun d'entre nous qui le commettrait, et vous risquez d'être traîné en justice et vous risquez le pénal. Alors, on ne s'abrite pas derrière le secret quand il s'agit du harcèlement.

C'est la raison pour laquelle la loi, qui est la même pour tous, doit nous permettre d'avoir une politique ouverte, incisive, sérieuse de lutte contre le harcèlement, et qu'elle doit et que nous devons, ici dans ce parlement, refuser qu'une personne qui rejette le code de conduite puisse obtenir des représentations du Parlement, des postes importants. Il en va de notre honneur, de votre honneur, de l'honneur du Parlement. Nous le devons à tous nos concitoyens: je vous appelle à voter les amendements 13 et 68.

Zgłoszenia z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych se nejprve chtěl vyjádřit jako člen skupiny PPE, že pro mě je rovněž ne příliš pochopitelné, proč bychom o této otázce a o transparentnosti měli hlasovat netransparentně. Já si myslím, že buďto máme určitý názor a jsme schopni ho unést a deklarovat ho veřejně před veřejností nebo potom se tedy schováváme za tajné hlasování. Já rozhodně chci hlasovat v této věci veřejně.

Rád bych se vyjádřil i k tomu, co řekl pan zpravodaj Corbett ohledně otázky zpravodajů a jejich hlášení těch kontaktů, které mají mít s lobbisty. Myslím si, že ta úprava, která se navrhuje – to znamená, že musí hlásit ty lobbistické kontakty –, je správná. Já jen chci upozornit, že ta plánovaná jednání, předpokládám ta kalendářní jednání, by měla být možná lépe osvětlena. Také si umím představit situaci, že někdo na poslance konkrétní situaci nahraje, tzn., že vyvolá určitý efekt, zdání se, že je takové jednání naplánováno, a on potom bude např. veřejně popotahován. Mohou to být opravdu velmi politicky citlivé věci, myslím, že to by bylo dobré ještě vyjasnit.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, eu cred că suntem de acord, toți cei care suntem aici la dezbateri, că era nevoie de o îmbunătățire a regulamentului. Și, iată, s-a oferit această dezbateri, și văd că chiar colegii care au cerut-o nu sunt aici în sală. Dacă erau interesați, ar fi trebuit să fie la dezbateri. Eu sper ca prin acest regulament să îmbunătățim nu numai formal, scris, ci și aplicarea regulamentului, să nu ne mai întâlnim că un președinte de comisie decide fără să consulte grupul, sau un coordonator al comisiei decide să trimită scrisoare Președintelui Parlamentului fără să consulte grupul, așa cum s-a întâmplat acum, chiar zilele astea, cu pachetul pe mobilitate. Cred că trebuie ca factorii responsabili ai Parlamentului să urmărească acest lucru, și da, doresc transparență! De ce trebuie să votăm secret? Populația trebuie să vadă, trebuie să știe, să ne asumăm votul și cred foarte mult că nu trebuie să mai existe incidente în Parlament. Noi trebuie să dăm un exemplu pentru cei pe care îi reprezentăm și nu sunt de acord cu un limbaj așa cum am aflat până acum aici, pentru că nu cred că un om care reprezintă cetățenii trebuie să aibă un comportament indecent cu colegi de ai lui în Parlament.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, επανειλημμένα, έχω επισημάνει στην αίθουσα αυτή ότι ο Κανονισμός περιορίζει την άσκηση της εντολής των βουλευτών. Πρώτα από όλα, περιορίζει τον αριθμό των ερωτήσεων σε πέντε. Δεύτερον, με πρόσφατη αλλαγή του Κανονισμού δεν μπορεί ο βουλευτής να υποβάλλει τροπολογίες παρά μόνο στη δικιά του επιτροπή. Αν θέλει ο βουλευτής να υποβάλλει τροπολογίες σε άλλη επιτροπή, πρέπει να βρει συνάδελφο της αντίστοιχης επιτροπής. Τρίτον, έτσι όπως εμφανίζεται, υπάρχουν, πλέον, περιορισμοί σε σχέση με την συγκρότηση των πολιτικών ομάδων. Διότι λένε ότι θα πρέπει να υπάρχει πολιτική συγγένεια. Ποιος θα κρίνει την πολιτική συγγένεια; Φαίνεται ότι οι μεγάλες πολιτικές ομάδες θέλουν να διαλύσουν εν τη γενέσει τους οποιεσδήποτε νέες ομάδες θα συγκροτηθούν στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και, φυσικά, να «αρπάξουν» και τους πόρους. Αυτά είναι πράγματα πάρα πολύ απλά. Τέλος, πρέπει να σταματήσει ο προληπτικός έλεγχος των ερωτήσεων. Υποβάλλουμε ερωτήσεις και τις απορρίπτει το Προεδρείο λέγοντας ότι είναι εκτός δικαιοδοσίας ή ότι δεν έχει αρμοδιότητα η Επιτροπή. Ποιος θα το κρίνει αυτό; Εμείς ως βουλευτές θα θέτουμε τις ερωτήσεις και αν η Επιτροπή εκτιμάει ότι δεν έχει αρμοδιότητα θα το πει. Δεν θα το λέει το Προεδρείο αυτό, κύριε Πρόεδρε.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Pan Reiner Wieland się tutaj martwi, że tworzenie grup to są pieniądze. No to pytam, po co stworzyliście taki system, w którym uzależnia się pieniądze dla posła od jego przynależności. To jest niesprawiedliwe i to stwarza nierówność. Macie pełne usta równości w deklaracjach, a stwarzacie nierówność tutaj, bo pieniądze otrzymywane przez posła są uzależnione od tego, do jakiej grupy i do jak dużej grupy politycznej należy. To jest polityczna korupcja i to jest naganne, a nie to, że można tworzyć grupy, jak się chce. Więc to, że ogranicza się tu znowu w tych kolejnych poprawkach wolność słowa, że feministki po raz kolejny chcą zamykać usta na niewygodne tematy. Tylko wyborcy mogą odebrać posłowi prawo do wypowiedzania się, bo on się wypowiada w ich imieniu, a nie w imieniu przewodniczącego czy kogokolwiek innego.

Nie może być cenzury w Parlamencie, ani Europejskim, ani żadnym innym. Grupy mają potwierdzać, że będą realizować cele Traktatów. A niby dlaczego? Jeśli obywatele chcą, żeby zmieniać cele Traktatów, to posłowie mają takie prawo. I nie można na wstępie uniemożliwiać jakieś inicjatywy politycznej tylko dlatego, że ona się nie zgadza z celami dotychczas zadekretowanymi. Jeśli chcecie tutaj wprowadzić takie ograniczenia w tworzeniu grup, to wpiszcie od razu przewodnią rolę grupy chadecko-socjalistycznej do Traktatów i będziemy mieli załatwioną sprawę. Grajmy w uczciwe karty.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Richard Corbett, Rapporteur. – Mr President, I wish to thank all the colleagues who have contributed, and indeed the Commission. I think we are making progress, too, on that other front you mentioned, on the work on the transparency register. This is, I hope, not incompatible with that, but rather complementary.

However, there are certainly some misunderstandings. These issues were discussed at the committee stage – they have not suddenly come out of the blue. We had quite long discussions. And, Mr Sośnierz, we're not saying that no groups can propose changes to the Treaty. Of course, they can propose changes to the Treaty. But mostly there seems to be a high level of support for most of the proposals in my report. The controversial one, it appears to me, is the secret vote, and I'm glad some PPE Group members are not going to support that.

On this question of political groups, there is already a requirement in our rules – there always has been – that political groups have to have affinity, as they do in most national parliaments.

We have already, on one occasion, dissolved a political group because it did not have political affinity. That case went to the Court. The Court ruled that Parliament was right to dissolve such a group. So it's not unreasonable to check that this existing provision is actually applied properly and that we have a procedure for dealing with it. In those cases where there is serious doubt, we have to have the possibility of examination – where there is serious doubt and it warrants investigation.

Creating a political group in the European Parliament is much easier than in national parliaments. You only need just over 3% of the membership. If you have that you have access to significant resources: you can effectively help yourself to taxpayers' money. If you're not really a political group – if you are a fake group set up just for that purpose – then it's right that we defend the taxpayer against abuse.

This Parliament gives equal rights to all its Members as individuals, but the right to create political groups in any Parliament is intended to facilitate the work of the Parliament, so that people can speak on behalf of large numbers of other Members, to improve the work of the Parliament – so that you, Mr President, have an easier time giving the floor to different people, and every view can be expressed in a coherent way. Fake political groups do not help the work of the Parliament – they abuse the work of the Parliament.

Przewodniczący. – Tylko że wątpliwość jest czasami bardzo subiektywnym odczuciem.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 31 stycznia 2019 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A profunda e arrastada crise da União Europeia, a par do ataque a conquistas e direitos sociais e do retrocesso de dimensão civilizacional que lhe está associado, comporta igualmente uma inquietante dimensão de ataque à própria democracia. O ataque a direitos sociais e o ataque à democracia andam de mãos dadas. Assim se devem ler os sucessivos ataques à soberania nacional dos Estados, a tentativa de esvaziamento das suas instituições de soberania e a concentração de poder em instâncias supranacionais, ao serviço do grande capital e das grandes potências. À luz desta realidade mais geral devem também ser lidas as sucessivas alterações introduzidas ao Regimento do Parlamento Europeu, visando limitar a intervenção dos deputados e dos grupos políticos de menor dimensão, burocratizar o funcionamento do parlamento e diminuir e enfraquecer instrumentos de escrutínio do processo legislativo e da ação das diferentes instituições da UE. É significativo que estes esforços unam a direita e a social-democracia. Aqui denunciamos e repudiamos vivamente a tentativa de criar novos e graves obstáculos à formação de grupos políticos, com base num critério arbitrário e subjetivo de «afinidade política». Trata-se de um passo mais na caminhada que tem vindo a pôr em causa a democracia e o pluralismo que, hipocritamente, direita e social-democracia afirmam defender.

Tom Vandenkendelaere (PPE), schriftelijk. – Procedureregels zijn belangrijk voor een parlement. Ze vormen het fundament van parlementaire interactie. Continuïteit in procedure zorgt voor voorspelbaarheid, wat een goede zaak is want dat maakt het parlementaire werk overzichtelijk en transparant. Maar een procedure mag nooit een wet van Meden en Perzen worden. De maatschappij evolueert constant en dat geldt a fortiori voor het maatschappelijk en politiek debat. Goed geïnformeerde en mondige burgers verwachten terecht een doorzichtig politiek proces. Het veronderstelt een openheid van zowel het ambt zelf als van de uitvoering ervan. De wijzigingen in de parlementaire procedureregels, zoals aanvankelijk voorgesteld door collega Wieland in een interne werkgroep, komen grotendeels tegemoet aan deze veranderde publieke verwachting. Een groot deel van het Parlement deelt ook deze mening waardoor het basisrapport erg makkelijk in AFCO werd goedgekeurd. In aanloop naar de plenaire stemming werd de tekst echter op cruciale punten geamendeerd. Onder meer over het publiceren van geplande ontmoetingen met officiële lobbygroepen of vertegenwoordigers ervan, over transparantie aangaande het gebruik van de onkostenvergoedingen én over het verplicht ondertekenen van een gedragscode werd hevig gediscussieerd. Ikzelf heb echter niet moeten nadenken. Op elk van deze punten heb ik gestemd voor de grootst mogelijke transparantie.

29. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego są jednogminutowe wystąpienia w ważnych kwestiach politycznych (art. 163 Regulaminu).

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Domnule preşedinte, Ordonanţa 114/2018 privind impunerea unor taxe în sectoarele financiar, telecom şi energie reprezintă o lovitură teribilă dată mediului de afaceri românesc, dar şi credibilităţii României la nivel european. În domeniul financiar-bancar, taxa care a fost în mod arbitrar legată de nivelul ROBOR va duce la restrângerea creditării, cu un puternic impact negativ asupra consumului, producţiei şi investiţiilor. În domeniul energiei – şi am interpellat şi eu Comisia Europeană – măsuri ca şi plafonarea preţului la gazele naturale, stabilirea de preţuri administrate la energia electrică de către ANRE şi taxarea cu 2 % a cifrei de afaceri a companiilor energetice sunt în contradicţie clară cu legislaţia europeană. În mod ironic şi dureros, deşi discursul public a fost îndreptat împotriva companiilor multinaţionale, cele mai afectate au fost bănci şi companii româneşti, unele dintre ele având ca acţionar majoritar chiar statul român. Mărirea de până la 20 de ori a taxei pe cifra de afaceri în domeniul energetic se va reflecta cu siguranţă atât în facturile de energie, cât şi asupra securităţii energetice, aşa cum taxele impuse băncilor şi companiilor telecom se vor regăsi în costuri mai mari, pe care le vor plăti mai ales cei mai săraci dintre cetăţenii români.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, en el artículo 14 de nuestra Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea se proclama el derecho a la propiedad privada. Y de eso quería hablarles. En España, en las Islas Baleares, un Gobierno de izquierdas acaba de publicar y de aprobar una Ley de caminos públicos y rutas senderistas que afecta a Mallorca y a Menorca y supone una conversión indiscriminada de caminos rurales privados en públicos, dando a la Administración un poder descontrolado.

Lo que supone es una conculcación del derecho a la propiedad privada, un ataque intolerable y también, al mismo tiempo, un atropello al derecho a la intimidad personal y familiar.

Asimismo, afecta también a toda la actividad agrícola, a toda la actividad ganadera y forestal. Por eso, desde aquí quiero hacer un llamamiento a las autoridades baleares para que vuelvan a la senda de la cordura, a la senda de los valores europeos y a proteger ese derecho a la propiedad, ese derecho a la intimidad y, por lo tanto, volver al camino que marca Europa, que no es otro que el de la ley y el Estado de Derecho.

Daniel Buda (PPE). – Domnule preşedinte, doresc să atrag atenţia în intervenţia mea asupra intenţiei guvernului PSD-ALDE, condus de Viorica Dăncilă, de a tăia din bugetele pe impozitul pe venit care reveneau comunităţilor locale. Acesta doreşte astfel să fure banii plătiţi de români, cu titlu de impozit pe venit, din munca lor cinstită. În loc ca aceste sume să ajungă la comunităţile locale, se doreşte direcţionarea lor către Bucureşti, unde urmează a fi împărţiţi după bunul plac al guvernului. Această practică pedepseşte în primul rând administraţiile liberale, care sunt cele mai performante din România, dorindu-se să le facă dependente de guvern, ceea ce încalcă grav autonomia locală. Administraţiile locale sunt astfel condamnate la subdezvoltare, deoarece vor fi nevoite să renunţe la importante investiţii, inclusiv din fonduri europene, afectând în mod grav siguranţa cetăţenilor şi viaţa lor de zi cu zi. Doamnă Dăncilă, vă cer încă o dată, de la înălţimea Parlamentul European, să luaţi mâinile de pe aceşti bani! Ei nu sunt bani primarilor, ei sunt banilor cetăţenilor şi trebuie să fie folosiţi doar pentru dezvoltarea comunităţilor locale.

Tibor Szanyi (S&D). – Tisztelt Elnök úr! Az Európai Parlament számtalan esetben emeli fel a szavát, ha bármelyik országban politikai okokból üldözést szenvednek civil aktivisták, művészek, újságírók vagy bárki. Ha Európa megszólal, igen sok kormány meghátrál. Sok ember köszönheti szabadsága visszanyerését Európa hangjának és sokakat tüntetünk ki hősiességükért.

A jogfosztásnak azonban kevésbé látható formái is vannak. Kérdezem tisztelettel, vajon az Európai Unió miként lép föl, amennyiben akár a saját területén sérelem éri a munkához, a lakhatáshoz vagy a méltányos élethez való jogot? Szélesebb körben a szociális jogok hiányáról beszélek. És ugyanúgy megkérdeshetjük, akár földrajzilag is elkülöníthető módon, hogy vannak Európának olyan területei, ahol az orvosi ellátás joga, az információhoz való hozzáférés joga, vagy az oktatáshoz való hozzáférés joga igencsak korlátozott.

Ezt igyekszik orvosolni az a koncepció, amit egyébként itt, az Európai Parlamentben dolgoztunk ki és okos falu néven forgalmazunk, amely egyébként igyekszik arra, hogy a mai kor adta a technológiai lehetőségek birtokában a jogvédelem újabb lehetőségeihez jusson.

Rory Palmer (S&D). – Mr President, Clumber Park is a wonderful place, a historic part of the Dukeries countryside, a place of significant natural beauty and habitat, including designated sites of special scientific interest. It's where I went on days out as a child. It's where I take my daughters today.

It's also where INEOS wish to carry out geological surveys for shale gas. The National Trust attempted to prevent this through the courts, but the legal process offers limited scope to challenge proposed surveying for shale gas.

So I speak today to ask INEOS to think again on this and not to compromise the natural beauty and important wildlife habitats in Clumber. I also speak to give my ongoing support to the National Trust in their efforts to prevent fracking in Clumber Park.

I don't believe the many, many people who visit and enjoy Clumber want to see fracking take place there. It would be devastating to see fracking in Clumber and I will do all I can, alongside others, to prevent it.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τιμήσαμε σήμερα εδώ, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, τα εκατομμύρια θύματα του Ολοκαυτώματος που δολοφονήθηκαν από τον ναζισμό. Εμείς, στην Ελλάδα, δεν ξεχνούμε τους χιλιάδες συμπατριώτες μας που εκτελέστηκαν από τα ναζιστικά στρατεύματα κατοχής στην πατρίδα μας, το διάστημα 1941-1944. Δεν ξεχνούμε τους Έλληνες που δολοφονήθηκαν στα ναζιστικά στρατόπεδα συγκέντρωσης. Όμως, οι Έλληνες συγγενείς των θυμάτων, που εκτελέστηκαν από τα γερμανικά στρατεύματα κατοχής, ακόμη περιμένουν τη δικαίωση, καθώς η Γερμανία συνεχίζει να αρνείται να καταβάλει τις γερμανικές αποζημιώσεις. Αρνείται, ακόμη και σήμερα, η Γερμανία να εξοφλήσει τις οφειλές της προς την Ελλάδα. Οφειλές που περιλαμβάνουν: τις πολεμικές επανορθώσεις που επιδικάστηκαν από τη Διάσκεψη Ειρήνης των Παρισίων το 1946, το αναγκαστικό κατοχικό δάνειο, τις αποζημιώσεις των συγγενών των θυμάτων που εκτελέστηκαν από τα ναζιστικά στρατεύματα κατοχής και την επιστροφή των αρχαιολογικών θησαυρών. Οφείλει, λοιπόν, το Βερολίνο να αναλάβει τις ευθύνες του. Να καταβάλει τις αποζημιώσεις που οφείλει. Το απαιτεί ο ελληνικός λαός. Το απαιτούν οι συγγενείς των θυμάτων του ναζισμού.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor presidente, señora comisaria, Europa es un territorio libre de pena de muerte, un castigo inhumano y cruel que degrada a quien lo aplica. Por eso la Unión elaboró una estrategia para erradicarla de todos los países, y una de sus piezas es interesarse, e intervenir si es preciso, en todos los casos en los que ciudadanos europeos sean condenados. Y especialmente si las pruebas en que se basa la condena no son concluyentes.

Este es el caso de Pablo Ibar. Un ciudadano europeo que acaba de ser declarado culpable de un asesinato triple cometido hace veinticinco años. Llamar evidencias a los débiles indicios que no permiten ni situarlo en el lugar de los hechos parece una broma. Leer lo que cuenta alguno de los miembros del jurado, que acaba de retractarse de su decisión, explica los prejuicios y las presiones que pudieron conducir a la condena.

Pedimos, en consecuencia, una intervención europea rápida y contundente, porque estamos a tiempo de convertir el largometraje de terror en el que vive Pablo Ibar desde hace dos décadas en una película con un final justo y, por lo tanto, feliz. Por eso, señora comisaria, le pido que haga todo lo que esté en sus manos para ocuparse de este caso.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, as nossas decisões como representantes políticos que somos têm consequências diretas na cidadania, por vezes consequência graves, por vezes consequências muito graves, como no caso do acidente do comboio Alvia ocorrido perto de Santiago de Compostela na Galiza em julho de 2013, que provocou 80 mortos e 140 feridos.

Para esclarecermos as suas causas, estivemos sempre ao lado das vítimas na procura da verdade e da justiça de forma incessante nestes anos, num intenso trabalho com reuniões constantes com a Comissão dos transportes, em contato permanente com a Agência Ferroviária Europeia. E tão firme tem sido a nossa presença junto das vítimas, que a Comissão Europeia abriu na semana passada um processo de infração contra o Estado espanhol por incumprimento da legislação europeia de segurança ferroviária.

Porque não se pode permitir que o Partido Popular e o Partido Socialista na Espanha continuem a manter um silêncio cúmplice para ocultarem as verdadeiras causas do acidente, porque quem tomou as decisões erradas não pode ficar impune e porque a culpa não foi só do maquinista. Verdade e justiça para as vítimas do acidente mais grave dos últimos 25 anos da Europa!

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, em Portugal, os CTT, Correios de Portugal, foram privatizadas. Os resultados são desastrosos: aumento brutal das tarifas, 564 postos e estações encerrados, distribuição do correio mais lenta do que há 30 anos, menos 900 trabalhadores.

Desde 2014, a empresa já distribuiu em dividendos aos acionistas mais de 240 milhões de euros, distribuindo este ano dividendos superiores ao resultado líquido. Anunciam agora o despedimento de mais 800 trabalhadores a somar aos 340 cujo despedimento está em curso, além da venda de mais património e o encerramento de mais 22 estações.

Os correios são um instrumento insubstituível para a coesão social, económica e territorial do nosso país. Os correios devem ser o garante de um serviço público postal ao serviço do país e das populações. É preciso libertar os CTT da ruínosa gestão privada e recuperar o controlo público dos Correios de Portugal. É necessário também aqui pôr fim aos ruinosos processos de liberalização e privatização patrocinados pela União Europeia.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, a 5 de novembro de 2015, a rutura da barragem de Mariana deu origem a um rio de lama que, percorrendo 633 quilómetros de cursos de água, atingiu 39 municípios, vitimou 19 pessoas e causou o maior desastre ambiental no Brasil.

Até hoje, prosseguem as investigações sobre os responsáveis sem que tenha havido qualquer condenação. Três anos depois, a nova barragem, a da Mina do Feijão, do Complexo do Brumadinho, da mesma proprietária da Mariana, a empresa Vale, voltou a colapsar e a avalanche de lama e detritos de mineração causou já 75 mortos, 279 desaparecidos e deixou várias tribos indígenas sem as suas plantações e sem água potável.

Quando apenas 3% das 24 mil barragens do Brasil foram objeto de vistoria e tendo sido a barragem do Brumadinho identificada pela Agência Nacional de Águas, no final do ano passado, como uma das 45 em risco de rutura, a questão que agora se coloca não é se haverá nova tragédia, mas sim quando ela se repetirá.

Face à iminência desta ameaça a União Europeia não pode deixar de instar as autoridades federais e estaduais brasileiras a identificarem os responsáveis por mais este desastre e a endurecerem as regras de concessão de licenças para novas barragens de mineração e a implementarem sistemas de fiscalização mais eficazes e mais exigentes.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamna comisar, voi ridica un caz despre care dumneavoastră aveți cunoștință. În 2017 v-am făcut o scrisoare. Este vorba de Finlanda și este vorba de cum funcționează legile acolo. Cunoașteți, sunt sigură, că în Finlanda există legi în care se dă dreptul copilului să se prezinte în instanță. Cazul doctorei Camelia Simicală este deja bine cunoscut în lume, nu numai în Europa. De trei ani încearcă să își recupereze copiii. Copiii au fost instituționalizați, deși tot legea finlandeză spune că sunt luați copiii din familie numai dacă există un pericol de violență asupra copiilor. Apoi, copiii au dreptul, la 12 ani, în instanță și nu sunt lăsați să se ducă în instanță. Femeia vrea să se repatrieze, nu într-o țară de lumea a treia, în România, înapoi, cu copiii ei. Nu putem face nimic? Despre ce Europă vorbim? Despre ce drepturi ale copilului și despre ce drept al cetățeanului la libera circulație? Vă rog, doamna comisar, încercați să întrebați Finlanda cum respectă statul de drept și legile justiției, pentru că văd că rezoluții privind țările din Est se fac, referitor la statul de drept.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – A Uachtaráin, cloisim nach bhfuil comhaltaí an tí seo sásta go gcaithfidh siad a dteangacha féin a labhairt; ag gabháil leithscéil. Cén fáth? Is álainn agus is iontach an rud é teangacha éagsúla a chloisteáil. Ba mhór an botún é gan an áilleacht chéanna a chaomhnú agus, cosúil le bláth álainn, gan chaomhnú, gheobhaidh sí bás. Beatha teanga í a labhairt. Bígí ar an airdeall mar sin, a chairde. Má ghabhann tú leithscéal i leith do theanga inniu, tá an baol ann go gcaillfidh tú ar fad í agus beidh sé deacair í a fháil ar ais. An rud atá éasca do mhórán inniu, b'fhéidir go mbeidh sé deacair do bheagán amárach. Gach focal ina chnocán, gach abairt ina cnoc, gach alt ina shliabh, ag dreapadh Everest gach scéal. Bígí ar airdeall, a chairde. Bígí ar airdeall.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα ΜΑΤ, η καταστολή και οι διώξεις αποτελούν απαραίτητο συμπλήρωμα της αντιλαϊκής πολιτικής κυβέρνησης του ΣΥΡΙΖΑ. Τώρα, έχουμε και δικές με ταχεία διαδικασία (fast track) για αγωνιστές αγρότες, ως ηθικούς αυτουργούς, για την κατάληψη οδοστρώματος από τα τρακτέρ για τα μπλόκα τους. Η τρομοκρατία του λαού δεν θα περάσει. Οι μικρομεσαίοι αγρότες παλεύουν να παραμείνουν στο χωράφι τους, ενάντια στο να συγκεντρωθεί η γη σε λίγα χέρια. Διεκδικούν κατάργηση όλων των άμεσων και έμμεσων περιορισμών της αγροτικής και κτηνοτροφικής παραγωγής που επιβάλλει η κοινή αγροτική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης και η κυβέρνηση του ΣΥΡΙΖΑ. Εναντιώνονται στις νέες περικοπές, τις επιδοτήσεις και τις ενισχύσεις. Παλεύουν για μείωση του κόστους παραγωγής – που, μαζί με τις χαμηλές τιμές των εμποροβιομηχάνων, οδηγεί την αγροτιά σε αδιέξοδο – για αφορολόγητο πετρέλαιο, φθηνό αγροτικό ρεύμα και αρδευτικό νερό, κατάργηση του ΦΠΑ στα αγροτικά μέσα και εφόδια, για άμεση ανακούφισή τους με αποζημιώσεις στους πληγέντες, μείωση ασφαλιστικών εισφορών, φοροαπαλλαγές, αύξηση ακατάσχετου ορίου και καμιά κατάσχεση πρώτης, δεύτερης κατοικίας και χωραφιού. Αλληλεγγύη, με το δικαίωμα του αγώνα της μικρομεσαίας αγροτιάς, για να μην περάσει το ξεκλήρισμά της και η καταστολή τους!

László Tőkés (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Szükségállapot alakult ki a romániai magyar többségű Székelyföld központjában, Marosvásárhelyen. A magyar hallgatók és tanárok az ellen tiltakoznak, hogy miután a hajdani Magyar Orvosi Egyetemüket egy népes román egyetembe olvasztották, a sovíniszta román egyetemi vezetőség lépésről lépésre tovább korlátozza az anyanyelven való tanuláshoz fűződő jogait.

Az Európai Parlament joggal ítélte el a romániai jogállamiság siralmas helyzetét. Joggal várjuk el az Unió soros elnökétől, Romániától, hogy vessen véget magyarellenos politikájának és biztosítsa az erdélyi magyarság alapvető emberi és közösségi jogait. Ennek részeképpen követeljük a magyar tanügyi autonómiát, a Marosvásárhelyi Orvosi és Gyógyszerészeti Egyetem eredeti formájában való helyreállítását. Az EU ne mérjen kettős mércével! Miközben oktanul pártját fogja a Soros-féle CEU-nak, a romániai magyar egyetemet ne hagyja sorsára!

Julie Ward (S&D). – Mr President, I am deeply concerned by the harrowing threats faced by LGBT people around the world.

Last week Jean Wyllys, a gay congressmen in Brazil, announced he was leaving the country due to death threats. Still in Brazil, the sickening murder of Marielle Franco, an LGB activist, shocked the international community, shining a light on the acts of violence against those who dare speak out against the Bolsonaro fascist government.

In Chechnya, the LGBT community is persecuted and tortured in complete violation of human rights conventions, and with the silence of the Russian Government. These cases reveal that homophobia is seeping into public space and some people in power are actively enabling it. In front of blatant human rights violations, the EU cannot merely wag a finger at the perpetrators. We must condemn homophobic governments and provide a platform for victims to raise their voices.

However, the protection of members of the LGBTI community must start here. As a British MEP, I want to voice my concerns for the members of the LGBTI community post-Brexit as it's apparent that the standards of the Charter of Fundamental Rights will be abandoned.

(The President cut off the speaker)

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, σαν σήμερα, πριν από είκοσι τρία χρόνια, τουρκική στρατιωτική δύναμη αποβίβαστηκε στην ελληνική βραχονησίδα Μικρή Ίμια, φέρνοντας τις δύο χώρες στα πρόθυρα πολέμου, ενώ ελληνικό ελικόπτερο κατέπεσε στην περιοχή με αποτέλεσμα τον θάνατο των τριών στρατιωτικών που επέβαιναν σε αυτό. Η θλιβερή αυτή επέτειος υπογραμμίζει το γεγονός ότι, όπως τότε έτσι και τώρα, η Ευρωπαϊκή Ένωση στερείται μιας επαρκούς κοινής εγγύησης των συνόρων και μιας αντίστοιχης κοινής αμυντικής υποδομής. Αυτή η τεράστια έλλειψη υπονομεύει την προοπτική της ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης. Είναι οξύμωρο να κάνουμε λόγο για Ένωση και την ίδια στιγμή να αφήνονται μόνα και απροστάτευτα τα κράτη μέλη της απέναντι σε εξωτερικές απειλές. Τα ελληνοτουρκικά σύνορα σε Αιγαίο και Έβρο είναι ταυτόχρονα ευρωτουρκικά σύνορα και η ανάσχεση της τουρκικής επιθετικότητας πρέπει να γίνει κοινή υπόθεση όλων των κρατών μελών μέσα στα πλαίσια της ευρωπαϊκής ενοποίησης.

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök úr! Több alkalommal is értesültek arról a példátlan helyzetről az európai intézmények, hogy Romániában az egyik multikulturálisnak nevezett felsőoktatási intézmény, a Marosvásárhelyi Orvosi és Gyógyszerészeti Egyetem az egyetemi autonómiára hivatkozva 2011 óta egyszerűen nem tartja be a hatályos oktatási törvényt.

A törvény értelmében létre kellett volna hozniuk egy magyar tannyelvű külön kart, ezt azonban folyamatosan elutasítja az egyetem román többségű szenátusa. Néhány hete angol nyelvű kart hoztak létre. Ugyanezt a döntést azonban a magyar nyelvű kar kapcsán már nem tartják elfogadhatónak. Ez súlyos diszkrimináció és a joguralom elvének figyelmen kívül hagyása.

A helyzet az elmúlt néhány napban sokkal rosszabbra fordult, ugyanis közvetlenül a vizsgaidőszak előtt a magyar oktatók ellenkezésével nem törődve magyar hallgatók kárára változtatták a vizsgakörülményeket. Ez a döntés megmutatja, milyen közvetlen következményei vannak a törvény figyelmen kívül hagyásának, és mennyit ér az a szabályozás, amelyet nem ültetnek gyakorlatba. Romániában számos ilyen csak papíron létező kisebbségbarát rendelkezés van, miközben az ország azt állítja, hogy a kisebbségvédelmi harc élharcosa.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Domnule președinte, dragi colegi, preluarea președinției Consiliului Uniunii Europene de către România este unul dintre cele mai importante momente ale prezentului. După cum ați văzut, săptămâna trecută la comisii, în dialogurile cu miniștrii Guvernului României, executivul de la București tratează cu seriozitate și profesionalism această sarcină, de care suntem pregătiți să ne achităm cu succes. Prin agenda ambițioasă pe care Guvernul României și-a fixat-o pentru acest mandat, dar și prin dosarele importante pe care le va avea de mediat, vom demonstra că România este unul dintre cei mai importanți membri ai Uniunii, angajați fără echivoc în construcția europeană. La 12 ani de la aderare, România va scrie o frumoasă filă de istorie în procesul de unificare politică a bătrânului continent.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, the antics in the British 'House of Chaos' prove that their commitments to protect the Good Friday Agreement and the peace process are written in sand. Theresa May's objective was to unite the Tory Party and shift the blame for a no-deal Brexit mess to the EU. Only 57 days to go, and they're shredding the Good Friday Agreement line by line.

Once again, they're threatening and trying to intimidate the Irish people, but we will not be bullied by the British establishment. This Parliament has supported the Good Friday Agreement in all of its parts, and that means all the provisions, including the provision for a unity referendum. The people of Ireland have a right to self-determination, and we make no apologies – no apologies to anyone – for working to end the partition of Ireland.

When Article 50 was triggered, I stated in this Parliament that Britannia was waiving the rules and Britain was ignoring the democratic deficit in the north of Ireland – indeed, creating a democratic deficit by ignoring the democratic wishes of the people of the north of Ireland to remain within the EU. A solution to the Brexit negotiation mess is the reunification of Ireland.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι ομάδες των Σοσιαλδημοκρατών, των Πράσινων και της GUE/NGL πρότειναν για Νόμπελ Ειρήνης τον Τσίπρα και τον Zaef για την επιτυχία της Συμφωνίας των Πρεσπών. Είναι πρόκληση! Χαρακτηρίζουν ιστορικό επίτευγμα μια Συμφωνία που επέβαλε το NATO με «πλασιέ» τον ΣΥΡΙΖΑ, την ευρω-NATOική δέσφιν Αριστερά, που ενισχύει το NATO στα ματωμένα και διαλυμένα από τις επεμβάσεις του Βαλκάνια, καλλιεργεί αλτρωτισμούς και εθνικισμούς και με «διαίρει και βασιλεύει» βάζει σε κινδύνους τους λαούς. Αναγορεύει σε εγγυητή ειρήνης και ασφάλειας το NATO. Οι λαοί θυμούνται το NATO μόνο για πολέμους, επεμβάσεις, βομβαρδισμούς και αλλαγές συνόρων. Αυτοί που στήνουν κάλπικα προοδευτικά μέτωπα κατά Δεξιάς και ακροδεξιάς παίρνουν συγχαρητήρια από τον Trump, την Merkel, το NATO, τον Erdoğan, τον αυστριακό ακροδεξιό Kurz, τον αντιδραστικότατο Macron. Ξεπλένουν, κυριολεκτικά, τον ιμπεριαλισμό! Ο «πατριάρχης» του ιταλικού καπιταλισμού, ο ιδιοκτήτης της Fiat, Gianni Agnelli, δικαιώνεται γιατί έλεγε: «η Αριστερά κάποιες φορές κάνει καλύτερα τη δουλειά από τη Δεξιά. Με τέτοια Αριστερά τι να την κάνεις τη Δεξιά!».

Anna Záborská (PPE) – Vážený pán predseda, celým svetom včera obletela správa, že pakistanský najvyšší súd potvrdil oslobodenie pani Asie Bibi. Považujem za svoju povinnosť aspoň symbolicky z tohto miesta poďakovať predsedovi Tajanimu, všetkým kolegyniam a kolegom, ktorí podporili uznesenia o tejto veci, osobitnému vyslancovi Európskej únie Figelovi a tiež státisícim občanov Únie, ktorí podporili petíciu za oslobodenie Asie Bibi.

Potvrdilo sa, že Európsky parlament dokáže aj pri politicky pestrom zložení prispieť k obrane náboženskej slobody vo svete. Ak by sme boju za záchranu miliónov žien a matiek prenasledovaných pre ich vieru venovali aspoň tolko času a energie ako boju za kvóty pre ženy v dozorných a správnych radách veľkých firiem, o ktorých bude Parlament znovu diskutovať zajtra, svet by sa stal lepším, slobodnejším a spravodlivejším.

Andrejs Mamikins (S&D). – Godātais priekšsēdētāja kungs! Komisāres kundze Jourová! Kolēgi!

Es gribu runāt par to, ka akurāt pirms nedēļas Latvijā tika apstiprināta jauna valdība. To dotajā brīdī vada Arturs Krišjānis Kariņš, mūsu kolēģis no ETP frakcijas. Bet cik bieži mēs, šeit sēdošie, plenārsesijas komitejās un visur kur runājam par to, ka trešo valstu pilsoņi iekļaujas vēlēšanās, iekļaujas mūsu procesos Eiropā, kaut ko mēģina Putins, Kremļis visu ko.

Bet Krišjānis Kariņš ir ASV pilsonis! Iedomājieties šo situāciju, kolēgi. ASV pilsonis dotajā brīdī vada Eiropas Savienības dalībvalsts valdību! Un viss ir kārtībā!

Es domāju, ka mums ir jāizstrādā kritēriji, ka trešo valstu pilsoņi ir ārpusē. Mums ir jāpaļaujas tikai uz Eiropas pilsoņiem.

Przewodniczący. – Przy okazji chciałem pogratulować Panu Krišjānisowi Kariņšowi, z którym bardzo dobrze mi się współpracowało.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl přivítat iniciativu Komise právě v boji proti šíření nebezpečného teroristického obsahu na internetu. Skutečně tuto iniciativu vítám, myslím si, že i Komise může působit daleko efektivněji a účinněji a v takto vážném tématu má moji plnou podporu. Kladu si ovšem otázku, jak daná právní úprava reaguje na to, co předchází tomuto šíření teroristického obsahu, to znamená na nenávistné ideologie, na nebezpečné projevy, které mají odraz nebo svůj původ v náboženství, v politických ideologiích.

V ČR máme konkrétní případ, zatím nepravomocně odsouzeného důchodce, který kácel na železniční trati stromy a tyto teroristické skutky vydával za činy muslimů. To si myslím, že je přesně ten příklad radikalizace, která je nebezpečná a měla právě původ, odraz v jeho přízni vůči extremistické parlamentní frakci v ČR.

Myslím si, že se musíme nejen zaměřit na šíření teroristického obsahu na internetu, ale i na příčiny, na podhoubí. Já bych byl velmi rád, kdybychom se zaměřili i právě na tato témata.

Michaela Šojdrová (PPE). – Mr President, today we celebrated International Holocaust Remembrance Day. Allow me to give this speech in memory of my grandparents, who survived the concentration camp in Terezin. It is an important time to recognise the still-present issue of anti-Semitism in Europe.

On 30 January — this day — in 1933, Adolph Hitler took power in Germany, in silence and without protests from democratic forces. Nobody could imagine where his populism would eventually lead. Anti-Semitism was deeply rooted in Europe at that time and it has not disappeared yet. Since 2013, almost 90% of the Jewish communities in Europe say that anti-Semitism has increased. Almost 40% of them state that they have considered emigrating. Therefore, hatred against Jews and racist prejudice belong not just to the past: Jewish people, like other minorities, face them every day in various, and sometimes hidden, forms.

Honourable Members, the European Union's key values are humanity, dignity and respect for everyone. The European Union is a true home for the Jewish people.

Przewodniczący. – Zamykam debatę w tym punkcie porządku dziennego.

30. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**31. Schluss der Sitzung**

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.56)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3682

14.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 31. JANUAR 2019

(C/2024/3682)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 30. und 31. Januar 2019

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	4
3. Frauen in Aufsichtsräten – Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern von Gesellschaften (Aussprache)	4
4. Wiederaufnahme der Sitzung	18
5. Debatte mit dem finnischen Ministerpräsidenten Juha Sipilä über die Zukunft Europas (Aussprache)	18
6. Wiederaufnahme der Sitzung	36
7. Lage in Venezuela (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	37
8. Begrüßung	37
9. Abstimmungsstunde	37
9.1. Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0462/2018 - Richard Corbett) (Abstimmung)	37
9.2. Zollkodex der Union: Aufnahme der Gemeinde Campione d'Italia und des zum italienischen Hoheitsgebiet gehörenden Teils des Luganer Sees in das Zollgebiet der Union (A8-0368/2018 - Jasenko Selimovic) (Abstimmung)	38
9.3. Vorschriften über Direktzahlungen und die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für die Jahre 2019 und 2020 (A8-0018/2019 - Czesław Adam Siekierski) (Abstimmung)	38

Inhalt	Seite
9.4. Beitritt der Dominikanischen Republik zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0451/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)	38
9.5. Beitritt Ecuadors und der Ukraine zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0452/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)	38
9.6. Beitritt von Honduras zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0457/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)	38
9.7. Beitritt von Belarus und Usbekistan zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0458/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)	38
9.8. Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union unter Einschluss der Beziehungen zwischen der EU, Grönland und Dänemark (A8-0480/2018 - Maurice Ponga) (Abstimmung)	38
9.9. Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung (A8-0003/2019 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung)	39
9.10. Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „eu“ (A8-0394/2018 - Fredrick Federley) (Abstimmung)	39
9.11. Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) (A8-0009/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	39
9.12. Einwand gemäß Artikel 106 GO: gentechnisch veränderter Raps der Sorten Ms8, Rf3 und Ms8 × Rf3 (B8-0073/2019) (Abstimmung)	39
9.13. Einwand gemäß Artikel 106 GO: gentechnisch veränderter Mais der Sorte 5307 (SYN-Ø53Ø7-1) (B8-0074/2019) (Abstimmung)	39
9.14. Einwand gemäß Artikel 106 GO: gentechnisch veränderter Mais der Sorte MON 87403 (MON-874Ø3-1) (B8-0075/2019) (Abstimmung)	39
9.15. Einwand gemäß Artikel 106 GO: genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × LLCotton25 × MON 15985 (B8-0076/2019) (Abstimmung)	39
9.16. Lage in Venezuela (B8-0082/2019, B8-0083/2019, B8-0084/2019, B8-0085/2019, B8-0086/2019, B8-0087/2019) (Abstimmung)	39
9.17. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik (A8-0474/2018 - Michel Reimon) (Abstimmung) ...	40
10. Stimmerklärungen	40
10.1. Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0462/2018 - Richard Corbett)	40
10.2. Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung (A8-0003/2019 - Marian-Jean Marinescu)	44
10.3. Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „eu“ (A8-0394/2018 - Fredrick Federley)	45
10.4. Lage in Venezuela (B8-0082/2019, B8-0083/2019, B8-0084/2019, B8-0085/2019, B8-0086/2019, B8-0087/2019)	47
10.5. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik (A8-0474/2018 - Michel Reimon)	49
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	51

Inhalt	Seite
12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	51
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	51
14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	51
15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	51
16. Schluss der Sitzung	51
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	51

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 31. JANUAR 2019

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.02)

2. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

3. Frauen in Aufsichtsräten – Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern von Gesellschaften (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca in discussione congiunta sul tema «Equilibrio di genere» l'interrogazione con richiesta di risposta orale al Consiglio su «Donne alla guida di imprese», presentata da Iratxe García Pérez, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Evelyn Regner e Anna Hedh (O-000123/2018 - B8-0002/2019) (2019/2513(RSP).

Iratxe García Pérez, autora. – Señor presidente, la falta de representación de las mujeres en las distintas esferas de la vida social, política, económica es el síntoma de una sociedad desigual, es el síntoma de la necesidad de avanzar en las políticas de igualdad entre hombres y mujeres. Fue en el año 2013 cuando este Parlamento se posicionó con respecto a la propuesta de la Comisión Europea sobre la representación de las mujeres en los consejos de administración para incorporar unas cuotas obligatorias de representación de las mujeres en las esferas empresariales, para que también en el ámbito de lo económico tengamos igualdad de representación.

Han pasado cinco años. Han pasado presidencia tras presidencia con un bloqueo en el Consejo, donde los Gobiernos nacionales han sido incapaces de sentarse en la mesa y de entender que avanzar en una Europa más igual es también avanzar en una Europa donde la representación de las mujeres sea una realidad en todas las esferas.

Y ha tenido que haber un cambio en el Gobierno de España para impulsar también un cambio en el Consejo e intentar que por fin haya un acuerdo en este sentido.

Quiero agradecer a la señora Jourová el impulso que me consta que está dando para, desde la Comisión y junto con el Consejo y el Parlamento, posibilitar que podamos terminar esta legislatura con una iniciativa en materia de igualdad que es fundamental.

Porque no nos podemos resignar a que los derechos de las mujeres sigan en retroceso. Porque necesitamos que las mujeres estén representadas en igualdad de oportunidades y, por eso, este Parlamento se tiene que posicionar de una forma muy clara y pedirle a la presidencia rumana que haga un último esfuerzo, que tenemos la posibilidad, que tenemos la capacidad, que hay Gobiernos, como el de España, que han decidido impulsar esta iniciativa, que las mujeres queramos formar parte de la toma de decisiones y que es fundamental para avanzar en una Europa más igual y más justa.

Heidi Hautala, *author*. – Mr President, this is a very important moment: it is time to conclude that there is no reason whatsoever not to adopt the directive of 2012 which would make it an obligation for listed companies to reach the minimum 40% share of persons of either sex among their non-executive board members.

I'm very surprised that some Member States should still be referring to subsidiarity. How can they do that? We have European companies that operate not only in Europe but also beyond it, so this should definitely be an issue for European Union competence. Secondly, we know very well that diversity in all its dimensions – and gender is an important dimension of diversity – expands companies' views and perspectives in terms of understanding what's going on in the world and reacting to it in their business strategies. Thirdly, there's no reason whatsoever to say that there are no competent women. That is an excuse for a male-dominated corporate culture in which women are not visible because, perhaps, they do not always share this male-dominated corporate culture and its behaviour patterns. However, it is certain that the competence of women to respond to today's challenges is at least the same as that of men.

There has been ample time for Member States to proceed, in voluntary ways, with measures for diversity and for women on company boards, but still we were in a situation where, in 2017 and 2018, women accounted only for 26.3% of board members in the largest publicly listed companies registered in the EU. There is a huge discrepancy – from 7.4% to 43% – and this discrepancy shows that we need measures at European level to advance towards harmonisation of this important aspect.

I would like to thank the Spanish Government for finally taking a second look at this question. And maybe, with the Romanian Presidency of the Council, we can now finally conclude this matter and can declare, before the European elections, that the European Union is actively promoting a modern cooperate culture which includes contributions from both women and men. There's no reason to say that there are no competent women.

Melania Ciot, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, it is a great pleasure to join everyone here today for this important debate. I want to begin by saying that gender equality lies at the heart of the Council's vision of social Europe. The Council's commitment to equality between women and men has been strongly affirmed in many declarations, as well as in the legislation that we have developed over the years together with Parliament.

I would also like to recall the European pillar of social rights, which was jointly proclaimed by Parliament, the Council and the Commission in November 2017. Gender equality has pride of place in this document, and I quote 'equality of treatment and opportunities between women and men must be ensured and fostered in all areas, including regarding participation in the labour market, terms and conditions of employment and career progression. Women and men have the right to equal pay for work of equal value'. This commitment of course echoes the EU Treaties and our existing legislation but this issue should not be left aside.

Despite the enormous progress that has been made over the past half century and more, equality in practice continues to elude us. Let me give you an example. There is still a large gender pay gap in Europe. The average gender pay gap is 16.2% according to Eurostat and women's gross hourly pay is still lower than men's. This of course is not equality. We will address the gender pay gap in a set of Council conclusions that we hope to see adopted at the EPSCO Council in June.

In order to deliver on the promise contained in the pillar of social rights, we need continued and determined action on the part of the Commission, the co-legislators and the Member States.

Honourable Members, today you have asked us to comment more specifically on the Commission's proposal for a directive on improving the gender balance on company boards. I regret to say that – as of course you know – there is still a blocking minority in the Council. The most recent meeting on the file took place under the Maltese Presidency in 2017, and the proposal has not been formally discussed by the Council since.

As things stand right now, the file remains blocked. Nevertheless, there is broad consensus in Europe on the need to improve the gender balance on company boards. Although the Member States have different approaches the principle is not contested. In this vein, the Romanian Presidency aims to facilitate discussions at the Council level in order to explore possible ways forward.

I would also like to mention the proposal for a directive on work-life balance for parents and caretakers. Here we have better news. Indeed, I'm glad to say that negotiations between the Council and Parliament led to a provisional agreement at the sixth trilogue, which took place on 24 January. This success was made possible also by the excellent progress that was achieved under both the Bulgarian and Austrian Presidencies.

Facilitating work-life balance is a vital part of social and employment policies. We must do all we can to help our citizens reconcile work and private life. This is all the more important in the context of the demographic situation and labour market changes.

On the one hand, we need to make sure that Europe's highly educated, highly skilled women are able to take advantage of labour market opportunities. This makes obvious economic sense. It is also a matter of equal rights.

On the other hand, European women and men should be able to have children without having to choose between being a parent and having a job. I would like to point out that, more often than not, women are the ones faced with this decision. This is only feasible if workers with families have adequate leave rights and if those rights are extended to both women and men.

Meanwhile, it is also necessary to respect the diversity of the national systems in place. In Europe, it is never the case that one size fits all – least of all in the field of employment and family policy where traditions, economic realities and social assistance vary very greatly between the Member States. We must respect the principle of subsidiarity.

These were some of the considerations we had to address in the negotiations on the work-life balance directive. It was not easy, but I am pleased that we found a solution that raised the minimum standards in Europe, yet gives the Member States the necessary flexibility. I thank Parliament for its cooperation on this file. Thank you for your attention.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking the European Parliament for putting the important topic of women's rights and gender equality in the EU on the agenda today.

I am very grateful for your overwhelming support for the Commission's proposal aiming to improve gender balance on the corporate boards of the largest EU listed companies.

I have now been Commissioner for Gender Equality for almost five years. While I am proud of our collective work, in particular about the recent finalisation of the work-life balance package, I remain concerned, as the European Institute for Gender Equality states in its largest and latest Gender Equality Index, that in some areas we are moving at a snail's pace. When we were publishing the latest figures I didn't hide my big disappointment about this slow development, in spite of all the efforts we are investing.

The Gender Equality Index shows that gender equality in decision-making continues to have the lowest score of all domains evaluated in the index, and this despite some national legislation which have been adopted in the meantime. We are all aware of the studies, which clearly show the benefits of diversity on boards – benefits for business and for society alike, of course.

The Commission remains committed to the proposed Women on Boards Directive. Despite their capabilities and educational achievements, women continue to struggle against long-held and systemic entry barriers onto corporate boards and leadership positions.

The proposed directive will enable us to decisively widen the access of talented women to decision-making positions and to accelerate economic growth. With women in power, a snowball effect will be created towards more gender equality.

I would like to recall that this is a flexible and proportionate proposal. It is a good example of subsidiarity-friendly legislation, which offers Member States considerable flexibility in how to achieve the progress. It is also legislation that is gender neutral; it deals with adjustments regarding the under-represented sex in the case of similar levels of qualification, be they men or women. It deals with an overall objective and Member States are free to keep and apply their own existing effective measures aimed at improving gender balance in corporate boards.

According to our figures the states which have the legislation make progress; those states which do not have any legislation are just stagnating.

So we see the positive impact of legislation in many examples.

The Commission's proposal enjoys wide support from the European Parliament, and I want to thank you for this support once again. It also enjoys the support of a majority of the Member States.

In my view, a general approach is within reach. I can only repeat what has been said here also, that there is an important development, which was done by the Spanish Government. I was in Spain recently and there is very strong determination among the members of the government, including the Prime Minister, to move on and to convince also the states which are still opposing this piece of legislation.

Of course, I also rely very much on the Romanian Presidency, which is very determined as well.

I am ready to engage, in the run-up to the March EPSCO Council, with the Member States to try to unblock the negotiations in the Council. The Minister also mentioned here the June Council and, well, we have to have a serious debate about how to tackle the – I would say shameful – issue of the gender pay gap, which is also still very high in Europe. So the Commission trusts the Romanian Presidency will invest substantial efforts in this important dossier and actively pursue the discussions with a view to a possible compromise solution.

Presidente. – In questa fase non possiamo più accettare domande «Cartellino blu» per problemi di tempo.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Według dotychczasowych głosów wygląda na to, że wszyscy się zgadzamy – i Komisja Europejska, i Parlament Europejski, i obecna prezydencja – wszyscy popieramy tę dyrektywę. Co więcej, właściwie żadne państwo członkowskie nie kwestionuje celu tej dyrektywy, więc można sobie zadać pytanie: dlaczego jej jeszcze nie ma i dlaczego w niektórych państwach członkowskich obecność kobiet w zarządach, w najwyższych gremiach spółek giełdowych dużych firm to tylko 7 %?

Gdyby argument o subsydiarności był prawdziwy i szczerzy, to państwa członkowskie wprowadziłyby rozwiązania, które zlikwidowałyby tę dysproporcję. Bo przecież nikt o zdrowych zmysłach nie myśli chyba, że taka dysproporcja jak 7 % – 93 % albo 3 % – 97 %, jak to jest w przypadku CEO, wynika z różnicy talentów czy kompetencji. Jest oczywiste, że działają tu inne mechanizmy, na które trzeba zareagować, i najwyraźniej, ponieważ nie ma efektów na poziomie państw członkowskich, ta reakcja musi wyjść z poziomu Unii Europejskiej.

Ja gorąco popieram tę dyrektywę – znakomitą dyrektywę pani komisarz Viviane Reding – i czas najwyższy, żeby to kompetencje, a nie inne czynniki decydowały o powoływaniu ludzi na najwyższe stanowiska. Przypomnę, że ta dyrektywa mówi o przejrzystych zasadach naboru, o tym, żeby nabory na tak wysokie stanowiska miały jasno określone kryteria, żebyśmy wiedzieli, jak ten proces się odbywa, i żeby to nie odbywało się na podstawie wyboru kolegów z kalendarza z lat szkolnych, tylko żeby to były przejrzyste i jasne dla wszystkich procedury.

I chciałabym na koniec jeszcze dodać jedną rzecz: jako przedstawicielka PPE podkreślam, że ponieważ dla kobiet główną przeszkodą w obecności na rynku pracy i w awansie jest kwestia opieki nad dziećmi, kwestia *work-life balance* jest absolutnie kluczowa w tej sprawie, co nie znaczy, że ta dyrektywa nie jest koniecznym, ważnym impulsem dodatkowym, który może sprawę naprawić.

I chciałabym jeszcze tylko pogratulować obecnej prezydencji, że skutecznie zakończyliśmy ostatnie rozmowy trójstronne, i zaapelować do wszystkich grup politycznych, żebyśmy poparli tę dyrektywę w zbliżających się głosowaniach.

Evelyn Regner, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Wir brauchen tüchtige, kluge und fähige Frauen und Männer an der Spitze von Unternehmen, in Aufsichtsräten genauso wie in den Vorständen. Vor sieben Jahren hat die Kommission einen Vorschlag dazu auf den Tisch gelegt. Das Europäische Parlament hat sehr schnell gehandelt. Wir haben festgestellt, wir brauchen objektive Auswahlkriterien, und wir wollen auch praktisch sein. Wir schauen uns an, wie es in den einzelnen Ländern aussieht: Welches Land hat hier schon entsprechende gesetzliche Maßnahmen gesetzt? Welches hat vielleicht auf freiwilliger Ebene entsprechende Fortschritte erzielt? Das heißt, wir haben im Europäischen Parlament sehr praxisbezogen darüber abgestimmt, dass es objektive Kriterien braucht, die dann umzusetzen sind, und dass wir mit der Freiwilligkeit nicht weit kommen. Wir brauchen Verbindlichkeit, und wir brauchen auch einen Sanktionsmechanismus, damit sich hier endlich etwas tut.

Gleichstellung, Gleichberechtigung – das ist etwas, was in der DNS der Europäischen Union ist. Nur durch die Europäische Union haben wir so viele Fortschritte in sehr vielen Ländern, Land für Land für Land, erreicht. Das heißt, es ist etwas Wunderbares für die Unternehmen, für die Wirtschaft, das ist etwas Wunderbares auch für die Männer, und das ist etwas Wunderbares für die Frauen. So, und was ist jetzt passiert? Sehr viele Länder verstecken sich hinter der Rechtsgrundlage. Was soll denn das heißen? Die Rechtsgrundlage ist absolut gegeben, denn nur jene Länder, die letztlich keine Fortschritte in ihrem eigenen Land aufzuweisen haben, verstecken sich.

Daher fordere ich den rumänischen Ratsvorsitz, dessen Vorstoß ich sehr begrüße, auf, hier das Scheinwerferlicht endlich wieder auf das Thema zu lenken, jene Mitgliedstaaten vor den Vorhang zu holen, die sich verstecken. Welche Mitgliedstaaten sind es denn? Das sind Länder wie Ungarn. Da haben wir jetzt einmal nachgeschaut, wie es mit dem Fortschritt aussieht: Da gibt es sogar einen Rückschritt in den Unternehmen. Das heißt, ich fordere den Ratsvorsitz auf, diese Länder endlich vor den Vorhang zu holen und zu sagen, was sie denn tatsächlich getan haben, und allenfalls in einem Rat darüber abstimmen zu lassen. Denn das Europäische Parlament ist hier mit einer sehr starken Position geeint, und ich bin sehr froh, dass Sie diesen Vorschlag jetzt mehr oder weniger wieder auf den Tisch gebracht haben.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani komisarz! Pani minister! Sprawa jest naprawdę bardzo ważna. Kiedy popatrzymy na wskaźnik równości płci, to widzimy, że kobiety rzeczywiście są niedoreprezentowane w zarządach spółek, niedoreprezentowane na wysokich stanowiskach. I wtedy rodzi się refleksja: dlaczego tak się dzieje? Przecież kobiety są kompetentne, wykształcone, pracowite, ambitne. Zdecydowanie nie są ani słabsze, ani mniej utalentowane niż mężczyźni. A więc dlaczego jest tak mało kobiet na wysokich stanowiskach? Otóż w mojej ocenie jednym z głównych powodów jest to, że kobiety wolniej budują swoją ścieżkę kariery, ponieważ pragną być nie tylko świetnymi pracownikami, ale pragną być również matkami. I ten czas, kiedy wypadają z życia zawodowego, żeby spełnić swoje marzenia macierzyńskie, jest jednym z głównych powodów wolniejszego budowania ścieżki kariery.

Zatem należałoby się zastanowić, co powinniśmy zrobić, żeby kobiet rzeczywiście było więcej na wysokich stanowiskach, ale nie, żeby wprowadzać tam kobiety w sposób sztuczny, nie w sposób mechaniczny, nie za pomocą dyrektyw, tylko zaproponować rozwiązania, które pozwolą łączyć paniom pracę zawodową z życiem rodzinnym. Rzeczywiście potrzebujemy rozwiązań, które pozwolą nam uzyskać równowagę między życiem zawodowym i życiem rodzinnym. I myślę, że takie rozwiązania i poszukanie takiego kompromisu da zdecydowanie dobre efekty.

Eurostat podaje, że luka płacowa w państwach członkowskich jest zróżnicowana. Są kraje, gdzie ta luka płacowa między kobietami a mężczyznami jest bardzo znaczna. Na szczęście Polska jest w piątce państw członkowskich z najmniejszą luką płacową, a w ostatnich latach znacząco wzrosła w Polsce liczba kobiet zajmujących wysokie stanowiska – bez mechanicznej, sztucznej regulacji.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, comisaria Jourová, muchísimas gracias por todos los esfuerzos y su empeño en estas iniciativas, pero, a la vista del contenido de estas preguntas, a la vista de cómo bloquean en el Consejo esta propuesta para promover la igualdad en los consejos de administración, quiero pedir tres cosas a los Gobiernos europeos: coherencia, visión de futuro y valentía.

Coherencia, porque aquí se nos llena la boca hablando de crecimiento inteligente, de una economía basada en el talento, pero hacemos lo posible por que la mitad del talento disponible, el que aportamos las mujeres, no llegue a donde puede ser más útil. A los consejos. A los centros de decisión. A donde, como demuestran todos los estudios, es más rentable. A donde es un éxito, como lo certifican todas las experiencias implantadas en algunos Estados miembros. Atrévase a mirar esta propuesta desde la perspectiva de la rentabilidad. Ya que les da miedo hacerlo desde la perspectiva de la igualdad, de la justicia y de la igualdad de oportunidades.

Visión de futuro, porque Europa es una de las zonas del mundo más sensibles y activas en políticas de igualdad. Aprovechemos esta ventaja competitiva. Mientras en otros espacios empiezan a pensar en unas ideas que llevamos años manoseando, apostemos por llevarlas a sus últimas consecuencias. Porque, como hemos dicho, además de justo y democrático, es rentable. Toda la ventaja que saquemos a otros en esta operación de sumar talento nos hará más competitivos.

Y, por último, valentía. Hay demasiados hombres pensando en masculino al frente de este bloqueo. Sacúdanse el miedo. Ganarán. Asómense a lo que se pierden: a conciliar, a cuidar de los hijos, de los mayores, a compartir la mágica tarea de transformar una hipoteca en un hogar, en una oportunidad. Van a descubrir que disfrutar de esta parte de la vida les hará más felices. Les ayudará a entrenar su inteligencia emocional. Les conectará con sentimientos, con vivencias, con personas, con problemas, con responsabilidades, de las que llevan siglos huyendo. Estoy convencida de que un mundo con hombres dispuestos a asumir este reto será mucho mejor.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, es muy importante que tratemos de desbloquear esta Directiva. Venimos de un mandato en materia de igualdad de género bastante parado, y sería excelente que entre la Comisión y la Presidencia rumana pudiéramos llegar al final del mandato con buenas perspectivas en relación con esta Directiva, que lleva bloqueada desde que se presentó en el año 2012.

Establecer un 40 % de cuotas de mujeres en los consejos de administración es imprescindible. Es imprescindible porque el poder económico es central en la igualdad de género, y además porque es un modelo que ha funcionado. En Noruega ha funcionado de forma indiscutible. No lo ha resuelto todo, pero en las empresas cotizadas hoy hay un 40 % de mujeres.

Y no es un tema que se pueda uno esconder detrás de la subsidiariedad, como hacen muchos Estados miembros. Por dos razones: primera, porque la igualdad de género es un objetivo establecido en los Tratados y el poder económico es un elemento central para avanzar en la igualdad. Y, segunda, porque la disparidad en la Unión Europea es desde el 7,4 en algunos países de presencia de mujeres en los consejos de administración hasta el 43 %. La disparidad es enorme, y por lo tanto necesitamos un marco legal a escala de la Unión Europea que permita armonizar e impulsar esta medida.

Como decía, en Noruega esta ha sido una medida que es absolutamente un éxito. Eso es incuestionable. No lo ha resuelto todo. Y también debemos aprender. Hay dos cuestiones centrales. Primera: una cosa es establecer la igualdad en los consejos de administración y la otra es lograrla en los puestos ejecutivos. Y ahí hay que hacer trabajo también, porque una medida de estas no resuelve la segunda parte, sobre la cual también hay que trabajar.

Y segunda, lo que hemos aprendido de la experiencia noruega es que hay retos de implementación, evidentemente, y por eso en 2013 el Parlamento pidió que hubiera un régimen muy importante de sanciones para aquellas empresas que no cumplieran con ese objetivo, por ejemplo excluyéndolas de los concursos públicos si no cumplían con el 40 % que establecía la Directiva.

Por lo tanto, es una pieza legislativa central para avanzar en la igualdad. Yo desearía que tanto la Comisión como el Consejo trataran de darnos buenas noticias en los próximos meses, porque en esta Cámara creo que el apoyo a este texto es unánime.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Woran liegt es, dass lediglich 24 von insgesamt 200 Vorstandspositionen in deutschen DAX-Unternehmen von Frauen besetzt sind und sich an der Spitze dieser Konzerne keine einzige Frau befindet? Weil eine Gleichstellung der Geschlechter selbst in der EU immer noch nicht erreicht wurde. Das ist eine Schande! International fällt die Bilanz kaum besser aus: Von den 500 größten Unternehmen weltweit werden gerade einmal 3 % von einer Frau als geschäftsführendem Vorstandsmitglied geleitet.

Dass wir über dieses Thema im Jahr 2019 immer noch diskutieren müssen, ist beschämend und lässt mich ernsthaft an unserer ach so gelobten Fortschrittlichkeit zweifeln. Anscheinend gibt es noch viele Ewiggestrige, die meinen, dass Frauen nur zu Reproduktionszwecken da sind und hinter den Herd gehören, weil sie angeblich für Leitungsfunktionen der Wirtschaft nicht geeignet sind. Wollen wir wirklich noch 40 Jahre warten? So lange würde es nämlich ohne verbindliche Regelungen dauern, bis der Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten auf 40 % steigt.

Wir brauchen keine längeren Diskussionen. Diese Welt ist keine Männerwelt, sondern eine Welt für alle Menschen, gleich welchen Geschlechts sie sind. Sagen wir also dem frauenfeindlichen und anachronistischen Denken in den Chefetagen endlich den Kampf an!

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, the Woman on Boards Directive is not only offensive but it's patronising and condescending to those women that have earned positions at the top through merit. How utterly demeaning for a woman to find out she has been chosen for a position due to a quota and not through her accomplishments. Quotas signal to women that we are inferior and incapable of achieving success. What about women working at lower levels of companies? Quotas do not signify any increased opportunities or promotions, nor equate to more female CEOs. Despite Norway having implemented gender quota laws nearly a decade ago, only 7% of women hold executive roles.

Where do we stop? Where do these quotas stop?

First you set a quota between men and women, and what about the under-representation that may exist amongst women? You could endlessly categorise and endlessly quota. Yet again, I'm afraid, this is more European EU interference.

Companies should have the freedom to choose the most suitable candidate for a job, but under Article 6 and Recital 30 of this Directive, there are calls for sanctions, for fines to be imposed and forced dissolution of companies that do not fulfil the quota requirements. Quotas do not address nor resolve underlying issues of inequality. They are truly counter-productive.

(Applause)

Stanisław Żółtek, w imieniu grupy ENF. – Panie Przewodniczący! Widzę, że to feministyczne szaleństwo dalej trwa, chcemy zamienić kobiety w mężczyzn, a mężczyzn – w kobiety. Nie za bardzo rozumiem, czy to jest jakaś choroba, czy coś innego, ale póki to było takie śmieszne (typu jak głosowane ostatnio, że za mało jest kobiet pasących owce i kozy), to można się było tylko z tego śmiać. Ale tego typu dyrektywa, która w przedsiębiorstwach wprowadzi zasadę, że nie kompetencja się liczy, a kwota, ile jest kobiet, ile mężczyzn, jest już groźna. Można by oczywiście zakpić, że co to za problem, paru facetów powie, że są kobietami, i równowaga płci będzie zachowana. Sami to przegłosowaliście przecież i teraz załatwiliście już właściwie sprawę. Ale ta sprawa jest zbyt poważna, żeby tylko na kpinach poprzestać.

Widzimy, że całe istotne prawo w Unii Europejskiej tworzy Komisja Europejska, a Parlament je posłusznie przyklepuje, choć czasami jest niestety z powodu grupy posłów inicjatorem co bzdurniejszych i szkodliwych praw. Te prawa po kawałku nam odbierają wolność osobistą, odbierają wolność gospodarczą przedsiębiorcom, odbierają niepodległość państwom. Te rezolucje, które tutaj Parlament Europejski tworzy w tysiącach – zwykle bezsensowne albo nic niemówiące – mają jeden wspólny mianownik: musi tam być zawarte, że imigranci, homoseksualiści oraz oczywiście feministyczne ruchy są lepsi od obywateli Europy. Musi to być zawarte, to jest naprawdę jakaś choroba. Najwyższy czas wyjść z tej Unii, chyba się jej nie da zreformować. Tu apeluję do innych krajów: śladem Wielkiej Brytanii wyjdźcie z tej Unii, do posłów, żebyście to przygotowali. Stwórzmy nową unię, taką, jaka była w marzeniach założycieli tej, niestety, obecnej. Niech to będzie unia tak samo bez granic, ale taka, która się nie wtrąca do rodzin, nie ośmiesza kobiet wychowujących dzieci, mówiąc, że są kurami domowymi, tak jak tu ostatnio słyszałem. Taka, która się nie wtrąca do gospodarki. Gdzie Komisja Europejska to są posłuszni urzędnicy, a nie panowie nas wszystkich. Taką unię trzeba od nowa stworzyć, nie ma tu innego wyjścia. Mam nadzieję, że jeszcze dożyję tych czasów, bo za dwa lata z tej Unii już się nie będzie dało wyjść, to jest ostatni moment.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Pozwólcie państwo, że postaram się wam coś wytłumaczyć. Proszę o skupienie, mam tylko minutę. Wychodźcie z fałszywych założeń i dochodźcie wskutek tego do fałszywych wniosków.

Po pierwsze, zakładacie się na wstępie, że kobiety mają takie same predyspozycje, kwalifikacje i taką samą ochotę do zajmowania stanowisk kierowniczych jak mężczyźni. Z fałszywego założenia przechodzicie do ubolewania nad tym, że jest nierównowaga w zarządach. Wietrzycie w tym teorię spiskową, jakiś patriarchalny spisek, który uniemożliwia kobietom awans do zarządów spółek. Otóż wstępne założenie jest weryfikowane przez rzeczywistość, przez gospodarkę: skoro kobiety nie są zatrudniane tak samo chętnie, albo same się nie pchają do zarządów, to widocznie albo nie mają takich samych kompetencji, takich samych predyspozycji, albo takiej samej ochoty na podążanie taką ścieżką. Mężczyźni okupiają to na przykład tym, że żyją krócej. Jak zamierzacie naprawić straty mężczyznom, wyrównać sprawę w tym aspekcie? Jeśli rynek pokazuje, że kobiety nie zajmują tyle takich samych stanowisk, to widocznie przyczyna jest gdzie indziej, a nie w spisku mężczyzn.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, žijeme v době a ve společnosti, kde nikdo o rovnosti žen a mužů nepochybuje, přesto vidíme, že zastoupení žen na důležitých místech neodpovídá tomu, že tvoří jednu polovinu populace. Zastoupení žen v řídicích a kontrolních orgánech velkých společností kótovaných na burze je skutečně překvapivě nízké. Evropský průměr je 23 % a v některých zemích, jako např. ČR, je to pouze 9 %.

Přestože ženy dosahují stejného vzdělání, dokonce dnes více než polovina absolventů vysokých škol jsou ženy, mají jistě stejné ambice, jsou stejně schopné, tak přesto ženy v těchto rozhodujících orgánech chybí. Je to také díky tomu, že ženy mají svoji nezastupitelnou roli matky a pečovatelky. Do profesní kariéry nastupují později. Žádné kvóty samy o sobě neumožní ženám urychlit jejich kariéru. Ženám pomůže zlepšení podmínek pro to, aby mohly být matkami a zároveň rozvíjet svoji profesní kariéru. Zde vidím jako velmi důležité, aby se naopak Rada zabývala schválením směrnice na sladování rodičovského a profesního života a abychom zde došli ke konsenzu, aby tato směrnice byla členskými státy aplikována.

Chci se zeptat kolegů, kteří zde volají po nutnosti schválení směrnice, co brání jejich členským státům, aby ve své národní působnosti přijaly toto opatření? Např. kolegyně ze Španělska říká: „Schvalte směrnici.“, vždyť i Španělsko již odblokovalo jednání v Radě. Inu, kolegyně, není problém, aby vaše progresivní vláda přijala ve své působnosti takovou regulaci. Myslím, že nic tomu na úrovni členských států nebrání. Chtěla bych vyzvat, aby Evropská komise a orgány veřejné správy šly příkladem a podporovaly ženy do vyšších funkcí.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! Fru kommissionär! Över 65 procent av alla med universitetsexamen inom EU är kvinnor. De har kunskapen, de har erfarenheterna för toppjobben i bolagsstyrelserna. Ändå fortsätter de att bli marginaliserade från inflytande. Det är fullständigt oacceptabelt!

Men det är inte bara orättvist, utan det är dumt också. Det innebär slöseri med kompetens. Sannolikheten för innovationer i jämförbara företag är nästintill dubbelt så hög. Dessutom har det länge påvisats att ju fler kvinnor bland de högsta cheferna i börsnoterade företag, desto bättre förutsättningar för finansiella resultat som gynnar företagen. Trots det, fortsätter många medlemsländer och högerpolitiker att konsekvent motarbeta förslaget att minst 40 procent av de icke verkställande styrelseledamöterna ska vara av det underrepresenterade könet. Det är en väldigt märklig politik.

Därför är det med stor glädje som vi noterat att Spanien nu ändrar sig och drar tillbaka sin reservation i ministerrådet. Därför bör Rumänien ta detta på allvar och inte bara ha vackra ord utan agera för att vi ska få rättvisa och bättre möjligheter för innovationer i Europa.

Czesław Hoc (ECR). – Panie Przewodniczący! W kwestii kobiet w zarządach spółek oraz ogólnie równowagi płci spojrzmy na trzy najważniejsze instytucje Unii Europejskiej: Parlament Europejski, Komisję Europejską i Radę Europejską. Na 12 dotychczasowych przewodniczących Komisji Europejskiej – ani jednej kobiety. Dalej, na 30 przewodniczących Parlamentu Europejskiego – tylko dwie panie oraz na 78 (78!) przewodniczących Rady Europejskiej – także tylko dwie kobiety. Dlaczego zatem organizacje kobiet nie ukazują tego faktu na forum Parlamentu, dlaczego żaden mężczyzna przewodniczący nie uderzył się w pierś? Czyżby do tego aktu odwagi potrzebna była aż unijna dyrektywa?

Zatem wszyscy są wobec prawa równi. Kobieta i mężczyzna mają równe prawa w życiu rodzinnym, politycznym, społecznym i gospodarczym – tak jest zapisane w Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej. Jesteśmy społeczeństwem kobiet zaradnych, wykształconych, kompetentnych i odpowiedzialnych. Każdy potrzebuje szacunku i sprawiedliwego traktowania, albowiem ma identyczne prawa i równą godność. Tego należy po prostu przestrzegać, to jest nasz wspólny imperatyw aksjologiczny i cywilizacyjny.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señor presidente, gracias, señora Jourová, siempre por su apoyo, por su fuerza y por su determinación. Hoy, algunos todavía dicen que las mujeres no ocupan puestos de dirección porque deciden no hacerlo. Y, sin embargo, la proporción de mujeres en los consejos de administración de las empresas europeas cotizadas ha pasado del 10 % en 2005 al 22 % en 2015. Luego algo se mueve.

Otros dicen que, si las cosas ya están cambiando, una iniciativa como la propuesta sobre las mujeres en los consejos de administración sería innecesaria. Sin embargo, las mujeres solo presiden el 7 % de los consejos de administración y solo son el 6 % de los directores ejecutivos de las mayores empresas. El techo de cristal existe. El suelo pegajoso existe. Y, desde la Unión Europea, podemos ayudar a romper uno y a limpiar otro. Pero, para ello, es necesario que el Consejo deje de bloquear la propuesta sobre las mujeres en los consejos de administración.

La igualdad en puestos de dirección es positiva para todos. Las empresas con más mujeres en los consejos de administración obtienen mejores resultados. Lo racional, lo eficaz, lo pragmático con principios es la igualdad. Es hora de que el Consejo desbloquee la propuesta sobre las mujeres en los consejos de administración y asuma el liderazgo que piden los europeos. Y yo espero de Rumanía una buena posición al respecto.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio moltissimo le colleghe del gruppo S&D e dei Verdi per aver presentato queste due interrogazioni orali. Con la relazione sul *Gender mainstreaming*, di cui è stata relatrice la collega Mlinar, abbiamo lavorato nella stessa direzione. Chiaramente dobbiamo essere consapevoli del fatto che stiamo intervenendo su un sintomo di una cultura discriminatoria e stiamo lavorando con un'azione positiva per evitare che questi dati che emergono ancora una volta dagli studi effettuati diventino un vettore di ulteriore discriminazione.

Dobbiamo però essere consapevoli del fatto che questo Parlamento deve dare risposte, non soltanto per quel soffitto di cristallo che riguarda l'1% delle donne, ma per quelle forme di discriminazione e di violenza che riguardano il 99% delle donne; deve combattere ogni forma di discriminazione di genere, di classe, di razza, e credo che questo Parlamento europeo possa dare un suo contributo in questa direzione.

Ringrazio davvero le colleghe per queste interrogazioni orali. Credo davvero, però, che abbiamo moltissimo da fare in una legislatura che, come ricordava il collega Urtasun, dal punto di vista dell'uguaglianza di genere avrebbe potuto fare di più.

Daniela Aiuto (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'ormai lontano novembre 2012, il Parlamento ha votato in prima lettura la proposta di direttiva sulle donne nei consigli di amministrazione, tuttora bloccata al Consiglio.

Questa proposta di direttiva era nata con l'intento di portare maggiore uguaglianza tra donne e uomini nei consigli d'amministrazione delle maggiori società quotate in Borsa, anche se noi siamo consapevoli che vi sarà una reale uguaglianza solo quando si potrà conquistarsela grazie al merito dimostrato sul campo e non grazie a una quota di genere imposta a priori, merito e competenze che noi donne abbiamo – e vorrei rassicurare il collega che ha parlato prima – mi dispiace per lui ma è dimostrato dai dati che le donne laureate sono in percentuale più numerose dei colleghi uomini.

I dati di partenza con cui la Commissione aveva proposto questa direttiva erano inquietanti: solo il 13,7% dei posti era occupato dalle donne. Oggi, quindi, mi chiedo e chiedo alla Presidenza rumena: quali misure intende intraprendere per sbloccare finalmente questa fase di stallo? Mi domando inoltre se saprà farsi portavoce delle richieste delle donne europee, che noi qui rappresentiamo, in seno al Consiglio.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it is well known that men disproportionately make up the numbers of corporate boards across the world. According to the European Institute for Gender Equality, in 2017, women accounted for only a quarter of all board members in the largest publicly listed companies registered in the EU. In fact, in 2015, there were more CEOs of Fortune 500 companies named John than there were women. Nothing wrong with John – my own name is Seán, which is the Gaelic form of John.

This proposed directive is not simply about making up a gender balance on corporate boards of directors and non-executive directors; it's about the trickle-down effect this has on the entire company and the economy. One will often find women working in the human resources or communication side of a company, while men are more often in general management as this is seen as more senior. There must be a gender-balanced model of decision making at all levels within the company concerned. If people running the company are primarily comprised of men, how can we expect the company as a whole to represent the whole spectrum of opinions and perspectives? Furthermore, inadequate recruitment practices for board members contribute to perpetually hiring those with similar profiles, i.e., we as humans tend to hire who we are familiar with, so if the board is comprised primarily of men, this leads to more men being hired. This does not make sense. According to the International Monetary Fund, women's economic empowerment boosts productivity, and increases economic diversification and income equality. It makes absolute sense to have more women on boards.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nelle nostre discussioni ricordiamo spesso come la parità di genere sia un valore fondativo dell'Unione europea, anche se poi nei comportamenti siamo orientati diversamente, come dimostra la discussione di questa mattina. Ciò che sta facendo il Consiglio è semplicemente vergognoso: siamo di fronte a una direttiva votata con una larghissima maggioranza oramai più di 7 anni fa e non succede nulla.

Non è un obiettivo straordinario quello contenuto nella direttiva: la presenza delle donne nei consigli di amministrazione del 40% non ha come corrispettivo, ad esempio, la stessa quota in posizioni apicali: è rimasta aperta e resterà aperta ancora a lungo la questione della differenza di retribuzione, a parità di lavoro, tra uomo e donna.

Dunque, quello che avevamo deciso era un – piccolo – passo in avanti nella direzione giusta ma che è rimasto semplicemente una buona intenzione. Io spero che il Consiglio abbia voglia – e dimostri concretamente di volerlo fare – di camminare nella direzione giusta, che è quella di rispettare e di dare gambe anche alla direttiva che abbiamo votato.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, «Σε μια κοινωνία χωρίς ισότητα, αλήθεια, τι αρμονία και τι ομορφιά μπορεί να επικρατήσει;», αναρωτιόταν ο John Milton. Το ίδιο αναρωτιέμαι κι εγώ. Το γυάλινο ταβάνι που εμποδίζει τη σταδιοδρομία χιλιάδων εργαζομένων γυναικών ανατρέπει τις ζωές τους. Εργαζόμενες με εμπειρία, σπουδές και κατάρτιση αποκλείονται από διευθυντικές θέσεις, αμείβονται λιγότερο, «τιμωρούνται», αν έχουν ή αν θέλουν οικογένεια, δέχονται παρενοχλήσεις διάφορων μορφών. Η πρόταση οδηγίας είναι σίγουρα μια ακόμα ευκαιρία να διορθώσουμε ανισότητες που επικρατούν. Όμως γιατί αργεί η υιοθέτησή της;

Πρώτo το Συμβούλιο: Ποιες πρωτοβουλίες θα λάβει για να αντιμετωπίσει το φαινόμενο του γυάλινου ταβανιού στις επιχειρήσεις; Πώς σκοπεύει να προαγάγει την ισότητα των φύλων κατά τη διάρκεια της ρουμανικής Προεδρίας;

(Procedura catch-the-eye)

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, nel 2017, è stato detto, le donne componevano soltanto un quarto dei consigli di amministrazione delle maggiori società europee quotate in Borsa e, ancora oggi, gli approcci adottati in materia dagli Stati membri variano sensibilmente, con conseguenti evidenti disuguaglianze in seno all'Unione.

Il ricorso insufficiente alle capacità di donne altamente qualificate non rappresenta solamente un'inaccettabile discriminazione basata su stereotipi di genere, ma costituisce anche un pregiudizio all'ottimale funzionamento del mercato del lavoro nell'Unione. Per realizzare una migliore parità di genere, è dimostrato che progressi significativi possono essere compiuti attraverso l'adozione di misure legislative che prevedano le cosiddette «quote rosa».

In effetti, nel mio paese, l'Italia, per esempio, con l'introduzione di una specifica legge in materia, in soli cinque anni si è superato il 33% di presenza femminile nei consigli di amministrazione, il che ha generato un effetto positivo su tutti gli indicatori di performance, proprio grazie alla competenza delle donne.

Chiediamo quindi alla Presidenza rumena di definire al più presto i negoziati sulla proposta di direttiva per l'equilibrio di genere nei consigli di amministrazione.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, onorați membri ai Consiliului, doamnă comisar, un subiect dezbătut, așa cum spuneau colegii, de șapte ani. Eu vreau să vă spun următorul lucru, mai ales pentru bărbații care au ridicat aici problema inegalității și pentru bărbații de acasă, care se simt complexați: antropologic, femeile sunt proiectate pentru a fi bune! Bune și în business și acasă, femeile totdeauna au două locuri de muncă, cel puțin două locuri de muncă. Și ca o femeie care am fost în consiliul de administrație și la companii de stat, și la propriile companii, spun foarte clar: femeile pot să ducă această sarcină. Nu există profesii pentru bărbați și pentru femei și sper, doamnă ministru, doamnă comisar, să eliminăm această democrație cu capul în jos, această minoritate din Consiliu care blochează de atâția ani un lucru foarte bun. Mie îmi displace că trebuie să avem o cotă, dar dacă societatea n-a înțeles să valorifice valoarea feminină din societate, cred că trebuie să intervenim, pentru că da, sunt de acord, doamnă comisar, directiva pentru echilibrul între viața privată și viața de familie, precum și ceea ce ați spus dumneavoastră, că există studii relevante, trebuie să fie puse în practică. Toți vom avea de câștigat, toată societatea!

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η υποεκπροσώπηση των γυναικών και στην κοινωνία και στις βασικές θέσεις και στην οικονομία είναι ένα κοινωνικό φαινόμενο και προφανώς πρέπει αυτό να αλλάξει και φυσικά θα πρέπει οι γυναίκες να εκπροσωπηθούν και στα διοικητικά συμβούλια των επιχειρήσεων. Αλλά η κοινωνική μηχανική, το «social engineering», το οποίο επιχειρεί η Ευρωπαϊκή Ένωση, δεν νομίζω ότι μπορεί να πετύχει στον τομέα αυτό ούτε μπορεί να αναγκαστούν οι επιχειρήσεις να κάνουν κάτι διαφορετικό.

Μπορεί όμως η Ευρωπαϊκή Ένωση να κάνει κάτι άλλο και, επειδή είναι εδώ και ο κύριος Juncker και ακούει, λέω το εξής: 140 δισεκατομμύρια ευρώ τον χρόνο είναι ο προϋπολογισμός της Ευρωπαϊκής Ένωσης. 70 δισεκατομμύρια ευρώ είναι τα κονδύλια της Ευρωπαϊκής Τράπεζας Επενδύσεων. 2,5 τρισεκατομμύρια ευρώ έχει δώσει ο κύριος Draghi. Λέω λοιπόν να μη γίνεται καμία χρηματοδότηση από κοινοτικά κονδύλια ούτε από δάνεια ούτε να αγοράζονται ομόλογα από την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, εάν οι συγκεκριμένες επιχειρήσεις δεν έχουν εκπροσώπηση γυναικών στα διοικητικά συμβούλια. Να δείτε πώς αμέσως μόνες τους οι επιχειρήσεις θα αναγκαστούν και θα αλλάξουν την τακτική και θα έχουν εκπροσώπηση γυναικών στα διοικητικά συμβούλια, διότι δεν θα έχουν πρόσβαση ούτε στην οικονομία ούτε στα ομόλογα ούτε βεβαίως στα χρήματα που είναι και από το πρόγραμμα Juncker. Με αυτό τον τρόπο δίνουμε μια απάντηση και αναγκάζουμε τις επιχειρήσεις να έρθουν σε αυτά τα οποία εμείς επιθυμούμε.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, constatiamo dal dibattito che si è svolto stamattina in quest'Aula che c'è un'ampia convergenza di questo Parlamento su questa direttiva che, badate, non è nulla di straordinario: è un piccolo passettino che però va nella giusta direzione, perché qui non si sta imponendo la presenza delle donne nei consigli di amministrazione; si sta semplicemente prendendo atto che non si può rappresentare soltanto il 50 % dell'universo maschile all'interno dei consigli di amministrazione, ma si chiede una rappresentanza reale anche della rappresentanza femminile.

E allora dov'è il problema? Il problema è, come al solito, all'interno del Consiglio. Lo dico con molto rammarico e con molta preoccupazione perché, da un lato, c'è un atteggiamento del Parlamento che vorrebbe consentire a queste istituzioni e all'Unione europea di fare dei passi avanti. Dall'altro lato, c'è l'atteggiamento del Consiglio che troppo spesso, Presidente, blocca azioni che vanno nella giusta direzione.

Allora, se è vero che l'uguaglianza è un principio fondamentale dell'Unione europea, bisogna agire!

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Ich freue mich über diese Richtlinie, und ich freue mich über die Debatte, und zwar aus verschiedenen Gründen. Ich denke mal, es ist sehr gut, dass immer mehr Männer auch beteiligt sind, wenn wir darüber sprechen, denn wir müssen das gemeinsam als Gesellschaft schaffen, mehr Gleichberechtigung für die Frauen und mehr Repräsentanz von Frauen in allen Bereichen zu erreichen, weil sie auch wirklich gut genug sind, genauso gut wie die Männer. Der Gender-Pay-Gap wurde angesprochen. Ich weiß, in Deutschland ist er besonders hoch, höher als in anderen Ländern. Wir diskutieren bei uns gerade ein Paritätsgesetz mit sehr unterschiedlichen Ansätzen. Einige Mitgliedstaaten haben schon ein Gleichberechtigungsgesetz für das unterrepräsentierte Geschlecht. Ich denke, es ist eigentlich eine Schande, dass wir immer noch darüber reden müssen; es wäre gut, wir hätten es schon.

Ich habe mich zum Beispiel sehr gefreut über die Kollegin Regner, die sagte, eigentlich ist es in der europäischen DNS, dass es Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen gibt. Und darum hoffe ich auf eine breite Zustimmung dazu. Wir müssen einfach wirklich sehen, dass wir endlich mal zu einem Abschluss kommen.

Julie Ward (S&D). – Mr President, it is astonishing to see that this initiative to push for gender balance on the boards of businesses remains blocked in the Council after more than five years. It truly shows how conservative the Member State governments can be. It is worrying that this initiative is so controversial. Pushing for equality at executive level in companies is a policy that, while important, still remains focused largely on privileged women. It's no wonder we have so much trouble, then, highlighting the narratives of marginalised women.

In the business world, women who find themselves at the intersection of several forms of discrimination face incredible challenges: black, Roma, migrant, disabled or poor women are too often forgotten in political spheres, as well as in the world of work and business. Following the agreement reached last week on the Work-Life Balance Directive, I call on the Presidency to put an end to this shameful situation, and focus all its efforts towards finally finding a consensus with regard to women on boards.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, a igualdade de género para o Conselho é secundária, basta ver uma fotografia do Conselho Europeu. As mulheres que estão nos conselhos de administração, por exemplo, na Espanha, só ocupam 22% dos postos nas empresas cotadas em bolsa.

Só na Suécia se chega aos 36%, mas, em geral, muito longe dos níveis que diz a Europa.

Na passada legislatura, como membro da Comissão da Igualdade de Género, discutimos este tema e é triste ver que, 7 anos depois, estamos aqui de novo num tema que é a imagem pura do não cumprimento das diretivas relativas à igualdade.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Mr President, first of all, as a Romanian MEP, I welcome the fact that the Women on Boards directive proposal is one of the priorities of the Romanian Presidency in advancing gender equality. With some Member States changing their position recently, I am confident and I count on the Council to push forward the negotiation.

The reasons for the under-representation of women in business leadership are complex and include prevalent political and corporate cultures and traditional gender stereotypes. The glass ceiling in the business culture not only devalues the contribution of female leadership but also discourages other women from fully developing their potential in professional careers. From my own experience I can tell you that women taking the leadership in the company makes for added value and enterprise growth, prioritising women's needs in shaping the enterprise culture. Therefore, I express my support for the Romanian Presidency continuing the discussion on this directive.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, I am really grateful for the determination, dedication and support of the European Parliament for this course, which has been obvious through the whole debate. I am also grateful for the interest of the media in this topic.

Let me conclude by saying a few words. Next to the clear support which I have already expressed from the Commission side for this piece of legislation, I wanted to tell you that we are not waiting for this to be unblocked in the Council because there is still a lot of work which can be done to support higher or better diversity, and not only in the world of business.

I would like to mention again several statistics. In our society more than 50% are women. We have 62% of university graduates who are women. So one would say that it would be normal if we had at least such an adequate position and representation of women in various spheres of life, but let's just compare these figures. We have 22% of women on boards. We have only 6% of chief executives. Coming a little bit further, to the political sphere, we have only 20% of women in national parliaments. We have some governments in the Member States where there are only one or two women. Recently there was one government where there were no women.

Let's come to a positive example now. I am happy to say that in the Commission we are already tackling the 40% in managerial positions, which is thanks to the continuous strong push and very smart procedure which is guaranteeing fair competition, free of any kind of bias or barriers which we see in many other places.

To react to what Mr Žóltek said here – he is no longer here – believe me, from my position as a woman in the Commission, I still feel very strongly as a woman that I didn't have to become a man to be in such a position and to contribute to the decision-making of the Commission. It's a coincidence that Jean-Claude Juncker is here, but he said very clearly 'at least nine women for the Commission' and I think that all my women colleagues are doing the right job by bringing the perspective of women into decision-making.

So when we compare those figures, we have to say that there is something unhealthy and abnormal in other European societies, and that's why we are working hard to change this. As I said, we are not only waiting for the unblocking of the directive on women on boards. By the way, I would like to ask Ms Parker to read the current version of the directive because you will not find anything there which would indicate that gender itself – to be a woman only – is the qualification. We are inviting fair competition and cooperation. It's good to pay attention to the current version, which we are promoting.

At this moment, half of the Member States already have the legislation so, if we move on with the legislation, we will help the remaining Member States. It's true that the Member States can act themselves. They do not have to wait for the unblocking of this directive because it's up to them to move on this.

In the meantime, the Commission is not waiting. We are doing a lot of non-legislative work. We are supporting the Diversity Charter, where there are now already 10 000 institutions, including the biggest companies. I will name a few of them: Sodexo, IKEA, IBM, Siemens. These are the multinationals which are promoting the idea of diversity, which is advantageous for business in many Member States, including the states where there is no legislation. So in fact they are exporting and spreading this positive corporate culture. We are also funding a lot of projects which promote diversity. So we are doing a lot of things in the meantime. It's something which I call Plan B – not to wait for the adoption of the legislation, but to do a lot of other things. But I have to repeat at the end of my concluding remarks that we still believe that this piece of legislation will be adopted. Again I want to repeat that we trust the Romanian Presidency, that they will do a great job on this.

Melania Ciot, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you for this discussion. As I said in my opening remarks, the Council commitment to gender equality is real and unwavering. The Romanian Presidency has been organising bilateral talks with the blocking minority in order to seek a possible solution. We have also scheduled meetings at working-party level on the file, but we must not forget that the Presidency is in the hands of the Member States. Under the ordinary legislative procedure, an agreement among Member States requires a qualified majority.

In addition to the work we have undertaken in cooperation with Parliament to advance European legislation, we are also – as I mentioned – preparing a set of conclusions on the gender pay gap and policies to improve the reconciliation of work, family and private life. We hope to see these conclusions adopted at the Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs (EPSCO) Council on 13 June.

Allow me, also, to take this opportunity to inform you that the Romanian Presidency will be hosting the High-Level Group on Gender Mainstreaming in Bucharest in February. We are also looking forward to discussing the topic of gender equality at the informal meeting of the EPSCO ministers in Bucharest in April.

Thank you very much for this opportunity to discuss these important topics here today. By working together, the Council and Parliament, we can end discrimination and unfairness and make equal treatment a reality for all women and men. At this time of turbulence and transition, we face many challenges; however, the future belongs to equality.

Presidente. – La discussione congiunta è chiusa.

L'ordine del giorno reca la discussione con il Primo ministro finlandese, Juha Sipilä, sul futuro dell'Europa.

(La seduta è sospesa per pochi istanti)

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Jau 2013 metais Europos Parlamente priėmėme savo poziciją dėl šios direktyvos, kuri galėtų būti labai geras pavyzdys, siekiant užtikrinti lyčių lygybę ir kitose srityse. Europos Sąjungos lygmeniu vis dar nėra užtikrinama lyčių lygybė aukščiausiose bendrovių pozicijose, tačiau turėtų būti išnaudojami turimi gabumai ir kartu skatinama lyčių pusiausvyra visų vidaus rinkoje veikiančių bendrovių valdybose. Sveikintina, kad Ispanijos vyriausybė prieš kelis mėnesius Tarybai pirmininkaujančiai Austrijai pranešė, jog atšauks savo išlygas dėl pasiūlymo, ir pasiūlė aktyviai bendradarbiauti su ES partneriais, kad pasiektų susitarimui pakankamą daugumą. Taigi, raginu šiuo metu Tarybai pirmininkaujančią Rumuniją įtraukti Moterų įmonių valdybose direktyvos klausimą į Tarybos posėdžių darbotvarkę, siekiant kad iki dabartinės Parlamento kadencijos pabaigos būtų rasta išeitis iš šios akliavietės, į kurią pateko ši direktyva. Labai svarbu užtikrinti, kad lyčių lygybė vėl taptų pagrindine ES diskusijų tema.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Podczas kiedy równość płci jest jedną z podstawowych wartości Unii Europejskiej, kobiety nadal stanowią zdecydowaną mniejszość w zarządach i radach nadzorczych firm pomimo nieustających wysiłków zmierzających ku zwiększeniu różnorodności płciowej w najważniejszych organach krajowych. Obecnie globalnie kobiety zajmują 15 proc. miejsc w zarządach. W Polsce podobnie kobiety zajmują trochę ponad 15 proc. udziału w radach nadzorczych i stoją na czele 6,3 proc. zarządów firm spośród ponad 480 spółek giełdowych z rynku głównego.

W Unii Europejskiej wprowadzenie przepisów dotyczących parytetu w niektórych państwach członkowskich okazało się sukcesem. Jednak z danych zgromadzonych przez Europejski Instytut ds. Równości Kobiet i Mężczyzn wynika, że w 2017 r. kobiety stanowiły zaledwie 25 proc. wszystkich członków zarządów największych spółek giełdowych zarejestrowanych w UE, przy czym odnotowano duże rozbieżności między poszczególnymi państwami członkowskimi, gdzie udział kobiet wahał się od 7,4 % do 43 %. Wyraźnie ukazuje to duże znaczenie unijnej dyrektywy.

Dlatego postawa Rady w tej kwestii jest tak głęboko niepokojąca. Choć Parlament Europejski przyjął swoje stanowisko już w 2013 r., kiedy to poparł inicjatywę Komisji, która starała się rozwiązać kwestię nierówności, nakładając wymóg co najmniej 40 % udziału kobiet w zarządach spółek, dyrektywa jest wciąż zablokowana w Radzie pomimo licznych apeli z naszej strony.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Din păcate, de ani de zile vorbim despre o legislație la nivel european care să asigure echilibrul de gen în conducerea companiilor, dar lucrurile nu se mișcă. În 2012, Comisia a publicat o propunere de directivă privind îmbunătățirea echilibrului dintre bărbați și femei în rândul administratorilor neexecutivi ai întreprinderilor cotate la bursă, cunoscută de obicei sub numele de „Directiva privind femeile în consiliile de administrație”. Conform propunerii, nivelul de cel puțin 40 % dintre membrii neexecutivi ai sexului subreprezentat în consiliile de administrație ar trebui să fie atins până în 2020 în sectorul privat și până în 2018 în sectorul public (așa-numitul „contingent procedural”). În ciuda presiunilor Comisiei și Consiliului, situația nu avansează deloc. Este nevoie ca, înainte de încheierea acestui mandat, Președinția Română să ia toate măsurile necesare pentru a ajunge la un acord între statele membre și adoptarea directivei.

Claudia Țăpădel (S&D), *în scris*. – Egalitatea de gen este o valoare fundamentală a Uniunii Europene, astfel femeile trebuie să beneficieze de aceleași oportunități ca bărbații pentru a ocupa poziții de conducere, atât în sectorul economic și financiar, cât și în cel al transporturilor. Valoarea economică adăugată și antreprenorială pe care femeile o aduc în mod activ ocupând funcții de înaltă răspundere este bine cunoscută. Propunerea din 2012 a Comisiei referitoare la directiva privind participarea femeilor în consiliile de administrație a urmărit să atenueze inegalitățile, impunând o reprezentare de minimum 40 % a femeilor în consiliile de administrație ale companiilor. Deși Parlamentul a adoptat și a sprijinit încă din 2013 inițiativa Comisiei, directiva este încă blocată în Consiliu. Introducerea legislației privind reprezentarea de minim 40 % a femeilor în consiliile de administrație s-a dovedit a fi un succes doar în unele state. Din punct de vedere statistic, femeile încă reprezintă doar un sfert din totalul membrilor consiliilor de administrație, existând discrepanțe mari între statele membre, unde prezența femeilor în consiliile de administrație variază între 7 % și 43 %. Acest lucru arată în mod clar că avem nevoie de o directivă europeană pentru a echilibra ponderea femeilor în funcții executive în orice domeniu de activitate.

Monika Vana (Verts/ALE), *schriftlich*. – Wir brauchen eine frauenpolitische Offensive in Europa. Sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die Kommission haben Frauenpolitik in die Dunkelkammer verbannt. Dabei liegen zahlreiche, einfach umsetzbare Maßnahmen am Tisch, um rasch für mehr Gleichstellung zu sorgen. Eine Schande, dass die Regierungen der EU-Staaten ihre Zustimmung dazu noch immer nicht gegeben haben! Das Europäische Parlament hat seine Hausaufgaben bereits gemacht. Es ist unfassbar, dass der Frauenanteil in börsennotierten Unternehmen in Österreich im Jahr 2018 von 6 auf 4,8 % zurückgegangen ist. Von 186 Vorständen sind nur neun weiblich. Jetzt sind die Mitgliedstaaten am Zug, Gender Mainstreaming endlich ernsthaft umzusetzen. Es ist offensichtlich, dass dort, wo Maßnahmen getroffen wurden, auch eine Veränderung eingetreten ist. Allerdings muss es auch ernsthafte Sanktionen für Unternehmen geben, wenn sie die Quote nicht erfüllen.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

*Presidente***4. Wiederaufnahme der Sitzung***(La seduta è ripresa alle 10.13)***5. Debatte mit dem finnischen Ministerpräsidenten Juha Sipilä über die Zukunft Europas (Aussprache)**

President. – First of all, I want to thank the Finnish Prime Minister for being here. Thank you very much. It is important for us to hear the different positions of the different countries on the future of the European Union.

For the European Parliament there are two, three or four key points. We want more power for the European Parliament. We want more Europe and not less Europe. We want to strengthen Europe and not to destroy Europe. On the MFF, we are in favour of a change from 1.1 to 1.3. We are in favour of own resources. Immigration is also an important point for the European Parliament. The European Parliament approved the reform of the Dublin rules. We want a decision by the European Council on this.

At the centre of today's debate there are two key points: Brexit and Venezuela. It is important to know your ideas on the future of the European Union. We know the position of the European Commission. There is the position of the European Parliament of course and there are the positions of different Member States. Now it is important to know the position of Finland.

Prime Minister, you have the floor.

Juha Sipilä, Prime Minister of Finland. – Mr President, I bring warm regards from very cold Finland. I was in the northern part of Finland, where I live, last weekend, and there was minus 30° and about a metre of snow – a real winter!

It's a pleasure to be here today. The European Parliament has done excellent work in the recent very challenging circumstances. Forward-looking discussions about the European Union are essential for two reasons. In order to realise the vision of the Rome Declaration we need to discuss how we achieve sufficient unity to make decisions and implement them. Secondly, we must debate to discover each other's priorities in relation to the EU's action and budget.

EU countries became familiar to me as an entrepreneur through sister companies around Europe. I remember, in my thirties, travelling to meet the CEO of a big French company. On the plane, I read a guidebook my wife had borrowed from the library for me. It said that you should never ask anything about family when you are in a business meeting with a Frenchman. When I arrived, there was a dinner meeting and the CEO was there with wife and daughter. The first question to me was 'Tell me about your family.' So I understood that we Europeans get along and we have more in common than we may think.

As long ago as the 1920s, a founder of the Finnish Centre Party, Santeri Alkio, wrote that, for the sake of peace in Europe, the continent should consider shifting its politics towards a United States of Europe. He even mentioned a common currency. He was a pioneer in many respects, including this one. Choosing international cooperation and generating peace and economic development have been guiding threads for Finland.

Friends, in recent years we have been given a lesson in populism in Europe. We have seen where it leads to when the solutions for complex issues are provided by simplifying matters. In the end, nobody takes responsibility. There has been such a case in the United Kingdom and the result is there for all to see. Not only Brexit but also populism hit the EU from several fronts. Setbacks on the rule of law, freedom of the press and women's rights are news we would not expect to hear in 21st century Europe.

How can the EU promote its common values in its external policies if it can't do so within the Union? Common values such as democracy and the rule of law have been the foundation of Europe's freedom, security and prosperity. They should unite the Member States. It is essential to bridge Europeans' internal divisions. At the same time, there cannot be any compromise on the rule of law.

Finland warmly welcomes the Commission's rule-of-law proposal in respect of the Multi-Annual Financial Framework (MFF). I am convinced that there is a way to establish a well-balanced mechanism to that end.

Mr President, honourable Members, the cornerstone in terms of Finland's position towards a developing EU, as well as monetary union, is to respect what has been agreed and to ensure efficient implementation. We strongly support the kind of European Union that achieves its credibility throughout concrete action. In 2015, my Government started with a situation where our public deficit was nearly 3.5% relative to GDP. We made 2% painful savings. We implemented reforms, improving public finances, including social and healthcare reform and pension reform.

An internal devaluation of 4% was made for the purpose of boosting employment and growth. We agreed with the unions on a salary freeze and cuts, an extension of 24 hours in annual working time and a decrease in employees' social security contributions, to name but a few aspects. As you might guess, this list was not very popular. However, now, after three years, the public deficit is covered, the state budget is in balance and the employment rate is the highest in 30 years.

With that said, the idea of solving problems of this kind through permanent fiscal transfers is unacceptable for us. The best insurance against economic shocks is a balanced budget and a low debt ratio. Many times over these years, I have come back to a quote from Jean Claude Juncker – 'We all know what to do, we just don't know how to get re-elected after we have done it.' For my part, I am testing this in practice in the upcoming elections in April. Let's see!

My point is that, despite the risk, the Member States must be capable of making decisions and implementing them. Efficient implementation is absolutely the best method of responding to current and future challenges.

We need implementation of the single market and R&D and innovations, implementation of the internal and external security policies, implementation of migration policies, implementation of climate policies. Better implementation is the best tool in fighting populism and in increasing citizens' confidence in the European Union.

Honourable Members, Finland holds the EU Presidency in the second half of this year, so next I will point out some areas that will be on the agenda during our Presidency. These are also topics on which the EU must be able to work more closely together and to 'walk the talk' efficiently.

I'll start with the MFF, which is a key implementation tool for future EU policy. In Finland's view, the overall level of the MFF should be as close as possible to current relative share. The focus needs to be in the areas where the EU is best placed to deliver, such as migration, security, the single market, innovation, digitalisation and climate.

We also see a need to reallocate funding for rural development within the budget. The common agriculture policy helps to provide affordable and safe food to our citizens. It ensures that farmers can make a reasonable living and it promotes jobs in the farming and food industry. At the same time, cohesion policy creates more balanced development between and inside the Member States. I am confident that we will be able to find a balanced compromise between traditional policy areas and new challenges. I am also confident that we can do it during the Finnish Presidency.

Secondly, we need a migration policy with a comprehensive approach. To begin with, the root causes of migration must be addressed more efficiently. In addition to development cooperation and humanitarian aid, trade and investments are needed to create jobs and sustainable development. We must also work hard to develop a more effective return policy. The internal aspect of migration is in our own hands. We should manage migration increasingly throughout direct resettlements from the refugee camps. This would mean less pressure on the EU's external borders and less smuggling. At the same time, management of our external borders should be reinforced.

There is also a need to proceed with the most complicated political issues, including a mechanism on solidarity during crises. It's crucial that we agree on this in advance, not in the middle of a crisis – as we did in 2015.

Thirdly, security and defence cooperation is important and needs to be intensified. Finland has been actively calling for ambitious progress on security and defence cooperation, together too with France. Now we welcome the progress made: the creation of a European defence fund and Permanent Structured Cooperation (PESCO) have been steps in the right direction. Now we should take concrete action on implementation and achieving results.

The EU has also strengthened its capacity for countering hybrid threats. The European Centre for Countering Hybrid Threats, in Helsinki, contributes to the preparedness of NATO and EU countries against these threats. I want to thank the 19 participating countries, of which 16 are EU Member States, for their strong commitment. I would also welcome all the remaining Member States joining the centre.

Fourth, we must improve the single market. We are the best single market in the world. Alongside innovation and trade, this is our best way to create new jobs. A lot of potential exists, especially in services and digital products. Improving the situation is entirely in our own hands. I urge you to find a common mindset in order to pass those 35 proposals which are still under negotiation.

Looking ahead, I hope that the future Commission will take a more holistic approach, within which the single market, digitalisation, industrial policy and external competitiveness are better interlinked. We should aim at forward-looking growth strategy, including, inter alia, data mobility and artificial intelligence. It's also important to enhance competitiveness by implementing the principles of the EU social pillar. For instance, it is crucial to promote equality in working life and to enhance the education level of all citizens.

Fifth, trade policy is also crucial for the EU's competitiveness and new jobs. In respect of free trade agreements, I am pleased with the latest achievements vis-à-vis Japan, Vietnam, Singapore, Mexico and Canada, and with the rapid progress in ongoing negotiations. However, it's harmful if the big players continue to build trade walls. We must do everything we can to prevent the erection of, or tear down, such walls. This is especially the view from smaller countries, to which the damage would be fatal. We must respect and obey the common rules on trade.

And lastly, the EU must take a lead on climate change action.

The report by the International Panel on Climate Change again reminded us of the threat posed by climate change to life on Earth. We can't walk away from science. Besides a threat, I see many possibilities in this global challenge. As an engineer, I tend to think in a solution-based and technology-based way. I am sure that, as the world moves towards low-carbon development, we are in the front line in developing new technologies, and ambitious climate policy will also support job creation here in Europe. We need measures on three fronts: CO₂ emissions, carbon sinks and new technologies.

Last week, Finland hosted a Nordic climate meeting in Helsinki. Nordic countries gave a promise to raise the level of their climate ambition by 2020. The Nordic countries want to catalyse mitigation efforts to limit global warming to 1.5 degrees.

Also in the round-table discussions in the Finnish Parliament, eight Finnish parties set an objective that the EU should achieve carbon neutrality before 2050. That requires tightening the emission reduction obligation for 2030 to at least 55% of the 1990 levels. The EU Emissions Trading System (ETS) is the most cost-efficient way to reduce greenhouse gas emissions. Finland aims to renew the system so that the price of the emission allowances guides operators towards emission reductions more quickly and efficiently.

We have proposed that new sectors, such as heating and cooling of buildings, be integrated into the ETS. Furthermore, we have accelerated the transition towards a circular economy and the bio-economy. The Bio-economy Action Plan should be implemented without delay.

As a small detail, my Government decided not to give any EU Presidency gifts: instead we used the money to offset the emissions caused by air travel during the Presidency.

(Applause)

Second, we need to increase carbon sinks. We have four billion hectares of forest and five billion hectares of fields. It has surprised me to learn how much more agricultural fields could bind CO₂ if we made some changes in farming practices. We have 100 so-called carbon farmers testing new practices in Finland.

Oceans and carbonate minerals too can lock down carbon dioxide, and we also need to plant more forests. In Africa alone, two million hectares of forest are lost every year. That is equivalent to Slovenia's total land area. As the UN Food and Agriculture Organisation's report on the state of the world's forests says, the world response to climate change must focus more on forest.

One concrete step we should take in relation to the EU's external funding is to increase global carbon sinks. Finland has proposed an EU-African forest fund. Forest investments would maximise the impact on climate and rural jobs in Africa.

Third, new technology must be adapted. Even now, we have the technical capacity to capture CO₂ from the air and convert it into other products. The EU needs to invest in research and development and to exploit the huge potential of science, technology and innovation in this area more effectively.

We also have to think of innovative ways – new incentives and market driven methods – to ensure carbon sinks will be increased. My strong message is that we have to do more and faster. We must reduce emissions, increase carbon sinks and adapt new technologies to capture CO₂ from the air or directly from the emission sources.

Fellow Europeans, after the European Parliament elections, the European Council needs to agree on an ambitious and comprehensive agenda. Besides climate change, our focus should be on growth and security, while rule-of-law issues will also remain central.

This is my call for a more united European Union, capable of concrete action and implementation, and of bearing responsibility. This means responsibility for ourselves, for people and their surroundings close to us, for the economy and for the planet. Let's remember that we are all here to safeguard a better future for youth and the generations to come. For our sake and for our common future, we all need a determined, efficient and united European Union.

I cannot highlight more the importance of getting things done. That is why I have underlined the word 'implementation' in this speech so many times. The democratic forces of Europe will win back the trust of the people by making decisions and implementing them, at home and also here in Brussels.

(Applause)

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Premier ministre, Mesdames et Messieurs les députés, nous sommes heureux, Jyrki et moi, d'être avec le Premier ministre finlandais, mon ami Juha.

La Finlande est devenue membre de l'Union européenne en 1995. Le hasard a voulu que je sois devenu Premier ministre le même jour, et depuis lors, l'Europe fonctionne parfois. J'ai toujours noté que la Finlande, dès le premier jour de son adhésion, se comportait comme un État membre fondateur, comme si elle avait toujours été là, et certains États membres fondateurs gagneraient à prendre exemple sur elle et à adopter le même comportement.

(Applaudissements)

La Finlande, depuis qu'elle est membre, a toujours fait preuve d'une grande faculté d'écoute. La Finlande et ses gouvernements respectifs savent écouter, et la Finlande entend ce qu'elle écoute et traduit en politiques ce qu'elle a appris en écoutant les autres. Tel fut le cas de tous les Premiers ministres. J'ai commencé avec Paavo Lipponen, j'étais avec mon ami Jyrki, je suis avec toi maintenant, et je verrai Paavo ce soir. Aujourd'hui, j'ai une journée finlandaise. Trois Premiers ministres qui s'adressent à la Commission, c'est rare, mais c'est utile.

La troisième présidence finlandaise point à l'horizon, et ce sera une présidence particulière puisqu'elle interviendra après les élections européennes, avant la nomination de nouveaux présidents de la Commission et du Conseil, avant la nomination du président de la Banque centrale, et ce sera donc une période qui demandera beaucoup de doigté, lorsqu'il s'agit de présider l'Union européenne, comme la Finlande l'a fait lors de ses deux premières présidences.

When it comes to relations between Finland and the Commission, the relations couldn't be better. We are working in full confidence. That was the case when we were establishing the security and defence mechanism. That is the case when it comes to energy and climate, and this is the case when it comes to developing connectivity infrastructure in the border region of Finland.

I would, in the name of the Commission, like to make use of the Finnish Presidency in order to develop the Arctic dimension. This is an important issue because the Arctic region is warming at twice the global average rate of temperature increase. Finland is holding, for the time being, the Presidency of the Arctic Council. I was discussing with my friend Juha when I was in Finland in November the idea of calling during the Finnish Presidency a Summit of the Arctic Council because I think that we have to make sure that the Arctic region is moving to the top of the European agenda.

Aber die finnische Präsidentschaft muss auch sonst vieles leisten. Ich hätte gerne – das wäre mein Wunsch –, dass wir während des finnischen Ratsvorsitzes in Sachen Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion weiterkommen, die Bankenunion vervollständigen und die Kapitalmarktunion auf endgültige Wege bringen.

Im Zentrum dessen, was unter finnischer Präsidentschaft passieren wird, steht natürlich die mittelfristige Finanzplanung. Das ist ein hartes Stück Arbeit, das ist das Bohren dicker Bretter. Und die finnische Präsidentschaft kann sich vollumfänglich auf die Kommission verlassen, wenn es darum geht, die Fortschritte während der finnischen Präsidentschaft zu erzielen, die es braucht, damit wir beim Europäischen Rat im Oktober dieses Jahres zum Abschluss kommen. Wir müssen diesen mittelfristigen Finanzrahmen in diesem Jahr unter Dach und Fach bringen. Ansonsten verlieren wir wertvolle Zeit, die wir brauchen, um die Programme zu entwerfen, zu entwickeln und umzusetzen.

Auch wäre ich der finnischen Ratspräsidentschaft dankbar, wenn sie im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens, aber auch in Sachen Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion die Vorschläge der Kommission auf dem Tisch behielte, die da heißen: ein Instrument zur Stärkung der Strukturreformen und ein Stabilisierungsinstrument, um die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion gegen externe Schocks wetterfest zu machen. Der letzte Europäische Rat hat sich diesem Thema vorsichtig wie ein Igel genähert. Aber die Menschen warten darauf, dass wir die Wirtschafts- und Währungsunion so ausstatten, dass sie bei der nächsten Krise besser reagieren kann, als das bei der letzten Krise der Fall war.

Und dann möchte ich mich auch bei der finnischen Regierung bedanken, dass sie zu denen gehört, die in Europa dem Investitionsplan von Jyrki und von mir größte Aufmerksamkeit geschenkt haben. Bis jetzt wurden acht Milliarden Euro an Investitionen aufgrund dieses Planes in Finnland implementiert. Es wäre gut, wenn alle dies so täten.

Ich wünsche Dir, Juha, alles Gute im April, alles Gute für die finnische Ratspräsidentschaft. Macht weiter so!

(Beifall)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to welcome Prime Minister Sipilä to the European Parliament. Prime Minister, you are here at a crucial moment in time. The people have the say for the future of your country in April, and Europe in May, so it is a democratic competition in the next weeks ahead of us.

I start with this because your capital, Helsinki, is for my party, for the European People's Party (EPP), and also for myself, a special place of democracy. We had our Congress there when I was nominated as candidate for my party and practised there what people expect from us – to have competition, to have lively discussions about the future, to present candidates, and then people can choose. People decide about the future, in which direction we should go. The principles of nationalism and European democracy will be at the centre of developments in the upcoming months.

I want to share some points you mentioned in your speech; some considerations on this. First, from the EPP point of view, I fully support what you said on financial discipline. It sounds technical, it sounds market-orientated, it sounds euro-business orientated. But it is absolutely in the interests of our children. Sustainability is the key word when we talk about financial discipline, and the EU will always have the EPP on a national level, and on a European level with us as the EPP, and Jyrki is also working on this on your side. Then it is about this sustainability, because that means future.

The second point I want to mention is an answer to your speeches about the Multiannual Financial Framework (MFF). There, let me be a little bit critical because you started in your paragraph on speaking about the MFF, you started with saying first of all the amount of money must be fixed. That is what we always hear from the national leaders. I think that's the wrong question. A good question is: what are the tasks ahead of us? What is the demand we have in the European Union? Because we hear from a lot of leaders that say we should fix the money but then additionally we need a strong border control, we have to do something on cybersecurity and we have to build up more innovation in the European Union. So if this is a demand for Europe, then the Member States must also be fair with the contribution to the budget. Then we have to put the money on the table we need for giving an answer on the demands on the table. So the starting point is to speak about the demands.

The third point I want to mention in my short contribution today is about, probably the most challenging for all of us, and is what 35 000 school kids told us when there was demonstrating in the last weeks in Europe – Pope Francis is calling it the illness of the earth – and that is climate change. Thank you for your statement on this specific point. I want to only underline the approach towards the climate change challenge, some of the principles we, as the EPP, believe in. One principle is that the solution on climate change, to give an answer is not to forbid things, is not to prohibit things, is not to ban things. It's not to say to the citizen that they cannot go any more on their holidays to Majorca because the CO₂ footprint is too intense. That's not our answer. Our answer is that in the future people will fly to Majorca in a clean airplane. Innovation is the key to give an answer on this. That is what we have to do. We cannot say to the developing countries or to the emerging economies in the world that they have to stop to grow. That they cannot develop anymore. That is not the answer. The answer is that we as Europeans can provide the developing countries with the technologies to have growth without climate impact. That is our answer. So innovation is, for us, a key principle.

The second point I want to underline in the CO₂ field is that we have to do it together with the people. The people must follow the changes. In the car industry we have a lot of people who are concerned about the changes. You see the demonstrations of the Yellow Vests in France, for example. A lot of people here in this room can finance higher energy prices, but outside there are a lot of people who cannot finance higher energy prices. So we have to do the changes in a way that people accept the changes and follow our approach. We have to create winners and not losers in this regard.

Finally on CO₂ and climate change: together, we are strong. We made the Paris Agreement possible. We made the steps already with the CO₂ car emission reduction for example. We are ambitious. We are the owner of this fight against CO₂ on a global level and we can show to our citizens that together we can achieve a lot.

Jeppe Kofod, on behalf of the S&D Group. – Mr President, I would like to say to the Prime Minister that his country, Finland, is among the world leaders in many areas from clean energy and gender equality to social progress. I think Transparency International only this week named Finland as the third least corrupt country in the world and let us not forget last year's World Happiness Report, according to which Finns are now the happiest people in the world. Coming from Denmark I am a little bit disappointed that you took over our place at that point. Congratulations on this impressive record. Finland clearly demonstrates that small countries can be on top of the world, not only in geographical terms.

But, Prime Minister, in your speech today, besides better implementation, I missed this ambition to be a champion and driver for positive social change in Europe. Where is your ambition to make Europe the world leader in a transformation to a sustainable development model in a just way where all people are included? Where is your ambition to make the lives of Europeans better? What you presented to us today sounded a little bit more like yesterday's neoliberal slogans that led to the deep economic and social crisis in Europe.

Prime Minister, we Socialists and Democrats have an ambitious vision for Europe. We live in times when our Earth and our sources of life are under attack from climate change and pollution. You rightly mentioned that. The air we breathe, the water we drink, the soil our crops are grown in are the future of our children and it is our duty to protect them. But our citizens and our workers are also tired of being the only ones paying for the transformation to a more sustainable way of production. They are outraged to see multinationals polluting our planet and reaping huge benefit, but not paying their fair taxes.

This must change, Prime Minister. We need to change the Stability and Growth Pact to become a true sustainability pact for Europe. Therefore we have drawn up a plan to shift towards more sustainable ways of working, producing, living which go hand in hand with social progress for the people – a just transition – with the United Nations Development Goals as our signpost. Today I call on Finland to join us in this very important battle. We Europeans need to shape globalisation our way, not fall victim to destructive forces. We must be rule-makers, not rule-takers, because we live in times with growing inequality caused by the greediness of some elites and uncontrolled globalisation. The only way to address this is by finally fixing taxation and ensuring good salaries and working conditions for all, based on the Social Pillar. I didn't hear you mention the Social Pillar some of us fought so hard to adopt in the European Union.

Prime Minister, fair taxation is the foundation for European welfare states like the Nordic ones, which we come from, and citizens' trust in democratic government. But are you willing to join us in this battle for fair taxation? Professor Richard Murphy showed in a study last week that the tax gap in Europe is EUR 825 billion, a gigantic amount of money.

Our group has been in the forefront in the fight against money laundering and tax crimes. We call for a minimum corporate effective tax in Europe to stop the race to the bottom on corporate taxation. We call for stricter criteria and a for true tax haven list, which also calls out tax havens right here in the European Union.

What do the people not understand is that while we as citizens have to pay high taxes, internet giants like Google and Facebook pay less than 1% in tax on what they earn in Europe? That is not fair. We need to protect our welfare states. We need to fight, not only for free, but also for fair, competition and for fairness for European citizens who today pay the price of multinationals' tax dodging and we can achieve that. If we achieved that, Prime Minister, your recent project in Finland, – as I understand, the privatisation of hospitals and health care – could not just had been avoided, but public health care could have been strengthened in Finland, for example.

So the status quo is not an option. It's time for radical change to shape Europe for all people and leave nobody behind. Prime Minister, we see forces that are tearing our societies apart, but we need this radical change to social democracy and to more sustainable equality. We are campaigning for that as social democrats in Europe and we hope that liberals and other progressives will also join this fight.

(Applause)

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Tervetuloa Euroopan parlamenttiin, pääministeri Sipilä. Yhteinen tavoitteemme Euroopan unionissa on varmaankin eurooppalaisen hyvinvoinnin lisääminen. Siksi haluaisin nyt nostaa esille konkreettisia asioita erityisesti maahanmuuton, kansalaisten turvallisuuden, veronkierron estämisen ja väärinkäytösten ilmoittajien suojelun parantamisen.

Pääministeri Sipilä, syksyllä 2015 tarjositte julkisesti hulppeaa yhdeksän makuuhuoneen omakotitaloanne turvapaikanhakijoiden käyttöön. Uutinen tästä levisi myös arabimaiden medioihin, mikä entisestään lisäsi tulijoiden määrää. Monet irakilaiset nuoret miehet ovat sanoneet, että pääministerin tarjous sai heidät tulemaan nimenomaan Suomeen.

Pääministerin esittämän kutsun lisäksi Eurooppaan lähtöä miettivät saivat lehdistä lukea kuvauksia ilmaisista koulutus- ja sairaanhoitopalveluista, puhtaasta ja kauniista luonnosta ja kauniista nuorista naisista, joilla on Al-Arabia-mediaa lainaten "vaaleat hiukset, siniset silmät ja hampaat kuin helmet".

Pääministerin sinänsä sydämellinen kutsu oli vetovoimatekijä, jonka haittavaikutuksista joudumme nyt kärsimään suurten kustannusten, samoin naisiin ja jopa lapsiin kohdistuneiden seksuaalirikosten muodossa. Lisäksi kansalaisten turvallisuuden tunne on heikentynyt. Pääministeri Sipilä, tunnistattekko sen, että avokätisen tarjouksen seurauksena Suomeen on tullut paljon ihmisiä, joilla ei ole perusteita turvapaikan saamiselle, ja joita ei olisi koskaan pitänyt maahamme päästää.

Lähtömaiden ongelmat eivät ratkea siirtämällä niiden väestö Eurooppaan, vaan ongelmat on ratkaistava niiden lähteellä. Euroopan hyvinvointivaltiot eivät voi toimia koko maailman sosiaalitoimistona.

Suomessa on puhuttu paljon vanhustenhoidon tilasta. Esillä on ollut erityisesti vanhusten asumis- ja hoivapalveluita tarjoavat yksityiset yritykset. Eräs niistä on rahanahneudessaan säästänyt liikaa henkilöstökuluissa ja samalla laiminlyönyt potilasturvallisuutta. Monet yritykset ovat myös vältelleet veroja korkojärjestelyillä ja sijoittamalla valtaosan omistuksistaan veroparatiisisaarille. Vanhustenhoidon lisäksi tapaukset muistuttavat meitä siitä, että tarvitsemme tehokkaampia keinoja veronkierron vastaiseen toimintaan.

On hyvä, että pitkään pinnan alla muhineet epäkohdat tulevat ilmi. Olisi tärkeää luoda toimintakulttuuri, jossa kaikista rikoksista ja rikkeistä, kuten esimerkiksi vakavista vanhustenhoidon laiminlyönneistä, samoin veronkierrosta ja ympäristörikoksista, uskalletaan ilmoittaa valvoville viranomaisille heti kun ne havaitaan. Väärinkäytöksistä ilmoittavia henkilöitä ei tule rangaista vaan heidät tulee nähdä yleisen edun puolustajina. Heille on luotava helppokäyttöisiä ja luottamuksellisia kanavia ilmoitusten tekemiseen. Toivon, että tehokas väärinkäytösten ilmoittajien suojelu saadaan pikaisesti lainsäädäntöön kaikissa EU-maissa, myös Suomessa.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, well Prime Minister, as per Jean-Claude Juncker, my start as Prime Minister was also in Finland. You remember that my first Summit was in Tampere. I remember two things from Tampere in 1999: first of all, the reindeer on the menu for the Summit, and secondly that we decided there to have a common European migration and asylum policy. We are still struggling with the Member States to have one.

I am pleased that in your intervention, you started with Santeri Alkio who said – and I have a quote from him, it was Nils who helped me naturally, as he is from Finland – ‘the people’s idea of the League of Nations should be urgently taken by Europe to build a United States of Europe’. Whether it was in the 1920s or the 1930s, I don’t know. It was in the 1920s. It is a fantastic project that needs to be built, and certainly in your intervention, and I want to take three points that in my opinion are necessary for that.

First of all, on the eurozone and the governance of the eurozone. I agree with you, we don’t need a reform of the eurozone to replace the homework that Member States have to do with new instruments. They have to do their homework. That’s not at stake. What is at stake is that a single currency, at world level, needs fiscal capacity; needs, based on the official capacity, euro safe assets to be used at world level in order to have more harmonious growth inside the eurozone and an instrument against what we call ‘asymmetric shocks’. All this cannot be done through the homework of the Member States alone. There is something common that needs to be tackled. So I agree with you, but the one doesn’t contradict the other, in my opinion.

My second point is on the single market. You said ‘yes, we have the best single market in the world’. I will rectify it a little bit. We could maybe have the best single market in the world when we also have a single market in the markets of the future – digital, energy, capital. I think there is one good solution: create one regulator at European level and, automatically, we shall see the emerging single digital, energy and capital markets.

My third point is on defence. I think the biggest waste of money for the moment in the European Union is the lack and the non-existence of a real European Defence Union. We are spending half the amount of the Americans on military. We have a budget in Europe on military that is three times bigger than the Russians’ budget, but we are not capable, I think, to do our defence alone and that’s because we have 28 times duplication and that’s why I hope, also, that the European Defence Union will be one of the key priorities of the Finnish Presidency.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Prime Minister I wish to thank you very much for joining in this debate on the future of Europe. And while we're speaking, there are tens of thousands of school students outside in the streets here in Brussels. They've also been marching in Finland. And they show us what really matters – to put people and planet before profit. We should really take them seriously.

So I want to ask you today Prime Minister to commit to the future, to listen to those young people and to invest in the future when it comes to climate protection, to education and to working together as Europeans.

On climate protection, the EU has a huge responsibility and every Member State has to play its role. I'm very happy that you mentioned that you are very committed to that – that you want to go ahead; that you want to have more ambitious climate targets, fantastic! And you've mentioned the important role of carbon sinks as well, and Finland is in the lucky position to have a very large carbon sink at hand. The beautiful Finnish forests are an important natural heritage for your country and also largely due to its forests Finland has become the welfare state that it is today.

But they are also an important factor indeed in the EU climate policy. The Finnish forests capture 27 million tonnes of CO₂ equivalent per year. So it is in our common interest to preserve them, and to manage them sustainably but different from what you said – your government actually plans logging of the Finnish forests, which are not sustainable, which are absolutely excessive, and they will put the huge asset that you have in fighting the climate crisis at risk.

So I hope that after your very good speech today, your government will reverse that position to save the great natural heritage that you have, but also to preserve the carbon sinks, because if we wanted to achieve a net zero carbon economy in Europe by 2050 then we need more forests and not less. And rather than telling other countries that they should grow more forests, it is important that we do something in order to keep our own forests.

So I'm very happy that you've mentioned that you want to have more ambitious targets. We are very much on your side and I am glad to see that you've been doing that in the Nordic Council but I hope that you can also bring that to the EU Council, to your fellow Prime Ministers, to make sure that this goes ahead in Europe. That would be an efficient implementation.

And the young people that I've mentioned – they are also the ones that will run our countries, societies, economies, in the Member States, in the EU, in the not too distant future and I think it is better sooner than later.

And education is a big part of preparing them for the task, and Finland is famous for its education system. Everyone came to Finland to copy Finland's famous school system. But I am sad to see that the current government has been ready to give up its position by cutting almost EUR 1 billion from educational research. But we need more investment into the future, not less.

This is also something that we need to talk about, when it comes to the MFF at European level. The European Union must strengthen the social cohesion in Europe and contribute to the welfare of all its citizens and not just those who have good connections to state or businesses.

So we need to invest in that. We need to invest in the future and there are so many more tasks that the European Union is given all the time and for that we need adequate resources. So we will not accept a shrinking budget and the Finnish Presidency will be key in order to ensure sufficient finances for the European Union because only then it can efficiently implement its tasks.

Mr Prime Minister you also said in your speech how important common values, our rule of law and a united Europe are and you've mentioned the danger of populism. I very much agree with that. However, you have experience in working together with a right-wing populist party – this is news to some of your former allies – and I think you're fully aware of the common challenges that our continent is currently facing.

Nationalists and far right movements all across Europe are gaining support by spreading fear and disinformation and pro-European speeches are wonderful; we need them; they're necessary. But it is by our actions that we truly show where our heart stands and how much our words mean. That's where we show that we are serious, that we are committed to building that better future together.

As Finland's EU presidency takes place this summer, I hope to see that your country will then be on the progressive side leading the way forward for a united, fair and climate-friendly European Union.

Νεοκλής Σουλκιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε πρωθυπουργέ, σας καλωσορίζω από μέρους της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς και της Βόρειας Πράσινης Αριστεράς στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Συζητάμε σήμερα για ακόμα μια φορά το μέλλον της Ένωσης. Ένα μέλλον που καθορίζεται όμως από τη συνέχιση των ίδιων αδιέξοδων και αντιλαϊκών πολιτικών, των πολιτικών που προωθούν τη φτώχοποίηση και τη διάλυση του κοινωνικού κράτους, που προκαλούν την καταστροφή του περιβάλλοντος, που προωθούν τη στρατικοποίηση αλλά και το φλερτ των κυρίαρχων πολιτικών κύκλων με τον ρατσισμό και τη ξενοφοβία.

Πόσο πιο δυνατά χρειάζεται να το πουν οι λαοί της Ένωσης πως χρειάζεται ρήξη με τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές λιτότητας, ρήξη με τις πολιτικές σε βάρος του περιβάλλοντος, ρήξη με τις πολιτικές του κοινωνικού κράτους; Μόλις την προηγούμενη εβδομάδα ξεχύθηκαν στους δρόμους των Βρυξελλών δεκάδες χιλιάδες μαθητές και εργαζόμενοι για αλλαγή της πορείας των πολιτικών για το κλίμα. Στη Γαλλία και αλλού οι εργαζόμενοι εκφράζουν τον θυμό και την αγανάκτησή τους για τις πολιτικές οι οποίες τους φτωχοποιούν. Ακόμα και στη Φινλανδία, που αποτέλεσε παράδειγμα κράτους κοινωνικής αλληλεγγύης, η κοινωνία παρακολουθεί παγωμένη σκάνδαλα που ήταν αποτέλεσμα των ιδιωτικοποιήσεων και της απορρύθμισης στον τομέα της Υγείας: υποστελέχωση σε στέγες ηλικιωμένων λόγω ιδιωτικοποιήσεων, ακατάλληλα φάρμακα στους ηλικιωμένους, αύξηση του κέρδους των εταιριών φροντίδας.

Πριν από δυο χρόνια από αυτό εδώ το βήμα ο Πρόεδρος Juncker αναγκάστηκε να ομολογήσει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση χάνει τον κοινωνικό της χαρακτήρα και κινδυνεύει να γίνει η «Άγρια Δύση» του κοινωνικού ντάμπινγκ. Δεν παραδέχθηκε όμως ποιες πολιτικές οδήγησαν εδώ: οι πολιτικές που παράγουν τη νεανική ανεργία, τη φτώχεια, τις περιφερειακές και κοινωνικές ανισότητες, ενώ ταυτόχρονα λειαινεται το έδαφος για την άνοδο της Ακροδεξιάς, του ρατσισμού και της ξενοφοβίας. Όσοι δεν αναγνωρίζουν την αιτία προφανώς θα συνεχίσουν με τις ίδιες συνταγές και στον ίδιο δρόμο.

Κύριε πρωθυπουργέ, αγαπητοί συνάδελφοι, αυτό που χρειάζεται σήμερα η Ευρώπη είναι κοινωνική δικαιοσύνη και κοινωνική αλληλεγγύη. Χρειάζεται να ανακατανέμεται δίκαια ο παραγόμενος πλούτος για κοινωνική δικαιοσύνη όχι για τις τράπεζες και τις πολυεθνικές. Χρειάζεται έναν άλλο δρόμο ανάπτυξης, που να δημιουργεί μόνιμες αξιοπρεπείς θέσεις εργασίας και πλήρη εργασιακά δικαιώματα· να προασπίζεται τον δημόσιο χαρακτήρα των στρατηγικών τομέων και υπηρεσιών κάθε χώρας· να ενισχύει την κοινωνική προστασία για τους αδύναμους και όχι να διανέμει ευχολόγια χωρίς καμιά δεσμευτική ισχύ, όπως είναι ο περιβόητος ευρωπαϊκός κοινωνικός πυλώνας, ούτε να δίνει πακτωλό χρημάτων στο Ταμείο για την Άμυνα τα οποία αποκόπτονται από τις κοινωνικές δαπάνες, την παιδεία και την υγεία. Πώς να μην διερωτώνται οι πολίτες της Ένωσης γιατί υπάρχουν 38,5 δισεκατομμύρια ευρώ για το νέο Ταμείο για την Άμυνα ενώ κλείνουν τα γηροκομεία στη Φινλανδία;

Η Ένωση χρειάζεται μια τολμηρή πολιτική για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής. Σήμερα η βιομηχανία καθορίζει τις πολιτικές για το κλίμα σύμφωνα με τις δικές της ανάγκες. Οι λαοί όμως απαιτούν πραγματικές λύσεις. Απαιτούν πολιτικές αποφάσεις που να θέτουν φραγμό στην ανεξέλεγκτη και ασύδοτη δράση των πολυεθνικών επιχειρήσεων και δεσμευτικούς στόχους για προστασία του περιβάλλοντος και αντιμετώπισης της κλιματικής αλλαγής –ακόμα πιο φιλόδοξους στόχους από τη Συμφωνία του Παρισιού.

Τέλος, η Ευρώπη χρειάζεται μια πολιτική ασύλου και μετανάστευσης βασισμένη στο διεθνές δίκαιο, στην ανθρωπιστική αλληλεγγύη προς τους πρόσφυγες αλλά και την αλληλεγγύη ανάμεσα στα κράτη μέλη. Χρειάζεται να δημιουργηθεί ένας μόνιμος μηχανισμός για τη φιλοξενία όλων των προσφύγων σε όλα τα κράτη μέλη ανάλογα με τις δυνατότητες του καθενός. Κύριε πρωθυπουργέ, για να γίνουν αυτά χρειαζόμαστε μια άλλη Ευρώπη, την Ευρώπη για την οποία παλεύει η Αριστερά, την Ευρώπη της ειρήνης, της πραγματικής αλληλεγγύης, της κοινωνικής δικαιοσύνης, την Ευρώπη των λαών.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Primo ministro, il futuro dell'Unione europea deve passare da un radicale e profondo processo di cambiamento che chiedono sempre di più i cittadini europei. I segnali ci sono tutti: i partiti dell'establishment che si identificano nelle famiglie politiche dei Socialisti e dei Popolari perdono ovunque in Europa e perderanno anche nelle prossime elezioni europee. L'Italia è capofila di questo processo di cambiamento. I cittadini sono stupefatti di austerità, corruzione, ingiustizie, privilegi e sprechi. Grazie alle risorse messe a disposizione dalla rete si sono uniti e, dal basso, hanno pacificamente conquistato in pochi anni il governo del paese e mandato a casa una casta politica sorda alle esigenze dei cittadini. Le faccio un esempio di cosa comporta questo cambiamento: in Italia, in passato, le manovre economiche erano sinonimo di macelleria sociale in nome della stabilità dei conti pubblici. Oggi invece noi restituiamo risorse e dignità ai cittadini, puntando sullo sviluppo e sull'occupazione. Con la manovra italiana riduciamo il debito attraverso la crescita trainata dagli investimenti e dai tagli agli sprechi, abbiamo tolto i vitalizi ai politici e finanziato il reddito di cittadinanza – che la Finlandia conosce molto bene. Il reddito di cittadinanza è di fatto una manovra economica a sé stante, finalizzata non all'assistenzialismo ma alla

riconversione della forza del lavoro. Il nostro obiettivo è ridurre la povertà, in Italia ci sono oltre 5 milioni di poveri; permettere l'acquisizione di nuove competenze professionali a chi è fuori dal mercato del lavoro e creare quindi occupazione. Gli imprenditori avranno risorse umane qualificate funzionali alle loro esigenze, avranno anche degli sgravi dalle assunzioni; il reddito rilancerà il consumo interno. Vogliamo rendere più forte l'Italia in un'Europa unita e solidale ma anche nel mondo.

Gentile Presidente, l'Europa deve stare attenta ai falsi profeti del cambiamento, però, quelli che davanti ai lobbisti si piegano. Macron, per esempio, oggi annulla il divieto di uso del glifosato in agricoltura. Questo doveva partire nel 2021. I cittadini non sono stupidi, però. Macron fa dietrofront a pochi giorni dal vertice di Aquisgrana con la Merkel e fa un grosso regalo alla tedesca Bayer che ha acquistato la Monsanto, nel 2018. Cambia idea invece di applicare il principio di precauzione che è sancito nei trattati europei. Vogliamo davvero rilanciare l'Europa? Allora smettiamola con l'ipocrisia e cambiamola, davvero! I cittadini vogliono i fatti. L'Europa deve essere protagonista nello scenario mondiale e parlare con una voce forte e unica. Serve, ad esempio, un seggio per l'Unione europea nel Consiglio di sicurezza dell'Onu. Invece, con la firma del trattato di Aquisgrana, Merkel e Macron disegnano la loro Unione del futuro; una superpotenza in cui però i conti sono pagati da 27 e le decisioni, però si prendono in 2, escludendo, con buona pace dei trattati della democrazia, 500 milioni di cittadini europei dal processo decisionale. Io vi ricordo che due debolezze non fanno una forza; un'Europa telecomandata da Berlino e Parigi è esattamente l'antitesi rispetto alle istanze che i cittadini chiedono all'intero continente.

L'Italia è la terza economia dell'eurozona, ma non ambisce a pretese egemoniche, al contrario punta ad essere garante della corralità delle decisioni e del pluralismo. Mai come oggi, è necessario ribadire l'importanza di un asse politico che si opponga a questo indebito accentramento di potere che svuoterebbe di significato il dibattito dentro le istituzioni. A questo dirigismo, noi contrapponiamo la partecipazione e il coinvolgimento dal basso. Tutti devono avere pari dignità a Bruxelles. Le istituzioni europee vengono percepite come distanti dai cittadini, è vero. A questo deficit di democrazia si dovrebbe rispondere non arroccandosi nel palazzo, ma dando il potere di iniziativa legislativa e maggiori poteri di controllo e l'indirizzo politico all'unica istituzione europea direttamente eletta dai cittadini: il Parlamento europeo, appunto. L'Europa vuole cambiare? Allora abbandoni le politiche di austerità che portano a tagli a istruzione, sanità, pensioni e diritti. Invece, nonostante le finte autocritiche di Junker sull'austerità, la strada intrapresa è sempre la stessa. Faccio a tal proposito un appello a tutti voi, colleghi: blocchiamo la macro condizionalità economica. Mettere sanzioni o sospendere i fondi europei a uno Stato membro perché non rispetta il diktat di Bruxelles significa penalizzare ancora di più le regioni e i cittadini. I fondi europei sono risorse fondamentali per lo sviluppo dei nostri territori e per la lotta al dissesto idrogeologico, ad esempio, tagliarli significherebbe colpire loro. L'Europa può cambiare se sta dalla parte dei cittadini e se a loro dà delle risposte e non sberle.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Primo ministro, benvenuto in questo Parlamento, sia pure un po' deserto in questo momento. L'enorme simpatia che, almeno dal mio punto di vista, nutrono i popoli europei nei confronti del suo popolo mi impedisce di calcare la mano sul fatto che, cinicamente, potrebbe indurre un esponente, come il sottoscritto, proprio di quei partiti populistici contro cui lei si agita, a dire che tutte le volte che lei dichiara di voler ospitare – persino a casa sua e soprattutto, il che è più grave, nel paese – 20-25 mila immigrati, lei porta acqua al nostro mulino, perché in Europa cresce la consapevolezza – anche da parte di chi sicuramente non è né razzista né xenofobo – che questa immigrazione disordinata è foriera soltanto di insicurezza, di difficoltà di integrazione e di costi spaventosi.

Non sarebbe meglio pensare – come qualcuno intelligentemente e saggiamente dice, anche da certi vertici di questo Parlamento – che bisognerebbe invece impegnarsi in un piano Marshall per l'Africa? La ricetta giusta non è l'accoglienza, non è il tentativo – molto difficile, molto arduo, spesso impossibile – di integrazione – penso, per esempio, delle persone di religione e, soprattutto, di cultura musulmana, difficilmente se non impossibilmente integrabili.

Invece, io avrei voluto ascoltare da chi rappresenta un grande popolo, una nazione ricca come la Finlandia, la disponibilità ad aderire a questo piano Marshall. Ma gli appelli lanciati non vengono casualmente da questa Europa, un po' distratta, un po' demagogica, che non si rende conto della gravità del problema dell'immigrazione e della necessità e del dovere morale e storico dell'Europa di aiutare i popoli africani, non facendo come si è fatto nel passato, finanziando guerre e speculazioni, ma con aiuti veri, magari intessuti attraverso la rete delle piccole e medie imprese, di quelle che sanno fare impresa e che potrebbero risolvere alla radice il problema dell'immigrazione.

Invece lei – mi scusi l'espressione chiara – è stato un po' demagogico, dà l'impressione di avere un approccio demagogico all'immigrazione. Se io fossi finlandese – e io vorrei essere un vero finlandese – le consiglierei di cambiare strada e di seguire l'esempio di quelli che in Europa, con coraggio, magari correndo il rischio di essere accusati di xenofobia, razzismo, eccetera, scelgono la strada giusta, la strada vera, quella dei nostri missionari, che sono andati in Africa e hanno portato cultura, istruzione e crescita.

Segua l'esempio del santo italiano, Don Bosco, che – se fosse vivo oggi, come ha fatto nell'Ottocento, nella povera Italia – agli immigrati metterebbe in mano uno strumento di lavoro, insegnerebbe a lavorare, non a venire a spacciare, a violentare, a fare quello che nei loro paesi, magari, questi ragazzi africani non hanno mai pensato di fare. La colpa degli errori e dei gravi crimini che commettono gli immigrati in Europa è vostra e della vostra demagogia, non di quei popoli.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε πρωθυπουργέ, η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιμετωπίζει μεγάλα προβλήματα. Το κυριότερο όμως είναι η πατερναλιστική αντίληψη που τείνει να εδραιωθεί σε πολλές από τις ευρωπαϊκές κυβερνήσεις και στους ευρωπαϊκούς θεσμούς. Οι ηγέτες της Ενώσεως λειτουργούν σαν να κατέχουν εκείνοι την απόλυτη αλήθεια και προσπαθούν να επιβάλουν την ιδεολογία τους στους πολίτες. Πολλές από τις αποφάσεις των ηγετών είναι μη αναστρέψιμες, δημιουργώντας στους πολίτες την αίσθηση πως ο δημοκρατικός έλεγχος μέσω των εκλογών είναι ανώφελος.

Χαρακτηριστικό και πολύ πρόσφατο παράδειγμα η Συμφωνία των Πρεσπών, η οποία μάλιστα χαιρέτιστηκε από το σύνολο των ευρωπαίων ηγετών. Ο ελληνικός λαός εξέφρασε την ξεκάθαρη αντίθεσή του, όμως η κυβέρνηση Τσίπρα αδιαφόρησε δημιουργώντας τετελεσμένα. Συντασσόμενη η Ευρώπη με τη συμφωνία αυτή, περιφρονεί τη βούληση των Ελλήνων, εμφανίζεται δε ως εχθρική προς τα ελληνικά συμφέροντα. Θα ήθελα να υπενθυμίσω τόσο σε σας όσο και τους υπόλοιπους ηγέτες της Ενώσεως, και ιδιαίτερος στον κύριο Τσίπρα, πως η εξουσία σας πηγάζει από τον λαό και έχει ισχύ μόνο όσο ο λαός συνεχίζει να την εγκρίνει. Σύντομα όμως θα διαπιστώσετε πως η εκ μέρους σας απαξίωση των ευρωπαϊκών εθνών θα αφυπνίσει τους πολίτες και θα τους κάνει να σκεφτούν εθνικά.

Juha Sipilä, Prime Minister of Finland. – Mr President, thank you very much for the speeches. I will briefly answer the questions I picked up from the speeches. First of all, thank you, Jean-Claude, thank you, Jyrki, for your kind words and the same applies vice-versa. It has been pleasant to work with the Commission. It's true that it will be a very challenging period of time when our EU Presidency starts. We are forming a new Commission, there will be Parliamentary elections and we will have our own elections before that. There will be multi-annual financial framework (MFF) negotiations, Brexit, the Economic Monetary Union (EMU), and so on. There will be big files on our table.

Jean-Claude, you were also right on the Arctic questions. This is absolutely a key part, including with regard to climate change. We are ready for the Arctic Summit in a few weeks if there are circumstances available to arrange that. Jyrki Katainen's investment fund is an excellent example of how we can create jobs and we have also used this tool in Finland.

Mr Weber, congratulations on your nomination. The EPP meeting in Helsinki was very good for me, also because I met about ten colleagues at the same time in the meeting. I agree with you about the economic principles.

The MFF: I have now discussed with 17 colleagues already the situation regarding the MFF and I'm sure that we will find a compromise during our Presidency.

Climate change: I agree that we have to find a sustainable solution, including so that people can live with the solutions. I emphasise that new technology can do much more than we thought. I talked about the CO₂ capture from the air. There is a small university in Lappeenranta and I saw the prototype. They captured CO₂ from the air and they made other products out of that. The low price of the solar energy is a key solution for that. Think about what kind of possibilities this gives to Africa and for cooperation with African countries.

Mr Kofod, you have learned Finnish in your group. I think that you have some Finnish Members there and there is a good education basis in your group. Finland is the happiest country in the world, but I have to say, at the same time, that we are the best nation to hide it also, if you follow our domestic discussions.

I also mentioned the social pillar in my speech. Our priorities are gender equality. We have been leaders in women's rights in Finland by being the first country in the world to give full political rights to women.

Tax havens: I fully agree with what you say about taxation. It should be everyone's, all the companies, all the countries' and all the citizens' values and the basis for regulations that ensure that we pay taxes where the profit is made and this is absolutely the key principle for that.

Ms Ruohonen-Lerner, maybe I will answer this question in Finnish.

Ehkä tässäkin foorumissa on hyvä sanoa, mistä tuossa taloni luovutuksessa oli kysymys. Kyseessä oli tietämäni iso perhe, joka omassa maassaan oli joutunut vainon kohteeksi kahdesta syystä. Ensinnäkin he olivat auttaneet länsimaalaisia avustustyöntekijöitä ja toiseksi he olivat kristittyjä muslimimaassa.

Näin ei pitäisi olla, että vainotuksi joutuu näistä kahdesta syystä. Tämä perhe oli hengenvaarassa joka ikinen päivä. Me emme voi kuvitellakaan, minkälaisissa olosuhteissa he olivat ennen pakoon pääsyänsä. Tämä perhe oli tulossa talooni ja en voinut kuvitellakaan, että Suomessa voisi ilmapiiri kääntyä sellaiseksi, että tuon päätöksen joutuu perumaan perheen turvallisuuden vuoksi. Poliisiviranomaiset sanoivat, että tuon perheen henki on uhattuna myös Suomessa, jos vien päätökseni loppuun. Valitettavasti he eivät tuohon päässeet, mutta he ovat onnellisesti turvassa muualla.

Mr President, Guy Verhofstadt has already left – he's so busy – so I will jump to Ms Keller's speech on climate change. I have worked a lot on climate-change issues, including at a personal level. I have made a promise that my family will be carbon neutral at the end of next year. I have solar panels at my home, I have an electric car, I have reduced consumption and I have planted trees, so that the end result is carbon neutrality. But it's too easy for one individual to do this, and we need common action in three forms.

We have to lower emissions, and continue on that path, and we also have to increase carbon sinks. There is proof that the Finnish way, a sustainable way, of managing and using the forest is the best way to handle forest, and that also has my strong support. New technology is important too: I am eager to pursue new ways to capture CO₂ directly from the air and use that as a source of other new products; and we also have to plant new trees.

You mentioned that we have experience of cooperating with a populist party, and my message is that populist parties too should take responsibility as part of a government, in the same way that all of us have to carry responsibility and be answerable to the people.

Mr Sylikiotis – I am not sure how to pronounce your name – the famous Finnish left-wing politician Outi Ojala said, in the Finnish Parliament, that the best friend for poor people was a balanced state budget. That is the basis for taking care of everyone, in every country, every day. And that is why, in Finland, social benefits are set at such a high level – besides which, we have equal education for all our citizens.

Ms D'Amato, on the employment rate, I agree that the employment rate is the key to balancing the economy, and all your actions in support of development to that end have my support.

(Procedura catch-the-eye)

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie premierze! Bardzo dziękuję za pana pełne odpowiedzialności wystąpienie. Przedstawił pan ambitny plan przyszłej fińskiej prezydencji, mówił pan dużo o ochronie środowiska, o gospodarce, o wdrażaniu różnych rozwiązań. Jest pan premierem kraju, w którym funkcjonuje najlepszy europejski, a powiedziałabym nawet światowy, system edukacyjny. Spodziewałam się, że bardzo dużo miejsca poświęci pan edukacji i, mimo że jest to kompetencja państw członkowskich, zaproponuje pan implementację fińskiego systemu edukacyjnego, który dzisiaj najlepiej przygotowuje swoich młodych obywateli do nieprzewidywalnej przyszłości zawodowej.

Unia Europejska w oczach świata jest organizacją, dla której najważniejszy jest kapitał społeczny. Czy zatem w dobie robotyzacji i sztucznej inteligencji właśnie temat przygotowania europejskiego społeczeństwa do zachodzących zmian nie powinien być priorytetem fińskiej prezydencji? Czy Europejczycy przynajmniej w czasie fińskiej prezydencji nie mogliby się uczyć od najlepszych?

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, I would like to welcome the Prime Minister to the European Parliament. I am very happy to hear that the commitment of the future country of the Presidency is strong.

We see that this global situation and shared global challenges and this common future is important. We see that on the other side of the Channel they are trying to do something else – with a lot of problems in finding solutions for Brexit.

Arvoisa puhemies ja pääministeri, toitte terveisenne myös ilmastotavoitteiden kiristämisen valmiudesta, ja tämä on viesti, jota tämä talo haluaa ottaa mielellään vastaan. Se on juuri samansuuntainen, suurin piirtein samoissa prosenttiluvuissa-kin liikumme, ja näemme, että tässä tavoitteet ovat yhteisiä ja maailma odottaa meiltä tätä edelläkulkijuutta.

Näemme myös, että t&k-panostukset ja oikeudenmukainen siirtymä tuovat meille töitä ja hyvinvointia, ja tähän on hyvä sitoutua. Yhdyn tässä Jean-Claude Junckerin, komission puheenjohtajan, terveluihin, että arktiset asiat ovat tärkeitä. Näissä Suomi ei voi laiskotella. Euroopalle on tärkeä jokainen lähialueensa raja niin etelässä, idässä kuin myös pohjoisessa.

Ja arvoisa puhemies, meillä on täällä parlamentissa jo Välimeren valtuuskunta, ehkä tulevalle kaudelle voitaisiin nyt jo valmistella myös arktisten asioiden valtuuskunta.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε πρωθυπουργέ της Φινλανδίας, κύριε Sipilä, ήθελα να σας θέσω το θέμα της Κοινής Αμυντικής Πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ξέρετε, χθες είχαμε τη θλιβερή επέτειο των Ιμίων. Τα Ίμια είναι μια περιοχή που ανήκει στην Ελλάδα, δύο νησιά που ανήκουν στην πατρίδα μου. Όμως υπάρχουν οι προκλήσεις και οι αμφισβητήσεις της Τουρκίας. Μάλιστα αυτές τις ημέρες τουρκικά πολεμικά περιπολούν στην περιοχή. Η Τουρκία συνεχίζει τις παραβιάσεις στον ελληνικό εναέριο χώρο και στα ελληνικά χωρικά ύδατα. Απειλεί την Ελλάδα με casus belli σε περίπτωση που η Ελλάδα επεκτείνει τα χωρικά της ύδατα στα δώδεκα μίλια. Ο Ερντογάν θέλει να ανατρέψει τη Συνθήκη της Λοζάνης.

Θέλω λοιπόν μία δήλωση σαφέστατη, πρώτον, στήριξης της Ελλάδας απέναντι στις απειλές του Ερντογάν και της Τουρκίας, δεύτερον, τη θέση σας για να υπάρξει μία πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης με βάση την οποία η Ευρωπαϊκή Ένωση θα στηρίζει επιτέλους την Ελλάδα σε περίπτωση αμφισβήτησης των συνόρων της από την πλευρά της Τουρκίας. Να υπάρξει στήριξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης στα σύνορα της Ελλάδας, τα οποία είναι και ευρωπαϊκά σύνορα. Και θέλουμε μία σαφέστατη τοποθέτηση από σας, κύριε πρωθυπουργέ, εδώ στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, γιατί θα είναι μήνυμα απέναντι στον Ερντογάν, απέναντι στις απειλές της Τουρκίας.

Elsi Katainen (ALDE). – Arvoisa pääministeri Sipilä, olen todella iloinen siitä, että insinöörimiehenä korostatte puheissanne käytännönläheisyyttä ja konkretiaa ja vaaditte sitä myös unionin toimissa. Euroopan unionin yhtenäisyyttä ja myös taloudellistakestokykyä haastetaan monesta suunnasta ja monella tavalla. Ne pakottavat jäsenmaat arvioimaan aina uudelleen ja uudelleen yhteistyön välttämättömyyttä ja myös omaa panosta, jotta Eurooppa vahvistuisi myös globaalissa kilpailussa.

Arvoisa pääministeri Sipilä, miten mielestänne voitaisiin edistää sitä, että muun muassa ilmastopanokset ja taakanjako maahanmuuttokysymyksissä jakautuisivat mahdollisimman tasaisesti eri jäsenmaiden kesken? Itse ajattelen nimittäin, että sillä olisi suuri merkitys kansalaisten hyväksynnälle ja luottamukselle unionia kohtaan. Ja se vaikuttaa muun muassa kevään EU-vaalien kiinnostavuuteen ja äänestysprosenttiin.

Lopuksi, pääministeri Sipilä, toivoisin, että voisitte seuraavassa puheenvuorossanne oikaista täällä väitettyjä vääriä käsityksiä Suomen metsänhoidon tilasta.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, seit über einem Jahr blockiert Ihre Regierung zusammen mit Frankreich und acht weiteren Staaten jeglichen Fortschritt im Kampf gegen den Export von Überwachungstechnik an Diktaturen. Letztes Jahr hatte Ihre Regierung zusammen mit den anderen eine Position gegen den Schutz von Menschenrechten in der Dual-use-Verordnung verfasst. Wir im Europäischen Parlament haben dagegen mit über 92 % Zustimmung und zusammen mit der Kommission einen Vorschlag geliefert, um die Menschenrechte zu schützen.

Sie führen die folgende Ratspräsidentschaft. Der Rat hat sich bisher komplett verantwortungslos verhalten, während überall auf der Welt Journalisten und Menschenrechtsaktivisten mit unserer europäischen Technologie eingesperrt und getötet werden. Ich hoffe, Sie nehmen Ihre Verantwortung ernst und ändern das.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, pääministeri ja kollegat, moni eurooppalainen ei tänäkään päivänä koe olevansa osa EU:ta, ja sen vuoksi populistien on helppo hallita pelolla heidän ajatuksiaan. Oikeudenmukaisuus on avain turvallisempaan ja ihmisläheisempään Eurooppaan olipa kyse ihmisten toimeentulosta, työstä tai ilmastonmuutoksen torjunnasta, niin että jokainen voi osallistua omien voimavarojensa mukaan, ei jäädä osattomaksi.

Miten Suomi aikoo omalla puheenjohtajuuskaudellaan edistää oikeudenmukaisuuden ja osallisuuden ratkaisuja, niin että Eurooppa olisi ihmisten kokemana yhteinen meidän oma Eurooppamme, ei vain rahan ja markkinoiden ja talouden Eurooppa?

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, ensinnäkin tervetuloa pääministeri Sipilä Euroopan parlamenttiin, tätä on sanottu Euroopan omaksitunnoksi. Täällä ovat niin erittäin paljon esillä aina jatkuvasti ihmisoikeuskysymykset, jotka ovat tänä päivänä erittäin tärkeitä. Olin vähän pettynyt puheenvuoronne talouspolitiikka-osaan koska siinä oli vähän eilisen sävyt. Korostitte kovasti budjettikuria ja samalla Suomi asemoi itsensä jälleen kerran vähän harvenevaan uusliberaalien joukkoon.

Toinen asia johon olin pettynyt, oli tämä maahanmuuttopoliittinen osa, koska siinäkin sävynä oli palautus. Oikeastaan nyt enemmän pitäisi olla keskustelu jo ihan toisessa sävyssä. Varsinkin nyt, kun lähestymme Tampereen, Suomen, Euroopan ensimmäisen maahanmuuttopoliittikan kaksikymmentävuotisjuhlaa, niin jo keskustelun pitäisi olla muissa asioissa kuin pelkästään palautuksessa. Mutta kiitoksia ja komission puheenjohtajalle kiitoksia siitä, että otitte arktisen yhteistyön esille. Se nimittäin on myös alue, jolla Venäjän ja EU:n välit toimivat hyvin ja joka on sen takia arvokas.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho due temi da proporre al Primo ministro finlandese, che ringrazio. Uno riguarda la politica estera dell'Unione europea, ovvero il dramma che un grande popolo, quello venezuelano, sta vivendo e soffrendo in queste ore.

Credo che ci sia necessità di compattezza per i diritti della democrazia, della pace, dell'esigenza che i popoli possano vivere in libertà, per i diritti civili, i diritti delle donne, dei bambini e di un sistema e quindi chiedo al Primo ministro finlandese qual è la sua posizione e se ritiene che Juan Guaidó sia riconosciuto, anche dallo stesso premier finlandese, come Presidente legittimo del Venezuela.

L'altro grande tema è quello dell'antidumping, la concorrenza sleale, l'economia e il commercio internazionale: abbiamo avuto la possibilità di ottenere un grande risultato e un grande riscontro. Le nostre imprese hanno bisogno di maggiore tutela.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule prim-ministru, mă bucur că ne aflăm astăzi aici în această postură, dumneavoastră în calitate de premier al Finlandei, eu în calitate de europarlamentar al țării care deține președinția Consiliului Uniunii Europene. Vă spun acest lucru întrucât a provocat un mare scandal politic, dar mai ales mediatic, declarația dumneavoastră potrivit căreia sunteți gata să preluați președinția Consiliului Uniunii Europene direct de la Bulgaria. Sunt convinsă că ați fost indus în eroare de declarațiile Președintelui Johannis, dar, domnule prim-ministru, la nivelul dumneavoastră ar fi trebui să știți că guvernul are atribuții în exercitarea președinției Consiliului Uniunii Europene în România. Deci singurul actor politic de ale cărui declarații ar trebui să țineți seamă este prim-ministrul României. Sunt convinsă că acum, la câteva luni de la acea declarație nepotrivită, dumneavoastră v-ați schimbat opinia, mai ales că în doar o lună de la preluarea președinției Consiliului Uniunii Europene, România a închis deja câteva dosare importante. Mesajul meu către dumneavoastră este de continuitate. Sper că veți continua și îmi exprim astfel convingerea că veți continua proiectele începute de România la președinția Consiliului Uniunii Europene.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, poštovani gospodine Sipilä, slažem se s Vama da Unija, želi li u svojoj vanjskoj politici promovirati određene vrijednosti, mora te vrijednosti štititi i u vlastitom dvorištu. No, vrijednosna komponenta ove zajednice ne smije biti predmetom proizvoljnih tumačenja kojima se želi utvrditi okvir koji nameće nekolicina članica s briselskom administracijom.

Vrijednosti bi trebale biti općeprihvaćeno izvorište oko kojega se okupljaju sve članice. Korištenje financijskih mehanizama da bi se prisililo određene članice na usvajanje dominantno liberalnog narativa i zanemarivanje nacionalnog interesa potpuno je neprihvatljivo. Vrijednosti Unije trebale bi nas okupljati i ne smiju biti korištene za pokoravanje neposlušnih s neospornim izbornim legitimitetom.

Naš je slogan „Ujedinjeni u raznolikosti”, ali realnost kaže da smo razjedinjeni u nametnutoj jednoličnosti. Vratimo se priznavanju raznolikosti i supsidijarnosti te radimo na konsenzusu umjesto nametanju.

Nils Torvalds (ALDE). – Arvoisa puhemies, ja herra pääministeri, tervetuloa tähän keskusteluun. Yleensä se käydään kyllä tunnuksella, että on helpompaa nähdä rikka naapurin silmässä kuin malka omassa.

Kaksi asiaa haluaisin tässä nostaa esille, puhuitte tasapainoisesta budjetista ja samanaikaisesti puhuitte myöskin niistä suurista vaatimuksista ja haasteista, joita Euroopalla on edessään. Minun mielestäni tämä asetelma ei oikein mene ikään kuin oikean insinöörin laskuopin mukaan. Me tarvitsemme, niin kuin te myöskin sanoitte, me tarvitsemme tasapainoisia kompromisseja, ja Suomi tulee nyt olemaan näiden tasapainosten kompromissien tekijä puheenjohtajakaudellaan. Toivoisin, että Suomen nykyinen hallitus, joka ehkä ei istu kovinkaan kauan, ottaa tämän asian hoitaakseen oikein tomerasti ja hoitaa sitten asiat maaliin sellaisella tavalla, että me voimme ylpeydellä katsoa Suomen puheenjohtajakautteen.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, tervetuloa pääministeri, puheenjohtaja Juncker sanoi, että Suomesta voisivat ottaa oppia jopa jotkut EU:n perustajavaltiot. Tämä tarkoittaa sitä, että Suomi on aina halunnut rakentaa Euroopan unionia. Nyt haluaisin kysyä Teiltä kahta asiaa. Mikä on Suomen kanta ja miten arvioitte mahdollisuuksia saada aikaan tiettyjen veropäätösten tekeminen määräenemmistöllä sen sijaan, että yksikin jäsenvaltio tällä hetkellä voi estää verotukseen liittyvät päätökset? Tämä olisi juuri se keino, jolla voitaisiin kitkeä verovälttelyä ja turvata hyvinvointivaltion rahoitusperusta. Tiedän, että tämä on neuvoston pöydällä ja että Suomi ei ainakaan lähtökohtaisesti ole tätä kovin mielellään halunnut tukea, koska siinä on kyse valtion suvereenisuudesta, mutta oletteko valmiita muuttamaan kantanne tässä?

Toinen kysymys yritysvastuusta, Suomessa on hyvin aktiivinen kampanja sen puolesta, että säädettäisiin tällainen yritysvastuulaki. Kaikki ovat sitä mieltä, että se pitäisi säätää EU-tasolla, jotta kaikki yritykset joutuisivat raportoimaan ja vastaamaan toimintansa ihmisoikeus-, ympäristö- ynnä muista vaikutuksista. Voisiko tämä olla Suomen puheenjohtajakauden painopisteitä?

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, arvoisa pääministeri, mukava nähdä Teitä täällä Euroopan parlamentissa ja erityisesti tällaisena vuonna, kun Suomi on kolmatta kertaa valmistautumassa EU:n puheenjohtajuuteen. Euroopan parlamentille on tärkeää kuulla, mitkä ovat Suomen prioriteetit.

Täytyy sanoa, että itse olin vähän yllättynyt ja ehkä vähän pettynytkin siihen, kuinka vähäiselle roolille koulutuksen, osaamisen ja tutkimuksen osuus jäi tuossa puheessanne. Jos ajattelemme sitä, mihin Suomen menestys on perustunut kuluneina vuosikymmeninä, se on nimenomaan pohjautunut siihen, että meillä on hyvä koulutus, hyvä osaamisen taso sekä hyvä tutkimus. Se on nostanut Suomen yhdeksi maailman innovatiivisimmaksi maaksi. Se on juuri se viesti, minkä myös Eurooppa omalle tulevaisuudelleen nyt tarvitsee, jos mietimme sitä, miten Eurooppaan voidaan luoda kestävää kasvua, kuinka pysymme kilpailukykyisenä tällaisessa tilanteessa, kun digitaalinen talous muuttaa maailmaa. Robotisaatio, automatisaatio muuttaa työelämää ja toisaalta edessämme ovat isot globaalit haasteet, joista nostitte perustellusti nimenomaan ilmastomuutoksen ja sen torjunnan esiin. Tässä tarvitsemme nimenomaan hyvää osaamista, koulutusta, laadukasta tutkimusta. Toivon, että se olisi vahvasti myös Suomen viesti tulevalle puheenjohtajakaudella.

Euroopan parlamentti haluaa nostaa Euroopan tutkimusrahoja viisikymmentä prosenttia. Suomi on yksi niistä maista, joka on nostanut tutkimuksen rahoituksen yhdeksi MFF:n pääprioriteetiksi. Haluaisin nyt vielä vahvistuksen siitä, onko tämä se linja, jota Suomi tulee MFF-neuvotteluissa viemään eteenpäin?

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, hoy de nuevo asistimos a un debate sobre el futuro de la Unión Europea. Y yo creo que en ese futuro hay dos revoluciones que van a marcar nuestras vidas: la revolución tecnológica o digital y la revolución energética. La Unión Europea tiene que hacer frente, por lo tanto, a estos desafíos.

Al desafío de la revolución energética que va a marcar nuestra vida, nuestra forma de viajar, nuestra forma de consumir, etc. siendo ambiciosa en la lucha contra el cambio climático, que es el gran desafío que tiene la humanidad.

En esta legislatura se han dado pasos muy importantes para poner a Europa como líder de esa transición energética. Como líder para conseguir la descarbonización y conseguir los objetivos de clima. Pero no podemos bajar la guardia, porque el desafío es muy importante y la respuesta tiene que ser constante.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Demokracja, praworządność to podstawy, na których zbudowana jest Unia Europejska. Podstawy, które są coraz częściej łamane, ale wartością Unii Europejskiej jest także wspólny rynek, swoboda przepływu usług, osób i towarów. I tutaj także zauważalna jest chęć ograniczenia tych swobód.

Finlandia, pomimo że leży na obrzeżach Unii Europejskiej (aby dotrzeć z Helsinek do Brukseli, ciężarówka potrzebuje pięciu dni), poparła ogólne podejście Rady Unii Europejskiej w sprawie pakietu mobilności. Jednocześnie fińscy posłowie zagłosowali za wyłączeniem transportu międzynarodowego spod zasad delegowania. I tutaj mam pytanie, panie premierze: czy nie uważa pan, że wspierając rozwiązania zaproponowane przez Radę, tak naprawdę ogranicza pan swobody gospodarcze? Nie likwiduje pan barier handlowych, a przecież pan mówił, że należy te bariery likwidować, że jednocześnie może się okazać, że wiele małych i średnich przedsiębiorstw będzie musiało likwidować swoją działalność, a konsumenci, także konsumenci fińscy, zapłacą cenę za wzrost cen usług i towarów.

Maria Grapini (S&D). – Domnule Președinte, domnule prim-ministru, sunt de acord cu multe lucruri pe care le-ați spus aici. Ați vorbit de coeziune, de piață unică, ați vorbit de statul de drept și aici vreau să mă refer, domnule prim-ministru, la niște lucruri concrete din țara dumneavoastră. Ați spus că nu trebuie să se facă rabat cu nimic la statul de drept și sunt de acord. Dar cunoașteți că în țara dumneavoastră sunt legi care nu se aplică? Cunoașteți că sunt familii de la care s-au luat copii, copii la 12 ani care, conform legii finlandeze au dreptul să se prezinte în instanță, să opteze pentru mamă și nu sunt ascuțiți în instanță? Sunt duși și sunt atrocități în instituțiile care instituționalizează copii, domnul prim-ministru. V-am făcut o scrisoare, nu s-a luat nici o măsură. Cum putem să avem un stat de drept când cetățenii, care sunt europenii, este vorba despre o cetățeană din țara mea, nu au aceleași drepturi ca cetățenii din Finlanda? Și vă rog să-mi răspundeți punctual! Și, sigur, mi-aș dori să nu existe acea condiționalitate la CFM, așa cum o susțineți dumneavoastră, pentru că, iată, se definește diferit și distinct pentru fiecare țară statul de drept.

Mirja Vehkaperä (ALDE). – Arvoisa puhemies, Suomen pääministerin Juha Sipilän puhe oli konkreettinen, jämäkkä ja erityisesti Suomen EU-puheenjohtajuuskautta lämmittelevä tulevaisuuspuhe.

Esititte metsäosaamisemme hyödyntämistä. Suomen maapinta-alasta on lähes 70 prosenttia metsiä, joten meillä jos kenellä on osaamista metsien hoidosta ja myöskin kestävästä käytöstä.

Euroopan ja Afrikan metsärahasto on kannatettava sekä ilmastollisesta että työllisyysnäkökulmasta. Tämän salin parlamentaarikkojen ja Euroopan parlamentin katsetta pitäisi kuitenkin kääntää myöskin pohjoisiin arktisiin kysymyksiin. Siellä arktisella alueella, missä itsekin asun, on paljon potentiaalia ja annettavaa Euroopalle. Meillä on rikkaat luonnonvarat, luonto, osaaminen ennen kaikkea, mutta me tarvitsemme myöskin kiperästi ja kiihkeästi Euroopan panoksia tänne arktiselle alueelle. Sitä toivon tulevaisuudessa.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Mr President, I would like to thank Prime Minister Sipilä for being here and making the case for Finland as a happy country after 25 years in the European Union and making up one percent of the total population of the European Union.

You got started talking about history, Prime Minister, and I would like to quote one of the founding fathers, a former Prime Minister of Belgium, Paul-Henri Charles Spaak. He once said it's not true that the European Union is a blend between big and small states: we are all small in relation to the challenges of the world to come. It is just that some countries know this, and other countries don't know it yet.

You spoke of a challenge, namely defence and security, and that is meaningful in view of Finland's neutral past, but you said less about migration. I urge you to overcome the temptation of populism, and to gather up the forces necessary to unblock the Dublin Regulation, as this has been the mandate of the European Union. It takes a common policy and solidarity when it comes to migration, and no country can turn a blind eye to those in need who are knocking on the Union's doors.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, pääministeri Sipilä, huomaatte, että olette tervetullut tänne, kun suomalaisilla on niin paljon kysyttävää, että alkaa tuntua, että tämä on eduskunnan kyselytunti, mutta me kuitenkin täällä Euroopan parlamentissa käyttäydymme paremmin kuin suomalaisen eduskunnan kyselytunnilla, emme mölyä.

Kysymykseni koskee sitä, kun korostitte päätösten täytäntöönpanoa. Olen samaa mieltä kanssanne, että yksi suuri puute on se, että tehdään kunnianhimoisia päätöksiä, mutta sen jälkeen jäsenvaltiot eivät näitä pane täytäntöön. Kysyisin, onko vika enemmänkin jäsenvaltioissa? Mitä voitaisiin tehdä, että kotiläksyt tehdään yhdessä? Onko nämä päätökset valmisteltu riittävän hyvin täällä Euroopan unionin neuvoston kokouksissa, siellä pääministerikokouksissakin? Koska tuntuu kummalliselta, että näiden kokousten jälkeen julistetaan tuloksia ja hyvää yhteishenkeä ja sitten, kun mennään kotiin, mitään ei tapahdu. Mitä voitaisiin tehdä? Mitä Te tekisitte, että yhteiset päätökset pistettäisiin täytäntöön?

(End of catch-the-eye procedure)

Juha Sipilä, Prime Minister of Finland. – Mr President, thank you all for the questions.

We in Finland are used to this kind of questioning. Every Thursday at 4 o'clock in our Parliament is Question Hour. All ministers have to be present and we are used to this. But we give our answer right after each question.

Now I have 30 questions to answer at the same time, so I will conclude with some top-lines.

First education. Education and equal education is very important for Finland. Public school is the best school for rich people and poor people. All the people in Finland, all the kids, go to the same school. We have the best teachers in the world and we have a challenge to educate about one million Finnish people during the next ten years. I think that this same challenge is in every European Union country because of artificial intelligence, because of the changes in work life.

Climate change – thank you for supporting my speech and all the issues I raised with regard to climate change. Arctic issues are very important for Finland. We are especially worried about black carbon, and this is a quite concrete issue where we can negotiate also with Russia and the United States, which are not very keen to support climate change actions. We need also R&B investments, that's true in this sector.

Defence cooperation – Finland has supported defence cooperation from the beginning. I really welcome the progress on that issue. There was a question about Turkey. It's very complicated. It's a NATO country and the rule of law developments in that country worry us a lot – the situation in Greece and Cyprus also.

As for the Romanian Presidency, I have always been sure that Romania will do an excellent job as the Presidency of the European Union, and there has been some proof of that already.

Venezuela – our full support to democratic development and elections. The humanitarian situation in that country is really bad at the moment and I am sure Finland will follow everything that we decide together in the European Union.

There were some – actually quite a few – questions in Finnish. So I will conclude my answers in Finnish.

Ensinnäkin kestävä metsänhoito: Suomessa käytetään puun kasvusta 70-80 prosenttia ja Suomen metsät kasvavat koko ajan enemmän kuin käytämme puuta. Puuta käytetään koko ajan paremmin ja tehokkaammin myöskin sillä tavalla, että hiili sitoutuu pitkäksi aikaa niihin tuotteisiin, joita teemme metsistä ja puista.

MFF:stä kysyttiin täällä useamman kerran. Tulevana puheenjohtajamaana olen aivan varma näiden käymieni kollegakeskusteluiden perusteella siitä, että tulemme löytämään kompromissin, missä tämä perinteinen EU-politiikka ja uudet haasteet pystytään sovittamaan yhteen. Emme ole olleet siellä kaikkein tiukimmassa prosentin liikkeessä vaan meillä on jouston varaa myöskin kotimaaisessa kannassamme, ja puheenjohtajana tulemme löytämään siihen ajallaan oikean ratkaisun.

Täytäntöönpanosta puhuin paljon tuossa puheessani. Meillä Suomessa on tapana, että kun yhdessä sovitaan jotakin, varsinkin tällaisella joukolla, niin sitten me teemme osuutemme siitä yhdessä tehdystä päätöksestä välittömästi. Tästä varmasti meillä on tarpeeksi näyttöä.

So implementation is a key issue: when we have carefully prepared our decisions we then implement everything efficiently. I think this is a key message from my speech.

Mr President, thank you very much. It was a pleasure to be here and it was a very interesting discussion.

(Applause)

President. – Thank you very much, Prime Minister. Thank you for your answers. I also thank you for your position on Venezuela.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Quando se discute o aprofundamento da UEM e da União bancária, a possível fusão entre a Deutsche Bank e Commerzbank está hoje na ordem do dia. Esta fusão criaria um megagrupo bancário com cerca de 2 bilhões de euros em ativos, com uma posição cimeira no plano europeu. Vários analistas recordam que as duas instituições têm tido alguns anos difíceis. O Deutsche Bank, apresentou perdas entre 2015 e 2017 e o Commerzbank realizou uma reorganização de suas atividades através com uma forte redução da sua força de trabalho. Em suma, o baixo nível de fundos próprios de ambas as instituições deixa antever um cenário de alguma reserva. Esta fusão entre estas instituições vai acentuar o problema das grandes instituições financeiras com efeito sistémico que estiveram na base na intervenção pública após a crise financeira. Vai criar um excessivo poder de mercado, potenciando abusos de posição dominante com graves prejuízos para a economia. Em suma irá confirmar mais uma vez o papel do BCE e do Sistema Único de Supervisão como promotores ativos da concentração bancária dentro da União Europeia.

PRÉSIDENCE: SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

6. Wiederaufnahme der Sitzung

(La séance est reprise à 12 h 06)

7. Lage in Venezuela (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

8. Begrüßung

La Présidente. – Nous avons le plaisir d'accueillir en tribune diplomatique une délégation du parlement – Mazhilis – du Kazakhstan présidée par M. Mukhtar Erman. La délégation est ici à Bruxelles pour participer à la 16e commission de coopération parlementaire PE-Kazakhstan. Nous sommes très heureux d'accueillir cette importante réunion qui renforcera notre dialogue et notre coopération.

C'est un honneur de vous avoir aujourd'hui au cœur de la démocratie européenne, et votre présence est le signe de notre engagement commun à promouvoir les droits de l'homme et le pluralisme politique à travers l'état de droit. Au nom de l'ensemble du Parlement européen, je vous souhaite une réunion fructueuse et un bon séjour en Europe.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Madam President, I rise under Rule 11(3). According to *Politico*, our distinguished colleague Elmar Brok finds it necessary to generate cash from visitors' groups. It would appear that his salary and payment from Bertelsmann are not sufficient. I therefore propose that we make a collection in Mr Brok's honour.

(Applause)

I would like to set the ball rolling by donating five cents – for the benefit of the interpreters, that's five centimes. Perhaps someone else will improve on that.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señora presidenta, quisiera plantear una cuestión de observancia basándome en el artículo 22 del Reglamento interno de este Parlamento: «El presidente dirigirá, de conformidad con el presente Reglamento interno, todas las actividades del Parlamento y de sus órganos. Dispondrá de todos los poderes para presidir las deliberaciones del Parlamento y garantizar su desarrollo normal». La intervención de ayer del señor Tajani afirmando que ha hablado con el autodenominado presidente Guaidó para asegurarle el apoyo del Parlamento Europeo avanzándose a un debate y a una votación contraviene el Reglamento interno de esta Cámara, y quiero una respuesta oficial.

9. Abstimmungsstunde

La Présidente. – L'ordre du jour appelle l'Heure des votes.

9.1. Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0462/2018 - Richard Corbett) (Abstimmung)

— *Avant le vote:*

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tra emendamenti liberticidi sulla composizione dei gruppi, mai discussi nella commissione competente, e la richiesta di votare con voto segreto su emendamenti che prevedono una maggiore trasparenza di questa Istituzione – segretezza nella trasparenza, bellissimo ossimoro dal punto di vista politico, non finiremo mai di stupirci – questa riforma del regolamento sta diventando una farsa: uno spettacolo triste e indecoroso, che getta discredito sul Parlamento europeo.

Come Vicepresidente, sento il dovere di proteggerne la reputazione; come membro del Parlamento, ho il dovere di far rispettare il volere dei cittadini che chiedono trasparenza; come cittadino europeo, ho il dovere di chiedere che in quest'Aula siano rispettati il pluralismo e la democrazia.

È per questo che chiedo, a nome del gruppo EFDD, ai sensi dell'articolo 188, paragrafo 2, il rinvio in commissione di questo testo, che rischia di diventare un *boomerang* terribile per l'onore e la reputazione di questo Parlamento.

Grazie anche per la grande democrazia che siete riusciti a esprimere in questo contesto.

Richard Corbett (S&D). – Madam President, yes indeed, I would like to speak against this. The report before you has been discussed for almost a year in the Committee on Constitutional Affairs. There was a special working group, comprised of one representative from every single political group, which prepared this. It had a high level of consensus, and now it comes to plenary to be voted on and, like any report coming to plenary for vote, it is subject to amendments, and we will vote on those.

It has already been postponed from the December to the January I part-session, then it was postponed from January I to January II. I rather suspect that if we postpone it until February there will then be a proposal to postpone it until March, and then April and then May. This is beginning to sound a little bit like Theresa May!

(Applause)

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin! Der Kollege wird sich eines Tages für die Vorwürfe entschuldigen müssen.

Zweitens weiß ich, dass das die Antwort auf meine Rede zum Brexit gestern war. Das ist immer die Sache: Wenn es unbequem wird, wird jemand persönlich diffamiert. Ich glaube, ich werde niemals die Interessen Irlands und der Europäischen Union preisgeben für solche Leute, von denen Geld anzunehmen moralisch unverantwortlich wäre.

9.2. Zollkodex der Union: Aufnahme der Gemeinde Campione d'Italia und des zum italienischen Hoheitsgebiet gehörenden Teils des Luganer Sees in das Zollgebiet der Union (A8-0368/2018 - Jasenko Selimovic) (Abstimmung)

9.3. Vorschriften über Direktzahlungen und die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für die Jahre 2019 und 2020 (A8-0018/2019 - Czesław Adam Siekierski) (Abstimmung)

9.4. Beitritt der Dominikanischen Republik zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0451/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)

9.5. Beitritt Ecuadors und der Ukraine zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0452/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)

9.6. Beitritt von Honduras zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0457/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)

9.7. Beitritt von Belarus und Usbekistan zum Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (A8-0458/2018 - Mary Honeyball) (Abstimmung)

9.8. Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union unter Einschluss der Beziehungen zwischen der EU, Grönland und Dänemark (A8-0480/2018 - Maurice Ponga) (Abstimmung)

- 9.9. Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung (A8-0003/2019 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung)**
- 9.10. Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „eu“ (A8-0394/2018 - Fredrick Federley) (Abstimmung)**
- 9.11. Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (BNE-Verordnung) (A8-0009/2018 - Roberto Gualtieri) (Abstimmung)**
- 9.12. Einwand gemäß Artikel 106 GO: gentechnisch veränderter Raps der Sorten Ms8, Rf3 und Ms8 × Rf3 (B8-0073/2019) (Abstimmung)**
- 9.13. Einwand gemäß Artikel 106 GO: gentechnisch veränderter Mais der Sorte 5307 (SYN-Ø53Ø7-1) (B8-0074/2019) (Abstimmung)**
- 9.14. Einwand gemäß Artikel 106 GO: gentechnisch veränderter Mais der Sorte MON 87403 (MON-874Ø3-1) (B8-0075/2019) (Abstimmung)**
- 9.15. Einwand gemäß Artikel 106 GO: genetisch veränderte Baumwolle der Sorte GHB614 × LLCotton25 × MON 15985 (B8-0076/2019) (Abstimmung)**

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

- 9.16. Lage in Venezuela (B8-0082/2019, B8-0083/2019, B8-0084/2019, B8-0085/2019, B8-0086/2019, B8-0087/2019) (Abstimmung)**

— *Prima della votazione:*

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, desde que redactamos la Resolución común hasta ahora, Ronaldo Rodríguez, José Salas, Baptiste des Monstiers, Pierre Caillé, Gonzalo Domínguez, Leonardo Muñoz y Maurén Barriga han sido detenidos en Venezuela. Todos ellos son periodistas que trabajaban para dos medios europeos y que estaban cumpliendo con su trabajo. Por la información que acaba de dar en España el presidente de la Agencia EFE, se encuentran ahora en los calabozos del servicio secreto.

Defendamos la posición que defendamos en esta Cámara, todos —todos— estamos a favor de la libertad de expresión, y todos estamos a favor de que los medios de comunicación puedan informar con libertad, porque todos creemos que la libertad de información es la vida misma de la democracia.

Por eso, de acuerdo con el resto de proponentes de la Resolución común solicitamos que se añada un nuevo apartado después del apartado 4. Un apartado 4 bis, que diría:

«Condemns the detention of several journalists covering the situation in Venezuela and calls for their immediate release».

(El Parlamento admite la enmienda oral).

— Dopo la votazione:

Presidente. – Es un placer anunciar que el Parlamento Europeo reconoce a Juan Guaidó como legítimo presidente interino de Venezuela.

El Parlamento Europeo es la primera institución europea en hacerlo y pedimos a los Estados miembros y a la alta representante que hagan lo mismo cuanto antes a fin de tener una posición única y fuerte.

PRÉSIDENCE: SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

9.17. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik (A8-0474/2018 - Michel Reimon) (Abstimmung)

— Avant le vote:

Stelios Kouloglou (GUE/NGL). – Madam President, after Venezuela, there is also another country that is violating human rights – there is no democracy, they are oppressing women and they are cutting dissidents into pieces – and that is Saudi Arabia. I hope we will vote for regime change in Saudi Arabia ...

(Sustained applause)

After all, there is oil there! There is oil!

We have to change the regime.

La Présidente. – Ceci clôt l'Heure des votes.

10. Stimmerklärungen

10.1. Änderungen der Geschäftsordnung des Parlaments (A8-0462/2018 - Richard Corbett)

Explications de vote orales

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, soltanto per dichiarare che sono estremamente felice, anche a nome del mio gruppo politico, che il buon senso abbia prevalso all'interno di quest'Aula.

La relazione Corbett, che introduce effettivamente alcune buone misure nel nostro regolamento, era però ampiamente viziata da due rischi mortali, a nostro avviso: da un lato, c'era il problema della trasparenza. Se c'erano emendamenti assolutamente condivisibili in tal senso, c'era anche la volontà del gruppo del Partito popolare di ricorrere al voto segreto. Abbiamo visto che, fortunatamente, questo voto segreto è stato favorevole agli emendamenti che noi abbiamo convintamente sostenuto.

Oltre a questo, c'era ovviamente il tema ben noto dell'enorme abuso di potere, permettendo a una maggioranza di decidere sullo status delle opposizioni. Ma abbiamo visto che non ha raccolto la maggioranza assoluta all'interno dell'emicycle e mi compiaccio che i colleghi abbiano fatto prevalere il principio della rappresentanza democratica e del pluralismo dentro questo emiciclo, sconfiggendo chi voleva dare tutto il potere in mano ai gruppi dell'*ancien regime*.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, depuis 30 ans, je suis le témoin de l'érosion constante des droits de la minorité dans ce parlement de plus en plus caporaliste et de plus en plus politiquement correct, dans cette institution qui ne parle que des droits des minorités, du respect de l'état de droit, de la garantie des libertés et qui la pratique très peu à l'usage interne.

Rien ne manque au rapport Corbett: une infantilisation complète des députés, une culpabilisation du mâle blanc, qui est tout à fait dans la ligne de la théorie du genre; il nous faudra désormais subir des stages pour apprendre que c'est très mal le harcèlement sexuel et signer des déclarations à cet effet; les députés ne pourront plus rencontrer leurs interlocuteurs sans que ceci soit immédiatement rendu public au nom de la transparence. J'ai envie de m'écrier: transparence, que de crimes on commet en ton nom.

Cette assemblée devient une école primaire, et je serai heureux de la quitter.

Rory Palmer (S&D). – Madam President, I welcome this report that has been brought forward by my colleague Richard Corbett. I welcome all the recommendations, particularly on the Members' Code of Conduct, but I specifically want to mention the recommendation on parliamentary questions – that they should be answered within six weeks.

In an answer to a question that I asked the Commission about questions last year, it stated that just 32% of written questions to the Commission were answered within that six-week timeframe. Now I don't know where members of the Commission went to school, but I'm sure in anyone's book 32% is not a particularly impressive or acceptable grade.

On this the Commission is going to have to do better. So when these recommendations are discussed in interinstitutional discussions, this is something Parliament I think has to take a strong position on. Questions are an important mechanism for us as Members in holding the Commission to account and seeking information to support our work.

32% last year is not good enough; the six-week limit is important.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora presidenta, me alegro del resultado de este informe porque me oponía a la limitación que se quería imponer a la constitución de grupos parlamentarios, porque me parece que técnicamente estaba muy mal hecha y que políticamente era una restricción de derechos y libertades que no puedo avalar de ninguna manera.

Creo que técnicamente es una mala propuesta porque los conceptos que se manejaban eran totalmente arbitrarios y tanto la definición de qué significa coherencia ideológica de los grupos como las ideas que se manejaban para medirla no soportaban un mínimo análisis.

Quiero recordar que algunas de las que se sugieren, además, aplicadas a alguno de los grupos que ya existen en esta Cámara conducirían inmediatamente a su disolución, y otras simplemente castigan el principio de libertad de voto y conciencia que nos asiste a todos los parlamentarios.

Por eso, no me gustaría estar en el papel de quien tuviera que explicar realmente una norma que permite este nivel de arbitrariedad, y no me gustaría porque soy demócrata y creo en el Estado de Derecho. Y a quienes no lo son les encantan estas herramientas porque permiten esa arbitrariedad. Cuando se utilizan en Derecho conceptos tan indefinidos, las libertades siempre se utilizan para atacar la democracia.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κατ' αρχάς θα ήθελα να δηλώσω, για να γραφτεί στα πρακτικά εντελώς διαδικαστικά, ότι στην έκθεση Selimovic το μηχανήμά μου δεν λειτούργησε. Εάν λειτούργουσε, θα ψήφιζα αρνητικά. Τώρα σε σχέση με τη συγκεκριμένη έκθεση θέλω να πω ότι απέτυχε η προσπάθεια των μεγάλων πολιτικών ομάδων επί της ουσίας να επιβάλουν αυτό το οποίο ήθελαν, δηλαδή να κρίνουν αυτές υπό ποιους όρους θα συγκροτούνται πολιτικές ομάδες, διότι η έννοια της πολιτικής σχέσης (political affiliation) δεν είναι κάτι το οποίο θα ρύθμιζε η ίδια η Ολομέλεια. Αυτό το ανέλυσα και χθες. Από κει και πέρα, πρέπει να υπάρχουν και άλλες βελτιώσεις στον Κανονισμό, ιδίως όσον αφορά τον προληπτικό έλεγχο που ασκεί το Προεδρείο σε σχέση με τις ερωτήσεις, διότι υποβάλλουμε ερωτήσεις και τελικά το Προεδρείο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου ελέγχει αν αυτές είναι σωστές και τις απορρίπτει ή όχι. Αυτό είναι κάτι το απαράδεκτο και θα πρέπει να σταματήσει.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei favoravelmente as alterações ao Regimento do Parlamento Europeu porque acredito que estar seriamente na política não é estar refém de ideologias ou capturado por grupos de interesse.

É, sim, poder resolver os problemas dos cidadãos e projetar o futuro da União Europeia e dos seus Estados-Membros, cultivando os valores do desenvolvimento humano respeitando a liberdade individual e defendendo a democracia.

Exige-se, por isso, uma maior transparência e disponibilidade de informação sobre as relações mantidas pelos eurodeputados para as atividades de redação dos atos legislativos nos múltiplos contactos desenvolvidos com a sociedade civil.

Temos que descansar os nossos constituintes de que ouvimos todas as vozes, porque ouvir a diversidade de opiniões é acautelar as preocupações dos cidadãos da União Europeia, é garantir que construímos uma Europa sem atropelos e é assegurar que defendemos as causas certas pelas quais fomos eleitos.

Apoiar o secretismo é meio caminho andado para criar as condições favoráveis à corrupção e albergar o tráfico de influências debaixo do mesmo teto da democracia, e para isso não contem comigo.

Por estes motivos, a Europa já sofreu que baste.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I am pleased to support the amendments to the Rules of Procedure drafted by my good friend Richard Corbett, despite the fact that there were secret ballots on two votes relating to Amendment 20 of this report.

I want to make it very clear and for it to be on the record that I voted in favour of the mandatory legislative footprint for rapporteurs, shadows and chairs, and indeed for increased transparency on the general expenditure allowance. I consistently publish any meetings I have across all my social media channels and always host visitors in public areas of Parliament where I am visible by all.

We must be committed to transparency and accountability across the EU and its institutions. Transparency builds trust with our constituents and allows them confidently to put their faith in their representatives.

Furthermore, I would like to put on the record that I disagree with having these two secret ballot votes. This is not how we should operate in Parliament. I am proud of the work I do on behalf of my Irish constituents and want to have this known.

Finally, I am pleased to vote in favour of the amendment regarding mandatory anti-harassment training. Having already completed a training myself, I recommend it to other MEPs as well.

Ангел Джамбазки (ECR). – Докладът на колегата Корбет е силно противоречив и внесените по него изменения целят ограничаване на демократичната свобода. Изискването политическите групи да предоставят политически декларации, подписани от всички свои членове, в които да декларират своята политическа принадлежност, противоречи на всякакви правила и процедури, които този Парламент постоянно заявява, че защитава. Радвам се, че от текста успяхме да премахнем изискването Европейският парламент да може да оценява дали политическите групи са сформирани според политическата принадлежност на всички партии към едно политическо семейство. Това няма как да бъде доказано и е абсолютно несъстоятелно. За мен това е инструмент, с който големите политически групи, когато са изплашени, че ще загубят надмощието си, отчаяно ще се опитват да задържат това надмощие и да развалят останалите политически групи.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, I agree that more transparency and accountability in the decision-making is needed. However, I cannot agree with the concept of political affinity for the formation of political groups in the European Parliament. We do not have concrete criteria and parameters for that, apart from the fact that the word 'affinity' does not have any legal force. As we can see from the results, the votes of the Group can be inconsistent and incoherent on some issues. We have the freedom of vote, and this is something our electorate relies on. We represent the citizens and the residents of the European Union to advance their needs, and we cannot do it if we are strictly limited by belonging to the Group. In order not to make the EP dysfunctional and in order that it will continue to be a truly democratic institution, we must continue the practice of free and voluntary Group formation. That is why I abstained.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, the debate has tended to focus on the plans here to make life harder for small Groups: Groups that challenge the orthodoxy or represent dissident opinions. No surprise here; I think even my federalist colleagues will admit that this has been the theme of the reforms of this Parliament over some time. Despite all the rhetoric we get about tolerance, there is an intolerance of people who run up against the challenged views on European integration. But I just wanted to draw the House's attention to Amendment 14 of the Parliament's Rules of Procedures, which is a deletion, and one of the lines deleted is this one: 'the application of this rule shall not otherwise detract from the liveliness of parliamentary debates, nor shall it undermine Members' freedom of speech'. That's deleted. I suppose the one argument that could be made is that this House, in its new attitude to free speech, is at least in line with changing *mores* in Europe as a whole. Still, what a sad comment for what is, at the end of the day, a parliament. As the etymology of that word implies, it is a place one ought to be able to talk freely.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Upadła poprawka dotycząca tego, by rządzące większościowe grupy mogły rozwiązywać grupy opozycyjne. Głosowanie nad nią pokazuje, że poparło tę poprawkę kilkaset osób, a więc zagrożenia dla demokracji w Europie nie należy szukać w jakiś małych, marginalnych neofaszystowskich grupkach, tylko tutaj, na tej sali. Myślę, że to jest obłudne, kiedy jednego dnia upominamy się o wolność słowa w Wenezueli, a ograniczamy po raz kolejny wolność słowa na tej sali. Poseł powinien odpowiadać jedynie przed swoimi wyborcami, a nie przed swoimi przeciwnikami politycznymi, bo wszelkie narzędzia kontroli posłów, jakkolwiek demagogicznie się ich tu nie uzasadnia: dobrem, przejrzystością, mową nienawiści itd., mogą służyć jako narzędzie represji. I to jest absolutnie niedopuszczalne.

Mam nadzieję, że historia zakpi z tych, którzy chcą dzisiaj, będąc w większości, kontrolować mniejszość, i po pewnych zmianach, być może, kiedyś jacyś ich przeciwnicy polityczni będą ich gnębić o mowę nienawiści. Na przykład ja uznałbym, że mową nienawiści jest domaganie się przywilejów dla kobiet – to jest mowa nienawiści wobec mężczyzn – albo zwiększanie podatków jest narzędziem ucisku ekonomicznego.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem hlasoval pro podporu tohoto návrhu. Chtěl bych vysvětlit své hlasování v oblasti urážlivých projevů a navázat na kolegu Sośnierze.

Já jsem osobně hlasoval proti tomuto návrhu, tzn. pro to, aby byla respektována větší svoboda poslanců při jejich projevech. To ovšem neznamená, že by se mělo podle mého názoru mluvit urážlivě. Na druhou stranu chci respektovat názor, který vyslovil Evropský soudní dvůr, i když s ním úplně nesouhlasím.

Pan Sośnierz zde nastoupil za pana Mikkeho. My jsme zde slyšeli od tohoto pána takové množství urážek. Zdá se, že budeme muset být jaksí odolnější vůči těmto výrokům, z tohoto důvodu já jsem nepodpořil tento konkrétní pozměňovací návrh. Budeme muset být odolnější, ale myslím si, že by se mělo v této sněmovně mluvit slušně.

Jinak vítám přijetí pozměňovacích návrhů, které byly uplatněny, a myslím, že pokud jde o lobbying, je dobré ho zkrotit.

John Howarth (S&D). – Madam President, I am happy to welcome the proposals in this report as well-intentioned, particularly in the context of meetings with lobbyists. My fear, however, as someone who has worked in the public affairs industry, is that this will prove ineffective, and my further fear is that this will put into the public domain information that is easily distorted by those of less good intentions that will present a false impression of what Members are seeking to do. So I urge the Conference of Presidents to keep this under review.

I would add my view to Mr Palmer's view on the need to produce answers to questions more quickly. On the question of political groups, we all know that Groups like UKIP have abused the rules of this place, and it's right to try to stop them. But my fear is also that that would not produce the result that was intended.

On the question of secret ballots on votes on transparency, please: it's absurd. I support them.

10.2. Jahresbericht 2017 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung (A8-0003/2019 - Marian-Jean Marinescu)

Explications de vote orales

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, řádná zpráva veřejných výdajů a ochrana finančních zájmů EU – tato slova nejsou jen prázdnou frází. Naopak, naším důležitým posláním je pečlivě dohlížet nad řádným a efektivním využíváním peněz všech občanů EU tak, aby byla posílena důvěra občanů.

Pocházím z ČR a podezření ze zneužívání evropských finančních prostředků nás, bohužel, zasahuje až do nejvyšších pater politiky. Proto jsem si vědoma důležitosti boje proti podvodům, ve kterém musíme nadále trvat, a to i přes povzbudivý fakt, že dochází celkově ke zlepšení a klesá počet podvodů a nesrovnalostí. Proto jsem podpořila tuto zprávu.

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, la relazione annuale sulla protezione degli interessi finanziari e la lotta alla frode nell'Unione europea mette in evidenza i danni delle grandi lobby che, entrando nelle istituzioni o, viceversa, con il cosiddetto «effetto porte girevoli», esercitano un forte potere di condizionamento se non di corruzione. Inoltre, esprime forte preoccupazione sui controlli relativi agli strumenti finanziari gestiti da intermediari e sul controllo delle sedi legali dei beneficiari. Infine, dichiara che le frodi nel campo dell'IVA intracomunitaria costano all'Unione circa 50 miliardi ogni anno.

Rispetto al generale calo poi delle irregolarità nel 2017, registra un preoccupante dato in controtendenza che riguarda gli aiuti diretti in agricoltura, con un valore medio per ciascun caso di frode aumentato addirittura del 227 %. Possibile che vada tutto bene, tranne in un unico ambito? Non è che forse ci sono lacune nell'individuazione generale delle frodi? Questa domanda è ancora più urgente in considerazione del fatto che alcuni paesi non segnalano alcun tipo di frode. Com'è possibile? Non è che alcuni Stati, timorosi dei controlli sulle proprie leggi di bilancio e quindi sul processo di governance economica imposto dall'Unione europea, preferiscono barare sul monitoraggio anticorruzione, riducendo l'invio dei dati o addirittura non inviandoli affatto? Alla luce di queste falle, come può la Commissione non ritenere necessaria la pubblicazione della relazione sulla lotta alla corruzione? Per quale ragione?

Colleghi, se si vogliono contrastare i fenomeni di corruzione e le frodi per salvaguardare gli interessi dei cittadini europei, bisogna intensificare i controlli e migliorarne la qualità. La Commissione dovrebbe individuare indicatori rigorosi e criteri uniformi che vanno adottati in maniera vincolante da parte di tutti gli Stati membri. Servono azioni di prevenzione e contrasto che siano decise e armonizzate in tutta Europa. È necessario mettere l'OLAF in condizione di poter accedere ai dati e alle informazioni necessarie per effettuare le opportune verifiche.

Dal momento che tutte queste considerazioni sono state in larga parte espresse nella relazione, il mio voto è stato a favore.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η καταπολέμηση της απάτης που υπάρχει σε σχέση με τη διαχείριση των κοινοτικών κονδυλίων αλλά και τον ΦΠΑ νομίζω ότι πρέπει να ενταθεί. Σε αυτήν εδώ την αίθουσα έχουμε καταγγείλει το «πάρτι» το οποίο γίνεται από τις διάφορες ΜΚΟ στην Ελλάδα, που πραγματικά έχουν χρησιμοποιήσει τεράστια κονδύλια στο θέμα –υποτίθεται– της προστασίας των προσφύγων αλλά στην πράξη βλέπουμε ότι οι πρόσφυγες τώρα τον χειμώνα κρυώνουν. Εδώ σε αυτή την αίθουσα έχω κάνει συγκεκριμένες καταγγελίες. Ακόμη να έχουμε αποτέλεσμα από την OLAF, ακόμη να έχουμε αποτέλεσμα από την Επιτροπή. Το δεύτερο θέμα είναι οι απάτες στον τομέα της αγροτικής πολιτικής, διότι αυτό που συμβαίνει είναι να βαφτίζονται ξένα αγροτικά και κτηνοτροφικά προϊόντα ως ελληνικά – αυτό που λέμε «ελληνοποίηση». Έτσι έχουμε ελληνοποίηση γάλακτος που εισάγεται από την Αλβανία, ελληνοποίηση κρεάτων που εισάγονται από τα Σκόπια και πρέπει να παρθούν συγκεκριμένα μέτρα. Είχε δεσμευτεί και ο κύριος Oettinger ότι στο θέμα αυτό θα παρέμβει η Επιτροπή. Περιμένουμε ακόμη να ληφθούν μέτρα.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Wprowadzanie do porządków obrad nowych punktów *ad hoc* bardzo często niestety odbiera szanse na poważną debatę w tych punktach, które zostały zaplanowane wcześniej. Wydaje mi się, że mogą w tej materii istnieć wyjątki, ale stają się niestety regułą.

Dlatego teraz w dużym skrócie dwie uwagi *à propos* sprawozdania w sprawie ochrony interesów finansowych Unii Europejskiej. Pierwsza – do pesymistów, druga – do optymistów. Ta pierwsza jest związana przede wszystkim z malejącą liczbą spraw, nieprawidłowości zgłaszanych w 2017 roku w stosunku do roku 2016; spadło to do 2,58 mld euro. Ale usatysfakcjonowanym tym optymistom chcę zwrócić uwagę na drugą rzecz: w porównaniu do roku 2016 same nadużycia finansowe to 0,5 mld euro, czyli wzrost o blisko 20 %.

Ангел Джамбазки (ECR). – Гласувах против доклада на г-н Маринеску, защото смятам, че националният суверенитет е от значение и най-сетне той трябва да бъде уважаван и защитаван. Докладът отчита, че общият брой на нередностите, които са разследвани през 2017 г., 15 213 случая, са с 20% по-малко в сравнение с 2016 г., когато има 19 080 случая, и че тяхната стойност като щети е намаляла с 13% – от 2,97 милиарда евро през 2016 г. до 2,58 милиарда евро през 2017 г.

Въпреки че борбата срещу всякаква корупция е легитимна цел и призивът за по-тясно сътрудничество между държавите-членки на Европейския съюз по отношение на обмена на информация също е легитимна цел и е нещо, което аз и моята група със сигурност подкрепяме, докладът съдържа и някои спорни аспекти, а именно препратките към повече действия на европейско ниво, което би отнело суверенитета на държавите членки, в чиито компетенции влиза борбата с организираната престъпност.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the Lisbon Treaty says that Member States must fight against fraud affecting the financial interests of the Union as they do to counter the fraud affecting their own financial interests. Unfortunately, the corruption in the Member States does not stop at their borders, and it has a spill-over effect to the EU. As a result, we lose both citizens' trust in national public administration and in EU institutions. I wish all our national police and investigation authorities would read the report tomorrow, instead of the morning paper. The figures are really alarming. VAT fraud costs the Union around EUR 15 billion annually. OLAF very rarely carries our investigations into irregularities concerning VAT, due to a lack of instruments. Since it's clear that we cannot fully rely on the efforts of 28 or 27 national anti-fraud systems, we need to give more possibilities to OLAF.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, the obvious question about protecting the EU's financial interests arises in the context of the EUR 50 billion deficit that will be the consequence of a no-deal Brexit, and it was very clear in this Chamber, listening to the debate yesterday, that that is now the way in which people here want to head. There's a complete unwillingness to show any flexibility that would result in a deal. And yet I was amazed to discover yesterday that, at the same time, the European Commission expects the money to be paid even in the event that there is no deal.

The United Kingdom was happy to sign up to more than any international court would think was a strict liability for the sake of good relations and facilitating a future trade relationship. But if there is no deal, you don't get to tell us what to do anymore.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil, protože za prvé chci ocenit vývoj, který znamená, že méně podvodů a méně nesrovnalostí je právě při nakládání s evropskými penězi. To je myslím, že velmi pozitivní trend, i když občas toto procento v tom meziročním srovnání klesá a někdy trochu stoupá, tak tento trend je pozitivní. Musíme motivovat justici k tomu, aby všechny případy řešila zásadou padni komu padni.

Zároveň bych se chtěl vyjádřit a ocenit pozměňovací návrh, který v této zprávě vyzdvihuje roli investigativních novinářů. Máme zde tragické případy z Maltý, ze Slovenska. Já bych chtěl upozornit především na jisté riziko právě propojení moci politické, ekonomické a mediální. Té jsme svědky i v ČR. Když se tyto složky skloubí vzájemně dohromady, tak demokratické brzdy přestávají fungovat. Myslím si, že i na toto by evropské právo mělo pamatovat.

10.3. Durchführung und Funktionsweise der Domäne oberster Stufe „eu“ (A8-0394/2018 - Fredrick Federley)

Explications de vote orales

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, zprávu o návrhu nařízení týkajícího se domény .eu jsem podpořila. Jeví se možná spíše jako technická záležitost, ale je zde jasný přesah na podporu vizuální identity EU v členských státech a v celkovém internetovém prostředí napříč hranicemi. Internet je v dnešní době spojen i s otázkou ochrany dat a lidských práv a pozice EP na tuto ochranu pamatuje. Také souhlasím s tím, aby byla doména rozšířena na celý evropský hospodářský prostor, protože hospodářské propojení je v tomto prostoru velké a je žádoucí. Je to v zájmu ekonomického růstu EU i členských států.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Po zakończonej debacie otrzymałem kilka pytań. Przede wszystkim: po co był ten przegląd domen? Oraz: jakie są wnioski tego z przeglądu? Wygląda na to, że debata nie dała wystarczającej odpowiedzi na te dwa pytania.

Podkreślę – sam przegląd był przede wszystkim dlatego, że mamy gigantyczny wzrost samych domen i to tego najwyższego poziomu, czyli tych, które dominują i decydują o jakości funkcjonowania rynku informatycznego, informacji w tej materii.

Ale jaki jest jego efekt? To jest najistotniejsze. Chcę podkreślić cztery punkty. Po pierwsze, usunięcie nieaktualnych wymogów prawnych, także administracyjnych, i sama aktualizacja przepisów. Po drugie, dalsze uwzględnienie i promowanie priorytetów Unii Europejskiej w świecie internetowym, bardziej skuteczne. Po trzecie, złagodzenie obowiązujących kryteriów kwalifikowalności dotyczących rejestracji domen. I po czwarte, na koniec, zniesienie zakazów dotyczących separacji pionowej, to jest przepisów wymagających ścisłego rozgraniczenia między organizacjami zarządzającymi nazwami domen, rejestracjami a podmiotami zajmującymi się ich sprzedażą.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, firstly, my congratulations to our wonderful colleague Frederick Federley for his work on this report, which I had the pleasure of voting to support.

The .eu top-level domain name is well established in a fast-flowing top-level domain (TLD) market. In a digital landscape that is constantly evolving, it is crucial that the legal framework for the .eu TLD is updated appropriately and that we secure flexible regulation for the future. This will assist in the promotion of EU values, including respect for users' privacy and security, consumer protection, human rights and multilingualism.

To this end, I support an assurance that all residents of EU Member States and organisations established in the EU be allowed to register a .eu TLD.

I particularly welcome the mandatory revocation of a domain name when it has been used in bad faith, and I am also in favour of an assessment by the Commission of possible cooperation between the registry and the EU Intellectual Property Office.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, I welcome the report drafted by my colleague, Mr Federley, and I voted in favour. Although the .eu top-level domain (TLD) functions well, it is also true that the online environment and market are evolving very quickly, and we should always think one step ahead.

Therefore, the legal framework governing the domain has to be adapted. The .eu domain is also an element of our common online identity. Therefore, we have to be careful with what falls under this domain name. Multilingualism, respect for privacy and security, consumer protection, human rights: yes, all these principles must be upheld for granting this domain name. The European Parliament has to exercise major control over it and should be able to establish the criteria in the procedure for the registry.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! To sprawozdanie jest przykładem tego, że Unia Europejska ideologizuje wszystko, czym się zajmie. Nawet głupie dwie literki na końcu domeny potrafi ubrać w jakieś nieprawdopodobne stwierdzenia o ochronie europejskiej tożsamości. Chce uzależniać to od promowania wartości unijnych. Jestem pewien, że nawet jakbyśmy tu o ziemniakach debatowali, to by się okazało, że ziemniak może być narzędziem europejskiej tożsamości i promocji unijnych wartości. Uzależnianie tego, czy ktoś może kupować domenę, od tego, czy tu mieszka, czy nie, czy wyznaje wartości i czy domena będzie służyła wielojęzyczności, jest po prostu żalosne. Znaczy, że jak nie będzie przetłumaczona na ileś języków, to być może nie będzie możliwe wykupienie takiej domeny czy będzie ona odbierana? Naprawdę, jest to wszystko tak smutne, że aż śmieszne, a może tak śmieszne, że aż smutne. Głosowałem przeciwko temu.

Alex Mayer (S&D). – Madam President, this report means that, in the event of a no-deal Brexit, the .eu domain name will be lost overnight in the UK. It's something I use and something that the East of England Local Government Partnership Office uses. Sadly, this is an office that is threatened with imminent closure, as EELGA want to pull the financial plug. Now I appreciate the huge financial pressures on local government, but shutting the office is foolhardy, throwing down the drain experienced specialist knowledge, contacts and goodwill. Because Plan A Brexit, Plan B Brexit, hard Brexit, soft Brexit, No Brexit at all: as a region I am sure that we will still want to do business with other European regions. So why put up a 'closed' sign on the east of England?

So today I urge an urgent rethink. We are a global player in life sciences, communications and manufacturing. So let us do the right thing by our region and keep an office where the East meets the rest of the world.

10.4. Lage in Venezuela (B8-0082/2019, B8-0083/2019, B8-0084/2019, B8-0085/2019, B8-0086/2019, B8-0087/2019)

Explications de vote orales

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora presidenta, ocho son las Resoluciones que este Parlamento ya ha emitido sobre la situación en Venezuela. Y ocho son las Resoluciones que nada han aportado para solucionar la crisis en Venezuela. Con el reconocimiento del autoproclamado Guaidó, ustedes están validando un golpe de Estado que, para desgracia del pueblo venezolano, tiene visos inevitables de terminar en una intervención militar o en una guerra civil.

Hoy, en vez de marcar un perfil propio, llamando al diálogo y a la paz, como ha hecho el secretario general de las Naciones Unidas, la Unión Europea ha decidido convertirse en el siervo de Trump apoyando su desquiciada política de intervencionismo y sumándose a un imprudente reconocimiento bilateral que no hace más que echar más gasolina al fuego.

Y es curioso que el propio Guaidó haya prometido convocar elecciones en un plazo de seis a doce meses, cuando la Constitución de Venezuela le obligaría a hacerlo en un plazo máximo de treinta días. Aún no es presidente y ya quiere incumplir la Constitución de su país. La UE debe ser un instrumento al servicio de la paz y del diálogo, no de alimentar las guerras.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora presidenta, he votado en contra de la Resolución sobre la situación de Venezuela porque, lamentablemente, nos volvemos a encontrar con una Unión Europea que cruza descaradamente la línea roja del respeto al Derecho internacional.

Hoy, la Unión Europea se subordina una vez más a Estados Unidos y se pone del lado del bloque de la guerra con Trump, Duque y Bolsonaro, que alientan un golpe glorioso y una intervención militar.

Haciendo un alarde de cinismo tratan de justificar su posición apelando a la defensa de los derechos humanos. Esos mismos que se vulneran en Marruecos, Israel y Arabia Saudí con su consentimiento.

Seamos claros: su único interés es el petróleo. A ustedes no les importa mancharse las manos de sangre del petróleo. Si tanto les interesara el pueblo venezolano, retiren las sanciones y el bloqueo.

Hoy la Unión Europea vuelve a perder legitimidad. Mejor harían situándose en el bloque del diálogo constructivo y la paz, y por tanto en el respeto al Derecho internacional, y al lado del Consejo de Seguridad de Naciones Unidas.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, σήμερα το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έστειλε ένα σαφές και καθαρό μήνυμα: στη Βενεζουέλα το καθεστώς Μαδούρο σκοτώνει ανθρώπους στον δρόμο, επειδή διαφωνούν με τις απόψεις του. Στη Βενεζουέλα οι άνθρωποι δοκιμάζονται από τη στέρηση βασικών αγαθών και ελευθεριών. Στη Βενεζουέλα διώκονται και φυλακίζονται δημοσιογράφοι. Στη Βενεζουέλα δοκιμάζονται οι αξίες μας, οι ευρωπαϊκές αξίες, αυτές που μας ενώνουν και είμαστε εδώ. Είναι λοιπόν απαραίτητο να πρωτοστατούμε ως Κοινοβούλιο, ζητώντας την αναγνώριση του ενδιάμεσου Προέδρου, της ενδιάμεσης ηγεσίας, που θα οδηγήσει σε ελεύθερες δίκαιες και αξιοπίστες εκλογές. Είναι απαραίτητο να καλούμε το Συμβούλιο να κινηθεί άμεσα και συνεκτικά. Καμία αμφιβολία, κανένας ενδοιασμός, καμία εκλεκτική συγγένεια με το καθεστώς Μαδούρο δεν μπορεί και δεν πρέπει να μειώσει την αποφασιστικότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ευρώπη και Μαδούρο δεν πάνε μαζί. Αυτό πρέπει να το ακούσουν όλοι οι πολίτες της Βενεζουέλας, νιώθοντας τη στήριξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Marina Albiol Guzmán, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – La Izquierda Unitaria Europea ha votado en contra de la Resolución sobre la situación en Venezuela presentada por el Grupo PPE, socialdemócratas y liberales. Claro. Porque es una Resolución que reconoce a Juan Guaidó, el golpista, como presidente. Y lo hace porque, como todos sabemos, la Unión Europea está preocupadísima por los derechos humanos y por eso financia centros de tortura para migrantes en Libia, construye vallas con concertinas o impide que los barcos de las ONG salgan a la mar para rescatar personas. Está preocupadísima por los derechos humanos, claro, pero en Venezuela.

Otro argumento para reconocer al golpista es el fuerte aprecio que tiene la Unión Europea por la democracia. Y por eso la Unión Europea tiene un acuerdo económico preferencial con un modelo tan democrático como la monarquía absolutista de Arabia Saudí.

El Parlamento Europeo considera que tiene que apoyar a una persona que se ha autoproclamado presidente, así sin elecciones ni nada, porque Maduro es un tirano que mata al pueblo de hambre. No como el presidente de Sudán, con quien la Unión Europea ha firmado varios acuerdos en los últimos meses, que solo tiene dos órdenes de búsqueda y captura por parte de la Corte Penal Internacional por crímenes contra la humanidad.

Además, el Parlamento Europeo está consternado porque, según sus datos, dos millones de venezolanos y venezolanas están exiliados. En cambio, Israel es prácticamente un miembro más de la Unión Europea porque solo hay cinco millones de palestinos y palestinas en el exilio.

Yo creo que queda clarísimo que el apoyo al golpe de Estado en Venezuela no tiene nada que ver ni con el petróleo, ni con el seguidismo de la Unión Europea a los Estados Unidos, ni muchísimo menos con que Venezuela tenga un Gobierno que no sigue sus dictados neoliberales.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei favoravelmente esta resolução sobre a Venezuela, da qual foi um dos subscritores, porque entendo que a União Europeia, que não reconheceu legitimidade da eleição presidencial antecipada de 20 de maio de 2018, não deve esperar mais para reconhecer explícita e unanimemente Juan Guaidó como legítimo presidente interino da Venezuela e deve aproveitar o facto de contar com cinco Estados-Membros entre os 15 países com assento no Conselho de Segurança da ONU para promover um entendimento a que os Estados Unidos, a Rússia e a China não conseguem ou não querem chegar.

Ao contrário do que apregoa Nicolás Maduro, não é o imperialismo que quer novas eleições antes de 2025. Essa é uma exigência dos seus concidadãos que justamente reclamam o regresso da democracia e do Estado de Direito e o fim do narcostado corrupto que obriga milhões a emigrar ou a diariamente cruzar as fronteiras para procurar comida e medicamentos para os seus filhos.

Como disse, e bem, a Alta Representante Mogherini, estas vozes que pedem maciçamente a democracia e a possibilidade de determinar livremente o seu destino não podem ser ignoradas. Entendo também que esta casa não pode deixar de condenar as graves limitações dos direitos civis de Juan Guaidó impostas pelo Tribunal Supremo de Justiça e apelar à libertação imediata dos jornalistas, incluindo um europeu, detidos ontem em Caracas pelo sinistro serviço bolivariano de inteligência nacional.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Ja wstrzymałem się od głosu. Nie chciałem głosować przeciwko, żeby nie wpisać się tutaj w retorykę obrony komunistycznego reżimu, jaką słyszymy z lewej strony sali. Widać, że nasi „czerwoni” koledzy są dużo bardziej wyrozumiali dla totalitarnych reżimów, jeśli one podzielają ich wartości. I teraz upominają się o legalizm? Ja chciałbym przypomnieć, jak głosowali w sprawie Mołdawii, gdy nakazali rządowi zamach stanu wobec legalnego wyroku sądu. Tak samo w sprawie Sudanu głosowaliśmy za tym, żeby rząd podważał wyroki sądowe. A tutaj nagle tacy legaliści.

Ale nie mogłem też głosować za, ponieważ po pierwsze, jest to totalna hipokryzja, gdy w dniu, w którym po raz kolejny ograniczamy wolność słowa posłów we własnym Parlamencie, pouczamy znowu świat na temat wolności słowa. A po drugie, z zasady nie popieram pisania przez Parlament Europejski rezolucji, w których wiecznie wypowiadamy się na każdy temat na całym świecie, nie znając się na tym naprawdę dobrze. I nie jesteśmy do tego powołani. Parlament powinien stanowić prawo dla Europejczyków, a nie wypowiadać się na bieżące tematy polityczne.

Georgi Pirinski (S&D). – Madam President, it should be crystal clear that the only possible way to overcome the present crisis is through dialogue between the government and the opposition. This resolution, which we just passed, goes in exactly the opposite direction, blocking such dialogue – contrary to what the Secretary-General of the United Nations has called for; contrary to what is in this morning's news – that President Maduro is ready to engage in dialogue.

There is a terrible double standard in this resolution. It criticises the government for holding unilateral elections, for not consulting with anybody when they organise them; and then it totally supports another unilateral action by the opposition, declaring Guaido as President.

I find this a terrible fault by this Parliament. In taking such a decision, it is only deepening the crisis.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, credit where it's due: the approach of this Chamber to the Venezuelan catastrophe has been exemplary and the leadership of Antonio Tajani has been visionary on this issue.

When I was growing up in South America in the '70s Venezuela was a country that people emigrated to. When Hugo Chávez took over in 1999 the GDP per head was still substantially above the regional average. Now we have seen the worst refugee crisis in the history of the Western Hemisphere – more than 3 million people displaced, inflation touching 10 million% annually.

Extraordinarily, there are people, including some in the Socialist and Communist groups in this House, as we've just heard, who still stand by the discredited tyrannical regime of the Chavista-Maduro clique. How many times do we have to go through this experience before we understand that the problem of socialism is not some glittering implementation. The story is the same every time. It begins with slogans about the people, it ends in tyranny, poverty and oppression.

10.5. Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik (A8-0474/2018 - Michel Reimon)

Explications de vote orales

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, σημαντικός παράγοντας της πολιτικής ανταγωνισμού είναι οι λεγόμενες κρατικές ενισχύσεις και στο θέμα αυτό έχουν γίνει, πραγματικά, σημεία και τέρατα. Έχουν επιβληθεί πολλές διατάξεις και πρόστιμα, με αποτέλεσμα κυρίως η ναυπηγική βιομηχανία να έχει καταστραφεί. Η γνωστή ναυπηγική βιομηχανία στην Ελλάδα, τα Ναυπηγεία Σκαρामαγκά, πρέπει να πληρώσει για κρατικές ενισχύσεις 310 εκατομμύρια ευρώ. Απαγορεύεται μέχρι στιγμής να χτίζουν εμπορικά πλοία –πού; Στην Ελλάδα! Όταν ο μεγαλύτερος εμπορικός στόλος, έχει ελληνική σημαία! Ταυτόχρονα, μια άλλη εταιρεία, η ΛΑΡΚΟ, αναγκάζεται με απόφαση του Δικαστηρίου να επιστρέψει 135,8 εκατομμύρια ευρώ, με αποτέλεσμα να κλείσει. Θεωρούμε ότι πρέπει να αλλάξει η πολιτική γύρω από τις κρατικές ενισχύσεις· να υπάρξει απαλλαγή στην Ελλάδα, και ιδίως σε αυτές τις επιχειρήσεις να μην επιστρέψουν τα κονδύλια αυτά. Τέλος, να υπάρξει ειδικό καθεστώς. Η ελληνική οικονομία είναι σε κρίση λόγω του μνημονίου. Να υπάρξουν ειδικές ρυθμίσεις και ειδικό καθεστώς για την Ελλάδα στον τομέα των κρατικών ενισχύσεων.

Alex Mayer (S&D). – Madam President, this report rightly raises concerns about certain businesses that escape paying their fair share due to mismatches between national tax systems. We need to stop the race to the bottom on corporate tax levels. Likewise, a digital services tax is crucial to ensure that the likes of Facebook and Amazon pay up until there is a permanent solution allowing profits to be taxed where value is created.

Madam President, finally, it's also just been pointed out to me that I may well be the final British MEP to ever speak in this Chamber in Brussels. So let me say that I am proud to be part of the greatest peace and prosperity project of modern times, and good friends never say goodbye. They simply say: 'See you soon'.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Tym razem roczne sprawozdanie dotyczące polityki konkurencji nie było takie rutynowe jak zazwyczaj. Może dlatego, że poświęcono sporo czasu dwóm bardzo poważnym podmiotom: z jednej strony producentom samochodów ciężarowych, którzy zbudowali kartel podwyższający ceny za te pojazdy na rynku europejskim, a z drugiej strony na przykład firmie Google. Chcę zwrócić uwagę, że ta zgoda na sali co do konieczności potępienia praktyk podnoszenia cen, niezapewniania konkurencyjności, pomimo pewnej wewnętrznej zgodności bardzo często jest powierzchowna.

Przypomnę także, że polityka konkurencji musi być zorientowana na zapewnienie równych warunków działania wszystkim podmiotom we wszystkich sektorach i że to jest właśnie kamień węgielny europejskiej społecznej gospodarki rynkowej. I w żadnym wypadku nie może być zgody na to, by zamożne podmioty, zamożne osoby w tych warunkach były w jakikolwiek sposób uprzywilejowane.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I chose to abstain on this report. While there are some elements in the report that are quite positive, I feel it goes beyond the scope of a report on EU competition policy by calling for the implementation of CCCTB and for the removal of the unanimity principle for votes on tax issues at the Council. Still, I support reports welcoming the Commission efforts to ensure the effective application of competition rules across the EU, and indeed the encouraging of a structured dialogue with the Commissioner for Competition and the efforts of the Commission to maintain close cooperation with Parliament on these matters. Finally, I welcome the call for the Commission to increase support for SMEs and to protect our rights in the event of unfair commercial practices, and indeed the call on the Commission to step up efforts to promote fair competition in the global market. As a Member of the European Parliament's Committee on International Trade, I see these as crucial aspects towards a well-functioning global trading environment and for ensuring a level playing field for EU companies that operate in it.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, oikeudenmukainen kilpailupolitiikka on tärkeä päämäärä, jota meidän on tavoiteltava, joten oli helppo äänestää mietinnön puolesta. Suuryritykset saavat veroja välttelemällä ja kiertämällä merkittävää ja epäreilua kilpailuetua pieniin ja keski-suuriin yrityksiin nähden. Suuryritykset tuntuvat pelaavan aivan omilla säännöillään hyödyntäessään jopa laittomia valtion tukijärjestelmiä.

Kuten mietinnössä todetaan, veronkierto on haitallista rehellisille veronmaksajille ja julkiselle taloudelle. Se uhkaa myös hyvää hallintoa, makrotaloudellista vakautta ja sosiaalista yhteenkuuluvuutta sekä kansalaisten luottamusta unionin ja jäsenvaltioiden toimielimiin. EU:n sisälläkin on alueita, jotka ovat osallistuneet kilpailua vääristävien edullisten verojärjestelmien luomiseen monikansallisille yhtiöille ja rikkaille henkilöille. Jäsenvaltioiden tulisi luopua näistä vilpillisistä ja haitallisista kilpailukäytännöistä. Komissaari Vestager ansaitsee tunnustusta työstään reilumman kilpailun puolesta, ja siitä, että kilpailulainsäädäntöä rikkoneita suuryrityksiä on sakotettu tuntuvasti.

Ангел Джамбазки (ECR). – Гласувах в подкрепа на този доклад, защото съвсем очевидно е, че една голяма част от предприемаческите начинания в Европейския съюз се нуждаят от специална защита. Нуждаем се от връщане на принципите на общия пазар и защита на предприемчивостта и уменията на хората, които искат да работят и да изкарват парите си с честен труд. За пример мога да дам скандалните предложения в т.нар. пакет „Мобилност“, пакет, който пречи на свободната конкуренция, пречи на свободния пазар и се опитва да отнеме бизнеса от едни държави и от едни предприятия, и да го даде в ръцете на други. В конкретния случай, когато говорим за този пакет, пакета „Мобилност“ или пакета „Макрон“, както е известен, става дума за опита на предприемачите от централната част на Европейския съюз да отнемат без конкуренция, нарушавайки свободния пазар, хляба и бизнеса от предприемачите от Източна Европа, което в случая с моята държава ще означава повече от половин милион емигранти, 500 хиляди човека, което не може да бъде допуснато.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl vysvětlit své hlasování, které bylo pozitivní ve vztahu k tomuto návrhu zprávy. My jsme se včera při diskuzi k této zprávě shodli na tom, že ten text doznal oproti předchozím letům velmi výrazných pozitivních změn, takže jsem to chtěl ocenit a zároveň vyzdvihnout, že skutečně ve středobodu našich úvah stojí vnitřní trh, hospodářská soutěž. Samozřejmě ten trh, který je otevřený, kde působí jak tržní síly, tak i ochrana zájmů spotřebitelů, kde se chceme vyhnout nekalé soutěži.

Takže toto vše myslím, že ta zpráva postihuje velmi dobře, ale navíc – a to je pro mě velmi podstatné –, vyslovuje myšlenku, že trhy musí být šetrné k životnímu prostředí. To opravdu oceňuji, tento environmentální aspekt. Udržitelnost našich tržních sil v dlouhodobém hledisku, to je skutečně velmi podstatné. Nemůžeme se řídit podle zásady „po nás potopa“ a já opravdu tuto zprávu oceňuji, a proto jsem ji také podpořil.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

16. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 13 h 29)

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

La Présidente. – Je déclare interrompue la session du Parlement européen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3686

14.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. FEBRUAR 2019

(C/2024/3686)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 11. bis 14. Februar 2019

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	6
5. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	6
6. Tagungskalender des Parlaments – 2020: siehe Protokoll	6
7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	6
8. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	6
9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	7
10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	7
11. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Einreichung): siehe Protokoll	7
12. Arbeitsplan	7

Inhalt	Seite
13. Betrugsbekämpfungsprogramm der EU (Aussprache)	10
14. Mehrjahresplan für die Fischbestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (Aussprache)	17
15. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) - Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (EntschlieÙung) (Aussprache)	23
16. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft – Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Verstärkte Zusammenarbeit – Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Befugnisse des Parlaments zur politischen Kontrolle der Kommission – Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU (Aussprache)	28
17. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) (Aussprache)	44
18. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (Aussprache)	49
19. Große Beutegreifer (Aussprache)	57
20. Stand der Debatte über die Zukunft Europas (kurze Darstellung)	63
21. Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik (kurze Darstellung)	67
22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	71
23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	77
24. Schluss der Sitzung	77

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. FEBRUAR 2019

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 31 gennaio 2019.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.08)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Oggi pomeriggio abbiamo intitolato lo studio radiofonico del Parlamento europeo a Strasburgo ad Antonio Megalizzi e a Bartosz Piotr Orent-Niedzielski, i due giovani giornalisti...

(Applausi)

... che hanno perso la vita nell'attentato dell'11 dicembre scorso a Strasburgo. Saluto a nome di tutti quanti voi le loro famiglie che sono oggi con noi.

(Applausi)

Sono passati sessanta giorni da quel vile attacco ai nostri valori e al nostro modo di vivere. La cerimonia di oggi è un segnale forte del fatto che non vogliamo dimenticare le vittime del terrorismo e che difendiamo sempre il diritto dei giornalisti, in tutto il mondo, di poter raccontare ciò che accade e di scoprire la verità.

También el Parlamento Europeo sigue de muy cerca lo que pasa en Venezuela. Quisiera recordar la situación de los periodistas venezolanos y extranjeros encarcelados en ese país solo por ejercer su trabajo, y pedimos que sean liberados.

Sono stato altresì informato del fatto che la nostra ex collega Felekna Uca si trova in gravi difficoltà in Turchia a causa della sua attività in favore della ricerca di una soluzione pacifica del problema curdo. Voglio assicurare a tutti voi che prenderò immediatamente contatto con le autorità turche al fine di comprendere la situazione e valutare il da farsi.

(Applausi)

Domenica, ieri, ho partecipato alla commemorazione della Giornata del ricordo delle vittime delle foibe, deponendo una corona sul ciglio della foiba di Basovizza a Trieste. Si tratta di una celebrazione solenne istituita da una legge dello Stato italiano del 2004. Mi riconosco nelle parole del Presidente della Repubblica Italiana Sergio Mattarella, che ricalcano quelle del Presidente emerito Giorgio Napolitano, pronunciate qualche anno fa: celebrare la Giornata del ricordo significa rivivere un capitolo buio della storia nazionale ed internazionale. Non si trattò – dice Mattarella – di una ritorsione contro i torti del fascismo, perché tra le vittime italiane di un odio, comunque intollerabile, che era insieme ideologico, etnico e sociale, vi furono molte persone che nulla avevano a che fare con i fascisti e le loro persecuzioni.

Con la mia presenza ho voluto ricordare le migliaia di vittime, principalmente italiane, ma anche croate e slovene, di quella che va considerata una tra le tragedie più efferate del nostro secolo. L'orrore di migliaia di persone gettate, spesso ancora vive, nelle profondità delle cavit  carsiche   un fatto storico acclarato. La Giornata del ricordo mira a ristabilire questa verit . Nel corso del mio intervento ho voluto sottolineare il percorso di pace e di riconciliazione tra i popoli italiano, croato e sloveno, e il loro contributo al progetto europeo.

Il mio riferimento all'Istria e alla Dalmazia italiana non era in alcun modo una rivendicazione territoriale. Mi riferivo agli esuli istriani e dalmati di lingua italiana, ai loro figli e nipoti, molti dei quali presenti alla cerimonia. Proprio ristabilendo la verit  storica   stato possibile dare un punto di svolta alle relazioni tra Italia, Croazia e Slovenia, oggi paesi legati da una salda amicizia. La pace duratura tra i nemici di un tempo   il migliore esempio di come l'Unione europea sia una storia di successo.

Mi spiace se il senso delle mie parole   stato male interpretato. Non era mia intenzione offendere nessuno, volevo solo inviare un messaggio di pace fra i popoli, affin   che ci  che   accaduto allora non si ripeta mai pi .

Ivan Jakov   (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei porre la seguente domanda in italiano per evitare ogni equivoco. Quello che ha detto adesso mi sta bene: l'odio che c'era non c'  pi . Per questo   importante dire le parole giuste. Dire l'Istria italiana, la Dalmazia italiana, pu  avere anche altri significati. Io Le chiedo di chiarire questo, perch  non   stata presa bene questa Sua dichiarazione. Potrebbe essere pericoloso. Io Le do la possibilit , signor Presidente, e La invito a chiarire queste dichiarazioni, perch    molto importante per la gente che oggi vive in Istria, per gli esuli. Io ho fatto la scuola bilingue in Istria assieme ai miei amici e voglio vivere in pace. Aiutateci, grazie.

Fran  Bogovi  (PPE). – Spoštovani predsednik, zahvaljujem se vam za pojasnitev včerajšnje izjave, kajti to, kar je bilo včeraj razumljeno tako v Sloveniji kot na Hrvaškem, kot je dejal kolega Jakov  , je bilo povsem drugače.

In izraz italijanska Istra, italijanska Dalmacija nas je nehote vrnil ne samo v čase po drugi svetovni vojne in za dogodke, ki jih Slovenci, Hrvati, Italijani, vsi obžalujemo, ampak tudi v čase po prvi svetovni vojni, ko je italijanski fašizem zadal veliko gorja temu delu Slovenije, Hrvaške, Evrope.

Zahvaljujem se še enkrat za to pojasnilo in želim, da v tem duhu tudi zaključimo to temo, kajti sicer gre stvar v zelo napačne vode in ni v duhu 21. stoletja in vem, da si vi ne prizadevate za sovraštvo, ampak za prijateljstvo. Zato se vam  e enkrat zahvaljujem za opravi ilo in vas prosim za jasno pojasnilo ljudem ob meji, ki to pri akujejo.

Presidente. – Credo di averlo sempre dimostrato recandomi, anche durante il mio mandato, al confine tra Italia e Slovenia, quindi andando da una parte all'altra, e c'erano anche parlamentari europei con me. Io volevo soltanto ricordare le vittime di una violenza che era frutto dell'odio di quel tempo, che non esiste pi .

Ho ricordato, anche in un articolo che ho scritto su un importante quotidiano italiano, che i popoli oggi vivono in pace fra di loro. Sono stato pi  volte in Croazia, sono stato pi  volte in Slovenia, come sono stato in Montenegro e in Serbia. Da parte mia non c'  assolutamente alcuna intenzione revanscista, c'era soltanto il sentimento di ricordare qualcuno che aveva perso la vita in quegli anni orribili.

Ru a Toma   (ECR). – Po tovani predsjedavaju i, mislim da se ipak trebate vi e ograditi jer cijela Hrvatska, cijela Slovenija bruje o tome. Vi jako dobro znate da su Dalmacija i Istra hrvatske regije i to one koje su te ko patile pod talijanskom okupacijom i osjetile sve strahote fa isti kog osvaja kog re ima. Bez ikakve namjere da umanjim važnost sjećanja na žrtve komunističkih zločina jer je i moja obitelj patila pod komunističkom  izmom, smatram sramotnim da predsjednik Parlamenta zastupa imperijalističke težnje i otvoreno svojata tudi teritorij. Vaš govor u Trstu, bar onako kako je protumačen kroz medije, gospodine predsjedniče, među Hrvatima Istre i Dalmacije probudio je mučne uspomene na fašizam, okupaciju, progon, ubojstva, zlostavljanje i sustavno nametanje talijanskog jezika i kulture hrvatskom narodu. Molim Vas da doista pojasnite jer, kao  to sam rekla, cijela Hrvatska o tome bruji.

Presidente. – Non ho mai voluto imporre l'uso della lingua italiana a chicchessia. Ho detto soltanto che c'erano degli italiani che sono morti, e ci sono ancora tanti italiani che sono esuli di quelle terre. Però, appunto, non c'era nessuna rivendicazione territoriale, e mi riferivo a un vicenda specifica, che era quella delle foibe, non a quello che era successo in passato. Mi pare che sia molto chiara la mia posizione, tant'è che io nel mio intervento ho denunciato gli orrori di entrambi i materialismi, di entrambe le dittature del secolo passato.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, hace quince días, una delegación de este Parlamento visitó Nicaragua. Visitamos las cárceles donde prisioneros políticos están sufriendo un maltrato horrible. Hay una quiebra horrible de las libertades democráticas en ese país. Y aunque el presidente Ortega prometió a la delegación del Parlamento Europeo que haría algo para suavizar la situación de la quiebra de la democracia y de los derechos humanos en ese país, nada está ocurriendo. Al contrario, todo va a peor.

Señor presidente, voy a dirigirle, en nombre de la delegación del Parlamento Europeo que visitó Nicaragua, una carta para que usted se dirija al presidente de ese país para exigirle respeto a las libertades y respeto a la dignidad humana en las cárceles.

El presidente. – Así lo haré.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, I didn't want to get involved in the previous debate. You have always been a strong defender of the right of journalists to be protected, as you've shown in debates on the attacks on journalists in Turkey and also in Venezuela. You've also defended the human rights of those demonstrating for freedom in their countries.

Can we therefore have your assurance that this House will seek to have a debate and a motion about the 12 weeks of attacks by Mr Macron on people, including journalists, in France, and in particular Paris, who are seeking to exercise their demonstrating rights, and about the numbers of journalists who have suffered personal injury and damage as a result of attacks by the stormtroopers set on them by Mr Macron's police?

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, había pedido la palabra, aunque mi colega Jáuregui ya lo ha dicho.

Hace quince días estuvimos en Nicaragua y en aquel momento visitamos una prisión. Visitamos «La Esperanza», una prisión de presas políticas que hablaron con nosotros y nos manifestaron la injusticia de su causa y el maltrato físico y moral que estaban recibiendo.

Exigimos que no hubiera ningún tipo de represalias contra estas presas que se habían atrevido a denunciar lo que estaba sucediendo. Se lo pedimos a las autoridades penitenciarias, al viceministro y al propio presidente Ortega. Nos garantizó que no habría ningún tipo de represalia. El viernes pasado, nos confirman que diez presas de una de las celdas en la que nosotros estuvimos habían sido maltratadas, golpeadas terriblemente y que, además, les impiden ser visitadas por sus familiares.

Yo creo que la Unión Europea no puede mirar hacia otro lado, ni el Parlamento —que no lo hace— ni la propia vicepresidenta. Y hay que actuar inmediatamente. En Nicaragua, estoy convencido de que reina el terror, no hay libertad para los periodistas, se apalea a las presas, se mata a estudiantes. Yo creo que no podemos mirar hacia otro lado.

El presidente. – Me complace que usted comparta la posición del señor Jáuregui, que creo que es la posición de todo el Parlamento. Por eso voy a enviar la carta al presidente de Nicaragua.

Jean-Marie Cavada (ALDE). – Monsieur le Président, juste un point de précision. Puisqu'il s'agit de journalisme, autant être précis, exact et conforme à la réalité: ce ne sont pas les policiers qui ont attaqué les journalistes, chers collègues, ce sont des manifestants, dont on ne sait pas trop de quel bord ils venaient d'ailleurs, ou des éléments périphériques violents, avec les manifestants, qui ont attaqué des journalistes. Et je vous remercie, quand vous prendrez la parole sur ces sujets, de bien lire la presse, qui, elle, est assez précise.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, het is nu veertien dagen geleden dat mevrouw Asia Bibi in Pakistan definitief is vrijgesproken van een beschuldiging die tegen haar was ingebracht vanwege godslastering. Het Pakistaanse hooggerechtshof heeft haar nu eindelijk, nadat de doodstraf negen jaren boven haar hoofd hing, vrijgesproken.

Het probleem nu is dat totaal onbekend is waar zij is. Mevrouw Bibi en haar familie zouden graag Pakistan verlaten, maar ook haar advocaat heeft nu geen contact meer met haar. En ik weet dat u af en toe goede contacten hebt met de Pakistaanse regering.

Dus mijn verzoek aan u is, meneer de voorzitter – u heeft ook de advocaat gesproken en dat heeft ook collega Weber gedaan net vóór de jaarwisseling – wilt u er bij de Pakistaanse regering op aandringen dat mevrouw Asia Bibi nu echt vrijgelaten wordt en kan gaan naar het land waar ze heen wil. Bedankt.

Presidente. – Onorevole van Dalen, ho parlato con il Primo ministro pakistano della questione, e ho avuto delle garanzie il giorno dopo la decisione della Corte. Se voi ritenete opportuno, potrò richiamarlo e chiedere notizie di Asia Bibi e della sua famiglia. Mi sembra però che l'intento sia quello di proteggerla e di farla uscire dal paese con ogni garanzia di sicurezza per la sua incolumità, che è l'interesse di questo Parlamento.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, porto in quest'Aula la rabbia, la disperazione, il dramma di un intero popolo, quello dei pastori della Sardegna, che in queste ore stanno riversando tutto il loro prodotto, tutto il latte, per le strade. Lo buttano per strada, un fiume bianco che viene riversato per strada. Piuttosto che essere affamati preferiscono fare la scelta di buttare il loro prodotto. È un concetto di dignità, di forza, di orgoglio di un intero popolo, quello sardo, serio, dritto, che non può essere trattato in questi termini.

Presidente, io credo che gli industriali e le multinazionali della grande distribuzione non possano, né in Sardegna né in tutte le regioni d'Europa, realizzare la condizione di imporre i loro diktat per affamare un intero popolo che produce. Allora ci vuole un intervento immediato, e soprattutto questo intervento deve guardare anche ad una certificazione dei prodotti, abbinata sicuramente ad un altro grande aspetto, quello della concorrenza leale. Noi non possiamo trasferire prodotti che vengono da fuori per dargli un marchio e un'origine diversa.

Quindi io sto con i pastori sardi. Naturalmente so che ci deve essere una mediazione, una mediazione che significa contrattazione tra domanda e offerta, e quindi chiedo a Lei, Presidente, di poter incontrare in questi giorni una delegazione degli stessi pastori.

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

5. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

6. Tagungskalender des Parlaments – 2020: siehe Protokoll

7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

8. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

9. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

11. Große Anfragen (Artikel 130b GO) (Einreichung): siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 149 del regolamento, nella riunione di giovedì 7 febbraio 2019 è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica:

Lunedì

Il gruppo S&D ha chiesto che l'interrogazione orale sui «Grandi predatori» diventi una dichiarazione della Commissione. La discussione dovrebbe concludersi con una risoluzione che sarà votata a marzo I.

Do la parola all'on. Noichl per presentare la richiesta del suo gruppo.

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Herzlichen Dank für das Wort. Sie haben es gerade richtig erwähnt: Es geht darum, dass zu dem Thema „Große Raubtiere“ einerseits eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung auf dem Tisch liegt und andererseits eine Entschließung verabschiedet werden soll.

Ich möchte hier noch mal betonen, dass dieses Thema vorher noch nicht im Agrarausschuss besprochen wurde. Es handelt sich nicht um ein normales Verfahren. Ich muss ganz deutlich sagen, dass die Mitglieder im Agrarausschuss keine Gelegenheit hatten, den Text zu studieren und darüber abzustimmen. Im Moment wurde vorgeschlagen, dass die Anfrage zur mündlichen Beantwortung heute Abend auf den Tisch kommt und dass die Entschließung am Donnerstag angenommen werden soll.

Ich beantrage hiermit, dass die Anfrage zur mündlichen Beantwortung durch eine Stellungnahme der Kommission ersetzt wird und dass die Entschließung in den März verschoben wird. Ich denke, wir haben Zeit genug, in einer richtigen Art und Weise hier mit einem richtigen, ordnungsgemäßen Verfahren vorzugehen. Es sollte nicht auf ein Schnellverfahren hingewiesen werden, das so überhaupt keine Begründung findet.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Presidente. – Possiamo ora alle richieste relative alla giornata di martedì.

Martedì

I gruppi S&D e Verts/ALE hanno chiesto che un'interrogazione orale alla Commissione sul «Futuro dell'elenco delle azioni LGBTI» sia aggiunta all'ordine del giorno e sia discussa insieme all'interrogazione orale sui diritti delle persone interessuali. La discussione sulla nuova interrogazione orale dovrebbe concludersi con una risoluzione.

Do la parola all'on. Keller per presentare la richiesta.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, we would like to ask that the oral question on the future of the LGBTI list of actions be added to the already existing debate on the oral question on the rights of intersex people and we would like to conclude that debate with a resolution. We would like to also ask for a roll-call vote right now.

The reason we are asking for that debate and the resolution is because we see how attacks on LGBTI people are increasing all over Europe. We see a real setback and a backlash here, and the Commission needs to stand firmly on that matter. However, the list of actions on LGBTI rights by the Commission is actually running out. It expires this year and the Commission is actually reluctant to continue having a list of actions. This is our last chance as Parliament to push the Commission to act and to do something, because LGBTI rights are human rights and that's why we should have a debate with resolution.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Presidente. – Possiamo ora alle richieste relative alla giornata di mercoledì.

Mercoledì

Il gruppo S&D ha chiesto che una dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione sul «Futuro del trattato INF e il suo impatto sull'UE» sia aggiunta come primo punto nella fascia oraria 18.00-24.00 La discussione dovrebbe concludersi con una risoluzione.

Do la parola all'on. Moody per presentare la richiesta del suo gruppo.

Clare Moody, on behalf of the S&D Group. – Mr President, this Parliament needs to take a clear position on the future of the Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty. Therefore, we need a debate with resolution on this matter this week.

The NATO foreign ministers in the Munich Security Conference will be discussing it this week and this Parliament should have a position before they meet given its direct and major impact on the citizens that we are all here to represent. The INF Treaty has ensured the reduction of thousands of weapons covered by the Treaty and it has increased all of our safety.

On that basis, we need to support the rules-based order and nowhere is that more important than in arms control. This Parliament needs to make its position clear this week and I therefore hope colleagues will support this addition to the agenda.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Presidente. – Il gruppo S&D ha chiesto che la discussione sulla relazione dell'onorevole Zile relativa a «Norme comuni per l'accesso al mercato internazionale dei servizi di trasporto effettuati con autobus» sia rinviata ad una fase successiva.

Do la parola all'on. Van Brempt per presentare la richiesta.

Kathleen Van Brempt, on behalf of the S&D Group. – Mr President, on behalf of the S&D Group I would like to ask for the postponement of the Zile report. This is not only a controversial report where groups need some extra time to prepare themselves, but more fundamentally this report is very much connected to a very highly controversial and difficult mobility package that also has been postponed. In order to organise the access of buses and coaches it is extremely important that we make sure that the working conditions of the people working for the buses and coaches, and the truck drivers, are assured and furthermore strengthened in the future. So that's why we ask for a postponement to a later stage.

Peter van Dalen (ECR). – Voorzitter, collega Zile heeft mij gevraagd om een paar opmerkingen hierover te maken. In de eerste plaats is dit verslag gewoon besproken in de transportcommissie. Er was brede steun, inclusief van een deel van de socialistische fractie. En bovendien, als u gewoon leest wat er in het verslag staat, wordt duidelijk aangegeven dat het hier niet gaat over een totale liberalisatie van de busvervoermarkt of over het onderuithalen van rechten van mensen die werken in busvervoermaatschappijen. Integendeel, er zijn allerlei waarborgen ingebouwd in het verslag om ervoor te zorgen dat bestaande goede systemen in busvervoer overeind blijven en dat er bij nieuwe busvervoersystemen een goede check wordt gemaakt ten aanzien van de vraag welk effect dat heeft op de werknemers, welk effect dat heeft op de regio, op de kwaliteit van het vervoer. Kortom, er is een hele set van maatregelen in dat verslag vastgelegd en afgetimmerd in de transportcommissie. Ik zou dus graag zien dat dit verslag namens collega Zile op de agenda blijft.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, in the light of that vote, this report was put on the agenda at a very late stage. Under Rule 169, Members reaching the lower threshold should be allowed to consider their position. They weren't given sufficient time to consider their position. The deadline for amendments is currently 7 o'clock tonight. I would ask you, in the light of this rather controversial report, if you could extend it by 24 hours at least.

Presidente. – I termini sono stati decisi dalla Conferenza dei presidenti, quindi non credo che si possa più cambiare, non è una scelta del Presidente.

Se i gruppi sono d'accordo possiamo andare al massimo alle 13.00 di domani, ma non si può andare oltre.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Mr President, if the Conference of Presidents decides to put a controversial file at such a late stage to plenary, I think it's no more than fair for Members to be able to organise themselves. So let's take a vote to postpone the deadline for 24 hours please.

Presidente. – Per i servizi il termine massimo sono le 13.00 di domani, se no non posso neanche fare la proposta. Siamo d'accordo senza fare una votazione? Mi pare che siamo d'accordo, allora rinviando il termine ultimo alle 13.00 di domani.

Il gruppo PPE ha chiesto che le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulle «Minacce per la sicurezza connesse all'aumento della presenza tecnologica cinese nell'UE e possibile azione a livello di UE per ridurre tali minacce» siano aggiunte nel pomeriggio o in serata. La discussione dovrebbe concludersi con una risoluzione da votarsi a marzo.

Do la parola all'on. Niedermayer per presentare la richiesta.

Luděk Niedermayer, on behalf of the PPE Group. – Mr President, the Czech authorities are not the only ones who issued security warnings concerning certain technologies, especially in the area of data mobile telephonics. I guess there are more such European governments and it is a good time to discuss whether there shouldn't be some kind of concentrated European action on how to ensure the security of our key infrastructure. At the same time, we should take a closer look at the development of the market, the high penetration of some firms and possible implications for the future of European markets.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, la raison pour laquelle je m'exprime contre cette proposition ne tient pas tellement au fond de la proposition elle-même. Je veux bien croire qu'il y a un danger de pénétration technologique en Europe du fait de la Chine. Mais je trouve cette proposition en quelque sorte discriminatoire. En effet, notre Parlement ne s'est jamais penché de la même façon sur l'espionnage massif méthodiquement organisé, par exemple, par les États-Unis d'Amérique. Je vous rappelle l'affaire Echelon. Je rappelle que les conversations privées de la chancelière allemande, M^{me} Merkel, étaient espionnées, comme celles du président de la République française. Et depuis, nous n'avons eu absolument aucune assurance que ces pratiques avaient cessé, bien au contraire.

Il semble que l'universalité prétendue du droit américain en matière de sanctions, que les manœuvres, les intimidations, et même les incarcérations de dirigeants économiques européens se poursuivent, et qu'elles aient été, comme par exemple dans l'affaire concernant la société française Alstom, un puissant moyen de chantage.

Alors je serai partisan de cette proposition le jour où nous agirons de la même façon face aux risques de l'espionnage d'origine anglo-saxonne ou américaine.

(Il Parlamento accoglie la richiesta)

Presidente. – Possiamo ora alle richieste relative alla giornata di giovedì.

Giovedì

Il gruppo ALDE ha chiesto che il titolo della discussione d'urgenza sulla situazione in Cecenia e il caso di Oyub Titiev sia cambiato in «La situazione in Cecenia», eliminando così il riferimento al caso di Oyub Titiev.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I wanted to draw your attention to the following. On Thursday, we have an urgency resolution and indeed it is now titled 'The situation in Chechnya, and the case of Oyub Titiev'. For those who are not aware, he is the director of the human rights and civil society organisation Memorial, an organisation that has won the Sakharov Prize before. The persecution of Mr Titiev is of grave and great concern. It's very important that we address it.

There have been colleagues who have added other important topics to the text. I don't want to engage in a hierarchy of the gravity of human rights violations, but I do want to draw your attention to the risk of mismatching the title with the substance of the resolution. I think that that could be confusing with negative consequences for all involved and that would defeat our purpose. So, to avoid this kind of confusion and to realign the title and the substance, I would suggest that we simply speak about the situation in Chechnya.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule președinte, grupul nostru politic a cerut să discutăm situația lui Titiev și am vrea să rămânem la această chestiune. Suntem în fața unui caz foarte grav; este la sfârșitul unui proces în care a fost acuzat, ca în regimurile totalitare, de posesie de droguri, pur și simplu pentru că rămâne pe poziții – vă reamintesc că el reprezintă o instituție pe care noi am premiat-o cu premiul Saharov, memorial și nu văd de ce nu am putea să discutăm despre acest caz și doar despre acest caz.

Nu înțeleg de ce celelalte grupuri vor să inunde cazul lui Titiev în cu totul alte problematice. Deci, vă propun să rămânem la acest subiect.

Presidente. – Onorevole Harms, io Le darei pure la parola, ma siccome dobbiamo essere equilibrati, con un intervento a favore e un intervento contro, se Lei interviene, o a favore o contro, poi devo far parlare un'altra persona. Quindi diventa scorretto il dibattito, non so se lei vuole parlare a favore o contro, però io non posso darle la parola su questo argomento. Se è per altre cose, molto volentieri.

(Il Parlamento respinge la richiesta)

(L'ordine dei lavori è così fissato)

PREȘEDINȚIA: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

13. Betrugsbekämpfungsprogramm der EU (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, on behalf of the Committee on Budgetary Control, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing the EU Anti-Fraud Programme (COM(2018)0386 – C8-0236/2018 – 2018/0211(COD)) (A8-0064/2019).

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *ponente*. – Señor presidente, señor comisario, señorías, el debate que vamos a celebrar esta tarde versa sobre el Reglamento relativo a la al Programa de la UE de Lucha contra el Fraude y es un Reglamento que persigue dos propósitos. En primer lugar, proteger los intereses financieros de la Unión Europea y, en segundo lugar, fomentar la cooperación y la asistencia administrativa entre Estados miembros, y entre Estados miembros y la Comisión, en el ámbito de la aplicación aduanera y en el ámbito de la lucha y de la aplicación de las normas agrícolas.

Este Programa se inserta en el contexto de la continuidad del programa Hércules III y ha sido adaptado en su cuantía financiera —espero que la Comisión pueda estar satisfecha— al marco de las actuales perspectivas financieras. En ese sentido, este Programa incorpora dos sistemas fundamentales. Uno de los sistemas viene referido a los mecanismos de información antifraude, que resume las aplicaciones de la Comisión en el ámbito aduanero, y el otro al mecanismo de corrección de quejas administrativas con el que la Comisión presenta asistencia a los países terceros.

Es importante destacar que este Reglamento entrará en vigor el primero de enero del año 2021 y que no va a implicar un solapamiento con otros programas de la Unión Europea y, sobre todo, con otros programas que se manifiesten en el ámbito de la lucha contra el fraude. Me refiero al Reglamento de la OLAF, me refiero al Reglamento por el que se crea la Fiscalía Europea y me refiero también a la Directiva en el ámbito de la lucha contra el fraude.

Es importante subrayar que el Reglamento determina los supuestos prácticos en los que se va a aplicar —su ámbito de aplicación— para evitar estas duplicidades y, al mismo tiempo, que el margen de cofinanciación será un margen del 80 %, excepto en aquellos casos debidamente justificados en los que haya realmente intereses financieros de la Unión Europea que puedan verse afectados, en cuyo caso el margen se podrá incrementar hasta el 90 %.

Quisiera decir, señor presidente, que, aparte de estos dos objetivos, el informe que presentamos y el proyecto de Reglamento tienen otros tres objetivos específicos que son prevenir y combatir el fraude, la corrupción y cualquier otra actividad ilegal que afecte a los intereses financieros de la Unión Europea, apoyar la notificación de irregularidades, incluido el fraude, con respecto a los fondos de gestión compartida y a los fondos de asistencia a la preadhesión del presupuesto de la Unión Europea, y proporcionar herramientas para el intercambio de información y el apoyo a las actividades operativas en el campo de la asistencia administrativa mutua.

Y, además, con este Programa, el Parlamento considera que sería de gran utilidad que aquellas entidades de países que se encuentran unidos a la Unión en virtud de acuerdos de asociación pudiesen participar en este ámbito de cooperación aduanera.

Hemos introducido una serie de aspectos relativos a la evaluación, seguimiento y control del Programa antifraude. Hemos previsto que se incluya una descripción de las acciones que se financiarán con cargo a este Programa, un indicativo del monto asignado, la tasa máxima de cofinanciación de las subvenciones y, de alguna manera, también la obligación de introducir, como ya preveía el proyecto de Reglamento, un informe realizado para el Parlamento Europeo y el Consejo, y una evaluación final al cabo de los tres años.

Con estas iniciativas, señor presidente, hemos querido, de alguna manera, responder a algunas de las preocupaciones suscitadas por el Tribunal de Cuentas en este ámbito. Y quisiera ya, para terminar esta intervención, dar las gracias a los ponentes alternativos que se han ocupado de este informe y también a los servicios de la Cámara.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, Mr Salafranca, as rapporteur, honourable Members, I am replacing Commissioner Oettinger today, and I am grateful that I can participate in this debate on the proposal for a regulation establishing the EU Anti-Fraud Programme.

The Commission and Parliament agree on the paramount importance of protecting the EU financial interests from fraud, corruption and irregularities. These must be effectively and efficiently prevented, detected and tackled at EU and Member State level. The EU institutions have deployed significant efforts to fight against fraud in recent years, for example with the adoption of the new Directive on the protection of the EU financial interests through criminal law (PIF Directive) and the establishment of the European Public Prosecutor's Office.

The proposed EU Anti-Fraud Programme, despite its relatively small size, fits perfectly into this picture. It combines the longstanding Hercule programme, which has successfully supported the fight against fraud since 2004, with two long-established operational activities performed by the Commission (OLAF – the European Anti-Fraud Office) in the anti-fraud area. The first is the Anti-Fraud Information System, a set of IT tools supporting Member States' customs authorities in mutual administrative assistance between national authorities and the Commission. The second is the irregularity management system that provides an IT platform for the Member States to report fraud and irregularities affecting the EU budget. The main novelty of the EU Anti-Fraud Programme is to combine these three strands of work, on a single legal basis, in order to provide for synergies and flexibility among them.

The Commission wishes to thank Mr Salafranca for his report, which acknowledges the importance and the relevance of the proposal. The Commission takes note of the report's proposal significantly to increase the financial envelope for the programme, and we interpret that as recognition of the success of the current programme. The amount for the programme will need to be discussed further in the context of the general negotiations on the Multiannual Financial Framework (MFF).

The Commission has chosen to table light-touch basic acts for its proposals for spending programmes in the next MFF cycle in order to achieve a high degree of flexibility, thus allowing the programmes to adapt better to new and unforeseen needs during the seven years of the next MFF. This is why the Commission has chosen, for instance, not to set up co-financing rates for grants in the proposal itself, or to fix only indicative amounts for each of the three pillars of the programme. We ask you to consider carefully the amendments that would deprive the future programme of these elements of flexibility, in particular at a time when there are significant developments in the anti-fraud area, such as the creation of the European Public Prosecutor, which might call for adaptation over time of the activities that the programme supports.

This applies also to the adoption of the work programmes, which will become the main tool for programme delivery. These are mere acts of implementation, which do not amend or supplement the legal framework and therefore do not need to be adopted by means of delegated acts. I am confident that the next phase of the procedure will bring Parliament, the Council and the Commission together in a common effort to deliver a new legal act constituting the basis for a modern, flexible, reliable and effective instrument to fight fraud against the EU budget.

The Commission wishes to stress that we very much appreciate Parliament's interest in discussing the results of the Hercule Programme every year. We hope that it will continue this dialogue on the new Anti-Fraud Programme. I thank you for your kind attention and I look forward to a constructive debate.

Ingeborg Gräßle, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Salafranca, herzlichen Dank für diese Arbeit. Wir beschäftigen uns heute mit einem kleinen, aber feinen Programm mit nur 181 Millionen Euro für sieben Jahre. Das heißt: Große Hoffnungen, dass wir dort viel erreichen, kann man sich nicht machen. Und, Herr Kommissar: Flexibilität hin oder her – ich möchte nicht, dass aus „Hercule“ ein Reiseprogramm wird für alle, die bei der Betrugsbekämpfung arbeiten und sich gelegentlich austauschen wollen. In der Gefahr sind wir.

Die nicht vorgeschlagenen Kofinanzierungshöhen halte ich persönlich für einen Fehler. Deswegen: Danke, dass wir das hineingeschrieben haben. Ich glaube, dass wir Zeichen setzen müssen, wieviel die Europäische Union bereit ist, den Mitgliedstaaten zur Erfüllung des europäischen Rechtsrahmens zu geben, der gemeinsamen Verpflichtung dessen, was an der Außengrenze, zum Beispiel im Zollbereich, gemacht werden muss.

Herr Kommissar! Ich möchte gleich darauf hinweisen, dass sich der Haushaltskontrollausschuss ausführlich damit beschäftigt hat, was eigentlich aus der in der Vergangenheit finanzierten Hardware geworden ist. Und hier kann man schon sagen, dass wir in diesem langfristigen Monitoring dieser Hardware – ob denn die Scanner einsatzbereit sind, die die EU gegen den Tabaksmuggel für die Mitgliedstaaten angeschafft hat – nicht sehr gut sind. Das heißt, hier wäre es von Vorteil, wenn die Kommission ein größeres Interesse als bisher an diesem Thema hätte.

Ich glaube, dass die Änderungsanträge, die eingebracht wurden, nämlich dass wir versuchen, Überschneidungen zu vermeiden und mangelnde Synergien bei der Förderung gleicher oder ähnlicher Maßnahmen zu bekämpfen, dass wir einen klaren Mehrwert für dieses Programm brauchen und dass wir eben Kofinanzierungssätze brauchen, dass die Monitoring-Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt wurde: Das sind schon sehr wichtige Dinge, um diesem Programm Effizienz und Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, yo también quiero agradecer al señor Salafranca, con quien hemos trabajado muy bien, su informe, y también agradecerle que haya concretado algunos de los aspectos que nos parecen fundamentales desde el punto de vista del control presupuestario. Porque, si bien entendemos la petición o la propuesta de mayor flexibilidad por parte de la Comisión, yo querría preguntarle de todos modos al comisario Vella de qué manera entiende la Comisión que la propuesta actual, tal como la plantea el señor Salafranca, podría generar problemas a la futura Fiscalía Europea.

Por nuestra parte, nos parece fundamental el que exista un informe de rendimiento anual, a pesar de que el Programa sea pequeño, porque nos parece que en las acciones de tal Programa no debe haber solapamientos, no debe haber conflictos de interés y, desde luego, deben servir para complementar y reforzar otros programas del mismo tipo para luchar contra el fraude.

Y, finalmente, estamos también a favor de duplicar el presupuesto del Programa, pero necesitamos que nos aclare por qué le parece a usted, señor Vella, que puede haber problemas con la Fiscalía Europea.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Dziękuję panu posłowi Salafranca za bardzo ważne sprawozdanie, ale też powiem w ten sposób: ten unijny program zwalczania nadużyć finansowych mógłby – podkreślam – mógłby przyczynić się do chronienia interesów finansowych, ale my jednak nie możemy poprzeć odniesień do roli Prokuratury Europejskiej i dyrektywy PIF, jako narzędzi zapobiegania nadużyciom w Unii Europejskiej, ani też odniesień do ochrony budżetu Unii w przypadku kwestii badania praworządności w państwach członkowskich. Tego typu odniesień nie powinno być i one osłabiają potrzebną rezolucję, potrzebne sprawozdanie. Nie możemy też zgodzić się na niebezpieczne przenoszenie na Komisję Europejską uprawnień właściwych dla państw członkowskich, także gdy chodzi o stosowanie kontroli.

Olaf Stuger, *namens de ENF-Fractie*. – Voorzitter, dank u wel. Laten we het vandaag eens hebben over het duurste fiasco van de EU en dat is het btw-stelsel, het Europese btw-stelsel uit 1993.

Dat is een goudmijn, een goudmijn voor criminelen, oplichters en terroristen. Want elk jaar gaat er 50 miljard euro, 50 miljard euro, van belastingbetalers naar deze fraudeurs. Voorzitter, dat is in de afgelopen 20 jaar, meer dan 20 jaar, meer dan een biljoen euro. En dat stoort mij zo aan de EU. De mensen in de Europese Unie, de burgers, betalen zich blauw aan belastingen en de EU laat dat met alle gemak toestromen naar criminelen. De EU moet daar wat aan doen. En ze doet het niet, want ze weet dat ze dit probleem al heel lang in het vizier heeft.

Voorzitter, de EU kan het wel. De Commissie kan snel handelen. De Commissie kan procedures en regels overslaan om iets heel snel voor elkaar te krijgen. Dat heeft ze wel bewezen bij de benoeming van de heer Selmayr. Dank u wel.

Claudia Schmidt (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein EU-Betrugsbekämpfungsprogramm – dass wir so etwas brauchen, finde ich jetzt einmal per se sehr bedauerlich, weil wir doch eigentlich davon ausgehen sollten, dass alle Mitgliedstaaten sorgsam mit den Geldern der EU-Steuerzahler umgehen. Leider ist es nicht in jedem Fall so.

Es ist immer wieder zu betonen, dass EU-Förderungen kein Geschenk sind, sondern Investitionen. Wenn die Betrugsbekämpfung nicht funktioniert, dann ist das, wie gesagt, sehr bedauerlich, und bei manchen Mitgliedstaaten ist es leider so. Es wird wirklich Zeit, dass die Mitgliedstaaten sich besser austauschen, dass sie voneinander lernen und dass sie sich auch der neuen technologischen und digitalen Möglichkeiten bedienen, die wir ja jetzt haben.

80 % des EU-Budgets – das waren 2017 125,6 Mrd. Euro – werden von den Ländern ausgegeben. Deshalb muss auch sichergestellt werden, dass bei Betrug gehandelt wird. Als Beispiel: Polen hat 2017 rund 10 Mrd. Euro an Förderungen bekommen. Die öffentlichen Stellen haben gerade mal einen Betrugsfall gemeldet, private Stellen 18.

Wenn man sich diese Zahlen anschaut, dann bin ich eigentlich sehr dafür und begeistert, dass wir so ein Programm auch endlich einmal aufgesetzt haben, und wir müssen es auch durchführen, und dazu brauchen wir ganz dringend die Unterstützung der Mitgliedstaaten.

Mit dem Steuergeld muss sorgsam umgegangen werden. Nachlässigkeiten können wir uns auf gar keinen Fall erlauben. Deshalb danke dem Berichterstatter und danke für das Programm.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il programma antifrode dell'Unione previsto per il periodo 2021-2027 assume particolare importanza perché è volto a finanziare una serie di misure essenziali per la tutela degli interessi finanziari dell'Unione e per la lotta alla frode e alla corruzione.

E allora, proprio per questo credo che, come indicato nel testo che ci apprestiamo a votare, i finanziamenti dovrebbero essere aumentati. La proposta della Commissione, peraltro, è stata integrata e rafforzata attraverso l'inserimento di disposizioni volte ad aumentare la trasparenza dei programmi di lavoro e dei finanziamenti, chiarire il collegamento alla protezione degli interessi finanziari che i progetti devono avere e garantire le sinergie tra i diversi strumenti di finanziamento esistenti.

Al fine di garantire una tutela più efficace degli interessi finanziari dell'Unione, il programma antifrode dovrà poi essere indirizzato a sostenere la cooperazione fra le autorità amministrative e di contrasto degli Stati membri e le competenti agenzie dell'Unione, inclusa la Procura europea di prossima costituzione. Ringrazio il collega Salafranca per il lavoro svolto.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα για την καταπολέμηση της απάτης σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι ιδιαίτερα σημαντικό και θα πρέπει να ληφθούν μέτρα τόσο για την πρόληψη της απάτης όσο και για τη διοικητική συνδρομή και την αξιοποίηση των εργαλείων που υπάρχουν.

Έχουμε δύο επίπεδα στην απάτη: στις τελωνειακές πράξεις και —κυρίως— στον αγροτικό τομέα. Εγώ νομίζω ότι εδώ πρέπει να είμαστε αποφασιστικοί. Μια ειδική —αν θέλετε— μορφή απάτης είναι αυτό που ονομάζουμε «ελληνοποιήσεις» αγροτικών προϊόντων, δηλαδή ξένα προϊόντα που παρουσιάζονται ως ελληνικά. Έχουμε εισαγωγή γάλακτος από την Αλβανία και αυτό ονομάζεται «ελληνοποιημένο» γάλα. Έχουμε αθρόες εισαγωγές κτηνοτροφικών προϊόντων από τα Σκόπια, που παρανόμως ελληνοποιούνται. Πρέπει να ληφθεί σοβαρή μέριμνα και να υπάρξουν αποφασιστικά μέτρα και, φυσικά, άρση της καταβολής κονδυλίων προενταξιακής βοήθειας τόσο για την Αλβανία όσο και για τα Σκόπια, διότι συμμετέχουν σε αυτές τις τελωνειακές απάτες εις βάρος των καταναλωτών και εις βάρος των κρατών μελών.

Interventii la cerere

Patricija Šulin (PPE). – Hvala za besedo, predsedujoči. Goljufije, korupcija ter ostale nezakonite dejavnosti spodkopavajo tako finančne interese Evropske unije kakor tudi zaupanje državljanov v pravno državo. Program za boj proti goljufijam je pomemben in potreben.

Evropske države vsako leto zaradi korupcije izgubijo okrog 180 milijard evrov, od tega v Sloveniji po nekaterih ocenah 3 in pol milijarde evrov.

Goljufije na področju davka na dodano vrednost, korupcija v zdravstvu, pri javnih naročilih ter v bančnem sektorju so le vrh ledene gore.

Do korupcije kot družba ne smemo biti otopeli, kot da je to nekaj samoumevnega. Proti se je potrebno boriti na vseh nivojih družbe.

Vsako leto v Evropski uniji pri črpanju iz evropskih skladov izgubljamo velikanske količine sredstev, zato zgolj pozivanje k transparentnosti ne bo dovolj, če ne bodo temu sledili tudi konkretni ukrepi.

Evropske institucije morajo zavzeti proaktivno držo, da evropske varovalke ne bodo tako pomanjkljive ter da odkrivanje korupcije ne bo več le prepuščeno dobri volji posameznih držav članic.

Julie Ward (S&D). – Mr President, the investment of EUR 180 million that the EU has made available to support Member States' efforts to fight fraud, corruption and other irregularities last March, is a huge step in the right direction. This simply reinforces why each Member State needs each other and how the EU can ensure that we work across borders to root out fraudulent activity. We cannot tackle corruption on our own and that's why Brexit would cause the UK more untold problems. We would be left at risk of becoming an offshore island for tax havens.

We have a fraud epidemic already in the UK costing us GBP 110 billion. The financial cost of fraud in 2018 estimates that the UK economy could be boosted by GBP 44 billion annually if we tackled it fully. And as the OLAF report states, to achieve better results in tackling fraud against the EU's financial interests the auditors recommend that the Commission should put in place a robust fraud reporting and measurement system providing information on the scale, nature and root causes of fraud. We have to continue to protect the people we represent and the values we hold.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, povlačenje europskih sredstava, ali i nadzor tog postupka, u nekolicini se država članica pokazuje pravim izazovom tako da apsolutno podržavam sve napore koji će olakšati povlačenje novca i pritom otežati ili u potpunosti onemogućiti prijevare. Pritom trebamo paziti da sami nadzor pretjerano ne zakomplicira proces povlačenja i učini ga neučinkovitijim jer nam je u interesu da sredstva budu iskorištena od onih kojima su namijenjena u za to predviđenom roku.

Bolja i učinkovitija razmjena podataka, osposobljavanje i razmjena zaposlenika te svi ostali prijedlozi koji olakšavaju razmjenu najboljih praksi bez prevelikih troškova i dodatnog administrativnog opterećenja korak su u pravom smjeru.

Nepotrebno osnivanje novih zajedničkih tijela s nedovoljno dobro definiranim nadležnostima bilo bi potpuno pogrešno i unijelo bi dodatni nered pa sam puno sklonija ovakvom rješenju.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I think this is a very important topic because, obviously, everybody dislikes and condemns fraud because it means people are getting money under false pretences and those who deserve it are being denied it. People are paying more taxes to help the fraudsters make more money.

I commend Commissioner Vella and my colleague, Mr Salafranca, on the proposals here tonight to try to get more cooperation, essentially between the Member States, so that we can come to terms with this terrible affliction. People have quoted massive figures in relation to how much economies are being denied.

I would like to see us, especially in the next Parliament and the next Commission, really setting targets for the reduction of fraud and illegal activity throughout the European Union because every cent that is saved could be given to people who deserve it, and obviously reduce taxes.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, domnule comisar, orice program de luptă împotriva unor infracțiuni, așa cum este și programul european de luptă antifraudă trebuie să pună accent nu numai pe partea de coerciție, ci, mai ales, pe partea de prevenție. Sunt avocat și știu că măsurile de coerciție, de sancționare ulterioară comiterii faptelor au eficiență redusă în prevenirea infracțiunilor și se implementează cu costuri mult mai ridicate decât prevenția în sine.

În opinia mea, un program de luptă antifraudă trebuie să înceapă cu măsuri concrete de prevenire, incluzând măsurile de informare a cetățenilor europeni în legătură cu diferitele situații în care pot intra sub incidența legii. Încă mai avem multe de făcut pe latură preventivă atât în lupta antifraudă la nivel european, cât și pentru combaterea altor infracțiuni care afectează, an de an, bugetul Uniunii Europene. De aceea, consider binevenite amendamentele privind propunerile prin care se subliniază necesitatea prevenirii în lupta antifraudă, dar și amendamentele privind creșterea bugetului destinat acestui program.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Szanowny Panie Przewodniczący! To dobre sprawozdanie, choć od razu powiem, że zgłoszone poprawki były zarówno w kierunku jego poprawiania, jak i również psucia. Koledze sprawozdawcy chcą pogratulować, bo poprowadził te głosowania tak, że sprawozdanie nie zostało zepsute, a zostało w niektórych elementach poprawione. Na jedną rzecz zwrócę uwagę. Na tej sali od czasu do czasu pojawiają się wątpliwości dotyczące tej problematyki w jednej kluczowej kwestii – Prokuratury Europejskiej. Uważam, że mniej będzie tych kontrowersji, mniej różnic, lepsza akceptacja, jeżeli kompetencje zostaną – krótko mówiąc – lepiej dookreślone. A koledze gratuluję, bo sprawozdanie jest dobre.

(Înceierea intervențiilor la cerere)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for sharing their views on this important topic. They are clear evidence of the continued support of the Parliament for the fight against fraud and the protection of the EU's financial interests.

With regard to overlaps with other EU programmes, this programme is the only one specifically supporting the fight against fraud to the EU budget and, as such, does not overlap with the scope of any other programmes such as in the areas of justice and home affairs and customs. In addition, the periodical preparation of the work programmes, through appropriate inter-service consultations, will provide ample opportunity to explore synergies and detect possible overlaps. Furthermore, the Anti-Fraud Programme pursues a different objective from the customs control equipment instrument. The Anti-Fraud Programme specifically aims at the protection of the EU financial interests and therefore covers not only the revenue side, but also the expenditure side through a range of activities, of which financing the acquisition of equipment is only one aspect.

The Commission will ensure that there is no duplication between the programmes during the implementation phase, in particular when establishing the work programmes, which will be done in close consultation with the other Commission services concerned. As regards co-financing rates, the financial regulation no longer requires that co-financing rates are defined in the basic acts. Therefore, the proposal does not fix such rates, in order to provide the programme with the maximum flexibility. This is a horizontal issue across proposals.

All your remarks and the amendments that you decide to put forward in the vote tomorrow will be carefully considered for discussion during the next phase of the procedure. Some of them touch cross-cutting issues common to all proposals for spending programmes and will be part of the general negotiations for the next MFF.

The Commission remains fully committed to ensuring that the EU anti-fraud strategy is supported by a modern and flexible financial instrument capable of facing, promptly and effectively, the challenges of future years. In this vein, we look forward to supporting the negotiations between Parliament and the Council with a constructive and cooperative spirit.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, ponente. – Señor presidente, quiero dar las gracias a los colegas que han participado en el debate por sus aportaciones y por el apoyo que han presentado al informe que estamos debatiendo hoy y que votaremos mañana, y también a la Comisión.

Quiero decir que celebro la coincidencia en los objetivos de la lucha contra el fraude. Me parece que este es un elemento que nos van a tomar en consideración muy seriamente los ciudadanos, porque en estos tiempos, particularmente de crisis, todo lo que afecte a la corrupción es un elemento que afecta —como se ha dicho en este debate— a la credibilidad del proyecto de construcción europea.

Celebro la coincidencia en los objetivos con la Comisión, celebro que se encuentren satisfechos con el incremento que estamos proponiendo de las cantidades asignadas a este importante Programa y entiendo que, efectivamente, la existencia de esta base jurídica va a facilitar esta lucha, que es común y que compartimos.

Señor comisario, creo que ha puesto usted claramente de manifiesto y de forma acertada que estamos al inicio de un procedimiento y entendemos los deseos de flexibilidad que presenta la Comisión. Yo le puedo asegurar que, como ponente, tengo una actitud positiva y constructiva, porque, además, entiendo que es precisamente con ese tándem armónico —Parlamento y Comisión— como avanzan las cuestiones en la Unión Europea, pero también tengo que decirle que, como representantes de los ciudadanos, vamos a estar muy atentos a que las prerrogativas y derechos que asisten al Parlamento, especialmente en el ámbito del establecimiento de las prioridades que hace la Comisión de Control Presupuestario en el mecanismo de evaluación anual de la protección de los intereses financieros de la Unión Europea, sean respetados.

Y, por lo tanto, le ofrezco desde ya esta actitud, sabiendo que, muchas veces, el hecho de que el Parlamento Europeo controle el desarrollo de estos programas y el dinero de los contribuyentes puede resultar fatigoso o puede generar trabajo adicional, pero entendemos que es importante que los ciudadanos de la Unión Europea sepan que sus instituciones ponen todos los medios necesarios para luchar contra el fraude y la corrupción y todos aquellos elementos que no satisfagan las expectativas de nuestros ciudadanos.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc mâine, 12.2.2019.

Declarații scrise (articolul 162)

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – Tackling financial fraud is an important measure for protecting the Union's financial interests, which essentially means protecting EU taxpayers' interests. While this objective is important in itself, the effectiveness of the EU's approach to fighting fraud has much wider implications – namely in terms of citizens' trust. Since the legitimacy of the European project is derived from this trust, we must do our utmost to prevent and combat fraud at every level.

Another objective of this programme is to support and promote cooperation between administrative authorities of different Member States, and cooperation between the latter and the Commission. In addition to promoting the exchange of best practices, the programme will finance the Anti-Fraud Information System, which will help tackle customs fraud. Since fraud is a crime that is not directly apparent, and needs investigative work to be uncovered, it is no secret that fighting fraud also costs money. However, these expenses are legitimate and proportional, considering what is at stake. The potential benefits clearly outweigh the cost, which is minimal in the context of the Union's budget as a whole. That is why I call on the Council to support the Parliament's position regarding the funding of this programme.

14. Mehrjahresplan für die Fischbestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul lui Alain Cadec, în numele Comisiei pentru pescuit, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de stabilire a unui plan multianual pentru stocurile de pește din apele occidentale și apele adiacente și pentru activitățile de pescuit care exploatează stocurile respective, de modificare a Regulamentului (UE) 2016/1139 de stabilire a unui plan multianual pentru Marea Baltică și de abrogare a Regulamentelor (CE) nr. 811/2004, (CE) nr. 2166/2005, (CE) nr. 388/2006, (CE) nr. 509/2007 și (CE) nr. 1300/2008 (COM(2018)0149— C8-0126/2018— 2018/0074(COD)) (A8-0310/2018).

Alain Cadec, rapporteur. – Monsieur le Président, la politique commune de la pêche, révisée en 2013, a instauré une nouvelle méthode de gestion de pêche, à savoir la régionalisation.

La régionalisation constitue la pierre angulaire de la politique commune de la pêche. Elle permet une gestion programmée des pêches dans le respect des spécificités des différents bassins de l'Union. En effet, des mesures qui fonctionnent en mer Baltique n'auront pas les mêmes effets en Méditerranée et inversement. Il faut donc prendre en compte ces particularités géographiques. Pour cette raison, nous mettons progressivement en place des plans de gestion pluriannuels pour chaque bassin. Deux plans de gestion ont déjà été adoptés, pour la mer Baltique et pour la mer du Nord. Le plan pour les eaux occidentales est donc le troisième plan sur lequel les colégislateurs se sont mis d'accord.

Le plan regroupe 34 stocks exploités par au moins sept États membres de l'Union européenne, opérant dans les eaux allant de l'ouest de l'Écosse aux eaux autour de Madère et des Açores, en passant par la Manche, la mer Celtique et le Golfe de Gascogne. L'aire de distribution est donc considérable.

Parmi ces stocks, nous pouvons à présent, et grâce au vote majoritaire du Parlement en octobre dernier, compter le bar. Le bar est une espèce très prisée par les professionnels, mais également par les pêcheurs récréatifs. C'est également une espèce dont le stock est en déclin. Des mesures d'urgence sont mises en place chaque année pour que la ressource se régénère. Ces mesures annuelles n'offrant pas la visibilité nécessaire tant aux pêcheurs professionnels qu'aux pêcheurs récréatifs, il était temps d'y remédier. Inclure cette espèce dans un plan de gestion constitue donc une étape primordiale vers la gestion durable de ce stock. Pour cette raison, je me félicite à la fois du vote du Parlement et de l'accord avec le Conseil. J'éprouve également une grande satisfaction, en raison de la fin de la délimitation artificielle du 48^e parallèle pour la pêche du bar. Cette limite était tout simplement absurde, tant pour les pêcheurs professionnels que pour les pêcheurs récréatifs. Nous ne pouvons pas continuer à imposer des mesures de gestion différentes au nord et au sud de ce parallèle, cela ne prend en aucun cas en compte les réalités du terrain. D'autres espèces sont également couvertes par ce plan, heureusement, la daurade, le cabillaud, la sole ou encore le lieu jaune.

Pour tous ces stocks, nous aurons à présent une gestion durable et programmée, offrant une plus grande prévisibilité au secteur de la pêche. Les TAC et quotas négociés chaque année par le Conseil pour les eaux occidentales sont désormais encadrés afin d'éviter des baisses drastiques de quotas.

Ce plan revêt également une importance particulière dans le cadre du Brexit. En effet, les eaux britanniques, comme la Manche, sont directement concernées par ce plan. Donc, avec l'adoption de ce plan avant la sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne, ce dernier fera partie des acquis communautaires pendant la période de transition et posera les bases d'une coopération future avec le Royaume-Uni dans le domaine de la pêche.

J'attends à présent, évidemment, les commentaires des collègues députés, ainsi que du Conseil et de la Commission et je les remercie par avance de leur contribution.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I will start by warmly thanking the rapporteur, Mr Alain Cadec, the shadow rapporteurs and all those who were involved, for their excellent work and efforts to bring this very important file to a successful conclusion.

The agreement which was reached between the co-legislators is a very good result and I want to thank you, Alain, for working tirelessly to ensure a solid and sustainable result that can work in practice. I also want to thank you for ensuring a timely adoption, as you mentioned, ahead of the UK withdrawal from the European Union.

The Baltic Sea and the North Sea plans are the blueprints for the Western Waters Plan but, where it was necessary to reflect regional specificities, the co-legislators wisely agreed to find new approaches by addressing, for example, issues linked to recreational fisheries. The Western Waters Plan completes the set of multiannual plans on the Atlantic side of the Union's waters. It continues on the path of regionalisation, allowing Member States to submit joint recommendations, for example on discard plans, to implement the landing obligations.

With this new Plan we ensure that fishermen have the necessary tools for sustainable fishing practices, for example, by adapting their gear to fish more selectively. It is now for the stakeholders of the Western Waters to put these tools into practice and to ensure tailor-made solutions to specific challenges in the different fisheries of the Western Waters.

I am happy to see that with this new plan, we are clearly going in the right direction, towards sustainable fisheries, and I am grateful for the support in this House.

Gabriel Mato, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, querido comisario, del Programa antifraude al plan multi-anual, que nos gusta todavía más. Este plan plurianual, desde luego, tiene como objetivo asegurar que las existencias son explotadas de forma sostenible y que la gestión se basa en la información científica más actualizada. Y el enfoque de este plan—como ya se ha dicho— es el mismo que el del mar del Norte, el Báltico y el recientemente aprobado para el Mediterráneo.

El enfoque plurianual permitirá planificar a largo plazo el manejo de los recursos pesqueros, evitando las fluctuaciones bruscas de posibilidades de pesca, a la vez que ofrece una mayor seguridad jurídica a los operadores para planificar mejor sus negocios. También permite una mayor participación de los pescadores locales y ofrece medidas hechas a medida por cuencas y pesquerías. También permite alejarse de la microgestión de Bruselas, algo que siempre ha sido criticado.

El objetivo de lograr una explotación de las poblaciones que respete el principio del rendimiento máximo sostenible es algo que también se confirma. Y en cuanto a la pesca recreativa, que puede tener un gran impacto en la mortalidad de las poblaciones, se acordó que el Consejo podrá adoptar las medidas apropiadas si fuera necesario. Por otra parte, los Estados miembros adoptarán medidas para el seguimiento y recopilación de datos, algo importante, ya que a menudo no hay una estimación real de los niveles de capturas de esta pesca.

Por último, destacar la relación entre la regulación de medidas técnicas, que yo espero que muy pronto —pasado mañana— seamos capaces de llegar a un acuerdo la Comisión, el Consejo y el Parlamento, y los planes plurianuales. Queda muy claro: el Reglamento de medidas técnicas debería ser el marco para todas las reglas relativas a cómo, cuándo y dónde se puede pescar.

Ricardo Serrão Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, uma saudação especial para o nosso comissário Karmenu Vella e quero, desde já, também felicitar o colega Alain Cadec e todos os que estão envolvidos no trabalho realizado no decurso das negociações. Eu acho que sim, obtivemos um bom resultado final.

Primeiro, porque se assegurou a manutenção de um dos objetivos mais ambiciosos da PCP, ou seja, manteve-se inscrito atingir até 2020 o rendimento máximo sustentável. Sei que, em alguns casos, este é um objetivo ambicioso e que ainda há um longo caminho a percorrer, mas mantivemos esta ambição inscrita no regulamento.

Segundo, porque incluímos melhorias na proteção de espécies sensíveis, recursos e habitats importantes, em particular através da possibilidade de serem definidas áreas de proteção para juvenis e para a recuperação de mananciais.

A regionalização e a proximidade de gestão, preconizadas nos Planos Plurianuais como este, são uma solução que já tem dado provas. Exemplo disso é o caso do goraz nos Açores, para o qual foram estabelecidas várias medidas de gestão específicas, resultado de medidas técnicas implementadas. Os dados científicos mais atualizados demonstram que tem havido recuperação deste recurso. O plano regional estabelecido em conjunto com os pescadores permitiu resultados positivos, tanto na recuperação da espécie, como nos proveitos financeiros obtidos. As medidas envolveram também o estabelecimento de Áreas Marinhas Protegidas e reservas de pesca. Este instrumento de gestão é incontornável e deve ser multiplicado.

Para finalizar, estes planos terão que contribuir para as obrigações de desembarque, mas temos que permitir exceções: indivíduos pescados abaixo do tamanho mínimo e que têm comprovadamente taxas de sobrevivência relevantes devem ser devolvidos ao mar. Trazer para terra pescado sem interesse e que, sobrevivendo, poderá reproduzir-se e mais tarde ser capturado com maior proveito económico é duplamente positivo. Por isso, realço de forma particular a exceção criada para a pesca do goraz e do berix nas águas ocidentais do Atlântico.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Poštovani predsjedavajući, regionalni pristup regulaciji ribarskih napora osigurava da će se svakom morskom bazenu pristupiti uvažavajući njegove specifičnosti. Takav sam pristup od prvog dana zazivala i mogu ga samo podržati. To je iznimno važno želimo li dobru regulaciju koja neće biti diskriminirajuća i dovoditi ribare iz pojedinih regija u lošiju poziciju na tržištu.

Kad smo raspravljali o Jadranu, moje je stajalište kao izjaviteljice bilo da ne trebamo univerzalna rješenja koja će slijepo favorizirati industriju ili okolišne aktiviste, nego održivu regulaciju utemeljenu na dokazanim rješenjima i znanstvenim istraživanjima.

Isti pristup podržavam i kad je riječ o zapadnim vodama. Mogućnost znanstvenih savjeta da Komisiji predlažu promjene u regulaciji sukladno realnom stanju ribljih stokova smatram pravim iskorakom koji će osigurati kvalitetna rješenja i u budućnosti.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, el éxito de los planes plurianuales para las pesquerías en la Unión se basa en la seriedad de los datos científicos que avalan las decisiones que se toman y en la coherencia con que se aplican sobre áreas de pesca y especies. Y solo así tiene sentido el concepto de «rendimiento máximo sostenible». Solo así las flotas pueden beneficiarse de la estabilidad que ofrecen unas cuotas previsibles a medio plazo. Por eso, este plan, tal y como llega al Pleno, es un avance sobre la situación anterior, pero sigue presentando debilidades. Nosotros insistimos en tres cuestiones para poder eliminarlas.

Primero, definir mejor el concepto de «mejores datos científicos disponibles». Solo deberíamos considerar válidos los estudios realizados con métodos de trabajo transparentes y una certificación de neutralidad por parte de autoridades técnicas solventes.

En segundo lugar, reforzar las garantías de que deben gozar los profesionales frente a las capturas de especies de alto valor que realizan los aficionados a la pesca recreativa. Hay que ponderar el peso de las capturas recreativas sobre las poblaciones y evitar cualquier competencia en el mercado entre capturas profesionales y recreativas.

Tercero, empoderar a la Comisión Europea para que actúe cuando las autoridades nacionales no ejerzan las responsabilidades y competencias que les ofrece este Reglamento al amparo de la regionalización. Adaptar principios básicos a las situaciones específicas no debe confundirse con dejar de aplicarlas.

Finalmente, nos alegramos de que se haya eliminado la posibilidad de que el Consejo pueda suspender, aunque sea de manera breve y por razones excepcionales, las vedas de capturas decretadas para recuperar una especie. Abrir esa posibilidad hace realidad el dicho «Pan para hoy, hambre para mañana». Y en materia de poblaciones de pesca, «hambre para mañana» significa hambre para siempre.

Y quisiera agradecer al señor Cadec y al resto de los ponentes el trabajo realizado conjuntamente.

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, senhor comissário, sem pôr em causa a utilidade de instrumentos de médio prazo para a gestão das pescarias, como é o caso dos planos plurianuais, de forma a garantir alguma previsibilidade, estabilidade e sustentabilidade ao setor, indo além das contingências associadas à distribuição anual dos TAC e quotas, a verdade é que estes planos não têm posto em causa o essencial de um modelo de gestão excessivamente centralizado, distante da realidade, que não tem em conta a diversidade de situações que caracteriza o setor das pescas, em particular, no caso da pesca de pequena escala e artesanal, e as especificidades de cada país.

Quanto ao caso específico deste plano, valorizando alguma evolução positiva nas negociações relativamente a certos aspetos, sublinhamos, no encerramento deste processo, que a Comissão Europeia não deu, ficou por dar, a resposta convincente à opção por, aparentemente cedendo a pressões nesse sentido, juntar duas realidades distintas, tanto em termos de recursos como de pescarias que exploram esses recursos, como são as realidades das águas ocidentais Norte e Sul.

Linnéa Engström, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Fiskar är en gemensam resurs och måste förvaltas med varsamhet. Det är ingen självklar rätt att fiska om det äventyrar beståndens överlevnad. Vi har ett ansvar att förvalta de här fiskebestånden på ett hållbart sätt för det marina ekosystemet, men också för kommande generationer så att de också ska kunna äta fisk.

Därför är det beklämmande att förvaltningsplanen för västra vatten strider mot en hållbar förvaltning av våra fiskebestånd. Det här är en i raden av förvaltningsplaner som konsekvent går emot de gemensamma reglerna för EU:s fiskepolitik, som antogs 2013.

Planen tillåter fiske över hållbara nivåer. Ett sånt agerande är väldigt kortsiktigt. Det får långsiktiga konsekvenser för våra ekosystem, där alla arter fyller sin funktion. Vi gröna kan inte acceptera detta och kommer därför att rösta emot den här planen.

Mike Hookem (NI). – Mr President, while Donald Tusk may be praying for a special hell for Brexiteers, what he refuses to realise is that many in the EU are already there. What form of hell can be worse than watching the descendants of our wartime enemies seize control of our economy, culture, laws, rights and employment? What special hell sees democracy ignored in the face of profit? Is Tusk's special hell like that of the British fishers, forced to watch while EU trawlers rape UK waters? Or that of redundant British workers after the EU paid for their jobs to move to another country? And what hell must it be for Britain's armed forces who face having to fight for a foreign flag? The fact is that many Europeans already live Churchill's mantra of 'When you're going through hell, keep going'. And that is why Brexiteers, yellow jackets, Greek protesters, the Catalan movement and Italian, Polish and Hungarian nationalists will never be silenced and are all simply keeping going through their own special hell.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, after the last speech I will come back to normality. The agreement that was recently reached on the multiannual plan for fish stocks in the western waters and adjacent waters is an important one. Not only because it has proven difficult to find agreement on such plans in the past, but because it is a strong agreement that will help to ensure the sustainable exploitation of stocks in Belgian, German, French, Irish, Spanish, Portuguese and, yes, United Kingdom waters.

We are all aware of the challenges faced by the fishing sector in the western waters. Fishers in my constituency in the southern coast of Ireland face significant challenges due to the obligations of our fisheries policies targeting specific species in this region. It is difficult due to catches being mixed and this, combined with the landing obligation and inability to discard catches, makes life difficult. I am pleased, therefore, to see this agreement incorporate all relevant stocks into a single management plan, replacing the existing single species which would allow for some flexibility for fisheries. Sustainable stocks are vital and that's what we have to include.

Finally, I welcome the agreement on recreational fisheries. Any restrictions on recreational fishing should be based on scientific evidence and objective criteria. This is a welcome inclusion in the agreement. I congratulate 'mon ami' Mr Cadec and the Commissioner, Mr Vella.

James Nicholson (ECR). – Mr President, first of all, can I commend the rapporteur for his work on this proposal, especially the strong emphasis on a science-based framework of the proposal. I have always been a strong proponent of the use of scientific evidence when formulating policy.

Independent science-led policy-making has and continues to be the most effective approach. The proposal also seeks to move closer to a policy of regionalisation. This frankly makes sense rather than adopting a blanket approach. Regionalisation has the benefit of delivering specific regulation for specific sea basins. As the UK prepares for its departure from the EU, it is vital we ensure a strong foundation for future cooperation. In this case I welcome the focus on the sustainable management of shared stocks.

While there is still much uncertainty surrounding and regarding Brexit, for the fishing communities in my constituency of Northern Ireland, I am hopeful that this proposal would at least deliver some degree of certainty for them.

Intervenții la cerere

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, señor comisario, yo quiero en primer lugar dar las gracias al ponente, señor Cadec, por su buen trabajo, y destacar la rapidez con la que se ha aprobado este plan tan importante de aguas occidentales. Hace once meses —recuerdo— la propuesta fue aprobada por la Comisión y en estos días prácticamente terminaremos el procedimiento de aprobación.

Voy a repetir una idea que es conocida y compartida por muchos: a mí me habría gustado que hubiera habido dos planes para aguas occidentales, uno para el norte y otro para el sur, pues son zonas muy diferentes. Pero hemos sido pragmáticos, porque tampoco se podía demorar mucho la adopción de un plan para una mejor gestión de los recursos.

Y hay otro punto que quiero subrayar y que repetí en la Comisión de Pesca: yo no he apoyado la inclusión en el Plan de la lubina. En este punto discrepo del ponente, señor Cadec. Se trata de una especie no sometida a TAC ni a cuotas, y el estado del recurso no es lo mismo en las aguas occidentales, es muy diferente. Por ejemplo, en Galicia, en mi tierra, se captura de forma selectiva, se encuentra en niveles sostenibles. Desgraciadamente, las enmiendas que formulé sobre este punto en el pasado octubre no tuvieron el apoyo de la Cámara.

La buena noticia —y termino— es que en los trilogos no ha prosperado la prohibición de la veda de esta especie en los meses de febrero a abril; no tenía sentido. Reitero la felicitación —y termino— al ponente señor Cadec.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, I was stimulated to speak after I heard the somewhat outrageous, disgraceful speech by Mr Hookem who, I see, has already left, which, of course, is typical of UKIP MEPs – they come here, they spout a few words, outrageous words, and then they leave without bothering to hear anybody replying.

In fact, when he referred to Donald Tusk's comments, fishing is a very good example of those who supported Brexit without having any plan about what to do afterwards. Of course, if we leave the European Union we will still have to negotiate fishing quotas under the UN Convention on the Law of the Sea. We have an obligation to negotiate fair quotas with our neighbouring countries. There is no escaping that under any circumstances, and spouting a few ultra-nationalistic slogans is no substitute for actually thinking through a serious policy.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πολυτετές σχέδιο για τα αποθέματα ιχθύων στα Δυτικά Ύδατα είναι ιδιαίτερα σημαντικό. Νομίζω ότι ακούστηκαν διάφορες απόψεις, οι οποίες πρέπει να ληφθούν υπόψη. Πρώτα απ' όλα, πρέπει να λαμβάνεται υπόψη κάθε φορά η κοινωνικοοικονομική κατάσταση και οι διάφοροι κοινωνικοί παράγοντες, προκειμένου να μπορεί κανείς να αντιμετωπίσει και τα ζητήματα της απασχόλησης.

Το δεύτερο θέμα αφορά τους ερασιτέχνες αλιείς και τέθηκε επίσης από διάφορες πλευρές. Νομίζω ότι οι παρατηρήσεις, σύμφωνα με τις οποίες δεν μπορεί να έχουμε ένα σύστημα κεντρικό αλλά πρέπει να έχουμε ρυθμίσεις περιφερειακές, οι οποίες θα λαμβάνουν υπόψη τις ιδιαιτερότητες στην αλιεία συγκεκριμένων ψαριών, όπως είναι το λαβράκι, ή ρυθμίσεις που αφορούν τις ιδιαιτερότητες που έχουν οι συγκεκριμένες χώρες στα θέματα αλιείας, θα δώσουν τη δυνατότητα να ληφθούν αποφάσεις που είναι σημαντικές και πρέπει να λαμβάνουν επίσης υπόψη την αλιεία χαμηλής κλίμακας και να μην επικεντρώνονται μόνο στα γνωστά θέματα. Φυσικά, θα δημιουργηθούν προβλήματα και λόγω του Brexit, τα οποία πρέπει να αντιμετωπιστούν.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim chciałbym podziękować panu Corbettowi, bo w ciągu minuty powiedział coś, co zabrałoby mi pewnie dwie minuty. Bardzo, bardzo dziękuję. Chciałbym też podziękować panu Kelly'emu, gdyż odniósł się w problematyce brexitu do bardzo ważnego zagadnienia, którym akurat się interesuje, myślę tu o amatorskich połowach i turystyce.

Chciałbym zwrócić uwagę na jeden ważny aspekt, ważny element. Otóż mamy do czynienia z przyjmowaniem sprawozdania i bardzo często z pewną wadą proceduralną sprowadzającą się do odrzucania decyzji o przystąpieniu do negocjacji międzyinstytucjonalnych z Radą. Mam nadzieję, że w takich sytuacjach ustrzeżemy się i zdamy przed brexitem, aby rzeczywiście tę problematykę wprowadzić przynajmniej do okresu przejściowego. Mam nadzieję, że ten okres przejściowy będzie i mam nadzieję na regulacje, które będą chronić także w tej materii ten fragment rynku.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank all of you for your interventions and valuable views, and also for the broad support for this multiannual plan. I have taken due note of the various points raised during this debate. But let me reiterate, it is of utmost importance that the multiannual plans are made straight-away fit for purpose. To ensure this, they need to provide the tools to ensure a practical and sustainable management framework for our mixed demersal fisheries. The co-legislators have achieved this with the Western Waters Plan.

It was not only important to have a multiannual plan in place for the Western Waters but also to have the multiannual plan as soon as possible. This is the way to implement the regionalisation of the Common Fisheries Policy (CFP), which is an important feature of the latest CFP reform in 2013. It provides a tool to facilitate reaching the maximum sustainable yield (MSY) objective by defining ranges of fishing opportunities in line with MSY. This provides the necessary flexibility to reduce potential choke problems. With the 2020 deadline approaching, it is important to have this possibility in place as soon as possible. It also allows Member States to recommend, via joint recommendations, appropriate technical measures to improve the conservation of the stocks, to facilitate the landing obligations and to protect juveniles.

Alain Cadec, Rapporteur. – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord remercier mes collègues pour leur contribution à ce débat. Je remercie également, bien sûr, le Conseil et la Commission, cher Karmenu, pour le travail que nous avons fait ensemble.

S'agissant de l'intervention de notre collègue du UKIP, qui – en effet – a quitté l'hémicycle, je dirai que ce qui est excessif est insignifiant.

Dans tous les cas, pour en revenir à notre sujet, nous devons arriver le plus rapidement possible à une gestion durable des pêches. Les plans de gestion vont nous permettre, j'en suis sûr, d'atteindre nos objectifs de durabilité et de sélectivité de la manière la plus adaptée.

Vous l'avez dit, Monsieur le Commissaire, et je le rappelle: le rendement maximum durable doit être atteint, pour tous les stocks, en 2020. C'est en cela que les plans de gestion seront évidemment utiles. Toutefois, nous avons mis du temps, beaucoup trop de temps, à les mettre en place et, à présent, l'objectif du rendement maximum durable en 2020 paraît difficile à atteindre, il faut bien le dire.

Par ailleurs, nous devons parfois sortir du dogme politique pour correspondre aux réalités du terrain, je pense évidemment à nos collègues des Verts, par exemple. Il en va d'ailleurs de l'obligation de débarquement, dont la mise en œuvre s'avère, comme nous l'avions prévu, quasiment impossible pour les flottes multispécifiques.

Ceci étant dit, le plan de gestion pluriannuel pour les eaux occidentales est le résultat d'un délicat équilibre, toujours le même, entre la protection de la ressource, indispensable, et la compétitivité économique du secteur de la pêche, que nous souhaitons.

Quoi qu'il en soit, nous pouvons collectivement être fiers du travail que nous avons accompli, je pense que c'est quelque chose d'intéressant. Maintenant, continuons avec la Méditerranée.

Președintele. – Dezbateră a fost încheiată.

Votul va avea loc mâine, 12.2.2019.

15. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) - Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (Entschließung) (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră comună privind:

— recomandarea Comisiei pentru pescuit, referitoare la proiectul de decizie a Consiliului privind încheierea Protocolului privind punerea în aplicare a Acordului de parteneriat în domeniul pescuitului dintre Uniunea Europeană și Republica Côte d'Ivoire (2018-2024) (10858/2018 — C8-0387/2018 – 2018/0267(NLE)) (raportor João Ferreira) (A8-0030/2019) și

— raportul lui João Ferreira, în numele Comisiei pentru pescuit, conținând o propunere de rezoluție fără caracter legislativ referitor la proiectul de decizie a Consiliului privind încheierea Protocolului privind punerea în aplicare a Acordului de parteneriat în domeniul pescuitului dintre Uniunea Europeană și Republica Côte d'Ivoire (2018-2024) (10858/2018 — C8-0387/2018 – 2018/0267M(NLE)) (A8-0034/2019).

João Ferreira, Relator. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o objetivo do protocolo de aplicação do acordo de pescas entre a União Europeia e a Costa do Marfim, agora renovado por um período de seis anos, consiste em proporcionar possibilidades de pesca a navios de Estados-Membros da União Europeia nas águas da Costa do Marfim, com base nos melhores pareceres científicos disponíveis e no respeito das recomendações da Comissão Internacional para a Conservação dos Tunídeos do Atlântico.

Espera-se que este protocolo permita à União Europeia e à República da Costa do Marfim colaborar de forma mais estreita para promover a exploração responsável dos recursos haliéuticos nas águas da Costa do Marfim e apoiar os esforços deste país para desenvolver a economia local a partir do contributo dado pelo setor das pescas.

Em boa hora, entendeu a Comissão das Pescas, por minha proposta, proceder a uma avaliação e ponderação mais detalhadas deste acordo, do seu historial e das suas perspetivas futuras, formulando considerações e recomendações que se espera agora que a Comissão Europeia venha a ter em conta durante o período de vigência do protocolo e na sua eventual renegociação futura.

O primeiro acordo no domínio da pesca entre a Costa do Marfim e a Comunidade Europeia remonta a 1990. Apesar de terem passado 28 anos, 29 quase, os resultados obtidos até hoje no domínio da cooperação setorial são clamorosamente escassos. Esta é uma realidade que urge alterar. O acordo deve promover um efetivo desenvolvimento sustentável do setor das pescas costa-marfinense, bem como de indústrias e atividades conexas aumentando o valor acrescentado que fica no país em resultado da exploração dos seus recursos naturais.

É necessária uma melhor articulação entre o apoio setorial prestado no âmbito do acordo de pescas e os instrumentos disponíveis no âmbito da cooperação para o desenvolvimento, designadamente o Fundo Europeu de Desenvolvimento através, quer da respetiva programação nacional, quer da programação regional no âmbito da região África Ocidental.

A Comissão Europeia deve tomar as medidas necessárias, inclusive a possível revisão e aumento da componente do acordo relativo ao apoio setorial, a par da melhoria das condições para aumentar a taxa de absorção desse apoio de modo a garantir uma efetiva inversão do caminho seguido nas últimas décadas.

À semelhança do que sucede com outros países da região, considera-se necessária uma melhoria da quantidade e da fiabilidade da informação sobre capturas e em geral sobre o estado de conservação dos recursos haliêuticos, a par do desenvolvimento das capacidades próprias de aquisição dessa informação por parte da Costa do Marfim.

Resta-me agradecer aos relatores-sombra o trabalho que desenvolveram e a atenção que deram a estes relatórios e sublinhar que o Parlamento deve ser imediata e plenamente informado em todas as fases dos procedimentos relativos ao protocolo ou à sua renovação. Propomos, nomeadamente, que a Comissão Europeia faculte anualmente ao Parlamento um relatório sobre os resultados do programa setorial plurianual, bem como sobre o cumprimento do requisito da declaração das capturas.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, as Mr Ferreira mentioned, the EU and the Ivory Coast have a longstanding relationship in fisheries. The renewal of the Protocol to the Sustainable Fishing Partnership Agreement will further strengthen this relationship. Through this partnership, the Ivory Coast not only offers access to its waters to EU vessels, but it also processes the products stemming from these vessels' fishing activities and further exports them to the EU.

This partnership will also help improve the sustainability of the fisheries sector, in particular through fighting illegal, unreported and unregulated (IUU) fishing. Combating IUU fishing is a priority for both the European Union and the Ivory Coast as IUU fishing threatens the natural resources and lives of local fishermen depending on them. This will reinforce the ongoing collaboration with the West Africa regional bodies and the European Fisheries Control Agency on monitoring, control and surveillance operations funded by PESCAO regional development programmes.

This new six-year Protocol provides increased funds to support the Ivory Coast's fisheries policy. It will contribute to the establishment of a meaningful surveillance capacity and improved governance, and it will also support the development of the blue economy, inland aquatic resources and artisanal fisheries.

We have placed special emphasis on the benefits for local operators as Abidjan is a major port in the region. Indeed, the EU tuna fleet operating off the coast of Western Africa lands a great part of the catches in Abidjan to supply local canneries. This supports employment locally in the canneries, but also on board EU vessels as Ivorian seamen are in the first rank of non-EU nationals employed. Landings of EU vessels are also supporting the activities of small-scale economic operators. I would like to mention here the association of women organised to collect and transform such resources for local use. They have clearly expressed their needs for a supply from our vessels' landings so that they could make a decent living from their activities.

The Commission is engaged in a dialogue with the industry to ensure that landings become a regular source of revenue for these women, as it is our conviction that EU industrial activities also need to benefit local small operators. I look forward to your remarks and trust that you will support the renewal of the Protocol to this important Sustainable Fisheries Agreement.

Gabriel Mato, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, querido comisario, este Acuerdo es uno de los más importantes para la flota atunera comunitaria en el océano Atlántico, y el puerto de Abiyán es prácticamente el único puerto operativo de la zona. Los atuneros cerqueros lo utilizan tanto para sus operaciones de transbordos y ventas a las conserveras del país como para avituallamiento y cambio de tripulaciones, embarcando un número elevado de marineros de esta nacionalidad.

Pero, sobre todo, los acuerdos de pesca sostenible que la Unión Europea concluye con terceros países son, como su propio nombre indica, una herramienta única de la que dispone la Unión Europea para aumentar la cooperación pesquera con terceros países mediante la promoción de una política pesquera sostenible y una explotación también sostenible de los recursos pesqueros fuera de las aguas de la Unión Europea.

Y esto es en gran interés de todos. Es bueno para los operadores de la Unión Europea, es bueno para el desarrollo local, para la lucha contra la pesca ilegal, para la sostenibilidad y para la buena gobernanza de los océanos.

En las partes del mundo donde no hay acuerdos con la Unión Europea, a menudo hay flotas que no respetan los recursos pesqueros ni el medio marino. Tampoco las condiciones sociales de los trabajadores ni la sostenibilidad. Estas flotas compiten directamente con nuestros operadores de la Unión Europea y, a menudo, pescan los mismos peces y los venden a los mismos mercados, pero a precios muy inferiores.

Por esta razón, mantener este tipo de acuerdos es vital. El ya largo Acuerdo de la Unión Europea con Costa de Marfil ha venido ayudando a este país, a la economía de Costa de Marfil, a los pescadores locales, también al uso de las instalaciones del puerto de Abiyán, y, cómo no, a las conserveras.

Por todo ello, tenemos que ratificar este Acuerdo lo antes posible. Y doy las gracias, lógicamente, al ponente y a todos los ponentes alternativos.

Richard Corbett, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur Mr Ferreira for his report on this important agreement. This is an important step forward for fisheries cooperation and should help to promote sustainable fisheries and sustainable development of the Ivorian fisheries sector. The support offered will help Côte d'Ivoire to develop its blue economy, improve safety on board, improve fishermen's income and enable fish markets to be built.

The commitment by Côte d'Ivoire to increase capacity for monitoring, control and surveillance is also an important step in combating illegal unreported and unregulated fishing in the region and improving scientific knowledge. Given the importance of workers' rights for my group, I am particularly pleased to see that there is a progressive agreement here which focuses on improving working conditions, especially for women. It will also facilitate the involvement of trade unions and artisanal fishermen's associations in the region, setting a good example for other fisheries agreements. On the EU side, it's also an advantageous agreement, which will allow us regulated access to Ivorian waters.

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Jest wiele powodów, by wesprzeć to sprawozdanie. Po pierwsze, obustronne korzyści dla rozwoju floty rybackiej zarówno Wybrzeża Kości Słoniowej, jak i ekonomiczne korzyści dla floty państw Unii Europejskiej. Po drugie – i najważniejsze – otóż chodzi o roztropną i zrównoważoną eksploatację zasobów morskich opartą na dostępnych opiniach naukowych i z uwzględnieniem zaleceń Międzynarodowej Komisji ds. Ochrony Tuńczyka Atlantyckiego. Wszak na przykład tuńczyk błękitnopletywy jest jedną z najcenniejszych ryb na świecie i należy chronić te gatunki ryb przed ponadnormatywnymi połowami. Należy zwalczać połowy nielegalne, kontrolować i nadzorować techniki połowów tuńczyka, też zmniejszać prawdopodobieństwo przełowu delfinów, które są zazwyczaj w pobliżu ławic tuńczyków. Zatem naszym obowiązkiem jest ochrona ekosystemu morskiego, zasobów cennych ryb i bioróżnorodności dla przyszłych pokoleń, ale także wsparcie innych państw, w tym Wybrzeża Kości Słoniowej.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señor comisario, los acuerdos pesqueros entre Europa y terceros países han demostrado que son una herramienta fundamental para extender en todo el mundo los estándares ambientales y sociales que se aplican al sector en aguas comunitarias. Además, inducen al desarrollo en los países con los que se firman y ofrecen oportunidades de pesca a nuestros profesionales.

En este caso van a ser treinta y seis los barcos atuneros cerqueros de España, Francia y Portugal los que pescarán al abrigo de este acuerdo que estará en vigor hasta 2024; un acuerdo clave para la flota atunera vasca, cuyos buques faenan además con certificaciones independientes de buenas prácticas ambientales y sociales desde 2010, cuando fueron reconocidos como «amigos del mar».

Como se ha comentado, las aportaciones económicas que gracias al acuerdo recibirá Costa de Marfil compensan por un lado las capturas, pero la mayor parte de los recursos se destinan al desarrollo del sector pesquero local. En este capítulo un elemento central es el apoyo a las operaciones del puerto de Abiyán, afectado en su día por las sanciones del Consejo contra el régimen de Laurent Gbagbo.

La promoción de los profesionales y empresas locales se completa con una apuesta por la calidad de los estudios científicos sobre los stocks de pesca, por el establecimiento de áreas de pesca protegidas por razones biológicas y por el refuerzo de las medidas de control contra la pesca no declarada, no regulada y no reglamentada.

Subrayo también el empeño en mejorar la posición y condiciones de trabajo de las mujeres en el sector local de la pesca artesanal dedicadas al ahumado de pescado y el fomento de las organizaciones profesionales femeninas como garantía de sostenibilidad y desarrollo de la zona.

Linnéa Engström, för Verts/ALE-gruppen. – Herr talman! Precis som i de flesta västafrikanska länder så är fisk den främsta källan till protein för Elfenbenskustens befolkning. Konkurrens med industriella fartyg och oljeutvinning begränsar det småskaliga fiskets möjligheter. Kvinnor som arbetar i sektorn har bara tillgång till fisk under fyra månader av året. Resten av tiden måste de köpa importerad fisk, landad i hamnen i Abidjan, som säljs av mellanhänder vars enda mål är att pressa ut så hög vinst som möjligt.

Billig råvara av god kvalitet är svår att få tag i. Men det finns så kallad falsk tonfisk som landas av europeiska fartyg. Det är skadad tonfisk som inte används i konserverfabrikerna. I och med det nya avtalet kommer den lokala marknaden att få tillgång till 10 000 ton falsk tonfisk. Det är högsta prioritet att kvinnornas kooperativ får tillgång till den här fisken snarare än att mellanhänderna som driver upp priserna får tillgång till den. Frågan om fisk till kvinnor i Västafrika kan verka som en liten del i sammanhanget. Men detta är väldigt, väldigt viktigt för att bygga lokal resiliens i Elfenbenskusten.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, este acordo pertence à rede de acordos de pesca de atum na África Ocidental, a que pertencem, igualmente, os acordos com a Guiné-Bissau, com Cabo-Verde e com São Tomé e Príncipe, entre outros. É um acordo de grande relevância geográfica.

O porto de Abidjan é um dos principais portos da África Ocidental, seja pelos desembarques aí ocorridos, seja pelo volume de transformação de pescado. A sua importância, em particular para o atum, demonstra a relevância que este acordo tem para a pesca da União, considerando que parte desse pescado acaba por ser destinado a este mercado.

Termino, realçando o meu apoio ao acordo, realçando a necessidade de se garantir que as verbas associadas efetivamente reverterem para o desenvolvimento do setor socioeconómico da economia azul da Costa do Marfim, mas também para o controlo da atividade, em particular garantir que o pescado comercializado e transformado no porto de Abidjan não provém de pesca INN.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, in the end, I think we all want the same thing –that's responsible and sustainable fishing. This is also the case in this new protocol. As such, it provides for close collaboration to promote the sustainable exploitation of fishing resources in those waters, and it also supports the efforts of the country to develop the blue economy, in the interests of both us and them.

On one side, the Ivorian fishing industry, in particular the small-scale fisheries, need structural support from the EU to contribute more effectively to national development and food needs. On the other hand, the evaluation of the previous protocol concluded that a renewal of the protocol would help strengthen monitoring, control and surveillance and contribute to improving governance of fisheries in the region. This is a win-win situation and tomorrow we should vote in favour and give consent to the conclusion of this protocol.

Intervenții la cerere

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! To moja ostatnia aktywność w dniu dzisiejszym. Chciałbym zwrócić uwagę tylko na jedną ważną kwestię. Z jednej strony przyjęcie tekstu tego protokołu nie budzi wątpliwości, ale proszę zwrócić uwagę na jeden ważny, naprawdę ważny spór, który mamy na poziomie politycznym. Dotyczy on przede wszystkim pewnego konfliktu, pewnego sporu pomiędzy samym tekstem rezolucji a propozycją porozumienia. Mnie interesuje źródło tego typu przeciwstawień, takiego konfliktu, które ostatecznie obniża jednak autorytet Parlamentu.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πρωτόκολλο αλιευτικής συμφωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης με την Ακτή Ελεφαντοστού πρέπει να εφαρμοστεί με βάση την αμοιβαία ωφέλεια. Να μην κερδίζουν μόνο τα 36 αλιευτικά από τη Γαλλία, την Ισπανία και την Πορτογαλία, αλλά να κερδίζουν —βεβαίως— και οι ντόπιοι πληθυσμοί. Στη βάση αυτή, θα πρέπει να ληφθούν μέτρα για να στηριχθεί ο τοπικός πληθυσμός και να βελτιωθεί, βεβαίως, το καθεστώς των γυναικών. Νομίζω ότι είναι σημαντικά τα μέτρα που λαμβάνονται, όπως επίσης και τα μέτρα που έχουν σχέση με την εργατική νομοθεσία. Νομίζω ότι είναι εξόχως σημαντικό και το γεγονός ότι προβλέπεται επίσης στήριξη της κατάρτισης των αλιέων και των ναυτικών. Οι παρεμβάσεις για τη στήριξη των μικρών τοπικών παραγωγών είναι επίσης στη σωστή κατεύθυνση και το πρωτόκολλο στο σύνολό του μπορεί να συμβάλει στην ανάπτυξη της γαλάζιας οικονομίας, στην ασφάλεια της ναυσιπλοΐας και —φυσικά— στην καταπολέμηση της παράνομης αλιείας.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, thank you honourable Members. As requested by the rapporteur, the sectoral support will be largely increased to over EUR 400 000. That's almost an increase of some 35% to support local development and improved governance of fisheries. Also, the Commission will keep the Parliament regularly informed of the implementation of this agreement and will also provide reports both on the catches and on the use of the EU financial contributions.

The conclusion of the new Protocol to the Fisheries Partnership Agreement will reinforce the stable relationship between the EU and Côte d'Ivoire for mutually beneficial outcomes. This new Protocol is fully consistent with the EU's ocean governance agenda, under which the Union cooperates with third countries with the purpose of improving compliance with international measures, including combating illegal, unreported, and unregulated fishing (IUU).

To conclude I would like to thank the speakers for their comments, for their support for this Protocol and especially the rapporteur, Mr Ferreira, for his report.

João Ferreira, Relator. – Senhor Presidente, quero agradecer as várias intervenções e, para terminar, salientar um dos pontos da resolução que amanhã iremos votar: o acordo de parceria no domínio da pesca entre a União Europeia e a Costa do Marfim, na sua implementação e em eventuais revisões e/ou renovações, deve ter em conta e estar alinhado com os planos estratégicos relevantes respeitando plenamente a soberania da Costa do Marfim, visando o desenvolvimento do setor das pescas costa-marfinense, nomeadamente através do reforço dos controlos e vigilância da zona económica exclusiva da Costa do Marfim e das medidas para lutar contra a pesca ilegal não declarada e não regulamentada, do apoio à construção e/ou reabilitação de mercados de peixe, cais de desembarque e portos, nomeadamente, mas não apenas, no que respeita ao porto de Abidjan, da melhoria das condições de trabalho no setor, incluindo as condições de trabalho das mulheres, em particular nos fumeiros, permitindo um sistema de conserva mais eficaz, do apoio à formação profissional e ao reforço da capacidade de investigação científica e monitorização de recursos haliêuticos, do apoio às organizações de representação dos homens e das mulheres da pesca, principalmente as ligadas à pesca artesanal, da melhoria global da sustentabilidade dos recursos marítimos.

Por fim, instamos a Comissão Europeia a apresentar informações sobre os benefícios que a aplicação do protocolo trará às economias locais, em termos de emprego, infraestruturas, melhoria das condições sociais, assim como sobre as capturas e o estado de conservação dos recursos, de forma a melhor podermos aferir o impacto do acordo sobre o ecossistema marinho e as comunidades piscatórias.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Votul va avea loc mâine, 12.2.2019.

16. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft – Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Verstärkte Zusammenarbeit – Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Befugnisse des Parlaments zur politischen Kontrolle der Kommission – Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră comună privind punerea în aplicare a dispozițiilor tratatului și aici discutăm de patru rapoarte:

— raportul lui Maite Pagazaurtundúa Ruiz, în numele Comisiei pentru afaceri constituționale, referitor la punerea în aplicare a dispozițiilor tratatului referitoare la cetățenia UE (2018/2111(INI)) (A8-0041/2019);

— raportul lui Alain Lamassoure, în numele Comisiei pentru afaceri constituționale, referitor la punerea în aplicare a dispozițiilor tratatului privind cooperarea consolidată (2018/2112(INI)) (A8-0038/2019);

— raportul lui Mercedes Bresso, în numele Comisiei pentru afaceri constituționale, referitor la punerea în aplicare a dispozițiilor din tratat privind competența Parlamentului de a exercita un control politic asupra Comisiei (2018/2113(INI)) (A8-0033/2019);

— raportul Barbarei Spinelli, în numele Comisiei pentru afaceri constituționale, referitor la punerea în aplicare a Cartei drepturilor fundamentale a Uniunii Europene în cadrul instituțional al UE, (2017/2089(INI)) (A8-0051/2019).

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, ponente. – Señor presidente, durante esta legislatura la Comisión de Asuntos Constitucionales no ha dejado de trabajar sobre cómo mejorar el marco normativo institucional actual, nuestras reglas de juego. Por eso hemos producido un importante número de informes de aplicación de las normas que rigen nuestras instituciones.

Estamos maduros para el impulso final sobre aquellas cuestiones que nos han parecido especialmente relevantes. En mi caso, he tenido el honor de ser la ponente del informe sobre la aplicación de las disposiciones del Tratado relacionadas con la ciudadanía de la Unión, en un momento tan clave como el que estamos viviendo.

«Las políticas públicas colectivas son lo único que puede crear a unos ciudadanos con la confianza de individuos», asegura Timothy Snyder en su último libro. Hace más de veinte años que se introdujo el concepto de ciudadanía de la Unión y, hoy, al menos una generación de europeos ha crecido siendo ciudadanos comunitarios. Y una generación de niños necesitan ajustes y mejoras en el concepto de ciudadanía europea para cuando sean, dentro de poco tiempo, nuestros jóvenes europeos.

Dicen los Tratados que es ciudadano de la Unión Europea quien tenga la nacionalidad de alguno de sus Estados miembros. De este modo, la ciudadanía de la Unión se suma a la ciudadanía estatal. Sin embargo, el Derecho se ha quedado corto respecto a la realidad. Respecto a lo que perciben los jóvenes y los niños ya. Tenemos la responsabilidad de asumir hoy los resultados que, una y otra vez, nos revelan los barómetros europeos. El 87 % de los europeos son conscientes de su estatus como ciudadanos —el porcentaje más alto nunca registrado—. Pero entre lo que ellos perciben y la realidad hay un desajuste. Hay carencias, hay déficit y hay necesidad de darle un alcance real a algunas de esas libertades.

Los ciudadanos de la Unión no ejercen el derecho de sufragio activo y pasivo en las elecciones europeas y municipales tanto como podrían. La mayoría de ellos necesitan mayor información. Y ejercer su ciudadanía activa, la política, es clave para construir sociedades mucho más inclusivas, más prósperas, más responsables, con menos riesgos de tentaciones al populismo excluyente.

Las ideologías nacionalistas y populistas promueven identidades excluyentes; una vez más lo sabemos en Europa. Y, en el horizonte, esto siempre trae merma de los derechos. Dan soluciones falsas a problemas reales y complejos, y se alimentan de la propagación del victimismo. Nuestra responsabilidad es realizar mejoras que den soluciones, y que den soluciones también en la mejora de lo que significa esa ciudadanía europea.

En la actualidad, la libertad de movimiento está consagrada, pero tiene límites en la aplicación. Señalar esta circunstancia es el primer paso para completar esta libertad, que deben disfrutar, especialmente, los más jóvenes. En este marco, potenciar con eficacia programas como Erasmus+, programas para el voluntariado, como el Servicio Voluntario Europeo y el Cuerpo Europeo de Solidaridad, alimentan las posibilidades de movilidad.

El desarrollo educativo y personal de los jóvenes europeos es, sin duda, la mejor inversión. Una inversión que sale muy rentable. Este informe también apuesta por el desarrollo de planes de estudio en los sistemas educativos que permitan conocer nuestro espacio común, nuestros valores europeos, a partir del artículo 165 del Tratado de Funcionamiento. Ninguna política ha creado tanto sentido de lo europeo como la movilidad y la educación. Cuando el conocimiento es con mayúsculas siempre lleva a incrementar de forma natural y espontánea el vínculo entre instituciones y ciudadanos. El comisario Timmermans nos lo ha contado muchas veces a través de sus propias experiencias personales.

Bien, voy a ir terminando. Hemos estudiado toda la potencialidad de las opciones Europe Direct y el alcance de los derechos y obligaciones para darles una mayor posibilidad, para fomentar la participación. Pero hay algo, hay algo, para terminar, que es muy importante. Necesitamos símbolos. Necesitamos seguir el ejemplo de Luxemburgo y establecer como día festivo para toda Europa el 9 de mayo. Y podemos pedir al Consejo Europeo que se pronuncie para que los jefes de Estado y de Gobierno lo declaren festivo.

Y, además, hay muchísimas cuestiones en las que podemos alcanzar un pleno potencial. Un estatuto de ciudadanía de la Unión Europea sería un instrumento novedoso para ello. Por eso, en este informe hemos querido cambiar la perspectiva y situar para el futuro a la ciudadanía en el centro del sistema: la ciudadanía, y no un algoritmo.

Alain Lamassoure, rapporteur. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président de la Commission, nous avons eu l'occasion d'en faire la remarque à plusieurs reprises, le traité de Lisbonne est une boîte à outils assez largement sous-utilisée et parmi les procédures possibles – et qu'on n'utilise pas suffisamment – figurent les coopérations renforcées.

Nous le savons, la coopération renforcée est une formule qui permet aux pays qui veulent avancer, alors que d'autres seraient plus réticents, d'agir, d'avancer sans attendre les autres, dans le cadre de procédures simplifiées, dans des domaines importants pour eux et pour l'Europe et qui relèvent de compétences partagées entre l'Union et les États membres.

Or, il se trouve que bon nombre de défis majeurs qui attendent l'Union aujourd'hui seront difficiles à traiter avec la procédure paralysante de l'unanimité. Je veux parler de la sécurité intérieure et extérieure, de la politique migratoire, d'un certain nombre de programmes sociaux, d'un certain nombre de programmes de recherche et de politique étrangère commune. Il est donc important de faciliter et d'encourager le recours à cette procédure. C'est l'objet du rapport qu'a adopté la commission des affaires constitutionnelles. Et nous partons de l'acquis des coopérations renforcées déjà existantes et qui montrent leur intérêt parce qu'elles s'appliquent à des domaines complètement différents: règlement des litiges de divorce ou de propriété familiale, mise en place d'un brevet unique européen, mise en place d'un procureur européen, projets difficilement engagés de taxe sur les transactions financières, lancement d'une défense européenne, sans oublier l'organisation de la zone euro, qui relève aussi d'une forme de coopération renforcée.

Le rapport d'exécution de notre commission tire les enseignements de ces premières expériences et propose une sorte de ce que pourrait être un statut type de la coopération renforcée pour faciliter la tâche et faire gagner du temps aux États membres qui, dans des domaines nouveaux, voudraient y recourir. Et nous dressons la liste des questions politiques à se poser: quel va être le processus de décision? Naturellement, nous recommandons ce que le traité rend possible, à savoir le recours systématique à la majorité qualifiée et non pas la décision à l'unanimité. Quel secrétariat? Nous souhaitons que la Commission européenne ait un rôle important dans le secrétariat. Quel mode de financement pour les dépenses administratives, éventuellement pour les dépenses opérationnelles, si des actions communes sont prévues? Quel contrôle démocratique? Le Parlement européen doit jouer un rôle important, mais dans certains domaines, il serait inimaginable qu'il n'y ait pas aussi une représentation des parlements nationaux pour assurer le contrôle parlementaire. Et puis quel contrôle juridictionnel? Bien entendu, si la Cour de justice aura toujours le dernier mot, il peut être utile dans certains cas d'instaurer – on l'a fait pour les brevets – une juridiction de première instance.

Notre commission recommande de respecter l'esprit des traités, qui permettent une action commune, qui permettent la souplesse de décision et qui permettent de rester dans le cadre communautaire. Parce que selon la coopération renforcée, les États membres qui y participent le font dans le cadre communautaire, tandis que les autres États membres non participants peuvent prendre part au débat, donner leur opinion et – naturellement – ils ne prennent pas part au vote. Mais étant associés dès le début, ils peuvent mieux mesurer l'intérêt de la formule et on peut espérer que, petit à petit, cette coopération s'étendra à l'ensemble des États membres de l'Union européenne.

L'enjeu est très important parce que si on veut s'attaquer à ces grands défis que j'évoquais tout à l'heure, il n'y a que deux solutions: ou bien la coopération renforcée dans le cadre de l'Union, ou bien alors des accords interétatiques, intergouvernementaux qui rendront les problèmes plus difficiles, les procédures plus obscures et le contrôle démocratique moins bien assuré.

Mercedes Bresso, Relatore. – Signor Presidente, signor Vicepresidente, onorevoli colleghi, il controllo parlamentare sull'esecutivo è una condizione preliminare della legittimità democratica dell'esecutivo stesso. I recenti cambiamenti nelle procedure legislative e il ruolo accresciuto dell'esecutivo comunitario hanno creato la necessità di rafforzare queste procedure di controllo del Parlamento.

Il Parlamento ha a sua disposizione, come sapete, vari strumenti per esercitare il suo controllo politico sulla Commissione: dall'elezione del Presidente, all'investitura dei Commissari, alla mozione di censura, a interrogazioni scritte e orali, all'iniziativa legislativa, sia pure indiretta, attraverso le relazioni, alla procedura di bilancio e all'esecuzione del bilancio, eccetera. Tuttavia, è necessario migliorare la loro applicazione e adattarli alle sfide specifiche della struttura istituzionale dell'Unione.

Dopo uno studio approfondito della situazione, che ha coinvolto molti esperti ed è durato più di sei mesi, ecco sintetizzati i punti importanti di questa relazione. Innanzitutto, la proposta di abbassare la soglia per attivare la mozione di censura. Riteniamo che la soglia attuale sia troppo alta per permetterne un uso efficace, anche se naturalmente non deve essere neanche troppo bassa per evitare abusi. Proponiamo quindi, in una prossima modifica dei trattati – perché occorre una modifica dei trattati – di abbassarla, probabilmente intorno alla maggioranza assoluta, ma farà parte della discussione.

Nel quadro degli attuali trattati – secondo punto – il Parlamento non possiede formalmente il diritto di iniziativa legislativa. La relazione afferma la possibilità di concedere formalmente al Parlamento questa iniziativa, che dovrebbe anch'essa evidentemente essere seminata nella prossima modifica dei trattati, anche in questo caso tenendo conto dei problemi specifici, delle questioni specifiche, che possono riguardare questo Parlamento, quindi non attribuendola al singolo parlamentare ma ad aggregazioni più grandi.

Un altro punto è la responsabilità individuale dei Commissari. La relazione ritiene che in una futura modifica dei trattati si debba considerare la possibilità di rendere i Commissari individualmente responsabili dell'esercizio del loro mandato di fronte al Parlamento.

Un altro punto è la nomina degli alti funzionari della Commissione. La relazione invita la Commissione a rivedere le sue procedure amministrative per la nomina del suo Segretario generale, dei direttori generali e dei direttori, per garantire che siano selezionati in modo trasparente i migliori candidati e vengano assicurate a tutti le medesime opportunità.

Come avrete capito, questa relazione, che è anche uno sguardo di insieme del controllo politico sulla Commissione, contiene anche diversi messaggi politici. Il primo: la garanzia di un efficace sistema di contropotere nello spazio istituzionale dell'Unione. Il secondo: il rafforzamento dei nostri controlli sulle nomine degli alti funzionari che hanno un ruolo politico nella Commissione. Il terzo: la politicizzazione della Commissione mediante il processo dello *Spitzenkandidat*, a cui diamo il nostro sostegno, comporta tuttavia un controllo maggiore e individuale dei Commissari. E infine: una formale assegnazione dell'iniziativa legislativa al nostro Parlamento.

Vorrei concludere ringraziando i miei relatori ombra per il loro eccellente spirito di cooperazione con cui hanno lavorato e sperando che domani, anche tenendo conto dei numerosi compromessi che abbiamo raggiunto, il voto sia largamente positivo e condiviso.

Questo voto domani non sarà l'unico. Per questo vorrei aggiungere, a nome del mio gruppo, qualcosa sulle altre relazioni che voteremo domani. Innanzitutto, vorrei complimentarmi per l'ottimo lavoro svolto dai miei colleghi Spinelli e Pagazaurtundúa Ruiz riguardo alla relazione Lamassoure, di cui sono relatrice ombra. Vorrei riconoscere l'eccellente lavoro di compromesso realizzato dal relatore. È stato particolarmente bravo a sottolineare la necessità di rendere più flessibile l'uso delle cooperazioni rafforzate. Queste costituiscono uno strumento fondamentale per migliorare la costruzione europea, là dove non riusciamo a trovare un compromesso in grado di riunire i 28 Stati membri.

Signor Presidente, a me risulta di avere sei minuti, per questo andavo avanti tranquilla.

President. – Two, I believe, in the end, but if you want to use it now, it's up to you.

Mercedes Bresso, Relatore. – Dicevo che la relazione sottolinea inoltre la necessità di coinvolgere il Parlamento a tutti i livelli di creazione e sviluppo della cooperazione. Non posso che condividere e accogliere pienamente questa idea, perché il nostro Parlamento è un luogo di innovazione e impulso istituzionale.

Credo che queste relazioni e le altre che discuteremo, tra cui quella molto interessante del collega Schöpflin, dimostrino quanto il Parlamento sia attento alle questioni istituzionali, ma quanto poco lo sia il Consiglio. Non dico la Commissione, la Commissione è sempre molto attenta alle nostre proposte, il Consiglio lo è molto meno, e questo credo sia uno dei gravi problemi democratici della nostra Unione.

Barbara Spinelli, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei spiegare quali sono stati gli obiettivi di fondo che ho perseguito nel lungo lavoro sulla relazione riguardante l'attuazione della Carta dei diritti fondamentali.

C'è un punto sul quale ho insistito in modo particolare, ed è che l'Unione non deve avere un atteggiamento passivo verso i diritti sanciti dalla Carta, non deve limitarsi a scongiurare eventuali violazioni di tali diritti, ma deve adoperarsi attivamente per la loro promozione, dunque per il loro sistematico e preliminare accorpamento in tutti i provvedimenti e le decisioni adottati dall'Unione. Non si tratta solo di un obbligo discendente dal diritto internazionale dei diritti umani, ma di un dovere espressamente sancito nella Carta stessa.

La Carta ha certamente rappresentato un punto di svolta nell'integrazione europea, ma la sua adozione non può e non deve essere considerata come traguardo finale. La natura della Carta è evolutiva, influenzata dalle leggi internazionali e dalla giurisprudenza della Corte. È la piena concretizzazione dei diritti in essa sanciti l'obiettivo cui bisogna ambire costantemente.

Non dico questo a caso, lo dico partendo dalla convinzione che la crisi dell'Unione è troppo vasta e il divario creatosi fra cittadini e istituzioni europee è troppo profondo perché non si faccia il punto della situazione partendo proprio dai cittadini, dal loro malcontento, dalla loro sensazione di essere ignorati nei loro diritti. In molte politiche europee i diritti elencati nella Carta non hanno lo spazio che viene formalmente garantito loro dalla legge europea, oltre che dalla giurisprudenza della Corte di giustizia. Spesso sono addirittura ignorati, soprattutto quando sono in gioco i diritti sociali e il rapporto fra questi ultimi e le esigenze legate alla competitività nel mercato unico.

Sono ignorati anche i diritti di chi, non importa se irregolarmente o regolarmente, entra e risiede nel territorio dell'Unione e dunque è parte del nostro sistema giuridico. Di qui il mio appello a porre in essere sistematiche valutazioni di impatto sui diritti, preliminari ed ex post, ogni volta che vengono adottate politiche in aree cruciali, come le politiche di stabilità economica, specie nell'Eurozona, le politiche commerciali e gli accordi con i paesi terzi firmati dall'Unione, la politica migratoria. Questioni in parte già presenti nella relazione, ma che ripropongo in alcuni emendamenti per la plenaria, tanto sulla cosiddetta *governance* economica quanto sui rifugiati e i migranti, il cui diritto al *non-refoulement* siamo chiamati a rispettare per legge.

L'obiettivo di questo testo è di chiarire il ruolo della Carta, mettendo in luce le difficoltà che continuano a sorgere nella sua attuazione piena. Lo *stress test* è uno strumento usato per sondare la tenuta delle banche; dovremmo cominciare a usare test analoghi anche per la tenuta dei diritti fondamentali.

Il mio intento è fornire spunti e proposte che non dovrebbero essere controversi e che possano consolidare la promessa solenne fatta ai nostri cittadini con l'adozione della Carta quale fondamento normativo dell'Unione e indispensabile complemento dei trattati. La promessa di costruire una comunità fondata sul rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza, dello Stato di diritto e dei diritti umani.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, the four reports under discussion today present an interesting analysis of the Union's functioning in connection with citizenship and fundamental rights, whilst providing a contribution to the debate on the Future of the Union on various institutional questions.

I cannot, of course, cover every part of these rich reports here this evening. As concerns Ms Bresso's report, I would like to stress that this College of Commissioners has taken very seriously its political accountability to Parliament. Cooperation between our two institutions is set out in the Framework Agreement and in the Inter-Institutional Agreement on Better Law-Making, which, together with relevant Treaty provisions, provide a framework in which Parliament can effectively exercise its political oversight of the Commission. The Commission considers that these arrangements have worked well and the benefits of our good cooperation, in my view, are clear.

The fact that we have set joint legislative priorities through joint declarations has helped focus political attention on the proposals that matter most in terms of addressing citizens' concerns and expectations. Good progress has been made, too, on various institutional issues that are priorities for this House. I also welcome the fact that agreement was reached on non-binding delineation criteria for delegated acts and implementing acts, and I hope that tomorrow's trilogue will result in agreement on the alignment to the Lisbon Treaty of empowerments and the regulatory procedure with scrutiny in approximately 60 legislative acts.

As concerns Parliament's proposal on the right of inquiry, while sharing many of the serious concerns expressed by the Council, the Commission, as always, stands ready to engage constructively and find appropriate solutions. The unanimity rule has, in some cases, hampered effective decision making and timely Union action. The Commission has therefore called for the use of the 'passerelle clause' to move to qualified majority voting in certain areas of common foreign and security policy, taxation and the environment. In the taxation area in particular, this would also mean less need for recourse to enhanced cooperation, which is the subject of Mr Lamassoure's report. I certainly agree with him – and I remember fondly the time we spent working on the Lisbon Treaty – that the Treaty is not being used to its full potential today. Many things are still being ignored or not used to full potential.

The Commission welcomes these two reports that actively promote the debate on the Union's future institutional development. I have to note, however, that treaty change is not currently on the agenda and that many of the ideas would affect the interinstitutional balance or the prerogatives of the other institutions.

Turning to Ms Pagazaurtundúa Ruiz's report on European citizenship: our two institutions have been close allies in promoting and defending European citizens' rights and the rule of law. I have to say that the rapporteur has always been a staunch supporter of the Commission's position, and I want to thank her for that, on behalf of the Commission and in a personal capacity.

The Commission remains fully committed to the Union's accession to the European Convention on Human Rights. The consultation process to address the legal issues raised by the Court is making good progress, but is not yet completed. Then, if we resolve that, there remain some issues to be resolved in the Council of Europe as well.

I am grateful that, like the Commission, this Parliament has consistently kept questions of the rule of law high on its agenda, although all of us would have strongly preferred that this had not been necessary. The Commission will present an initiative later this year on strengthening the rule-of-law framework in the light of experience and will take good account of your views in this regard. Many of you have worked very hard on this.

The Commission has taken action throughout its term of office to promote the democratic rights of citizens, culminating in the package of proposals in September to enhance transparency, combat disinformation and ensure that individual data is not abused, in the context of the upcoming elections. The recent agreement on the amendments to the statute of European political parties is very welcome indeed.

The Commission has also recently published a report on investor citizenship and resident schemes – so-called golden passports and visas – and will set up a group of experts from Member States to improve the transparency, governance and security of such schemes.

Finally, with regard to the Charter of Fundamental Rights, Ms Spinelli's report is right to point out that, regrettably, the Charter is still not being used to its full potential. Far from it. Upholding common values and fundamental rights is a shared responsibility of local, regional, national, European and international actors and institutions. We all need to work together. The Commission is using a wide range of instruments to ensure the full effectiveness of the Charter. These include infringement proceedings to address values-related violations of EU law by Member States, audits and investigations relating to the use of EU funds, and the European Semester to monitor national justice reforms.

We agree with you that, ahead of the elections, all the EU institutions should make an effort to promote the benefits of, and advances made on, European Union citizenship and respect for the Charter of Fundamental Rights. Beyond that, our energies in the coming weeks should be focused on delivering on a positive agenda by securing good outcomes in the pending legislative negotiations.

The Commission welcomes the energy and commitment of this Parliament. The Romanian Presidency will continue to engage actively and constructively with you to deliver concrete results across all areas of the 10 priorities of the Juncker Commission, priorities that were established together with you. Together we should show, ahead of the elections, that the Union is able to deliver concrete results and respond to citizens' expectations.

Eduard Kukan, *rapporteur for the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs*. – Mr President, I will speak on the subject of the implementation of the Charter of Fundamental Rights of the European Union in the EU institutional framework. Since the Lisbon Treaty entered into force, the Charter is the source of primary law. It is therefore imperative to call on EU bodies to fully comply with the Charter's provisions. Equal consideration should be given to social and economic rights and Member States need to respect their obligation to the social and economic requirements of the Charter, also when complying with the EU's economic instruments.

We also need to ensure awareness and promotion of fundamental rights and freedoms and, by extension, of the Charter's provision. Communication on this must be done at both national and EU level and should be further enhanced. Lastly, we need to recognise and support the role of the Fundamental Rights Agency (FRA) and its recommendations in improving the culture of fundamental rights across the whole EU.

Martina Anderson, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Mr President, yet again the British Government is breaching EU citizens' rights. A provision of the Good Friday Agreement recognises the right of people born in the north of Ireland to be Irish, British or both. Yet the British Government never implemented these provisions, concealing that fact under EU law.

Emma DeSouza, an Irish citizen, has had a legal battle with the British Home Office since 2015. They are refusing her American husband residency. Emma holds an Irish passport, she is an EU right-holder, yet Britain's Home Office claims she's British. She is not. Last week, the British Home Office ruled that, post Brexit, Irish citizens born in the north of Ireland will not benefit from retaining EU rights.

As rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, I alerted MEPs to Britain's plot to deny us our EU rights. The British border in Ireland, upheld by a one-party Unionist state, partitioned our country and denied us our basic rights as citizens. We will never, ever go back to that.

Angelika Mlinar, *rapporteur for the opinion of the Committee on Women's Rights and Gender Equality*. – Mr President, the principle of gender equality is a core value of the European Union and it is enshrined in our Treaties. The goal of achieving gender equality is crucial to ensuring that the EU policies reflect the perspectives and interests of both women and men.

However, there is still a long way to go to reach gender equality within the European Union and it is regrettable that gender mainstreaming is not consistently implemented in all EU activities, which prevents the effective implementation of measures to combat gender discrimination and promote gender equality. The Union should ensure strategic measures are put in place to enable the Member States to respond to women's rights violations and to ensure Member States' active promotion of the EU Charter of Fundamental Rights.

In this context, I call on the Member States who have not yet ratified the Istanbul Convention to finally do so. I indeed believe that the Istanbul Convention – the first legally binding international instrument on preventing and combating violence against women – can bring change and have a real impact on the lives of women and girls in Europe.

Νότης Μαριάς, *Εισηγητής της γνωμοδότησης της Επιτροπής Αναφορών*. – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε σήμερα τέσσερις εκδόσεις πολύ σημαντικές: για την ιθαγένεια, την ενισχυμένη συνεργασία, τον πολιτικό έλεγχο που πρέπει να ασκεί το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στην Επιτροπή και για την εφαρμογή του Χάρτη Θεμελιωδών Δικαιωμάτων. Κάθε μία από αυτές τις εκδόσεις έπρεπε να είναι αντικείμενο ειδικής συζήτησης: βεβαίως, τις συζητούμε όλες μαζί.

Θα ήθελα λίγο να επιμείνω στο θέμα της ενισχυμένης συνεργασίας, η οποία ούτως ή άλλως υπάρχει. Υπάρχει με αφορμή τη Σένγκεν, υπάρχει με αφορμή, βεβαίως, και τη λειτουργία της ευρωζώνης και πρέπει να είναι μια διαδικασία ανοιχτή για τις χώρες που επιθυμούν εκ των υστέρων να λάβουν μέρος. Θα ήθελα να επισημάνω ότι πρέπει να σκεφτούμε μήπως, στη φάση αυτή, πρέπει να προβλέψουμε και ειδικές διατάξεις, ειδικές ρυθμίσεις, ένα ειδικό καθεστώς για ορισμένες χώρες εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης που αντιμετωπίζουν πολύ συγκεκριμένα προβλήματα, όπως είναι η Ελλάδα, η οποία μόλις βγήκε κατεστραμμένη από τα μνημόνια. Να αποκτήσει δηλαδή, για συγκεκριμένο χρονικό διάστημα, ρυθμίσεις-εξαιρέσεις από συγκεκριμένους κανόνες προκειμένου να μπορέσει να ανασάνει η οικονομία της. Ας σκεφτούμε και αυτή τη διάσταση ως τρόπο λειτουργίας της διαφοροποιημένης ολοκλήρωσης.

Josep-Maria Terricabras, *Rapporteur for the Committee on Petitions*. – Mr President, I would like to say to the rapporteurs that their reports are good and cover many of our concerns. We agree on the importance of the creation of EU citizenship and the rights attached to it. However, these rights are not fully implemented. We want a Union where citizenship is linked to residency, where gender equality is fully effective and where the right to political participation is fully implemented.

After the economic crisis, and with the current humanitarian crisis in the Mediterranean and the increasing attacks against women's rights, EU citizens feel that the EU should do more to protect their rights. The report on the implementation of the Charter assesses its state of play and makes recommendations to improve it. Despite the weak implementation of certain provisions, we expect that the House will not miss the opportunity to send a clear message that Parliament is committed to strengthening the application of the Charter in full, including social rights and the rights of refugees and ensuring gender equality.

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Ich möchte insbesondere ein paar Bemerkungen zu den Berichten Bresso und Spinelli machen. Ich möchte mich bei Frau Bresso für die gute Kooperation bedanken, und ich glaube, dass wir auch bei der Fortentwicklung unseres gemeinsamen Berichts vom vorigen Jahr hier Fortschritte machen, um in dem Gesamtkonzert die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken, aber auch die notwendigen institutionellen Vorhaben, die uns voranbringen sollen.

Lassen Sie mich einen bestimmten Punkt nennen – das ist der Spitzenkandidaten-Prozess, der hier wieder angesprochen wird. Dies wird die entscheidende Schlüsselfrage für dieses Haus sein – dessen muss sich jeder bewusst sein. Wird in Zukunft der Wähler darüber entscheiden, wer Präsident der Kommission, wer Präsident der europäischen Exekutive wird, oder wird das in den Hinterstübchen gemacht? Und das geht nur, wenn der Rat einmal akzeptiert, was im Vertrag drinsteht. Er kann nur einen Vorschlag machen, im Lichte des Ergebnisses der Europawahl und nach Konsultation – Konsultation mit dem Europäischen Parlament. Und dieses Europäische Parlament muss in der Lage sein, eine Mehrheit für einen Kandidaten zu finden, um einen Vorschlag zu machen. Das ist eine entscheidende Frage – und hat dieses Haus

die Kraft, dies zu tun? Wir sollten, glaube ich, unsere Spitzenkandidaten – egal aus welchen Parteien – unterstützen, dass sie in diesem Sinne ihren Wahlkampf machen.

Und an Frau Spinelli eine Bemerkung: Wir haben engagiert für diese Charta der Grundrechte geworben. Aber dies ist keine Frage der politischen Umsetzung. Eine Grundrechtecharta ist dazu da, dass geprüft wird, ob Gesetzgebung diesen Grundrechten entspricht. Und wenn sie nicht dieses Niveau der Grundrechte hat, dann kann man dagegen beim Europäischen Gerichtshof klagen, um das vorzunehmen. Das ist die entscheidende Frage. Es ist nicht ein Programm Punkt für Punkt, dies in Gesetzgebung zu machen. Das müssen wir, glaube ich, lernen, wenn wir hier vorankommen wollen.

Pedro Silva Pereira, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, caros colegas, de entre o conjunto de relatórios que hoje aqui debatemos, quero referir-me de modo especial ao importante relatório sobre a cidadania europeia que acompanhei como relator-sombra do meu grupo político.

E começo por onde se deve começar, por agradecer à nossa colega relatora a Maite Ruiz pelo excelente espírito de cooperação que mantivemos e que permitiu chegar a um relatório que, creio, é um bom contributo deste Parlamento para qualificar a democracia e para reforçar a cidadania europeia.

Este relatório chega num momento crucial para o projeto europeu. Num momento em que este projeto europeu está sob violento ataque, as eleições do próximo mês de maio são decisivas para o futuro desta União Europeia que construímos ao longo das últimas décadas. Por isso, agora, mais do que nunca, é preciso que os europeus ganhem plena consciência da sua condição de cidadãos e façam uso do seu primeiro direito de cidadania, o direito de participação política através do voto. Ora, para isso, é preciso uma campanha pedagógica de sensibilização para os direitos dos cidadãos, a começar pelo direito de voto, uma grande campanha, portanto, contra a abstenção.

E é preciso também que se assuma e reconheça a dimensão verdadeiramente europeia destas eleições e que elas decorram sem interferências obscuras através das redes sociais. Só assim teremos uma cidadania europeia que esteja à altura das expectativas dos cidadãos europeus e que qualifique a nossa democracia.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, collega's, rapporteurs, het beginsel van de bevoegdheidstoedeling volgens hetwelk de EU handelt binnen de grenzen van de bevoegdheden die de lidstaten haar toedelen, is essentieel voor mijn partij. Omdat de verslagen over het EU-burgerschap en het Handvest van de grondrechten hier dubbelzinnig over zijn, zal mijn delegatie tegenstemmen.

Wat de tenuitvoerlegging van het Handvest van grondrechten in het institutionele kader van de EU betreft, is er ook werk aan de winkel voor ons eigen Europees Parlement. Zo blijkt uit mijn praktijkervaring alvast dat de tolken gebarentaal niet dezelfde behandeling krijgen als de tolken gesproken taal. Hierin moet verandering komen.

Het verslag Bresso bevat elementen die wij steunen en andere waar we niet achter staan, zoals de nadruk op het Spitzenkandidatenproces. In het verslag Lamassoure appreciëren wij de suggesties om deelstaten zoals Vlaanderen een rol te laten spelen in nauwere samenwerking. Dank u wel.

Jasenko Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank Madam Bresso and all the other shadow rapporteurs for their excellent work on this report.

I will concentrate on the rate of participation in EU elections, which is usually low, diminishing at every election and consequently threatening the legitimacy both of the elections and the EU. There is one main reason for this: voters do not feel that there is a straight connection between what they vote for and what policy they will get. Because of the complicated decision-making system, if they vote, for example, for the Socialist Group to be the biggest here, it is not at all sure that they will get more socialist politics in the EU, nor a socialist in charge of the Commission.

Strengthening the link between the results of the election and policy, through the *Spitzenkandidat* procedure, may make European voters more prone to vote. It is creating a more visible and more direct link between what you vote for and what you get. And ultimately it is increasing interest in the elections and enhancing the legitimacy of the EU, and thereby that of democracy.

Helmut Scholz, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, this joint debate covers several important themes dedicated to the current and future shaping of European integration. The functioning of the EU, serving the interests and the daily problems of people in all the 28 Member States of the European Union is in focus, and here we have the red line between fundamental rights to political control over the Commission. And indeed, colleague Bresso, the Council should not be left out.

Thanks to the rapporteurs for their input, ideas and to all colleagues working on them. Let me stress one central challenge to all these various themes and, in particular, those reports dedicated to future development on enhanced cooperation, as well as the one increasing the control of Commission. We have not only to underpin our ambition to give a strong statement that this Parliament wants to be a greater player in the European Union political framework.

Thus I call on Parliament to take the opportunity of the new term and the incoming Commission to make full use of its prerogatives and tools to strengthen its position as a major player for the next five years. Including a stronger political will to use existing tools can significantly enhance Parliament's weight and role vis-à-vis the Commission.

Pascal Durand, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Vice-président, m'autorisez-vous, d'abord, juste un tout petit moment que j'allais qualifier d'un peu plus intime?

Je voudrais me tourner vers M. Lamassoure car c'est son dernier rapport qui est présenté aujourd'hui et je tiens à lui rendre hommage, au nom des parlementaires et notamment des parlementaires français, même si la nationalité n'a rien à faire dans cet espace. Il a fait honneur à ce Parlement et il a particulièrement veillé à essayer d'échanger, à travers les groupes et à travers nos histoires différentes. Merci, Monsieur Lamassoure, merci pour ce rapport.

Voilà, j'allais dire que c'était juste un peu de sentiments – et je vais aller très vite – mais, finalement, ces deux rapports, celui de Mercedes Bresso et celui d'Alain Lamassoure, laissent apparaître une chose très simple: le Parlement européen veut d'abord se rapprocher de la Commission, il veut travailler plus étroitement avec la Commission, mais il veut une Europe qui soit plus démocratique, plus transparente, plus efficace, plus sociale, plus respectueuse du droit.

Voilà la responsabilité commune que nous partageons.

Monsieur Timmermans, je sais que vous avez le même sentiment, il faut que nous y arrivions, il en va de l'avenir de notre Union.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I won't try to speak on four different reports in 90 seconds, but there are some rare moments of agreement between eurosceptics and federalists even, when it comes to the European Ombudsman and holding EU institutions to account.

But what troubles me most is the report on European citizenship. It seeks to impose an EU identity upon citizens in countries across Europe. That's not a European identity – you can feel European while still considering these structures, these institutions to be bad for democracy and bad for accountability. And if there's one thing that we should realise by now, that should be absolutely obvious by now, it is that the state cannot impose identity on the people.

We've got more calls for taxpayers' money to be spent to attack any anti-EU dissenting voice. And when you define pro-EU as being good and anti-EU as being propaganda, when the state dictates speech and opinion, you erode democracy.

And then to cap it all, there is the suggestion that Europe Day – 9 May — should be made into a bank holiday across Europe, to bribe voters with a holiday to like the European Union more. Don't get me wrong, in the United Kingdom especially we definitely do need more bank holidays, but I wonder whether 29 March or 23 June might be a little bit more fitting.

Gerolf Annemans, namens de ENF-Fractie. – Voorzitter, collega's, de voorliggende verslagen kaderen mijns inziens in de vlucht vooruit die de centralisten van de Europese Unie, de federalisten van de Verenigde Staten van Europa, hebben ingezet, nu ze het einde voelen naderen, niet alleen van deze legislatuur, maar ook het mogelijke einde van wat ik zou willen noemen de comfortabele meerderheid van EPP en socialisten die de afgelopen twee decennia deze Europese Unie heeft uitgebouwd tot een *ever closer Union*, de steeds verdergaande integratie van een gecentraliseerde eenheidsstaat.

Toen in 2012 de EU-kritische stem zo sterk uit de verkiezingsuitslag tevoorschijn kwam, werden aanvankelijk geruststellende bewoordingen gebruikt om te doen alsof de boodschap begrepen was. Maar sinds de brexit werd hier in het Parlement overgeschakeld op het radicalisme van weleer, met als doel het zo snel mogelijk verder uitbouwen van de verdergaande integratie.

Collega's, u hebt die strategie met de verslagen Bresso, Brok en Verhofstadt onbeschaamd naar buiten gebracht. En vandaag versterkt u die nog. Uw concept van een zogenaamde nauwere samenwerking zou ik nog kunnen aanvaarden, indien het de voorbode zou zijn van een flexibele Europese samenwerking *à la carte*, maar in uw visie van Europese integratie is het gewoon een onderdeel van een noodlottig geheel.

Dit moet ophouden, collega's. Wij verwerpen uw verslagen en zullen na de verkiezingen aansturen, waar we dat als ENF ook maar zouden kunnen, zowel in de Raad, in de Commissie als in dit Europees Parlement, op een fundamentele herziening van de Europese samenwerking, weg van uw federale integristische visie. Dank u.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, για τα κράτη που εφαρμόζουν το δίκαιο της καταγωγής, δηλαδή το *jus sanguinis*, η ιθαγένεια είναι μία ιδιότητα, ένα προνόμιο το οποίο αποκτάται με τη γέννηση ενός ατόμου από γονείς που ανήκουν στην ίδια φυλή και στο ίδιο έθνος. Γι' αυτό, λοιπόν, η ιθαγένεια δεν είναι απλώς ένας νομικός δεσμός ατόμων που έχουν κοινή καταγωγή· είναι κάτι περισσότερο. Είναι ένας πολιτιστικός, πολιτισμικός και κοινωνικός δεσμός που στηρίζεται στην αίσθηση της κοινής εθνικής συνείδησης. Για τον λόγο αυτόν, η ευρωπαϊκή ιθαγένεια είναι μία κατάσταση ασαφής και σκοπίμως συγχέεται με την υπηκοότητα, που είναι απλώς η νομική σχέση του υπηκόου, δηλαδή του πολίτη προς το κράτος στο οποίο ανήκει. Η ευρωπαϊκή ιθαγένεια έχει εφευρεθεί απλώς για να καταργήσει και να καταστρέψει τα εθνικά κράτη. Γι' αυτόν ακριβώς τον λόγο, η αριστερή κυβέρνηση της Ελλάδας προωθεί μαζικά τη χορήγηση ιθαγένειας σε παράνομους λαθρομετανάστες, ούτως ώστε να αποκτήσουν δικαίωμα ψήφου και να καταστρέψουν την Ελλάδα.

György Schöpflin (PPE). – Mr President, fundamental rights are a concept that everyone will support wholeheartedly. Problems only arise when these rights start to proliferate and it becomes impossible to know whether a right is fundamental or not. We are currently in the midst of an inflation of rights.

Second, when we raise the question of rights, are we focusing on law or on politics? If you do not keep the two separate, we politicise the law and legalise politics and that is not compatible with democracy.

Third, if we frame everything in the language of rights, then compromise, the keystone of democratic politics, becomes difficult to attain. The underlying dynamic of rights is a moral imperative, and morality is all but impossible to compromise.

Finally, if we are indeed dealing with fundamental rights, these must apply to everyone, even-handedly and indeed equitably. If this even-handedness is absent, we create privileged groups and exclude others. That is the high road to trouble, to serious trouble indeed. Look around Europe today to see what I mean.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Die Charta ist zweifellos das Herzstück der Europäischen Union. Sie fasst alle bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger zusammen und garantiert ihnen diese Rechte, Freiheiten und Grundsätze, und zwar gegenüber den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, und sie bindet die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Unionsrecht.

Ich danke Kollegin Spinelli für ihren umfassenden Bericht. Darin wird nicht nur die herausragende Bedeutung der Charta für die Bürgerinnen und Bürger unterstrichen, betont wird vor allem, dass alle Organe der Union gefordert sind, die Wahrung der Grundrechte in allen Tätigkeitsbereichen der Union sicherzustellen. Dazu gehört, die entscheidende Stellung der Grundrechteagentur zu stärken und ihre Expertise besser zu nutzen. Hier fordert der Bericht, die Verordnung der Agentur zu überarbeiten, um es ihr zu ermöglichen, auf eigene Initiative Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften der EU abgeben zu können. Dazu gehört auch, dass die Union gemäß den Verträgen verpflichtet ist, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten. Der EuGH hat vor vier Jahren hierzu ein Gutachten vorge-

legt, das die Schwierigkeiten dabei aufzeigt. Hier ist meines Erachtens die Kommission gefordert, konstruktive Lösungen vorzulegen, um die rechtlichen Hindernisse für diesen Beitritt zu überwinden. Ich hoffe, dass dies alsbald in Angriff genommen wird.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Um kurz auf meine Vorrednerin einzugehen: Also, dass die Implementierung der Grundrechte – die ohnehin Gültigkeit haben – gegen Übergriffe der Institutionen schützen soll, das wird es erst noch weisen müssen. Ich habe da so meine Zweifel, dass das in der Zukunft besser funktionieren wird als in der Vergangenheit, zumal gerade die Rechtsstaatsfrage in der Europäischen Union ziemlich fraglich ist, nach dem, was in den vergangenen Jahren hier so passiert ist.

Aber viel interessanter ist die Frage, ob es innerhalb dieser Europäischen Union – in diesem Zustand – tatsächlich so etwas wie europäische Bürger – die europäisch denken – innerhalb eines europäischen Nationalstaates geben kann. Das ist sicherlich ein Traum, den viele träumen. Ich kann den sogar nachvollziehen, aber er hat nichts mit der Realität in den Nationalstaaten zu tun, und er hat vor allem nichts mit der Realität des Zustandes dieser Europäischen Union während des Brexit-Chaos zu tun.

Pál Csáky (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Fontosnak tartom, hogy a bíróság kimondta, hogy az uniós polgárságból eredő jogok és kötelezettségek indokolatlanul nem korlátozhatók a tagállamok által. Tehát minden uniós polgár egyenlő, a jogaik érvényesítését pedig nekünk politikusoknak is elő kell segítenünk. A jelenlegi helyzet viszont azt mutatja, hogy vannak még jócskán különbségek. Ezért szeretném ismét felhívni a figyelmet az európai őshonos vagy nemzeti kisebbségekre, akik évszázadok óta részei Európának és gazdagítják nyelvükkel, kultúrájukkal a kontinentet. Sokan közülük többet vártunk a Lisszaboni Szerződés második cikkelyétől és az Alapjogi Charta rendelkezéseitől is. A Charta huszonegyedik cikkelye kifejezetten tiltja a nemzeti kisebbséghez tartozás alapján történő megkülönböztetést, de sajnos ennek hatékonysága nem mindig megfelelő. Emlékeztetem a tisztelt Bizottságot és a kollégákat arra, hogy az őshonos kisebbségek mindaddig nem lesznek teljesen egyenértékű polgárai az EU-nak, amíg nem születik külön rájuk vonatkozó átfogó uniós védelmi rendszer. Ilyen vonatkozásban nagy reményeket fűzünk a „minority safe pack” nevű kezdeményezéshez.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, manifestement, pour faire l'objet d'une vision globale, la mise en œuvre du traité de Lisbonne nécessite beaucoup d'expertise. Et, dans cette expertise – comme vous êtes par ailleurs, me semble-t-il, candidat à la présidence de la Commission – je vous inviterai à regarder de près certains éléments que nous avons mis dans le rapport de M^{me} Mercedes Bresso sur le rôle du secrétaire général, alors que la Médiatrice s'apprête à conforter, à confirmer, sa vision selon laquelle cette procédure de nomination devrait être révisée. Il y a là – je pense – des failles auxquelles il faut remédier et je ne doute pas que c'est un des thèmes que vous aurez à aborder dans votre campagne.

Je voudrais aussi dire un mot sur le rapport de M^{me} Spinelli qui, dans un amendement 17, propose que l'on rouvre le champ d'application de la charte. C'est le fameux article 51 de cette charte, lequel avait été introduit à la demande des Britanniques qui ne voulaient pas que les droits ainsi définis puissent s'appliquer directement à nos concitoyens. Je crois qu'après le Brexit, s'il a lieu, il faudra regarder cette question, même si je suis consciente qu'elle dépasse la mise en œuvre et suppose un changement.

Michał Boni (PPE). – Panie Przewodniczący! Dziękuję Sprawozdawczyni za świetną współpracę! Sprawozdanie ocenia skuteczność traktatowych koncepcji, żeby zmniejszyć lukę między integracją europejską a potencjałem obywatelstwa europejskiego. Nie ma sprzeczności między byciem obywatelem danego kraju i poczuciem tożsamości narodowej a obywatelstwem i poczuciem tożsamości europejskiej. Tylko zamknięte głowy nacjonalistów tego nie rozumieją. Każdy z nas jako obywatel państwa unijnego posiada przecież obywatelstwo europejskie dające wiele swobód i przywilejów jako efektów realnej integracji. Jak zawsze oprócz przywilejów są obowiązki, choćby udział w wyborach. Akcja „Tym Razem Głosuję” mająca zwiększyć frekwencję jest ważna, bo wyniki tych wyborów określają przyszłość Unii.

Sprawozdanie proponuje europejski statut obywatelstwa, gdzie zebrane będą z różnych dokumentów Unii prawa i możliwości obywatelskich działań oraz budowania demokracji przez uczestnictwo. Nie ma dzisiaj nic ważniejszego niż rozbudzenie potrzeby uczestnictwa w demokracji europejskiej poprzez wpływ na decyzje. Udział obywateli w kształtowaniu agendy unijnej wzmacnia ich poczucie współwłasności projektu europejskiego. Brak aktywnego uczestnictwa rozwija poczucie niepewności i zagrożeń, podsycając populizm. Uczestnictwo europejskich obywateli w europejskiej demokracji musi być silniej wspierane przez społeczeństwo obywatelskie. Tam się praktykuje demokrację na co dzień. Na nadchodzącą kadencję sprawozdanie to jest do pełnego wdrożenia.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor presidente, se habla sobre ciudadanía europea, y me gustaría recordar que esto es justamente hacer Europa. Porque vivir como europeos en cualquier lugar de Europa, en cualquier nación, y tener los mismos derechos que los nacionales, justamente esta es la gran reivindicación de este informe. Y quiero sumarme también a los elogios que se han hecho al señor Lamassoure a propósito del informe sobre la cooperación reforzada.

Me gustaría decir que la cooperación reforzada es uno de esos elementos que constituye el camino de construir la Europa que tenemos que hacer. Porque las diferencias nacionales no pueden ser un parón a la voluntad de un grupo de países —de la mayoría de los países— de hacer Europa. Hay demasiada heterogeneidad, hay demasiadas diferencias, pero hay un mundo que reclama que Europa trabaje conjuntamente y haga más cosas juntos, y la cooperación reforzada es un instrumento necesario. Por eso quiero también agradecer este informe, que tiene que marcar la ruta de esta Europa del futuro que la mayoría quiere construir.

Procedura «catch the eye»

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, domnule comisar Timmermans, în opinia mea, Parlamentul trebuie să dețină, să exercite instrumente puternice de control asupra Comisiei Europene.

Vă voi relata o situație care privește România și mecanismul MCV. Există acum, în țara mea, suspiciunea că, pentru redactarea rapoartelor MCV, nu se utilizează date la zi sau datele nu sunt verificate și nici verificabile sau nu sunt de acuratețe. Având această suspiciune, care s-a propagat imediat în mass-media, România s-a adresat Comisiei Europene prin intermediul Reprezentanței acestei instituții de la București în sensul clarificării aspectelor care au trezit suspiciunea asociațiilor de magistrați din România. Fiind un raport întocmit de către Comisie este limpede, omeneste, ca să spun așa, ca această instituție să încerce să justifice modul de întocmire a raportului respectiv fără obiectivitatea necesară.

Nu am nicio îndoială despre faptul că răspunsul care va veni din partea Comisiei va fi unul pe care îl știm dinainte cu toții. Consider că o astfel de sesizare ar fi putut face direct obiectul unei verificări din partea Parlamentului European prin comisiile de specialitate, de la caz la caz, astfel încât să se evite pierderea de timp, iar Parlamentul să își poată exercita controlul asupra Comisiei.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, Lisabonski ugovor je, kao što je poznato, praktički prepisani Europski ustav, koji je odbijen na referendumima. Uz minimalne korekcije, građanima se podvalilo ono što nisu željeli i za što Europa nije bila spremna. Tako je stvoren ugovorni okvir za federaciju koja još uvijek ne postoji u stvarnosti i koju građani ne podržavaju.

U tom pravnom vakuumu prije i poslije svakih europskih izbora institucije Unije tuku se međusobno za prevlast pa smo tako nategnutom interpretacijom dobili sustav *Spitzenkandidata* oko kojega i dalje nema konsenzusa. Međusobna suradnja EU institucija u dobroj vjeri, umjesto borbe za moć, prvi je preduvjet boljeg funkcioniranja Unije.

Nužno je podići razinu političke i profesionalne odgovornosti kako bi se izbjegli mutni scenariji poput prošlogodišnjeg sramotnog imenovanja novog glavnog tajnika Komisije za koje nitko nije odgovarao.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, muy poca gente fuera de aquí o de las instituciones sabe que el 9 de mayo es el Día de Europa. Al no ser festivo, es un día totalmente invisible, y lo que no es visible no existe. Y es el olvido, junto al miedo, lo que amenaza nuestra convivencia. Por eso, recordemos que el proyecto europeo es una gran herramienta para la paz, para la solidaridad, para las conquistas sociales de la posguerra. Para ello, hagamos que el Día de Europa sea festivo en toda la Unión Europea. Frente al olvido, más memoria. Resaltamos lo que tenemos en común, los símbolos cotidianos y compartidos entre toda la ciudadanía europea, porque quien no recuerde su pasado está condenado a repetirlo.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a Carta dos Direitos Fundamentais da União Europeia resultou de uma tentativa de dar uma aparência social a um projeto de integração que, pela sua matriz e pelas suas políticas, é marcadamente antissocial. Também por isto este documento constitui um acervo minimalista e redutor, face, por exemplo, à Declaração Universal dos Direitos do Homem, a constituições nacionais – como é o caso da Constituição da República Portuguesa – ou até face à Carta Social do Conselho da Europa.

Os últimos anos deixaram a nu a incompatibilidade entre a ação e as políticas da União Europeia e a concretização de direitos económicos e sociais. A União Europeia tem sido um fator de bloqueio e não de promoção de direitos. Olhamos para os resultados do semestre europeu, da governação económica, do tratado orçamental, olhamos para a ação do Eurogrupo, da Comissão Europeia, para as intervenções da Troika, autênticos rolos compressores de direitos fundamentais.

É cada vez mais evidente que os direitos fundamentais dos povos se afirmam, e se afirmarão, contra toda esta panóplia de instrumentos que constroem o seu desenvolvimento soberano.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I am a proud European and I am happy to say that that does not devalue my British citizenship, for me it only enhances it. I like having multiple identities. But if Brexit happens and the UK is no longer a Member State, I will no longer be a citizen of the Union and nor will 68 million others. And it's important for you to bear in mind that only 17.4 million voted to lose their EU citizenship.

European citizenship has no equivalent anywhere in the world. It's one of the finest achievements of the European Union and it should be celebrated. It has allowed us to travel, work, study, trade and fall in love across 28 borders. Losing our EU citizenship will be an enormous loss to the British people, to its businesses and the services that we provide with our closest neighbours.

The UK Government has promised settled status to all those who have come to the UK legally under the derived rights of the EU law, but sadly this is not the case. I need just to finish with this: with less than 50 days to go, the rights of Zambrano carers are still not resolved. So, with thousands of families in limbo, the UK Government should immediately honour their rights.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i recenti cambiamenti del processo legislativo hanno comportato la necessità di rafforzare le procedure di controllo parlamentare.

Il Parlamento europeo però non sta sfruttando appieno i suoi strumenti di controllo politico dell'esecutivo, a causa di una serie di motivi, alcuni relativi alla struttura istituzionale dell'Unione, altri invece riguardanti le mutevoli dinamiche interistituzionali. In assenza di una leale cooperazione da parte del Consiglio, la prassi istituzionale, di fatto, non consente un adeguato controllo sul bilancio, determinando una grave mancanza rispetto agli obblighi del trattato.

Condivido la proposta della collega Bresso di avviare negoziati tra il Consiglio, la Commissione e il Parlamento, per assicurare il diritto del Parlamento di accedere a tutte le informazioni relative alle modalità di esecuzione del bilancio del Consiglio. Ritengo inoltre che il Consiglio non possa sottrarsi al rispondere alle interrogazioni scritte del Parlamento o al partecipare alle audizioni e alle discussioni riguardanti l'esecuzione del proprio bilancio.

In assenza di tale collaborazione, penso che il Parlamento dovrebbe concedere il discharge soltanto alla Commissione, assicurando che nessuna sezione del bilancio dell'Unione sia seguita senza un adeguato controllo.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señor vicepresidente Timmermans, somos muchos los que en este Parlamento Europeo hemos seguido, no ya con interés, sino con una valoración muy positiva, su compromiso con una *better regulation*, una mejora del funcionamiento del Derecho europeo.

Pero aquí hablamos también de la implementación del Derecho europeo ya en vigor, en particular del que reforzó a este Parlamento Europeo como nunca antes en la historia, con la entrada en vigor del Tratado de Lisboa. Y por eso creo que, antes que pensar en revisar los Tratados para reforzar aún más al Parlamento Europeo, convendría cumplir mejor la función parlamentaria que distingue a un Parlamento que merezca ese nombre.

Para empezar, exigiendo que la Comisión responda de manera exacta y, por supuesto, inmediata, calculada en el tiempo, de acuerdo con el mandato del Parlamento a las iniciativas del Parlamento Europeo. Y, en segundo lugar, la calidad de las respuestas de la Comisión al Parlamento Europeo, que deja muchísimo que desear.

Somos muchos los que nos enfadados regularmente cuando recibimos respuestas inanes de la Comisión, rutinarias, que significan en la práctica un desprecio a la verdadera dimensión del Parlamento Europeo como órgano de control político del trabajo de la Comisión. Por eso creemos que un compromiso en la mejora de la calidad de las respuestas sería un enorme paso adelante en el respeto a este Parlamento Europeo.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I have listened to the different perspectives in this Parliament on what it is to be a citizen and on the issue of an ever-closer Union, and I want to start by adding my own perspective, after 33 years now, first as a soldier, then as a diplomat, then as a Member of Parliament, then a Minister, and now as a Member of the Commission.

It would be impossible for me not to acknowledge that, in those 33 years, European citizens from east and west, north and south have grown closer together. In that sense, an ever-closer Union is something that I have seen happening in my lifetime. It is not anybody's dream to impose a 'superstate' or something of that nature. It is about citizens sharing, more and more, the same values and coming closer together on what they think is important for them and their children.

Who could say today that a Polish citizen living in the European Union is less free than a Polish citizen before Poland joined the European Union? Nobody could say that!

Who could say today that any citizen, in any Member State, has lost her or his identity because of the European Union? I honestly believe identities are more protected thanks to the European Union, thanks to the Charter of Fundamental Rights, and thanks to all the legal norms that the European Union and its Member States have adhered to.

So let's not turn things around. Let's see them in the right historical perspective. I wanted, at least, to share with you my perspective. I respect all the other perspectives, but this is mine, from my experience.

I want to add that the reports we're discussing today are part of an ongoing process of institutions trying to work within the legal order that we have, the Treaties, to try to improve the situation: not just creating more power for themselves but doing something about our citizens' worries, and finding answers to the big challenges. And, boy, has the European Union been challenged in the past 10 years! Crisis after crisis – and, every time, this Parliament has responded with great responsibility to those crises, working together closely with the Commission, sometimes not so closely with the Council, but all three of us trying to find solutions.

These reports reflect the wish of the majority of this Parliament to do an ever-better job, and the Commission will be on your side to try to improve its activities, to work together to improve our performance for European citizens. I would invite you to join me in trying to convince the Council to take similar steps forward. I think this is important.

I want to end on the issue raised by Alain Lamassoure.

Chers collègues, chers parlementaires, je voudrais vous dire que la pensée d'Alain Lamassoure, qui est convaincu que nous pouvons encore faire un grand nombre de choses au sein du traité que nous avons aujourd'hui entre les mains, est une réalité politique qui nous pousse à agir, sur la base de ce qui est écrit dans les rapports, mais aussi avec une volonté politique en cherchant une majorité au Parlement européen.

Certes, cette majorité ne sera pas la même qu'auparavant, certes il y aura beaucoup de travail à faire, mais je crois vraiment que les traités existants nous offrent de très nombreuses possibilités.

Un jour, il faudra changer les traités mais, pour le moment, nous devons travailler avec les traités existants. Et ce que M. Lamassoure a écrit dans son rapport nous conduit à chercher des réponses aux défis d'aujourd'hui et de demain, au sein des traités, en rapprochant l'Union européenne de ses citoyens.

Je m'adresse maintenant directement à Alain Lamassoure, en reconnaissance du travail qu'il a fait au Parlement européen, en reconnaissance du travail qu'il a fait pour l'intégration européenne, afin d'aider l'Union à relever les défis d'aujourd'hui et de demain, et aussi, si je puis dire, pour son amitié, son intégrité et sa pensée vraiment très européenne. Merci, Alain.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, ponente. – Señor presidente, comisario Timmermans, creo que es muy claro que en este momento no podemos ser ni tímidos ni desde luego nada ambiguos ni cobardes. Porque tenemos que defender las instituciones europeas, entre otras, a este Parlamento, que es democrático, y a la Comisión, que en aquello que le compete está haciendo posible que con políticas que tienen un valor añadido europeo podamos solucionar problemas que cada uno de los países pequeños no podrían solucionar en este mundo real del siglo XXI globalizado.

No es un capricho de identidades, desde luego. Hay que tener una identidad muy cerrada y que busque la homogeneidad —o sea, cortar a la gente sus libertades— para pensar que aquí se intenta imponer algún tipo de identidad. Nada más lejos de la realidad. Ahora bien, tenemos que explicar a los ciudadanos que hay quienes no quieren que tengan más derechos como ciudadanos europeos, que no quieren que tengan derecho a completar lo que es la movilidad europea, que no quieren inversiones, que no quieren los temas sociales para que los jóvenes, especialmente los jóvenes, puedan vivir con más plenitud y se puedan mover de un sitio a otro.

Que hay quien mira de una manera sospechosa, como si fuera algo vergonzoso, que podamos tener un día común, un Día de Europa. Pues algunos, desde luego, ni tenemos cobardía ni tenemos ambigüedades, y lo decimos con claridad. Ojalá los Estados miembros digan que podemos tener un día común. Y los valores comunes no son para nada infiltrarse en ningún tipo de identidad. Las identidades son múltiples y, si no, lean ustedes a Amin Maalouf.

Alain Lamassoure, rapporteur. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier Pascal Durand, Ramón Jáuregui Atondo et vous, Monsieur le Vice-président pour les paroles très aimables que vous avez eues à mon endroit et remercier aussi, pour leurs applaudissements, tous ceux qui nous regardent par internet.

Je voudrais ajouter un point très important – et je crois, là aussi, Monsieur le Vice-président que vous serez d'accord avec cette analyse –, une des raisons pour lesquelles les coopérations renforcées n'ont pas suffisamment fonctionné, c'est parce qu'aucune des trois institutions ne s'est vraiment organisée pour les mener à bien, pour les prendre au sérieux et se les approprier. Au fond, du côté de la Commission comme du côté du Parlement, quand on dit qu'il y a une coopération renforcée, on comprend que cela intéresse certains États et que dès lors ce n'est pas véritablement communautaire. Et comme les gouvernements changent eux-mêmes, du côté du Conseil, ce qui est une priorité pour certains gouvernements à un moment donné ne l'est plus lorsqu'il y a eu des changements électoraux dans les pays qui étaient les initiateurs. Et c'est la raison pour laquelle nous recommandons, dans notre rapport, que chaque institution, et notamment la Commission européenne, s'organise: est-ce qu'il faudra un commissaire particulier? Cette question pourrait être décidée par un futur président de la Commission. Est-ce qu'il faudrait créer une commission ad hoc dans notre Parlement?

Nous recommandons plutôt, chaque fois qu'il y a une coopération renforcée, que l'on crée une sous-commission au sein de la commission permanente et que l'on essaie de régler cette question, que nous n'avons jamais réglée au Parlement européen, parce qu'il n'y avait pas eu de majorité jusqu'à présent. J'espère que les choses changeront avec le futur Parlement. Il faut faire en sorte qu'il s'agit de passer au vote, ceux qui sont élus par les citoyens auxquels les décisions vont s'appliquer soient, évidemment, ceux qui votent, et que ceux qui ne sont pas élus par les États dans lesquels la coopération renforcée ne s'appliquera pas participent à ce moment-là, dans l'esprit du traité, aux délibérations et aux discussions, mais pas au vote.

Mercedes Bresso, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, collega Tomašić, io Le vorrei ricordare che la maggior parte dei nostri paesi ha ratificato due volte questo trattato – la prima volta come trattato costituzionale, la seconda come trattato di Lisbona – e che il suo paese è entrato nell'Unione europea ratificandolo. Quindi la sua legittimità è incontestabile, ed è una grave sciocchezza metterla continuamente in discussione come fate.

Tornando alle nostre relazioni, io credo che tutte queste relazioni siano un esempio di come il trattato di Lisbona offra molti strumenti anche per rendere più chiaro e più trasparente il funzionamento delle nostre Istituzioni. E ognuna di queste relazioni va in questa direzione: rendere più democratico il funzionamento delle Istituzioni.

In particolare, nella relazione di cui sono titolare, noi affrontiamo molto la necessità di tenere conto della complessità del sistema parafederale europeo, e quindi di un problema di controllo verticale, perché ci sono molti soggetti esecutivi – e la Commissione da sola non è l'esecutore di tutte le attività legate alle direttive e ai regolamenti –, ma anche orizzontali. Il tema, ad esempio, del ruolo enorme che hanno le agenzie, il cui controllo sfugge molto, se non in termini di budget, al Parlamento.

Quindi il problema di evitare l'accusa alle Istituzioni europee di un eccesso di burocrazia nasce anche da questo, dall'impressione che i cittadini hanno che questo controllo alla fine sfugga un po' a tutti. Sfugge all'esecutivo principale che è la Commissione, sfugge al Parlamento, sfugge ancora di più probabilmente al Consiglio, ed è sempre più complesso.

Credo quindi che un lavoro di maggiore trasparenza, chiarezza e forza nel controllo lo dovremmo fare, o lo dovranno fare, nel prossimo mandato, quelli che ci saranno.

Barbara Spinelli, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei concludere insistendo sulla crisi dell'ultimo decennio. Essa ha accentuato poteri di indirizzo della Commissione che in molti Stati membri non sono sempre ritenuti legittimi e democratici. Si tratta di restituirle questa legittimità, molto fragile senza un più sistematico riferimento alla Carta.

Il Commissario Malmström ha detto una volta che, nel negoziare il TTIP, l'esecutivo europeo non poteva tener conto delle obiezioni provenienti dalla società civile. Disse: «Non ho ricevuto un mandato dal popolo europeo». Ovvio che in questo modo le Istituzioni appaiano lontane, ostili ai movimenti dal basso.

Alla sfida del sovranismo occorre rispondere con una sovranità che sia condivisa, sì, ma fondata sulle esigenze dei vari popoli di veder rispettati i propri diritti sociali e civili. Se non ne teniamo conto, se creiamo a uso elettorale una contrapposizione fra sovranisti ed europeisti, per forza cadremo nel linguaggio non più politico ma teologico in cui è caduto Donald Tusk, secondo cui ci sarebbe uno speciale posto all'inferno per chi in Gran Bretagna negozia male l'uscita dall'Unione. Dimenticheremo che al centro della questione Brexit ci sono i diritti e la legge primaria europea, come spiegato molto bene dalla collega Julie Ward, non una specie di giudizio universale realizzato nella storia e realizzato prima del tempo.

Presidente. – La discussione congiunta è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 12 febbraio 2019.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D), par écrit. – C'est le cœur de l'Europe que nous discutons ici: la mise en œuvre de la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne. Cette charte a constitué un tournant sans précédent dans notre histoire. Avec elle nous sommes bien plus qu'une communauté économique, nous sommes avant tout une Union fondée sur l'état de droit et les droits de l'homme. Néanmoins derrière les belles déclarations, je regrette que ce texte historique soit sous-évalué et sous-exploité, au détriment des citoyens européens qui perdent une occasion de profiter d'un traité qui les protège, par exemple, de toute discrimination fondée sur le sexe, les origines ou la religion. Texte sous-exploité en particulier par les États en raison de la difficulté à l'appliquer tant le champ d'application dans le droit national est vague et mal défini. Notre rapport parlementaire comporte de nombreuses solutions en la matière: produire des orientations sur la manière dont les droits fondamentaux devraient être pris en compte par les États ou réviser le champ d'application de la charte. La situation politique en Europe est bien morose en matière de droits fondamentaux mais la meilleure des réponses est bien de continuer à affirmer nos valeurs et à renforcer nos institutions

Kārlis Šadurskis (PPE), rakstiski. – AFCO komitejas ziņojumam par ES pilsonības īstenošanu bija skaidrs mērķis — izvērtēt pilsoņiem paredzētās tiesības ES pamatlikumos un ieteikt veidus, kā labāk parādīt ES pilsonības ieguvumus un veicināt sabiedrības integrāciju. Taču uzskatu par pilnīgi nepieņemamiem grozījumiem, kuri jebkādā mērā saista ES pilsonības konceptu un priekšrocības ar uzturēšanās statusu vai kuri cenšas palielināt ES izmantoto valodu klāstu, iekļaujot arī dažādu reģionu minoritāšu valodas oficiālā ES komunikācijā. Pirmkārt, ES pamatlīgumi nosaka, ka ES pilsonība, ar to saistītās privilēģijas un tiesības pienākas tikai ES dalībvalstu pilsoņiem. Mēģinājumi sasaistīt ES pilsonību ar uzturēšanās statusu kādā ES dalībvalstī noniecina ES pilsonību un padara to par pērkamu preci, nevis dalībvalstu pilsoņu priekšrocību. Otrkārt, ES ir 24 oficiālās valodas — to dalībvalstu oficiālās valodas —, kurās var sazināties ar ES institūcijām. Ieteikumi atļaut oficiālo komunikāciju ar ES institūcijām un to iekšienē arī minoritāšu valodās ir lēts pirmsvēlēšanu triks, kuru kategoriski neatbalstu.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – As a shadow rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE Committee), I am disappointed to see that the final report on EU citizenship does not include any references to the protection of national minorities, despite the strong references accepted in the LIBE Committee. It is difficult to understand that – even though approximately 8% of EU citizens belong to a national minority and approximately 10% speak a regional or minority language – more than 10 years after the signing of the Lisbon Treaty the EU has still not developed a common EU framework to guarantee these citizens' rights.

In the years that have passed since the adoption of the Lisbon Treaty, disillusionment has grown in the hearts of many such citizens, as the EU has not only neglected to adopt legal acts for their protection but has also failed to sanction Member States which have started curtailing acquired rights. It is time that the EU acknowledged the special contribution of autochthonous national, ethnic or linguistic minority communities to European diversity; time that it stopped turning a blind eye to their concerns; and time that it took seriously its duty to protect them and to guarantee their rights.

17. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Paulo Rangel, a nome della commissione per gli affari costituzionali, su un progetto di regolamento del Parlamento europeo che fissa lo statuto e le condizioni per l'esercizio delle funzioni del mediatore (statuto del mediatore europeo) e che abroga la decisione 94/262/CECA, CE, Euratom (2018/2080(INL) (A8-0050/2019).

Non vedendo ancora il relatore presente in Aula, procedo quindi a dare la parola, a nome della Commissione, al Vicepresidente Frans Timmermans.

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, as soon as he is here, I will thank the rapporteur, Mr Rangel, for his work on the report on the Statute of the European Ombudsman. The European Ombudsman is a key part of the institutional system of the European Union and an essential aid at the disposal of European citizens, who are entitled to good administration from the EU institutions and bodies. I would like to commend the Ombudsman's work in fighting maladministration, which has been highly effective. This is illustrated, for example, by the high compliance rate of EU institutions and bodies with her recommendations, which is around 80%.

In this context, we welcome the Parliament's report on the Ombudsman's Statute. It is, of course, essential that the outcome of this review fully respects the respective roles of the EU institutions and bodies as established by the Treaty. I'd like to make a few preliminary remarks without prejudice to the formal opinion that the Commission will issue at a later stage, as foreseen in the Treaty.

We would agree in principle to amendments that consolidate current practice, which in our experience has worked well. This includes the possibility for the Ombudsman to propose solutions and for the deadline for the Commission to reply to recommendations to be able to be extended by two months. Extending the possibilities for the Ombudsman to appear before the European Parliament would also be welcome as, in principle, is the possibility for the Ombudsman to refer issues to OLAF and the European Public Prosecutor's Office. As regards the proposed extension to three years of the deadline for lodging a complaint, we'd like to better understand the reasons for such an extension. We're not opposed in principle but, to our knowledge, the current two-year period does not seem to have raised any practical problems. In addition, the more time that has elapsed, the more difficult it is for the administration to effectively address the issue raised by the complainant.

I would also like to recall that the Ombudsman's role is to deal with cases of maladministration. Cooperation between the Ombudsman and the Fundamental Rights Agency on national fundamental rights, institutions and bodies should remain within that remit. These are preliminary remarks and the Commission will, of course, issue its opinion on the review at a later stage in the procedure, in line with Article 228 of the Treaty.

Margrete Auken, *ordfører for udtalelse fra Udvalget for Andragender*. – Hr. formand! Og tak også for hr. Timmermanns' gennemgang her. Jeg kan fuldstændig dele det. Derfor er jeg også lidt ked af, at de ændringsforslag, vi faktisk fik lavet i Udvalget for Andragender, hvor vi havde et rigtigt godt samarbejde, ikke allesammen overlevede AFCO. Jeg ved ikke, hvad der skete i AFCO. Her jeg gerne for mit vedkommende nævne to sager, som er afgørende – som hr. Timmermanns også kom ind på – nemlig dem, der har med god forvaltningsskik at gøre. Det ene er, at vi skal have slået fuldstændigt fast, at adgang til dokumenter skal være en selvfølge, og at det kun er de yderste sjældne tilfælde, at den ikke kan gives. Det ændringsforslag 9 vil jeg meget gerne bede om, at vi får.

Det andet drejer sig om interessekonflikter. Det er stadigvæk i alle vores lande et stort problem, at der er interessekonflikter i store dele af vores forvaltning, hvor det ikke er nok bare at sige, at man har den. De må slet ikke være der, hvis borgerne skal have tillid til os. Derfor vil jeg bede meget om, at det sker! Og jeg vil lige sige, at disse to punkter, som der jo er lov om i forvejen, drejer sig også om at give os stærke og stolte embedsmænd, for det er godt for forvaltningen og embedsmændene, at der er den sikkerhed omkring dem.

György Schöpflin, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I think we can all agree that the Ombudsman performs an extremely important function, because one of the factors that makes the European Union viable is its commitment to accountability and to following its own procedures. Sometimes it doesn't happen, but if this commitment is eroded, then the dangers of arbitrariness, the illicit enlargement of power, the abuse of power even, become real. The function of the Ombudsman, therefore, is to ensure that, in these areas of activity, accountability and procedural consistency are observed fully. In this regard, the institution of the Ombudsman performs a very useful function equilibrating between the different institutions of the European Union. The only problem that arises from this is an ancient one: who guards the guardians? It's the 'quis custodiet' problem.

Once upon a time, the proper operation was democracy, which was predicated on the political actors behaving with due regard for self-limitation. In the ideologically polarised world of today, self-limitation has fallen down the memory hole. So, the more guardians, the better.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, mi Grupo valora y apoya la función del Defensor del Pueblo. Como ha señalado el vicepresidente de la Comisión, es una institución clave para proteger a los ciudadanos de los casos de mala administración en las instituciones de la Unión.

Por lo tanto, queremos que esta institución siga funcionando en el marco institucional actual, pero adaptada a algunas cuestiones que han surgido en los últimos años y sobre las cuales se ha pronunciado el Parlamento: por ejemplo, mejorar el acceso a los documentos; por ejemplo, proteger o intervenir en la protección a los denunciantes; y, por ejemplo también, tener en cuenta los múltiples casos de acosos de distinto tipo que se producen en las instituciones.

Pero no queremos que el Defensor del Pueblo —el *Ombudsman*— sea un actor ante el Tribunal de Justicia de la Unión Europea. Queremos que siga la aplicación de las sentencias. Queremos que proteja en ese sentido a los ciudadanos europeos, pero no que sea a la vez un actor judicial. Y queremos que tenga mayores instrumentos financieros y administrativos para cumplir su labor.

Νότης Μαρίας, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι η λειτουργία του Ευρωπαϊού Διαμεσολαβητή έχει αποδείξει ότι ενεργεί με αποτελεσματικότητα και ότι έχει επιτελέσει τον ρόλο του όλα αυτά τα χρόνια. Βεβαίως, μπορούμε —με τροποποιήσεις— να ενισχύσουμε τη δράση του. Εγώ θεωρώ σημαντική την ανεξαρτησία του Διαμεσολαβητή. Ταυτόχρονα, πρέπει να αποκτήσει πλέον τη δυνατότητα ενισχυμένων ερευνών ιδία πρωτοβουλία. Έγινε σαφές, στην πράξη, ότι αυτό είναι εξόχως σημαντικό. Ο Διαμεσολαβητής ήλεγξε κατά πόσον τηρούνται και σε επίπεδο Επιτροπής οι διαδικασίες, ιδίως δε η αποφυγή της σύγκρουσης συμφερόντων, έκανε το ίδιο σε σχέση και με την ΕΚΤ και παρενέβη στα θέματα δημοσιότητας και διαφάνειας, ιδίως για το Eurogroup. Νομίζω ότι πρέπει να ενισχύσουμε περαιτέρω τον ρόλο του Διαμεσολαβητή, ιδίως στο θέμα των μαρτύρων δημοσίου συμφέροντος και, κατά τη γνώμη μου, να του δώσουμε το δικαίωμα να παρίσταται στο Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης υπέρ των δικαιωμάτων των πολιτών.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar, lo que queremos indicar es que el equipo de Emily O'Reilly y la función que están realizando desde la Defensoría del Pueblo Europea nos parece muy notable, y por eso hemos seguido con tanto interés algunos de los informes que, de forma más intensa, hablaban de la necesidad de que el acceso a la información no sea algo discrecional por parte de los poderes públicos. Y, si bien en un primer momento tuvimos dudas sobre si era prioritario o no reformar el Estatuto, lo que sí pensamos es que el señor Rangel ha sabido manejar el asunto de una manera prudente y muy específica.

Los cambios que se pretende introducir en el Estatuto son para reforzar la independencia y la eficacia de la Defensoría del Pueblo. Y están hechos con finura, por eso los aplaudimos. Ahora bien, ha habido enmiendas en el texto que fue aprobado por unanimidad en la Comisión de Asuntos Constitucionales, y nuestro Grupo quiere ser partícipe de aquellas que siguen el camino emprendido por la Comisión de Asuntos Constitucionales en lo que se refiere a la protección de los denunciantes y en algunos procedimientos que se refieren al acoso sexual.

Porque son cuestiones en las que podemos realizar mejoras y en este trámite parlamentario lo vamos a intentar realizar; en todo caso, lo que sí queremos decir es que los ciudadanos europeos esperan mucho de la Defensoría del Pueblo Europea y que nosotros tenemos que estar a la altura de esa expectativa.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, συνάδελφοι, ο θεσμός του Διαμεσολαβητή είναι ένας θεσμός που συμβάλλει στον εντοπισμό της κακοδιοίκησης. Το καταστατικό του πάλιωσε. Είναι το ίδιο εδώ και τριάντα χρόνια. Η ζωή όμως προχωρά και εμείς πρέπει να κάνουμε αλλαγές. Θα μου πείτε, η παρενόχληση στον εργασιακό χώρο των ευρωπαϊκών θεσμών, ένα θέμα για το οποίο έχουμε καταθέσει τροπολογίες, είναι κάτι καινούριο; Φυσικά και δεν είναι κάτι καινούριο. Είναι μια πολύ παλιά πληγή, αλλά τώρα είμαστε περισσότερο έτοιμοι να καταπολεμήσουμε αυτό το φαινόμενο και εδώ πρέπει να βοηθήσει ο Διαμεσολαβητής. Σας καλώ, λοιπόν, να υπερψηφίσετε τις τροπολογίες που κατέθεσα εκ μέρους της GUE/NGL. Να στείλουμε στους πολίτες ένα καθαρό μήνυμα διαφάνειας και εμπιστοσύνης: ότι ακούμε τα μηνύματά τους και μπορούμε να είμαστε αποτελεσματικοί.

Josep-Maria Terricabras, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the reform of the Ombudsman's Statute is a good opportunity to update its capacity. We want to include in the Statute three competencies.

First, on whistle-blowers, we want to make explicit that the Ombudsman should be able to carry out investigations based on information by whistle-blowers, and we want to delete the references to professional secrecy in order to avoid any possible restrictions on future legislation on whistle-blowing policies. Second, on sexual harassment, the Ombudsman should be able to deal with complaints on sexual harassment without exhausting the internal procedures of the institutions. Third, on public access to documents, we want to delete any restrictions on access to documents that narrow the scope of the Regulation on public access to documents. This is how we will continue to defend good administration and transparency.

Virginie Rozière (S&D). – Monsieur le Président, je voudrais d'abord, en tant que membre de la commission des pétitions, saluer le travail de notre rapporteure, Margrete Auken, qui montre le lien très fort que notre commission des pétitions entretient avec la Médiatrice, puis, évidemment, saluer le travail de la commission des affaires constitutionnelles, représentée par notre collègue Enrique Guerrero.

Notre groupe, mais il n'est pas le seul – vous l'avez entendu – a déposé des amendements importants pour renforcer le rôle de la Médiatrice européenne. La Médiatrice est, au travers du mandat du Parlement, le poste avancé des citoyens pour opérer le contrôle des institutions européennes. Pour cela, nous voulons – cela a été dit – que l'accès aux documents soit renforcé et que tout refus soit motivé, le cas échéant, devant la Cour.

Nous voulons aussi lutter contre les conflits d'intérêts: la Médiatrice est là pour garantir la bonne administration et nous voulons renforcer ses pouvoirs en ces matières ainsi que la protection des lanceurs d'alerte, pour faire en sorte que la Médiatrice puisse informer les citoyens, mais aussi coordonner les différentes entités nationales chargées de la protection des lanceurs d'alerte. Nous avons pris comme boussole, quelque part, le cas du «Selmayrgate». Dans ce cas-là, la Médiatrice a joué son rôle et pour l'instant, aucune conséquence n'en a été tirée. Nous voulons éviter que cela se reproduise et le renforcement des droits de la Médiatrice est un gage de bon fonctionnement de notre démocratie européenne.

Procedura «catch the eye»

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il regolamento che aggiorna lo statuto del Mediatore europeo rappresenta un esempio dell'impegno di questo Parlamento per garantire ai cittadini europei maggiore trasparenza e buona amministrazione, due fondamentali diritti previsti dalla Carta.

Fra gli aspetti più significativi del nuovo statuto rientrano le previsioni volte a garantire il raccordo con la futura Procura europea, laddove le inchieste del Mediatore dovessero rilevare reati contro gli interessi finanziari dell'Unione. La tutela degli interessi finanziari, che include la lotta alla frode e alla corruzione, deve infatti costituire parte integrante del diritto alla buona amministrazione.

È importante in tal senso anche la previsione, nel nuovo statuto del Mediatore, di uno specifico richiamo alla protezione dei *wistleblower*, così da permettere ai funzionari che vengano a conoscenza di casi di corruzione e frode all'interno delle Istituzioni e delle agenzie, di far emergere tali fatti senza temere ritorsioni. Questo potrà, a mio parere, potenziare la lotta a tali fenomeni, a beneficio delle Istituzioni e dei cittadini europei.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, just to say that, in our view, the Ombudsman remains an extremely important instrument for addressing maladministration, so that we correct mistakes and avoid maladministration in the future. Improving the way the Ombudsman works is in all the institutions' interests. So, in that sense, the Commission welcomes the report and, as you know, we will give a full reaction to it later, in conformity with Treaty rules.

I want to add one remark about whistle-blowers because this subject was mentioned by several Members. We are making good progress on really increasing the possibility of protection for whistle-blowers in the future and I want to thank Parliament for working closely with the Commission. Let's hope we can convince the Council to come to a conclusion soon.

I have to say this is beyond what I had initially expected, so I do want to express my gratitude to Parliament for working closely with the Commission on this.

Paulo Rangel, Rapporteur. – Mr President, I will speak in Portuguese, but first I would like to apologise to the Chamber, to the President and to the Vice-President of the Commission, for being late. Our way of life involves a lot of flying and when you are flying you cannot control the flight time. I am happy to have been able to attend a significant part of the debate and to speak at the end of it.

Senhor Presidente, queria dizer que é com imenso orgulho que apresento este relatório, desde logo porque ele teve o apoio unânime da Comissão de Assuntos Constitucionais e, portanto, significa que se conseguiu aqui uma base que é uma base, eu diria, muito consensual dentro dos membros da Comissão de Assuntos Constitucionais, e que, portanto, foi de um lado da bancada até ao outro percorrendo todos os grupos políticos que ali estão representados, portanto isto é o primeiro ponto.

O segundo é que era extremamente necessário fazer a reforma do Estatuto do Provedor de Justiça Europeu porque, talvez nem todos tenham consciência, mas o estatuto que nós tínhamos era anterior ao Tratado de Lisboa e, portanto, trata-se aqui, efetivamente, de fazer chegar, pelo menos ao eleitorado, nas eleições de 2019, um texto que esteja já em conformidade com o direito da União que já está em vigor há praticamente dez anos.

Devo, aliás, dizer que também é motivo de grande orgulho que este é um dos casos em que o Parlamento tem iniciativa legislativa e, portanto, é um caso singular do ponto de vista constitucional e por isso é um relatório também importante nessa medida.

Dito isto, eu queria dizer quais foram os dois princípios que conduziram a feitura deste relatório.

O primeiro foi: é preciso um novo estatuto adequado, mas não queremos, em caso nenhum, em caso nenhum romper com a ideia de *soft law* e de *soft power* que anda associada ao Provedor de Justiça. O poder do Provedor de Justiça, o poder do *ombudsman* é um poder suave, é um poder *soft*, é um poder informal. No dia em que ele passe a ser parte num processo, no dia em que ele passe a ter intervenções vinculantes, seja ainda que em domínios muito acabados, ele perde o seu poder.

Uma das razões pelas quais as instituições europeias, os vários corpos da União Europeia, confiam No Provedor é porque sabem que o seu poder não é vinculante. A sua autoridade e a sua força vêm da sua fraqueza, vêm da sua fragilidade. Ora havia algumas propostas e algumas tentativas de tornar numa espécie de procurador o provedor. Ora o provedor não é um procurador, o provedor não é um *prosecutor*, não é um ministério fiscal e, portanto, neste sentido, não é um *pubblico ministero*, como dizem os italianos e, portanto, é fundamental manter este *soft power* e creio que esse equilíbrio nós mantivemos.

Depois a segunda preocupação foi reforçar a independência, a imparcialidade, a isenção do Provedor, dando-lhe todos os meios para que ele possa atuar, garantindo que ele pode ter acesso a todos os órgãos e a todas as entidades e pode ter acesso a informação confidencial embora, evidentemente, fique vinculado por essa confidencialidade. Mas isso pode ser muito importante porque muitas vezes para chegar a algumas das suas conclusões, nos vários inquéritos que abre, nas várias diligências que faz, a capacidade de, por um lado, aceder a documentos confidenciais ou a informação confidencial, mas manter a confidencialidade dá-lhe, efetivamente, este estatuto.

Por isso o que nós fizemos foi também reforçar algumas das suas garantias de independência até no seu estatuto financeiro, etc., foi dar aqui alguma, diria eu, tradução prática à garantia de independência, de imparcialidade e de isenção do Provedor e, portanto, manter o seu estatuto de *soft power*.

Eu dizia que são estas as duas grandes armas de intervenção, depois há pequenos ajustamentos, pequenos acertos, nos direitos de queixa, num conjunto de pequenas matérias, que eu julgo que aperfeiçoam, mas não rompem com aquela que é a tradição de uma instituição, que até agora funcionou bem, e, enfim, costuma-se dizer, até no futebol, que, em equipa que ganha não se mexe. E, portanto, numa equipa como esta, que é uma equipa ganhadora, que é a da Provedoria de Justiça Europeia, evidentemente que nós mexemos o menos possível, mexemos o essencial para reforçar o seu estatuto e estamos muito satisfeitos que se tenha conseguido um grande consenso na Comissão de Assuntos Constitucionais.

Oxalá amanhã no plenário esse consenso se traduza também numa votação que reforce o Provedor de Justiça Europeu como um órgão no qual, não apenas as entidades europeias, mas especialmente os cidadãos da União Europeia, podem confiar e confiar plenamente. É ele o seu defensor, é ele o seu provedor.

PRÉSIDENCE: SYLVIE GUILLAUME*Vice-présidente*

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 12 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie.* – Rozwój roli Rzecznika Praw Obywatelskich w strukturze konstytucyjnej Unii wymaga utrzymania jego niezależności. Bezwzględnie konieczne jest zatem dostosowanie przepisów Statutu Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich do obowiązujących Traktatów. Konieczna jest również gwarancja, że organ ten nadal będzie odgrywał szczególną i decydującą rolę w ramach konstytucyjnych Unii Europejskiej.

Warto nadmienić, że wykonywanie obowiązków rzecznika nie powinno zależeć od innych instytucji, organów czy jednostek organizacyjnych Unii, ani z perspektywy politycznej, ani budżetowej. Co więcej, należy zobowiązać instytucje, organy i jednostki organizacyjne Unii do udzielania Rzecznikowi Praw Obywatelskich wszelkich wymaganych przez niego informacji, z zastrzeżeniem obowiązku nieujawniania takich informacji przez Rzecznika. Liczę, że nowy statut umocni niezależność i bezstronność tego organu.

18. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la Commission sur le droit à manifester pacifiquement et l'usage proportionné de la force (2019/2569(RSP)).

Karmenu Vella, *Member of the Commission.* – Madam President, marches, demonstrations and other forms of public gathering are an important expression of democracy, which must be safeguarded. Indeed, freedom of peaceful assembly and freedom of association are enshrined in Article 12 of the Charter of Fundamental Rights and are among the essential foundations of democratic societies. They are essential to the common constitutional traditions of Member States and thus of the European Union as a whole.

At the same time, in a democratic society these freedoms must be exercised whilst also respecting other freedoms and rights, and therefore may be subject to certain limitations if that is justified by objectives in the public interest, such as the maintenance of law and order. It is also important to remember that, as explicitly specified in the Charter, the fundamental freedom enshrined in Article 12 refers to peaceful assembly. On that basis, and within its competence, the Commission closely follows any relevant developments that could affect this right, and it stands fully ready to take action if needed. In accordance with the Treaties, the Commission can intervene only when an issue of European Union law is involved.

Renaud Muselier, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, je souhaitais vous raconter l'histoire de Jupiter revenu sur Terre.

Emmanuel Macron s'était fait élire sur une promesse: être un rempart contre les extrêmes et le chantre du «nouveau monde». Pour ce faire, il se fabriqua une majorité parlementaire peuplée d'incompétents et s'appuya sur un gouvernement composé d'ambitieux inexpérimentés et de quelques belles prises de guerre.

Deux années plus tard, et trois ministres d'État en moins, le président avait tout écarté sur son passage: corps intermédiaires, syndicats, collectivités et ses propres amis. Fort de son arrogance, Jupiter poursuivit son ascension et, à son grand détriment, débuta son apprentissage lorsque des hommes en jaune vinrent lui rappeler la vérité de la Terre en occupant tous les ronds-points. Ces ploucs, ces bouseux, ces gens qui n'étaient rien à ses yeux firent vaciller la République.

Depuis son château, le roi Emmanuel décida, sous la pression de leur courroux, de lâcher dix milliards d'euros de mesures en faveur du pouvoir d'achat, à l'aube de Noël, au détriment de l'orthodoxie budgétaire européenne dont il est le garant.

Finalement, le président de la République descendit dans l'arène du débat par tranches de six heures, toujours télévisées, afin de se confronter aux conséquences de sa politique. Sun Tzu inventa l'art de la guerre; Macron, lui, inventa celui des ronds-points.

Malgré tous ses efforts, manifestation après manifestation, la radicalité prit le dessus. Qui en était responsable: les gilets jaunes ou les casseurs, les gilets jaunes ou les anarchistes, les gilets jaunes ou les forces de l'ordre?

Alors que, sur nos visages, nous séchions à peine les larmes versées pour les morts des victimes du terrorisme, de Charlie Hebdo ou du Bataclan, quelle ne fut pas ma surprise lorsque je découvris la création d'une cagnotte pour le tristement célèbre boxeur frappant un gendarme à terre.

Je créai donc la mienne en réponse, au profit des 1 200 membres des forces de l'ordre blessés lors des manifestations. Le résultat fut sans appel: 130 000 euros pour le boxeur face à 1,5 million pour les forces de l'ordre, avec plus de 51 000 donateurs.

Moralité de l'histoire: la majorité silencieuse et indignée s'est réveillée, écrasant la cagnotte du boxeur par sa générosité participative. Le respect de l'autorité, le respect de la République, le respect des lois: Jupiter est enfin revenu sur terre et les braves gens retrouvent le respect qui leur est dû, et la justice sociale qui va avec.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht, seine Meinung gemeinsam mit anderen auch auf der Straße bei Demonstrationen kundzutun, sind essentielle Grundrechte aller europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Ich bin im sogenannten real existierenden Sozialismus – in der DDR – aufgewachsen, und ich weiß, was es heißt, wenn einem diese Freiheitsrechte abgesprochen werden, wenn Menschen mundtot gemacht, wenn sie wegen ihrer Meinung verfolgt oder gar zu Haftstrafen verurteilt werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein sehr hohes Gut. Und das ist nicht hoch genug zu schätzen, dass es in unserem geeinten Europa umfassend garantiert ist.

Umso mehr bestürzen mich immer wieder Bilder von Demonstrationen, in denen Gewalt eskaliert. Inakzeptabel ist das Einschmeißen von Fensterscheiben, das gezielte verletzen von Polizisten, das Anzünden von Autos oder das willkürliche Zerstören unserer Straßen und Plätze. Eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hat mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung nichts zu tun.

Andererseits muss auch die Polizei selbstverständlich gewährleisten, dass sie stets auf den verhältnismäßigen Einsatz der Mittel und Maßnahmen achtet und dass sie durch ihr Agieren nicht ihrerseits dazu beiträgt, dass ursprünglich friedliche Demonstrationen aus dem Ruder laufen. Sollte es zu unverhältnismäßigen Einsätzen von Polizeikräften kommen – auch das haben wir leider bei verschiedenen Anlässen erlebt –, müssen diese lückenlos aufgeklärt werden. Das Recht auf friedlichen Protest, das muss jederzeit garantiert sein.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca, Panie i Panowie Posłowie! Rządy mają obowiązek, kiedy wymaga tego obrona ludzi, używać siły bezpośrednio w obronie ludzi czy w obronie ich praw, niepodległości ojczyzny czy porządku publicznego. Ale za każdym razem, kiedy dochodzi do takich sytuacji, to oczywiście musi podlegać zarówno ocenie, jak i konkretnej, prawnej kontroli. To są zasady bezsporne. Problem natomiast polega dziś na tym, że władze Unii Europejskiej zawsze zakładają, że użycie siły przez liberalne rządy jest w domniemaniu uzasadnione, a jeżeli w takiej sytuacji stają rządy konserwatywne, to jest to podejrzane, to należy to kontrolować, to na pewno doszło do naruszenia cudzych praw. Żałuję, że nie ma tu z nami przewodniczącego Timmermansa, który mógłby na to odpowiedzieć: te podwójne miary pokazują, jak bardzo dzisiaj w życiu Unii Europejskiej są zagrożone zasady bezstronności, solidarności i szacunku dla mniejszości, bo szacunek dla słabszych państw to jest właśnie szacunek dla mniejszości.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, cela fait des années que dans les pays de l'Union, les écarts de revenus se sont creusés et ont jeté trop de nos concitoyens dans la précarité, sinon même dans la pauvreté.

Il est insupportable de constater qu'au cours des dix dernières années, au niveau mondial, les travailleuses et les travailleurs ordinaires n'ont vu leur revenu augmenter que de 2 % par an en moyenne, tandis que la fortune des milliardaires a augmenté de 13 % par an, soit six fois plus vite. Un système qui produit de tels résultats ne pourra plus durer longtemps. Les manifestations que nous connaissons aujourd'hui dans plusieurs pays, dont le mien, découlent pour une large part de ces inégalités intolérables.

Bien sûr, je reconnais le droit de manifester librement et j'affirme que c'est une liberté fondamentale de nos systèmes politiques. Ce droit, qui est inscrit dans les constitutions de tous nos pays, doit être garanti et protégé, en particulier au bénéfice de ceux qui n'ont pas beaucoup d'autres moyens pour se faire entendre. Mais le droit de manifester n'est pas le droit de saccager, ni de piller, ni de casser du flic. Trop souvent des manifestations dont les objectifs sont nobles se laissent prendre en otage par de petits groupes d'excités, de casseurs ou même de pillards, qui dénaturent leurs revendications et même leur légitimité.

La responsabilité constitutionnelle et légale des forces de l'ordre est d'empêcher ces groupes de porter atteinte à la sécurité des personnes et des biens. Elles doivent le faire évidemment de manière proportionnée et leurs dérapages doivent être sanctionnés. Bien sûr, il y a des victimes malheureuses parmi les manifestants, mais cela ne justifie pas de faire de ceux, qui défendent l'ordre démocratique des bourreaux sanguinaires. Une telle opération ne sert que la cause des extrémistes de tout poil et nous refusons de nous y associer.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, nous nous félicitons d'abord d'avoir obtenu ce débat au nom de la GUE/NGL, nous regrettons que M. Timmermans nous ait quittés. Nous n'avons rien contre vous, Monsieur Vella, mais ce n'est pas vous qui êtes en charge de ces questions et c'est dommage que M. - Timmermans, qui était là juste avant, soit parti.

Oui, liberté d'expression et d'association sont des libertés fondamentales et oui, le droit de manifester en est une des principales déclinaisons. Les entraves, la répression ne peuvent être générales et absolues, elles doivent respecter les principes de finalité, de nécessité, de proportionnalité. On ne peut alors être que stupéfié par ce qui se passe depuis le 17 novembre avec les «gilets jaunes». Des dizaines de milliers de personnes défilent un peu partout en France; la plupart des manifestants sont pacifiques, mais le bilan en matière de violences est lourd: des milliers de tirs de grenades et de balles en caoutchouc, 2 228 tirs de LBD (lanceurs de balles de défense) depuis novembre, 3 200 blessés – 125 par les seuls LBD –, plusieurs dizaines de blessés graves, une vingtaine d'éborgnés, cinq mains arrachées et même un mort.

Alors oui, nous devons refuser les violences, toutes les violences, mais nous devons interdire ces armes qui sont mutilantes voire mortifères.

Yannick Jadot, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, depuis des semaines, en effet, on assiste toutes les semaines à des violences.

Les violences venant des «gilets jaunes», on les a condamnées, mais rien dans ces violences ne justifie l'utilisation d'armes qui sont parfois des armes létales et le bilan est terrible: 188 blessés à la tête, 20 éborgnés, 5 mains arrachées, tout cela à cause de ces lanceurs de balles de défense et de ces grenades.

Il n'y a qu'en France, en Pologne et en Grèce, où il y a un usage sans limite de ces instruments qui encore une fois, selon les équipes médicales, causent des blessures de guerre. Alors, nous demandons évidemment leur interdiction complète à l'échelle européenne. On imagine que si Frans Timmermans était là, et que si en Pologne ou en Hongrie, on devait interdire ou limiter la liberté de manifestation et s'il y avait autant de blessés, la Commission bougerait et poserait une question très ferme à la Pologne ou à la Hongrie. Donc, nous demandons à la Commission de faire en sorte d'interdire ces armes. Le droit de manifester, l'usage proportionnée de la force, c'est cela qui fonde une démocratie.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Generalnie zgadzam się z Panem, ale chciałem zapytać, o jakie ograniczenia wolności zgromadzeń w Polsce chodzi. To raczej Parlament Europejski krytykował zgromadzenia, które miały miejsce w Polsce. W Polsce, owszem, policja strzelała z broni gładkolufowej, wybito nawet oko dziennikarzowi, ale to było za rządów liberalnych – wtedy, kiedy premierem był obecny przewodniczący Rady Europejskiej.

Yannick Jadot (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – La limitation du droit à manifester que j'évoquais, c'est une loi qui vient de passer en France où le préfet, donc l'exécutif, peut interdire à certains manifestants de manifester alors que, jusqu'à maintenant, cela relevait évidemment du pouvoir judiciaire.

En démocratie, l'exécutif et le judiciaire sont évidemment séparés, sinon ce n'est plus la démocratie. Alors, effectivement, on empêche de manifester. Et ceux qui manifestent, ou parfois simplement ceux qui sont témoins d'une manifestation, peuvent perdre un œil ou perdre une main. C'est inimaginable d'être handicapé toute sa vie parce qu'on a participé à une manifestation.

Florian Philippot, *au nom du groupe EFDD*. – Madame la Présidente, c'est en soutien aux innombrables mutilés du mouvement des «gilets jaunes» en France que je reprends ce geste qu'ils utilisent eux-mêmes avec tous ceux qui ont perdu un œil dans les manifestations. Ils s'appellent Jérôme Rodrigues, Gwendal, Ninef, Arthur, Vanessa, Jean-Marc, Antoine, Fiorina, Alexandre, Jean-Philippe, Ramy, Franck, Anthony, Cédric et ils ont perdu un œil en 2018 ou en 2019 en France dans des manifestations. Victimes de tirs de flash-ball ou de grenades.

Il y a aussi Éric, mâchoire cassée; Marlène, 62 ans, onze points de suture à la tête; Lola, mâchoire fracturée, dents cassées. Frédéric, Antoine et Anne, Pierre, Gabriel main arrachée, Zineb, 80 ans, tuée par une grenade au moment où elle fermait ses volets. Il y en a plusieurs centaines d'autres. Gueules cassées.

Alors, je ne défends pas les voyous et les casseurs, je les exécute car ils font du tort à tous et parce qu'ils pourrissent les mobilisations sociales. Je n'accable pas la police parce que, évidemment, beaucoup de policiers aimeraient eux-mêmes être «gilet jaune». Mais j'affirme qu'il se passe en ce moment des choses extrêmement graves dans mon pays, la France. Un pouvoir aux abois donne des ordres délirants, irresponsables, insensés contre sa propre population. Un pouvoir qui a l'outrecuidance de cabosser son peuple au lieu de lui répondre et de répondre à ses justes demandes sociales et démocratiques. C'est toute la violence d'un ordre financier qui s'exprime sous les apparences d'un pouvoir démocratique et qui se déchaîne en ce moment contre son propre peuple, qui, lui, a pris conscience de son état de servitude. Ce n'est pas ça la France.

Alors oui, vive les «gilets jaunes», vive le RIC, vive la République sociale et vive le Frexit.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, la liberté de manifester est en danger dans plusieurs États de l'Union européenne.

C'est particulièrement le cas en France. Depuis le 17 novembre 2018, les «gilets jaunes» manifestent chaque samedi à Paris et dans la plupart des grandes villes françaises. Dans leur immense majorité, ils le font de manière pacifique, dans le respect des règles constitutionnelles et législatives. Leurs revendications sont légitimes, ils réclament plus de justice fiscale, plus de justice sociale et une meilleure prise en compte de la démocratie par les institutions.

Et pourtant, leur liberté de manifester est doublement menacée: d'abord par les black blocs et autres casseurs professionnels, qu'on a laissé agir impunément depuis trop d'années et qui profitent des manifestations pour commettre des violences; ensuite, par une loi scélérate, qui s'apprête à permettre aux préfets d'interdire de manifester à qui ils veulent, sans aucune intervention préalable d'un juge, en prenant prétexte de ces violences.

C'est le retour d'une sorte de loi des suspects, de sinistre mémoire. Face à cette dérive liberticide, je rappelle avec force que la liberté de manifester est consubstantielle à la démocratie et j'invite les parlementaires LR et En marche, à l'origine de cette loi, à se ressaisir.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Aby ta debata mogła się odbyć, musiała się odbyć pod takim neutralnym, nic niemówiącym tytułem. Są tutaj równi i równiejsi. Nie możemy debatować o sytuacji we Francji po prostu, ponieważ w Unii Europejskiej są kraje, które wolno pouczać, są takie, które chciałyby pouczać, i takie które nie dają się pouczać. Tak jak w klasie: mamy nauczyciela – nie jest możliwe przecież, żeby uczeń wywoływał przed tablicę nauczyciela, tak samo u nas – nie jest możliwe, żeby to Francja była wywoływana przed oblicze Parlamentu i się musiała tłumaczyć. Druga sprawa, nie zgadzam się z tym, że policja nie ma prawa używać siły, że należy zakazywać stosowania broni. Problem w tym, że nasze państwa często są słabe wobec silnych, silne wobec słabych, że wytrąca się telefony z

ręki bezwzględnie ludziom, którzy nic złego nie robią, a kiedy jacyś bandyci plądrują sklepy i podpalają samochody, to traktuje się ich z wyraźnym strachem i nikt nie ma odwagi wydać polecenia, żeby strzelać do takich ludzi z ostrej amunicji. Bo jeśli ktoś napada, to nie ma znaczenia, czy ma jakieś rewolucyjne hasła na ustach.

Christine Revault d'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, l'État de droit dans lequel je veux vivre assure la liberté de manifester en sécurité. Un blessé lors d'une manifestation est un blessé de trop. Alors que dire des 1 700 personnes blessées depuis le début du mouvement des «gilets jaunes» en France?

Derrière les chiffres, il y a des femmes et des hommes qui ont perdu l'usage d'un œil, ont une blessure grave à la tête ou la mâchoire déchiquetée. Des vies abîmées à jamais.

Ils ont été victimes des lanceurs de balles de défense encore utilisés en France, les fameux LBD, dont nous souhaitons l'interdiction en Europe, comme le préconise notre défenseur des droits.

La politique française de maintien de l'ordre est dangereuse et alimente les tensions. Tout est à revoir. En tant que députée européenne, j'apprends à m'inspirer du meilleur des autres États européens. Au lieu de restreindre nos libertés individuelles et de répondre par une dérive sécuritaire, comme le fait aujourd'hui le gouvernement français avec sa loi anti-manifestations, il ferait mieux de s'inspirer de ses voisins et des bonnes pratiques visant la désescalade et le dialogue entre les manifestants et les forces de l'ordre.

J'ai une question pour vous, Monsieur le Commissaire: prévoyez-vous de renforcer le partage des bonnes pratiques, sur le modèle du programme Godiac?

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Madame la Présidente, 1 900 personnes blessées, 188 à la tête, 20 éborgnés, cinq mains arrachées, une dame de 80 ans décédée des suites de ses blessures, des centaines de mise sur écoute, des milliers d'arrestations préventives, des personnes jetées en prison: voilà le bilan de la répression du mouvement des «gilets jaunes» et de ces armes dont nous demandons l'interdiction. Tout cela est-il bien normal? À cela, s'ajoute, dans la même période, une tentative de perquisition d'un grand média français ainsi qu'une criminalisation de la vie politique et parlementaire. De ce terrible bilan, c'est la France, dans ce qu'elle incarne, qui ressort défigurée. La France, jadis source d'inspiration pour la protection des droits et des libertés. Je suis triste d'avoir à le dire ici, devant le Parlement européen, mais je m'inquiète pour mon pays, je m'inquiète pour les libertés en France et je m'inquiète du basculement autoritaire du président Macron.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, on 1 October 2017, the Spanish police exercised disproportionate violence against Catalan citizens. They injured 1 066 people, citizens who were not even demonstrating: they were just voters trying peacefully to cast a vote in a referendum. The whole world could see this terrible police behaviour, which Amnesty International, for instance, denounced as excessive and disproportionate use of force.

And yet, so far, none of these police officers nor their political supervisors has been condemned. Far from apologising, the Spanish Foreign Minister, Josep Borrell, keeps insulting the victims of this police violence while stating that everything is fake news.

Those who promoted a peaceful and democratic vote in Catalonia will tomorrow be sitting in front of a judge, facing up to 25 years' imprisonment, while those who promoted state violence against peaceful voters have not suffered any consequences. This is definitely not the Europe we stand for.

Bernard Monot (EFDD). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire Vella, dans mon pays, la France, depuis plusieurs mois, mes compatriotes protestent dans la rue contre le président Macron et ses politiques de saccage social et de destruction de l'État, dictées par l'Union européenne: je veux parler du soulèvement social des «gilets jaunes».

Les manifestations, qui durent depuis plus de deux mois, gênent sérieusement le gouvernement qui cherche à les discrediter en facilitant l'introduction de casseurs. Ces individus d'ultragauche, les black bloc, agissent en toute impunité, sous l'œil des caméras de télévision et ces «gilets jaunes» qui, eux sont pacifiques, sont victimes d'une répression sécuritaire inique et disproportionnée. Près de 2 000 blessés graves sont ainsi recensés. Nombreux de ces malheureux, délibérément mutilés par des tirs de flash-ball à la tête, ont perdu un œil et se retrouvent handicapés à vie. Beaucoup trop de citoyens sont victimes de fractures et de traumatismes crâniens.

Concernant la répression judiciaire, ce sont 5 000 arrestations et mises en garde à vue, souvent préventives et assimilables à de la séquestration arbitraire. La dureté des peines est démesurée face aux actes incriminés. La répression légale se prépare avec la nouvelle loi anticasseurs de M. Macron. Cette loi, unique en Europe, donnera le pouvoir aux préfets d'interdire de manifester à tout opposant politique désigné arbitrairement par la Macronie et l'opposition gênante risque d'être consignée en centre de rétention ou au poste de police. Cette loi anticasseurs sera liberticide.

Monsieur le Commissaire, voilà à quoi mènent, en France, vos politiques de rigueur euro-fédéralistes: elles mènent à des dérives totalitaires. Cette grave atteinte à la démocratie risque en cas d'escalade de terminer en insurrection. Vous ne pourrez plus dire que vous ne le saviez pas.

Gerard Batten (ENF). – Madam President, we have seen unprecedented demonstrations in France over the last few months by the yellow vest movement. Now this is not a protest movement isolated to France, but it is the most forceful and visual across Europe. Why are they protesting? Because of the loss of democratic accountability, because of an oppressive tax regime, because their living standards are being driven down, and because of mass uncontrolled immigration that is changing European nations into something unwanted and unrecognised by their native inhabitants.

Above all, it is because of a political elite out of touch with their own citizens. This is exemplified in France by the bankers' President Mr Macron. Mr Macron is a figurehead for the European Union. Throughout European history, there have been peasants' revolts against oppressive regimes. The EU is the *ancien régime* of the modern age, and no amount of state brutality can prevent it being swept away. *Vive la révolution.*

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, l'article 20 de la déclaration universelle des droits de l'homme, les articles 10 et 12 de notre charte des droits fondamentaux consacrent le droit de se réunir et de manifester ses idées pacifiquement.

En France, depuis trois mois, un mouvement social populaire fait l'objet d'une répression systématique et disproportionnée: lanceurs de balles de défense et grenades lacrymogènes explosives sont utilisés massivement alors que leur portée létale est avérée et leur maîtrise impossible. C'est pourquoi la plupart des États européens les ont bannis de leur arsenal policier. Une femme a été tuée à sa fenêtre, cinq mains ont été arrachées, 20 personnes ont perdu un œil, 188 manifestants ont été blessés à la tête et au visage: ils sont mutilés. Les vidéos et témoignages établissent que la majorité des victimes étaient pacifiques.

Par leurs menaces inhérentes pour l'intégrité physique, ces armes s'avèrent incompatibles avec l'exercice du droit de manifester. Leur utilisation doit être interdite sur le sol européen afin que soit garanti ce droit fondamental.

Pour le maintien de l'ordre public, comme pour tout usage de la force, la violence entraîne la violence et c'est aux responsables politiques qu'il revient d'éviter l'escalade: c'est l'alerte que nous voulons lancer en proposant cette résolution.

Marie-Pierre Vieu (GUE/NGL). – Madame la Présidente, beaucoup a déjà été dit sur la répression des «gilets jaunes», j'y souscris pleinement.

Cette criminalisation des mouvements sociaux ne vaut pas que pour la France. Aujourd'hui débute le procès des prisonniers politiques catalans, on ne peut que faire le parallèle. Je tiens à m'insurger contre les entraves infligées aux journalistes par des membres des forces de l'ordre, les arrestations préventives massives et la violence organisée, qui est au diapason avec la dureté des politiques menées aujourd'hui. De plus, le gouvernement français fait adopter au parlement une loi liberticide qui établit un véritable contrôle administratif du droit de manifester.

Cette escalade de la répression ne fait qu'attiser la violence, à tel point que les syndicats policiers eux-mêmes déplorent ce choix délibéré de la confrontation. À question politique, solution politique, en répondant aux aspirations légitimes, sociales et démocratiques du peuple français comme des peuples européens.

Dans l'immédiat, le Parti communiste a déposé une proposition de loi afin d'interdire l'usage des lanceurs de balles de défense dans le cadre du maintien de l'ordre. Continuons dans ce sens.

Csaba Molnár (S&D). – Tisztelt Elnök asszony! Amikor ma a szabad tüntetéshez való jogról és az arányos hatósági fellépésről beszélünk, akkor nyugat-európai demokráciákban ez mindig természetesen a rendőri fellépésről szól, és ez így is van rendjén. Sajnos a magyar emberek már tudják, hogy az újkori diktatúrákban már az is álom, hogy egy tüntetésen egy elszámoltatható rendőr lépjen fel velük szemben. Magyarországon ugyanis az orosz diktatúrát másolva már nem rendőrökkel, hanem magáncégekkel vereti meg az ellenzéket és az ellenzéki tüntetőket a diktatórikus hatalom. Varjú László országgyűlési képviselő társamat magán biztonsági szolgálat emberei verték meg az állami média épületében, több országgyűlési képviselőt pedig egyszerűen kidobtak az épületből fegyveres biztonsági őrök. A tegnapi napon a miniszterelnök egyik beszéde ellen tüntető aktivistát, pártom egyik aktivistáját, úgy ütöttek meg fegyveres biztonsági őrök, hogy még a szemüvege is eltört. Orbán nem rendőrökkel, hanem magánszervekkel intézti már a piszkos munkát, a rendőröknek pedig elég csak félrenézni, az ügyészek pedig felteszik a kezüket, hogy nem történt bűncselekmény. Ha el akarunk ezzel szemben fogadni egy határozatot, akkor az nemcsak a hatóságok fellépéséről, hanem a magánhadseregek fellépéséről is kell, hogy szóljon.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'uso sproporzionato della forza contro le manifestazioni e leggi liberticide si diffondono nei paesi membri e dobbiamo occuparcene, anche se la competenza è degli Stati. Ce ne occupammo in una risoluzione del 2002 che deplorò la sospensione di diritti dei dimostranti contro il G8 di Genova.

Quando sono usate armi con effetto mutilante, LBD, granate, è chiaro che sono violati diritti europei. Penso agli articoli della Carta sul diritto all'integrità fisica, alla libertà di assemblea e di espressione. La *rule of law* non è solo osservare le leggi, è anche tutela di questi diritti. Queste armi vanno bandite in Europa.

Le parole usate dal governo francese per descrivere i manifestanti *gilets jaunes*, *casseurs*, *factieux*, *brutes*, echeggiano le accuse di sedizione violenta contro i prigionieri politici catalani e stridono con il nostro ordine giuridico.

Interventions à la demande

Julie Ward (S&D). – Madam President, the right to peaceful protest is a key feature of the exercise of democracy in modern societies, and is enshrined in the Universal Declaration of Human Rights. I am therefore increasingly concerned by reports of excessive use of violence against civilians during protests. I believe it's the duty of governments to determine accurately the balance between ensuring citizens' safety and providing for a safe space for freedom of expression. This also means that law enforcers must be held accountable in all actions undertaken towards citizens in the midst of peaceful protests.

However, the proportionate use of force should be understood not only as preventing any form of physical violence. The fact is that dissident voices can be threatened in more dubious ways, such as wrongful incarceration and intimidation. In my own country, the United Kingdom, 15 anti-deportation activists were recently convicted of terror offences for attempting to stop the deportation of 60 vulnerable immigrants from the UK. I believe this course of action results from a broken justice system and an authoritarian government, and it's unworthy of a modern, progressive country.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, mirni prosvjed važan je instrument izražavanja nezadovoljstva u demokratskom društvu. Neki vladajući političari na njega ne gledaju blagonaklono jer smatraju da s izbornim legitimitetom imaju pravo činiti što žele do sljedećih izbora. To je dosta autoritativan pogled na obnašanje vlasti, koji ne pripada Europi 21. stoljeća.

Unija bi, u suradnji s vladama država članica trebala osigurati da u svim članicama građani mogu slobodno uživati svoje pravo na slobodno izražavanje i prosvjedovanje.

Također, važno je maksimalno smanjiti administrativne barijere koje se često postavljaju pred prosvjednike. Prijava prosvjednog skupa mora biti brza, jednostavna i besplatna, umjesto da se raznim kompilacijama i nametima nastoji obeshrabriti građane.

Pravo na slobodan prosvjed, dakako, ne pretpostavlja nasilje, no nasilni pojedinci imaju ime i prezime i trebaju biti individualno kažnjeni te ih se ne smije koristiti kao opravdanje za nerazmjernu primjenu sile nad svim prosvjednicima.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, σε μία δημοκρατική κοινωνία, το δικαίωμα της ειρηνικής διαμαρτυρίας κατά αποφάσεων της κυβέρνησης είναι όχι μόνο αυτονόητο αλλά και επιβεβλημένο. Επειδή, όμως, ισχύει η αρχή ότι η εξουσία φθείρεται και διαφθείρεται, αυτή η εξουσία δεν ανέχεται την κριτική —ούτε καν την ειρηνική— από τους υπηκόους της. Αντί να στηριχθεί στη δύναμη της πειθούς και της επιχειρηματολογίας, στηρίζεται στη δύναμη της αστυνομίας, την οποία πολλές φορές στρέφει εναντίον ειρηνικών διαδηλωτών. Χαρακτηριστικά είναι τα παραδείγματα της βίαιης καταστολής των Καταλανών στην Ισπανία και, πρόσφατα, των Κίτρινων Γιλέκων στη Γαλλία, αλλά και των ειρηνικών συλλαλητηρίων των Ελλήνων, οι οποίοι διαμαρτύρονταν κατά της απόφασης της κυβέρνησης να εκχωρήσει το ελληνικό όνομα της Μακεδονίας στα Σκόπια. Και αν για τα Κίτρινα Γιλέκα υπήρχε η δικαιολογία ότι ορισμένοι διαδηλωτές προέβησαν σε βιαιοπραγίες, για την Ελλάδα δεν υπήρχε η παραμικρή δικαιολογία. Η κυβέρνηση έδωσε εντολή να ρίξουν δακρυγόνα και ληγμένα χημικά αέρια σε ηλικιωμένους ανθρώπους και παιδιά. Εμείς εδώ δικαίως καταδικάζουμε αυτές τις απαράδεκτες ενέργειες, όμως τη λύση θα τη δώσουν οι λαοί στις επικείμενες ευρωεκλογές και στις εθνικές εκλογές.

Emilian Pavel (S&D). – Doamnă președintă, dragi colegi, dreptul de a protesta este un drept fundamental, de necontestat care trebuie ocrotit și care, în același timp, trebuie să se supună unor reguli clare. Printre acestea: protecția persoanelor care aleg să nu protesteze, de multe ori acestea fiind mai numeroase, protecția bunurilor publice sau individuale, dar și, în mod esențial, protecția celor care participă la un protest, adică mai ales dreptul de a nu fi folosiți ca scut uman de către cei veniți la proteste doar pentru a crea violență și scandal.

Eu consider că protestatarii care respectă legea trebuie protejați, iar cei care se folosesc de astfel de evenimente pentru a fi violenți și pentru a deturna scopul protestelor trebuie izolați și pedepsiți aspru. Nu putem accepta ca protestatarii pașnici să fie folosiți ca scut uman. Repet: cei care sunt violenți trebuie izolați și pedepsiți aspru. Nu este acceptabil ca protestatarii de bună credință, aflați între forțele de ordine și grupurile agresive orientate spre distrugere și violență să devină victime ale unor reacții firești la violență și la provocări.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, παρότι το δικαίωμα στην ειρηνική διαμαρτυρία κατοχυρώνεται τόσο στα συντάγματα όσο και στα διεθνή νομικά κείμενα, αυτό που συμβαίνει στην πράξη είναι ότι οι κυβερνήσεις διαλύουν τις μεγάλες διαδηλώσεις με τη βία. Κλασική περίπτωση: τον Ιούνιο του 2011, στο Σύνταγμα, ο ελληνικός λαός είχε εξεγερθεί ενάντια στην τρόικα και στα μνημόνια. Είχαμε συνεχή άσκηση βίας από την τότε ελληνική κυβέρνηση. Ακολούθησε, τον Φεβρουάριο του 2012, μεγάλη διάδηση κατά των μνημονίων στο Σύνταγμα. Ξανά βία από τη μνημονιακή κυβέρνηση. Και τώρα, το τελευταίο διάστημα, η κυβέρνηση με τη βία διαλύει τα μεγάλα συλλαλητήρια που γίνονται για την προστασία του ονόματος της Μακεδονίας μας και της ιστορίας μας. Επιτίθεται πλέον στα μεγάλα πατριωτικά κινήματα, στις μεγάλες πατριωτικές συγκεντρώσεις. Πρόσφατα, στο Σύνταγμα, διέλυσε με χημικά ειρηνική συγκέντρωση και επετέθη και σε ηλικιωμένους, αλλά και παλαιότερα, στο Πισοδέρι τον Ιούνιο του 2018, έπραξε το ίδιο. Ντροπή!

(Fin des interventions à la demande)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for the inspiring debate. As with most fundamental freedoms, there are also boundaries for the expression of free speech and for the right to assemble.

When demonstrations turn violent and when there are instances of hate speech, it is for the authorities of Member States to maintain law and order, subject to judicial review, and to ensure that the rights and freedoms of others are not endangered. In doing so, and while pursuing the legitimate need to uphold security for citizens and property, the authorities of the Member States must ensure that freedom of assembly and freedom of expression are effectively respected and protected, in accordance with their national legislation and international obligations. The European Union, through the Fundamental Rights Agency and the Agency for Law Enforcement Training, supports the exchange of best practice and includes handbooks on respecting fundamental rights in police activities.

La Présidente. – J'ai reçu, conformément à l'article 123, paragraphe 2, du règlement quatre propositions de résolution.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 14 février 2019.

19. Große Beutegreifer (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la Commission sur les grands prédateurs (2018/3006(RSP)).

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, I am happy tonight to address, at Parliament's request, the issue of large carnivores – iconic species of the European landscape.

This debate is timely because, given the discussions taking place in many regions in Europe, my colleague Commissioner Hogan and I have jointly addressed a letter to all the EU environment and agriculture ministers explaining the Commission's approach to this issue and highlighting the support we provide, and I am happy to do the same in this House tonight.

Having suffered a very serious decline in most areas of Europe, large carnivore populations have been recovering in recent decades, and returning to countries and regions of their former range. They are protected species under the EU Habitats Directive and their recovery is a contribution towards nature protection in Europe and towards halting global biodiversity loss.

However, I am fully conscious of the challenge that the return of these species presents, especially in those areas where they had been absent for many decades and in rural areas with extensive livestock farming.

That is why, for several years, the Commission has been supporting the active involvement of all relevant parties in finding suitable and acceptable approaches to reconciling the conservation of large carnivores and the legitimate interests of the people concerned. This work includes supporting and co-chairing the EU Large Carnivore Platform, bringing together key stakeholder groups to facilitate mutual understanding.

Through the implementation of a European Parliament pilot project, the Commission is also helping to establish regional platforms, to foster dialogue among stakeholders and local authorities, in the areas where conflicts generated by the return of large carnivores are more frequent, for example in Romania, Italy and Spain.

Projects under the Programme for Environment and Climate Action (LIFE) also contribute significantly to supporting the active involvement of all those concerned and a participatory approach, in order to find solutions based on coexistence.

The Commission is aware of the fact that, at local level, the wolf may be an additional challenge for farmers in an already difficult social and economic context. In those areas where traditional livestock-protection practices have been abandoned, the return of the wolf certainly entails additional challenges for sheep farmers. That is why the Commission believes that the sector should be appropriately supported to reduce its vulnerability to predation and ensure its coexistence with wild carnivores. Support is available under national and EU funds, through LIFE and rural development projects, and further efforts are necessary to raise awareness among those concerned, so that all possibilities are fully availed of.

In November last year, the Commission amended the EU guidelines for state aid in the agriculture and forestry sectors and in rural areas, in order to allow for full compensation, up to 100%, for damage caused by protected animals, including veterinary costs or costs related to the search for missing animals, and for full reimbursement, up to 100%, of investments to prevent such damage – for example in electric fences or livestock-guarding dogs.

Regarding the calls from some quarters to address the challenges by changing our legislation, I would remind the House that, under its 'smart regulation' approach, the Commission keeps the entire EU legislative acquis under regular review. In December 2016, the Commission published the results of the fitness check evaluation of the EU Birds and Habitats Directives – what we called the nature directives. This confirmed that the current legal framework is sound and remains relevant, including as regards the directives' annexes.

All the EU institutions, the Member State governments and the record high number of citizens – more than 550 000 – who replied to a public consultation have supported such conclusions and confirmed that the Birds and Habitats Directives remain highly relevant and are fit for purpose. Therefore, the Commission has been devoting all its efforts to helping Member States and stakeholders to improve the directives' implementation, addressing the weaknesses and challenges identified in the fitness check. To that end, in April 2017, we adopted an Action Plan for Nature, People and the Economy, to be implemented by the end of 2019.

This action plan contains important elements related to the challenges of conserving large carnivores and addressing the associated conflicts. These include, firstly, the update of the guidance document on species protection under the Habitats Directive; and secondly, continuing and expanding support for the Large Carnivore Platform at EU and also at regional level.

Thirdly, greater use of rural development measures will be promoted to support prevention of livestock predation by large carnivores. Fourthly, there is the increased LIFE funding for nature projects, including for the protection of species and for coexistence. Fifthly, on-the-spot missions, ad hoc meetings and nature dialogues will be held to discuss problems and solutions with authorities and stakeholders. Sixthly, a peer-to-peer support mechanism will help Member States' authorities to learn from each other in terms of implementation on the ground.

The final element is the update of the prioritised action frameworks, which identify the financial needs related to species protection, including for damage prevention, mitigation and compensation, in view of the upcoming EU financial perspectives for the period 2021 to 2027.

The updated guidance document I mentioned is a work in progress. It is being drafted in very close cooperation with Member States and with stakeholders. After a first round of consultations, a second draft is currently being prepared and will be subject to a new round of consultations in the coming months. The updated guidance aims to deliver on the commitments in the Nature Action Plan to ensure clarity and consistency in the interpretation of the Habitats Directive, taking into account the recent case law of the European Court of Justice. The Commission will not propose any new rules or legal obligations. The guidance document will provide the Commission's view on interpretation of the species-protection provisions under the Habitats Directive.

Honourable Members of the European Parliament are of course welcome to share their views on the draft guidance with the Commission.

All these measures are aimed at helping national authorities and the relevant stakeholders. However, it is for the relevant national authorities to decide on the most appropriate measures in each case, in line with EU law.

Esther Herranz García, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señorías, con la aprobación y la puesta en marcha de, entre otras medidas, la Directiva Hábitat, se pretendió mejorar la sostenibilidad de los ecosistemas naturales de Europa; especies animales en riesgo de extinción podrían beneficiarse de sus medidas. Sin embargo, ha tenido unos efectos muy duros sobre una de las especies más importantes del ecosistema rural: los ganaderos y sus familias, con pérdidas económicas importantes y constantes.

El lobo, el oso, el lince han visto mejorar su población. Y ahora, por ejemplo, el lobo en España tiene incluso un estado de conservación favorable en amplios territorios. Sin embargo, la realidad ha demostrado que esa Directiva es incompatible con el pastoreo extensivo tradicional, que es precisamente una de las actividades en el mundo rural que queremos y debemos proteger. Los daños a los ganaderos son constantes y la Directiva europea no ha venido acompañada de medidas presupuestarias suficientes para paliar las enormes pérdidas que causan a los ganaderos de vacuno, ovino y caprino, y, por tanto, estos ganaderos son las especies ahora más vulnerables.

En franco declive, el productor, que ahora no tiene forma de hacer frente a esas políticas que le causan tanto daño y que no tuvieron en cuenta suficientemente los efectos que tendrían sobre la actividad ganadera en el mundo rural europeo, que sigue además en retroceso, en abandono de una actividad que forma parte del patrimonio cultural de la Europa rural.

El tema ha llegado a tal extremo que, incluso alimentos con denominación de origen e indicación geográfica europeos, que dependen directamente de la ganadería extensiva para su materia prima —para la leche—, no pueden tener lugar. Idiazábal, Ibores o Roncal son especies también que van a desaparecer si no tenemos ganadería suficiente. Debemos mantener las explotaciones ganaderas extensivas y hay que hacerlo con dinero, señores.

Eric Andrieu, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, 12 300 victimes, c'est le nombre d'animaux d'élevage emportés par les grands prédateurs pour la France. Plus de 1 000 victimes par an et la Commission nous dit et nous répète que les moyens de protection des troupeaux sont suffisants. Tout va bien. À condition que les éleveurs les appliquent correctement, c'est-à-dire qu'ils s'équipent toujours plus. Plus de chiens et plus de clôtures, toujours plus hautes d'ailleurs.

Cette course aux armements, Monsieur le Commissaire, rend ces espaces infréquentables et parfois dangereux. L'élevage en plein air va-t-il devenir incompatible avec le tourisme et les autres activités en montagne? Et si oui, qu'advient-il alors de toutes les espèces de faune et de flore protégées qui dépendent, elles aussi, d'un pâturage bien conduit?

Monsieur le Commissaire, que répondre à ce cruel paradoxe qui veut que nous demandions à nos éleveurs d'entretenir notre biodiversité tout en les laissant livrés à eux-mêmes face aux attaques de ces grands prédateurs, sans se soucier de l'impact économique et psychologique qu'ils subissent.

Monsieur le Commissaire, cela ne peut plus durer, il faut une fois pour toutes que la Commission entende la douleur de ces éleveurs sur nos territoires ruraux.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Mevrouw de voorzitter, geachte commissaris, collega's, in het afgelopen jaar heeft de wolf zich ook weer gevestigd in mijn land, Nederland. Zoals u zich kunt voorstellen, maken boeren zich grote zorgen. In 2018 zijn alleen al in mijn land reeds 165 schapen doodgebeten. DNA-onderzoek heeft aangetoond dat dit is gebeurd door wolven. Dit baart grote zorgen, zeker in een land als Nederland waar de ruimte zeer beperkt is, en mens en dier heel dicht op elkaar leven.

Meneer de commissaris, bent u het met me eens dat, nu de wolvenstand is toegenomen, het tijd is om de situatie te evalueren en de status te herzien? En wanneer is de bijlage bij de habitatrichtlijn voor het laatst herzien? De situatie is immers niet statisch, maar dynamisch. Welke mogelijkheden ziet u voor lokaal of regionaal beheer in dichtbevolkte gebieden?

Ik roep u op, meneer de commissaris, om bijtijds een afgewogen besluit te nemen en de bijlage waar nodig te actualiseren, zodat goed beheer mogelijk wordt en een goede balans wordt gevonden voor mens en dier. Ik dank u.

Ulrike Müller, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Das Thema „Große Beutegreifer“ haben wir sowohl im Agrarausschuss als auch im Umweltausschuss mehrfach diskutiert. Die Menschen in den Regionen mit Wolfsanwesenheit erwarten aber von der Politik konkretes Handeln. Laut der im Agrarausschuss vorgestellten Studie leben rund 17 000 Wölfe in Europa. Ohne Regulierung, wie zum Beispiel in Deutschland, verdoppeln sich die Bestände alle drei Jahre. Das bedeutet, Ende 2019 haben wir 34 000 Wölfe.

Die Schäfer und Landwirte sind es leid, mit den ewig gleichen Aussagen und endlosen Debatten über den günstigen Erhaltungszustand hingehalten zu werden. Wir sind endgültig an dem Punkt angelangt, an dem ein flexibles Management, angepasst an die reale Ist-Situation, ermöglicht werden muss. Dazu brauchen wir eine entsprechende Anpassung der FFH-Richtlinie in den Anfängen. Der völlig überzogene Schutz eines einzelnen Großraubtiers darf nicht über dem gleichberechtigten Schutz vieler anderer Arten stehen.

Es sind nicht nur die Weidetierhalter, die inzwischen – vollkommen berechtigt – mehr Handeln einfordern. Im Schweizer Kanton Uri wurde gestern eine Volksinitiative zur Regulierung von Großraubtieren mit 70 % angenommen. Realität, nicht naives Wunschdenken, muss sich in unseren Vorschriften widerspiegeln.

Gerade in sensiblen und für die Artenvielfalt extrem wichtigen Gebieten, wie den alpinen Regionen, muss der Erhalt der Weidetierhaltung Vorrang vor der Anwesenheit von großen Beutegreifern haben. Wir brauchen also wolfsfreie Regionen.

Maria Heubuch, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Es ist doch unbestritten, dass große Beutegreifer tatsächlich eine Gefahr für Weidetiere sind. Es gibt ein Konfliktpotential zwischen Bäuerinnen und Bauern und dem Schutz dieser Wildtierarten. Doch in der Natura 2000 ist bereits die Flexibilität genau für diese Situationen enthalten. In Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie heißt es: Die Mitgliedstaaten können von den Bestimmungen des Artikels 12, der die Tötung geschützter Arten verbietet, abweichen, zum Beispiel zur Verhütung ernstster Schäden an Kulturen und in der Tierhaltung oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegend öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art.

Also es geht doch darum, die Koexistenz zwischen Naturschutz und Landwirtschaft besser zu organisieren. Es geht darum, die Viehhalter mit ihrem Problem nicht alleine zu lassen, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, ordentliches Wildtiermanagement zu machen, und um eine unbürokratische vollständige Entschädigung –, Herr Kommissar Vella, Sie haben es gesagt. Dafür ist es nicht angebracht, die Richtlinie wieder aufzuschnüren. Dafür müssen wir sie nur ordentlich umsetzen.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, lupi, orsi, i grandi predatori stanno subendo un attacco durissimo e su più fronti. Un attacco che è culminato nella vergognosa richiesta di toglierli addirittura dalla protezione che viene loro garantita dalla direttiva «Habitat».

Tra le fila di chi vuole fare la pelle al lupo ci sono cacciatori e agricoltori che sempre di più stanno passando dalle parole ai fatti. Azioni ignobili che vanno fermate al più presto, perché la coesistenza tra l'uomo e queste specie non solo è possibile, ma è anche un valore da tutelare.

L'abbattimento non è la soluzione, e lo dimostrano gli studi che evidenziano quanto la prevenzione sia di gran lunga più efficace. Oltre a non consentire di ridurre gli attacchi al bestiame, uccidere predatori naturali come lupi e orsi è un atto che stravolge l'ecosistema, facendo aumentare ad esempio gli ungulati e i cinghiali, che interferiscono a loro volta con l'attività agricola. Per di più esistono modi non cruenti per convivere con questi animali, come l'uso di deterrenti acustici o visivi, oppure anche l'uso di cani addestrati.

Io sono convinta, come ha detto anche il Commissario Vella, che i grandi predatori arricchiscono i territori in cui sono presenti, e penso ad esempio alle attività come il *wolf watching* e ai diversi progetti cofinanziati dai fondi come il LIFE.

Io concludo rilanciando il messaggio lanciato recentemente dal ministro per l'Ambiente Sergio Costa, un messaggio forte e importante che deve travalicare i confini italiani: lupi e orsi non si toccano.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Voorzitter, de wolf is in Europa een groot probleem, en, commissaris Vella, wij hebben daar heel vaak over gesproken. De Europese Commissie heeft nog steeds geen richtsnoeren opgesteld. De strooptochten van wolven gaan maar door. Of zijn het eigenlijk wolfshond-hybriden? In Sleeswijk-Holstein gaat de groene milieuminister Albrecht nu zelfs problematische wolven laten afschieten, en hij heeft gelijk. De wolf is niet langer bedreigd in zijn voortbestaan, maar bedreigt zelf andere bedreigde habitats, planten en dieren, waarvoor zelfs nationaalpark De Hoge Veluwe – Natura 2000-gebied – ons waarschuwt.

Waarom tikt de Commissie naïeve regio's in bijvoorbeeld Nederland niet op de vingers? Waarom zijn er nog steeds geen richtsnoeren om de wolven die echte veeschade aanrichten, te gaan beheren? Dus afschieten. Het afslachten van schaapskuddes en het bedreigen van kwetsbare ecosystemen zijn onaanvaardbaar. Artikel 16, maar zeker artikel 19 van de habitatrichtlijn worden verzwegen door activisten, maar ook door ambtenaren, terwijl artikel 19 al sinds 1992 de Europese landen en de Commissie verplicht om de bijlagen bij te werken naar de laatste stand van zaken. En dat is nooit gebeurd.

Commissaris, ...

(De spreker wordt door de voorzitter onderbroken.)

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

Paolo De Castro (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il trend positivo riferito alle popolazioni di specie considerate a rischio nell'Unione dimostra come la direttiva «Habitat» stia portando tutti i risultati auspicati in termini di salvaguardia della biodiversità. Risultati che, tuttavia, non possono andare a discapito dei nostri agricoltori, allevatori e pastori, che quotidianamente si trovano a fare i conti con i danni dovuti in particolar modo ai grandi predatori. Non possiamo più permetterci di derubricare tali danni a semplici effetti collaterali di un fenomeno altrimenti positivo, come quello della ricolonizzazione di queste specie. Oltre alla crudeltà nei confronti degli animali in allevamento, ogni attacco determina infatti conseguenze economiche che spesso mettono a rischio la sussistenza di quegli operatori che, nonostante le mille difficoltà, continuano a evitare l'abbandono di interi territori.

Serve, caro Commissario, un piano di azione europeo non più differibile, che ci permetta di identificare azioni concrete e immediatamente applicabili al fine di coniugare i nostri ambiziosi obiettivi in termini di biodiversità con la sicurezza degli animali in allevamento e la sopravvivenza economica dei nostri allevamenti.

Franc Bogovič (PPE). – Gospod predsednik! Veliki plenilci so živali, ki smo jih, kot slišimo, uspešno zaščitili v Evropi in njihov stalež se povečuje.

Tudi v Sloveniji je tako, v zadnjih osmih letih se je stalež medveda povečal za eno tretjino, povečal se je stalež volkov, v zadnjih letih prodira na naše območje tudi vrsta šakalov, ki povzročajo vedno večjo škodo in težavo kmetovalcem, predvsem živinorejcem. Po drugi strani prihaja do opuščanja kmetovanja v gorskih-hribovskih območjih, zato se tudi gozdna meja spušča in je vedno bližje tistim, ki se z živinorejo preživljajo.

Zadeva postaja nevzdržna tudi za ljudi, ki so ali sprehajalci ali turisti v teh območjih, zato je nujno to, o čemer govorimo, da se na tem področju vodi na eni strani zaščita teh živali, po drugi strani pa tudi zaščita ljudi. Eden izmed primernih ukrepov je tudi odstrel, in ta, če je strokovno odkazan, se mora tudi storiti. Vse preveč je tistih, ki so daleč od volkov, daleč od medvedov ... *(Predsednik govorniku odvzame besedo.)*

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte zuerst einmal bedauern, dass es heute der linken Seite des Hauses hier, den Sozialdemokraten und Grünen, gemeinsam gelungen ist, eine Anfrage zu mündlichen Beantwortung zum Thema zu verhindern und auch die Entschließung zu verhindern. So will man das Thema „Wolf und große Beutegreifer“ in der Vorwahlzeit wohl ein bisschen weichspülen – wie auch immer.

Tatsache ist, dass wir seit dem Jahr 1992 eine Gesetzgebung haben, die den Wolf und andere Beutegreifer schützt. Aber damals war die Situation in Europa eine vollkommen andere: Im damaligen Europa – oder zumindest in der damaligen Europäischen Union – waren die Wölfe in der Tat fast vom Aussterben bedroht. Heute haben wir 20 000 Wölfe und die sorgen für zunehmende Probleme. Die Regionen und die Mitgliedstaaten bräuchten mehr Flexibilität.

Ich appelliere wirklich an Sie, Herr Kommissar, dass Sie hier endlich aktiv werden. Sie haben es oft versprochen, aber passiert ist de facto gar nichts. Was mir besonders Sorgen macht, ist, dass Ihre Dienste derzeit an sogenannten *Guidance Documents* arbeiten, und zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit und sicherlich unter Ausschluss dieses Hauses, welche nicht mehr Flexibilität, sondern weniger Flexibilität bringen werden. Zumindest hier sollten Sie drüberschauen und verhindern, dass wir das Problem noch größer machen, als es eh schon ist.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Vella, το θέμα που συζητούμε είναι ιδιαίτερα σοβαρό, όπως αντιλαμβάνεστε. Διότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πράγματι έκανε μια προσπάθεια να ενισχύσει και να διατηρήσει τους μεγάλους θηρευτές, αυτά τα μεγάλα σαρκοφάγα ζώα, αλλά αντιλαμβάνεστε ότι, πλέον, η κατάσταση έχει ξεφύγει και αυτό ισχύει, απ' ό,τι φαίνεται, σε όλες τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ιδίως στην Ελλάδα, πλέον έχουμε τεράστιο αριθμό λύκων και αρκούδων, με αποτέλεσμα να αντιμετωπίζουν τεράστια προβλήματα οι κτηνοτρόφοι. Δεν μπορούν να φυλάξουν τα κοπάδια τους και δεν μπορούν να βοσκήσουν, ιδιαίτερα στα δάση και σε σημεία που βρίσκονται σε αρκετά μεγάλο υψόμετρο. Στην ύπαιθρο, αλλά και στις πόλεις — ακόμη και στη Θεσσαλονίκη, εμφανίστηκαν αγριογούρουνα, για τον απλό λόγο ότι τα αγριογούρουνα αναγκάστηκαν να κατέβουν στα πεδινά, επειδή οι περιοχές σε μεγαλύτερο υψόμετρο είναι γεμάτες λύκους και αρκούδες. Πρέπει να ληφθούν συγκεκριμένα μέτρα και, κυρίως, να δοθεί αποζημίωση στους κτηνοτρόφους για απώλεια ζωικού κεφαλαίου.

(End of catch-the-eye procedure)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank colleagues for the debate. We fully understand the challenges linked to the conservation of large carnivores and I am convinced that, through a collective effort if we all play our role, we can help rural communities to further develop in coexistence with large carnivores.

The Commission is maintaining its promises. Many of the actions in the Action Plan for nature have already been delivered and all the others are under preparation. I am confident that, by the end of this year, the full set of actions promised will be delivered as planned. We are willing to continue helping the national authorities and other relevant stakeholders with financial support, guidance, exchange of information and good practices, but again it is for the relevant national authorities to decide, in line with the European legislation, on the specific measures or approach that are most appropriate in each regional context.

President. – The debate is closed.

The vote will take place at the next part-session.

Written statements (Rule 162)

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE), por escrito. – Yo vivo en Castilla y León, que es una de las tres regiones más grandes de la UE. La población se concentra mayoritariamente en 14 núcleos de población. Esta comunidad está dividida por el río Duero. Al norte del río, el lobo es una especie cinegética, al sur, donde yo vivo, no. Mi provincia, Ávila, es con diferencia la provincia más atacada por las lobadas; 273 ataques en 2017, y sólo en el primer semestre de 2018 se produjeron 748 ataques certificados, un 75,1 % más que el año anterior. Ávila es la provincia española más afectada por el lobo debido a su «expansión incontrolada». La ganadería es una actividad económica importantísima en mi comunidad y mi provincia. La ganadería fija al ganadero en el medio rural. Sin una regulación adecuada, el lobo expulsa al ganadero de su medio natural, lo empobrece y dificulta la renovación generacional. Esta circunstancia se agrava profundamente si a esta se le añaden los problemas demográficos de envejecimiento generacional y de despoblación del medio rural que sufre mi provincia, Ávila. Los poderes públicos deben proteger prioritariamente al ganadero del sur del Duero y, singularmente al ganadero de Ávila. La UE debe comprometerse con la solución.

Czesław Adam Siekierski (PPE), na piśmie. – Unia ustanowiła na początku lat 90. przepisy mające na celu ochronę zagrożonych gatunków zwierząt w Unii oraz ich naturalnych ekosystemów. Chodzi tutaj m.in. o dyrektywę ptasią i siedliskową. W rezultacie ich obowiązywania szereg gatunków zwierząt, które znalazły się w Europie na progu wymarcia, zaczęło się dynamicznie odbudowywać. Dotyczy to głównie dużych drapieżników, takich jak wilki, niedźwiedzie czy rysie.

Początkowo poszkodowane były głównie regiony górskie i peryferyjne. Obecnie jednak problem jest coraz powszechniejszy – drapieżniki atakują inwentarz gospodarski, a nawet ludzi, także na obszarach gęsto zaludnionych. Szczególnie uciążliwe są wilki, które powodują coraz większe straty u hodowców, zmuszając ich do zamykania stad i kosztownych inwestycji w zabezpieczenia. Jednak największe straty powodują dziki niszczące uprawy na masową skalę.

W obszarze akwakultury źródłem znaczących szkód są z kolei kormorany i wydry. Nie ulega wątpliwości, że polityka Unii w obszarze ochrony środowiska jest potrzebna i przynosi wymierne rezultaty. Jednak konieczne jest wypracowanie rozwiązań, które zapewnią równowagę między ochroną zagrożonych gatunków a działalnością rolniczą.

20. Stand der Debatte über die Zukunft Europas (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Ramón Jáuregui Atondo, on behalf of the Committee on Constitutional Affairs, on the state of the debate on the future of Europe (2018/2094(INI)) (A8-0427/2018).

Ramón Jáuregui Atondo, ponente. – Señor presidente, en primer lugar quiero expresar el agradecimiento a los diferentes ponentes alternativos que nos han ayudado a construir este informe que toma cuerpo fundamentalmente a partir de lo que ha sido la crisis existencial de la Unión Europea, lo que el propio Juncker denominó como una crisis existencial y que generó la propuesta de cinco escenarios sobre el futuro de Europa. Lo que el Parlamento hace, en definitiva, es recoger también las aportaciones de los primeros ministros y jefes de Estado que han comparecido a lo largo de los últimos dos años y tratar de ofrecer cuál es la propuesta, el escenario, en el que el Parlamento se siente mayoritariamente.

El informe describe realmente todo un conjunto de circunstancias que nos obligan a este «repensar Europa». En primer lugar, porque reconocemos serios problemas en la gobernanza económica de la unión monetaria; porque reconocemos los graves efectos sociales que han producido las políticas económicas de austeridad, especialmente en los países del sur; porque sabemos que el *Brexit* nos obliga a una reflexión sobre una Europa probablemente distinta a raíz de la retirada del Reino Unido; porque se han producido importantes desavenencias entre los diferentes países, especialmente, por ejemplo, en el ámbito de las políticas migratorias; porque nuevos problemas, como por ejemplo la seguridad interior y la seguridad exterior —derivadas, la primera de los problemas de los ataques terroristas, y la segunda de una vecindad muy conflictiva— nos obligan a una concepción nueva de la defensa europea; porque se han producido muchas disfunciones en el funcionamiento de la Unión estos últimos años.

De una manera o de otra, lo que venimos a decir es que Europa necesita configurar una hoja de ruta. Y lo que el informe ofrece son algunas reflexiones, ideas gruesas. La primera, por ejemplo: el nacionalismo no es la solución. Todos somos demasiado pequeños en la Unión Europea para afrontar los grandes retos y este es un común denominador de prácticamente todos los primeros ministros que han comparecido aquí. Y, en ese sentido, yo diría que la apuesta del Parlamento Europeo es el quinto escenario del señor Juncker: hacer más conjuntamente. Yo diría: hacer mejor lo que solo podemos hacer juntos.

Una segunda línea de reflexión, sin duda, es que la integración, una integración mejor, tiene que superar varios problemas que se han detectado como estructurales. Por ejemplo, la unanimidad para determinados temas: fiscalidad, política exterior, etcétera; el uso tímido de las cooperaciones reforzadas; la tentación de muchos Estados de abusar del derecho a una «Europa a la carta». Y así podríamos seguir con disfunciones que tienen que ser resueltas en los próximos meses.

La Comisión debe recuperar iniciativa política, porque creemos que el Consejo Europeo ha recuperado demasiado desequilibrio de poder durante la crisis. Una Comisión más ágil, más política; más poder al Parlamento, con derecho de iniciativa, con los *Spitzenkandidaten* como regla fundamental de conexión entre elecciones y presidencia de la propia Comisión; más control a la Comisión. En definitiva, señorías, de lo que se trata es de establecer grandes líneas para una mejor integración, para hacer mejor lo que solo podemos hacer juntos. Y lo que plantea este debate es que el próximo debate electoral recoja estas reflexiones y proponga a la ciudadanía una reflexión profunda —yo diría política— sobre cuáles deben ser las líneas de futuro del proyecto de la Unión Europea.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, kolegyně a kolegové, je velmi správné, že Evropský parlament se v posledních letech stal diskusním fórem o budoucnosti Evropské unie, vystupují zde premiéři, zástupci členských zemí. Je mi velmi líto, že na lednovou plenární schůzi odmítl přijet český premiér Andrej Babiš, který vlastně toto pozvání nevyužil a nepoděil se o svoji vizi o budoucnosti Evropské unie. Zpráva, o které jednáme a o které budeme hlasovat, uvádí, že cestou vpřed je diferencovaná integrace a politická unie. Myslím, že je pravda, že na některé výzvy, především na výzvu v otázce obrany, vnější a vnitřní bezpečnosti občanů, je třeba posílit společné pravomoci. Na druhou stranu volám k většímu respektu subsidiarity a zastavení úprku vpřed v integraci za každou cenu. Poučme se z brexitu.

Csaba Sógor (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Az Európa jövőjéről szóló vita a Bizottság saját értékelése szerint az idén éri el az egyik legfontosabb állomását, amikor májusban a romániai Nagyszebenben az állam és kormányfők egy olyan Európa mellett tesznek hitet, amely látható eredményeket tud felmutatni a polgárok számára. Azt gondolom, hogy ha már a soknemzetiségű Erdélyben lesz az a csúcstalálkozó, akkor ezeknek az eredményeknek valóban láthatónak és érezhető kell lenniük az őshonos nemzeti kisebbségek számára is. Nagyszeben egykor a több százezres erdélyi német kisebbség egyik központja volt, ma már sajnos csupán néhány ezer német él Románia területén. Az erdélyi magyar közösség ugyanakkor egymillióháromszázezer főt számlál, és azt várja el Európától, hogy figyeljen oda arra, hogy nem használhatja szimbólumait, hogy az állam csak papíron biztosítja az anyanyelvhasználatot, vagy arra hogy éppen a magyar nyelvű orvostképzés jövője került veszélybe. Az Európa jövőjéről szóló gondolkodásba bele kell férjenek a nemzeti kisebbségek sajátos problémái, és nem maradhat tagállami hatáskör ez a kérdés.

Julie Ward (S&D). – Mr President, Europe and the European Union is at a crossroads. Populism is on the rise. People are feeling that the systems and institutions no longer serve their interests. As elected representatives, it is for us to restore that faith. We must make sure that collectively and collaboratively we work for the interests of the people we represent, whether that be by ensuring that the loopholes for tax evasion are closed, strengthening human and workers' rights, continuing the peace project that is Europe or ensuring balanced trade deals with countries with whom the EU has the same values – and not undermining human rights while we do it. Now more than ever we need closer ties between EU Member States, working on social cohesion, security, tackling climate change – continuing to strengthen peace at the heart of the EU project. The UK is sadly attempting to leave just when it needs to be a part of the European project, leading not leaving. As Robert Schuman said in 1950, Europe will not...

(The President cut off the speaker)

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señor comisario, recordamos muy bien cuando, en 2016, el presidente Juncker trajo a esta Cámara el debate sobre el llamado «Libro Blanco sobre el futuro de Europa» y muchos nos enfadamos al ver que la Comisión no tenía un plan, de modo que nos ofrecía desde continuar arrastrando los pies, como veníamos haciendo, hasta el salto federal, que no resulta realista.

Pero había dos opciones que sí resultaban una salida. Cooperación reforzada, lo que no significa Europa a la carta ni de geometría variable, sino una coalición de aquellos que realmente quieren Europa y están dispuestos a poner los recursos necesarios sobre la mesa para conseguirla. Y, por supuesto, hacer juntos lo que solo juntos podemos hacer.

Pues bien, este informe sobre el futuro de Europa delinea claramente cuál es la posición del Parlamento Europeo al respecto, pero nada tendrá sentido si Europa no es capaz de incrementar sus presupuestos cohesivos para restaurar no solamente el modelo social, sino su vocación solidaria y de corrección de las desigualdades, especialmente con las regiones menos favorecidas: regiones ultraperiféricas, regiones ultraalejadas, regiones más alejadas y menos pobladas son las que necesitan más...

(El presidente retira la palabra al orador).

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, budućnost Europe vrlo je važna tema, ali bojim se da se pomalo pretvara u mješavinu straha kojim se ciljano kontaminira građane u izbornoj godini i lijepih želja koje su teško ostvarive. S jedne strane ljudi se plaše ruskim propagandom, neregularnim izborima, lažnim vijestima, populista ili novim sukobima u Irskoj zbog tvrde granice nakon Brexita, a s druge, nudi jako malo konkretnih promjena postojećeg institucionalnog okvira za koji je jasno da ne funkcionira.

Dobar dio europskog establišmenta ostao je zarobljen u federalističkoj viziji Europe iz pedesetih godina prošlog stoljeća i jednostavno se ne može prilagoditi novim okolnostima ni željama građana. Sve druge koji se ne slažu s tom zastarjelom vizijom naziva se populistima, često bez ikakve osnove.

Konstruktivna rasprava ne može se voditi etiketiranjem i floskulama, dva monologa ne čine dijalog, a bez pravog dijaloga nećemo nikad naći odgovore na izazove budućnosti.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρώπη των εθνών και των πατρίδων είναι αυτή που μπορεί πραγματικά να εγγυηθεί μία ομαλή ευρωπαϊκή πορεία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση που οφείλει να σέβεται τις εθνικές ταυτότητες και τις εθνικές παραδόσεις. Από εκεί και πέρα, πρέπει επίσης να ληφθούν πολύ συγκεκριμένα μέτρα στο πεδίο της οικονομικής και νομισματικής Ένωσης. Πρέπει να καταργηθεί το Σύμφωνο Σταθερότητας. Πρέπει να εγκαταλειφθεί η πολιτική της σκληρής λιτότητας. Πρέπει η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα να μετατραπεί σε ύστατο δανειστή. Δεν μας χρειάζεται Ευρωπαϊκό Νομισματικό Ταμείο. Η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα μπορεί να διαδραματίσει αυτόν τον ρόλο, όπως συμβαίνει με όλες τις κεντρικές τράπεζες στα κράτη και στις Ηνωμένες Πολιτείες και στην Αγγλία. Χρειάζεται ένα αποκεντρωμένο σύστημα ευρωπαϊκών κεντρικών τραπεζών, για να μπορέσουν να λειτουργήσουν τα πράγματα πολύ πιο ομαλά και να υπάρξει δυνατότητα ανάκτησης της νομισματικής κυριαρχίας ορισμένων κρατών, τα οποία αντιμετωπίζουν οικονομικές δυσκολίες, ώστε να μπορέσουν για συγκεκριμένο χρονικό διάστημα να ασκήσουν αυτόνομη νομισματική πολιτική.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o suposto debate sobre o futuro da Europa consistiu, na verdade, num debate sobre o futuro de um processo de integração capitalista que afronta princípios e valores civilizacionais, resultado da luta dos povos do continente europeu.

A União Europeia não é a Europa. O futuro da Europa não se confina aos cenários a que a União Europeia quis circunscrever o debate sobre o seu próprio futuro. Cedo se constatou que este debate não era senão uma encenação, com conclusões tiradas à partida, o que se pretendeu foi um exercício justificativo de uma nova fuga em frente, que aprofunda o pendor neoliberal da integração, a par de uma ainda maior concentração de poder nas principais potências, resultado prático do fim do princípio da unanimidade que agora abertamente defendem.

Além disso, pretende-se forçar uma preocupante escalada militarista, que constitui uma ameaça séria à paz e à segurança dos povos do continente.

Não pode passar por aqui o futuro da Europa. Será a luta dos trabalhadores e dos povos que traçará um futuro mais conforme com os seus interesses e aspirações.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι λογικό και αναμενόμενο να γίνονται στο Κοινοβούλιο συζητήσεις για το μέλλον της Ευρώπης, διότι πρόκειται για ένα θέμα που μας αφορά· όχι μόνον εμάς, αλλά και τις επερχόμενες γενεές. Όμως, έχω μεγάλες αμφιβολίες σχετικά με το κατά πόσον θα μπορέσουμε να βρούμε μία λύση στο πρόβλημα και να μην έχουμε μια συζήτηση φιλολογικού ενδιαφέροντος και μόνο. Και το λέω αυτό διότι για πολλούς από εμάς, αλλά κυρίως για τον ηγετικό κύκλο της Ευρωπαϊκής Ένωσης, υπάρχουν εμμονές και αγκυλώσεις που —ενώ είναι σαφές το τι συμβαίνει— δεν επιτρέπουν την εφαρμογή της σωστής διαδικασίας λύσης των προβλημάτων. Δεν είναι δυνατόν να υπάρχει μέλλον στην Ευρώπη όταν καταργείται η αρχή της ομοφωνίας, με αποτέλεσμα να μην υπάρχει ισότητα και άρα να μην υπάρχει συνεργασία μεταξύ των κρατών, κάτι που είναι επιβεβλημένο για να επιλυθούν τα προβλήματα. Δεν είναι δυνατόν να επιχειρείται συνεχώς η διάλυση των εθνών, των εθνικών κρατών. Η Ευρώπη των εθνών και των πατρίδων είναι αυτή που θα δώσει λύση στο πρόβλημα, με συνεργασία όλων των κρατών μελών.

(End of catch-the-eye procedure)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur for this timely and highly relevant report. We have to be clear that when we discuss the future of Europe we discuss whether and how we want the European Union to reaffirm its future in the world. If we want our Union to stay an actor in global politics in the 21st century, to maintain our economic strength, to defend our interests, and to shape foreign policy by projecting our European values of democracy, freedom, openness, solidarity, the rule of law and fundamental rights, then we have to do all what is necessary so that Europe has the internal legitimacy, capacity and means to do that. At his State of the Union address in this House in September last year, President Juncker presented to you his priorities and outlined his vision for how the European Union could devolve by 2025. On the same occasion, he presented a roadmap for a more united, stronger and more democratic Union. In particular, he called for confirming the process of the so-called *spitzenkandidaten* at European level, completing the governance of the euro area, and for a modern and values-based European budget for the coming years. In the longer run, the Commission's take on the future of Europe is that we do not exclude treaty change.

Today, however, we must not discuss treaty change but focus on concrete policies and on the immediate concerns of our citizens. This is what we are doing. The Commission has by now fully delivered on all the proposals needed to address its priorities. Together with you, the Members of the European Parliament, and the 28 Member States, we have adopted over the last four years, around 250 ambitious legal acts in the areas of investments in the real economy, the digital union, energy union, capital markets union, internal and cybersecurity, border protection, defence, economic and monetary union, trade, research and innovation, climate change, social solidarity, youth and employment. We are thus delivering concrete results that are to the benefit of all European citizens. As we meet today, our three institutions are

working night and day to conclude important pending files, such as the European Border and Coast Guard, the prevention of terrorist content online, copyright and a series of contingency measures to mitigate the negative consequences of Brexit before the next elections. It is in all our interests to give it one last push and our joint efforts are already bearing fruit.

The European Union is in the sixth consecutive year of economic growth. 239 million people in the European Union are currently in jobs. This is the highest number ever. With this, the European Union is on course to meet its Europe 2020 target of a 75% employment rate by 2020. Youth unemployment has fallen, down from 25% in 2013 to 15% overall, but remains far too high in some of our Member States. The EU is defending a rule and values-based multilateral order as just confirmed by the partnership agreements with Japan, which has just entered into force and which will generate new opportunities and growth both for Europeans and our partners.

These results should inspire us to not let up because the task of building a more secure, sustainable and more prosperous and fairer Europe is far from over.

Steadying a confident and collective European course is the best response we can give to rising forces of illiberalism, nationalism and xenophobia and to fears of rising trade conflicts.

On May 9 this year, just a few days before the elections to the European Parliament, the leaders of the European Union will meet at a summit in Sibiu, Romania, to reaffirm to European citizens and to the world, their commitment to a united, strong and democratic future of Europe at 27.

Let us use this and any other opportunity to send strong and positive messages to our citizens. Let us not allow the doomsayers to weaken or paralyze our Union. Let us convince our citizens, so that at the next elections they will want to vote for a positive agenda, for stability, freedom and prosperity, for a Union that is united, strong and democratic.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 13 February 2019.

Written statements (Rule 162)

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Időszerűnek tartom ezt a jelentést és a vitát, mert Európát az utóbbi időben olyan belső, saját tagállamai részéről jelentkező kihívások érik, amelyek megválaszolásában az EP-nek, mint az Unió legfőbb, választott politikai testületének kezdeményező és iránymutató szerepet kell vállalni.

Az európai integráció újra-dinamizálásának esélyére – a nagy, globális gazdasági, társadalmi és környezeti kihívások mellett – ma fokozott veszélyt jelent az EU-ellenes nacionalizmus és populizmus térnyerése Európában, még egyes tagállami kormányok, vezetők részéről is. Ennek kirívó példjaként az Orbán-kormány az európai demokratikus értékeinket megtagadva a migrációs politika, vagy a közös kül- és biztonságpolitika aláásával immár provokatív módon gyengíti az EU működését.

Ezért is támogatom az integráció jövőjéről folyó vitánkban eddig megfogalmazott minden olyan intézményi és politikai reform-javaslatot, ami e veszélyes politikai törekvések megfékezését segítheti: a polgárok bizalmát, demokratikus részvételét, az Unió hatékonyabb, átláthatóbb, demokratikusabb működését, a társadalmi igazságosságot, az EU kettészakadásának megelőzését célzó megoldásokat – szükség esetén akár szerződésmódosítást.

Különösen időszerűnek tartom a közösségi módszer és a minősített többségi döntéshozatal általános alkalmazását, az EP-választás nyitottabbá és közvetlenebbé tételét, vagy a Parlament szerepének erősítését az EiT – gyakran szándékos – döntésképtelenségének ellensúlyozására. Mint szocialista politikus természetesen kiemelt feladatunkként sürgetem a Szociális Európa történelmi feladatának megvalósításához, a Szociális Pillér tényleges működéséhez szükséges politikai és intézményi garanciák létrehozását.

21. Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik (kurze Darstellung)

President. – The next item is a short presentation of the report by Ashley Fox, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, on a comprehensive European industrial policy on artificial intelligence and robotics (2018/2088(INI)) (A8-0019/2019).

Ashley Fox, Rapporteur. – Mr President, I was pleased to see this report adopted in Committee last month and I thank my shadow rapporteurs for working with me to produce a good result. This report sets out Parliament's position on artificial intelligence (AI) and robotics.

Members may not be aware that Parliament originally agreed we should do a report on this subject in April. We spent the next six months arguing over who should be the lead committee, so work only started in October. This then left us only four months to write the report and bring it to plenary. That was a shameful waste of time. If there is one lesson I have learned from this process, it is that Parliament should rethink how we deal with these situations. We've had to work at great speed, and I'm glad that we've been able to get a substantial report through within such a short time frame. I wish to record my thanks to my assistant, Lavan, for his hard work.

My main objective has been to ensure that this is a positive report that signals our willingness to adopt this technology and provide the correct conditions for it to thrive. We are at the beginning of seeing the adoption of AI and it will take many years before we see its full potential and reap the full benefits of it. It can make us more prosperous, healthier and create jobs that currently don't exist. An example that I have used throughout discussions on this file is that it took the best part of 200 years for humanity to reach the full potential of the steam engine. Along the way there was great resistance and I have no doubt there'll be opposition to the adoption of AI.

There is, of course, always opposition to change, but let us not stand in the way and be a Parliament of Luddites. In the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE), we agreed on the need for a code of ethics to guide the development of AI. This should encourage the good actors and deter the bad ones. Working under such a code and ensuring transparency will ensure greater acceptance of this technology. We believe that AI should have a human-centred approach. What is meant by this is that the use of AI should augment human capabilities rather than just replace them. It is sometimes forgotten that when AI and human abilities are combined, they are more powerful than when used in isolation. This has been demonstrated particularly well in the medical field.

It is important that we prepare society for the changes ahead through developing education and training. As AI progresses, it will destroy some jobs and create others. We need to ensure that we have a skilled workforce to take advantage of the new opportunities. This will be one of the most important aspects of ensuring competitiveness on a global scale.

We should recognise that most of the investment in this field will come from the private sector, not the state or the EU. Our Member States must work hard to ensure that they are attractive places to invest.

One final point I wish to make is that artificial intelligence does not have borders. It will operate between and across the different jurisdictions of the world. We should therefore approach its governance with a global mindset. We must ensure that the EU and our Member States discuss this at an international level, and as far as possible develop global standards.

I look forward to hearing what colleagues have to say this evening and to a positive vote tomorrow.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, pane zpravodaji, pane komisaři, Evropa má ve vývoji umělé inteligence nesporný potenciál. Vystává zde však také řada otázek, které souvisí s dopady, na které zatím národní ani unijní legislativa nereagovala. Některé členské státy se proto pokoušejí přijímat vlastní legislativu pro regulaci autonomních robotů. Já se domnívám, že je důležité, aby Evropská unie reagovala společně na unijní úrovni harmonizací pravidel. Na umělé inteligenci by členské státy měly pracovat společně, protože se nás týkají stejné výzvy, stejná rizika a společně čelíme konkurenci především z Číny i z Ameriky. Nejde ovšem jen o konkurenceschopnost, ale také o bezpečnost občanů Evropské unie, protože umělá inteligence přináší pokrok, ale přináší také velké bezpečnostní výzvy, proto vítám koordinační plán pro umělou inteligenci, který Komise představila v prosinci. Domnívám se, že musíme reagovat rychle.

Algirdas Saudargas (PPE). – Gerbiamas Pirmininke, gerbiami kolegos, norėčiau iš tiesų pasveikinti pranešėją, nes kaip jis ir minėjo, buvo labai trumpi terminai. Ir jis padarė puikų darbą ir labai kruopštų darbą. Noriu pasakyti tikrai porą pastabų: pirmas dalykas, kad tikrai šito pranešimo reikėjo, nors buvo keliamos abejonės, manau, kad buvo pateikta nemažai – keli šimtai – pataisų ir kolegos parodė didelį susidomėjimą ir, manau, mes pirmą kartą daugelį temų, daugelį labai svarbių temų išnagrinėjome. Be abejo, kitas Parlamentas susirinkęs ne kartą prie šitos temos grįš todėl, kad tai yra didelis iššūkis Europai ir besikeičiantis iššūkis. Bet jis turės šitą pranešimą, kaip puikų pagrindą savo diskusijoms tęsti.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να συγχαρώ τον εισηγητή, κ. Fox, για την έκθεσή του. Νομίζω ότι πράγματι θέτει τα θέματα στη διάσταση στην οποία πρέπει να τεθούν. Πρώτα απ' όλα, μιλάμε για την τεχνητή νοημοσύνη και τη ρομποτική, που ήδη αναπτύσσονται και έχουν δημιουργήσει πολλές ευκαιρίες και, ταυτόχρονα, πολλά προβλήματα. Δημιουργούν νέες θέσεις εργασίας, αλλά την ίδια στιγμή άλλες θέσεις εργασίας χάνονται.

Από εκεί και πέρα, πρέπει να επικεντρωθούμε στη συγκρότηση ολοκληρωμένης ευρωπαϊκής βιομηχανικής πολιτικής, διότι στην παγκόσμια σκηνή υπάρχει τεράστιος ανταγωνισμός με τις Ηνωμένες Πολιτείες και την Κίνα. Αν δεν εφαρμοστεί μια συγκροτημένη βιομηχανική πολιτική για να μπορέσει να αντλήσει επενδύσεις και, κυρίως, να δώσει μια ώθηση στην ανάπτυξη της ρομποτικής, νομίζω ότι θα υπάρξουν πάρα πολλά προβλήματα. Οποσδήποτε, όμως, η τεχνητή νοημοσύνη πρέπει να είναι στην υπηρεσία του ανθρώπου και πρέπει να έχουμε μια ανθρωποκεντρική προσέγγιση και όχι μια προσέγγιση υπέρ των κερδών των μεγάλων μονοπωλιακών επιχειρήσεων.

Caroline Nagtegaal (ALDE). – Dank u wel, voorzitter. Als wij vooruit willen komen met kunstmatige intelligentie, dan moeten we eigenlijk eerst zelf wat slimmer worden. Want als wij niets doen, dan is China in 2030 wereldleider kunstmatige intelligentie.

En ik zie u een beetje verbaasd kijken, want ik wil juist niet dat China de wereldleider is, maar dat Europa die wereldleider is. En daarom ben ik ook zo blij met dit verslag. Want ik wil dat Europa investeert in onze ondernemers, in onze whizzkids. Dat zijn onze doeners. Zij zorgen voor uitvindingen die ons leven in de toekomst makkelijker, interessanter en ook beter maken. Die doeners gaan ervoor zorgen dat ik straks – in 2030 — met een zelfrijdende auto naar Straatsburg kom.

Die doeners, die verdienen onze steun, steun vanuit Europa. En daar, daar sta ik voor. Dank u wel.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a inteligência artificial e a robótica contribuem para incrementar a produtividade social do trabalho humano. O aumento da produtividade cria as condições para o aumento real dos salários e para uma vida melhor, mas essa potencialidade é permanentemente posta em causa na sociedade capitalista em prol da defesa e do aumento dos lucros. A apropriação capitalista das novas tecnologias, com a substituição de trabalhadores por máquinas, a competição entre trabalhadores e máquinas, a pressão para a rentabilização dos capitais, impulsiona a exploração e a precariedade laboral.

Mas as novas tecnologias, em vez de tirarem o trabalho a alguns e intensificarem e degradarem o trabalho de outros, poderiam e podem, inversamente, ser utilizadas para uma significativa redução, sem perda de rendimentos, do tempo do trabalho de todos os trabalhadores, reduzindo ritmos de trabalho, reduzindo o desemprego, em vez de o aumentar. Uma redução do tempo de trabalho sem redução do salário nem das prestações sociais que repartisse a carga de trabalho existente pelo conjunto dos trabalhadores.

Esta é uma luta de grande atualidade.

(End of catch-the-eye procedure)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr Fox, and the shadow rapporteurs, as well as the associated committees, for the very good report on a comprehensive European industrial policy on artificial intelligence and robotics.

AI and robotics have great benefits to offer to improve quality of life. For example, precision farming promises to drastically reduce the need for pesticides and AI can also help to greatly improve cancer treatments and save lives thanks to early diagnostics.

We welcome in particular that the report addresses all the key aspects, namely, that it is essential to ensure the EU's competitiveness by boosting its research and industrial capacity in AI and to promote the uptake of AI across the economy. That it is necessary to prepare for the socio-economic changes brought about by AI, in particular regarding skills, jobs and social protection. And that we have to ensure an appropriate ethical and legal framework based on the Union's values and in line with the Charter of Fundamental Rights of the EU.

The Commission is very pleased that Parliament shares their vision on the development and deployment of human-centric AI and acknowledges the importance of achieving ethical and trustworthy artificial intelligence – the trademark for AI made in Europe.

Concerted EU action is also essential to avoid the fragmentation of the overall legal and ethical framework, and it is important that all stakeholders are represented in the process.

I am glad to know that we share the understanding that without sufficient funding, Europe will not be able to regain leadership in AI.

Increased funding will be of crucial importance to the digital Europe programme and Horizon Europe, accompanied by the development of a public-private partnership in AI.

We should make every effort to realise the promise potentially illustrated in the report for important sectors such as healthcare, energy, transport, agri- food, cyber-security and in the public sector, increasing productivity and competitiveness as well as quality of life at work and at home.

The Commission appointed a high-level expert group on AI to draft ethics guidelines covering issues such as fairness, safety, transparency, democracy, personal data protection, dignity, consumer protection and non-discrimination.

The group should finalise its work in the course of March, and the guidelines are expected to be published in early April.

It is encouraging to see the support of Parliament to build on this work for an inclusive and ethical development in the use of AI.

Parliament welcomes the creation of the expert group on liability and new technologies. While you regret that no legislative proposal was put forward during this legislature, you will understand that the substance is very complex. That is why the Commission will put forward a report in early summer outlining the broader implications for potential gaps in, and orientations for, the liability and safety frameworks for AI.

We have to build on our own strengths and support the European entrepreneurial spirit. We must be fully engaged and ensure broader and easier access to services for citizens and industry and address socio-economic and legal issues, building on European values.

A united and value-based approach to AI will make the European Union a leader in AI and help promote ethical principles worldwide. And this concerted effort is necessary to ensure that European citizens and the economy can reap the benefits such technology has to offer.

In conclusion, the European Parliament is uniquely placed in this mission, in particular in informing about the benefits AI can bring while carefully addressing the risks.

The Commission is delighted that it can count on the support of Parliament to actively contribute to developing and implementing the comprehensive European industrial policy on AI and robotics. AI can improve quality of lives, greatly contribute to our economic growth and our environmental sustainability.

Let us not miss these opportunities.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 12 February 2019.

Written statements (Rule 162)

Eugen Freund (S&D), schriftlich. – Selbstlernende Maschinen können uns helfen, die Opferzahlen im Straßenverkehr dramatisch zu reduzieren, effizienteres Ressourcenmanagement zu betreiben, unseren Energiekonsum zu reduzieren, und können in vielen anderen Bereichen eingesetzt werden. Doch neben allen Chancen birgt die Nutzung von KI-Systemen auch Risiken. Der Einsatz zur Verbreitung von Desinformationskampagnen oder die militärische Anwendung sind zwei Bereiche, auf die wir besonders achten müssen. Durch KI erstellte und verbreitete Falschinformationen können negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft nehmen. Autonome Waffensysteme und deren Einsatz stellen uns vor große Herausforderungen, verbunden mit ethischen Fragen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass moralische Entscheidungen und die damit verbundene Verantwortung immer in den Händen des Menschen bleiben und ethische Normen unbedingt im Vordergrund stehen! Außerdem müssen die künstliche Intelligenz und deren Anwendung nachvollziehbar für uns Menschen bleiben – denn wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass uns die künstliche Intelligenz entgleitet. Eine effektive europäische Regulierung, welche das volle Spektrum der Einsatzmöglichkeiten abdeckt, ethische Bedenken miteinbezieht und die Kontrollierbarkeit der Technik gewährleistet, ist daher von höchster Dringlichkeit.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Im Juli 2017 legte die chinesische Regierung ihren Plan vor, Weltmarktführer für künstliche Intelligenz (KI) werden zu wollen. Bis 2030 will Peking in diesem Bereich eine Industrie im Wert von 150 - Milliarden USD schaffen. Auch die Amerikaner sind hier sehr aktiv: In dieser Woche unterzeichnete US-Präsident Trump ein Dekret, welches vorsieht, Investitionen im amerikanischen KI-Markt weiter anzukurbeln und eine KI-Proliferation auszulösen. Im Jahr 2018 zeichneten die USA für mehr als die Hälfte der weltweiten KI-Investitionen verantwortlich. 19,2 Milliarden USD wurden allein im letzten Jahr in KI-Start-ups investiert. Die Vereinigten Staaten rangieren mit einem Marktanteil von 33 % zwar immer noch weit vor China, das bei 17 % liegt, jedoch aufholt. Ebenso hat die Europäische Union Aufholbedarf, weshalb die Kommission ihre jährlichen Investitionen im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 für KI um 70 % erhöht. Für den Zeitraum 2018-2020 werden 1,5 - Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln angestrebt. Bis 2030 will Brüssel 20 Milliarden Euro in KI investieren. Europa braucht diese Investitionen und ebenso einen kohärenten und koordinierten Ansatz, um Talente und Patente im Bereich KI an europäischen Universitäten und Unternehmen zu halten.

Eva Maydell (PPE), in writing. – The pace of technological advancement is so fast that nobody can fully grasp what is coming next. We can only speculate where Artificial Intelligence (AI) will be in 10 or 20 years. Yet this is not something new – for instance, who knew 10 years ago what a data scientist would be? What is certain though is that the ever-changing digital world will significantly affect our lives.

While previously, advances in automation focused on particular industries, like manufacturing, today automation influences all sectors. Automation is the new reality in the workplace and in the forthcoming years we will observe a growing interaction between humans and machines.

Research shows that for the past 140 years automation, robots and technology have created more jobs than they have destroyed. Historically, the economy has consistently found space in higher-skilled, creative work as it has eliminated routine tasks through automation. About 10% of jobs we know today will disappear, but the actual challenge is that at least a third of them will change due to digital disruption. Adaptation is indispensable and education (with a capital E) is key.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), în scris. – Prezentul raport are o abordare generală pozitivă față de inteligența artificială (AI) și robotică și enumeră un număr mare de beneficii existente și potențiale pe care le aduce societății, industriei și sectoarelor specifice, cum ar fi administrația publică, asistența medicală, transportul, energia, securitatea informatică etc. Europa conduce revoluția AI care poate îmbunătăți în mod substanțial viața și condițiile cetățenilor, conducând la noi modele de afaceri și jucând un rol-cheie în digitalizarea economiilor și transformarea societăților noastre.

Cu toate acestea, suntem de acord cu faptul că AI trebuie să fie în conformitate cu valorile europene, cu respectarea drepturilor omului și a vieții private, iar măsurile care vizează educația și recalificarea trebuie să fie luate atunci când locurile de muncă sunt înlocuite cu roboți pentru a asigura o tranziție justă. Evoluțiile din domeniul inteligenței artificiale trebuie să fie concepute, dezvoltate și implementate astfel încât să protejeze demnitatea, autonomia și autodeterminarea persoanei, adică să fie axate pe oameni. Ne dorim o societate sprijinită de inteligența artificială și robotică. De aceea, integrarea tot mai mare a roboticii în sistemele umane trebuie să fie ghidată de o politică solidă cu privire la maximizarea beneficiilor și reducerea la minimum a riscurilor pentru societate.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Com este relatório de iniciativa, o Parlamento Europeu adota um conjunto de princípios fundamentais para que os valores comuns da União sejam embebidos nos principais pilares da sociedade digital emergente. Em concreto, estipula que o desenvolvimento da Inteligência Artificial (IA) tem que estar em linha e respeitar os direitos fundamentais, as liberdades, a dignidade, a privacidade e ser centrado na resposta às necessidades concretas das pessoas.

A União Europeia não pode deixar de travar o combate global pela inovação e pela liderança científica e tecnológica em domínios estratégicos como é o caso da IA. Travar esse combate com menos recursos financeiros e com necessárias garantias éticas no uso dos dados, implica optar por uma visão diferenciada, focada na transformação positiva dos modelos de organização industrial e social, medindo os impactos dessa transformação e aproveitando as dinâmicas de mudança para aumentar a competitividade e a inteligência dos sistemas produtivos, combater as desigualdades e dar sustentabilidade aos sistemas de serviço público, como os sistemas de saúde, de segurança ou de educação e qualificação.

Esta visão tem prevalecido na negociação em curso do Programa Europa Digital em que represento o Grupo S&D e deve prevalecer no desenvolvimento da sociedade digital na UE.

22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 163).

I will underline 'one minute' and we will respect that time slot.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl opakovaně upozornit na situaci, která bohužel v současné době je na cestách směrem do Velké Británie, a to na praktiky, které se objevují především v souvislosti s pašeráky, kteří pašují lidi skrze Evropu směrem do Velké Británie. Za tuto činnost jsou opakovaně postihováni nikoliv samotní pašeráci, ale řidiči kamionů, kteří s touto činností nemají nic společného. Chci upozornit na případ Jiřího Sagana, který byl odsouzen na dva roky do francouzského vězení, přestože policie v žádném případě neprokázala, že by byl on tím, kdo vědomě pašoval lidi do Spojeného království. Tímto bych chtěl vyzvat Komisi, aby se opravdu případy řidičů kamionů systematicky zabývala a věnovala, protože ta situace je dlouhodobě neudržitelná.

Andrea Bocskor (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! 2019 a választások éve lesz Európában. Míg mi az EP-választásokra készülünk, Ukrajnában elnök- és parlamenti választásokat tartanak. Az ukrán polgároknak 44 elnökjelölt közül kell választaniuk, azonban csak két-háromnak van valós esélye. Ez nem volna önmagában gond, ám a magyar közösség sajnos ezúttal is nehéz helyzettel áll szemben. A legesélyesebb jelöltek nacionalista kisebbségeket kirekesztő retorikával erősítik a szavazótáborukat, programjaik nem tartalmaznak semmi jót a kisebbségekre nézve. A kormány a választásokra készülve újabb alkotmányos kisebbségi jogokat korlátozó nyelvtörvényt fog a Ráda elé terjesztetni, melynek az első olvasatát nagyon sokan kritizálták, a nemzetközi közvélemény pedig megfogalmazta, hogy a végleges elfogadás előtt a Velencei Bizottság elé kellene terjesztetni. Ezt valószínűleg azért nem hajlandók megtenni, mert az oktatási törvény hetes cikkelyéről szóló velencei bizottsági véleményt sem hajtották még végre. Az országban a többségi nemzet is szkeptikus a választások eredményeit illetően. A lakosság elégedetlen a csalással, a korrupcióval, és nem hisz a törvényhozó elit szavahihetőségében.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule președinte, am solicitat să iau cuvântul pentru a spune două lucruri. Primul este legat de candidatura Laurei Codruța Kövesi la postul de procuror-șef al Parchetului European. Este vorba de o persoană cunoscută și apreciată în întreaga Uniune Europeană. Numirea ei nu trebuie să fie un troc politic, nici un vot pro sau contra guvernului de la București, care refuză să o susțină după ce a demis-o de la șefia DNA din rațiuni politice. Chem, de aceea, toate grupurile politice din Parlamentul European să o voteze. În acest fel, am arăta că o persoană, care a reușit minuni în lupta anticorupție dintr-un stat membru este sprijinită să facă același lucru la nivel european.

Al doilea lucru îl privește pe Klaus Iohannis. Domnule președinte, acum fix doi ani, Camerele de la București încuviințau organizarea unui referendum despre lupta anticorupție pe care l-ați promis cetățenilor români. Vă solicit să convocați această consultare pe 26 mai, în ziua alegerilor europene. În acest fel, cetățenii români vor putea spune dacă doresc să își mențină țara în Uniunea Europeană sau, dacă așa cum vor Dăncilă și Dragnea, se gândesc să ne întoarcem la un regim autoritar și izolat de ceilalți europeni.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, caros colegas, fiz parte da delegação que, entre 24 e 27 de janeiro, se deslocou a Manágua e aí pude testemunhar o elevado preço que os jornalistas e os estudantes pagam pela coragem de denunciar a brutal repressão do regime de Daniel Ortega.

As universidades sofrem cortes no financiamento público a que têm direito, os estudantes, acusados de terrorismo por terem participado em protestos pacíficos, são condenados a pesadas penas de prisão e aqueles que conseguem fugir dificilmente podem retomar a sua educação nas universidades públicas dos países onde se refugiaram.

Para silenciar qualquer voz dissidente, o governo saqueia redações de jornais e, sob a acusação de terrorismo, detém arbitrariamente jornalistas e força outros ao exílio.

Se, durante a visita ao El Chipote, verifiquei as condições indignas e vergonhosas das masmorras onde estão detidos os jornalistas Miguel Mora e Lúcia Pineda, tenho recebido relatos de que essas condições, ao contrário do que nos garantiram, pioraram depois da nossa visita. Lúcia foi isolada das outras presas e Miguel transferido para El Infiernillo.

Insto, assim, as autoridades nicaraguenses a libertarem, imediatamente, estes presos políticos ou a permitirem que aguardem em prisão domiciliária a audiência agendada para o próximo dia 15 de março.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, pensaba hablar del efecto del impacto del Brexit sobre las regiones ultraperiféricas, pero voy a usar mi minuto para responder a un ataque que ha sido proferido contra el ministro de Asuntos Exteriores de mi país, Josep Borrell, en un debate sobre el uso desproporcionado de la fuerza policial en relación con sucesos que tuvieron lugar en España el 1 de octubre de hace dos años.

Porque resulta fuera de lugar, injusto y en conflicto con la verdad. Injusto porque esos sucesos tuvieron lugar cuando gobernaba España el Partido Popular. Fuera de lugar porque, en ningún caso, el ministro de Asuntos Exteriores fue responsable —ni lo es ahora— de ningún uso de la fuerza policial. Pero, sobre todo, en conflicto con la verdad, porque se le ha acusado de *fake news*, cuando precisamente el ministro Borrell se caracteriza por introducir rigor frente a la manipulación y la intoxicación —que sobran— y la crispación —que sobra— en el tratamiento de la cuestión catalana. Requerida de diálogo, sí, pero dentro del respeto a la Constitución y a la ley.

Esos sucesos tuvieron lugar precisamente porque se conculcó la Constitución y la ley desobedeciendo una sentencia del Tribunal Constitucional que prohibía el sostenimiento de ninguna consulta.

Giuseppe Ferrandino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, di fronte alla situazione economica che sta vivendo in queste settimane l'Italia, appaiono evidenti le criticità che noi del Partito Democratico avevamo già segnalato sul nascere della manovra economica presentato da Conte.

L'economia italiana è stagnante, con una prospettiva di crescita tagliata dall'1 % allo 0,2 %, la produzione industriale è crollata a -5,5 %, e i disoccupati sono in aumento. Continuiamo a navigare a vista, senza renderci conto che la posta in gioco è la tenuta sociale dell'intera Europa.

L'austerità, nata per difendere gli interessi dei pochi a discapito dei molti, ha permesso il rafforzarsi del populismo. Oggi i populistici rischiano di minare alle fondamenta il progetto europeo. Tra pochi mesi saremo in campagna elettorale ed io, nel mio collegio che comprende Campania, Puglia, Calabria, Abruzzo, Basilicata e Molise, non mi stancherò di ripetere che l'Europa va cambiata, ma con proposte fattibili un minuto dopo: meno austerità, più Europa sociale, più investimenti, più Erasmus per i professionisti e riforme strutturali in campo economico di organizzazione dell'istituzioni...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

John Howarth (S&D). – Mr President, the Trans-European Network programme is intended to improve communication along strategic corridors. In Kent, the M20 motorway is part of that network. Two days ago, the UK Department for Transport (DfT) started a month of works on the London-bound carriageway, with night closures between 8 p.m. and 6 a.m. GMT. Great, you might say – improvements to the channel ports are long overdue. But no, the purpose of the closures is to turn part of the motorway into a lorry park to cope with the disruption of a no-deal Brexit. We've also seen from the same Department for Transport the issue of a contract to a ferry company with no ships from a port with no appropriate landing facilities.

Now the DfT has since changed its mind and cancelled that contract. It seems that the DfT is allowed to change its mind, but the British people are not. When you are not allowed the chance to change your mind in a democracy, you no longer live in a democracy.

Νότης Μαρτιάς (ECR). –Κύριε Πρόεδρε, μια τυχαία κοινοβουλευτική πλειοψηφία-κουρελού, υπό τον Αλέξη Τσίπρα, προχώρησε πριν από λίγες ημέρες στην κύρωση της κατάρτυσης συμφωνίας των Πρεσπών, που ξεπουλάει το όνομα της Μακεδονίας μας και της ιστορίας μας. Μια συμφωνία που βρίσκει αντίθετο τον ελληνικό λαό, ο οποίος με τα μαζικά συλλαλητήριά του έστειλε το μήνυμα ότι ζητάει δημοψήφισμα για το «σκοπιανό». Ταυτόχρονα με την επονείδιστη συμφωνία των Πρεσπών, τα Σκόπια αναγνωρίζονται ως περικλειστό κράτος και αποκτούν δικαίωμα πρόσβασης στην ελληνική ΑΟΖ.

Επιπλέον, η ίδια κοινοβουλευτική πλειοψηφία κύρωσε την ένταξη των Σκοπίων στο NATO, εμπλέκοντας την Ελλάδα σε ένα επικίνδυνο παιχνίδι γεωπολιτικών ανταγωνισμών μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης, Ηνωμένων Πολιτειών και Ρωσίας. Παρότι, όμως, τα Σκόπια πήραν αυτό που ήθελαν, συνεχίζουν να προκαλούν και διατηρούν ακόμη και τώρα, στο νέο Σύνταγμά τους, τις αλυτρωτικές διεκδικήσεις τους κατά της Ελλάδας. Να γνωρίζουν, όμως, στα Σκόπια ότι ο ελληνικός λαός είναι ενωμένος και αποφασισμένος και δεν πρόκειται να δεχτεί το ξεπούλημα της Μακεδονίας μας. Γιατί η Μακεδονία είναι μία και ελληνική.

László Tórkés (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Közismert, hogy az 1989-es romániai forradalom Temesváron vette kezdetét. A kommunista diktatúra bukásának 30. évében a város magyarsága megdöbbenéssel szerzett tudomást arról, hogy a kommunizmus idején elkobzott reprezentatív épületét, a Magyar Házat szállodává akarják átalakítani. Románia mind a mai napig nem hajlandó a magyar közösség és egyházai jogtalanul elállamosított ingatlanait teljes egészükben jogos tulajdonosaiknak visszaszolgáltatni. Az ország létrejöttének centenáriumán, a magyar református egyháztól indult temesvári népfelkelés 30. évfordulóján joggal követeljük kisebbségi jogaink tiszteletben tartását, Románia európai vállalásainak maradéktalan teljesítését. Temesvár Európa Kulturális Fővárosa lesz 2021-ben. Ennek és a város multikulturális örökségének megcsúfolását jelentené a Magyar Ház végleges elidegenítése és jogtalan eltulajdonlása.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Herr talman! Jag är stolt över att vara ledamot av ett parlament som så tydligt tog ställning till stöd för de krafter som vill föra Venezuela ut dess djupa demokratiska kris. Det finns naturligtvis fortfarande anledning att bevaka situationen, men vi ska fortsätta att stödja Guaidós ambition att föra landet mot fria och demokratiska val.

Däremot gjorde det här parlamentet också en annan tjänst. Det är nämligen tack vare vårt ställningstagande som mitt eget lands regering – som gärna pratar om vikten av demokrati och mänskliga rättigheter – blev påmind om att man faktiskt kan välja mellan diktatur och demokrati. Det tog dem en vecka, eller ett par veckor, att ta det där ställningstagandet, men till slut gjorde de det. Jag skäms inför mina venezuelanska kolleger som har blivit slagna, torterade, dödade. Utrikesministerns partikamrater och Vänsterpartiet valde att inte stödja resolutionen och därmed svek demokratin till förmån av diktaturens kreatur. Det är faktiskt bara sorgligt.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señor presidente, mañana va a empezar en Madrid un juicio contra miembros del anterior Gobierno de Cataluña y contra los dos dirigentes sociales más respetados y queridos de nuestro país. El juicio es evidentemente político. Ni los tribunales alemanes, ni los belgas, ni los escoceses aceptan los delitos de los que se acusa a los detenidos, que ya llevan más de un año en la cárcel en prisión preventiva. Una judicatura posfranquista, rancia y antidemocrática se ha hecho con el poder, con el apoyo del anterior Gobierno del PP y con el consentimiento del actual del PSOE.

Este 12 de febrero me recuerda otro 12 de febrero de hace cuarenta y seis años, cuando Carlos Arias Navarro, sucesor de Carrero Blanco, proclamó lo que él llamó «el espíritu del 12 de febrero». Sí, seguiremos en el espíritu de la España negra de hace cuarenta y seis años, con Franco todavía vivo. La España eterna sigue imponiéndose a la España moderna.

Y, en esta casa, Tajani y la mayoría, sin comentarios. Una auténtica vergüenza.

Alex Mayer (S&D). – Mr President, libraries give access to knowledge and promote the joy of reading, they are an amazing free resource. Now nearly a quarter of library users are under-nines, and surveys show that children of all ages give their libraries a big thumbs up, with youngsters living in more deprived communities valuing their libraries even more highly.

However, in Essex a third of libraries face the chop, in a wanton act of cultural and educational vandalism. And closing the library won't just take books off the shelves: it will rip the heart out of local communities. This half-term, in threatened Essex libraries, we have: 'Discover dinosaurs day' at Danbury library, Peter Rabbit fun in Broomfield, and puppets, singing and a treasure hunt at Silver End library. And, week in, week out, libraries host things like Rhyme Time clubs and provide access to the internet. Essex needs its libraries. So my message to Essex County Council tonight is: 'Stop, think again and shelve this terrible plan.'

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a violência doméstica, uma expressão concreta da violência mais geral exercida sobre as mulheres na nossa sociedade, continua a assumir expressões brutais e intoleráveis. Aliás, ela será sempre, em qualquer caso, brutal e intolerável.

Para além do choque e da comoção suscitados pelo conhecimento público de cada novo caso concreto, é necessário agir. É necessário agir para prevenir, combater e erradicar. É necessário agir na proteção eficaz e atempada das vítimas, no reforço dos apoios sociais e no acesso à justiça. É necessário agir na transformação da realidade subjacente à violência doméstica, agir sobre as causas de ordem económica, social, política e cultural que estão na génese da violência doméstica, sobre as dinâmicas psicológicas que com elas se interligam fruto de dependências de vária ordem. Agir no combate a todas as formas de violência quotidiana, mais ou menos dissimuladas, no combate a todas as formas de discriminação das mulheres, nos salários, no trabalho, na vida, a todos os entraves ao reconhecimento pleno da igualdade.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, minulý týden jsem se přesvědčila osobně o tom, že v Evropské unii žijí stovky dětí uprchlíků na ulici a bez ochrany. Z dostupných údajů víme, že v Řecku je momentálně 3 792 nedoprovázených dětí, z nich 7 % je mladších 14 let. Většina z nich nemá rodiče, zemřeli ve válce nebo jsou nezvěstní. V Řecku jsem se minulý týden setkala s šestiletou holčičkou Zafírou z Afghánistánu, které zahynuli oba rodiče během cesty. Její příběh mě dojal, ale byla jsem ráda, že zrovna tato holčička měla štěstí, protože je umístěna v dětském zařízení v Aténách, kde je o ni postaráno. Ale patří mezi ty šťastné výjimky, protože tisícovka jiných dětí zůstává v Řecku na ulici a tisícovka je v různých táborech a v jiných zařízeních, kde čeká na sloučení s příbuznými nebo na lepší podmínky. V této souvislosti opakovaně apeluji také na vlády, včetně české vlády, aby se těchto dětí ujala.

Răzvan Popa (S&D). – Domnule președinte, recent, în România, au apărut informații privind faptul că nu mai puțin de zece bănci au apelat la înțelegeri de tip *trust* pentru a manipula ROBOR. Este vorba despre rata medie a dobânzii la care băncile românești se împrumută între ele, stabilind în mod artificial nivelul acesteia. Nivelul ROBOR influențează valoarea ratelor lunare la creditele în moneda națională. În funcție de valoarea ROBOR, românii plătesc mai mult sau mai puțin pentru împrumuturile bancare.

Am sesizat Comisia cu privire la această situație și am solicitat o intervenție urgentă de a verifica modul în care băncile românești respectă principiul liberei concurențe. Un sistem bancar lipsit de onestitate este un pericol pentru piața liberă, dar și pentru interesele directe ale cetățenilor. Sunt semnale că și în alte state ale Uniunii au existat astfel de probleme și, tocmai de aceea, consider că este obligatorie o analiză a Comisiei, dar și o discuție mai amplă aici, în plenul Parlamentului, pentru a vedea care este situația.

Îmi doresc ca împreună să lămurim aceste aspecte și, dacă este nevoie, să luăm măsuri astfel încât cetățeanul european să nu cadă victima lăcomiei băncilor.

Miroslavs Mitrofanovs (Verts/ALE). – Mr President, the European elections are approaching, and now we have to discuss about all the missed signals related to the influence of fake news and third state propaganda on the results of the upcoming elections.

Some people asked us to limit contacts with the mass media of the Russian Federation. Of course, I cannot deny the problem of fake news and propaganda. It exists really, but at the same time is, it is another important obstacle for the free political process in the EU that makes us to go on in cooperation with Russian TV channels and news agencies. The main reason is the exclusion of opposition and minority parties from the mainstream national media in some EU countries. For example, in our country, Latvia, the only way we can reach voters is to cooperate with the media of neighbouring Russia. I am sure we need a comprehensive legal framework at the EU level in order to monitor and ensure a fair approach for all political forces to the mass media...

(The President cut off the speaker)

Rory Palmer (S&D). – Mr President, this week sees the biggest comedy festival in Europe, which is the Leicester Comedy Festival, in my constituency, and I congratulate all those involved in it. However, Brexit is no joke for those working in comedy and music, theatre and the arts. These industries make a huge economic contribution and I know people working across these sectors are worried about the potential impacts of Brexit.

The ability to travel and perform freely across the EU is essential. Potential tariffs and different royalty arrangements would be a bureaucratic headache for artists. A Brexit recession, with people having less cash in their pocket, would mean people going to fewer gigs and shows. These sectors are worried about Brexit. Whilst we know that the British Government's handling of Brexit is now beyond a joke, for the real people working in those sectors, these issues are no laughing matter.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, la Cour européenne des droits de l'homme rappelle périodiquement que la liberté d'expression vaut non seulement pour les informations ou les idées accueillies avec faveur, mais aussi pour celles qui heurtent, choquent ou inquiètent. Voltaire avait dit la même chose, deux siècles plus tôt. Et pourtant, la liberté d'expression subit de plus en plus d'atteintes injustifiées, tant en France qu'en Europe.

En France, la loi du 22 décembre 2018 permet à tout parti politique, notamment à celui qui soutient le président de la République, de demander au juge des référés de faire cesser, en période électorale, la diffusion sur internet de toute opinion assimilée à une allégation inexacte. C'est un formidable instrument de censure de l'opposition, que la ministre de la justice a déjà menacé d'utiliser contre Marine Le Pen.

L'Union européenne n'est pas en reste. Le Parlement européen vient, en effet, de modifier son règlement intérieur pour interdire aux eurodéputés de tenir des propos offensants, ce qui est contraire à la tradition démocratique occidentale, qui garantit aux députés le droit de dire ce qu'ils veulent dans l'hémicycle.

Cette situation est hélas symptomatique du cynisme des marchands du temple qui dirigent l'Union européenne et qui violent sans vergogne les valeurs européennes qu'ils prétendent défendre.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, we often complain about multi-speed EU integration, but what are the reasons why countries like Latvia lag behind? Some would say it is because of the Soviet legacy but, in fact, that is a cover for the real problems, which are the demographic crisis, massive immigration and disrespect for minority rights.

When Latvian citizens voted for accession to the European Union, they voted for a high quality of citizenship, as in all the EU Member States. Now they are frustrated because there is no common European citizenry standard. Many of the democratic deficits attributed to the EU are, in reality, the fault of national policies. In Latvia, 12% of the population are declared non-citizens and are simply cut off from any political participation; 40% are members of the Russian-speaking minority, without any instrument to defend their fundamental rights as a minority. In western Europe it would seem like a bad dream: in Latvia it is reality.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, mañana empieza en Madrid el juicio político más vergonzoso que la Unión Europea haya visto nunca. Doce personas serán juzgadas en Europa por haber organizado un referéndum de autodeterminación siguiendo un mandato democrático. Este juicio es el triunfo del nacionalismo de Estado y la política de la venganza, pero es el fracaso de los valores europeos y de la primacía de la política frente a la represión. La Europa oficial nos ha fallado. Pero ustedes saben que tratar a políticos honestos como criminales, que abusar y retorcer el Estado de Derecho para sustentar acusaciones falsas, que un partido de extrema derecha nostálgico del franquismo ejerza la acusación popular, ustedes saben que todo esto choca frontalmente contra los valores europeos. Pero va a ser nuestra obstinada defensa de estos valores y la propia justicia europea lo que acabará reparando las injusticias cometidas y lo que nos hará retomar el camino de la democracia, la justicia y la libertad.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, mañana votaremos el Acuerdo de pesca entre Marruecos y la Unión Europea, que incluye el territorio del Sáhara Occidental dentro de su área de aplicación, dejando en manos de las autoridades marroquíes la gestión de unos recursos que no les pertenecen.

El Tribunal de Justicia de la Unión Europea ha remarcado en varias sentencias dos aspectos que no se han tenido en cuenta en las negociaciones. El primero, que el Sáhara Occidental no es territorio de Marruecos, y el segundo, que es necesario el consentimiento del pueblo saharauí, a través de sus legítimos representantes, para negociar qué ocurre con sus tierras y con su agua.

Ratificar este Acuerdo significa anteponer los intereses económicos por encima de los pilares fundamentales de la Unión Europea, como son los derechos humanos y el respeto a la legalidad, no solo de las sentencias del TJUE, sino de diversas Resoluciones de las Naciones Unidas. Ratificar este Acuerdo significa ser cómplices de la ocupación del Sáhara Occidental y dificultar las conversaciones de paz para encontrar una solución justa y duradera.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, I want to congratulate the Irish Nurses and Midwives for their resolute action against a government that has refused to engage with their legitimate demands. After a massive demonstration of solidarity in Dublin last weekend, the Labour Court has now intervened to provide an offer that the nurses are considering. That the dispute reached this point is a true indictment of the Fianna Gael government and their useless appendage in Fianna Fáil. Nurses have been forced to take their strike action against a backdrop of a deteriorating health service. They are fighting for a better service for all of us and people across Ireland know this, which is why they have such broad public support. It's no wonder that we have a recruitment and retention crisis in nursing when their pay today is lower than it was in 2008. The Irish government and EU leaders need to realise that their agenda of austerity, low pay and growing inequalities will see increasing levels of opposition among those people, including our nurses and midwives, who are at the coalface. They will though continue to have the full support and solidarity of the Irish people and of Sinn Féin in their ongoing...

(The President cut off the speaker)

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Rozwój porozumienia PESCO jest tak naprawdę krokiem w kierunku budowy europejskiej armii i bardzo się dziwię, że wiele rządów uprawia taką politykę na krótkich nóżkach i zapisuje się do tego porozumienia, zwłaszcza że rząd polski to robi. Już wiemy, czym się skończyło podpisanie przez prezydenta Kaczyńskiego wcześniej Traktatu z Lizbony – tym, że Polska w tej chwili jest upokarzana na oczach całego świata przez Komisję Europejską. I jeśli Unia Europejska zyska takie ramię militarne, to myślę, że doczekamy się tego, że będzie taka wspólna armia europejska niosła bratnią pomoc narodom zagrożonym deficytami demokracji, praw człowieka i równości płci. Więc myślę, że to jest bardzo niebezpieczny kierunek i tak zideologizowana instytucja, jaką jest Unia Europejska, nie powinna posiadać armii, bo jest to bardzo niebezpieczne. Ponadto jest to polityka tak zwanej europeizacji Europy, czyli konsekwentnej próby uwalniania się Niemiec spod skutków przegranych wojen i budowy własnego sojuszu militarnego niezależnego od Amerykanów.

President. – That concludes the item.

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 23.16)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3687

14.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. FEBRUAR 2019

(C/2024/3687)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 11. bis 14. Februar 2019

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	5
2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll	5
3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
4. Katastrophenschutzverfahren der Union (Aussprache)	5
5. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Aussprache)	13
6. Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (Aussprache)	26
7. Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung (Aussprache)	36
8. Wiederaufnahme der Sitzung	45
9. Abstimmungsstunde	45
9.1. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (A8-0030/2019 - João Ferreira) (Abstimmung)	45
9.2. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (Entschließung) (A8-0034/2019 - João Ferreira) (Abstimmung)	45
9.3. Entschließungsantrag nach Artikel 108 Absatz 6 GO zur Einholung eines Gutachtens des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des vorgeschlagenen partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei EU-Marokko mit den Verträgen (B8-0100/2019) (Abstimmung)	45

Inhalt	Seite
9.4. Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei zwischen der EU und Marokko (A8-0027/2019 - Alain Cadec) (Abstimmung)	46
9.5. Übereinkommen zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer (A8-0016/2019 - Norica Nicolai) (Abstimmung)	46
9.6. Protokoll zum Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der EU und Mexiko (Beitritt Kroatiens) (A8-0066/2019 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)	46
9.7. Betrugsbekämpfungsprogramm der EU (A8-0064/2019 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra) (Abstimmung)	46
9.8. Mehrjahresplan für die Bestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0310/2018 - Alain Cadec) (Abstimmung)	46
9.9. Katastrophenschutzverfahren der Union (A8-0180/2018 - Elisabetta Gardini) (Abstimmung)	46
9.10. Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung (A8-0044/2019 - Simona Bonafè) (Abstimmung)	46
9.11. Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (A8-0318/2018 - Nicola Danti) (Abstimmung)	46
9.12. Programm über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die europäischen Statistiken (A8-0052/2019 - Nicola Danti) (Abstimmung)	46
9.13. Mehrwertsteuer: endgültiges System für die Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten (A8-0028/2019 - Fulvio Martusciello) (Abstimmung)	47
9.14. Strategien zur Integration der Roma (B8-0098/2019) (Abstimmung)	47
9.15. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft (A8-0041/2019 - Maite Pagazaurtundúa Ruiz) (Abstimmung)	47
9.16. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Verstärkte Zusammenarbeit (A8-0038/2019 - Alain Lamassoure) (Abstimmung)	47
9.17. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Befugnisse des Parlaments zur politischen Kontrolle der Kommission (A8-0033/2019 - Mercedes Bresso) (Abstimmung)	48
9.18. Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU (A8-0051/2019 - Barbara Spinelli) (Abstimmung)	48
9.19. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) (A8-0050/2019 - Paulo Rangel) (Abstimmung)	48
9.20. Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik (A8-0019/2019 - Ashley Fox) (Abstimmung)	48
9.21. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (A8-0045/2019 - Jytte Guteland) (Abstimmung)	48
9.22. Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (A8-0046/2019 - Ivo Belet) (Abstimmung)	48
10. Stimmerklärungen	48
10.1. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (A8-0030/2019 - João Ferreira)	48

Inhalt	Seite
10.2. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (EntschlieÙung) (A8-0034/2019 - João Ferreira)	49
10.3. Betrugsbekämpfungsprogramm der EU (A8-0064/2019 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra)	49
10.4. Mehrjahresplan für die Bestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0310/2018 - Alain Cadec)	50
10.5. Katastrophenschutzverfahren der Union (A8-0180/2018 - Elisabetta Gardini)	51
10.6. Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung (A8-0044/2019 - Simona Bonafè)	51
10.7. Strategien zur Integration der Roma (B8-0098/2019)	52
10.8. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft (A8-0041/2019 - Maite Pagazaurtundúa Ruiz)	54
10.9. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Verstärkte Zusammenarbeit (A8-0038/2019 - Alain Lamassoure)	54
10.10. Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU (A8-0051/2019 - Barbara Spinelli)	54
10.11. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) (A8-0050/2019 - Paulo Rangel)	55
10.12. Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik (A8-0019/2019 - Ashley Fox)	55
10.13. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (A8-0045/2019 - Jytte Guteland)	56
10.14. Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (A8-0046/2019 - Ivo Belet)	58
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	59
12. Wiederaufnahme der Sitzung	59
13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	59
14. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	59
15. Lage in Syrien (Aussprache)	59
16. Bericht 2018 über Bosnien und Herzegowina (Aussprache)	71
17. Wiederaufnahme der Sitzung	83
18. Aussprache mit dem italienischen Ministerpräsidenten, Giuseppe Conte, über die Zukunft Europas (Aussprache)	83

Inhalt	Seite
19. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	114
20. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur – Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) - Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur – Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) - Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (Aussprache)	114
21. Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (Aussprache)	131
22. Politische Herausforderungen und Strategien gegen frauenspezifische Krebserkrankungen und damit zusammenhängende Begleiterkrankungen (Aussprache)	139
23. Die Rechte intersexueller Personen (Aussprache)	147
24. Einsatz von Cannabis in der Medizin (Aussprache)	155
25. Genom-Manipulation der Keimbahn beim Menschen (Aussprache)	160
26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	164
27. Schluss der Sitzung	164

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. FEBRUAR 2019

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.02)

2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO): siehe Protokoll

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Katastrophenschutzverfahren der Union (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Elisabetta Gardini, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di decisione del Consiglio che modifica la decisione n. 1313/2013/UE su un meccanismo unionale di protezione civile (COM(2017)0772 - C8-0409/2017 - 2017/0309(COD)) (A8-0180/2018).

Elisabetta Gardini, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo oggi a scrivere una bella pagina di questa nostra Unione europea, e volevo per questo ringraziare subito tutte le persone che hanno lavorato a questo risultato, a cominciare dai colleghi relatori, ma anche tutto il Parlamento che ha dimostrato con la sua flessibilità, la sua capacità di guardare a quello che era lo scopo concreto di questo meccanismo, di questo rafforzamento del meccanismo della protezione civile europea, è riuscito a superare anche alcune reticenze e indugi di alcuni Stati che erano un po' preoccupati e vedevano in questo rafforzamento della protezione civile una sorta di ingerenza delle Istituzioni europee. Sensibilità che è molto diversa e distante da quella dei cittadini, che invece con Eurobarometro continuano a dire che la protezione civile la vogliono e vogliono vedere l'Europa e le Istituzioni europee al loro fianco nel momento in cui si trovino ad affrontare una catastrofe che le loro autorità locali e nazionali non riescono ad affrontare da sole.

L'esperienza ci ha detto che è così. Purtroppo abbiamo visto con gli incendi, soprattutto estivi in Portogallo e in Grecia, dove abbiamo sofferto la perdita di centinaia di vite umane, oltre agli ingenti danni economici, che l'Europa, nonostante fosse già dotata di un meccanismo di protezione civile, non era in grado di affrontare contemporaneamente più disastri.

Ed ecco che oggi noi diciamo che siamo riusciti, a poco più di un anno dalla comunicazione della Commissione – e ringrazio per questo la sensibilità e la prontezza del Commissario Stylianides –, ad avere lo strumento che ci serviva, abbiamo RescEU. Cosa è RescEU? È un nuovo strumento che sarà formato da risorse aggiuntive rispetto a quelle già esistenti e già appartenenti agli Stati membri, perché lo scopo di RescEU è proprio quello di potenziare e di rinforzare la capacità di risposta laddove ce ne sia bisogno.

Ovviamente non è solo questo, perché si rafforza la prevenzione, la preparazione, c'è un'Unione europea che sta a fianco dei propri Stati per aiutarli ad affrontare i disastri, sia che siano naturali, sia che si tratti, come potrebbe purtroppo accadere, anche di incidenti che abbiano a che fare anche con sostanze chimiche, biologiche, radiologiche e nucleari. Vorrei ricordare che la prevenzione degli incendi è anche una cosa che fa molto bene all'ambiente, perché ci sono studi che dimostrano come gli incendi provochino il 20 % delle emissioni di CO₂ nel mondo. Quindi sono tanti gli aspetti che noi tocchiamo con questo meccanismo rafforzato.

Lasciatemi anche ricordare, come italiana, una persona che ci ha lasciato il 26 gennaio scorso, l'onorevole Giuseppe Zamberletti, che per noi italiani è il papà della protezione civile italiana, e in qualche modo, in senso traslato, diventa anche un po' il papà della protezione civile europea. Io vorrei dedicare a lui questa giornata, questo lavoro, se me lo permette Commissario, e poiché noi abbiamo anche istituito, oltre ad una sorta di Erasmus – perché è importante che la cooperazione che già esiste tra gli Stati sia ancora più diffusa e che ci sia uno standard formativo europeo comune, quindi anche questo sarà uno strumento importante –, dei riconoscimenti per le persone che si saranno, nei vari paesi dell'Unione, distinti rispetto alla protezione civile, non mi dispiacerebbe se si potesse cominciare proprio riconoscendo a questo grande uomo questo ruolo. Lui non ha mai fatto mancare il suo consiglio e il suo supporto, e penso che dal cielo lassù, oggi, anche lui ci mandi un sorriso per questo grande risultato per tutti noi.

Željana Zovko, *izvjestiteljica za mišljenje odbora DEVE*. – Poštovani predsjedavajući, uvaženi povjereniče, na početku bih željela čestitati kolegici Elisabetti Gardini na vrlo dobro razrađenom izvješću europskog mehanizma za civilnu zaštitu kao i povjereniku za humanitarnu pomoć i upravljanje krizama Europske unije Christosu Stylianidesu.

U svojoj ulozi u svojstvu izvjestiteljice za mišljenje u ime Odbora za razvoj sudjelovala sam u izradi ovog izvješća o pružanju potpore mehanizmu na kojem sam naglasila potrebu jačanja nacionalnih kapaciteta civilne zaštite, a da instrumenti na razini Europske unije u slučaju mehanizama Unije za civilnu zaštitu, nadopunjavaju.

Novi mehanizam ne bi trebao djelovati izolirano, nego se oslanjati na snagu drugih europskih instrumenta i biti usmjeren na sprečavanje rizika. Suočeni s požarima na jugu Europe, nismo mogli ostati pasivni. Uz veliku materijalnu štetu i ljudske žrtve te brojne nedostatke u postojećim mehanizmima za borbu protiv katastrofa, morali smo reagirati.

Željela bih naglasiti kako je u izvješće unesena odredba koja omogućuje državama članicama koje nisu u mogućnosti sudjelovati u udruženim kapacitetima za civilnu zaštitu, stopu sufinanciranja ne veću od 55 % prihvatljivih troškova za prijevoz, što je iznimno važno za Republiku Hrvatsku. Hrvatska je krizna točka koja graniči s ostatkom jugoistočne Europe i treba se promatrati s posebnom pozornošću pri raspodjeli sredstava pa fokus treba biti na pojačavanju svih preventivnih mjera.

Usvojeni amandmani u Komisiji omogućuju ovlast raspoređivanja kapaciteta sustava *Rescue*, dok operativna kontrola u kriznim područjima ostaje pod kontrolom država članica.

Zahvaljujem, predsjedavajući, i još jednom zahvaljujem svima koji su radili da ovaj mehanizam, koji je nešto najljepše što smo mogli učiniti za građane Europske unije, dobije svoju punu snagu i da se građani ne osjećaju izolirano, ma gdje da su.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I addressed this House a little more than a year ago to present our proposal, these proposals, to strengthen our European Union Civil Protection Mechanism. Today, after a year, Parliament is voting for the most ambitious European civil protection system that ever existed. And today, Parliament is voting for something that was really politically unthinkable a few years ago. Among friends, I have to be frank. It was really a very difficult and demanding job to persuade our Member States to accept this upgrade, but, at the end of the day, we managed together to get this very ambitious common purpose.

Today, I am proud of being a European citizen. I would like to express, first of all, my sincere gratitude to the rapporteur, Elisabetta Gardini, for her leadership, and of course my thanks to all colleagues, my dear colleague Željana Zovko, my dear colleague Fernandes and all other rapporteurs from all political groups, and of course my thanks go to the parliamentary groups and to the European Parliament that supported overwhelmingly this ground-breaking initiative.

Dear colleagues, with your political support, rescEU will be a reality ahead of the next forest fire season. And this is also thanks to your dedication to our common goal: to protect our citizens, to save lives and to save their livelihoods. You rightly insisted on a guarantee to have more disaster response means available immediately. Today, I can tell you this: we are working closely with our Member States to set in motion as soon as possible the so-called 'rescEU transition phase', so that disaster response capacities can be in place to respond to possible forest fires in Europe already this year, in 2019. The feedback from Member States so far is positive and I would also like to thank them here today for their positive approach.

Let us have no illusions. Natural disasters will not stop. On the contrary, they will become more frequent and more intense because of climate change. It is not fake news. It is happening now and we have to deal with this new phenomenon due to climate change. What we aim to do with rescEU is to better equip ourselves to face these disasters due to climate change.

Dear colleagues, with this new legislation we are also putting more emphasis on prevention, on preparedness. The European Parliament made it very clear that this was a priority, and we have done our best to put in place a system that offers more support to Member States to exchange information and learn from each other. Today, modestly, we mark the beginning of a new era for European civil protection. This is about a Europe that protects. We owe this, as I said, to our citizens.

I would like to conclude by saying once again that we should all be proud because of this achievement, and I thank you so much for your dedication. Thank you for your attention.

José Manuel Fernandes, *relator de parecer da Comissão dos Orçamentos*. – Senhor Presidente, a Europa que protege é uma necessidade. A proteção da vida humana tem de ser a nossa prioridade. Em 2017, em Portugal, tivemos uma tragédia enorme onde mais de cem pessoas perderam a sua vida. É algo que não se pode repetir.

Este novo mecanismo prova a solidariedade da União Europeia, mostra que o *orgulhosamente* sós não é solução, a partilha, e a partilha da soberania em algumas áreas, como na área da proteção civil, reforça essa mesma soberania. Não pode é haver um relaxamento dos Estados-Membros, eles têm de apostar, continuar a apostar na proteção e a proteção é a solução.

Fica aqui uma outra preocupação, que foi uma constatação, há ministros das finanças que não queriam este acordo e que andaram a regatear duzentos milhões de euros, soma ridícula, para 2019 e para 2020, algo que nós temos aqui de realçar e realçar também o empenho do Comissário Christos Stylianides, da relatora Gardini, para que nós pudéssemos ter um acordo que, efetivamente, mostra que a União Europeia salva vidas e vale a pena.

Francesc Gambús, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, Europa se construye a través de la solidaridad y hermandad entre sus pueblos, y es un principio que, hoy más que nunca, debemos recordar en este hemisiciclo de Estrasburgo. La solidaridad entre los europeos se construye desde la base y desde el principio más básico, que es la ayuda ante los hechos que no podemos prever. Lo vivimos recientemente en los graves incendios que asolaron Portugal y Galicia en 2017.

Sin embargo, debemos ser igualmente honestos con nosotros mismos, y algo falla cuando Europa no es la primera en responder ante una catástrofe como esta. Por eso, creo que la actuación del Mecanismo de Protección Civil será una buena herramienta que podrá combinarse también con la propuesta del Cuerpo de Solidaridad Europeo. Y llevará a que podamos seguir sintiéndonos orgullosos de la Unión, demostrando que desde la unidad podemos afrontar mejor los retos que tenemos por delante.

Por ello, quiero agradecer a la ponente, mi colega Gardini, la labor realizada en este dossier, por el buen resultado obtenido y por la funcionalidad y el impacto directo que este mecanismo tendrá en el futuro en la sociedad europea.

Νίκος Ανδρουλάκης, *εξ ονόματος της ομάδας S&D*. – Κύριε Πρόεδρε, τα τελευταία χρόνια, σε πολλούς από τους πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης οι θεσμοί μοιάζουν απόμακροι, ακόμα και εχθρικοί. Όμως, στην περίπτωσή μας, η αγωνία τους για καλύτερη προστασία από τις φυσικές καταστροφές αποτέλεσε την κινητήρια δύναμη στην προσπάθειά μας να καταστήσουμε τον ευρωπαϊκό μηχανισμό πολιτικής προστασίας ένα πραγματικό εργαλείο αλληλεγγύης δημιουργώντας το rescEU. Σήμερα, η ανθρωπιά και η στήριξη των λιγότερο δυνατών και η περιβαλλοντολογική ηθική είναι νικήτριες. Η αφορμή για τη συγκεκριμένη πρόταση ήταν οι καταστροφικές πυρκαγιές στην Πορτογαλία. Κανείς όμως δεν μπορούσε να φανταστεί ότι, λίγο πριν να ξεκινήσουν οι διαπραγματεύσεις, μια νέα τραγωδία θα έπληττε την Ευρώπη, αυτή τη φορά στο Μάτι, λίγο έξω από την Αθήνα, με πάνω από 100 νεκρούς.

Αυτά τα γεγονότα κατέστησαν σαφές σε όλους ότι πρέπει να προσφέρουμε μια ουσιαστική απάντηση στις ανησυχίες των πολιτών. Στις αυξανόμενες φυσικές καταστροφές λόγω κλιματικής αλλαγής ή ανεπαρκούς προετοιμασίας από τις εθνικές αρχές δεν μένουμε παρατηρητές, αλλά δίνουμε μια ισχυρή απάντηση. Όλοι μαζί, με περισσότερη οργάνωση, μπορούμε να πετύχουμε περισσότερα απ' ό,τι ο καθένας μόνος του. Ο δρόμος της πολιτικής ενοποίησης είναι μακρύς και γεμάτος από τα εμπόδια που βάζουν οι θιασώτες μιας Ευρώπης στην οποία η αλληλεγγύη δεν είναι αυτοσκοπός, αλλά μέσο με κόστος το οποίο δεν θέλουν να αναλάβουν.

Ο ευρωπαϊκός μηχανισμός πολιτικής προστασίας αποτελεί ένα χαρακτηριστικό παράδειγμα έμπρακτης αλληλεγγύης μεταξύ των κρατών μελών. Δημιουργούμε το rescEU, μια ευρωπαϊκή δεξαμενή μέσων, όπως πυροσβεστικά ελικόπτερα και αεροπλάνα, τα οποία θα αγοραστούν με ευρωπαϊκή χρηματοδότηση για το 80 έως 90% των συνολικών εξόδων, διασφαλίζοντας ότι καμία χώρα δεν θα μείνει ξανά αβοήθητη. Παράλληλα, για πρώτη φορά δίνεται η δυνατότητα ευρωπαϊκής χρηματοδότησης έως 75% για τη συντήρηση των εθνικών μέσων. Η βοήθεια αυτή σε χώρες όπως η Ελλάδα, όπου η αδυναμία επισκευής λόγω της οικονομικής κρίσης έχει περιορίσει πάρα πολύ τη δράση των εθνικών μέσων, είναι απαραίτητη.

Τέλος, ενισχύουμε την πρόληψη διατηρώντας ανόθευτα τα χαρακτηριστικά της αλληλεγγύης. Απορρίψαμε την πρόταση του Συμβουλίου που προέβλεπε την εισαγωγή ποινών για τις χώρες που ζητούν συχνά την ενεργοποίηση του μηχανισμού. Αντιθέτως, δίνουμε τη δύναμη στην Επιτροπή να εξετάσει τα μέτρα πρόληψης του συγκεκριμένου κράτους και, όπου χρειάζεται, να παρεμβαίνει και να υπάρχουν συστάσεις για βελτίωση ή ενίσχυση των εθνικών σχεδίων προστασίας. Όλοι οι ευρωπαίοι πολίτες, ανεξαρτήτως του κράτους μέλους στο οποίο κατοικούν, πρέπει να νιώθουν ασφαλείς και να ξέρουν ότι η Ένωση μπορεί να τους βοηθήσει με πρακτικό και αποτελεσματικό τρόπο σε περίπτωση έκτακτης ανάγκης.

Arne Gericke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Im Namen der ECR möchte ich Ihnen, Frau Gardini, und allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament, der Kommission und dem Rat danken, die bei der Ausarbeitung dieser interinstitutionellen Vereinbarungen, die alle unsere Anforderungen erfüllen, eng zusammengearbeitet haben.

Die rescEU wird es den Mitgliedstaaten ermöglichen, besondere Arten von Rettungsdiensten zu beantragen, falls ihre eigenen Ressourcen erschöpft sind, wie dies beispielsweise bei den wilden Bränden im vergangenen Sommer der Fall war. Hoffentlich werden wir bis zu diesem Sommer über spezielle Feuerlöschflugzeuge verfügen, um die Brände zu bekämpfen, die sehr wahrscheinlich auftreten können und werden.

Ich denke, dass hier eine Zusammenarbeit gelungen ist, wie es bisher selten der Fall war, dass Katastrophenschutz eine Sache von *best practice* ist und dass wir – als Europa in besonderer Weise – auch weltweit Verantwortung tragen.

Anneli Jäätteenmäki, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kiitokset esittelijä Gardinille hyvästä työstä. On erinomaista, että loppuvastuu tai lopputulos tässä asiassa on se, että päävastuu pelastuspalveluissa säilyy edelleen jäsenvaltioilla. EU:n yhteisiä resursseja käytetään ainoastaan viimeisenä ja tukevana vaihtoehtona.

Yksikään jäsenvaltio ei voi, eikä sen tule, ulkoistaa pelastuspalvelumekanismiaan muille jäsenvaltioille. Se olisi vaarallista ja vastuutonta, koska me tiedämme, että silloin kun joku katastrofi tapahtuu, toimeen on tartuttava heti. Alkuhetket ovat kaikkein tärkeimmät. Jos joudutaan odottamaan, että pelastuspalvelu tulee toiselta puolen Eurooppaa, tuhot ovat silloin moninkertaiset.

Eli jäsenvaltioilla on päävastuu siitä, että tuhot torjutaan, mutta myös EU:lla on roolinsa. EU:lla on tukeva rooli ja tällaista ennakkoysteistyötä, varautumista katastrofeihin, tulee tehostaa ja myös laitteiden yhteensopivuutta. Mutta jokaisen jäsenvaltion tulee hankkia itse pääasiallisesti pelastuspalveluvälineet ja näiden välineiden yhteensopivuus on tärkeää.

Täällä on otettu jo metsäpalot esille. Siinäkin on tärkeää, että pyritään ennalta tekemään työtä, jolla vältetään metsäpalloja. Sekin on mahdollista, ei toki täydellisesti.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, είναι μία από τις λίγες θετικές ειδήσεις που παράγουμε ως ευρωπαϊκοί θεσμοί το τελευταίο διάστημα. Αυτό το οφείλουμε στην πίεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, στις θετικές προσπάθειες του Επιτρόπου Στυλιανίδη και στη συνεργασία Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου – Επιτροπής, που έκαμψαν τις αντιρρήσεις ορισμένων κρατών μελών. Γιατί ήρθαν και τα γεγονότα να βοηθήσουν. Τα τραγικά γεγονότα. Οι μεγάλες πυρκαγιές στην Πορτογαλία· φονικές. Οι πυρκαγιές στην πατρίδα μου την Ελλάδα και οι πλημμύρες· φονικές. Οι σεισμοί στην Ιταλία, επίσης με νεκρούς, αλλά και οι μεγάλες πυρκαγιές στη Σουηδία, που έκαναν και τα βόρεια κράτη μέλη να καταλάβουν ότι η κλιματική αλλαγή δεν απειλεί μόνο τον Νότο και ότι χρειαζόμαστε μια επικουρική ευρωπαϊκή δύναμη που θα ενισχύει τις προσπάθειες των κρατών μελών. Έτσι, έπαψε αυτή η ευρωτοικουνιά και έχουμε περισσότερη και καλύτερη Ευρώπη. Η τελική πρόταση είναι βελτιωμένη, χάρη στην επιμονή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, και κινείται σε θετική κατεύθυνση και γι' αυτό νομίζω ότι έχει και μια ευρύτερη στήριξη μέσα στο Κοινοβούλιο.

Lukas Mandl (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der aktuelle Winter in meinem Heimatland Österreich hat gezeigt, dass die Freiwilligen Feuerwehren, die Rettungsdienste und andere Einsatzkräfte auf Katastrophensituationen exzellent vorbereitet sind, und zwar auf der lokalen und auf der regionalen Ebene.

Wir sind die Europäische Union, und wir müssen die Stärke haben, nicht auf Hilfe von außen angewiesen zu sein, wenn es zu Großkatastrophen kommt, die nicht vorhersehbar sind und in denen auf einer überregionalen Ebene reagiert werden muss. Deshalb finde ich es richtig, dass die Europäische Kommission einen EU-Katastrophenschutzmechanismus neu auf den Weg gebracht hat. Ich teile, was schon mehrere Kolleginnen und Kollegen gesagt haben, dass wir hier im Parlament diesen Vorschlag deutlich verbessert haben: Er ist weniger zentralistisch und weniger bürokratisch. Ich freue mich, dass in der Ratspräsidentschaft Österreichs das schließlich zum Erfolg geführt werden konnte und wir jetzt im Parlament über das Endergebnis abstimmen können.

Denn vom ursprünglichen Kommissionsvorschlag, der *command and control* vorgesehen hatte, also Kommando und Steuerung von der Unionsebene, kommen wir jetzt zu einem Paket, das Kooperation und Förderung vorsieht; Förderung vor allem der regionalen und der lokalen Vorsorge. Da hat das rot-weiß-rote Vorbild aus Österreich schon einen Anteil daran, und selbstverständlich die Einsatzfähigkeit, ohne auf Hilfe von außen angewiesen zu sein.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, é dado hoje mais um passo determinante na criação do novo Mecanismo de Proteção Civil da União Europeia, ao abrigo do qual a União vai poder prestar melhor assistência, de forma coordenada e complementar à ação dos Estados-Membros.

As catástrofes avassaladoras, que ocorreram um pouco por toda a Europa nos últimos anos, puseram à prova o atual Mecanismo Europeu de Proteção Civil baseado em contribuições voluntárias.

Reconheçamos: nos momentos-chave nunca faltou a solidariedade, o que faltou muitas vezes foram os recursos necessários para a resposta exigida.

A criação da reserva de ativos a nível europeu, prevista no RescEU, é urgente, é essencial, e o relatório em debate permite concretizá-la. Parabéns à relatora!

Com base nos princípios da solidariedade e da partilha de responsabilidades, a União ficará habilitada a prestar melhor assistência aos seus cidadãos.

Será também intensificado o apoio aos Estados-Membros para melhorarem a gestão dos riscos e para reforçarem as medidas nacionais existentes.

Mas, Senhor Comissário, a concretização destas políticas não pode ser adiada. A operacionalidade do RescEU não pode ser posta em causa pelas dificuldades políticas e burocráticas que resultam do debate em curso sobre as Perspetivas Financeiras 2021-2027.

Como relator nomeado pelo Parlamento Europeu no contexto do Quadro Financeiro Plurianual pós-2020, formulei recentemente à Comissão uma pergunta escrita prioritária sobre o calendário para a publicação da proposta legislativa de financiamento desse mecanismo.

Se fosse publicada hoje já não era cedo.

Será intolerável se essa publicação não ocorrer nesta legislatura. As catástrofes não esperam. Os cidadãos europeus precisam do RescEU já.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, é positivo e é desejável que se aumente a cooperação no domínio da resposta a catástrofes, sobretudo no caso das catástrofes de grandes dimensões. Essa cooperação pode e deve envolver uma coordenação de esforços, o empréstimo de meios, e também a partilha de determinados meios de resposta.

A União Europeia não tem feito tudo o que podia neste domínio. A situação em 2017 dos incêndios em Portugal demonstrou-o à evidência. Também no domínio da prevenção de catástrofes se tem ficado aquém daquilo que era desejável. Aliás, vemos com muita preocupação a perspetiva de desferir mais um corte nas verbas destinadas à coesão económica e social de onde saem muitos dos recursos para atuar sobre a prevenção de catástrofes.

As catástrofes são iníquas, atingem quase sempre mais os Estados e as populações com menores meios para se defenderem. Mas é importante que não passemos de uma situação em que não se faz tudo o que se pode para uma situação em que se quer fazer mais do que se deve, e aqui, apenas uma nota para dizer que é muito importante que as cadeias de comando se mantenham no plano nacional. A usurpação de cadeias de comando para um plano supranacional, como previa a proposta inicial da Comissão Europeia, suscitaria riscos não despreciables que, felizmente, foi possível evitar corrigindo essa parte da proposta e mantendo as cadeias de comando no plano nacional, onde, de facto, devem estar.

Procedura «catch the eye»

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor presidente, quiero hoy celebrar la puesta en marcha de este mecanismo que viene a hacer más Europa; más Europa desde la solidaridad, previniendo y minimizando los efectos de los desafíos naturales a los que se enfrenta la Unión Europea. Pero quiero aprovechar especialmente para reivindicar una vez más la necesidad de modificar el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea, que viene a hacer frente a la reparación de estos desastres naturales.

Creo que es importante —como ya hemos venido pidiendo— la introducción del medio ambiente: que se contabilice económicamente y que se pueda garantizar una reparación realmente efectiva. Como también creo que es especialmente importante que el cálculo de las regiones beneficiarias se compute o se haga con base en criterios del PIB real, del PIB per cápita, no del PIB global de las regiones. Estamos viendo cómo se benefician regiones con mayor nivel económico y quedan fuera de este Fondo de Solidaridad para hacer frente a estas grandes catástrofes naturales regiones con menor nivel económico.

Soy consciente de que este no es el Reglamento en concreto, pero sí se recoge aquí un llamamiento a esa necesidad de hacer sinergia con estos fondos y, por tanto, hace falta una revisión del mismo. Enhorabuena, señor comisario.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι φυσικές καταστροφές είναι, δυστυχώς, στην ημερήσια διάταξη στην Ευρωπαϊκή Ένωση, λόγω —φυσικά— των κλιματικών αλλαγών. Είχαμε τεράστιες καταστροφές: τις φονικές πλημμύρες στη Μάνδρα Αττικής, τις φονικές πυρκαγιές στο Μάτι με 100 νεκρούς, πυρκαγιές —επίσης φονικές— στην Πορτογαλία, σεισμούς με νεκρούς στην Ιταλία. Όλα αυτά δείχνουν ότι πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να διαθέτει έναν αποφασιστικό μηχανισμό πολιτικής προστασίας που να ενσωματώνει στην πράξη την αρχή της αλληλεγγύης. Νομίζω ότι τα βήματα που γίνονται είναι προς μια θετική κατεύθυνση. Θα πρέπει να καταλάβουν τα κράτη μέλη ότι δεν μπορούν να επιβάλουν ποινές στις χώρες οι οποίες θα ήθελαν να χρησιμοποιήσουν αυτόν τον μηχανισμό, διότι η αξιοποίηση αυτού του μηχανισμού απορρέει, δυστυχώς, από τις φυσικές καταστροφές. Θεωρώ ότι πρέπει να λάβουμε ακόμη πιο αποφασιστικά μέτρα και να στηρίξουμε τις χώρες που υφίστανται τις φυσικές καταστροφές, που είναι οι χώρες του ευρωπαϊκού Νότου κυρίως.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident! Die heutige Diskussion zeigt wieder einmal sehr deutlich, dass wir dieses Problem des Katastrophenschutzes multisektoral sehen müssen. Es geht hier um Klimaschutz, es geht um Raumplanung, es geht aber auch um Bildung und Ausbildung im Vorfeld – das heißt: Prävention in allen Bereichen. Wir müssen *prepared* sein für diese Arten von Katastrophen, wir brauchen ein gutes Monitoring. Ich glaube, dieses heute diskutierte und hoffentlich dann auch beschlossene Katastrophenschutzverfahren der Union ist ein ganz gewaltiger Beitrag dazu, dass wir in Zukunft den Europäerinnen und Europäern sagen können: Im Katastrophenfall rückt Europa zusammen.

Das heißt nicht, dass die einzelnen Regionen, die einzelnen Körperschaften, die Mitgliedstaaten hier von ihrer Verantwortung entbunden werden, sondern es bedeutet nur, dass im Falle des Falles ein Europa bereit steht mit finanziellen Ressourcen, mit technischen Ressourcen, mit Know-how, um das Leid dort, wo es durch Naturkatastrophen oder auch durch menschlich verursachte Katastrophen eingetreten ist, so weit wie möglich, so effizient und so schnell wie möglich zu lindern.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiamas Pirmininke, iš tikrųjų klausimas yra pakankamai svarbus ir atskirais atvejais viena valstybė narė negali susidoroti su išskylančiomis problemomis, kaip pavyzdžiui, Astravo atominė elektrinė. Jau šiandieną yra nustatyta, kad statant šią elektrinę buvo pažeistos tarptautinės konvencijos ir ypatingai vietos parinkimo. Reiškia ta atominė elektrinė, kuri yra Černobylio tipo, šiandieną statoma nesilaikant tarptautinių standartų šalia Europos Sąjungos, vos dvidešimt kilometrų nuo sienos, kelia potencialiai didžiulį pavojų. Noriu paklausti Komisijos: ar šios naujos taisyklės privers Baltarusijos valstybę įvykdyti visus įsipareigojimus, kurie privalomi įvykdyti, ir antras dalykas: ar Baltarusija apdraus visus, kurie potencialiai galės nukentėti arba nukentės nuo šios, sakykim, atominės elektrinės.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo lunghi negoziati giunge finalmente al voto la decisione tesa a rafforzare il meccanismo di protezione civile dell'Unione europea, messa a dura prova nel 2017 e nel 2018 da incendi boschivi, tempeste e inondazioni.

Attualmente il meccanismo di protezione civile europeo è un sistema su base volontaria, attraverso il quale l'Unione coordina i contributi volontari degli Stati partecipanti destinati a un paese che ha richiesto assistenza.

La nuova legislazione aiuterà gli Stati membri a rispondere più rapidamente e con maggiore efficacia alle catastrofi, grazie anche ad una condivisione più efficiente dei mezzi della protezione civile. Verrà istituito, per richiesta del Parlamento, il fondo di risorse RescEU, che interverrà qualora gli Stati membri non dispongano di risorse sufficienti per rispondere ad una catastrofe e metterà a disposizione degli Stati interessati dall'emergenza mezzi aerei per combattere gli incendi boschivi, unità di pompaggio ad alta capacità, ospedali da campo e squadre mediche di emergenza.

Mi congratulo con la relatrice per l'ottimo lavoro svolto.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, when I started this initiative two years ago – frankly speaking, with a lot of reluctance from many of our Member States – I knew that having more capacities is important. I knew that having more financial means is also important. I knew that having a better disaster-risk management framework is really important. But for me – and as I realise, for you – the most important thing that we have achieved with REScEU is that we are making European solidarity stronger. We are making European solidarity more efficient, and we are making European solidarity more effective and more tangible, very close to our citizens. This is the most important thing.

Especially at this time, at which our common European project is, unfortunately, being questioned by many people, and in particular with very important European elections coming up, we are delivering on our promise to build a Europe that protects and a Europe that saves lives. It is a really big achievement, and thank you so much again for this.

But my advice, because of a lot of experience through this common effort, is that this the first big step. We have to continue in order to upgrade the Union Civil Protection Mechanism in other fields, in particular the medical field. This is the next big step.

Elisabetta Gardini, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho ascoltato davvero con molto piacere gli interventi di tutti, la conferma davvero di una unità di intenti e una collaborazione tra tutti i gruppi politici e tutti i parlamentari molto importante.

Riflettevo anche su quanta strada abbiamo fatto dalla scorsa legislatura, quando si è inserito il concetto di prevenzione, che oggi è parte integrante, se non addirittura prioritaria all'interno della protezione civile. Di strada ne abbiamo fatta tanta e questo mi rende ottimista, e ringrazio il Commissario che ha ricordato anche le fatiche a convincere alcuni Stati.

C'è anche una sorta di pudore culturale, diciamo, nell'accettare di avere bisogno di essere aiutati. Io vorrei ricordare la lezione che avevamo imparato purtroppo quando il Giappone si trovò ad affrontare il disastro di Fukushima: il paese che era ritenuto il più preparato al mondo, non era pronto ad affrontare quella immane catastrofe. Quindi non ci deve essere questo pudore. L'Europa che tutela, l'Europa che protegge è una realtà sempre più forte, perché grazie alla proposta del Commissario e al lavoro del Parlamento, e anche del Consiglio, alla fine abbiamo uno strumento che rende più sicura questa Europa.

Sono felice che ci sia stata anche la possibilità di mettere in campo questo periodo di transizione che ci permetterà di essere pronti prima della prossima estate, perché abbiamo visto che le catastrofi più ingenti, quelle che hanno purtroppo registrato il numero di perdite di vite umane incalcolabile, avviene proprio durante l'estate con gli incendi boschivi.

Io ringrazio ancora davvero tutti quanti, e vorrei, dopo aver dedicato a Zamberletti questa giornata, pensare alle centinaia di migliaia di persone che in tutti i paesi d'Europa lavorano per la sicurezza di tutti noi: a chi lavora nella protezione civile, a chi lavora nei vigili del fuoco, ai tanti, tantissimi volontari che in tantissimi paesi lavorano per noi. La protezione civile ha molte forme – è questo il motivo per cui nella scorsa legislatura non avevamo potuto scrivere la definizione di protezione civile – però l'unità d'intenti e di sentimenti è la stessa e sarà sicuramente un mattone importante per fondare l'Europa che ci piace, appunto l'Europa che tutela, che protegge, l'Europa solidale accanto ai propri cittadini.

Grazie ancora a tutti e buon lavoro in questo senso.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 12 febbraio 2019.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), γραπτώς. – Τα τελευταία χρόνια η Ευρώπη δοκιμάζεται από ανεξέλεγκτες φυσικές καταστροφές. Η Ελλάδα θρήνησε εκατοντάδες νεκρούς από τις φονικές πυρκαγιές στο Μάτι Αττικής το περασμένο καλοκαίρι, αλλά και από τις πλημμύρες στη Μάνδρα Αττικής. Με τον ενισχυμένο ευρωπαϊκό μηχανισμό πολιτικής προστασίας κάνουμε ένα βήμα μπροστά για να βοηθήσουμε τα κράτη μέλη να ανταποκρίνονται ταχύτερα και πιο αποτελεσματικά σε τέτοιου είδους καταστροφές. Πρόκειται, αναμφισβήτητα, για ένα απαραίτητο εργαλείο που ενισχύει τη συνεργασία μεταξύ των κρατών μελών, ιδιαίτερα σε μεγάλες φυσικές καταστροφές, προκειμένου να σώσουμε περισσότερες ανθρώπινες ζωές στο μέλλον. Κράτη μέλη που δεν διαθέτουν επαρκή μέσα, όπως η Ελλάδα, μπορούν να αντλήσουν μεγάλα οφέλη, καθώς για πρώτη φορά δημιουργείται αποθεματικό πόρων για περιπτώσεις έκτακτης ανάγκης. Πρωτίστως και κυρίως, όμως, ο νέος μηχανισμός μετουσιώνει στην πράξη τις θεμελιώδεις αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αποτελεί έκφραση αλληλεγγύης μεταξύ των κρατών μελών και ενισχύει την ασφάλεια των ευρωπαίων πολιτών, ικανοποιώντας το αίτημά τους για περισσότερη Ευρώπη. Σε αυτό το πλαίσιο, καίριας σημασίας είναι η άμεση τροποποίηση των κανόνων του Ευρωπαϊκού Ταμείου Αλληλεγγύης, με σκοπό οι αποζημιώσεις στους πληγέντες να καθορίζονται βάσει του κατά κεφαλήν ΑΕγχΠ της πληγείσας περιοχής και για να αποφευχθεί το ενδεχόμενο να αποκλείονται από το Ταμείο μεγάλες κατοικημένες περιοχές με χαμηλά επίπεδα πλούτου.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), în scris. – În Europa, dar și pe glob, dezastrele naturale se amplifică. Ele devin nu doar mai frecvente, ci și mai intense, constituind o amenințare gravă la adresa societăților, economiilor și ecosistemelor noastre. Uniunea Europeană a elaborat o rețea de răspuns la dezastre, precum mecanismul de protecție civilă al Uniunii. Acest instrument a ajutat statele membre să își optimizeze eforturile de prevenire a dezastrelor și de reducere a riscurilor. Din păcate, dezastrele recente, precum incendiile de pădure din Grecia sau cutremurele din Italia, au evidențiat deficiențele mecanismului.

Susțin cu tărie poziția raportoarei referitoare la viitorul mecanism. Acesta ar trebui să aibă la dispoziție capacități proprii pe lângă cele puse la dispoziție de statele membre. Aceste noi resurse ar fi menite să acopere lacunele identificate în sistemele naționale de răspuns. În ultimul rând, aș vrea să subliniez importanța unui buget adecvat care să asigure eficiența și reziliența acestui instrument european extrem de necesar.

5. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Jytte Guteland, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sull'attuazione della direttiva 2009/128/CE sull'utilizzo sostenibile dei pesticidi (2017/2284(INI)) (A8-0045/2019)).

L'on. Guteland non è qui con noi oggi e al suo posto ascoltiamo l'on. Dalli.

Miriam Dalli, *deputising for the rapporteur*. – Mr President, let me start straight away by thanking Jytte Guteland for the work she carried out on this report. As you mentioned, Jytte can't be with us this morning, but I would like to acknowledge the great work she did, together with all her colleagues and the shadow rapporteurs, precisely on this matter.

Colleagues, I am one of those who strongly believes that today's intensive pesticide use around Europe is no longer sustainable. The unsustainable use of pesticides poses a challenge not only to our environment, but also to people's health, and it can have a serious impact on both the farmers who use such products and the general public who can come into contact with hazardous chemicals found in pesticides in public areas such as parks and also school-yards.

Now the Sustainable Use of Pesticides Directive provides for a range of actions that can help Europe achieve a sustainable use of pesticides. But it is amply clear that Member States are not implementing this legislation in the proper manner. Instead, we are seeing a situation where the use of pesticides in Europe has been steadily increasing, since the 1990s.

And funnily enough, despite awareness around the sustainability of agriculture and despite the development of pesticides that can be used at low doses, on average, we are seeing the use of pesticides has not decreased at all in recent years.

Whilst some progress was registered vis-à-vis checks on spraying equipment and in developing training courses and certification schemes on how to best spray pesticides, little progress has been made in promoting the uptake of alternative techniques.

Moreover, there is a lack of clear and quantifiable targets in the different Member States' national action plans and most of these plans do not specify as yet how the targets or objectives are to be achieved. We strongly feel that progress is also lacking in the field of integrated pest management.

Now, we need Member States to take this seriously, because European citizens are getting increasingly concerned and want dependency on pesticides to decrease.

Europe's farmers have every right to be able to use substances and techniques that do not put their own health at risk and that do not impact negatively on the environment and their farmland.

We need incentives that can change things, incentives that can help farmers reduce the amount of pesticides they use and switch to more sustainable non-chemical options.

For the S&D Group it is a priority that the European Union and all its Member States increase their efforts to help the sustainable use of pesticides. We need to continue working tirelessly to create non-toxic environments where we ensure that human health and ecosystems are fully protected against the impact of today's wide use of pesticides.

We have the tools. Now we need to make sure that Member States deliver, so that farmers, consumers, citizens and the environment, can all benefit from the existing sustainable alternative methods.

A better implementation of the Sustainable Use of Pesticides Directive is key in ensuring that this change actually happens.

Finally, I know that there was very good cooperation between the responsible shadow rapporteurs, and on behalf of Jytte, I would like to thank all the colleagues from the different political groups for their constructive approach and valuable support for Jytte's work.

Later on today, we as parliamentarians have the opportunity to send a clear and important signal to all the Member States, that we stand together with all citizens across the European Union and expect our countries to ramp up their actions and contribute concretely to a more sustainable use of pesticides around Europe.

Sofia Ribeiro, *relatora de parecer da Comissão da Agricultura e do Desenvolvimento Rural*. – Senhor Presidente, este assunto exige uma discussão séria e não demagógica a bem da saúde dos europeus, do trabalho dos nossos agricultores e da seriedade política do que aqui fazemos.

É obvio que é possível utilizarmos pesticidas de forma mais sustentável e também é obvio que os agricultores são os principais interessados em manter um ambiente limpo e sustentável. A sua subsistência depende disto. Por isso, lamento o tom geral deste documento que atribui à agricultura a principal causa da má utilização destes produtos, quando sabemos que o seu uso é generalizado por profissionais e não profissionais também de outros setores.

As alterações climáticas estão a desencadear o surgimento de novas pragas que urge combater e desta forma proteger as nossas plantas e produções. O caminho não é erradicarmos os pesticidas, mas sim apostarmos no maior número de substâncias ativas disponíveis de baixo risco e na seletividade da administração destes produtos.

Volto a defender que a União Europeia tem o sistema agroalimentar mais seguro do mundo e que nos mais recentes estudos 97,2% das amostras de produtos agrícolas apresentam valores de resíduos muito abaixo do limite legal. Pelo contrário, uma investigação recente demonstrou uma maior presença de resíduos de pesticidas em produtos de origem biológica em comparação com a produção convencional.

São estes os factos.

Vytėnas Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I am delighted to attend today's plenary session and to discuss the implementation of the Directive on the sustainable use of pesticides. I welcome your own-initiative report, which will make a valuable contribution to our ongoing work on this very important topic.

I want to start by stressing that we share common concerns and common goals – to protect citizens' health, to safeguard the environment and to protect animal health – and we share these goals with Europeans, who are becoming increasingly interested and engaged in how we produce food and want to ensure this is done in a sustainable way. This is very much the debate at the moment.

Let me remind all of us that the European Union has a comprehensive package of legislation to regulate plant protection products. To place a product on the market, the relevant active substance must first be approved at EU level – the European Food Safety Authority (EFSA) and so on – and then the product, the so-called concrete pesticide, must be authorised at Member State level. This is a rigorous and extensive process to demonstrate that products can be used in a manner which is safe for humans, animals and the environment.

Nonetheless, as your report identifies, European citizens demand more. This is why the Directive on the sustainable use of pesticides was developed. It requires Member States to adopt national action plans outlining their quantitative objective: targets, measures and timetables to reduce the risks and impacts of pesticide use on human health and in the environment. The Commission has evaluated these national action plans. It summarised its findings in a report to the European Parliament and Council in 2017. You know that.

This report concluded that, while national action plans represented a significant step towards the sustainable use of pesticides, there were also significant gaps in many, many areas. It indicated that Member States needed to improve the quality of their plans. Primarily, they need to establish specific and measurable targets and indicators as part of a longer-term strategy to reduce the risks and impact of pesticide use. The report also notes that, although integrated pest management is a cornerstone of the Directive, Member States have not set clear targets in this area or ensured its implementation. It is clear that we need to do more. Let me assure you that I will not stop asking Member States to do more in implementing this Directive. My services are engaged in a series of actions to ensure this takes place. Following the evaluation of the national action plans, my services wrote to all Member States detailing their weaknesses and inviting them to address these in the revision of their plans.

The Commission has also conducted audits in Member States to verify that the Directive is being fully implemented. These audits serve two purposes. First, they are a tool to share good practices amongst Member States. Secondly, where Member States have not met their obligations under the Directive, they will help the Commission to consider further actions based on their concrete findings.

I am pleased to report that last month, Member States voted in favour of a Commission implementing directive to establish harmonised risk indicators. This will show trends in the risks associated with plant protection products. This implementing measure is now subject to scrutiny by the Council and the European Parliament – by you. I encourage you to look upon it favourably. I expect that these indicators will be calculated and published by the end of 2019. However, I should stress that I do not see the two indicators established under this Directive as the end of a process. Rather, they are the start of a more comprehensive suite of indicators to reflect trends in the risks associated with plant protection products throughout the EU.

Integrated pest management is a cornerstone of the Directive. As you have noted in your report, Member States to date have not converted integrated pest management principles into prescriptive and assessable criteria to monitor compliance. I am pleased to inform you that my services are organising a workshop in May to develop a toolbox to help Member States to check implementation of this essential element.

Your report also notes the importance of low-risk active substances to achieve more sustainable agriculture. It is thanks to the combined efforts of the Commission, EFSA, Member States and industry that the number of low-risk active substances continues to increase. These substances give farmers a tool to control pests while producing high-quality food in a more sustainable manner. While their adoption may not reduce the total quantities of plant protection products used, they have a more favourable toxicological profile. This will certainly help reduce the risk associated with these products. I also share your view that the sustainable use of pesticides should be integrated into the common agricultural policy. You will have noticed that such provisions were included in the Commission's proposal, and I would encourage your support.

Finally, five years have passed since Member States adopted their first national action plans. They are now obliged to review and revise them where necessary. My services will present a second report to the European Parliament and Council on the implementation of the Sustainable Use Directive later this year. It will analyse the revised national action plans and determine if weaknesses have been addressed. It will also summarise the experience gained by Member States in implementing the national targets to reduce the risks and impacts of pesticides.

Honourable Members, thank you once again for your report. I think we can all agree that the Directive on the sustainable use of pesticides is an important part of a broader sustainable agriculture policy. Two weeks ago we adopted a reflection paper on progress towards a sustainable Europe by 2030. It notably called for a genuine change in the way we produce, transform, distribute and consume food. The full implementation of the Directive on the sustainable use of pesticides would very much help in this respect. I can assure you that my services will look very closely at the recommendations listed in your report. In many areas, as you have just heard, the Commission has already taken action to address the issues raised. We are committed to ensure the full implementation of the Directive and we will continue to work with Member States so that this objective is achieved.

Presidente. – Ringrazio il Commissario. Adesso ascoltiamo il parere dei gruppi politici. Siamo un po' in ritardo e quindi in questa fase non accetteremo domande «cartellino blu».

Karl-Heinz Florenz, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Kommissar, vielen Dank, ich kann Ihr Papier nur unterstützen. Der größte Tenor in diesem Bericht gefällt mir sehr gut. Ein Punkt ist hier sehr wichtig, nämlich die Frage der Weiterbildung derjenigen Personen, die diese Spritzmaschinen fahren. Ich habe gerade selbst im Dezember einen solchen Lehrgang mitgemacht, obwohl ich noch drei, vier andere auf meinem Betrieb habe, die das auch gemacht haben. Also Weiterbildung in dieser Frage ist außergewöhnlich wichtig.

Auch das weitere Entwickeln von Pflanzenschutztechnik haben Sie angesprochen. Das kann ich als praktischer Landwirt nur empfehlen. Ich würde mich aber auch gerne bei der Berichterstatteerin bedanken. Sie hat da eine ganze Menge Herzblut reingeschrieben und ist auch hier und da mal so ein bisschen aus dem Raster gesprungen.

Also wir debattieren hier über einen nachhaltigen Pestizideinsatz. Wir reden hier nicht über GAP, und wir reden hier nicht über die Verschmutzung des Grundwassers. Aber wenn Sie schon mit mir über die Verschmutzung des Grundwassers reden wollen, können Sie das gerne haben. Ich sage Ihnen: Solange Sie alle – und ich auch – billiges Fleisch kaufen wollen, dürfen Sie sich nicht wundern, dass die Fakten ganz einfach sind. Auf dem Betrieb meines Vaters waren 80 Schweine, auf meinem 800, und bei meinem Nachbarn – die nächste Generation – sind es 3 000. Wenn Sie das als Nachhaltigkeit bezeichnen, dann sind wir nicht auf einem Kurs.

Ansonsten, Herr Kommissar: Viel Erfolg, und bitte bleiben Sie bei den Neonikotinoiden hart. Wir haben sie verboten, und dabei bleibt es. Wenn wir jetzt 20 Ausnahmen durch Sie genehmigt bekommen, dann kriegen diejenigen Länder, die die Neonikotinoide verbieten, Bleischuhe an die Füße, und die anderen rennen mit Turnschuhen durch diesen Wettbewerb. Das kann ich nicht akzeptieren.

Pavel Poc, za skupinu S&D. – Pane předsedající, zpravodajka Jytte Gutelandová připravila vynikající zprávu, je zřejmé, že Parlament i Komise svou práci odvádí, což bohužel nelze říct o členských státech. Zásady integrované ochrany rostlin jsou v platnosti už od roku 2014, dokud však členské státy nezačnou plnit svou úlohu, tak si budeme stále jen vyprávět pohádky o tom, co znamenají a proč je musíme dodržovat. My přece nechceme vzít zemědělcům nástroje k ochraně rostlin, chceme jim naopak nabídnout takové, které nebudou ničit jejich zdraví ani naše zdraví, ani poškozovat životní prostředí. Používání chemických pesticidů stejně jako používání antibiotik by přece mělo být poslední záchranou a ne základem našeho evropského zemědělství.

V této souvislosti je mi trochu líto, že Komise nevyslyšela požadavek tohoto Parlamentu na zrychlení schvalování biologických a nízkorizikových pesticidů, to nás zřejmě čeká až v příštím období. V Evropě dnes hodně mluvíme o bezpečnosti, přitom si do naší krajiny dennodenně pokládáme časovanou bombu, která kolem nás tiká a dříve nebo později vybuchne. Před ní nás neochrání žádná zeď ani žádné hranice. Přiznejme si konečně, že současný způsob hospodaření je dlouhodobě neudržitelný. Jestli to změníme aktivně sami, tak to bude řízený proces, který neublíží ani zemědělcům, ani spotřebitelům, ani krajině. Pokud k tomu dojde v důsledku kolapsu ekosystému, odneseme to všichni.

Jan Huitema, namens de ALDE-Fractie. – Dank u wel, voorzitter. Beste commissaris, in dit verslag over duurzame gewasbescherming wordt veel aandacht besteed aan geïntegreerde gewasbescherming. Ik vind dat belangrijk, want geïntegreerde gewasbescherming gaat uit van het voorkomen van het ontstaan van ziekten en plagen in gewassen.

Wat in het verslag naar voren komt, is dat de landen in de Europese Unie met de vinger worden gewezen omdat ze te weinig zouden doen. Ik zou ook onszelf met de vinger willen wijzen, want heel veel Europese regels maken geïntegreerde gewasbescherming moeilijk. Ik zal een paar voorbeelden noemen.

Ten eerste: veredeling. Het is ontzettend belangrijk dat wij nieuwe gewassen veredelen die weerbaarder zijn tegen ziektes en verschillende plagen. De veredelingssector is heel erg in beweging en er zijn verschillende innovaties om die veredeling te verbeteren. Helaas staat Europese wet- en regelgeving deze nieuwe innovaties niet toe.

Een tweede punt wat heel belangrijk is, is de bodemgezondheid. Ik vind het belachelijk dat de Europese nitraatrichtlijn juist het gebruik van kunstmest stimuleert ten koste van het gebruik van dierlijke mest.

Ten derde worden in verschillende landen, waaronder Nederland, initiatieven genomen om de bodemkwaliteit te verbeteren – in denk aan de Stichting Veldleeuwerik – maar die krijgen onvoldoende ruimte door de starre vergroeningsmaatregelen in het huidige gemeenschappelijk landbouwbeleid. Voorts wordt de toelating en het gebruik van micro-organismen en laagrisicomiddelen bemoeilijkt door een slechte en verouderde toelatingsprocedure. En ten slotte zouden we veel meer aandacht moeten schenken aan precisielandbouw om sneller ziektes en plagen te kunnen detecteren en ze adequater en preciezer aan te kunnen pakken. Dank u wel.

Anja Hazekamp, namens de GUE/NGL-Fractie. – Dank u wel, voorzitter. Duurzaamheid en pesticiden, dat zijn eigenlijk twee woorden die niet in één zin thuishoren. Gif is niet duurzaam. Gif dat in de tijd van onze grootouders werd gebruikt, zit nog steeds in ons milieu, op ons voedsel en in onze lichamen. Landbouwgif vervuult onze wateren, het vervuult de bodem, het vergiftigt onze gezondheid en tast de biodiversiteit aan. Een nieuw onderzoek, gepubliceerd in het *Journal of Biological Conservation*, toont aan dat 40 % van alle insecten met uitsterven bedreigd wordt. Bijen, vlinders en kevers staan op de gevarenlijst. Het verdwijnen van die insecten heeft op zijn beurt grote gevolgen voor de rest van de biodiversiteit en alle dieren die deze insecten eten. Denk aan weidevogels, vissen, reptielen, amfibieën en vleermuizen.

De belangrijkste oorzaak van dit alles is de manier waarop wij ons voedsel produceren. Industriële intensieve landbouw verwoest onze ecosystemen, zo concludeert datzelfde onderzoek. Het gebruik van landbouwgif wordt nadrukkelijk genoemd als een van de belangrijkste oorzaken van het verlies aan biodiversiteit.

De vraag is dan ook niet hoe gif duurzaam gebruikt kan worden. De vraag is hoe we een omslag kunnen krijgen naar veilige en echt duurzame productiemethoden: biologische productie zonder landbouwgif. Het huidige landbouwbeleid staat daar nog heel erg ver van af. Ook daarom ben ik voorts van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Martin Häusling, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde den Namen dieses Berichts schon irreführend: Es gibt keine nachhaltige Anwendung von Pestiziden. Womit wir uns beschäftigen müssen, ist ein Ausstiegsszenario für Pestizide. Herr Kommissar, Sie haben ja mit Recht darauf hingewiesen: Die Mitgliedstaaten sollten ja eigentlich schon Reduktionspläne für Pestizide liefern. Ist da irgendwas passiert? Nein. Ganz im Gegenteil. Nur zwei Mitgliedstaaten erfüllen überhaupt ihre Berichtspflicht und machen Senkungspläne.

Was machen die Mitgliedstaaten stattdessen? Der Kollege hat es angesprochen: Es werden Neonikotinoide in etlichen Mitgliedstaaten verwendet, obwohl es ein europäisches Verbot gibt. Das ist unhaltbar. Das ist eigentlich der Skandal, wo ich sagen muss: Ist diese Gesetzgebung überhaupt etwas wert, wenn es Mitgliedstaaten gibt, die das schlichtweg ignorieren?

Wir haben immer noch eine Diskussion um Glyphosat und werden sie auch weiterhin haben. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Ja, es müsste gesenkt werden – aber trotzdem steigt die Verwendung von Glyphosat in einigen Mitgliedstaaten, obwohl es Alternativen gibt. Der ökologische Landbau macht es doch vor, dass es ohne Chemie geht. Glyphosat z. B. ist verzichtbar. Wir müssten halt auf mechanische Methoden zurückgreifen. Wir müssen anständige Fruchtfolgen machen. Damit hätten wir Lösungen. Aber es wird nicht praktiziert, weil es auf der anderen Seite natürlich mächtige Interessen gibt, eine Industrie, die weiterhin Pestizide verkaufen will und damit ganz gute Geschäfte macht. Das muss man doch hier auch mal deutlich sagen.

Gestern ist wieder eine Studie veröffentlicht worden, die zeigt, der Artenrückgang ist wirklich dramatisch. Es bleibt keine Zeit mehr, um darüber nachzudenken, ob wir irgendwo an irgendeiner Stelle ein bisschen absenken. Nein, wir müssen aussteigen. Wir können nicht darauf warten, dass noch mehr als 70 % der Insekten verschwinden. Das ist eine ökologische Katastrophe, die da draußen stattfindet.

Die Europäische Union muss Antworten geben und das tut sie leider nicht. Deshalb müssen wir nicht über die Kleinigkeiten reden, über *Precision Farming*; das ist keine Lösung. Das ist im Grunde genommen eine ein bisschen bessere Technik. Wir müssen tatsächlich darüber nachdenken, wie wir in der Landwirtschaft aus dieser Pestizidfalle rauskommen – zugunsten der Umwelt, der Verbraucher, aber auch zugunsten der Landwirte.

Mireille D'Ornano, au nom du groupe EFDD. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, en France, nombre d'agriculteurs ont été empoisonnés par les pesticides.

Plusieurs accusent aujourd'hui l'État d'avoir fermé les yeux sur ce danger sanitaire sans précédent. Encore récemment, le président Macron affirmait que le chlordécone n'était pas cancérigène. Une contre-vérité qui a énormément choqué en France.

Dénoncer les positions irresponsables de nos dirigeants, c'est bien. Ouvrir les yeux sur les causes profondes de ce système, c'est mieux.

Les objectifs européens sont fous, à commencer par l'article 39 du traité FUE sur la PAC, qui ne fait aucune mention de la qualité de la production, ni de la protection de la santé. Si un agriculteur se suicide tous les deux jours en France, c'est évidemment à cause du productivisme de court terme imposé par l'Union européenne, avec à la clé, des revenus dérisoires, pendant que les géants de l'agrochimie engrangent des milliards. Changer les traités européens n'est pas possible, vous le savez; en sortir, oui.

Giancarlo Scottà, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, pur condividendo la posizione della relatrice sulla necessità, da una parte, di ridurre l'impatto dei pesticidi sull'ambiente e sugli esseri umani e, dall'altra, di riuscire a migliorare fattivamente i piani di azione nazionali, ritengo sia fondamentale non creare un collegamento diretto tra gli obiettivi stabiliti dalla direttiva 2009/128/CE e l'attuale nuovo modello previsto per l'attuazione della PAC.

Legare infatti il *target* sulla riduzione dell'uso dei pesticidi non è il modello previsto per attuare la PAC. Ancora molto incerto nella sua applicazione, potrebbe in realtà danneggiare ancor più l'attuale stato di efficacia dei sistemi di gestione stabiliti dalla direttiva 128 del 2009. Se da un lato, appunto, gli Stati membri potrebbero giovare di un sistema a prima vista più elastico nell'applicazione della PAC, dall'altro il mio timore è che l'ipotetico cambiamento radicale aumenterà notevolmente il livello di burocrazia, dovendo gli Stati membri declinare gli obiettivi della PAC in strategia di interventi, misurandone poi risultati. A mio parere, quindi, ogni sforzo dovrebbe essere rivolto ad aumentare l'utilità e l'efficacia dei piani di azione nazionali.

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – Mr Lins criticises my colleague Martin Häusling, and says that copper sulphate is a dangerous chemical. It is nothing compared to the sorts of toxic pesticides we're talking about here, which are causing a decimation of wildlife in our countryside – 58% of butterflies and moths lost in the past several decades. Does he not understand that if we do not protect these pollinating insects, there will be no food supply for us? We're next on the extinction list.

Norbert Lins (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein verlässliches Zulassungsverfahren und die nachhaltige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gehen Hand in Hand. Nachdem wir Anfang des Jahres den Sonderbericht zum Zulassungsverfahren auf den Weg gebracht haben, gehen wir nun einen weiteren Schritt zu einem nachhaltigeren Gebrauch. Ich bin selbst auf einem Bauernhof aufgewachsen, habe Pflanzenschutzmittel angebracht und weiß deshalb, wie wichtig die richtige Anwendung ist. Ich bin davon überzeugt, dass ein verantwortungsvoller Einsatz von Pflanzenschutzmitteln der Maßstab sein muss. Das Zauberwort hier ist Innovation. Neue, effizientere und risikoärmere Substanzen und Produkte werden die nachhaltige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln fördern.

Schulung ist der zweite wichtige Schlüssel. Unsere Landwirte müssen wissen, was sie tun und wie sie es tun. Gleichzeitig sollte der private Gebrauch eingeschränkt werden. Ich sehe nicht ein, dass es eingesetzt wird, nur damit der Hausbesitzer von nebenan ohne viel Aufwand einen englischen Rasen hat. Das muss meiner Meinung nach nicht sein.

Und im Gegensatz zum Kollegen Häusling glaube ich, dass Digitalisierung und Technologisierung der Landwirtschaft nützen und auch zu einem geringeren Verbrauch führen werden. Kollege Häusling spricht eben leider nicht so viel davon, dass auch die Ökolandwirtschaft Probleme hat, zum Beispiel Kupfereinsatz im Ökolandbau, und dass wir im Ökolandbau eben nach wie vor deutlich geringere Erträge haben. Es geht also auch um die Ernährungssicherung der Bevölkerung. Das müssen wir auch im Blick behalten.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Norbert Lins (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Vielen Dank! Das war ja eigentlich keine Frage, sondern mehr eine Anmerkung. Ich glaube, man muss immer unterscheiden, was wir anwenden, wie wir es anwenden. Es gilt immer der Grundsatz: Die Dosis macht das Gift. Es ist halt ein Riesenunterschied, ob wir über Neonikotinoide sprechen oder über Glyphosat, über Insektizide, Herbizide oder auch Fungizide. Da muss man deutlich unterscheiden. Da habe ich den Eindruck, dass das nicht alle Kolleginnen und Kollegen immer im Blick haben.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le 25 janvier dernier, les chefs d'État et de gouvernement se sont enfin accordés sur la mise en place d'indicateurs de risque harmonisés. Et c'est une très bonne chose. Mais, en même temps, le 25 janvier dernier, les représentants des 28 États membres ont été incapables d'adopter les lignes directrices proposées par la Commission européenne visant à protéger les pollinisateurs des dommages causés par les pesticides. Alors où est la vérité?

La vérité, c'est que depuis 2013, la Commission a proposé vingt-cinq fois aux États membres un texte visant à mieux protéger les abeilles des pesticides.

La vérité, c'est que 40 % des insectes ont disparu lors de la dernière décennie et que le taux de mortalité des abeilles atteint les 80 % dans certaines régions de l'Union européenne. L'agriculture intensive est le principal moteur de ce déclin et, avec elle, l'utilisation de pesticides à outrance. La vérité, c'est que les chefs d'État continuent de se cacher derrière des décisions pseudo européennes qui ne sont en réalité, ni plus ni moins, que les leurs. C'est que les progrès enregistrés sur l'utilisation durable des pesticides sont largement insuffisants, notamment en termes d'alternatives. C'est que ces mêmes chefs d'État doivent en finir avec leur hypocrisie sur la question des pesticides et cesser de dérouler le tapis rouge aux multinationales de l'agrochimie.

Il est temps, Monsieur le Commissaire, que la Commission européenne tape du poing sur la table, exige que les États membres rendent des comptes et lancent, le cas échéant, des procédures d'infraction. Il en va de la santé des 500 millions de citoyens européens.

Ulrike Müller (ALDE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für eine nachhaltige Landwirtschaft ist der integrierte Pflanzenschutz unerlässlich und muss in den Mitgliedstaaten besser umgesetzt werden. Dafür setzt der Bericht ein gutes und richtiges Signal.

Etwas stört mich aber. Es hat sich die Methode etabliert, eine einzige Studie heranzuziehen, um für den Insektenrückgang alleine die Landwirtschaft verantwortlich zu machen. Dies entspricht nicht dem Niveau unseres Hohen Hauses hier. Ich würde die Kollegen bitten, hier endlich bei den Fakten zu bleiben. Fakt ist, dass in dieser gemeinten Studie, die über den Zeitraum von 27 Jahren 63 Messstellen hatte, nur 37 ein einziges Mal abgemessen wurden und 20 zwei Mal.

Die statistische Relevanz der Studie ist damit sehr fragwürdig. Fakt ist auch, dass landwirtschaftliche Praktiken nur als eine mögliche Ursache unter den anderen genannt werden. Das ist besorgniserregend, und es muss dringend mehr dazu geforscht werden.

Ich glaube, dass diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe des Artenschutzes von allen gemacht werden muss. Das fängt beim Einzelnen an: zum Beispiel mit einer Blühwiese statt einem pflegeleichten Steingarten.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, la directive de 2009 — qui traitait de l'utilisation des pesticides compatibles avec le développement durable — avait des objectifs pertinents et cohérents et encourageait la réduction des pesticides et les alternatives. Or, vous, la Commission, avez pris trois ans de retard avant de faire cette évaluation. Et de plus, on s'aperçoit que c'est un véritable échec. Pourquoi? Parce que quand vous regardez les chiffres de l'Agence européenne de l'environnement, ils montrent une augmentation de 10 à 20 % de la demande des pesticides. En même temps — et contrairement à ce que disent mes collègues — on constate qu'au niveau de la biodiversité, il y a une diminution des invertébrés, des insectes, des écosystèmes et aussi des oiseaux. Donc que voulons-nous? La destruction de la vie? Il faut que la Commission — et le rapport qui a été donné est très clair là-dessus — encourage les alternatives, mette de l'argent et développe justement une agriculture durable. Et une agriculture durable, c'est sans pesticides, sans produits chimiques. C'est cela qui est important, Monsieur le Commissaire, et pas l'inverse.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi riteniamo che questa relazione sia già buona, perché da una parte tutela la salute umana e dall'altra protegge l'ambiente dai rischi connessi all'uso dei pesticidi. Tuttavia, potrebbe essere migliorata, perché non si può parlare di uso sostenibile dei pesticidi se non si considera l'intero ciclo di vita dei pesticidi stessi, dalla loro immissione sul mercato fino alla definizione dei massimi livelli di residui negli alimenti.

Se non si combatte la pratica dei pesticidi illegali e contraffatti, se non si affronta il problema dei prodotti importati trattati con pesticidi, noi non possiamo permettere di irrigidire al tempo stesso la normativa verso i nostri produttori, verso i nostri agricoltori, e al tempo stesso poi permettere di importare prodotti trattati con sostanze vietate in Unione europea, perché questo ha un impatto negativo sul nostro mercato interno e favorisce una concorrenza sleale che distrugge un intero settore produttivo.

John Stuart Agnew (ENF). – Mr President, we can split the fashionable objection to pesticides into two categories.

The first is human health and safety. There are now a cohort of individuals who have spent at least 30 years handling the concentrated material and being exposed to the vapour. Their exposure is perhaps as high as 1 000 times that of the ordinary citizen. Some of the products used 20 years ago have been banned on toxicity grounds. These workers, who include myself, should have all died long ago if the scare tactics of the green lobby are to be believed.

The second is environmental impact. It is quite true that overuse and misuse of pesticides will harm wildlife and pollute watercourses. Their use has, however, allowed world food production to keep pace with world demand, which organic farming methods could not hope to have done.

Nevertheless, the industry is not complacent about the situation and a big effort has been made to reduce dependency on pesticides by using modern plant-breeding methods to create varieties that require substantially less pesticide use.

The reaction of the European green lobby to this successful technology is to ban it.

You cannot have it both ways.

Angélique Delahaye (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, régulièrement, en session plénière, la question des pesticides s'invite dans le débat.

Une fois de plus, certains s'ingénient à opposer agriculture et environnement, en jouant sur la peur légitime de nos concitoyens. À l'occasion de ce rapport, je souhaite redire – comme je fais depuis le début de mon mandat – que les agriculteurs sont les premiers écologistes.

Nos concitoyens ont besoin d'être rassurés sur l'utilisation des produits phytosanitaires. À ce titre, je suis convaincue que la science doit être la base incontestable de toutes nos décisions. Nous devons avoir une approche positive concernant la place de l'agriculture dans la transition écologique et son rapport aux questions environnementales.

Pour des pratiques agricoles toujours plus respectueuses de l'environnement, il est indispensable d'accompagner les professionnels. Ils doivent pouvoir disposer de solutions adaptées à chaque type d'agriculture, que ces solutions soient phytopharmaceutiques, naturelles ou de synthèse, ou qu'elles fassent appel à des méthodes alternatives.

Si ce texte respecte cette approche, je souhaite rappeler à tous et à vous, Monsieur le Commissaire, que la PAC est avant tout une politique agricole et non une politique environnementale. Pour autant, la PAC doit accompagner les agriculteurs vers la double performance économique et environnementale. La transition écologique sera réussie, si elle est économiquement viable, ou elle ne sera pas.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Hier geht es nicht gegen die Landwirtschaft. Hier geht es einfach darum, dass wir erkennen, dass Pflanzenschutz für die europäische Produktion von Lebensmitteln, Nahrungsmitteln und Futtermitteln notwendig ist. Es ist nur die Frage, wie dieser Schutz stattfindet.

Und ich glaube, dieser Bericht zeigt sehr deutlich, dass es nicht die einzige Möglichkeit ist, Pflanzen zu schützen, indem man im Übermaß Pestizide einsetzt. Es gibt Möglichkeiten: Es gibt alternative landwirtschaftliche Möglichkeiten, es gibt physikalische Möglichkeiten, es gibt weniger gefährliche Pestizide; es gibt so viele Alternativen, die heute – und das haben wir erkannt – in den Mitgliedstaaten viel zu wenig eingesetzt werden, die nicht überwacht werden, die nicht kontrolliert werden; und selbst wenn sie kontrolliert und überwacht werden, wenn Verstöße dagegen in Wirklichkeit keine Sanktionen nach sich ziehen – um das geht es heute.

Es geht uns darum, dass nicht Mitgliedstaaten in großem Maße Ausnahmeregelungen schaffen, dass weiterhin Pestizide, Neonikotinoide, die eigentlich schon verboten sind, mit irgendwelchen Notausnahmen weiter eingesetzt werden. Wir wollen für Europa produzieren, wir wollen Nahrungsmittel, die sicher sind, die gesund sind, die die Umwelt nicht schädigen. Wir müssen dem Artensterben etwas entgegensetzen.

Ich glaube, dieser Bericht zeigt viele Möglichkeiten auf. Es geht für eine neue europäische Landwirtschaft, und die hat natürlich auch zu bedeuten, dass wir eine neue gemeinschaftliche Agrarpolitik brauchen. Das kann man nicht getrennt diskutieren.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, a new global scientific review into the perilous condition of our insects reports that over 40% of insect species are threatened with extinction while our insect populations are declining by 2.5% per year. The review clearly links this drastic decline to the overuse of pesticides. That is why our report on the sustainable use of pesticides is more crucial now than ever. It is being spelt out by the world's scientists — we need to begin an urgent transition away from the use of these highly toxic pesticides. The report urges EU countries to step up to the mark and take action on pesticides instead of making the empty promises of recent years. We need to reduce the amount of pesticides farmers use, banning the most toxic ones immediately. We need to use integrated pest management and dedicate more of our farmland to organic production. Insects are essential for the proper functioning of all ecosystems as food for other creatures, pollinators and recyclers of nutrients. Unless we take drastic action now, insects as a whole will go down the path of extinction within a few decades and we can be quite sure that we would follow on closely behind.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor presidente, señor comisario, tenemos que cumplir los objetivos de la Directiva 2009/128/CE sobre el uso sostenible de los plaguicidas. Además, los ciudadanos queremos que los productos fitosanitarios sean de bajo riesgo, que no dejen residuos en los alimentos y que no afecten al medio ambiente. En cualquier caso, tenemos que ser conscientes de que en la Unión Europea tenemos la legislación más restrictiva para la utilización de plaguicidas.

Y, por eso, los agricultores tienen muchas restricciones a la hora de utilizar plaguicidas y se encuentran en posición de desventaja frente a sus competidores de terceros países, que usan plaguicidas aquí prohibidos y luego, además, importamos los alimentos que ellos producen con estos plaguicidas.

Tampoco podemos olvidar el gran riesgo que representan las nuevas plagas. Y me refiero, por ejemplo, a la *Xylella fastidiosa* de los olivos o a la mancha negra de los cítricos, que nos han venido de fuera, por hablar solo de situaciones más recientes.

En fin, yo doy la bienvenida a este informe, pero no debemos comprometer el trabajo que ya se está realizando para desarrollar un uso sostenible de los plaguicidas, ni olvidar la necesidad que de ellos se tiene en la agricultura.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Ja, ich denke, wir sind uns hier relativ einig: Mit Chemie muss sorgfältig umgegangen werden. Das gilt übrigens nicht nur für die Landwirtschaft, das gilt zum Beispiel auch für die Medizin. Wir könnten ja auch mal eine Debatte führen, wie unsorgfältig wir auch mit Medikamenten umgehen. Aber es ist manchmal einfacher, mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Viele Dinge sind richtigerweise heute schon gesagt worden. Wir brauchen einen besseren Zugang zum integrierten Pflanzenschutz. Wir brauchen *low-risk pesticides*, also Pestizide mit geringem Risiko. Ich habe übrigens in diesem Haus selber einen Bericht dazu gemacht und auch Vorschläge gemacht, wie man hier beschleunigen könnte. Passiert ist in der Kommission diesbezüglich relativ wenig.

Wir brauchen mehr Forschung und Entwicklung, auch in öffentlichen Anstalten. Wir brauchen bessere Anwendungstechnik, und wir brauchen mehr resistente Pflanzen.

Ich möchte aber noch auf einen letzten Punkt hinweisen, der noch nicht angesprochen wurde. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Schädlinge aus dem Ausland eingeschleppt. Ich denke zum Beispiel an die marmorierte Baumwanze oder an die Kirschessigfliege, welche dann Tonnen und Abertonnen von Chemie verursachen, weil sie bekämpft werden müssen. Wenn wir an den Grenzen Europas manchmal etwas sorgfältiger wären, würden wir uns auch einiges ersparen.

Procedura «catch the eye»

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'approvazione da parte del Parlamento europeo della risoluzione della commissione speciale PEST è stata un passo significativo nella direzione di un'attuazione efficace del regolamento sull'immissione sul mercato di prodotti fitosanitari, che prevede l'autorizzazione solo di pesticidi innocui, ossia che non arrechino alcun danno all'uomo, agli animali e all'ambiente.

Tuttavia, un alto livello di protezione non può essere raggiunto senza una corretta applicazione della direttiva sui pesticidi sostenibili, che deve essere lo strumento per aiutare gli agricoltori a ridurre la dipendenza da essi sostituendoli con alternative sostenibili e con pratiche agro-ecologiche.

Particolare attenzione va prestata alla protezione dei gruppi vulnerabili, considerando l'attuale mancanza di protezione dei residenti nelle zone rurali. In questa direzione vanno gli emendamenti 24 e 44 proposti a seguito di una tavola rotonda organizzata da me con i colleghi Guteland, Andrieu e Poc, che chiedono alla Commissione e agli Stati membri di bandire immediatamente l'uso di pesticidi nei pressi di abitazioni, scuole, parchi giochi, asili nido e ospedali.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι από τη συζήτηση έχει αναδειχθεί το τεράστιο πρόβλημα που υπάρχει σχετικά με τη χρήση των φυτοφαρμάκων. Πρόβλημα που αφορά, βεβαίως, την υγεία τόσο των ανθρώπων όσο και των ζώων.

Εγώ, κύριε Andriukaitis, θα ήθελα να θέσω και ένα άλλο θέμα. Συζητούμε για τη χρήση των φυτοφαρμάκων εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά έχουμε αιθόρες εισαγωγές αγροτικών προϊόντων από πλευράς Τουρκίας, στην οποία η χρήση των φυτοφαρμάκων είναι ανεξέλεγκτη. Υπάρχουν απαγορευμένα φυτοφάρμακα που χρησιμοποιούνται στην καλλιέργεια αγροτικών προϊόντων στην Τουρκία και όμως αυτά τα προϊόντα εισάγονται πλέον στην ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Επομένως, ποια προστασία υπάρχει για τους ίδιους τους καταναλωτές; Γίνεται ελληνοποίηση γάλακτος το οποίο εισάγεται από την Αλβανία. Ούτε εκεί έχουμε φυτοϋγειονομικό έλεγχο. Έχουμε αιθόρα εισαγωγή κρεάτων, παράνομα, από τα Σκόπια και ούτε εκεί έχουμε έλεγχο του τι είδους ουσίες χρησιμοποιούνται. Άρα, λοιπόν, πρέπει να δούμε τι γίνεται με τις εισαγωγές προϊόντων από τρίτες χώρες.

Hilde Vautmans (ALDE). – Voorzitter, mijnheer de commissaris, collega's, ik denk dat we het hier vandaag genoeg hebben gehoord. Het duurzame gebruik van pesticiden ligt ons eigenlijk allemaal na aan het hart, zowel de burgers als de boeren.

Het verslag dat vandaag voorligt, is belangrijk. We evalueren hier de richtlijn van 2009 en daaruit blijkt heel duidelijk dat de lidstaten een tandje hoger moeten schakelen. Er is vooruitgang geboekt op het vlak van opleiding en het afstellen van spuitapparatuur. Maar de actieplannen missen heel duidelijk meetbare en concrete doelstellingen. Bovendien lijkt het mij ook duidelijk dat we meer moeten investeren in geïntegreerde gewasbeschermingstechnieken. Dat moeten we voorstellen.

Last but not least moeten we, zoals collega Huitema zei, ook in eigen boezem durven kijken. Als we de boeren willen overtuigen, moeten we meer in de richting van precisielandbouw gaan en ervoor zorgen dat daarvoor middelen beschikbaar zijn. Daarnaast denk ik dat we ook moeten inzetten op gewasveredeling en het verbeteren van de bodemkwaliteit. Op dat vlak moeten we openingen creëren. En dus moeten we meer middelen voorzien.

Als we ons milieu willen verbeteren, collega's, dan moeten we inzetten op ondersteuning van boeren. Zij produceren ons gezond voedsel. Dank u wel.

PRÉSIDENCE: Sylvie GUILLAUME*Vice-présidente*

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o uso insustentável dos pesticidas está na origem de graves problemas ambientais de saúde pública e de segurança alimentar. Este uso insustentável é indissociável dos modelos de produção vigentes favorecidos pela Política Agrícola Comum e pelas políticas comerciais da União Europeia.

Modelos produtivistas, de cariz exportador, que deixam a produção de alimentos, algo com óbvia relevância estratégica em qualquer sociedade, nas mãos do agronegócio. São as mesmas políticas que foram, e continuam a ser, devastadoras para a pequena e média agricultura e para a agricultura familiar, que têm uma importância crucial na ocupação sustentável do território e na soberania alimentar dos Estados.

Sem dúvida que são necessários procedimentos mais rigorosos de controlo do uso de pesticidas. Sem dúvida que é necessário o desenvolvimento de novos produtos e processos que comportem menos riscos e menos impactos na saúde e no ambiente. Mas é igualmente necessário modificar profundamente os modelos de produção vigentes e as políticas que os viabilizam.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο ρόλος των φυτοφαρμάκων για την παραγωγή της Ευρώπης είναι σημαντικός, διότι συμβάλλουν στην αντιμετώπιση των επιβλαβών οργανισμών που προσβάλλουν τα φυτά και συντελούν στην καλή υγεία των φυτών. Όμως, μερικά από αυτά εισέρχονται στον υδροφόρο ορίζοντα, με αποτέλεσμα να δημιουργούνται προβλήματα στα οικοσυστήματα. Επιπλέον, όταν παραμένουν κατάλοιπα φυτοφαρμάκων επάνω σε τρόφιμα τίθεται σε κίνδυνο η υγεία των ανθρώπων, όσων κατοικούν σε γεωργικές περιοχές, των καταναλωτών, αλλά και ακόμα και των περαστικών. Επίσης, τα υπολείμματα στις ζωοτροφές αποτελούν κίνδυνο για την υγεία των ζώων. Ακόμη, υπάρχει υπόνοια ότι ορισμένα φυτοφάρμακα ευθύνονται για ενδοκρινολογικές διαταραχές.

Όλα τα παραπάνω επιβάλλουν την υποχρέωση, τόσο στα έθνη όσο και στην Ευρωπαϊκή Ένωση, να συνεργαστούν και να καταβάλουν προσπάθειες για να χρησιμοποιούνται με ορθολογικό τρόπο τα φυτοφάρμακα. Πρέπει να περιοριστεί η χρήση των φυτοφαρμάκων και να επιλέγονται όχι χημικές, αλλά βιολογικές μέθοδοι. Επιπλέον, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να προστατεύσει τους καταναλωτές από φυτοφάρμακα τα οποία εισάγονται από τρίτες χώρες.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, alimentar uma população mundial de mais de sete mil milhões de pessoas traz desafios aos quais a indústria agroalimentar tem respondido com elevada eficácia. No entanto, não podemos deixar que valha tudo no jogo da produção. Por um lado, estamos a restringir ou a reduzir a biodiversidade e a agrodiversidade com a utilização de pesticidas de toxicidade elevada e com um impacto desconhecido na saúde humana. Por outro lado, continuamos a aprovar organismos geneticamente modificados que sejam resistentes aos pesticidas que selecionamos por conveniência comercial.

Não nos admiremos, por isso, que haja uma baixa disponibilidade de produtos fitofarmacêuticos de baixo risco, incluindo biológicos, sendo estes apenas treze num total de quinhentas substâncias disponíveis no mercado. A realidade é que a insuficiente aplicação da diretiva e as discussões de aprovação por Estados-Membros criam condições de concorrência desiguais na Europa.

Há um impedimento à plena implementação no mercado das alternativas sustentáveis com uma consequente redução da atratividade para os agricultores que preferem, obviamente, as opções mais rentáveis no curto prazo.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, sigur, dezbatem astăzi o temă sensibilă și trebuie să fim raționali, pe lângă sensibilitate. Este foarte clar: toți dorim să protejăm sănătatea oamenilor. În același timp, să ne gândim și să facem un scenariu: dacă vom nimici agricultorii din Uniunea Europeană, evident că vom importa, așa cum au spus colegii, produse și nu vom avea niciodată o uniune vama care să poată să controleze bucată cu bucată produsele care intră și care sunt mai periculoase decât cele produse în Uniunea Europeană.

Sigur că, așa cum spunea domnul comisar, este foarte important ca statele membre să își revizuiască măsurile, dar, domnule comisar, cred că trebuie să avem armonizate aceste măsuri și trebuie să avem și un control armonizat pentru că, în interiorul pieței interne, sigur că circulă produsele și degeaba un stat membru este foarte riguros, dacă în alte state membre nu se verifică, așa cum spuneți dumneavoastră – produsele trebuie verificate din punctul de vedere al toxicologiei. Cred foarte mult că avem nevoie de investiții în agricultură, avem nevoie în cercetare și inovare pentru ca aceste produse folosite să nu atace sănătatea oamenilor.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já vystupuji proto, abych zde vysvětlila svůj přístup, který je jasně na straně ochrany zdraví občanů, ale také musíme myslet na producenty zemědělské výroby, pro které je používání pesticidů zatím prostě nezbytností. Přesto tlak na snižování používání pesticidů a na zákaz některých pesticidů, které obsahují karcinogenní látky, má smysl a to prokázala také zpráva Evropského úřadu pro bezpečnost potravin, která říká, že 96 % testovaných vzorků dodrželo povolené limity a dokonce polovina vzorků neobsahovala žádná kvantifikovatelná rezidua. Já se tedy domnívám, že je jasné, že tento tlak má smysl a má smysl omezovat používání těch nejnebezpečnějších pesticidů, ale je třeba apelovat na omezení dovozu potravin, které jsou ošetřovány právě pesticidy, a zákaz dovozu pesticidů.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, utilizarea pesticidelor joacă un rol foarte important în producția agricolă a Europei prin menținerea sănătății plantelor și prin prevenirea distrugerii lor din cauza bolii și infestării. Cu toate acestea, pesticidele administrate culturilor pot intra în sol și în apele de suprafață prin dizolvare și scurgere și pot pătrunde în apele subterane, cu riscul de a afecta negativ speciile ne-țintă atât în ecosistemele terestre, cât și în cele acvatice.

Domnule comisar, nu pot să fiu de acord cu propunerea raportoarei de a nu fi acordate derogări pentru folosirea neonicotinoidelor. Cred că este esențial să ținem cont de specificitatea agriculturii în fiecare stat membru. Poate ceea ce este valabil în Germania nu este valabil și în Bulgaria în ceea ce privește această specificitate a agriculturii și chiar și a dăunătorilor.

Gestionarea integrată a dăunătorilor în sectorul agricol european vizează menținerea utilizării pesticidelor și a formelor de intervenție la niveluri care sunt justificate din punct de vedere economic și ecologic și care reduc sau reduc la minim riscurile pentru sănătatea umană și pentru mediu, acordând prioritate metodelor biologice sustenabile, precum și metodelor fizice și chimice de protejare a culturilor și de descurajare a dăunătorilor.

Franc Bogovič (PPE). – Gospa predsednica! Veseli me, da se v Evropskem parlamentu veliko ukvarjamo z rabo pesticidov. Sprejeli smo posebno poročilo odbora, danes sprejemamo poročilo o trajnostni rabi pesticidov.

Podobno kot v medicini pri ljudeh je tudi tu jasen cilj: čim manj pesticidov, čim manj tistih agresivnih, ki lahko škodijo zdravju, okolju ali pa tudi živalim. In zato mislim, da prav to, kar počnemo v Evropski uniji, da podpiramo integrirano pridelavo, podpiramo z navzkrižno skladnostjo pregled škroplilnic, na drugi strani tudi usposabljanje tistih, ki to uporabljajo, in tudi s poudarkom na ekološkem kmetijstvu.

Zagotovo bo še nekaj časa v kmetijstvu uporaba pesticidov, zato je prav, da podpiramo tudi metode preciznega kmetijstva, kjer lahko z jasno senzoriko ugotovimo stanje bolezni, stanje škodljivcev, s preciznimi nanosi zmanjšamo tudi vpliv na okolje, hkrati pa, kot sem že dejal, v bodoči kmetijski politiki podpirajmo še naprej ukrepe, ki peljejo kmetijstvo v smeri integrirane pridelave in v okvir ekološke pridelave.

(Fin des interventions à la demande)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, once again I listened carefully to the honourable Members and I heard a lot of reasonable approaches. The main thing, as we all know, is that we need to strengthen our efforts in the sustainable use of pesticides and in the improvement of the Directive.

Let me react to some specific points. I fully agree with Karl-Heinz Florenz when he raises questions about training. Especially now, as we see a lot of new agro-techniques, we need to encourage Member States to pay more attention to training needs when farmers are using new techniques and facing new issues with pesticides.

Regarding derogations, derogation should mean derogation, and should not be the rule. The Commission is looking at this very carefully and we are now introducing strong measures, asking Member States for justifications and asking them to see what they can do and how we can regulate. As you know, we have permanent conversations with some Member States about derogations. But, of course, derogation is enshrined in law, so we need to pay greater attention to that.

Some speakers mentioned the possibility of promoting more low-risk pesticides. As you know, we now have to hand a lot of improvements, and rules and procedures allowing the quickest possible authorisation of low-risk pesticides.

Some speakers mentioned once again the role of organic farming and the message that organic farming is farming without chemicals. No: we know very well that in organic farming too people use certain chemicals. Copper sulphate is a very difficult question. You know that the carcinogenicity of copper sulphate is a big challenge and we need to address those issues. So do not mislead people. We know very well that different types of farming are using different methods, including chemicals. So do not simply create confrontation between conventional farming and organic farming.

Once again, please tell the truth to society. From a regulatory point of view, we know what that is. We know who is who, and how different tools are used in different types of farming.

Mr Andrieu rightly mentioned the Bee Guidance Document. We did not achieve a qualified majority on this at Standing Committee level because Member States are not capable of voting in favour. It's now up to Parliament and the Council to conclude the so-called first reading on the comitology rules. We have proposed introducing transparency in risk management, changing the situation, with regard to the comitology rules, so as to have data publicly available to vote on.

However, two years for the first-reading stage is not progress! May I encourage you once again to draw attention to this, because I am very happy that yesterday we concluded the General Food Law trilogue. I would like to thank Ms Ayuso for doing a very difficult job. We now have more transparency in the assessment of pesticides, and this is a big achievement for all of us.

I have outlined to you the comprehensive regulatory system for plant protection products in Europe and the Commission's efforts to ensure their sustainable use. I also acknowledge that there is no perfect system.

Ms D'Ornano mentioned cases of suicide in France. I was there, I met people and I discussed this with the French authorities. They should assess the situation in a very careful manner because it's a complex one. Some use the word 'poison' when speaking about pesticides. I'm sorry, but sometimes, in some quantities, for some people, medicine is poison. So I would say, please, use the correct words and do not simply create rumours about pesticides.

The Commission is currently evaluating the implementation of the regulation that concerns the authorisation of plant protection products and the setting of maximum residue levels. It will also launch an evaluation of the Sustainable Use Directive in 2020 to determine if this legislation is fit for purpose. I call on the Member States to set ambitious targets, with clear timetables, in their revised national action plans. They must demonstrate their commitment to citizens to reduce the risk and impact of the use of pesticides on human health and the environment.

Let me close by thanking the honourable Members for their interest in and support on this important issue. I look forward to the adoption of this important report by Parliament. Once again, I thank Jytte Guteland and the shadow rapporteurs for their very good, collaborative work and for this comprehensive report. We will take careful note of the recommendations, and together we will continue on the road towards more sustainable agriculture in Europe in order to protect our citizens' health, the environment, consumers and sustainable agriculture.

Miriam Dalli, *Rapporteur supplimentari*. – Smajna numru ta' punti validi imma ovvjament kif mistenni dan huwa dibattitu pjuttost kontroversjali għaliex l-użu tal-pesticida jiena nemmen li għandu rwol importanti fil-produzzjoni agrikola Ewropea. Għaliex wara kollox jghina biex inżommu b'sahhithom il-pjanti anki l-frott għal tul akbar ta' żmien u jwaqqaf il-qerda u d-distruzzjoni ta' dawn il-pjanti u l-frott minhabba mard jew infestazzjonijiet li jista' jkun hemm.

Imma, hawnhekk nerġa' ninsisti, l-użu mhux sostenibbli tal-pesticida, kif smajna anki llum, jista' jwassal għal telf tal-bijodiversità, jista' jikkontamina u jaffettwa l-hamrija, jista' jikkontamina u jaffettwa l-ilma u jista' jidhol anki fl-ilma ta' taht l-art – il-ground water tagħna. Għalhekk li hemm it-thassib li pesticida jista' jwassal għal riskju serju għas-saħha tal-bniedem. Għaliex jista' wkoll jispiċċa fl-ikel tagħna u fil-food chain tagħna. U din hija r-raġuni għaliex ċertu thassib jitqanqal proprju meta jkollok persuni li huma esposti għal pesticida li jista' jkollhom dawk li huma maghrufa bħala endocrine disrupting properties.

Dan il-Parlament huwa mħasseb minhabba l-implimentazzjoni dghajfa ta' din id-Direttiva f'numru ta' Stati Membri. Wara kollox id-dipendenza tal-pesticida u fuq il-pesticida hija kompletament inkompatibbli ma' agrikoltura sostenibbli. U ahna nemmnju li l-Unjoni Ewropea trid timbotta għal agrikoltura aktar sostenibbli li tippromwovi l-prevenzjoni, li tippromwovi metodi li mhumie x kimiċi, kontrolli bijoloġiċi u anki prodotti b'riskju baxx.

U biex intemm – ir-rapport li ddiskutejna llum, fl-opinjoni tiegħi, jibghat messaġġ konkret u progressiv li nista' nagħmlu fil-qosor ferba' punti ewlenin. L-ewwel punt: l-Istati Membri jridu jhaffu u jtejbu l-implimentazzjoni tal-integrated pest management practices tagħhom u jridu jippromwovu alternattivi mhux kimiċi u anki prodotti li jipproteġu l-pjanti li għandhom riskju baxx. It-tieni: il-pesticidi ferjas pubbliċi jridu jispiċċaw għaliex dawn jinkludu wkoll parks u postijiet fejn ikun hemm it-tfal tagħna u gruppi vulnerabbli ohra bħal nisa tqal. It-tielet punt: id-data collection fuq l-użu tal-pesticida u anki dak li jifdal mill-pesticida fl-ambjent irid jitjieb. U fl-ahhar nett għandna b'żonn miżuri aktar b'sahhithom li jistghu jghinu biex nippromwovu aktar l-organic farming. Għalhekk inhegġeġ lil kulhadd, inhegġeġ lill-gruppi politiċi kollha biex permezz tal-vot tagħna llum nagħtu sinjal b'sahhtu favur dan ir-rapport.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi 12 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Biodiversitatea este amenințată peste tot în lume! Ritmul de dispariție a speciilor este extrem de mare, de 100 până la 1 000 de ori mai mare decât cel natural. Scăderea biodiversității, alături de schimbările climatice, este cea mai gravă amenințare la adresa mediului înconjurător, de care depinde și economia, și societatea!

Fac apel către statele membre să implementeze această directivă fără nicio amânare. Un sfert din speciile de animale se confruntă cu riscul dispariției. Salut munca depusă de raportoare și susțin directiva Parlamentului European și a Consiliului privind utilizarea durabilă a pesticidelor. Gestionarea integrată a dăunătorilor pune accentul pe creșterea unor culturi sănătoase, prin utilizarea unor metode care să afecteze cât mai puțin agroecosistemele și să încurajeze metode cât mai naturale de combatere a agenților de dăunare, și este una dintre prioritățile acestui raport, care merită toată atenția și aplicarea noastră!

6. Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Ivo Belet, au nom de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire, sur la mise en œuvre de la directive relative aux soins de santé transfrontaliers (2018/2108(INI)) (A8-0046/2019).

Ivo Belet, *Rapporteur*. – Dank u, voorzitter. Een hele goeie morgen aan u allemaal, collega's, commissaris. Als er één terrein is waar Europa zijn meerwaarde kan bewijzen, dan is dat wel het terrein van de gezondheidszorg.

Vaak is het voor patiënten, zeker voor patiënten in grensregio's, evidentier en goedkoper om medische hulp te halen waar zij het dichtste bij is, namelijk in een ziekenhuis vlak over de grens. Dat geldt a fortiori voor patiënten met een chronische of zeldzame ziekte die efficiënter geholpen kunnen worden in een ander Europees land omdat ze een specifieke behandeling behoeven.

Vandaag worden patiënten nog al te vaak geconfronteerd met allerlei vervelende hinderpalen wanneer ze voor een behandeling in het buitenland willen kiezen. Vaak staat er administratieve overlast in de weg. Het is onduidelijk wanneer ze vergoed kunnen worden voor de behandeling die ze in het buitenland ondergaan, en het is onduidelijk welke kosten ze daarvoor moeten betalen.

We zijn 2019 en het is hoog tijd dat we deze onaanvaardbare hinderpalen en obstakels voor patiënten niet langer tolereren. De richtlijn grensoverschrijdende gezondheidszorg, waarover we het hier hebben, dateert van 2011. Dat is ruim acht jaar geleden. Deze richtlijn was zeker een stap in de goede richting, maar de tenuitvoerlegging op het terrein laat te wensen over. Daar mogen we ons niet bij neerleggen.

In het verslag dat we over de tenuitvoerlegging hebben geschreven, zitten een aantal concrete voorstellen. We hebben met de diensten van de Commissie heel goed overlegd hoe we daarmee verder aan de slag moeten en hoe we de tenuitvoerlegging kunnen verbeteren.

De eerste opdracht is: informatie aan de patiënten. De meeste patiënten weten eigenlijk niet wat hun rechten zijn en ze weten ook niet waar ze informatie moeten halen, ondanks het feit dat elk land minstens één nationaal infopunt heeft. Daarom stellen we voor om in elk land een onestopshop op te richten waar patiënten terecht kunnen voor alle informatie op het vlak van gezondheidszorg, ziekenfondsen, terugbetaling, administratieve toestanden, enzovoort. Patiënten hebben recht op duidelijke en heldere informatie, ook voor grensoverschrijdende zorg. Vandaag worden ze immers geconfronteerd met een complex administratief kluwen. En dat kan veel beter.

Vandaar ook de uitdrukkelijke vraag dat de Commissie de toepassing van deze richtlijn elk jaar blijft bewaken en daarover ook nauw contact onderhoudt met het Europees Parlement en de nationale overheden.

Tweede punt: voor patiënten met een zeldzame of chronische ziekte kan de beste en meest gespecialiseerde hulp zich in het buitenland bevinden. Daarom willen we de bestaande Europese referentienetwerken (ERN's) nog versterken. En we willen de Europese inspanningen en de inspanningen van alle lidstaten bundelen om in de bestaande gezondheidsinstellingen gespecialiseerde centra op te richten waar expertise over zeldzame ziekten wordt bijeengebracht zodat patiënten met een zeldzame ziekte daar terecht kunnen.

Voorts is digitalisering van de gezondheidszorg een uitgelezen instrument om patiënten nog veel beter te verzorgen. Het initiatief dat de Europese Commissie vorige week heeft gelanceerd om het digitale netwerk van grensoverschrijdende gezondheidszorg verder te versterken, is een prima initiatief. Dat steunen we voluit. We hopen dat het zo snel mogelijk wordt uitgerold.

Nog één punt, tot slot. We willen heel graag dat in het meerjarenprogramma een robuust en onafhankelijk programma voor gezondheid wordt opgenomen, wat vandaag nog niet het geval is. Onze burgers verdienen de beste gezondheidszorg en die is soms te vinden aan de andere kant van de grens, bij de burens. Dank u wel.

Maria Grapini, *Raportoare pentru aviz, Comisia pentru piața internă și protecția consumatorilor*. – Doamnă președintă, domnule comisar, în calitate de raportor pentru aviz la acest raport, sigur că susțin raportul și spun că este foarte important să vedem cum se aplică în statele membre această directivă privind asistența medicală transfrontalieră.

Să nu uităm că 40 % dintre cetățenii Uniunii Europene sunt în zonele transfrontaliere. Să nu uităm că există un studiu făcut de Eurobarometru care arată că mai puțin de 20 % din cetățenii europeni își cunosc aceste drepturi. De aceea, în avizul Comisiei IMCO, noi am susținut măsuri suplimentare pentru informatizarea cetățenilor, pentru că este foarte important să își cunoască drepturile. De asemenea, este foarte important să avem o finanțare adecvată și să se mențină finanțarea, așa cum a fost și în cel de-al treilea pachet privind sănătatea.

Nu în ultimul rând, aş putea să spun că este foarte important ceea ce s-a făcut: cardul de sănătate european, e-sănătate, este foarte important. De asemenea, importante sunt punctele naţionale de informare pentru pacienţi şi, până la urmă, mobilitatea pacienţilor transfrontalieri trebuie să fie un fapt real şi nu unul teoretic. De aceea, domnule comisar, susţin raportul şi sper să se îmbunătăţească situaţia în toate statele membre pentru că viaţa şi sănătatea oamenilor sunt foarte importante.

Vytėnas Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, I thank the rapporteur, Mr Belet, for his very important report on the implementation of the Cross-border Healthcare Directive. You know I am a medical doctor and for me it is very close to my heart.

Each year, millions of Europeans travel to other EU countries, safe in the knowledge that they can access healthcare if necessary. At the same time, other citizens are planning treatment in different Member States. Why? Because EU law guarantees the right to access healthcare across borders and the right to reimbursement in their home country. So it is safe to say that cross-border healthcare is an issue of high importance for European citizens.

In this context, I welcome Parliament's draft report and motion for a resolution on the implementation of a Cross-border Healthcare Directive. Let me stress that we fully agree with you. Action is necessary to improve the implementation of the Directive. In fact, your draft report is very much in line with the conclusions of the Commission's own report on the Directive's implementation, which we published last September, as you know.

I want to take a few moments to touch on what we are doing to improve implementation. The Commission has examined the transposition of the Directive into national law. We took swift action when elements were missing and launched 26 infringement proceedings on account of late or incomplete transposition. The first phase is now complete and all infringements relating to this phase have been closed.

The Commission has now moved to an in-depth assessment of compliance, carefully examining measures put in place in each Member State. This approach is delivering results. Many Member States have already changed their legislation for the benefit of patients. But I want to assure you that the Commission will continue its intensive dialogue with Member States to achieve the best possible transposition of the Directive.

A directive allows Member States room for manoeuvre when it comes to transposition. Unfortunately, we have evidence of discrimination against EU citizens seeking treatment in another European Union country. Patients often face very complex administrative procedures ahead of planned treatment abroad. We are taking action to put an end to any unjustified practices. On 23 January, the Commission launched infringement proceedings against two Member States regarding national rules on reimbursement tariffs. In light of this, I welcome the draft report's focus on the reimbursement schemes. We will now discuss with Member States ways to simplify procedures for EU patients in line with the Directive.

The Commission will also continue to address the lack of awareness when it comes to citizens' rights. We also fully agree with the Committee's recommendation that the Member States provide sufficient funding for their national contact points. I can assure the honourable Members that the Commission will continue to support the national contact points. A toolbox to support the national contact points' work will also be made public in the near future. Our goal here is to improve national contact points' effectiveness so that the information provided will deliver practical benefits to patients.

Of course, the Directive also encourages cross-border healthcare cooperation between Member States, especially in the border regions. In this context, the Commission provides support for a European network of regional and local health authorities through its health policy platform. Here I want to highlight two important points made by your report. Firstly, on the establishment of 24 European reference networks, which represent a major achievement in the field of healthcare cooperation on rare diseases. But these networks are also facing challenges involving their integration into national healthcare systems. I am thankful for your call on Member States to support healthcare providers that are European reference network members.

Secondly, I want to echo your position on digital solutions. In fact, only last week the Commission adopted a recommendation on a European electronic health record exchange format. The recommendation aims to make it possible for people to safely access their health records across borders.

I am very pleased to see that Finland and Estonia have recently begun to exchange e-prescriptions thanks to the European Union's work. This is a significant step forward and will increase accessibility to services for patients.

Honourable Members, your draft report makes an important contribution to the discussion on cross-border healthcare. I look forward to your final report and I assure you that the Commission will examine each recommendation very carefully. Our convergence on this issue means that we can move forward together, deliberately. Ultimately, this cooperation will benefit citizens and health systems across the European Union.

Cristian-Silviu Bușoi, în numele grupului PPE. – Doamnă președintă, doresc să îi mulțumesc și să îl felicit pe colegul Ivo Belet pentru raportul său. Acest cadru legislativ, care permite pacienților să beneficieze, în anumite condiții, de rambursare de servicii medicale în orice stat membru, este una dintre realizările foarte practice și foarte importante ale Uniunii Europene în beneficiul pacienților.

Am depus amendamente și am susținut această directivă, ca deputat, în anii 2010-2011 și apoi am avut șansa să implementez această directivă în țara mea, România, ca președinte al Casei Naționale de Asigurări de Sănătate în 2013-2014. Contrar obiectivelor directivei însă, unele state membre au adoptat măsuri administrative ce blochează substanțial asistența medicală transfrontalieră, cum ar fi limitările privind rambursarea sau cerințele de autorizare prealabilă, unele nejustificate de complicate. În plus, un număr mare de pacienți europeni nu știu de drepturile ce le conferă această directivă.

Întrucât sănătatea este un drept fundamental din Carta drepturilor fundamentale a Uniunii Europene, solicit Comisiei Europene să se asigure că statele membre implementează în mod corect această directivă.

Tiemo Wölken, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Zunächst möchte ich mich beim Berichterstatter Ivo Belet für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Ich glaube, bei dem Ziel dieses Dossiers sind wir uns doch alle hier recht einig: Das Wohl der europäischen Patientinnen und Patienten steht im Vordergrund, und wir wollen, dass Menschen sich auch grenzüberschreitend behandeln lassen können. Leider hat die Überprüfung der derzeitigen Umsetzung gezeigt, dass die grenzüberschreitende Versorgung noch immer nicht einwandfrei funktioniert. Mit der Gesetzgebung zur grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung wollten wir doch eigentlich erreichen, dass Patientinnen und Patienten Zugriff auf qualitativ hochwertige und sichere grenzüberschreitende medizinische Versorgung bekommen und die Behandlungskosten dann am Ende auch einfach erstattet werden.

Es ist daher doch verstörend und auch keinem Bürger und keiner Bürgerin zu erklären, dass bei der Umsetzung 26 von 28 Mitgliedstaaten so langsam waren, dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnen musste. Laut Eurobarometer vom Mai 2015 wussten über 20 % der Bürgerinnen und Bürger gar nicht, dass sie die Möglichkeit haben, sich grenzüberschreitend behandeln zu lassen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie kannte also fast niemand seine Rechte. Seine Rechte zu kennen, ist aber die Grundvoraussetzung, sie auch nutzen zu können. Im Bereich der Gesundheit ist der Informationsbedarf komplex, und das derzeitige Niveau ist, ehrlich gesagt, nicht befriedigend.

Hier spielen insbesondere die nationalen Kontaktstellen eine ganz bedeutende Rolle. Diese müssen vollständig und vor allem für jedermann verständlich aufklären. Eine breit angelegte Informationskampagne über die nationalen Kontaktstellen ist daher für die Bürgerinnen und Bürger notwendig. Genaue Informationen zu erhalten, ist eine Grundvoraussetzung für die Ausübung seiner Rechte. Daher fordern wir im Bericht richtigerweise genau das.

Wir brauchen im Sinne des Verbraucher*innenschutzes auch mehr Transparenz und Klarheit für die Dienstleister. Es muss transparent aufgeschlüsselt werden, welche Dienstleistungen im Gesundheitsbereich angeboten und auch erstattet werden. Der Bericht der Kommission hat auch aufgezeigt, dass hinsichtlich der Erstattungsverfahren noch erhebliches Verbesserungspotenzial besteht.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt noch ansprechen: Für meine Fraktion ist es wichtig, dass wir auch Impfungen mit in den Anwendungsbereich aufnehmen. Die Impfgegner werden immer mehr, und Krankheiten, die eigentlich ausgerottet sein könnten, kommen zurück. Das ist eine Gefahr, die wir nicht länger hinnehmen sollten. Und deswegen sollten wir den Bericht auch noch in diesem Bereich ergänzen.

Urszula Krupa, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Transgraniczna opieka zdrowotna mogłaby być wielką szansą dla pacjentów w sytuacji występowania problemów w państwach członkowskich, zwłaszcza że, zgodnie z traktatem, zapewnia się wysoki poziom ochrony zdrowia ludzkiego. Przy czym za organizację, finansowanie i świadczenie opieki zdrowotnej odpowiadają państwa członkowskie, co powoduje, że z możliwości transgranicznej opieki korzystają głównie pacjenci z regionów przygranicznych krajów „starej” Unii lub chorzy z krajów bogatych, podróżujący do biedniejszych, gdzie koszty leczenia są niższe, podczas gdy kraje Europy Środkowej obawiają się nadmiernych ubytków budżetowych lub chorzy nie mają pieniędzy na drogie zagraniczne leczenie.

Oczywiście pacjenci muszą być informowani o możliwościach i prawach, jakie wynikają z rozporządzenia czy dyrektywy, za pośrednictwem punktów informacyjnych. Transgraniczna opieka mogłaby być jednak wielką szansą dla chorych na choroby rzadkie, dotyczące około 6 % wszystkich obywateli, w sytuacji gdy na każdą z tych chorób cierpi stosunkowo niewielka liczba pacjentów. Współpraca transgraniczna powinna odgrywać rolę w gromadzeniu informacji w celu zwalczania chorób rzadkich, ewentualnym tworzeniu wyspecjalizowanych ośrodków referencyjnych oraz poszukiwaniu nowych leków, gdyż obecne ceny uniemożliwiają leczenie. Ponadto oczywiście transgraniczna opieka może odgrywać ogromną rolę w przypadkach pandemii, chociaż problem szczyptę pozostawiłabym w gestii państw członkowskich.

Jasenکو Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I want to thank the rapporteur and the other shadow rapporteurs for their excellent work on this file.

European cross-border healthcare is becoming much more important due to the free movement of Europeans. That is good. But that's why we also have the obligation to improve it and make it function properly when it doesn't.

One of the major areas in which we have to improve is the transparency of health care providers and how they function. If I didn't know whether I would be reimbursed or what type of care I had a right to, I would never dare go to a hospital in another country.

Furthermore, the transparency mechanism and the right to compensation and reimbursement and the complaint mechanism has to be improved. People will never go to a hospital in other countries if they don't know how well it functions.

The Healthcare Directive can be a good European answer to the questions posed by globalisation, but it has to be improved if we want it to be a solution that works in reality.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Paní předsedající, pane komisaři, také mně dovoluje poděkovat kolegovi Beletovi za podle mého názoru skvělou zprávu. Pro určité skupiny pacientů, např. těch se vzácným onemocněním, je prostě přeshraniční zdravotní péče nejvhodnější a nejpřístupnější péčí. Domnívám se, že je potřeba neustále zdůrazňovat význam sdílení znalostí i zdrojů právě zejména v souvislosti s léčbou vzácných onemocnění. Tato problematika dnes již není jednoduše řešitelná pouze na vnitrostátní úrovni, ale vyžaduje zapojení materiálních i duševních zdrojů celé EU. Je také třeba větší úsilí v oblasti vzájemného uznávání receptů z jiných členských států, snížení administrativy a všech umělých překážek, které brání proplácení přeshraniční péče, většího využití a používání evropského průkazu pojištění a v neposlední řadě také zvýšení nízké informovanosti pacientů, co se týče možností tuto péči využívat.

Co na zprávě také vítám, je výzva k většímu sjednocování očkovací povinnosti napříč EU. Domnívám se, že v době, kdy některé regiony čím dál častěji ničí epidemie nemocí, o nichž jsme se mylně domnívali, že jsou již vymýcené, se jedná o extrémně důležitý krok. A v neposlední řadě také musíme řešit i negativní externalitu přeshraniční péče. Mluvím zde znovu o tzv. paralelním reexportu léků. Několik let zde žádáme Komisi i členské státy, aby tuto praktiku, co vytěžuje zdravotní systém méně rozvinutých členských států, zakázala. A nic se neděje, pacientům v některých zemích chybí léky, druzí je levně překupují.

Tilly Metz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, merci Monsieur Belet pour votre excellent travail. Seulement 17 % des Européennes et Européens sont informés de leurs droits en matière de soins de santé transfrontaliers.

Si nous voulons être sérieux par rapport à la mise en œuvre des soins de santé transfrontaliers, nous devons absolument consolider les points de contacts nationaux. Le fait de pouvoir agir ensemble, en coopération transfrontalière, nous rend plus fort, par exemple, quand il s'agit de la recherche ou du traitement des maladies rares. C'est pour cela que nous luttons pour renforcer les réseaux européens des références et pour créer des centres spécialisés pour les 30 millions de citoyens atteints de maladies rares dans l'Union européenne.

Oui, nous avons aussi besoin de contrôle et de données sur les soins et actes effectués et facturés pour éviter toutes sortes d'abus. Mais une chose est certaine: le patient doit être au centre de nos préoccupations et il doit pouvoir jouir d'un environnement inclusif, où il est informé de ses droits et de la manière dont il peut en bénéficier. Dans l'Union européenne, en laquelle je crois, toute personne – y compris les personnes sans abri et sans papiers – a droit à des soins de santé de qualité et abordables.

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, la mobilité transfrontalière, autrement dit la possibilité, pour des citoyens européens en situation régulière, de se déplacer de manière plus ou moins prolongée entre les États membres, quand elle est volontaire et consentie, et non forcée par la stagnation économique et le chômage, doit se faire de la manière la plus aisée possible.

C'est pourquoi l'analyse de l'application de la directive de 2011 sur la continuité des soins en Europe est importante. Si la prise en charge des soins et leur remboursement doivent rester une affaire nationale, la coopération entre les États à tous les niveaux, y compris les soignants, est nécessaire pour dispenser des soins sûrs et de qualité égale dans tous les pays.

L'Europe de la protection sociale et de la santé existe depuis deux cents ans, il faut la conforter. Pour autant, il ne faudrait pas que ce soit l'occasion d'une immigration incontrôlée et, surtout via les soins en ligne et sous le prétexte détourné et anxiogène de maladies rares ou de vaccination, instaurer une banque de données informatisée supplémentaire ou de contrainte.

Nous exercerons donc une vigilance totale pour donner tout son sens à cette directive et en combattre les dérives.

Miriam Dalli (S&D). – Sur President, nahseb li wiehed mill-benefiċċji ewlenin ta' Unjoni Ewropea magħquda huwa d-dritt għall-aċċess għall-kura tas-saħħa fi kwalunkwe pajjiż tal-Unjoni Ewropea li ċittadini Ewropej għandhom, u dritt li jingħataw il-flus lura għal dik il-kura li jkun ingħataw barra minn pajjiżhom. Imma dan id-dritt isir aktar importanti meta qeghdin ngħixu fi żmien ta' bidla kontinwa, meta qeghdin ngħixu fi żmien ta' żvilupp rapidu fejn inti għandek is-sistemi tas-saħħa li qeghdin jiġu konnessi flimkien. Nemmen li hija r-responsabilità tagħna li naċċertaw li jkun hemm aċċess uguali għal kulhadd għal sistemi ta' kura tas-saħħa għaċ-ċittadini kollha, qeghdin fejn qeghdin. Però biex dan verament jiġri rridu nkunu ċerti li għandna l-framework għal fpostu. Irridu niffacilitaw kooperazzjoni akbar f'numru ta' erjas differenti li huma relatati mal-medicina u anki mal-kura tas-saħħa. U hawnhekk insemmi pereżempju l-ehealth u anki trattament għal mard rari. Però din mhijiex kwistjoni ta' Stat Membru wiehed jew iehor imma hija kwistjoni li hija komuni għall-Istati Membri kollha, bl-Ingliż ngħidu "across boarder matter", fejn allura l-azzjoni tal-Unjoni Ewropea għandha valur miżjud.

U l-kwistjoni reali hija kemm għandna ċittadini li huma konxji dwar id-drittijiet tagħhom b'mod partikolari d-dritt tagħhom li jkun mhallsa lura meta jmorru għal kura tas-saħħa barra.

Punt tal-aħħar – dan ifisser li l-Istati Membri jridu jinfurmaw lill-pazjenti dwar id-drittijiet tagħhom, iridu jiffacilitaw dan it-tip ta' kura tas-saħħa u jaċċertaw ruħhom li jissimplifikaw il-proċessi.

Alojz Peterle (PPE). – Gospa predsednica! Zahvaljujem se kolegu Ivu Beletu za odlično pripravljeno poročilo. Gre za pomemben dosje, ki ga naši državljani razumejo in uporabljajo, je dober primer tega, kaj v praksi pomeni Evropa, ki je blizu ljudem.

Za sprejetje direktive smo potrebovali jasne sodbe Evropskega sodišča, ki so potrdile, da imajo bolniki skladno z evropskimi pravili pravico do zdravstvenega varstva v drugih državah članicah in do povračila stroškov zanj. Beremo in slišimo o primerih, ko bolniki zaradi težav z zavarovalnicami nimajo dostopa do zdravljenja, ki je na voljo v drugi državi, ali o primerih, ko do zdravljenja sicer pride, potem pa domača zavarovalnica noče povrniti stroškov. Bolniki z redkimi oblikami raka, ki so med drugim omenjeni v poročilu, takšne izkušnje dobro poznajo, niso pa edini.

Ne potrebujemo najprej prenove direktive, najprej potrebujemo njeno dosledno implementacijo. Evropa brez meja bo živela takrat, ko bomo imeli tudi zdravstveno varstvo brez meja. Zato najprej zdravje.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η διασυννοριακή ιατροφαρμακευτική περίθαλψη συνιστά, οπωσδήποτε, ένα από τα βασικά δικαιώματα των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παλαιότερα, υπήρχαν ασθενείς που είχαν τη δυνατότητα και κατέβαλαν προσπάθεια να πάνε σε άλλο κράτος της Ευρωπαϊκής Ένωσης για επεμβάσεις όταν στη χώρα τους δεν μπορούσε να παρασχεθεί η συγκεκριμένη περίθαλψη. Αυτή ήταν η γενική τάση, αλλά —βεβαίως— υπήρχε τεράστιο πρόβλημα ως προς τον τρόπο με τον οποίον θα έπαιρναν πίσω οι ασθενείς τα ποσά που είχαν πληρώσει. Τώρα η κατάσταση έχει αλλάξει και οι ασθενείς πηγαίνουν σε χώρες όπου είναι πιο φθηνή η ίδια η περίθαλψη. Νομίζω ότι η οδηγία πρέπει να εφαρμοστεί.

Θα ήθελα, όμως, να σας ρωτήσω κύριε Επίτροπε, κύριε Andriukaitis, σχετικά με το θέμα της επιδημίας της γρίπης στην Ελλάδα. Έχουμε πάνω από 39 νεκρούς. Υπάρχει μια τεράστια επιδημία γρίπης και θα ήθελα να ρωτήσω εάν η ελληνική κυβέρνηση έχει έρθει σε επαφή με τις αρμόδιες αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, εάν σας έχει ζητήσει βοήθεια και τι θα γίνει με την έλλειψη εμβολίων για την αντιμετώπιση της γρίπης. Θέλουμε μια απάντηση στο θέμα αυτό γιατί απασχολεί τον ελληνικό πληθυσμό.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, rajatylittävät terveydenhuoltopalvelut ovat tulevaisuudessa yhä tärkeämpiä sekä potilaiden hyvinvoinnin kannalta että käytettävissä olevien rajallisten resurssien kannalta. Jotta voimme kohdistaa parhaan osaamisen juuri niille potilaille, jotka sitä tarvitsevat, ja vapaana olevat resurssit juuri niillä potilaille, jotka niitä tarvitsevat, me tarvitsemme tätä joustavuutta, ja mitä pidemmälle terveydenhuolto kehittyy, sitä enemmän. Siksi kiitos esittelijälle ja komissiolle aktiivisista toimista.

Mielestäni on suorastaan häpeällistä, että niin suuri osa jäsenvaltioista ei ole joko voimaansaattanut direktiiviä, informoinut kansalaisiaan, tai on voimaansaattanut sen esimerkiksi korvausten osalta täysin väärin. Tämä on sellaista vastuun pakoilua kansalaisten hyvinvoinnista ja järkevästä resurssien käytöstä, pikkupolitikointia, mitä emme voi hyväksyä. Siksi on syytä ryhtyä todella ripeisiin, tehokkaisiin toimenpiteisiin jäsenvaltioiden haastamiseksi oikeuteen tässä asiassa, jos tarpeen.

Arne Gericke (ECR). – Madam President, dear colleagues, the implementation report shows that there has been a lot of progress in cross-border healthcare services. Within Europe, we can control its legacy. In cases of certain rare diseases, cross-border care is most appropriate and therefore should be promoted, with no bureaucracy against health rights. Therefore the international contact point is a vital item to inform citizens about their rights to cross-border health services under the directive. The Commission should start an information campaign to inform citizens about the existence of the national contact points. These should also be improved with more relevant information.

The Commission should develop a template for the national contact points of the kinds of information that are most useful to our citizens who want to avail of cross-border healthcare.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora presidenta, hablar de sanidad transfronteriza es hablar de libre circulación; al fin y al cabo, de los principios fundamentales de la Unión Europea. El Eurobarómetro expone claramente cómo la salud es uno de los principales valores para la ciudadanía europea. Pero también somos conscientes de que las competencias en sanidad están repartidas, así como de las connotaciones especiales y la sensibilidad que tiene el tema de la sanidad.

Tenemos una Directiva, a mi modo de ver, especialmente ambiciosa; positiva, pero —como digo— ambiciosa, cuya implementación ha sido desigual dentro de la Unión Europea por parte de los Estados miembros. Y es que yo querría empezar añadiendo que, para el éxito de esta Directiva, necesitamos primero una premisa previa, que es un compromiso claro por parte de los Estados miembros con sus sistemas públicos de salud, para fortalecerlos como garantes de la cohesión social.

Esta Directiva nunca podrá sustituir ese necesario compromiso de los Estados miembros con su sistema público de salud. Por eso, creo además que deberíamos empezar a implementarla paso a paso, objetivo a objetivo, y empezar con la tarjeta sanitaria europea. No podemos desligar la sanidad transfronteriza de una armonización de esta tarjeta sanitaria europea, para evitar las discriminaciones que a día de hoy conlleva, y habría que hacerla posible bajo el principio de universalidad, en el que entrasen estudiantes, desempleados, trabajadores autónomos, todas las personas, toda la ciudadanía europea.

En segundo lugar, la receta, el reconocimiento de la receta. Y, en tercer lugar, como señala la Directiva y como uno de los próximos objetivos por desarrollar por parte de la Comisión en lo que se refiere a salud digital, creo que hay que hacer partícipes a los Estados miembros desde el principio. Creo que los sistemas públicos de salud son los únicos y los mejores garantes de la custodia de los datos, de la privacidad de los pacientes y de la equidad en los sistemas de salud.

Por lo tanto, en este gran proyecto que empieza a dibujarse por parte de la Comisión Europea, les pediría que hagan especialmente partícipes y protagonistas a las instituciones públicas, a los Estados miembros.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemand Geburtstag hat, oder zum neuen Jahr: Was wünschen wir den Menschen dann? Wir wünschen vor allem Gesundheit. Deswegen sollte Gesundheit stärker im Zentrum der Politik stehen – auch in der EU-Politik, soweit wir zuständig sind. Aber das sind eine ganze Menge Punkte, wo wir zuständig sind.

Für die EVP ist das ein zentrales Thema. Wir haben vor kurzem auf Anregung unseres Vorsitzenden, Manfred Weber, ein Papier zur Bekämpfung von Krebs erarbeitet. Das hat auch sehr persönliche Hintergründe, dass uns das so wichtig ist. In diesem Papier schreiben wir eben einerseits: Wir möchten alles tun, was in unserer Macht steht, damit in 20 Jahren niemand mehr in Europa an dieser schrecklichen Krankheit sterben muss. Wir haben viele Punkte aufgelistet. Ein Dank auch an die Kommission, dass sie zum Beispiel im Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe das Thema Kinderkrebs zu einer Mission gemacht hat.

Aber wir sagen auch: Wir wollen die Richtlinie über die Patientenrechte besser umsetzen. Deswegen gilt mein großer Dank Ivo Belet, der diesen Bericht ausgearbeitet hat. Ich hoffe, dass wir im Plenum für diesen Bericht eine sehr große Zustimmung bekommen. Die Mitgliedstaaten müssen aufhören, immer nur kurzfristig vom Geldbeutel her zu denken, sondern der Patient muss im Mittelpunkt der Umsetzung dieser Richtlinie stehen. Dafür ist der Bericht der richtige Weckruf an die Mitgliedstaaten im Sinne der Patienten.

Interventions à la demande

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, quero agradecer, antes de mais, a Ivo Belet pelo excelente trabalho.

A Europa é feita de solidariedade e cooperação. Infelizmente, a saúde capturada no princípio da subsidiariedade é testemunha das maiores assimetrias dentro da União Europeia. A esperança que representava esta diretiva relativa aos cuidados de saúde transfronteiriços não parece ter atingido a plenitude da sua intenção. Os doentes não sabem que existe, os profissionais da saúde não a conhecem nem a usam e os pagadores levantam-lhes as maiores barreiras burocráticas e administrativas.

Mas não podemos atirar esta diretiva para a prateleira das cartilhas das intenções. Tem que se pôr a diretiva a funcionar. É crucial para os doentes e para os Estados-Membros, sobretudo para as pessoas que mais ganham com a escala europeia, que são os cidadãos com doenças raras, incluindo algumas das doenças oncológicas.

A cooperação através das redes de referência europeias tem de ser estimulada para atrair o conhecimento e tem de evoluir no sentido de se tornarem autênticos centros especializados no seio da União. Quero referir, ainda, a importância da saúde eletrónica que pode ser a ponte necessária para juntar as margens afastadas das burocracias dos Estados, mas há uma coisa que a eSaúde não consegue fazer por nós e que é unir-nos nas diferentes políticas no que toca ao rastreio neonatal e aos programas de vacinação.

Este é outro passo que ainda nos falta dar para uma Europa mais justa.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Cieszę się, że Parlament Europejski podjął temat implementacji dyrektywy odnośnie do transgranicznej opieki zdrowotnej. Zgadzam się ze sprawozdawcą, że niestety – mimo iż niedługo minie osiem lat od jej przyjęcia – świadomość społeczna co do możliwości refundacji kosztów leczenia w placówkach sąsiedniego kraju jest niezwykle niska. Jest to priorytet, nad którymi instytucje unijne powinny współpracować z krajami członkowskimi. Dlatego też popieram postulat, by zwiększyć widoczność i dostępność narodowych punktów kontaktowych, które są głównymi instytucjami świadczącymi informacje w tym zakresie. Ponadto należy zlikwidować wszelkie wskazane w sprawozdaniu utrzymujące się bariery prawne i administracyjne wynikające ze złego transponowania dyrektywy, aby pacjenci mogli bez przeszkód korzystać z należnych im praw. Otrzymanie zwrotu kosztów leczenia powinno być standardową, prostą i – co równie ważne – szybką procedurą.

Hilde Vautmans (ALDE). – Mevrouw de voorzitter, commissaris, collega's, ik denk dat we hier vandaag een heel belangrijk punt bespreken, namelijk de grensoverschrijdende gezondheidszorg. Ik wil mijn Limburgse collega, Ivo Belet, dan ook van harte danken voor zijn verslag.

We weten allemaal dat heel veel burgers hun rechten niet kennen. Uit een Eurobarometer-enquête uit 2015 blijkt dat 20 % van de Europese burgers zijn rechten eigenlijk niet kent. Daarom denk ik dat we de burgers moeten informeren over de rechten die ze hebben om de beste gezondheidszorg te vinden. Want als je ziek bent, heb je maar één zorg: beter worden. Op dat vlak moet Europa de burgers bijstaan.

Bovendien weten we allemaal dat de administratieve lasten en de regelgeving veel te groot zijn als we elders gebruikmaken van gezondheidszorg. Dus ik zou zeggen: maak werk van die aanbeveling en zorg voor een “onestopshop” zoals dat hier genoemd wordt, één infopunt per lidstaat, zodanig dat de burgers snel en correct de juiste informatie krijgen. Maak er werk van. Maak Europa efficiënt.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, δεν υπάρχει αμφιβολία ότι η υγεία αποτελεί το πολυτιμότερο αγαθό για τον άνθρωπο και πρέπει να προστατεύεται με κάθε τρόπο. Παράλληλα, η εξέλιξη της ιατρικής επιστήμης παρέχει τη δυνατότητα σε πολλούς ασθενείς να εξασφαλίσουν υγειονομική περίθαλψη, όχι μόνο στη χώρα τους, αλλά και σε άλλα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, κυρίως στα όμορα. Πρέπει, λοιπόν, τα κράτη να συνεργάζονται μεταξύ τους, ούτως ώστε να διευκολύνουν την ομαλή κινητικότητα των ασθενών. Βήμα προς την κατεύθυνση αυτή είναι η αντιμετώπιση διαφόρων γραφειοκρατικών μεθόδων, η απλοποίηση ορισμένων διοικητικών μέτρων, ο καθορισμός των αποζημιώσεων, καθώς επίσης και η προσπάθεια για την αντιμετώπιση της απάτης, των επιδημιών και, κυρίως, της υγειονομικής περίθαλψης των παρανόμων μεταναστών, οι οποίοι πολλές φορές συσσωρεύονται, όπως συμβαίνει στην περίπτωση της Ελλάδας, σε μεγάλους αριθμούς στα σύνορα με τις γειτονικές χώρες.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin! Ich lebe im Grenzraum Ostbelgien. Das heißt, viele Menschen aus Belgien gehen ganz natürlich und ganz einfach nach Deutschland zum Arzt bzw. war das so und ist jetzt nicht mehr so. Es gab in diesem Grenzraum ein Abkommen, das nannte man IZOM. Dort konnte der belgische Patient ohne Formalitäten zum deutschen Facharzt gehen. Das hat man in Belgien dann abgeschafft.

Was ich damit bezeugen möchte, ist, dass es dem Patienten ziemlich egal ist, welche Formalitäten danach zwischen Krankenkassen abgewickelt werden müssen. Der Patient möchte gesund werden, er möchte den besten Arzt, den es gibt, für sich haben, am besten in seiner Sprache. Genau das müssen wir erreichen.

Wir reden viel zu viel zwischen Staaten über das, was nicht geht, aber wir müssen viel mehr darüber reden, was geht. Diese Patientenzonen, wie es sie bei uns gab, sind ein wunderbares Beispiel, wie man es machen muss. Die Europäische Kommission bitte ich, dass man dies fördert, und wenn das nicht klappt, sogar verpflichtet. Denn der Patient will gesund werden, und das geht, wenn man das so organisiert.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, they say that health is wealth, and that is absolutely correct, because all the wealth in the world is no use to you if you haven't got your health. It's very important, in a modern society with a growing economy, that we do everything to ensure that our citizens can access healthcare as easily as possible, because it's one thing to be accessing services when you are healthy, but when you're sick, then any added bureaucracy makes it much more difficult. That's why the trans-European Cross-Border Healthcare Directive is so important.

I think people have asked for more information especially in relation to campaigns. I think that's vitally important in reducing red tape, because a lot of access is available, a lot of help is available, but often it's difficult for citizens to access it, so that has to be a primary aim.

My colleague Mr Liese spoke about the good work that has been done in combating cancer. I am involved in that group here in the European Parliament, and at lunchtime I will be attending an event organised by the European Advocates for Epilepsy. So a lot is happening but we need to get it through to the citizens.

Lastly, congratulations to the rapporteur, my great friend and a wonderful MEP, Ivo Belet.

(Fin des interventions à la demande)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, I am happy to have listened to the debate and I thank all the speakers for their valuable contributions. Let me repeat once again: now is a good time for all of us to have an awareness-raising campaign in the European Union because the European Parliament elections are ahead of us. Please, honourable Members, keep healthcare high on the agenda and please campaign on these issues, and I say that especially to those who are ready now to go and present their programmes to the public.

Of course, I see a confrontation in terms of Member States' understanding of what we call subsidiarity, and that is why we see such a low level of awareness. Mainly, if you ask Member States about healthcare and medical services, they will argue that these fall within national competences: 'national competence' has become a mantra. If you look just at health technology assessment, you will see, once again, resistance to doing more at European Union level in that area. Why? Because of a wrong understanding about subsidiarity. If you cannot offer people the chance of achieving the best possible healthcare, or a cure if they have some rare disease, then surely we should allow them to go across borders and achieve it in another country.

How can we overcome the silo mentality? That is a question for all of us. It's not just a matter of having templates and national contact points. It's also about possibilities of changing the narrative, about understanding and about discussions with governments.

I very much appreciate the fact that we share common goals when it comes to cross-border healthcare for European Union citizens. This convergence is crucial as we move forward and eliminate unjustified barriers to healthcare. The draft report outlines concrete measures around some of the directive's major pillars in the areas of charging, reimbursement, access to and exchange of health data, administrative procedures and provision of information. There are many, many issues.

Let me assure you that the Commission will carefully consider how to take this recommendation forward once the report has been adopted. I would like to stress once again that the Commission will take deliberate action wherever the spirit and letter of the directive is not upheld, and we strongly urge Member States to put in place measures to prevent discrimination among patients.

In closing, I want to reiterate my thanks to the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) for its work on this issue. In particular, I want to recognise the contribution made by the Environment Committee Chair, Ms Vălean, the Vice-Chairs, Mr Jávör and Ms Sârbu, and the rapporteur, Mr Belet, as well as the shadow rapporteurs. You have made an important contribution to this debate and that can have a practical impact on the accessibility and sustainability of our healthcare systems.

Ivo Belet, *Rapporteur*. – Madam President, thank you very much for this debate. On the final remark that has been made by Mr Marias, I would like to add that there are proposals to take vaccination on board of this directive and that the ECR Group of Mr Marias is objecting to that, so it would be useful to mention that. Dear colleagues, Commissioner, thank you for the input. I am convinced that we have broad support for this report for the implementation of the directive in a good way. Commissioner, I appreciate very much that you have referred to the fact that you will raise your efforts with regard to the simplification of the procedures on the one hand and secondly, also to strengthen the NCPs; the contact points, which is also crucial in this regard. We will support your efforts and I hope that everyone has heard your message, that indeed it is the role of the MEPs in the up-coming months to put it and keep it high on the agenda, not just in the election campaign, but also afterwards.

It is indeed not our intention to stimulate patients to go abroad. On the contrary, in many cases, certainly in border regions, but also for patients with rare diseases or chronic diseases, a treatment in another country is often more effective and even cheaper and therefore the interests of our fellow citizens have to be our top priority. We have to make sure that Europe is at its best in serving the interests and the well-being of European citizens and these efforts — as has been said also by Peter Liese and others — do not cost money; it is about the correct implementation. So, let us use this instrument, this directive to prove that the extra value of European cooperation is really to be found here in this regard.

Finally, let me conclude Madam President, and allow me to send my sincere gratitude to Maria Grapini as a co-rapporteur for the Internal Market and Consumer Protection Committee, and also special thanks to the Shadow colleagues for their excellent input.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 12 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pone Pirmininke, Direktyvos dėl tarpvalstybinių sveikatos priežiūros paslaugų įgyvendinimas yra svarbus užtikrinant ligonių, kuriems reikalinga konkreti ir profesionali medicininė pagalba, saugumą. Štai kodėl būtina sukurti ES sistemą ir teisių rinkinį, kuris suteiktų Sąjungos piliečiams galimybę naudotis sveikatos priežiūros paslaugomis užsienyje, o tai yra už nuolatinės gyvenamosios vietos ribų. Siekiant šio tikslo turėtų būti kuriami ir remiami nacionaliniai kontaktiniai centrai, teikiant informaciją pacientams ir suteikiant jiems galimybę priimti apgalvotus sprendimus dėl užsienio sveikatos priežiūros paslaugų naudojimo ES. Komisija ir valstybės narės turi sukurti lengvai prieinamų ir gerai veikiančių nacionalinių kontaktinių centrų ir daugiakalbių e-sveikatos platformų tinklą, kuris suteiktų pacientams ir sveikatos priežiūros specialistams patogią, skaitmeniškai prieinamą ir be kliūčių informaciją apie galimas gydymo formas. Šiame procese ypač svarbu pasiremti jau atliktais veiksmais, siekiant padidinti visuomenės informuotumą ir supratimą, ypač apie retas ligas ir retas onkologines ligas, kurioms reikia skirti daugiau lėšų moksliniams tyrimams ir gydymo metodų kūrimui. Atminkite, kad kuriant naujas taisykles ir reglamentus dėl gydymo užsienyje, paciento gerovė ir sveikata turi būti svarbiausi. Įgyvendinta direktyva turi tarnauti šiam tikslui, jei ji turi suteikti realią ir tikrą pagalbą pacientams.

7. Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Simona Bonafè, au nom de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif aux exigences minimales requises pour la réutilisation de l'eau (COM(2018)0337 – C8-0220/2018 – 2018/0169(COD)) (A8-0044/2019).

Simona Bonafè, Relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per prima cosa voglio ringraziare gli *shadow rapporteur* per il loro contributo alla discussione importante di questi mesi di lavoro.

Io partirei da un dato: nel solo 2017 i prelievi globali di acqua sono stati di circa 6 000 chilometri cubi, e si stima che possano raddoppiare entro la fine del secolo. È evidente che si pone un problema di crescente competizione globale per l'approvvigionamento e l'utilizzo della risorsa idrica, che avrà effetti sull'economia, sulle comunità e sugli ecosistemi da cui queste comunità dipendono.

Da una parte, quindi, l'aumento della domanda, dall'altra gli effetti del cambiamento climatico, sempre più evidenti, ci pongono davanti alla possibilità che le aree con problemi di siccità possano aumentare. Ecco perché sta diventando sempre più pressante il tema di una corretta ed efficiente gestione dell'acqua, che giustamente viene sempre più considerata un bene prezioso ma scarso.

Intendiamoci: l'Europa non è un continente arido, ma la sicurezza dell'approvvigionamento rappresenta attualmente un fattore di preoccupazione per almeno la metà della popolazione dell'Unione europea. Anche qui, perdonatemi se vi cito qualche dato. La carenza idrica è un fenomeno che già oggi riguarda almeno l'11 % della popolazione europea e il 17 % del territorio dell'Unione europea. Dal 1980 il numero dei casi di siccità in Europa ha registrato un aumento e un aggravarsi degli episodi che hanno comportato costi stimati in 100 miliardi di euro, appunto, negli ultimi trent'anni.

La sola siccità dell'estate del 2017 ha messo in evidenza una volta di più le dimensioni delle perdite economiche di cui stiamo parlando. Queste, come sottolineato dall'*impact assessment* della Commissione per il solo settore dell'agricoltura italiana, per esempio, sono state pari a circa 2 miliardi di euro. Questa tendenza è destinata a proseguire. La scarsità di acqua non è infatti più confinata a un esiguo numero di aree del continente, in particolare del Sud, ma costituisce una preoccupazione per l'intero territorio dell'Unione. Sta a noi trovare soluzioni adeguate a livello europeo per mantenere elevato il benessere dei cittadini e chiaramente preservare l'ambiente.

Il punto di partenza deve essere quello di estendere i principi dell'economia circolare, su cui abbiamo impostato il nuovo modello di sviluppo in Europa, anche alla risorsa idrica, favorendone in primo luogo il risparmio e il riutilizzo attraverso uno strumento legislativo specifico in grado di creare quella stabilità normativa che favorisce gli investimenti in questo settore, che sono importantissimi per efficientare il sistema. Esiste già la direttiva quadro sulle acque, che menziona il riutilizzo di acque reflue urbane come misura supplementare per un'efficiente gestione della risorsa idrica.

Tuttavia, dobbiamo dircelo chiaro che mancano una legislazione precisa e regole certe per poter sfruttare appieno i benefici derivanti da questa attività. Secondo i dati forniti dalla Commissione europea, il potenziale complessivo di riutilizzo dell'acqua entro il 2025 è di 6,6 miliardi di metri cubi rispetto agli attuali 1,1 miliardi di metri cubi all'anno. Sono dati impressionanti, che ci dimostrano le potenzialità che abbiamo davanti.

Per questa ragione, la commissione ENVI ha supportato a larghissima maggioranza il regolamento come proposto dalla Commissione e inserito nel contesto del piano d'azione sull'economia circolare. La proposta della Commissione, appunto, mira a raggiungere gli obiettivi dell'economia circolare attraverso la definizione di norme armonizzate a livello di Unione europea che creino le stesse elevate condizioni di sicurezza alimentare per i prodotti agricoli commercializzati nel mercato interno dell'Unione.

Come commissione ENVI abbiamo condiviso l'impianto generale della Commissione, che valorizza l'esperienza derivante da legislazioni nazionali specifiche come quella italiana, quella francese e anche quella spagnola. Tuttavia, come Parlamento, abbiamo ritenuto necessario intervenire con alcune modifiche per rendere maggiormente chiara questa legislazione, in particolare sulle definizioni, sui ruoli e le responsabilità dei vari soggetti coinvolti e sulle principali attività di gestione del rischio.

Entrando brevemente nello specifico, abbiamo ritenuto importante definire con maggior precisione i principali soggetti coinvolti nelle operazioni di recupero delle acque reflue urbane. Per tale ragione, accanto al gestore dell'impianto di trattamento, al gestore dell'impianto di recupero e all'utilizzatore finale, vengono inseriti il gestore della rete di distribuzione e l'operatore per l'accumulo delle acque recuperate.

Relativamente alle prescrizioni minime sulle acque recuperate abbiamo condiviso i parametri proposti dalla Commissione, basati sullo studio del JRC, ma abbiamo ritenuto necessario inserire ulteriormente il parametro «salmonella» per garantire ancora una maggiore sicurezza alimentare per i cittadini.

Particolare attenzione dovrà poi essere posta sulla necessità di misure di sensibilizzazione che mettano in luce, per prima cosa, come sia importante risparmiare l'utilizzo dell'acqua e, secondariamente, come il riutilizzo delle acque reflue urbane non vada a danno della salute umana e animale.

Con il voto di oggi il Parlamento chiuderà la sua prima lettura. Sono certa che il Consiglio riuscirà in breve tempo a trovare una posizione comune che permetterà al nuovo Parlamento di aprire il prima possibile i negoziati e vedere approvata questa legislazione importante.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, I would like, first and foremost, to thank Ms Simona Bonafè and the shadow rapporteurs for the very hard work done on the proposal setting minimum requirements for water reuse. The European Parliament's work will be instrumental. It is very important in taking this important dossier forward in the forthcoming negotiations.

As Simona already mentioned, water is a very precious resource. It is indispensable for all of us, whether it's for industry, for agriculture or the many other uses. However, it is also an increasingly scarce resource. Today, one-third of the European Union territory already suffers from water stress all year round. As the summer of 2018 has dramatically shown, water stress is becoming a concern for many Member States, even for those that are not usually associated with water scarcity, even Member States that are not even associated with drought. These problems are likely to worsen, mainly due to climate change. Together with water savings and water efficiency measures, water reuse can play an important part in addressing such problems, also, in the framework of the integrated water management policy.

The proposal on water reuse, which we are debating today, promotes treated urban wastewater as a reliable alternative water supply for agricultural irrigation. It seeks to extend the lifecycle of water, turning a waste product into a resource and is fully in line with the circular economy concept that this Commission is actively promoting. The objective is to facilitate the uptake of water reuse for agricultural irrigation wherever this is relevant, wherever this is safe and wherever this is cost effective, in order to alleviate water stress whilst preserving the health of consumers and protecting the environment.

Moreover, the setting of harmonised minimum parameters will facilitate the smooth functioning of the internal market for agricultural produce and create new business opportunities for operators and also for technology providers.

The European Commission thanks the European Parliament for their engagement and for the swift progress made in the preparation of their opinion and the European Commission looks forward to a fruitful discussion.

Marijana Petir, *izvjestiteljica za mišljenje odbora DEVE*. – Poštovana predsjedavajuća, gospodine povjereniče, cilj je ovog zakonodavnog prijedloga popuniti prazninu u zakonodavstvu Europske unije. Voda je naš najvrjedniji resurs koji se nalazi pod pritiskom, kako zbog ljudskih aktivnosti, tako i zbog klimatskih promjena. Potrebno je zato povezati pročišćavanje otpadnih voda i njihovu ponovnu uporabu u okviru provedbi politika Unije, poput primjerice politike kružnog gospodarstva. Opseg izvorno predviđene ponovne uporabe vode proširen je, osim u poljoprivredi, i u druge svrhe.

Kao izvjestiteljica Odbora za poljoprivredu i ruralni razvoj podsjećam da su poljoprivrednici već sada dužni primjenjivati stroga pravila propisana Uredbom o općim pravilima za subjekte u poslovanju s hranom. Ova Uredba treba osigurati poljoprivrednicima da dobiju obnovljenu vodu iz sustava za pročišćavanje vode i postrojenja za ponovnu uporabu vode u skladu s kriterijima koje moraju ispuniti za svoje potrebe u poljoprivredi, kako bi mogli jamčiti sigurnost svojih poljoprivrednih proizvoda.

Provedba Uredbe u državama članicama, osim što donosi brojne koristi, ne bi smjela dovesti do dodatnih troškova za naše poljoprivrednike.

Francesc Gambús, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señor comisario, en primer lugar, quiero agradecer a la señora Bonafé el trabajo realizado en este informe y la buena colaboración que hemos tenido entre todos los ponentes alternativos.

El Reglamento que hoy votaremos no solo debe servir para avanzar en una gestión sostenible del agua, sino también para abordar un nuevo aspecto de la economía circular. Aunque el Reglamento está limitado a los usos agrícolas del agua, debemos tener claro que la ampliación de los usos de agua reutilizada debe empezar a contemplarse en otros ámbitos que hacen un consumo exhaustivo de agua, como es la industria.

En este sentido, quiero resaltar la cofinanciación, a través de un programa Life, de un proyecto de reutilización de agua en usos industriales en el complejo petroquímico de Tarragona. Y como este, otros proyectos a nivel de la Unión deben desarrollarse teniendo en cuenta, como bien decía el comisario, que las estimaciones nos dicen que en 2030 la mitad de la población europea sufrirá de escasez hídrica.

Por ello, aunque hoy en algunos Estados miembros pueda no parecer un problema, hago un llamamiento al Consejo para que entienda que lo que nos afecta hoy a los países del sur de Europa, mañana nos afectará a todos los europeos. Por ello, creo necesario que, en el futuro, la Comisión plantee reformar, transformar lo que hoy es un Reglamento en una Directiva para que, por una vez, no actuemos en reacción a algún problema, sino que lo hagamos con anticipación y previsión.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, quisiera dar las gracias más encarecidas a la ponente, a la señora Bonafè, cuya sabiduría como experta, tal como nos ha planteado en su texto sobre economía circular, realmente es de agradecer en este momento, en el ámbito de la reutilización de las aguas usadas.

En el caso de España nos encontramos precisamente con una larga historia de necesidad de agua. Somos el país con la mayor reutilización de las aguas, pero al mismo tiempo somos conscientes de cuán frágil es precisamente la necesidad de que la regulación pueda ser flexible, sobre todo teniendo en cuenta que las cuencas españolas son muy diferentes y con necesidades muy diversas. De ahí que también agradezcamos la disponibilidad de la señora Bonafè para acercarse precisamente a esas necesidades.

Este Reglamento va a ser muy importante. Necesitamos esa flexibilidad. Pero en todo caso, señor Vella, necesitamos también una Directiva sobre suelos contaminados. ¿Para cuándo una Directiva sobre suelos contaminados en Europa?

El problema del agua empieza en los suelos. ¿Para cuándo, señor Vella?

Jan Huitema, *namens de ALDE-Fractie*. – Dank u wel, voorzitter. Beste commissaris, geachte collega's, dit is een belangrijk verslag. Zoals we afgelopen zomer hebben gezien, is zoet water geen vanzelfsprekendheid en hebben grote gebieden van de Europese Unie te maken gehad met droogte.

Vandaar dat ik het ook interessant vind om te kijken naar alternatieven voor irrigatie, naast grondwater en oppervlaktewater. Hergebruik van gezuiverd afvalwater kan daartoe een belangrijke bijdrage leveren. Tot 6,6 miljard kubieke meter is er wellicht beschikbaar als we gezuiverd afvalwater kunnen gaan gebruiken.

Voor mij is het heel belangrijk dat we goede criteria hebben om de voedselveiligheid en de volksgezondheid te garanderen. In het teken van duurzaamheid lijkt het mij belangrijk om te kijken of we reststromen, zoals bijvoorbeeld ook water, kunnen gaan hergebruiken.

Daarnaast is er nog een ander indirect effect, namelijk dat er op dit moment al lidstaten zijn die gezuiverd afvalwater gebruiken. In het kader van de interne markt is het belangrijk dat we daarvoor Europese regels hebben. De producten die die landen nu al met dat gezuiverd afvalwater produceren, liggen ook in de supermarkten van andere lidstaten die nog geen gezuiverd afvalwater gebruiken. Ik vind het dan ook belangrijk dat we dit Europees aanpakken om te voorkomen dat er problemen met de volksgezondheid en problemen met een verstoorde concurrentiepositie ontstaan. Dank u wel.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, en principio no estamos en contra de la reutilización del agua, pero esta propuesta de la Comisión presenta varios problemas.

En primer lugar, el tratamiento de regeneración de las aguas va a estar en manos de operadores privados —tal y como ha dicho el comisario, es una nueva oportunidad de negocio— que, evidentemente, velarán por sus negocios y no por nuestra salud. Por lo tanto, creemos que una actividad tan sensible tiene que estar en manos públicas, igual que todo el ciclo del agua.

En segundo lugar, se reconoce que no van a poder utilizarse todas las aguas regeneradas para regar todos los cultivos. Entonces, mi pregunta es: esas aguas que no se van a utilizar para un cultivo determinado y sí para otros, ¿cómo se va a garantizar que no van a contaminar los acuíferos?

Tercero. Creo que no podemos continuar con la lógica de esconder todos nuestros residuos en el medio rural. Todo lo que va a la tierra vuelve a nosotros en forma de alimentos, agua o aire. Por lo tanto, creo que hay que trabajar en otros modelos de desarrollo.

Davor Škrlec, u ime kluba Verts/ALE. – Poštovana predsjedavajuća, poštovani povjereniče Vella, poštovani kolegice i kolege, prije svega želim zahvaliti zastupnici Bonafè na odlično održanom poslu na ovom izvješću. Zajedničkim naporima postigli smo izbalansirano i kvalitetno izvješće.

Namjensko ponovno korištenje otpadnih pročišćenih voda ima neminovni utjecaj na naš okoliš. Pogrešnim i neplaniranim korištenjem lako možemo dovesti u pitanje vodno obnavljanje uobičajenih vodnih tokova. Drago mi je da izvješće prepoznaje upravo ove izazove.

Klimatski utjecaji počinju imati sve snažniji utjecaj na naš okoliš i povećani stres, izazvan sve jačim sušama, posebno se odražava na poljoprivrednu proizvodnju koja može imati najviše koristi od pametnog korištenja pročišćenih otpadnih voda, pogotovo na našim otocima.

Posebnu pažnju trebamo posvetiti mogućim neželjenim i po ljudsko zdravlje iznimno opasnim kontaminacijama naših zemljišta i poljoprivrednih proizvoda. Posebno ovdje želim istaknuti problem mikroplastike i jednokrlnih prekidača koji mogu biti u sustavu naših otpadnih voda.

Sylvie Goddyn, au nom du groupe EFDD. – Madame la Présidente, le rapport de M^{me} Bonafè est un rapport important car il apporte des solutions concrètes au grave problème de la rareté de l'eau et à la multiplication des sécheresses au sein de l'Union européenne.

Ce phénomène particulièrement inquiétant, imputable au réchauffement et au changement climatique, touche des territoires entiers du sud de l'Europe, territoires confrontés chaque année à des crises d'approvisionnement en eau et à des stress hydriques intenses. Les agriculteurs sont alors les premiers à payer le prix de ces crises lorsque les systèmes d'irrigation se tarissent.

Je suis donc largement favorable à la multiplication des bonnes pratiques de collecte des eaux usées et à la réutilisation de ces eaux, notamment à des fins d'irrigation.

En revanche, il faut être très ferme sur la qualité de ces eaux et durcir les exigences sur les plastiques et les micropolluants. À cette condition, nous pourrions répondre à cette triple exigence: protéger la santé humaine et animale, protéger l'environnement et garantir nos approvisionnements en eau.

Joëlle Mélin, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, cette proposition de règlement relative à la réutilisation des eaux usées et traitées, d'origine domestique, industrielle ou agricole, porte sur un sujet majeur et, à nos yeux, pour trois raisons principales. Ce qui constitue, pardon, Madame la rapporteure, la réelle infox, c'est l'affirmation selon laquelle la sécheresse ou le stress hydrique toucherait déjà un tiers de la surface de l'Union européenne. Il s'agit d'un constat fallacieux qui ne porte pas sur le manque d'eau *stricto sensu* mais sur l'insuffisance de structures de sa gestion.

C'est d'ailleurs pourquoi nous soutenons le projet porté par ce rapport, qui ouvre bien la porte à la gestion de la totalité de la chaîne de l'eau, du stockage, de la distribution et du retraitement. Inutile d'affoler les populations pour proposer un projet qui aurait dû se faire depuis longtemps, dans la foulée des grands travaux du XIX^e siècle.

La rareté de l'eau pour justifier la disparition des éleveurs et agriculteurs et imposer peu à peu la nourriture artificielle – eldorado futur des géants de l'agrochimie – et enfin la marchandisation authentique de l'eau qui, devenant un bien rare et donc cher, va pouvoir faire l'objet de toutes les spéculations financières ou politiques.

Aussi vital que le CO₂, H₂O deviendra l'alpha et l'oméga de tous les enjeux et spéculations de la mondialisation.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus gutem Grund haben wir für Trinkwasser sehr, sehr strenge Regeln. Ich glaube, dass man nicht für alle Anwendungen, für die man Wasser braucht, die gleich strengen Regeln braucht. Deswegen ist es sinnvoll, dass wir hier eine abgestufte Möglichkeit haben.

Wasserknappheit ist ein Thema – nicht nur in Südeuropa. Ich komme aus einer Gegend, da regnet es normalerweise sehr viel. Und es gibt einen lustigen Spruch: Willst du im Urlaub keinen Sonnenbrand, dann fahr ins Sauerland – weil dort eher Regen als Sonne ist. Wir sind das Wasserreservoir für das Ruhrgebiet: Acht Millionen Einwohner werden mit Wasser aus meiner Gegend versorgt.

Dieses Jahr hatten wir aber einen so trockenen Sommer, dass die Talsperren, die wir dort haben, praktisch komplett leer waren. Das heißt, die Mitgliedstaaten und Regionen, die sagen, Wassermangel wird niemals ein Problem und deswegen brauchen wir hier auch keine Regelung, die sollten ein bisschen vorsichtig sein. Wir sind im Klimawandel, und da kann man sich schon darauf einstellen, dass wir vielleicht mit diesem kostbaren Gut noch vorsichtiger umgehen. Deswegen halte ich den Text, den der Ausschuss beschlossen hat, für einen richtigen Ansatz.

Die EVP würde gerne eine Richtlinie haben – nicht eine Verordnung – damit man ein bisschen flexibler auf die Wünsche der Mitgliedstaaten eingehen kann. Aber es ist grundsätzlich gut, dass wir für Wasser, das zum Beispiel zur Bewässerung genutzt wird, andere Auflagen – strenge, angemessene Auflagen – haben, aber nicht unbedingt die gleichen wie für Trinkwasser.

Vielen Dank an alle, die mitgearbeitet haben, und die EVP wird den Text unterstützen.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Doamnă președintă, deficitul de apă afectează 11 % din populația europeană și 17 % din teritoriul Uniunii Europene. Utilizarea rațională a apei este crucială, din motive evidente: avem nevoie de apă pentru a produce alimente, energie și bunuri de consum. Pentru a proteja această resursă trebuie construite soluții adecvate în plan european. Directiva – cadru privind apa menționează reutilizarea apei uzate urbane ca măsură suplimentară pentru gestionarea eficientă a resurselor, însă oportunitatea nu este încă pe deplin exploatată în lipsa unor acte legislative clare.

Din păcate, propunerea Comisiei se limitează la apa recuperată, utilizată pentru irigații agricole. Se impune extinderea domeniilor și modalităților de utilizare a apelor uzate epurate, evident, în condiții de maximă siguranță.

Susțin poziția raportoarei privind necesitatea unui regulament pentru stabilirea unor criterii armonizate la nivelul Uniunii Europene pentru activitățile de reutilizare a apelor uzate urbane.

Danilo Oscar Lancini (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo impegnarci per la tutela della salute dei cittadini e dell'ambiente. Abbiamo il dovere di lasciare un mondo più pulito e migliore alle future generazioni. Ma questo va fatto con soluzioni ponderate a lungo termine, senza ricorrere a sporadiche battute di caccia alle streghe e a facili scorciatoie che non risolvono il problema e danneggiano solo la competitività delle nostre aziende.

Un terzo del territorio dell'Unione europea è soggetto a condizioni di stress idrico. Il riutilizzo dell'acqua non è ovviamente la soluzione a tutti i problemi, ma è un primo passo in questa direzione. Si può arrivare ad un riutilizzo di acque per uso irriguo di circa 6,6 miliardi di metri cubi all'anno.

Il settore agricolo, fondamentale per l'Europa e l'Italia necessita di nuove misure e azioni per garantire la futura sostenibilità senza che ci siano aggravii di costi per gli agricoltori. Dobbiamo agire in maniera preventiva, affinché la legislazione in materia di riutilizzo delle acque fornisca regole uniformi per tutti i paesi e criteri armonizzati a livello UE. Bisogna garantire la sicurezza dei cittadini ed una maggiore diffusione dell'attività di recupero.

Eleonora Evi (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il territorio dell'Unione europea è soggetto a stress idrico per via delle attività umane e dei cambiamenti climatici. Solo nel 2003 la siccità ha causato all'economia europea perdite per almeno 8,7 miliardi di euro, e tra gli anni Ottanta e gli anni Duemila il numero di persone colpite da siccità è aumentato di quasi il 20 %, determinando costi totali che hanno raggiunto la cifra astronomica di 100 miliardi di euro.

Non solo, come è stato detto anche dai colleghi, questo accade nella stagione secca e nei paesi mediterranei, ma la siccità estrema, che è intensificata sempre di più dai cambiamenti climatici, colpisce sempre di più anche il Nord Europa. È quindi indubbio che l'acqua come bene comune e risorsa preziosa deve essere gestita in modo più efficiente e che il risparmio idrico deve diventare una priorità ad ogni livello. Per questo norme comuni per stimolare il riutilizzo dell'acqua nell'ambito dell'economia circolare non possono che essere accolte positivamente e il regolamento sul riutilizzo dell'acqua si presenta quindi come una occasione che l'Europa non deve sprecare.

Abbiamo partecipato alla definizione delle prescrizioni minime per la qualità delle acque recuperate enfatizzando la necessità di garantire il loro riutilizzo sicuro. Per noi non ci deve essere mai nessun rischio per i suoli e per le colture, nessuno spazio per microplastiche ed interferenti endocrini. Su questo abbiamo proposto un'azione decisa, perché queste dovrebbero essere assenti, tanto dalle acque che si riversano nei fiumi e nei mari, per porre fine una volta per tutte a quello che è l'enorme danno alla biodiversità che stiamo perpetrando globalmente, quanto ovviamente alle acque recuperate che sono l'oggetto di questo regolamento, affinché appunto il loro riutilizzo possa essere consentito.

Infine voglio menzionare le sostanze tossiche e pericolose come le PFAS. Queste non dovrebbero mai e poi mai trovarsi nell'acqua riversata nei campi, né quindi entrare nella catena alimentare mettendo a repentaglio la salute dei cittadini.

Quindi, in conclusione, ringrazio la relatrice e i correlatori ombra per questo importante regolamento. In due parole: sì al riutilizzo dell'acqua, no a fattori di rischio per la salute e per l'ambiente.

Angélique Delahaye (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, dans le cadre de la logique d'économie circulaire, ce rapport est particulièrement important et je souhaite remercier la rapporteure, M^{me} Bonafè, ainsi que mes collègues pour le travail accompli.

Au-delà de la question de la transparence, de la responsabilité et de la nécessité d'accompagner la recherche et l'innovation, j'aimerais mentionner un point particulièrement important à mes yeux: l'état sanitaire des cultures ne doit pas être impacté par la qualité de l'eau usée retraitée.

En effet, pour garantir une utilisation efficace des ressources en eaux urbaines résiduaires traitées, il est nécessaire d'informer les agriculteurs afin que ces derniers utilisent ces eaux recyclées de manière optimale sur leurs productions et ne risquent pas d'impacter ces dernières sur le plan sanitaire.

Il en va ainsi, aussi, de l'acceptation par les consommateurs de cette réutilisation dans la chaîne alimentaire. La clé, pour moi, est donc la sécurité, l'information et la formation des acteurs, et je remercie la rapporteure d'avoir pris en compte ces aspects.

Interventions à la demande

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, desde 2008 que o Parlamento Europeu definiu que o desafio da escassez de água e das secas na União Europeia tem que ter uma abordagem sistémica da gestão dos recursos hídricos, que inclua menos consumo de água potável sobretudo para fins em que não é necessária.

Mais recentemente, através do Plano de Ação para a Economia Circular, voltámos a tocar este ponto, mas que urge dar seguimento através de um Plano 2.0 por parte da Comissão, para que mantenha os recursos hídricos como um dos domínios prioritários de intervenção.

A reutilização de águas recuperadas devidamente tratadas para fins de irrigação tem de ter por condição o respeito pelo ambiente e pela saúde humana e animal. Por isso fica patente que a água a reutilizar não pode conduzir à eutrofização dos solos e de águas subterrâneas e de superfície, o que seria disruptivo para os ecossistemas e contribuiria para a redução da biodiversidade.

É de destacar ainda o papel das autoridades competentes em cooperação com os utilizadores finais para promover a reutilização de águas.

Finalmente, é urgente a renovação das infraestruturas de distribuição de águas que estão antigas e em más condições, resultando, diariamente, em perdas significativas e noutros prejuízos como recursos financeiros investidos.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, while water itself is cyclical in its formation – it falls from the sky, flows into the sea, evaporates, vaporises and falls again – it is not an infinite resource. We have seen instances of drought from Australia indeed to my own country, which is renowned as a place for a lot of rainfalls. Last summer water had to be rationed, while at the same time in places like Dublin up to 50% of our pipe water is leaking. This is something that is being addressed, but will take some time to address in the future.

That's why the reuse of water, where practical, is so important and I welcome the proposals here today. Simona Bonafè, Marijana Petir and Angélique Delahaye all referred to the circular economy and reuse of water is part of that circular economy. Therefore it is absolutely important that, when we can do so, we reuse water in terms of irrigation, agriculture, urban waste etc. because it is vital for us and we have to take care of it. A good proposal which, as Peter Liese said, we will be delighted to back.

(Fin des interventions à la demande)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, once again I would like to congratulate the rapporteur, Ms Bonafè, on her success in drafting this report, and also to welcome the support and the ideas expressed by the Members of this House. The Commission has closely followed the discussion and will examine in detail Parliament's proposals with a view to the next steps in the legislative process.

I would like, however, to make two or three points. With regard to the issue of polluted soil, we do have the Nitrates Directive to protect our soil, and the Commission is following the implementation of this directive very closely. It is, at least for me, hard to justify, or even to understand, how bad agricultural practices are still harming the very resources that sustainable agriculture depends on.

Another point I would like to make is that I feel we are, at times, underestimating the problem when we say that the EU is facing water scarcity. It is the whole planet which is facing this problem, and that makes the necessity to act now even more urgent.

With regard to the scope of the proposed law – whether it's limited to agricultural irrigation – I would point out that, of the various possible areas for water reuse, agricultural irrigation is the most widely used worldwide. As demonstrated in the impact assessment undertaken, water reuse for agricultural irrigation also has great potential in the European Union but it is currently underutilised. While the Commission agrees on the desirability of using reclaimed water for other purposes, the proposed rules do not exclude the possibility of Member States' using reclaimed waters for other purposes as well.

We are confident that an agreement on the new rules can be found and that it will be possible swiftly to complete the legislative process for this very important proposal. Once it has entered into force, the new instrument will facilitate the uptake of water reuse, helping to fulfil the largely untapped potential of this practice and also to alleviate the pressure of abstraction on surface and groundwater bodies – thus benefitting farmers, consumers and the industry.

The Commission looks forward to the forthcoming negotiations and stands ready to support the co-legislators in this process. I count, as I have always done, on your support in the vote, and I thank you once again for your commitment to this proposal.

Inés Ayala Sender (S&D). – Madame la Présidente, je voudrais juste demander si M. Vella peut nous dire aujourd'hui où en est la directive sur les sols contaminés. Je lui ai posé la question hier, mais il n'a pas répondu; c'était un autre sujet, qui n'avait rien à voir avec l'environnement, mais aujourd'hui, je voudrais bien avoir une réponse.

La Présidente. – Madame Grapini, personne ne vous a vue alors que vous êtes une habituée des interventions à la demande. Comme cette phase est terminée, je vous propose de verser par écrit votre intervention.

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Madam President, yes, I think the honourable Member has a point. I think various attempts were made to produce some sort of proposal on the way forward. We have been discussing this possibility. Unfortunately, so far, we have not reached a conclusion, but I promise that I will give it another try. I think the honourable Member is quite right on this.

Simona Bonafè, Relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei innanzitutto ringraziare il Commissario per le parole di attenzione a questo tema che ha pronunciato oggi, ma devo dire che ha pronunciato anche nei mesi scorsi e fin dal suo mandato. Un grazie anche ai colleghi che sono intervenuti, non solo per il lavoro fatto in questi mesi, ma anche perché le loro parole oggi testimoniano un sostegno, mi pare di poter dire, pressoché unanime o comunque molto ampio, alla proposta di cui stiamo discutendo.

Perché non è sfuggito a nessuno che l'acqua è un bene prezioso, anzi preziosissimo, e noi non possiamo permetterci di sprecarne nemmeno un metro cubo. Bene, quindi, l'estensione dei principi dell'economia circolare su cui noi abbiamo basato il modello di sviluppo in Europa, anche alla risorsa idrica. Voglio ricordare che i principi dell'economia circolare stabiliscono, prima di tutto, che ci debba essere risparmio nell'utilizzo della risorsa idrica, ma poi anche il riutilizzo. Riutilizzo in agricoltura, riutilizzo per usi civili – penso alla pulizia delle strade – ma riutilizzo anche per usi industriali. Certo, certo, tenendo conto e tenendo ben presente il rispetto dei criteri per la salute umana.

Quindi abbiamo davanti il fenomeno del cambiamento climatico che, se non agiremo in fretta e con determinazione, ci porrà grandi problemi e serie difficoltà anche per il nostro sistema economico. Quindi, avanti con l'uso efficiente della risorsa idrica, con norme chiare come quelle che vogliamo approvare il prima possibile, ma anche con investimenti nel settore, perché l'uso efficiente dell'acqua ha bisogno anche di investimenti importanti.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 12 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Maria Grapini (S&D), în scris. – Calitatea și cantitatea apei trebuie monitorizate cu atenție pentru că resursele sunt limitate. Utilizarea sustenabilă a apei este o necesitate. Redistribuirea apei uzate trebuie să se facă cu responsabilitate, de aceea este nevoie să se stabilească clar, pe tot lanțul de distribuție – de la operatorul instalației de recuperare până la utilizator – responsabilități concrete și măsuri de verificare a modului de aplicare. În zonele industriale și agricole, în mod deosebit acolo, unde poluarea este mai mare, trebuie să existe un control riguros. Autoritățile naționale din domeniul apei trebuie să organizeze cursuri de specialitate pentru angajați și să informeze toți angajații despre pericolul și efectele nocive ale nerespectării regulilor stabilite. Viața oamenilor depinde și de modul gestionării apei reutilizate și, de aceea, este nevoie nu numai de reglementări precise, dar și de control și de măsuri de sancționare în cazul încălcării regulilor stabilite.

Laurențiu Rebega (ECR), în scris. – Apa este o resursă finită. Oamenii par să devină conștienți de validitatea acestei afirmații doar în fața calamităților și secetelor, care devin din ce în ce mai aspre și mai dese. Salut demersurile de înrijitorare în urma secetelor de anul trecut, întreprinse de statele membre și la nivel UE. Au fost acțiuni care au demonstrat că solidaritatea europeană funcționează.

Salut și acest raport și opinia AGRI, pentru care am fost raportor din umbră. Totuși, știm că Europa este diversă, iar volumul resurselor de apă, cât și managementul apelor diferă de la un stat la altul. Avem, într-adevăr, nevoie de recomandări europene referitoare la reutilizarea apei, însă trebuie avute în vedere diferențele dintre regiunile și statele membre. Europa este diversă și când vine vorba de nivelul de educație și conștientizare a necesității și siguranței reutilizării apei. Cred, deci, că trebuie găsit un just echilibru între ambițiile de la Bruxelles, pe de o parte, și realitățile din regiunile periferice mai sărace. Impunerea bruscă a unor condiții drastice de reutilizare a apei poate să genereze, în anumite regiuni, efecte dramatice de polarizare socială și, pe termen lung, evoluții contrare intențiilor laudabile de astăzi.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Pitanje dobrog i učinkovitog upravljanja vodnim resursima postaje sve važnije. Voda je dragocjeni i oskudni resurs, a sve veća globalna konkurencija u pogledu njene uporabe donosi sve veći rizik za gospodarstvo, zajednice i ekosustave koji o njima ovise. Svake se godine događa rast potražnje, zajedno s učincima klimatskih promjena i posljedičnim povećanjem prosječnih temperatura, znak je za uzbunu jer bi se broj područja koja se suočavaju s nestašicom vode mogao povećati.

Upravo zato glasao sam za Izvješće o Prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o minimalnim zahtjevima za ponovnu uporabu vode jer se u zakonodavstvu EU-a, osobito u Okvirnoj direktivi o vodama (2000/60/EZ), razradio plan ponovne uporabe komunalnih otpadnih voda kao dodatne mjere za učinkovito upravljanje vodama.

Međutim, prednosti koje proizlaze iz te aktivnosti još nisu u cijelosti iskorištene zbog nedostatka jasnih zakona i konkretnih pravila. Prema podacima Europske komisije, ukupni potencijal za ponovnu uporabu vode do 2025. iznosi oko 6,6 milijardi m³ u usporedbi s trenutačnih 1,1 milijardi m³ godišnje. Prijedlogom Komisije nastoje se postići navedeni ciljevi utvrđivanjem usklađenih pravila na razini Unije kako bi se izbjeglo da različiti zahtjevi u državama članicama negativno utječu na ravnopravne uvjete i prouzroče prepreke pravilnom funkcioniranju unutarnjeg tržišta.

(La séance est suspendue à 12 h 17 dans l'attente de l'heure des votes)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting was resumed at 12.32)

9. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes).

9.1. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (A8-0030/2019 - João Ferreira) (Abstimmung)

9.2. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (Entschließung) (A8-0034/2019 - João Ferreira) (Abstimmung)

9.3. Entschließungsantrag nach Artikel 108 Absatz 6 GO zur Einholung eines Gutachtens des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des vorgeschlagenen partnerschaftlichen Abkommens über nachhaltige Fischerei EU-Marokko mit den Verträgen (B8-0100/2019) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora presidenta, señorías, Human Rights Watch nos alerta de que estamos a punto de votar un Acuerdo de pesca entre la UE y Marruecos que incluye el Sáhara Occidental, vulnerando el Derecho internacional. Como los eurodiputados no estamos por encima de las leyes, nos hace un llamamiento para que pidamos previamente la opinión del Tribunal de Justicia de la Unión Europea. Si de verdad nos importan el Estado de Derecho, el Derecho internacional y los derechos humanos tanto como decimos aquí siempre, seamos coherentes y pidamos la opinión primero de la justicia europea.

- 9.4. Partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei zwischen der EU und Marokko (A8-0027/2019 - Alain Cadec) (Abstimmung)**
- 9.5. Übereinkommen zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer (A8-0016/2019 - Norica Nicolai) (Abstimmung)**
- 9.6. Protokoll zum Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der EU und Mexiko (Beitritt Kroatiens) (A8-0066/2019 - Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández) (Abstimmung)**
- 9.7. Betrugsbekämpfungsprogramm der EU (A8-0064/2019 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra) (Abstimmung)**
- 9.8. Mehrjahresplan für die Bestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0310/2018 - Alain Cadec) (Abstimmung)**
- 9.9. Katastrophenschutzverfahren der Union (A8-0180/2018 - Elisabetta Gardini) (Abstimmung)**
- 9.10. Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung (A8-0044/2019 - Simona Bonafè) (Abstimmung)**
- 9.11. Genehmigung und Marktüberwachung von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen (A8-0318/2018 - Nicola Danti) (Abstimmung)**
- 9.12. Programm über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die europäischen Statistiken (A8-0052/2019 - Nicola Danti) (Abstimmung)**

— *Before the vote:*

Nicola Danti, Relatore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il *Single Market Programme* raggruppa sei programmi già esistenti e prevede nuove e consistenti risorse per rafforzare il funzionamento del mercato unico. Parliamo di finanziamenti stanziati a livello europeo per il periodo di programmazione 2021-2027, al fine di sostenere la competitività dell'industria, in particolare delle micro, delle medie e delle piccole imprese, garantire la sicurezza della filiera alimentare e la salute delle persone, degli animali e delle piante, una maggiore tutela dei consumatori, nonché a istituire il quadro per il finanziamento delle statistiche europee.

La posizione che abbiamo raggiunto è molto ambiziosa e prevede un aumento complessivo della dotazione finanziaria totale a 6 miliardi, di cui 3 miliardi sono dedicati al programma COSME, rivolto alle piccole e medie imprese, che sono l'asse portante del sistema economico e produttivo europeo. Specifiche risorse dedicate al rafforzamento delle attività di vigilanza del mercato e della sicurezza dei prodotti, con particolare attenzione ai prodotti che vengono venduti online. E infine l'introduzione degli atti delegati per l'attuazione del programma per un ruolo più forte di controllo e supervisione del Parlamento europeo.

Con il testo che approveremo, cari colleghi, il Parlamento assume una posizione chiara e ambiziosa a favore del sistema produttivo europeo e dei cittadini europei. Ci auguriamo che anche il Consiglio saprà fare altrettanto.

9.13. Mehrwertsteuer: endgültiges System für die Besteuerung des Handels zwischen Mitgliedstaaten (A8-0028/2019 - Fulvio Martusciello) (Abstimmung)

9.14. Strategien zur Integration der Roma (B8-0098/2019) (Abstimmung)

— *Before the vote on paragraph 3, after point iv:*

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, as European Parliament coordinator on children's rights, I propose this oral amendment: 'To explicitly consider children as a priority when programming and implementing the strategic National Roma Integration Strategy, reiterates the importance of protecting and promoting equal access to all rights for Roma children'.

(The oral amendment was accepted)

9.15. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft (A8-0041/2019 - Maite Pagazaurtundúa Ruiz) (Abstimmung)

9.16. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Verstärkte Zusammenarbeit (A8-0038/2019 - Alain Lamassoure) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Alain Lamassoure, Rapporteur. – Madame la Présidente, je voudrais remercier la large majorité de collègues qui a voté ce rapport. J'ai demandé, exceptionnellement, la parole parce qu'il se trouve que c'est le dernier rapport que j'ai l'honneur de présenter en plénière après vingt-sept ans passés au Parlement européen.

Merci, chers collègues.

(L'Assemblée, debout, applaudit l'orateur).

Je vais en profiter pour vous punir avec deux phrases supplémentaires.

En 1989, je suis entré ici, dans ce qui était un forum politique limité à une partie de l'Europe, à l'ouest du rideau de fer. Et le Parlement que je vais quitter dans quelques semaines est un vrai Parlement, vraiment européen, ayant une capacité législative.

Je voudrais remercier tous les collègues, en commençant par mon groupe, bien sûr, mais au-delà, les collaborateurs du Parlement, les collaborateurs des groupes et nos assistants, pour le travail fait ensemble.

Grâce à vous, chers collègues, j'ai appris que l'écoute, le dialogue, le respect mutuel, la recherche du compromis, l'obsession de l'intérêt commun étaient bien plus efficaces que l'affrontement systématique qui caractérise trop souvent nos débats nationaux.

Beaucoup de nos parlements nationaux ainsi qu'un prestigieux Capitole de l'autre côté de l'Atlantique auraient un certain nombre de leçons à apprendre ici.

Mon honneur restera d'avoir été un ouvrier anonyme, humble mais fier d'avoir apporté sa pierre à une construction politique qui marquera à jamais l'histoire de notre continent.

Dans le futur parlement, dont je n'aurai plus l'honneur de faire partie, je souhaite que la majorité qui vient de s'exprimer maintenant soit unie pour adapter notre union aux défis du nouveau siècle. Merci encore.

President. – Mr Lamassoure, you have felt the undivided support of the House for the important message that you have given. We have, of course, all seen your work over 30 years. The House wishes you all the best in your future endeavours.

(Applause)

- 9.17. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Befugnisse des Parlaments zur politischen Kontrolle der Kommission (A8-0033/2019 - Mercedes Bresso) (Abstimmung)**
- 9.18. Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU (A8-0051/2019 - Barbara Spinelli) (Abstimmung)**
- 9.19. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) (A8-0050/2019 - Paulo Rangel) (Abstimmung)**
- 9.20. Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik (A8-0019/2019 - Ashley Fox) (Abstimmung)**
- 9.21. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (A8-0045/2019 - Jytte Guteland) (Abstimmung)**
- 9.22. Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (A8-0046/2019 - Ivo Belet) (Abstimmung)**

President. – That concludes the vote.

10. Stimmerklärungen

- 10.1. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (A8-0030/2019 - João Ferreira)**

Suulliset äänestysesitykset

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, quería aclarar mi voto positivo a este acuerdo. Los acuerdos pesqueros son todos importantes para los países con los que se firman y desde luego, para la flota europea.

Pero a mí me gustaría destacar este acuerdo con un pequeño país, como es el caso de Costa de Marfil, un país que solo tiene veinte millones de habitantes y más de sesenta grupos étnicos distintos, y, además, ha atravesado un periodo turbulento y de guerra civil que ha exacerbado sus terribles desigualdades sociales.

Creo que este hecho de firmar un acuerdo con Costa de Marfil, aunque no tenga un sector pesquero importante, sí que es un aspecto positivo y de solidaridad y trabajo conjunto de la Unión Europea con este país. Y, además, se beneficiará aquel sector pesquero constituido específicamente por atuneros, que irán a pescar tras este acuerdo. Hace casi treinta años de la firma del mismo y es positivo para ambas partes.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, it has been quite a busy few days for Côte d'Ivoire. The other day, because of a mix-up over flags, it was the recipient of a supportive tweet from the German Foreign Ministry, which expressed its total solidarity with Côte d'Ivoire over the issue of the Irish border – and now we have this Fisheries Agreement.

Look, we've all voted on dozens, maybe hundreds, of these fisheries agreements with various African countries, and I have occasionally taken the opportunity to lament the fact that overfishing in Europe and the mismanagement of the common fisheries policy brought us to the point where we needed to do this. But I wonder whether we could consider a different aspect of it.

Again, we are treating Côte d'Ivoire and the African continent generally as a kind of economic colony and a supplier of raw materials to our industries. Under EU tariff arrangements, you can export green coffee beans but not roasted coffee from Africa, you can export cocoa but not chocolate. In other words, we are encouraging, through our economic policy, an effect which not only keeps people poorer but also costs consumers in Europe more. The best thing we could do is scrap the common agricultural policy.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I am pleased to support this agreement and particularly to highlight the important opportunities it brings for the EU and Côte d'Ivoire to work together in a sustainable way in the exploitation of fisheries resources. Sustainability is a crucial element of all fisheries policies, so I am pleased that this agreement pays due attention to that priority. The agreement marks an important step in the responsible development of Côte d'Ivoire's blue economy, and I am pleased that the EU, through this partnership, will help to support this development.

I also welcome the mutually beneficial nature of this partnership agreement in creating an opportunity for the exploitation of Côte d'Ivoire fisheries resources by fishers originating in EU Member States, ensuring at the same time, and as a priority, that the resources are used in an environmentally conscious way, protecting marine ecosystems, and in the interests of all involved.

I congratulate the rapporteur and the shadow rapporteurs on their important work in preparing for today's vote.

10.2. Partnerschaftliches Fischereiabkommen zwischen Côte d'Ivoire und der EU (2018-2024) (Entschließung) (A8-0034/2019 - João Ferreira)

10.3. Betrugsbekämpfungsprogramm der EU (A8-0064/2019 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra)

Suulliset äänestysesitykset

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! We wczorajszej debacie, która była dość intensywna i krótka, nie zdążyłem wyrazić swojej pozytywnej opinii dotyczącej nowej propozycji – propozycji zmian w programach informatycznych. Uważam, że jest to jeden z ważniejszych elementów tego sprawozdania. Uważam, że dzięki temu nie zwiększamy biurokracji dla samej biurokracji, ale także budujemy pewne mechanizmy do autentycznego, bardzo prostego i niekosztownego eliminowania tego wszystkiego, co nazywamy nadużyciami finansowymi. Zwracam też uwagę, że poparcie dla tego sprawozdania było dlatego tak wysokie, że udało się przyjąć sporo poprawek udoskonalających pierwszą wersję, za co chcę bardzo serdecznie podziękować posłowi sprawozdawcy.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η καταπολέμηση της απάτης σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι μια σημαντική δράση, την οποία πρέπει, βεβαίως, να ενισχύσουμε. Αυτό που έχω αναδείξει και στην ομιλία μου είναι μια ειδική μορφή απάτης που έχει σχέση με ελληνοποιηθείς αγροτικών και κτηνοτροφικών προϊόντων. Δηλαδή, γαλακτοκομικά προϊόντα, φερ' ειπείν γάλα, εισάγονται από την Αλβανία στην Ελλάδα και βαφτίζονται ελληνικά. Ταυτόχρονα, κτηνοτροφικά προϊόντα, π.χ. κρέας, εισάγονται στην Ελλάδα από τα Σκόπια και βαφτίζονται επίσης ελληνικά. Αυτές οι ελληνοποιηθείς αγροτικών και κτηνοτροφικών προϊόντων είναι μια ειδική μορφή απάτης που θα πρέπει να αντιμετωπιστεί με αποφασιστικότητα από την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Απαιτούνται πολύ συγκεκριμένα μέτρα τα οποία απουσιάζουν και θα πρέπει να επιβληθούν ποινές στα γειτονικά αυτά κράτη, στην Αλβανία και τα Σκόπια, στο πλαίσιο της προενταξιακής πολιτικής από πλευράς Ευρωπαϊκής Ένωσης. Απαιτούνται μέτρα για να αντιμετωπιστούν οι παράνομες ελληνοποιηθείς αγροτικών και κτηνοτροφικών προϊόντων.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, the recent report of the Court of Auditors gives us alarming figures. In 2017, fraudulent use of EU funds amounted to EUR 391 million but only 15% of the total volume of fraud was actually recovered. Some EU funds were misused by national politicians for their families, other funds were misused in the agricultural sector.

The economic interests and most importantly political credibility of the EU are seriously damaged because there is no truly European mechanism for fraud detection. Colleagues, it is here now that to combat fraud we cannot fully rely on national authorities who are sometimes themselves involved in fraud. I welcome the Commission's proposal aiming at protecting the financial interest of the European Union and I welcome the amendments in the report of Mr Salafranca Sánchez-Neyra that call for major cooperation among the relevant agencies and bodies like OLAF, Eurojust, Europol, the European Public Prosecutor's Office and so on. I voted in favour.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, chci poděkovat Parlamentu, že přijal pozměňovací návrhy, které vylepšují konečnou verzi návrhu. Boj proti finančním podvodům, podvodům, které se dotýkají finančních zájmů Evropské unie, se bohužel ne ve všech členských státech dostatečně úspěšně vede, nedostatečně se daří, a proto je logické, že Evropský parlament, evropské instituce musí mít zájem na tom, aby se finanční podvody, podvody proti zájmům Unie v celé Evropské unii jednoznačně, jasně šetřily a efektivně řešily. K tomu přispívá i tento program, my navyšujeme finanční prostředky určené pro správní orgány, pro orgány činné v trestním řízení. Peníze jsou nutné k tomu, aby orgány měly kvalitní vybavení a byly tak schopny efektivně stíhat podvody, které se dotýkají evropských peněz. Zprávu vítám a doufám, že přispěje k tomu, že budoucí statistiky o stíhání finančních podvodů budou pro nás více pozitivní.

10.4. Mehrjahresplan für die Bestände in den westlichen Gewässern und angrenzenden Gewässern und für Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0310/2018 - Alain Cadec)

Suulliset äänestyselitykset

Rupert Matthews (ECR). – Madam President, I was very pleased to vote for this report which is changing the way that fisheries are controlled in the Western Approaches. I think everyone here recognises the common fisheries policy over the years has been catastrophic for the European fishing industry, it has led to a collapse in stocks, it has led to unemployment, it has led to untold hardship.

Pushing control away from a centralised top-down approach to a regionalised approach has got to be the right idea. I'm very pleased to see this being brought in in the western oceans, where of course fishermen from Britain are very active. I think it is a shame, however, that the European Union still cannot quite bring itself to put control over the fisheries into the hands of smaller entities, of the nations themselves, because it is they who not only understand the fisheries but have a stake in making sure it is sustainable. I hope very much that after Brexit we at least will be able to achieve that in Britain.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora presidenta, si algo tiene de positivo este informe —que tiene muchos aspectos—, es que efectivamente lo estamos aprobando, lo hemos aprobado en este Pleno antes del *Brexit*. Por tanto, las aguas occidentales del Atlántico van a quedar bien reguladas con un plan de gestión multianual de pesca y, además, hemos conseguido aprobarlo a tiempo. Creo que tiene aspectos muy positivos, como dar una mayor estabilidad a las pesquerías de aguas occidentales.

Es verdad que, en un principio, a nosotros nos hubiera gustado que hubiese una división entre norte y sur. Pero bien está así como ha quedado finalmente, entendiendo que va a dar estabilidad a este sector pesquero. Estamos hablando de más de 4 000 buques; por lo tanto, es una zona muy importante. También nos hubiera gustado que hubiese recogido una mayor limitación de la pesca recreativa frente a la pesca profesional, pero, insisto, es el cumplimiento de la PPC y, finalmente, este plan de gestión va a ser bueno para el futuro del sector pesquero del Atlántico.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís, vótáil mé ar son an mholta seo mar is dóigh liom gur comhréiteach an-mhaith é agus cabhróidh sé lenár n-iascairí sna huiscí seo leanúint ar aghaidh ag iascaireacht. Ach, déanfar í ar shlí a chuireann an comhshaol san áireamh. Dá bhrí sin, tá sé sin an-thábhachtach mar ní féidir linn níos mó iasc nó na héisc go léir atá san fharrage a thógaint amach. Más mar sin a bhíonn, ní bheidh aon éisc ann sa todhchaí, agus dá bhrí sin, ní bheidh aon iascairí ann ach oiread. Dá bhrí sin, is maith an comhréiteach seo agus fáiltíim roimis.

Freisin, fáiltím roimh an gcomhréiteach atá ann, go háirithe le daoine a bhíonn ag iascaireacht mar chaitheamh aimsire. Tá sé sin tábhachtach agus cabhróidh sé sin leo agus cabhróidh sé freisin leis an tionscal turasóireachta mar tagann a lán daoine ar saoire, go dtí mo thír féin go háirithe, chun breith ar chúpla iasc agus is maith é sin.

10.5. Katastrophenschutzverfahren der Union (A8-0180/2018 - Elisabetta Gardini)

Suulliset äänestysesitykset

Stefano Maullu (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo sia importante sottolineare un aspetto che tende a lasciarmi sconcertato dell'Unione europea, ed è questa totale disponibilità nei confronti dell'etnia rom, soprattutto per quanto riguarda gli aiuti economici, a fronte di una situazione particolarmente delicata dal punto di vista lavorativo, che coinvolge milioni, decine di milioni di disoccupati in tutta Europa e che, soprattutto nei paesi del Mediterraneo, nell'Italia in particolare, vede situazioni a rischio di vera e propria rivolta sociale.

Ecco, io credo che l'attenzione del Parlamento, soprattutto in questo momento assolutamente delicato che l'Europa vive, debba essere vista e dedicata a chi rappresenta i fondamenti della nostra Unione, rappresenta le identità nazionali, e questo è lo sforzo che io mi auguro vada nella giusta direzione e non soprattutto nella giusta, ma qualche volta esagerata, tutela delle minoranze che in questo nostro continente hanno diritto di dignità, ma certamente devono essere integrate, perché molte volte proprio da queste minoranze non arriva l'aiuto, la voglia di poter fare ciò che noi chiediamo, ovvero la possibilità di collaborare.

José Inácio Faria (PPE). – Senhora Presidente, votei a favor desta resolução porque entendo que mais deve ser feito pela União Europeia no que diz respeito à coordenação da capacidade de resposta às crises civis e humanitárias que os vários Estados-Membros podem enfrentar nos próximos anos.

Apesar de reconhecer os recentes esforços explicados por este mecanismo em Portugal, quero frisar que estamos numa fase de negociação crucial ao seu desenvolvimento e implementação total e para a qual se exige maior celeridade e menos impasse institucionais entre Estados-Membros. Por isto mesmo, acredito que está na hora de reconhecer que o mecanismo europeu de proteção civil, ao promover uma resposta coletiva europeia mais forte, desempenha um papel determinante na definição de uma estratégia comum capaz de fazer face, de forma rápida, aos desafios climáticos e humanitários com que nos deparamos nos dias de hoje.

Neste sentido, reafirmo a necessidade de fazermos mais e melhor, começando pela consolidação do RescEU como capacidade de reserva complementar aos meios que cada Estado-Membro tem já a sua disposição.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο μηχανισμός πολιτικής προστασίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι μια σημαντική δραστηριότητα, διότι η Ευρωπαϊκή Ένωση, και ιδίως οι χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, αντιμετώπισαν τεράστια προβλήματα λόγω φυσικών καταστροφών. Στην Ελλάδα, είχαμε τις φονικές πλημμύρες στη Μάνδρα Αττικής, τις φονικές πυρκαγιές στο Μάτι με πάνω από 100 νεκρούς και, μέχρι σήμερα, οι πληγέντες δεν έχουν λάβει τις αποζημιώσεις τους. Είναι κάτι που θα πρέπει να εξετάσουμε πολύ σοβαρά. Θα πρέπει να επιληφθεί του θέματος η κυβέρνηση, η οποία λόγω της ανικανότητας που τη διακρίνει δεν έχει ακόμη χορηγήσει τις αποζημιώσεις στους πληγέντες. Φυσικά, θα πρέπει να προβλέψουμε και αλλαγές στη διαδικασία λειτουργίας του περιφημου Ταμείου Αλληλεγγύης, διότι οι προϋποθέσεις πρέπει να γίνουν πολύ πιο ευέλικτες ώστε να υπάρχει η δυνατότητα καταβολής των αποζημιώσεων στους πληγέντες.

10.6. Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung (A8-0044/2019 - Simona Bonafè)

Suulliset äänestysesitykset

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Gospa predsednica! Torej, vodni viri so praktično po celi Evropi kar prestavljeni in podvrženi vse večjemu pritisku, zato ni vseeno, kaj delamo z vodo, in pomanjkanje vode lahko postavlja in predstavlja velik problem tudi za prihodnost Evrope.

Zato je pomembno, da se ukvarjamo tudi z možnostjo ponovne uporabe vode s tako imenovano ponovno uporabo komunalne vode, za kar pa potrebujemo seveda ustrezno infrastrukturo, ustrezne mehanizme za čiščenje te vode, da se lahko ponovno uporabi, je pa to absolutno pomemben vir lahko za poljščine, za ponovno uporabo v sanitarne namene in pa seveda na način, da se vračajo v naravo lahko tudi določene strukture, skratka, da se lahko koristno uporabi v infrastrukturi in kmetijske namene. Predvsem pa moramo paziti na to, da vodi odstranimo tudi mikroplastike in ostanke zdravil.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Przez ponad jedenaście lat byłem prezydentem Wrocławia, więc mam pojęcie nie tylko o gospodarce komunalnej, ale także o złożoności tego problemu. Mówię to dlatego, że w tym sprawozdaniu pojawiło się coś absolutnie nowego, ale istotnego. Przypomnę, że sprawozdawczyni, zgadzając się z przesłaniem adresowanym głównie do rolnictwa, zwróciła uwagę na to, że rozporządzenie określające na szczecblu Unii Europejskiej powinno być zharmonizowane także w odniesieniu do wykorzystania ścieków komunalnych. Zwracam uwagę na to, że gospodarka komunalna w takich miastach jak Helsinki, Madryt, Neapol, Wrocław to kompletnie różne gospodarki, to bardzo różne systemy także. Niektóre bywają w rękach prywatnych, niektóre w rękach samorządowych. Ważne jest, aby – dążąc do tego sprawozdania – uwzględnić opinię, głos środowisk samorządowych. Według mnie wtedy to rozporządzenie będzie – krótko mówiąc – bardziej bezpieczne.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το νερό είναι δημόσιο αγαθό και, ως εκ τούτου, πρέπει να αντιμετωπίζεται με αυτή την προοπτική και όχι να αποτελεί εμπόρευμα και αντικείμενο εκμετάλλευσης από τους επιχειρηματικούς ομίλους. Στη βάση αυτή, θα πρέπει να δούμε και τον τρόπο επαναχρησιμοποίησης των υδάτινων πόρων, διότι υπάρχει τεράστιος περιορισμός στους υδάτινους πόρους, ενώ η κλιματική αλλαγή επιτείνει το πρόβλημα. Κατά την έννοια αυτή, πρέπει να δούμε πώς θα επαναχρησιμοποιήσουμε τα ύδατα. Πρέπει η επαναχρησιμοποίησή τους να συμβάλει στην ανάπτυξη της γεωργίας, στην προστασία του περιβάλλοντος και στη στήριξη της δημόσιας υγείας. Φυσικά, η επαναχρησιμοποίηση των υδάτινων πόρων σημαίνει υποδομές και σημαίνει ότι πρέπει να υπάρξουν και τα αντίστοιχα κονδύλια για τη λειτουργία αυτή, κυρίως σε μια κατεύθυνση που θα στηρίζει την παραγωγική ανασυγκρότηση της υπαίθρου.

Момчил Неков (S&D). – Водата не е обикновен търговски продукт. Измененията в климата показват, че не е и неограничен ресурс. Градското развитие, особено на големите градове и столиците, поставят под значителен натиск снабдяването с прясна и качествена вода.

Аз подкрепих днешния доклад, защото вярвам, че е необходимо е да се насърчава ефективното използване на ресурсите и да се намали натискът върху водната среда. Едно такова решение е насърчаването на развитието на безопасно повторно използване на пречистени отпадъчни води. Селското стопанство е пример за сектор, в който пречистени и безопасни води могат да намерят отлично приложение и да са решение за развитието на зеленчукопроизводството.

Все по-голяма част от научната общност обръща внимание и на така наречените „пластмасови микрочастици“, които присъстват във водата, която използваме. Чрез нея те попадат в почвата и околната среда. Това задължително трябва да бъде взето предвид при финализирането на общоевропейското законодателство за минимални изисквания за повторното използване на водата.

10.7. Strategien zur Integration der Roma (B8-0098/2019)

Suulliset äänestysesitykset

Stefano Maullu (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, da questo punto di vista devo ripetere quanto detto più volte, credo che l'integrazione dei rom, che è doverosa, spesso prenda il sopravvento rispetto alle logiche di bisogno che in tanti milioni di disoccupati in Europa hanno, in particolare in zone d'Italia nelle quali si corre il rischio della rivolta sociale.

È un problema endemico, è un problema a cui l'Europa credo debba guardare con straordinaria attenzione e che spesso, invece, non viene considerato nella sua totale importanza. I diritti che queste persone spesso non utilizzano a fondo si scontrano con i doveri, i doveri che invece devono avere la prevalenza rispetto a ciò che l'integrazione richiede.

Quindi le risorse economiche che sono messe a disposizione devono andare in questa direzione. Credo che la priorità vada data senza ombra di dubbio a chi in questo momento non ha un lavoro, lo cerca e ha la necessità di poterlo trovare.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořila tuto zprávu o strategii integrace romské populace. Myslím si, že je potřeba integraci podporovat, a také souhlasím s těmi hlavními cíli integrace, což jsou vzdělávání, zdraví, zaměstnanost a bydlení. Evropský parlament doplnil ještě téma nediskriminace, což je samozřejmě velmi důležité najít k tomu finanční prostředky, projekty, programy, kterými podporujeme integraci Romů. A také efektivně využívat tyto prostředky, tzn. kontrolovat využívání a kontrolovat také vývoj indikátorů. Oceňuji také iniciativu, aby se na tvorbě národních strategií romské integrace podíleli zástupci samotné romské menšiny. Kolegyně a kolegové, s tématem integrace Romů v České republice mám velkou zkušenost při podpoře vzdělávání romských dětí, vím, že je to problematické, ale vím, že je to ta hlavní cesta k jejich úspěšné a dlouhodobé integraci.

Ангел Джамбазки (ECR). – Госпожо председател, убедено гласувах против тази резолюция, защото е крайно време да се прекрати лицемерното и двулично отношение по този изключително важен въпрос. Непрекъснатите приказки, стратегии, писания на документи не водят до нищо реално и до нищо съществено. Реалните проблеми в тези квартали и в тези махали стоят. Махалата, гетото поражда престъпност, поражда липса на образование, поражда напрежение, поражда разпад и разграждане на обществата. Трябва най-сетне ясно да си кажем какъв проблем има в тези махали и в тези населени места.

В моето отечество нараства броят на нападенията над полицейски служители, нараства броят на нападенията над лекари, които са дошли да оказват помощ в тези населени места. Този проблем с декларации, с резолюции, с писане на документи няма да се реши. Ще се реши само, когато незаконните постройки бъдат премахнати; само когато родителите, които създават деца в риск, носят наказателна отговорност за това, което са направили; само когато социалните помощи бъдат спираны тогава, когато се злоупотребява с тях, и само когато фалшивите НПО, които всъщност източват тези средства, спрат да правят това.

Branislav Škripek (ECR). – Ďakujem pekne, pani predsedajúca, som rád, že som mohol podporiť túto rezolúciu o inklúzii Rómov vo všetkých oblastiach spoločnosti v Európskej únii. Tieto pre dobrý život našich spoločností dôležité skupiny ľudí čelia mnohým výzvam, či už vo výchove detí, v zamestnanosti, ale aj pokiaľ ide o dobré bývanie. Na zmiernenie ťažkostí, ktorým čelia, boli učené veľké investície, veľké zmeny ku náprave a ja sa obraciam na rómskych predstaviteľov, a to s povzbudením, aby tieto príležitosti dobre využili a plne sa spojili s tými poverenými inštitúciami a organizáciami, ktoré majú zlepšiť ich životné podmienky, ako aj príležitosti ku práci, k zamestnaniu, k zlepšeniu výchovy ich detí. Je veľmi podstatné, aby sa do toho zapojili zodpovedne a činne, aby neboli – teda neostávali – len pasívnymi prijímateľmi pomoci zo strany Európskej únie, ktorú sme im podali a podávame. Táto rezolúcia je trpezlivou výzvou na dlhodobé stratégie pre zmeny k lepšiemu v rómskej populácii, ktorá žije v našich členských štátoch v Európskej únii, a ja ju podporujem.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Wbrew temu, co czytamy w tym sprawozdaniu, niechęć do Cyganów, do Romów wcale nie jest jakąś specyficzną formą rasizmu – bo to nie dlatego ludzie nie lubią Cyganów, że są Cyganami, tylko ze względu na ich specyficzną kulturę, na ich sposób życia, który często drastycznie odstaje od sposobu życia społeczeństw, w których żyją. Natomiast formą rasizmu jest właśnie ten projekt rezolucji. Ta rezolucja uzależnia pomoc Romom od tego, że są Romami właśnie, czyli proponuje ustalenie praw w zależności od pochodzenia tych ludzi, a nie ich konkretnej sytuacji. Więc wbrew takiej retoryce antydyskryminacyjnej prawdopodobnie skończy się to wzrostem niechęci do Romów, bo jeśli reszta społeczeństwa będzie musiała pod przymusem płacić na Romów, widząc zwłaszcza kiepskie efekty takich programów – bo w innych krajach utopiono już miliony w takich programach i to nic kompletnie nie dało – to nasili tylko te złe nastroje. W dodatku, gdyby oni chcieli, to by się dawno włączyli w nasze społeczeństwo, a oni właśnie uciekają przed tym, w co chcecie ich teraz pakować.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu podpořil a zároveň jsem chtěl sdělit, že jsem velmi rád, že zde byla předložena a že byla takto odhlasována velmi významnou většinou. Plně sdílím názor, že nikdo by neměl mít pocit vyloučení, vydělení ze společnosti nebo že prostě nemá žádnou šanci se uplatnit. Já podporuji cíle, které zde byly uvedeny, ať je to cíl radikálního zlepšení vzdělávání romské komunity, samozřejmě otázka zaměstnanosti je v mnohých státech velmi palčivá stejně tak i bydlení. Obecně nediskriminační přístup se musí týkat každé komunity, každé části společnosti. Zároveň bych chtěl říci, že tato skupina čelí samozřejmě novým výzvám, musíme propojit všechny aktéry a strategie, jak pomoci této skupině. Myslím, že jsou známé, že jsou popsány. Je třeba jenom dosahovat synergetických efektů. A tato skupina by si měla být vědoma toho, že nejsou pouze práva, ale jsou také i povinnosti, které by měli významným způsobem respektovat a jejich představitelé by je měli k tomu také vést.

10.8. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft (A8-0041/2019 - Maite Pagazaurtundúa Ruiz)

Suulliset äänestysesitykset

Francis Zammit Dimech (PPE). – Sinjura President, kif għadu kif gie indikat, meta inti titkellem dwar ċittadinanza ta' Stat Membru tal-Unjoni Ewropea qed titkellem fuq ċittadinanza tal-Unjoni Ewropea kollha kemm hi. Għalhekk huwa korrett li dan ir-rapport jirreferi wkoll għal skemi ta' bejgh ta' passaporti. Meta inti tinghata, pereżempju fil-każ ta' Malta passaport ta' Malta, qed tinghata passaport tal-Unjoni Ewropea. Dan il-Parlament ilu sa mill-2014 jindika li ma jistax ikollok bejgh bħal dan minghajr ma' jkollok xi rabta reali mal-pajjiż li jkun qiegħed jagħti dak il-passaport. Għaliya huwa tal-misthija li l-Gvern ta' Malta jkompli jippersisti minghajr trasparenza. Ahna sirna nafu biss mill-midja ftit ta' żmien ilu li kellek żewġ familji mill-Arabja Sawdija li bejniethom xtraw 62 passaport. U issa l-Gvern, għax jaf li għandek issue ta' reputazzjoni, qed jgħid imma nuża l-flus biex nagħmel il-housing soċjali, sitt snin tard wisq. Jiena nagħlaq billi ngħid hemm valuri Ewropej li rridu nħaddnu, hemm ukoll libertajiet tagħna, bħal-libertà tal-moviment liberu bejn pajjiż Ewropew u iehor, ejja noqgħodu attenti minn skemi bħal dawn biex ma nqegħdux fil-periklu dak li tant issilitna għalih.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Jak wiemy – zgodnie z art. 9 Traktatu o Unii Europejskiej i art. 20 - Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej – każdy obywatel państwa członkowskiego jest obywatelem zarazem Unii Europejskiej. Niestety większość ludzi w Europie nie wie o tym, nie ma świadomości swoich uprawnień. Świadczą o tym różne badania, na przykład te, które wskazują, że aż 54% przyznaje się tylko do jakiejś wiedzy na ten temat, ale 45% obywateli państw członkowskich zupełnie nie wie, jakie ma prawa i obowiązki wynikające z członkostwa w Unii Europejskiej i bycia obywatelem Unii Europejskiej. Wskazuje to na konieczność podejmowania przez Parlament Europejski, przez instytucje Unii Europejskiej szeroko zakrojonych działań promocyjnych. Wszakże potrzebujemy integracji obywateli Europy nie tylko formalnej, nie tylko tej na papierze, ale tej w sferze emocjonalnej, w sferze psychologicznej. To jest wielkie i poważne dla nas zadanie.

10.9. Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Verstärkte Zusammenarbeit (A8-0038/2019 - Alain Lamassoure)

Suulliset äänestysesitykset

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, we must be careful with the tool of enhanced cooperation. First of all, by design it undermines the unity of the EU action and it has repercussions internally and externally. Second, the unanimity rule inside the coalition of the willing allows one Member State to sabotage the whole process, creating the conditions for a Trojan horse to undermine relations among Member States. Third, the real impact on enhanced cooperation is relative. Just take the example of the European Public Prosecutor's Office. It will not have jurisdiction over Hungary, Poland, Ireland, Sweden, Britain and Denmark, which opt out. As a result, combating fraud at EU level will have limited effect because these countries will be free riding. I was the shadow rapporteur of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs' opinion to this report and I voted in favour, but I'm convinced that enhanced cooperation must aim for full cooperation, which is the ultimate goal.

10.10. Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union im institutionellen Gefüge der EU (A8-0051/2019 - Barbara Spinelli)

Suulliset äänestysesitykset

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, ochrana lidských práv je jednou ze základních hodnot, na kterých je Evropská unie založena. Přijetí Listiny základních práv Evropské unie a její závaznost tak představuje zásadní krok, kterým Evropská unie vyslala signál, že ochrana lidských práv je a vždy bude vůdčím principem pro všechny instituce, orgány i členské státy při aplikaci unijního práva. Dodržování listiny musí být bezvýhradné. Byla bych však velmi opatrná v jejím pojmání jako strategického dokumentu, podle kterého by se měla přizpůsobit vnitřní pravidla institucí. Instituce musí být transparentní, ale pokud ve jméne listiny zavedeme průběžná hodnocení dopadu na ochranu lidských práv, četná školení a jiné byrokratické procesy, pak skončíme jako administrativní kolos, ve kterém se skutečný význam listiny jakožto katalogu lidských práv utopí. Proto jsem se také při konečném hlasování zdržela.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, I welcome the report drafted by my colleague Barbara Spinelli. The task of the EU institutions is indeed not only to avoid violation of the Charter but rather to maximize its potential.

Furthermore, it's evident that some very important steps of decision making are simply falling outside the scope of the Charter. First of all, I'm speaking about the Council meetings, where it is believed that it is better for the public not to see how choices are made. I am glad that the Ombudsman has recently reported this practice. Secondly, I am talking about the so-called trilogues. You cannot find the word 'trilogue' in the Treaties and, because of their informal character, they are kept out of the public eye.

Being committed to transparency and respect for fundamental rights, I specifically welcome the call to conduct separate fundamental-rights impact assessments, to be included in all items of legislation as a fundamental-rights review clause.

10.11. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) (A8-0050/2019 - Paulo Rangel)

Suulliset äänestysesitykset

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Powołanie Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich to duże osiągnięcie Unii Europejskiej, ale też ważna kompetencja Parlamentu Europejskiego, my bowiem wybieramy osobę na tę bardzo ważną, istotną funkcję. Niestety w ostatnich latach w Europie, w państwach członkowskich obserwujemy zwiększenie się liczby naruszeń praw człowieka, naruszeń praw obywatelskich, ale, co najgorsze, także naruszeń, ograniczeń, a w niektórych państwach nawet likwidacji instytucji, niezależności instytucji i praworządności. W tym kontekście Europejski Rzecznik Praw Obywatelskich objawia się nam jako niezwykle istotna instytucja. Ale nie wszyscy wiedzą, że ta instytucja nie ma powiązań z instytucjami krajowymi, z rzecznikami praw obywatelskich w państwach członkowskich. W związku z tym trudno mu współpracować i wspierać swoje koleżanki i kolegów w tych instytucjach państw członkowskich. Myślę, że przychodzi czas, aby zastanowić się, czy nie stworzyć systemowego rozwiązania, które by dotyczyło całej Unii Europejskiej.

10.12. Eine umfassende europäische Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik (A8-0019/2019 - Ashley Fox)

Suulliset äänestysesitykset

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca, kompleksowa polityka przemysłowa w dziedzinie sztucznej inteligencji i robotyki, to sprawozdanie, które powstało z inicjatywy własnej. Muszę powiedzieć, że z jednej strony to dobrze, z drugiej strony – źle. Dobrze, bo powstało, źle, że wskazuje na pewną lukę w aktywności Komisji Europejskiej w dziedzinie niezwykle złożonej i wymagającej ogromnej wiedzy, jak również odpowiedzialności za literę prawa i za to, żeby to prawo nie było tak mocno w tyle za tymi nowymi technologiami. Samo sprawozdanie pełne jest różnych elementów słusznych, takich które dotyczą odpowiedzialności, i mniej ważnych – ale także nie lekceważyłbym ich – czyli tych etycznych. Apeluję znowu słusznie o współpracę międzysektorową, ale zawiera przede wszystkim ogromną liczbę luk w zakresie bezpieczeństwa, obronności, jak również odpowiedzialności za rozmaite aktywności tej już sztucznej inteligencji, tej robotyki, także w odniesieniu do indywidualnych obywateli. Apeluję przy tej okazji o większą aktywność Komisji, zwłaszcza w obszarze nowych technologii, bo niestety w tej materii cały czas jesteśmy w tyle

Alex Mayer (S&D). – Madam President, last week I had the pleasure of visiting the Colchester-based business Above Surveying, which uses drones to inspect solar panels for faults and wear and tear, and then carries out analysis on the large amount of information collected. The company has already detected over 20 000 anomalies which, once fixed, boost the amount of green energy that solar panels can produce. Now Above Surveying are investing in AI machine learning and autonomous processes. This will speed up their analysis and aims to, and I quote their CEO here, 'Take the human out of the loop.' But far from this being the march of the robots dalek-like, exterminating all jobs before them, the use of AI means that the company can do more, better and quicker, in turn creating more jobs. Embracing the future can mean new opportunities for a skilled workforce.

Adam Szejnfeld (PPE). – Pani Przewodnicząca! Jedna czwarta robotów przemysłowych i połowa robotów usługowych na świecie to są produkty Unii Europejskiej – unijne, europejskie. Niestety, jeśli spojrzymy na wyniki i osiągnięcia wyścigu w zakresie badań i rozwoju, ale także i produkcji sztucznej inteligencji i robotów, to już Unia Europejska tak dobrze nie wypada. Przodują tutaj Chiny i Stany Zjednoczone. Dlaczego to podkreślam? Chodzi o to, że wydaje się – mało tego, jestem pewny – że sztuczna inteligencja to jest nieunikniona przyszłość rozwoju cywilizacji, nie tylko w zakresie usług, nie tylko w zakresie przemysłu, ale także w zakresie naszego prywatnego życia. Dlatego powinna stać się priorytetem polityki – nie tylko polityki przemysłowej – Unii Europejskiej, a tak nie jest. Dlatego popieram to sprawozdanie i apeluję o bardziej dynamiczne działania w tym zakresie.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca, w tym sprawozdaniu przyznajecie Państwo, że przedsiębiorstwa europejskie produkują połowę wysoko wyspecjalizowanych robotów na świecie, więc jeśli coś nie jest zepsute, to nie naprawiamy tego. Przypominam Państwu sprzed kilku miesięcy takie sprawozdanie, w którym przyznaliście się do tego, jak regulacje unijne zniszczyły właściwie uprawy ekologiczne w Unii Europejskiej. W sytuacji dużego wzrostu zapotrzebowania na te produkty Europa przespała ten okres z powodu przeregulowania, ponieważ regulacje sparaliżowały praktycznie rozwój tego rynku. Jesteśmy więc na najlepszej drodze, żeby zrobić to ponownie. Jak tylko nadarzy się okazja, żeby gdzieś wepchnąć swoje paluchy, to je natychmiast wpychamy, upolityczniamy, już tu czytamy o prawach podstawowych, o zapobieganiu manipulacjom. My już wiemy, kto jest najlepszy w manipulowaniu, więc myślę, że jesteśmy na najlepszej drodze do tego, żeby Unia Europejska właśnie stała się ogonem w dziedzinie sztucznej inteligencji dzięki takim regulacjom.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I am pleased to support this report and the work that has been done by Ashley Fox in securing a broad majority on this important and interesting issue. Artificial intelligence (AI) has huge potential to make our economies more efficient and reduce human error in various processes. But it comes with certain challenges that are well-documented. I therefore welcome this report's emphasis on a system of transparency and accountability around the use of artificial intelligence, while aiming to ensure that the EU is at the cutting edge of technological development and EU citizens and businesses alike can make full use of its benefits.

Also, I would like to suggest that this report by Ashley Fox helps us to highlight the great work that so many United Kingdom MEPs have done here, in this file and in many, many other files, and that should be acknowledged. But I might also say that the House of Commons might benefit from some of Ashley Fox's proposals in artificial intelligence, because human intelligence seems to be failing there in delivering a sensible and practical Brexit. So they might look at that.

10.13. Nachhaltige Verwendung von Pestiziden (A8-0045/2019 - Jytte Guteland)

Suulliset äänestyselitykset

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora presidenta, según un estudio recientemente publicado en la revista *Biological Conservation*, los insectos podrían desaparecer del planeta dentro de cien años, y esto sería algo terrible. De hecho, a día de hoy, cerca de un tercio de las especies de insectos están en peligro de extinción. Las consecuencias de esta desaparición serían catastróficas tanto para los ecosistemas como para la propia humanidad. Los autores del estudio consideran que la principal causa de esta pérdida de especies es, claramente, el uso de pesticidas asociado a las prácticas agrícolas extensivas.

Por ello, es necesario cambiar ya nuestro modelo agrícola adoptando un enfoque preventivo, evitando la exposición a los pesticidas con la adopción de métodos de cultivo no químicos y verdaderamente sostenibles, como pueden ser, por ejemplo, la rotación de cultivos, el control físico y mecánico o el manejo de depredadores naturales.

Frente a Monsanto debemos impulsar las soluciones sostenibles que quieren poner en marcha los y las campesinas.

Rupert Matthews (ECR). – Madam President, the use of pesticides in agriculture, horticulture, and indeed in gardening, is absolutely essential, but of course we all recognise that there are some hazards that go along with the use of these chemicals. This is an important report and when it started its progress through this Parliament I was intending to support it. Unfortunately, as it has progressed, various things have been changed and we have now reached a position where some of the targets, some of the figures that are being used, bear little relation to best scientific advice or indeed to any scientific advice. We are getting figures being plucked from the air by pressure groups, by NGOs, and by those with an axe to grind. We even have the situation where they want to control all chemicals that go onto land that might end up in groundwater – which is pretty much all chemicals.

Sadly, this is an example of the bad lawmaking, which so often characterises this place. It could have been great, it could have been worthwhile. Unfortunately, it isn't, and I won't be supporting it.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořila tuto zprávu, která se zabývá udržitelným používáním pesticidů. Souhlasím s tím, aby členské státy měly napravit své nedostatky bez dalšího prodloužení. Souhlasím s tím, abychom podpořili výzkum ohledně sekundárních dopadů pesticidů. Vyslovuji se také pro podporu investic do výzkumu, který by měl vyvinout šetrnější a dostupnější alternativy k současným pesticidům. To všechno je velmi důležité stejně jako právě dostupnost alternativ pro zachování konkurenceschopnosti evropského zemědělství. Co se týče používání, pesticidy obsahují složky, které jsou vysoce nebezpečné pro lidský organismus a životní prostředí. Je nutné přistoupit ke striktnímu zákazu používání těchto látek, to platí také pro import zakázaných pesticidů do Evropské unie ze třetích zemí.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Gospa predsednica! O škodljivosti pesticidov in njihovem vplivu na zdravje in življenje ljudi smo veliko že govorili tukaj. Predvsem je pomembno to, da seveda se zavedamo, da ostanki pesticidov v hrani lahko pomenijo veliko tveganje za zdravje ljudi, ostanki v živalski krmi pa pomenijo tveganje tudi za zdravje živali in seveda s tem vstopijo v prehransko verigo. Tudi zadnje afere z mesom in pa tveganja na tem področju so prevelika, da bi zadevo kar pometli pod preprogo.

Tukaj so še druga tveganja, ki so izražena glede endokrinih motilcev, pomembnimi vplivi na genske spremembe, in zato mislim, da bi morali veliko več sredstev in pa seveda tudi raziskav vložiti v tako imenovane ne kemične metode in pa predvsem v te sonaravne metode, ki so v zgodovini bile tisti gonilni vir in način kmetovanja.

In mislim, da je ob tem ponovno v razmislek, kako spodbuditi male in srednje kmetije, da prehranijo čim več procentov našega prebivalstva.

Момчил Неков (S&D). – Госпожо председател, докладът, който приехме днес относно устойчивата употреба на пестициди, е от изключителна важност за бъдещето на Европа. Селското стопанство е сектор, който има потенциала да създава и поддържа икономика в региони, където няма алтернативни дейности. За съжаление, обаче, точно пестицидите оказват силно влияние върху околната среда. Те в краткосрочна перспектива увеличават реколтата, но в средносрочна и дългосрочна могат да изтощят почвите, да намалят ползите от полезните организми в тях, с което да намалят и плодородието им.

Като докладчик на социалистите за пчелите бих искал да изразя и силното си притеснение от употребата на редица препарати, които имат негативно влияние върху основните опрашители – пчелите. Присъединявам се към призива на Комисията държавите членки да вземат всички необходими мерки за насърчаване на нискорискови пестициди и да дадат приоритет на нехимичните варианти и методи, които вредят най-малко на здравето и природната среда. Стабилните и устойчиви екосистеми са предварително условие за чиста околна среда, а оттам и разнообразна и безопасна храна за европейските граждани.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu také podpořil a chci předem deklarovat, že dlouhodobé, masové používání právě pesticidů je kontroverzní vlastně už také řadu let. Je velmi dobře, že jsme dnes tento krok udělali, protože toto masové používání pesticidů má ohromující dopady na životní prostředí. Já jsem zaznamenal zprávu, která hovoří o tom, že do konce století má vymizet prakticky celý hmyz. Jsou to opravdu neuvěřitelné dopady, které má používání těchto látek, na které jsou právě tyto organismy velmi citlivé, a to nehovím samozřejmě i o dopadech na lidi. My musíme investovat prostředky do výzkumu a inovací. Jde o naši budoucnost, protože to znečištění přírody již skutečně dosáhlo masivních rozměrů. Já bych chtěl rovněž poukázat na to, že bychom právě environmentální přístup a udržitelnost přístupu k životnímu prostředí měli promítnout do dalších dotačních toků. Měli bychom tomu i uzpůsobit naši reformu společné zemědělské politiky. Udržitelnost musí být náš dlouhodobý cíl.

10.14. Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (A8-0046/2019 - Ivo Belet)

Suulliset äänestysesitykset

Urszula Krupa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie wdrażania dyrektywy Parlamentu Europejskiego w sprawie stosowania praw pacjentów w transgranicznej opiece zdrowotnej, która mogłaby odgrywać ogromną rolę w przypadkach trudności z zapewnieniem opieki w poszczególnych krajach Unii lub w rejonach przygranicznych, co wymaga jednak pozwoleń i informacji o możliwościach korzystania z leczenia transgranicznego, jak i przestrzegania praw chorych. Chociaż dużym problemem bywa nierówność finansowa między poszczególnymi krajami i biurokracja, której państwa członkowskie powinny przeciwdziałać, organizując punkty kontaktowe udostępniające informacje o możliwych zwrotach kosztów. Transgraniczna opieka może stwarzać szczególnie szansę na leczenie osób chorych na choroby rzadkie. Ogólnounijna współpraca byłaby także korzystna ze względu na diagnostykę i poszukiwanie leków, które na razie są bardzo drogie, co uniemożliwia wielu chorym leczenie. Podkreślono także ogromną rolę opieki transgranicznej w przypadkach pandemii i szczyptę.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, het recht op grensoverschrijdende zorg is een van de belangrijkste verworvenheden in de EU. Zeker in grensregio's, zoals mijn eigen mooie Limburg, zijn bewoners de dupe als de toegang tot zorg beperkt wordt door de eigen landsgrenzen. Dat recht op grensoverschrijdende zorg is niet zonder slag of stoot ontstaan. Gewone mensen zoals de heren Decker en Kohll uit Luxemburg hebben tot aan het Europees Hof van Justitie moeten vechten om hun kosten voor zorg in het buitenland terugbetaald te krijgen. Ze hebben ons daar allemaal een enorme dienst mee bewezen.

Maar ons werk is nog lang niet af. Patiënten moeten zo goed mogelijk, zo snel mogelijk en zo dicht mogelijk bij huis geholpen worden, ook als dat aan de andere kant van de grens is. We moeten dus nog meer doen om dat eenvoudiger te maken. We moeten meer doen om irritante bureaucratische obstakels weg te nemen en grensoverschrijdende zorg echt voor iedereen toegankelijk te maken. Dank u wel.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, potilaiden hyvinvointi ja oikeus saada laadukasta hoitoa yli rajojen on tärkeää, minkä johdosta oli helppo äänestää mietinnön puolesta. Rajatylittävää terveydenhuoltoa koskeva direktiivi hyödyttää esimerkiksi muissa EU-maissa matkavia turisteja ja vaihto-opiskelijoita, jos nämä joutuvat käyttämään sairaanhoitopalveluita ollessaan kotimaansa ulkopuolella.

Direktiivin voimaantulossa on ollut mutkia. Komissio joutui aloittamaan rikkomismenettelyn jopa 26 jäsenvaltiota vastaan myöhästyneen tai puutteellisen täytäntöönpanon johdosta. Nyt kaikki jäsenvaltiot ovat ilmoittaneet toteuttaneensa tarvittavat toimenpiteet.

On ensisijaisen tärkeää, että kansalaiset ovat tietoisia kaikista oikeuksistaan. Vuonna 2015 toteutetun kyselyn mukaan vain alle 20 prosenttia kansalaisista koki tietävänsä riittävästi oikeuksistaan rajatylittävässä terveydenhuollossa. Tämän johdosta on tärkeää tehostaa asiasta tiedottamista sekä potilaille että terveydenhuollon ammattilaisille.

Момчил Неков (S&D). – Госпожо председател, трансграничните региони представляват 40% от територията на Европейски съюз и повече от 30% от европейците живеят в тях. Моята страна България граничи с пет държави, две от които са членки на Европейски съюз. Макар и по-рядко заселени, пограничните региони имат не по-малка нужда от адекватно здравно обслужване и грижа.

Имайки предвид застаряващото население в тях, намирам за безотговорно закриването на здравни центрове. Това, за съжаление, беше сторено и от управляващите в България. Бяха закрити 19 здравни заведения в последните 3 – 4 години. Към трансграничните региони трябва да има специален подход и финансов ресурс. Не може и към тях да се прилагат същите пазарни и икономически изисквания, както към другите региони.

Един аспект на трансграничното здравно обслужване засяга и липсата на достатъчно дигитални услуги в сектора. Призовавам от тази трибуна органите, особено в България, да предприемат мерки в най-кратки срокове да се въведе електронно управление в сектора, което ще намали бюрокрацията и ще спомогне за това гражданите да се възползват по-лесно от здравно обслужване.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

(Istunto keskeytettiin klo 14.35.)

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

14. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

15. Lage in Syrien (Aussprache)

Johannes Hahn, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, the war in Syria has entered yet another new phase, particularly since the US announcement of troop withdrawal, but a political solution to the crisis is still not in sight. It should be clear that the only sustainable way out is a negotiated solution under the auspices of the United Nations (UN), and we will not tire of repeating this. Carving out spheres of influence in a partitioned Syria will not bring peace, security and stability to the country and the region.

The north-east of Syria is now the subject of negotiations between the Kurdish-led Syrian Democratic Forces, the USA, Russia, Turkey and the Syrian regime. Daesh is not defeated yet and it's essential to prevent terrorists from making a comeback in the future.

We fully understand the security concerns of Turkey, but we also believe they can truly be addressed only if the sovereignty and integrity of the Syrian state is preserved. We hope that any security arrangement for the north will ensure protection for people of all ethnicities and religions, and that it will prevent new suffering and clashes on the ground.

In the meantime, the al-Qaeda wing in Syria, formerly known as the al-Nusra Front or Hayat Tahrir al-Sham (HTS) is consolidating its control over the Idlib area in the north-west of Syria. This development has forced us to put on hold as a precautionary measure all the Commission programmes brokered in Idlib province. The same happened in the south of Syria, where it was not possible to continue our work.

Unfortunately, the needs are dire. The sole positive note is the recent humanitarian delivery in Rukban Camp on the Jordan border where 60 000 Syrians are stranded, including many women and children. Humanitarian organisations need access to the whole country. All the crossing-points towards Syria must stay open, in particular those located in the north-west and the north-east of the country. This is even more urgent during winter, and especially for the hundreds of thousands of displaced people in camps, many of whom are children struggling to survive. We will continue to protect civilians in the event of any offensive and to advocate for the protection of humanitarian workers.

In areas controlled by the regime, we hear reports of arbitrary arrests and forced conscription. There has been no progress on the liberation of political detainees. Corruption is mounting, and the war economy is the main source of subsistence for some people.

There can be No European contribution to the reconstruction of Syria so long as there is not a political transition firmly on the way. While the Syrian regime does not engage in the UN-led process, and for as long as human rights continue to be violated, this will not change. As to the return of Syrian refugees to their land, the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) continues to tell us that the conditions for safe, voluntary, sustainable and dignified return are not yet in place. We also need a system to monitor what happens to returnees, to ensure their protection and to influence conditions for return. We won't ask Syrians to go back to a place where they risk arbitrary detention, forced conscription and torture.

For all these reasons, we continue to support the political process in Geneva as the only just and realistic way to end the war. We cannot afford simply to freeze the conflict. That would be the perfect recipe for more suffering, more radicalisation, more regional instability and more violence.

High Representative Federica Mogherini is in close touch with the new UN Special envoy for Syria, Geir Pedersen, about how best to support him in his efforts. He is currently meeting all stakeholders in order to restart the Geneva process.

And it is precisely to support the Geneva process that, in mid-March, we will co-host the third Brussels Conference on Syria, with the UN. The conference will focus on three pillars: support for the political process, humanitarian aid, and the regional development component. Our aim will be to ensure pledges to meet the continuing needs of Syrians and of the countries that have welcomed so many refugees.

This year we will also host, at the European Parliament in Brussels, a day of dialogue with Ministers, international NGOs and civil society representatives from Syria, Lebanon, Jordan and Turkey. The people of Syria are asking for a sustainable solution to the war. They demand a country where every Syrian can find a place, beyond all differences of faith, ethnicity, politics and social background. The people of Syria need a negotiated political solution that can lead to reconciliation, to reconstruction and to an inclusive and democratic Syria. This continues to be our goal as Europeans. I thank the European Parliament for its support in preparing for the envisaged Syria conference.

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Syrien (2019/2535(RSP)).

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, *en nombre del Grupo PPE.* – Señora presidenta, señor comisario, señorías, otra vez Siria en el orden del día de nuestro Parlamento. Vamos para el octavo año de conflicto. La crisis que no cesa, con unas cifras que nos golpean: 500 000 muertos, 5 700 000 refugiados, 12 000 000 de personas en emergencia humanitaria, 6 000 000 de ellos niños; atroces violaciones de los derechos humanos, como nos acaba de recordar el comisario, y un país destruido.

En un entorno particularmente inquietante: tenemos la retirada de los Estados Unidos; una consolidación en el país del 65 % del territorio con el presidente sirio y sus aliados iraníes y rusos; tensiones en las fronteras con Turquía e Irak y, por lo tanto, un entorno muy incierto. Un entorno donde todos los actores se mueven en un nuevo escenario prácticamente de guerra fría: los Estados Unidos han enviado a Israel al consejero de Seguridad Nacional; los presidentes de Rusia, Irán y Turquía se reúnen el próximo jueves en Sochi; Siria está tratando de reconstruir sus alianzas con otros socios como los Emiratos Árabes Unidos y Jordania.

Y en cuanto a la Unión Europea, señor comisario, es muy difícil ir más allá de nuestra estrategia común, de apoyar las conferencias internacionales y de movilizar los importantes recursos que nosotros hemos movilizado, de apoyar los esfuerzos del enviado especial del secretario general de las Naciones Unidas y su hoja de ruta. Pero, señor comisario, ¿es esto suficiente para aliviar el sufrimiento y la muerte de este país martirizado que es Siria?

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, some are saying that the war in Syria has ended. I think such a statement is a total misconception. Although we can observe an apparent decrease in fighting, no progress has been made on the underlying causes of the conflict, and peace is still so far away. Yes, the Syrian-Russian-Iranian military alliance has retaken territories held by the opposition forces, including terrorist groups, but they have done so following attacks that involved indiscriminate air strikes and prohibited weapons.

The war will end only when we find a way towards a genuine political transition, with full accountability and credible transitional justice; and when we can ensure that the six million refugees and the four million internally displaced Syrians will have a home to return to and will be protected by their state. Only then, can reconstruction start.

Justice remains a key word. The Syrian conflict is marked by war crimes, ranging from systematic torture and detention by the Syrian security services, through the Government impeding humanitarian aid, to the consistent use of indiscriminate and prohibited weapons by the Syrian-Russian military alliance. If the Syrian justice system is not capable of providing independent and effective prosecution, we should find an international solution.

And, Commissioner, one message for the Commission: the EU cannot accept a *fait accompli* imposed by Bashar al-Assad and his protectors.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, sadly the survival of the brutal Assad regime is now beyond doubt, and it appears that US troops will shortly leave Syria, which may well leave a security vacuum. With the reports of thousands of former ISIS fighters still scattered across Syria and Iraq, as well as the fact that the Al-Nusra Front successor organisation Hayat Tahrir al-Sham (HTS) has consolidated power in the province of Idlib, the threat of Islamist extremism is far from over.

Russia's and Turkey's defence ministers met yesterday to discuss the situation in Idlib and both sides have agreed that decisive action is needed to curb the advances of HTS and ensure that the demilitarised zone is functioning and effective. With some 3.5 million civilians living in Idlib, we must spare a thought for the brutal conditions they are currently living under, made all the worse by the constant threat of greater bloodshed given the Assad regime's ruthless determination to retake the province at whatever cost.

In what has increasingly become an international affair marred by various proxy wars, the EU looks on this tragedy as little more than an observer, although the EU's long-term diplomatic relations with Damascus under Assad will be deeply problematic.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the promise of 'never again' dies in Syrian prisons. Those were the words of Josh Rogin in *The Washington Post* last week. He referenced the extraordinary evidence of the torture in Assad's death facilities. A brave Syrian citizen called 'Caesar' smuggled exactly that evidence out at the risk of his and his family's life. So now we must play our part, at last, because I agree with those who say that Europe is too much of a payer and not a player vis-à-vis the war in Syria, and it has to change, because we still lack a common EU strategy. And of course the sudden US change of direction in Syria has major consequences while ISIS is not defeated.

And I hear a repetition of the words 'no military solution to the war in Syria can be found', but of course that doesn't in and of itself change the fact that military moves do create realities on the ground that we must be realistic about. So I think we need to put pressure on the warring parties, particularly to protect civilians in and around Idlib, people who were forcibly displaced from other parts of the country in the first place; Aleppo and Homs now risk being trapped and targeted again.

We must also make sure that what we do in terms of adopting sanctions vis-à-vis Syria is also implemented. We have targeted sanctions, for example, to hold to account individuals without punishing the entire population, and we have to make sure that our broad package of sanctions is smart and that they are upheld. We heard of Belgian companies shipping tonnes of chemicals to Syria which may have been used to create weapons, and Italy rolled out the red carpet for Ali Mamlouk, a security official who is not supposed to enter the EU. We are not credible if we don't live up to our own commitments.

And lastly, briefly, in Lebanon, Jordan and Turkey, the pressure on local communities is growing and young and vulnerable people pay the price. It is very urgent to address sexual exploitation of girls and child labour, and avoid them falling into the hands of criminals and militias.

Michel Reimon, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar Hahn, willkommen im Plenum! Ich bin dankbar, dass Sie hier sind, und möchte mich speziell an Sie wenden.

Während wir hier reden, finden in Syrien vielleicht die letzten Kämpfe mit dem Islamischen Staat statt; die letzten Häuserkämpfe kurdischer Truppen und ihrer Verbündeten könnten in den nächsten Stunden die letzten Gebiete dort erobern. Das ist eine Leistung, eine großartige Leistung, und Europa sollte dankbar dafür sein. Stattdessen sind wir wieder dabei, die Kurden und ihre Verbündeten im Stich zu lassen.

Die autonome Region in Nordostsyrien ist demokratisch, ist vielfältig, ist nicht nur kurdisch, sondern dort leben Christen, dort leben Jesiden, dort leben viele Araber, säkulare Araber – bei den Truppen sind inzwischen mehr arabische Soldaten und Soldatinnen als kurdische. Diese Menschen versuchen gemeinsam, demokratisch eine autonome Region aufzubauen, und sind dabei sehr weit fortgeschritten. Sie haben Schulen, sie haben Krankenhäuser, sie investieren dort mit wenig Unterstützung aus Europa. Und jetzt werden sie bedroht von einem türkischen Einmarsch, von Erdoğan, der vorhat, die Grenze zu überschreiten und dort hineinzugehen. Und Europa unternimmt nichts, um sie davor zu schützen.

Ich möchte Sie als Nachbarschaftskommissar auffordern, möglichst viel Druck auf die Türkei zu machen. Wenn das passiert, wenn dieses Projekt in Nordostsyrien, in Kurdistan, zerstört wird, hat auch Europa ein Problem. 900 europäische IS-Kämpfer sitzen dort in den Gefängnissen – europäische Staatsbürger, von den Kurden bewacht. Die Kurden sagen: Wir werden sie nicht töten, wir werden sie freilassen, wenn Erdoğan einmarschiert. Und diese 900 Menschen, 900 Kämpfer, 900 Terroristen werden sich auf den Weg nach Europa machen.

Wir haben ein höchstes Interesse, dass es dort unten zu keinem Einmarsch kommt, dass es Frieden gibt. Und wir sollten uns als Europäische Union unseren kurdischen Verbündeten und deren Verbündeten dankbar zeigen.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, Commissioner, the clearest message that I brought back from my visit to Iraq in December was how the tragedy of Islamic State's insurgency ultimately has brought all sides of a divided country together against this evil, helping to create a new national identity.

Like Iraq, Syria is a deeply complicated problem and I do have concerns over President Trump's recently announced intention to pull US forces out of Syria. I accept how the West's recent history of intervention in the Middle East displayed fundamental flaws in our approach, but we must not allow any vacuum to develop that could possibly be exploited by those wishing to further their own agenda.

People such as the Kurds must be allowed to remain an important balance in the region, especially in relation to the protection of the various faith groups and ethnic groups across Middle East society. We must, of course, be strict with the application of force overseas, acknowledging the clear risk but remembering, without the West and without America, what remains.

We must be realistic in acknowledging the world in which we live. If we do not influence, others will, and we will be even less able to guarantee any eventual outcome. We must approach the future of Syria – both for the future prosperity of the Syrian people and for our own security and influence in the West – in a sensible and coherent manner.

Marie-Christine Arnautu, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, les puissances atlantistes et les pétromonarchies qui ont soutenu et armé les islamistes ne sont plus les maîtres du jeu en Syrie, et je m'en réjouis.

L'heure est à la reconstruction et au retour des réfugiés chez eux. Mais une épée de Damoclès est suspendue au-dessus de nos compatriotes en raison de l'incurie de nos gouvernements, de nos lois laxistes et de certains de nos juges idéologues.

450 détenus radicalisés, dont 50 djihadistes, seront sortis de prison d'ici la fin de l'année, selon M^{me} Belloubet, ministre française de la justice. Le ministre de l'intérieur, Christophe Castaner, vient d'annoncer le retour en France de 130 autres combattants terroristes. En Belgique, 182 islamistes ont été relâchés dans la nature depuis le début du conflit syrien.

Il faut d'urgence revoir nos législations et être d'une rigueur implacable. Déchoyons de leur nationalité les islamistes qui ont une double nationalité et expulsions-les. Quant aux convertis de chez nous qui n'ont qu'une seule nationalité, rétablissons pour eux la peine de mort ou le bagne. Ce sont des traîtres, qu'ils soient jugés et condamnés comme tels.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι Ηνωμένες Πολιτείες δεν αποχωρούν ουσιαστικά από τη Συρία. Αναδιατάσσουν τις δυνάμεις τους στην περιοχή και αναβαθμίζουν την παρουσία τους. Με το Ιράν πάντα στο στόχαστρο, μέσα σε ένα κουβάρι οξύτων αντιθέσεων, με το δάχτυλο στη σκανδάλη και ταυτόχρονα παζάρια με Ρωσία, Ισραήλ, χώρες του Κόλπου και την Αίγυπτο, και με την Τουρκία, βεβαίως, σε αναβαθμισμένο ρόλο, που επεμβαίνει ανενόχλητη στρατιωτικά στην περιοχή, σχεδιάζεται ο μεταπολεμικός έλεγχος ολόκληρης της Μέσης Ανατολής και της Νοτιοανατολικής Μεσογείου. Στην ίδια — βεβαίως — κατεύθυνση, η Ευρωπαϊκή Ένωση, η Γαλλία, η Βρετανία, η Γερμανία και η Ιταλία επεμβαίνουν στρατιωτικά και επιχειρηματικά. Πατρονάρουν τριμερείς άξονες, όπως Ισραήλ–Κύπρου–Ελλάδας, με την τελευταία υπό κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ σε ρόλο μεντεσέ και σηματοφύρου, καθώς και διαύλου επικοινωνίας τους με την Τουρκία όταν δυσκολεύουν τα παζάρια. Μεταξύ άλλων, μπαίνει σε άμεσο κίνδυνο η Κύπρος, με μεθόδευση διχοτόμησής της υπό νατοϊκή ομπρέλα, πέραν βεβαίως των τούρκικων διεκδικήσεων κατά της Ελλάδας. Καταρρέει ο μύθος, λοιπόν, της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ ότι Ηνωμένες Πολιτείες, NATO και Ευρωπαϊκή Ένωση διασφαλίζουν ειρήνη στην περιοχή· μόνο ανταγωνισμούς, πόλεμο και δυστυχία.

László Tőkés (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! A hosszan tartó, gyilkos háború sújtotta Szíria helyzetéről szólva, mindennekelőtt az üldözött keresztények sorsát kívánom előtérbe helyezni. Az Open Doors múlt évi jelentése szerint több mint hetven országban szenvednek rendkívüli üldöztetést a keresztények, akik a legüldözöttebb vallásnak számítanak a világon. Szíria, mely a háború idején keresztény népességének a felét elveszítette, a gyászos „ranglista” 11. helyén szerepel.

Elismerésre méltó, hogy a háború kitörése óta az Európai Unió több mint 10 milliárd euró értékű támogatást nyújtott a szíriai humanitárius katasztrófa kárvallottjainak. Alapvető elvi kérdés azonban, hogy nem elég az állandósult válságot „kezelni”, hanem mindennekelőtt a válság okait kell megszüntetni, vagyis a háborúnak kell véget vetni Szíriában.

A menekültügy vonatkozásában a magyar modell a követésre méltó, mely szerint a humanitárius segítségnyújtás legjobb alternatívája a menekültek százezreinek nem csupán a befogadása, hanem a hazatelepítése. Orbán Viktor álláspontja szerint nem a bajt kell Európába importálni, hanem a segítséget kell oda vinni, ahol baj van. Ennek megfelelően Magyarország önálló államtitkárságot hozott létre az üldözött keresztények megsegítése céljából, és erejének, gazdasági lehetőségeinek mértékében hathatós támogatást nyújt a szíriai keresztényeknek az újjáépítés és a hazatelepítés érdekében.

Elena Valenciano (S&D). – Señora presidenta, ¿realmente podemos hablar de la guerra de Siria como si fuera el pasado? Hemos sido testigos en nuestro propio suelo europeo de los ríos humanos de personas que huían del horror. Es un conflicto que todavía está vivo, por lo tanto.

Ha sido una guerra de grandísimos engaños. Los nuevos y viejos polos de la Guerra Fría han operado en Siria a su antojo. Tanto los Estados Unidos como Rusia y China anulando sistemáticamente cualquier acuerdo dentro del Consejo de Seguridad. A Europa nos ha quedado, como siempre, el sentimiento de responsabilidad, muy cercano a la culpa, para tratar de aliviar el éxodo y el sufrimiento del pueblo sirio.

La cuestión es que, después de diez años de horror, ciudades milenarias y gentes —miles y miles de gentes— han desaparecido literalmente de la tierra. Cientos de miles de niños y niñas han muerto bajo las bombas rusas o bajo los drones de la coalición internacional. ¿Y ahora qué pasa?

No puede esto acabar sin que paguen los responsables. La guerra ha tapado la tiranía de Al-Asad, pero de la oposición siria, que intentó luchar por la democracia, no queda ni el recuerdo. E incluso los kurdos están en peligro. Creo que la tercera conferencia por el futuro de Siria llega a la hora de hablar de responsabilidades. No podemos sentarnos a hablar del futuro como si la destrucción no hubiera sucedido.

Eso es lo que desde este Parlamento tenemos que pedir: responsabilidad. No podemos pasar por encima de este horror sin pedir esas responsabilidades.

Bas Belder (ECR). – Mevrouw de voorzitter, het buitenlands beleid van nominale toetredingskandidaat Turkije kan de EU allesbehalve ongemoeid laten. Dat geldt zeker ook voor Ankara's interventies op het Syrische strijdtoneel. Twee Turkse militaire campagnes, in 2016 en 2018, hebben de enclaves Jarabulus en Afrin in Noord-Syrië tot Turkse militaire economische protectoraten getransformeerd. Insiders spreken veelzeggend van een “Turkse Republiek van Noord-Syrië in wording”, dus een vervolg op de Turkse Republiek van Noord-Cyprus. Turkse verklaringen ter ondersteuning van de territoriale integriteit van Syrië blijken slechts lippentaal. Topprioriteit voor Ankara is indamming van het “Koerdische gevaar” tot elke prijs. Ondertussen, mevrouw de voorzitter, bereiken mij van christelijke zijde noodkreten over noordelijk Syrië. Turkije zou erop uit zijn, al dan niet met milities, het gebied van christenen te zuiveren.

Mijnheer de commissaris, hoe verhouden zich de belangen van de EU in Syrië tot de Turkse interesses en interventies aldaar? U hebt er al iets over gezegd, maar heel beknopt. Ik dank u.

Hilde Vautmans (ALDE). – Mevrouw de voorzitter, mijnheer de commissaris, heel veel collega's hebben het al gezegd. Acht jaar lang duurt het conflict in Syrië. Acht jaar! Wat begon met vreedzame protesten voor democratische waarden, mondde uit in een van de bloedigste oorlogen ter wereld. Er werden – wij herinneren ons nog allemaal de beelden – dodelijke gasaanvallen ingezet en over het hele land werden mensen afgeslacht. Meer dan 465 000 Syriërs werden gedood, er vielen één miljoen gewonden en zo'n twaalf miljoen inwoners – de helft van de bevolking – werden gedwongen om te vluchten.

Ondertussen is het chaos troef in Syrië. De Syrische overheid vecht vandaag nog steeds tegen de rebellen. Israël zet dan weer de wapens in tegen de door Iran gesteunde troepen. En de VS probeert IS te verslaan. Daarnaast zijn er Koerden in het noorden die op hun beurt getroffen worden door Turkse bombardementen. En op dat ogenblik kondigt president Trump aan dat hij zijn troepen gaat terugtrekken omdat IS verslagen is, alhoewel specialisten iets anders melden.

Commissaris, ik heb soms de indruk dat het bij de Europese Unie toegaat zoals vandaag hier in het halfroond. We spreken over een van de momenteel bloedigste conflicten ter wereld, waarbij mensen chemisch gebombardeerd worden en kinderen al acht jaar lang uitzichtloos in kampen leven. En toch gebeurt er niks. Hier zit bijna geen kat. Je ziet bijna niemand als wij debatteren over zo'n conflict!

Ik kan alleen maar hopen dat de Commissie wel iets gaat ondernemen. Ik hoop echt dat er sancties komen. Ik hoop echt dat we het probleem bij de wortel aanpakken. Weet u, commissaris, wij zijn allebei geboren in een land in vrede. Kinderen daar hebben dat geluk niet. Laten we nu eindelijk toch eens alles op alles zetten, met de vuist op tafel slaan en proberen dat conflict te beëindigen. Ik heb de oplossing niet, want dan gaf ik ze u. Maar jullie bij de Commissie zijn slimmer. Zet erop in. Geef die kinderen weer een toekomst. Dank u wel.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, Siria es a todas luces un ejemplo del fracaso de la comunidad internacional, pero también es un ejemplo —otro más— de su hipocresía. Quienes han acabado realmente con el Estado Islámico ha sido el pueblo kurdo. Y, sin embargo, ahora están siendo abandonados a su suerte ante los ataques del Gobierno de Erdogan y de Turquía. Desde aquí estamos mirando hacia otro lado ante los ataques a la población civil y ante el expolio de los recursos del pueblo kurdo, como son, por ejemplo, las toneladas de aceitunas de Afrín que ya están de manera ilegal en el mercado europeo y, en concreto, en España.

La Unión Europea debería liderar el diálogo político, los marcos multilaterales de negociación, la promoción del Derecho internacional, para poner fin al conflicto sirio. Es fundamental que el pueblo kurdo pueda asegurar sus conquistas sociales y políticas, como la igualdad de género, asegurando que no se borran del mapa, amenazadas ahora por la entrada del ejército turco en territorio kurdo.

Y, mientras tanto, la Unión Europea debería romper los acuerdos preferenciales con su socio, como Turquía, que esquilmaba a la población kurda, incluso fuera de Turquía. Todo lo demás: cumbres, resoluciones, palabras bonitas, quedarán sepultadas bajo los intereses económicos y geopolíticos que no responden a los intereses de la mayoría de la población kurda ni siria.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento interno)).

Michaela Šojdrová (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Pane kolego, děkuji, že jste přijal moji modrou kartu. Souhlasím s Vámi v tom, že Turecko, prezident Erdogan zneužívá situace a útočí proti Kurdům. Snaží se využít té situace a omezit kurdskou menšinu. Nesouhlasím s Vámi však v tom, že mezinárodní společenství je zodpovědné za ten konflikt. Chci se Vás zeptat: V čem je mezinárodní společenství zodpovědné za občanskou válku, která začala v roce 2013?

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Bueno, yo creo que serían varias preguntas. La primera: cuando yo estaba hablando de la responsabilidad de la comunidad internacional y la responsabilidad de la Unión Europea, por ejemplo, me refería a los acuerdos preferenciales que tenemos con Turquía.

Segundo, que estamos permitiendo que aceitunas de Afrín, que son expoliadas del pueblo kurdo, estén siendo vendidas por el Gobierno turco en el mercado europeo, por poner un ejemplo.

Sobre la responsabilidad, también, de la comunidad internacional, tendríamos que hablar de los diferentes intereses que han entrado dentro de la guerra en Turquía y que eran intereses totalmente espurios al pueblo sirio o al pueblo kurdo. A eso me estaba refiriendo.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Die Situation in Nordsyrien bleibt bedrohlich. Zum einen hat die Türkei mehrfach angedroht, militärisch gegen die kurdischen Kämpfer in der Region Rojava vorzugehen. Gleichfalls will die syrische Regierung im gesamten Staatsgebiet die Kontrolle wiedererlangen. Dies betrifft auch die Provinz Idlib, wo circa drei Millionen Zivilisten leben und zahlreiche bewaffnete Gruppen aktiv sind. Militärische Vorstöße im Norden durch türkische oder syrische Truppen und deren Verbündete müssen unbedingt verhindert werden.

Die europäische Diplomatie muss sich auch weiterhin für eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und der PKK einsetzen. Bei der Brüsseler Geberkonferenz zu Syrien müssen die Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft angemessen vertreten sein. Und Geflüchtete aus Syrien müssen auch in Zukunft durch großzügigere Settlement-Programme sowie durch legale und sichere Zugangswege in Europa Schutz finden können.

Michał Marusik (ENF). – Pani Przewodnicząca! Gdyby Syria leżała w innym miejscu świata, to nikt by się nią nie interesował. Tam władza może nie jest najlepsza, ale też nie najgorsza. Są kraje gorsze i nie są bombardowane. Otóż jest to problem nie tyle Syrii, co Bliskiego Wschodu. Bliski Wschód koncentruje właśnie agresję z zewnątrz wielu różnych ośrodków, wielu różnych sił i tam doszczętnie zniszczono już kilka krajów: wcześniej Irak potem Libię, Tunezję, Egipt. Kraje te zostały już całkowicie zniszczone i tam są wielkie dramaty ludzkie, i o tym się zapomina. Mówi się o Syrii, która jeszcze całkowicie zniszczona nie została. Więc jeżeli chcemy zrozumieć, o co chodzi dziś na Bliskim Wschodzie, skąd się te konflikty biorą, to musimy poznać prawdę, jakie są prawdziwe, rzeczywiste przyczyny zewnętrznych, militarnych ingerencji w tym regionie. Kto tam walczy i o co, kto niszczy z zewnątrz te kraje i dlaczego niszczy. Wtedy będziemy mogli racjonalnie dopiero myśleć o sytuacji i sposobach wyjścia.

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I would like to ask Mr Epitideios if he agrees with me that that the example of Syria is a perfect example that when people begin from outside to start bombing and have taken military interventions, they say to support democracy and then the Russians say they intervene to attack Isis, and then someone else intervenes to attack someone else, that this opens the door, it opens up Pandora's box of all of the problems that we now face and at least by Mr Trump acknowledging and going through with his election pledge of withdrawing, it might be an example to others to start leaving these people alone?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, μετά την αιφνιδιαστική ανακοίνωση από τον πρόεδρο Trump περί της αποχώρησης των αμερικανικών δυνάμεων από τη Συρία, η κατάσταση στη Μέση Ανατολή έχει μεταβληθεί και έχει γίνει περισσότερο συγκεχυμένη. Η απόφαση για την αποχώρηση ελήφθη χωρίς προηγούμενη συνεννόηση με τους υπόλοιπους εμπλεκόμενους, με αποτέλεσμα να δημιουργηθεί αυτή τη στιγμή ένα κενό, το οποίο όλοι προσπαθούν να καλύψουν προκειμένου να εξυπηρετήσουν τα συμφέροντά τους. Στον ελάχιστο χρόνο που μου διατίθεται δεν μπορώ να κάνω μία σε βάθος ανάλυση της κατάστασης. Θα ήθελα όμως να επισημάνω ότι, ενώ στη σκακιέρα της Συρίας όλοι οι παίκτες κερδίζουν πλεονεκτήματα, η μόνη απώσα είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση. Έχοντας επιλέξει να είναι από την αρχή της κρίσης και του πολέμου η ουρά της πολιτικής των Ηνωμένων Πολιτειών, αυτή τη στιγμή αντιμετωπίζει δύο σοβαρούς κινδύνους. Ο ένας είναι από την αναβαθμισμένη Τουρκία. Αντιλαμβάνεστε ότι τώρα η επιθετικότητα και η προκλητικότητα της Τουρκίας θα αυξηθούν. Ο δεύτερος κίνδυνος είναι από τους φανατικούς τζιχαντιστές του ISIS, οι οποίοι, αν και ηττήθηκαν στρατιωτικά, έχουν διασωθεί και ετοιμάζονται να επιστρέψουν με διάφορους τρόπους στις πατρίδες τους στην Ευρώπη για να αναλάβουν τρομοκρατική δραστηριότητα.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), απάντηση σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα». – Ευχαριστώ κύριε συνάδελφε για την ερώτησή σας και συμφωνώ απολύτως μαζί σας. Δεν θέλω να επεκταθώ περισσότερο, απλά λέω αυτό: η πραγματικότητα είναι ακριβώς όπως παρουσιάζεται και αυτό δεν βοηθάει τη γενικότερη πολιτική, την αξιοπιστία, αλλά και το κύρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, el conflicto sirio es un asunto muy complejo. No se puede abordar en unos minutos. Es un conflicto poliédrico, los bandos afectados son muchos y es evidente también la profunda implicación de terceros Estados. En este contexto, me preocupa la escasa influencia de la Unión Europea, y también la de los Estados Unidos, reducida además ahora por el anuncio de la retirada de sus tropas.

En los últimos tiempos es evidente que, además del régimen de Damasco, son Rusia, Irán y Turquía quienes deciden. Además de la ayuda humanitaria a los refugiados sirios, la Unión Europea tiene que tener más influencia. En Siria no se trata solo de la derrota del Daesh, se trata también de impulsar un proceso político que permita que el futuro de la nación sea el decidido democráticamente por la mayoría del pueblo sirio.

Se trata de un país mediterráneo, muy cercano. Lo que allí sucede nos repercute. Pienso en la grave crisis de los refugiados del año 2015, en su impacto enorme en las fronteras de la Unión Europea. Tenemos que conseguir una mayor implicación e influencia en el presente y el futuro de Siria.

Y, para terminar, señor comisario, me gustaría que nos contase si hubo algunos resultados en la reciente reunión de la alta representante con la Liga Árabe.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora presidenta, hace unos pocos días, el antiguo alto representante para la PESC de la Unión Europea, Javier Solana, publicaba un artículo con el título «De El Asad a El Asad, pasando por el infierno». El solo título muestra ya el fracaso absoluto de una guerra sin sentido. En ese infierno han quemado sus vidas centenares de miles de personas y han extraviado su futuro otros muchos más.

El fuego de ese infierno no se ha extinguido, pero ha llegado el momento de pensar en la reconstrucción. En la reconstrucción material, seguro. Pero sobre todo en la reconstrucción de la vida de los más jóvenes, de esos niños, millones de niños, que han perdido su escolaridad, que han perdido su futuro.

La Unión Europea tiene que comprometerse en un plan multianual para educar a esos niños no solo en la respuesta humanitaria sino también en la cooperación al desarrollo. Ese es el objetivo fundamental que debemos llevar a la tercera conferencia de solidaridad con Siria.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Fru Formand! Den tragiske situation i Syrien er jo skrækkeseksemplet på, hvad der sker, hvis dette Parlament havde magt, som det havde agt, i udenrigspolitikken. Vi ser en situation, hvor man har fordømt amerikansk interventionisme igen og igen og igen, og nu står vi med et Syrien i kaos i vores baghave. Rusland, Tyrkiet og Iran – alle magter der, mildt sagt, har interesser, der strider mod Europas, er dem, der har vundet på grunden, mens vores tætteste allieret, de kurdiske tropper, der har kæmpet mod Asad og mod ISIS, er dem, der står efterladt tilbage. Man kan jo sige, at det ligger som logisk konsekvens af den europæiske kritik og isolationisme over for USA, der har været ført siden Irak og Afghanistan fra store EU lande, og det er fuldstændig naturligt, at amerikanerne ikke længere orker og løse europæernes problemer. Måske skulle vi bruge tiden til at reflektere over, at det transatlantiske forhold er det vigtigste sikkerhedslink for Europa, både i fortiden og i fremtiden, og at de evindelige angreb på USA ikke gør sagen bedre.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, na první pohled se zdá, že situace v Sýrii se stabilizuje, vše bude v pořádku, ale situace vůbec není dobrá. Země je zničená, režim sice vyhrál válku, ale legitimitu a podporu vlastních obyvatel nemá. Assádův režim se drží u moci násilím s pomocí Íránu a Ruska. Stovky tisíce uprchlíků ze Sýrie se nemají kam vrátit a ani se nemohou vrátit, protože by byly pronásledovány. Pokud dojde k ofenzivě v Idlibu, bude to znamenat další humanitární katastrofu. Nejvíce znepokojující je posílení vlivu Íránu, což samozřejmě znepokojuje zejména Izrael. Pozitivní zprávou je, že se daří likvidovat ISIS. Kurdové na východě země vedou proti nim tuhé boje i s podporou USA. EU jako celek nezasahuje, ale některé členské státy se konkrétně angažují. Nepovažují sice jednotlivou angažovanost za šťastnou, ale jinak to zatím není možné. EU by měla být daleko silnější v diplomatickém angažování. Souhlasím s kolegou, že perspektiva pro děti, které nemají kam chodit do školy, je katastrofální, jsou totiž rukojmím prezidenta Assáda.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la situazione in Siria è ancora lontana da una soluzione e tra poche settimane la terza conferenza sulla Siria sarà ospitata dall'Alto rappresentante.

Dobbiamo sostenere la necessità di rilanciare il processo di pace di Ginevra sulla base della risoluzione ONU 2254 accertando le responsabilità penali per i crimini di guerra commessi in questi anni. Al tempo stesso l'Europa deve rafforzare il suo ruolo di attore umanitario investendo davvero nella resilienza di lungo termine del popolo siriano, come finora non si è fatto a sufficienza, interagendo di più con la società civile, coinvolgendola maggiormente anche nell'organizzazione della conferenza, sostenendo altresì progetti straordinari come «Operazione Colomba», che realizza corridoi umanitari e sostiene i profughi siriani in Libano, per i quali sarebbe necessario organizzare seriamente un progressivo sistema di graduale ritorno sicuro.

Voglio aggiungere, in conclusione, una parola sulla questione di padre Paolo Dall'Oglio, una rinnovata speranza per la sua vita. Il suo lavoro per il dialogo interreligioso è straordinario e noto in tutto il mondo. Chiediamo di rinnovare l'impegno per la sua liberazione perché torni presto a portare il suo grande messaggio di pace.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Sytuacja w Syrii jest oczywiście daleka od rozwiązania. Widać to także po tej debacie, po różnaitości głosów, a zwłaszcza ocen. Chcę jednak zwrócić uwagę na jeden bardzo istotny, z mojego punktu widzenia, fakt. Otóż, przede wszystkim, wszystkim tym, którzy się Syrią zajmują instytucjonalnie brakuje konsekwencji. Brakuje konsekwencji zarówno w tych porozumieniach fałszywych, prawdziwych lub udawanych, porozumieniach międzynarodowych. Brakuje konsekwencji w pomocy humanitarnej, brakuje konsekwencji także w akcjach militarnych, przede wszystkim tych prowadzonych w ostatnich miesiącach, a przede wszystkim w pryncypiach, w gradacji poszczególnych problemów, które są do rozwiązania. Zwracam na to uwagę dlatego, że z tego punktu widzenia, z tych właśnie powodów nie uzyskujemy skuteczności. Wiemy doskonale, kto jest graczem, tym najważniejszym graczem, bo jest nim Rosja, Izrael, Turcja i oczywiście Asad – to są wszyscy ci, którzy w obecnych warunkach tego pewnego bałaganu, braku konsekwencji, braku systemu wartości, uzyskują najwyższe efekty, niestety nie najlepsze dla sytuacji w tym państwie.

Neena Gill (S&D). – Madam President, yesterday, US-backed Syrian forces launched an attack on Isis's last stronghold. With fighting intensifying again, I welcome that the local authorities have agreed to set up a transit route near the town of Sour so that humanitarian aid can be provided to those in need faster. However, services in the camp of al-Hol are increasingly stretched. More critical healthcare services and expansion of water and sanitation facilities are urgently needed. Therefore, it's good that, as the Commissioner announced, the EU is hosting a very timely conference to support the future of Syria and in the region in March. But I still have questions. How do we ensure that the conference will not just focus on humanitarian aid issues but also mobilises international and, in particular, regional support for a step towards a political solution? Secondly, a political transition to the conflict needs to remain a prerequisite to any larger EU investment supporting the Syrian reconstruction process. With President Trump's decision to pull out of Syria, SDF forces seem forced to collaborate with the Syrian State. Do we then have to accept that Assad is staying, and what impact will this have on defining how the EU can support a political transition?

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora presidenta, la guerra en Siria se ha cobrado la vida de más de 300 000 personas y ha provocado 6,3 millones de refugiados y 6,2 millones de desplazados internos. Es la mayor catástrofe humanitaria, sin parangón en la historia reciente.

La Unión puede y debe liderar la resolución pacífica del conflicto, pero no puede hacerlo sola. En este sentido, es buena noticia que en marzo tenga lugar la tercera Conferencia de la Unión y las Naciones Unidas sobre el futuro de Siria y su región. Es necesario seguir recabando apoyo humanitario, además de los 1 400 millones de euros del Fondo Madad, pero también apoyos políticos que acompañen las negociaciones para alcanzar una solución pacífica y negociada.

Es imprescindible el apoyo de las Naciones Unidas, en comunión con lo establecido en la Resolución 2254 (2015). Se habla de derrota territorial y definitiva del ISIS, pero ni será derrota, ni definitiva, ni fin de conflicto. Siria necesitará a la Unión y a la comunidad internacional, pero mucho, mucho más implicadas. El retorno seguro es necesario. Aquí arriba hemos tenido a los combatientes peshmerga y han recibido el apoyo y el aplauso unánime de la Cámara. Ellos tienen la simpatía y el apoyo de todos nosotros.

Die Präsidentin. – Nur damit es ganz klar ist: Wenn Sie sich zu den spontanen Wortmeldungen (Catch the Eye) melden wollen, dann benutzen Sie bitte nicht die blaue Karte, sondern ein weißes Blatt oder die Hand, denn sonst glauben wir, dass eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ angemeldet wird.

György Hölvényi (PPE). – Tisztelt Elnök asszony! Az elmúlt időszakban kétszer is megadatott, hogy járjak Szíriában, meglátogathattam a keresztény kisebbségeket, jártam Homszban, Badullában, Aleppóban és Damaszkuszban is. Egyértelmű volt számomra, hogy a szíriai rezsimnek szánt nemzetközi és európai szankciók a szíriai emberek millióit is sújtják. A szíriai embereket hagyják állás nélkül, jövedelem nélkül, s egyik kiváltó oka sajnálatos módon a menekülésnek is. Igenis tehetünk a szíriai emberek és a szíriai kisebbségek hazájukban maradásáért. A magyar kormány néhány hete jelentős egészségügyi támogatásról döntött a szíriaiak számára humanitárius szervezeteken keresztül. Magyarország a nyitott kórházak projekttel segíti Aleppóban, Homszban az embereket tekintet nélkül a felekezetükre. Ne felejtjük el, az ENSZ adatai szerint ma 3640000 regisztrált szíriai menekült áll indulásra készen Törökországban. Nekünk abban kell segíteni őket, hogy ne Európa felé, hanem hazafelé indulhassanak el.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, falamos de *no-fly zones*, de corredores humanitários, de levar o criminoso Assad ao TPI, mas, de facto, não houve Europa para acorrer ao povo sírio. E, por isso, Putin aproveitou e Assad se mantém. Os Estados-Membros boicotaram a Política Comum de Segurança e Defesa. Na Síria, os resultados são desastrosos para a credibilidade da União Europeia, como mostra o último inquérito Euromed, mas sobretudo para a segurança de sírios e de europeus, porque o que temos andado a fabricar na Síria é mais gerações de ofendidos e excluídos para engrossar as fileiras de recrutadas para quaisquer grupos terroristas. Não falo sequer dos europeus a que chamamos *foreign fighters* eufemisticamente e que engrossaram as fileiras do Daesh e que agora os nossos governos irresponsavelmente lavam as mãos.

À traição do povo sírio acrescento a traição que europeus e americanos mais uma vez protagonizam relativamente ao povo curdo, que tão fundamentalmente se bateu como nosso aliado contra as forças terroristas do Daesh e de outros grupos terroristas.

O casamento de conveniência entre Putin e Erdogan não vai durar. A União Europeia não pode bastar-se para limpar a má consciência com apoio humanitário, tem que exigir a Trump que não retire à pressa, fazendo o jogo de Putin e Erdogan.

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich möchte mich beim Kollegen Freund bedanken, dass er diese wirklich zentrale Frage gestellt hat, nämlich nach der Sicherheit der syrischen Bürger.

Ich war selber in Gaziantep im Flüchtlingslager, weil wir vom Haushaltsausschuss dort die Flüchtlingshilfe organisiert haben. Die meisten der Flüchtlinge wollten ja zurück in ihre Heimat. Die stehen dort mit ihren Autos und warten eigentlich auf den Startschuss, wann es wieder in ihre Dörfer zurückgeht.

Glauben Sie, dass der UNO-Sicherheitsrat hier eine berechtigte Chance hat, in Zukunft eine entmilitarisierte Zone zu schaffen, eventuell auch mit UNO-Blauhelmen, um hier die Rückkehr zu ermöglichen?

Eugen Freund (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Vielleicht – großes Fragezeichen, – hoffentlich – großes Rufzeichen – sehen wir jetzt in Syrien so etwas wie das letzte Aufbäumen. Die Auswirkungen des Krieges haben wir auch unmittelbar bei uns miterlebt. Freilich, was ist unser sogenanntes Flüchtlingsdrama im Vergleich dazu, was die Syrer mitgemacht haben! Das Elend, alles liegen und stehen zu lassen, sich in den umliegenden Nachbarstaaten eine Bleibe zu verschaffen, wenn sie nicht ohnehin im Schusswechsel oder Bombenhagel ums Leben gekommen sind.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch einmal appellieren: Wir dürfen in Zukunft nicht mehr zuschauen, wenn in der Region wieder einmal ein Konflikt ausbricht. Unsere Chance, die Chance der EU, liegt in einer gemeinsamen starken Außenpolitik, die diplomatisch einschreitet – rechtzeitig, selbstbewusst, vermittelnd. Das können wir nur, wenn wir vom Einstimmigkeitsprinzip abgehen.

Für Syrien kommt das freilich zu spät, aber Syrien, fürchte ich, wird nicht das letzte Land bleiben. Und dafür müssen wir dann gerüstet sein.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Eugen Freund (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich glaube, wir sind da der Zeit um einiges voraus. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir jetzt schon in der Lage sind, das zu beurteilen. Allerdings wäre es natürlich erfreulich, wenn wir tatsächlich zu einer Lage kommen, wo es so etwas wie eine Sicherheitszone für die Syrer gibt. Aber ich kann das natürlich aus meiner Warte hier jetzt nicht beurteilen.

Die Präsidentin. – Nun kommen wir zu den spontanen Wortmeldungen. Ich habe das Problem, dass ich sehr, sehr, sehr viele Wortmeldungen habe. Ich werde Sie nicht alle zu Wort kommen lassen können – das ist schlicht und einfach unmöglich. Deswegen schaue ich jetzt auf die Uhr: Wir haben 15.54 Uhr, und um 16.00 Uhr höre ich auf. Das heißt: Wenn Sie nicht mehr drankommen, dann sind möglicherweise die Vorredner dafür verantwortlich, weil sie vielleicht ihre Wortmeldung überzogen haben. Ich erinnere Sie: Sie haben eine Minute.

Spontane Wortmeldungen

Marijana Petir (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, gospodine povjereniče, sutra će u Europskom parlamentu biti predstavljena *World Watch* lista za 2019. godinu. Istraživanje je to koje provodi organizacija Open Doors, a koje donosi popis pedeset zemalja svijeta u kojima se odvija najteži progon kršćana. Sirija je jedanaesta na tom popisu. Godinu ranije bila je na petnaestom mjestu.

Ne možemo se nadati da će sljedeća godina biti bolja od prošle. Iako se Daesh počeo povlačiti iz Sirije, antikršćanski mentalitet ostao je na prostoru koji je kolijevka kršćanstva i na kojemu se kršćanstvo održalo stoljećima. Mi imamo odgovornost prema Siriji i sirijskim kršćanima. Kršćani u Siriji kažu da osjećaju da nemaju nikakva prava i traže da mi budemo njihov glas.

Žao mi je da Komisija i Visoka predstavnica ne prepoznaju ovo pitanje kao prioritet. Stoga pozivam nacionalne vlade da kroz Vijeće i svoju vanjsku politiku pruže progonjenim kršćanima konkretnu pomoć i da zatraže od Komisije da zaštiti kršćane kojima prijete nestanak na mjestu gdje je kršćanstvo nastalo.

Julie Ward (S&D). – Madam President, on 16 March it will be one year since the young British woman, Anna Campbell, was killed by Turkish forces whilst defending the city of Afrin with the YPJ.

Anna was a passionate campaigner for social justice who was so sickened by the terrible protracted war in Syria and the untold human suffering that she decided to dedicate her youthful energy to working with the democratic Kurdish forces in northern Syria, the same forces who mounted the only credible opposition to Daesh and Assad in the region. It is they who liberated the Yazidi people trapped on Mount Sinjar. It is they who changed the course of the war on a hilltop in Kobani. It is they who are now rebuilding society in Rojava with women at the heart of a new model of democracy.

I know all this not because I read it in a book or a newspaper, but because I led a women's peace mission there last May and saw the social and physical reconstruction with my own eyes. But, 11 months on, Anna's body still lies under the rubble in Afrin and neither the British Government nor the Turkish authorities had the decency to repatriate her remains. I urge the EU to demand a compassionate response.

Patricia Lalonde (ALDE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la situation en Syrie est des plus complexes et surtout des plus urgentes pour l'Union européenne.

Aujourd'hui, l'Union européenne est bien impuissante avec son allié kurde et n'aura aucun rôle en Syrie dans un avenir proche si elle persiste à vouloir envisager la reconstruction de la Syrie sans travailler, qu'on le veuille ou non, avec celui qui contrôle dorénavant 90 % du pays: Bachar El-Assad, et ceci de concert avec les ONG et la société civile.

Monsieur le Commissaire, si nous voulons aider les Syriens, il faut qu'on puisse envisager le retour des réfugiés syriens en Syrie comme demandé avec insistance par le Liban, qui supporte l'immense charge de 1,5 million de réfugiés syriens sur son territoire, et renouer contact, que cela nous plaise ou non – encore une fois – avec Bachar El-Assad.

Aussi, si nous voulons parer le danger considérable qui menace la sécurité intérieure de l'Union européenne et qui est celui du retour de milliers de djihadistes emprisonnés dans les geôles des combattants kurdes et du régime syrien, qui peuvent à tout moment être libérés et venir commettre des attentats sur le sol des États membres de l'Union européenne, déjà meurtrie par beaucoup d'attaques terroristes, nous allons devoir, qu'on le veuille ou non, traiter avec Damas.

Monsieur le Commissaire, comment comptez-vous procéder pour que l'Union européenne agisse sur la base de la réalité géopolitique de terrain en Syrie?

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, συζητάμε για όγδοη συνεχή χρονιά και για όγδοη φορά το θέμα της Συρίας και δεν ξέρω αν η λέξη «απόγνωση» μπορεί να περιγράψει αυτό που αισθάνεται ένας ευρωβουλευτής μετά από οκτώ χρόνια συζητήσεων. Αλλά αν ούτε η λέξη «απόγνωση» αντικατοπτρίζει αυτό που αισθανόμαστε εμείς, δεν ξέρω ποια λέξη μπορεί να αντικατοπτρίσει αυτό που νιώθουν οι ίδιοι οι Σύριοι. Μισό εκατομμύριο νεκροί· ίσως, κατ' αναλογία, περισσότεροι από όσους είχε οποιοδήποτε κράτος της Ευρώπης κατά τη διάρκεια του Δευτέρου Παγκοσμίου Πολέμου. Και αν η Ευρωπαϊκή Ένωση, κύριε Hahn, ενδεχομένως δεν έχει μοχλό προς τη Ρωσία ή προς τις Ηνωμένες Πολιτείες, έχει μοχλό απέναντι στην Τουρκία, η οποία ετοιμάζει μια δεύτερη ή και τρίτη εισβολή στη Συρία και δεν ξέρω τι νέο αιματοκύλισμα μπορεί να φέρει αυτή η εισβολή. Να αξιοποιήσετε όποια όπλα δίνει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και η Ευρωπαϊκή Ένωση στα χέρια σας για να προστατεύσετε από μια νέα επίθεση της Τουρκίας τον κουρδικό πληθυσμό, έναν πληθυσμό που αγωνίστηκε ενάντια στο ISIS όσο κανένας άλλος.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, hier, à la Chambre des communes, le ministre britannique des affaires étrangères a déclaré que Assad va rester au pouvoir.

C'est l'aveu, non seulement de l'échec de la politique britannique, mais c'est aussi l'aveu de l'échec de la politique de l'Union européenne toute entière qui, inconditionnellement, a, depuis 2012, appuyé le changement de régime. La stratégie de l'Union européenne est aujourd'hui en ruine.

En décembre, les Émirats arabes unis et Bahreïn ont réouvert leurs ambassades à Damas. La Ligue arabe a vraisemblablement réintégré la Syrie, également. La Russie et l'Iran sortent vainqueurs de ce conflit. Par le soutien qu'elle a accordé, en toute illégalité, aux terroristes islamistes, l'Union européenne s'est marginalisée définitivement. Maintenant, elle entend refaire la même erreur en suivant les Américains au Venezuela.

Il est temps que les États membres et l'Union européenne reconnaissent leur erreur et rétablissent les relations diplomatiques avec le gouvernement légitime de Syrie. La transition future se fera sans l'Union européenne, et c'est tant mieux.

Johannes Hahn, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for all their valuable contributions and I think it was a useful exchange. From this debate, I conclude that we are of one mind in terms of support for Syrians and the need to find solutions to the conflict to allow refugees to return to their homes.

I also conclude that the European Union engagement needs to be maintained at the same level and under the same conditions. We will not grant legitimacy to the current regime, or its return to the international arena, without progress in Geneva and without changes on the ground in relation to respect for basic human rights and humanitarian laws.

The Brussels III Conference will be, even more than the previous conferences, about people. More Syrian people will be present, more civil society representatives will come to talk to the Ministers and international organisations about their dreams, their concerns and the future. This conference will last, altogether, three days. It will include two days of opportunities to meet politicians and to give politicians, and also ordinary citizens and civil society organisations, the opportunity to talk to each other, to exchange views and to look at what could be done in order to improve the humanitarian situation and to help people on the ground.

In particular, we will look more closely at the question of women's empowerment and at ways to alleviate the pain of the most vulnerable Syrians, while continuing our long-term investment and accountability and providing necessary support inside Syria and also outside it, in particular to the host communities which still have a considerable burden in dealing with the Syrian refugees. On the other hand, we have to face the reality that, whether we like it or not, some, if not many, Syrian refugees will not return to Syria any time soon, and in that respect we also need to see how we can support host communities and countries in their efforts to deal with these ongoing challenges.

Die Präsidentin. – Hier unterbreche ich – wie angekündigt – die Liste der Rednerinnen und Redner mit den spontanen Wortmeldungen.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

16. Bericht 2018 über Bosnien und Herzegowina (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Cristian Dan Preda im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Bericht 2018 der Kommission über Bosnien und Herzegowina (2018/2148(INI)) (A8-0467/2018).

Cristian Dan Preda, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je voudrais d'abord vous remercier pour votre travail et votre engagement sans faille en faveur du parcours européen de la Bosnie-Herzégovine.

Nous voici déjà à la présentation de mon quatrième et dernier rapport de l'actuelle législature du Parlement européen, sur l'évolution de ce pays vers l'Europe.

Après s'être trouvée depuis 2015 sur une trajectoire ascendante, la Bosnie-Herzégovine est, depuis 2017, dans une période de ralentissement marqué qui nous inquiète, comme je sais qu'elle vous inquiète aussi. En devenant rapporteur permanent en 2014, mon espoir était que le pays recevrait le statut de pays candidat au cours du présent mandat. En dépit de nos efforts communs pour soutenir la Bosnie-Herzégovine, cet objectif n'est pas encore réalisé. Et, à l'approche des élections législatives qui ont eu lieu le 7 octobre 2018, les anciens démons des divisions politiques et de la polarisation sur des bases ethniques ont refait surface. Le pays est entré dans la campagne avec une loi électorale cassée, dont plusieurs articles ont été invalidés par la Cour constitutionnelle, et qui n'a pas pu être changée, faute d'accord entre les acteurs politiques. Quatre mois et cinq jours après les élections, les autorités ne sont pas constituées et le processus de réforme n'a pas redémarré comme on le souhaite.

Certes, on peut toujours trouver des explications pour ces retards: la complexité du pays, son passé douloureux et le traumatisme de la guerre, ainsi que le travail inachevé de réconciliation, sont des problèmes bien réels que l'on doit effectivement prendre en compte. Mais qu'on ne s'y méprenne pas, ce qui est en jeu actuellement ce n'est pas le dépassement d'une nouvelle crise, mais bel et bien l'avenir européen du pays. Et ce n'est pas à nous que les leaders politiques de Bosnie-Herzégovine doivent rendre des comptes, mais à leurs propres citoyens. Les gens de Bosnie-Herzégovine ont droit à un système politique et institutionnel qui fonctionne et qui ne discrimine personne. Ils ont le droit de vivre une vie décente dans leur propre pays, plutôt que d'être forcés à prendre le chemin de l'exil. Ils ont droit à une justice indépendante et qui fait son travail sans ingérence politique indue. Les citoyens de Bosnie-Herzégovine ont le droit de vivre dans une société qui n'est pas gangrenée par la corruption présente dans chaque secteur de leur vie. Ils ont droit aussi à une administration efficace et dépolitisée, qui est au service des citoyens et pas l'inverse. Enfin, ils ont droit à des médias libres qui les informent de façon objective et sans pressions politiques.

L'adhésion à l'Union européenne pourra le leur apporter. Tout cela est, à vrai dire, à portée de main, à condition que les élites politiques abandonnent leurs petits jeux politiques et cessent d'utiliser la haine envers les autres et la division. Le moment est venu pour les acteurs politiques d'être responsables, de former sans délai les autorités à tous les niveaux et de montrer enfin de la détermination dans la poursuite des réformes économiques et politiques orientées vers l'Union européenne. Couplés avec l'envoi des réponses aux questions additionnelles de la Commission européenne, ces éléments donneront une chance à la Bosnie-Herzégovine d'obtenir le statut de pays candidat. Pourquoi pas cette année même? Enfin, je voudrais souligner la question très importante de la coopération avec le Parlement européen et vous exhorter, Monsieur le Commissaire, à en faire une priorité politique des prochaines étapes du parcours européen de la Bosnie-Herzégovine.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

George Ciamba, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, it's a great pleasure for me to be here today and to discuss with you the Commission's 2018 report on Bosnia and Herzegovina. Let me express my gratitude for the work by Parliament's rapporteur on Bosnia and Herzegovina, Cristian Dan Preda. Let me start by reiterating our strong commitment to Bosnia and Herzegovina's identity as a single, united and sovereign country, with a strong European perspective.

Following the elections on 7 October 2018 and recalling the conclusions of June 2018, the Council expects Bosnia and Herzegovina's leaders to engage constructively in the Government's formation at all levels, in the interests of all citizens, so that the country moves forward with reforms and progress on the European path. Bosnia and Herzegovina's EU membership application of February 2016 represents a strategic commitment to advance towards the EU, but needs to be translated into comprehensive results on the ground. These results cannot be achieved without functioning institutions.

We welcome the Presidency of Bosnia and Herzegovina's common message of commitment to the country's EU path and its determination to cooperate in this respect, a message that was clearly sent during the recent visit to Brussels on 29 and 30 January. We welcome the adoption of some EU-oriented reforms, such as the one on excise duties. However, we share your concerns that much time has been lost on divisive rhetoric and pre-electoral campaigning. This has significantly slowed down the pace of reforms. A number of important high-priority areas remain. We need to do more on the inclusive socio-economic reforms; on the reforms in the field of the rule of law, including the fight against corruption and organised crime; on public administration reform; on the fight against radicalisation and terrorism, and we need to further improve cooperation between all levels of government. We share your concerns over the lack of progress in the area of freedom of expression and the media and we expect Bosnia and Herzegovina to intensify efforts to address the issue.

We regret that no compromise was reached with regard to amending the electoral framework ahead of the October 2018 elections. As pointed out in your resolution, all political leaders now need to assume their responsibilities and find a domestic solution with regard to the Federation House of Peoples. Electoral reform should be approached in a spirit of dialogue in order to move the country towards European standards.

Turning to the opinion process, let me welcome the commitment of the Presidency of Bosnia and Herzegovina to send very soon the additional answers to the Commission's questionnaire on Bosnia and Herzegovina's EU membership application. We welcome the results already achieved through the coordination mechanism on EU matters and we encourage Bosnia and Herzegovina to make further use of this important tool. We expect the authorities to remain actively committed to the opinion process at all levels and to provide any further input deemed required.

Let me recall that when preparing its opinion, the Commission will pay particular attention to the implementation of the Sejdić-Finci ruling, acknowledging that the Constitution of Bosnia and Herzegovina lists Bosnians, Croats and Serbs as its constituent peoples, along with the others. The Council reiterates that the principles of equality of all citizens and of non-discrimination should be fully warranted.

We will continue to support the country in its efforts to implement reforms and to advance further on its European path. They should keep to the course. The Council will revert to Bosnia and Herzegovina's EU integration process on the basis of the Commission's expected opinion on the country's application for EU membership.

Dubravka Šuica, *u ime kluba PPE*. – Poštovani predsjedavajući, najprije želim zahvaliti Komisiji, povjereniku Hahnu na velikom zalaganju za Bosnu i Hercegovinu; naravno i našem izjavitelju, gospodinu Predi.

Točno je da je 2015. godine bio uzlazni trend za Bosnu i Hercegovinu. Isto tako je točno da je 2017. taj trend nekako zaustavljen i to zaista smatram lošim. Isto tako je jako loše da četiri mjeseca nakon izbora nisu formirane sve razine vlasti. Sve što radimo za Bosnu i Hercegovinu i što se radi je zbog interesa građana Bosne i Hercegovine i zbog toga se moraju provesti reforme. Ali isto tako nije svejedno ni Europskoj uniji, a posebice ne Hrvatskoj, kako izgleda naša vanjska granica i kako izgleda situacija s naše vanjske granice. I zato nam je jako stalo da Bosna i Hercegovina krene najboljim putem.

Ono što želim ovdje naglasiti je da mi uporno šaljemo poruke političkim vođama u Bosni i Hercegovini da se moraju dogovoriti, a posebice oko izbornog zakona i danas sam dužna to ovdje spomenuti. Dakle, izborni zakon se mora promijeniti i to je nešto što je osnova svih početaka reformi itd. Moraju se izbjeći manipulacije s izborima koje se evidentno događaju, a ovdje se posebno referiram na članove hrvatskog naroda i hrvatski narod, koji nema jednaka prava u Bosni i Hercegovini kad su izbori u pitanju. Stoga smo dužni to napomenuti. Ja vjerujem da, kad bi se oko toga postigao dogovor, sve bi krenulo boljim putem.

Stoga novi politički vođe u Bosni i Hercegovini imaju veliku odgovornost i na njima je odgovornost, a na Komisiji i na nama iz Europske unije je da im u tome pomognemo.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, first I really would like to thank the rapporteur, Cristian Dan Preda, for the resolution on Bosnia and Herzegovina and I would also like to thank you, Mr Preda, but also some of your colleagues for your tireless work in and with the country. We are far from having some concrete results but I think we share the same interests and need to push the country, not only in the European direction, but with the consequence to improve living conditions of people in the country, because this is exactly what counts, what is relevant and what should be our – once again – tireless aim.

In that respect we welcome the text, which is a balanced one and which is largely in line with the Commission's April 2018 report on Bosnia and Herzegovina. It reflects well the situation in the country, including the challenges and outstanding issues on Bosnia and Herzegovina's European integration path.

I welcome the support this resolution provides for the EU approach towards Bosnia and Herzegovina. This is particularly essential at a very critical moment in time for the country and its newly elected leaders. A time when the commitments taken before the elections need to be translated into concrete reforms. A time when governments need to be formed across the country and a time when the divisive rhetoric of the campaigning stresses the need for reconciliation, unity and consensus building around the country's objective, meaning EU integration.

This was the main message to Bosnia and Herzegovina's Presidency members whom President Tusk, President Juncker, High Representative Mogherini and myself had the opportunity to meet two weeks ago in Brussels. This was their first joint trip abroad as newly elected Presidency members, a token of their commitment to advance towards the EU in line with what the citizens of their country demand. And this is in the beginning of a critical year for Bosnia and Herzegovina during which we would like to see irreversible progress towards the European Union.

At the same time, we particularly stressed to Presidency members that comprehensive reforms, as done by other countries at similar stages in the process, are required. This is not only about providing answers to our questions stemming from the Opinion Questionnaire – which we expect soon and in a consolidated manner, may I say very clearly – but delivering on rule of law, fundamental rights, electoral reform, public administration, good governance, as well as further harmonisation with EU rules and norms. The capacity of the newly elected leaders to deliver will be the yardstick upon which the EU will assess Bosnia and Herzegovina's readiness to further advance towards the Union.

In this respect the Commission is fully dedicated to advancing Bosnia and Herzegovina's EU perspective. Our upcoming Opinion on the country's application for Union membership will provide for the first time a comprehensive roadmap of reforms for the country to carry out, for the first time against the entire obligations EU Member States have. We are stepping up our technical assistance in the country with dedicated field support in the key areas of rule of law and fundamental rights, including the monitoring of a number of high-profile cases.

The Commission has also now doubled the financial assistance envelope for Bosnia and Herzegovina – EUR 80 million per year in grants for the period 2017-2020 – to support the country implementing a number of countrywide strategies, such as on energy, environment or rural development. And this in addition to the support provided as part of the regional envelope, notably on connectivity agenda projects.

To conclude, I would like to stress that the Commission will continue to support Bosnia and Herzegovina as we believe that the future of this country lies in the Union. At the same time, there are outstanding challenges which need to be seriously addressed, requiring substantial efforts from the country's elected leaders. We, the European Union institutions, can help and provide guidance, but it's only they who can deliver on their citizens' aspirations.

In this respect I will visit Sarajevo, most likely at the end of March to take stock of the progress towards forming governments and resuming with the necessary reforms.

But the thing that is necessary and which we have to emphasise and to stress again and again is: everybody in the country tells us they are all in favour of the European perspective, but what we are missing, what we lack is really consistent and coherent action on the ground by all political parties and ethnicities really to move in a united, coherent way towards this goal, which is a goal of more than 80% of citizens in this country.

Knut Fleckenstein, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst auch im Namen von Herrn Papadakis, der heute nicht hier sein kann, herzlichen Dank für die gute Arbeit an Cristian Preda. Der Bericht ist ziemlich vollständig, sehr detailliert und zeigt die wirkliche Situation, so wie wir sie auch sehen. Der Weg in die Europäische Union ist für Bosnien und Herzegowina offen. Ich möchte klarstellen, dass auch wir Sozialdemokraten wollen, dass Bosnien und Herzegowina diesen Weg in die EU findet. Und gerade weil wir es wollen und aus Sympathie zu den Menschen im Land will ich ein paar kritische Sätze anmerken.

Wir wünschen uns, dass die notwendigen Reformprozesse im Land schneller und besser vorangehen. Nach wie vor ist der Aussöhnungsprozess nicht energisch genug vorangetrieben worden. Immer noch gibt es zu viel Trennendes und zu wenig Gemeinsames in dem Land, immer noch machen die Regierenden keine Anstalten, das Trennende wirklich zu begraben.

Das Dayton-Abkommen war eine große Kraftanstrengung und eine hervorragende Leistung, um den Krieg zu beenden, aber ganz offensichtlich hilft es nicht dabei, einen gemeinsamen Staat zu etablieren. Deshalb muss unserer Meinung nach von Brüssel aus eine Initiative für ein Dayton-II kommen.

Immer wieder, wenn ich in dem Land bin, habe ich den Eindruck, dass sich immer mehr Menschen nach dem Miteinander sehnen und die verantwortlichen Politiker hinter dieser Entwicklung zurückbleiben. Die Verantwortlichen in Bosnien und Herzegowina werden sich eines Tages der Bevölkerung stellen und erklären müssen, warum sie alten nationalen Gefühlen nachhängen, anstatt ein modernes neues Bosnien der EU näher zu bringen.

Bas Belder, namens de ECR-Fractie. – Voorzitter, in de herfst van vorig jaar verscheen er in Wenen een interessante wetenschappelijke analyse onder de titel “Eerlijke makelaar of concurrent voor de EU? Turkije en zijn rol op de Balkan.”

De relaties tussen Ankara en Sarajevo figureren prominent in deze analyse. Die zijn een natuurlijk voortvloeisel uit de nauwe persoonlijke en politieke banden tussen president Erdoğan en diens Bosnische ambtgenoot Izetbegović.

Met deze constatering kom ik bij paragraaf 40 van het solide verslag van mijn geachte collega Preda. Daarin is immers sprake van de groeiende invloed van buitenlandse machten in Bosnië en Herzegovina.

Mijn vraag aan de Raad en de Commissie: denk na over de titel van de genoemde wetenschappelijke analyse: “Turkije eerlijke makelaar of concurrent voor de EU in Bosnië en Herzegovina?” De stichting van een nieuwe pro-Turkse, pro-Erdoğan lobbyorganisatie ‘Unie van Europese Balkan Democraten’ in Bosnië onderstreept het politieke belang van deze vraag.

Van groter belang is nog een duidelijk Europees antwoord, want groeiende Turkse invloed op de Balkan zal de spanningen tussen etnische en religieuze groeperingen aanwakkeren. En die weg willen we absoluut niet op. Ik dank u.

Jozo Radoš, u ime kluba ALDE. – Poštovani predsjedavajući, gospodine povjereniče, kolegice i kolege, najprije zahvala, naravno, gospodinu Predi na dobroj suradnji i na dobrome izvješću. Ovo je zadnje izvješće u ovom sazivu Parlamenta i nakon pet godina prilika je da se ocijeni djelovanje, odnosno uspjeh Bosne i Hercegovine na tom putu. Dakle, napravljeni su neki mali tehnički pomaci unaprijed, programska reforma je donesena, koordinacijski mehanizam, podnesen je zahtjev za članstvo, odgovoreno je na prvi set pitanja. Jednako tako su donesene neke sektorske strategije, ali temeljni problem zemlje, a to je njena nefunkcionalnost i unutarnji sukobi i podjele, uglavnom po etničkim linijama, taj problem Bosne i Hercegovine ostaje i može se čak tvrditi, pitanje je stava i subjektivnog dojma, može se tvrditi čak da je situacija danas gora u tom smislu, u pogledu unutarnjih odnosa, funkcionalnosti države, nego što je bila prije pet godina.

Svakako je dobra stvar da je Europska unija, sva njena politička tijela, donijela jasan stav o važnosti Bosne i Hercegovine, kao i ostalih zemalja s tog prostora i potrebe priključenja tih zemalja Europskoj uniji. To je dobra stvar.

Komisija radi također dobro, makar bi izvješća mogla biti na neki način dosljednija. Često između opisa i konačne ocjene postoji razlika, ne postoji hijerarhija ciljeva. Komisija bi, dakle, tu mogla puno bolje raditi, ali očito to što smo radili ovih proteklih pet godina nije dovoljno. Trebat će još snažniji angažman Komisije i puno politički fokusiranijeg djelovanja i Europskog parlamenta i Vijeća Europske unije da bi Bosna i Hercegovina bržim koracima krenula prema vlastitoj stabilnosti i prema Europskoj uniji.

Igor Šoltes, v imenu skupine Verts/ALE. – Gospod predsednik, Torej, Bosna in Hercegovina je država mnogoterih nasprotij. Država tudi, ki ima mnogo skupnega, in skozi njeno zgodovino so se risale različne struge, tako kot se je skozi zgodovino vila reka Drina in zelo priporočam vsem tistim, ki še niste brali, knjigo nobelovca Andrića Most na Drini, ker tako lahko še lažje razumete to raznolikost in hkrati umetnost sobivanja in sožitja.

Bosna in Hercegovina je krenila proti evropskim integracijam in seveda na tej poti, ki ni lahka, jo čaka kar nekaj ovir. Vsi si seveda želimo, da bi države zahodnega Balkana postale tudi del evropske družine, ampak seveda treba je iti tudi skozi določen proces prilagajanja in pa seveda tudi sprememb in reform, ki to pot potem tudi opravičijo.

V tem poročilu, ki ga imate pred sabo, so različna mnenja ali pa različni pogledi, predvsem je pa skupno to, da je še veliko stvari, ki jih je potrebno storiti, da je še velik prostor za izboljšave, od seveda vprašanja korupcije, organiziranega kriminala, reform na področju pravosodja, ekonomije, socialne varnosti, odnosa do manjšin, tudi okoljskih izzivov ne manjka, tudi svoboda medijev in pa edukacije.

Predvsem pa bi želel za konec reči še to: predvsem ko govorimo o Bosni, moramo misliti tudi na ljudi, ki živijo tam, seveda na njihovo prihodnost, in tega se mora zavedati kljub razlikam tudi politika, ker definitivno močna Bosna pomeni seveda tudi močno Evropo.

Jaromír Kohlíček, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, Bosna a Hercegovina je jednou z bývalých jugoslávských republik s nejsložitější strukturou obyvatelstva. Kromě toho, že zde žije celé spektrum různých národností Balkánu, ustavila se v průběhu staletí zvláštní náboženská struktura obyvatel. Ve městech převládali muslimové, na venkově pravoslavní. V malém území na severovýchodě země žije tradičně obyvatelstvo vyznání katolického. Takzvaní Srbové, takzvaní Bosňané a takzvaní Chorvaté mluví vesměs třemi dialekty společného jazyka bez ohledu na náboženství. Po krvavé válce podporované vnějšími silami se na teritoriu ustavily dvě strukturální jednotky. Jedna z nich na severovýchodě – Republika srbská – a druhou je muslimsko-chorvatská federace.

Je pro mne zcela nepochopitelné, že Evropská unie se od začátku snaží tento stav změnit bez ohledu na přání obyvatel země. Daytonská mírová dohoda přece stanoví určité postupy a pro vyjednávání kterékoliv země o vstupu do Evropské unie není možné vyžadovat jako součást vyjednávacích podmínek změnu státoprávního uspořádání. Bosna a Hercegovina má řadu problémů, které jsou daleko podstatnější pro život místních obyvatel. V první řadě jde o propojení energetických sítí se sousedními státy, zlepšení železniční a silniční infrastruktury a jasnou dohodu o pravidlech soužití s významnými sousedy, zejména se Srbskem, a jak tady zmínila kolegyně, s Chorvatskem.

Pokud jde o stále nasazování psí hlavy vedení Republiky srbské, zamlčování zločinů spáchaných při válce chorvatskými a muslimskými jednotkami, a to včetně tzv. masakru u Srebrenice, potom mě tyto snahy silně znepokojují. Pomoc Evropské unie musí spočívat nejen v neustálém kladení nových požadavků, ale i v praktické spolupráci při rozvoji školství, ekonomiky, institucí v sociální a zdravotní oblasti. Vzhledem k tomu, že zpráva je nevyvážená, nemohu toto znění podpořit.

Bill Etheridge, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, whenever I hear of these discussions and reports on integration and bringing in new nations into the EU, I find myself feeling like I'm in my favourite TV series. I'm a big fan of Star Trek and I don't know if you've ever seen it but there's an organisation there, a life form called the Borg and what they say, they have a quote they use: 'We are the Borg. Lower your shields and surrender your ships. We will add your biological and technological distinctiveness to our own. Your culture will adapt to service us. Resistance is futile'. And they travel around the universe in huge hermetically-sealed, hi-tech, temperature-controlled, artificially-lit structures and what they do is they find a way of creating thralls. People who will become part of them and serve them.

Now, when we look at this in the terms of the reality here, we have a situation where the EU Empire seeks to bring more people in, but they don't do it with violence and attacking people, of course, it's done with grants, loans, trade and the promise of betterment. But the point is, when you continually expand in this manner, especially into very sensitive areas like this, you need to be very careful what you do. You also need to be extremely careful of thinking, where is the money going to come from, because you continue to incorporate more and more nations into this organisation and, constantly seeking to expand, you seem to be forgetting that at some point in the very near future you're going to be running a lot lower on money because – certainly if there isn't a deal reached soon with Brexit – you're going to be tens of billions of pounds short. So, I think you need to be very careful in what carrots you offer to people before you try to assimilate any more of the world.

Mario Borghezio, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione della Bosnia, come emerge anche in maniera onesta e chiara da questa relazione, è un po' una metafora delle enormi difficoltà che si hanno nel lungo e difficile e difficoltoso cammino dell'adesione all'Unione europea.

Siamo di fronte a un paese che ha fatto ben pochi progressi dal momento in cui si è aperto questo processo. E possiamo anche domandarci se questa Unione europea, con la limitatezza dei suoi orizzonti prevalentemente economici e finanziari, abbia fatto tutto quello che era necessario fare, sia direi all'altezza della situazione per condurre per mano questi popoli e queste situazioni, questi paesi la cui complessità derivante dalle ragioni storiche che tutti ben conosciamo, gli pongono, e la sua stessa posizione geopolitica dimostrano essere, lo forzano a essere crocevia di problemi e anche di pericoli.

E per quanto riguarda i pericoli, non possiamo certamente non sottolineare la gravità del rischio dell'infiltrazione dei combattenti stranieri, e quindi dei combattenti del terrorismo islamista. Questo è un pericolo molto grave.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, first, my thanks and appreciation to the rapporteur for his devoted and good work on this issue over the past five years. The past months, unfortunately, have not seen major progress in Bosnia and Herzegovina (BiH) on its European accession path. The main message to the political leaders of the country is to finish constituting all the relevant bodies, submit the remaining follow-up answers to the questionnaire and immediately adopt the rules of procedure of the Stabilisation and Association Parliamentary Committee (SAPC).

There is an exhaustive list of issues that BiH needs to address. The sense of urgency is as present as ever. Commitment to the reform agenda, and reforms aimed at achieving a fully functioning state with the rule of law at its core, are the main tasks ahead. The EU stands ready to facilitate the difficult discussions on electoral and constitutional reforms. I urge the political leaders of BiH to use this opportunity and offer of EU help.

I would also like to commend those in BiH who fight for freedom of expression and against hate speech and religious hatred, and who promote inclusion, such as the high-school students from Jajce who were awarded the 2018 Max van der Stoep Award in recognition of their outstanding courage and inspirational activism.

As this is the last discussion on BiH in the current parliamentary term, I want to say that I really believe in the European perspective for Bosnia and Herzegovina, in the power of the voice of Bosnians, and in their power to fight for a European future for their country.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedavajući, premda od 2015. u Europskom parlamentu redovno raspravljamo o godišnjem izvješću o Bosni i Hercegovini, a ne o izvješću o napretku, politička stvarnost je da napretka uglavnom nema. Štoviše, u zadnje vrijeme evidentno je nazadovanje. Riječ je o manjku političkih, gospodarskih i socijalnih reformi, što potiče ionako loše međustranačke odnose i blokade institucija. Prošlu su godinu izrazito obilježili preduga predizborna kampanja, ali i postizborni sukobi jer su izbori održani bez usklađivanja izbornog zakona s presudom ustavnog suda.

Parlamentarna dimenzija suradnje s Bosnom i Hercegovinom nažalost i dalje ne postoji. Poslijeizborni događaji potvrđuju opravdano pozivanje na poštovanje načela jednakopravnosti, supsidijarnosti i federalizma koji se nalazio u izvješćima od 2013. To je neophodno da bi Bosna i Hercegovina dovršila tranziciju u djelotvornu, uključivu i potpuno funkcionalnu državu zajamčene jednakosti i jednakopravnosti. Nažalost iz ovogodišnjeg dokumenta su izostavljeni ti ključni elementi. Smatram to ozbiljnim korakom unatrag zbog čega ne mogu podržati ovo izvješće.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, izvješće pokazuje da je Unija nažalost zacementirana na pozicijama koje ne uvažavaju realnost. Izražava se žaljenje što je izborna kampanja bila usredotočena na, citiram, „probleme podijeljenosti iz prošlosti”, što dokazuje da Bruxelles ne razumije da etnička podijeljenost u BiH nije samo stvar ratne prošlosti, nego i sadašnjosti i budućnosti.

U BiH je zajednički identitet slabašan i podjele su realnost koja neće prestati postojati samo zato što neki to jako žele. Pogotovo ne u postojećim okolnostima koje je i EU pomogla stvoriti. Predugo je ova divna zemlja u kojoj sam i sama rođena bila laboratorij za društvene pokuse svjetskih moćnika!

Europska unija koja toliko zagovara demokraciju i raznolikost dozvoljava da se u BiH zatire i jedno i drugo. Hrvatima je i na ovim izborima drugi narod izabrao hrvatskog člana Predsjedništva, dok EU institucije pričaju o zajedništvu. Ne može biti zajedništva tamo gdje nema uvažavanja osnovnih političkih prava jednog naroda.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, mon collègue, M. Preda, est toujours dans le vent européiste d'une Europe qui ne fonctionne pas et qui n'a jamais fonctionné.

Une fois de plus, nous tentons de faire de la Bosnie-Herzégovine, un État post-national et de ne pas reconnaître les trois nationalités avec chacune des droits constitutionnels.

Cette stratégie ne peut que conduire à la domination de la population musulmane, majoritaire, et à l'instabilité chronique. Sa condamnation du discours nationaliste est implicitement une condamnation de la république serbe.

Il y a toujours la volonté de l'Union européenne et de l'OTAN de jouer une stratégie de destruction d'une Europe culturelle et spirituelle, avec ses identités et ses nations.

L'intégration de la Bosnie en Europe, c'est toujours le refus de l'Europe des nations et des identités nationales. Cette Europe est finie, elle n'a d'ailleurs vraiment jamais existé. Il faut bâtir l'Europe de la coopération des nations.

Tanja Fajon (S&D). – Gospod predsednik, veseli me, da danes vendarle razpravljamo o poročilu o napredku v Bosni in Hercegovini. Če kdaj, država potrebuje našo pomoč prav zdaj.

Nedavni obisk treh članov predsedstva v Bruslju je vnovič vlil upanje, da kljub številnim nesoglasjem med bošnjaškim, hrvaškim in srbskim voditeljem, obstaja tudi veliko skupnega. Med drugim konsenz o nadaljevanju na poti približevanja Evropski uniji. Obljube skupnega vodstva Bosne in Hercegovine so zaman, če jih ne uresničijo v praksi.

Pogoji, ki jih mora država izpolniti, so jasni: čimprejšnje oblikovanje vlade, dostava odgovorov na dodatna vprašanja Komisije in nadaljevanje reform, tako s področja vladavine prava, kot tudi socialno ekonomskih.

V zadnji razpravi v Evropskem parlamentu želim opozoriti še na dvoje. Prvič, parlamentarne kolege in države članice pozivam, da v letu evropskih volitev ne pozabijo na politiko širitve in Bosno in Hercegovino, četudi to ne prinaša političnih točk. In drugič, voditelje v Bosni pozivam, da skupni cilj približevanja Uniji uporabijo za preseganje razlik med različnimi političnimi in etničnimi silami v državi.

Željana Zovko (PPE). – Poštovani predsedavajući, uvaženi povjerenice Hahn, pozdravljam dogovor koji su u nedjelju postigli lideri hrvatske i srpske konstitutivne zajednice u Mostaru za ubrzanje formiranja novog Vijeća ministara sukladno vašim preporukama i preporukama visoke povjerenice Mogherini koji ste dali nakon izbora.

Vođe bošnjačke konstitutivne zajednice trebamo ohrabriti da se pridruže ovim naporima da se osnuje Vijeće ministara jer mi smo itekako suočeni u Bosni i Hercegovini s gorućom krizom, poglavito u kantonu Bihać gdje se poziva na funkcionalno Vijeće ministara i mislim da je za to krajnje vrijeme.

Sa zabrinjavajućom zebnjom gledam pozive bošnjačkog lidera, gospodina Komšića i njegove prijetnje upućene Republici Hrvatskoj. Nadam se da će s tim ubrzo prestati i da će uskoro prestati i nekonstruktivni način obraćanja jednoj susjednoj zemlji i jednoj članici Europske unije.

Očekujem od vas što veću pomoć od strane Bruxellesa i da konačno prijedemo iz daytonske u bruxellesku fazu jer Dayton se već odavno prekršio, a Bruxelles još nije ni počeo.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedavajući, gospodine povjereniče, prije svega zahvaljujem kolegi Predi što je prihvatio neke moje prijedloge te su oni ugrađeni u izvješće o kojem danas raspravljamo. No kad govorimo o situaciji u Bosni i Hercegovini čini se da unatoč naporima koje ulažemo i preporukama koje dajemo sve ostaje mrtvo slovo na papiru. Unatoč zahtjevu Vijeća i Parlamenta, u Bosni i Hercegovini nije promijenjen izborni zakon, što je rezultiralo dodatnom diskriminacijom Hrvata koji kao konstitutivni narod čak nisu u mogućnosti izabrati niti svog člana predsjedništva. To je samo kontinuitet sustavne diskriminacije spram Hrvata u Bosni i Hercegovini koja se događa u svim segmentima njihova života.

Mjesto Bosne i Hercegovine je u Europskoj uniji. To želim svim srcem. No Bosna i Hercegovina prvo mora postati funkcionalna država jer je trenutačni institucionalni i pravni okvir nezadovoljavajući i neodrživ i zato Dayton treba doživjeti nadogradnju i izmjenu.

S druge strane, posebnu pažnju moram ovdje skrenuti na pitanje zaštite okoliša. Unatoč tome što su usvojeni moji amandmani kojima se poziva Bosnu i Hercegovinu da rad rafinerije u Bosanskom Brodu uskladi sa standardima zaštite okoliša, tu i dalje nema pomaka i građani Slavenskog Broda trpe posljedice zbog toga. Od Bosne i Hercegovine kao potpisnice međunarodnih okolišnih konvencija očekujemo da se počne pridržavati njihovih odredaba.

Zabrinuti smo i porastom radikalizacije te povratkom stranih boraca u Bosnu i Hercegovinu, što predstavlja sigurnosni izazov za cijelu regiju. Stoga pozivam vlasti Bosne i Hercegovine da daju pravi i beskompromisni odgovor na to goruće pitanje.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Auch 20 Jahre nach Dayton hat sich Bosnien und Herzegowina noch nicht von den Folgen dieses Krieges erholt. Appelle und wohlmeinende Zusicherungen gab es viele und viel zu viele, weil ihnen niemals Taten folgten. Deshalb gibt es immer noch diese ethnischen Spannungen. Ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit hat sich ausgebreitet, und externe Einflussnahme ist allorten spürbar. Das Land ist zum Spielball geopolitischer Interessen geworden.

Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesem Dilemma herauszukommen: eine europäische Perspektive. Dazu braucht es aber viel mehr als eine jährliche Debatte im Europäischen Parlament. Es braucht eine neue Dynamik, die von uns ausgehen muss. Die Menschen, allen voran die Jugend, wie die jüngsten Proteste gezeigt haben, warten darauf.

Lassen Sie mich eine junge Frau, eine Studentin, aus Jajce zitieren: Für unsere Generation ist es nicht wichtig, wer welche Nationalität hat und welchen Glauben, sondern dass wir eine gute Zeit zusammen haben.

Procedura «catch the eye»

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Prawie 25 lat temu byłem w Sarajewie z pomocą humanitarną w tysięcznym dniu oblężenia tego miasta, teraz, niedawno – z wizytą Parlamentu Europejskiego przede wszystkim pokazującą, czy też monitorującą stan bezpieczeństwa. Muszę powiedzieć, że wołałbym nie wracać do tamtej sytuacji sprzed 25 lat, do takiej wojny, do tych napięć, ale niestety sytuacja dziś właśnie w tym państwie jest pełna napięć i pełna zagrożeń. Trzeba pamiętać, że oferta Parlamentu Europejskiego, Unii Europejskiej dla tego państwa była ofertą mobilizującą. Ale ten element mobilizujący przestaje działać. My nie mamy czasu na to, aby takimi projektami, takimi zachętami tego typu państwa w tej sytuacji wyciągać z wewnętrznych kryzysów. Potrzebna nam jest gradacja celów, niezwykła konsekwencja i przede wszystkim spójność wszystkich zachowań, które z Parlamentu Europejskiego do tego kraju płyną.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Poštovani predsjedavajući, Bosna i Hercegovina stoji. Bosna i Hercegovina ne ide naprijed. Glavna krivica je na njihovim političarima. To pratim od 1991. godine, otkad sam u politici, znam točno što se zbiva u Bosni i Hercegovini i, nažalost, moram konstatirati da bosanskohercegovački političari nisu dorasli potrebama naroda u Bosni i Hercegovini.

Ali me raduje to da su vjerski velikodostojnici čak napredniji i avangardniji od političara u Bosni i Hercegovini. Paradoksalno, na Balkanu, ali čini mi se da je to tako i tu ima malo nade.

Proporcija koju gospodin Hahn ulaže u napore da Bosnu i Hercegovinu približi Europskoj uniji je nešto za čestitati, ali želim vas upozoriti na jedan problem, problem migranata u Bosni i Hercegovini, pogotovo u Unsko-sanskom kantonu. Brinimo o tome jer je to na granici s Europskom unijom.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já chci podpořit zprávu pana kolegy Predy, je podle mého názoru kvalitní a vyvážená a děkuji za ni. Já jsem přesvědčený, pane komisaři, že my permanentně, trpělivě musíme nabízet balkánským národům evropskou budoucnost. To znamená, pokud zde hovoříme o tom, že reformy v Bosně a Hercegovině nejsou příliš úspěšné, nemůže to vést k tomu, že by Evropa měla polevit a s Bosnou a Hercegovinou omezit dialog. Pokud tak učiníme, bude to obrovská geopolitická chyba a prostor vyplní Rusko, které dnes se srbskou částí etnika z tohoto státu významně komunikuje. A to si zkrátka nemůžeme dovolit. Takže já prosím, zohledněme i tyto geopolitické pohledy a pojďme tedy znovu trpělivě se pokoušet pomoci Bosně a Hercegovině v reformách, které by ji přiblížily k Evropské unii, tak aby konečně tato země mohla získat statut kandidátské země. Je to pro nás mimořádně důležité, pokud tak neučiníme, pak na Balkáně bude posilovat Rusko, Turecko a jiné země.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ποιοι άναψαν τους εθνικισμούς στη Βοσνία και αλλού για να διαλύσουν τη Γιουγκοσλαβία; Το NATO και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Και η κατάσταση στη Βοσνία συνεχίζει να είναι από τις τελευταίες εκκρεμότητες για την ευρωατλαντική ενσωμάτωση των δυτικών Βαλκανίων, εν μέσω οξυτάτων ανταγωνισμών Αμερικάνων, NATO και Ευρωπαϊκής Ένωσης με τη Ρωσία και την Κίνα. Οι εθνικισμοί που καλλιεργήθηκαν δεν λένε να κοπάσουν. Πυροδοτούν συγκρούσεις και αλλάζουν σύνορα, είκοσι χρόνια μετά, όπως τώρα με το Κόσοβο και τη Σερβία, ανοίγοντας την όρεξη και σε άλλους που διεκδικούν αλλαγές συνόρων, όπως η Τουρκία. Η επαίσχυντη, νατοϊκής κοπής, συμφωνία των Πρεσπών μεταξύ Τσίπρα και Ζαεφ προβάλλεται σαν παράδειγμα διευθέτησης, όχι για επίλυση διαφορών, αλλά για την υπερίσχυση των ιμπεριαλιστικών συμφερόντων στα κρίσιμα Βαλκάνια. Παράδειγμα, η μετατροπή —και πάλι— τις τελευταίες ημέρες του λιμανιού της Θεσσαλονίκης σε νατοϊκή βάση, κάνοντάς το δυνητικό στρατιωτικό στόχο των αντίπαλων συνασπισμών, κάτι που διαψεύδει τον μύθο του ΣΥΡΙΖΑ περί σταθερότητας με NATO και Ευρωπαϊκή Ένωση. Ασφάλεια, ειρήνη και φιλία των λαών στα Βαλκάνια σημαίνει ένα πράγμα: να φύγουν το NATO, οι Αμερικάνοι και η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for keeping up the pace of the work, not just in Bosnia and Herzegovina, but even in the region. It's impressive, actually.

I agree with the rapporteur that the pace of reforms in the country has been slowed down by the elections. We are still waiting for the formation of the government, we don't have formal cooperation with the Parliament and rule of law has not been improved as we had hoped. But there are encouraging signs, both in the long term and the short term. In the short term, there is better economic governance, we have seen the encouraging results in the local elections, we have a decreasing number of returnees from the areas affected by terrorism, and we have seen three Presidents come here and work together. It's actually the first time in my life that I have seen them together.

So it is extremely important to keep up the pace of the European perspective. It gives the perspective to the country and is a motor for the reforms. Thank you for doing that.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο ανταγωνισμός Ηνωμένων Πολιτειών και Ρωσίας στα Βαλκάνια οξύνει τις αντιθέσεις και, βεβαίως, τα προβλήματα που δεν μπόρεσε να λύσει το Ντέιτον, τα οποία έχουν σχέση με την ειρηνική συνύπαρξη των εθνοτήτων και των μειονοτήτων στη Βοσνία, εντείνονται. Είναι βέβαιο ότι πρέπει να επαναλάβουμε αυτά που είπαμε και το 2017 σε αυτήν την αίθουσα: ότι θα πρέπει να υπάρξει δίκαιη αντιμετώπιση των μειονοτήτων μέσα στη Βοσνία-Ερζεγοβίνη, ότι οφείλει η κυβέρνηση να αντιμετωπίσει τα τεράστια προβλήματα που υπάρχουν σε σχέση με τη διαφθορά και το οργανωμένο έγκλημα, ότι πρέπει να εξασφαλιστεί η προστασία —ιδίως των Ρομά, η εφαρμογή του κράτους δικαίου, η αξιοκρατία στη δημόσια διοίκηση και, γενικότερα, η προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Θεωρώ, λοιπόν, ότι όλα αυτά που είχαμε πει και παλαιότερα δεν έχουν μπορέσει να επιλυθούν στην πορεία της Βοσνίας-Ερζεγοβίνης προς την Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρόκειται για ένα εγχείρημα το οποίο φαίνεται ότι δεν μπορεί να επιτευχθεί.

Ivana Maletić (PPE). – Poštovani predsjedavajući, pozdravljam povjerenika. Ono što želim naglasiti je da je sigurnost i stabilnost Bosne i Hercegovine ključna za sigurnost i stabilnost čitave Europske unije. Ne možemo govoriti o političkoj stabilnosti kada jedan konstitutivni narod ne može izabrati svog predstavnika i ravnopravno sudjelovati u procesima donošenja odluka u institucijama Bosne i Hercegovine. Izborni zakon se mora promijeniti. To su, naravno, naglasili i drugi kolege i zato ću se okrenuti još na jedno područje koje možda nije bilo dovoljno naglašeno, a to je naš utjecaj u Bosni i Hercegovini, odnosno sudjelovanje Europske unije u razvojnim programima i procesima Bosne i Hercegovine.

Zapitajmo se koliko smo projekata isfinancirali uz garancije Europskog fonda za strateška ulaganja u Bosni i Hercegovini: nula. Koliko smo IPU dobro iskoristili, je li stopostotna ugovorenost, jesmo li pokušali razviti i neke druge, dodatne projekte koji će pomoći državi u integracijama? Što smo napravili vezano uz zajednička donošenja odluka, organiziranja konferencija? Mislim da možemo puno više.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, the Commission welcomes the expected adoption of the resolution on Bosnia and Herzegovina. I would again like to congratulate the rapporteur, Mr Preda, for his high-quality report. I would also like to thank all the Members who have actively participated in its production and in today's debate and have shown a keen interest in Bosnia and Herzegovina's European future.

The Commission takes note of this resolution and will take Parliament's views into account, including those expressed today. We particularly share Parliament's view that the authorities stemming from the October 2018 elections should be formed as soon as possible, without conditions, and that work on the necessary reforms should be resumed. This is particularly necessary against the backdrop of the upcoming Commission opinion on Bosnia and Herzegovina's application for EU membership, provided we receive the outstanding answers to our questions.

I have also taken note of the call to Bosnia and Herzegovina to ensure the functioning of the Stabilisation and Association Agreement and of the associated parliamentary committee, in line with the EU's standards and the country's commitments under the agreement. I will raise this issue with the Bosnia and Herzegovina leadership, and the Commission will review the implementation of the Stabilisation and Association provisions by Bosnia and Herzegovina in the forthcoming opinion.

Finally, I would like to stress that the Commission will spare no effort in supporting Bosnia and Herzegovina on its path towards the European Union. As Ms Maletić and others said, this includes, for instance, identifying and creating new opportunities in terms of programmes and even financing.

The Commission will, of course, keep Parliament informed in the coming months on future developments regarding Bosnia and Herzegovina. Once again, thank you for your support.

George Ciamba, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, once more let me reiterate our gratitude for the excellent work of the rapporteur and also for all the support he got from Parliament.

Romania's Presidency of the Council has put it as a priority to be a friend of the Western Balkans and is going to do its best to advance the region and the countries of the region on their European path. We are fully decided to help all of the countries of the Western Balkans. Of course, they need to pass the reforms needed and I think that in the case of Bosnia and Herzegovina there is an urgent need for formation of the government at all levels and to decisively move with the implementation of reforms. This would help us as well.

I am planning too to go to Sarajevo and I think the Romanian Presidency is going to pay a visit to all the countries of the Western Balkans, before, I think, the crucial discussion we will have in the Council in June. At the same time, one of the events of the Romanian Presidency of the Council is exactly about how to reconcile the region with the past. It's an event that is focused on the youth of the region and how important it is to overcome the divisive rhetoric and to have a real historical reconciliation in the region.

Cristian Dan Preda, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, je vais commencer par la suggestion faite par le ministre, M. Ciamba, car je trouve que c'est vraiment une excellente initiative de travailler avec les jeunes, de leur parler de l'Europe et de voir comment cette réconciliation pourrait être faite. Comme on a pu le constater aujourd'hui, le débat sur la Bosnie-Herzégovine est allé dans toutes les directions: notre collègue britannique a fait intervenir Star Trek dans le débat, le collègue grec parlait de l'OTAN au port de Thessalonique, et j'avais envie de lui demander, si l'on parle des vrais enjeux stratégiques, pourquoi le port du Pirée a-t-il été donné aux Chinois. Mais avec la Bosnie-Herzégovine, il est tout de même question de l'un de nos pays des Balkans occidentaux. Ce pays-là, c'est un pays européen grâce à l'action de nos amis croates: 95 % pourcent des Croates de Bosnie-Herzégovine sont des citoyens européens et je l'ai toujours dit: il n'y a pas de député européen, en particulier, et pas de nation européenne plus proche de la Bosnie-Herzégovine que les Croates. Mais il faudrait peut-être que les Croates pensent aussi aux autres, et pas seulement à eux-mêmes. Ils seront de vrais partisans de l'intégration de la Bosnie-Herzégovine le jour où ils parleront aussi des autres et pas seulement des Croates, qui sont déjà des citoyens européens.

Permettez-moi aussi de suggérer à nos amis socialistes et à nos amis libéraux de faire un petit effort et d'intégrer des partis politiques de Bosnie-Herzégovine dans leur réseau parce que nous, le PPE, sommes très bien représentés là-bas, mais il n'y a ni parti libéral ni parti socialiste en Bosnie-Herzégovine. Comment voulez-vous les aider si vous n'avez pas de contacts, si vous ne travaillez pas avec vos amis sur place? Je sais que ce n'est pas facile, mais pour véritablement aider la Bosnie-Herzégovine à devenir européenne, il faut passer de cette rhétorique à une vraie action sur le terrain.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà mercoledì 13 febbraio 2019.

(La seduta è sospesa per pochi istanti)

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Bosznia-Hercegovina uniós tagfelvételi kérelmet nyújtott be, mellyel elismerte az Unióhoz való elkötelezettségét, de sajnos 2017 közepe óta lelassult az EU-val kapcsolatos reformok elfogadása az országban. Sajnálatos, hogy a 2018. október 7-ei általános választásokat megelőző választási kampányt nacionalista és etnikai retorika uralta, szegmentáció jellemezte, és nem a polgárok mindennapi problémáinak megoldására koncentráltak, mely tovább mélyíti a három államalkotó nép közötti szakadékot. Mint számos más felszólalásomban, itt is kihangsúlyoznám, hogy a politikai vezetőknek mindent meg kell tenniük, hogy kerüljék el a nacionalista retorikát, amely megosztja az ország lakosságát és olyan politikai üzenetet kell közvetíteniük, amely az együttműködést segíti, kiegyensúlyozottá teszi az országban élő három nép kapcsolatát. Elítélem a megkülönböztetés valamennyi formáját, fontos, hogy minden ország, mely az Európai Unió tagja kíván lenni, tiszteletben kell, hogy tartsa a demokratikus elveket, a nemzetek kulturális és nyelvi sokszínűségét, biztosítania kell az etnikai és nemzeti kisebbségek számára az oktatáshoz, a foglalkoztatáshoz, az egészségügyi rendszerhez való egyenlő hozzáférést, továbbá a nemzeti kisebbségek képviselőinek politikai és közéletben való részvételének lehetőségét. Bosznia-Hercegovinának tiszteletben kell tartania az alapvető emberi jogokat, véget kell vetnie a nyílt diszkriminációnak, ha az Európai Unió tagja kíván lenni.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Oggi la Bosnia sembra essere bloccata in un limbo: da un lato, la necessità di cambiamento verso un consolidamento democratico richiesto a gran voce dalle giovani generazioni. Dall'altro, una politica di «conservazione» dello status quo imperniata su una complessa architettura istituzionale risalente agli accordi di Dayton del 1995 e su perduranti divisioni e rivalità etniche. Lo dimostrano bene i risultati e le modalità delle recenti elezioni «general» tenutesi lo scorso 7 ottobre, senza che venissero colmate le lacune giuridiche e apportate le necessarie modifiche alla legge elettorale – come identificate dalla Corte Costituzionale e dalla Corte europea –, nonostante l'intervento degli ambasciatori dell'UE e degli Stati Uniti in Bosnia-Erzegovina, e la partecipazione della commissione di Venezia. Nonostante il rispetto formale delle procedure e delle elezioni, che sono state definite come competitive ed ordinate, rimane il problema di un sistema-stato che viola la Convenzione europea dei diritti umani. È evidente: c'è bisogno di maggiore impegno per l'implementazione di un percorso di riforme incentrato sui diritti dei singoli individui, a partire da una riforma costituzionale, come indicato peraltro dalla Corte europea dei diritti dell'uomo, affinché tutti i cittadini siano trattati allo stesso modo, indipendentemente dall'appartenenza etnica.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Bosnia and Herzegovina is a very important country in the Western Balkan region. As the region continues its push to be integrated into the European Union, the EU understands the volatility of peace in the region, which explains the EU's extensive support for democracy, freedom, the rule of law, human rights and economic development in that country. Unfortunately, in that country there is an increasing influence of foreign powers and there is a real need for a stronger EU engagement which remains the best way to ensure progress towards European values, stability and prosperity there. The report underlines many issues with which the young country cannot cope, such as human trafficking, the rule of law, corruption, gender equality and respect for human rights. In this context, I call on the EU Commission to increase its financial and political support for that country and to encourage its EU membership. On the other hand, I call on the Bosnian authorities to commit more political will and efforts to the required reforms and to work together in the name of the common future of the Bosnian people and all Bosnian autonomous regions.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Presidente

17. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 17.06)

18. Aussprache mit dem italienischen Ministerpräsidenten, Giuseppe Conte, über die Zukunft Europas (Aussprache)

Presidente. – Signor Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana, grazie per aver accettato l'invito del Parlamento europeo per esporre la visione che ha del futuro dell'Europa il governo italiano. L'Italia è uno dei paesi fondatori e siamo ben lieti di poter avviare con Lei questo dibattito sulle grandi questioni che riguardano mezzo miliardo di persone.

Come Lei sa, il Parlamento europeo è fortemente impegnato su alcune tematiche di grande interesse per i cittadini. Noi vogliamo essere il cuore democratico dell'Europa. Siamo l'unica Istituzione eletta dai cittadini e ci siamo fortemente battuti perché ci fosse un incremento del bilancio dell'Unione europea dall'1,1 all'1,3, puntando sulla questione delle risorse proprie, abbiamo scelto di impegnarci con posizioni chiare anche sulla questione dell'immigrazione. Il Parlamento è favorevole a più investimenti nel continente africano per risolvere il problema a monte.

Sulla questione dei rifugiati, da mesi il Parlamento europeo ha approvato una sua proposta che è sul tavolo del Consiglio e Le chiediamo di essere parte protagonista per l'approvazione di un testo che a nostro giudizio può alleggerire la tensione soprattutto nei paesi del Sud dell'Unione, nei paesi che sono più gravati dalla questione dei rifugiati.

Sulla questione della Brexit il Parlamento europeo insiste molto sulla tutela dei cittadini europei che vivono nel Regno Unito.

Sulle grandi infrastrutture abbiamo votato un incremento sostanzioso dei fondi affinché il sistema infrastrutturale europeo possa favorire la crescita.

Per quanto riguarda la politica estera, noi siamo per una politica estera e di difesa comune. Recentemente abbiamo scelto di chiedere agli Stati membri di riconoscere il Presidente ad interim del Venezuela, il signor Guaidò, in base alla Costituzione venezuelana.

Ultimo punto, proprio che riguarda il Parlamento – è so che questo è un punto che fa parte del programma del suo governo –, vogliamo un Parlamento europeo che conti di più, che abbia il potere di iniziativa legislativa come tutti i parlamenti del modo e che abbia anche i poteri d'inchiesta, che a norma del trattato già c'è ma che ancora non ha potuto esercitare.

Signor Presidente, Le do subito la parola affinché Lei possa illustrare il suo pensiero e il pensiero del governo italiano sul futuro dell'Unione europea.

Giuseppe Conte, *Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana*. – Onorevole Presidente Tajani, onorevole Vicepresidente Katainen, onorevoli deputate e deputati al Parlamento europeo, signore e signori, è davvero un onore per me essere qui oggi, e lo dico con sentimento sincero, davanti a voi per delineare e prefigurare il futuro dell'Europa secondo gli indirizzi del Governo italiano.

Pensando all'impegno per l'avvenire del nostro continente, desidero innanzitutto esprimere un commosso ricordo in memoria di Antonio Megalizzi, un italiano che si definiva innamorato dell'Unione europea, caduto vittima, come ben sapete, qui a Strasburgo due mesi fa, della barbarie del terrorismo.

In un mondo globalizzato, nel quale l'economia sembra avere preso il sopravvento sulla politica e sul diritto, e dove il peso di una scelta economica assunta a molte longitudini di distanza può avere stringenti ripercussioni sui nostri cittadini, dobbiamo interrogarci sulla funzione di cui è investita l'Unione europea, sul ruolo che essa può svolgere, tenuto conto che gli stati nazionali, e quindi i medesimi Stati membri, da soli non sono in grado di rispondere alle complesse sfide globali.

Il comune edificio europeo sta attraversando – dobbiamo riconoscerlo tutti – una fase particolarmente critica. Il progetto europeo sembra avere perso la sua forza propulsiva. La complessa congiuntura storica davanti a noi, rappresentanti delle istituzioni, ci sfida, nell'ambito dei rispettivi ruoli e delle diverse responsabilità, ad affrontare temi di cruciale rilievo.

Come già in passato altri che ci hanno preceduto in corrispondenza di altrettante fasi critiche, siamo chiamati a operare uno sforzo comune, alimentato da un grande senso di responsabilità. Abbiamo il compito di rilanciare il progetto europeo, facendogli riacquistare credibilità e coesione in modo da accrescerne la sostenibilità, l'efficacia, la plausibilità.

Le sfide del tempo presente sono nuove e complesse, richiedono visione e, se mi permettete, anche una qualche dose di creatività, ma soprattutto presuppongono consapevolezza della nostra missione nel mondo. Le grandi domande alle quali siamo chiamati tutti a rispondere sono domande di senso. Quale Europa vogliamo? Di quale Europa abbiamo bisogno? Come ci percepiamo e come rappresentiamo noi stessi? Sono domande che interpellano le nostre coscienze e meritano la massima considerazione e autenticità di risposte. Perché siamo nella sede del Parlamento europeo, eletto direttamente dai cittadini dell'Unione, depositario sostanziale e autentico della sovranità europea.

Siamo – dovremmo essere – innanzitutto un popolo: il popolo europeo. Il progressivo avanzamento nel percorso di integrazione ci ha reso realmente popolo, comunità di destino, al di là di ogni *factio* giuridica? Certamente il percorso di definizione e di costruzione di un popolo europeo ha vissuto momenti significativi di avanzamento. La storia dell'Europa moderna e contemporanea è stata segnata da profonde divisioni, da lacerazioni e contrasti, che hanno definito e forgiato un populismo articolato e ricchissimo di lingue, identità culturali, tradizioni.

Purtuttavia, quelle società hanno conosciuto una irreversibile e feconda contaminazione culturale, giuridica e sociale. Abbiamo sempre più integrato i nostri sistemi economici, i nostri modelli educativi, le nostre legislazioni sociali, cedendo spazi di sovranità e trasferendo competenze via via sempre più importanti dagli Stati all'Unione. Abbiamo consentito ai cittadini dei diversi Stati membri di poter circolare liberamente nel territorio europeo, concepito come uno spazio giuridico unitario. La libera circolazione delle persone, più ancora della libera circolazione delle merci e dei capitali, è stata una delle più significative conquiste nel processo di integrazione europea, se solo si considera il carico di odio nazionalista e di ripiegamento identitario che aveva attraversato il continente tra la fine del diciannovesimo secolo e la prima metà del ventesimo secolo, e che era drammaticamente deflagrato nei due conflitti mondiali.

Gli europei, soprattutto i più giovani, non intendono rinunciare a questa libertà fondamentale di movimento, grazie alla quale, in misura così significativa e con una naturalezza sconosciuta alle generazioni passate, hanno potuto accrescere il proprio patrimonio di esperienze umane, culturali e professionali, accogliendo le specificità nazionali sempre più come declinazioni di una stessa sensibilità, come diverse modalità di partecipare a un comune sentire.

Il processo di creazione di un popolo europeo è stato anche fortemente alimentato dalla dimensione giuridica. Frutto maturo di un secolare processo di civilizzazione, la cultura giuridica ha assunto in questi anni un ruolo decisivo nella creazione di un *idem sentire* sino a favorire la formazione di un *demos* europeo.

Al riguardo è stata fondamentale l'azione svolta, ciascuna nel proprio ambito di competenza, dalla Corte europea dei diritti dell'uomo e dalla Corte di giustizia, in stretto raccordo anche le Corti costituzionali nazionali. Per questa via si è realizzato uno spazio giuridico europeo nel quale il cittadino potesse riconoscersi e trovare protezione attraverso un sistema raffinato e compiuto di tutela multilivello dei diritti fondamentali della persona, fondata su un patrimonio condiviso di tradizioni costituzionali. Questo sistema avanzato e articolato di tutela giurisdizionale, ormai direi iscritto con caratteri indelebili nel patrimonio giuridico dell'Unione, rappresenta una conquista di civiltà, senz'altro da difendere e preservare, proprio per gli effetti virtuosi che è suscettibile di produrre nell'immaginario collettivo del cittadino europeo, alimentando la consapevolezza di essere parte di un destino condiviso, di appartenere a un popolo nel senso di comunità partecipe di uno stesso fecondo processo di civilizzazione.

Nonostante tutto questo, però, non siamo ancora riusciti a diventare veramente e compiutamente un popolo; non abbiamo avuto il coraggio di costruire un modello inclusivo che, realisticamente, al di là di ogni retorica, favorisse la creazione di un *demos* europeo. Soprattutto a partire dal 1989 è mancata – ci sono isolate eccezioni, per carità – una visione autenticamente politica dell'Unione europea, una prospettiva di lungo periodo, orientata al futuro, senza la quale ogni progetto si arena, ogni sogno scolora, sopraffatto dalla ordinaria amministrazione. È mancato lo slancio profetico, che invece conobbero i grandi statisti del secondo dopoguerra.

Ad aggravare questa assenza di visione prospettica, negli ultimi trent'anni la *governance* europea si è fortemente ancorata alla pura dimensione economica, in una prospettiva univocamente orientata all'attuazione di indirizzi liberisti, tesi a favorire privatizzazioni di servizi e beni essenziali, riduzione della regolamentazione in settori economici vitali, contrazione del sostegno sociale e delle politiche di *welfare*, che hanno accresciuto nel complesso le disuguaglianze nella ricchezza e nelle opportunità.

Soprattutto con l'acuirsi della crisi economica, la *governance* europea ha sostenuto politiche di rigore, tese esclusivamente a contenere i debiti sovrani entro precisi parametri e a mantenere il tasso di inflazione della moneta comune quanto più possibile contenuto, anche a fronte di una fortissima contrazione dei consumi, con effetti devastanti sul piano sociale.

La politica europea, di fronte a una crisi economica senza precedenti, si è ritratta, impaurita, al di qua della fredda grammatica delle procedure, finendo col perdere progressivamente il contatto con il suo popolo e rendendo sempre più incolmabile la distanza, che non è solo geografica, tra Bruxelles e le tante periferie del continente. Progressivamente e inesorabilmente la politica ha rinunciato alla sua funzione legittimante e rappresentativa, apparendo agli occhi dei cittadini distante e oligarchica, incapace di comprendere i reali bisogni della collettività. È divenuta – lo ha osservato acutamente il politologo Jan Zielonka, un parametro cerimoniale a copertura di operazioni globali molto complesse, largamente incomprensibili se non segrete.

La potente carica oppositiva che il popolo europeo, nelle sue diverse declinazioni, sta manifestando nei confronti delle élite parla alle nostre coscienze: ci ricorda che la politica, asservita alle ragioni dell'economia, ha mancato il suo compito, ha abdicato alla sua missione. Siamo di fronte a un tornante decisivo della storia dell'Europa unita. Ci attendono decisioni fondamentali per il nostro futuro. Questo popolo europeo, riaffacciatosi prepotentemente sul palcoscenico della Storia, chiede con urgenza di essere finalmente ascoltato, chiede un decisivo cambiamento di metodo e di prospettiva.

È un'occasione, io ritengo, preziosa per recuperare il tempo perduto, per invertire il processo di progressivo distacco tra governanti e governati, che se ulteriormente alimentato con il silenzio, l'indifferenza o anche solo il tentativo di minimizzarne la portata, può determinare l'implosione del mondo che avevamo conosciuto.

Non dobbiamo avere paura del conflitto: dobbiamo mostrarci capaci di governarlo. Non dobbiamo reagire al cambiamento opponendo un conservatorismo sterile peggiore, tutto proteso a difendere la cittadella assediata. Al contrario, dobbiamo consentire al conflitto di emergere, di manifestare, nelle forme della democrazia, la sua forza propulsiva, di sprigionare la sua carica innovativa, anche assumendo il rischio di abbandonare alcune sicurezze, di riconsiderare i rapporti di forza, modelli di sviluppo e di crescita rivelatisi inadeguati di fronte alle nuove sfide, non più idonei a reggere l'urto di società impoverite, attraversate da precarietà e solitudine, da delusione e rancore, sentimenti che, se ancora pervicacemente negletti, possono alimentare ribellismo e contestazione dagli esiti imprevedibili, come dimostrano vari fenomeni in atto in alcuni paesi europei.

L'europesismo del ventunesimo secolo, a mio avviso, presuppone inevitabilmente un ripensamento radicale delle forme e degli istituti che hanno caratterizzato la storia dell'integrazione degli ultimi trent'anni. Richiedono urgentemente un'autentica conversione che è anche, per alcuni aspetti, un ritorno alle origini, alle ragioni fondative del sogno europeo. L'Europa che immaginiamo sarà capace di esprimere una forza propulsiva, non semplicemente stabilizzatrice, nell'interesse dei suoi cittadini, degli Stati membri, degli interessi comuni?

La geopolitica è in rapido e continuo mutamento. I nuovi equilibri strategici sono caratterizzati da estrema fluidità, anche considerando che alcune importanti potenze, pur non riuscendo a costituire dei veri e propri poli di attrazione internazionale, vedono crescere costantemente la loro capacità di influenza. In questo contesto, nessuno Stato membro può da solo giocare un ruolo significativo. Di qui l'auspicio che una voce europea unita trovi spazio anche al Consiglio di sicurezza dell'ONU. È una battaglia, questa, su cui l'Unione europea deve muoversi in modo coordinato e deve parlare con una sola voce.

L'Unione europea deve saper parlare al mondo. Un'Unione europea forte, ambiziosa e coesa è innanzitutto necessaria per migliorare la sua capacità di interlocuzione con gli Stati Uniti. Come ho affermato sin dal mio primo discorso al Parlamento italiano, crediamo fortemente nel rapporto transatlantico con Washington: dobbiamo continuare a operare per preservare il valore strategico delle nostre relazioni, in cui prevalgono di gran lunga le cose che ci uniscono, prima di tutto valori e principi, rispetto a ogni possibile differenza e incomprensione.

Al tempo stesso, un'Europa forte è necessaria per accreditarci nel dialogo con i principali *stakeholder* globali. La Russia e la Cina sono parte di ogni soluzione alle principali crisi internazionali, a cominciare da quelle più vicine ai confini e agli interessi europei. Non saprei ravvisare vantaggi per l'Unione europea nel rinunciare al dialogo con la Russia e con la Cina, o nell'illudersi di poter promuovere nei loro confronti politiche isolazioniste.

Dovremo piuttosto promuovere un loro *engagement* a tutto campo.

Ma come si realizza quest'Europa forte di cui condividiamo tutti l'esigenza? Certamente dobbiamo proseguire nel percorso di integrazione della difesa europea, sfruttando tutte le potenzialità racchiuse nell'attuazione della cooperazione permanente e strutturata (la PESCO) e del fondo di difesa europea. Una difesa europea comune non solo non è antitetica all'appartenenza alla NATO, ma può rappresentarne un utile complemento, dando così la dimostrazione concreta che l'Unione europea rimane efficace e capace di progredire, anche per dare più sicurezza ai propri cittadini. Senza dimenticare che un'Unione europea che aspiri ad essere un attore globale non può prescindere dal mantenere stretti legami nel settore difesa e sicurezza con il Regno Unito, anche dopo la Brexit.

Ma il presupposto essenziale per garantire un'Europa forte nel mondo è quello di assicurarne innanzitutto la solidarietà e la coesione, attraverso la responsabilità collettiva degli Stati membri. La migrazione e la *governance* economico-finanziaria sono due sfide emblematiche dell'urgenza di ripristinare fiducia e solidarietà in Europa. È improcrastinabile un cambio di prospettiva sostanziale e questi principi non devono diventare preda di dinamiche divisive tra gli Stati membri sui grandi temi che dovrebbero essere parte integrante del quotidiano dibattito europeo.

I dissidi, anche sul piano bilaterale – e in questi giorni ne abbiamo la chiara conferma – rappresentano più l'effetto che la causa di un'incapacità dell'Europa di proporre soluzioni. È questa incapacità, non i dissidi, che affievolisce la forza propulsiva del progetto europeo.

Alla migrazione l'Europa ha iniziato a guardare tardi. È grazie all'Italia che la questione migratoria è arrivata al centro dell'agenda dell'Unione europea. L'Europa non può continuare ad affrontare i flussi migratori in una prospettiva emergenziale, bensì deve affidarsi a un approccio strutturale in modo da pervenire a soluzioni stabili ed efficaci. Rivolgo anche in questa autorevolissima Aula un appello che ho rinnovato, vedete, in ogni Consiglio europeo, in ogni vertice informale a cui ho preso parte: non si può rinviare oltre la piena attuazione delle conclusioni del Consiglio europeo del 28 giugno dell'anno scorso: senza una strategia di gestione europea multilivello dei flussi migratori, ne risulta compromessa la stessa tenuta dell'Europa unita. Una strategia europea deve affrontare con la giusta priorità, con un approccio multilivello, i movimenti primari. In caso contrario, i movimenti secondari non saranno mai davvero sotto controllo.

Chi arriva in un paese di sbarco arriva in Europa. Aldo Moro sosteneva che nessuno è chiamato a scegliere tra essere in Europa ed essere nel Mediterraneo, perché l'Europa intera è nel Mediterraneo. Questo principio deve essere sempre ricordato, non solo per affrontare nella giusta prospettiva il tema della migrazione, ma anche nel momento in cui è in gioco la stessa sicurezza europea, dal sostegno al processo politico in Libia, al supporto europeo all'Africa e alla stabilizzazione dello scacchiere mediorientale.

L'Italia, vedete, è convinta promotrice della centralità del Mediterraneo per il futuro dell'Europa. Lo testimoniano le mie visite in Algeria e Tunisia nel novembre scorso, la conferenza di Palermo del 12 novembre scorso, le mie visite in Libano ed Iraq la settimana scorsa. Presto visiterò il Marocco. Questa azione è parte della strategia complessiva dell'Italia, che punta a offrire un consistente e dinamico contributo alla stabilizzazione dei principali teatri di crisi, in coerenza con l'impegno dell'ONU e dell'Unione europea, nell'interesse non solo del nostro paese, ma di tutta l'Europa.

L'Europa, guardando oltre il Mediterraneo, deve investire sul piano politico e finanziario sulla collaborazione con l'Africa e per l'Africa, altrimenti la migrazione illegale potrà essere ridotta temporaneamente, ma mai debellata, né potranno essere migliorati i rimpatri, che necessitano di un'azione coordinata dell'Europa e degli Stati membri, anche attraverso l'incentivo della cooperazione allo sviluppo e con un mutuo riconoscimento europeo delle decisioni in materia.

L'impegno del governo italiano in Africa si inquadra in questo approccio che io stesso personalmente sto perseguendo con estrema convinzione. Per questo mi sono recato anche nel Corno d'Africa, una regione che auspichiamo si appresti a vivere la sua primavera, e in Niger e Ciad a metà gennaio. Se l'Europa ambisce ad essere un punto di riferimento anche sul piano dei valori, ebbene, deve farsi promotrice di un nuovo approccio ai problemi dell'Africa: deve perseguire un nuovo modello di cooperazione ispirato al partenariato fra uguali, in uno spirito che vuole accrescere le opportunità e al contempo le responsabilità da entrambe le parti.

Non possiamo rimanere indifferenti al fatto che la maggioranza della popolazione africana, uomini, donne e bambini, vive in condizioni disumane di povertà nonostante le considerevoli risorse naturali di cui dispongono i rispettivi territori, né possiamo rimanere indifferenti di fronte al fatto che buona parte della ricchezza generata dall'economia africana si disperda tra qualche migliaio di società offshore dislocate in paradisi artificiali o comunque vada a beneficio di investitori stranieri.

Sono lieto che la priorità della collaborazione con l'Africa sia stata riconosciuta dalla stessa Commissione europea. Ringrazio Jean-Claude Juncker per il convinto impulso verso questo obiettivo, così importante per il nostro futuro comune. Al riconoscimento di questa priorità deve accompagnarsi lo stanziamento di adeguate risorse finanziarie e l'elaborazione di nuove modalità di intervento. L'Europa deve impegnarsi a redigere un catalogo di *best practice* al fine di pervenire a un modello di cooperazione realmente paritario e sostenibile.

Governare la migrazione, fenomeno strutturale destinato a durare nell'Europa di domani, richiede anche una riflessione nella prospettiva del prossimo quadro finanziario pluriennale 2021-2027. L'Europa deve evidentemente dotarsi di strumenti e meccanismi finanziari stabili e duraturi per governare i flussi migratori dei paesi di origine e transito. È altresì urgente che le tre rotte mediterranee ricevano attenzione politica ed economica di pari intensità e consistenza. L'Unione europea ha destinato 6 miliardi di euro all'accordo con la Turchia. Il *trust fund* dell'Unione per l'Africa è alla perenne ricerca di finanziamenti e ha un gap di almeno 500 milioni di euro rispetto agli impegni assunti.

Non meno complessa è la gestione europea della dimensione interna del fenomeno migratorio. Essa va sganciata dall'illusione che possa essere risolutiva una protezione del confine esterno marittimo europeo, con un'ingente spesa per migliaia di agenti della cosiddetta Frontex rafforzata e con un onere aggiuntivo sui paesi di primo arrivo che avrebbero un impatto anche in termini di sicurezza.

I flussi migratori non si governano da soli, occorrono sforzi condivisi. Come stabilito al Consiglio europeo di giugno, devono riguardare tutti e 28 gli Stati membri. La proposta di riforma del regolamento di Dublino, approvata dal Parlamento europeo nel novembre del 2017, non è sostenibile nell'attuale Unione europea: prevale purtroppo l'indisponibilità della maggioranza degli Stati membri a partecipare a una solidarietà automatica e obbligatoria. Purtuttavia, l'attuazione delle conclusioni del Consiglio europeo del 28 giugno, che si ispirano ai principi di solidarietà e di equa ripartizione delle responsabilità, richiamati peraltro nell'articolo 80 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea, non può essere rinviata oltre.

Di fronte allo scempio delle vite umane abusate, vendute, spezzate, dobbiamo combattere tutti insieme una lotta senza quartiere ai trafficanti e agli aguzzini, che rappresentano un affronto all'umanità, oltre che una minaccia alla nostra sicurezza. Smettiamo di rimanere divisi, cedendo a logiche nazionaliste o regionaliste, e cerchiamo di mettere in pratica un'autentica solidarietà, così da ripristinare un'Europa rispettosa delle vite umane e della propria sicurezza.

L'esigenza di vera solidarietà e condivisione tra Stati membri, senza divisioni fra aree e regioni dell'Unione, si applica anche alla sfida non meno prioritaria del completamento dell'Unione economica e monetaria, soprattutto in una fase in cui le tensioni commerciali globali mettono a rischio la congiuntura economica europea, come confermato dalle recenti stime della Commissione europea sul PIL degli Stati membri.

Auspico che sia dato maggiore ascolto alla rivendicazione da parte italiana e di altri Stati membri dell'Europa del Sud per un urgente riequilibrio fra riduzione e condivisione dei rischi, in favore di un'effettiva convergenza che non lasci indietro la crescita in nome del rigorismo. L'impegno riformatore – e ovviamente mi riferisco in particolare a quello avviato dal Governo italiano con la legge di bilancio 2019 — è sostenibile sul piano sociale, prima ancora che su quello economico, se le riforme strutturali non diventano però una fatica di Sisifo, che soffoca la crescita e mortifica la coesione sociale.

Con la legge di bilancio l'Italia ha intrapreso un percorso di crescita nella stabilità. Pur tenendo i conti in ordine, ci siamo adoperati per garantire un presente e un futuro migliori a cittadini lasciati indietro e la cui urgente aspettativa di cambiamento il Governo italiano ha inteso rappresentare. Allo stesso tempo, l'impulso agli investimenti pubblici, anche attraverso riforme volte a semplificare l'intero quadro regolatorio-giuridico, testimonia l'intenzione di imprimere dinamismo a un'economia che gioca un ruolo centrale per il nostro continente.

La *governance* economica dell'Unione europea deve tener conto dell'esigenza di bilanciare crescita e stabilità, rischia altrimenti di essere insufficiente anche un impulso prezioso per la crescita rappresentato dal piano Juncker, che rappresenta comunque un segnale concreto di riconoscimento europeo della centralità dell'intervento pubblico in favore degli investimenti.

Ma cosa significa superare l'*austerità*? Non significa certo disconoscere il valore della stabilità finanziaria: significa più complessivamente impegnarsi a perseguire anche il valore della stabilità sociale e dello sviluppo sostenibile. Mi fa piacere che Jean-Claude Juncker abbia fatto in tempi recenti un riferimento al fatto che nel caso della crisi greca l'*austerità* è stata forse avventata. Molti di noi ne erano convinti fin da allora. Ciò che va evitato è che qualcuno fra qualche anno si scusi per una mancata gestione europea della migrazione o per una mancata Europa sociale.

L'Europa deve guardare al futuro di chi già oggi rischia di non avere opportunità nell'Europa di domani. È essenziale che l'Unione europea investa con più coraggio sui giovani, sull'istruzione e sull'innovazione. Essa non deve inoltre disincantare gli investimenti pubblici orientati verso questi obiettivi, considerandoli come un fattore di deficit e di instabilità, anziché come un volano per il futuro del nostro continente.

D'altra parte, il lavoro e il progresso economico e sociale equilibrato e sostenibile sono obiettivi che, sulla scia del trattato di Maastricht, il trattato di Lisbona ha confermato, ma che, a dieci anni dalla sua entrata in vigore, appaiono ancora lungi dall'essere attuati. Le critiche all'incompletezza dell'architettura istituzionale europea, provenienti ormai anche da autorità degli Stati membri, sono state in parte accolte dalla Commissione europea e dalla BCE. Esse hanno preso opportune iniziative, tra cui la decisione dell'Eurogruppo del 21 gennaio che, in attuazione dell'Eurosummit del 14 dicembre scorso, ha costituito un gruppo ad alto livello per esaminare la realizzazione di EDIS, lo schema europeo di

assicurazione sui depositi e il completamento dell'unione bancaria europea.

Per quanto riguarda le crisi bancarie, sono stati fatti passi avanti, anche se la strumentazione richiede una messa a punto di cui è sperabile si faccia carico il gruppo ad alto livello. Il cambiamento delle regole di risoluzione delle crisi bancarie ha comportato un passo indietro nella dotazione di strumenti che va colmato prima che una nuova possibile recessione porti indietro l'orologio della stabilità finanziaria e bancaria italiana ed europea.

Col trattato di Maastricht, il compito di garantire la credibilità dei crediti sovrani fu affidato, se ricordate, agli impegni di convergenza verso il 60 % del rapporto debito/PIL dei singoli paesi, a politiche di rigore del bilancio pubblico e all'attuazione delle riforme a livello nazionale. Nonostante l'occhio vigile della Commissione, la situazione ha palesato, come dimostra il caso italiano, significative criticità dopo lo scoppio della crisi finanziaria negli USA nel 2008 e la conseguente grande recessione mondiale.

Per poter affrontare questi problemi con un approccio più efficace occorre anche procedere con decisione verso la creazione di strumenti di finanziamento comuni a livello europeo, che consentano di affrontare insieme le sfide che abbiamo di fronte, coniugando in maniera equilibrata responsabilità e solidarietà. L'inadeguata e insufficiente solidarietà nell'interno dell'Unione europea spiega anche perché l'Europa fatichi e tardi ad essere più equa, più sociale.

La nuova legislatura europea deve perseguire con maggiore decisione e come urgente priorità la lotta contro la disoccupazione e il sostegno alla crescita. Un impulso europeo su queste priorità, anche con formule coraggiose come un'assicurazione europea contro la disoccupazione, è il migliore antidoto contro le derive nazionalistiche, oltre che contro la mancanza di lavoro. Il divario nella disoccupazione, soprattutto giovanile, fra alcune aree europee svantaggiate ed altre con eccellenti tassi di occupazione aumenta fino a favorire chiusure nazionalistiche, se esso deve essere affrontato solo con politiche nazionali. Le aree avvantaggiate cercheranno di assicurarsi contro politiche europee percepite come un costo, mentre le aree svantaggiate su base nazionale non riusciranno, se non in minima parte, a reperire risorse per compiere effettivi progressi.

Un'Europa più equa e più solidale deve essere un obiettivo anche per il prossimo quadro finanziario pluriennale. La complessità connaturata a questo tipo di negoziato non deve vedere persa questa priorità, soprattutto di fronte alle sfide esistenziali che l'Unione europea ha di fronte. È dunque decisivo un adeguato equilibrio tra le nuove priorità come immigrazione, crescita, investimenti, sicurezza e politiche tradizionali, la coesione, la politica agricola comune, che devono continuare a ricevere un sostegno pieno, in quanto centrali per la coesione socioeconomica del continente.

Molte altre sono le sfide alle quali siamo chiamati. Dobbiamo impegnarci nella promozione di un commercio mondiale più equo, più capace di tutelare i consumatori. Dobbiamo porre in essere ogni iniziativa utile per concorrere con ambiziosa determinazione all'impegno internazionale sui cambiamenti climatici. Più in generale, dobbiamo continuare a esercitare un ruolo di guida nella protezione dei vecchi e nuovi diritti, tanto più meritevoli di protezione nell'era digitale, anche a dispetto del fatto che i diritti costano. Penso in particolare al ruolo decisivo che l'Europa può svolgere quale *security provider*, con specifico riferimento alle nuove minacce ibride e segnatamente cibernetiche.

Onorevole Presidente, onorevoli deputati, torna preponderante la domanda di senso con la quale ha preso avvio il mio intervento. Quale Europa vogliamo? Di quale Europa abbiamo bisogno per garantire ai cittadini europei un futuro all'altezza dei sessant'anni di pace e di prosperità che l'Unione ha assicurato? La mia risposta è ancora una volta la stessa: l'Europa deve essere vicina ai suoi popoli. L'Unione europea, nel ventunesimo secolo, deve perseguire il suo progetto dal popolo e per il popolo, a partire – e mi fa piacere affermarlo qui oggi – da un Parlamento europeo con ruolo e poteri rafforzati, con particolare riguardo al potere di iniziativa legislativa e di inchiesta, in quanto unica istituzione che gode di diretta legittimazione democratica.

Sarebbe importante anche riconoscere in capo al Parlamento un potere di generale *accountability* rispetto alle altre Istituzioni europee. Il Parlamento europeo potrà svolgere un ruolo decisivo di fronte alla domanda di cambiamento che attraversa l'Europa, dopo un decennio segnato da eventi di portata storica che hanno mutato l'assetto geopolitico del continente. Allo stesso tempo, un adeguato rafforzamento degli istituti di democrazia diretta rappresenta, anche e soprattutto in chiave europea, un'evoluzione essenziale per il recupero di credibilità delle istituzioni nei confronti dei cittadini.

Lo scenario europeo è esplicito nell'indicare una diffusa sfiducia e disillusione dei cittadini. Il Governo che ho l'onore di presiedere nasce dalla volontà di venire incontro con priorità alla urgente domanda di cambiamento dei cittadini italiani, con risposte che per troppo tempo la politica non è riuscita a offrire. Anche a livello europeo, come ho detto all'inizio, questa istanza di cambiamento deve essere compresa e trovare adeguata rappresentanza.

Se servisse un'ulteriore conferma dell'urgenza di mettere in pratica questi principi, basta pensare alla Brexit, tema centrale per l'Unione europea per i prossimi anni. Davanti a questa sfida l'Unione europea ha dimostrato di saper reagire con spirito unitario e solidale e di riuscire a proteggere i risultati di oltre sessant'anni di integrazione europea, senza cedere ad atteggiamenti punitivi verso un membro della famiglia europea che non intende più esserne parte. È un processo epocale, se ci pensiamo, senza precedenti, che va gestito in maniera ordinata, avendo sempre al primo posto l'obiettivo di garantire i diritti dei cittadini e di proteggere il tessuto sociale ed economico dalle conseguenze negative della Brexit.

Onorevole Presidente, onorevoli deputati, con coraggio e con rigore dobbiamo impegnarci affinché si riveda quel che non ha funzionato, anche nell'attuazione dei trattati, e si contrastino le tendenze centrifughe e alla disintegrazione europea, figlie, talvolta, come accade anche nel mio paese, della disillusione europea.

Se vogliamo che l'Europa rimanga il nostro futuro comune, è il momento di far seguire alle parole i fatti, avviando insieme un percorso per una nuova Europa, un'Europa del popolo più solidale, più inclusiva, più equa, in definitiva più democratica, l'unica in cui cittadini di oggi e di domani meritano di vivere.

(Applausi)

Presidente. – Grazie al Presidente del Consiglio dei Ministri. Prima di dare la parola al Vicepresidente Katainen, volevo sottolineare quanto sia importante per noi il coinvolgimento degli Stati membri sulle scelte a favore del rafforzamento dei poteri del Parlamento.

Ho preso atto, insieme a tutti i miei colleghi, di ciò che Lei ha detto. Per quanto riguarda l'immigrazione, le chiediamo un ulteriore impegno, nelle prossime riunioni del Consiglio, affinché vengano accettate le proposte del Parlamento europeo, magari trovando qualche compromesso sulla riforma di Dublino. Credo di riflettere il sentimento di tutta quest'Aula.

Jyrki Katainen, Vice-President of the Commission. – Mr President, Italy holds a very special place in the heart of our Union. It has given Europe so much and has been there from the very start, shaping our Union every step of the way. It was Spinelli and Rossi in prison on the island of Ventotene who set out their dream of a free and united Europe. They called on the nations of Europe, so long adversaries, to come together to ensure that the mistakes of the past would never happen again.

After the war, De Gasperi became one of the great pioneers of the European Union and in 1957 it was on Capitoline Hill that the Treaty of Rome was signed and our Union was born, with six founding Member States.

60 years on, in 2017, it was once again on those same steps in Rome that the leaders of our Member States stood, side by side, to renew their vows for our Union. This time there were 27 of them from right across our continent. A sign of how far we have come.

I say this because Italy's special history is one of the many reasons that it has such a unique and important place in our Union. But I also say this because it shows that Europe moves forward, that Europe is at its best when it has Italy and Italian people at its beating heart. This history must serve as a guide and as a reminder for our future. To build a successful future for our Union, Europe needs a strong Italy at its heart, just as strong as vibrant Italy needs a strong Europe.

We must build our common future together, in unity and in solidarity, always working with and not against each other; talking with each other and not about each other. When it comes to building a true Union of solidarity, Italy is the best place to start. It is where the European Solidarity Corps started its work.

To help Italy rebuild following the tragic earthquakes it suffered in 2016, 230 young European volunteered in Umbria and across the regions hardest hit, in addition to the EUR 1.2 billion of financial support provided to Italy under the EU Solidarity Fund. We all have seen the images of young volunteers from all over Europe helping to rebuild the ancient and beautiful church of Norcia. This is the solidarity that builds our European Union today and that must continue to build our common future.

Italy itself has shown the same spirit countless times over the years. President Juncker said many times 'Italy is one of those who saved Europe's honour in the Mediterranean at the height of the migration crisis'. And the truth is that some others were too slow to support the efforts of the Italian people.

But it is also true that Europe stood up and supported Italy in every way it could. From the beginning of the migration crisis to the end of 2018, the Commission made almost EUR 950 million available to support migration and border management in Italy. This includes EUR 225 million in emergency support to fund border surveillance and search and rescue operations, to improve reception facilities and to support all of the authorities and people on the ground.

Europe has been there for Italy. We should not forget Operation Sofia or the role of the European Border and Coast Guard Agency. Saving lives at sea is a joint effort and here again, we need Italy.

Prime Minister, it is also clear that Europe still needs to overcome its differences and find sustainable and responsible solutions. We can no longer rely on ad hoc solutions. We have come a long way since the peak of the crisis, with arrivals down by over 97% in the eastern Mediterranean and 80% in the central Mediterranean. 700 000 lives have been saved at sea but clearly we now need to finish the job and conclude the necessary reform of our asylum system. The Commission has put everything on the table and it is now time to move ahead. We need the full engagement of Italy if we want to succeed.

Honourable Members, Prime Minister, Europe stands for peace and prosperity and we are all responsible for defending its values together. That means deciding what we want Europe to achieve and it means deciding where to invest and to have the biggest impact on the daily lives of Italians and all Europeans. This is why, last May, the Commission put forward a fair, modern and balanced budget for our future. A budget that is more efficient and more focused on issues that matter the most to our people. For instance, the Commission has proposed an almost threefold increase in funding for migration and security, to reach nearly EUR 33 billion. An increased, simpler more effective and more flexible EU budget for external action will help build partnership with the countries in our neighbourhood and beyond. This will be especially important for Italy as a country, as it has taken so much responsibility in this area.

We will invest in making our economies more competitive, more innovative and productive. Key for Italy will be the 50% increase in funding for research and innovation and the EUR 9 billion Digital Europe Programme that will support Italy's digital transformation.

Investing in our future also involves investing in human capital through education and training. This is why the Commission has proposed a doubling of the budget of EUR 30 billion for the Erasmus+ programme, the EU's flagship for learning mobility. We aim to increase support to all sectors, including higher education as well as vocational education and training. In 2017, more than 65 000 Italians participated in Erasmus programmes.

In the next multiannual budget we will build on the success of investment plans for Europe – the so-called Juncker Plan. Italy is one of the largest beneficiaries of the Plan, with close to EUR 58 billion of investment triggered in Italy's economy and over 215 000 small and medium-sized businesses supported. The Juncker Plan has significantly increased private investment but also public investment in Italy. It is a positive sign because we should not put too much burden on taxpayers if private liquidity is available.

That investment is making a real difference on the ground, right across Italy. EUR 70 million is helping to refurbish the local hospital in Treviso; EUR 200 million is going into upgrading Puglia's water network to improve quality and access to clean drinking water for more than four million people; and EUR 500 million is supporting the rolling out of high speed internet so that seven million more households in Italy benefit from quality broadband access.

The new programme for the next budget in the EU has the potential to go much further by triggering altogether EUR 650 billion for investment. All of this can, and will, make a real difference on the ground in Italy and across our Union. This is especially true at a time when economic growth is becoming harder across some of our major European economies, partly down to global uncertainties but also because of domestic challenges and choices.

Economic growth needs confidence amongst households and investors. Trust is like oxygen, you notice it only when it's running out. Uncertainty is a poison that seriously hampers jobs and growth. Italy's growth has been weaker than the eurozone average for many years. This is a structural problem. The weaker growth means fewer jobs for the Italian people. At the same time – and I say this at every occasion – Italy is among the most creative economies in the world. The future of your country is in your hands. Do what is necessary to unleash this creativity and offer a brighter future for the Italian people.

Honourable Members, dear Prime Minister, it is now two years since we presented the White Paper on the future of Europe, which kick-started the debate we are having now on what we want our Union to achieve in the years ahead. Five scenarios show different possible paths that we could decide today. But, whatever we choose, there are some things that are constant and one of those is Italy's central role in building our Union. Europe needs a strong Italy and Italy needs a strong Europe. It was no surprise or coincidence that the first lines of the White Paper were about Spinelli and Rossi's manifesto.

As we look at our future, we should all inspire ourselves from those that have gone before us to build a stronger and more united Union for generations that follow, just as they did for us.

(Applause)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to welcome the Prime Minister to the European Parliament.

Your speech, Prime Minister, started with the perspective of people. I am from Lower Bavaria and when I go to the service in my Catholic church, I meet the farmers and the nurses there. All of us have our neighbours and our neighbourhood and we talk with them every day. When I speak with them, I see the same problems. We have the perspective of young people all over Europe and the question of social fairness in the European Union.

To answer this, I think we have to be a little bit more specific than what we heard from you today because, to give an answer on the economic problems, the fact is that Italy is today the country with the lowest growth rate in the European Union, as Jyrki Katainen mentioned. This is not only a problem for Italy; it is a problem for the whole European Union because we are speaking about the G7 countries, so one of Europe's economic engines.

What to do? We in the PPE Group believe that we need investments in today's European Union and in Italy we see a government that cannot even agree on building up a project that has already been approved between France and Italy. In the PPE we believe in a stable currency, which is fundamental for a strong economy to build up trust. Your government discussed for a few weeks at the start of your government whether you should still be a member of the euro area or not.

We believe that only with the will for reform can you win the economic future of your country. The Programme Countries in Europe – Ireland, Poland, Cyprus, Greece and also Spain – showed that if you have the will for reform, you can win the future and you can create jobs for the younger generation. They did the job on the labour market, the judicial system and the tax system. Even in Germany, I must tell you – my country – it was Gerhard Schröder's reforms, the Agenda 2010, which created the starting point for the economic strength of today's Germany. So the will for reform is necessary for winning the future and at the moment your government is not really forward-looking and a front-runner on the question of reforms.

Finally, we believe that a stable budget is crucial for a strong economy and we don't see that either in Italy. We see a growing debt rate. That is what we see.

That is a summary. Additionally, regarding the investments from the European Union in Italy, it is a real problem to see that we have such a lack of growth in Italy and, again, it's your responsibility. It's not the responsibility of others, it's the responsibility of the Italian Government. We fully respect that you are elected and the government has been elected. You have a democratic mandate from the Italian citizens, but it's probably easier to win elections as an anti-elite movement than to stay in government afterwards as an anti-elite movement. Some of you have probably become, in the meantime, the new elites in Italy.

I want to underline a second point which is important, namely the migration thing. I want to show you our full solidarity as the PPE Group, that we think that Italy deserves solidarity. We fully understand the anger of the people in Italy that for years and years they had no solidarity and Italy was alone. That's why we stick to the principle of a binding solidarity mechanism for the European Union, but it is also a problem for us to see that a member of the European Council is here and tells us that his own body, his own institution, is not delivering on this issue. We delivered on this issue. It's up to the Council to deliver now.

Finally, on external affairs, let me thank you for sticking to our European approach in the answer on Russia. At the moment you were ready, as the Italian Government, to give consent to the sanctions. That was a good thing. We have a common understanding that Russia's interest is to weaken the European Union.

On the other hand, in recent days we saw the discussions about Venezuela. For us, as the PPE, it's clear that we have there a socialist dictator, Maduro, an unfair, undemocratic election, and support from the military and the army. They are even stopping the transport of medicine which is so urgently needed in the country. On the other hand, we have a freely elected parliament looking for a fresh start for the country and simply asking for the right to seek early presidential elections for the country.

That's why Guaidó was right when he asked today, in a letter he wrote to the Italian citizens, why their government was not supporting him. Why is the Italian Government not supporting the democratic forces in Venezuela? I think you should answer this question if you believe in the common European approach.

(Applause)

Those are some reflections. I thank you for the general will to look for a clear commitment to the European way of life. Two principles to end with: you said today in an agency at European level that Italy is becoming louder and is more present in the public debate. You say that nobody has a problem with a loud voice from a national point of view. Our problem is, in the European decision-making process, whether loudness is the same principle as egoism. What we need in Europe is compromise, the will for compromise. If everybody were loud, then finally there would only be noise and nothing else.

Finally, you spoke about the breach between people and the European Union decision-making process. You're here in the European Parliament: Lega Nord is here, the Five Star Movement is here, Forza Italia is here, and Partito Democratico is here. All the forces from all over Europe are here. This is the political landscape of Europe. We all represent our citizens. We are all close to our citizens. There are no elites sitting here. We are representatives of our citizens and this is why this is the place for deciding the future of the European Union.

(Applause)

Udo Bullmann, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I thank the Prime Minister very much for coming to the European Parliament today. This is the House of European democracy. This is the House of public debate and of frank language, so please allow me to start with that and to share my worries.

I am deeply worried when the Government of a founding member of our European community, the Government of the seventh world industrial power, is driving the Italian nation further into economic and political isolation today – and this against the backdrop of a situation externally where we cannot rely on Washington anymore, as we could in the past, and we have new threats from Russia.

We can see your economy shifting towards a recession and we see that industrial production is falling. In this situation, I am deeply saddened by the senseless escalation between France and Italy. What is this? Of what use is this?

(Applause)

In conflicts such as this – and you know it – there are no gains. Nobody can win. This is a perfect lose-lose for your country and for Europe. People in both countries could end up paying a very high price. Italy and France are one another's second trade partners – EUR 76 billion is the volume of the annual trade between them. Hundreds of thousands of jobs depend on that. Hundreds of thousands of jobs, not of the elite but of ordinary folk on the ground.

The Italian people simply cannot afford to lose any more jobs. This year, Italy will grow by only 0.8%. That is the lowest growth rate in Europe. You may dress the situation up by saying that the goal is to bring back the dignity of labour. I very much wish you had brought back the dignity of labour: 75 000 men and women have lost their work, and many more have become trapped in unstable and low-paid jobs, while countless young people are being forced to leave the country in search of a better life.

And as if this wasn't enough, the livelihoods and life savings of Italian families were recklessly put on the line by a calculated head-on collision course with the Commission over the budget. Why was that so necessary? Was it just one man's public relations stunt? It has cost the Italian people EUR 1.7 billion during the past couple of months alone.

And for what? So that Mr Salvini can blame Brussels. Mr Salvini has a scapegoat for everything, but no solution for anything. This is part of the Italian reality today.

(Applause)

To distract from the economic mess, Salvini is now even abusing migration.

Ich selber war vor zwei Wochen in Catania und habe dort sehen können, wie 47 Menschen 12 Tage lang ein Rettungsschiff nicht haben verlassen dürfen, die Sea-Watch, unter ihnen Minderjährige und Folteropfer, weil sie die Gefangenen einer Ideologie waren, weil sie vorgeführt werden mussten, weil es nicht anders ging als sie zum Spielball einer zynischen Politik zu machen.

Das ist nicht das Italien, das wir kennen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir kennen ein anderes Italien. Wir kennen das große europäische Italien mit Altiero Spinelli, De Gasperi, die niemals – niemals! – für kurzfristige vermeintliche politische Gewinne ihr Land oder gar Europa zur Disposition gestellt hätten.

Ich verstehe sehr gut, und meine Fraktion versteht sehr gut, warum Menschen in Italien enttäuscht sind. Ihre Vorgängerregierung hat Großes geleistet, tausende und abertausende von Menschen aus Seenot gerettet, und Europa hat nicht hinreichend reagiert. Europa hat keine hinreichende Solidarität bewiesen. Aber wer hat sie denn enttäuscht? Doch nicht die proeuropäischen Regierungen, doch nicht diejenigen, die Europa weiter voranbringen wollten?

Schauen Sie doch hin! Sagen Sie doch den Menschen in Italien, wer ihnen nicht hilft, endlich die Dublin-Reform zu machen! Das sind doch die Freunde von Herrn Salvini, das sind doch die Kaczynskis, das sind doch die Orbáns und die Menschen wie Herr Kurz in Österreich, die alles blockieren. Das ist doch die Realität! Lassen Sie uns doch die Wahrheit aussprechen! Und es sind die Proeuropäer, die, auch wieder bei Sea-Watch, die Menschen natürlich – natürlich! – gerettet haben, denn genau das gehört sich auch so.

Es gibt dieses Europa noch, es gibt dieses Italien noch, wo beide füreinander kämpfen; dieses großartige Italien, diese großartige Nation, das Italien von Spinelli und De Gasperi. Das sehe ich, wenn ich die Fischer in Italien sehe, die Fischer von Lampedusa, die trotz der Bossi-Fini-Gesetze und obwohl sie genau wussten, was auf sie wartet, weiterhin die Menschen aus der See gezogen haben. Das sehe ich bei den Seeleuten der Diciotti – einem Schiff der Küstenwache Ihrer eigenen Nation –, die nicht anlanden durften, und die sagen: Wir haben einen Seefahrerkodex, das ist unsere Ethik, und die steht nicht zur Disposition. Und das sehe ich bei den mutigen Bürgermeistern, die Essen und Wohnungen zur Verfügung stellen, auch wenn die Regierung die Schlafplätze vernichtet hat.

Es gibt dieses Italien, das Italien der Menschenwürde, das große Italien der europäischen Werte. Und diesem Italien reichen wir die Hand, weil wir es brauchen. Aber dann sollte Ihre Regierung aufhören, uns die grinsende Fratze der Unmenschlichkeit vorzuführen, denn das hat mit dem Italien, mit dem wahren Italien nichts zu tun.

Es ist Zeit, dass wir in Europa aufstehen gegen den Populismus und gegen diejenigen, die unsere Heimat ruinieren. Italien hat unsere Solidarität, und Italien gehört in die Mitte Europas, in das Herz Europas, zusammen mit seinen engsten Freundinnen und Freunden.

(Beifall)

Presidente. – Prima di dare la parola all'on. Raffaele Fitto, che parlerà a nome del gruppo dei Conservatori e dei Riformisti europei, ricordo ai presidenti dei gruppi che se vanno oltre il tempo a loro affidato lo toglieranno ai parlamentari del proprio gruppo.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto rivolgo un benvenuto al Presidente del Consiglio italiano in questa occasione. Penso che sia un'utile occasione molto importante per poter affrontare questioni che riguardano il futuro dell'Europa e il ruolo che un paese che, come è stato ricordato sia da Lei ma anche da tutti coloro i quali sono intervenuti, è centrale nella costruzione di questa Europa e nella sua prospettiva.

Penso altresì che sia importante compiere uno sforzo, nel senso che spesso questi dibattiti rischiano di essere dibattiti molto generali, se non generici, e che abbiano delle diagnosi molto profonde, che talvolta poi sono in contrasto con la realtà che viviamo. Quindi il mio intervento sarà un intervento teso non solo a condividere alcune delle critiche e delle valutazioni molto critiche che sono state fatte su ciò che ha rappresentato l'Europa in questi anni e sugli errori enormi che questa Europa ha fatto sui temi economici e sui temi come quello dell'immigrazione – e dissento da molte delle cose che ho ascoltato in questi ultimi interventi su questi temi –, ma penso che sia altrettanto importante però cercare anche di indicare alcuni elementi di chiarezza.

Io proverò a indicarle, facendole anche degli esempi molto concreti, alcune forti contraddizioni, Presidente, che penso debbano trovare una risposta, perché nel momento nel quale noi parliamo di immigrazione – che è uno dei temi sui quali il suo governo, soprattutto all'inizio di questa legislatura nazionale, ha svolto un'azione che io ritengo non negativa così come viene raccontata, ma anzi utile a porre con forza e a avviare a soluzione un problema – i pescatori italiani non sono in mare a cercare di salvare gli immigrati, ma sono in protesta per quello che sono le norme europee rispetto anche ad alcune delle questioni che li riguardano. Vorrei chiudere questa parentesi e dire però alcune cose molto rapidamente.

La prima è sull'immigrazione. Siamo d'accordo, Presidente. Però sul *Global Compact* c'è una fotografia di quella che è un'incertezza totale che riguarda il suo governo. Lei ha partecipato all'assemblea delle Nazioni Unite, ha detto di essere d'accordo, poi dopo non è andato a Marrakesh e poi si è astenuto. Sul Venezuela ha rivendicato oggi un ruolo importante dell'Europa, dicendo che vi è la necessità di parlare una lingua unica. Ebbene, dobbiamo ricordare che nella riunione dei ministri degli Esteri europei, grazie al dissenso dell'Italia, unico dissenso, l'Europa non ha potuto esprimere una parola chiara in questa direzione.

Così come in materia economica, quello che lei ha detto è vero in termini di analisi, ma mi dispiace, le conseguenze alle quali lei fa riferimento sono assolutamente sbagliate. Non esistono scelte di riforme strutturali nelle sue politiche di sviluppo a livello nazionale, anzi il contrario. Io non sono fra coloro i quali si allarmano perché c'è un rischio di aumentare un po' il deficit in un momento di difficoltà economica. Il tema è come lo aumentiamo, per cosa lo aumentiamo. Noi lo stiamo aumentando per delle politiche che aumentano la spesa pubblica in modo strutturale, altro che riforme strutturali.

Inoltre, oggi è una giornata direi clamorosa perché – è stato ricordato prima – mentre noi siamo qui, mentre Lei ci parla dello sviluppo e della crescita del nostro paese e del ruolo dell'Italia in Europa, il suo ministro delle Infrastrutture presenta una fantomatica relazione per spiegarci che la Tav è un errore e che va bloccata. Sono questi i fatti di fronte ai quali noi ci troviamo. Allora su questo io vorrei, Presidente, che lei desse delle risposte chiare, per consentire che la sua conclusione diventasse realtà, cioè che si passasse dalle analisi, dalle parole ai fatti. E i fatti, purtroppo, non vanno nella giusta direzione né per l'Italia né per l'Europa.

Guy Verhofstadt, a nome del gruppo ALDE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, proverò a fare il mio intervento in italiano, Presidente.

(Risate sparse ed esclamazioni)

Perché, a parte il mio paese, e ancora, io sono, Presidente Conte, innamorato dell'Italia e degli italiani. Per me infatti l'Italia è più di un paese: per me l'Italia è un'intera civiltà. L'Italia è dove è nata la nostra civiltà europea e per secoli artisti, scrittori e intellettuali di tutta Europa hanno visitato l'Italia almeno una volta nella loro vita. Scoprire l'Italia significava visitare l'Italia, visitare Firenze, visitare Roma, visitare Napoli e poi morire...

(Risate, ride anche l'oratore)

L'ha fatto Montaigne, l'ha fatto Goethe ed è per questo, signor Conte, che oggi mi fa male vedere la degenerazione politica dell'Italia. È vero, una degenerazione iniziata non ieri, non un anno fa: almeno, io penso, venti anni fa. L'impressione è che questo bellissimo paese è passato da un convinto difensore dell'Europa, un fondatore della nostra famiglia europea, a un fanalino di coda dell'Unione. Questa è l'impressione che abbiamo oggi in questa Assemblea e anche all'esterno. E diciamo tutta la verità: tutto è cominciato non con il Presidente del Consiglio Conte, tutto è cominciato con il malgoverno sotto Berlusconi. Questa anche è la verità.

(Applausi sparsi)

Il malgoverno è anche peggiorato sotto il vostro Governo, questo è il problema...

(Proteste ed esclamazioni)

...sotto Salvini, sotto Di Maio, i veri capi di questo Governo, un Governo con un comportamento, signor Conte, a volte antieuropeo e anche un Governo apertamente odioso contro altri Stati membri, che sono parte della nostra famiglia europea. È il Governo italiano che ha impedito all'Unione europea di essere unita contro Maduro e di riconoscere Guaidó come Presidente ad interim del Venezuela. E lei lo sa bene perché subisce la pressione del Cremlino e di Putin. Questa è la verità.

(Applausi)

È per questo – e qualcuno ne ha parlato – che dobbiamo dire basta alla regola dell'unanimità al Consiglio il più velocemente possibile. È il Governo italiano, signor Conte, che non fa parte della maggioranza al Consiglio per riformare la nostra politica di asilo e migrazione. Il signor Salvini si è specializzato nel bloccare i porti ai migranti ma blocca anche la creazione di un vero confine europeo, di una vera guardia costiera europea e la realizzazione di una riforma europea di Dublino in questo momento. E questo, per me, è un comportamento assurdo, perché l'Italia e i cittadini italiani sono i primi a pagare per la mancanza di questa politica europea.

E nell'ultimo anno – e questo è il mio terzo esempio – il vostro Governo è stato anche responsabile della stagnazione e un domani, temo, della recessione dall'economia italiana, perché il vostro Governo non ha una strategia per la crescita, non è vero? Il vostro governo ha solo una tattica per farvi rieleggere con regali e debiti. Questa è la verità.

E l'ultima – e voglio concludere con questo – l'ultima leggerezza del suo Governo, di Di Maio, che sta usando e abusando della sua carica per sostenere i *gilets jaunes*, un movimento popolare, è vero, che adesso è dominato da un gruppo di demolitori, demolitori che danno fuoco alle macchine, irrompono nei negozi, distruggono le fermate degli autobus. E Di Maio ha persino incontrato Christophe Chalencon. Lo conosco Christophe Chalencon, Presidente: è lui che ha chiesto, non una ma due volte, un colpo di Stato militare contro il Presidente eletto della Repubblica francese.

(Applausi sparsi)

Ebbene, complimenti! Questo è un comportamento da irresponsabili e non il comportamento di un Vicepresidente del Consiglio dei ministri di un importante paese d'Europa, come l'Italia. Lei ricorda che appena un anno fa, penso, il 23 novembre 2017, Di Maio ha scritto una lettera aperta a Emmanuel Macron, esprimendo la sua ammirazione e suggeriva che il Movimento 5 Stelle era infatti il movimento italiano di *En marche*. Ridicolo questo comportamento! Allora la mia domanda per Lei, Presidente Conte, è per quanto tempo ancora sarà il burattino mosso da Salvini e Di Maio per continuare questa cosa?

(Applausi ed esclamazioni)

La invito a ispirarsi da illustri compatrioti italiani: Spinelli, Ciampi, Giorgio Napolitano, Mario Draghi...

(Proteste e applausi)

Sì, sì, Giorgio Napolitano, sì! Un grande europeo con una grande idea e membro di questa Assemblea. E non dimentichiamo la mia buona amica Emma Bonino. Questi sono gli uomini e le donne che fanno la grandezza dell'Italia e il suo grande ruolo in Europa. Questa è la differenza tra il signor Conte e tutti questi grandi personaggi che ha dimenticato.

(Applausi)

Presidente. – Voglio ricordare a tutti i parlamentari che intervengono che questo non è il Parlamento italiano, non è un dibattito sull'Italia. È un dibattito sulle prospettive dell'Unione europea per discutere le proposte dell'Italia.

Il mio partito politico non sostiene il governo Conte. Sto soltanto cercando di avere un dibattito che non sia un dibattito sulla situazione in Italia. Potete dire tutto quello che volete, ma io vi dico a che cosa serve questo dibattito.

Eleonora Forenza, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, intendo porre, a nome del gruppo GUE/NGL, alcune domande al Presidente del Consiglio italiano, a partire dalla convinzione che quanto sta accadendo e quanto accadrà in Italia sia particolarmente rilevante per il futuro dell'Europa su cui insistono, a mio avviso, due opzioni, entrambe nefaste e tra loro fortemente interconnesse: la prosecuzione delle politiche neoliberiste e il crescente consenso di un'onda nera reazionaria.

Chi vi parla a nome di questo gruppo è impegnato nella costruzione di un'alternativa ad entrambe queste opzioni nella costruzione di un terzo spazio e di un'alternativa per l'Europa fondata sull'autodeterminazione di donne, uomini, popoli. Ed è proprio sul fronte della possibilità di contrastare i vincoli del neoliberismo, vincoli contro cui ogni giorno questo gruppo parlamentare si batte in nome di un'idea di uguaglianza, che si misura il tradimento delle promesse elettorali di questo Governo, del tutto prono rispetto alle politiche neoliberiste. Si è prima piegato ai vincoli sullo sfioramento deficit/PIL, non ha preso nessun impegno per quanto riguarda il pareggio di bilancio in Costituzione.

A proposito di commercio equo, che lei prima citava, Primo ministro, non c'è una posizione del Governo italiano né sul CETA né sulle clausole ISDS. Lei ha parlato di politica di coesione, eppure il Governo italiano si appresta ad approvare un'autonomia differenziata che è la secessione dei ricchi, è il contrario delle politiche di coesione che sarebbero necessarie per dare una risposta alla questione meridionale come questione europea.

Questo governo ha dato il via libera alla *Transatlantic pipeline*, a cui ci siamo opposti come gruppo parlamentare. Ha infine varato una proposta di *workfare*, una proposta di reddito di sussistenza, di lavoro gratuito e norme «anti-divano» che offendono la dignità di milioni di precari italiani. Ventuno italiani hanno il reddito di 12 milioni di persone, secondo i dati Oxfam, eppure voi non fate una patrimoniale. Voi fate la *flat tax*, ovvero riducete la progressività della tassazione e non fate nessun piano sulla questione salariale. Nessun vero contrasto al neoliberismo.

Ma non è solo su questo versante che questo Governo ci preoccupa per il futuro dell'Europa. Questo Parlamento ha approvato, il 25 ottobre 2018, anche a seguito di un'aggressione avvenuta nella mia città, Bari, da parte di alcuni militanti di Casa Pound, una risoluzione che esorta gli Stati membri a vietare di fatto i gruppi neofascisti e neonazisti e qualsiasi altra fondazione o associazione che esalta e glorifica il nazismo e fascismo. Le chiedo come intende il Governo italiano contribuire alla sua applicazione e come giudica, signor Presidente, le relazioni tra il ministro degli Interni italiano e gli esponenti di Casa Pound, una forza esplicitamente neofascista. E voglio ricordarle, signor Primo ministro, che alla radice di ogni fascismo – ce lo insegna Hannah Arendt – c'è il processo di disumanizzazione dell'altro, lo stesso che è alla base della guerra alle persone e ai migranti.

Indosso con orgoglio questa felpa, la felpa che indossavo, come altri deputati europei di altri gruppi politici, quando ero appunto sulla Open Arms, proprio nei giorni in cui si svolgeva il Consiglio europeo. Ecco, questa non è una divisa, una di quelle che un po', mi permetta di dire, buffonescamente indossano alcuni ministri del suo Governo. Questo è un segno di solidarietà. Ricevammo sulla Open Arms la notizia che i porti italiani erano chiusi per quelle 59 persone che erano state soccorse in mare.

Lei ha fatto riferimento alle conclusioni del Consiglio europeo che conferma gli accordi con la Turchia, la *relocation* volontaria, il contrasto ai flussi. Non ha fatto riferimento invece alla posizione del Parlamento europeo che chiede una riforma del regolamento di Dublino e un processo di *relocation* obbligatoria. Continua, signor Primo ministro, le consiglio anche questo grafico, a dire che la presenza delle ONG in mare aumenterebbe le partenze. Avete attivato un processo di criminalizzazione delle ONG indegno di un paese civile, confondendo con una menzogna chi soccorre le persone con i trafficanti. E allora che le chiedo, Primo ministro, così come ha chiesto la sindaca Ada Colau, di fermare l'ignobile politica di chiusura dei porti e di blocco delle ONG. Le chiedo se un ministro indagato per sequestro di persona di 177 persone può davvero pensare di indicare all'Unione europea il futuro per quanto riguarda le politiche su migranti.

Infine, l'otto marzo, signor Primo ministro, in tutta Europa e anche in Italia scenderanno in piazza le donne, le femministe, quelle che Lei si è dimenticato di menzionare nel Suo intervento. Non è un caso, ha fatto bene, perché quando questo Governo parla di diritti delle donne fa soltanto delle cose negative. Non so se Lei è a conoscenza del fatto che una delegazione della commissione FEMM si è recata in Italia esattamente per affrontare il fatto che la presenza di medici obiettori impedisca il diritto all'interruzione volontaria di gravidanza. Non so se Lei è a conoscenza del fatto che sono sotto sfratto luoghi di autodeterminazione delle donne come la Casa internazionale delle donne di Roma e come lo spazio Luce e siesta. Non so se Lei è a conoscenza del fatto che le donne chiedono di cassare il DDL Pillon, che le donne chiedono con il piano antiviolenza di finanziare i centri antiviolenza, un reddito di autodeterminazione e un salario minimo europeo.

È da queste proposte che può ripartire davvero il futuro dell'Europa. Noi continueremo a essere partigiane, perché per salvare l'Europa dal suo naufragio occorre contrastare queste politiche europee, ma anche le politiche del Suo Governo.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, Signor Presidente del Consiglio, benvenuto al Parlamento Europeo. L'Italie a mauvaise presse dans les cercles européens. Et pourtant, quand nous pensons à votre pays, ce sont plutôt des images positives qui nous viennent à l'esprit. C'est en Italie que des citoyens se sont prononcés massivement pour le maintien de ce bien commun qu'est l'eau dans le giron public. C'est en Italie, aussi, que les citoyens se sont prononcés contre le retour à cette énergie impayable et risquée qu'est le nucléaire. C'est encore en Italie qu'est né le mouvement du «slow food», antidote à la malbouffe qui tue nos sociétés à petit feu. Et enfin, c'est l'Italie qui a su, en particulier grâce à son tissu de petites et moyennes entreprises, créer trois millions d'emplois verts.

Pourtant, votre gouvernement, Monsieur Conte, nous confronte à une autre réalité et parfois nous renvoie aux pires heures que ce continent a connues. Comme lorsque votre ministre de l'intérieur, qui se voit comme votre véritable patron, affirme son rêve d'expulser d'Italie les Roms et les Sinti qui y vivent.

Votre pays est particulièrement exposé au changement climatique et fait face à une possible récession. Et, face à cela, votre discours nous l'a d'ailleurs montré, vous tournez le dos à l'opportunité de faire de la transition écologique le moteur de l'économie italienne et européenne. Vous pourriez choisir d'écouter les lanceuses d'alertes environnementales, comme Rossella Muroli, les entrepreneuses innovantes, comme Catia Bastioli, ou les maires anti-spéculation, comme Matilde Casa.

Mais, au lieu de cela, au nom d'une croissance mythifiée, votre gouvernement se déchire sur des projets pharaoniques et insensés, comme le tunnel du Val de Suse ou encore l'exploitation pétrolière en mer, pour ne pas parler de la bétonisation continue de votre pays, l'un des plus beaux d'Europe.

Ce pays se trouve, de longue date, face à une équation budgétaire difficile. Et si la part de responsabilité de vos prédécesseurs est importante, personne ne peut nier que l'Italie a fortement souffert des politiques d'austérité imposées dans la zone euro depuis le traité de Maastricht. Mais plutôt que de chercher à construire des alliances pour réformer la zone euro, pour que notre monnaie commune bénéficie à tous les États membres, votre gouvernement choisit le chemin d'une confrontation aussi théâtrale que stérile qui, loin de réduire les risques, les augmente.

Enfin, votre pays est en première ligne face au défi de l'asile et des migrations. Vous pourriez prendre exemple sur la dignité et la détermination de Pietro Bartolo, le médecin de Lampedusa, ou de Domenico Lucano, le maire de Riace. Au lieu de cela, votre gouvernement fait des migrants les boucs émissaires de tous les maux de l'Italie et ferme ses ports aux navires qui sauvent l'honneur de l'Europe en venant au secours des réfugiés. Vous pourriez saisir la main tendue de notre Parlement, qui a adopté à une très large majorité, l'abandon de la règle de Dublin au profit de la solidarité européenne que vous-même et votre gouvernement réclamez.

Car, en effet, la réforme, telle qu'adoptée par notre Parlement, répond exactement aux exigences affichées par votre gouvernement. Mais, ici même, le Mouvement 5 étoiles s'y est opposé alors que la Ligue se réfugiait dans l'abstention. Au lieu de cela, votre gouvernement préfère donc s'associer avec ceux qui ne font que prêcher l'Europe forteresse tout en laissant l'Italie abandonnée à son sort.

Et si la question migratoire est un problème pour l'Italie, Monsieur le Premier ministre, je pense qu'il est plutôt à chercher du côté des presque deux millions de jeunes Italiens qui ont fait le choix, libre ou contraint, de quitter leur pays ces quinze dernières années. Pensez-vous vraiment que ce sont les politiques confuses et contradictoires de votre gouvernement qui vont les inciter à revenir, et surtout inciter leurs frères et sœurs à rester au pays? Nous pensons au contraire que c'est en faisant de l'Italie le moteur d'une transition écologique, solidaire et démocratique que vous rendrez à votre pays un avenir à la hauteur de son histoire, à la hauteur de la place qui est la sienne au sein de l'Union Européenne.

Et de notre côté, nous serons avec celles et ceux qui se mobilisent et se préparent à lancer, autour de ces priorités, une *«onda verde e civica per l'Italia»*.

Laura Agea, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, Presidente Katainen, Commissario, colleghi e Presidente del Consiglio Conte. Questo è il 17° dibattito sul futuro dell'Europa, e il rischio è che mentre dibattiamo sul futuro, l'Unione non abbia nemmeno più un presente. Noi continuiamo a considerare l'Europa, che abbiamo fondato, come la nostra casa. Ma l'Unione Europea ha bisogno di una profonda ristrutturazione, perché è stata costruita partendo dal tetto, dimenticando le fondamenta.

Noi vogliamo dare a questa casa fondamenta solide, certe e durature. Vogliamo un'Europa più giusta, più equa, più vicina ai cittadini, senza Paesi di serie A e Paesi di serie B. Vogliamo che l'economia reale torni ad avere il primato sulla finanza, vogliamo più diritti sociali, vogliamo investimenti, crescita e basta austerità!

Vogliamo un'Europa protagonista sulla scena mondiale, che non si faccia mettere in ginocchio da grandi potenze come Russia, Cina e Stati Uniti. Vogliamo un'Unione, non solo di nome, ma anche di fatto. Vi chiedo, questo significa essere a favore o contro l'Europa? Molti hanno l'abitudine di guardare la pagliuzza negli occhi degli altri, ma non si accorgono della trave che è nei loro.

Essere europeisti significa umiliare la Grecia e i greci, e poi ammettere – come se niente fosse – che l'austerità è stato un enorme errore? Essere europeisti significa invocare la solidarietà tra Stati e poi lasciare un solo Paese a gestire il peso dell'immigrazione? Essere europeisti significa creare nel proprio Stato paradisi fiscali? E poi, essere europeisti vuol dire contrastare con una stupida guerra ideologica l'introduzione in Italia del reddito di cittadinanza che – guarda un po' – è una realtà in tutta Europa?

Questi sono falsi europeisti, che si hanno costruito l'Europa, ma quella delle banche e della finanza, della burocrazia e dell'austerità lontana dai cittadini. Siamo ancora in tempo per cambiare e dovremmo prendere esempio dall'Italia, dove oggi il cambiamento è in atto. In soli sette mesi abbiamo tolto i vitalizi degli ex parlamentari, risarcito i risparmiatori truffati dalle banche, imposto il Daspo ai corrotti, tagliato le pensioni d'oro, abbassato la tassazione per le piccole partite IVA e iniziato a pagare 30 miliardi di debiti della pubblica amministrazione nei confronti degli imprenditori.

Finalmente oggi in Italia c'è il reddito di cittadinanza. Abbiamo smantellato la riforma delle pensioni che l'Europa, sì l'Europa, ci aveva imposto il nome dei conti del rigore.

Commissario Katainen, io sono umbra. Lei ha parlato di Norcia, a Norcia serviva soltanto una cosa: scorporare gli investimenti per la ricostruzione dal patto di stabilità e crescita.

Questo abbiamo promesso ai cittadini e questo abbiamo realizzato perché noi quello che diciamo lo facciamo. Il recente Rapporto «Italia 2019», pubblicato dal prestigioso istituto Eurispes, registra un incremento della fiducia degli italiani nel governo: ben quindici punti in più rispetto all'anno scorso. Non ne siamo stupiti, perché il governo del cambiamento, ascoltando i cittadini dà loro una nuova speranza per il futuro.

Per questo ci accusano di essere populistici.

Presidente Conte, come Lei ha già ricordato, se questo significa ascoltare la gente, allora sì, noi siamo populistici. Troppo spesso invece, in questo palazzo, chiusi in queste gabbie, ci si dimentica di ascoltare il popolo.

Colleghi, quante volte vi abbiamo chiesto un segnale forte per i cittadini, a cominciare per esempio dall'abolizione della doppia sede di questo Parlamento? Questa struttura, dove oggi siamo e che occupiamo quattro giorni al mese costa 200.000.000 EURO ogni anno, e non ha ragione di esistere. E noi siamo amici dei francesi, e non consento a qualcuno di fare illazioni sul nostro sostegno ai violenti o ai «casseurs», tanto più che qualcuno si è permesso di definire il nostro governo un governo di lebbrosi.

Chiedo la cancellazione dello spreco della doppia sede: questo non è un attacco alla democrazia, la democrazia non è un privilegio! La democrazia non può essere un palazzo! Iniziamo a dare un taglio ai nostri stipendi, alle pensioni, agli stipendi mostruosi dei commissari, che rappresentano veramente uno schiaffo ai cittadini.

Sulle pensioni privilegiate degli europarlamentari c'è una nostra iniziativa già depositata. Presidente Tajani metta attenzione in questa nostra proposta, dia supporto alla nostra proposta! Oggi tutto questo non è stato realizzato, ma lo faremo noi, grazie al voto dei cittadini alle prossime elezioni e con le altre forze del cambiamento. Abbiamo dato una straordinaria squadra di piloti alla guida dell'Italia. Ora ne daremo una altrettanto capace alla guida dell'Unione Europea perché, statene certi, come stiamo cambiando l'Italia cambieremo anche l'Europa.

Mara Bizzotto, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, benvenuto Presidente Conte, oggi lei porta al Parlamento europeo la straordinaria esperienza del primo vero governo del cambiamento di tutta Europa. Un governo che rivendica con orgoglio la sovranità del nostro paese, un governo che non piega la testa e ha il coraggio di dire no ai boiardi di Bruxelles, di dire no alle imposizioni di Berlino, no alle manie di grandezza del piccolo Napoleone Macron, un governo che difende finalmente gli interessi del popolo italiano.

In questi mesi, il governo Lega e 5 stelle ha dimostrato con i fatti che il cambiamento è possibile. Grazie al nostro leader Matteo Salvini è stata fermata l'immigrazione selvaggia. Col decreto sicurezza si è messo fine al *business* dell'immigrazione clandestina. Con la famosa quota 100 abbiamo cominciato a smontare la legge Fornero sulle pensioni.

Presidente Conte, molto di buono è già stato fatto, molto altro resta da fare. C'è da dare l'autonomia al Veneto, alla Lombardia, all'Emilia Romagna. C'è da dare una grande riforma fiscale per tagliare le tasse. C'è da dire in modo chiaro che Maduro è un dittatore comunista che va spazzato via e che l'Italia sta al cento per cento col popolo del Venezuela che vuole la libertà.

Presidente Conte, noi della Lega siamo già al lavoro, perché dopo l'Italia vogliamo cambiare da cima a fondo anche l'Europa. E lo faremo col consenso del popolo italiano, che alle elezioni europee farà diventare la Lega di Salvini il primo partito in Italia e il primo partito di tutta Europa.

Basta con l'Europa schiava delle banche e delle multinazionali. Basta con l'Europa dello *spread* e dell'austerità. Basta con l'Europa di Juncker, della Merkel, di Macron, che vogliono comandare a casa nostra e umiliare il popolo italiano. In Italia comandano i cittadini italiani, non la Merkel o Macron.

Dopo le elezioni europee avremo la forza e i numeri per costruire una nuova Europa, l'Europa dei popoli e della libertà, un'Europa capace di difendere le frontiere, fermare l'immigrazione clandestina, tutelare il made in Italy, tutelare le nostre imprese e i nostri lavoratori.

Presidente Conte, siamo convinti che il nostro governo durerà ancora a lungo, perché tutti noi abbiamo una grande missione da compiere: difendere la nostra terra dai burocrati di Bruxelles e difendere la libertà e la sovranità del popolo italiano. Buon lavoro Presidente Conte!

Presidente. – Per informazione generale, ricordo che la scelta delle sedi del Parlamento europeo non è di competenza di questa Assemblea, è di competenza degli Stati membri che hanno sottoscritto un trattato.

Per quanto mi riguarda, invece, onorevole Agea le rispondo che io ho già rinunciato a 500 000 euro di buonuscita da Commissario europeo e devolvo la mia pensione da Commissario europeo a una comunità di recupero per tossicodipendenti.

Steven Woolfe (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, benvenuto Presidente Conte.

I would like to say to Mr Conte, Prime Minister of Italy, that it gives me great joy to see him here today.

Mr Conte, the determination of your Government to resist the privileged power axis of Merkel and Macron, and indeed to resist the pressures of the European Union elite – on show here today – who have suggested that your Government is racist, fascist, in the cahoots of Putin, even anti-feminist and anti-European – you deserve applause for that. You have inspired democrats across this continent and the world. Your Government has demonstrated that Europe is not an institution called the European Union. It is indeed a continent of ancient nations of ancient peoples: ancient peoples but with modern methods. Sometimes they wear yellow vests, sometimes they vote Brexit, and sometimes – like your Five Star colleagues – they take social media and turn it into political power for the ordinary people. Modern methods for ancient voices. But the fact remains that these voices must still be heard.

The debate today is about the future of Europe. Mr Prime Minister, you and your Government and your colleagues are the future of Europe. Bravo, bravo, bravo.

(Applause)

Presidente. – Do ora la parola al Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana perché risponda alle prime domande che gli sono state rivolte.

Giuseppe Conte, *Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana.* – Grazie Presidente. I temi che sono stati toccati sono vari, spaziano da temi di chiara impronta europea ad altri temi, invece, che riguardano più strettamente la politica nazionale seguita del mio governo.

Scusate se non risponderò uno per uno, ma cercherò di raggruppare i temi che sono stati toccati. Inizio da un tema che è stato attraversato un po' e toccato da quasi tutti gli interventi: il tema dell'immigrazione. Ognuno può avere le sue opinioni, però vorrei ricordare quello che ha fatto il mio governo concretamente, come abbiamo affrontato il tema dell'immigrazione e quella che è la realtà dei fatti, poi ognuno trarrà le conseguenze. Quello che forse non dobbiamo fare è oscurare la realtà dei fatti, di come essi si sono svolti.

Dal primo momento che il mio governo si è insediato ha avuto la piena consapevolezza che il tema dell'immigrazione era un tema divisivo, era un tema che aveva sopraffatto il nostro paese, con centinaia di migliaia di sbarchi in pochi anni. L'Italia non è stata in grado, con le politiche precedenti, di reggere all'impatto dei flussi migratori, data la nostra condizione geografica. Qualcuno forse lo dimentica, ma noi siamo nel cuore del Mediterraneo. Quindi le rotte, soprattutto quelle dell'Africa centrale, ci espongono direttamente all'impatto dei flussi migratori.

Ebbene, consapevoli di quello che era successo, consapevoli che una accoglienza indiscriminata, come si era realizzata in passato, significa non integrazione. Non affrontiamo il problema con ipocrisia: accoglienza indiscriminata significa non integrazione. Non faccio il nome, ma anche alcuni, in particolare un mio collega, un premier europeo, che aveva sul tema dell'immigrazione un atteggiamento, come dire, un po' distaccato, mi ha detto, dopo che ha visitato una città italiana del Nord: «Giuseppe, capisco adesso che avete un grave problema», dopo che ha visto per le strade decine e decine di immigrati.

L'abbiamo affrontato come? L'abbiamo affrontato da subito secondo un approccio strutturale, abbiamo compreso che il caso emergenziale ci lascia tutti sopraffatti, non riusciamo a gestirlo. E allora abbiamo elaborato una strategia, articolata in sei premesse, dieci obiettivi che spaziano dalla politica da perseguire nei rapporti con i paesi di transito dove origina il flusso migratorio, dove originano questi percorsi della speranza, ai paesi di transito, al problema delle frontiere europee – anche marittime, attenzione, che non è la stessa cosa di frontiere terrestri –, allo sbarco, alla redistribuzione, ai rimpatri, e via discorrendo.

Vorrei ricordare che l'Italia, nel corso del primo Consiglio europeo a cui ho partecipato a fine giugno, si è fatta, come dire, parte attiva per quanto riguarda quelle conclusioni raggiunte, dove si è ragionato per la prima volta di principi e sforzi condivisi, dove si è affermato per la prima volta il principio che chi sbarca in Italia non sbarca in un paese extraeuropeo, sbarca in Europa.

Però c'è un punto: che una volta che sono stati affermati quei principi, poi la traduzione pratica ancora oggi non si trova. Abbiamo avuto vari Consigli europei, ma di fatto non riusciamo, stentiamo ad applicare conseguentemente quei principi. E certo non per colpa dell'Italia, evidentemente, non per colpa dell'Italia. L'Italia allora, devo desumere che è vero che ha salvato l'onore dell'Europa in passato, ma forse qualcuno pensava che continuasse anche per il futuro a salvare l'onore dell'Europa. Però così non può essere, non può essere perché qualsiasi Stato che si ritrova nella posizione dell'Italia raggiunge un momento di saturazione. I meccanismi di integrazione non funzionano più, i meccanismi di inclusion non funzionano più, sappiamo che ci sono difficoltà per i rimpatri, perché i rimpatri non sono efficaci, perché in molti paesi, addirittura, non è possibile neppure accertare l'identità dei migranti, l'origine, e in ogni caso è solo possibile su accordi bilaterali, quindi oggettivamente non si riesce neppure a rimpatriarli.

E allora l'Italia ha deciso di applicare una linea di maggior rigore rispetto al passato. Certo, lo diciamo a testa alta, lo diciamo e lo affermiamo con forza, con chiarezza e trasparenza: una linea di maggior rigore perché abbiamo ritenuto, dopo aver elaborato questa strategia articolata, che non dobbiamo banalizzare, nessuno si può permettere di banalizzare, abbiamo ritenuto che questa fosse l'unica strada efficace per contrastare il traffico di essere umani.

C'è un problema, un'ipocrisia in Europa: i migranti diventano un problema quando si accendono i riflettori sul Mediterraneo, complice anche qualche ONG, allora scatta un meccanismo massmediatico, e allora diventa il problema del migrante. Ma noi dobbiamo porci il problema dei migranti là dove lasciano il loro villaggio, là dove da subito cadono preda del traffico di questi esseri senza scrupoli. Sapete quanto costa un percorso della speranza, costellato da torture e da violenze personali? Io ho girato tanto in Africa, so di che cosa sto parlando: costa dai tremila ai cinquemila dollari, e delle volte non bastano. Voi pensate, stiamo parlando di persone poverissime che riescono a procurarsi questi soldi e dopo un attimo vengono depredate, defraudate e violentate. Questo è il problema, il problema non è solo nel Mediterraneo.

Per quanto riguarda la gestione poi nel Mediterraneo, vorrei ricordare che l'Italia, nelle attività di *search and rescue*, di salvataggio in mare, si è sempre, sempre ispirata alla tutela dei diritti fondamentali, e anche nel caso che è stato menzionato, evocato, della «Diciotti», l'Italia come prima cosa ha preso le persone più vulnerabili, donne e bambini, le ha subito trasportate e le ha portate a terra. Il fatto poi che, come nell'ultimo caso, ci sia una nave che venga dove sia garantita assistenza sanitaria, approvvigionamento di generi alimentari e via discorrendo, sia qualche giorno nel porto, nella rada, italiano, questo non significa che ci siano maltrattamenti. Ma era giusto, e credo che sia giusto, di fronte alle conclusioni che tutti e 28 i paesi hanno raggiunto lo scorso giugno 2018, pretendere che funzioni un meccanismo redistributivo, cosa che non ancora funziona, che non può non essere – su quello sono d'accordo – su base obbligatoria.

Attenzione, veniamo anche al concreto. Il porto sicuro funziona solo se è quello dell'Italia, solo se lo sbarco è in Italia. Questo non può andar bene. Porto sicuro non significa porto più vicino. Questo è il primo punto. Secondo: il meccanismo redistributivo non può funzionare se ci sono solo tre, quattro, cinque, sei paesi, peraltro senza un meccanismo automatico. Devono essere tutti a partecipare a questo meccanismo di solidarietà. Terzo: c'è un terzo problema, non nascondiamolo, anche i paesi che si dichiarano disponibili a partecipare al meccanismo redistributivo, sono disponibili solo a farlo con coloro che hanno diritto alla protezione internazionale. I migranti economici nessuno li vuole, rimangono nel paese dove sbarcano. Questo per quanto riguarda l'immigrazione.

Per quanto riguarda l'economia, avete trattato il tema dell'economia degli investimenti e le infrastrutture. Qualcuno ha detto: ma l'Italia non vuole fare le riforme necessarie. Vi prego, informatevi. Durante il procedimento di mediazione con il Presidente Juncker, con il Vicepresidente Dombrovskis e il Vicepresidente Moscovici, io, dal primo momento che li ho incontrati, non ho chiesto una cortesia, di evitare la procedura di infrazione. Ho portato un libro corposo, che ho fatto tradurre in inglese, dove ci sono tutte le riforme che abbiamo già realizzato e quelle in corso di realizzazione. Dire che l'Italia non è disponibile a operare le riforme significa semplicemente ignorare quel che sta succedendo in Italia. Abbiamo varato, stiamo realizzando, il più corposo piano di riforme strutturali che sia stato mai pensato.

(Commenti e domande di alcuni deputati. Il Presidente interviene interrompendo l'oratore)

Presidente. – Durante il dibattito successivo avrete la possibilità di fare le vostre domande. Onorevole Danti, se vuole parlare dopo può parlare, se deve interrompere adesso non vale la pena. Più perdetevi tempo con interruzioni, meno parlamentari parlano. Date la possibilità di rispondere e poi farete le vostre domande.

Giuseppe Conte, Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana. – Abbiamo approvato una legge sull'anticorruzione che introduce i più elevati standard anticorruzione non solo europei ma internazionali. Abbiamo introdotto una riforma radicale in materia di bancarotta. Oggi in Italia non si parla più di bancarotta o di fallimento: si parla di codice della crisi di imprese e di insolvenza. È un corposo libro, un *corpus* di articoli. Abbiamo introdotto una legge di delega e adesso stiamo per introdurre decreti legislativi delegati per riformare e semplificare tutti i procedimenti amministrativi e snellire tutte le procedure. È quello di cui ha bisogno il mio paese, cosa che non è stata mai fatta negli ultimi anni. Abbiamo una legge di delega intesa a introdurre una riforma radicale per quanto riguarda gli appalti (*public procurement*); abbiamo una legge di delega intesa a riformare il codice civile, il codice del processo civile e il codice del processo penale.

Questo è quello che stiamo facendo. E quando ci dite che siamo contro gli investimenti, forse perché seguite il pubblico dibattito e sentite parlare di TAV, di chi è favorevole e chi no. Ma scusate, non è che la TAV significa il piano di investimenti infrastrutturale in Italia. Noi abbiamo un corposo piano di investimenti infrastrutturali, ai quali abbiamo aggiunto ben 13 miliardi da parte delle aziende di Stato, che sono state convocate a Palazzo Chigi. Abbiamo un piano nazionale: stiamo presentando in questi giorni un piano nazionale per la messa in sicurezza del territorio, un piano nazionale contro i rischi del dissesto idrogeologico, per il riammodernamento delle nostre infrastrutture viarie. E su questo vorrei ricordare che abbiamo chiesto flessibilità, proprio alla Commissione, e l'abbiamo ottenuta nella fase finale

per oltre 3 miliardi – 3 miliardi e 200 milioni – in aggiunta al piano di investimenti già programmato.

E allora, possiamo avere diversità di opinioni, – la democrazia è bella perché quando c'è un dibattito pubblico ciascuno può avere opinioni – però ignorare tutto questo significa fare un torto ai cittadini europei, non solo a quelli italiani. Per quanto riguarda la TAV, è vero, è un progetto che era stato riconosciuto anche di interesse europeo ed era già varato: ma questo Governo ha ritenuto che è corretto nei confronti dei propri cittadini – tanto più se le valutazioni che giustificano quell'opera risalgono a oltre 25 anni fa – riaggiornare le valutazioni, visto che comunque l'opera non è stata ancora realizzata, è nella fase iniziale. E allora, prima di impegnare così tante risorse, prima di realizzare un'infrastruttura che ha un impatto così notevole sull'ambiente, abbiamo deciso di procedere a un'analisi costi-benefici. Abbiamo detto che lo faremo in trasparenza, condivideremo i risultati pubblicamente e ci assumeremo la responsabilità della conseguente decisione.

Per quanto riguarda gli altri progetti, sono tutti in corso di realizzazione. Il TAP, il terzo valico, l'autostrada del Brennero e via discorrendo. E tra l'altro, proprio per accelerare l'investimenti, abbiamo un piano, che renderemo pubblico in questi giorni, per tutti i cantieri in corso.

Una battuta finale – scusi Presidente se sto abusando del tempo – ma una battuta finale sulle scelte di politica estera. Ci viene detto: isolamento politico. L'Italia è in isolamento politico, l'Italia sul Venezuela ha ostacolato ed è rimasta isolata. Attenzione: innanzitutto l'Italia non è isolata. L'Italia ha contribuito, vorrei ricordarlo – e questo è un fatto – al comunicato dell'Alto rappresentante, e quindi dell'intera Unione europea, del 26 gennaio. È stato riconosciuto, anche pubblicamente, che il mio intervento è stato determinante per quel comunicato. Attenzione: molti vogliono anticipare la storia. Occorrerebbe prudenza. Noi non sappiamo quale sarà l'evoluzione della crisi venezuelana. L'Italia ha le idee chiare e non è da sola, è con molti altri paesi. Abbiamo le idee chiare sul fatto che, vorrei ricordarlo, per noi le elezioni presidenziali dello scorso 2018 non sono elezioni democratiche. Non le abbiamo riconosciute. Chiaro? Abbiamo inoltre le idee ben chiare sul fatto che occorrono nuove elezioni presidenziali e occorre che siano assicurate le condizioni perché si svolgano in modo trasparente e che siano credibili secondo gli standard internazionali. Le vogliamo al più presto. Abbiamo consapevolezza che c'è una popolazione che sta soffrendo e quindi stiamo premendo per l'emergenza e abbiamo già stanziato risorse per gli aiuti umanitari nel rispetto del diritto internazionale. Abbiamo consapevolezza che nessun regime può essere giustificato se adotta violenza e reprime il dissenso e le manifestazioni pacifiche con la violenza.

Detto questo, non riteniamo di poter incoronare nessuno che non passi da elezioni libere e democratiche. Lavoreremo per questo.

(Applausi)

Siamo parte attiva del gruppo di contatto; siamo disponibili anche a una forma di mediazione e ammoniamo tutti dalla responsabilità storica di incoronare qualcuno a discapito dell'altro, quando sappiamo bene che le maggiori crisi internazionali, dal punto di vista storico, si sono verificate perché si è avuta la fretta di incoronare un attore protagonista rispetto all'altro nella contesa.

Attenzione: perché così si polarizza e si radicalizza lo scontro. È chiaro che precipitarsi a incoronare un attore significa consentire agli altri attori globali di venire in soccorso dell'altro e sappiamo che così si sono create le peggiori crisi che ancora si trascinano nella storia.

(Applausi)

Presidente. – Iniziamo il dibattito con il «catch the eye». Dobbiamo concludere al massimo alle 19.45. Ci sono più di cinquanta parlamentari che hanno chiesto di parlare: più parlate, meno parlano gli altri.

Lara Comi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, signor Primo Ministro, benvenuto al Parlamento europeo. lei ha parlato di democrazia. Vede, lei si trova quindi una istituzione che, forse, è la più democratica, perché noi siamo eletti direttamente dai cittadini e ogni giorno rispondiamo ai cittadini, al contrario di lei che è stato nominato. Io sono orgogliosa di essere italiana. Io sto con l'Italia, ma con l'Italia in Europa.

Secondo lei è stata una passeggiata approvare in questa sede il *made in Italy*? Secondo lei è stata una passeggiata approvare la riforma di Dublino, in questa sede, o il *copyright*? E non abbiamo scaricato la colpa nessuno, ci siamo rimboccati le maniche, abbiamo lavorato, abbiamo fatto alleanze, quelle alleanze che mancano all'Italia, quelle alleanze che mancano nel Consiglio europeo. Perché, vede, lei parla di Europa, parla di unità, e poi viene qui a dire che non si fa la TAV. Forse anche parte del suo governo non è della stessa opinione, o sbaglio?

Lei parla di una riforma di Dublino, però lei stesso ha approvato le quote facoltative, quello che invece noi abbiamo detto che è assolutamente sbagliato. E allora poi si va a chiedere solidarietà, quando si hanno le quote facoltative? Questo è un suo errore, e lo deve riconoscere per onestà intellettuale. E un altro aspetto, mi permetta: il suo video con la Cancelliera Merkel è una vergogna, perché io amo l'Italia e non vorrei mai che un Primo Ministro parli male del governo italiano a un collega.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, quand je ne siège pas à Strasbourg ou à Bruxelles, je vis à Lyon. C'est une ville qui a un lien ancien avec l'Italie: passer du Piémont à Lyon, et l'inverse, c'est ce qu'ont fait les fondateurs de la soierie lyonnaise au XVI^e siècle et des générations d'Italiens après eux.

Je veux vous parler du Lyon-Turin, dont il est incroyable ici d'entendre qu'il est encore un projet. En réalité le Lyon-Turin ne fait pas que relier deux villes, de même que le tunnel sous la Manche ne relie pas Douvres à Calais, mais le Royaume-Uni tout entier au reste de l'Union.

Le Lyon-Turin constitue le maillon central du corridor méditerranéen depuis Algésiras jusqu'à Budapest. Mais je vous parle de lien entre les peuples, alors que le rapport Ponti parle, lui, principalement d'argent. Ce rapport refait les calculs faits par les experts précédents et réussit à trouver que le Lyon-Turin coûterait à l'État italien. C'est vrai que certaines recettes seront en baisse, comme les taxes sur le carburant et sur le produit des péages autoroutiers. Eh oui, il y aura moins de circulation routière, moins de camions, mais surtout moins de pollution.

Ma question, Monsieur le Premier ministre est la suivante: ne pensez-vous pas que le lien ancien et fraternel qui lie nos deux pays mérite mieux que ce rapport Ponti, où l'on ne trouve ni rigueur méthodologique, ni souci environnemental?

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben sehr viel über die Solidarität gesprochen, die Italien jetzt von der Europäischen Union einfordert. Das ist Ihr Beitrag zur Zukunft der EU, dass Sie Solidarität einfordern, und wir wissen, wem die Solidarität gelten soll.

Aber wenn wir über Solidarität sprechen, dann müssen wir natürlich auch darüber sprechen, warum es denn überhaupt zu einer Situation gekommen ist, wo Italien diese Solidarität einfordern muss. Und da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir seit 20 Jahren eine gemeinsame Währung haben: den Euro. Und seit 15 Jahren hat Italien kein Wachstum. Haben Sie mal darüber nachgedacht, ob da vielleicht ein Zusammenhang bestehen könnte?

Könnte es sein, dass Italien selbst einmal darüber nachdenken muss, ob diese gemeinsame Währung eigentlich für das Land geeignet ist, darüber nachdenken müsste, woher es kommt, dass die italienische Zentralbank ein Target-Defizit von 400 Milliarden Euro vor sich herschleppt, woran es liegt, dass Italien seine Schulden um ein Drittel erhöht hat, seit der Euro eingeführt worden ist, woran es liegt, dass Italien ständig gegen die Regeln in Bezug auf sein Defizit verstößt, gegen den Fiskalpakt verstößt?

Herr Conte, wenn Sie Solidarität einfordern, dann muss sich auch Italien mal an die Regeln halten. Im Asylsystem halten Sie sich ja ebenfalls nicht daran. Erst haben Sie die ganzen Flüchtlinge nicht registriert, die gekommen sind. Jetzt schließen Sie plötzlich alle Häfen und fallen damit ins andere Extrem hinein.

Wenn Italien ein Mitglied der Europäischen Union sein will, dann muss sich Italien an die europäischen Regeln halten, sonst kann es keine Solidarität geben.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente. Señor presidente Conte, ¿por qué su Gobierno impidió que un barco de salvamento como el Open Arms haya podido atracar en el puerto italiano el 29 de junio de 2018?

Señor presidente, yo estaba en ese barco, junto a Eleonora Forenza, junto a Javier López y junto a Miguel Urbán. Cuatro eurodiputados de este Parlamento. Y no se nos dio una respuesta oficial, alegando su ministro de Transportes que el impedimento de poder atracar en un puerto italiano se debía a un motivo de orden público.

¿Por qué están bloqueando los puertos italianos desde entonces? ¿Por qué ustedes hablan de la Europa solidaria mientras no están cumpliendo ningún tipo de reglas, de las reglas de solidaridad europea?

Pero lo que más nos choca es que la parte del Gobierno que podría tener ideas más democráticas se alíe con la extrema derecha, con los amigos del fascismo, con los amigos de Vox, que es justamente lo contrario de la Europa solidaria.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, (*fuori microfono*) ... al nuovo Presidente del Consiglio che, *en passant*, ha ridato dignità a un paese, a un popolo che non era abituato a vedere i suoi rappresentanti con la schiena dritta venire in Europa e ragionare come lei è riuscito a ragionare nella fase delicata, e le dobbiamo dare atto del grande successo correndo il rischio di una messa in stato d'infrazione di un paese, e dimostrando invece, con la forza della verità e dei fatti, che il nostro è un grande paese laborioso, i cui fondamentali finanziari ed economici fanno invidia agli altri paesi, che spesso hanno usato l'arma del ricatto e della sopraffazione politica, avendo a che fare con una classe politica, anche europea, piuttosto assoggettata.

La ringrazio per aver dato forza all'altra componente del suo governo, che aveva come obiettivo – e l'ha raggiunto – quello di dimostrare a questa Europa un po' incauta che tutti questi sermoni sull'impossibilità di fermare il traffico di carne umana nel Mediterraneo erano falsi e forse servivano a interessi piuttosto oscuri. Questo traffico è stato bloccato! La ringrazio inoltre per lo sforzo, cui lei ha accennato, di apertura nei confronti dei paesi africani, con i quali bisogna parlare con pari dignità.

Io la prego soltanto di aggiungere in questo sforzo l'apertura e il coinvolgimento del sistema delle piccole e medie imprese del nostro paese ed europee, solo innestando il seme buono della piccola e media impresa e non, come si faceva in passato, coi partiti che intrallazzavano in Africa e rubavano in Africa. Questo si deve fare, questo farà un governo serio, un governo del popolo!

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Willkommen, Herr Ministerpräsident! Sie haben es geschafft, dass Sie die Möglichkeit über das Mittelmeer – diese Masseninvasion – gestoppt haben. Dafür sage ich Ihnen meinen Dank. Es ist auch kein Geheimnis, dass die Asyl-Lobby durch Sie nicht mehr so viel verdienen kann, wie das vorher der Fall gewesen ist. Sie müssen sich heute hier vorkommen wie in einem Tribunal. Aber dies hier ist kein Tribunal. Das ist das Zittern der alten Eliten, die genau wissen, dass sie in drei Monaten nicht mehr die Mehrheit in diesem Hause haben.

Herr Ministerpräsident, wir haben in Deutschland, wir haben in Europa erfahren müssen, dass Migranten auch tausendfach töten können. Stoppen Sie das Morden! Geben Sie den Millionen Europäern, die heute nach Polen, nach Italien, nach Ungarn schauen, wieder eine Hoffnung auf eine neue Zukunft!

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido, signor Presidente del Consiglio, il fatto di dover fermare il traffico di esseri umani in Africa, ma purtroppo non condivido la posizione di neutralità dell'Italia sul Venezuela, che ha bloccato il riconoscimento di Guaidó da parte dell'Unione europea. Io porto l'Italia nel mio cuore: le mie figlie sono italiane, ho vissuto per oltre vent'anni in Italia e sono veramente delusa dal governo italiano, che non vuole vedere l'urgenza di fermare il tiranno Maduro, che sta soffocando il popolo venezuelano.

Lei ha appena detto che non c'è fretta. Vada a dirlo, signor Conte, a Leopoldo López, a tutti i torturati, a quelli che sono morti, a tutti gli emigranti venezuelani che sono in coda per entrare in Colombia, alla gente che muore di fame. Come diceva Edmond Burke: l'unica cosa necessaria perché trionfi il male è che i buoni non facciano niente.

Renaud Muselier (PPE). – Monsieur le Président, je m'adresse à vous en tant qu'ancien secrétaire d'état aux affaires étrangères de la France, député européen et président de la région Provence Alpes Côte d'Azur.

Ma région partage des centaines de millions d'euros européens dans la coopération avec mes voisins italiens. En réalité, nous partageons tout: nos frontières, le littoral, les montagnes, notre histoire, la Méditerranée et même l'accent. J'ai de l'amour pour votre pays, j'aime les Italiens.

Mais aujourd'hui, le rappel légitime de notre ambassadeur est la conséquence directe de votre ingérence. Pour la première fois depuis la guerre, vous venez de tendre les relations entre nos deux pays; il s'agit d'une faute diplomatique majeure, qui montre que votre discours, soi-disant pro-européen, est faux. Par ailleurs, vouloir faire de la politique en France est parfaitement inadapté à vos convictions, vous qui ne cessez de prôner la souveraineté italienne.

Alors, de quoi vous mêlez-vous chez nous? Je n'ai qu'une question: qui a payé ce déplacement en France? Si c'est le contribuable italien, vous venez d'éliminer vos candidats français, car c'est un délit en France de se servir d'une personne morale lors d'une campagne électorale. Et l'Italie est une personne morale. Vos alliés peuvent vous remercier: avec un ami comme vous, plus besoin d'ennemis.

En fait, votre comportement est inélégant, immoral, indécent, inefficace, irresponsable et illégal. Je ne félicite pas l'héritier de la Renaissance que vous devriez incarner.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente del Consiglio, lei avrà colto dalle parole e dagli atteggiamenti di quest'Aula quanta stima e quanta aspettativa ci sia per l'Italia e quanta delusione e preoccupazione invece vi è per quest'Italia che, oggettivamente, si è fatta più debole, si è isolata, è in conflitto con i paesi fondatori con cui dovrebbe ricostruire il futuro e si allea a paesi che sono contro quell'unità e quella solidarietà che lei ha richiamato. Spero che lei questo lo abbia colto con intelligenza, e glielo dico con preoccupazione non con gioia, perché voglio che il mio paese sia protagonista in questa Europa e non antagonista.

Le dico un'altra cosa, signor Presidente: come possiamo credere alle sue parole, che oscillano tra grandi sogni e citazioni? Per favore, Aldo Moro leggiamolo integralmente: non avrebbe fatto nel Mediterraneo quello che abbiamo fatto noi. Ma non è questo il vero problema. Lei poi invece cade in un ribellismo, in una rivendicazione. Ma dov'è la coerenza che lei invocava? I fatti dove sono?

Allora, lei cita alcune cose, non le dirò che le abbiamo fatte noi, perché non nasce oggi l'Italia in Europa, ma le dico come ci siamo comportati qui. Lei mi dirà se questa è credibilità, signor Presidente, se è coerenza. Ha citato i fondi per l'Africa, ma la sua maggioranza ha votato contro! Ha citato i miliardi del piano Juncker, ma i partiti che la sorreggono – e grandi partiti – hanno votato contro! Ha citato l'esigenza della cooperazione rafforzata, ma perché l'Italia non partecipa all'iniziativa dei nove? Ha parlato delle conseguenze negative della Brexit, ma lo sa che il maggior partito – per ora – italiano che la sorregge sta nel gruppo di Farage? Ecco, io la prego, faccia tornare l'Italia, per il suo stesso bene, protagonista in Europa.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Primeiro-Ministro, é, naturalmente, com imenso gosto que aqui o ouvimos e com um enorme respeito pela vontade do povo italiano. Há, no entanto, um ponto que gostava de sublinhar: citou aqui a dada altura Aldo Moro e é pena que o Governo italiano atual não honre a memória de Aldo Moro, com o seu europeísmo e a sua dedicação à causa europeia. Não basta citá-lo a propósito do Mediterrâneo, é preciso citá-lo a propósito da Europa.

Permita-me que lhe diga, como português, que estranho muito a posição do Governo italiano na questão venezuelana. Não apenas porque ela põe em causa a questão da política externa europeia, mas porque, tal como há uma grande comunidade portuguesa em Caracas e na Venezuela, também há uma grande comunidade italiana.

Será que o Governo italiano não pensa nos italianos que estão a sofrer o regime de Maduro e que estão a sofrer a miséria que ele lhes impôs? Esta é a questão a que o Governo italiano já devia ter respondido. Não basta responder agora. Devia ter respondido na primeira hora.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, signor Presidente Conte, buonasera, grazie di essere qui. Sarò pratico. Vorrei avere il tempo per descrivere la fatica che si fa qua nelle Istituzioni europee per ottenere risorse da destinare ai migliori progetti che vengono realizzati e proposti dai tanti paesi europei, tra cui il mio. Vorrei dedicare del tempo per raccontare come soprattutto abbiamo tentato negli anni di costruire progetti seri che mettano insieme le esigenze di collegamento del nostro paese, le domande dei nostri imprenditori. Vorrei raccontarle tutto questo, e vorrei raccontarle anche lo stato d'animo di chi fa questo lavoro e poi vede il proprio ministro delle Infrastrutture più attento alle scie chimiche che a questo lavoro.

Ecco, allora, di fronte alla ripetuta richiesta da parte del suo governo di portare pazienza perché nel tempo si vedranno le grandi capacità di questo governo, io le propongo una provocazione. Molti parlamentari che la sostengono spesso hanno provocato l'ambiente politico con ipotesi economiche particolari, soprattutto sugli stipendi. Bene, provate a fare così: se dovremo restituire le risorse meritate da questo paese, fate un mutuo – a tasso fisso perché variabile aumenta con lo *spread* – e le restituite di tasca vostra le risorse che con tanta fatica abbiamo portato a casa per il nostro paese.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Ho una domanda, caro Presidente Conte. Siccome non vedo l'Unione in grado di divenire una comunità solidale e non discriminatoria sulla migrazione o sulle regole di bilancio, siccome non credo che il reddito di cittadinanza, pure indispensabile in Italia, superi i difetti del sussidio «Hartz IV» riconosciuti ormai in Germania, siccome vedo che la destra estrema sta prendendo il sopravvento sul Movimento 5 Stelle, imponendo la propria agenda su punti cruciali, vorrei chiederle questo, e la domanda è seria, perché temo il momento in cui la Lega abbraccerà forze di destra che vogliono la caduta del governo, porti sempre più chiusi e *regime change* in Venezuela, le chiedo: su quali previsioni, su quale studio della realtà ritiene, come ha detto in un'intervista, che quest'anno e i successivi anni saranno bellissimi? Grazie per una risposta.

Daniele Viotti (S&D). – Grazie Presidente. Io glielo consegnerò poi, Presidente Conte, perché è lungo e noioso questo elenco che le riassumo in qualche numero. Allora: Moavero 8 su 19, Toninelli 3 su 4, Tria 2 su 6, Salvini – figuriamoci – 4 su 4. Sa cosa sono? Le assenze dei ministri italiani dalle riunioni del Consiglio dei ministri. Queste sono le assenze dei ministri italiani dalle riunioni del Consiglio dei ministri, quando si parla di lavoro, quando si parla di giovani, quando si parla di industria, di trasporti, di immigrazione persino! Non siete mai presenti alle riunioni, chiedete scusa ai cittadini italiani! Chiedete scusa ai cittadini italiani e ai cittadini europei! L'Europa ha bisogno dell'Italia, l'Italia ha bisogno di un governo che sia presente in Europa! Ecco quello di cui ha bisogno! Questa la giustificazione che doveva dare oggi, Presidente Conte, invece voi non siete mai presenti!

Chiudo con una citazione, Presidente, ne ha fatta una lei e ne faccio uno anch'io. E la citazione arriva dalla canzone vincitrice del festival di Sanremo, di Mahmood: «è difficile stare al mondo quando si è senza orgoglio». A differenza di quel che voi andate in giro a dire, l'Italia senza è più orgoglio: guardi quest'Aula vuota, Presidente!

Presidente. – Vi prego di usare un linguaggio confacente a quest'Aula, per favore. Altrimenti sarò costretto ad adottare sanzioni nei confronti dei parlamentari che usano un linguaggio che non è consono al Parlamento. Chiaro? Che non accada mai più!

Ivan Jakovčić (ALDE). – Signor Presidente, benvenuto Presidente del Consiglio dei Ministri. Spero che riesca a sentirmi. Grazie di essere venuto qui, è stata una sorpresa per me ascoltarla, e devo dire una sorpresa positiva. Ma, come dicono da noi in Istria, «ciacole no fa fritole», per cui io aspetto anche i fatti.

Vorrei dire, come relatore della macrostrategia adriatico-ionica, che abbiamo bisogno di una buona cooperazione sull'Adriatico. Mi interessa come vedete voi le relazioni con la Slovenia e con la Croazia e come vedete il futuro della cooperazione sull'Adriatico. È importante per me anche come vedete l'allargamento dell'Unione europea. Mi interessa anche se il vostro governo vuole tagliare i fondi per la minoranza italiana in Istria, per il bilinguismo in Istria, che ho fatto io con i miei colleghi. Mi interessa cosa volete fare con il bilinguismo in Slovenia e in Croazia, perché abbiamo bisogno anche dei finanziamenti dell'Unione italiana in Slovenia e in Croazia. E mi interessa, infine, se potete immaginare un recupero di un borgo che potrebbe essere dedicato agli esuli e anche ai popoli europei. Mi interessa sapere se vuole partecipare a questo simbolo.

Herbert Dorfmann (PPE). – Signor Presidente, signor Presidente Conte, lei ha giustamente elogiato l'importanza della libera circolazione, che condivido, provenendo dalla minoranza linguistica più grande che vive in Italia, vicino al confine. Però il suo governo ha fatto una legge, il cosiddetto «decreto sicurezza» – tanto discusso per altre cose come l'immigrazione, ma non voglio parlare di questo – in base al quale, se uno studente o una persona che vuole lavorare all'estero va all'estero, si compera una macchina e vuole tornare in Italia, questa macchina gli viene sequestrata al confine e deve pagare 700 euro di multa. Lei ritiene giusto che una misura del genere sia compatibile con la grande idea della libera circolazione?

Marc Tarabella (S&D). – Signor Presidente, signor Presidente del Consiglio, sono molto lieto di ascoltarla in Aula oggi perché il suo collega Vicepresidente del governo Salvini, che era qui in Parlamento, era davvero poco presente nelle riunioni dove si decideva per l'interesse dei cittadini, perché era lontano dalle telecamere. Ho l'impressione che lui continui ad agire in quel modo all'interno del suo governo: lavorare poco e apparire e chiacchierare in TV molto spesso, designando i colpevoli della pessima situazione dell'Italia, vale a dire profughi, africani, gay, francesi, l'Europa stessa. Una volta i cosiddetti colpevoli erano gli ebrei, i comunisti, gli zingari. È un modo di fare politica che ricorda chiaramente il fascismo, che ha rovinato l'Italia, che ha costretto migliaia di cittadini italiani del dopoguerra ad emigrare per darsi un futuro. La prego di non dimenticarlo, per favore.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Conte, είμαι σύμφωνος με αυτά που λέτε για την πορεία της Ευρώπης, αλλά η Ευρώπη πρέπει να δείξει αλληλεγγύη και η αλληλεγγύη πρέπει να εκφραστεί και στον τομέα της άμυνας και της εξωτερικής πολιτικής, καθώς και στον τομέα της ασφάλειας. Γνωρίζετε ότι η Τουρκία συνεχίζει να απειλεί την Ελλάδα, συνεχίζει να απειλεί την Κύπρο, παραβιάζει συνεχώς τον εναέριο χώρο της Ελλάδας, παραβιάζει τα χωρικά ύδατα της Ελλάδας και παραβιάζει την ΑΟΖ της Κύπρου. Θέλω μία δήλωση δική σας που να στηρίζει την Ελλάδα έναντι των απειλών της Τουρκίας, μία δήλωση δική σας που να στηρίζει την Κύπρο ώστε να μπορέσει να εκμεταλλευτεί τους φυσικούς πόρους, τη στιγμή μάλιστα που η ιταλική εταιρεία Eni θέλει επίσης να συνεργαστεί με την Κύπρο για την αξιοποίηση των φυσικών πόρων και απειλείται από την Τουρκία και η Ιταλία και η Eni και η Κύπρος. Θέλουμε μία δήλωση δική σας εδώ, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, στήριξης της Ελλάδας και της Κύπρου και καταδίκης των απειλών του Erdoğan και της Τουρκίας, κύριε πρωθυπουργέ. Το περιμένει ο ελληνικός λαός. Το περιμένουν, επίσης, οι φίλοι μας στην Κύπρο. Θέλουμε δήλωση συμπαράστασης.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che sia importante ricordarci che il nostro paese vive una fase di recessione e, purtroppo, non ho sentito, Presidente, parlare di politica industriale o di politica commerciale, né l'ho sentita parlare delle nostre imprese. Gli accordi commerciali che in Europa si stanno realizzando significano *made-in*, significano import-export, significano crescita di un paese.

Io credo che oggi l'Italia abbia bisogno, non so se lei condivida, che la tassazione si riduca, che le nostre imprese possano ridurre il costo del lavoro, che possano beneficiare di sgravi fiscali e che si abbandonino politiche di sussidi, che non servono a nulla se non a intuire, in qualche modo, come combattere la povertà e la disuguaglianza.

Credo quindi che sia importante, Presidente, che lei sottolinei questo aspetto e ci dia una risposta.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Presidente del Consiglio, come già alcuni colleghi, e non solo italiani, hanno ricordato, noi qui lavoriamo a progetti che abbiano l'ambizione di fare il bene dell'Italia, ma anche dell'Europa, e la linea di trasporto ad alta capacità del Mediterraneo, che non si chiama Torino-Lione, perché non è la Torino-Lione, è la linea finalizzata al riequilibrio verso sud di tutto il sistema dei traffici dei sistemi di trasporto, che è intesa a consentire a tutti i porti del Mediterraneo di svilupparsi.

Il suo Governo, ce l'ha ancora detto, ha predisposto una burletta di analisi costi-benefici, che non tiene conto della scala temporale di un investimento che durerà centocinquanta anni: la linea attuale, assolutamente inadeguata, ne ha centoquarantanove, fra un anno festeggeremo i centocinquanta anni. Signor Presidente, io credo che, se lei imparerà a ragionare da europeo e non solo a tenere conto delle piccole beghe italiane, forse ci potrà dire qualcosa di più le prossime volte.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come parlamentare eletta in Svezia, sono fiera di essere italiana. Ma mi riconosco sempre meno nel mio grande paese: l'Italia che lavora, che ha un cuore immenso, che non sta a guardare quando i bambini vengono lasciati in mare, che crede nei valori umani e che sa che l'Europa è il nostro futuro comune. In meno di un anno l'Italia ha perso terreno, immagine e credibilità su tutti i fronti. Preoccupa la gestione scellerata dell'economia, che ha portato l'Italia alla recessione. I giovani, signor Presidente, chiedono lavoro, non elemosina; dignità, non propaganda: che risposte concrete intende dare – magari mi può anche ascoltare – ai disoccupati e alla piaga del debito che impoverisce famiglie ed imprese?

Ma preoccupa ancora di più la deriva sovranista del suo Governo, che indebolisce l'Italia nel mondo. L'Europa è la soluzione, non il problema. Gli italiani vogliono un paese capace di costruire ponti, non di scavare fossi. Va bene riformare l'Europa, ma non si può fare da soli. L'Italia va aiutata di più sulla migrazione, ha ragione, ma la solidarietà si ottiene con il dialogo, non con gli insulti. Basta queste liti assurde con i nostri vicini, basta alle pessime compagnie come Putin. Non è isolandosi che si va avanti, ma costruendo alleanze. Presidente Conte: cambia rotta! De Gasperi e Spinelli la stanno a guardare.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Gospod predsednik, torej gospod premier, govorite o sožitju v Evropi, o solidarni Evropi, o Evropi brez delitev, ob tem pa vaš notranji minister in tudi naš predsednik Parlamenta dajeta izjave, ki obujajo bojazen, ki obujajo spomin na sovraštvo in grozote.

Govorim o dogodkih pred nekaj dnevi v Bazovici. Kot da bi bile vse žrtve zaman. Na ta način, tudi, gospod predsednik Parlamenta, rušite sožitje, teptate vrednote Evropske unije in zanikate, pravzaprav, zgodovino.

To pomeni tudi žalitev za vse žrtve, ki so bile potrebne, da lahko ljudje ob slovensko-italijanski meji danes živijo v miru. Tako ravnanje in te besede je treba ostro obsoditi in tudi po tem, kar dobivamo iz domovine, mislim, da je moja dolžnost, da vas tudi pozovem k odstopu.

(intervento fuori microfono di Alessandra Mussolini)

(Fine della procedura «catch the eye»)

Giuseppe Conte, Presidente del Consiglio dei Ministri italiano. – Grazie Presidente, alcuni interventi hanno sollevato questioni politiche. Il dibattito politico è il sale della democrazia e ben venga, anche se è vivace, anche se il confronto può essere aspro. Altri interventi non andrebbero commentati perché hanno pensato evidentemente di offendere non solo il sottoscritto, ma l'intero popolo che io rappresento.

(Applausi)

C'è stato chi ha avuto l'ardire – lo dico con molta serenità, Presidente Tajani – c'è stato addirittura un capogruppo, quindi che ha anche la responsabilità di rappresentare un gruppo, che ha dato del burattino a chi rappresenta il popolo italiano. Io burattino non lo sono, non mi sento. Interpreto e sono orgoglioso di rappresentare un intero popolo. Sono orgoglioso di interpretare la voglia di cambiamento del popolo italiano e sono orgoglioso di sintetizzare una linea politica di un governo che non è burattino perché non risponde a logiche, a lobby, non risponde a comitati di affari. Forse burattini sono quelli che rispondono a lobby, gruppi di potere e comitati di affari.

(Applausi)

Mi è stato detto – e credo che anche qui esuliamo dal dibattito franco, aspro, politico – che mi dovrei vergognare per un frammento di conversazione origliato illegittimamente tra me e la Cancelliera Merkel. Vorrei ricordare a chi ha osato vergognarsi pubblicamente per mio conto che forse c'è stato in passato un esponente di un partito che ha ben altri record rispetto alla Cancelliera Merkel in termini di apprezzamenti. Forse allora non ci si è vergognati.

(Applausi e risate)

Vorrei ancora ricordare – e siamo al terzo aspetto che a mio avviso esula da un franco dibattito, ancorché aspro – che è stato detto che i miei ministri non partecipano ai Consigli ministeriali europei, cioè che il mio governo non è rappresentato nei tavoli ministeriali europei. Non devo io insegnare la grammatica delle Istituzioni europee, ma vorrei ricordare che il governo è rappresentato anche da un sottosegretario, da un delegato, e abbiamo sempre presidiato tutti tavoli europei. È chiaro? Abbiamo sempre presidiato tutti tavoli europei!

Vorrei ricordare, allora, per essere ancora più franco e diretto, che lei è esponente di un partito che in passato non ha presidiato adeguatamente per quanto riguarda la vicenda EMA, e ne stiamo ancora pagando le conseguenze.

(Applausi ed esclamazioni)

Per quanto, invece, Presidente...

(Il Presidente interrompe l'oratore per rivolgersi all'Aula)

Presidente. – Vi prego tutti quanti di non usare linguaggi sconvenienti. Si può dire tutto ciò che si vuole, si può sostenere qualsiasi tesi politica, ma l'importante è non offendere gli altri rappresentanti, tutti legittimamente eletti dal popolo, e di non offendere neanche il Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana che è stato invitato da noi qui, non si è imposto. Quindi chiedo a tutti di avere un linguaggio più corretto, soprattutto ai miei compatrioti italiani.

Giuseppe Conte, Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana. – Grazie Presidente, vengo invece alle questioni politiche che sono state poste, alcune molto interessanti. Rispondo a un quesito specifico: mi è stato chiesto sostegno per Cipro e Grecia. Vorrei ricordare che il 29 gennaio sono stato a Nicosia, dove con altri sette paesi del Sud Europa abbiamo fatto anche una conferenza stampa finale congiunta, abbiamo preso posizioni specifiche e quindi il sostegno a Cipro c'è già stato.

Per quanto riguarda le altre questioni, invece, sono state dette cose vergognose per l'Italia, per esempio che lasciamo morire bambini in mare. Ma questa è una falsità di una gravità inaudita! È una falsità di una gravità inaudita. L'ho detto prima: abbiamo il dovere di informarci se parliamo in questa sede. Ho detto prima che noi siamo sempre addirittura intervenuti per assicurare protezione per le persone più vulnerabili, pure nei casi più clamorosi ed emergenziali abbiamo subito messo in sicurezza donne e bambini, li abbiamo fatti trasbordare su altre navi o fatti sbarcare. Se noi abbiamo tenuto il punto, è stato perché pretendiamo veramente una solidarietà concreta, che si passi in Europa dai principi ai fatti e si abbiano comportamenti conseguenti anche da parte dei restanti paesi.

Per quanto riguarda la questione con la Francia, io l'ho dichiarato più volte: l'Italia vanta un legame antico, non solo economico ma anche culturale, con la Francia. Pensare che il rapporto tra i due paesi sia messo in discussione da un dissidio, da una singola divergenza, è qualcosa di folle. Siamo due sistemi integrati sul piano culturale ed economico, quindi nulla di tutto questo. Il Vicepresidente Di Maio, peraltro, ha dichiarato che l'incontro che ha avuto con alcuni esponenti del movimento dei *gilets jaunes* è stato fatto, ovviamente, nella sua veste di leader di un movimento politico. Quindi entriamo in una dimensione, quella della dialettica politica, dove le scelte possono essere opinabili, ma sono legittime.

Per quanto riguarda il Venezuela, è stato detto qualcosa anche qui di clamorosamente falso: che l'Italia appoggia Maduro, che l'Italia non preme per le elezioni presidenziali, che io ho detto che non c'è fretta. Ma tutte le nostre dichiarazioni sono al contrario. Il regime di Maduro non è assolutamente appoggiato dall'Italia. Abbiamo dichiarato che le elezioni presidenziali, tutto il Parlamento europeo non le ha riconosciute. Noi non abbiamo mandato nessuno, non abbiamo avallato assolutamente, non riteniamo che il Presidente Maduro abbia legittimazione democratica. Chiediamo al più presto elezioni presidenziali libere – lo scriviamo a cartelloni cubitali? – libere, democratiche e trasparenti al più presto, proprio perché c'è una popolazione che sta soffrendo. E semplicemente non riteniamo che a questo risultato si arrivi schierando ed elevando e riconoscendo presidente qualcuno che si è autoproclamato come tale. Riteniamo che questo, anzi, rallenti il processo che porterà a una soluzione rapida e democratica.

È stato ancora toccato il tema dell'economia e del fatto che ci è stato chiesto perché l'Italia non presta attenzione a una politica industriale, anche europea. Noi abbiamo riconosciuto l'importanza del piano Juncker – l'ho detto anch'io – abbiamo sempre sostenuto l'importanza di una politica industriale dell'Unione europea, e abbiamo anche rimarcato l'importanza di un budget per l'Eurozona, anche con funzione di stabilizzazione.

Sempre per rimanere in tema di politica economica e politica sociale, ci è stato detto: ma come mai, vedete che non crescete? Ma attenzione, ma dobbiamo scontare politiche economiche del passato? Forse è ancora un po' presto, è ancora un po' presto per valutare gli effetti di una manovra economica che adesso contiene misure, che adesso ancora stanno per entrare in applicazione, ancora adesso vengono attuate. Infatti io ho ragionato di una ripresa economica che si svilupperà nel secondo semestre del 2019 perché, ragionevolmente, la nostra politica economica, le nostre misure non potranno entrare in piena applicazione in questi primissimi mesi.

E pensare che noi non siamo attenti alla produzione e al sistema produttivo, pensare che noi non ci stiamo impegnando nel piano degli investimenti, è qualcosa – lo dicevo prima – di completamente sbagliato. Stiamo lavorando su questo, vi dico soltanto che ieri, per fare un esempio, il sottoscritto è stato in tre regioni del Sud Italia, dove la crescita economica stenta rispetto ad altre, dove non c'è sviluppo sociale, per sottoscrivere tre contratti di sviluppo: Basilicata, Molise e Sardegna. Questo governo ha un approccio molto pratico, pragmatico, e cerca assolutamente di sostenere la crescita economica con tutte le misure che ha attuato.

Anche il reddito di cittadinanza, vedete, poteva essere una misura meramente assistenzialistica. Se n'è parlato tanto, parlo di questa misura perché ha catalizzato un po' il dibattito pubblico. Questa misura poteva essere meramente un dispendio di risorse, una misura assistenzialistica. In realtà è stata concepita sulla base di un patto di lavoro, un patto di formazione e meccanismi di inclusione sociale per recuperare al circuito produttivo tante persone – parliamo di cinque milioni di poveri che saranno direttamente interessati – che in questo momento sono assolutamente al di fuori di qualsiasi meccanismo sociale, produttivo, lavorativo, e quindi ai sensi dell'articolo 3, secondo comma, della nostra meravigliosa Costituzione italiana, non hanno reale possibilità di partecipare alla vita economica, democratica, politica e sociale del nostro paese.

Grazie Presidente.

(Applausi)

Presidente. – Grazie signor Presidente del Consiglio dei Ministri della Repubblica italiana per aver accettato il nostro invito. Mi scuso se sono stati a volte usati toni che non mi appartengono, però l'Aula è sempre vivace e quando i dibattiti sono vivaci significa che c'è interesse per gli argomenti di cui si tratta, soprattutto per quanto riguarda il futuro della nostra Unione.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Caro Primo Ministro, la ringrazio per le belle parole spese poc'anzi ma soprattutto per la Sua presenza qui, che ci consente di confrontarci lontano dalla cappa di disinformazione del contesto italiano. Lei oggi avrà certamente salutato i sostenitori del Suo governo, miei colleghi, in Italia europeisti mentre qui in Parlamento siedono con Farage e gli amici della Le Pen. E su questa presunta ambiguità, presunta solo per l'Italia, andremo al voto per il rinnovo del Parlamento europeo. Nel frattempo, in preda alla furia propagandistica, l'Italia si sta isolando e non si comprende come vogliamo starci in questa Europa. Da qui, Presidente Conte, appare tutto senza senso. Avete stretto alleanze con paesi che mai daranno una mano all'Italia sui migranti, e avete deteriorato il rapporto con la Francia che è arrivata a richiamare il proprio ambasciatore da Roma. Alcuni Suoi ministri solidarizzano in casa d'altri con le frange più violente dei *gilets jaunes* e varcano il confine senza il rispetto delle procedure previste per i Vertici dello Stato. Gentile premier, dove stiamo andando? Dove state portando l'Italia, e con chi intendete costruire l'Europa?

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze die hier im Plenum geäußerte Kritik an Italiens Migrations-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und ich bin stolz darauf, zu sehen, mit welcher Vehemenz unsere bürgerlichen Parteien die Werte und Grundfesten der EU verteidigt haben.

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – A UE deve ter assento e falar a uma só voz no CS da ONU. Mas Itália é um dos Estados-Membros que tem dinamitado esse desígnio que requer solidariedade e coesão. É ver o conflito que o seu governo criou com França. É verdade que Itália está na linha da frente dos afluxos de migrantes e refugiados e foi, injusta e estupidamente, deixada só durante muito tempo. Mas isso começou a mudar em 2015. Só que em vez de exigir mais solidariedade, o seu governo veio arrasar todos os esforços para a UE gerir os afluxos e a integração de migrantes e refugiados, designadamente boicotando a revisão do regulamento de Dublin, na base do discurso populista, xenófobo, racista e antieuropeu de Salvini. Tal como na América a Lei Seca foi o melhor amigo de Al Capone, na Itália de hoje florescem máfias que estão a ganhar com a caça desumana a migrantes, refugiados e a ativistas que os tentam ajudar. Com a falta de vias legais e seguras na UE para gerir fluxos de refugiados e imigrantes, alimentam-se as máfias que os traficam. Hoje, o Al Capone destas máfias parece estar no seu governo e chamar-se Salvini.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Örömmel látom, hogy most, hogy már negyedik éve tart a migrációs válság, vannak végre olyanok, akik a politikai korrektséggel szembe menve, merik a nevén nevezni a problémát. Most, hogy már a felmérésekből is világosan látszik, hogy az európai választók számára ez az egyik, ha nem a legfontosabb kérdés, lassan a választott képviselők is elkezdnek foglalkozni a témával. Következésképpen, évek óta mondjuk, hogy a beáramló tömegeket csakis a külső határok szigorú megvédésével lehet feltartóztatni, a problémákat pedig a keletkezésük helyén lehet megoldani. Nem az embereket kell idehozni, hanem a segítséget kell odavinni. Fontos, hogy miután végre szembesültünk a problémával, azt valóban megoldjuk és ne csak tovább rontsunk a helyzeten. A nemzeti határvédelmi jogkörök csorbítása, vagy a kötelező elosztási kvóta pontosan ilyen álmegoldások voltak, amelyek csak tovább mélyítették volna a válságot. Remélem ez a mostani szembenézési hullám nem csak egy újabb indok a lopakodó jogalkotásra.

Tanja Fajon (S&D), *pisno*. – Hvala za vaš poziv, da ponovno zaženemo evropski projekt.

A prav iz vaše države slišimo zelo nevarna, sovražna stališča. Predsednik Evropskega parlamenta Tajani je minuli konec tedna v Bazovici z revizionističnimi izjavami, ki opravičujejo fašizem, močno razburil in prestrašil Slovence. Nedopustno je potvaril zgodovinska dejstva za potrebe po prebujanju italijanskega patriotizma. Socialni demokrati v Sloveniji smo zato že včeraj zahtevali, da predsednik EP odstopi. Spoštovani predsednik Tajani, vaše opravičilo je bilo v posmeh. Namesto, da bi izjave obžalovali, ste nam očitali, da smo vas napačno razumeli in še podžgali nestrpnost. To ni ravno prispevek k miru. S takšnimi izjavami ste izgubili vso verodostojnost, ki jo mora imeti šef tako pomembne institucije.

Spoštovani predsednik Conte, kako gledate na predstavnike Casa Pound in njihove provokacije zoper zamejske Slovence, dijake, nedavno v Gorici? Pozivam vas, da se posvečate iskreni politiki krepitve miru in medsebojnega razumevanja na obeh straneh meje. V Evropski Uniji ni prostora za fašizem!

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Orçamento da Itália tem sido desde que mudou o governo em Itália. Num gesto inédito, a Comissão Europeia «chumbou» a proposta de Orçamento de Estado apresentada pelo Governo de Itália, dando a este um prazo de três semanas para rever o documento e ajustá-lo às regras do euro e da Governação Económica. Este episódio, revela só por si mais uma vez o carácter profundamente antidemocrático da União Europeia e confirma a sua linha de ingerência e imposição das regras e constrangimentos do Pacto de Estabilidade e do Tratado Orçamental. Mas quando pensávamos que tínhamos visto tudo, eis que, quando tudo apontava para a imposição de mais um procedimento por défice excessivo, a França, para resolver os seus problemas internos, resolveu furar a regra do défice. Nunca mais se falou do caso italiana. O que se terá negociado no seio do Eurogrupo ninguém sabe. Mas o que este episódio confirma é que, mais uma vez, as regras não se aplicam de forma igual a todos os países da zona euro onde parece haver filhos e enteados.

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI*Wiceprzewodniczący***19. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll****20. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur – Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) - Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) - Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur – Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (Aussprache)**

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest wspólna debata nad:

— zaleceniem sporządzonym przez Davida Martina w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego dotyczącym projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia Umowy o wolnym handlu między Unią Europejską a Republiką Singapuru (07971/2018 — C8-0446/2018 - 2018/0093(NLE)) (A8-0053/2019),

— sprawozdaniem sporządzonym przez Davida Martina w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego zawierającym projekt rezolucji nieustawodawczej w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia Umowy o wolnym handlu między Unią Europejską a Republiką Singapuru (2018/0093M(NLE)) (A8-0048/2019),

— zaleceniem sporządzonym przez Davida Martina w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego dotyczącym projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia, w imieniu Unii Europejskiej, Umowy o ochronie inwestycji między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Singapuru, z drugiej strony (07979/2018 — C8-0447/2018 - 2018/0095(NLE)) (A8-0054/2019),

— sprawozdaniem sporządzonym przez Davida Martina w imieniu Komisji Handlu Międzynarodowego zawierającym projekt rezolucji nieustawodawczej w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia, w imieniu Unii Europejskiej, Umowy o ochronie inwestycji między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Singapuru, z drugiej strony (2018/0095M(NLE)) (A8-0049/2019),

— zaleceniem sporządzonym przez Antonia López-Istúriz White'a w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia, w imieniu Unii Europejskiej, Umowy o partnerstwie i współpracy między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Singapuru, z drugiej strony (15375/2018 — C8-0026/2019 - 2018/0403(NLE)) (A8-0020/2019) oraz

— sprawozdaniem sporządzonym przez Antonia López-Istúriz White'a w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych zawierającym projekt rezolucji nieustawodawczej w sprawie projektu decyzji Rady w sprawie zawarcia, w imieniu Unii Europejskiej, Umowy o partnerstwie i współpracy między Unią Europejską i jej państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Singapuru, z drugiej strony (2018/0403M(NLE)) (A8-0023/2019).

David Martin, Rapporteur. – Mr President, well, finally we are here. It's been over a decade in the making, the Free Trade Agreement between the EU and Singapore, but after many twists and turns, we are at last at the final stage.

I'd like to begin by thanking the Government of Singapore for its patience and support, and in particular their Ambassador for his good cooperation. I'd also like to thank the Commissioner and DG Trade for an agreement that I believe we can readily support in this House, and above all, I'd like to thank my shadow rapporteurs for what has been great cooperation.

My question to those who are still sceptical is: frankly, what is not to like about this free trade agreement? It builds on Canada and Japan and sends the message that the EU is committed to a rules-based trading system. While Donald Trump wants to build walls to separate nations, we are tearing them down, keeping fair and free trade alive.

Singapore is a safe harbour for EU trade and investment, and what a harbour! An important market in its own right, thanks to its unshakable commitment to the rule of law, it has one of the highest per capita incomes in the world and now has more than 10 000 EU companies based there. Many of them are looking forward, as a result of this FTA, to expanding their activities and vying for public sector contracts in Singapore.

Singapore is important in its own right, but it's also of key strategic importance for accessing the ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) region, one of the fastest growing regions in the world. Singapore is a major hub, through which a large percentage of our exports pass, and, with the entry into force of the Trans-Pacific Partnership of 11 countries, if we do nothing we will lag behind those nations.

So in economic terms this clearly is a win-win trade deal. In addition to the trade benefits, however, I would also argue that the agreement clearly reflects EU values and positions espoused by this Parliament in very many of our resolutions. For example, nothing in this agreement will prevent the application of the precautionary principle or affect the right of governments to regulate in the interest of their citizens. Public services are protected: the agreement uses the positive list for services, always the preferred option of this Parliament. Imports will have to respect EU standards. It contains commitments on the environment, in respect of the management of forests and fisheries, for example, and a commitment to implement multilateral agreements, including the Paris Agreement.

I particularly welcome Singapore's agreement to the early implementation of the Trade and Sustainable Development chapter and the commitment to take concrete steps to ratify the outstanding three core International Labour Organisation (ILO) conventions. They are serious about this. Singapore has already held talks with the social partners, they are already in dialogue with the ILO and they've set up an interministerial working group to see how they can bring domestic legislation into line with the three ILO conventions.

Moving on to the Investment Protection Agreement, I believe this is the most progressive investment agreement we have so far negotiated, and it should be a model to build on for future agreements. I want to thank the Commissioner and her team for listening to Parliament's concerns about the old and toxic investor-state dispute settlement system. This investment court system will have a permanent tribunal composed of judges or jurors of recognised competence, not arbiters. There will be a code of conduct for judges, proceedings will be transparent, the system will have an appeal mechanism, it contains a commitment to joint efforts towards a multilateral investment court, and it protects governments' right to regulate. It is also worth mentioning that this replaces the existing 13 bilateral investment treaties that Member States already have.

The last point I want to make is that this agreement has one major weakness, which, I believe, should be addressed in future investment agreements. It gives investors rights but it gives them no obligations. We have to look forward to giving them obligations in the future. With that caveat, I'm pleased to commend both of these agreements to this Parliament.

Przewodniczący. – Dziękuję bardzo panu Martinowi. Mam serdeczną prośbę: mamy 50 minut opóźnienia, dlatego proszę o bardzo dokładne przestrzeganie wyznaczonego czasu, ponieważ powinniśmy zakończyć naszą debatę przed północą. Z powyższych względów proszę również o niezadawanie pytań przez podniesienie niebieskiej kartki.

Antonio López-Istúriz White, ponente. – Señor presidente, gracias a mi colega, David Martin, y me uno además con él al agradecimiento al embajador de Singapur, que sin duda ha sido de gran ayuda para todos nosotros en la elaboración de estos informes, presentándonos una imagen transparente y siempre bien informada sobre las realidades de Singapur.

Han pasado ya quince años desde que el Consejo autorizó a la Comisión a negociar un acuerdo con Singapur, y ya era hora de terminar este procedimiento. Mañana damos un paso adelante con el voto de nuestro consentimiento al Acuerdo Marco de Colaboración y Cooperación y a los Acuerdos de Libre Comercio y de Protección de las Inversiones. Hoy, una vez más, enviamos un fuerte mensaje sobre el compromiso de la Unión Europea con la cooperación internacional y el multilateralismo, frente a otros —ya sabemos quiénes—.

En un mundo en el que la cooperación internacional es puesta en duda, la Unión Europea se mantiene firme y señala la importancia de la cooperación internacional. Este Acuerdo con Singapur trata de institucionalizar relaciones que se remontan a hace varias décadas y se basan en una larga historia de amistad y en estrechos vínculos históricos, políticos y económicos.

El nuevo marco jurídico para las relaciones bilaterales proporcionará un refuerzo de la cooperación entre Singapur y la Unión Europea. El objetivo es cooperar en temas como justicia, seguridad, cambio climático, desarrollo; temas a los que están muy atentos nuestros ciudadanos.

Recuerdo la importancia geoestratégica de Singapur. Es un actor imprescindible para asegurar la estabilidad y el equilibrio regional en la región de Asia-Pacífico. Y la seguridad y la estabilidad de la región es importante para Europa, para las empresas europeas y para los europeos. En efecto, Singapur es la puerta para el mercado asiático y una plataforma para las empresas europeas, con una localización estratégica entre las grandes economías que son China, India y Japón. Estos acuerdos mejoran el clima para la inversión y ofrecerán una mayor certidumbre a los inversores europeos.

Quiero destacar que, en el marco de este Acuerdo de Colaboración y Cooperación, vamos a crear un Comité Mixto permanente, un comité integrado por representantes de ambas partes a un alto nivel que tendrá la misión de trabajar a diario en el sentido de cumplir los objetivos establecidos de cooperación. Seremos interlocutores privilegiados a la hora de tomar decisiones en temas como la seguridad internacional, la cooperación científica y tecnológica; en sectores como la energía, el medio ambiente, los recursos naturales y el transporte, en particular, transportes marítimo y aéreo. Cooperaremos en temas de sociedad de la información y, sobre todo, ciberseguridad. Es importante cooperar en estos temas, por ser un campo global que no conoce fronteras, y porque nuestras empresas pierden millones con ataques informáticos, y juntos podemos anticipar ataques y coordinar ese combate. Incrementaremos también —muy importante— los intercambios culturales ya existentes, así como los programas de educación para jóvenes europeos —Erasmus Mundus, entre otros—, y apoyaremos nuevas oportunidades de negocio y de empleo para nuestros jóvenes.

Singapur puede convertirse en esa plataforma para nuestros jóvenes hacia el mercado laboral asiático. Quiero también señalar la importancia de este Acuerdo para la seguridad global y la lucha contra el terrorismo. La única manera de combatir esa lacra que pone en jaque nuestro modelo de bienestar es estableciendo puentes de cooperación con los demás países, intercambiando datos e información, deteniendo la financiación y así imposibilitando los ataques terroristas allá donde se produzcan.

Este Acuerdo significa una ventana abierta a todos los empresarios y empresas europeos para que puedan establecer relaciones comerciales, no solo con Singapur, sino también con otros países asiáticos. Más de 10 000 empresas y empresarios de la Unión Europea están establecidos en Singapur y lo utilizan como un centro para servir a toda la región del Pacífico. Un marco legal estable es la piedra angular de cualquier acuerdo de asociación. Al otorgar a empresarios y empresas europeos seguridad jurídica en sus relaciones con Singapur, estamos abriendo nuevas oportunidades de negocio, estamos promoviendo sus inversiones, su crecimiento y su expansión. Cada vez que nuestros ciudadanos pueden desarrollar de forma libre y segura sus ideas y proyectos de negocio, estamos creando el entorno adecuado para impulsar nuevos empleos.

Ya he mencionado antes temas como el del cambio climático, y quiero hacer hincapié sobre ello. La importancia geopolítica de Singapur a la hora de responder a las catástrofes naturales y humanitarias en Asia Sudoriental es crucial. La Unión Europea tendrá ahora una plataforma privilegiada para cooperar y participar en el proceso de decisión de las políticas de cambio climático adoptadas por Singapur, aportando nuestro *know-how* en el combate al cambio climático, una política clave de nuestra Unión.

Por último, quiero agradecer en todo este trabajo a todos los ponentes alternativos por su ayuda y colaboración en este informe, y confío en que mañana podremos aprobar con una amplia mayoría este Acuerdo Marco de Colaboración y Cooperación con Singapur. Creo que es un enorme logro para todos nosotros y, desde luego, una fuente de estabilidad, de empleo y de garantía de futuro, también para nuestras relaciones internacionales.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking the two rapporteurs, David Martin and Antonio López-Istúriz White, for the good work they have done and the long journey that we have travelled jointly, which has brought us to where we are today.

Few places symbolise the benefits of trade and investments like Singapore. Singapore's determination in embracing openness and globalisation has transformed a city state without natural resources into one of the most prosperous countries in the world and has helped its people prosper too. Singapore has become a model of economic transformation and a prime example of how trade, investment and sustainable development can and should go hand in hand.

Embracing openness has served the EU well in the past, too, and still shines a light on the way forward as we discuss the issues facing us today.

Close partners for decades, the EU and Singapore have decided to seal our partnership through the three agreements that we are talking about today and that you will vote on tomorrow. The new EU-Singapore Partnership and Cooperation Agreement will lay down the overall framework for bilateral political cooperation between two like-minded partners. But we are also very close investment and trade partners. Singapore is currently our largest trade and investment partner in south-east Asia and among our top 20 trading partners for goods, our top five for services and our top ten partners for foreign direct investment. The trade and investment agreements between the EU and Singapore will provide a framework for these already strong flows to develop further.

The benefits of the trade agreement are many. Tariffs on bilateral trade will be removed. Non-tariff barriers on EU exports for cars, electronics and renewables we'll do away with. Access to service procurement markets will be improved, and all this will create opportunities for businesses and for individuals on both sides.

The agreement further contains a comprehensive trade and sustainable development chapter that includes obligations in relation to international conventions on workers' rights and the environment; covers areas like biodiversity, eco-labelling and corporate and social responsibility; and gives a strong role to EU and Singapore civil society groups in making sure that these commitments are put into practice.

Ratification of, and compliance with, International Labour Organisation (ILO) fundamental conventions will figure among priority items to focus and deliver on. We need to see sustained efforts in this respect, as of the agreement's entry into force. And here already the Singaporean authorities have shown good engagement in preparing for the implementation of the agreement's sustainable development provisions.

The trade agreement was also negotiated together with an investment protection agreement that contains the fully reformed investment protection system developed at EU level, which the European Parliament requested and helped to shape – and I would like to thank you for this support.

This system addresses the concerns civil society has expressed about vaguely defined rules, lack of transparency, absence of appeal, lack of independence of adjudicators and lack of accountability in bilateral investment agreements that we have today.

So, delivering on the negotiating mandate, the Commission has presented for consent an agreement that tightens the standards on investment protection so as to prevent abuses, an agreement that fully safeguards a government's right to make new laws to protect health, the environment and other public interests. It thus establishes a fully transparent investment court system, a system which, in the very recent opinion of the Advocate-General in relation to a trade agreement with Canada, has been considered fully compatible with the EU Treaties.

That is a stepping-stone towards the multilateral investment courts that could potentially cover all 3 000 existing investment agreements worldwide and could play a central role in the future development of investment policy, including a possible evolution to include investors' obligations, as Mr Martin mentioned.

So these trade and investment agreements negotiated with Singapore are state-of-the-art agreements with a privileged bilateral trade and investment partner to the EU. And, beyond being a partner, Singapore is a beating commercial heart of the south-east Asian region so, in that sense, the agreement will constitute a benchmark for negotiation with other Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) partners.

Lastly, on the Partnership and Cooperation Agreement, this is, of course, a stepping stone towards enhanced political and economic involvement between the EU and Singapore, as well as the whole region. It provides a basis, as the rapporteur mentioned, for effective bilateral engagement with Singapore, strengthening the political dialogue and enhancing cooperation in a variety of areas – human and labour rights, justice, security, connectivity, people-to-people links, the information society, education and cultural exchanges, as well as employment and social affairs. It will enable us to step up scientific and technological cooperation in areas such as energy, environment, the fight against climate change, protection of natural resources, smart cities and transport.

Under this agreement, a joint committee will be established comprising representatives of both sides at an appropriately high level to ensure the proper functioning of the agreement and see that it is implemented. It will also set priorities and make recommendations to promote the agreement's objectives.

On regional dynamics, Singapore has advocated regional multilateralism in South-east Asia and is currently the country coordinator for EU-ASEAN dialogue relations. We value that partnership very much and we are committed to ensuring that it will become even stronger. The collaboration with Singapore on ASEAN-related matters has been very fruitful so far.

Cooperation between Singapore and the EU is already deep and wide today and, given the challenges that we are jointly facing, the potential for even greater engagement is significant – founded on a shared vision, a rule-based multilateral system and effective multilateralism. So thank you to the European Parliament for the work that has been done here. We are looking forward to strong support in tomorrow's vote.

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, firstly my thanks to rapporteurs David Martin and Antonio López-Istúriz White for their great work and cooperation on this issue, and also to all the shadow rapporteurs. This has been a long time in the making but, thankfully, we're here at last debating it and hopefully voting on it tomorrow.

The value of trade between Singapore and the European Union is, for the European Union exports, EUR 55 billion, and, for the exports from Singapore to us, EUR 44 billion. That trade is set to grow rapidly and enormously with this very good Free Trade Agreement (FTA), and I compliment Commissioner Malmström for her work in that regard.

Many areas will benefit. I know that, in Ireland, the agricultural sector will benefit hugely, and that will be very important to them, as they are concerned about what might happen with our exports to the United Kingdom post Brexit. This shows that the European Union is working for them and for us, and is planning ahead.

I would also like to say that the removal of tariffs and non-tariff barriers is going to help a whole host of businesses, and the Investment Protection Agreement (IPA), which I must mention briefly, is a wonderful, progressive proposal dealing with the problems around investor-state dispute settlement.

Lastly, if we can agree to a Japan deal and a Canadian deal we should agree by an even greater majority to the Singapore deal. If we do so tomorrow evening, we can have a toast with Irish whiskey to this wonderful agreement.

Alessia Maria Mosca, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria, dopo poche settimane dalla votazione in questo Parlamento sull'accordo con il Giappone, ancora una volta ci ritroviamo a discutere della conclusione di un accordo strategico per l'Unione europea, per i suoi cittadini, per i suoi lavoratori e per le sue imprese. L'Unione europea, dopo il vuoto lasciato dagli Stati Uniti, si sta affermando come la protagonista assoluta sullo scenario commerciale globale. La nostra terza via al commercio, antitetica al protezionismo quanto al liberismo sfrenato, non è mai stata così attrattiva. Grazie a questa *partnership* riusciamo a proiettare i nostri standard e i nostri valori a livello globale. Grazie alle clausole sulla protezione dei lavoratori, dei consumatori e dell'ambiente, riusciamo a proteggere i cittadini dagli effetti collaterali della globalizzazione.

Per citarne alcuni, mi riferisco agli impegni assunti da Singapore per la ratifica delle convenzioni dell'Organizzazione mondiale del lavoro, per il rispetto dell'accordo sul clima di Parigi, ma anche per il riconoscimento delle nostre indicazioni geografiche, come le DOP, le DOC. Non solo: non possiamo dimenticarci che oltre il 90% della crescita economica globale nei prossimi anni avverrà al di fuori dei nostri confini. Questi accordi assicurano quindi uno sbocco fondamentale per sostenere occupazione e crescita. Singapore è la porta d'accesso alla regione dell'ASEAN, nel sud est asiatico, la regione economica più dinamica al mondo: mercati sempre più importanti per le nostre produzioni europee e non mi riferisco alle grandi multinazionali: oltre l'80% delle aziende europee presenti a Singapore sono piccole e medie imprese. L'export verso Singapore ha garantito 33 miliardi di euro di fatturato alle nostre aziende.

L'accordo, incrementando questi numeri, creerà migliaia di posti di lavoro in Europa e a quale costo? Nessuno, l'economia di Singapore è totalmente complementare a quella europea: dal settore industriale a quello agricolo, nessun comparto del nostro sistema economico è in conflitto competitivo con Singapore. Di fronte a questi fatti, a questi numeri, non dobbiamo avere dubbi: questi accordi sono fondamentali per i lavoratori europei, i cui prodotti sono venduti e apprezzati in tutto il mondo e per i cittadini, che riceveranno maggiori tutele contro i possibili effetti negativi collaterali della globalizzazione

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the EU-Singapore Free Trade Agreement (FTA) is yet another example of the EU's highly successful global free trade agenda – we've just heard about the conclusion of the Japan agreement – that is opening up markets across the world for all of the EU's current 28 Member States.

As Britain stands just 45 days away from leaving the European Union, I'm reminded once again of all the disingenuous untruths and false promises peddled by the Brexiteers in the Leave campaign. One of those was that Britain needed to leave the European Union in order to strike optimal trade deals with the Commonwealth and the Anglosphere countries that the EU was neither interested in nor capable of concluding in the UK's bilateral interest. Yet here we are today discussing an EU trade deal with Singapore, a Commonwealth and ASEAN country, following on from the EU's FTA with Canada whilst talks on FTAs with Australia and New Zealand are now in advanced stages.

Far from the UK needing to leave the EU to improve trading links with the Commonwealth, it seems patently obvious that, following 29 March, the EU-27 will enjoy far better opportunities to trade with the Commonwealth than the UK will for many years to come. James Dyson, the British industrialist and leading Brexiteer, has clearly appreciated these benefits as he embarks on building his electric vehicle production plant in Singapore and has moved the company's headquarters from Britain to that prosperous city-state. My case rests.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, let me start by saying that cooperation between the rapporteur, David Martin, and all the shadow rapporteurs has been very good. The clear vote in favour on the Free Trade Agreement that we had in the Committee on International Trade (INTA) last month reflects this excellent cooperation. I also want to thank the Ambassador of Singapore and his Government for their cooperation and patience.

I strongly support both the Free Trade Agreement and the Investment Protection Agreement. This is a win-win fair deal for both sides and for both consumers and companies. Negotiations between the EU and Singapore were launched in December 2009. Nearly 10 years later, here we are, finally. Singapore is by far the EU's largest partner in Asia, accounting for almost a third of EU-Asian trade in goods and services. More than 10 000 European companies have their regional offices in Singapore and they operate in a reliable business and regulatory environment. Singapore is also a trade and transport hub to Asia and a gateway to the major growth economies of the world. This agreement can be a model for other Asian countries as it is the first in this region.

With regard to the Investment Protection Agreement (IPA), it replaces 13 old bilateral investment treaties between individual Member States and Singapore. Tomorrow, I hope we will vote in favour of a new and modern investment court system. The IPA protects the parties' right to regulate and to achieve legitimate policy objectives in areas such as public health, safety and the environment. Moreover, there is no protection of investors' profit expectation. Furthermore, the Investment Protection Agreement defines fair and equitable treatment, preventing forum shopping and parallel claims, among other things.

Lastly, I want to recognise Commissioner Malmström's efforts to improve dialogue, accountability and transparency.

Growth in Europe comes with trade and not with more public debt. Given Brexit and Trump, multilateralism today is welcome and we should keep going in this direction.

Anne-Marie Mineur, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, ik heb drie ernstige bezwaren tegen de investeringsbeschermingsovereenkomst met Singapore.

Deze overeenkomst omvat opnieuw een paragraaf over ISDS, investeerder-staatarbitrage. Ja, ik weet dat u het anders noemt, maar dat is wat het is. We weten dat bedrijven hiermee claims kunnen indienen als regeringen gerechtvaardigde besluiten nemen die hun winsten bedreigen. En de belastingbetaler draait daarvoor op. Dat ondermijnt de rechtsstaat en de democratie.

Ten tweede biedt de overeenkomst exclusieve rechten aan investeerders, maar omvat zij geen afdwingbare regels om de duurzaamheidsdoelen te realiseren. Daarmee komen de belangen van mens, dier en milieu onder druk te staan.

Ten derde biedt de overeenkomst buitenlandse investeerders expliciet de mogelijkheid om staatsobligaties op te kopen. In geval van crisis kunnen die investeerders dan herstructureringen van overheidsschulden blokkeren.

De manier waarop het Parlement en deze Commissie de belangen van multinationals in het algemeen, en de financiële sector in het bijzonder, voorrang geven boven de belangen van burgers, is onacceptabel. Bijna een half miljoen mensen hebben in de afgelopen weken een petitie getekend tegen ISDS om dit soort verdragen te stoppen.

Mijn oproep aan u is: stop ISDS. Stop dit soort handelsverdragen. En stop de klassenjustitie voor multinationals. Dank u wel.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, wertere Kolleginnen und Kollegen! Was lange währt, wird endlich gut, sagt man in Deutschland. Lange gewährt hat es ja. Ich muss sagen, Singapur war sehr geduldig mit uns. Ich gratuliere Singapur, dass sie jetzt, wo sie gerade die Verantwortung für die Koordination des Dialogs zwischen der EU und ASEAN haben, endlich zum Ziel kommen.

Die Abkommen zeigen, dass Europa zur Verwirklichung unserer Werte und Interessen die verstärkte Kooperation mit Asien sucht. Wir brauchen strategische Partnerschaft. Wir wollen auch mit ASEAN eine strategische Partnerschaft zur Verfolgung von Sicherheit und Entwicklung im indopazifischen Raum. Wir wollen die Konnektivität zwischen der EU und Asien stärken und wir wollen multilateral zusammenarbeiten. Und schließlich wollen wir die volle Anwendung der Menschenrechte, von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, bis zur Abschaffung der Todesstrafe, und ökologischen und sozialen Fortschritt.

But I must raise a problem, and I am saying this in English so that the Singaporeans will also understand: public debt titles should not be covered by investment protection agreements (IPAs). Since the financial crisis of 2007, the EU has had standards and procedures if a government defaults on its debt and the debt needs restructuring. Here, the Singapore IPA creates a loophole. As the German business daily *Handelsblatt* writes today: „The IPA increases the threshold for investor consent in debt-restructuring procedures vis-à-vis the level that otherwise exists in the EU.“

Investors that operate under this IPA would be privileged over other investors. That's unacceptable. That's why we demand that there should be no vote on the IPA tomorrow until Annex 4 on public debt is removed.

Tiziana Beghin, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non si può concedere alle *corporation* il potere di fare causa agli Stati. Se vi siete candidati a questo Parlamento, è perché, come me, anche voi credete fermamente di poter fare la differenza per i vostri cittadini e se volete continuare a farlo, se volete che le decisioni prese in quest'Aula siano davvero indipendenti, non potete votare a favore dell'accordo sugli investimenti con Singapore. Questo accordo è ancora peggio del CETA e permetterà a grandi *corporation* di fare causa ai nostri governi, alle nostre regioni, ai nostri comuni. Le leggi che promulgheremo qui non avranno più alcun valore perché potrebbero essere smantellate da corti arbitrali di avvocati senza scrupoli, non appena toccheranno gli interessi dei grandi potenti dell'economia.

Colleghi, io credo nel commercio internazionale e lo sostengo sempre quando porta vantaggi concreti per le nostre imprese: ma qui non parliamo solo di commercio, ma di due accordi differenti e bisogna distinguere bene: c'è un accordo sugli investimenti, che consentirà alle *corporation* di fare causa agli Stati, e un accordo di libero scambio vero e proprio, che riguarda solo e soltanto esportazioni e importazioni. Quest'ultimo è senz'altro positivo per la nostra economia: ci permetterà di espanderci in un mercato in rapida crescita come quello asiatico e, normalmente, non avrei problemi a sostenere un accordo del genere che è esclusivamente commerciale. Tuttavia, vorrei sottolineare che questi negoziati sono stati portati avanti con una certa mancanza di trasparenza e voglio dire che la Commissione ha informato il Parlamento soltanto a cose fatte dei problemi legati alla tutela di alcune indicazioni geografiche.

Per questo motivo, valuteremo con attenzione come reagire a queste altre mattanze. Ma una cosa è certa: ci opporremo al trattato sugli investimenti, perché contiene quel famigerato tribunale speciale, che consente appunto di portare avanti solo le istanze delle multinazionali, qualcosa a cui noi ci eravamo già opposti fermamente con il CETA e continueremo a combattere anche qui. È questo il motivo per cui i cittadini ci hanno votato.

France Jamet, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, décidément, le commerce n'a pas d'ennemis, et c'est bien le credo de la Commission, de ses technocrates et des libre-échangistes de tout poil.

Alors que l'Union européenne a déjà largement abandonné ses frontières et éliminé ses droits de douane sur la quasi-totalité de ses lignes tarifaires, ce traité avec Singapour, véritable entrepôt et carrefour du commerce international, s'ajoute à tous les autres accords de libre-échange en cours ou à venir. On ouvre ainsi béantes nos portes aux marchandises d'Asie, du Pacifique, d'Amérique du Nord vers l'Europe, ce qui mettra résolument en péril notre économie.

Et cet accord est d'autant plus dangereux, notamment pour les consommateurs français et européens, que Singapour ne reconnaît pas une grande partie de nos normes européennes. Quant aux valeurs de l'Union européenne, n'en parlons plus, elles s'arrêtent définitivement et systématiquement là où les intérêts financiers des multinationales commencent.

Liberté de la presse, droits de l'homme ou le fait que Singapour soit sur une liste grise des paradis fiscaux, rien de tout cela ne dérange la Commission. Le commerce n'a pas d'ennemi, sauf que ni la France, ni l'Europe ne profitent de ces échanges, quant aux multinationales, oui. Sauf que cette politique ultralibérale du profit, de la chicane et de la procédure, les peuples n'en veulent plus. Ils veulent décider de ce qui rentre sur leur territoire, de ce qui finit sur les étals de leur marché ou dans leur assiette. Ils sont désormais déterminés à se défendre contre cette politique mondialiste d'europhobes béats: ce qu'un traité nocif a fait, le peuple finira par le défaire.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte mich auf einige Punkte beschränken.

Erstens: Es ist das erste Abkommen, das nach dem EuGH-Urteil über die alleinige Zuständigkeit oder die gemischte Zuständigkeit von Freihandelsabkommen verhandelt worden ist. Insofern ist es ein sehr modernes, fortschrittliches Abkommen, über das wir morgen abstimmen werden.

Zweiter Punkt: Der erste Teil des Freihandelsabkommens. Singapur hat sich zu den ILO-Arbeitskonventionen bekannt, hat sich schriftlich verpflichtet, sie zu ratifizieren. Das ist in unserem Sinne. Es ist für uns und für die Frau Kommissarin, die die Verhandlungen geführt hat, eigentlich ein Sieg.

Im Investitionsschutzabkommen haben wir ein bilaterales Gericht mit Berufungsmechanismus vereinbart. Das, was wir seit Jahren hier im Parlament fordern, ist jetzt schriftlich niedergelegt. Singapur hat sich dazu bekannt. Das ist für uns auch positiv.

Singapur wird sich für den Handel mit der gesamten schnell wachsenden ASEAN-Region als Türöffner erweisen. Deshalb wird die EVP dafür stimmen. Vielen Dank für die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Herr Präsident, wert Kommissarin, wert Kolleginnen und Kollegen! Der von der Kommission so oft propagierte Handel für alle lässt weiterhin auf sich warten.

Mit diesem Handelsabkommen wird wieder einmal eine marktradikale Politik fortgeschrieben, von der lediglich große Konzerne profitieren. Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards spielen im Vergleich eine untergeordnete bis gar keine Rolle. Singapur hat nämlich die acht Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert und implementiert. Daher braucht es die Möglichkeit von Sanktionen bei Verstößen.

Doch auch diese sucht man in diesem Text vergeblich. Beim Investitionsschutzabkommen stellt ICS zwar eine Verbesserung dar, an der Grundproblematik an sich, hat sich allerdings nichts verändert. Ausländische Investoren haben noch immer privilegierte Sonderklagerechte am nationalen Instanzenzug vorbei.

So sieht für mich kein wertebasierter Handel aus. Deshalb werde ich – wie schon im Handelsausschuss – sowohl gegen das Handelsabkommen als auch gegen das Investitionsschutzabkommen mit Singapur stimmen.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, paní komisařko, já už sedím v tomto Parlamentu třetí volební období, a tak si dobře pamatuji, jak dlouho nám trvalo, než jsme se dostali až sem, protože zejména se Smlouvou o volném obchodu mezi Evropskou unií a Singapurem tady žijeme už od minulého volebního období. Teď jsme konečně úspěšně na konci té cesty, myslím, že si k tomu můžeme všichni pográtulovat. A nejde jenom o to, že Singapur je dnes technologickým a logistickým centrem světa nebo minimálně jihovýchodní Asie, jde také o to, že EU se tak jasně staví do čela liberalizace světového obchodu. Je důležité, že po Japonsku se tady schvaluje další podobná dohoda se Singapurem, a chtěl bych jenom připomenout, že máme ještě jeden dluh, který nás čeká, to je podobná smlouva s Vietnamem. Já chci pevně věřit, že se i tady nám podaří to hlasování ještě před koncem volebního období tohoto Parlamentu.

Marietje Schaake (ALDE). – Mr President, Commissioner Malmström and colleagues, goods have been exchanged for centuries and over greater distances as modes of transportation connect ever further places around the world. And now increasingly also, because of digitisation, services can be offered anywhere. An interpreter from Australia can translate a book written here in France or a software coder in India can design a website for someone in Brazil.

So, clearly, the EU – or we – do not create trade, but what we can and should do is ensure that rules around trade create a level playing field that is predictable and fair, and that we act with the aim of having higher standards and sharing the benefits.

Presidents Xi and Trump show us very clearly what the alternative looks like: with no respect for rules, uncertainty damages markets and people's livelihoods.

I think it's a little bit ironic in this context that I hear such harsh criticism from some of my colleagues, not so much about trade, for example – trade with China – but rather about the trade rules and agreements that we're trying to agree on. So I'm glad to see those who are showing leadership. I'm glad, too, for our Singaporean partners, with whom we've been in the process of negotiating for no less than ten years.

Singapore is a major modern open hub for trade services and investment and a strong partner in the south-east Asian region in general. But this agreement will not make the Singaporeans become exactly like us and neither will we copy them. As always, we are responsible for setting our own laws and standards. I'm very happy to see that we have been able to convince the Singaporeans to replace the outdated 13 agreements that included Investor-State Dispute Settlement (ISDS) chapters between different Member States of the EU and Singapore and replace them with the Investment Court System. We pushed for that and it's good to see the results. It guarantees more transparency, maintains our right to regulate and creates an appeals mechanism; a greater role for civil society.

So those who dislike ISDS like I do should actually support this modern agreement with Singapore. I think together we can send a signal – at a time when nationalism and protectionism and populism are rising – that leadership supports openness and that we stand together with partners for fair and rules-based trade.

Emmanuel Maurel (GUE/NGL). – Monsieur le Président, mes chers collègues, Madame la Commissaire, les accords de libre-échange se suivent et se ressemblent. Ils se suivent à un rythme de plus en plus accéléré, c'est la fin du mandat, un rythme presque frénétique. Et ils se ressemblent parce qu'ils obéissent toujours à la même logique, qui consiste à privilégier systématiquement les intérêts des détenteurs du capital ou des méga-entreprises face à ceux des consommateurs et des salariés. Par conséquent, de ce point de vue-là, il n'y a rien de nouveau dans cet accord avec Singapour; pas de contrainte en ce qui concerne les normes environnementales, des tribunaux privés qui vont favoriser les entreprises au détriment des États, pas de normes sociales contraignantes, des droits pour les investisseurs, mais jamais d'obligations.

Je voudrais quand même modérer l'enthousiasme des collègues: il est question de Singapour, et nous entendons que l'Europe partage plein de valeurs communes.

Tout d'abord, il ne s'agit pas d'une paisible démocratie parlementaire, c'est un régime autoritaire.

Ensuite, et c'est aussi important pour nous, je pointe la contradiction: c'est un paradis fiscal reconnu, un des champions du monde de l'opacité financière. Il y a une contradiction de la part de l'Europe à dire: nous traquons l'évasion fiscale et, en même temps, nous contractualisons joyeusement avec un tel État.

Alors, Madame la Commissaire, vous déclarez que c'est le meilleur accord possible, mais je crois qu'il y a encore beaucoup de chemin à faire.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, Madame la Commissaire, vous avez vanté avec raison la dynamique économique de Singapour, mais il y a une chose que vous n'avez pas vantée dans l'exemplarité de Singapour, c'est la liberté de la presse et la démocratie.

Et pour cause, cet accord d'investissement affaisse, mine les systèmes démocratiques. Comment ne voyez-vous pas que le développement des populismes, le développement des nationalismes est poussé, attisé par les transferts de souveraineté que vous organisez en permanence des citoyens vers les multinationales? Ces tribunaux d'arbitrage où des dizaines de milliers de multinationales basées à Singapour vont pouvoir attaquer les États européens sur l'environnement, sur la santé, sur les services publics et maintenant même sur la restructuration des dettes! Cela mine les démocraties! L'Europe, c'est la démocratie, l'Europe, ça doit être les citoyens, ça ne peut pas être les multinationales!

S'il-vous-plaît, chers collègues, rejetez cet accord d'investissement, on ne peut pas en permanence soutenir les multinationales, soutenir les paradis fiscaux, soutenir les régimes autoritaires: ça mine la démocratie, ça tue le projet européen!

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, it is very good that somebody else is passionate about a trade agreement. Anyway, Singapore is a success story. Singapore now has a bigger GDP per capita than Germany, but Singapore is not – repeat, not – part of a very large trading bloc. Perhaps the ill-informed UK Remainers will note that basic fact.

The EU-Singapore deal is a success for free-trade principles and, by the way, to respond to a point made earlier, this agreement has now been signed 45 years after the UK originally joined the EU. The EU's method of trade agreements is a bit like *Strictly Come Dancing*: slow, slow, quick, quick, slow. Under the agreement, tariffs will be abolished entirely on a wide range of manufactured goods, and between the EU and Singapore there will be mutual recognition of professional qualifications. But what the agreement does not require is freedom of movement of people. This demonstrates again that free trade and free movement can be – indeed are – entirely separate.

Now to Brexit. The EU grants Singapore the abolition of tariffs but, at the same time, the EU sabre-rattles about a hard tariff border with the UK. For Singapore, the EU liberalises trade in services. At the same time, the EU scaremongers about impeding the existing trade in services between the EU and the UK. One day perhaps, the EU will show the same sound commercial sense towards the UK that it is currently showing towards Singapore. However, I have to say it's probable that that day will come only when the current President of the Council, Donald Tusk, finds his own special place in hell. For the record, Mr Tusk's planned and toxic abuse will achieve nothing. It doesn't befit a senior politician and it is not in the least bit helpful.

So I recommend to the EU authorities – and I see a distinguished representative here – that they sign a treaty on Brexit similar to that entered into with Singapore.

Danilo Oscar Lancini (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo ascoltato quanto bello e vantaggioso possa essere l'accordo di libero scambio tra l'UE e Singapore. A me sembra incredibile: ogniqualvolta l'UE negozia un trattato commerciale di investimenti con qualche partner al di fuori dei nostri confini tutto sembra sempre solo a nostro favore.

La verità è che questo accordo è stato negoziato in un'epoca ormai superata dall'attuale realtà. Singapore, come riportato nella proposta di accordo commerciale, è un *hub* sito nella regione del Sud-Est asiatico. Il rischio concreto, cari colleghi, è che il vantaggio di questo trattato lo raccolgano altri soggetti che non sono parte dell'Unione europea e che non rispettano i parametri fissati per i trattamenti commerciali. Le statistiche indicano Singapore come il terzo paese di provenienza di prodotti contraffatti al mondo. Non ci sono garanzie di lotta a tale fenomeno, assai presente in Asia, e di cui l'industria italiana è una delle principali vittime. Rischiamo di aprire le porte a prodotti taroccati di basso costo, di origine malese, cinese o indonesiana, che a Singapore vedono solo l'ultima fase della lavorazione.

Molti dubbi permangono anche sulle indicazioni geografiche protette. Il sistema in vigore a Singapore non prevede l'esistenza di un registro. Le nostre indicazioni geografiche non saranno automaticamente tutelate, ma gli operatori europei dovranno attivare autonomamente le procedure.

Singapore è inoltre un centro finanziario globale e la liberalizzazione reciproca dei servizi finanziari è proprio uno dei principali scopi dell'accordo che però potrebbe consentire di aggirare i regolamenti europei in materia. Alcune associazioni dipendenti collocano Singapore in una lista grigia di paradisi fiscali globali e l'accordo fornisce poche garanzie circa l'esclusione fiscale e il trasferimento degli utili delle multinazionali con la sede nell'UE.

David McAllister (PPE). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Anmerkung zur außenpolitischen Dimension machen. Wie oft haben wir hier im Plenum schon darüber gesprochen: Das über Jahrzehnte gewachsene System einer multilateralen und von regelbasiertem Freihandel geprägten Weltordnung steht unter Druck. Bisherige Partner stellen das gemeinsam Erreichte infrage und arbeiten durch protektionistische Maßnahmen vielmehr daran, das Erreichte zurückzudrehen.

Auch deswegen kommen die Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und Singapur aus meiner Sicht zur richtigen Zeit. Diese Verträge gehen über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus. Sie sind ein starkes Zeichen gleichgesinnter Partner, um unser regelbasiertes internationales System der Zusammenarbeit und des Multilateralismus zu verteidigen und zu fördern.

Joachim Schuster (S&D). – Herr Präsident! In der EU sind wir stolz, dass wir nicht nur für Freihandel, sondern gleichzeitig für einen wertebasierten Handel eintreten. Zu einem wertebasierten Handel gehört es ohne Zweifel, dass wir – wie auch unsere Handelspartner – ein Minimum an Arbeitnehmerrechten garantieren. Deswegen legen wir in allen Verhandlungen immer wieder Wert darauf, dass alle ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert und umgesetzt werden.

Singapur weigert sich beharrlich, dies zu tun. Auch der jüngste Brief des Handelsministers an den Vorsitzenden des Handelsausschusses zeigt, dass Singapur nicht gewillt ist, seine beschäftigtenfeindliche Haltung zu überdenken. Statt konkreter Umsetzungspläne enthält das Schreiben nur Weiße Salbe. Das ist nicht akzeptabel. Wer privilegierte Handelsbeziehungen zur EU anstrebt, muss auch ein Mindestmaß an Arbeitnehmerrechten gewährleisten. Das ist nicht nur wichtig zum Schutz der dortigen Beschäftigten, es geht auch darum auszuschließen, dass Arbeits- und Lohndumping ein Wettbewerbsvorteil wird.

Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wer es mit dem wertebasierten Handel ernst meint, sollte die Abkommen mit Singapur ablehnen.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, how brilliant to see everyone so excited about doing a trade deal with a dynamic, low-tax, global-facing, island economy! It's wonderful to see this, and I've got good news for you: there's another one, a hell of a lot closer that you could do a deal with as well, when you finally wake up to reality.

The great thing is, that when the UK leaves the EU, Singapore has already provided the mood music to say they're ready to do a deal with us, because dynamic island economies that love to trade with the whole world like to get things done quickly. They don't take 10 years of monolithic plodding to get to a point where they're just about to put a report forward. What they do is to talk about trade. They talk about ways to make one another wealthier, and to get products and services moving between them. That's how it works. They don't try and impose rules and regulations and nonsense on one another that takes a decade.

I'm looking forward to the same kind of excitement about a trade deal with the UK. You're going to love it!

Jacques Colombier (ENF). – Monsieur le Président, passer un accord avec Singapour, c'est déjà donner un premier blanc-seing à la Chine.

Sorti de la Fédération de Malaisie en 1965, Singapour, du fait de sa composante démographique à 75 % chinoise, constitue une plateforme avancée de la Chine. Aujourd'hui, plus de 65 % des exportations singapouriennes sont en fait constituées de produits en provenance de Chine, qui sont au final réexpédiés.

C'est donc ouvrir l'économie de marché à la Chine, ce qui, sur le principe, n'est pas une mauvaise chose mais ce qui ouvre la porte à un déséquilibre grave, si ce n'est mortel, pour nos économies, tant en terme de quantité que de qualité des produits, dont les normes sont évidemment pratiquement inexistantes par rapport aux nôtres.

De plus, quand on connaît le caractère à la fois dense et opaque des activités bancaires et financières de Singapour, il y a lieu de s'inquiéter particulièrement. Aussi, nous vous invitons avec insistance à rejeter cet accord au nom de la protection économique des nations d'Europe, et de la France en particulier.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – Señor presidente, señora comisaria, señorías, quisiera felicitar a los ponentes. Ya se ha subrayado aquí el carácter estratégico de este acuerdo con Singapur, que realmente es el socio comercial más importante de la Asociación de Países del Sudeste Asiático y el tercer exportador, después de China y Japón, de la región.

Pero a mí me interesaría subrayar más todavía la apuesta, como han hecho otros colegas, en favor del libre comercio, en favor de un comercio justo basado en reglas, en estos tiempos de tentaciones proteccionistas. Quiero felicitar a la Comisión por su excelente política comercial. Es verdad que estos acuerdos se podrían haber concluido antes, pero, como dice la comisaria Malmström, muchas veces, en estos tiempos de globalización, no se trata solamente de exportaciones y de importaciones, sino de cadenas de producción cada vez más complejas donde materias primas y componentes se ensamblan en una cadena de producción planetaria.

Por lo tanto, más y mejores puestos de trabajo, mayores oportunidades para nuestros ciudadanos y más oportunidades para nuestras empresas.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, Singapore is a trusted and strategic partner of the EU and it's right that we seek to deepen our relations. As the first ASEAN country to finalise agreements with the EU, these will be models for the region and so they matter. Trade is a powerful tool for human development, but trade agreements are not per se a public good if the rules of the game they set benefit the few rather than the many and these trade and investment agreements create a framework of rules in which fundamental workers' rights are dependent on political promises made in the 11th hour, while international investors are guaranteed new legal rights to sue our governments.

I can't support creating new corporate privileges, especially while labour activists like Jolovan Wham face tough justice when we should be delivering trade justice.

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich finden wir bei diesem langen Prozess ein Ende und werden morgen hoffentlich diesem Abkommen als Europäisches Parlament zustimmen. Das Abkommen ist grundsätzlich seit vielen Jahren fertig. Wir haben uns dann entschieden, am Beispiel dieses Abkommens Sachen vor dem Europäischen Gerichtshof klären zu lassen. Es gibt kein Abkommen, das nicht nur von uns, sondern auch vom Europäischen Gerichtshof so intensiv geprüft wurde.

Wir schaffen endlich auch mit Singapur, das zu machen, was wir mit Japan gemacht haben, mit Kanada gemacht haben und mit vielen anderen Ländern machen wollen: nämlich Regeln für den globalen Handel aufstellen, damit sich eben nicht der Größte und Stärkste immer durchsetzt, wie das viele Kollegen angesprochen haben, sondern damit die Macht des Rechts gilt und wir einen klaren Rahmen für die Handelsbeziehungen haben.

Deswegen meine Frage an all die Kolleginnen und Kollegen, die dieses Abkommen ablehnen wollen: Was wird denn besser, wenn wir dieses Abkommen nicht tun? Wir verpassen viele Chancen, wir lassen anderen den Markt, wir verpassen es, unseren Arbeitnehmern Absatzmärkte in der Region zu erschließen.

Wir verbessern gar nichts, wenn wir diesem Abkommen nicht zustimmen. Deswegen bitte ich all die Kollegen, die sich heute kritisch geäußert haben, bis morgen noch mal ihre Position zu überdenken.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, este Parlamento Europeu deve aprovar, sem mais demora, os três importantes acordos com Singapura que estão finalmente diante de nós.

O acordo de parceria e cooperação, porque faz justiça à importância estratégica da nossa relação com Singapura.

O acordo de proteção do investimento, porque é mais um passo na erradicação dos sistemas de arbitragem privada e porque vai derogar treze acordos bilaterais obsoletos.

E o acordo comercial, porque facilita as relações comerciais com um parceiro relevante no Sudeste asiático, porque promove o desenvolvimento sustentável e porque contém compromissos claros de Singapura para a ratificação das convenções da Organização Internacional do Trabalho.

Aprovemos também uma resolução progressista, como aquela que nos foi proposta pelo nosso colega David Martin, e votemos a favor sem mais demora.

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! Äntligen ett frihandelsavtal med Singapore, ett av världens mest frihandelsvänliga länder. Det borde vara tämligen enkelt, ändå har det tagit tio år. Det är inte deras fel, det är vårt fel. Inte minst många mina kollegor i det här huset, som gjort allt de kan för att skicka grus i maskineriet – inte minst kring frågor om investeringar, och det hör man nu att de vill fortsätta att göra. Det här har skadat EU:s handelspolitik. Vi har behandlat Singapore illa. Det gäller att vara ärlig med det.

Men det här är ett bra avtal. Det är mycket bra avtal med en dynamisk ekonomi i Sydostasien. Och i morgon borde vi rösta för det. Enhälligt. Trots det är det många här inne – allt för många – som vill samla de höger- och vänsterextrema tillsammans med många från socialdemokraterna och de gröna till att försöka dra tillbaka europeisk handelspolitik, att lämna utrymme åt Kina, att Europa ska följa USA:s exempel. Det vore det värsta vi kunde göra i dessa tider. Därför hoppas jag att vi får en bred uppslutning och att vi kan restaurera det förtroende den här processen har skadat.

Neena Gill (S&D). – Mr President, I rise as a member of Parliament's ASEAN delegation and strongly believe in this region's geo-strategic importance for the EU. I've had an opportunity to discuss this Agreement with a variety of stakeholders in Singapore, including NGOs and independent trade union representatives, and they all support a stronger partnership between us and their country. It's especially important given that global trade is in a state of flux. The US is rewriting the rules and can no longer be relied on as a stable trading partner.

I am fully aware that some of my colleagues have reservations, especially around the ratification of the ILO Conventions and sustainability. I, for one, am thoroughly reassured by my colleague, David Martin, one of the rapporteurs, who has done an outstanding job and has succeeded in getting the Singaporeans to address many of our concerns with a letter on behalf of the Prime Minister making commitments on the ILO Conventions and an inclusion in the Agreement that sets benchmarks on sustainable development which go beyond other agreements. It's not just a feather in your cap, David, but also one for the S&D Group and this Parliament. Well done to both the rapporteurs. I would urge my colleagues to support ...

(The President cut off the speaker)

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, tomorrow we will vote to enhance free trade and maintain the international competitiveness of European companies. We will vote to promote not only economic growth but also norms and values that will help address today's complex global value chains, achieving a level playing field while promoting social inclusion and environmental protection.

Even though sometimes it is challenging for European companies, we are proud to set standards and to be an example in the global world. In return, our businesses grow. The trade agreements have contributed to the significant growth of EU exports. We now have the largest web of preferential trade agreements in place worldwide – around 70 in total, spanning five continents – and we have to remember too the European jobs that are created through these agreements.

Once again, trade agreements with countries like Japan, Singapore or Vietnam have an effect and we too benefit from them. We should take advantage of them in the future as well. Tomorrow I hope we will vote in favour of this agreement, and I will encourage everyone to do so.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, estes acordos são essenciais para uma União Europeia que não se pretende fechada sobre si própria, antes procura-se abrir ao mundo e contribuir, assim, de forma ativa e positiva para a regulação do grande fenómeno da globalização.

Este acordo de parceria e cooperação em concreto, que estamos hoje aqui a apreciar, constitui um bom ponto de partida para um maior envolvimento político e económico da União Europeia numa região fulcral do globo como é o Sudeste asiático. Constituirá, certamente, a base para melhorar a relação bilateral por parte da UE e dos seus Estados-Membros com Singapura, reforçando o diálogo político e permitindo uma melhor cooperação numa vasta gama de domínios.

Este acordo abrange as cláusulas políticas padrão da União Europeia em matéria de direitos humanos, no que diz respeito ao Tribunal Penal Internacional, à questão das armas de destruição maciça, armas ligeiras e de pequeno calibre e à luta contra o terrorismo. Abrange também áreas fundamentais como a saúde, o meio ambiente, mudanças climáticas, energia ...

(O Presidente retira a palavra ao orador.)

IN THE CHAIR: PAVEL TELIČKA

Vice-President

President. – I do apologise, colleagues. I have been informed that we are 25 minutes behind schedule, which means that we will have to respect the time allocated. We have no other option. My apologies in advance. We will keep the catch-eye-procedure. We will not allow blue cards, as I understand was the case before I took over.

Alojz Peterle (PPE). – Hvala lepa gospod predsedujoči in hvala kolegu Davidu za odlično poročilo.

Partnerstvo in sodelovanje med Evropsko zvezo in Singapurjem ne zadeva le zaščite trgovine in naložb, ampak vključuje politično partnerstvo, ki bo omogočilo poglobljeno sektorsko sodelovanje na ključnih področjih. Partnerstvo zagotavlja pravni okvir za močnejše in širše sodelovanje, ki se bo osredotočilo na tematike varstva okolja, mednarodne stabilnosti, pravičnosti, varnosti in razvoja.

Sporazum ponuja tudi nove možnosti za sodelovanje, kot so človekove pravice, pravičnost, svoboda in varnost ter omejevanje jedrskega orožja, ter znanstvenega in tehnološkega sodelovanja na ključnih področjih, med katerimi je najprej zdravje.

Ta sporazum bo omogočal, da se bomo skupaj posvetili boju proti raku. In ta sporazum predstavlja precedens za poglobljeno sodelovanje med Evropsko zvezo in Singapurjem in širšo regijo jugovzhodne Azije.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, this Agreement is well balanced. As far as I know, the Singapore Trade Minister has promised to ratify the remaining ILO Conventions as soon as possible. But what I find particularly relevant is the monitoring of its application by the EU. While it's true that Singapore ranks very high on Transparency International's Corruption Perceptions Index, paradoxically it also ranks very high on the Financial Secrecy Index.

To prevent Europeans from using Singapore as a bank secrecy paradise, the EU needs to put measures in place and make them applicable to individual Member States. Recently, a protocol on bilateral avoidance of double taxation between Latvia and Singapore entered into force to boost cross-border investment. The question remains as to whether enhanced rights for investors are compatible with human and environmental rights and visa transparency standards. The Agreement has good potential for the European Union, but a lot depends on the EU's capacity to require its strict application.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Zaczynaliśmy w 2014 r. od pytań kierowanych do Trybunału Sprawiedliwości. Odpowiedź otrzymaliśmy w 2017 r., jest 2019 r. i do takich państw jak Indonezja, Filipiny, Wietnam dzisiaj nową umową dołączymy – co bardzo cieszy – kolejny kraj z Azji, bardzo istotny dla nas, Singapur. Od razu dodam, że tak samo cieszyłem się z umowy pomiędzy Unią Europejską a Kanadą. Według mojej oceny ochrona inwestycji, likwidacja podwójnego opodatkowania, tych rozmaitych barier celnych służy nie tylko oczywiście naszym partnerom, ale przede wszystkim nam. Z tego należy się cieszyć. Dodam natomiast, że procedury, którymi się posługujemy, są niestety bardzo uciążliwe. Narażają Unię Europejską na zbędną stratę czasu. Warto przy tej okazji zastanowić się, co zrobić, co uczynić, aby te procedury były prostsze, szybsze i transparentne.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Mr President, I welcome the EU-Singapore Partnership Agreement and I congratulate both negotiation teams on their sustained efforts during bilateral negotiations. Singapore has, for a long time, been a reliable political and economic friend of the EU, currently hosting more than 10 000 of our companies and sharing our fundamental values on a free and competitive economy and the rule of law.

As Singapore is one of the founding members of ASEAN and a major hub in the region, I personally perceive this partnership as a solid geo-strategic foundation for the future region-to-region relationship between the European Union and ASEAN member states, one of the fastest growing economies in the world. The EU-Singapore Free Trade Agreement will create new opportunities for new businesses to export to Singapore. This Agreement will give an estimated boost to the EU economy of EUR 550 million over the next 10 years.

Catch-the-eye procedure

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, paní komisařko, já Vám chci vyjádřit obrovský obdiv za to, že jste dokončila práci na této smlouvě o volném obchodu. My bychom měli být lídrem, který podporuje v celém světě principy volného obchodu na rozdíl od současné administrativy USA. Jen k tomu dodám jednu věc. Měli bychom být v budoucnu ambicióznější při sjednávání podobných dohod a zkrátka zkrátit dobu vyjednávání. Zde téměř deset let vím, že tam byl posudek Evropského soudního dvora a jiné ještě okolnosti, ale opravdu přemýšlejme, co udělat pro to, abychom do budoucna takovéto dohody sjednávali rychleji. Já osobně doufám, že tato dohoda povede k tomu, že uzavřeme multi-laterální dohodu s celým sdružením ASEAN v této oblasti. Takže prosím jen tak dál, volný obchod má být ideologie, kterou EU bude šířit v oblasti mezinárodního obchodu po světě, a přemýšlejme, jak v této věci postupovat efektivněji.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, rovněž já se chci vyznat ve víru v obchod bez překážek, tzn. volný obchod, který je ovšem založen na společných hodnotách. Myslím si, že se Singapurem sdílíme řadu společných hodnot, ať je to podpora v liberálně konzervativní směřování státu, v právní stát, v obchod, který je založen na férových principech. Zde bych chtěl ocenit zpravodaje, jeho vyjednávací tým. Nesmíme už dále ztrácet čas, myslím si, že vzájemný respekt obou stran nalezl rovnovážnou polohu v té vyjednané dohodě. A myslím, že to jsou příležitosti především pro naše podniky, příležitosti pro naše občany, samozřejmě instituce. Nevím, jaká jiná dohoda by byla na stole, pokud se zde objevují opakované námitky, žádná jiná dohoda na stole není, ten čas ztrácíme jenom díky postupu institucí EU. Já jsem plně pro to tento návrh podpořit.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il rafforzamento delle relazioni con Singapore va visto certamente in chiave favorevole. Apre un'area importante di mercato e offre la possibilità di migliorare il dialogo nelle aree dei diritti umani, dell'ambiente, del cambiamento climatico e in materia fiscale.

Tuttavia, l'accordo di cui discutiamo contiene alcune delle pericolose misure che già evidenziavi a suo tempo nel caso del TTIP: una forma di ISDS, uno strumento di diritto pubblico internazionale che garantisce a un investitore straniero il diritto di dare inizio ad un procedimento di risoluzione delle controversie nei confronti di un governo straniero. Offrire alle *corporation* il potere di fare causa ai governi per aver protetto l'ambiente, la salute e i diritti umani è profondamente sbagliato. Al contrario, dovremmo rimpiazzarlo con un sistema che obblighi le imprese a pagare per le loro violazioni dei diritti e dell'ambiente, e da subito. Il trattato UE-Singapore è soltanto il primo. Sarà un modello per accordi futuri in Cina, Messico e altri grandi economie del mondo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η συμφωνία οικονομικής συνεργασίας Ευρωπαϊκής Ένωσης-Σιγκαπούρης οδηγεί σε περαιτέρω αύξηση του εμπορίου και αυτό φυσικά σημαίνει αθρόες εισαγωγές φτηνών προϊόντων από τη Σιγκαπούρη στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Διότι, στην πράξη, η Σιγκαπούρη είναι το προγεφύρωμα της Κίνας. Εκεί εισάγονται με τον Α ή Β τρόπο κινεζικά προϊόντα, τα οποία εν συνεχεία θα εισάγονται στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Αλλά και όσον αφορά τα προϊόντα που κατασκευάζονται στη Σιγκαπούρη, ξέρουμε όλοι ότι εκεί δεν τηρείται η εργατική νομοθεσία. Έχουμε ένα κλασικό μισθολογικό ντάμπινγκ και έχουμε, ουσιαστικά, μια διαδικασία που παραβιάζει οποιαδήποτε έννοια δικαίου εμπορίου. Η Σιγκαπούρη είναι μια περιοχή που αξιοποιείται από τους μεγάλους επιχειρηματικούς ομίλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης και άλλων χωρών για τη δημιουργία υπερκερδών. Είμαι, φυσικά, ενάντια και στη λογική του ISDS που υπάρχει, το οποίο —επί του πρακτέου— προστατεύει τους επενδυτές εις βάρος των κρατών. Τέλος, η Ευρωπαϊκή Ένωση φαίνεται ότι έχει ξεχάσει ότι στη Σιγκαπούρη δεν τηρούνται τα ανθρώπινα δικαιώματα, παραβιάζεται το κράτος δικαίου, παραβιάζεται κάθε δημοκρατική έκφραση και ισχύει ακόμη η θανατική ποινή.

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, let me answer a few questions. Public debt is excluded from this. The Investment Protection Agreement (IPA) is very clear on excluding the EU sovereign debt restructuring from the investment protection, so here you can be calm.

Investor-state dispute settlement (ISDS) does not exist anymore in the European Union. We have replaced it – very much at your demand and with your help, cooperation and push, and I thank you for that – with a new modern system that the Advocate General declared perfectly compatible with EU laws. It does away with many of the flaws of ISDS. There are full-term arbitrators with a code of conduct, there is full transparency, there is an appeal mechanism, there are very clear limits on what can be brought to the table, and it says that states have the right to regulate.

Singapore is not on the list of non-cooperative jurisdictions for tax evasion.

On geographical indications (GIs), it is true that this still remains to be done. Singapore is about to establish a register to protect the GIs to which the European Union countries can apply for protection of the 196 geographical indications that were on the consulting list and the Free Trade Agreement (FTA) will enter into force only when there is satisfactory compliance with this.

It is true that Singapore still has to ratify three ILO Conventions, but hard work is ongoing inside the Government of Singapore and cooperation with the ILO to make sure that legislation is in compliance with these three Conventions and that they are eventually ratified. As was referred to, there has been a letter from the Government of Singapore on this process.

If – and I hope you will – this House votes strongly in favour of these agreements tomorrow, you will vote for an ambitious FTA, which will be a reference for many other upcoming agreements in the ASEAN region. You will vote in favour of an Investment Protection Agreement that follows the approach that you have helped to shape.

You will also help to frame the broader cooperation between the EU and Singapore, giving our relations a solid and broad foundation in areas such as security, people-to-people contact, research etc., through the Partnership and Cooperation Agreement and it will be the first agreement that is endorsed by this Parliament following the new modern architecture.

With this we are expanding the circle of friends that we are setting up with like-minded countries, countries who believe in multilateralism, countries who believe in global rules and norms, and countries who believe that we can make mutually beneficial, fair and sustainable trade agreements with friends and with whom we are contributing to shaping globalisation.

Thank you very much for this debate and thank you again to the two rapporteurs.

David Martin, *Rapporteur*. – Mr President, I won't take two minutes because firstly, the Commissioner has kindly answered many of the questions, but also as I look around the room I can't see a single person who made a critical comment still in the room, so there's nothing to answer.

I just want to repeat that, in terms of the free trade agreement, this is good for jobs, it's good for investment and one that we should support in terms of investment. This is the most modern investment agreement that we have ever achieved.

And I conclude with the point that the Commissioner made: we are trying to engage with like-minded countries to ensure that in trade the rule of law applies while some other countries want the law of the jungle to apply, and we must stick by the rule of law and continue our work in promoting bilateral and multilateral trade agreements.

President. – My understanding is that those colleagues who were critical and left were probably convinced in the course of the debate. I have no other explanation than that.

The joint debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 13 February 2019.

Written statements (Rule 162)

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – ELi ja Singapuri vabakaubandusleping on esimene selline kahepoolne kaubandusleping ELi ja ASEANi liikmesriigi vahel. Leping keskendub peamiselt selliste mittetariifsete tõkete eemaldamisele nagu standardite tunnustamine, toodete märgistamine ja juurdepääs riigihangetele; keskendutakse ka töötajate kaitse ja keskkonnakaitse tugevdamisele. Samuti sõlmitakse ELi ja Singapuri vahel investeringute kaitse leping ning partnerlus- ja koostööleping, mis aitavad kaasa ELi investeringute kaitsele, arvestades ELi ettevõtjate üha suurenevat majanduslikku huvi sealse piirkonna vastu. Partnerlus- ja koostööleping aitab ka luua soodsama poliitilise ja majandusliku keskkonna nii ELi huve silmas pidades kui ka aidates kaasa teatud valdkondade edendamisele Singapuris.

21. Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on experiencing backlash in women's rights and gender equality in the EU, tabled by João Pimenta Lopes, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality (O-000135/2018 – B8-0005/2019) (2018/2684(RSP)).

João Pimenta Lopes, Autor. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, permita-me, antes de mais, sinalizar o trabalho e a cooperação com todos os colegas que contribuíram para a construção desta pergunta e resolução.

A evidência do retrocesso dos direitos das mulheres na União Europeia não permite omissões. Na última década os direitos laborais, económicos, sociais e culturais das mulheres foram severamente comprometidos. As políticas de direita, com o patrocínio ou impostas desde a União Europeia, determinaram o agravamento da precarização das relações laborais. As políticas de baixos salários, a desregulação dos horários de trabalho, o aumento da idade da reforma, que impõem múltiplas discriminações sobre as mulheres. Simultaneamente, degradaram-se as respostas sociais e de serviços públicos. A degradação ou a ausência de serviços públicos que garantam a assistência e cuidados, seja na infância, seja em situações de doença, seja na velhice, constitui uma ignóbil desresponsabilização dos Estados nas respostas às necessidades das populações, contribuindo para situações que afastam as mulheres do mercado de trabalho.

A proteção da maternidade, determinada em lei, está comprometida pela enorme pressão sobre as trabalhadoras para que abduquem dos seus direitos, uma consequência direta da precarização dos vínculos laborais. A degradação da oferta pública dos serviços de saúde e a ofensiva contra o direito à saúde sexual e reprodutiva é mais um elemento de ataque aos direitos das mulheres.

São conhecidas e inaceitáveis as tentativas de reverter ou impedir a consagração dos direitos na interrupção voluntária da gravidez e de que lhes estejam assegurados os devidos cuidados de saúde reprodutiva.

Os níveis globais de pobreza e desemprego, que afetam particularmente as mulheres, permanecem em níveis insustentáveis. As disparidades salariais e nas pensões entre homens e mulheres persistem em valores inaceitáveis. O aumento da violência sobre as mulheres, que se tem vindo a verificar neste mesmo período, não pode ser desligado do corte de direitos e da degradação das condições socioeconómicas das populações.

No meu país, desde o início do ano, foram mortas nove mulheres e uma criança vítimas de violência doméstica. Estes números são uma expressão brutal e crescente na União Europeia das múltiplas formas de violência sobre as mulheres, seja a violência doméstica, seja a violência e o assédio sexual, a violência e o assédio no local de trabalho, a violência e a exploração na prostituição.

A consagração da igualdade e do combate à violência em lei, seja no domínio nacional ou internacional, de que é exemplo a Convenção de Istambul, são passos importantes e necessários, mas não basta a consagração em lei. Não pode haver lugar a políticas de faz de conta nas políticas de igualdade ou apensos rápidos no combate a todas as formas de violência.

O êxito da prevenção, do combate e da erradicação da violência sobre as mulheres nas suas múltiplas formas é indissociável da efetivação dos direitos das mulheres na lei e na vida. É necessário criar programas específicos de proteção e acompanhamento das vítimas, medidas de reforço dos apoios sociais, de acesso à justiça, às casas de abrigo, aos cuidados de saúde mental nos domínios da prevenção, do tratamento e da reabilitação, de respostas que garantam autonomia económica e que garantam, na prática, a confiança, a segurança de que a lei protege, de facto, as mulheres vítimas de violência nas várias etapas até refazerem a sua vida.

O caminho da emancipação económica e social das mulheres é determinante na construção da igualdade e do combate a todas as formas de violência. Tal exige colocar o trabalho como elemento central para suprir as desigualdades entre homens e mulheres. Igualdade na vida que exige o combate ao desemprego e à precaridade laboral, a valorização dos salários e a eliminação das discriminações salariais, a participação das mulheres em igualdade em todos os setores de atividade, o direito a ser mãe e trabalhadora com direitos, a proteção social da maternidade e paternidade nos domínios pessoais da saúde e da segurança social, a criação de uma rede pública de equipamentos de apoio à criança, aos jovens, aos idosos, às pessoas com deficiência e às vítimas de violência, o acesso ao Serviço Nacional de Saúde e à proteção na saúde sexual e reprodutiva, a proteção das mulheres vítimas de prostituição e de tráfico para fins de exploração sexual e assédio moral ou sexual no local de trabalho.

O combate pela igualdade e contra todas as formas de violência é um combate de todos, um combate que exige que os Estados assumam as suas responsabilidades e se afirme, de facto, como um elemento insubstituível de consagração da igualdade e do combate a todas as formas de violência.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, Europe is confronted with increased populist and extremist trends which also manifest themselves in sexist and racist hate speech and in backward trends regarding women's and girls' rights.

The Commission, with the support of High Representative Mogherini, has put gender equality at the centre of the EU's internal and external action. The Strategic Engagement for Gender Equality for the years 2016-2019 has been our framework for the promotion of gender equality and gender mainstreaming in the EU and beyond. In 2019 we are taking stock of progress, identifying gaps and preparing the setting of priorities for the future. In this context, the views of the European Parliament are very welcome.

I also warmly welcome the agreement reached on the work-life balance proposal. This will offer more choices for parents and carers in terms of reconciling family and professional life. In November 2017, the Commission adopted an action plan to tackle the gender pay gap, which comprises a broad and coherent set of more than 20 concrete actions. The majority of these have been implemented and the remaining measures should be concluded this year.

Reliable data are essential in order to monitor trends in gender equality in the EU. That is why Eurostat is currently developing an EU survey on gender-based violence, with the aim of having updated statistics, following on from the EU-wide survey by the Fundamental Rights Agency in 2014.

Eradicating gender-based violence has been a key priority for the Commission. We have just finished a second year of targeted action and awareness raising. We are continuing to push ahead on EU accession to the Istanbul Convention on gender-based violence. With regard to ratification by the Member States, as of today 20 Member States have ratified this Council of Europe convention but, as you know, ratification is being seriously challenged in other countries. The political and public debate around the Istanbul Convention is a good illustration of the impact of the current backlash against gender equality and women's rights in Europe. Misleading arguments about the convention and its measures are being used in public debate. We must confront these and explain that the sole purpose of the convention is to prevent and combat violence against women and domestic violence against children, women and men, without any hidden purposes or effects.

This situation is paralysing some Member States in the process towards ratification of the convention and the EU's accession to it. Time is running out if we are to conclude that process before the end of this Parliament's term.

Gender equality is not only a core value of the EU but it is also central to the Union's external action. I am glad that this Parliament has welcomed the good progress made on implementing international cooperation and development under the EU Gender Action Plan. This plan focuses on the enhancement of women's integrity, economic and social rights and on participation and the elimination of gender-based violence.

The Council has welcomed a new and ambitious EU strategic approach to 'Women, Peace and Security', which explicitly combines internal and external policies and requires analysis of, and response to, the gender-related root causes of inequalities, violence and conflict.

Lastly, we need to continue our sustained efforts. This is one of the reasons why, in September 2017, the EU and the United Nations jointly launched the Spotlight initiative with the objective of eliminating all forms of violence against women and girls worldwide. Backed by an initial contribution of EUR 500 million, our ambition is to see this initiative being transformational for the lives of women and girls worldwide, in particular for young people and those living in the most marginalised and vulnerable situations.

The Commission will continue its engagement in the field. I count on Parliament's and the Council's continued commitment to make this happen.

Sirpa Pietikäinen, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, in societies which have a good welfare state, democracy, openness and respect, women usually do well, and vice versa when women do well, societies do well on these aspects.

That's why the backlash on the women's position is a canary in the mine, not only on the question of women but on the whole state of society. And there are lengthy experiments and research showing that when women suffer, societies are on the way to limiting democratic rights, limiting the welfare state and limiting other aspects of freedom.

Women do not have the choice or the liberty to ask whether they are discriminated against as women or for other reasons – because women make up more or less half and half of workers, entrepreneurs, emigrants or disabled people. So women face multiple discrimination.

And yes indeed, we in Europe have seen a backlash throughout the last years, especially in some Member States. Women are human and human rights apply to women and women's rights, including sexual and reproductive rights, are a part of human rights, so we need the Commission to tackle even more strongly this backlash and challenge our Member States in their activities in all fields of life.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisaria, hablamos del retroceso de los derechos de las mujeres en Europa. En 2014, hace cinco años, debatíamos aquí sobre los derechos de salud sexual y reproductiva, y yo dije en ese momento: «No permitamos que nuestras hijas vayan a tener menos derechos que nuestras madres». Bueno, pues esa amenaza hoy está más cerca que nunca.

Polonia, con su ley del aborto; Hungría, eliminando los estudios de género en las universidades; Bulgaria, negándose a ratificar la Convención de Estambul. ¿Y saben cuál es la última ocurrencia de esta nueva ola ultraconservadora? El líder del Partido Popular en España decide que, para garantizar la sostenibilidad de las pensiones, las mujeres tenemos que parir; tenemos que tener hijos para poder pagar las pensiones, y eso se hace retrocediendo treinta y cinco años y recuperando la ley del aborto de 1985.

Miren, las mujeres cobramos menos salarios, menos pensiones; tenemos dificultades para incorporarnos al mercado laboral; somos las cuidadoras de las personas dependientes; todos los días hay mujeres asesinadas por la violencia machista, víctimas de la violencia sexual y la trata de seres humanos; incluso las mujeres, muchas veces, tenemos miedo de volver solas a casa, y ante eso no podemos permanecer impasibles.

Hoy hay muchos motivos. Hay más de mil motivos. Esa es la campaña que lanzan las organizaciones de mujeres para movilizar la huelga feminista del 8 de marzo, y nosotros, este Parlamento, tiene que servir de altavoz para llenar las calles de una reivindicación de igualdad. Porque esta no es una cuestión de mujeres. Esta es una lucha por una Europa feminista que avanza, que no se rinde y que trabaja.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Oczywiście, że jestem za równością kobiet, ale niestety stanowczo nie zgadzam się z głównymi założeniami i kluczowymi elementami tej rezolucji, po pierwsze, dlatego że zmierza ona do ograniczenia wolności słowa poprzez wezwanie do potępienia krytyki konwencji stambulskiej, po drugie, dlatego że potępia ukierunkowanie polityki równościowej na politykę macierzyńską i rodzinną, co jest koronnym dowodem na to, że uważacie państwo, iż macierzyństwo jest kulą u nogi, która przeszkadza kobiecie w rozwoju zawodowym, z czym absolutnie zgodzić się nie mogę, i po trzecie, dlatego że zawiera skandaliczne wezwanie do uznania ochrony życia poczętego za dezinformację. A więc chcielibyście państwo ograniczyć działalność ruchów prolife uznających, że aborcja jest zabiciem dziecka nienarodzonego. Stanowczo nie zgadzam się z założeniem rezolucji, jakoby aborcja czy prawa mniejszości seksualnych mogły być rozumiane jako pogorszenie praw kobiet. Dlatego proponuję alternatywny projekt rezolucji, w której podkreślam potrzebę zmniejszenia luki płacowej i emerytalnej. Zwracam uwagę na konieczność zwalczania przemocy wobec kobiet. Potępiam przymusowe małżeństwa, okaleczanie żeńskich narządów płciowych. Wskazuję na konieczność zwiększenia udziału kobiet w życiu publicznym. Zwracam uwagę na problem...

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Angelika Mlinar, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur and all the shadow rapporteurs for a really fruitful cooperation on this resolution.

Women throughout the European Union continue to face discrimination, harassment, are denied equal access to participation in public and political life, and suffer sexual and gender-based violence and abuse in public places and at home. We are now seeing a backlash against women's rights, a backlash that hurts us all. We need to be alert. The advances of the last few decades are fragile and should by no means be taken for granted. Ultra-conservative, anti-feminist and religious groups systematically call gender equality into question and use religion, tradition or culture to legitimise violations of women's rights. This includes organised lobbying against abortion, reproductive health rights and sexual education reforms. These attacks provide a powerful illustration of the extent and the nature of the backlash against women's rights and gender equality in Europe.

In this resolution we call on the European Union to put words into action. I call on the Union and the Member States to commit to the realisation of women's human rights, accelerate the implementation of all women's rights instruments, keep women's rights on the highest level of the political agenda at all times and, finally, invest in women's and girls' rights and in women's organisations. We also need to ensure that national and regional budgets include increased dedicated investment to secure women's rights. Equally, women's organisations and experts should be included in all regional and global discussions on all issues and in national delegations to the intergovernmental meetings.

Finally, I salute the frequently under-funded but absolutely vital work of women's human rights defenders. These activists are often targeted because of their efforts to promote gender equality.

Malin Björk, *för GUE/NGL-gruppen*. – Herr talman! Kvinnors rättigheter är en central del av demokratin. Det borde vara en självklarhet 2019. Ändå står vi här i dag och konstaterar det uppenbara: att vi faktiskt har ett bakslag, en backlash. Den är ideologisk eller politisk på det sättet man pratar om kvinnor och män och jämställdhet. Konservativa och nationalistiska högerextrema krafter hatar och hotar våra rättigheter. Den är också faktisk eller materiell i bemärkelsen ökad fattigdom bland kvinnor, arbetslöshet, minskad tillgång till offentlig service och att kvinnoorganisationer och kvinnoaktivister blir mål för attacker.

Kampen för jämställdhet och kvinnors rättigheter har inte varit en naturlag, som min mamma alltid sa: "Det kommer bara att fortsätta att bli bättre, Malin". Nej, det varit en kamp och segrar har vunnits. Det har varit rösträtten, det har varit aborträtten, det har varit ekonomisk självständighet. Och nu står vi här i dag igen, känner jag. Vi kommer inte undvika, vi kommer bara inte undvika och ta ett steg tillbaka. Vi kommer att kräva att vi går framåt. Den här feministiska kampen kommer aldrig, aldrig att ge sig. Vi kommer inte att låta de konservativa krafterna här eller någon annanstans ta kontroll över våra liv.

Terry Reintke, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! In Bulgarien wird die Bevölkerung mit falschen Informationen gegen die Istanbul-Konvention aufgewiegelt. Daraufhin stoppt das Parlament die Ratifizierung. In Polen soll in Schulen Sexualkundeunterricht vermittelt werden, dass Masturbieren zu Pornosucht führt und katholische Frauen nur mit der Ovulationsmethode verhüten sollten. In Deutschland wird, anstatt das Informationsverbot zur Abtreibung endlich abzuschaffen, eine fünf Millionen Euro teure Studie in Auftrag gegeben, um negative Auswirkungen von Schwangerschaftsabbrüchen zu beweisen.

Der *backlash* ist im vollen Gange. Überall in Europa werden erkämpfte Errungenschaften demokratischer Gesellschaften bekämpft, und vor allem betrifft das Frauen. Die Kontrolle über den weiblichen Körper steht ganz oben auf der Liste neokonservativer, rechtsextremer und christlich-fundamentalistischer Bewegungen. Dazu gehören aber auch Schmierkampagnen gegen die Istanbul-Konvention und Hass und Hetze gegen LGBTI und andere Minderheiten. Nicht nur mit ihren Ideen, sondern vor allem mit Geld überschütten US-amerikanische Anti-Choice-Organisationen und russische Oligarchen Europa, um die Zeit zurückzudrehen.

Und was haben wir gemacht? Wir haben viel zu lange gewartet und nichts getan. Damit muss jetzt endgültig Schluss sein! Wir machen den Mund auf und stellen uns gegen die frauen- und minderheitenverachtenden Bewegungen, die unsere Freiheit einschränken wollen. Und wenn sie versuchen, irgendeine rassistische und patriarchale natürliche Ordnung wiederherzustellen, dann können sie sich auf unseren Widerstand gefasst machen.

Und wo fangen wir damit an? Hier in diesem Parlament! Präsident Antonio Tajani hat seine Teilnahme am Gipfeltreffen reaktionärer Gruppierungen im März in Verona angekündigt. Ich sage: Wenn sich der Präsident dieses Parlaments diesem Haus auch nur irgendwie verbunden fühlt, dann sagt er diese Teilnahme wieder ab. Wir kämpfen für ein freies und gleichberechtigtes Europa

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Pani Lopez martwi się tutaj, że obserwuje wrogię nastawienie do praw kobiet. Są to oczywiście takie obserwacje zupełnie bezwartościowe, podobnie jak cała ta gadanina, te bzdury o nierównościach i dyskryminacji. To, co Pani naprawdę obserwuje, to być może jest takie zniecierpliwienie wobec tej waszej ciągłej paplaniny, taka zdrowa reakcja społeczeństwa, które jest zalewane tą kłamliwą propagandą, jątrzącą, głoszącą jakąś chorą wojnę płci, przedstawiającą wizję świata, w której najważniejsze jest to, żeby stosunek chromosomów X i Y był w każdym miejscu taki sam. Jest to zdrowe i normalne zniecierpliwienie społeczeństwa wobec ludzi tworzących problemy tam, gdzie ich nie ma. A skoro od tylu lat smarujecie te swoje farmazony, te dyrdymały, rezolucje, sprawozdania, apele, programy i nie odnotowujecie żadnych sensownych efektów – sama tu Pani twierdzi, że być może nawet wręcz przeciwnie – to znaczy, że robicie to źle, to chyba znaczy, że to nie działa. Jaki więc z tego wniosek dla feministek? Więcej tego samego, więcej rezolucji, kolejna debata, więcej gadania, dalsze programy, dalsze apele i tak dalej, i dalsze denerwowanie ludzi.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Prawa kobiet zawsze były i są częścią podstawowych wartości europejskich. Nie ma bardziej prokobiecej organizacji politycznej niż Unia Europejska. A jednak ta rezolucja nie pojawia się przypadkowo. Prawicowa i populistyczna fala, która idzie przez Europę, przynosi swoje owoce w postaci znacznego pogorszenia w kwestii praw kobiet. Backlash dotyczy w szczególności najbardziej prywatnej sfery życia, czyli zdrowia i praw reprodukcyjnych kobiet. Wracają recepty na antykoncepcję awaryjną. Pojawiają się propozycje ustaw zakazujących aborcji. Organizacjom prokobiecy odmawia się finansowania. Nęka się je nieustającymi kontrolami. Z podejrzliwością patrzy na wszystko, co ma w tytule gender, równość płci albo feminizm. Aż trudno uwierzyć, że żyjemy w XXI wieku. Pani Komisarz, najwyższy czas, żeby Komisja Europejska wnikliwiej przyjrzała się swoim możliwościom interwencji i użyła wszelkich środków, aby zatrzymać backlash i wzmocnić prokobiecy kierunek polityk krajowych w Unii Europejskiej.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Gerbiamas Pirmininke, nepaisant priimtų teisės aktų rekomendacijų strategiją lyčių lygybės srityje realybė iš tikrųjų yra tokia, kad mes esame tik pusiauukelėje siekdami lyčių lygybės ir šiuo metu pažanga yra tokia lėta, o kai kuriose srityse netgi blogėja moterų teisių padėtis. Visų pirma, mes vis dar nesugebame įveikti smurto prieš moteris, kuris yra vienas didžiausių žmogaus teisių pažeidimų, nes iki šiol aštuonios valstybės narės vis dar nėra ratifikavusios Stambulo konvencijos. O ką tai reiškia, kad tose šalyse nėra smurto prieš moteris? Ar kad vyriausybės trūksta politinės valios ratifikuoti šį svarbų tarptautinį dokumentą? Gaila, bet pažangos vis dar nėra siekiant sumažinti vyrų ir moterų atlyginimų skirtumą už tą patį darbą, o tuo pačiu ir pensijos skiriasi net keturiasdešimt procentų. Ir galiausiai vis dar niekaip nesugebama pramušti stiklo lubų politikoje sprendimų priėmimo, nes moteris vis dar turi kovoti, kad lygiomis teisėmis su vyrais galėtų dalyvauti tame sprendimų priėmimo. Ir pati didžiausia gėda, kurią turiau pripažinti, kad mano valstybėje Lietuvoje, vyriausybėje šiuo metu nėra nei vienos...

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, diskriminacija žena i sustavno onemogućavanje ostvarivanja njihova punog potencijala nešto je protiv čega se moramo boriti, uvijek i svugdje. I sama sam bila žrtva diskriminacije na temelju spola pa dobro znam kako je to. U tom se smislu društvena klima mora trajno promijeniti i biti poticajna za žene, da se razvijaju u području u kojem god žele. Neke društvene skupine s time imaju problema i njima moramo poslati jasnu poruku da su slobodne birati kakvim će životom živjeti, ali ne i nametati svoj izbor drugima. Ne radi se tu samo o ultratradicionalistima, nego i o feministima koji također slabo uvažavaju žene koje žive drukčijim načinom života.

Također moramo reći da sve veću svijest o pravu na život ne smatram nazadovanjem u ljudskim pravima. Nerođena djeca najugroženija su skupina, jedinstvena po tome što se ne mogu sama boriti za svoja prava. Ta činjenica ne daje nam pravo da ih zanemarimo već, dapače, traži od nas da se za njih posebno zauzimamo.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, venimos de una crisis económica que ha supuesto un retroceso clarísimo en los derechos de las mujeres. La austeridad ha venido directamente asociada a un retorno de las pautas patriarcales y a una sociedad más desigual. Y ahora, con la emergencia de las fuerzas de extrema derecha, que tienen un efecto gravísimo en la agenda de determinadas fuerzas democráticas como los populares, vemos cómo hay un ataque clarísimo a los derechos de las mujeres. En algunos países incluso se llega a cuestionar la propia existencia de leyes contra la violencia hacia las mujeres, como acababa de ocurrir con el acuerdo de gobierno en Andalucía. O el presidente de los populares españoles, que pide volver a Ley del aborto del año 85.

¿Pero esto qué es? ¿De qué estamos hablando?

En una sociedad que es aún profundamente desigual, venir con esta ofensiva de ataque contra las mujeres. La única respuesta a eso, señora comisaria, es una agenda de la igualdad ambiciosa, más ambiciosa que nunca. Desbloquear todo lo que tenemos parado en el Consejo, ir a la ofensiva con la ratificación del Convenio de Estambul y movilizarse en la calle.

Y yo espero que este próximo 8 de marzo sea un éxito de movilización en favor de la igualdad y los derechos de las mujeres.

Barbara Matera (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo arrivati alle ultime battute finali di questa legislatura e vogliamo tirare le somme. Abbiamo lavorato duramente all'interno della commissione per i diritti della donna e l'uguaglianza di genere al Parlamento europeo, ma non siamo soddisfatti, perché l'articolo 8 del trattato sul funzionamento dell'Unione non è stato applicato in tutti gli Stati membri.

Nonostante gli sforzi, l'indice di uguaglianza di genere stilato dall'EIGE mostra disparità persistenti, con progressi solo marginali dal 2005 al 2015. Un dato che ci rattrista e che ci dice che sono ancora necessari miglioramenti significativi in tutti gli Stati membri. Ed è soprattutto nel lavoro che si registra un regresso sostanziale: le donne sono particolarmente colpite, a differenza degli uomini.

Ed è ancora più deprecabile la campagna contro la convenzione di Istanbul. Su un tema così importante ci sono ancora degli ostacoli sulle definizioni, non si capisce come ci possa essere ancora in Consiglio il rifiuto da parte di alcuni governi...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! Under mina snart 15 år i Europaparlamentet har jämställdhet och kvinnors rättigheter varit en av mina absolut viktigaste prioriteringar. Jämställdhet mellan kvinnor och män är ett av EU:s grundläggande värden och är helt avgörande för att Europa ska kunna fungera. Alla medlemsstater har i enlighet med EU-fördragen åtagit sig att respektera, garantera, skydda och förverkliga grundläggande rättigheter och kvinnors rättigheter. Att detta inte görs i EU eller i medlemsländerna gör mig minst sagt förbannad.

Den tioårsperiod som vi nu befinner oss i präglas av ett iögonfallande organiserat frontalangrepp mot jämställdhet och kvinnors rättigheter. Det går bakåt, inte framåt. En rad medlemsstater begränsar tillgången till sexuell och reproduktiv hälsa, organisationer som jobbar för kvinnors rättigheter får minskade möjligheter att verka och vi ser svart på vitt i detta betänkande att endast mycket marginella framsteg har gjorts på området 2005-2015. För mig som feminist är detta djupt, djupt allvarligt.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, una brecha salarial del 16,5 %, del 40 % en las pensiones; una de cada tres mujeres que ha experimentado violencia física o sexual o ambas; solo un 36 % de mujeres en esta Cámara, y así un largo etcétera. Las cifras son muy claras: estamos todavía lejos de conseguir la igualdad efectiva entre hombres y mujeres. Y, aun así, la derecha se atreve a cuestionar, de forma cada vez más desacomplejada y con más desfachatez, medidas indispensables para asegurar la protección de los derechos de las mujeres.

Esta ola ultraconservadora también está presente en el Estado español. La derecha neofranquista se atreve incluso a cuestionar la existencia de la violencia machista. Nos hablan de violencia «doméstica» y exageran el número de casos de denuncias falsas. Pero, a pesar de estos crecientes ataques a los derechos de las mujeres, la ola feminista es cada día más fuerte. Se vio el pasado 8 de marzo y lo volveremos a ver en pocas semanas.

Dubravka Šuica (PPE). – Poštovani predsjedavajući, jačanje ženskih prava i ravnopravnost spolova temeljno je pravo Europske unije i složila bih se sa svima onima koji kažu da dolazi do nazadovanja u pojedinim pravima žena.

Istina je da populistički i ekstremistički trendovi tome doprinose, kao i govor mržnje koji je evidentan u mnogim našim društvima. Isto tako se slažem s onima koji kažu da je demokratsko društvo dovoljno jako i razvijeno ako su ženska prava dovoljno razvijena i jaka.

I stoga se slažem s izjavom koja je došla s lijeve strane: „nemojmo dopustiti da naše kćeri imaju manje prava nego što su imale naše majke“, ma što tko pod tim podrazumijevao.

Nasilje nad ženama danas je prisutno u društvu, slabo ga iskorjenjujemo. Bez obzira na to što je u nekim državama ratificirana konvencija o pravima žena, o borbi protiv nasilja nad ženama, nasilje postoji i dalje. Trebamo se i dalje boriti. Ja smatram da je to najveći problem današnjeg društva, puno smo donijeli dokumenata, a još uvijek na terenu nemamo ravnopravnost u pravom smislu riječi.

Marijana Petir (PPE). – Poštovani predsjedavajući, činjenica jest da mi niti danas, u Europi, nismo uspostavili ravnopravnost spolova i ženama osigurali jednake mogućnosti. Napredak nije postignut u stvaranju institucijskih i političkih okvira za uspostavu ravnopravnosti kao što su socijalna i radna zaštita, obrazovanje, zdravstvena skrb, sprečavanje nasilja nad ženama i na tome trebamo raditi.

Žene su danas diskriminirane na različite načine te su primorane birati između karijere i obitelji, umjesto da im olakšamo da imaju oboje. To je stvaran problem koji zahtijeva stvarno rješenje, a ovo izvješće ne nudi odgovor na ta prevažna pitanja.

Ne mogu se složiti s definicijama nazadovanja i napretka kako ih vidi i predlaže izvjestitelj. Prava žena ne smiju biti podložna redefiniranju ovisno o vremenu ili ideologiji, baš suprotno – ona su bezvremenska i zato pripadaju svim ženama.

Kao osoba koja se zalaže za zaštitu svakog života i ljudskog dostojanstva te poštovanje načela supsidijarnosti, razočarana sam sadržajem ovog izvješća i ne mogu ga podržati.

Catch-the-eye procedure

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane predsjedající, je faktem, že prosazování rovných práv, rovných šancí je úkol dlouhodobý. Diskriminace je nepřijatelná, proto bychom měli na této evropské úrovni podpořit všechna opatření, která podpoří postavení žen ve společnosti a umožní jim svobodnou volbu, důstojné mateřství i profesní kariéru. Proto také podporuji směrnici, kterou navrhla paní komisařka, která umožní lepší sladování profesního a rodinného života. Je smutné, že tato ústní otázka byla zneužita ke kritice konzervativní politiky. Jako členka Křesťanské demokratické strany říkám, že tato politika chrání ženy, chrání nenarozený život, chrání každý život, proto bychom měli v zájmu života podporovat také tuto politiku, která chrání mateřství a rodičovství.

Julie Ward (S&D). – Mr President, it's important that the European Parliament addresses the current backlash against women's rights and gender equality in Europe, particularly because some of the forces driving this backlash are represented in this House.

Conservative forces are becoming stronger. They're well organised and they have managed to convince more and more people that they're on the right side of history. This is very dangerous.

Attacks against sexual and reproductive health rights are becoming more frequent in Europe, with some countries even restricting access to contraceptives.

Anti-gender campaigns push against the rights of LGBTIQ+ people. The ratification of the Istanbul Convention is slow and painful despite it being the best legal tool we have to fight against gender-based violence. Meanwhile, domestic violence continues to be widespread and normalised.

I'm worried that some people are not aware of this backlash. They think that feminism is a fight of the past, but we need to continue to speak up for women's rights and empower those that are growing up now to take up the fight.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz, Panie i Panowie Posłowie! To władze Unii Europejskiej, a nie krytycy konwencji stambulskiej wprowadzają w błąd opinię publiczną. Mówię władze Unii Europejskiej, bo Pani Komisarz występowała tu oficjalnie. Art. 14 tej konwencji zapowiada wykorzystywanie szkolnictwa do szerzenia niestereotypowych ról płciowych. Karta praw podstawowych gwarantuje rodzicom prawo do sprzeciwu wobec takich eksperymentów na dzieciach. Art. 12 mówi, że szkoły mają wykorzeniać tradycje i obyczaje utrwalające stereotypowe role kobiet. Pewnie Odyseję trzeba będzie zakazać, bo Penelopa za długo czekała na męża. Jak można mówić, że kraje, które nie przyjęły konwencji, tolerują przemoc? Pani Komisarz, Pani kraj nie toleruje przemocy, to w Niemczech – a nie w Republice Czeskiej – dochodzi do przymusowych małżeństw. Proszę nie wprowadzać w błąd opinii publicznej. Proszę szanować kraje Unii Europejskiej takie jak Bułgaria, które konstytucyjnie powiedziały, że nie chcą tej konwencji. Pani ma obowiązek ich bronić.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, viviamo una contraddizione in questo continente: un movimento femminista sempre più forte, che combatte la violenza sessista patriarcale, e un quadro istituzionale che invece rischia di arretrare pesantemente.

Mi riferisco ad esempio al mio paese. Non so se la Commissaria è al corrente del fatto che a settembre, come commissione FEMM, abbiamo audito alcuni spazi femministi, spazi di autodeterminazione delle donne, come la casa delle donne Lucha y Siesta, come la Casa internazionale delle donne. Spazi che sono sotto attacco da parte delle istituzioni locali, spazi che non vengono riconosciuti e che invece in questo Parlamento sono stati riconosciuti attraverso la relazione sul *gender mainstreaming*.

In Italia, la presenza di obiettori, come la stessa commissione FEMM ha potuto riscontrare in una delegazione, è ostativa rispetto all'interruzione volontaria di gravidanza. Abbiamo il Ddl Pillon che mette in discussione il diritto di famiglia. In Italia c'è un arretramento dei diritti delle donne che lo sciopero dell'8 marzo metterà ancora una volta a fuoco.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, let me conclude by saying that I am grateful for the dedication and support of Parliament for advancing gender equality and women's rights. Let me just react, because I know we are running late, to two speakers.

First to Ms Matera: I am not satisfied either. I expected better or bigger progress when I started in this position of the Commissioner responsible for gender equality. However, we have to be aware of the wider context we are in. Somebody called this era the 'era of anxiety'. We see a lot of uncertainty and nervousness in our society, and in such an atmosphere, people tend more to come back to old traditions and things which have somehow proved to work over the time before. So this period is not very favourable for new concepts, for new trends which will be accepted by wider society.

That's why we spoke about the results, that there is very little progress, but I wanted to mention this as one of the reasons why we have such little progress. Just an illustration: recently we had one government which didn't have any women in it, that was Hungary. Now, as Ms Blinkevičiūtė mentioned, it's Lithuania where there is no woman in the government. The people in these countries, the women in these countries, do not seem to mind, reactions are quite weak, and I believe that the people in the Member States have to express what they think about this and how they feel about such inequality, about seeing that there is no woman in their government.

So we have to trust the people, that they will express how they want to live. I was always against, for instance, a regulation that will order people how to combine their roles. That's why I was happy about the work-life balance initiative, which opens up the choice, which gives the opportunity to combine roles at work and at home for working parents, for women and men.

And I think that this is the way Europe should continue, by offering choices, enhancing equality, not tolerating discrimination – this has to be very much emphasised – and continue the smart policy which will combine regulation where needed – but I don't believe regulation here works too well – but campaigning, awareness-raising, funding, training and so on.

The second comment from Mr Jurek: I know very well what I said about the Istanbul Convention. We respect the right of sovereign states to ratify or not to ratify the Istanbul Convention. I just want to repeat here that I will continue to explain some of the misunderstandings and misleading arguments which appear around the interpretation of the Istanbul Convention, because I think that it is important to understand what the Convention is and what it isn't.

Mr President, I wanted to speak briefly but, as you see, I didn't manage it.

President. – I have received two motions for resolutions tabled in accordance with Rule 128(5) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 13 February 2019.

22. Politische Herausforderungen und Strategien gegen frauenspezifische Krebserkrankungen und damit zusammenhängende Begleiterkrankungen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on policy challenges and strategies against women's cancers and related comorbidities, by Daniela Aiuto, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality (O-000134/2018 – B8-0006/2019) (2018/2782(RSP).

Daniela Aiuto, Autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, ogni giorno migliaia di donne affrontano la loro battaglia contro il male del secolo, il cancro. Lo fanno mentre continuano con coraggio ad accudire la loro famiglia, mentre provano a continuare a lavorare nonostante tutto. Per loro e per tutte chiediamo con forza un accesso più facile ed economico agli esami diagnostici e preventivi e alle cure.

I dati che Eurostat ci presenta ogni anno sono allarmanti: un europeo su tre sviluppa il cancro durante la sua vita. Circa 600 000 donne europee muoiono di tumore ogni anno, di cui per carcinoma mammario oltre 90 000, oltre ai tumori all'utero e al collo dell'utero, solo per fare alcuni esempi.

Lo sappiamo, i tumori sono devastanti per tutti, uomini, donne e purtroppo anche bambini, ma va riconosciuto che quando colpiscono noi donne, ci colpiscono spesso nella nostra femminilità, aggredendo il nostro corpo e privandoci di quelle parti che fisiologicamente ci fanno sentire donne, come il seno o l'apparato riproduttivo, e da cui scaturiscono delle enormi ripercussioni psicologiche che vengono spesso accantonate o sottovalutate in confronto alla gravità della malattia stessa.

Rispetto alle cifre di coloro colpite mortalmente dal male, fortunatamente molte di più sono le donne che riescono a vincerlo. Oltre l'80 % delle europee colpite dal tumore al seno, ad esempio, sopravvive dopo le cure. E sono anche queste donne che dobbiamo tutelare, loro e le loro famiglie. Dopo la malattia, infatti, la loro vita cambia in maniera radicale, sia a causa delle cure invasive, come la radioterapia o la chemioterapia, sia in seguito alle operazioni chirurgiche che sono costrette a subire, con delle devastazioni non solamente fisiche – pensiamo a un'isterectomia o a una mastectomia – ma anche psicologiche.

Esortiamo quindi la Commissione europea, di concerto con gli Stati membri, a mettere in atto politiche e programmazioni in ambito sanitario, che tengano conto di un ventaglio molto più ampio di sfaccettature che si nascondono dietro questo terribile male.

Tre sono gli aspetti principali che voglio sottolineare. Il primo è l'aspetto della prevenzione, del monitoraggio e dell'accesso alle cure. È indubbio che l'alta incidenza di mortalità derivante dalla malattia tumorale è dovuta al fatto che spesso si interviene in una fase già evoluta della malattia, rendendo vana ogni possibile cura. Siamo consci che se una malattia è diagnosticata in tempo, la percentuale di guarigione è molto più alta. È fondamentale la prevenzione attraverso un monitoraggio costante e accessibile, anche dal punto di vista economico, con degli screening sia generici che specifici. La prevenzione, è vero, non è di sempre facile attuazione, in quanto le visite di controllo risultano spesso onerose e i tempi di attesa sono molto lunghi. Esortiamo pertanto a lavorare su questo tema per difendere la salute di tutte.

Il secondo aspetto è legato alla specificità delle cure necessarie in caso di malattia delle donne. Stiamo parlando di malattie tumorali che colpiscono organi prettamente femminili, come il seno o l'utero, che possono andare ad inficiare la femminilità della stessa donna. Le cure devono tener conto che si va ad intervenire su organi e parti del corpo che rappresentano la nostra femminilità e dovrebbero, per quanto possibile, tenere conto anche degli aspetti estetici, oltre che funzionali.

Ultimo aspetto, ma proprio su questo mi piacerebbe che ci soffermassimo, è l'aspetto psicologico e assistenziale. A tale aspetto si lega la necessità di garantire un supporto e un'assistenza adeguati al genere femminile. Nel momento in cui il corpo della donna viene aggredito per combattere la malattia e chirurgicamente vengono menomate per sempre le parti più essenziali della nostra femminilità o della nostra capacità riproduttiva, spesso in maniera irreversibile, l'assistenza psicologica, anche nel periodo successivo alle cure e alle terapie chirurgiche, è assolutamente necessaria e deve diventare un diritto di tutte. Lasciare queste donne da sole significa rendere loro molto più difficile portare avanti il loro ruolo di madri o di mogli, ruoli che di certo non si interrompono con la malattia.

Concludo chiedendo alla Commissione di impegnarsi per elaborare una strategia europea uniforme per tutti gli Stati membri, attraverso programmi di screening sui tumori, unita a maggiori investimenti sia nei programmi di ricerca che nelle infrastrutture sanitarie.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Vytėnė Povilė Andriukaitė, *Member of the Commission*. – Madam President, there were three very comprehensive questions, so, if you will allow me, I will take a bit more than three minutes because I need to address all the very sensitive questions.

Let me begin by thanking this House and especially Ms Daniela Aiuto for raising this crucial issue of women's cancer on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality. When it comes to cancer, the statistics are startling. It is Europe's second leading cause of death. In 2015, cancer cut short the lives of more than 580 000 women, and it is increasing in prominence; almost four million new cases are expected this year alone.

But this disease is not only about statistics. Cancer damages our families, communities and economies and our health-care and cure systems, and so on. Since the first Europe Against Cancer programme in 1980, science, research and public policies have led to new initiatives, more effective prevention and promotion schemes and improved screening, treatment and care. I am proud of what we have achieved together to fight cancer.

Legislation on tobacco and on carcinogens, the European Code Against Cancer and the implementation of national cancer plans are a few examples of concrete achievements. I am now going to outline other examples as a reply to your specific questions.

Question No 1, about preparing a strategy at EU level. Let me stress that the Commission and the Member States are already collaborating to strengthen national cancer plans and ensure that patients, including women, benefit from high quality programmes. This will encompass all aspects of the cancer management cycle from fighting against the main carcinogenic risk factors that cause cancer to early prevention and early detection of cancer, survivorship and rehabilitation, and concrete cancer types.

This is in line with the 2017 European Guide on Quality Improvement in Comprehensive Cancer Control, which includes recommendations on screening, integrated cancer care, quality improvement in aftercare at community level and survivorship and rehabilitation.

At the same time the Joint Research Centre provides evidence-based European Guidelines for breast cancer, covering the entire pathway of care and the latest information indicators quantifying the cancer burden across Europe. These data are enabled by the European Cancer Information System, which allows the use of patterns of incidence, mortality and survival.

In addition, the Commission is supporting Member States' efforts on vaccination, including against the hepatitis B virus and the human papillomavirus that causes liver and cervical cancer in women, and I ask you all to be very active in fighting against vaccine hesitancy because it is about prevention of cancer.

I should emphasise that since the adoption of a Council recommendation on cancer screening, we have seen a continuous improvement in national screening programmes for breast and cervical cancer. Twenty-five EU countries now have population-based programmes for breast cancer and 22 for cervical cancer. Of course it would be good to have all Member States together but it is much more than when we started with 18 and 17 countries 10 years ago.

Over the past decade the EU's average proportion of women targeted for breast cancer increased from 54% to 58% – as always, prevention is a very difficult task, to motivate people to follow a prevention idea – and screening for cervical cancer rose from 54% to 60%. This has a concrete impact on breast and cervical survival rates and reflects both early detection and effectiveness of treatment.

Second point, does the Commission plan to prepare standards for cancer screening programmes, and so on? I would like to recall that the European Commission Initiative on Breast Cancer provides the European Breast Guidelines, which cover the entire breast-cancer cycle from screening to end-of-life care, and they are tailored to the needs of the different users.

In addition, the European Guidelines for Quality Assurance in Cervical Cancer Screening have been updated also, but guidelines, recommendations and best practices need to be translated into practice through implementation of concrete solutions in Member States and we are doing a lot to encourage Member States to really provide on the ground those programmes in regard to implementation.

This will drive change and improvement on the ground. In this context a new Steering Group on Health Promotion, Disease Prevention and Management of Non-Communicable Diseases bridges those gaps between knowledge and funding in a practical way, advising Member States with concrete examples of what they can do, because we have only one tool, once again to cooperate. It advises the Commission about evidence-based best practices in Member States that can be transferred, scaled up and implemented more broadly with support from the EU health programme and as an EU financial instrument.

The new framework programme for research, Horizon Europe, is introducing the concept of mission driving initiatives in research – it just proposed it – and cancer in, for example, children, girls, and so on could be considered.

The third question is: will the Commission and Member States plan a cancer-prevention awareness campaign? A very good question! A timely question!

Let me assure you that prevention is the cornerstone of our efforts. We know very well that prevention is better than cure, but how can we disseminate that message to the public? The Commission continues to work with the Member States and the World Health Organisation, including the International Agency for Research on Cancer, and with non-governmental organisations in order regularly to update, and to promote implementation of, the European Code Against Cancer. This Code is a very powerful tool: simple, understandable and powerful. The Code contains 12 messages to reduce the risk of cancer, highlighting areas like tobacco use, exercise, diet, alcohol intake, nutritional issues, and so on, in a very simple way but using very strong messages.

In addition, the Code recommends taking part in organised cancer screening programmes, including for breast and cervical cancers, and urges people to vaccinate children against hepatitis B and the human papillomavirus. Such initiatives providing information in a citizen-friendly, easily understandable way are essential to get the message across on how cancer risk can be reduced.

But I encourage Member States to do more in the spirit of cooperation, such as organising cancer awareness campaigns about available screening programmes and in public spaces. I saw an excellent example when I used to take the plane from Brussels to Poland a lot: I saw a stewardess who informed women on the plane, telling them about the possibilities for using breast-cancer screening. It was an excellent example of cooperation. Let's do more.

And, of course, in the context of the European elections, this topic should be kept very high on the political agenda and in public debate. We have achieved progress but we must continue to do more in the field of cancer. We need to research and be innovative, and to improve treatment, care and quality of life for cancer patients. We must continue to prevent cancer by promoting positive lifestyle choices – a healthy choice, an easy choice – this is also a cornerstone and it is part of an integrated approach to fighting cancer.

Finally, I want to take this opportunity to welcome the MEPs Against Cancer election manifesto, in particular its focus on prevention, and I look forward to working with you to prevent and control cancer, including in women.

Marijana Petir, u ime kluba PPE. – Gospođo predsjedavajuća, gospodine povjereniče, nije li zastrašujuća činjenica da je četvrtina smrti u Europskoj uniji upravo posljedica raka? Prema istraživanju sveučilišta u Washingtonu Republika Hrvatska, najmlađa članica Europske unije, uz Mađarsku je među 10 zemalja svijeta s najvećom smrtnošću od raka. Prema podacima Svjetskog fonda za istraživanje raka u 2018. godini zabilježeno je više od 2 milijuna novih obolijevanja od raka dojke, najčešćeg raka u žena i drugog najčešćeg oblika raka uopće. Prema istom istraživanju na prvom mjestu po obolijevanju žena od raka dojke nalazi se Belgija, a slijede Luksemburg i Nizozemska.

Bolest ne bira spol, dob, nacionalnost, porijeklo, društveni status, svi smo jednako izloženi. Stoga je iznimno važno da kampanja osvještavanja dopre do svakoga. Važno je da preventivni pregledi budu omogućeni svima, uključujući i stanovnike ruralnih područja. Važno je osigurati svima oboljelima liječenje bez iznimke. Jednako je važno educirati i obitelji oboljelih te njima pružiti adekvatnu podršku. Moramo inzistirati na istraživanjima i stvaranju strategije temeljene na posebnim potrebama žena i muškaraca.

Ovo je zajednička borba. Suradnja na europskoj razini je ključna za razvijanje europske strategije za borbu protiv raka pri čemu na raspolaganju stoje i europski fondovi. No treba voditi računa da nadležnosti nad zdravstvenim sustavom imaju države članice.

Biljana Borzan, u ime kluba S&D. – Poštovana predsjedavajuća, prije svega želim zahvaliti izvjestiteljici na odličnoj rezoluciji i otvaranju važne teme o kojoj moramo govoriti. U Europi svake godine milijun i 300 tisuća ljudi umre od raka, što je više od četvrtine smrtnih slučajeva. S druge strane, za neke vrste raka, poput raka dojke, vjerojatnost preživljavanja je 80 posto, ali uz ključan uvjet ranog otkrivanja. Trebamo uspostaviti bolji sustav kontrola i pregleda za sve vrste raka, te bolju i pristupačniju zdravstvenu skrb za sve pacijente.

Svaka žena treba imati univerzalan i jednak pristup zdravstvenim uslugama, osobito pregledima za rano otkrivanje raka, liječenju te besplatnoj i visokokvalitetnoj podršci nakon liječenja, bez obzira na mjesto boravišta, socijalni status, zanimanje, kulturu ili bilo koji drugi čimbenik. Žene koje prežive rak mogu se susresti s posebnim poteškoćama pri povratku na posao, u obrazovanje ili u obiteljski život. Posebno je problematično očuvanje reproduktivnog zdravlja tijekom terapija.

Oboljenja od raka su vrlo zabrinjavajuća i može se učiniti mnogo više za spašavanje života udruživanjem resursa, znanja i postojećih tehnologija. U svojim amandmanima naglasila sam da se mora ulagati u istraživanje svih vrsta raka. Također, potrebno je reagirati na zabrinjavajuće razlike u smrtnosti od raka između centralne i istočne Europe u odnosu na europski prosjek. Pozivam Komisiju da reagira, posebno u pogledu učestalosti i smrtnosti od raka jajnika i raka vrata maternice.

Potrebno je, također, promovirati zdraviji životni stil. Oboljelima je potrebno pružiti kvalitetnu njegu, ali i podršku za njihovu obitelj.

Države članice trebaju uspostaviti kvalitetne centre za liječenje koji mogu biti financirani iz Strukturnih i Kohezijskih fondova.

Velika obećanja koja su dana da će Europa biti ta koja će pronaći najefikasniji način liječenja raka moraju biti popraćena adekvatnim resursima, a ne ostati samo popis lijepih želja.

Jana Žitňanská, za skupinu ECR. – Ďakujem veľmi pekne, pani predsedajúca. Na Slovensku ročne pribudne okolo tridsaťtisíc nových prípadov rakoviny. Napriek tomu, že ide o jedno z ochorení, ktoré najviac zabíja, v súčasnosti nepoznáme presný počet pozitívne diagnostikovaných na Slovensku. Už niekoľko rokov totiž u nás neexistuje funkčný národný onkologický register. Tomuto stavu by však mal tento roku nastať koniec a zber údajov by sa mal konečne obnoviť. Rovnako po rokoch úsilia mnohých lekárov a zástupcov patientskych organizácií sa v týchto dňoch konečne spúšťa skrining na zachytenie rakoviny krčka maternice, rakoviny hrubého čreva a konečníka a rakoviny prsníkov. Práve posledný menovaný typ rakoviny je na Slovensku najčastejším zhubným nádorom u žien. Žiaľ, mnoho žien je diagnostikovaných už s pokročilou formou rakoviny, a tak v priemere tristo žien ročne u nás zomiera úplne zbytočne. Veľmi preto vítam zavedenie skriningu, ktorý bude pozývaným ženám aj odporúčať preverené mamografické pracoviská. Je totižto nesmierne dôležité, aby vyšetrenia boli robené kompetentne a tiež aby sa vyvracal mýtus o škodlivosti mamografů. Pretože mamografia je v súčasnosti naozaj jediná metóda, vďaka ktorej možno zachytiť aj včasné štádium rakoviny prsníka. Skriningové vyšetrenie zaberie v živote ženy niekoľko minút, no môže zachrániť život. Tak aj touto cestou chcem apelovať na ženy, aby sa nebáli a absolvovali preventívne vyšetrenie.

Lieve Wierinck, namens de ALDE-Fractie. – Dank u, mevrouw de voorzitter. Commissaris Andriukaitis, dames en heren collega's, er zijn heel wat uitdagingen in ons beleid om het leven van een vrouw met kanker te verbeteren.

Voor mij begint dit met preventie op Europees niveau. De eerste uitdaging die we moeten aanpakken, is de kwaliteit van screening harmoniseren in heel Europa. Een vroegere screening bij risicogroepen kan het aantal patiënten al drastisch verminderen.

De levenskwaliteit wordt sterk beïnvloed door elke vorm van kanker. Zo moeten vrouwen vechten tegen depressies, angsten, slaapstoornissen, verlies aan eetlust en gebrek aan levenslust. Daarbij kunnen de neveneffecten van kankertherapie leiden tot een vervroegde menopauze, wat voor jonge vrouwen betekent dat moeder worden bijna onmogelijk wordt.

Vandaar dat ik het initiatief "Transforming Breast Cancer Together" ondersteun. Met dit initiatief gaan we over de partijgrenzen en de grenzen van de lidstaten heen samenzitten met stakeholders om van gedachten te wisselen over de vraag hoe we het leven van vrouwen met borstkanker kunnen verbeteren.

Kanker heeft ook een negatief effect op de professionele carrière van een vrouw, met als gevolg dat ze lange tijd afwezig kan zijn en zelfs haar baan kan verliezen. Zelfs na genezing ondervinden patiënten nog gevolgen. Vandaar dat ik een sterke voorstander ben van het initiatief "het recht om te worden vergeten". Na genezing moet het mogelijk zijn verzekeringen af te sluiten of financiële transacties zoals leningen aan te gaan alsof men nooit ziek is geweest.

Dankzij onderzoek en innovatie is er al veel vooruitgang op het vlak van kankerpreventie, behandeling en zorg voor kankerpatiënten. Ik steun dus mee de vraag naar een geharmoniseerd en vooruitstrevend Europees kankerbeleid. Ik dank u.

Ángela Vallina, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta, yo creo que no podemos permitir en esta Unión Europea del siglo XXI que los intereses, además comerciales, de las grandes farmacéuticas y empresas dedicadas al negocio de la salud se antepongan a la vigilancia, por parte de los poderes públicos, de la salud de los ciudadanos y las ciudadanas.

Como leemos en prensa, como dice la defensora del pueblo, como dice el último informe del Observatorio Europeo, es imposible disimular el infinito número de reuniones entre lobbies y la Comisión. O los innumerables eventos, dentro de esta Cámara, patrocinados por empresas también del sector sanitario.

Esta connivencia la observamos, por ejemplo, en el caso de los implantes mamarios defectuosos fabricados por una empresa francesa, que ha sido objeto de constante denuncia pública durante los últimos años. A pesar de este escándalo, otros fabricantes siguen sin advertir adecuadamente de los riesgos y efectos adversos del gel de silicona. Y es por ello que en las próximas semanas volveremos, otra vez, a tratar este tema en la Comisión de Peticiones.

Lo mismo sucede con los tratamientos contra el cáncer, que necesitan de un sistema sanitario fuerte, indiscutiblemente universal y público, y con el mayor número de medios posibles y adecuado a las especificidades de género. Debemos hacer que la Comisión promueva el intercambio de buenas prácticas en la prevención, detección, tratamientos y seguimiento de la cura de las enfermedades, como en el caso del cáncer de mama.

En segundo lugar, los Estados que ejecutan las medidas relativas a la salud pública deben plantear una visión holística, no solo con una financiación adecuada de sus sistemas sanitarios para que sean accesibles y de calidad, sino también en el marco de control a los productos sanitarios de alto riesgo, evaluando su efecto en la salud de las mujeres.

Finalmente, tanto las instituciones como los países deben hacer un uso eficiente de los Fondos Estructurales y de todos los instrumentos financieros existentes a nivel europeo para invertir en investigación, desarrollo, centros médicos especializados y personal adecuado.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Choroby cywilizacyjne, w tym nowotwory, to w dużej mierze jest efekt skażeń środowiska, które nas otacza. Przemysłowa produkcja żywności, zanieczyszczenia wody, gleby, powietrza, kancerogenne materiały budowlane przynoszą swoje żniwo w postaci chorób nowotworowych. I dlatego oprócz opieki medycznej zwalczanie nowotworów wymaga bardzo szerokiego działań na rzecz całej otaczającej nas cywilizacji. Bardzo dobrze, że ten raport się pojawił, ta rezolucja, o której dzisiaj rozmawiamy. Bardzo dobrze, że są tam bardzo konkretne metody, w jaki sposób zapobiegać nowotworom i w jaki sposób je skutecznie leczyć. I z dużą satysfakcją przyjmuję to, co usłyszałam ze strony Komisji Europejskiej, że zalecana w tej rezolucji strategia europejska, europejskie podejście do sprawy już jest po części realizowane. My potrzebujemy takiej strategii. Potrzebujemy wspólnych rozwiązań, wspólnego finansowania i przede wszystkim zapewnienia dostępu do takiego najlepszego standardu, tak żeby każda kobieta mieszkająca w Europie – niezależnie, czy żyje w Europie Wschodniej czy w Europie Zachodniej – miała takie same szanse na wyleczenie, kiedy przytrafi się jej nowotwór.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca, Szanowni Państwo! Co trzeci Europejczyk w ciągu swojego życia zachoruje na raka, a co roku w Unii Europejskiej umiera z tego powodu ponad 1 300 000 osób, co stanowi około 26% wszystkich zgonów. Główne postacie raka, które dotyczą kobiet, to rak piersi, macicy i szyjki macicy. Rak piersi jest w populacji kobiet najczęstszą chorobą nowotworową kończącą się zgonem. Zgadzam się z tym, że strategia europejska na rzecz zwalczania chorób nowotworowych jest bardzo potrzebna. Niestety występują znaczne różnice między diagnozowaniem i standardami leczenia raka w Europie Środkowo-Wschodniej względem Europy Zachodniej. Powinniśmy podjąć działania zmierzające do wyrównania tych dysproporcji, do propagowania zdrowego stylu życia, do zwracania uwagi na to, że konieczne są badania przesiewowe i wczesna diagnoza.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, statistiky jsou jasné, neúprosné, prostě rakovina je zabiják a v EU až 26 % úmrtí je zapříčiněno rakovinou. Evropská unie si naštěstí uvědomuje potenciál spolupráce členských států a přišla s řadou iniciativ, kterými se ji snaží řešit. Já chci poděkovat panu komisaři, který je zde vyjmenoval a vyjmenoval je také s velkou osobní zaujatostí. Je zřejmé, že mu na tom velmi záleží a že rozumí této práci, kterou dělá pro občany, a zejména také pro ženy. Právě jednou z nejběžnějších forem rakoviny v EU je rakovina prsu. Představuje 13,4 % všech případů rakoviny. V rámci prevence rakoviny u žen musí být podporován zdravý životní styl, zdravá výživa a samozřejmě také screening a diagnostika. Doufám, že i Evropský sociální fond, který bude integrovat dosavadní program pro zdraví, pomůže ke zlepšení situace.

Francis Zammit Dimech (PPE). – Sinjura President, bla ebda dubju qed nitkellmu, kif smajna anke fil-bidu ta' din id-diskussjoni, fuq marda serja hafna li giet deskritta hawn bhala dik tas-seklu.

Jekk inhares lejn Malta, pajjiż żgħir, qed nitkellmu fuq elfejn każ ġdid ta' kanċer fis-sena, disa' mitt mewta. Minn dawk l-elfejn każ għandek tliet mija u hamsin li huma l-kanċer tas-sider. Irrid ngħid li għandna rata tajba ta' kura għalix ir-rata tagħna hija ta' 87 % u allura aktar mill-medja Ewropea u hawnhekk tara l-effett ukoll ta' meta jkollok population based screening. Però fl-Ewropa rridu nahdmu wkoll biex ikollok rata ta' aċċettazzjoni aktar għax jista' jkollok programmi ta' screening imma mhux kulhadd jaċċetta volontarjament li dawk jagħmilhom.

Irrid nirreferi wkoll għall-hidma tal-NGOs – dawn huma kruċjali. Jiena għibthom hawn biex jagħtu anke l-vuċi tagħhom f'dan il-Parlament. Irridu nitkellmu dwar medicina iktar effettiva u li nagħtu r-riżorsi kollha meħtieġa favur dan il-qasam. Fuq kollox il-prevenzjoni anke marbuta ma' kwalità ta' hajja ahjar u ikel ahjar.

Catch-the-eye procedure

Anna Záborská (PPE). – Vážená pani predsedajúca, tak ako pani Aiuto, aj ja som presvedčená, že v boji s rakovinou máme v Európskej únii ešte stále rezervy. Včasný skrining rakovinových ochorení, cenovo dostupná účinná liečba, šírenie vedecky podložených informácií o životnom štýle a faktoroch, ktoré môžu pomôcť pri prevencii rakoviny, rovnako ako pomoc rodinám s chorým na rakovinu – to všetko sa musí stať európskym štandardom, ktorý bude dodržiavaný vo všetkých členských štátoch. Dnes to, žiaľ, ešte stále nie je samozrejmosť. Medzi strednou a východnou Európou a zvyškom Európy existujú stále rozdiely v miere výskytu aj úmrtnosti nielen na rakovinu vaječníkov a krčka maternice, ale aj iných foriem rakoviny. To nesmieme tolerovať. Rovnako však nesmieme zabúdať ani na fakt, že rakovina je choroba, ktorá si svoje obete nevyberá podľa pohlavia. Preto podporím tak predložený návrh uznesenia, ako aj pozmeňujúce návrhy pani Petir.

Julie Ward (S&D). – Madam President, 4 February was World Cancer Day and it was an opportunity for all of us to raise awareness of cancer and show our support for the victims and their families.

As a Member of the European Parliament, it's my responsibility to highlight areas where the European Union can do better to both prevent cancer and support the victims.

I therefore want to highlight the misery caused to women suffering from industrial-related diseases, which are completely preventable. In both the cleaning and beauty industries, women are particularly at risk of exposure to carcinogenic substances. The chemicals used in their day-to-day work are known to increase the chances of cancer.

So politicians across Europe should reflect on what we can do to prevent workplace cancers. We must ensure that workers have adequate and enforced protection from substances and conditions that are known to cause cancer. Women should not be at greater risk of cancer just because of the work they do.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο καρκίνος θερίζει και αυτό αφορά και τους άνδρες και τις γυναίκες. Το 26% των θανάτων οφείλεται στον καρκίνο. Για τις γυναίκες έχει αποδειχθεί, τόσο από τη συζήτηση όσο και από τις μελέτες, ότι ο καρκίνος αφορά βασικά τον καρκίνο του μαστού, τον καρκίνο της μήτρας και τον καρκίνο του τραχήλου της μήτρας. Φυσικά, είναι δυνατή η πρόληψη και σε αυτό πρέπει να εστιάσουμε. Να έχουμε πρόσβαση σε διαγνωστικά τεστ για τις γυναίκες και να υπάρχει η δυνατότητα θεραπείας —και μάλιστα χαμηλού κόστους— διότι διαφορετικά είναι απαγορευτική η πρόσβαση στη θεραπεία για τις γυναίκες. Βεβαίως, το επόμενο στάδιο είναι η ψυχολογική στήριξη, διότι οι παρεμβάσεις που γίνονται, ιδίως η θεραπεία του καρκίνου του μαστού, μπορεί να οδηγήσουν σε ποσοστό επιβίωσης της τάξης του 78% για τις γυναίκες, αλλά από εκεί και πέρα απαιτείται στήριξη.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhora Presidente, o cancro é uma doença que não faz diferenças e que afeta muitas mulheres na Europa provocando um sofrimento físico e psicológico enorme. Para todas essas mulheres, para muitas das nossas famílias, o nosso apoio.

Para lutar contra o cancro todas as mulheres devem ter acesso universal e gratuito aos serviços de saúde públicos, que não devem ser reduzidos pelas políticas de austeridade. Neste domingo, no meu país, quarenta mil pessoas reclamavam serviços públicos.

A detecção precoce, os tratamentos, o apoio para a sobrevivência e a reabilitação também com fundos europeus. A detecção precoce do cancro é fundamental, com mamografias. E também a vacina do papiloma humano, como acaba de indicar uma equipa do México. A investigação fundamental é muito importante para essa detecção, assim como a consciencialização entre as raparigas.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl ocenit vystoupení pana komisaře a je jasné, že celá naše diskuse se vede tématem, jaké rezervy má v tomto tíživém tématu EU. Myslím, že je to samozřejmě o prevenci a propagaci, životním stylu a i o konkrétní pomoci těm postiženým rodinám. Já bych chtěl zde sdílet jeden příběh z České republiky o Lucii Bitallové, které byla diagnostikována právě rakovina děložního čípku. Bylo jí 28 let. Myslím, že se stala hrdinkou v České republice, protože se nebála o této věci veřejně mluvit. Prohlásila: „Nebud' blbá, běž na prohlídku!“ – to byla kampaň, která byla vedena v České republice. Motivovala tisíce žen, aby právě s měsícem Raka si spojily tu preventivní prohlídku. Já vím, že je to trochu nesystémové řešení, každopádně je to řešení, které může připomínat ženám tu roli prevence a potřebu preventivních prohlídek. Toto je konkrétní příběh z České republiky a

chtěl bych ho zde ocenit.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora presidenta, las mujeres viven más tiempo, pero viven peor. Manifiestan con más frecuencia no tener las necesidades médicas cubiertas. La investigación, en muchos casos, no las contempla. Una de cada ocho mujeres en la Unión Europea padecerá cáncer, mientras el cribado para su diagnóstico precoz, entre los 50 y los 69 años, varía entre los países entre un 30 y un 90 %.

Otros cánceres de forma específica que afectan a las mujeres producirán infertilidad y muchos daños psicológicos. Por eso es necesario no solamente que el próximo programa de investigación de la Unión Europea tenga recogida de forma clara la dimensión de género en los problemas de salud, sino que la propia Comisión Europea lidere el abordaje integral del cáncer en la mujer en los diferentes países de la Unión Europea, desde la investigación a la detección precoz, al tratamiento y también a la reparación.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjedavajuća, prevažna je ova tema i žao mi je što raspravljamo o njoj u kasne sate. Vlada prava epidemija karcinoma diljem svijeta, posebno u Europskoj uniji. Čuli smo različite statistike koje idu u prilog ovoj tezi i važno je napomenuti i podsjetiti da ovdje u ovom Parlamentu djeluje naša skupina, Zastupnici protiv raka, koju predvodi gospođi Peterle i u koju su se mnogi od nas uključili i upravo je plod našeg rada ovaj manifest o kojem ste govorili, gospodine povjereniče. Mislim da je taj manifest važan za borbu protiv raka i definitivno moramo imati jednoliko europsko rješenje.

Ljudi koji žive u zapadnim zemljama nemaju jednaki pristup kao oni koji žive u istočnim zemljama Europske unije i mislim da je i to jedna od naših bitki, borbi za jednakost. Dakle, jednakost pristupu liječenju. Neki mogu pristupiti *smart* lijekovima, neki ne mogu. Dakle, nije svugdje jednak pristup i to je ono što moramo izravnati i zato Vam se zahvaljujem na ovom današnjem izvješću.

(End of catch-the-eye procedure)

Vytienis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I have listened with great interest to this discussion and I am grateful for your invaluable interest and engagement. Let me react a little bit. Some people raised issues about medical devices, prosthesis and so on. Now we have a new Medical Devices Directive; now we are carrying out a health technology assessment because it's about innovation in cancer treatment. Let's go forward. It is in our hands to regulate the environment, speaking about multinationals and so on, and it's about transparency.

Let's take carcinogens. We included a lot of new carcinogens on the list when we talked about safety at work. Acrylamides, endocrine disruptors, the fight against tobacco, a tracking and tracing system, the possibilities of strictly regulating pesticides. We did a lot in those four and a half years together and thank you. We are cooperating in cancer prevention. That is the comprehensive answer, of course. Sitting on top of cancer requires investment in research and innovation. Through each framework programme for research, the EU has invested some EUR 2.8 billion since 2007 on prevention. Altogether this is OK – we are moving forward. Some EUR 440 million have been devoted in the last ten years to cancer that specifically affects women, mainly targeting breast cancer and cancers of the reproductive organs.

Secondly, access to data also empowers patients. In this light, I would like to inform you about the adoption last week of the recommendation of the creation of a secure system that really enables citizens to access their electronic health files across Member States and can help us to support those who are suffering from cancer.

Finally, I would like to underline that cancer treatment is no longer just about survival. We therefore need to ensure that the reintegration into education, employment and daily life for women having suffered from cancer is as easy as possible. It is the responsibility of employers and trade unions, and it would also be good to raise questions about cancer at the Council of the Heads of State or Government. In 1980 it was raised at Council level and now there is not one word from the European President. It's time to show political will to move forward and encourage all Member State's governments to do more.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 128(5) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 13 February 2019.

Written statements (Rule 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Sveikintina, kad šiandien diskutuojame su Komisija šį svarbų klausimą, nes kai kuriais vėžiniais susirgimais, pavyzdžiui, krūties, gimdos ir gimdos kaklelio vėžiu, serga daugiausia arba išimtinai moterys. Be to, ne tik ES, bet ir visame pasaulyje daugiausia vėžiu sergančių moterų miršta nuo krūties vėžio. Pagal turimus duomenis matome, kad, anksti diagnozavus krūties vėžį ir laiku jį gydant, moterų išgyvenamumo procentas gali siekti beveik 80 proc. Tai rodo, koks svarbus kokybiškas profilaktinis visų gyventojų tikrinimas dėl vėžio. Tačiau, net jei moterims pavyksta įveikti vėžį, kova nesibaigia, nes dažnai joms kyla rimtų ir paprastai pakankamai neįvertinamų psichologinių problemų, ypač jei joms buvo atlikta histerektomija ar mastektomija. Moterys ir jų šeimos nariai turėtų gauti specialią konsultavimo pagalbą. Be to, labai svarbu, kad moterys galėtų lengvai dalyvauti patikros programose, būtų gydomos už prieinamą kainą ir vienodomis sąlygomis ir gautų prieinamą ir vienodą paramą, joms būtų teikiama prie konkrečių aplinkybių pritaikyta pagalba ir informacija apie su gyvensena susijusius veiksnius, kurie gali padėti išvengti vėžio. Taigi Europos Parlamentas ragina valstybes nares pasinaudoti ES lėšomis, pavyzdžiui, Europos struktūriniais ir sanglaudos fondais ir Europos investicijų banko priemonėmis, be kita ko, siekiant sukurti kokybiškos atrankinės patikros, prevencijos ir gydymo centrus, kurie būtų lengvai prieinami visiems pacientams.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Tuen parlamentin mietinnön kantaa, jonka mukaan syöpien torjumiseksi tulee lisätä tutkimusta, seulontaa, diagnosointia, seurantaa, hoitoa ja hoidon jälkeistä tukea. Joka kolmas eurooppalainen sairastuu syöpään elämänsä aikana. Miehillä ja naisilla on kullekin ominaiset syöpätyypit. Suomessa naisten yleisin syöpäsairaus on rintasyöpä. Joka vuosi yli neljä tuhatta naista sairastuu rintasyöpään Suomessa. Miesten ja naisten syöpäsairauksien diagnosoinnissa ja ennaltaehkäisyssä tarvitaan eri lähestymistapoja ja näihin kohdennettua politiikkaa. Suomessa loistava esimerkki on rintasyövän seulonta. 50-69-vuotiaat saavat kutsun seulontaan parin vuoden välein. Tällä pyritään havaitsemaan rintasyöpä aikaisessa vaiheessa, jolloin hoito on tehokkaampaa. Suomessa rintasyöpäennuste onkin hyvä: 89 % sairastuneista on elossa viiden vuoden jälkeen sairauden toteamisesta. Kuolleisuus on alempi seulontaan osallistuneiden naisten kesken, ja näin pystytään estämään kymmeniä rintasyöpäkuolemia vuosittain. Seulonnoista ja muista aikaisen diagnoosin mahdollistavista toimenpiteistä tulisi saada eurooppalainen hoitosuositus.

23. Die Rechte intersexueller Personen (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on

— the oral question to the Commission on the rights of intersex people, tabled by Claude Moraes, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (O-000132/2018 – B8-0007/2019) (2018/2878(RSP))

— the oral question to the Commission on the rights of intersex people, tabled by Claude Moraes, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (O-000133/2018 – B8-0008/2019) (2018/2878(RSP))

— the oral question to the Commission on the future of the LGBTI List of Actions (2019-2023) tabled by Malin Björk on behalf of the GUE/NGL Group, Tanja Fajon and Daniele Viotti, on behalf of the S&D Group, Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group, Roberta Metsola and Sirpa Pietikäinen, on behalf of the PPE Group and Terry Reintke, on behalf of the Verts/ALE Group (O-000006/2019 - B8-0014/2019) (2018/2878(RSP)).

Claude Moraes, author. – Madam President, we are now moving to the question of discrimination against lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (LGBTI) people and it's important that this item has been placed on the agenda today. I know that many people today in the Chamber care about this issue, and I particularly thank Parliament's LGBTI Intergroup for ensuring that this has been brought to the agenda.

In particular, I want to raise one aspect of the fight against discrimination against LGBTI people, and that is to highlight the fact that this is the first time a specific aspect of this issue is being debated in this Parliament – having been debated in the Parliamentary Assembly of the Council of Europe and, indeed, in the UN. This will be the first time that the daily discrimination faced by intersex people – the 'I' in LGBTI – has been discussed here in the European Parliament. And that is significant and important.

So, to focus on the oral question and resolution put forward by the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, which touches upon this issue not often discussed but extremely important. Why important? If we are going to measure our values in the European Union by the way particular communities are treated and their vulnerability, then clearly the position faced by intersex people, not only in the European Union but also worldwide, is of significance. And it's worth mentioning that human rights violations experienced by this community are significant, and we need to put them on the agenda today.

Intersex people face violation of their bodily integrity. Very often intersex is still considered as a disease, as something wrong, to be fixed, and 'normalising' surgery is often applied. Medical treatments are carried out on intersex newborns in at least 21 EU Member States. Secondly, throughout their lives, intersex people are victims of stigma, verbal discrimination including in the workplace, harassment, and lack of adequate medical care, legal recognition and access to justice, and of the invisibility of their bodies in our society. However, there is still no legal protection against discrimination based on such sex characteristics: no legal recognition of intersex people.

So today, we call on the Council and the Commission to ensure a de-pathologisation of intersex people and to prohibit unnecessary sex-normalising treatment and surgery. We know that in some Member States there has been progress, but in too many Member States there is insufficient progress.

We ask for gender and sex characteristics to be recognised as a ground of discrimination. We ask for provision of adequate, impartial psychosocial counselling; for the mainstreaming of flexible birth registration; and for legal gender-recognition procedures to be facilitated.

The key questions we're asking of the Commission are very important ones. Today, almost 10 years on – and while I know the Commissioner is strongly committed to this, as she said in the LIBE Committee – we still do not have our cross-cutting anti-discrimination directive. So the base, which I know the Commissioner and the Members here are committed to, has not been put in place. And really the question is: what can we do to advance this anti-discrimination directive in a wider way?

Secondly, specifically with the intersex community, what are we doing to ensure that sex characteristics as a ground of discrimination, hate crime and hate speech are recognised?

Today, in the EU, only Malta and Portugal have outlawed medically unnecessary treatments on intersex children, and only Malta, Portugal and Greece have explicitly recognised sex characteristics as a ground of discrimination, hate crime and hate speech. It is intolerable that people in Europe continue to be discriminated against because of who they love, the body they are born with, and their personal sense of their gender. It is important today that we have put this on the agenda. And, I repeat, if we are to have values across the EU that we can respect, then they must entail caring for the most vulnerable minorities in our society; facing up to such discrimination; and showing that we are not afraid to stand up against it.

For that reason, I am very proud that this oral question and resolution are being presented to you today.

Anna Maria Corazza Bildt, *author*. – Madam President, in 'LGBTI', what does the 'I' stand for? It stands for intersex people, not for ideology. Behind that unknown letter, there are people who suffer from discrimination and violence, and have suffered since childhood. I'm proud to be the author for the PPE Group of what is the first-ever resolution on the human rights of intersex people – the forgotten letter 'I'.

Children are being subjected, without informed consent, to medical treatment and surgical operations which damage their health and reproductive rights. Think! What if it was your child?

In this time of populism on both sides of the Atlantic, the human rights agenda is under attack. We are seeing a normalisation of sexist and homophobic rhetoric, in which the LGBTI community has become an easy target of the extreme right. Discrimination on grounds of sexual orientation or gender identity should not have any place in our modern societies. I want to agree with you, Mr Moraes, that the anti-discrimination directive, on which I am the shadow rapporteur for the PPE Group, should move forward. It's unacceptable that it has been blocked for years in the Council.

Too often, LGBTI people are victims of bullying, hate speech, homophobia, stereotypes and stigmatisation, at school and online. The European Union must stand up for open societies and take the lead in respecting fundamental rights globally, living up to our core values of tolerance, equality and diversity. While legislation, including on access to justice, is a necessary step, it's not enough. We have to join forces to change the rhetoric and the attitudes, and, with our joint resolution, we should secure the future of the LGBTI List of Actions that expires now.

So, we are calling on you, Commissioner, and on the Commission to adopt a clear strategy and an action plan to make sure that we will promote and protect LGBTI people in Europe and beyond, recognising that LGBTI rights are human rights.

Malin Björk, författare. – Fru talman! Hbtq-personer utsätts för diskriminering, för hatbrott, för hot. Hbtq-personers familjer erkänns inte – ingen fri rörlighet här, minsann. Transpersoner och intersexpersoner utsätts för kränkande ingrepp och till och med könsstympning. Hbtq-flyktingar låser man in och deporterar – år 2019 i Europa. I vissa länder har det gått framåt med kamp och solidaritet mellan olika grupper, men i andra länder går det åt helt fel håll. Nationalister och konservativa attackerar våra rättigheter. De organiserar sig och menar att vi är onaturliga. Vi är *freaks*, vi är önskskade.

Det får vara slut. Det är dags att slå tillbaka och vi tänker göra det tillsammans med andra rörelser som vill se ett bättre Europa och en mer mänsklig och jämlik framtid – queer solidaritet, mina vänner – flyktingsolidaritetsrörelser, kvinnorrörelser, funktionsrättsrörelser och många andra som vill se en medmänsklig och jämlik framtid. Vi kräver politisk aktion. Tänk att ministrarna inte ens kunde enas om några små rader om hbtq-rättigheter, för då sa Orbán och Polen och andra nej.

Här har vi kollegor lyckats enas om en strategi för intersexpersoners rättigheter. Vi flyttar fram positionerna. Vi kräver också en övergripande strategi för hbtq-rättigheter mot diskriminering, en ny diskrimineringslagstiftning. Vi behöver sätta stopp för hatbrott och hot mot hbtq-personer. Vi behöver stötta alla *hbtq-kids* runt om i Europa. Vi behöver stå upp för regnbågsfamiljerna.

Vi kommer inte att försvinna. Själv tänkte jag komma tillbaka hit som EU-parlamentariker efter valet i maj och då ska det bli politisk verkstad, må ni tro. Då tänker vi flytta fram positionerna. För våra kroppar, våra liv, våra drömmar, våra begär är inte bara en verklighet, utan de är också en chans för alla som vill bryta mot könskonservativa uppfattningar för att se storheten i vad det innebär att vara människa med olika familjer, olika drömmar, olika liv och olika kroppar. Ta den chansen.

Daniele Viotti, autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, mi permetta di dire intanto una parola iniziale sul fatto che queste due interrogazioni, che chiuderanno probabilmente i lavori di questa legislatura, sono anche il completamento di un lavoro fatto con le tante colleghe e i tanti colleghi all'interno dell'intergruppo LGBTI del Parlamento europeo, e quindi questo mi riempie di orgoglio.

Attraverso questa risoluzione, Presidente, il Parlamento europeo intende invitare la Commissione a garantire che i diritti delle persone LGBTI rappresentino un'assoluta priorità nel programma di lavoro dal 2019 al 2024. È infatti cruciale assicurare una strategia di follow-up comprensiva e forte dell'elenco di azioni per migliorare ulteriormente la protezione dei diritti delle persone lesbiche, gay, bisessuali, transessuali e intersessuali, e promuovere l'uguaglianza.

Ad oggi i diritti delle persone LGBTI non sono tutelati in modo uniforme in tutta Europa. L'Unione europea non dispone, purtroppo, ancora di una protezione globale contro la discriminazione basata sull'identità di genere, sull'orientamento sessuale o sulle caratteristiche sessuali. Le unioni omosessuali non sono riconosciute ancora in tutti gli Stati membri, la sterilizzazione è un requisito per il riconoscimento giuridico del genere in otto Stati membri, e 18 Stati membri richiedono una diagnosi di salute mentale. In 21 Stati membri i bambini intersessuali vengono sottoposti a interventi di «normalizzazione sessuale».

Nel frattempo l'elenco delle azioni rimane limitato in termini di priorità e di impegno, e le risposte innovative dell'Unione europea, come il pilastro dei diritti sociali, non vengono integrate. Solamente ridando credibilità a questo documento programmatico, tutelando i diritti delle persone intersessuali, proteggendo i cittadini europei da ogni forma di discriminazione attraverso la direttiva orizzontale antidiscriminazione, bloccata ormai da dieci anni, come è già stato detto, e prendendo misure concrete per garantire la libertà di movimento delle famiglie, comprese le famiglie LGBTI, daremo conformemente risposta alle richieste della Corte di giustizia. Questa è una lotta contro la transfobia, l'omofobia, che si cura anche attraverso la cultura...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Sophia in 't Veld, *author*. – Madam President, I will not repeat what has been said by all my colleagues because I think we are all on the same wavelength. I would just like to make a couple of remarks about what the EU institutions are doing.

First of all, like my colleagues, I'm pleased and proud that we have our very first resolution on intersex people on the agenda. I think that is a strong political signal. At the same time, we're also looking at the resolution on the LGBTI list of actions that was adopted by the Commission at the start of its term of office. In my view, these two resolutions should be a kind of legacy to the next European Parliament, and also to the next Commission, and a call for stronger action – even stronger action than has been taken in the past five years – because I think that a lot still needs to be done.

A lot has been achieved, but if I look at the Council, for example, I note that at one of the last Council meetings the Member States couldn't even agree on a joint statement on LGBTI rights. Hello! We're still in the Middle Ages. Some countries are blocking it. I also note, like other colleagues, that the anti-discrimination directive has been blocked for more than 10 years now.

But I note, too, if I look at our own House, that the President of our House, Mr Tajani, is one of the keynote speakers at the World Congress of Families, which is probably one of the most homophobic, anti-choice events that you will find in the world. One of the co-organisers is an organisation called CitizenGO, which is also one of the champions of the so-called Nashville Declaration, which is the most homophobic declaration in the world. It has also been signed by some people in this House. I do not feel represented by Mr Tajani showing up at such an event and then arguing here for LGBTI rights. That is hypocrisy if ever I have seen it.

Terry Reintke, *author*. – Madam President, the European Parliament strongly condemns sex-normalising treatments and surgery. That is a very simple yet very meaningful sentence – and sentences that change history are often not complicated but rather simple.

Tomorrow this House will have the chance to make history when we vote for the first intersex resolution here in this Parliament. And yes, we will not be able to make up for all the suffering that the binary-gender ideology has wrought in so many people's lives: the involuntary treatments, the forced sterilisation and surgical procedures, the stigmatisation and the discrimination. But we can say tomorrow, loud and clear, that we will fight for a future in which the rights of intersex people will be upheld in this Union.

This message is long overdue, but it comes at a very crucial moment because the rights of all LGBTI people are currently under attack. After decades of progress, we are in danger of going backwards. To prevent that from happening, the EU must adopt a strategy on how to prevent it. A new list of measures on LGBTI rights is the least that the Commission can do in order to stand firm with those who are fighting to love and to live as they want to.

The specific measures that we want the Commission to take are: to unblock the cross-cutting equality directive proposal in the Council; to make LGBTI rights a priority, including in the forthcoming work programme; to follow up on the Coleman case to enable freedom of movement for LGBTI citizens of the European Union; and to ensure that all possible measures are taken to fight discrimination against LGBTI people throughout the European Union. We have to do this for European citizens.

George Ciamba, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to thank the European Parliament for the opportunity to discuss such an important subject here today. I will focus particularly on the rights of intersex people, which should be protected in all Member States and which are the subject of one of your questions to the Council.

I would like to begin by stating very clearly that violence and discrimination have no place in European society. We should not forget that Romania's Presidency of the Council of the European Union has as one of its priorities combating discrimination of any kind. The principles and values enshrined in the EU Treaties, the Charter of Fundamental Rights of the European Union and EU legislation are not up for negotiation or bargaining.

In Europe, the commitment to decency, tolerance and equal treatment is the very foundation of the idea of a just society. This is a source of pride for Europeans, and for good reason: our society is becoming more inclusive and diverse than ever before. Together, we have taken steps to guarantee equal treatment for women, ethnic minorities, sexual minorities, persons with disabilities, religious minorities and citizens of all ages. And we continue to work on that. I believe that all three EU institutions fundamentally agree on the direction of the journey – towards even greater emancipation and tolerance.

I am proud to say that the Council has already adopted legislation that clearly prohibits discrimination on the grounds listed in Article 19 of the Treaty on the Functioning of the European Union, but, as you well know, the anti-discrimination law book remains incomplete. We have better protection, at EU level in respect of discrimination on some grounds rather than others. As many of you have often reminded us, the Council has not yet exhausted its legal capabilities in that regard.

I would like now to turn to the specific issue of violence and discrimination against intersex people. For, indeed, you speak of real suffering in the questions you have put to the Council and the Commission today. I am proud to point out that, in June 2016, the Council responded positively to the Commission's list of actions to advance LGBTI equality. It was the first time that the Council had adopted a declaration devoted to the advancement of equality for lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex persons. So it was a historic moment.

In its conclusions the Council invited the Commission to promote the measures outlined in this list of actions and to report on a regular basis on the progress achieved. The Council also invited the Member States to take their own actions to combat discrimination on the grounds of sexual orientation and gender identity. It is, of course, the responsibility of the Member States to hear that call.

Honourable Members, the advancement of equal treatment is a joint effort to which we all must contribute. When it comes to cooperation at EU level, the Commission's list of actions, including the exchange of good practice, is to be welcomed. The Commission has also undertaken a campaign of awareness raising. The Fundamental Rights Agency is also making important contributions by mapping out the situation of intersex people, including the problems they face in terms of birth registration as well as the matter of non-necessary surgery – which you mentioned – and the closely related problem of informed consent. This is, first and foremost, a question of medical ethics, for which the Member States are responsible and accountable.

The issue of birth registration is also a national matter. Indeed, when it comes to the more specific issues identified in your question, it is the Member States that have the key competences. However, this does not mean there is no European dimension or solution. Of course there is.

As you know, the category of intersex is not included on the list of prohibited discrimination grounds in the Treaties, but I believe it is obvious that extending the right to equal treatment for intersex people is entirely within the spirit of our common European values and our common campaign for inclusiveness. As we pursue, improve and defend our values, we all benefit from constructive exchanges, including the one we are holding here today and the vote you will have tomorrow.

Thank you for your attention. I would like to remind you, as I said at the beginning, that the Romanian Presidency of the Council has as one of its priorities the fight against discrimination, and this is one of the opportunities that we are proud to have.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, let me first start by thanking Parliament for tabling this debate on the discrimination against LGBTI people. The Commission is committed to the advancement of equality of LGBTI people and welcomes that Parliament has ensured, through the report, that these issues, and particularly the situation of intersex persons, are kept high on the political radar screen.

It is exactly for this reason that we published a list of actions to advance LGBTI equality, in December 2015. In the coming months we will present a third report on the implementation of the list of actions. I will come back to this list of actions at the end of this opening remark.

Let me say a few words on the problems related to intersex people who, as we all know and as you mentioned many times, are having serious problems because they do not fit into the main gender categories – female and male. The unnecessary surgical operations and treatments that intersex children may undergo are especially worrying since they are not able to give their fully informed consent due to their young age.

However, according to the Treaty on the Functioning of the European Union, the definition of health policies and the organisation and delivery of health services, fall under the responsibility of Member States. The Commission respects the principle of subsidiarity in the area of ethical accountability for the surgical treatment that intersex young people and children undergo. The possibility to provide a third gender option at birth or in public documents are also competences of the Member States.

Regarding transgender people, Member States have to ensure that the relevant laws are applied in accordance with the latest international human rights standards. The European Court of Human Rights ruled that the condition of compulsory sterilising surgery or treatment for legal gender recognition violated Article 8 of the Convention.

So I will now come back to our list of actions which aim to advance LGBTI rights. Within the framework, or based on this list of actions, the Commission has carried out several activities to raise awareness of the difficulties that transgender and intersex people experience. It recently published a new report on trans and intersex equality rights in Europe.

We also financially support civil society organisations whose work also includes promoting transgender and intersex equality. We have released awareness raising videos and we organised a good practice exchange between the Member States on these topics.

Upon the request of Parliament, the pilot project Health4LGBTI was carried out, which also focused on the specific health issues transgender and intersex people face.

As part of the list of actions, the Commission also monitors and enforces existing rights of LGBTI people under the Free Movement Directive. The Commission welcomes the recent ruling by the Court in the Coman case and the Commission will monitor Member States' compliance with the EU free movement acquis as regards issues related to sexual orientation.

The Commission will continue to implement the list of actions to advance LGBTI rights in 2019. This year a new Eurobarometer on discrimination, including relevant questions for LGBTI equality, and the second Fundamental Rights Agency LGBTI survey will take place. These surveys will provide us with important data that will help us to target our future actions. This year is the year of evaluation and preparatory works for the future, updated LGBTI list of actions which should be adopted by the newly established Commission and endorsed by Parliament.

The Commission is committed to successfully and positively handing over its work to advance LGBTI equality to the next Commission, which will have to decide how it will continue these policies. But I will strongly recommend that my successor involve the European Parliament and civil society organisations in the design of its future LGBTI list of actions, as also suggested in the motion we are debating today.

I want also to react to the debate we have heard up to now. The Commission continues to promote the adoption of the horizontal equal treatment directive. As you rightly pointed out, I will call it a shameful situation that it has been blocked for years in the Council. You are aware that this piece of legislation requires unanimous adoption. That's why we need to have all the Member States on board.

When I indicated that after so many years of having this blocked, the Treaty offers the option of enhanced cooperation, you will not be surprised that the Member States – at least in the reactions I got in the Council meetings, but also in many bilateral meetings where I raised this issue – confirmed that they need more time and they do not want us to go for the enhanced cooperation, because this is about fundamental rights. So I just convey this information to you and I will continue to keep pushing because we regularly discuss the prospects of this directive, which I would like to see in a positive way.

My last comment: you also raised the issue of hate speech online and hate speech in general. The Commission is continuing very intensive work, together with the IT sector, to achieve a radical decrease in hate speech online and a decrease in hate speech from the social networks. We are reasonably successful. The IT sector is doing what it committed itself to do in the Code of Conduct and we will continue to do this exercise in the future until the end of my mandate.

José Inácio Faria, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, depois do movimento Me Too milhares de pessoas LGBTI partilharam no Twitter histórias de discriminação e de *bullying* homofóbico sob o *hashtag* MeQueer, muitas delas são nossos concidadãos europeus.

Em pleno século XXI a União Europeia carece ainda de uma proteção abrangente contra a discriminação em razão da identidade de género, da orientação sexual e das características sexuais. As pessoas LGBTI continuam excluídas de uma verdadeira liberdade de circulação e das estratégias de inclusão social da União, como o pilar europeu dos direitos sociais, e persistem assimetrias nos diferentes Estados-Membros quanto à proteção dos seus direitos civis e ao acesso a serviços públicos fundamentais, como a educação, a saúde ou a segurança social.

Perante este cenário, Senhora Comissária, a Comissão tem de elaborar uma estratégia inclusiva a favor das pessoas LGBTI que inclua a promoção do reconhecimento civil das pessoas intersexo, englobe a implementação de projetos de prevenção da violência homofóbica e transfóbica nos sistemas educacionais dos Estados-Membros e garanta também a necessária proteção para os requerentes de asilo LGBTI.

Julie Ward, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, when we talk about LGBT people, intersex people are often forgotten about. They have been dehumanised for centuries and discriminated against because of their bodies. This been presented as a health issue, when in fact there is nothing unhealthy about being intersex. The forced mutilations practiced on intersex children are an abomination. It is truly unacceptable that in 2019 such awful violations of bodily autonomy are still taking place in the EU.

The fact that we are so prone forcibly and permanently to change the bodies of children who cannot give consent shows how far we are willing to go to reinforce ridiculous gender binary. Intersex people are proof that there is more to humanity than men on one side and women on the other side. Intersex people are proof that categorising people on the basis of their sexual features is simply narrow minded and does not reflect reality. I will stand with all intersex people, especially children, and I will tell them: 'You are not alone.'

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, collega's, zelfs nu zijn LGBTI-rechten niet gegarandeerd in de EU. Er bestaan grote verschillen tussen de EU-lidstaten. Er is nog steeds geen allesomvattende bescherming tegen discriminatie op basis van genderidentiteit, seksuele oriëntatie of geslachtskenmerken. Veel EU-landen erkennen geen huwelijken die werden gesloten tussen twee mannen of twee vrouwen, wat in België wel mogelijk is. Voorafgaande sterilisatie is in acht lidstaten nog steeds een voorwaarde om juridisch van geslacht te mogen veranderen, terwijl 18 lidstaten een psychologisch onderzoek eisen. In 21 lidstaten wordt "geslachtsnormaliseringschirurgie" uitgevoerd bij intersekskinderen. Het is maar de vraag of dit strookt met het Europees Handvest van de grondrechten.

Ik steun het verzoek aan de Commissie om ervoor te zorgen dat onder andere LGBTI-rechten een prioriteit zijn in haar werkprogramma voor 2019-2024, en om de samenwerking tussen de verschillende DG's te versterken, met als doel LGBTI-rechten beter te mainstreamen, zoals op het vlak van onderwijs en gezondheid. Ook zou de Commissie een nieuw strategisch document moeten goedkeuren om de gelijkheid van LGBTI-mensen te bevorderen.

Het is ook van belang dat Europa doorgaat met bewustmakingscampagnes over LGBTI-mensen en hun gezinnen. Daarnaast moet Europa ook de vrijheid van verkeer garanderen voor alle gezinnen, inclusief regenboogfamilies, in de hele EU, gezien de recente zaak-Coman bij het Europees Hof van Justitie.

Kortom, het is onaanvaardbaar dat LGBTI-mensen in veel EU-landen nog steeds als tweederangsburgers worden behandeld.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Heute haben wir nun zum ersten Mal eine Entschließung zu den Rechten von intersexuellen Menschen auf dem Tisch. Das wurde wirklich Zeit, denn die Tabuisierung dieses Themas erleichtert es nach wie vor, Menschen in einen dunklen Raum der Rechtlosigkeit zu sperren. Und was für sie angeblich richtig ist, bestimmen dann eben andere, die glauben, dass das Falsche und die Abweichung ausgemerzt werden muss, indem schon Säuglingen operativ ein Geschlecht verpasst wird.

Was auch immer wir heute erzählen – bitte, lassen Sie uns über eine Sache Einigkeit herstellen: Wir sollten uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass solche Operationen, solche medizinischen Behandlungen bei Säuglingen verboten werden, und zwar überall, weil sie furchtbare Folgen haben können und weil sie mitnichten medizinisch notwendig sind. Intersexuelle sind einfach keine Kranken, die man heilen müsste, sondern normale Leute, die über sich selbst entscheiden wollen und Respekt genießen möchten. Alles zu tun, damit niemand Angst haben muss, verlacht, bevormundet, bedroht zu werden und sich selbst in Zweifel zu setzen – ich denke, darum geht es – deshalb muss Diskriminierung wegen fehlender Anerkennung von Intersexualität auch strafrechtlich verfolgt werden, brauchen wir Unterstützungsaktionen, Öffentlichkeit, positive Öffentlichkeit und die Normalisierung der Debatte –, darum, ob es um geeignete Geschlechtsbezeichnungen auf Ausweisdokumenten geht, oder darum, endlich zu begreifen, dass das menschliche Leben keine Einbahnstraße ist.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisaria Jourová, una pregunta oral es un instrumento de control sobre la Comisión que incita a la Comisión a actuar a partir de la Resolución que votaremos el jueves.

He participado en todos los debates que tienen que ver con la discriminación que sufre la ciudadanía europea en sus derechos fundamentales, y particularmente las personas y colectivos más vulnerables. Es el caso de las personas que han sido discriminadas, u objeto de abuso, e incluso de criminalización, por su orientación sexual. En función de a quién deciden amar. El colectivo LGTBI, el colectivo transexual y las personas intersexuales también.

Por ello, creo que es importante que fijemos la vista en las mejores prácticas de aquellos Estados miembros que se distinguen por tener una visión, en primer lugar, que no trata la intersexualidad o la transexualidad o la orientación sexual como una patología, pero que, además, no impone un género forzado a las personas transexuales a través de prácticas médicas, quirúrgicas o farmacológicas.

Recuerdo el informe Lunacek, que votamos en 2014. Propone una visión global de los derechos de las personas en función de su orientación sexual, de transexuales e intersexuales. Este es el camino que le invitamos a seguir.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, considero anche io molto importante, come è già stato detto, che ci sia questa discussione, una discussione congiunta che riguarda i diritti delle persone LGBTI, e la risoluzione sui diritti delle persone intersessuali. Come ricordava il collega Viotti, credo che questa discussione sia anche il frutto di quanto è stato fatto dall'intergruppo LGBTI a cui sono felice di aver potuto contribuire. Così come sono felice che il movimento femminista si autodefinisca sempre più movimento transfemminista esattamente perché ritiene appunto indisgiungibili la liberazione delle donne e la liberazione delle persone LGBTI. Credo che, in particolare, come sottolineava la collega Ernst, sia da condannare ogni forma di intervento chirurgico che voglia riportare a un binarismo di genere i bambini intersessuali. Quindi sono davvero molto contenta di questa discussione.

Dobromir Sośnierz (NI). – Pani Przewodnicząca! Nie ma absolutnie żadnego powodu, żeby w Unii Europejskiej martwić się o prawa osób z dysfunkcjami seksualności tzw. LGBT i QXYZ i tam tak dalej. Już w tej chwili jest to grupa, której poświęcamy nadmiernie dużo uwagi, zwłaszcza w zestawieniu z jej znaczeniem w społeczeństwie, i ciesząca się nawet pewnymi przywilejami. Bo niedawno w Wielkiej Brytanii doszło do tego, na przykład, że policja napadła w domu i aresztowała kobietę tylko dlatego, że w internecie nazwała facetem, no faceta, który wcześniej wyciął sobie klejnoty i zmienił płeć w papierach. Jeśli ktoś myśli, że wycinając sobie to i przeżywając coś innego, zmienia płeć, no to oczywiście ma prawo tak myśleć, ale ktoś inny z drugiej strony ma prawo myśleć coś innego. I ma prawo takie poglądy wyrażać w sieci i nie tylko. A to, co próbujecie robić, to jest zastraszanie ludzi. To co próbuje robić rządząca Unią Europejską obyczajowa lewica, to jest cenzura, tłumienie siłą krytyki i terroryzowanie społeczeństwa.

(End of catch-the-eye procedure)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I spoke for too long earlier, so I will be brief now. I want to thank you for the debate. Parliament has again shown very strong commitment and I will try to do the same: to express my preparedness to work on our next steps on this important agenda.

One concrete thing that we should do together with the LGBTI Intergroup is to carry out some assessment of how the List of Actions worked: what are the achievements, and what things should be changed in the future LGBTI action plan. We will have the new data from Eurobarometer, and it will be important that we meet and that we work together. So, this is my invitation, and I'm sure this will be an important event, where we can work together on this issue.

George Ciamba, President-in-Office of the Council. – Madam President, thank you so much and thank you once more for this exchange. I think it has shown how much work remains to be done. At the same time, I think we can be proud of the forward strides we have taken in this field. As I recalled earlier, the Council reacted positively to the Commission's List of Actions in support of the whole LGBTI community.

I look forward to its further implementation. When it comes to fighting discrimination and violence, the fine words of our treaties and our declarations and our political debates are quite clear. Europe is on the side of progress, tolerance and light. It is our responsibility as politicians to turn words into action.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 14 February 2019.

24. Einsatz von Cannabis in der Medizin (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on use of cannabis for medicinal purposes, tabled by Dubravka Šuica, Guillaume Balas, Urszula Krupa, Catherine Bearder, Estefanía Torres Martínez, Martin Häusling and Piernicola Pedicini, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (O-000122/2018 - B8-0001/2019) (2018/2775(RSP)).

Dubravka Šuica, izjaviteljica. – Poštovana predsjedavajuća, u protekloj godini veliki dio moga rada u Parlamentu posebno je bio usmjeren na javno zdravlje, borbu protiv raka, podizanje svijesti javnosti i pristup medicinskim uslugama i lijekovima.

Večeras predstavljamo rezoluciju Europskog parlamenta i usmeno pitanje o upotrebi kanabisa u medicinske svrhe. Puno smo raspravljali o ovoj temi u Odboru ENVI, a prilikom izrade ove rezolucije željeli smo se usredotočiti na podupiranje kvalitetnih istraživanja lijekova koji se temelje na kanabisu, kao i na razlikovanje lijekova na bazi kanabisa koji su prošli klinička ispitivanja i koji su regulatorno odobreni, a i samog medicinskog kanabisa.

Taj izraz je u velikoj mjeri nedefiniran s pravnog stajališta i zato smatram da on ostaje nejasan i otvoren za tumačenje. Osim toga, važan aspekt ove rezolucije bio je napraviti strogu razliku između upotrebe kanabisa u medicinske svrhe i njegove zloupotrebe.

Zemlje Europske unije se u velikoj mjeri razlikuju u pristupu propisima za kanabis, uključujući zakonodavstvo o kanabisu za medicinske svrhe, na primjer, o maksimalnim razinama dopuštenih koncentracija THC-a i CBD-a.

Čak i u onim državama članicama u kojima je medicinski kanabis zakonit, uvjeti za pristup, propisivanje, kupnju, određivanje cijena, povrat novca, kao i razina znanja zdravstvenih radnika o uporabi ovakvih lijekova jako se razlikuju i predstavljaju problem za pacijente. Zato smo u usmenom pitanju Komisiji zatražili obrazloženje: što je Komisija poduzela kako bi podržala kvalitetna istraživanja, što planira poduzeti u pogledu budućih istraživanja, koliko sredstava planira izdvojiti za istraživanja u ovom području u okviru Devetog okvirnog programa Obzor Europa i smatra li Komisija da regulatorno okruženje u Europskoj uniji podržava kvalitetna istraživanja o medicinskom kanabisu. Isto tako, smatra li Komisija da bi trebala poboljšati pristup pacijenata medicinskom kanabisu? Također, namjerava li Komisija uspostaviti norme za nefarmaceutski medicinski kanabis kako bi zajamčila sigurnost korisnika?

U rezoluciju smo pozvali Komisiju i nacionalne vlasti da rade zajedno kako bi osigurali pravnu definiciju medicinskog kanabisa i da napravimo jasnu razliku između lijekova na bazi kanabisa odobrenih od Europske medicinske agencije ili drugih regulatornih agencija, medicinskog kanabisa kojeg ne podržavaju klinička ispitivanja i kanabisa za druge primjene.

Kao što znamo, biljka kanabis sastavljena je od brojnih kanabionida koji mogu imati neuroprotektivno djelovanje, mogu doprinijeti smanjenju nekih simptoma u pacijenata kao što su upale ili bakterijske infekcije, a mogu pospješiti i rast kostiju.

Također, sveobuhvatno reguliranje lijekova na bazi kanabisa koji se temelji na dokazima podrazumijevalo bi dodatne resurse za javna tijela, ograničilo crno tržište, zajamčilo kvalitetu proizvoda i točno označivanje kako bi se pomoglo kontroliranju prodajnih točaka, ograničilo pristup toj tvari za maloljetnike, ali i omogućila pravna sigurnost i siguran pristup pacijentima koji bi ga koristili u medicinske svrhe s posebnim mjerama opreza za mlade i trudnice.

Važno je naglasiti da pregled postojeće znanstvene literature o upotrebi kanabisa daje uvjerljive i zadovoljavajuće dokaze da ima terapijske učinke u liječenju kronične boli u odraslih, na primjer u slučaju raka, o kojem smo govorili u prošloj točki, kao i u slučaju epilepsije, Alzheimerove bolesti, artritisa, astme, Chronove bolesti, glaukoma, kao i simptome spastičnosti koje opisuju pacijenti s multiplom sklerozom te su djelotvorni u liječenju pacijenata s poremećajem anksioznosti, PTSP-jem i depresijom.

Ne bih željela ići predaleko s ovom temom pa ću ovdje zaključiti da je rad europskih institucija i agencija na podizanju svijesti o značaju istraživanja i pravnoj definiciji ovog medicinskog kanabisa od najveće važnosti i može pomoći samo pacijentima kojima su zbilja potrebni ti lijekovi, naravno, uz stroge propise i temeljitu analizu.

Na nama političarima, javnim osobama, profesorima, aktivistima je da se ujedinito u borbi za poboljšanje zdravlja u svakom pogledu. U svakom slučaju želim još samo naglasiti da želimo striktno odijeliti upotrebu kanabisa u medicinske svrhe od onoga koji se koristi za rekreacijske svrhe i to je vrlo važno naglasiti tako da se svaka zlouporaba ovom našom željom otklanja.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, over the past decade, we have seen growing public interest in the development of therapies derived from cannabis and its components and in the use of cannabis for medical purposes. The therapeutic use of cannabis has been discussed in relation to a wide range of medical conditions, from multiple sclerosis to post-traumatic stress disorder and anxiety.

I would first like to highlight the distinction between non-pharmaceutical medical cannabis and medicinal products derived from cannabis. When it comes to the regulatory point of view, the EU angle is limited. This is a Member State competence, which means that each national authority will decide whether it is legal in its territory. On the other hand, the EU pharmaceutical legislative framework is clear and robust and includes cannabis-derived medicinal products.

A marketing authorisation is granted for a medicinal product only after its quality, safety and efficacy have been evaluated, and a positive benefit/risk balance related to its use has been concluded. Once placed on the market, medicinal products continue to be monitored through pharmacovigilance activities, which also apply to cannabis-derived medicinal products.

So, how exactly can the EU contribute to this discussion? Well, early dialogue and scientific advice for medicinal-product development are examples of EU added value. Furthermore, coordination between the various EU agencies is crucial.

Let me now address each of the questions you raised. As a starting point, let me stress that more research is needed on the safety and efficacy of cannabinoid-based therapies. Opportunities to support this type of research will be available through the upcoming Horizon 2020 calls for research proposals in 2019 and 2020. As for previous framework programmes for research and innovation, the EU has funded a number of relevant projects and fellowships. More than EUR 40 million has been dedicated to research on cannabis and cannabinoid-based compounds. Our mission is to encourage research and innovation in Europe and we will continue with that approach.

In the new framework programme, Horizon Europe, the Commission will continue to support research, including in innovative areas including novel therapeutic approaches.

Turning now to your second series of questions, let me say that the healthcare-related issues are complex, and decisions are taken by the Member States. The EU regulatory framework for pharmaceuticals provides for the authorisation of medicinal products derived from cannabis when their quality, safety and efficacy have been proven. Any other use of cannabis for a medical purpose falls within the competence of the Member States. However, that is not to say that the EU is not contributing to this discussion. In October 2016, the European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction launched a new service on cannabis, providing updates on cannabis policy models. In December 2018, the agency published a report on medical use of cannabis and cannabinoids, as well as questions and answers for policy making. This was in response to the growing interest in the topic.

On your third set of questions, I want to take this opportunity to stress that non-pharmaceutical medical cannabis lies outside EU competence. At the same time, the Commission is aware of the discussion in the World Health Organisation Expert Committee on Drug Dependence about the pharmaceutical preparation of psychoactive substances. If applicable, the relevant conclusions will be considered in the framework of the pharmaceutical legislation on a product basis.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der medizinische Einsatz von Cannabis ist sinnvoll. Cannabisprodukte können Patienten helfen, denen andere Medikamente nicht oder nicht gut genug helfen.

Wir müssen uns in der Debatte vor zwei Extremen hüten. Das eine Extrem ist, so wie beim Pawlowschen Hund, man hört das Wort Cannabis und reagiert: Oh, das ist was Gefährliches, Schreckliches, illegale Drogen, da müssen wir dagegen sein. Wenn es medizinisch kontrolliert eingesetzt wird, ist dieser Pawlowsche Reflex nicht angemessen.

Aber auf der anderen Seite müssen wir eben auch aufpassen, dass Patienten nicht eine Einstellung entwickeln, wie es mir mal als Arzt von einem Patienten vorgetragen wurde, der sagte: Ja, gegen meine Rückenschmerzen hilft eigentlich nur, wenn ich in einen Joint rauche. Ohne, dass das wirklich vorher gut von einem Facharzt untersucht worden war, der ihm vielleicht ganz andere Tipps noch hätte geben können, was man gegen die Rückenschmerzen alles machen kann.

Also, man muss das in einem regulierten Rahmen machen. Man muss das vorsichtig machen. Ich stimme auch ausdrücklich dem Punkt 14 in der Entschließung zu, dass man das eben – wie bei anderen Medikamenten – unter den Regeln der Zulassung machen muss. Es kann doch nicht sein, dass wir der Industrie bei anderen Sachen hohe Auflagen machen und sagen, wenn sie Cannabis einsetzen, darf man es einfach so irgendwo machen.

Da findet die Entschließung den richtigen Rahmen, und deswegen werden wir sie morgen hoffentlich mit großer Mehrheit unterstützen.

Guillaume Balas, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, j'ai eu des douleurs musculaires un jour et dans mon pays, la France, je suis allé voir un neurologue et la seule chose qu'il m'a dite c'est «fumez du haschich».

D'abord, le problème c'est que fumer c'est mauvais pour la santé et qu'ensuite le haschich est prohibé dans mon pays. Ne croyez pas que dans toute l'Europe aujourd'hui, on puisse utiliser du cannabis médicinal, c'est-à-dire la molécule CBD, ce n'est pas vrai. Donc, nous avons besoin d'un encadrement européen et de ce point de vue-là il est très important que la Commission puisse donner des indications claires aux États membres.

Je voudrais également dire que la résolution présentée ici est claire sur le fait notamment que c'est bien les médecins qui contrôleront les prescriptions et c'est très important. Il ne s'agit pas de dire aujourd'hui que n'importe qui peut utiliser du cannabis, mais que c'est bien le médecin, seul juge, qui peut dire que le cannabis CBD peut être utilisé dans le cadre de la résolution d'un certain nombre de douleurs pour les patients. Mais à cet égard, un certain nombre d'amendements ont été déposés, notamment par les députés conservateurs, qui consistent à dire que seule la forme médicamenteuse pourrait être utile. Or, ce n'est pas tout à fait vrai car, on le sait, des modes de prescription doux, par exemple, tisanes, pommades ou autres peuvent être parfois beaucoup plus efficaces et beaucoup plus ciblés chez certains patients qui supportent mal les médicaments. Donc, attention. Certes il faut des médicaments et il faut qu'ils soient contrôlés, mais il faut aussi faire confiance aux médecins pour qu'ils puissent prescrire d'autres modes d'administration, et c'est notamment le sens des amendements que mon groupe déposera, qui soient des modes plus appropriés pour certaines pathologies et certains profils.

N'enfermons pas le débat, il n'y a pas de dérive possible, nous ne parlons ici que de cannabis médicinal, de la molécule CBD, et non pas de cannabis récréatif, je le précise une nouvelle fois, et il nous faut être ouverts car il ne faudrait pas que les lobbies pharmaceutiques soient les gagnants dans cette affaire.

Urszula Krupa, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Popieram nie tylko poszukiwanie nowych leków pochodzenia naturalnego kojarzonych ze zmniejszoną ilością objawów ubocznych, ale przede wszystkim profilaktykę, która powinna być fundamentalna w opiece zdrowotnej, obejmując znacznie szerszy zakres, niż tylko eliminowanie czynników ryzyka. Do tej pory zwrócono na to uwagę w rezolucji. Oficjalne dane na temat badań i finansowania marihuany medycznej są nikłe. Udokumentowane skutki lecznicze preparatów farmakologicznych na bazie marihuany dotyczą jedynie zmniejszenia spastyczności w SM, działania przeciwbólowego i przeciwwymiotnego po chemioterapii w chorobie nowotworowej. Przed rozpowszechnianiem marihuany medycznej należałoby najpierw przeprowadzić badania kliniczne nad wpływem szczególnie zawartych tam THC i CBD, a wprowadzanie do powszechnego używania marihuany określanej jako lecznicza z bardzo wysokimi procentami THC i nikłymi CBD wydaje się mało odpowiedzialne. Tego typu odmiany przed wprowadzeniem do lecznictwa otwartego powinny być przebadane w warunkach klinicznych i dopiero ewentualnie używane do leczenia w poszczególnych jednostkach chorobowych, jednak tylko wtedy, kiedy zyski z podania narkotyku będą większe niż skutki uboczne. Eksperymentowanie z narkotykami, z ich zaleceniem w tak wielu jednostkach chorobowych i dolegliwościach bez uprzednich wiarygodnych badań zaprzecza profilaktyce, tym bardziej że leczenie narkotykami charakteryzuje się adaptacją do nich, koniecznością używania coraz większych dawek, silniejszych narkotyków i powikłań.

Luke Ming Flanagan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, I support most of this resolution. We must create the legislative architecture to support the legalisation of medical cannabis across the European Union. We need to see an end to the situation whereby people such as Vera Twomey and her husband Paul must, in spite of getting a licence to treat their daughter's debilitating illness, travel six times a year to the Netherlands to get this medicine. They should be able to source this medicine locally, either that or the importation of this proven medicine be delivered to their house.

Freedom of movement of goods is meant to be one of the cornerstones of this Union. Let's make the freedom of the movement of this medicine a reality. Vera Twomey and her husband Paul have woken hundreds of thousands of people up to the fact that medicinal cannabis can help. Their nine-year-old daughter is now seizure-free and the constant trips to the hospital have become a thing of the past. Ava now has a future. We need this future to be made available to all who need it. This resolution will go some way to achieving that.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank you for this interesting debate and let me just briefly conclude by assuring you that the Commission will continue to support activities that increase scientific understanding and help develop clear and constructive advice in this area.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 128(5).

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 13 February 2019.

Written statements (Rule 162)

Pilar Ayuso (PPE), *por escrito*. – Es importante diferenciar entre uso recreativo y utilidad terapéutica del cannabis. Es obvio que el cannabis no es una panacea, pero sí posee propiedades terapéuticas para el tratamiento sintomático de algunas enfermedades. Por ejemplo, el dolor crónico, que en mi opinión está muchas veces desatendido desde el punto de vista médico. El cannabis se utiliza como complemento de calmantes y otros fármacos que no consiguen por sí solos paliar el dolor.

No debemos, por otro lado, banalizar los riesgos del consumo de cannabis. Según el Comité de Expertos en Farmacodependencia de la OMS, su consumo puede producir efectos adversos como mareos y alteraciones motoras y de la función cognitiva. Resulta necesario llevar a cabo un mayor número de investigaciones farmacológicas, preclínicas, toxicológicas y de ensayos, que garanticen el control de la calidad, seguridad y eficacia del uso médico del cannabis y sus cannabinoides, así como de estudios que permitan conocer los posibles riesgos asociados a su consumo. Habría así mismo que estudiar su legalización para usos terapéuticos en medicina.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – As a Maltese representative I am proud to say that by passing progressive and necessary legislation, Malta is at the forefront of European progress in the field of medical cannabis. A common European approach will impact and shape national health policies, research and education and bring this beneficial treatment to those in need. This resolution is timely as it calls on the Commission to develop a comprehensive strategy for the sector, emphasising the all-important need for the standardisation and unification of products containing cannabis-based medicines. This should also cover CBD where a lack of regulation has allowed low-standard products to enter the market across Europe. We need to ensure EU-wide standards and requirements that will ensure patients' safe and reliable access to high quality products. However, it is worth noting that without a structured doctors education programme, it doesn't matter what the law says if doctors do not have the necessary expertise to prescribe the medicine. Education must go hand in hand with the legislation and proper balanced guidelines are essential for the way ahead.

Czesław Hoc (ECR), *na piśmie*. – Paracelsus, zwany ojcem medycyny nowożytnej, jest autorem słynnej tezy „tylko dawka decyduje o tym, czy dana substancja jest trucizną, czy też lekiem”. Moim zdaniem, podobnie możemy powiedzieć o marihuanie – tylko odpowiednia proporcja dawki THC do CBD oraz droga podania decyduje o tym, czy marihuana będzie lecznicza czy rekreacyjna („narkotykowa”). Bowiem dwie główne substancje zawarte w suszonych lub sfermentowanych kwiatostanach żeńskich konopi indyjskich (*Cannabis sativa*) to THC (delta-9-tetrahydrokannabinoid), który ma działanie „narkotyzujące”: wprawia w stan euforii, daje uczucie „pełnego luzu”, zmienia doznania, natomiast CBD (kanabidiol) posiada działanie przeciwdrgawkowe, przeciwpsychotyczne, przeciwzapalne, przeciwnowotworowe, prawdopodobnie zapobiega też zmianom neurodegeneracyjnym. Zatem dla celów leczniczych chcemy CBD z niewielką domieszką THC. Ot i cała mądrość i... sztuka. A ponieważ medycyna jest pospółą wiedzą i sztuką, zatem należy jej zaufać. Przyjęte dossier przez PE daje zielone światło dla kontrolowanego i w sposób naukowy nadzorowanego stosowania.

wania marihuany w celach leczniczych. Jeśli bowiem są lub będą dowody naukowe, że marihuana zmniejsza ból, wymioty, poprawia apetyt i samopoczucie spowodowane chemioterapią czy też redukuje liczbę napadów u pacjentów cierpiących na padaczkę lekooporną oraz rzadkie zespoły padaczkowe, zmniejsza spastyczność mięśni i ból u pacjentów cierpiących na stwardnienie rozsiane, a co więcej wpływa korzystnie na układ odpornościowy – to dlaczego urzędowo mamy tego zabraniać!?

25. Genom-Manipulation der Keimbahn beim Menschen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on:

— the oral question to the Council on human germline genome modification, tabled by Miroslav Mikolášik and by Peter Liese, on behalf of the PPE Group (O-000012/2019 - B8-0011/2019) (2019/2568(RSP)); and

— the oral question to the Commission on human germline genome modification, tabled by Miroslav Mikolášik and by Peter Liese, on behalf of the PPE Group (O-000013/2019 - B8-0012/2019) (2019/2568(RSP)).

Miroslav Mikolášik, autor. – Vážená pani komisárka, vážená pani predsedajúca, kolegovia a kolegyne, otázka, ktorú si dnes kladieme, ktorú kladieme Komisii a Rade, má obrovský význam pre ďalší vývoj nielen našej spoločnosti, ale i ľudstva ako takého. Modifikácia ľudského genómu sa totiž netýka len úzkej skupiny, ktorá chce určovať smerovanie vedecko-výskumného pokroku, týka sa nás všetkých. Technológia genetického editovania somatických buniek je prínosom s revolučným potenciálom napredovať v liečbe chorôb jednotlivých pacientov. Je však potrebné dôkladne ho odlisovať od genetického editovania embryí a gamét, ktoré prináša riziko závažných vedľajších účinkov, a to nielen pre jednotlivca, ale aj pre jeho potomkov. Dedičné genetické zmeny by tak viedli k zmenám všetkých budúcich generácií. Nezodpovedný a neetický experiment čínskeho vedca Che Ťien-khueja, ktorý vytvoril prvé geneticky upravené deti na svete pomocou technológie genetického editovania, si vyžaduje vážnu medzinárodnú odpoveď. Touto odpoveďou nemôže byť jednoduché volanie po zavedení štandardov bezpečnosti a efektívnosti pre takto „zeditované deti“. Problémom nie je len to, ako to bolo vykonané, ale predovšetkým, čo bolo vykonané. Genetická úprava zárodočnej línie je medzinárodne zakázaná práve pre svoj rozpor s hodnotou ľudskej dôstojnosti, ľudských práv, integrity, ale aj rovnosti. Následky reprodukčného genetického inžinierstva vyvolávajú závažné spoločenské a etické riziká. Vedecká komunita nemôže mať výhradnú kompetenciu rozhodovať o tak závažnej veci s ďalekosiahlymi dôsledkami. Dôvera verejnosti voči novým technológiám je súčasťou ľudského pokroku. Je potrebná celospoločenská diskusia založená na správnej interpretácii vedeckých poznatkov v sociálnom kontexte. Preto vyzývame Komisiu, aby zaujala jasný postoj lídra v podpore celosvetového zákazu genetickej modifikácie ľudí a vytvorila platformu na zapojenie verejnosti do tejto diskusie.

George Ciamba, President-in-Office of the Council. – Madam President, I would like to thank you for the opportunity to discuss the human germline genome modification review and to thank the two honourable Members who prepared this question for their long-standing and well-known dedication to the subject of ethical consequences stemming from our increased knowledge about human DNA.

I am well aware of the recent unfortunate event that is referred to in the question and which has triggered widespread awareness of the consequences emanating from the possibility to adjust the human genome. The honourable Members refer to clinical trials where genome editing is used in treatments affecting an individual who is suffering from a serious medical condition.

Based on that reference, I understand that we agree that increased knowledge about the human genome, and in particular about genetic causes of illness, could contribute to alleviating human suffering by opening the way to new therapies against such diseases. On the other hand, I am strongly convinced that we are all very concerned about the risk associated with manipulating the genome of future generations.

In this context, I allow myself to recall that the debate on the ethical consequences of knowledge about and the possibilities to manipulate the human genome has been ongoing for some decades now. Politicians and scientists are well aware of the situation. This has resulted in legislative and other initiatives to strictly regulate manipulation of the human genome and in particular to prevent human germline genome modification.

I would like to point to the legislative framework at Union level, in particular the legislative acts concerning pharmaceuticals and medical devices. We set strict rules for interaction with the human genome for somatic purposes and prohibit germline modification.

This said, I would like also to draw everyone's attention to the Charter of Fundamental Rights of the European Union, the first principle of which is human dignity, and which clearly prohibits eugenic practices in the fields of medicine and biology. To the best of my understanding the act of germline genome editing to which the honourable Members refer would therefore be illegal in the Union.

I read your questions as dealing with future directions in this field. It must be noted that the Treaties, and in particular Article 168(7) of the Founding Treaty of the European Union, give Member States, and not the Union, the competence for medical care, including the corresponding ethical considerations.

The use of gene editing as a means of medical care should be regulated at Member State level. I am convinced that the Commission, which has the sole right of initiative concerning Union legislation, is following this issue and will, if it deems it necessary or appropriate, prepare legislative proposals.

The Romanian Presidency, and I believe the incoming Presidencies, are ready to give our full priority to the examination of any such proposals and I thank you for your attention.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission is indeed aware of the ethical and legal implications of the latest developments in the field of human germline modification. At global level it participates in dialogue with international communities and institutions such as the National Academies of Sciences for Engineering and Medicine and the OECD Working Party on Biotechnology, Nanotechnology and Converging Technologies. The latter has been looking into the ethical and legal debate on germline genome editing. We are also involved with the World Health Organisation in considering the governance and oversight of human gene editing.

At the level of the European Union, the EU Framework Programme for Research and Innovation and the EU clinical trials and legislation for medicinal products contain specific requirements prohibiting these types of research activity. In addition, the EU has a robust regulatory framework on medicinal products, which is underpinned by the principles of the Council of Europe's Oviedo Convention on protecting human rights in the biomedical field. Regulation 1394/2007 on advanced therapy medicinal products provides for strict controls in respect of quality, safety and efficacy and for a centralised authorisation system. However, decisions on the application of germline editing techniques for in vitro fertilisation purposes and on funding of national research projects remain the prerogative of the Member States.

Furthermore, the Commission is working with national authorities to strengthen oversight on novel technologies in the field of tissues and cells. The Independent Advisory European Group on Ethics and New Technologies is currently working on an opinion on genome editing, which will explore, inter alia, the ethical implications of germline genome editing. The Commission is also exploring how to build on existing surveys of EU public attitudes towards genome editing; how to launch calls for research proposals on public outreach and acceptance of new technologies, such as genome editing, for health applications; and how to organise an event on the ethical, social and legal aspects of genome editing therapeutics.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die moderne Gentechnik bietet großartige Chancen, und die müssen wir nutzen. Aber es muss ethisch motivierte Grenzen geben, die wir respektieren. Nicht alles was technisch machbar ist, darf auch durchgeführt werden. Die Experimente des Forschers He Jiankui, die er im November auf der Konferenz in Hong Kong vorgestellt hat, sind unverantwortlich – nicht nur in dem Einzelfall. Eingriffe in die menschliche Keimbahn sind generell unverantwortlich.

Ich bin sehr dankbar, dass es auch in der Wissenschaftsgemeinde einen großen Aufschrei gegeben hat. Aber dieser Aufschrei muss jetzt nachhaltig sein. Wir müssen wirklich klare Grenzen ziehen, die auch eingehalten werden.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim Rat für die Interpretation der Charta der Grundrechte, die ich für völlig korrekt halte. Aber es ist wichtig, dass wir das auch in die Köpfe hineinbringen, dass auch die Charta der Grundrechte diesen Missbrauch der Gentechnik ausschließt. Wir müssen alle gemeinsam weiterarbeiten, dass das auch wirklich nicht noch mal passiert.

Guillaume Balas, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, soyons en effet rigoureux. Le premier élément est que nous ne savons pas exactement ce qu'il en est des recherches qui ont été menées par ce scientifique chinois: rien aujourd'hui n'a été scientifiquement prouvé quant aux conclusions auxquelles il déclare être parvenu. J'appelle donc réellement à la prudence, aujourd'hui nous ne pouvons pas courir après les effets d'annonce.

Le deuxième élément est que nous avons déjà une charte des droits dans l'Union européenne et il faudra un jour qu'il y ait un cadre législatif adapté par rapport à cela, qui interdise et encadre un certain nombre de pratiques qui peuvent être extrêmement dangereuses.

Le troisième élément, enfin, et c'est un petit peu l'ironie du sort, est que ce scientifique chinois affirme avoir utilisé la technique CRISPR-Cas. Or, cette technique aujourd'hui dénoncée pour le génome humain est pourtant utilisée par nous-mêmes pour les nouvelles techniques d'hybridation végétale, dont on nous dit qu'elles ne posent aucun problème et qu'elles ne peuvent pas polliniser de manière malfaisante la nature.

Je pense que nous devrions être cohérents et regarder ce que nous-mêmes faisons par rapport à ces techniques avant de nous embarquer dans le suivi d'annonce.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, i já bych chtěl zdůraznit, že každá technologie, inovace je vítaná, ale pokud se odehrává ve sdíleném rámci všeobecných hodnot, které, myslím si, že mají i odraz v právu EU, jak potvrdil pan zástupce Rady. Já bych chtěl zdůraznit, že při editaci genomu embryí a gamet hrozí nejenom danému jedinci, ale i jeho potomkům velmi vážné škodlivé účinky. Dědičné genetické změny by pak vedly ke změnám ve všech dalších generacích, ostatně o tom hovořil zde i pan kolega Mikolášik. Tento postup navíc také vážně ohrožuje lidskou důstojnost a modifikace dědičné zárodečné linie zakazují také mezinárodní dohody, nejen tedy právo EU. Vítám jasné prohlášení, které zde sdělila paní komisařka Jourová. Ptám se: Jaká opatření hodlá Komise přijmout vzhledem k tomu provedenému čínskému pokusu? O jeho garanci, že skutečně byl proveden tak, jak bylo tvrzeno, ještě panují určité pochybnosti. Já pevně věřím, že i Komise dokáže čínské vědce nasměrovat k tomu, že budou respektovat tyto mezinárodně platné závazky.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora presidenta, los grandes avances científicos siempre han suscitado grandes debates desde el punto de vista de la ética, y precisamente ese es el límite de estos grandes avances científicos, los límites éticos, para que sea una ciencia de calidad.

Elegir embriones, los rasgos que deban tener, seleccionar embriones a la carta, por supuesto, es algo inadmisibles desde el punto de vista científico, pero claramente hay que separarlo también de los avances y las oportunidades que nos puede traer la próxima revolución, como es la terapia génica, para el tratamiento de posibles enfermedades monogénicas, o incluso las células madre, que hoy ya se usan en el tratamiento del cáncer.

Por lo tanto, siempre en contra del uso inadecuado de la ciencia, pero no de bloquear las oportunidades que, como digo, en un futuro próximo nos podrá traer la genética. Celebro este debate precisamente porque eso es lo que necesitamos: debatir el marco ético que tendrá que regular esta nueva disciplina que hoy viene a dar paso a numerosos tratamientos y numerosas oportunidades.

Marijana Petir (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, postupak kineskog istraživača koji tvrdi da je dizajnirao GMO djecu zaslužuje svaku osudu. Taj čin je protivan i etici znanosti koja bi trebala imati plemenitu svrhu i biti u službi čovjeka.

Modifikacija genoma ljudskih embrionalnih stanica prvoklasno je etičko pitanje, a na nama je, kao zakonodavcima, da postavimo granice i stvorimo zakone koji će etički neprihvatljivo onemogućiti i da tako osiguramo da znanost ne nadilazi etiku. Znanost nam uistinu omogućuje da bolje razumijemo i istražimo i svijet oko nas i samog čovjeka. Znanstvena istraživanja mogu na plemenit način pomoći izlječenjima raznih bolesti, no važno je ne izgubiti iz vida činjenicu da nije sve što je znanstveno moguće i dohvatljivo, ujedno i etički prihvatljivo. Izmjena genoma ljudskih zametaka i gameta zasigurno je neprihvatljiva i zato jer će uvesti promjene genoma biti nasljedne i prenositi se na buduće naraštaje.

Ljude se ne može proizvoditi prema narudžbi. Europska unija mora jasno stati iza globalne zabrane izmjene ljudskih embrionalnih stanica i zauzeti se da to bude standard koji će znanstvenici diljem svijeta poštovati.

Luigi Morgano (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi associo totalmente alle parole del collega Mikolášik e di molti colleghi che mi hanno preceduto. Se confermata, l'avvenuta sperimentazione relativa alla modifica del genoma germinale umano, compiuta da questo ricercatore cinese lo scorso novembre, viola sicuramente il principio della dignità umana, sancito tra l'altro dalla Carta dei diritti fondamentali dell'UE, e solleva delicatissime questioni di ordine anche scientifico, sociale e primariamente etico.

La ricerca biomedica ha portato a indubbi e importanti progressi nella comprensione di gravi patologie, volti ad alleviare la sofferenza umana, ma è fondamentale distinguere tra *editing* del genoma somatico e modifica del genoma germinale, cioè del DNA. La modifica del genoma germinale è inaccettabile perché comporta, come è stato detto, gravi rischi di effetti potenzialmente dannosi, non intenzionali, non solo per l'individuo ma anche per i suoi discendenti, provocando alterazioni ereditabili di cui ignoriamo le possibili conseguenze nelle future generazioni.

L'Unione europea, proprio in considerazione del suo ruolo di primo piano nella ricerca scientifica internazionale, sulla base dei suoi principi e dei suoi valori, deve ribadire senza ambiguità che c'è una linea rossa che non può e non deve essere superata perché aprirebbe la breccia pericolosissima...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you for your views on this ethically and scientifically highly sensitive issue. As I have stated earlier at the start of this debate, the Commission will keep exploring the subject, which will surely reappear in the near future.

George Ciamba, President-in-Office of the Council. – Madam President, I wish to thank you for raising this issue. The Council has taken good note of the question and of everything that has been said today and I can reassure you that it will stay high on our agenda.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Anna Záborská (PPE), písomne. – Fakt, že prednedávnom sa čínsky vedec odvážil modifikovať DNA v zárodočných bunkách detí, vyvolal na celom svete veľké znepokojenie. V tejto rozprave by sme sa mali zaoberať predovšetkým dvomi zásadnými etickými problémami, ktoré majú vážne politické dôsledky. Prvým je fakt, že samotná existencia v princípe dostupnej technológie editovania genetickej informácie v zárodočných bunkách ohrozuje tak ľudskú dôstojnosť, ako aj osudy rodín a celých generácií. Takto spôsobené zmeny DNA sú totiž dedičné. No je tu aj druhý problém: ukázalo sa, že časť vedeckej komunity nedokáže odolať pokušeniu „hrať sa na Boha“. Jej samoregulácia zlyhala. Je len jediná odpoveď na tieto dva problémy, a to regulácia v podobe zákazu. Ten musí byť prísne kontrolovaný a jeho prípadné porušenie trestané. Nielen v Únii, ale kdekoľvek na svete.

Tadeusz Zwiefka (PPE), na piśmie. – Nie tylko chińska gospodarka rozwija się w zawrotnym tempie. Nie jest tajemnicą, że od lat w tym kraju inwestuje się ogromne pieniądze w rozwój nauki, w tym także na polu medycyny. Faktem także jest, że wiele z tych domniemyanych odkryć czy nowych metod leczenia różnych chorób trudno jest zweryfikować przez szeroko rozumiany świat nauki. Tak też jest w przypadku ogłoszenia przez chińskiego badacza He Jiankui, że po raz pierwszy wykorzystano edycję genomu zarodkowego, by wyeliminować możliwość zarażenia się wirusem HIV i że w wyniku tego narodziły się bliźnięta. Niepotwierdzenie tego eksperymentu nie zmienia faktu, że cały świat zaczął przyglądać się z niepokojem i oburzeniem badaniom prowadzonym w Chinach, które przekraczają wszelkie ustalone granice etyki. Cieszę się, że Parlament Europejski podjął debatę na ten temat, ponieważ jest to najwyższy czas, by przenieść dyskusję ze świata nauki do świata ludzi. Zmiana ludzkiego genomu i eksperymenty na ludziach to już nie science fiction. Jest bardzo cienka linia między poszukiwaniem ratujących życie ludzkie metod leczenia w obszarze inżynierii genetycznej a projektowaniem człowieka. Nie uciekniemy od tej trudnej dyskusji, dlatego musimy ją jak najszybciej rozpocząć i rozpowszechnić wśród naszych obywateli. Na szali są zdrowie, godność ludzka i przyszłość kolejnych pokoleń.

26. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

27. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 00.01)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/3688

14.6.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. FEBRUAR 2019

(C/2024/3688)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 11. bis 14. Februar 2019

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	5
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	5
3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	5
4. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	5
5. Reflexionspapier „Nachhaltiges Europa 2030“ (Aussprache)	5
6. Gemeinsame Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Haushaltsvorschriften für diese Fonds (Aussprache)	17
7. Wiederaufnahme der Sitzung	41
8. Abstimmungsstunde	41
8.1. Tagungskalender des Parlaments für 2020 (Abstimmung)	42
8.2. Europäische Fischereiaufsichtsagentur (A8-0037/2019 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)	42
8.3. Einführung eines EDV-gestützten Systems zur Beförderung und Kontrolle der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren (A8-0010/2019 - Kay Swinburne) (Abstimmung)	42
8.4. Auf die Drittwirkung von Forderungsübertragungen anzuwendendes Recht (A8-0261/2018 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)	42

Inhalt	Seite
8.5. Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung für den Zeitraum 2021-2027 (Programm „Pericles IV“) (A8-0069/2019 - Dennis de Jong) (Abstimmung)	42
8.6. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0053/2019 - David Martin) (Abstimmung)	42
8.7. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0048/2019 - David Martin) (Abstimmung)	42
8.8. Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0054/2019 - David Martin) (Abstimmung)	42
8.9. Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0049/2019 - David Martin) (Abstimmung)	43
8.10. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0020/2019 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)	43
8.11. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0023/2019 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)	43
8.12. Vertrag zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft (A8-0022/2019 - Karima Delli) (Abstimmung)	43
8.13. Bericht 2018 über Bosnien und Herzegowina (A8-0467/2018 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)	43
8.14. Gemeinsame Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Haushaltsvorschriften für diese Fonds (A8-0043/2019 - Andrey Novakov, Constanze Krehl) (Abstimmung)	43
8.15. Programm „Justiz“ (A8-0068/2019 - Josef Weidenholzer, Heidi Hautala) (Abstimmung)	43
8.16. Stand der Debatte über die Zukunft Europas (A8-0427/2018 - Ramón Jáuregui Atondo) (Abstimmung)	44
9. Stimmerklärungen	44
9.1. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0053/2019 - David Martin)	44
9.2. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0048/2019 - David Martin)	45
9.3. Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0054/2019 - David Martin)	45
9.4. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0023/2019 - Antonio López-Istúriz White)	45
9.5. Bericht 2018 über Bosnien und Herzegowina (A8-0467/2018 - Cristian Dan Preda)	46
9.6. Gemeinsame Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Haushaltsvorschriften für diese Fonds (A8-0043/2019 - Andrey Novakov, Constanze Krehl)	46
9.7. Stand der Debatte über die Zukunft Europas (A8-0427/2018 - Ramón Jáuregui Atondo)	48
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	49

Inhalt	Seite
11. Wiederaufnahme der Sitzung	49
12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	49
13. Gerechte Besteuerung für eine faire Gesellschaft (Aussprache über ein aktuelles Thema)	49
14. Bewertung von Gesundheitstechnologien (Aussprache)	66
15. Wiederaufnahme der Sitzung	74
16. Abstimmungsstunde	74
16.1. Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (A8-0477/2018 - Emil Radev) (Abstimmung) ...	74
16.2. Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (A8-0001/2019 - Sergio Gaetano Cofferati) (Abstimmung)	74
16.3. Gemeinsame Regeln zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Güterkraftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (A8-0063/2019 - Isabella De Monte) (Abstimmung)	74
16.4. Gemeinsame Vorschriften zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Luftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (A8-0062/2019 - Pavel Telička) (Abstimmung)	75
16.5. Flugsicherheit im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (A8-0061/2019 - Kosma Złotowski) (Abstimmung)	75
16.6. GATS: notwendige Ausgleichsregelungen aufgrund des Beitritts Tschechiens, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Österreichs, Polens, Sloweniens, der Slowakei, Finnlands und Schwedens zur EU (A8-0067/2019 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra) (Abstimmung)	75
16.7. Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (A8-0015/2019 - Dominique Riquet) (Abstimmung)	75
16.8. Kraftfahrzeugversicherung (A8-0035/2019 - Dita Charanzová) (Abstimmung)	75
16.9. Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (B8-0096/2019, B8-0099/2019) (Abstimmung)	76
16.10. Politische Herausforderungen und Strategien gegen frauenspezifische Krebserkrankungen und damit zusammenhängende Begleiterkrankungen (B8-0097/2019) (Abstimmung)	76
16.11. Einsatz von Cannabis in der Medizin (B8-0071/2019) (Abstimmung)	76
16.12. Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2018 (A8-0024/2019 - Cecilia Wikström) (Abstimmung)	76
17. Erklärungen zur Abstimmung	76
18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	76
19. Wiederaufnahme der Sitzung	76

Inhalt	Seite
20. Zukunft des INF-Vertrags und Auswirkungen auf die EU (Aussprache)	77
21. Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union (Aussprache) . .	85
22. Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaus- tauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (Aussprache)	96
23. Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (Aussprache)	102
24. Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsumrechnungen (Aussprache)	108
25. Gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt (Aussprache)	113
26. NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (Aussprache)	123
27. Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit der zunehmenden technologischen Präsenz Chinas in der EU und mögliche Maßnahmen zu ihrer Verringerung auf EU-Ebene (Aussprache)	127
28. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	134
29. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	134
30. Schluss der Sitzung	134

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. FEBRUAR 2019

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 9.01)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

4. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

5. Reflexionspapier „Nachhaltiges Europa 2030“ (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the reflection paper Towards a Sustainable Europe by 2030 (2019/2570(RSP)).

Frans Timmermans, *First Vice-President of the European Commission*. – Madam President, also on behalf of Jyrki I want to thank you and the Members for offering us the possibility to present our reflection paper on the European Union's road to sustainability from now until 2030 and beyond. Sustainable development starts and ends with people. It is about upholding our way of life and upgrading the well-being of our children and grandchildren. It's about equality, a healthy natural environment and a thriving green and inclusive economy.

Our starting point in moving towards a sustainable European future has to be the 17 comprehensive and interdependent sustainable development goals the world agreed upon and committed to in the United Nations in 2015. These goals offer the most comprehensive and universally accepted framework to guide our work for the years to come.

Our core challenge for the next decade is to find a way to develop economically, continuously improving our living standards and well-being for the benefit of all, without depleting our natural resources, destroying and poisoning our environment and spurring climate change. What we need is an economy that grows within the limits of our planet and delivers prosperity to the many, not the few.

To achieve these goals and to get there requires some fundamental changes in our production and consumption patterns. There are certain key game changing policy areas we in the EU have already started to deliver on and need to continue to prioritise. We need to move from a linear to a circular economy. We need to put our food system onto a fully sustainable path. We need to future proof our energy, buildings and mobility. But we will only truly be successful if we make these changes in a socially fair manner, putting strong social policies in place and making sure we leave no one behind. That's the only way you can get everyone behind this policy.

To do all that we also need to gear the so-called horizontal enablers towards a green and inclusive economic transition. These include education, science, research, innovation and digitisation, as well as finance, taxation, pricing, so that sustainable products and services become the most affordable ones, including responsible business conduct and fair trade policies.

Good governance is key as the very foundations we build on are the rule of law, democracy and fundamental rights. This is of course a global issue, especially now when others are questioning their commitment. We need to continue to be the strongest advocate for sustainable development in a multi-polar world, in a world based on multilateralism. This is also in our own competitive interest. The EU is at the origin of many of the most innovative and comprehensive sustainability solutions. We are best placed to be a first mover, blaze a trail for the rest of the world and reap the social and economic benefits of the sustainable transition while helping to shape global standards.

(Applause)

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, we all know that there is no planet B, thus there is no plan B, and we have to take the sustainability challenge seriously. But the positive thing is that sustainability is anchored in the EU treaties. It's part of our DNA.

Delivering on the Sustainable Development Goals (SDGs) is not just a necessity, it is also a huge opportunity. It is about modernising our societies, about new forms of doing business and consuming, about reaping the benefits of new technologies and innovation. It's about our future competitiveness.

We already see that it is possible. The past years have shown that GDP growth is compatible with the reduction of CO₂ emissions. It is not about lowering our living standards but about being smarter about our resources. Of course this requires a significant amount of investment. Here, the investment plan can play an important role in bringing the private sector on board.

The action plan on sustainable finance will provide investors with comprehensive information on what is sustainable investment and create a new market for it. The circular economy is another area where we can create a new market. We have started to do so with plastic waste, other sectors should follow.

To be successful, the transition needs to fulfil some conditions. First, we need to invest more in education and training to ensure equal opportunities and fairer societies. Second, we need to invest more in research, development and innovation, and also digitalisation, in particular in artificial intelligence. This has a huge potential, for example, in health or agriculture and Europe cannot lag behind in this field. Third, the rule of law and respect for fundamental values. We have recently seen worrying signs of leaders calling the very foundation of our democracies into question.

The reflection paper is also a call to the rest of the world not to get tempted by easy solutions that may solve symptoms in the short term but that do not address the causes of our problems. We will continue contributing solutions, together with the rest of the world, in multilateral forums and through development cooperation, the external investment plan, as well as through open and rules-based trade.

I am convinced that good cooperation between the Commission, Member States and the honourable Members of this House can provide and strengthen the leadership of Europe in sustainability.

Francesc Gambús, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señores vicepresidentes, en primer lugar, quiero agradecer al vicepresidente de la Comisión que asistiera el jueves pasado a la reunión conjunta de las comisiones de Desarrollo y Medio Ambiente a presentar el documento de reflexión titulado «Hacia una Europa sostenible en 2030». Un documento que nos llega sensiblemente tarde, ya que lo esperábamos a finales del año pasado y que creemos no termina de cumplir las expectativas que en él teníamos puestas porque, para alcanzar los objetivos, aparte de reflexión, nos hace falta acción.

En este sentido, hay dos opciones, y quiero poner dos ejemplos claros. Uno, relacionado con el objetivo número 6, sobre el agua. La Directiva marco establece la obligación para la Comisión de presentar un informe de evaluación de la Directiva a más tardar el 20 de diciembre de 2018. Estamos a 13 de febrero de 2019 y seguimos sin noticias al respecto. La mejor regulación también pasa por cumplir lo que disponen las Directivas, tanto los Estados miembros como la Comisión.

Otro camino, sin embargo, es el seguido por el comisario Arias Cañete, quien nos puso en posición de liderazgo del objetivo número 4, de lucha contra el cambio climático, antes, durante y después de la COP 21 en París. Y, hoy más que nunca, este liderazgo de la Unión debe ser el referente mundial como el camino a seguir para todos los países en este planeta, que —cierto es— no tiene plan B.

Retórica y estética o acción y compromiso. Son dos caminos distintos. Uno da titulares, el otro da resultados. De nuestras instituciones, de las que elijan los ciudadanos en las elecciones del mes de mayo, dependerá el camino que siga la Unión para cumplir con Horizonte 2030.

Udo Bullmann, on behalf of the S&D Group. – Madam President, even if the picture this morning doesn't fully mirror the importance of the issue, yes this debate will be the dominant debate during the next five years. Even if perhaps not all sides have fully understood, this will be the decisive leadership debate for the next five years.

Our group, the Socialists and Democrats, have understood. We are spearheading this discussion and we come forward with our own proposals and we are pretty much convinced that we will also be able to explain that to our partners and friends here in the House during the campaign and, finally, at the beginning of our next mandate.

Yes, we recently saw thousands of people taking to the streets all over Europe calling on governments to act against climate change. Our planet is rapidly reaching its limits. The way we produce and consume depletes our fish stocks, pollutes our air, destroys our soil and damages our health. Among our citizens, particularly among the young, there is a broad awareness of the urgency to act now. At the same time, social uprisings like the yellow vests in France articulate a deep-seated frustration with the status quo and anger at social injustice.

Something is fundamentally wrong with a system when, after 40 years of hard work, pensioners have to choose between paying their heating or buying food. Something is fundamentally wrong when workers slave away for 40 or more hours per week and still can't make ends meet. And something is fundamentally wrong when young people, at a time when the future should lie wide open, to them become entrapped in a vicious circle of unemployment, unpaid traineeships and short-term contracts.

How can we expect these people now to pick up the bill for transforming the ways we produce and consume to more sustainable patterns while digital giants pay almost zero taxes and the super-rich hide billions in tax havens?

This system is broken. Our societies are in a deep crisis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten denken deswegen, dass man diese beiden Krisen entschieden zusammen anpacken muss, die soziale wie die ökologische.

Wir kämpfen für einen gerechten Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell, das Wohlstand für alle schafft, mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung als unsere Wegweiser, weil wir wissen, dass unser Planet nicht überleben wird, wenn soziale Ungerechtigkeiten fortbestehen, und weil soziale Ungerechtigkeiten nicht auszurotten sind, ohne die Umweltkrise entschieden anzupacken.

Deswegen, sehr verehrte Vizepräsidenten der Kommission: Es ist Zeit zu handeln! Ihr Papier macht einen Vorschlag, ein ambitioniertes Szenario 1 zu verfolgen. Wir unterstützen das. Wir wollen nicht mehr darüber diskutieren, welches Szenario das Richtige ist, wir wollen es umsetzen. Weil wir glauben, dass wir keine Zeit mehr haben, müssen wir jetzt die Konzepte setzen, Konzepte entschiedenen Handelns für das neue Mandat.

Alle unsere Bereiche in der Politik – ob wir über Regionalpolitik reden, ob wir über Forschungsförderung reden, ob wir über die Art und Weise der Handelsverträge reden, die wir abschließen – müssen sich an diesen Zielen orientieren. Wir müssen sie endlich in die Realität bringen, messen, Erfolge feiern und weiter vorangehen. Das sind wir dieser Erde schuldig und unseren Kindern.

Gerben-Jan Gerbrandy, *namens de ALDE-Fractie*. – Dank u, mevrouw de voorzitter. Ook ik wil de Commissie hartelijk danken voor dit uitstekende document en voor de uitstekende bijdrage aan dit debat. Dit is een van de eerste documenten waarin de Commissie aangeeft dat er dringend wat moet worden gedaan aan de veelzijdige ecologische crisis waar we mee te maken hebben. Klimaat, biodiversiteit, grondstoffen en luchtkwaliteit: het komt er allemaal in voor. Daar dank ik de Commissie echt voor. Zoals mijnheer Bullmann al zei, gaat er gelukkig ook aandacht uit naar de sociale ongelijkheid, want die twee gaan inderdaad heel erg samen.

Maar dan komen we bij de grote vraag, dezelfde vraag die ik ook stelde na de presentatie van de langetermijnstrategie voor het klimaat. Hoe gaan we dit in concrete actie omzetten, niet alleen morgen, maar ook vandaag? Als ik kijk naar het voorstel voor de meerjarenbegroting en zie dat we daarin beleid en geld vastleggen tot en met 2027, dan doet dat ernstig gedeutend aan. Dat is oude politiek, als ik het vergelijk met deze twee uitstekende documenten van de Europese Commissie. Laten we wel zijn, 2030 lijkt ver weg, maar het is morgen. En we hebben nog maar heel weinig tijd om het tij te keren.

Dus, mijn concrete vraag aan de Commissie is: wanneer kunnen wij concrete voorstellen verwachten? En kunnen wij aanpassingen van de meerjarenbegroting verwachten? Het landbouwbeleid zoals dat nu op tafel ligt, voldoet niet aan de criteria die in dit document worden gesteld. Waarom vergroenen wij niet alle openbare aanbestedingen zodat we een markt van meer dan 2 000 miljard euro per jaar creëren? Voor de structuurfondsen geldt hetzelfde als voor het landbouwbeleid: ze voldoen niet aan de criteria die we nu stellen. En het is heel fijn dat commissaris Katainen “duurzame financiering” noemde, maar daarbij gaat het nu bijna alleen maar over transparantie.

Cruciale vraag zal uiteindelijk worden: hoe moedigen wij groene en sociaal rechtvaardige investeringen aan? En hoe ontmoedigen wij investeringen die dat niet zijn? Ook *The Economist* zegt dat de markt dit niet alleen kan. Daarom hebben we uw hulp heel hard nodig, niet morgen, maar vandaag.

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, con este documento de reflexión la Comisión Europea trata de vendernos nuevamente una moto verde, un engaño. Explica que la Unión Europea —y cito textualmente— está bien situada para ser líder mundial en la transición a la sostenibilidad, o que ha sido pionera en este campo. Pero si miramos la propuesta más al detalle, nos damos cuenta de que la primera preocupación de la Comisión Europea es el crecimiento económico, pero entendido como los beneficios que podrán sacar las transnacionales de esta reorientación económica.

Por ejemplo —hablemos de agricultura—, lo primero que dice la Comisión es que se puede crear un nuevo valor económico de más de 1,8 billones de euros en 2030 y, si acaso, contribuir a la recuperación de los recursos naturales; pero en ningún momento se está cuestionando, por ejemplo, el uso de pesticidas a gran escala que se debatía esta semana en este Pleno, o el hecho de que la política agrícola común favorece más a las grandes explotaciones que a la agricultura local y ecológica.

Tampoco se cuestionan los insuficientes objetivos energéticos. De hecho, con los datos que recientemente ha sacado Eurostat en la mano, no parece tan claro que vayamos a alcanzar el objetivo común del 20 % de renovables en 2020.

No sé. Como decía al principio, la Comisión, o nos vende una moto verde o nos está vendiendo humo. Pero lo cierto es que no se está atacando la raíz del problema: un sistema económico voraz e insostenible. La solución pasa por poner la transición ecológica bajo el paraguas de los intereses de la gente y del planeta, y no del sacrosanto crecimiento económico. No se puede luchar contra el cambio climático sin que sus responsables pierdan sus privilegios.

Tilly Metz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, M. Timmermans nous propose un document de réflexion sur les objectifs du développement durable de l'Union européenne, dans lequel il nous présente trois scénarios. En fait, l'un des scénarios consiste à ne rien faire de plus.

Voilà que nous continuons à analyser, à envisager des stratégies en matière d'objectifs de développement durable pour 2030, objectifs déjà établis en 2015 par les Nations unies. Mais n'est-il pas temps de réagir?

Pour citer Greta Thunberg: «Je voudrais que vous paniquiez comme si votre maison brûlait». Le faisons-nous? Nous pesons le pour et le contre, nous méditons. Est-ce vraiment cela, ce que vous faites quand votre maison brûle? Ne seriez-vous pas en train de courir à gauche et à droite pour chercher de l'eau, des couvertures, bref, en train de réagir pour éteindre le feu?

Alors, contrairement à beaucoup de décideurs politiques, la jeunesse européenne a pris la mesure de l'enjeu. Aujourd'hui, nous avons les solutions techniques pour réduire notre empreinte écologique. Certes, il faut continuer à la perfectionner, il faut avoir une approche juste:

juste au niveau européen: ce n'est pas aux classes sociales défavorisées qu'il revient de payer le coût de la transition écologique;

et juste au niveau mondial: nous ne pouvons pas faire souffrir d'autres pour avoir plus d'air pur ici.

Maintenant, il faut établir les bonnes priorités politiques, il faut coordonner nos actions pour le climat, établir une feuille de route ambitieuse, avec des délais, avec des objectifs clairement définis dans les domaines de l'énergie, de l'industrie, de la mobilité, de l'agriculture. La transition écologique et solidaire ne peut plus attendre.

Nous avons réussi à faire tomber le mur de Berlin, à aller sur la lune. C'est pourquoi atteindre nos objectifs climatiques est possible, nous pouvons y arriver aussi. Et, comme l'a dit Jeffrey Sachs, la semaine dernière, au Parlement européen: «If the EU will not succeed to do so, nobody will, and nobody will save this planet».

if the EU does not succeed in doing so, nobody will, and nobody will save this planet.

Bill Etheridge, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, you cannot buck the market. Now, we all want to live in a better world. We all want good air quality. We all want to see ecologically sound moves. Everyone wants that.

Nobody wants to live in a situation like the area that I came from originally, the Black Country in the UK, which around the 19th century, during the industrial revolution, was known as the Black Country because during the day it was black from the soot and smoke from the furnaces and at night it was red because of the foundries. People died because their lungs were being clogged up by this stuff. So we all would like to see a better environment to live in.

But my suggestion, my proposal, my input into all this is that you can't do it, and certainly not by 2030, which is, in terms of these kind of changes, tomorrow. You can't do this from the top down, imposing and forcing. You're ignoring human nature: the desire to create wealth to better their souls through trade.

What needs to be done is to facilitate an environment where science develops better – maybe – tax breaks on these kind of things. So the actual products and services that go towards sustainability are attractive to the consumer and market forces will create the situation that we all want. We all want a better world. it is just how we go about it. Not top-down, bottom-up.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Madam President, I have just heard my colleague saying 'you can't do it, that's against human nature'. I would say it's even more against human nature to destroy our planet and living conditions quite deliberately.

That you can't do but sustainable development – yes – you can do and you can do it profitably. So it is just a matter of taking the initiative, so thank you to the Commission for the sustainable finance and circular economy packages. Yes, we need to line up the future, set out what are going to be the next steps, because we are seeing the exponential growth of the challenges. That means that we need to act now, and we need to act with the right level of ambition. I would have five suggestions.

Firstly, the monitoring platform. That is linked to sustainable finance, put it to work and harmonise the indicators and lifecycle analyses. Secondly, the renewable eco-design directives, so that it is horizontal. Thirdly, specific programmes on food, sustainable food, so this concerns the whole lifecycle, buildings – they are a major element – and textiles, there is going to be a growing challenge in the area. And then on sustainable finance we need to review the existing financial regulation to include the sustainability principles.

I would say yes, it's pretty much there where we can gain the sustainable elements if we can make the Commission deliver and then Parliament and the Council to deliver in turn.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Dank u wel, voorzitter. Laat me jullie bedanken om dit document voor te leggen, op de valreep, op het einde van deze zittingsperiode. Dit is heel belangrijk omdat we het debat nu moeten voeren en de basis moeten leggen voor de volgende zittingsperiode.

We hebben in Europa vaak de zelfgenoegzaamheid om ons als wereldleiders op het vlak van klimaat en duurzame ontwikkelingsdoelstellingen te beschouwen. Laten we vooral bescheiden blijven. Laat me klimaat nemen. We hebben deze zittingsperiode heel veel gedaan. We mogen daar best trots op zijn. Maar het is niet genoeg om de Overeenkomst van Parijs te halen. Met dezelfde bescheidenheid moeten we naar de duurzame ontwikkelingsdoelstellingen kijken en die hier bij ons ten uitvoer leggen. Dat is uiterst belangrijk: niet alleen in de rest van de wereld maar hier bij ons. En dat betekent, wat ons betreft, een radicale ommekeer van het beleid in Europa en van ons economisch model.

En dan ga ik naar de drie voorgestelde scenario's. Voor onze fractie is er maar één scenario. Ik wil daar heel duidelijk in zijn. De andere twee kunnen helpen, maar zijn onvoldoende, want ofwel focussen ze opnieuw op de rest van de wereld, ofwel focussen ze op hier en daar wat wetgeving aanpassen. Mevrouw de voorzitter, wij zien alleen heil in het eerste scenario, waarin we het economisch governance-verhaal van de Europese Unie op z'n kop zetten en veranderen in een pact voor duurzame ontwikkeling. Ik dank u, voorzitter en vicevoorzitters.

Gesine Meissner (ALDE). – Frau Präsidentin, liebe Vizepräsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon viel gesagt, dass sich im Moment gerade junge Menschen große Gedanken um die Zukunft unseres Planeten machen. Herr Katainen hat gesagt: „Wir haben nur den einen Planeten“, Herr Timmermans hat an die *sustainable development goals* erinnert. Das ist absolut richtig; wir müssen uns darum kümmern.

Ich möchte meinen Fokus jetzt besonders auf etwas legen, was meistens bei dieser Debatte nicht so im Fokus steht, nämlich auf den Meeresschutz und auf die Ozeane. Ozeane sind enorm wichtig für unser Klima. Sie produzieren Sauerstoff, sie binden CO₂, sie sind aber auch ganz stark durch das Klima, durch die Klimaveränderung mit im Nachteil oder benachteiligt und gestört, zerstört teilweise. Wir müssen unbedingt etwas tun, um das zu verhindern und da Besserungen zu schaffen.

Wir haben schon eine ganze Menge erreicht durch die Plastikstrategie, durch die entsprechende *Single-use-plastic*-Gesetzgebung, durch Schiffsmüllbeseitigung in Häfen. Aber es muss noch viel mehr sein, denn Meere sind auch sehr wichtig für die nachhaltige Zukunft unseres Planeten. Sie sind sehr wichtig als jemand, der Rohstoffe liefert und blaue Biotechnologie, viel blaue Wirtschaft bringen kann. Das geht aber nur, wenn wir die Meere schützen. Und deswegen gehört das unbedingt dazu bei dieser Debatte.

Maria Heubuch (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Herr Vizepräsident, Herr Kommissar, Sie haben einen sehr dringlichen Ton in diesem Reflektionspapier, jedoch passt der Ton nicht zu den langsamen Taten.

Erstens: Warum kommt das Papier dreieinhalb Jahre nachdem wir auf der Ebene der Vereinten Nationen die Agenda 2030 besprochen haben? Und jetzt fehlt uns der konkrete Umsetzungsplan. Ich ärgere mich auch darüber, worüber wir hier bei Szenario 2 und 3 diskutieren. Die sind absolut nicht zukunftsorientiert. Szenario 3 wirft uns zurück in das Jahr 2000, zu den Millenniumszielen. Das kann es doch nicht sein! Nur Szenario 1 erfüllt diesen Transformationsanspruch, den wir in der Agenda 2030 haben.

Aber jetzt diskutieren wir zum Beispiel die Agrarpolitik, die dem überhaupt nicht entspricht, die aber bis 2027 gelten wird, und dann bleiben uns genau noch drei Jahre, um tatsächlich umzusetzen. Lassen Sie uns jetzt umsetzen! Lassen Sie uns genau dieses Szenario 1 nehmen und in die aktuelle Politik einarbeiten, damit wir dem gerecht werden, was wir uns selbst zum Ziel gesetzt haben.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já také velmi vítám tuto zprávu, sice přichází na konci volebního období, ale berme ji tedy tak, že to může být velmi dobrý výchozí materiál pro příští administrativu, pro příští Komisi a příští Parlament. Osobně bych byl v té zprávě také trochu více ambiciózní v popisu konkrétních cílů a konkrétního rozvržení jejich naplnění. Osobně se přikláním k prvnímu scénáři celoevropské strategie. Mohl bych tu hovořit o jednotlivých částech: ovzduší, odpady, voda atd., ale už to kolegové udělali.

Já bych doplnil ještě jedno téma, které zde neoznámilo a které já subjektivně považuji za důležité a které souvisí s udržitelným rozvojem a vztahem člověka k životnímu prostředí. A to je téma postavení zvířat. Jsem členem interskupiny zde, na půdě Evropského parlamentu, která podporuje nyní iniciativu „Zákaz doby klecové“ ke zlepšení životních podmínek chovu zvířat v EU a zákaz klecových chovů. Myslím si, že když hovoříme o životním prostředí, o tom, jak zajistit důstojné životní prostředí pro lidi, neměli bychom zapomínat, že i téma postavení zvířat s tím – byť nepřímo – souvisí, a i toto téma bychom měli zmiňovat a nejen hovořit sobecky o našem životním prostředí.

Takže moc prosím, pane komisaři, vnímejte i tuto iniciativu, je už sesbíráno 350 000 podpisů po celé Evropě. Na podzim by měl být už sesbíraný potřebný milion a určitě i téma nejen životního prostředí lidí, ale i zvířat bychom měli řešit.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je me réjouis également de ce rapport en fin de mandature. Ce rapport doit être le guide de notre politique et du programme de la future Commission à partir du début de l'année prochaine.

Effectivement, nous arrivons à la fin d'un modèle économique, néolibéral qui, aujourd'hui, montre bien ses limites. Le «tout profit», le «tout croissance» et le PIB en tant que seul indicateur montrent bien que les choses doivent changer et que ce modèle n'est pas à la hauteur des ambitions portées par les 17 objectifs de développement durable votés en 2015. Et nos politiques publiques devraient être conditionnées par un certain nombre d'éléments.

Aujourd'hui, 40 % des insectes disparaissent sur notre planète: c'est un indicateur majeur. Nous ne pouvons plus continuer nos politiques publiques comme nous l'avons fait par le passé et nous devons prendre en considération, qui dans la cohésion avec l'objectif de 30 % sur le climat, qui dans la PAC, notre principale politique publique, pour remettre l'alimentation et la santé humaine au cœur du débat politique. Nous ne pouvons plus poursuivre ce type de politiques publiques comme nous l'avons fait par le passé. Oui, c'est un enjeu majeur: nous devons collectivement prendre la mesure de notre responsabilité pour le devenir de l'Europe et de la planète toute entière.

Bogusław Sonik (PPE). – Pani Przewodnicząca! W ciągu ostatnich trzech lat państwa członkowskie Unii Europejskiej przejęły przewodnictwo w trwającym procesie pokonywania wyzwań związanych z realizacją celów zrównoważonego rozwoju, takich jak zapewnienie spójności z innymi zobowiązaniami międzynarodowymi, prace nad ustanowieniem wskaźników i mechanizmów monitorowania, czy wspieranie krajów rozwijających się. Dlatego z zadowoleniem należy przyjąć publikację dokumentu analitycznego Komisji „W kierunku zrównoważonej Europy do 2030 r.”, w którym przedstawiono trzy scenariusze dotyczące tego, w jaki sposób Unia Europejska może kontynuować realizację celów zrównoważonego rozwoju. Niestety stosunkowo późne wydanie dokumentu analitycznego, przewidzianego początkowo na 2018 r., uniemożliwi obecnej Komisji zapewnienie niezbędnego czasu politycznego na wdrożenie strategii w tym zakresie zgodnie z październikowymi zaleceniami Rady Europejskiej. W mojej opinii jedynie pierwszy przedstawiony w dokumencie scenariusz mówiący o strategii przekrojowej stanowiłby postęp w obecnej sytuacji. Jest to scenariusz ambitny i złożony, który wymagać będzie spójnego stanowiska krajów Unii Europejskiej odnośnie do realizacji celów. Mam zatem nadzieję, że dokument analityczny i strategia, która zgodnie z zapewnieniami komisji ma być gotowa w kwietniu tego roku, zostaną potraktowane jako istotny sygnał dla nowego kolegium komisarzy i Parlamentu.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signori Commissari, signor Vicepresidente, innanzitutto ha ragione il Commissario Katainen a dire che, se vogliamo andare veramente verso gli obiettivi di sviluppo sostenibile, serve molta formazione, molto training. Forse un corso lo potrebbe offrire al nostro ministro dei Trasporti, che proprio ieri ha presentato una valutazione di impatto ambientale nella quale sembra dimostrare che è molto meglio mandare le merci e le persone sui TIR e sulle auto piuttosto che sui treni, come invece, qui in Europa, riteniamo sia meglio, ma lo possiamo anche dimostrare con i dati.

In secondo luogo, voglio ringraziare la Commissione per questo rapporto. Credo sia una buona base, come molti colleghi hanno detto, per il futuro. Nel prossimo mandato io credo che dovremo trasformare questo rapporto in concreti strumenti di lavoro, tenendo insieme, come molti colleghi hanno ricordato, gli aspetti sociali...

(Il Presidente interrompe l'oratrice)

President. – If you're wondering why I'm particularly strict this morning, it's because all of us were here until ten minutes past midnight last night, as debates overran significantly, and I don't want to see that happen today.

Catch-the-eye procedure

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Postęp w realizacji celów zrównoważonego rozwoju w Unii Europejskiej był dobry, zwłaszcza jeśli chodzi o walkę z biedą czy promocją zdrowia. Na tle innych części naszego globu wygląda to całkiem nieźle. To, że jesteśmy liderem, nie powinno wprawiać nas jednak w samozadowolenie, ale zobowiązywać do wyznaczania kolejnych działań w kierunku pełnej realizacji celów. W kolejnych latach czekają nas ogromne wyzwania związane z rozsądnym gospodarowaniem zasobami naturalnymi, przejściem na gospodarkę o obiegu zamkniętym czy efektywną energetykę. Aby wypracować i wdrożyć dobre rozwiązania, potrzebujemy współpracy zarówno na szczeblu międzynarodowym, jak i lokalnym, czyli zaangażowania Komisji, rządów, ale także organizacji pozarządowych oraz firm. Nowy plan strategiczny dla Unii Europejskiej powinien wyznaczać kierunki działań i wskazywać na narzędzia do ich realizacji przez te podmioty.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnilor comisari, eu nu voi vorbi despre faptul că este întârziat documentul sau că nu este bun. Eu sunt de acord cu ce au prezentat domnii comisari aici, însă mă voi opri asupra faptului că trebuie să punem mai bine în practică tot ceea ce spunem. Emitem aici foarte multe documente, însă este o diferență foarte mare între reflecție și acțiune și, domnule Timmermans și domnule comisar, economie durabilă înseamnă viața oamenilor și înseamnă încrederea cetățenilor în proiectul european.

Toți vrem să reziste acest proiect european și, pentru acest lucru, cred că trebuie să ne gândim cum putem să definim conceptele la fel pentru toată lumea, cum putem să le aplicăm în mod transparent la fel pentru toată lumea, pentru că se spunea aici că au fost crize în diverse state – în Franța, în Italia, în Olanda, în România, țara mea -, însă, vedeți, aceste crize au fost tratate diferit și acest lucru nu dă încrederea pentru o Uniune Europeană durabilă. Sunt de acord cu scenariul 1, așa cum au spus și colegii mei, dar cred că trebuie să ne definim corect conceptele.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η βιώσιμη ανάπτυξη ή θα έχει επίκεντρο τον άνθρωπο ή δεν θα υπάρξει καθόλου. Αυτό σημαίνει, λοιπόν, ότι πρέπει να μας ενδιαφέρει η ευημερία των πολλών και όχι των λίγων. Πρέπει οπωσδήποτε να υπάρξει παρέμβαση και στο επίπεδο της παραγωγής και της κατανάλωσης, όπως σωστά παρατήρησε ο κύριος Timmermans. Πρέπει, όμως, να δούμε και το θέμα της κατανομής, διότι η κατανομή πρέπει να είναι δίκαιη. Παράγεται πολύς πλούτος στην Ευρωπαϊκή Ένωση και παγκοσμίως, αλλά δυστυχώς δεν κατανέμεται ορθά, δεν κατανέμεται δίκαια. Υπάρχουν στρώματα της κοινωνίας που έχουν μείνει πίσω και γι' αυτό οι παρεμβάσεις μας πρέπει να στηρίξουν αυτούς που ζουν πραγματικά μέσα στη φτώχεια, μέσα στην ανεργία. Αυτό σημαίνει παρεμβάσεις στο επίπεδο της οικονομίας, με τη στήριξη της κυκλικής οικονομίας, τη στήριξη της εκπαίδευσης, της κατάρτισης, της έρευνας και της τεχνολογίας. Σημαίνει ένα διαφορετικό μοντέλο και σημαίνει επίσης δίκαιες εμπορικές πολιτικές· εκεί πρέπει να δουλέψουμε.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl Komisi poděkovat za předložení tohoto materiálu, i když si také myslím, že mohl možná přijít poněkud dříve. Udržitelný přístup je skutečně klíčový požadavek pro naši budoucnost. Měl by se promítnout do všech našich politik a musíme uznat, že máme stále velké rezervy, je to i otázka implementace. Nám skutečně „hoří“ půda pod nohama, mnozí se tváří, že se ještě nic neděje, stále mají pocit, že mejdan pokračuje. Ale tak tomu skutečně není. Klimatické změny, biodiverzita, emise, samozřejmě plasty, zamoření oceánů, to jsou všechno obrovské výzvy. Já pevně věřím, že EU jako společenství států je připravena těmto výzvám čelit a myslím, že zrovna mladá generace, jak už zde bylo zmíněno, velmi zásadně ví, že je ohrožena přímo její budoucnost. Volají po tom, že my musíme udělat víc. A já souhlasím s panem komisařem, planetu máme jen jednu, než osídlovat ale jiné planety, zkusme zachránit tu naši.

Arne Lietz (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Frans! Europa hat mit den 17 entwicklungspolitischen Zielen 2030 ist eine herausragende Chance, soziale, ökologische und ökonomische Gerechtigkeitsfragen zusammenzuführen. Das betrifft Europa, aber auch die ganze Welt. Diese Ziele müssen der Katalysator und der Motor unserer Europapolitik werden.

Ich bin dankbar, dass du bei der Anhörung letzte Woche gesagt hast, dass, wenn du Kommissionspräsident werden würdest, du das zur Chefsache machst und das jedem Kommissar ins Portfolio mit reinlegst. Du hast gesagt, dass wir unser Konsum- und unser Produktionsverhalten daraufhin anpassen müssen. Genau das ist wichtig. Wir haben damit zum Thema Konfliktmineralien begonnen. Wir müssen weitergehen. Die Deutschen und die Niederländer haben dazu eine Textilinitiative auf den Weg gebracht, die rechtlich verbindliche Sorgfaltspflichten mittlerweile mit einbindet. Das ist ein wichtiger Schritt, und das ist klare – auch sozialdemokratische – Politik, für die wir stehen.

Udo Bullmann hat gesagt: Wir müssen jetzt nicht nur über Szenarien reden, sondern handeln und sie umsetzen. Dazu fordere ich uns alle auf, dazu lade ich uns alle ein. Das ist ein spannender neuer Weg, wie wir Politik machen können.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, qualsiasi politica che non punti alla sostenibilità rappresenta il passato, e in tal senso le politiche dell'Unione europea sono all'avanguardia a livello mondiale. Nel corso degli anni, l'Europa è divenuta un pioniere nel campo della sostenibilità, con standard sociali e ambientali tra i più elevati del mondo. Ma le sfide da affrontare sono complesse, mutevoli ed urgenti: dal debito ecologico ai cambiamenti climatici, dai cambiamenti democratici alla migrazione, dalla disuguaglianza alla convergenza economica e sociale.

Il documento di riflessione su un'Europa sostenibile entro il 2030 proietta in avanti le politiche già fissate nella strategia Europa 2020, e in particolare nell'agenda ONU 2030. Potenzialmente l'economia circolare è in grado di creare oltre un milione di nuovi posti di lavoro in tutta l'Unione, e con l'energia pulita se ne possono creare altrettanti. Nel documento manca però, a mio avviso, la parte critica, ossia una riflessione e un'analisi di ciò che ha rallentato e che ha reso impossibile il raggiungimento degli obiettivi di Europa 2020.

José Blanco López (S&D). – Señora presidenta, en cumplimiento de los objetivos de desarrollo sostenible queda muchísimo por hacer. Es inadmisibile el fracaso cosechado en el objetivo de producción y consumo sostenible o en sostenibilidad de los océanos, mares y sus recursos. Incluso en el ámbito energético, donde podemos decir con orgullo que la Unión Europea ha conseguido desacoplar emisiones y crecimiento económico, hay que admitir que las emisiones han vuelto a crecer en el año 2017.

No cabe engañarse. El único camino para el desarrollo es la sostenibilidad social y ambiental. Y el cumplimiento de los objetivos de desarrollo sostenible es un imperativo moral. La conservación del planeta exige una acción decidida, sin pausas. Es urgente ello para evitar las peores consecuencias del cambio climático.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Kommissionsvizepräsident! Ich hoffe, dass Sie der zukünftige Präsident sind, denn ich weiß sicher, dass Sie in Zukunft in der Kommission das Szenario 1 vertreten werden und dass wir da die beste Ausgangslage haben.

Aber wir dürfen es uns nicht zu einfach machen. Dieses Parlament hier ist ein gleichberechtigter Mitspieler. Wir müssen aufzeigen – nicht nur jetzt im Wahlkampf, sondern auch in der ständigen Auseinandersetzung –, wer die Kräfte sind, wer die einzelnen Abgeordneten in diesem Haus sind, die gerade daran arbeiten, dass diese nachhaltige Politik in Europa – sei es in Klimafragen, sei es in Landwirtschaftsfragen, sei es in sozialen Fragen – nicht umgesetzt wird. Denn wir haben es auch heute wieder gehört: Das sind die Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, die Fake News verbreiten, die ungerechtfertigte, wissenschaftlich nicht haltbare Behauptungen aufstellen, dass Klimapolitik Arbeitsplätze gefährdet, dass eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik ohne Pestizide unsere Landwirtschaft gefährdet.

Das sind die Fake News, die wir bekämpfen müssen – jetzt im Wahlkampf und in der Auseinandersetzung tagtäglich. Ich glaube, die Kommission hat etwas Gutes vorgelegt. Es wird an uns liegen, es umzusetzen.

(End of catch-the-eye procedure)

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members very much for the ideas expressed in this lively debate on sustainability. First, I want to say it would be a mistake to think nothing has been done during this Commission's term of office, and to see this just as a starting point, when we start doing something. I would like to give you a couple of examples, namely the Paris Agreement and our climate legislation, the circular economy package, the plastics strategy, the social dimension and the investment plan for Europe, to mention just a few concrete examples of measures already adopted which will have a significant impact on sustainability in the future.

I have tried to take two different ways of looking at sustainability in Europe. The first concerns social sustainability. I have visited many of our Member States, and I have seen that there are those which are advanced in social dialogue between employees and employers about how to reskill people already in jobs; and there are those which, basically, have not done anything. I am afraid this issue may become a new dividing line in Europe. There are countries which understand that we have to pay more attention than before to re-skilling. There are also countries that pay more attention than others to the quality of teacher training and education internally. If Member States – our governments and the social partners – don't take more seriously the challenge of skills and the quality of basic education, then we cannot be successful.

This is my first message. I believe that education – training and reskilling people – is the most important social factor in relation to sustainability.

Then, looking at the economic angle, I would like to mention the circular economy, including product-design policies and sustainable finance – those three concrete issues. They are the issues which, I believe, matter most with regard to improving sustainability.

I had a discussion with several representatives of financial institutions, who are pleading with us to create a clear taxonomy and a classification of sustainable finance. They are saying that their clients are asking for more sustainable assets. And this is exactly what the Commission is working on at the moment. We have to let the financial sector act to change the world. They are willing to do it, because their clients, us, and consumers are asking them to do it. So, if we manage to create sustainable finance criteria and a taxonomy, I'm sure that hundreds of billions of euro will shift direction and this, honourable Members, will change the world, including through the circular economy. The private sector is leading the show here at moment, and this House has been extremely supportive and innovative, supporting too the developments in product-design policy because we, as consumers, are asking for more sustainable business models, more sustainable ways to consume and more durable and repairable products.

So I am not worried at all about whether we can achieve the sustainable development goals, if we just manage to pick the right things to change and also, especially, if we keep the private sector onboard – because it's not only us, as legislators or regulators, who can change the world. It's also private operators. Our role is to create a better playing field, a more sustainable regulatory environment, which will enable us and other stakeholders to do the trick.

I believe we can combine social equality, social sustainability, environmental sustainability and sustainable economic growth in the future, and it should not be rocket science!

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Hoy en día, nuestro sistema económico, el modo en que producimos y consumimos, nos está llevando a una grave crisis medioambiental. Los problemas sociales y medioambientales están conectados y provocan injusticias que afectan siempre a los más vulnerables. Los socialistas proponemos un cambio económico, social y ecológico profundo, enmarcado en los Objetivos de Desarrollo Sostenible 2030 de las Naciones Unidas. Entendemos que este cambio ha de centrarse en cinco áreas: empoderar a la gente como ciudadanos en democracia, no sólo como consumidores, desde el nivel local al europeo, y como miembros de sindicatos y de organizaciones de la sociedad civil; cambiar y limitar el capitalismo para asegurar que la actividad económica privada considera el impacto social y medioambiental y contribuye a una mejor distribución de la riqueza y los ingresos; alcanzar la justicia social sin que nadie se quede atrás; generar progreso ecológico y social; facilitar el cambio en la gobernanza y los métodos de trabajo de la UE para lograr una Europa sostenible e igualitaria, con un nuevo marco de gobernanza para el Desarrollo Sostenible, que establezca una serie de objetivos políticos vinculantes que vayan más allá de los estrictos objetivos fiscales del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

6. Gemeinsame Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Haushaltsvorschriften für diese Fonds (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Andrey Novakov and Constanze Krehl, on behalf of the Committee on Regional Development, on common provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund Plus, the Cohesion Fund, and the European Maritime and Fisheries Fund and financial rules for those (COM(2018)0375 – C8-0230/2018 – 2018/0196(COD)) (A8-0043/2019).

Andrey Novakov, Rapporteur. – Madam President, I prefer to deliver my speech in Bulgarian.

На първо място искам да благодаря на моя съдокладчик, г-жа Крел, за сътрудничеството, на всички колеги от комисията по регионално развитие и нейния председател, на всички колеги от бюджети, транспорт, които се включиха в тази работа. Това беше сътрудничество в името на политиката на сближаване. Това беше сътрудничество в името на всички региони от Европейския съюз – в името на най-бедните, в името на по-развитите, в името на планинските, в името на крайбрежните, в името на най-отдалечените, в името на селските региони, в името на всички.

Прекалено дълго време политиката на сближаване беше ползвана като разменна монета. Беше считана от едни за даденост, а от други – за подаяние. Разбира се, нито едното, нито другото е истина. Със своята над трийсетгодишна история, политиката на сближаване се превърна в ценност, надхвърли отдавна просто програмите, фондовете, инициативите и инструментите. Тя се нареди редом с всичко останало, което държи този Съюз заедно. Политиката на сближаване е лепилото, което държи държавите членки заедно в този Европейски съюз. Ето защо има нужда от нашата подкрепа.

И да, това означава повече финансиране. И да, това означава, че ще настояваме за 47 милиарда повече. И да, това означава, че най-бедните региони трябва да плащат по-малко съфинансиране за тази политика. И да, това означава, че ние трябва да застанем зад нея за съвсем традиционни инвестиции. Все още има региони в Европейския съюз, които имат нужда от по-добри пътища, от по-бързи влакове, от по-големи пристанища и от повече летища. Такъв е светът, в който живеем ние.

Оттук насетне предстои нещо много важно. Чувам колеги да казват 'Това ще бъде сблъсък между популизма и традиционните партии, между екстремизма и по-умерените.' Забравете за това. Оттук насетне има само два пътя – нагоре и надолу. Този доклад означава нагоре. Този доклад означава по-силен Европейски съюз, защото той е шамар в лицето на популизма. Означава, че Европа е видима. Означава, че Европа стига до всеки един. Означава, че Европа е измерима, че е разбираема. Ако тук има хора, които обичат Европейския съюз, това означава, че трябва да обичат и най-отдалеченото селце в този Европейски съюз. Ако държат на него, означава, че държат и на последния човек, който живее по-зле от всички останали. И докато има такова селце, докато има такъв човек, трябва да има и кохезионна политика.

Оттук насетне, скъпи колеги, предстои едно огромно предизвикателство. Успяхме да стигнем до този етап едва след десет месеца работа. Беше изключително важно, защото показвахме, че този Европейски парламент мисли за хората, които са го избрали отвън. Защото само след сто дни ние ще бъдем оценявани за това колко добре сме се справили, какво сме направили и какво не сме могли. И ние ще имаме отговори. Какво и колко ще получат регионите в Европейския съюз, колко ще получат фермерите, колко ще получат селските региони, колко ще има за екология, колко ще има за инфраструктура, колко ще има за студентите, колко ще има за земеделие. Най-вече какви ще са правилата, на които те ще трябва да се подчиняват, какви ще са условията, на които трябва да отговарят.

Наша централна задача беше да свършим тази работа и то да я свършим в срок. Ето защо аз се радвам, че успяхме да го направим. Оттук насетне остава само едно – да комуникираме свършването на тази работа на разбираем човешки език, защото всички тези фондове, всички тези инициативи съществуват заради хората. Съществуват заради хората, заради бизнеса, заради студентите, заради фермерите, заради всички останали. Ето защо трябва да го разкажем на техния език, защото Европа работи за тях, противно на всичко, което говорят популистите.

Constanze Krehl, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Berichterstatter haben im September einen Bericht für die zukünftige Kohäsionspolitik vorgelegt. Wir haben über zweieinhalbtausend Änderungsanträge gemeinsam mit den Schattenberichterstattern und dem Ausschuss bearbeitet und am 22. Januar darüber abgestimmt. Warum haben wir ein solches Tempo vorgelegt? Wir wollen zügig anfangen mit den Verhandlungen über die zukünftige Kohäsionspolitik mit dem Rat, weil ich glaube, dass wir es den Bürgerinnen und Bürgern, den Regionen, den Städten und Gemeinden schuldig sind, dass sie Planungssicherheit haben, wofür sie ihr Geld nach 2020 ausgeben können, und dass sie beginnen können, ihre Ideen umzusetzen.

Wir schlagen, denke ich, dem Haus einen guten Kompromiss vor, das heute darüber entscheiden soll. Wir fordern 378 - Milliarden Euro für alle Regionen in der Europäischen Union für die Kohäsionspolitik. Und gerade nach der vorangegangenen Debatte über Nachhaltigkeit freue ich mich, sagen zu können, dass wir Ihnen vorschlagen, 30 % der Mittel der Regionalpolitik gegen den Klimawandel einzusetzen. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges Signal, das wir aussenden.

Wir wollen, dass die Regionen weiterhin in drei Kategorien unterteilt werden: die schlechter entwickelten, die besser entwickelten und die Übergangsregionen. Ich glaube, das wird den Anforderungen der Regionen gerecht. Wir wollen – und da unterstützen wir die Kommission –, dass die Europäische Union smarter wird – das ist immer gut –, dass sie sozialer wird und grüner, dass sie aber auch näher bei den Bürgerinnen und Bürgern ist und dass wir besser miteinander verbunden sind, dass also sowohl die Kommunikations- als auch die digitale Infrastruktur ausgebaut wird.

Wir folgen der Kommission in den Vorschlägen zu massiven Vereinfachungen der Verfahren. Das wird von uns unterstützt. Aber wir engagieren uns auch wieder für ein sehr starkes Partnerschaftsprinzip: die Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner auf der einen Seite, aber auch der lokalen engagierten Abgeordneten in den Kreistagen, in den Städten, und der NGOs, die in den Regionen aktiv unterwegs sind.

Wir wollen, dass die Kindergarantie in den Europäischen Sozialfonds einbezogen wird. Wir wollen, dass die soziale Säule und die nationalen Energie- und Klimapläne in die strategischen Planungen der zukünftigen operationellen Programme einbezogen werden. Das Europäische Parlament hat für die Regionen die Kofinanzierungssätze der europäischen Fonds hochgesetzt auf das jetzige Niveau, für die Übergangskategorien sogar noch ein Stück mehr, damit auch genügend Möglichkeiten vorhanden sind, die Kofinanzierungen, die auf nationaler Ebene getätigt werden müssen, auch leisten zu können.

Es ist auch wichtig, an der Stelle zu sagen, dass wir auch die Regionen in äußerster Randlage nicht vergessen, die manchmal so weit weg scheinen, die aber doch wichtig sind für unsere Europäische Union und die darauf hoffen, dass die Europäische Union sie auch zukünftig unterstützt. Genauso wie wir fordern, dass wir ein Sicherheitsnetz für Regionen haben, die unerwartet in seltsame Situationen kommen. Ich gebe ein Beispiel: Eine Region ist in der jetzigen Förderperiode besser entwickelt eingeteilt, kommt in einen niedrigeren Status der Wirtschaftsentwicklung und bekommt zukünftig dann noch weniger Geld. Das kann es nicht sein! Ich glaube, hier müssen wir etwas tun.

Ich bin sehr froh, dass wir einen Artikel einführen, der generelle horizontale Bedingungen und Kriterien wie die Einhaltung der Menschenrechte, die Geschlechtergleichstellung, Antidiskriminierung, die Nachhaltigkeitsziele und vieles andere mehr in den Fokus auch der zukünftigen Kohäsionspolitik stellt. Und ich bin sehr froh, dass wir mit dem Europäischen Sozialfonds ESF+ den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, den Kampf gegen Armut und für soziale Integration aufnehmen und dafür deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen.

Für meine Fraktion sind zwei Dinge noch besonders wichtig: Wir wollen, dass es zukünftig keine Verknüpfung von europäischer Regionalpolitik und makroökonomischen Konditionalitäten gibt. Das halten wir für nicht angebracht. Und ein zweiter wichtiger Punkt: Ich freue mich sehr, dass wir dem Haus vorschlagen können, dass der Fonds für die ländliche Entwicklung wieder ein wenig mehr unter das Dach der Kohäsionspolitik zurückgeführt wird. Für uns ist die Entwicklung von ländlichen Regionen mehr als nur die Förderung von Landwirten. Wir müssen deutlich höhere Anstrengungen machen, um diese Regionen mitzunehmen und weiterzuentwickeln.

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, I think today is a very important moment. We are talking about common provisions, regulation of the European Regional Development Fund and other European funds for seven years, from 2021-2027. It is a key milestone in our preparation for post-2020. I would like to thank all of you for your contribution. It's very important that we are going to have a new regulation based on the lessons we have learned over the last years.

For simplification purposes, for the first time there is just one regulation to cover all shared seven management funds. You know very well that everywhere I have been since becoming Commissioner I have heard the same complaints, and I really was very sad to meet young people who had given up using our funds because of bureaucracy, because of complications and lending regulations. So now we have a handbook. We have this one regulation to cover all seven shared management funds and it is a milestone in terms of the quality of Parliament's report.

I would like to thank both Ms Krehl and Mr Novakov, all Members of the Committee on Regional Development (REGL) – Ms Mihaylova, the Chair, and the others – and all those who contributed to this report. You really deserve a high prize for the efficiency and quality of the work done in such a short time. I warmly welcome your support for key elements of the Commission proposal, and of course, I rely on you, I ask for your continued support to ensure that these elements are maintained and they are not watered down during the negotiations. For us, these elements include, very importantly, first a partnership agreement for all 27 Member States and for all seven funds. You know that in the COREPER there is this idea to have different standards for different countries and your report rightly placed great emphasis on strategies and coordination. We cannot accept double standards. We cannot accept coordination for some Member States but not others and we cannot accept coordination of some funds but not others. I really hope that I can count on your support on this.

The second key element is about new policy objectives. Here again, I wish to thank you for your support. We all want, as Ms Krehl said, a Europe that is smarter, greener, more connected, more social and closer to the citizens. Our five new policy objectives are a step in the right direction and, for us, it is very important to remain like this during the negotiations.

A third key element is a meaningful midterm review. Here, of course, I know that this is not a unanimous approach but I would ask you to keep an open mind. I believe that five plus two programming is necessary for a meaningful review. Our experience shows that when funding is all programmed at the beginning, it is less flexible. During this programming period there were so many unexpected events – like migrants, like Caterpillar in Belgium, like earthquakes in Italy. So we need to be flexible. We have tried to respond to these new challenges. Deleting five plus two programming represents, in our view, a step backwards, a step away from flexibility.

Our first key element is simplification. I started with this and I want to close with this. Thank you for your support on this. Thank you for the belief in our common efforts for simplification, because the many simplifications in our proposals are based on suggestions and ideas from all Member States and all families. In fact, as you know, we have a Simplification Handbook. We have simplified and streamlined programmes that have been set up. We have simplified payment claims. We have simplified the audit process. Your continued support here is crucial in both the short and long terms, ensuring that simplifications are not watered down, that they continue to strike the right balance.

In conclusion, it is now time to open discussions from the trilogue. Beginning with this vote today we can start the trilogue. I want to thank you, because Parliament has already showed its readiness in terms of this report. Of course I also asked the Council to maintain the momentum into the trilogues, because we must maintain the momentum, and we must also maintain the quality of the proposals for an effective, dynamic, modern and cohesive policy.

Time is short and we really need to work hard and fast. You know very well that our estimation is that if we don't start the implementation from the first day of the next programming period – 1 January 2021 — more than 100 000 projects in all 28 Member States will be at risk of not being completed with European money. It's in our power to do the best we can.

Siegfried Mureşan, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgets*. – Madam President, I think it is safe to say this morning that this regulation that we are voting on today is one of the most important pieces of legislation that we have voted on in this mandate and I would like to congratulate the two rapporteurs for all of the work which they have done.

Why do I say this is important? It is important because it lays down the founding principles of how EU Structural Funds will be spent in the seven years after 2021. We might not yet have concrete amounts of money, and this is particularly due to the delays in the Council – I would like to understand – but our position, the vote in Parliament, will define how money is spent, to whom it goes and under which circumstances.

From the Committee on Budget's point of view, my mission was to make sure that Parliament's position on the multi-annual financial framework (MFF) is also part of this regulation and we demand two things. Firstly, that the amounts for cohesion policy stay at the same level or increase, because people in Europe expect more growth, more competitiveness, better infrastructure, and we cannot do more with less. And our second demand is simplification, certainty for our beneficiaries, and this is why I call on the Council to stop dragging their feet, to enter into trilogue so that we give certainty to EU beneficiaries as soon as possible.

Iris Hoffmann, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltskontrollausschusses*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Es ist wichtig, die Sichtbarkeit und das Engagement der Europäischen Union in den Kommunen und Gemeinden zu stärken, damit sich die Menschen wieder stärker der EU zuwenden und eine positive Wahrnehmung europäischer Politik haben.

Die europäische Kohäsionspolitik ist in Zeiten von Rechtspopulismus und Europaskepsis wichtiger denn je und eines der entscheidenden Instrumente, um Brücken zu bauen sowie den wirtschaftlichen, sozialen, aber auch territorialen Zusammenhalt in allen Regionen zu gewährleisten. Denn auch jenseits der Zentren und Hauptstädte müssen die Menschen spüren, dass die Europäische Union bei ihnen vor Ort erlebbar wird.

Ein wichtiger Teil der hier diskutierten Reform ist der Bürokratieabbau. Hier werden die Defizite deutlich spürbar. Das wird uns in unseren Wahlkreisen immer wieder berichtet. Aber auch die Mittelausstattung ist von entscheidender Bedeutung. Auch in der neuen Förderperiode des mehrjährigen Finanzrahmens und trotz erschwelter Umstände mit dem Brexit müssen wir die Förderung für alle Gemeinden und Regionen aufrechterhalten und perspektivisch sogar ausbauen.

Ivana Maletić, *izvjestitelj za mišljenje Odbora ECON*. – Gospodo predsjedavajuća, gospodo povjerenice, drago mi je da smo se danas svi složili da je jako važno povećati sredstva za kohezijsku politiku, što je kolega Murešan rekao ispred Odbora za proračun, da je isto tako jako važno povećanje sufinanciranja, da je važno pojednostavljenje procedura provedbe i da je važno reći „ne” usporavanju programiranja.

Ono što je bitno iz aspekta odbor ECON je da su europski fondovi važan izvor financiranja, ali da ne mogu dati rezultata ako nisu dio sveopće politike u državama članicama vezane uz reforme koje će poboljšati uvjete poslovanja, ubrzati procese donošenja odluka, ubrzati donošenje presuda i efikasnost sudstva, efikasnost i rad javne uprave i lokalne samouprave. Bez toga ne možemo imati stvarne i prave rezultate u praksi, a to su gospodarski rast, razvoj i poboljšanje životnog standarda naših ljudi. Za to smo se zalagali.

Agnes Jongerius, *rapporteur voor advies EMPL*. – Dank u, voorzitter. In 2014 beloofde Commissievoorzitter Juncker dat mensen konden rekenen op een sociale unie. De zogenaamde sociale AAA-status is de gekoesterde wens van velen. Het is mijn overtuiging dat het voorstel hieraan bijdraagt. Want administratieve rompslomp voor de regio's wordt geschrapt en de flexibiliteit tussen de fondsen neemt toe. Dat komt ten goede aan alle Europeanen, met name aan mensen in regio's die het moeilijk hebben.

Toch is het mijn overtuiging dat de sociale AAA-status niet bereikt kan worden als we de link met de Europese pijler voor sociale rechten niet concreter maken. Daarom ondersteun ik de wijzigingen vanuit het Parlement die zorgen voor de verankering van de kindergarantie om kinderarmoede uit te bannen. Ik ondersteun de aanpassingen vanuit het EP voor een hogere cofinanciering en het schrappen van de macro-economische conditionaliteit.

Mede door deze wijzigingen komt het sociale Europa weer een stap dichterbij. Dank u wel.

Kosma Złotowski, *sprawozdawca komisji opiniodawczej TRAN*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Komisja transportu zgodziła się z zasadniczym celem tego projektu, jakim jest potrzeba ograniczenia biurokracji związanej z wydawaniem i rozliczaniem środków europejskich. Wysłaliśmy jednak jasny sygnał, że nie zgadzamy się na tak duże cięcia w polityce spójności, jakie zaproponowała Komisja, szczególnie w obszarze inwestycji w infrastrukturę. Komisja transportu jednoznacznie opowiedziała się także za utrzymaniem zasady podziału na koperty narodowe całości środków przeniesionych z funduszu spójności do instrumentu „Łącząc Europę”. To dodatkowa zachęta dla państw, które skutecznie i szybko wykorzystują przyznane środki. Jednym z takich przymusów jest tutaj bez wątpienia Polska, która wykorzystwała całą pulę środków przydzielonych w ten sposób na lata 2014-2020. To właśnie efektywność w realizowaniu celów polityki spójności – a nie bieżące sympatie polityczne czy ideologia – powinny być najważniejszym kryterium stosowanym przy podziale środków europejskich. Żałuję, że to sprawozdanie nie zachowuje w tym obszarze właściwych proporcji.

Tomáš Zdechovský, *zpravodaj výboru LIBE*. – Paní předsedající, já vždycky podporuji veškeré iniciativy, které vedou ke zjednodušení. Já si myslím, že všichni víme, že čerpání evropských peněz je bohužel velmi složitý proces, často nepřehledný, v řadě členských států neprůhledný, a proto si myslím, že je dobře, že jsme se pokusili napravit chyby, které se v minulosti opakovaně v souvislosti s čerpáním peněz objevovaly. Důraz je kladen především na jednotnost pravidel, harmonizaci při procesu čerpání ze všech fondů, vítám také zavedení synergií mezi fondy. Zároveň však upozorňuji na riziko dvojího financování. Jako člen Výboru pro rozpočtovou kontrolu jsem opakovaně tady upozorňoval, že někdy ty programy jsou zdvojeňovány. Proto chci na začátku této diskuse také říct, že nesmíme podcenit kontrolní mechanismy. Ale já určitě všechna pravidla, která jsou obsažena v tomto nařízení a společném ustanovení, vítám.

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, rapporteurs, commissaris, met deze algemene verordening zetten we een belangrijke stap voor acht fondsen, inclusief het landbouwfonds voor plattelandontwikkeling. Dit beleid wordt dicht bij de mensen uitgevoerd door de lidstaten, regio's en steden, steeds in partnerschap, zoals mevrouw Krehl ook al aanhaalde. We werken overal, ook aan meer zichtbaarheid van groen, groei en banen.

Het is goed dat we stoppen met de overvloed aan logo's die op al die borden staan, en dat we veel meer klemtoon leggen op wat mensen bereiken in die projecten. *Let the star shine*. Het zijn trotse mensen in sociale projecten, economische projecten, enzovoort. Laten we hen de kracht geven. Gelukkig hebben we daar ook centen voor opzijgelegd.

Het is ook goed dat we de synergie tussen verschillende fondsen van de Unie, bijvoorbeeld Horizon Europa, vergroten en waar nodig transfers mogelijk maken.

Belangrijke opmerking voor de EVP is dat het niet goed is dat delen van Europa ontvolken. Je ziet gewoon een bevolkingsvlucht in plattelandsgebieden, terwijl andere delen van Europa boomen en zich snel ontwikkelen. Dat is niet goed. Dat is ook niet het beeld dat wij met cohesie voor ogen hebben. Wij willen een blijvend evenwichtig, toekomstgericht, solidair en concurrerend Europa dat mensen activeert.

De besteding van een derde deel van de EU-begroting vraagt om goede spelregels en goed economisch beheer. De rapporteurs Krehl en Novakov hebben een compromis bereikt om op een heel aanvaardbare wijze die macro-conditionaliteit inhoud te geven, niet door te schrappen in betalingen, maar wel door geen nieuwe vastleggingen aan te gaan. Ik roep u op straks dat compromis te steunen.

Nog twee opmerkingen. Ten eerste, amendement 429. Dat gaat over regio's die in een andere categorie terechtkomen en dan in één keer achteruitgaan. Daarvoor vraag ik steun. En ten slotte vraag ik van de commissaris actie voor de regio's die door de brexit getroffen worden en daar extra kosten voor hebben.

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, intanto grazie ai relatori per l'eccellente lavoro che hanno fatto e alla Commissaria per la proposta iniziale.

Innanzitutto, come peraltro ha già ricordato anche il collega van Nistelrooij, io credo che noi dovremmo gestire i fondi in modo che nessuno sia lasciato indietro – né le persone, e questo vuol dire mirare alle politiche urbane, alle aree periferiche, alle aree in maggiore difficoltà – e neppure però i territori, e quindi occorre costruire veramente quell'agenda per le zone montane, rurali e ultraperiferiche di cui abbiamo più volte chiesto la realizzazione e la redazione alla nostra Commissaria.

Terzo punto su cui volevo far riflettere: non sono invece d'accordo sul fatto che, sia pure con delle modifiche, resti la condizionalità macroeconomica. Dobbiamo sapere che questo serve solo a fare odiare dai cittadini e dai paesi l'Unione europea. Usiamo piuttosto politiche di incentivazione a fare bene, non politiche punitive.

Ruža Tomašić, *u ime kluba ECR*. – Gospođo predsjedavajuća, kao izvjestiteljica u sjeni u ime kluba ECR sudjelovala sam u izradi ovog važnog zakonodavnog prijedloga i mogu reći da sam zadovoljna obavljеним poslom. Zahvaljujem se izvjestiteljima i ostalim izvjestiteljima u sjeni na suradnji i čestitam im na kvalitetnom završnom tekstu za koji sam sigurna da će biti usvojen. Posebno sam zadovoljna time što sam preko amandmana uspjela u završni tekst dodati važne stavke za slabije razvijene članice koje još uvijek podosta ovisе o kohezijskoj politici.

Posebno bih istaknula višu stopu pretfinanciranja EU projekata, veću fleksibilnost i zadržavanje pravila N+3. Pogotovo je važno zadržati N+3 pravilo jer omogućuje duže razdoblje za apsorpciju sredstava kako bi ona bila u potpunosti iskorištena tamo gdje su najpotrebnija.

Pri donošenju ovako važnih odluka trebamo uzimati u obzir kontekst. Među državama članicama još uvijek postoje velike razlike u razvijenosti, a unutar svake od njih imamo nejednakost među različitim regijama. Toga je uvijek bilo i bit će jer nismo svi isti, niti smo imali isti razvojni put, ali je naša odgovornost ublažiti te razlike kako bi se Unija ravnomjerno razvijala. Kohezijska je politika u tom smislu iznimno dragocjena i moramo raditi na njezinu jačanju vodeći pri tom računa da uvjeti za apliciranje, pogotovo za *centrally managed funds* budu prilagođeni onima kojima taj nova najviše treba. Dakle slabije razvijenim članicama s manjim administrativnim kapacitetom i nedostatkom iskustava u apsorpciji europskih sredstava.

Brexit stvara financijsku rupu koju neće biti lako pokrpati, ali solidarnost nije nešto na čemu treba štedjeti. Ona je jedna od glavnih vrijednosti ove zajednice i bez nje članstvo u Uniji slabije razvijenim državama postaje puno manje primamljivo.

Искра Михайлова, от името на групата ALDE. – Първо искам да започна с благодарности към двамата докладчици и това, което те направиха като подготовка на доклада, заедно с всички колеги от комисията за регионално развитие в Европейския парламент. За групата на либералите и демократите в този Парламент има няколко ключови елемента на Регламента за общоприложимите регулации, които дават облика на реформираната политика на сближаване и са в контекста на философията на многогодишната финансова рамка за периода след 2020 г.

На първо място, това е гъвкавостта и взаимодействието между различните фондове, което е иновативен подход, който позволява гъвкавост, съобразно с условията във всяка страна, но и с предизвикателствата пред Европейския съюз и регионите, възможност за трансфериране на ресурси между програмите, фондовете и инструментите на европейската помощ.

На второ място, за нас от ALDE е от решаващо значение да се изгради ясна и предвидима връзка между европейския семестър и европейските структурни и инвестиционни фондове, което да може да осигури ефективност. Ефективността на реформите и реформираните политики е ключ към повишаване на ефективността на политиката на сближаване. В този смисъл, макроикономическите условия са важен инструмент за подобряване на политиката на сближаване.

И не на последно място, връзката на политиката на сближаване с инструменти като InvestEU или Connecting Europe Facility е от изключително важно значение за повишаване на ефективността на общата европейска инвестиционна политика. Само по такъв начин ние бихме могли да постигнем модернизация, реформи и ясна политика, която да даде ясни знаци към европейските граждани.

Younous Omarjee, au nom du groupe GUE/NGL. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je pense pouvoir dire qu'avec cette proposition, le Parlement européen se positionne comme le meilleur défenseur d'une politique de cohésion forte et ambitieuse, tant nous avons besoin d'une grande politique de solidarité pour réduire les fractures territoriales dans une Union européenne qui a été défigurée par les politiques d'austérité.

Notre commission du développement régional est quasiment unanime pour considérer qu'une baisse du budget ne peut être acceptée et la balle sera, après le vote de ce rapport, dans le camp du Conseil; je l'appelle à ne pas sacrifier les politiques traditionnelles de solidarité en soutien à nos territoires.

Je voudrais remercier l'ensemble de mes collègues et des rapporteurs d'avoir proposé le maintien des budgets pour les régions ultrapériphériques et d'avoir rehaussé les cofinancements pour l'ensemble des régions en retard de développement et des RUP (régions ultrapériphériques) en particulier et je veux aussi remercier la Commission européenne d'avoir posé dans sa proposition initiale, un certain nombre de propositions que je formulais dans mon rapport.

Restent les conditionnalités macroéconomiques, que nous refusons. Nous appelons à voter l'amendement que nous avons déposé pour les supprimer.

Monika Vana, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst den beiden Berichterstatte(r)innen für die hervorragende Zusammenarbeit danken.

Diese Dachverordnung ist sicher eines der wichtigsten Dossiers der auslaufenden Periode und stellt die Weichen für die Regionalpolitik von 2021 bis 2027. Ich denke, das Ergebnis ist wirklich ein Erfolg für die Stärke und die Qualität der Kohäsionspolitik. Wir sichern mit dieser Dachverordnung als Parlament eine starke Position der Kohäsionspolitik für die Zukunft und wollen auch bald – wie Constanze Krehl es auch schon gesagt hat – mit dem Rat in die Verhandlungen treten.

Auch wir Grüne sehen die Kohäsionspolitik als sichtbares Zeichen der europäischen Solidarität. In manchen Regionen sind auch die Mittel, die dafür aufgewendet werden, die einzigen öffentlichen Investitionen. Sie werden eingesetzt zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Bekämpfung der Armut, und sie schaffen Jobs. Sie sind wichtig für Investitionen in Forschung und Entwicklung und für grenzüberschreitende Projekte.

Uns Grünen war es in den Verhandlungen sehr wichtig, dass weiterhin alle Regionen von der Kohäsionspolitik profitieren und dass das Partnerschaftsprinzip und die Einbeziehung der lokalen und der regionalen *stakeholder*, der Sozialpartner, aber insbesondere auch der Zivilgesellschaft gestärkt wird.

Besonderes Augenmerk haben wir auf die Erhaltung und auch den Ausbau der horizontalen Prinzipien gelegt. Das heißt: Gleichstellung, nicht Diskriminierung, nachhaltige Entwicklung und die Wahrung der Menschenrechte. Auch der Klimaschutz wird gestärkt, was uns Grünen natürlich ein besonderes Anliegen war; das *climate proofing* und das 30 %-Ziel sind sicher wichtige Meilensteine in der Weiterentwicklung der Regionalpolitik.

Aus grüner Sicht sehen wir die Transfermöglichkeiten zu anderen EU-Fonds sehr kritisch. Es freut mich daher, dass wir einen Kompromiss gefunden haben, der diese sehr stark begrenzt. Und auch wir lehnen selbstverständlich die makroökonomischen Konditionalitäten in der Regionalpolitik ab. Wir finden es falsch, dass Regionen Mittel gekürzt werden sollen, weil auf nationaler Ebene die Haushalts- und Defizitkriterien nicht eingehalten werden sollen.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in questo regolamento sulle disposizioni comuni sui fondi europei, il Parlamento europeo ha decisamente migliorato la proposta della Commissione. Abbiamo un aumento delle risorse globali, una maggiore attenzione ai temi ambientali e sociali, un aumento del tasso di cofinanziamento.

Due però sono le tematiche fondamentali che mancano, e su cui abbiamo depositato quattro emendamenti: la revisione della clausola di investimento, per permettere che gli investimenti regionali e nazionali cofinanziati attraverso i fondi strutturali e di investimento europei siano esclusi dal calcolo dei disavanzi pubblici nazionali nel quadro del semestre europeo, e soprattutto la cancellazione della macrocondizionalità. Stiamo parlando di un meccanismo davvero assurdo, ingiusto, penalizzante, che prevede la sospensione dei fondi per gli Stati che non rispettano gli assurdi diktat dell'austerità proveniente da Bruxelles.

Discutiamo tanto di Europa da cambiare, noi ne parliamo qui dal 2014, e adesso molti gruppi e partiti politici sembrano svegliarsi e ne dibattono. Ma è da qui, dai voti palesi su questi temi fondamentali per i cittadini e per i nostri territori, che passa il cambiamento. Un'Europa diversa si realizza con il lavoro, con la costruzione di veri meccanismi di solidarietà e di coesione sociale, non certo con uno pseudoeuropeismo di facciata che si piega alla logica, che peraltro di logico ha ben poco, della governance economica.

President. – I will speak at length to allow our next speaker, Mr Briois, to catch his breath. Shall I give you the floor now?

Steeve Briois, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, j'attire votre attention sur l'article 15 de ce règlement portant dispositions communes. Règlement qui va fixer les conditions d'utilisation des fonds européens pour la période 2021-2027.

Cet article offre ainsi à la Commission la possibilité de suspendre les fonds européens d'un État ne respectant pas la politique budgétaire que lui dicte Bruxelles. Demain, concrètement, la Commission européenne pourra dire à un État membre... *(la Présidente interrompt l'orateur)*

President. – Excuse me, Mr Briois. I am going to give the floor to Mr Balczó for one minute for you to catch your breath, so that might be helpful.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony! Az Unió alapvető célja a tagországok közötti társadalmi, gazdasági fejlődésbeli különbségeknek a csökkentése. A Bizottság által beterjesztett javaslat a hétéves költségvetésre, nem felel meg ennek az elvárásnak. A kohéziót alkotó alapok 10 százalékkal csökkennének. A Parlament ezt nem fogadja el, és a források jelenlegi szintjét kívánja visszaállítani.

A cél eléréséhez a leghatékonyabban kell fölhasználni a forrásokat, mindenekelőtt meg kell akadályozni, hogy az uniós pénzek szétfolyjanak, elszivároghassanak a korrupció csatornáin. Ennek eszköze lehetne az Európai Ügyészség. Sajnos több ország ehhez nem csatlakozott, az ő esetükben el kell várni az OLAF-fal való érdemi együttműködést. Elfogadhatatlan, hogy amikor az Unió csaláselleni hivatala dokumentáltan, tényszerűen súlyos visszaéléseket tárt föl, ugyanakkor a tagállami büntülődőző hatóságok részéről semmilyen érdemi lépést nem történik.

Steeve Briois, au nom du groupe ENF. – Madame la Présidente, chers collègues, j'attire votre attention sur l'article 15 de ce règlement portant dispositions communes, qui va fixer les conditions d'utilisation des fonds européens pour la période 2021-2027. Cet article offre ainsi à la Commission la possibilité de suspendre les fonds européens d'un État qui ne respecterait pas la ligne budgétaire que lui dicterait Bruxelles.

Demain, concrètement, la Commission européenne pourra dire à un pays qu'il dépense trop, qu'il n'a pas une vision économique au goût de Bruxelles. Alors, évidemment, je vous l'annonce tout de suite, il y aura d'un côté les privilégiés et de l'autre les pestiférés. Il y aura des gouvernements amis qui sont un peu les chouchous de la Commission, comme celui de M. Macron – puisqu'il peut d'ores et déjà dépasser le 3 % de déficit sans pour autant être inquiété par la Commission européenne – et puis il y aura les autres, c'est-à-dire les pestiférés, les méchants, les populistes. Ceux qui, comme en Italie avec Salvini, peuvent dépasser les 3 % mais qui seront sanctionnés. C'est une drôle de conception de la démocratie, une drôle de conception du respect de l'état de droit. Donc, accepter ce chantage scandaleux aux fonds européens, de la part de la Commission, revient à lui confier les clés de nos finances publiques et quand je vois les résultats des politiques d'austérité en Grèce, au Portugal, en Espagne, cela ne donne pas du tout envie.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

Louis-Joseph Manscour (S&D), question «carton bleu». – Monsieur le Président, nous faisons, une fois de plus, le constat d'une Europe qui se divise entre les États membres qui réussissent, et ceux qui devront rattraper leur retard. Ce constat a notamment pour cause des politiques d'austérité, qui pénalisent certains États membres dont les économies sont fragiles. C'est à cet écart qui se creuse de jour en jour que notre politique de cohésion ambitionne pourtant de s'attaquer. Une politique qui a pour objectif premier la convergence et l'harmonisation de nos régions. Or, la proposition de règlement sur laquelle nous nous prononcerons est assortie d'un article qui consacre l'austérité à travers la conditionnalité macro-économique. Un article 15, qui me semble-t-il, est contre-productif et contraire à notre idéal d'harmonie et d'unité européenne. Un article 15 qui infligerait aux régions une double peine en les rendant responsables des politiques conduites par le gouvernement.

Mes chers collègues, je vous appelle donc à vous prononcer pour la suppression de l'article 15 et à honorer le mandat qui est le nôtre en défendant notre idéal de cohésion et d'unité européenne.

El presidente. – Señor Manscour, disponía usted de treinta segundos; consumió más de un minuto y no terminó haciendo pregunta al final. Por tanto, imagino que el señor Briois poco tendrá que responderle. No obstante, tendría derecho al uso de la palabra.

¿Desea intervenir, señor Briois? ¿No? Muy bien, pues, señor Joulaud, su turno.

Marc Joulaud (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la politique de cohésion est une politique européenne dont on parle malheureusement trop peu mais qui, nous le savons, est pourtant essentielle pour nos territoires et qui incarne l'Europe de la proximité.

Il serait bien sûr faux de prétendre que cette politique est parfaite, mais le texte qui est devant nous, ce matin, va dans la bonne direction. Je voudrais très rapidement insister sur trois points qui me paraissent essentiels dans le texte que nous examinons.

Premièrement, la simplification. On ne le dira jamais assez mais il n'est plus acceptable que des porteurs de projets renoncent aux fonds européens à cause d'une complexité qui, parfois, vire à l'absurde.

Deuxièmement, la politique de cohésion doit porter davantage d'attention aux territoires périphériques. L'évolution de la catégorie des régions en transition est une bonne nouvelle pour ces territoires, qui sont souvent pris en tenaille entre les grandes métropoles et la concurrence parfois déloyale des régions européennes les moins développées. La situation en France est là pour nous rappeler que ces territoires doivent être mieux considérés.

Enfin, troisièmement, un point que nous avons porté avec plusieurs collègues et qui concerne le Brexit: plusieurs régions européennes sont en première ligne, elles vont devenir très bientôt des frontières de l'Union européenne. Avec les incertitudes qui planent, avec les risques que l'on connaît, l'Europe ne peut pas rester attentiste, elle doit prévoir au plus vite des mécanismes et des instruments de soutien sur cet enjeu capital.

J'appelle donc les négociateurs à garder ces éléments en tête dans le cadre des discussions qui vont se poursuivre pour que nous travaillions à une Europe concrète, utile et au service des citoyens et de nos régions.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, depuis maintenant plus de 20 ans, les conservateurs et libéraux dans cette enceinte n'ont eu de cesse que de vouloir modifier cette politique de cohésion, qui est une politique de solidarité, vers une politique de compétitivité.

Nous voyons le résultat: l'Europe est en crise environnementale, sociale, économique et politique. Donc, merci aux deux corapporteurs qui, par leurs amendements et leur transformation effective de la proposition de la Commission, ont essayé de donner un sens de solidarité à cette politique de cohésion. Merci d'avoir appréhendé la question de la simplification, d'avoir mis dans ce projet la garantie «enfance», d'avoir gardé les trois types de région et donc d'avoir renforcé les taux de cofinancement et les 30 % sur l'enjeu climatique qui nous incombe à tous.

Aujourd'hui, la question majeure est celle de la macro-conditionnalité économique. Nous ne pouvons pas accepter – et cela a été dit par plusieurs intervenants – que la Commission de l'Union Européenne intervienne au niveau des régions dès lors qu'un État membre ne respecte pas les règles du pacte de stabilité et de croissance. C'est une inconséquence notable qui va aller à l'encontre du développement de nos territoires, à l'échelle de l'Union européenne.

Sławomir Kłosowski (ECR). – Szanowny Panie Przewodniczący! Dotychczasowy wpływ polityki spójności na rozwój Unii Europejskiej, w tym mojego kraju i regionu opolsko-dolnośląskiego, był jednoznacznie pozytywny. Fundusze europejskie oddziaływały na wzrost gospodarczy i rynek pracy. Doceniam widoczne w sprawozdaniu dążenie do pragmatycznego uporządkowania funduszy. Dlatego polska delegacja poprze sprawozdanie. Natomiast z całą mocą podkreślam, że nie zgadzam się z próbami upolitycznienia kryteriów podziału środków, co niestety w sprawozdaniu jest bardzo wyraźne. Polityka spójności nie może być próbą wpływania na suwerenne decyzje władz krajowych. Jej celem powinno być zmniejszenie dysproporcji rozwojowych, a nie wywieranie nacisku. Dlatego w dokumencie negatywnie oceniam zapisy dotyczące prób narzucania krajom zasad polityki społecznej, migracyjnej, energetycznej i niezdefiniowanych zasad praworządności.

Matthijs van Miltenburg (ALDE). – Voorzitter, het cohesiebeleid is met de Europese structuur- en investeringsfondsen hét belangrijkste investeringsbeleid van de Europese Unie. Met honderden miljarden in deze fondsen willen we resultaten bereiken richting een slimmer, een groener en een socialer Europa, een Europa dat koplopers en achterblijvers verbindt.

Hiervoor is het echter essentieel dat we de regels voor de inzet van de fondsen vernieuwen, door lidstaten de vrijwillige keuze te geven om een deel van het geld anders in te zetten, bijvoorbeeld via InvestEU, door van lidstaten te verwachten dat ze zich houden aan begrotingsafspraken, door een sterke koppeling te leggen tussen de fondsen en het Europees Semester, maar ook door het Cohesiefonds te laten bijdragen aan de realisatie van de trans-Europese vervoersnetwerken.

Alleen onder die voorwaarde, met een moderner cohesiebeleid, kunnen we de investeringen die we met die fondsen doen, ook in de toekomst echt laten renderen. Dank u.

Martina Michels (GUE/NGL). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei aller gebotenen Kompromissbereitschaft und bei vielem Lobenswerten, dem wir uns anschließen, möchte ich dennoch zwei Kritikpunkte ganz deutlich benennen. Erstens: Die EU-Strukturfonds eignen sich eben nicht als Straf- und Zwangsinstrument zur Einhaltung von Schuldenbremsen. Sie sollten öffentliche Investitionen fördern, nicht abwürgen oder gar strafen. Die makroökonomische Konditionierung gehört deshalb abgeschafft, so wie es dieses Haus auch mehrfach gefordert hat. Es gibt überhaupt keinen Grund, in vorauseilendem Gehorsam vor Rat und Kommission einzuknicken.

Und zweitens: Die Übertragungsmöglichkeit von Geldern aus den Regionalfonds an den InvestEU ist in unseren Augen ein grober Fehler und widerspricht den Zielen der Kohäsionspolitik, nämlich der Angleichung von Lebensverhältnissen. Die Begrenzung der übertragbaren Mittel auf 2,5 % der Strukturmittel ist inkonsequent, denn es ist absurd, von den immer weniger werdenden Kohäsionsmitteln auch noch Mittel für den aufgeblähten InvestEU-Fonds abzuwickeln.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Noriu padėkoti abiem pranešėjams ir visiems kitiems už įdėtą didelį darbą siekiant susitarimo. Labai džiugu, kad ir mano iniciatyvos dėka kitam finansiniam laikotarpiui siūloma nemažinti sanglaudai skiriamą finansavimą ir nemažinti Europos Sąjungos paramos atskirų projektų kofinansavimui. Labai svarbu, Sąjungos lygmeniu nustatant regionų išsivystymo lygį, bus įtraukti ne tik istorinius, bet ir vadovaujamasi 2016-ais metais Komisijos patvirtinta nauja regionų klasifikavimo sistema sudarys galimybes mažinti regionų savivaldybių išsivystymo lygio skirtumus ir tokiose šalyse kaip Lietuva, Čekija. Gera žinia ir tai, kad Parlamento pranešime įtraukta ir nustatyta parama bendruomenių inicijuotai vietos plėtrai. Tikiuosi, kad Parlamento dauguma šiuos pakeitimus palaikys.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, the EU always proudly pontificates on how it's chasing greater efficiency in how it spends money. Apart from the glaring fact that this is utter poppycock and you play a game of 'what is the dumbest project we can fund this week?', this is not the EU's money. It's taken from the pockets of the taxpayers from the individual nations to fund your insane and dangerous vanity project to create a modern Napoleonic empire.

At what level did the EUR 400 000 you set aside in this budget for a Cheese Experience Centre in the Netherlands look like a smart way to burn taxpayers' cash? There are lots more ways the EU has found to creatively destroy ordinary people's money. Your much-lauded House of European History, a trip through your ideological looking glass, where you've applied a Marxist-style theory of historical inevitability to justify your empire, cost over EUR 55 million to build.

I have an idea to chase greater financial efficiency. Let the other 27 nations follow the UK's lead and leave this place, and let the individual nations and their peoples decide how and whether to spend their money.

Olaf Stuger (ENF). – Voorzitter, kort geleden ben ik een regionaal ontwikkelingsproject gaan bezoeken in Bulgarije. Daar is met negen miljoen euro subsidie een middeleeuws fort omgebouwd tot een plastic kasteel. Het doel daarvan was om er een toeristische trekpleister van te maken. Maar goed, u begrijpt het al. Er komt geen hond. Ik kwam daar op zaterdagmiddag om drie uur en toen werd er met de hand een toegangskaartje uitgeschreven en ik had bezoekersnummer één.

De grootste klap kwam eigenlijk pas 's avonds. Toen had ik een gesprek met professor Gradev. Hij is hoogleraar cultuur en religie aan de universiteit van Sofia. Hij vertelde mij dat de 10e-eeuwse fundamente van dat fort gesloopt zijn, om ze vervolgens vol te storten met beton, zodat de plastic elementen erop gezet konden worden.

Dat is een trieste, maar treffende metafoor. De EU subsidieert de sloop van nationale historische fundamente, niet alleen in fysieke zin, maar ook in overdrachtelijke zin, in maatschappelijke zin, in sociologische zin. De enige randvoorwaarde die zij daarbij hanteert, is dat het heel veel geld moet kosten. En wie betaalt dat? De belastingbetaler.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ας ξεσκεπαστούν λοιπόν οι μύθοι περί χρηματοδότησης της περιφερειακής ανάπτυξης στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Κανένα Ταμείο Συνοχής ή άλλο ταμείο δεν φέρνει σύγκλιση. Απόκλιση μόνο και ανισομετρία των κρατών και των περιφερειών, κάτι που είναι σιδερένιος νόμος του καπιταλισμού και της άναρχης ανάπτυξης του με κριτήριο το κέρδος. Κανένα πρόγραμμα δεν σταμάτησε καμία κρίση, ούτε θα προλάβει την επόμενη. Οι χρηματοδοτήσεις συνδέονται με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο και την οικονομική διακυβέρνηση, εκβιάζοντας τη συμμόρφωση με αντιλαϊκές πολιτικές μεταρρυθμίσεις και μνημόνια διάρκειας. Το βασικό δεν είναι η απορρόφηση κονδυλίων για την οποία περηφανεύονται κυβερνήσεις, υπουργοί, περιφερειάρχες και δήμαρχοι, αλλά το πού πάνε τα λεφτά: στην ενίσχυση μεγάλων επιχειρήσεων με βάση τις προτεραιότητες της Ένωσης. Οι λαϊκές ανάγκες για έργα αντισεισμικά, αντιπλημμυρικά, αντιπυρικά, για την υγεία, τα σχολεία, τη λαϊκή κατοικία και τις αποζημιώσεις πληγέντων θεωρούνται κόστος, υποβαθμίζονται και εξαιρούνται. Αυτά τα διεκδικεί μόνο το ΚΚΕ. Τέλος, ο μεγάλος μύθος: οι χρηματοδοτήσεις δεν είναι χάρισμα καμιάς Ευρωπαϊκής Ένωσης. Βγαίνουν από τη βαριά φορολογία του λαού, ενώ οι επιχειρήσεις φοροαπαλλάσσονται. Αυτόν τον πλούτο του, λοιπόν, πρέπει να διεκδικήσει ο λαός για την ικανοποίηση των αναγκών του.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, doamnă comisar, aș dori în primul rând să îi felicit pe cei doi raportori, Constanze Krehl și Andrey Novakov pentru excelenta muncă depusă în privința acestui raport privind politica de coeziune.

Prezentul regulament comun al fondurilor, așa cum este el astăzi, reușește să fie un instrument esențial care permite celor opt politici europene în domenii de importanță majoră să aibă un impact pozitiv în viețile cetățenilor Uniunii Europene. Reținem mai departe nevoia unei simplificări reale în procesul de absorbție a fondurilor europene, după cum la fel de important este, doamnă comisar, și subliniez acest lucru, ca statele membre să nu adauge condiționalități suplimentare peste regulile de la Bruxelles, fapt care îngreunează enorm procesul de absorbție.

Salut, în același timp, acordul de la nivelul Parlamentului European cu privire la regula de N+3 în ceea ce privește cheltuirea banilor europeni, cunoscute fiind întârzierile în acest domeniu, cauzate din varii motive, care nu sunt însă imputabile beneficiarilor. Sper ca acest lucru să fie menținut și după discuțiile din trialog. Totodată, subliniez nevoia unei sinergii mai mari între fondurile europene din diverse domenii, aspect care, în mod cert, crește eficiența utilizării banilor europeni și are un impact major asupra creșterii calității vieții cetățenilor.

Nu în ultimul rând, poveștile de succes, cum sunt cele din cadrul programului Leader, mai exact cele ale grupurilor de acțiune locală, trebuie să fie multiplicare și trecute într-o etapă superioară de valorificare a lor prin creșterea finanțării acestora.

Microregiunile trebuie să capete competențe sporite în procesul de absorbție a fondurilor europene și în relația cu Comisia Europeană, reducându-le dependența de guvernele naționale, care, în mod paradoxal, uneori, le pot fi ostile. Acestea trebuie să aibă posibilitatea de a se adresa direct Comisiei Europene în vederea obținerii finanțărilor europene necesare dezvoltării lor.

Un ultim aspect pe care doresc să îl subliniez este cel legat de vizibilitate. Doamnelor și domnilor colegi, cetățenii europeni trebuie să fie informați și conștientizați despre importanța fondurilor europene și despre impactul pozitiv generat de acesta asupra vieții lor de zi.

Victor Boștinăru (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar Crețu, acest raport este fundamental pentru viitorul politicii de coeziune și doresc să îi felicit pe raportori pentru eforturile și rezultatele lor. Ceea ce au reușit pare aproape miraculos ținând cont de momentul când au început pregătirile pentru a fi prezentată formula finală Parlamentului. În același timp, doresc să constat că au îmbunătățit considerabil varianta propusă de către Comisie.

O politică de coeziune puternică, eficientă, bine finanțată și bazată pe solidaritate este esențială nu doar pentru regiunile sărace, ci pentru dezvoltarea întregii Uniuni Europene. Totodată însă, permiteți-mi să subliniez opoziția mea puternică împotriva condiționalității macroeconomice. Aceasta nu are nicio legătură cu politica de coeziune și sper că Parlamentul o va respinge, așa cum a făcut-o și în trecut.

În ceea ce privește calendarul adoptării acestui regulament, doresc să solicit tuturor colegilor și instituțiilor să depună toate eforturile ca, pe parcursul timpului rămas, să încheiem cât mai multe din capitolele convenite pentru regulamentul comun. În același timp, solicit formal Consiliului și Președinției rotative române să asigure oficial Parlamentul că, în viitor, nu se vor redeschide pentru negocieri capitolele deja închise.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Popieram wyrażone w sprawozdaniu stanowisko, że dla przyszłości obywateli Unii Europejskiej ważne jest, by polityka spójności pozostała główną polityką inwestycyjną Unii, a jej finansowanie w latach 2021-2027 zostało utrzymane co najmniej na poziomie z okresu programowania na lata 2014-2020. Nowe finansowanie dla innych obszarów działalności lub programów Unii nie powinno odbywać się jednak – jak zapisano w jednej z poprawek – kosztem Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego lub Funduszu Spójności. Moim zdaniem jest to niedopuszczalne. Absolutnie nie do przyjęcia jest proponowane przez Komisję przekazanie 10 mld euro z Funduszu Spójności na rzecz instrumentu „Łącząc Europę”. Uderzy to w najbardziej niekorzystne regiony Unii. Dlatego kluczowym jest przyjęcie poprawki, w której redukuje się tę kwotę do 4 mld euro. Zdecydowanie sprzeciwiam się podwyższaniu celów klimatycznych i dostosowaniu do tego polityki energetycznej, transportowej i społecznej. Może to doprowadzić w mojej ocenie do schłodzenia gospodarek krajów członkowskich Unii, a co za tym idzie kryzysu gospodarczego Wspólnoty.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Poštovani predsjedavajući, poštovana povjerenice, poštovani izvjestitelji, mada imam i neke primjedbe na ovaj izvještaj, na neki način djelomično izražavam i skepsu vezano za objedinjavanje fondova, ipak, naravno, podržavam ovaj izvještaj jer činjenica je da predviđamo borbu protiv klimatskih promjena, činjenica je da želimo više socijalne Europe, činjenica je da želimo više ulaganja u okoliš i naravno da želimo veće zapošljavanje. Sve su to vrlo važni elementi zbog kojih treba podržati ovaj izvještaj.

Međutim, želim staviti naglasak na nešto što je u stvari za mene najvažnije, a to je nastavak snažne kohezijske politike Europske unije. Po tome je Europska unija najprepoznatljivija, po tome je najbolje shvaćena od građana i moram ovdje izraziti veliko zadovoljstvo i želim vam prenijeti sreću i zadovoljstvo ljudi koji su prije desetak dana dobili *švald*, jer Valkarin je dobio *švald*, došao je asfalt, plaćen 100 % sredstvima Europske unije. To zadovoljstvo i sreću tih ljudi treba ponoviti i zato kohezijsku politiku želim do kraja zadržati u politici Europske unije.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, last year I was part of a fact-finding mission by the Committee on Regional Development (REGI) to the north of Ireland to assess the impact of cohesion funding. MEPs saw the vital importance of EU funding for women's groups, small businesses and for persons with disability.

European regional development funding, European social funding, and peace and Interreg funding have helped to build peace and advance reconciliation in areas damaged by an awful conflict. It bulldozed the biggest British army barracks in north Belfast and built the Girdwood Community Hub, and it invested millions in Derry to build a Peace Bridge which joined the two traditions, usually living apart, together.

Britain's resistance of the backstop in the withdrawal agreement is an absolute disgrace. The backstop would prevent physical infrastructure on the border partitioning Ireland. It doesn't, however, include access to the European Social Fund, the European Regional Development Fund, the common agricultural policy or the maritime and fisheries funds. A place emerging from conflict is being economically tore apart by Brexit.

Whether it's a crash Brexit or not, the north of Ireland will be hit hardest and a solution for all is the reunification of Ireland, and it's long past the time for the Irish Government to advance this legitimate Good Friday Agreement provision.

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, pour qui s'illusionnait encore sur la véritable nature de l'Union européenne, ce règlement financier suffira à en déchirer le voile.

Déjà, en mai 2008, la Commission avait donné le ton: par une simple ligne du cadre financier, elle ajoutait un nouveau critère pour l'attribution de fonds de cohésion, celui de l'intégration d'immigrants, agitant ainsi le chiffon rouge des rétorsions financières.

Cette nouvelle condition fait partie d'un ensemble de diktats, dont les recommandations adressées à la France en 2018 donnaient un avant-goût: réforme des retraites ou encore hausse du SMIC. Dans cette casse sociale généralisée, seuls ceux que la Commission nomme pudiquement «les groupes défavorisés», notamment les migrants, tirent leur épingle du jeu.

Mais, grisée par un sentiment de toute-puissance, l'Union européenne fait preuve d'une présomption fatale. Car la France ou l'Italie, sommées de consentir à une déferlante migratoire ou à une énième cure d'austérité, restent contributrices nettes à son budget.

À la veille d'échéances électorales capitales, Bruxelles joue sa légitimité et, à terme, sa survie.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η αιτιολόγηση και η διαφάνεια των προωθούμενων πράξεων είναι ανεπαρκείς. Δεν εξυπηρετείται η χρηστή και αμερόληπτη διαχείριση των διαθέσιμων πόρων με κριτήρια προστιθέμενης αξίας και ενίσχυσης δράσεων υποστηρικτικών προς τις προτεραιότητες των κρατών μελών. Οι τροποποιήσεις στα εν λόγω ταμεία υποτίθεται ότι θα ελαφρύνουν τον διοικητικό φόρτο, διευκολύνοντας τις αρμόδιες διαχειριστικές υπηρεσίες. Προσωπικά, με ενδιαφέρει η υπηρέτηση των πολιτών και, κυρίως, η εξάλειψη της φτώχειας, των οικονομικών ανισοτήτων και των υφισταμένων στρεβλώσεων. Λέξεις όπως «συνέργειες» και «απλοποίηση» και «εξορθολογισμός» χρησιμοποιούνται για να αποκρύψουν πολιτικές κρίσεις και ανεδαφικές διακρίσεις περιστολής κεφαλαίων για τη συνοχή και την υποστήριξη περιοχών που μειονεκτούν ή υστερούν. Απαιτούνται εγγυήσεις για τη διατήρηση των πραγματικών δαπανών στήριξης. Οι οικονομικοί πόροι της Ένωσης, όντας συνδρομές, ανήκουν στα κράτη και πρέπει να επιστρέφονται σε αυτά. Στην πραγματικότητα, η έκδοση προωθεί την επιλεκτική διαχείριση κρατικών κεφαλαίων για την κατευθυνόμενη σπατάλη αυτού του δημοσίου χρήματος σε βιομηχανίες, επιχειρήσεις και συγκεκριμένα συμφέροντα, υπονομεύοντας θεσμούς και αρχές, προς όφελος ολίγων ισχυρών οικονομικών κέντρων.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, stimați colegi, politica de coeziune este o politică extrem de importantă pentru Europa și a dat rezultate, după părerea mea suficient de bune, în anii în care a fost aplicată, începând din perioada crizei din 2009-2010. Din păcate, această politică a fost sub presiune în permanență, în special de la statele net contribuitoare. Se vede clar și în propunerea Comisiei cu propunerea de proiecte doar în cadrul recomandărilor pentru fiecare țară, ceea ce nu cred că este normal, plus condiționalitatea macro-economică.

De fapt, se vede și în buget, pentru că nu înțeleg, doamnă comisar, cum ați putut accepta să fie tăiat bugetul pentru Fondul de coeziune într-o asemenea măsură? Așa ceva cred că nu este normal pentru un comisar care este responsabil de respectivul domeniu. Deci, se vede și în buget și trebuie să susținem propunerea Parlamentului European care ridică bugetul măcar la nivelul la care este acum, pentru că, repet, este încă nevoie de această politică.

În ceea ce privește cofinanțarea, cofinanțarea este o discuție, după părerea mea, artificială. Este nevoie de cofinanțare mai mare pentru statele care nu au mijloace financiare să propună proiecte bazate pe fonduri europene. Până la urmă, suma dată de fondurile europene este aceeași. Depinde câte proiecte faci: cu finanțare mai mare faci proiecte mai puține, cu una mai mică faci proiecte mai multe, deci eu cred că trebuie lăsată la o valoare mai mare pentru a permite statelor membre să depună proiecte. Transferul la SEF: până la urmă, banii din coeziune trebuie folosiți pentru transport. Eu cred că cea mai bună soluție ar fi ca în acest regulament să se introducă reguli foarte clare: unde să se ducă banii în politica de transport.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è stato fatto davvero un buon lavoro dai due relatori e nel voto complessivo della commissione. È un passo in avanti verso i cittadini e verso le comunità locali, la più importante politica europea di questi anni e dei prossimi anni. Dobbiamo esserne quindi assolutamente orgogliosi. Ma, come dimostra il dibattito di oggi, con gli interventi di tanti parlamentari, non penalizziamo questo lavoro.

Per questo insisto, in queste ore da qui al voto: riflettiamo ancora su questo tema che è stato oggetto del confronto tra di noi, ancora in questo dibattito sul tema della macrocondizionalità. Mi rivolgo a tutti i parlamentari, mi rivolgo a chi ha lavorato in queste ore per determinare gli equilibri più avanzati: c'è un pacchetto di emendamenti, dal 448 al 499, al 553, al 426: cancellazione della macrocondizionalità, oppure esclusione del Fondo sociale, oppure l'introduzione della flessibilità, oppure la *golden rule*.

Basterebbe dare un segnale su uno di questi emendamenti per tenere unite le famiglie politiche, ma anche i protagonisti della politica di coesione in questi anni e mandare avanti una politica fondamentale per l'Europa e per i nostri cittadini.

James Nicholson (ECR). – Mr President, can I pay tribute to the rapporteurs and say that it's now almost 30 years since I first became a member of the Committee on Regional Affairs in this Parliament and it has done tremendous work during that time. And can I put it on record that it has been a source of good in the assistance it has given to Northern Ireland through the regional funds, through the Peace funds, now at over EUR 2 billion, and that is something that I am proud of and the people of Northern Ireland can be proud of as well.

There's even talk of a Peace Plus fund, and if the Commissioner is listening maybe I could say to her that I am extremely concerned if that Peace Plus – and the Commissioner is still not listening – but I am extremely concerned about how after Brexit this fund will likely be commissioned, how it will be distributed and how it will be controlled.

And I have to say that I find it rather odd when I look back, when I saw the support that Jacques Delors gave to Northern Ireland, and when I see the support that Jean-Claude Juncker has given, and Mr Barnier has given – with his acolytes from this Parliament who don't even talk to the people of Northern Ireland. They are giving to Northern Ireland. I certainly have very main concerns about that.

And I also have concerns, let me say, when the Secretary of State tries to threaten and bribe the people of Northern Ireland and say that the funds will not be in existence afterwards if we don't support her Brexit policy. That would be unacceptable to anyone.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor presidente, ese famoso artículo del que hablamos, el artículo 15, dice, entre otras cosas, que la Comisión podrá suspender total o parcialmente los pagos de los programas cuando el Consejo decida que un Estado miembro no ha adoptado medidas eficaces para corregir su déficit excesivo, o cuando el Consejo decida que un Estado miembro no cumple el programa de ajuste macroeconómico. Es inaceptable. Este artículo y otros similares no tienen corrección posible, solo cabe borrarlos.

Y la propuesta que presenta al Parlamento mantiene su contundencia, y esa contundencia significa recortes a la ciudadanía, una vez más siempre a los bolsillos de los más débiles. Y significa el refuerzo del control del Consejo y la Comisión sobre las regiones y los municipios. Inaceptable.

Acabamos de ver lo que ha hecho la Unión Europea con Grecia. Después se les pide perdón con la boca pequeña, y ahora se pone sobre la mesa un nuevo Reglamento que incrementa el poder del Consejo y la Comisión para sancionarnos.

Votemos para que sea más fácil que los fondos europeos lleguen a la ciudadanía, no para que les sea a ustedes más fácil obligarles a apretar el cinturón y a sancionarlos.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, aluekehitys- ja koheesiovarat ovat erittäin tärkeä osa EU:n politiikkaa ja budjettia. Jopa kolmasosa varoistamme on suunnattu tähän tarkoitukseen ja on tietenkin tärkeää, että pystymme tukemaan syrjäisiä ja vähemmän kehittyneitä alueita ja näin edistämään myös niiden investointeja ja tulevaisuutta.

Jatkossa, kun rahoitus on jonkin verran vähenemässä, olennaista on kuitenkin se, että mitkä painopisteet valitsemme tähän politiikkaan. Pidän erittäin hyvänä, että nyt kärjeksi on valittu nimenomaan innovaatiot, investoinnit puhtaaseen energiaan, kiertotalous, digitalisaation edistäminen sekä ennen kaikkea tietysti moderni, älykäs infrastruktuuri.

Pidän hyvänä komission ehdotusta siitä, että kymmenen miljardia euroa koheesiovaroista suunnattaisiin Verkkojen Eurooppa -hankkeeseen, millä voitaisiin nimenomaan tukea suuria rajatylittäviä liikennehankkeita. On erittäin tärkeää Euroopan sisämarkkinoiden kehittymiseksi, että ihmiset, tavarat ja palvelut voivat liikkua maasta toiseen. Tämä on kannatettava ja hyvä ehdotus ja olen harmissani siitä, että aluekehitysvaliokunta on nyt pudottamassa tuota summaa.

Erittäin hyvä ehdotus on myös se, että pyritään vähentämään hallintoa ja byrokratiaa tästä ohjelmasta, koska tiedämme, että se on iso este näiden rahoitushankkeiden tehokkaalle läpiviemiselle. Samoin pidän tärkeänä sitä, että pystymme edistämään asetusta siitä, että jatkossa rahoitus sidotaan oikeusvaltioperiaatteen noudattamiseen. Tälläkin hetkellä meillä on EU:n jäsenvaltioita, jotka saavat erittäin merkittävästi aluekehitys- ja koheesiovaroja, mutta ne eivät noudata, eivätkä kunnioita enää oikeusvaltioperiaatetta. Tämä on erittäin huolestuttava kehitys ja jatkossa pitää olla mahdollisuutena se, että näiltä mailta jätetään rahoitusta.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor presidente, la política de cohesión ha sido, es y será una de las políticas fundamentales para la Unión Europea. La cohesión territorial: conseguir la igualdad de oportunidades de los europeos y europeas, con independencia del territorio en el que vivan.

Y esa política debe ser adaptada a los nuevos desafíos, no puede ser estática. Y ese es el trabajo que hemos hecho en este Parlamento: una cohesión que sea capaz de adaptarse a los retos demográficos que hoy sufre Europa. Porque en Europa hay regiones que pierden población. Castilla y León, por ejemplo; una de las regiones que más población pierde en toda Europa, una de las más envejecidas.

Necesitamos una política de cohesión que sea capaz de favorecer la fijación de la población, de dar oportunidades a las mujeres, a los jóvenes, de crear alternativas de futuro y de empleo. Y no resignarnos a crear desiertos de población en Europa, porque necesitamos sinceramente que la política de cohesión sea capaz de dar oportunidades a nuestros territorios para garantizar el futuro del medio rural y de las regiones que hoy necesitan el apoyo de Europa.

Raffaele Fitto (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io voglio esprimere un ringraziamento ai relatori, perché in commissione si è svolto un ottimo lavoro, migliorando molto il provvedimento. I risultati raggiunti, ai quali si è fatto riferimento, quelli relativi alla concentrazione delle risorse, alla semplificazione delle procedure, all'aumento della dotazione finanziaria, insieme anche alle gare e ai piani di investimento e al principio di territorialità, rappresentano degli elementi molto positivi.

Al tempo stesso, penso che sia importante, come è stato anche ribadito da diversi colleghi, far riferimento a due aspetti fondamentali. Il primo è quello delle risorse aggiuntive nazionali. È inimmaginabile che su questo tema ci possa essere l'idea della non addizionalità di queste risorse e quindi del trattamento di queste risorse come risorse a parte. Dobbiamo avere la capacità di svincolarle dal punto di vista finanziario e consentire che siano realmente risorse aggiuntive.

Inoltre, c'è il tema della macrocondizionalità, che rappresenta una contrarietà assoluta dal punto di vista del messaggio politico dell'Europa nei confronti dei cittadini. Noi voteremo contro questo, perché penso che ci sia bisogno di una risposta netta e chiara da parte di questo Parlamento.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, en primer lugar quiero agradecer a los ponentes su trabajo para sacar adelante este informe. Yo celebro que el Parlamento apueste por una mayor financiación para algo tan importante como la cohesión. También celebro que se incrementen las tasas de cofinanciación en la línea de las enmiendas que había presentado junto con mi compañero, que hoy precisamente nos preside, don Ramón Luis Valcárcel.

Quiero centrar mi intervención en el caso especial de un pequeño número de regiones, entre ellas Galicia. Estas regiones, debido a la crisis económica de los últimos años, descienden de categoría a efectos del nuevo marco financiero, pero, según nuestras estimaciones, sufrirían también una importante reducción de fondos si se aplicasen exclusivamente los criterios del anexo XXII.

Por cierto, en este anexo, señora comisaria, me habría gustado que el criterio demográfico hubiese estado más presente, como he venido reclamando en esta Cámara a lo largo de los últimos años. Y vuelvo al caso excepcional de este conjunto de regiones al que antes me refería. En el supuesto concreto de Galicia, descendería de región más desarrollada a región en transición, y, sin embargo, bajaría gravemente su financiación europea. Esto es contrario al principio de cohesión y a todo principio de equidad. Por ello, mediante la enmienda 429, el Grupo Popular ha querido establecer una red de seguridad que impida que estas regiones penalizadas por la crisis se vean también castigadas en materia de financiación.

Se trata de garantizarles una asignación equivalente a la del período 2014-2020. Agradezco a los señores Novakov y van Nistelrooij, y a Ramón Luis Valcárcel, sus esfuerzos para que esta enmienda sea apoyada por mi Grupo. Se trata de evitar una situación injusta. Y también quiero agradecer el apoyo de otros grupos que me consta que van a apoyar esta enmienda.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, em primeiro lugar gostaria de agradecer aos relatores o trabalho realizado. Foi, de facto, um trabalho espantoso.

Em segundo lugar, queria destacar o aumento da taxa de cofinanciamento de 85% para as regiões ultraperiféricas e para as regiões menos desenvolvidas.

Em terceiro lugar, queria tocar na questão da condicionalidade macroeconómica que aparece neste regulamento, o conhecido artigo 15.º. Nós não devemos sancionar, através dos fundos europeus, os Estados-Membros que não cumpram as metas definidas para o défice. Essa penalização significa subverter a política de coesão, torná-la num instrumento sancionatório, quando na sua génese é um instrumento de investimento, significa hipotecar o desenvolvimento das regiões e significa também votar as regiões ultraperiféricas a uma dupla austeridade.

Também temos de ser coerentes, em 2016 este Parlamento falou a uma só voz contra as sanções que seriam destinadas a Portugal e a Espanha por não cumprirem o défice.

Por fim, dizer que estas medidas são um péssimo sinal aos cidadãos europeus, assumindo que a austeridade pode ser parcial ou total. Nós temos uma obrigação política e temos um dever moral de acabar com a austeridade.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Die Kohäsionspolitik der EU zeigt Licht und Schatten. Natürlich werden durch die Kohäsionspolitik die Regionen gefördert, das ist ganz klar. Andererseits erhalten wir immer wieder Hinweise darauf, dass unsinnige Projekte realisiert werden, dass wir auch Wettbewerbsverzerrungen sehen.

Daher müssen wir alle Projekte streng danach prüfen, ob sie denn wirklich sinnvoll sind. Vor allen Dingen müssen sie diese Regionen auch nachhaltig fördern, zukunftsfähig machen. Außerdem sollte sich die Kohäsionspolitik auf die Gebiete, die bisher unterdurchschnittlich entwickelt sind, beschränken, das heißt, gerade nicht auf Regionen, die schon überdurchschnittlich entwickelt sind. Denn in den weniger entwickelten Gebieten, da müssen wir Infrastrukturprojekte voranbringen, beispielsweise Verkehrsprojekte, die Digitalisierung, aber auch in Bildung investieren.

Hierfür müssen wir eindeutige und messbare Ziele definieren. Das müssen wir dann auch prüfen, ob diese Ziele wirklich erreicht werden, denn wenn sie nicht erreicht werden, dann müssen wir diese Maßnahmen einstellen. Andernfalls verschwenden wir letztlich das Geld der Steuerzahler, denn wir sollten nicht so tun, als ob dieses Geld, das die EU ausgibt, vom Himmel fällt. Es muss vorher von den Bürgern erwirtschaftet werden, und deshalb müssen wir dieses Geld sparsam ausgeben.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübigen (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Herr Präsident! Ich wollte den Kollegen Kölmel fragen, ob er es für richtig hält, dass wir mit den Strukturfonds auch in Zukunft Forschungsausgaben und Wissenschaftsausgaben für Forschungsinfrastruktur zur Verfügung stellen, sodass auch in den ländlichen Gebieten Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur für die Bevölkerung und für die Beteiligten zur Verfügung steht. Glauben Sie, dass das sinnvoll wäre?

Bernd Kölmel (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Danke für diese Frage, Herr Kollege! Selbstverständlich. So wie ich eben gesagt habe: Wir müssen genau die Kohäsionspolitik und die Mittel dafür einsetzen, um diese Regionen zukunftsfähig zu machen. Und was liegt da näher, als dass wir Geld für Forschung, für Bildung ausgeben, damit diese Regionen in ihr Humankapital investieren können? Deshalb sind das sogar die besten Investitionen, die wir tätigen können. Da müssen wir Schwerpunkte setzen: Digitalisierung Bildung, Forschung, Entwicklung.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, a sua proposta é má, é mesmo muito má. Ainda bem que existe o Parlamento, o Parlamento que é legislador e está em posição de igualdade com o Conselho.

Com a nossa proposta podemos continuar a chamar política de coesão à política de coesão, com a sua proposta não lhe poderíamos chamar política de coesão. Como é que poderíamos aceitar um corte de 45% no Fundo de Coesão, aquele fundo que é destinado precisamente para os Estados-Membros mais pobres, aqueles que têm menos de 90% do rendimento nacional bruto?

A coesão, a solidariedade na União Europeia é uma matriz que nós não podemos perder, que nós temos, no mínimo, de manter em termos dos montantes. E com esta nossa proposta, com a manutenção dos montantes, com também a manutenção das taxas de cofinanciamento, que são essenciais para as regiões mais pobres, nós podemos dizer aos cidadãos da União Europeia que a coesão social, económica e territorial vai continuar e graças ao Parlamento que agora vai negociar com os Estados-Membros.

E aqui fica uma pergunta à senhora comissária, afinal quais são os Estados-Membros que querem cortar na política de coesão? É que o Parlamento já aqui referiu, e vai votar, não aceita cortes nesta política.

Derek Vaughan (S&D). – Mr President, the UK might be leaving the European Union and that would mean that Wales, unfortunately, won't get structural funds in the future and that's a great shame. I've been involved with structural funds for a long time and I wanted to make three points, which I think are important.

First of all, it is important that we agree the EU budget and the regulations as soon as possible, because if we don't there will be gaps between the projects, projects will stop, people will lose their jobs. I wanted to thank the two co-rapporteurs for bringing these regulations forward as soon as they possibly could.

Secondly, the regulations need to be simplified. If the rules aren't simple people don't apply for the project funds, and that brings structural funds into disrepute. Therefore, once again, I'm pleased that the co-rapporteurs have brought forward proposals which will allow the regulations to be simplified.

And thirdly, we need to make structural funds more visible. Too often we've gone right across the European Union, visited projects and the project beneficiaries didn't realise their project was funded by the European Union. That must stop. That must change. We must make the European Union much more visible in the future. That's one lesson I've learnt from Brexit.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Na wstępie chciałbym podkreślić, że cieszę się, że w projekcie rozporządzenia ramowego dotyczącego funduszy polityki spójności znalazły się kwestie, o które w Komisji Rozwoju Regionalnego regularnie wnioskowaliśmy, takie jak zwiększenie elastyczności czy też ograniczenie niepotrzebnych obciążeń dla beneficjentów i podmiotów zarządzających. Za istotne uważam również wprowadzenie ściślejszych powiązań polityki spójności z semestrem europejskim. Cieszę się też ze zwiększenia do 3% koperty dla Europejskiej Współpracy Terytorialnej, która udowodniła już swoją skuteczność w zwiększaniu spójności i pobudzaniu współpracy między regionami. Nie zgadzam się jednak z propozycją przekazania 10 mld euro ze środków Funduszu Spójności na instrument „Łącząc Europę”. Jestem zdania, iż transfer ten powinien być proporcjonalny do cięć dokonanych w Funduszu Spójności, a zatem opiewać na zaproponowaną przez Komisję Rozwoju Regionalnego kwotę 4 mld euro.

José Blanco López (S&D). – Señor presidente, si hay un debate que da sentido a la Europa de la solidaridad es precisamente el debate de la cohesión, de los fondos de cohesión. Porque no hay más prioridad política que la que se plasma en los presupuestos.

Y, cuando hay que hacer frente a demandas crecientes, el cambio climático o la demografía, tan importante en una comunidad como la gallega, es necesario que el Parlamento defienda una política de desarrollo regional fuerte, sin recortes y que ayude a curar las heridas de una época de crisis.

Por eso, es muy importante para mi región, para Galicia, que esto se apruebe con la enmienda que ha introducido el Partido Popular, la enmienda número 429, que nuestro Grupo apoya. Yo le quiero decir al señor Millán Mon que, cuando se trata de defender los intereses de Galicia, señor Millán Mon, aquí estamos de la mano.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, καταρχάς να επισημάνω ότι θα πρέπει να παλέψουμε συνολικά για να μην υπάρξει μείωση των κοινοτικών κονδυλίων στον νέο προϋπολογισμό και αυτό είναι πάρα πολύ σημαντικό. Δεύτερον, να επισημάνουμε ότι το Ταμείο Συνοχής παίζει καθοριστικό ρόλο, ιδίως για περιοχές που δεν είναι τόσο αναπτυγμένες. Θα ήθελα στο σημείο αυτό να δώσουμε μεγάλη έμφαση στην ενίσχυση των νησιών και των απόμακρων περιοχών, ιδίως των νησιών του Αιγαίου και των ορεινών περιοχών της Ελλάδας.

Το επόμενο θέμα αφορά βεβαίως τη χρηστή διοίκηση και διαχείριση και τη διαφάνεια στα ταμεία. Η απλούστευση των διαδικασιών πρέπει να υπηρετεί αυτές τις αρχές. Να επισημάνουμε, επίσης, ότι πρέπει να δοθεί έμφαση στην τοπική προστιθέμενη αξία, διότι συνήθως τα κοινοτικά κονδύλια τα παίρνουν οι μεγάλες πολυεθνικές επιχειρήσεις, οι οποίες παρότι παίρνουν κονδύλια φερ' ειπείν στην Ελλάδα, εντούτοις δεν πληρώνουν φόρους στην Ελλάδα. Νομίζω ότι θα πρέπει να βρούμε τρόπο ώστε η τοπική προστιθέμενη αξία να παίζει ρόλο, δηλαδή να ενισχύονται οι τοπικές μικρομεσαίες επιχειρήσεις, για να μπορούμε να έχουμε ένα σημαντικό αποτέλεσμα στο θέμα της λειτουργίας των ταμείων.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, señora comisaria, los presidentes de las Islas Baleares, de Córcega y de Cerdeña le han mandado una carta donde le exponen la necesidad de que estas islas mediterráneas reciban un trato y una financiación equiparables a los territorios ultraperiféricos.

Las Islas Baleares están situadas a apenas 200 kilómetros de la costa del continente, pero sus ciudadanos, su economía, sus empresas, padecen los inconvenientes geográficos vinculados al hecho insular. Sin embargo, el reparto de los fondos europeos, la política de cohesión, no tiene en cuenta este coste de insularidad ni sus consecuencias sobre el desarrollo sostenible y sobre la cohesión social en estas islas. De hecho, en los últimos años las Baleares no han convergido con la media europea en términos de cohesión y competitividad, sino todo lo contrario, se han alejado.

Por lo tanto, es fundamental que en el próximo periodo presupuestario la política de cohesión tenga en cuenta la situación especial de las islas mediterráneas y ayude, contribuya, a mitigar los efectos de la insularidad.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Domnule președinte, doresc să salut propunerea Comisiei de a simplifica procedurile politicii de coeziune din cadrul următorului exercițiu financiar multianual, venind în ajutorul administratorilor și beneficiarilor fondurilor de coeziune. Este important ca prin intermediul acestui regulament să reușim diminuarea drastică a sarcinilor administrative inutile din cadrul programelor precedente.

Doresc să îmi exprim susținerea pentru o creștere de până la 378 de miliarde de euro pentru coeziunea economico-social-teritorială, cel puțin până la același nivel ca și în cadrul acestui exercițiu financiar. De asemenea, prin mărirea ratei de cofinanțare de la 70 până la 85 % pentru regiunile europene mai puțin dezvoltate, ne asigurăm că adevărații beneficiari ai coeziunii sunt chiar aceia care au cea mai mare nevoie de aceasta.

Vă rog să luați în considerare că este nevoie de mai multă descentralizare și de o relație directă și o decizie directă de finanțare între Bruxelles și microregiuni sau administrații locale pentru că, în multe state membre, guvernele naționale sunt o frână în cheltuirea la timp a fondurilor de coeziune.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, comisaria Crețu, en este debate conjunto sobre la nueva legislación europea de los Fondos regionales y de cohesión 2021-2027, el Parlamento Europeo ha hecho su trabajo.

Para empezar, incrementando en un 14 % la propuesta de la Comisión hasta 380 000 millones de euros. En segundo lugar, garantizando al menos un 30 % para objetivos climáticos, introduciendo también la igualdad, la no discriminación, la igualdad de género, e incluso un fondo de Garantía Infantil de hasta 6 000 millones de euros.

Pero me complace especialmente que se haya mantenido la financiación de las regiones ultraperiféricas, entre las que está Canarias —la comunidad en la que resido—, con un porcentaje de cofinanciación de hasta el 85 %, no disminuyendo la partida anterior de 2014-2020, e incrementando un 3 % el Programa Interreg, que cobra una enorme importancia en las regiones ultraperiféricas.

Solo falta que este Parlamento vote contra el mantenimiento de la macrocondicionalidad, que significa en la práctica castigar a aquellos países con más dificultades en su política regional en lugar de incentivarlos. ¡Ojalá consigamos derrotar la macrocondicionalidad en la votación de este Reglamento!

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, Comissão Crețu, há três elementos fundamentais neste debate da coesão: o critério demográfico, a precariedade no trabalho e a recentralização dos fundos.

O meu país, a Galiza, sai perdendo, sai perdendo pela questão demográfica. A juventude galega imigra porque não há trabalho. Não é só um problema de crise, é um problema de governos ineficazes que não respondem à oferta de emprego.

O meu país perdeu, neste período de fundos de coesão, três mil milhões de euros. Além disso, existe o problema do despovoamento e do custo dos serviços, por exemplo nas zonas rurais, com uma população envelhecida. A precariedade no trabalho é já a norma, e, obviamente, a recentralização dos fundos, como é o caso do Fundo Social Europeu. Por outro lado também o FEDER, como aconteceu com a grave problemática do saneamento das águas.

Esta é, Senhora Comissão, o momento oportuno para descentralizar os fundos europeus, para não condicionar os fundos europeus com critérios macroeconómicos que nos esmagam. É o momento oportuno para não falarmos de triunfalismo, mas sim de igualdade.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, a reinforced, simpler and more focused cohesion policy that takes into account the investment needs of all regions is the best answer the EU can give both to historical development disparities and to the new challenges of our changing world.

It was never an easy task to reconcile all the constraints and needs related to this file, starting from Brexit-induced budgetary constraints, stakeholder calls for simplification or the identification of those ex-ante conditionalities which are essential for the good implementation of the funds, but I think that ultimately we obtained a good result.

I especially welcome that we managed to agree on diverting as few resources as possible from the Cohesion Fund to other objectives. It is important to equip ourselves with innovative financial instruments, but let's not forget that there are still countries in the EU that lack the basic environmental, transport or energy infrastructure that is indispensable for their future development.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar Crețu, stimați colegi, astăzi dezbatem un regulament care va stabili norme comune pentru șapte fonduri, pentru ce va fi în viitor legat de coeziune, și sunt consternată de propunerea Comisiei, care pune condiționalități absurde.

Eu vreau să le mulțumesc colegilor coordonați de doi raportori extraordinari, care au depus mii de amendamente aici și eu sper, sper foarte mult, să se voteze excluderea acestor condiționalități, pentru că, doamnă comisar, banii sunt veniți din buzunarul cetățenilor din fiecare stat membru. Este absurd ca un executiv neales al Uniunii Europene să decidă unde se duc banii. Nu este normal să gândim coeziunea, în același timp să pedepsim zonele care, din nefericire, sunt mai puțin dezvoltate și sper să nu se taie niciun euro din fondurile de coeziune față de perioada trecută și mai sper ca zonele sărace, îndepărtate, cum vreți, numiți-le cum vreți, să se bucure de adevărata finanțare. Mai sper, doamnă comisar, că acest fond strategic de investiții, absurd împărțit după criteriul primul venit, primul servit, va fi altfel distribuit pentru a contribui la coeziune.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, mar bhall den Choiste um Fhorbairt Réigiúnach, idir 2009 agus 2014, chonaic mé an dea-obair atá á déanamh trasna na hEorpa ar fad ag na Cistí seo, agus nuair a chuaigh mé ar mhísín go háiteanna cosúil leis an nGearmáin, go háirithe Beirlín Thoir, agus go dtí an Bhreatain Bheag, mar a luaigh Derek Vaughan, bhí mé ábalta é sin a fheiscint ar an talamh.

Dá bhrí sin, tá sé thar a bheith tábhachtach nach mbeadh aon ghearradh siar ar an mbuiséad dosna Cistí seo, agus iarraim ar na Ballstáit é sin a chinntiú. Freisin, luaigh mo chomhghleacaithe Martina Anderson agus James Nicholson an tábhacht a bhaineann leis na Cistí seo, go háirithe don phróiseas síochána i dTuaisceart Éireann agus fáiltiú roimh an ráiteas ó Jean-Claude Juncker, agus daoine eile nach é, go leanfar ar aghaidh leis an airgead seo dosna tionscnaimh shíochána. Tá sé sin thar a bheith tábhachtach agus caithfidh é sin a chinntiú.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Taip, mes, parlamentarai, tiek Komisija labai dažnai kalbam apie konkurencingumą, svarbą, solidarumą tarp valstybių narių įgyvendinant ypač tarpvalstybinius europinius projektus. Tačiau kai pradėdam kalbėti konkrečiai apie finansinius išpareigojimus, solidarumas, deja, tampa tik skambia teorine sąvoka. Kalbu konkrečiai apie ketinimą sumažinti sumą, perkeliama iš Sanglaudos fondo į Europos infrastruktūros priemonę, nuo dešimties iki keturių milijardų eurų. Tai reikštų stagnaciją svarbiems europiniams transporto projektams, tame tarpe ir Rail Baltic'os projektui, kuris turi strateginę reikšmę ne tik Baltijos ir Skandinavijos regionui, bet ir ilgalaikiam visos Europos Sąjungos konkurencingumui. Todėl negalėsiu pritarti kai kurių parlamentarų siekiui mažinti konkurencingumą idėjai ir atimti finansavimą iš europinės svarbos projektų paminant solidarumo ir konkurencingumo principus.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Chcę zwrócić uwagę na dwa ważne dla mnie kwestie. Po pierwsze, na zgodność na tej sali co do znaczenia funduszy strukturalnych, co cieszy. Druga kwestia nie pojawiła się, dlatego zabieram głos, by upomnieć się także o inwestycje dla kultury, dla przemysłu kreatywnego. To tam są rozmaite bariery biurokratyczne i finansowe, a brak elastyczności jest najbardziej dotkliwy, najbardziej bolesny. Proszę zwrócić uwagę, że decyzje o inwestycjach w kulturę najczęściej dotyczą małych i średnich – jeżeli chodzi o wielkość środków finansowych – zaangażowań. Bardzo istotne więc jest, aby akurat kultura była jak najbardziej wolna od tych ograniczeń biurokratycznych, bo jest to tam najbardziej dotkliwie i najbardziej kosztowne.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie al lavoro congiunto con i colleghi della commissione REGI e alla sensibilità dei relatori, il regolamento sulle disposizioni comuni ai fondi strutturali coprirà anche il Fondo europeo agricolo per lo sviluppo rurale. Era necessario prevedere una semplificazione legislativa e amministrativa anche per questo fondo, nel solco dell'attuale programmazione, ma facendo tesoro delle criticità riscontrate e soprattutto rispettando le peculiarità del settore agricolo.

Per mobilitare meglio le potenzialità a livello locale andavano incentivati gli investimenti sotto forma di strumenti territoriali, quali gli investimenti territoriali integrati e lo sviluppo locale di tipo partecipativo, misure chiave del FEAS. Non sono d'accordo invece con la previsione, anche nella prossima programmazione, della condizionalità macroeconomica, che tradisce l'obiettivo delle politiche di coesione. Bloccare i fondi destinati alle regioni per violazioni delle regole di bilancio UE è un tradimento dell'Europa delle regioni e un fallimento delle politiche di coesione. Boccia anche la possibilità di interrompere la procedura sanzionatoria in caso di circostanze economiche eccezionali. Sono stati presentati vari emendamenti contro questa condizionalità. Mi auguro che il voto riesca a rimediare a questa ingiustizia.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich glaube, diese heutige Diskussion hat ganz deutlich gemacht, dass hier mit den Kohäsionsfonds, mit den regionalen Entwicklungsfonds eigentlich ein Herzstück der europäischen Idee in die Praxis umgesetzt wird. Hier werden aus Vorstellungen Strategien, aus Ideen greifbare Projekte zum Nutzen aller.

Ich halte es ein bisschen wie in der Bildungspolitik, und darum bin ich froh, dass hier alle Regionen nutzen sollen. Denn es ist wichtig, dass man – wie in der Schule – Talente fördert und dort, wo Defizite sind, diese Defizite abbaut. Es macht keinen Sinn, sich nur auf das eine oder das andere zu beschränken. Hier können Individuen – sprich Regionen, Projektnehmer –, aber auch die einzelnen Mitgliedstaaten und die Europäische Union als Gesamtheit profitieren.

Ein weiteres Prinzip aus der Bildung ist aber, dass es keinen Sinn macht, die Kinder zu strafen, wenn die Eltern etwas nicht in Ordnung machen, zum Beispiel, wenn Eltern Steuern hinterziehen, den Kindern den Schulbesuch zu verweigern: Das ist in Wirklichkeit makroökonomische Konditionalität ins Bildungswesen übertragen. Ich glaube, das ist etwas, was wir nicht brauchen.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Domnule președinte, aș dori să vorbesc în primul rând în română, în limba mea maternă, pentru a clarifica câteva chestiuni.

În primul rând, vreau să vă mulțumesc tuturor pentru sprijinul dat și pentru această dezbatere atât de fructuoasă în legătură cu regulamentele comune privind Fondul de dezvoltare regională și alte fonduri europene. Bineînțeles, am primit și critici la adresa propunerilor Comisiei și apreciez acele critici constructive. Bineînțeles că nu apreciez acele critici care vin din partea unor oameni care, în mod clar, nu cunosc regulamentele, nu cunosc tratatele la care Uniunea Europeană este parte și este evident că, sigur, le luăm pe toate în considerare, dar cred că trebuie să pornim de la ideea de bază, aceea că Comisia face o propunere pe care dumneavoastră o aprobați sau nu și care se supune dezbaterei Parlamentului European și Consiliului ca și colegiatori. Vreau să vă amintesc, unora dintre dumneavoastră, de fapt

doar unei doamne, că campania electorală începe pe 26 aprilie 2019 și nu suntem în campanie electorală.

În altă ordine de idei, aș vrea să le spun celor care critică bugetul acordat politicii de coeziune că, din cauza Brexitului, dumneavoastră știți poate chiar mai bine decât mine, avem o scădere, vom avea, din păcate, o scădere de 10 % pe an din bugetul Fondului de coeziune, iar toată bătălia noastră a fost de a menține această politică de coeziune care este politica cea mai vizibilă, cea mai tangibilă în viața de zi cu zi a oamenilor.

În ciuda faptului că suntem în fața acestui proces al Brexitului, în ciuda faptului că, pentru prima oară, Uniunea Europeană este chemată să adopte un fond de securitate, un fond de apărare, este pentru prima oară când Uniunea Europeană este chemată să acorde bani pentru securitatea frontierelor, în ciuda tuturor acestor aspecte, politica de coeziune, pentru prima dată în istoria Uniunii Europene, va avea un buget de 373 de miliarde de euro, cel mai mare buget din cadrul bugetului total, din care 80 %, mai mult decât în actuala perioadă de programare, se vor duce în regiunile cel mai puțin dezvoltate.

Deci, haideți să încetăm cu dezinformarea populației: peste 80 % din fondurile de coeziune se duc în regiunile cele mai sărace. Sunt țări, precum Spania, Grecia, Italia, România, Bulgaria, care, din cauză că nu au reușit să treacă peste criza economică și din cauza scăderii economice, vor avea creșteri economice, creșteri în alocări, iar alte state care au avut creșteri spectaculoase – suntem totuși după nouă ani de creștere continuă economică în Uniunea Europeană – vor avea scăderi în ceea ce privește alocările, iar aceste scăderi provin din faptul că GDP *per capita* - produsul intern brut pe cap de locuitor – este mai mare decât acum șapte ani. Deci, nu este vorba de nicio penalizare, nu este vorba de vreo scădere, este vorba doar despre recunoașterea creșterii economice care a avut loc în aceste state.

Aceasta a fost în legătură cu bugetul.

În legătură cu vizibilitatea politicii noastre: sunt foarte de acord cu ceea ce s-a spus aici, mai ales cu ceea ce dragul nostru coleg, Derek Vaughan, a spus. Bineînțeles că suntem cu toții triști că Marea Britanie părăsește acest proiect european, dar este o lecție pe care trebuie să o învățăm, pentru că Uniunea Europeană a contribuit enorm la dezvoltarea inclusiv a acestei țări: metrourile din Cardiff, extinderea metrourilor din Londra, de asemenea, Universitatea din Manchester, deci avem o mulțime de exemple de proiecte care nu sunt cunoscute. Asta pe lângă faptul că părintele fondator al acestei politici, primul comisar european pentru politică regională – se numea Lord Thomson -, este cel care a solicitat împreună cu Italia și cu guvernul Marii Britanii înființarea acestei politici de coeziune în semn de solidaritate atunci când minele din Țara Galilor au fost închise; dar, bineînțeles că, probabil, cei care au votat acum pentru Brexit în această regiune nu au știut că părinții și bunicii lor au avut locuri de muncă datorită acestor fonduri europene care au contribuit la dezvoltarea economică a regiunii lor.

So I will pass now into English. I would like to thank warmly the rapporteurs – we are talking not about the Commission proposal, we are talking about your report. I would like to thank you, Ms Krehl and Mr Novakov, the Committee on Regional Development and all of you. Thank you very much for your high-quality work, for your hard work, for your efforts and, of course, you know very well that we count on you to move the legislative package forwards. Thank you very much for everything.

I think that our proposal lays the foundation for a quality and effective policy. You know very well that we have worked so much together to strengthen, modernise and simplify this policy, and now we are facing into new challenges, which are the trilogies. As you will vote on this report today, we can start the trilogues between Parliament and the Council as co-legislators – and, of course, I will represent the Commission.

We must get the package through in a timely manner, while maintaining the quality of the proposals. You know very well that according to our studies, we would have liked to have this agreement before the European elections. It seems that it will not be possible during the Romanian Presidency, but I hope at least by the end of the year to have an agreement on the multiannual financial framework (MFF), on the budget because, according to our estimates, more than 100 000 projects from 27 Member States will not be able to be finished on time if we don't have an agreement this year. As I said, unfortunately, it seems that it's impossible to be ready before the elections, as we foresaw one year ago.

So we have several challenges. The first challenge is maintaining a strong strategic focus, and partnership agreements are essential to this. Our new policy objectives are essential too, and thank you for all your support here. I would like to underline that, in the new partnership agreements that we will start to negotiate with each Member State in March, you will be able to raise your problems. For instance, the problem of decentralisation that was raised by MEPs Marinescu and Buşoi, and the problems of islands which were raised by the representative of the Balearic Islands.

So it's up to the Member States whether or not they include in the partnership agreement, and in the operational programmes, how to earmark the money and who will be the beneficiaries. For instance, I know that you referred to the three regional hospitals in Romania. We cannot decide from Brussels who will be the beneficiary of a project, it's up to the government to decide. But bear in mind that we will start negotiations on the partnership agreement and operational programmes in March 2019 and I hope NGOs, Members of the European Parliament and everybody involved will have a strong dialogue with each government so that these local needs that you spoke about are kept in mind.

On simplification: we are very keen on that, you are aware that I was in favour of radical simplification and, as you know, we have proposed 80 key simplifications. The challenge lies in both directions – maintaining the simplifications but resisting over-simplification. Simplification is not a goal in itself. Our goal is a quality, effective policy, making life easier for beneficiaries, of course, but we cannot allow over-simplification which reduces the project's quality or value-added and I count on your support here too.

Also we have to bear in mind realistic co-financing. Let's remember, as I said, that today's EU co-financing rates are exceptional because they were increased for the economic crisis. Moreover, our proposal for the co-financing rates means greater local ownership and in the end it also means greater total funding and a greater boost to development.

The financial challenge we have is, as I said at the beginning, the budget. We have discussed various proposals to increase and protect the cohesion policy budget. I understand very much and I appreciate your support for the policy.

In conclusion, we have a window of opportunity, an opportunity to make progress. The negotiators' mandates for the trilogues cover substantial issues – strategy programming, management and control – together these make up more than one-third of the regulation and on these issues I see a convergence of interests, so I believe we can make significant progress.

Remember that progress has no risk. We are all going to enter into the trilogues, the first one for cohesion policy will be on 19 March, knowing that nothing is agreed until everything is agreed. Progress on this issue, the issue of convergence, will provide clarity for managing authorities and beneficiaries. Let us seize this opportunity. Once again, thank you to all of you, but first of all to Ms Krehl and Mr Novakov.

Андрей Новаков, Докладчик. – На първо място, благодаря на всички, които взеха участие в дебата. Почти два часа не стигнаха да разберем в дълбочина, да кажем всичко, което мислим за кохезионната политика, което показва, че има смисъл тя да продължи да съществува. Продължава да вълнува всички нас, без значение от коя част на Европейския съюз идваме.

Едно съм сигурен от всичко, което чух – ако един ден кохезионната политика изчезне, то няма да е заради тези, които я атакуват и не я одобряват. Това би се случило само заради тези, които гледат безучастно, без да направят нищо за това. Аз обаче няма да бъда сред тези хора и се радвам, че в тази зала има много други, които мислят като мен. Защото кохезионната политика няма нетни платци и нетни бенефициенти. Има само едни и те са нетни печеливши, защото всеки един печели от европейската политика – от брега на Черно море до брега на Атлантическия океан. Всеки един може да види резултатите от нея.

Малко са европейските политики, които докосват всеки един човек и стигат до всяко едно селце, в малките и в големите градове, до студентите, фермерите, младите учени, предприемачите, бизнеса, всички. И аз се радвам, че днес ще направим крачка в тази посока и ще подкрепим кохезионната политика, политиката на сближаване. Може би една от най-успешните, които Европейският съюз някога е имал.

Имахме огромно предизвикателство и то беше да спомогнем следващият програмен период да не закъснява. Аз се радвам, че ние направихме така, че само за десет месеца да свършим работа, която иначе би отнела много повече и в крайна сметка още в понеделник, ако днес този Парламент одобри нашия доклад, да започнем преговори със Съвета. Считаю, че това е правилно и че хората ще го оценят. На 1-ви януари 2021 г. трябва да започне следващият период и трябва да има достатъчно пари за всички важни проекти за хората – от традиционните политики, пътища, жп линии, училища, водопроводи, екология до високи технологии, до умни градове и прочее. Благодаря на всички за подкрепата.

Constanze Krehl, Berichterstatterin. – Herr Präsident! Ich möchte noch einmal ganz kurz auf einen Aspekt der Debatte eingehen, nämlich die Frage der Flexibilität zwischen den Fonds und anderen Programmen der Europäischen Union. Wir schlagen Ihnen in unserem Kompromiss vor, dass die Regionen beispielsweise Forschungsprojekte, die nicht unter Horizon finanziert werden können, weil möglicherweise das Budget nicht reicht, durch die Strukturfonds finanzieren können. Wir schlagen Ihnen vor, dass bis zu einem bestimmten Limit die Regionen mit InvestEU zusammenarbeiten können. Und wir schlagen Ihnen vor, dass wir einen angemessenen Beitrag, nämlich vier Milliarden Euro, zur *Connecting Europe Facility* transferieren werden. Und wir schlagen Ihnen ebenfalls vor, dass wir auch zwischen den Fonds eine ausgewogene Flexibilität haben, die es den Regionen ermöglicht, zielgenau in Projekte zu investieren. Das heißt für uns: für bessere Effizienz – ja, aber wir wollen nicht, dass die Kohäsionspolitik durch weitere Transfers gekürzt wird.

Wir werden heute über eine moderne Kohäsionspolitik für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union abstimmen. Und deswegen möchte ich bei meinen Kolleginnen und Kollegen werben, die Zustimmung zu geben zu dem Bericht, den Herr Novakov und ich vorlegen. Ich möchte mich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit mit den Schattenberichterstatterinnen, mit den Kolleginnen und Kollegen bedanken. Ich möchte mich beim Sekretariat, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Fraktion und den Kollegen bedanken. Das war eine tolle Zusammenarbeit.

Ich denke, wir schlagen ein gutes Ergebnis vor, von dem wir wirklich auch sagen können, dass es zum Wohle unserer Regionen, zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner in den Städten und Gemeinden ist. Lasst es uns anpacken! Lasst uns dann auch die Verhandlungen, den Trilog mit dem Rat beginnen, damit die Regionen so früh wie möglich Planungssicherheit bekommen.

El presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar hoy.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento interno)

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A Bizottság hét alapot magában foglaló, közös rendelkezésekről szóló rendeletjavaslata mérföldkő a 2020 utáni kohéziós politikában és az uniós költségvetésben. A kohéziós politika az Unió legfőbb befektetési politikája, hasznossága és jelentősége minden tagállam számára igen nagy. Elfogadhatatlan ezért a Bizottság azon javaslata, mely csökkentené a kohéziós politika költségvetését, és megnehezítené a tagállamok számára a forrásokhoz való hozzáférést, például az előfinanszírozási, társfinanszírozási szintek emelése vagy éppen a makrogazdasági feltételezés intézménye révén. A parlamenti egyeztető folyamat során örömmel tapasztaltam, hogy a képviselő kollégák többsége egyetértett azon javaslataimmal, melyek a kohéziós politika költségvetésének fenntartására, az előfinanszírozási, társfinanszírozási szintek tagállamokra rótt terheinek mérséklésére irányultak. Továbbra sem tudok azonban egyetérteni azokkal a javaslatokkal, melyek a bevándorlók integrációját kohéziós forrásokból akarják támogatni, ezért a mai szavazás során az ilyen irányú javaslatok ellen fogok szavazni.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A chamada «condicionalidade macroeconómica» esteve e está na base da chantagem e da ameaça de sanções aos Estados, como a feita a Portugal em 2016, com a perspectiva de suspensão dos fundos estruturais e de investimento devido ao incumprimento das metas do défice e da dívida impostas pela UE. Mas este não é o único aspeto negativo desta proposta. Com efeito, estas disposições comuns continuam a amarrar a política de coesão a outras formas de condicionalidade, decorrentes do Semestre Europeu, dos seus instrumentos (recomendações por país, planos nacionais de reformas) e da agenda neoliberal da União Europeia. Mantém-se o condicionamento das decisões sobre prioridades de aplicação dos fundos – decisões que ficam cada vez mais à margem das instituições de soberania nacionais e das necessidades específicas de desenvolvimento de cada país – e uma concentração temática em função dos objetivos estratégicos da UE, definida em função dos interesses das suas principais potências, mas alheia a

prioridades e objetivos estratégicos nacionais. Mantém-se igualmente a insuficiência dos montantes globais previstos para os fundos estruturais e de investimento. Não chega manter as verbas da «coesão» ao mesmo nível do atual orçamento, é necessário reforçá-las, para contrariar a dinâmica de divergência económica e social prevalecente no seio da UE.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A fogyatékossgal élő személyek mobilitásáról és befogadásáról, valamint a 2010-2020 közötti időszakra vonatkozó európai fogyatékossgügyi stratégia jelentéstevőjeként már 20011-ben felhívtam a figyelmet, hogy a strukturális alapok felhasználásánál meg kell erősíteni a megkülönböztetés elleni és a hozzáférést biztosító rendelkezéseket és az európai alapokat úgy kell felhasználni, hogy javuljon az árúk, szolgáltatások, valamint az épített környezet hozzáférhetősége.

A CPR jelenlegi hatályban levő rendeletéhez az EMPL szakbizottság jelentéstevőjeként számos javaslatot nyújtottam be, amik be is épültek. Kifejezetten üdvözlöm, hogy az új CPR ezeket az elemeket megtartotta, illetőleg ki is bővítette. A strukturális alapok hosszú ideje biztosítanak forrásokat a fogyatékossgal élő személyek foglalkoztatásának növelésére, befogadó oktatásuk elősegítésére. Fontos, hogy a leghátrányosabb helyzetben lévő csoportok számára is optimálisan hozzáférhetőek legyenek a források.

Mind a hét uniós alap esetében horizontális előírás kell arra, hogy senkit sem lehet fogyatékossga miatt megkülönböztetni, biztosítani kell az akadálymentes hozzáférést az uniós alapokhoz, meg kell erősíteni a fogyatékossgal élőket képviselő civil szervezetekkel való partnerséget a tervezés és a felhasználás folyamatában. Az elő- és társfinanszírozási arányokat úgy kell meghatározni, hogy a fogyatékossgal élőket képviselő civil szervezetek könnyebben forráshoz jussanak. Biztosítani kell, hogy az EU-s források az ENSZ CRPD egyezményének megfelelően valóban a fogyatékossgal élő emberek érdekében és számukra hozzáférhető módon kerüljenek felhasználásra.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A Kohéziós Politika alaprendeletének elfogadása az Európai Parlamentben fontos mérföldkő. Fontos, mert minden nehézség ellenére megőrzi a kohéziós politika alapértékeit. Megőrzi erős, szolidáris, ugyanakkor jövőbe tekintő, hatékony fejlesztéspolitikának az egész Unió számára. A vita kezdetén ez egyáltalán nem volt magától értetődő. A tervezethez beadott módosító javaslataimmal magam is arra törekedtem, hogy a kohéziós politika a jövőben is az Unió tagállamainak és régióinak összetartozását szolgálja. Továbbra is játsszon döntő szerepet az EU kiegyensúlyozott gazdasági, társadalmi és területi fejlődésében. Nézzem szembe az olyan kihívásokkal, mint a globalizáció és a klímaváltozás. Ugyanakkor, ne felejtkezzen meg a kitaszítottakról, szegényekről, a szegénységben élő gyermekekről – még akkor sem, ha egy-egy tagállam kormánya, mint az Orbán rezsim is, nem törődik velük. A Parlament tervezete eleget tesz ezeknek a követelményeknek, ezért támogatom azt. Egyben sürgetem a Tanácsot, és az Európai Bizottságot, hogy tegyen meg mindent azért, hogy a jogszabályról mihamarabb egyetértésre jusson. A regionális fejlesztés ugyanis a polgárok számára egyik leginkább látható, közvetlenül lakóhelyükön is megélhető közös politikánk. Legyünk büszkéek a teljesítményre, arra, amit az EU a strukturális alapokon keresztül polgárai jobb életéért tesz. És beszéljünk róla a választóknak az előttünk álló kampányban, hogy az önző, EU-ellenes politikusoknak ne legyen esélye az Uniót szétrombolni.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Herzlichen Dank den BerichterstellerInnen für die gelungene Arbeit. Die Schwerpunkte im EU-Budget müssen sich endlich ändern. Wir müssen weg von der sturen Investition in Kühe, hin zu nachhaltigen Investitionen in die Zukunft. Die Vorschläge der Kommission, zusammen mit dem Bericht des Europäischen Parlaments, sind wichtige Schritte dahin. Insbesondere Vereinfachungen und eine Entbürokratisierung sind bei der Vergabe von Regionalförderung essentiell. Die europäische Kohäsionspolitik stellt ein einzigartiges Investitionsinstrument für Regionen auf EU-Ebene dar, und zwar für alle Regionen! Mir ist es wichtig, dass dieses Prinzip auch weiterhin gilt! Die Kohäsionsmittel zielen darauf ab, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern. Die Kohäsionspolitik ist somit ein starkes, sichtbares Solidaritätszeichen der Europäischen Union. Es gibt nach wie vor gravierende Entwicklungsunterschiede in europäischen Regionen, damit meine ich die Low-growth- und Low-income-Regionen. Diese Unterschiede können wir mit effektiver Kohäsionspolitik verringern. Um das zu garantieren, dürfen aber a) die Mittel nicht weiter gekürzt werden und b) dürfen diese auch nicht an die makroökonomische Konditionalität gekoppelt sein.

Soraya Post (S&D), *in writing*. – Working on structural funds and the CPR, my main goal was to ensure that the relevant funds become a tool to protect, develop and empower people. I wanted to ensure that the future projects financed by these funds will be as inclusive and as non-discriminatory as possible and that they will enable better life prospects for everybody in the EU. Through the non-discriminatory outreach of these funds, we can hopefully eradicate poverty, one of the greatest challenges in the EU today, and achieve the SDGs, thereby making our society a sustainable one. I am happy to see that so many of my amendments to this end were taken on board by the REGI Committee. I am relieved to see that the elimination of poverty has been designated as one of the goals of CPR, similarly to the achievement of the SDGs. I am also proud to see that my call for a stronger gender aspect in all dimensions and stages of the relevant programmes was incorporated into the text. And finally, I am happy to read that my push for more transparency was heard.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Európske štrukturálne fondy sú pre mnohé členské štáty, aj pre Slovensko, hlavným zdrojom investícií. Keď Slovensko vstúpilo do EÚ v roku 2004, naše HDP na obyvateľa EÚ sa pohybovalo na úrovni 40 %. Dnes sme na úrovni okolo 80 %, a to je aj výsledok fondov, ktoré boli investované do dopravnej infraštruktúry, sociálnej a zdravotnej, ale aj do podpory pri vytváraní nových pracovných miest a do ochrany životného prostredia. Pri tvorbe rozpočtu na sedemročné obdobie po roku 2021 a po vystúpení Veľkej Británie z EÚ boli obavy, ako sa bude tvoriť rozpočet pre kohéznú politiku, o koľko sa bude krátiť. Som veľmi rada, že poslanci prichádzajú s navýšením rozpočtu o 16 %, pretože pochopili naliehavosť vyrovnávania regionálnych rozdielov v každom členskom štáte. Menej rozvinuté regióny by mali naďalej profitovať z výraznejšej podpory EÚ. Fondy výrazne podporia inovácie, digitalizáciu, energetickú sebestačnosť, či vedu a výskum. Dobrou správou je aj výrazné zjednodušenie administratívnych podmienok pri podávaní žiadostí a pri čerpaní eurofondov.

(Se suspende la sesión a las 11.54 horas a la espera del turno de votaciones)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 12.01 Uhr wieder aufgenommen.)

8. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich sagen, dass wir in den letzten Monaten sehr viele Geschäftsordnungsanträge kurz vor den Abstimmungen haben, die am Ende keine waren.

Ich will keinem der Anliegen, die da gelegentlich geäußert werden, in irgendeiner Form zu nahe treten, meistens unterstütze ich sie sogar aus ganzem Herzen. Aber ich jedenfalls gedenke das so zu handhaben, dass ich jedem das Wort entziehe, der sich nicht zur Geschäftsordnung meldet.

Ich möchte Sie deshalb bitten, zu Beginn Ihrer Wortmeldungen den Grund Ihrer Wortmeldung zu nennen und die entsprechende Bestimmung der Geschäftsordnung.

8.1. Tagungskalender des Parlaments für 2020 (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

Daniele Viotti (S&D). – Chiedo scusa, Presidente, non ricordo il numero dell'articolo del regolamento, se vuole glielo faccio per iscritto. Vorrei chiedere alla Presidenza di poter verificare il dibattito che c'è stato ieri con il Presidente del Consiglio italiano Conte, perché dopo il mio intervento sono stato pesantemente offeso dai banchi della Lega o del Movimento 5 Stelle, non so quali, per cui chiederei di verificare esattamente cosa è stato detto da quei banchi, visto che anche il Presidente Tajani è dovuto intervenire.

Der Präsident. – Herr Kollege Viotti, das war zweifellos zur Geschäftsordnung. Wir werden es überprüfen.

8.2. Europäische Fischereiaufsichtsagentur (A8-0037/2019 - Lidia Joanna Geringer de Oedenberg) (Abstimmung)

8.3. Einführung eines EDV-gestützten Systems zur Beförderung und Kontrolle der Beförderung verbrauchssteuerpflichtiger Waren (A8-0010/2019 - Kay Swinburne) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung:*

Kay Swinburne, Rapporteur. – Mr President, under the Rules of Procedure, I'd like to request referral back to the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) for interinstitutional negotiations.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

8.4. Auf die Drittwirkung von Forderungsübertragungen anzuwendendes Recht (A8-0261/2018 - Pavel Svoboda) (Abstimmung)

8.5. Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung für den Zeitraum 2021-2027 (Programm „Pericles IV“) (A8-0069/2019 - Dennis de Jong) (Abstimmung)

8.6. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0053/2019 - David Martin) (Abstimmung)

8.7. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (Entschließung) (A8-0048/2019 - David Martin) (Abstimmung)

8.8. Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0054/2019 - David Martin) (Abstimmung)

8.9. Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (Entschließung) (A8-0049/2019 - David Martin) (Abstimmung)

8.10. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0020/2019 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)

8.11. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (Entschließung) (A8-0023/2019 - Antonio López-Istúriz White) (Abstimmung)

8.12. Vertrag zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft (A8-0022/2019 - Karima Delli) (Abstimmung)

8.13. Bericht 2018 über Bosnien und Herzegowina (A8-0467/2018 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Cristian Dan Preda, Raportor. – Domnule preşedinte, este vorba despre o actualizare cu caracter strict tehnic. Citesc textul acestui amendament oral:

„Takes note of the Central Election Commission decision on allocation of seats in the Federation House of Peoples, adopted on 18 December 2018, and calls on all political actors to address the remaining legal gaps in the Bosnia and Herzegovina elections law in a systematic way”.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

8.14. Gemeinsame Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Haushaltsvorschriften für diese Fonds (A8-0043/2019 - Andrey Novakov, Constanze Krehl) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung über den Vorschlag der Kommission:*

Andrey Novakov, Rapporteur. – Mr President, in accordance with Rule 59(4) I would like to request referral back to the committee to start interinstitutional negotiations. Thank you all for your support. It's a small step for each of us, but it's a big jump for Parliament.

(Applause)

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

8.15. Programm „Justiz“ (A8-0068/2019 - Josef Weidenholzer, Heidi Hautala) (Abstimmung)

— *Nach der Abstimmung über den Vorschlag der Kommission:*

Josef Weidenholzer, Berichterstatter. – Ich beantrage die Rücküberweisung in den zuständigen Ausschuss, um die interinstitutionellen Verhandlungen beginnen zu können.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

8.16. Stand der Debatte über die Zukunft Europas (A8-0427/2018 - Ramón Jáuregui Atondo) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Ramón Jáuregui Atondo, ponente. – Señor presidente, solo un minuto para informar al Pleno de que el informe que vamos a votar, señorías, responde al debate que el señor Juncker nos planteó hace dos años, cuando nos propuso una serie de escenarios sobre el futuro de Europa. La respuesta del Parlamento Europeo a ese debate está en gran parte en este informe, que también recoge las aportaciones que han hecho los jefes de Estado y de Gobierno que han comparecido ante esta Cámara.

Yo quiero aprovechar para agradecer al presidente Tajani una iniciativa que fue muy acertada para este Parlamento, y quiero señalarles que quiero dar también las gracias a Elmar Brok, a Maite Pagazaurtundúa, a Pascal Durand, a Barbara Spinelli y a Fabio Castaldo, que han sido compañeros de este informe.

Y simplemente, señorías, quería decir que, si hay un resumen para lo que vamos a aprobar hoy aquí, es que Europa tiene que hacer juntos lo que solo podemos hacer juntos. La idea es una línea gruesa de mayor y de mejor integración para el futuro de Europa.

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

9. Stimmerklärungen

9.1. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0053/2019 - David Martin)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, I abstained today on the EU-Singapore Free Trade Agreement (FTA) as I did at committee stage. While I recognise the strategic importance of our relationship with Singapore and the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) region, and concerns about the liberalisation of our public services have been lessened thanks to the use of a positive list, this is a missed opportunity on labour rights.

Trade agreements are a key means of setting the rules of the globalisation game and the Singapore FTA sets that bar too low. Even at the eleventh hour, Singapore hasn't fully committed to ratifying the core International Labour Organisation Conventions, providing the most basic rights. Meanwhile, labour-rights activists in Singapore, like Jolovan Wham, face tough justice fighting for rights for the most vulnerable workers, migrant workers. Today I stand with him, and I call for substantive change, not more rhetoric.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem naopak tuto dohodu podpořil a jsem velmi rád, že jsme schválili další dohodu o volném obchodu s další zemí. Naší filozofií, filozofií EU v mezinárodním obchodu musí být principy liberalismu, principy volného obchodu, nikoliv protekcionismus. Já jsem přesvědčen, že brzo uvidíme, jaký blahodárný důsledek tato dohoda bude mít na obchodní vztahy mezi EU a Singapurem. Až za pár let budeme tuto dohodu vyhodnocovat, tak uvidíme – a to si dovolím to takto tvrdit – zvýšení obchodu a investic mezi EU a Singapurem. Bude to mít podobný dopad, jako když jsme nedávno vyhodnocovali dohodu o volném obchodu s Jižní Koreou, která také přispěla k tomu, že se obchod mezi EU a Jižní Koreou zněkolikanásobil. Takže to vítám a prosím, buďme v tom odvážnější, přijměme takovéto dohody i s ostatními našimi obchodními partnery.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, it was almost exactly 200 years ago that an erratic and romantic British colonial officer called Sir Stamford Raffles landed in what's now Singapore. Its population then was 120 Malays and 30 Chinese. It had zero resources except its natural harbour.

Now there are 5.6 million Singaporeans enjoying the eighth highest per capita GDP in the world. How did they manage that? This is a place with zero resources. They have to import their food, their drinking water, their electricity. What was the magic ingredient that transformed those swampy mangrove trees into the gleaming skyscrapers that we see today? Simply this: unilateral free trade. Singaporeans invited the traffic and commerce of the world unconditionally, without waiting for reciprocity, and they especially did so after 1965, following an acrimonious split with their largest neighbour. It was the moment, as Lee Kuan Yew was to put it, when they plugged into the global economic grid. And that is the opportunity for Britain or any other country in the world: simply remove the obstacles between businesses and their customers.

9.2. Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0048/2019 - David Martin)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, così come già ho fatto in commissione per il commercio internazionale, ho votato contro l'accordo di commercio tra Unione europea e Singapore e ovviamente anche contro la risoluzione. Le ragioni sarebbero moltissime da elencare. Mi soffermo in particolare su quella che è indicata in questo cartello (*l'oratore ha esposto un cartello nell'emiciclo*), che abbiamo segnalato anche attraverso una serie di emendamenti del gruppo GUE/NGL che sono stati tutti respinti.

Il sistema ISDS, anche se ridenominato ICS, in realtà va a creare di fatto Corti arbitrali che garantiscono soltanto il diritto degli investitori. A questo si aggiungono l'assenza di misure vincolanti sul rispetto delle emissioni globali, l'assenza di misure e di riconoscimento delle convenzioni internazionali sul lavoro, e la scarsa protezione dei nostri prodotti. Sono tantissime le ragioni per aver votato contro questo accordo tra Unione europea e Singapore.

9.3. Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Singapur (A8-0054/2019 - David Martin)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, this Investment Protection Agreement between the EU and Singapore will benefit only those who have already benefited the most from globalisation. It will create new privileges for multinationals in 16 EU Member States and it fails to remove the privileges that already exist in the other 12. Because it provides special access to justice for foreign investors it directly attacks the fundamental principle that we should all be equal before the law, no matter how rich or poor we are, and there's no economic argument to support it.

The Commission has never been able to demonstrate any link between the investment court system (ICS) and investment flows – because there isn't one. Another way is possible. The argument that you need ICS to eradicate investor-state dispute settlement (ISDS) arrangements is disingenuous, as the German Bilateral Investment Treaty shows. I fundamentally object to any kind of privileged justice for multinationals and I therefore voted against this agreement today.

9.4. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur (EntschlieÙung) (A8-0023/2019 - Antonio López-Istúriz White)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, I voted in favour on the conclusion of the Partnership and Cooperation Agreement (PCA). The agreement provides a strong impetus for greater engagement between the EU and Singapore and the south-east Asia region in general. It aims to remove nearly all custom duties, to get rid of overlapping bureaucracy, to improve trade for goods, white electronics, wool products and pharmaceuticals, and to encourage EU companies to invest more in Singapore and Singaporean companies to invest more in the EU.

The PCA supports people-to-people exchanges, including academic mobility under the Erasmus Mundus programme, and facilitates the further development of cultural exchange in order to increase mutual understanding and knowledge of our respective cultures. Last but not least, the conclusion of the PCA can be used by the EU to further encourage the Singapore authorities to take decisive steps to improve the human rights record in their country.

9.5. Bericht 2018 über Bosnien und Herzegowina (A8-0467/2018 - Cristian Dan Preda)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, l'hystérie du *shutdown* américain à peine retombée, c'est un autre *shutdown* qui, au début du mois, laissait des milliers de Bosniens sans défense face au déchaînement de la nature.

L'incapacité des autorités à faire face à l'une des inondations les plus spectaculaires de ces dernières années n'est que le symptôme d'un mal plus profond: celui de l'impasse d'un État multiethnique et donc multi-conflictuel. Impasse aggravée par un processus d'élargissement européen qui, aux yeux de bien des citoyens des Balkans occidentaux, manque tant de clarté que d'intégrité. En 2017, ils n'étaient plus que 19 % à croire à une adhésion prochaine de leur pays à l'Union européenne et 42 % à considérer cette issue comme positive. Pour beaucoup, le triomphe de Vladimir Poutine à Belgrade le démontre: l'avenir s'inscrit entre Chine et Russie, où ils croient trouver des conditions propices à une coopération de bonne foi.

Faute d'avoir le courage de clore le chapitre de l'élargissement, Bruxelles risque de creuser un abîme de ressentiment et de frustration.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – **Herr talman!** Bosnien och Hercegovina har gjort stora framsteg som borde uppmärksammas. Bland annat har landet antagit flera smärtsamma reformer av den typ som just nu skakar den franska regeringen. Dock finns det fortfarande väldigt mycket att göra. Vi vill se en förbättrad rättsstat, en effektivare förvaltning, ett avpolitiserat domstolsväsende och friare media. Just därför är det viktigt att EU fortsätter att stödja landet, fortsätter att stödja reformprocessen, erbjuder långsiktigt EU-perspektiv och hjälper till med administrativt och finansiellt stöd till landet, som hittills. Betänkandet är väl avvägt och visar en realistisk bild av landet. Därför stöder jag det.

9.6. Gemeinsame Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie Haushaltsvorschriften für diese Fonds (A8-0043/2019 - Andrey Novakov, Constanze Krehl)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Rosa D'Amato, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi è un giorno davvero importante: il Parlamento nella sua votazione in Plenaria ha cancellato il dannosissimo principio della macrocondizionalità economica, ovvero la possibilità di sospendere i fondi per uno Stato che devia dai diktat economici della Commissione, sovvertendo peraltro il voto della commissione per lo sviluppo regionale.

Mi rallegro in quanto si tratta di un cambio di paradigma importante e di una presa di posizione e di coscienza di alcune regole stupide e penalizzanti per i nostri territori, che quindi non hanno motivo più di esistere. Adesso dobbiamo stare attenti, molto attenti, nei triloghi, affinché il Consiglio non sia pressato dai falchi dell'austerità e non modifichi ancora il testo con la complicità, magari, di alcuni gruppi del Parlamento.

Nella relazione ci sono anche molti altri elementi positivi. Si aumenta la dotazione finanziaria totale della politica di coesione, proponendo un progetto di bilancio più ambizioso di quello proposto dalla Commissione: da 378 miliardi a fronte di 322. Grazie ai nostri emendamenti abbiamo difeso e ottenuto anche il principio di territorialità nella politica di coesione. Se ci saranno – a discrezionalità dello Stato membro, però – questi trasferimenti verso strumenti come investEU, gli investimenti dovranno rimanere nella stessa categoria di regioni, ovvero negli stessi territori da dove provengono le risorse.

Anche la quota di cofinanziamento europea, fondamentale per la liquidità delle regioni e degli enti locali, e dunque far iniziare i progetti, è stata innalzata in maniera significativa, in particolare per le regioni meno sviluppate, dunque tutto il Mezzogiorno d'Italia, dal 70 % proposto dalla Commissione all'80 %.

Anche dal punto di vista ambientale e sociale ci sono diversi passi in avanti rispetto alla programmazione 2014-2020. Abbiamo dunque votato convintamente la relazione e ci prepariamo al confronto con il Consiglio e con la Commissione,

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señor presidente, quería mostrar mi satisfacción por la aprobación de la posición del Parlamento en una normativa tan importante como son las disposiciones comunes relativas a los Fondos Estructurales Europeos: al Fondo Europeo de Desarrollo Regional, al Fondo Social Europeo, al FEMP y al Fondo de Cohesión.

Me alegra especialmente porque hay un incremento de un 14 % sobre la propuesta de la Comisión. No es justo que las nuevas políticas, los nuevos objetivos, se tuvieran que abordar con el recorte de la política agrícola y la política de cohesión. Por eso mi satisfacción y mi voto favorable a esta propuesta del Parlamento Europeo.

También que los fondos contribuyan en un 30 % a los objetivos de la lucha contra el cambio climático creo que es un acierto de las propuestas de este Parlamento, así como que haya una mayor asignación de recursos por parte de los Estados para abordar el *Brexit*, y finalmente muy contenta de que el artículo 15, la macrocondicionalidad económica, haya quedado definitivamente cerrado por este Parlamento.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, votei hoje a favor de que a condicionalidade macroeconómica seja excluída dos fundos de coesão, porque, para além de sofrerem já as consequências da austeridade, os nossos povos vão sofrer ainda mais consequências devido à imposição do défice, depois de se ter reduzido os serviços públicos na sequência do mandato de Bruxelas, quer se trate da saúde, dos serviços para as pessoas idosas ou a política de trabalho, o que afeta muitas pessoas no meu país, a Galiza.

Também votei a favor das redes de segurança para o meu país não perder financiamentos pela mudança de categoria. Mas os fundos não são suficientes. Os trólogos poderiam voltar a ser decisivos para evitar a desigualdade, nomeadamente a desigualdade económica.

Franc Bogovič (PPE). – Z velikim veseljem sem podprl skupne določbe o kohezijskih skladih, kajti kohezijska politika je tista politika, ki uresničuje princip solidarnosti v Evropi.

S to politiko gradimo avtoceste, železnice, ceste, vodovode, kanalizacijo. Približamo se malemu človeku in preko te politike, ki je vezivo Evropske unije, tudi vsak posameznik spozna dobrobiti Evropske unije.

Veseli me, da smo uspeli v Parlamentu povečati sredstva za to kohezijsko politiko nazaj na raven, ki je bila že v prejšnji kohezijski politiki, kajti predlog Evropske komisije, ki je za 14 % zmanjšal to politiko, je zame povsem nesprejemljiv.

Ključno v nadaljevanju je, da vse naredimo za to, da se bo v trialogu delalo na tem, da bo ta politika postala čim bolj poenostavljena, kajti komplicirana evropska politika je velik problem tudi za države članice.

Države članice pa morajo poskrbeti, da bodo usposobljene tako na državni ravni, da bodo usposobljene na regijski ravni, na občinski ravni, da ne bo prišlo do zaostajanja in pa počasnega izplačevanja teh sredstev. To je velik problem za Evropsko unijo, če se ta sredstva ne koristijo dovolj hitro.

Maria Gabriela Zoană (S&D). – Domnule președinte, este necesar pentru viitorul Uniunii Europene și al cetățenilor săi ca politica de coeziune să rămână principala politică de investiții a Uniunii menținând finanțarea acesteia în perioada 2021-2027 cel puțin la nivelul celei din perioada de programare 2014-2020. Propunerea Comisiei prevede un buget mai mic însă: 330,6 miliarde de euro pentru politica de coeziune, față de perioada precedentă. Parlamentul a decis ca alocarea pentru politica de coeziune să rămână, în termeni reali, la același nivel ca în perioada 2014-2020.

Susțin majorarea cu 47,5 miliarde de euro, precum și propunerea ca regiunile mai puțin dezvoltate să fie sprijinite cu ajutorul a 224,4 miliarde de euro prin intermediul Obiectivului investiții pentru ocuparea forței de muncă și creștere economică, iar 46,3 miliarde de euro să fie alocate statelor membre care beneficiază de sprijin din fondul de coeziune. Pe de altă parte, este important să fie păstrat nivelul corespunzător de cofinanțare și susțin oferirea unei marje de manevră mai mari prin prevederea de rate mai ridicate de cofinanțare acolo unde este cazul, mai exact să existe rate de cofinanțare de 85 % pentru regiunile ...

(Președintele a întrerupt vorbitoarea)

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem chtěl dnes hovořit poměrně pozitivně. Musím říci, že jsem ovšem z toho hlasování poněkud rozpačitý. Já samozřejmě vítám zjednodušení, ke kterému dochází v rámci této legislativy. Samozřejmě i vyšší míra pružnosti, tu také akceptuji, já jsem dokonce podporoval návrh ECR týkající se ještě vyšší míry pružnosti, nicméně musím vyjádřit rozpaky nad tím, že právě byla vyškrtuta ta makroekonomická podmíněnost, ta kondicionalita. Pokud se státy zadluží a potom ještě do jejich rozpočtu budou přispívat evropské peníze, to si myslím, že není správná cesta. Musíme se chovat jako rozumní hospodáři. Tento návrh, pokud prošel, tak já jsem skutečně zvažoval, že budu hlasovat proti tomuto návrhu. Já doufám, že se návrh ještě změní v rámci dialogu. Zároveň chci samozřejmě přivítat ty pozitivní momenty, o kterých jsem hovořil, a například i to, že na klimatické změny je vyhrazeno 30 % v tom podílu. A také to, že jsme uhájili nepoklesnutí kohezní politiky v rozpočtové obálce, ale kondicionalita pokud vypadla, to je pro mě zásadní problém.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, mesmo que a macrocondicionalidade tenha sido retirada, o meu voto é contra este relatório porque não há uma mudança clara na orientação dos fundos. Não há uma mudança clara para apoiar os setores produtivos do meu país. Não há uma mudança clara para apoiar as pequenas e médias empresas. Não há uma mudança clara para apoiar os sistemas públicos de saúde ou de ensino. Por outro lado, se continuamos com estes orçamentos desmantelamos os sistemas públicos de pensões, continuaremos reduzindo o serviço público e engordando os interesses do capital. Estas são as razões pelas quais votei contra este relatório.

9.7. Stand der Debatte über die Zukunft Europas (A8-0427/2018 - Ramón Jáuregui Atondo)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Gerolf Annemans (ENF). – Voorzitter, omdat ik een parlamentslid ben dat kritisch staat tegenover de mijns inziens ondemocratische federale evolutie van de Europese Unie – een Unie die wordt opgestuwd en voortgetrokken door federalisten en centralisten, onder meer met verslagen zoals dit hier – heb ik tegen dit verslag-Atondo over de toekomst van Europa gestemd.

Ik zou evenwel ook voor hebben kunnen stemmen, omdat het een nuttig document is. Want men kan het volgens mij zeer nuttig gebruiken om burgers die gaan stemmen voor het Europees Parlement, de ogen te openen. Dit verslag is een afschuwwekkend boodschappenlijstje van waar de EU-federalisten mee bezig zijn, wat hun wilde en op sommige punten wildste plannen zijn met iets dat als samenwerking tussen de Europese volkeren begonnen is, maar dat dreigt te eindigen in een orgie van machtsconcentratie in handen van mensen die een wereldvreemd en door de burgers helemaal niet gewenst bouwwerk willen optrekken, desnoods tegen de wil van de bevolking in.

Ik ga in ieder geval campagne voeren met dit verslag-Atondo op zak.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedavajući, kao izvjestiteljica za mišljenje ECON-a o budućnosti Europske unije istaknula sam važnost dovršetka bankovne unije i unije tržišta kapitala i to posebno zbog neophodnog otvaranja povoljnih izvora financiranja *start-upovima*, malim i srednjim poduzetnicima, osobito manje razvijenim državama članicama u kojima su izvori financiranja još uvijek puno skuplji nego u onim razvijenijima, što onemogućava podizanje njihove konkurentnosti koja je izuzetno bitna za kvalitetno sudjelovanje na jedinstvenom tržištu.

Posebno sam pozvala na jačanje financiranja država članica izvan eurozone koje moraju podići produktivnost, konkurentnost, stvarati kvalitetna i dobro plaćena radna mjesta jer su snažna ekonomija i poboljšan životni standard ljudi u tim državama članicama najbolja priprema za ulazak u eurozonu.

Jan Zahradil (ECR). – Pane předsedající, řekněme si tady úplnou pravdu. Tady přece žádná debata o budoucnosti Evropy neprobíhá. Tady probíhá imitace debaty o budoucnosti Evropy, tady se markýruje debata o budoucnosti Evropy a tady vystupují zástupci evropských socialistů, lidovců a liberálů s jediným narativem – více Evropy, více Evropy, ještě více Evropy. Když sem přijde někdo, kdo to vidí trochu jinak, jako včera například italský premiér, tak ho tento sbor málem vypíská, téměř ho nenechá mluvit a samozřejmě Evropský parlament si z toho potom vybere to, co se mu nejvíce hodí, tzn. hlasování kvalifikovanou většinou, posilování federalizačních prvků v architektuře EU, sjednocování zahraniční politiky atd. Tohle není cesta k budoucnosti Evropy a já vám garantuji, že s touto politikou narazíte do zdi v květnu 2019 v evropských volbách. Samozřejmě jsem pro to hlasovat nemohl.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.15 Uhr unterbrochen.)

PŘEDSEDNICTVÍ: PAN PAVEL TELIČKA

místopředseda

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.00)

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Gerechte Besteuerung für eine faire Gesellschaft (Aussprache über ein aktuelles Thema)

President. – The next item is the topical debate (Rule 153a) on fair taxation for a just society (2019/2560(RSP)).

I should like to inform Members that this debate does not include time for the catch-the-eye procedure and that no blue cards will accepted.

Jeppe Kofod, author. – Mr President, tax evasion in the EU costs Member States EUR 825 billion every single year. This is theft from hard-working people, pure and simple. From 1997 to 2017 the average company tax rate in Europe fell from over 35% to under 22%.

Digital companies pay even less in taxes – only 9.5% on average according to the Commission's figures. Internet giants – like Apple, Google and Facebook – pay practically zero tax on their European businesses. Apple famously paid only 0.005% in taxes, while Google and Facebook paid 0.82% and 0.03%. This is not only making a mockery of ordinary citizens and regular companies in Europe who are paying their fair taxes to contribute to society, but it is an existential threat to well-functioning welfare states, societal fairness and a sustainable transition in Europe.

We Socialists and Democrats want to stop international tax evasion and avoidance that also accelerates inequalities in the world today. We know that 26 people owe as much as EUR 3.8 billion – half of the world's population – according to new figures. We want tax justice and we want it now. We have put forward concrete solutions to achieve that and the EU needs to take the lead. We want a fair and urgent taxation of the internet giants who profit from European customers but pay almost no tax in Europe. We want an effective minimum corporate taxation in Europe to stop the harmful race to the bottom on corporate taxation. We also want a financial transaction tax to stop harmful speculation and to ensure much-needed taxes to fund public services. It is time for tax havens – even the European Council – to stop defending the broken tax system of yesterday. It's time to stand up for fair taxation and demand that all companies, especially the largest and richest of them – the digital giants – contribute to society.

We Social Democrats of course support the OECD solution to the problem of taxing digital companies, but we will not wait forever and we will not sit idle and silent while the richest and biggest companies in the world continue to pay less than 1% tax in Europe. We reject the false argument that EU Member States should not take the lead in stopping the non-taxation of digital giants. How on earth can opponents of the EU solution claim that 36 members of OECD and 128 members of the Inclusive Framework will reach a decision faster than the 28 Member States in the EU when they themselves are blocking progress in the European Council?

The clock is ticking. We know that. France, Italy, Spain, the UK and Austria all have plans for national taxation of digital giants, as they should. Blocking an effective EU solution to the problem of the non-taxation of digital giants will not prevent uncoordinated action on this. It will actually ensure uncoordinated action. We have a workable EU solution to fairly tax digital giants on the table. We have stated clearly that if and when an OECD solution is adopted, this solution would immediately take its place.

But, honestly, do you really think for a second that Donald Trump will fight for fair taxation of companies? Because he needs to support the OECD solution too. Do you trust a deal with the man who pulled out of the Paris Agreement and a G7 statement via tweets? This is a choice that the politicians of Europe must make now. Do we want to act and force internet giants to pay their fair tax in Europe or do we just want to wait and hope someone else will find a solution, while the countries of Europe are losing billions in taxes? We Socialists and Democrats have a clear message to the governments imposing fair taxation. Stop defending your richest companies who pay little tax. Start defending European citizens and welfare states. This is your job. Now it's time to do it.

George Ciamba, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I am grateful for the opportunity to make a contribution to the discussion on the fair taxation for a just society, which is a very important topic for all of us. A year ago the European Parliament had a topical debate on a similar question. This proves that we want, and we have to address tax issues on several occasions.

While the EU needs to guarantee the prosperity and well-being of its citizens, collecting tax remains one of the key means through which governments are able to address poverty and inequality at national level. Some may say that the EU could do more in the area of taxation, but I'd like to recall the progress that has been achieved so far over the last few years in this area, and we assure you that the Romanian Presidency will continue work in this direction.

Allow me to recall first of all the Anti-Tax Avoidance Directive, which is a major success in the EU, providing for a comprehensive framework of anti-abuse measures aimed at ensuring that taxation will occur where value is created. There were also four significant extensions of the scope of administrative cooperation in the area of direct and indirect taxation. Tax rulings issued to companies will not be a secret anymore. Tax authorities are now able to receive and exchange information on country-by-country reports. Administrative cooperation in the area of VAT was also reinforced.

Fair taxation also depends on international cooperation. As you are aware, global cooperation is key to combating base erosion and profit-shifting. For the EU, the list of non-cooperative jurisdictions and the work at the OECD level on digital economy taxation are two examples of successful international cooperation that has been established and that is contributing to the objective of fair taxation.

Firstly, on the EU list of non-cooperative jurisdictions. Aggressive tax planning through the offshore system is detrimental to fair taxation and to a just society. However, all countries are free to adopt the tax policy that suits their specific needs. Tax policy is one of the key elements of national economy policy and each country has the right to choose tax incentives to make its economy more attractive. But when tax incentives are harmful, others should be free to adopt appropriate counter-measures.

The EU Member States operating through the Code of Conduct Group were able to have a contribution to changing the behaviour of most of the tax havens. The Council has always stated that listing countries is not an objective in itself, and that most fundamental is that jurisdictions which are key partners of the EU share the same standards of tax transparency and good tax governance. Most of the more than 90 jurisdictions which were invited for a dialogue, and which are important partners for the EU, are adhering to the standards common to EU Member States. I think this is a major achievement, and this work will continue. More jurisdictions will be invited to engage in a similar dialogue in the near future.

Secondly, on the digital economy, EU Member States are working closely with the OECD to find a global and comprehensive solution to the challenges brought about by the digitalisation of the economy. A broad approach is needed, examining the key aspects relevant to combating base erosion and profit-shifting, such as where tax should be paid and how much.

The EU is working hard on an interim solution. The digital services tax directive would fill the gap while the long-term solution is being negotiated. We are likewise acting in the domain of VAT, where major progress has been achieved. Besides significant improvements to the current system of VAT, the Council has now started its work on the definition system and on the definitive system.

I am fully confident that Member States will agree on a compromise. Everyone agrees that the EU needs a better system of VAT but a lot of technical work is required. I could continue with many other examples of good and promising work that are ongoing in the area of taxation.

To conclude, I will stress the need for an honest debate on tax issues, and I am glad that we have a contribution to that today.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, bonjour à toutes et à tous, je suis très heureux de cette opportunité de débattre à nouveau ensemble sur un thème qui m'est très cher, et qui nous est cher, celui de la justice fiscale.

Près de cinq années se sont écoulées depuis que nous sommes entrés en fonction et nous approchons de la fin de notre mandat, tant pour le Parlement que pour la Commission. Le temps des propositions arrive à son terme et le moment est venu d'évaluer les progrès que nous avons réalisés pour la justice fiscale dans l'Union européenne.

J'aimerais commencer par remercier le Parlement européen, par vous remercier tous pour votre soutien, tout au long de ce mandat. Nos deux institutions sont devenues des alliés naturels dans le combat contre la fraude et l'optimisation fiscale. Nous avons très régulièrement échangé, ici ou à Bruxelles, dans le cadre d'auditions et de différentes commissions spéciales (TAX et PANA), et les rapports que vous avez publiés ont nourri nos discussions et nos réflexions sur la justice fiscale.

Il était absolument impératif d'agir pour renforcer la justice fiscale dans l'Union européenne. Ces dernières années, les scandales à répétition ont révélé les carences de nos règles fiscales, visiblement incapables de lutter contre la fraude et l'optimisation fiscale. En plus du manque à gagner pour nos finances publiques, que l'on évalue entre 50 et 70 milliards par an dans l'Union européenne pour la seule TVA, ces scandales ont fait naître un sentiment, bien légitime, d'injustice chez les citoyens européens, qui nous ont demandé de réagir. Nous avons entendu leur appel et avons inscrit la justice fiscale tout en haut de l'agenda européen; nous avons placé, j'en suis convaincu, l'Union européenne à la pointe de ce combat.

Depuis 2014, nous avons réussi à faire adopter quatorze propositions, dont huit contre la fraude et l'optimisation fiscale. Malgré le verrou de l'unanimité, c'est plus que ces vingt dernières années.

Notre action s'est articulée autour de trois priorités.

Le premier pilier pour la justice fiscale a été la transparence. L'absence d'information est toujours, vous l'aurez noté, au cœur des scandales fiscaux. Les fraudeurs jouent de la culture du secret, de l'espèce de zone grise qui entoure les pratiques fiscales et j'ai donc agi pour mettre un terme à l'opacité fiscale en Europe. Notre proposition la plus emblématique est sans doute l'obligation de transparence pour les intermédiaires fiscaux. Nous visons ici les banques, les cabinets d'avocats ou de conseil, qui sont souvent les grands architectes de l'optimisation fiscale et qui vendent à leurs clients des schémas fiscaux quelquefois aux frontières de la légalité. Cette directive va obliger les intermédiaires fiscaux, à partir de 2020, à transmettre leurs schémas de planification fiscale à leurs administrations fiscales nationales. L'objectif n'est pas de surveiller pour punir, mais de donner aux administrations fiscales les moyens d'identifier les failles de leur législation et de les corriger.

Ensuite, nous avons aboli le secret bancaire de l'Union européenne. Les différents scandales fiscaux – je pense notamment aux dernières révélations dites «CumEx» – ont montré que certaines entreprises, ou certains contribuables, tiraient profit du manque de coordination entre les administrations fiscales pour échapper à l'impôt, et il fallait y remédier.

Dès 2014, nous avons donc généralisé l'échange d'informations entre les administrations fiscales en Europe et celui-ci est désormais obligatoire et automatique dans la grande majorité des cas: chaque État membre doit transmettre à tous les autres les informations indispensables sur les comptes, sur les accords fiscaux entre États et entreprises, et sur les impôts payés par les multinationales dans chaque pays.

Enfin, la transparence passe par l'échange d'informations, mais aussi par un dialogue renforcé entre les États membres sur leurs pratiques fiscales et, vous le savez, le fait d'utiliser la fiscalité comme un moyen pour attirer les entreprises et les contribuables les plus nantis n'est pas l'apanage de quelques îles situées ici ou là.

Certains pays l'Union, n'ayons pas peur de le dire, défendent un cadre fiscal dans lequel la concurrence fiscale est un outil au service de la compétitivité. Et si la concurrence fiscale est légale, la concurrence déloyale, elle, ne l'est pas, ou plutôt elle ne doit pas l'être.

Nous nous sommes attaqués frontalement à ce problème. En mars dernier, la Commission a, pour la première fois, identifié sept pays membres dont les systèmes fiscaux sont utilisés dans le cadre de montages, disons, d'optimisation fiscale agressive. Le processus a été difficile, mais il était nécessaire car entre amis, il faut tout se dire. L'objectif n'est pas de punir, il n'est pas de stigmatiser, mais de contribuer à la création d'un cadre fiscal qui soit juste et moderne, qui assure la compétitivité de l'Europe au niveau mondial, tout en protégeant les intérêts des 500 millions de citoyens européens.

Le deuxième pilier de mon action pour la justice fiscale a été le renforcement de la coopération internationale. Nous savons depuis longtemps que les paradis fiscaux dans le monde sont les relais indispensables de la fraude et de l'optimisation fiscale. En réaction, les vingt-huit ministres des finances ont adopté, pour la première fois, une liste noire des paradis fiscaux dans le monde. Beaucoup étaient sceptiques, beaucoup doutaient de l'efficacité et, parfois, même de la sincérité de notre démarche. Pourtant, quelques mois après, il est clair que la voix européenne s'est fait entendre. La quasi-totalité des juridictions identifiées ont pris, et c'était là l'objectif, des engagements précis et crédibles pour sortir de la liste noire. La qualité d'une liste noire ne se juge pas à sa longueur, elle se juge aux efforts faits pour ne pas y figurer.

Et je continue la discussion avec les pays tiers. Je rencontre très régulièrement de nombreux premiers ministres et ministres qui n'avaient jamais franchi la porte de la Commission, simplement parce qu'ils redoutent le processus d'inscription sur la liste noire. Il est terriblement efficace et nous vous en présenterons les résultats en détail.

L'Union européenne s'est aussi imposée comme un leader mondial en matière de bonne gouvernance fiscale. Elle a été la première à adopter les mesures de l'OCDE qu'on appelle BEPS. Elle les a traduits dans sa législation, dans les directives anti-évasion fiscale ATAD 1 et aussi, surtout, ATAD 2. Nous participons aux travaux de l'OCDE et du G20.

Aujourd'hui, je m'intéresse particulièrement aux propositions du groupe de travail de l'OCDE, publiées fin janvier, concernant la révision des règles d'imposition des bénéfices et l'instauration, à laquelle je crois, d'un taux minimum effectif. Il faudra avancer sur ce sujet, nous devons suivre ces réflexions de très près.

Le troisième et dernier pilier de mon action pour la justice fiscale a été la modernisation des règles fiscales européennes. J'ai très tôt réalisé que l'obsolescence des règles fiscales européennes engendrait des situations d'injustice et d'inégalité fiscale intolérables. J'ai donc lancé un grand chantier pour moderniser le cadre fiscal européen. Les principaux volets de cette modernisation ont été, d'une part, le régime définitif de TVA, qui pourrait permettre, je le redis, de mettre fin à une fraude fiscale transfrontalière qui se chiffre à cinquante milliards par an, et qui simplifierait considérablement la vie de nos entreprises; et d'autre part, l'assiette commune consolidée d'impôt sur les sociétés, qui permettrait à des entreprises d'opérer dans le marché unique aussi simplement qu'à l'intérieur d'un seul pays, est aussi un très grand projet.

Un autre élément important de ma proposition est la taxation des activités du numérique. Aujourd'hui, les bénéfices, pourtant énormes, des entreprises numériques sont peu, voire pas du tout taxés dans l'Union européenne. Cette situation est évidemment inacceptable, j'ai donc présenté deux propositions pour garantir une fiscalité équitable de l'économie numérique dans l'Union européenne.

La première consiste à moderniser les règles relatives à l'impôt sur les sociétés en introduisant le concept dit de présence numérique. Et elle va prendre d'autant plus d'importance que l'OCDE s'est maintenant lancée dans la recherche de normes globales.

La seconde consiste en l'instauration d'une taxe temporaire sur le chiffre d'affaires généré par certaines activités numériques dans l'Union. Voici maintenant dix mois que la proposition de la Commission est sur la table et si nous sommes parvenus à convaincre une grande majorité d'États membres, à savoir 25 pays sur 28, une poignée de récalcitrants fait encore barrage, et je le regrette. D'une part, parce que nos concitoyens attendent que nous mettions fin à cette injustice manifeste et, d'autre part, parce que certains États membres, dont la France, l'Espagne ou encore le Royaume-Uni – qui est toujours membre de l'Union européenne – commencent à avancer seuls. Et c'est un risque pour l'intégrité de notre marché unique.

Je termine par une considération d'avenir. Le dossier dit «DigiTax» illustre bien les limites de l'unanimité. J'espère que nous aurons un accord en mars. La présidence roumaine y travaille, je l'en remercie, mais je sais que c'est compliqué. Si l'unanimité est surmontable quand il s'agit de réaction à des scandales fiscaux et lorsque la pression de l'opinion publique est forte, elle peut paralyser quand il s'agit de réformes structurelles (taxe de l'énergie, changement climatique, DigiTax, taxe sur les transactions financières, assiette commune consolidée, TVA). C'est pour cette raison que j'ai proposé, ici-même, au Parlement européen de Strasbourg, le passage au vote à la majorité qualifiée en matière fiscale, au moyen des clauses passerelles qui permettent de faire passer les domaines dans lesquels les décisions sont prises par les États membres, à l'unanimité, vers la majorité qualifiée. Très concrètement, cela permettrait à l'Union européenne de réagir plus vite et plus efficacement et cela permettrait, demain, de renforcer la légitimité démocratique des décisions fiscales prises dans l'Union européenne. Demain, soyez-en conscients, Mesdames et Messieurs les parlementaires, si le passage au vote à la majorité qualifiée était décidé, le Parlement européen serait colégislateur et les intérêts de tous les Européens seraient mieux représentés. Cela me paraît important, au moment où le désir de représentation et la soif de démocratie des Européens sont si forts.

C'est la raison pour laquelle – je sais qu'il y a des élections qui arrivent –, je suggérerais modestement aux partis politiques de se pencher sur cette question: s'il y avait demain une très large majorité, ici, sur tous les bancs, pour réclamer ce passage, cela changerait la donne. Et certains ministres que j'ai vus hier ou à l'Ecofin, très réticents, ne pourraient pas ne pas en tenir compte.

Enfin, cela permettrait d'élargir le champ d'action de la politique fiscale en Europe. Nous pourrions poursuivre des objectifs sociaux plus larges, tels que la protection de l'environnement, au moyen d'une taxation des activités polluantes ou la régulation des marchés financiers ou bien une taxation des transactions financières.

J'appelle le Parlement européen à s'emparer franchement de cette proposition, à faire vivre le débat – il ne va pas se conclure maintenant – parce que c'est aussi une façon, pour cette institution, de renforcer son autorité.

Voilà, Mesdames et Messieurs les députés et, j'ose le dire, chers amis, la fiscalité est un instrument privilégié pour renforcer la justice dans l'Union européenne. Je regrette aujourd'hui que nous ne l'utilisions pas pleinement, alors même que le besoin de justice est de plus en plus fort chez beaucoup d'Européens, à quatre mois d'élections dont nous connaissons tous l'importance, j'appelle les États membres à s'emparer de ces sujets pour envoyer un signal fort à nos concitoyens et les convaincre, si besoin était, davantage encore de l'utilité de l'Europe.

Mais là, nous avons un beau cas d'utilité de l'Europe: sans Europe, nous ne pouvons pas lutter contre la fraude et l'évasion fiscale, et l'Europe a montré qu'elle pouvait être un instrument efficace. Continuons dans cette direction, et merci pour votre attention ainsi que pour votre soutien.

Dariusz Rosati, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, fair and effective taxation has been one of the key policy priorities for the EU over the last several years. We have adopted a series of legislative acts that target tax avoidance, tax evasion and tax fraud. We firmly believe that taxes have to be paid where the value is created and that they have to be paid promptly and in full.

However, in spite of these efforts, the situation is still far from perfect. Globalisation and rapid technological change have opened ample ways for evading and avoiding taxes, especially for very large transnational companies, digital firms, and also when it comes to VAT on transactions in the EU. Revenue losses incurred by national budgets due to those tax abuses are estimated in hundreds of billions of euros annually. We must not tolerate this situation. Our citizens expect us to take decisive actions against these malpractices.

First, we have to fully enforce the existing legislation on a mandatory and automatic country-by-country reporting. Second, we have to take a tough stance on non-cooperative tax jurisdictions, including tax havens, and intensify efforts at OECD level to come up with a global solution. Third, fair taxation of digital companies needs to be implemented. Fourth, I call on Parliament and the Council to urgently arrive at a common position on Common Corporate Tax Base (CCTB) and Common Consolidated Corporate Tax base (CCCTB) files.

Finally, VAT fraud has to be effectively tackled with a combination of national and EU measures such as single electronic invoicing systems, split payments and automatic exchange of information.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je crois que ce débat vient à point nommé. Lorsque l'on regarde l'identité d'un ensemble politique, la façon dont il traite la justice fiscale en dit long sur la nature de son projet. Derrière une fiscalité s'expriment des priorités politiques, la possibilité de financer des services publics, une protection, une garantie des citoyens, autant de sujets qui sont aujourd'hui au cœur des préoccupations de nos concitoyens.

Or, nous savons dorénavant que l'évasion fiscale est estimée à 825 milliards d'euros par an alors que le budget 2019 de l'Union est de moins de 150 milliards. Il y a là un fossé que nous ne pouvons accepter.

Nous avons besoin de lutter pour une meilleure identification et une plus grande sévérité vis-à-vis des paradis fiscaux. Aujourd'hui, une part croissante des revenus liés à la fiscalité provient de taxes sur la consommation, alors que la TVA représente entre 15 % et 25 % des recettes fiscales des États membres, sans compter la fraude dont ce mode de fiscalité est l'objet, alors que c'est une taxe qui n'assure pas la redistribution.

Nous avons besoin d'aller vers cette fiscalité du vingt-et-unième siècle, celle que nous avons votée, celle que nous avons adoptée, avec une assiette de l'impôt consolidée et une présence numérique identifiée comme base législative. C'est dans ce sens que nous pourrions aller vers davantage de fiscalité juste à l'échelle européenne, c'est une vraie priorité.

Et c'est en ce sens que le groupe socialiste porte la proposition d'un taux effectif de 18 % à travers toute l'Europe pour cet impôt sur les sociétés. Vous avez présenté une proposition par étapes pour lever l'obstacle de l'unanimité au Conseil. Je vous souhaite bonne chance dans cette voie, je ne sais pas jusqu'où nous pourrions aller mais je suis certaine que ce Parlement européen doit soutenir avec détermination cette opposition, car c'est le moyen d'avancer «...» *«(le Président retire la parole à l'oratrice)»*.

Ralph Packet, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, we zouden hier vandaag spreken over eerlijke belastingen voor een rechtvaardige samenleving. Maar als ik goed luister naar sommige collega's, dan hoor ik hen niet praten over eerlijke belastingen, maar over méér belastingen. Maar de mensen die werken, sparen en ondernemen, zijn net de mensen die onze welvaart op hun schouders dragen. Dankzij hen is er solidariteit mogelijk. En vandaag voelen zij zich in veel gevallen gestraft door de belastingen die al torenhoog zijn.

Nu hoor ik sommige collega's pleiten voor nog meer belastingen in naam van rechtvaardigheid. Maar jullie verwarren rechtvaardigheid met gedwongen gelijkheid. Jullie verwarren het geven van meer kansen met het opdringen van meer herverdeling.

Voor mij betekent rechtvaardigheid dat iedereen dezelfde kansen krijgt om zijn talenten ten volle te ontplooien, zonder oneerlijke regels die bepaalde groepen voortrekken, en zonder een beleid dat alleen in het voordeel is van bepaalde lobby's. Dat is rechtvaardigheid en daar is nog veel werk aan de winkel. Laten we dus daarop focussen en niet op het verhogen van belastingen.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor presidente, comisario, una de las claves para fortalecer el proyecto europeo es la reconstrucción de su vocación social. Una frase que resume a la perfección lo que eso quiere decir la pronunció el presidente del Gobierno vasco —el lehendakari— ante las autoridades comunitarias en Bilbao: es hora de dedicar al menos el mismo esfuerzo a rescatar personas que el que hemos dedicado a rescatar bancos.

Los recursos que necesitamos para ello proceden de nuestros sistemas fiscales. Evidentemente, la primera condición para que los impuestos se pongan al servicio de la redistribución de la riqueza que crea el desarrollo es que sean justos y sean progresivos. La segunda, que se dediquen a estimular la economía real y penalicen la especulación financiera. Y, además, que sean eficientes recaudando. Contribuir a ello desde el nivel europeo implica al menos control, coordinación y transparencia entre administraciones fiscales. Es imprescindible para plantar cara al fraude fiscal y las prácticas de elusión y planificación fiscal agresiva. Y mantener actitud coherente frente a los paraísos fiscales.

Es urgente también concluir con la armonización de los tipos de interés del impuesto de sociedades, y yo añadiría que los que gravan el patrimonio. Son ambas herramientas que utilizan los países por hacerse con contribuyentes. Contribuyen a deslocalizar la tributación del lugar en que se producen los beneficios y atentan contra las políticas de cohesión. Pero, además, reducen los ingresos fiscales en su conjunto. Son el origen, junto con la profundidad de la crisis, de muchos de los recortes que han afectado al gasto social en toda Europa.

Subsidiariedad también en el plano fiscal. Acercar la responsabilidad de la recaudación a la facultad de gastar es una herramienta magnífica para prevenir el déficit y estimular la economía real. Porque la capacidad de gasto va a depender de la recaudación. La proximidad previene además la corrupción y convierte la solidaridad, como acción colectiva, en una práctica más consistente. Así lo vienen demostrando décadas el concierto vasco y el convenio navarro, que podrían ser un excelente laboratorio para diseñar el funcionamiento de un ministerio europeo de Hacienda.

Finalmente, las instituciones europeas pueden hacer mucho para orientar el gasto público en favor de inversiones con valor social y europeo. Pero necesitan más recursos propios para convertir en determinantes sus operaciones de fomento y cofinanciación de obras públicas con valor añadido europeo; programas de apoyo a la economía real o a la convergencia y cohesión social. Por ahí comienza la soberanía europea. Por eso considero una buena idea que la tasa sobre transacciones financieras pueda contribuir a ese propósito.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Egal ob in Deutschland oder in der EU, unser Steuersystem ist ungerecht. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Allein in Deutschland kann sich fast jeder Dritte unerwartete Ausgaben in Höhe von bis zu 1 000 Euro derzeit nicht mehr leisten. In absoluten Zahlen betrifft das 20 830 000 Menschen allein in Deutschland. Zudem hat sich die Zahl der Kinder in Armut auf der einen Seite und die Zahl der Vermögensmillionäre auf der anderen Seite seit 2005 verdoppelt. Die Armut der einen ist der Reichtum der anderen.

Den Konzernen wird währenddessen das Steuerdumping leichtgemacht, was die EU-Mitgliedstaaten mehrere 100 - Milliarden Euro – das ist schon gesagt worden – jährlich kostet. Spitzenverdiener und Vermögende werden mit Samthandschuhen angefasst, während die breite Masse zur Kasse gebeten wird. Die Mehrwertsteuer bleibt weiterhin eine der Haupteinnahmequellen für den Staat, während sich Gangster in Nadelstreifen bei ihrer Abzocke mit CumEX auf Kosten der Steuerzahler bereichern.

So ein Steuersystem ist Gift für die Gesellschaft, denn es zerstört den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen hohe und effektive EU-weite Mindeststeuern für Unternehmen, um Steuerdumping zu verhindern, europaweite Standards für die Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen, eine Digitalsteuer, die ihren Namen auch verdient hat, und eine umfassende Finanztransaktionssteuer. So schaffen wir eine effektive Umverteilung von oben nach unten, die der wachsenden Ungleichheit entgegenwirkt.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vermutlich nichts in Europa gefährdet den sozialen Zusammenhalt so wie die großen Steuerungerechtigkeiten. Es zerstört das Vertrauen in die Demokratie, wenn Menschen das Gefühl haben, dass diejenigen, die eigentlich mehr zum sozialen Zusammenhalt beitragen könnten, gar nicht mehr effektiv zur Kasse gebeten werden. Es ist zentral, dass alle ihren fairen Beitrag zum Gemeinwesen beitragen.

Entgegen mancher Vorurteile ist in den letzten Jahren hier in Europa viel passiert. Fraktionsübergreifend hier im Europäischen Parlament haben wir die Kommission angetrieben, und die Kommission hat mehr sinnvolle Vorschläge gegen Finanzkriminalität und Steuerdumping vorgelegt als irgendeine Kommission vorher. Allerdings gehört zur Wahrheit auch, dass, obwohl etliches davon beschlossen wurde, einige der ganz großen Vorschläge – gerade bei der Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, bei der Digitalbesteuerung, bei der Transparenz über die Steuerzahlungen von Großunternehmen und die Maßnahmen gegen die 50 Milliarden schweren jährlichen Umsatzsteuerbetrügereien in Europa – bisher nicht beschlossen wurden.

Und der größte Hemmschuh ist, dass wir bei Steuerfragen nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip im Rat haben. Das ist der Bremsklotz für Steuergerechtigkeit in Europa. Und deshalb ist es richtig, dass wir dieses Prinzip der Einstimmigkeit im Rat überwinden.

Aber es sind eben nicht nur die einzelnen Steueroasen, die hier blockieren, sondern die Widersprüche zwischen der großen Einigkeit hier im Parlament und dem Verhalten der Mitgliedstaaten im Rat sind eklatant. Wir haben eine liberale Regierung in Holland, die blockiert europäische Steuerkooperation. Wir haben die große Koalition in Deutschland, die blockiert Steuertransparenz für Großunternehmen und die Digitalbesteuerung. Wir haben genauso christdemokratische Regierungen, die blockieren zum Beispiel aus Irland heraus die Steuerkooperation in Europa. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, passt nicht zusammen.

Wenn wir hier fraktionsübergreifend für Steuergerechtigkeit sorgen, so müssen das auch die Mitgliedsparteien und die entsprechenden Regierungen überall in Europa tun. Und deshalb: Lassen Sie uns dieses Thema der doppelten Sprache bei der Steuergerechtigkeit bitte in dieser Europawahl offen und ehrlich diskutieren, denn nur Europa kann durch Kooperation letztlich die Steueroasen schließen.

Marco Valli, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo a quasi cinque anni di distanza dallo scandalo *LuxLeaks* che ha visto coinvolte centinaia di aziende multinazionali che negli anni sono andate in Lussemburgo a firmare dei *tax rulings* per pagare anche meno dello 0,1 per cento di tasse quando, all'interno di diversi Stati membri dell'Unione europea, e soprattutto dell'eurozona, il livello di tassazione per le aziende raggiunge cifre ben più considerevoli.

Capite che con questa situazione tanti cittadini si disaffezionano all'Unione europea, quando vedono gli operai di questo organismo, che non riesce appunto a porre freno a queste pratiche e invece indica delle misure volte a riformare alcuni sistemi di alcuni paesi, come ad esempio il sistema delle pensioni in Italia o in Grecia richiedendo sempre un livellamento al ribasso per compensare alcuni squilibri e la non completezza dell'Unione monetaria.

In questa situazione quindi noi chiediamo perché il Commissario, con la stessa enfasi con cui chiede di applicare delle riforme ai paesi del Sud Europa, non chiede di applicare delle riforme ai paesi come l'Olanda e il Lussemburgo che aspettiamo tutti oramai da decenni, perché queste pratiche sono denunciate da diversi giornalisti investigativi che hanno rischiato anche portando avanti certe inchieste. Perché? Perché forse ci sono dietro dei poteri forti, il capitale come al solito, mentre invece è più facile punire i popoli che però puniranno voi molto probabilmente alle prossime elezioni.

Nicolas Bay, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, «une fiscalité équitable pour une société juste», en voilà un beau programme! Mais il est amusant de voir que c'est le groupe socialiste qui a demandé ce débat. Quelle ironie quand on sait que ce sont ces mêmes socialistes qui n'ont eu de cesse d'imposer une fiscalité confiscatoire totalement injuste et qui a eu pour seul résultat de dépouiller les classes moyennes et d'affaiblir leur pouvoir d'achat.

Pendant ce temps, les géants américains de l'internet, eux, ne paient pas ou peu d'impôts. En moyenne, les GAFA ne paient que 9 % d'impôt sur les sociétés dans l'Union européenne, contre environ 23 % pour les autres entreprises, et notamment les PME. Ce que les multinationales appellent l'optimisation fiscale est en réalité un vaste système d'évasion fiscale, qui use et abuse de toutes les failles de nos législations respectives. Bref, une sorte de fraude légale en bande organisée.

Nos différentes législations fiscales n'ont pas su s'adapter, c'est vrai, à l'économie numérique. Mais au lieu d'aider les États membres à lutter contre ces multinationales sans scrupules, l'Union européenne encourage la libre circulation des capitaux, mais aussi la libéralisation des services, en particulier depuis la fameuse directive Bolkenstein de 2006.

De son côté, Donald Trump, qui est très souvent critiqué dans cet hémicycle, lui, a su ouvrir la voie à la taxation des GAFA avec sa grande réforme fiscale de 2017.

De notre côté, nous devons défendre un principe simple et efficace: les multinationales doivent être taxées dans les pays où se trouvent leurs activités et où est généré leur chiffre d'affaires.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δεν μπορούμε να μιλάμε σήμερα εδώ για δίκαιη φορολογία, όταν η ίδια η Ένωση μέσω των πολιτικών λιτότητας και δημοσιονομικής προσαρμογής επιβάλλει σε ορισμένα κράτη μέλη εξωπραγματικές φορολογίες. Στην Ελλάδα υπάρχουν πολλοί παράγοντες που αποδεικνύουν για ποιον λόγο η φορολογία σήμερα είναι κάθε άλλο παρά δίκαιη. Κατέρρευσε η παραγωγή πλούτου και τα εισοδήματα, αλλά τα φορολογικά έσοδα όχι. Οι πολίτες βλέπουν τα εισοδήματά τους να μειώνονται και το μεγαλύτερο μέρος αυτών να πηγαίνει στο κράτος. Αυξήθηκαν οι φορολογικοί συντελεστές, μειώθηκε το αφορολόγητο όριο, καταργήθηκαν φοροαπαλλαγές και προστέθηκαν νέοι φόροι, π.χ. ΕΝΦΙΑ, εισφορά αλληλεγγύης, ειδικοί φόροι κατανάλωσης κ.λπ. Μέσα σε οκτώ χρόνια οι έκτακτοι φόροι αυξήθηκαν κατά 94%. Τα έσοδα από φόρους στην περιουσία των πολιτών επταπλασιάστηκαν από 500 εκατομμύρια το 2008 σε 3,6 δις. Αυτή τη στιγμή η Ελλάδα είναι τρίτη στη λίστα με τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις υψηλότερες ασφαλιστικές εισφορές. Η υψηλή φορολογία όχι απλά εμποδίζει την ανάπτυξη, αλλά οδηγεί και χιλιάδες ελεύθερους επαγγελματίες εκτός αγοράς. Επιπλέον, η μη ανταποδοτικότητα της φορολογίας, καθώς μετά τα μνημόνια το επίπεδο των κοινωνικών παροχών και των κρατικών υπηρεσιών έχει υποβιβαστεί τρομερά...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine faire Unternehmensbesteuerung ist ein Ziel, auf das wir uns sicherlich alle einigen können. Die Debatte, wie wir zu diesem Ziel kommen, ist daher richtig, und sie ist wichtig. Mir ist aber auch wichtig, dass wir das Ganze auf der Basis von Fakten machen. Und Fakt ist: In dieser Wahlperiode ist beim Kampf für eine fairere Unternehmensbesteuerung einiges passiert. Das war auch ein Erfolg von uns als Europäischem Parlament, weil wir stets unbequem waren und den Finger in die Wunde gelegt haben.

Der Anti-BEPS-Aktionsplan wurde umgesetzt, der automatische Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden wurde ausgeweitet – das sollten wir alles nicht kleinreden. Bevor wir über immer neuere Maßnahmen nachdenken, ist es sicherlich nicht verkehrt, auch mal zu schauen, wie das Verabschiedete wirkt, ob noch Schlupflöcher offen sind und wo nachgebessert werden muss.

Von Forderungen wie der Einführung eines effektiven Mindeststeuersatzes für Unternehmen halte ich gar nichts. Ich finde auch die Aufregung darüber wenig nachvollziehbar, dass die effektiven Steuersätze in der Regel niedriger sind als die nominalen Steuersätze, denn Unternehmen machen von gesetzlich vorgeschriebenen und gewollten Abzugsposten Gebrauch, zum Beispiel für die Forschungsförderung oder Rückstellungen für die betriebliche Altersvorsorge.

Wollen wir das aufgeben, indem wir das Steuerrecht ändern? Oder haben wir nicht an anderer Stelle das Gegenteil von dem beschlossen? Deswegen sollten wir einfach ehrlich sein und diese Möglichkeiten auch weiterhin ermöglichen. Bevor wir also das Kind mit dem Bade ausschütten, bin ich sehr dafür, dass wir erst mal analysieren, was wir erreicht haben, und dann darauf aufbauend schauen, was wir noch tun müssen.

Peter Simon (S&D). – Herr Präsident! Ich möchte nahtlos anknüpfen an das, worauf der Kollege Giegold eben deutlich hingewiesen hat. Wenn wir in Europa in der Unternehmensbesteuerung weiterkommen wollen und wenn wir einen Zustand abschaffen wollen, den Herr Bay von der ENF ja eben gerade kritisiert hat, dann brauchen wir ein Instrumentarium auf europäischer Ebene, das es eben unmöglich macht, dass einzelne Mitgliedstaaten oder mehrere Mitgliedstaaten hier schlicht und einfach jede sinnvolle Weiterentwicklung verhindern, die es verunmöglicht, dass multinationale Unternehmen hier in dieser Europäischen Union anständig Steuern bezahlen.

Wenn wir auf europäischer Ebene dazu kommen wollen, dass im Vergleich zum Mittelstand – zu mittelständischen Unternehmen – multinationale Konzerne ihren Anteil an der Gesamtsteuerlast erbringen, dann wird das nur funktionieren, wenn wir über die europäische Ebene entsprechende Rahmenbedingungen setzen können. Und die werden niemals kommen, solange Einzelne oder der Zusammenschluss Weniger auf europäischer Ebene blockieren können, was sie wollen, weil wir Einstimmigkeit im Bereich Steuern haben.

Es ist deswegen das A und das O, es ist unabdingbar – wenn wir hier an dieser Stelle den entscheidenden Schritt für mehr Steuergerechtigkeit schaffen wollen –, dass wir hier von der Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitslösungen kommen.

Wenn wir das nicht schaffen, wenn die Zustände aufrechterhalten bleiben, die wir im Moment haben, dann wird genau das eintreten, was der Kollege Giegold ja vorhin auch skizziert hat, dass wir nämlich mangelnde Akzeptanz seitens der Bevölkerung für das gesamteuropäische System an dieser Stelle erleben werden. Und wenn wir die Menschen davon überzeugen wollen, dass Europa hier für Steuergerechtigkeit zwischen kleinen und großen Unternehmen eintritt, wenn wir die Menschen davon überzeugen wollen, dass Europa für Steuergerechtigkeit zwischen dem normalen lohnabhängigen Steuerzahler und multinationalen Konzernen eintritt, dann müssen wir an dieser Stelle auch liefern. Und dafür brauchen wir eine qualifizierte Mehrheit auf europäischer Ebene, denn nur so kann Europa wirkungsvoll agieren.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η δίκαιη φορολογία για μια δίκαιη κοινωνία προϋποθέτει το χτύπημα της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής και το χτύπημα των πολιτικών του tax rulings που είδαμε με τα LuxLeaks στο Λουξεμβούργο του κυρίου Juncker και στην Ολλανδία του κυρίου Dijsselbloem. Προϋποθέτει ότι οι πολυεθνικές θα φορολογούνται στις χώρες στις οποίες βγάζουν τα κέρδη. Στην Ελλάδα, η τρόικα και το Eurogroup έχουν επιβάλει λιτότητα, βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή, μείωση των συντάξεων και φοροληλασία, η οποία πλέον έχει ενταθεί, καθώς αναγκάζεται ο ελληνικός λαός να πληρώνει 3,5% πρωτογενή πλεονάσματα στις τσέπες των δανειστών. Αυτό μέχρι το 2022 και 2% επί του ΑΕΠ για τα επόμενα 38 χρόνια. Επιβλήθηκε ο ΕΝΦΙΑ. Επιβλήθηκε αυξημένος φόρος προστιθέμενης αξίας στα νησιά και αυξημένος φόρος πετρελαίου με αποτέλεσμα να ξεπαγιάσει η Ελλάδα. Δίκαιη κοινωνία θα υπάρξει μόνον όταν απαλλαγεί η Ελλάδα από την τρόικα και τους τοκογλύφους δανειστές.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Mr President, I have approached the question of taxation as a strong supporter of both global tax justice and of tax sovereignty for national parliaments. I support Member States cooperating to set EU-wide rules for tackling cross-border corporate tax avoidance and I've pressed the Irish Government to stop facilitating industrial-scale tax avoidance by some of the wealthiest companies in the world.

But tax justice is not the same as tax harmonisation, and I am resolutely opposed to the proposals made by the Commission to end unanimous decision-making in the Council. Millions of EU citizens, especially those in less powerful states, are concerned at this move towards qualified majority voting.

Let's be clear about what this means. It means that a tax policy could be enforced on a country against the wishes of the democratically elected government of that state. Such a move would further alienate people of the EU from the EU institutions – exactly the opposite of what's required. What we need is to build consensus for tackling tax avoidance together.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, the social contract is broken. In scenes reminiscent of our dangerous history, we are seeing revolutionaries of left and right in pitched battle on European streets. While I abhor their methods, I understand the sense of injustice that lies at the root of this conflict.

Since the financial crisis, inequality has sharpened, with those who caused the crisis continuing to accumulate wealth and power, while the pain is borne by the weak and the poor. I have always believed that inequality is corrosive and that societies and people flourish when there is justice and fairness, but even if you believe that inequality is the engine of innovation and growth, you must realise that you need social stability and public consent for your businesses to make their profits.

This Parliament has made great progress in the four investigatory committees on tax. I commend those Members who sit on the right side of this House for embracing the task of implementing a fair tax system, but I would implore them to share that message with their national governments, who are playing the beggar-thy-neighbour game at the behest of corporations and blocking any real progress towards a fair and equitable tax system in the Council.

Corporations have used the process of globalisation to shirk their tax responsibilities. The expansion of economic systems beyond the reach of national governments has allowed the selfish and the greedy to find ways to hoard their wealth at the expense of others. Ensuring that the rich and powerful, whether companies or individuals, pay a fair share of their income and profits in tax is a necessary requirement of establishing a new social contract in the age of globalisation.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, I hate tax. I think tax is the arbitrary taking from companies, from shareholders and from individuals of their hard-earned money. However, even from that point of view, you must understand – and I agree – that there is a requirement for tax in a civilised state. We need to look after those who require help, the weakest in society, and there need to be payments for defence, law and order, etcetera.

However, when you take a position whereby you are redistributing, through the will of the state, the tax that is taken from people, shareholders and companies, into what you think are the right priorities, you're taking away the freedom of the individuals involved to spend how they wish. What's more, when you talk about cohesive, Europe-wide taxation at the same rate, you are taking away people's democratic ability to vote for a government with lower taxes.

Sometimes it may be the case that people want a government that will compete. I personally would like to see the UK tax burden, which is the highest since the war, reduced, and I would like us to have a competitive lower tax rate, simplified to stop avoidance but lower. I would like to encourage businesses and wealthy people to set up in the UK because we all benefit from the trade and investment that brings. If you are too cohesive and harmonised, you take away democracy and competition.

Auke Zijlstra (ENF). – Voorzitter, belastingmoraal is een groot goed: het besef dat het rechtvaardig is om persoonlijk financieel bij te dragen aan de maatschappij die ook jou omvat, een maatschappij waarin je je geborgen en vrij voelt. Maar in Nederland zijn de belastingen nog nooit zo hoog geweest en de bevolking ervaart dus al twee decennia welvaartsverlies.

De enige reden waarom we het vandaag over belastingheffing hebben, is eigenlijk dat dit Parlement ook nog Europese belastingheffing wil. Bovenop de nationale belastingen moeten burgers ook nog een keer het feest hier betalen, een feest dat ook nog steeds duurder wordt.

Bovendien is de Europese Unie niet eens een maatschappij. Ooit bedoeld als vehikel om handel te kunnen drijven, is het tegenwoordig een ontspoord internationaal rechtssysteem. Niemand voelt zich daarin thuis. Steeds minder mensen voelen zich daarin vrij. Het is dus terecht dat de Europese Unie niet het recht heeft om zelfstandig belasting te heffen.

Voorzitter, dat moet ook zo blijven. De belastingen zijn namelijk al veel te hoog.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Ja, wenn ich hier den Kommissar höre, wenn ich die Argumente in dem Haus höre, dann sehe ich immer mehr: Da geht es offensichtlich um Steuerhinterziehung, es geht um Steuerparadiese. Natürlich ist es eine unglaubliche Ungerechtigkeit, wenn in einem Land wie Luxemburg heute die meisten Unternehmen nur 2,2 % der Steuern zahlen, wenn, wie wir eingangs hörten, Google und Facebook 0,8 oder 0,4 % der Steuern bezahlen. Das ist eine soziale Ungerechtigkeit. Denn wie sehr würde sich doch der Arbeiter, der jeden Morgen zur Arbeit fährt und sich abends wieder durch den Stau zurückquält, freuen, wenn er nur 2,0 %, 0,4 % oder 0,8 % Steuern bezahlen müsste.

Und was geschieht denn mit diesen Steuern, die eingenommen werden? Die öffentlichen Aufträge, die öffentlichen Bauten – da steigen überall die Kosten, die explodieren. Was soll da der Bürger noch glauben, wenn er sieht, dass auf der anderen Seite Migranten bei uns alles frei bekommen: Kleidung frei, Wohnung frei, Essen frei, Arzt frei

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahlen sind uns alle bekannt: Tausend Milliarden Euro an potenziellen Steuereinnahmen gehen uns pro Jahr verloren. Das sind ungefähr 2 000 Euro pro EU-Bürger. Ursache: Steuerflucht, Steuervermeidung und Steuerbetrug. Das ist ungerecht, und das ist unfair. Es zeigt sich auch, dass im Durchschnitt kleine und mittelständische Unternehmen 26 % Steuern bezahlen und Großkonzerne wie Google oder Amazon circa 1 %. Wir müssen diesen Zustand abstellen.

Aber es muss hier auch sehr deutlich gesagt werden: Die Vorschläge dazu haben die Kommission und das Europäische Parlament platziert. Gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen, *Country-by-country*-Reporting für Unternehmen, die Digitalsteuer, die Finanztransaktionssteuer – alles das haben wir hier vereinbart und beschlossen. Wir scheitern immer an den gleichen Sachverhalten: der Uneinigkeit der Mitgliedstaaten, dem Mangel an europäischer Zusammenarbeit, der Uneinigkeit und dem Egoismus vieler und der Einstimmigkeitserfordernis im Rat. Wegen zu wenig Europa haben wir zu viele Steueroasen und zu wenig Handlungsmöglichkeit.

Für mehr Gerechtigkeit brauchen wir Mehrstimmigkeit statt Einstimmigkeit. Europäische Steuerpolitik ist die Voraussetzung, um die Ungerechtigkeiten zu beseitigen und Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Ministro, lei che rappresenta un governo socialista ed è alla Presidenza del Consiglio ha un'occasione storica. Come ha sentito, questo Parlamento è tutto favorevole all'idea che il Consiglio decida, usando la clausola «passerella» all'unanimità di votare d'ora in poi sulle materie fiscali a maggioranza, elemento essenziale perché si possano prendere delle decisioni sulle quali tutti, come vede, persino l'estrema destra, in larga parte concordiamo, almeno tutti quelli che pensano di restare all'interno dell'Unione europea. Quindi io le suggerisco veramente di cogliere questa occasione e di darci un segnale che esistono anche governi in Europa capaci di modificare il corso della realtà nel Consiglio e non solo nel Parlamento.

Signor Commissario Moscovici, io credo che Lei abbia toccato molti punti importanti e che noi assolutamente condividiamo. Le chiedo però di affrontare il problema anche di una direttiva più generale...

(Il Presidente interrompe l'oratrice)

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, verotuksen oikeudenmukaisuus ja oikeudenmukaisen yhteiskunnan luominen ovat asioita, joita me kaikki, tai ainakin useimmat, täällä haluamme. Silti jokin mystinen voima vaikuttaa estävän oikeudenmukaisuuden toteutumisen. Kansainväliset suuryritykset, joilla on vaikutusvaltaa osallistua myös verolainsäädännön suunnitteluun sekä kykyä palkata lukuisia huippuasiantuntijoita verokikkailun malleja suunnittelemaan ja edistämään, maksavat lähes poikkeuksetta huomattavasti alhaisempia veroja kuin pienet ja keski-suuret yritykset. Räikeimmissä tapauksissa näiden suuryritysten veroprosentit jäävät jopa alle yhden prosentin.

Verojen välttelyyn ovat osallistuneet monet yksityiset terveyspalveluita tarjoavat yritykset, jotka ovat olleet Suomessa otsikoissa myös vakavista vanhustenhoidon laiminlyönneistä. Nämä yritykset elävät verorahojen turvin, mutta härskeimmät niistä eivät itse halua osallistua oman osuutensa maksamiseen. Tätä ei voida pitää hyväksyttävänä ja siihen meidän on puututtava kovalla kädellä.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, esta ha sido la legislatura de los grandes escándalos fiscales: los papeles de Panamá, los papeles del paraíso, LuxLeaks, el escándalo «cum-ex» y tantos otros. La libertad de movimiento de capitales, la existencia en la Unión de auténticas guaridas fiscales, como Luxemburgo o Malta, y la impunidad de los grandes bancos hacen de la Unión Europea un auténtico paraíso para los evasores: un gran coladero de evasión fiscal, elusión y lavado de dinero.

Pero este paraíso solo está al alcance de los dioses del mercado y de las grandes fortunas. En cambio, la ciudadanía se enfrenta a impuestos indirectos cada vez más regresivos y cada vez más abusivos, precariedad laboral, diez años de recortes y de austeridad. Mientras tanto, en el Parlamento Europeo solo aprobamos recomendaciones y las instituciones europeas adoptan medidas y directivas puramente cosméticas.

O nos tomamos en serio la justicia fiscal o la ciudadanía perderá la poca confianza que le queda en estas instituciones. Tenemos que tomar partido por la justicia fiscal.

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président, la surexploitation des ressources et l'inégale distribution des richesses ont toujours joué un rôle central dans le processus d'effondrement des civilisations. Tel fut le constat des chercheurs de la Nasa en 2014.

Depuis, les inégalités continuent de s'aggraver. Nous vivons dans un monde où 26 milliardaires possèdent autant de richesses que 3,8 milliards d'habitants. Rien qu'en France, les 10 % les plus riches détiennent plus de la moitié des richesses mondiales. Ce n'est pas normal. Les citoyens, fatigués de ces inégalités, ne s'y trompent pas. N'attendons plus pour réduire ces insupportables écarts de richesses.

Il faut une fiscalité plus juste, une fiscalité à la fois plus sociale et plus écologique, qui accompagne l'indispensable transition énergétique tout en aidant les plus modestes, car les deux doivent aller de pair.

Une fiscalité plus juste, c'est aussi la fin des privilèges, la fin de l'impunité vis-à-vis des individus et des multinationales qui pratiquent si facilement l'évasion fiscale. C'est un choix politique, dont dépend l'avenir de nos sociétés.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Moscovici, Lei qualche tempo fa ha ammesso che nell'Unione europea ci sono ben sette paesi che attuano una pianificazione fiscale, diciamo così, aggressiva. Io credo che bisogna chiamarla col proprio nome, con il nome appropriato che vuol dire «paradisi fiscali», e credo che bisogna fare anche i nomi di questi paradisi fiscali: sono Belgio, Cipro, Ungheria, Irlanda, Lussemburgo, Malta e i Paesi Bassi. A questa lista bisogna aggiungere anche il paradiso fiscale più nascosto dell'Unione europea, cioè la Germania che possiede ben il 5 % del mercato globale dei servizi finanziari offshore, risultando paradiso fiscale più di Dubai, più dell'Olanda e più di Panama.

Ora, questi paesi fanno favori alle grandi multinazionali – è stato già detto –, facendogli pagare meno interessi e addirittura non facendogli pagare tasse sui dividendi, con la conseguenza di avere una penalizzazione e di distruggere progressivamente il mercato interno dell'Unione, come è successo per la Apple e per la Nike.

E allora a che cosa serve rafforzare la cooperazione e migliorare il coordinamento per evitare frodi fiscali quando poi ci sono questi Stati membri che si comportano da veri paradisi fiscali, che agiscono in disuso indisturbati come paradisi fiscali all'interno dell'Unione? Bene la discussione sull'unanimità, ma io chiedo perché mai la Commissione dice di voler agire soltanto adesso, mentre per cinque anni – siamo a fine mandato – ha fatto finta di non vedere questo furto da parte di alcuni Stati che fanno parte dell'Unione ma che in questo modo la danneggiano irrimediabilmente.

PREȘEDINȚIA: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Stanisław Żółtek (ENF). – Panie Przewodniczący! Tak! Opodatkowanie powinno być uczciwe, czyli małe proste podatki, tylko takie, by utrzymać struktury państw, zapewnić bezpieczeństwo i porządek. A co robi Unia? Walczy z każdym krajem, który ma małe podatki. Wymusza ogromną akcyzę na energię, paliwo. Ściąga haracz na swoją potworną administrację. Tworzy skomplikowane i głupie prawo, które powoduje rozrost biurokracji i zniewolenie obywateli. Dzisiaj z uczciwej pracy ludzi w Europie żyją lenie, cwaniacy, biurokracja i miliony imigrantów ściąganych darmowym zasiłkiem do Europy. Dzisiejsza Unia Europejska to krwiopijca wysysająca z obywateli Europy większość ich zarobków i chęć do pracy.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Ministro, Senhor Comissário Moscovici, a propósito deste problema o senhor comissário veio trazer a questão da cláusula *passerelle* e, no fundo, da transformação da unanimidade na criação de receitas para a transformação em maioria qualificada.

Eu vou dar-lhe uma novidade, que talvez não saiba, Senhor Moscovici, e a novidade é a seguinte: é que no acordo que o Partido Socialista, que está no Governo em Portugal, do ministro Mário Centeno, celebrou com o PSD sobre o financiamento do orçamento europeu, a propósito do futuro das políticas de coesão, estabeleceu, efetivamente, o seguinte: «Acentuando a reserva da soberania dos Estados-Membros na criação de impostos é essencial reforçar a receita do orçamento europeu sem penalizar os contribuintes».

Portanto, estabeleceu que há uma reserva de impostos nacional e, portanto, eu quero saber se o ministro Mário Centeno, no Ecofin, defendeu a posição que o Partido Socialista subscreveu no acordo sobre o quadro financeiro futuro que é de que as receitas da União Europeia têm de passar depois pelos parlamentos nacionais.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, concorrência leal, justiça social não existem numa União em que os Estados-Membros rivalizam no *dumping* fiscal deixando uns serem infernos fiscais de outros e todos serem paraísos fiscais de cleptocracias do planeta.

Em Portugal, a Troika abençoou a amnistia fiscal de 2012. Uma massiva operação de branqueamento de capitais, enquanto subiam brutalmente os impostos sobre quem os paga.

Injustiça chocante é o Estado português, enquanto continua a usar dinheiro dos contribuintes para salvar bancos, nada ter, até hoje, recuperado de ativos no exterior revelados pelos sucessivos escândalos financeiros, incluindo o criminoso apagão fiscal que, entre 2011 e 2015, sob o olhar da Troika, permitiu o desvio de mais de dez mil milhões de euros para *offshores* sem controlo fiscal ou de branqueamento.

Sim, o caminho da justiça fiscal passa pela União Europeia. Que país sozinho consegue deixar os gigantes da tecnologia decretarem impostos sobre transações financeiras? Para não falar da CCCTB ou da premente reforma do IVA para acabar com a fraude fiscal que dá biliões à criminalidade organizada, incluindo grupos terroristas.

Para isso precisamos, absolutamente, de acabar com a unanimidade no Conselho nas questões fiscais. A chocante injustiça fiscal está a pôr em causa a democracia na Europa, está a pôr em causa a própria União Europeia.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Hier wird über Steuervermeidung gesprochen und über Schlupflöcher. Im Prinzip geht es hier in diesem Haus nur um Steuerwettbewerb. Man will den Steuerwettbewerb zwischen Nationen abschaffen. Und wenn Herr Giegold und Herr Simon sagen, wir brauchen das Einstimmigkeitsprinzip, dann ist es genau das: Man will den Steuerwettbewerb nicht, man will das Steuerkartell.

Und jeder weiß: Ein Steuerkartell führt zu höheren Steuern – das ist der Sinn des Steuerkartells. Das wird ja auch gesagt: Gerechtere Steuern sind hier für Sie höhere Steuern. Nein! Höhere Steuern belasten den Konsumenten und die Unternehmen, und dann kommt die Digitalsteuer. Ich weiß gar nicht, was das alles soll.

Ich meine, es gibt Überwälzungstheorien: Diejenigen, die Steuern zahlen, sind nicht diejenigen, die die Steuern auch tragen. Ich möchte gerne etwas sehen, was die Theorien und die Fakten der Steuerüberwälzung angeht. Niemand in diesem Hause hat geprüft, was mit dem Geld geschieht, das verdient worden ist. Wenn es wieder reinvestiert worden ist, ist es ja gut investiert, denn wenn es an die Staaten ausgeschüttet wird, wird etwas sozial Unsinniges gemacht. Wichtig ist, dass die Unternehmen investieren. Darauf kommt es an.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, taxes are always paid by the taxpayers. You can hear that in the name. It doesn't matter how you do it, but it will always be the taxpayers who pay tax, and the fact is that in the European Union we have the highest taxes in the world.

European taxpayers are paying much more tax – 10% to 15% higher – than any of the economies competing with us. That's a problem for jobs and investment which we won't solve by having even higher taxes at European level, although you over there always believe that higher taxes are fair and just. It is fair and just that people can live on their incomes. It is fair and just that we can attract investment and get new jobs and more taxpayers: that's fair and just.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, 26 miljardairs, onder wie Jeff Bezos, Mark Zuckerberg en Bill Gates, bezitten evenveel als de armste helft van de wereldbevolking. De techgiganten zijn de grootste bedrijven ter wereld en betalen de minste belasting. De 99 % van de werkenden leggen het dus af tegen de 1 % van het grote geld en de big data. Eerlijke belastingheffing, eerlijk delen. Dat principe moeten we in ere herstellen, zodat iedereen een eerlijke belastingbijdrage betaalt, ook de multinationals en de miljardairs.

Europa kan dat op twee manieren doen. Ten eerste met een structurele hervorming van de winstbelasting. De huidige stelsels zijn gedateerd, niet opgewassen tegen financiering via de Kaaimaneilanden of intellectueel eigendom in Bermuda. Voortaan moeten landen weer bepalen waar bedrijven winst maken en dus ook waar ze belasting betalen. De geconsolideerde grondslag, de CCTB, is precies een voorstel daartoe en Europa moet daarvoor kiezen. Want waarom gaan hervormingen wel over zorg, de werkloosheidwet en pensioen, en niet over winstbelasting?

Ten tweede door middel van een belasting van de digitale economie. De ongelijkheid dat de grootste bedrijven in de wereld de minste belastingen betalen, schreeuwt om actie. De digitax voor adverteerders als Google en Facebook, maar ook voor Uber en Airbnb, mag niet wachten. Dat moet nu.

Maar belastingpiraten als Nederland, Ierland, Luxemburg en Malta houden dat tegen en willen de belastingwedloop voortzetten, zogenaamd uit eigenbelang, maar uiteindelijk ten gunste van het grootbedrijf en zijn aandeelhouders.

Richard Sulík (ECR). – Vážení pán predsedajúci, každá daň je nedobrovoľný transfer od daňovníka do verejných rozpočtov. Je preto veľmi dôležité, aby právomoc zdaňovať ostala u členských štátov, pretože len tieto majú skutočnú demokratickú legitimitáciu na zdaňovanie občanov. Konkurencia daňových systémov a daňových sadzieb je dobrá pre Európsku úniu. Je to to, čo vedie tendenčne k nižším daniam – to chceme, ak máme byť konkurencieschopní vo svete. Čo je však dôležité a čo Komisia musí robiť, je dbať na to, aby štáty súťažili férovvo, aby sa nestalo, že niektoré krajiny, ako napríklad Luxembursko, dohadujú špeciálne daňové režimy s veľkými koncernami, ako sa to dialo za čias terajšieho predsedu Komisie pána Junckera, keď bol ešte premiérom Luxemburska.

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário Moscovici, Portugal é uma nação soberana, não é uma região da União Europeia. Eu acredito numa Europa de Nações.

A capacidade de lançar e de cobrar impostos é uma das manifestações soberanas dos países que não aceito – quando Portugal no Conselho já só representa um voto – que o primeiro-ministro português, António Costa, venda a Bruxelas a preço de saldo.

Era o que mais faltava, que dezasseis países apenas, por exemplo, decidissem lançar impostos sobre o mar português e Portugal, através do seu governo, não pudesse dizer «não». Era o que mais faltava!

Nós somos absolutamente contra o fim da unanimidade no Conselho em matéria fiscal. Aliás, pergunto como é que a Comissão não sabe que o artigo 355.º do Tratado de Funcionamento da União Europeia expressamente proíbe o afastamento da unanimidade, quando em causa estejam recursos próprios?

Já agora, Senhor Comissário, estamos a três meses de eleições, depois queixam-se que os populismos crescem. Acha normal que, a três meses das eleições, nas costas dos parlamentos nacionais, se decida o fim da unanimidade dos Estados, o fim do direito de veto? Já agora que diferença entre o General De Gaulle, que foi quem fixou a unanimidade, um grande estadista europeu, por causa dos interesses vitais dos Estados, e o socialista Pierre Moscovici e o português António Costa decididos a venderem os interesses vitais dos seus países.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Bei der Steuergerechtigkeit ist es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern es ist fünf Minuten nach zwölf. Die Kommission – Herr Kommissar Moscovici, Sie haben Ihre Aufgabe gemacht, wir im Europäischen Parlament haben das gemacht. Jetzt liegt es an den geschätzten Finanzministern, überall da draußen in Europa, zu handeln. Bitte tun Sie das!

Nehmen Sie das mit auf den Weg: Unvorstellbare 825 Milliarden Euro sind es, die uns durch Steuerbetrug, durch Steuerhinterziehung pro Jahr verlorengehen. Was könnten wir mit diesem Geld nicht alles machen! Vierzigmal die Europäische Jugendgarantie beispielsweise finanzieren, also vierzigmal arbeitslosen Jugendlichen in Europa aus der Misere helfen. Für Österreich, was bedeutet das für mein Heimatland? Knapp 13 Milliarden Euro! Was können wir damit tun? Das ist fast die Hälfte der Ausgaben für das Gesundheitssystem. Also unvorstellbare Dinge, die die Menschen auch in Europa brauchen.

Und daher muss die Einstimmigkeit weg. Geschätzte Finanzminister, handeln Sie! Es ist wirklich allerhöchste Zeit!

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, u ovom domu često raspravljamo o poštenom oporezivanju. Rekla bih da je to zato što je teško postići konsenzus oko toga što bi to u kontekstu oporezivanja bilo pošteno. Neki smatraju da bi imućni trebali pokrivati praktički sve porezne prihode države, a drugi misle da je nužno smanjiti porezni pritisak kako bi oni s više novca mogli uložiti u dobre projekte i stvoriti nove poslove.

Važno je pronaći ravnotežu i oporezivati onoliko koliko je potrebno da bi se prikupilo dovoljno sredstava za kvalitetne javne usluge, a da se pritom ne ugrozi prosperitet samih poreznih obveznika. Da bi to bilo moguće, javni sektor treba svesti na razumnu mjeru i javnu potrošnju držati pod kontrolom.

Država uvijek može više trošiti i nikad joj nije dovoljno. Rastom javnog sektora u pravilu raste i neučinkovitost pa pružanje javnih usluga treba obavljati u partnerstvu s privatnim sektorom. To ostavlja dovoljno prostora za uvođenje stopa koje neće ugušiti porezne obveznike ili ih primorati na izbjegavanje plaćanja poreza. Smatram da je to pravi put prema pravednom oporezivanju.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Od razu zaznaczę, że dla mnie wystąpienie pana komisarza było więcej niż satysfakcjonujące. Przede wszystkim dlatego, że nie ograniczył się tylko i wyłącznie do tej problematyki, ale był w stanie szczerzej pokazać, jak on wygląda w systemie rozmaitych zobowiązań finansowych w Europie. Na co chcę zwrócić uwagę? Przede wszystkim na fakt, że sam nie za bardzo wierzę w to, aby można było stworzyć idealny, powszechny, sprawiedliwy, uczciwy system podatkowy. Natomiast wierzę rzeczywiście, że to powinno być naszym celem i według mojej oceny wiele głosów na tej sali do tego zmierzało. Jakie będą szanse na realizację tego zasadniczego celu? – duże pod trzema warunkami, czterema może. Po pierwsze, im mniej luk, rozmaitych różnic podatkowych w Europie, tym lepiej. Po drugie, podatki powinny być oczywiście powszechne i nieuniknione, czyli automatyczność będzie tu sprzyjać racjonalności. Na to chcę zwrócić uwagę.

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, merci pour ce débat qui montre votre intérêt pour ces sujets et aussi, par-delà les différences de sensibilité – qui sont normales, puisque vous êtes des hommes et des femmes politiques – une certaine convergence de vue, en tout cas ce que je conçois comme une convergence majoritaire de vue, que j'ai d'ailleurs constatée depuis le début de mon mandat et de notre travail commun.

Nous avons fait beaucoup ensemble et je crois que nous devons en être fiers. Le mandat de cette Commission et le mandat de ce Parlement européen auront été marqués par des avancées absolument décisives en matière de lutte contre la fraude et l'évasion fiscales, totalement sans précédent, et nos concitoyens doivent en être conscients. Je pense que cela fait partie des acquis très forts dans cette période où on combat parfois l'Europe, où on la critique, où on s'interroge. Mais il reste beaucoup à faire et je vais me concentrer très vite sur trois dossiers qui, à mes yeux, sont importants.

Le premier, c'est la révision de la liste noire des paradis fiscaux. L'enjeu est de voir – comme je l'ai dit – quels engagements ont été pris et tenus par les États tiers, pour voir si le dispositif global a été efficace. J'en suis persuadé, je sais que de nombreux engagements ont été pris, il va maintenant falloir que les États membres arrêtent les nouvelles listes, tant la liste noire que la liste grise. On verra – je le crois – pas mal de pays sortir des listes noires et grises, et d'autres y entrer, parce qu'en vérité des mouvements absolument spectaculaires auront été accomplis. Je tiens à dire ici que sans le processus d'inscription sur les listes de l'Union, tout cela n'aurait pas été possible.

Le deuxième, c'est la taxe sur les géants du numérique. J'ai conscience qu'il sera difficile de convaincre les quelques États membres qui y sont opposés, mais il faudra faire vivre le débat, insister sur la nécessité de préserver le marché intérieur, alors que de plus en plus d'États avancent seuls. Il faut aussi, je le crois, continuer de militer pour cela, le temps pour les européennes est aussi important. Enfin, j'ajoute qu'il faudra poursuivre les discussions sur la taxation du numérique, où l'Union européenne devra défendre une position claire et coordonnée. Des progrès sont faits à l'OCDE et le sujet sera aussi abordé lors du G20 à Osaka. Il faut inviter tous nos partenaires à s'emparer de cette problématique car une réponse globale reste la plus appropriée.

Le troisième, c'est le passage du vote à la majorité qualifiée. Il a animé vos débats et cela ne me surprend pas complètement, je le trouve tout à fait naturel. Ce n'est pas un socialiste qui le propose – je suis un socialiste –, c'est la Commission qui a fait une communication sur ce sujet et vous savez bien que la majorité de la Commission est plutôt PPE que socialiste, en vérité. Pourquoi le fait-elle? Parce qu'elle constate que le véritable problème pour nous n'est pas le niveau de taxation, ou les taux de taxation – nous ne proposons même pas d'y revenir, nous n'avons pas la compétence –, mais plutôt la technologie, les fuites, les pertes de ressources, ces grandes multinationales qui ne payent pas leurs impôts. Franchement, si nous étions capables de récupérer toute la fraude, par exemple à la TVA, et de faire payer

les multinationales de l'internet, je prends ces deux exemples, alors pensez-vous vraiment que notre souveraineté nationale en sortirait affaiblie? J'ajoute que le vote à la majorité qualifiée est devenu la règle dans presque tous les domaines dans l'Union européenne. Je prends l'exemple de la coopération judiciaire et policière.

Qui me fera croire que c'est plus compliqué de le faire en matière fiscale que dans ces matières, qui sont des domaines de souveraineté tellement chers aux États? Mais je ne veux pas là préempter le débat; je sais qu'il n'y aura pas de décision prise dans ce mandat, mais j'ai voulu lancer ce débat. Pourquoi? Parce que c'est un grand débat citoyen et, je le redis, j'espère que le prochain Parlement européen sera composé de parlementaires qui seront attachés à la démocratie et aussi aux pouvoirs du Parlement, au contrôle sur le Conseil, et qu'ils presseront les ministres d'aller dans ce sens-là, parce qu'il s'agit en réalité de combats d'arrière-garde. Je ne sais pas quand cela se fera, mais cela se fera, simplement parce que c'est le sens de l'histoire. Ou bien nous décidons que l'Europe s'arrête et que nous ne sommes pas capables d'avoir une vraie taxation de l'énergie, une vraie taxation pour lutter contre le changement climatique, une vraie taxation du numérique, une vraie taxation des transactions financières et que nous sommes impuissants dans un contexte où d'autres – la Chine et les États-Unis, pour ne pas les nommer – sont capables de se protéger, d'être extrêmement offensifs sur le terrain fiscal.

Voilà pourquoi je pense que ce débat est un débat sain, qu'il faut prendre avec calme et où des arguments vrais doivent être échangés. Je suis prêt à le mener jusqu'au terme de mon mandat, parce que je crois très profondément à cela et parce que c'était le moment de le faire, alors que les citoyens vont justement débattre de ces questions. Je sais que, maintenant, les questions de lutte contre la fraude et l'évasion fiscales sont tout en haut de l'agenda européen. Nous aurons encore beaucoup de choses à voir ensemble, beaucoup de combats à mener ensemble, et je veux vous assurer que jusqu'au terme de mon mandat, jusqu'au terme du mandat de cette Commission, je serai à votre disposition pour faire avancer cette cause à laquelle j'ai vraiment, depuis que je suis commissaire européen, voué une grande partie de mon temps, une grande partie de mon énergie parce que je pense qu'elle est, tout simplement, très utile, utile à l'Europe, utile aux Européens.

George Ciamba, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you so much for inviting the Council to the debate. We heard a lot of interesting thoughts and we listened to you and the bottom line of the debate today is that we share common values and we should continue to work together so that the tax systems of the EU Member States are fair and they contribute to our objective of a just society. We should not forget about the social dimension of taxation that was much highlighted today. We fully agree with the Presidency of the Council that this should be the case.

At the same time, I think there was an issue everybody touched upon, which is to use qualified majority voting for taxation. You know very well that, under the current rules, in order to change the way you vote you need a decision of the European Council and this has to be followed by the agreement of all national parliaments. I think that the first step in that direction started with the communication of the Commission. It's important that the dialogue on all these aspects has already begun. I think every one of us in the Presidency of the Council especially is scrutinising the communication of the Commission in order to build upon and take stock of the ideas that are there and to pass them to our leaders and our democratically elected national parliaments so that they reflect more thoroughly on these issues.

I would like to express, on behalf of the Council, that we are confident that the Member States will continue to find the best way forward together and we will do our utmost as Presidency to contribute to this objective during our term.

Președintele. – Dezbaterăa a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – What should be a normal, ongoing quest to ensure that taxes are just and fair and are being paid, has been transformed into a wholesale exercise to bring about harmonisation of income and company taxes across the EU. The claim is that unfair tax competition needs to be eliminated. But harmonisation would favour the more advanced economies of the Union. The centrifugal forces in the Union that apply under eurozone, single market rules would continue to strengthen, reinforcing the divergences between regions that have emerged over the years. In reality, the only way by which the peripheral economies of the Union can reduce the lags between their economic performance and that of the 'centre' is by having recourse to tax flexibility. If even this is removed, then the only policy adjustment to reverse economic downturns will be a reinforced internal devaluation underpinned by austerity policies. That will become increasingly unacceptable to European citizens. Indeed, another aspect of the current political discourse about taxation abuse is that it provides a 'progressive' screen for political actors who back antisocial austerity

policies. To counter tax abuses (which may or may not be rampant), what is needed is not harmonisation but total transparency in the administration of taxes.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Vsakokrat, ko na evropski ravni sprejmemo novo davčno zakonodajo, me volivci vprašajo, kaj bo sedaj novega. Ali bomo končno lahko ujeli tiste, ki svoje dobičke spretno skrivajo v davčnih oazah, ali bodo novi ukrepi le nova ovira mikro podjetnikom, ki se že tako vsakodnevno borijo z birokracijo.

Tudi jaz imam dvome v to, da bomo kdaj prišli na zeleno vejo. Z razvojem trgov in poslovanja se nam sprti odpirajo področja, za katera davčna zakonodaja ne velja. Spretni davčni svetovalci so vedno korak pred nami in tako skrbijo za nepoštenost pri obdavčitvah.

Kljub temu bi ob tej priložnosti rada pohvalila delo Komisije, ki se trudi, da temu ne bi bilo tako, in hkrati opozorila države članice, naj se držijo pravil, ki jih sprejmejo na evropski ravni, saj bomo le tako ohranili zaupanje v evropski projekt.

Kathleen Van Brempt (S&D), *schrieffelijk*. – Eerlijke belastingen zijn een prioriteit. Dat is nu zo en dat moet altijd zo zijn. Maar het kan nog beter. Google, Facebook en andere internetgiganten krijgen dure cadeaus van de lidstaten. Europeanen verliezen 825 miljard euro per jaar aan belastingontwijking. Dit betekent 1650 euro per Europese burger, per jaar. Dit kan niet blijven duren.

Vanuit democratisch oogpunt is het cruciaal dat er iets verandert. Als dit niet gebeurt, komt de legitimiteit van de Unie in het gedrang. Maar nog veel belangrijker is dat geld van Europeanen dat nu gewoon verdwijnt, weer in de Europese samenleving kan worden geïnvesteerd. Als we zorgen dat de belastingen eerlijker verspreid worden over burgers en bedrijven, kan iedereen meegenieten van het systeem. Dan hoeven geen onredelijk hoge bijdragen betaald te worden.

We geloven dat een rechtvaardige wereld mogelijk is. We moeten dan ook alle stappen ondernemen die mogelijk zijn om hiertoe te komen. Daarvoor is de medewerking van de lidstaten vereist. Op een efficiënte manier onderhandelen, kan volgens ons alleen door een afschaffing van unanimité in de Raad.

Tom Vandenkendelaere (PPE), *schrieffelijk*. – Ons belastingssysteem is duidelijk niet meer van deze tijd. Digitalisering en globalisering zorgen ervoor dat grenzen vervagen en dat bedrijven hun winst gemakkelijk doorsluizen naar waar deze het minst wordt belast. Qua fiscaliteit, daarentegen, blijven we halsstarrig vasthouden aan onze soevereiniteit. Maar hoe soeverein zijn we als er straks niks meer is om te belasten? Voor mij is het simpel: belastingen moeten worden betaald waar de economische activiteit zich afspeelt. Zolang we dat niet kunnen regelen, moeten we niet verbaasd zijn als multinationals en internetbedrijven gemiddeld nog niet de helft bijdragen van wat onze kmo's betalen. Daarom moeten we dringend werk maken van dossiers zoals de CCCTB en een digitale belasting.

De EU zou een trendsetter moeten zijn, maar ze verlamt zichzelf door ruzies en onderlinge veto's in de Raad van ministers. De Europese Commissie heeft het debat geopend over de afschaffing van de unanimiteitsregel in de Europese fiscale besluitvorming. Er zal politieke moed voor nodig zijn, maar laten we hier nu eens en voor altijd een einde aan maken zodat we noodzakelijke zaken kunnen aanpakken.

14. Bewertung von Gesundheitstechnologien (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind raportul lui Soledad Cabezon Ruiz, în numele Comisiei pentru mediu, sănătate publică și siguranță alimentară, referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului privind evaluarea tehnologiilor medicale și de modificare a Directivei 2011/24/UE (COM(2018)0051 – C8-0024/2018 – 2018/0018(COD)) (A8-0289/2018).

Vreau înainte să fac următoarea precizare: cartonașele albastre nu vor fi permise, iar, în ceea ce privește *catch the eye*, în funcție de timp, pentru că, la ora 17.00, știți foarte bine, avem voturi și trebuie să respectăm foarte strict orarul ca să ne încadrăm în acest timp. Deci, *catch the eye* vom evalua când vedem cum stăm cu timpul și rog fiecare vorbitor să se încadreze în timp.

Soledad Cabezón Ruiz, *ponente*. – Señor presidente, señor comisario, comienzo reiterando mi reconocimiento de que una propuesta europea de una agencia evaluadora de tecnologías sanitarias es oportuna y que vendría a hacer «más Europa». Es cierto que la normativa europea en medicamentos desarrollada desde el año 1965, a raíz del desastre de la talidomida, ha contribuido de forma importante a la mejora de los estándares de salud en la Unión Europea y que también, al mismo tiempo, hoy consideramos que tiene ámbitos de mejora.

La Agencia Europea de Medicamentos evalúa y autoriza los medicamentos en base a la eficacia y a la seguridad, sin tener en cuenta la calidad en términos de efectividad o el valor terapéutico añadido. Alguien —como yo— podría considerar incluso que quizá no sea ético, además de que pueda suponer una carga de sostenibilidad a los sistemas sanitarios.

Pero lo cierto es que el Parlamento, haciéndose eco de la ciudadanía, quiere garantizar el acceso a los medicamentos, a la tecnología sanitaria. Los altos precios en el contexto de la crisis fueron el detonante de estas dificultades en el acceso, pero también hay falta de adecuación entre la investigación y las necesidades médicas, y también se precisa de más calidad. Hay un exceso de investigación incremental en detrimento de innovaciones genuinas; algunos estudios las cifran en el 85 %. Además, ni siquiera los altos precios de los medicamentos van de la mano del alto valor terapéutico añadido en muchos casos.

En el caso, en concreto, de los medicamentos oncológicos, que han visto multiplicarse su precio por más de diez, solamente han demostrado un 15 % de ellos mostrar un incremento en la supervivencia a los 5 años.

Los Estados miembros han venido realizando esta evaluación de calidad como parte del proceso de establecimiento de precios y reembolso. La Comisión Europea, desde el año 2003, a través de la EUnetHTA ha financiado la colaboración entre estos para aproximar criterios, metodología, mejorar e incrementar la evidencia clínica y establecer el valor clínico de la tecnología sanitaria.

Además, los avances en genética, los últimos medicamentos destinados a poblaciones cada vez más pequeñas, las terapias avanzadas o la propia tecnología precisan cada vez de una evidencia clínica más exigente, y suficiente en todo caso para poder tomar decisiones al respecto.

Sin embargo, a pesar de la consideración positiva por parte de los Estados miembros de esta colaboración voluntaria, no han hecho uso de la misma. El Parlamento Europeo considera necesario también ahondar en esta colaboración y pasar a un escenario de estabilidad, con un procedimiento reglamentado y con financiación pública que mejore el acceso a la tecnología sanitaria por la ciudadanía europea, contribuya a la sostenibilidad de los sistemas sanitarios e incremente la calidad de la investigación, alineando también con las necesidades los pacientes esta investigación.

La Comisión Europea nos presentó una propuesta de HTA, justificándola en la necesidad de mejorar el funcionamiento del mercado interior y con ello la predictibilidad de la industria. Aun siendo cierto que pueda existir distorsión en el mercado interior, este no puede ser el objetivo principal de la propuesta, toda vez, incluso, que esta distorsión puede corresponder en gran parte a la concepción del propio medicamento como un bien de consumo más y que se rige por las leyes del mercado. No obstante, este Reglamento tampoco se tiene por qué oponer —y es posible que pueda contribuir— a esa mejora de la competitividad de la industria, estimulando una innovación de calidad y mejorando la eficiencia de la investigación.

La posición del Parlamento ha venido a dar una respuesta, a mi modo de ver bastante equilibrada, a todos estos retos que he planteado y, ante todo, buscando la necesaria confianza en el proceso, garantizando independencia, transparencia, objetividad, calidad científica y validación externa de todo el procedimiento. Todo ello permitiendo un claro protagonismo y control por parte de los Estados miembros a través de sus agencias nacionales de evaluación del proceso. Y, en última instancia, garantizando que, aunque la evaluación clínica pueda ser global, la decisión finalmente sea local.

Los Estados miembros podrán llevar a cabo sus propias reevaluaciones para adaptarlas a sus contextos nacionales, dentro de las competencias nacionales del sistema de establecimiento de precios y reembolsos, que incluye criterios clínicos específicos además de sociales, éticos y económicos, alejando las dudas sobre posibles efectos negativos en la sostenibilidad de los sistemas nacionales de salud, como se nos ha ido mostrando.

Al mismo tiempo, abre nuevos ámbitos de colaboración en sectores emergentes en salud como es la medicina de precisión o la desinversión de tecnología obsoleta. En definitiva, —como decía— una propuesta equilibrada, oportuna y garantista con los pacientes y también con los sistemas nacionales de salud. Por lo tanto, a mi modo de ver, necesaria.

Ahora se precisa de una postura constructiva y dialogante por parte de los Estados miembros, a lo que este Parlamento siempre se ha mostrado abierto. Lo contrario puede suponer bloquear la necesaria discusión para mejorar el acceso a la tecnología sanitaria por parte de los pacientes en la Unión Europea.

No es bueno una postura obcecada, en contra y sin diálogo ni alternativas por parte de determinados países, que solo nos puede llevar a repetir experiencias previas con otros dosieres en salud que solamente acaban con el resultado de que los únicos que acaban perdiendo son los pacientes.

Este Parlamento ha trabajado duro y rápido para poder cerrar este dossier en la presente legislatura y enviar un mensaje muy importante a la ciudadanía europea, que nos viene pidiendo mejoras en el acceso a los medicamentos, a la tecnología sanitaria; que tiene a la salud entre sus prioridades, como demuestra de forma reiterada el Eurobarómetro, y que nos evaluará en los próximos meses en las urnas.

Por todo ello, apelo a una posición constructiva por parte de los Estados miembros para poder cerrar este dossier y dar esa respuesta que nos pide la ciudadanía europea.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, I am very pleased to have this opportunity to discuss the Commission proposal for a regulation on health technology assessment. Parliament has shown very active and constructive engagement on this file, which led to the adoption of the ENVI Committee report in Plenary on 3 October last. Once again, I would like to congratulate Ms Cabezón Ruiz for her excellent and timely work as rapporteur for this file. I also want to reiterate my thanks to the shadow rapporteurs, Ms Grossetete, Ms Meissner, Ms Konečná and others as well as the ENVI Committee, the Committee on Industry Research and Energy and the Committee on Internal Market and Consumer Protection. Regrettably, negotiations between the institutions have not yet commenced, but the adoption of Parliament's formal first reading position would send a clear signal on the importance of continuing to work on this file as we move towards the end of this mandate and onwards into the next one. The Commission appreciates Parliament's overall support for its proposal, including a clear and ambitious product scope on medicinal products and medical devices. While time does not allow me to comment in detail on all the various amendments, I want to echo some of the points made by the Commission in October.

First, on the issue of the national use of European joint clinical assessments, the Commission welcomes Parliament's strong support in ensuring that joint clinical assessments will be used by Member States and will not be repeated. The approach suggested by Parliament to add some qualification as to the meaning of non-duplication of European clinical assessments at national level has been helpful in the ongoing discussions in the Council. While the issue is still open, it needs further discussion. It takes a step towards addressing the concerns expressed by some Member States. Parliament has also added that the legislation should not prevent Member States from conducting complementary clinical assessments outside the scope of the joint clinical assessment. I am ready to support such an approach.

Other amendments were aimed at further qualifying the proposal. They stress that Member States continue to be responsible for drawing their own conclusions on the added therapeutic value of health technologies in the context of their healthcare and cure systems.

The second general area I would like to comment on concerns the respective roles of the Commission and the Member States in the cooperation process. In this area the amendments follow the spirit of the text as they aim to clarify the Members States' responsibility for conducting the joint work and the supporting role of the Commission.

The third important area relates to the quality and transparency of joint work produced through EU cooperation. The proposed amendment should ensure the submission of appropriate evidence by technology developers and provide for a high scientific quality, independence and transparency in the joint work.

There were important objectives of the Commission's proposal and I'm convinced that the real added value of strengthened cooperation on HTA at EU level lies in the quality of joint clinical assessments. Together we are all much stronger.

Lastly, let me stress that the Commission has concerns when it comes to the removal of the harmonisation of national rules related to clinical assessment. This was one important element of our proposal, notably to improve the functioning of the internal market while contributing to a high level of human health protection. In proposing such harmonisation of national HTA methodologies, we had actually responded to the previous calls for action from Parliament. Among those calls I remember that your resolution on access to medicines called for the harmonisation of HTA tools and methodologies, and it's clear.

I would like to conclude by stressing that the Commission welcomes Parliament's constructive proposals and stands ready to continue to discuss and explore solutions to outstanding issues with the co-legislators. The Commission is currently fully engaged in the discussions in the Council as these continue to progress and we welcome the Romanian Presidency's commitment to move the discussion forward. The HTA proposal is expected to lead to a saving and benefits for all key actors. It will support Member States in their investment decisions to prioritising truly innovative technologies. National authorities will be able to pool their expertise and avoid duplication of efforts, making better use of human and financial resources. Industry will benefit from clearer rules and greater predictability for their business planning, as well as cost savings. The healthcare sector accounts for approximately 10% of European Union GDP or 1 300 billion per year. But, above all, this proposal is about European citizens, about European patients. Patients are at the heart of this proposal, which aims to deliver more efficient, transparent and effective European Union HTA. The new model of EU cooperation has a clear potential to facilitate better access to innovative health technologies. Yesterday we discussed issues about women and cancer, about possibilities to guarantee access to new treatments and HTA is a tool which can help us address these issues.

I therefore call on you to help make this initiative a success. I look forward to hearing your views.

Lieve Wierinck, *rapporteur voor advies ITRE*. – Voorzitter, met deze nieuwe wetgeving zetten we een stap in de goede richting, en wel om drie redenen.

Ten eerste hebben patiënten met een zeldzame kanker of een zeldzame ziekte dankzij deze Europese samenwerking meer kans op de beschikbaarheid van een geneesmiddel dat werkt. Mits de nodige privacybescherming zullen de lidstaten toegang krijgen tot grootschalige onderzoeksgegevens.

Ten tweede zorgt de klinische evaluatie van nieuwe gezondheidstechnologie ervoor dat de lidstaten op de hoogte worden gehouden van de ontwikkelingen op de markt, en van het feit of deze producten beter werken dan degene die reeds op de markt aanwezig zijn. Door innovatieve ontwikkelingen beter in de kijker te zetten stimuleren wij onze gezondheidssector op Europees niveau.

Ten derde ben ik tevreden dat de flexibiliteit blijft bestaan, zowel voor de lidstaat als voor de coördinatiegroep die de evaluatie samenstelt. De lidstaten beslissen of er een terugbetalingssysteem voor deze nieuwe technologie komt. De coördinatiegroep behoudt het overzicht over welke nieuwe technologieën baanbrekend zijn.

Als we voluit de kaart trekken van onderzoek en innovatie voor Europa en daarbij de patiënt centraal stellen, dan is een Europese evaluatie van gezondheidstechnologieën dé weg die we moeten gaan, samen met de lidstaten.

Cristian-Silviu Buşoi, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Mr President, as I mentioned previously, I welcome the new proposal aimed at strengthening EU cooperation on health technology assessment. I'd like to thank Ms Cabezón Ruiz and my colleagues for the close collaboration.

I believe that joint clinical assessment should be done at EU level in order to shorten the process and provide faster access to innovative drugs for all patients in the EU without jeopardising the final decision of the Member States. As the rapporteur in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection, I took particular interest in two main objectives of the proposal: to increase the level of human health protection and to ensure better functioning of the internal market. We amended the proposal so that health technology developers would have the possibility to request an update of the clinical assessment where additional evidence from clinical practices became available, and we also asked for a flexible mechanism to introduce innovative technologies and treatments for patients. I support adoption at first reading. I hope that under Romania's Presidency an agreement will be reached, but I'm sure that the Romanian Presidency will achieve important progress.

Françoise Grossetête, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, les traités nous le rappellent: la mission de l'Europe en matière de santé est de permettre à tous un égal accès à des soins de qualité.

Alors, comment comprendre que la valeur ajoutée clinique d'un médicament autorisé dans toute l'Europe diffère d'un pays à l'autre? Comment expliquer aux patients qu'un même traitement soit jugé innovant, utile et efficace de l'autre côté de la frontière, alors qu'il est considéré comme ayant une moindre valeur ajoutée dans son pays? Comment annoncer à un patient qu'il doit encore attendre pour obtenir ce nouveau médicament qui est déjà disponible dans le pays voisin?

Ne nous y trompons pas. Il ne s'agit pas de parler de prix et de remboursement mais de conduire en commun une évaluation scientifique portant sur la valeur ajoutée thérapeutique d'une nouvelle technologie, par rapport aux alternatives existantes, et cela pour favoriser les traitements à plus forte valeur ajoutée, permettre les décisions budgétaires des États membres et accélérer l'accès des patients aux innovations médicales et puis aussi éviter la duplication du travail; cela ferait perdre toute sa valeur ajoutée à notre procédure commune.

Je regrette que les réticences des États membres ne nous aient pas permis d'avancer plus vite sur ce texte essentiel. Grâce à notre rapporteur, nous avons pourtant adopté en septembre un texte raisonnable qui devait aider à surmonter ces divergences. J'appelle aujourd'hui le Conseil à penser aux patients auxquels une solidarité européenne accrue en matière de santé ne peut que bénéficier.

Biljana Borzan, *u ime kluba S&D*. – Gospodine predsjedavajući, reforma sustava procjene zdravstvenih tehnologija jedan je od glavnih zahtjeva iz Izvješćaja o pristupu lijekovima kojeg smo donijeli 2016. godine.

Drago mi je što je Komisija, unatoč negativnim signalima nekih država članica, prepoznala potencijal proširenog i reformiranog HTA sustava. Koristi od tješnje suradnje nacionalnih i regionalnih HTA tijela u konačnici će imati svi: pacijenti, farmaceuti, liječnici i zdravstveni sustavi. Nova platforma državama članicama i njihovim tijelima uštedjet će vrijeme i novac jer će se izbjeći nepotrebno ponavljanje procjena koje su druge države već napravile. To se pogotovo odnosi na zemlje koje imaju male HTA kapacitete.

Nažalost, ovi argumenti nisu bili dovoljni državama članicama u Vijeću. Kada su zdravlje i zdravstvo u pitanju, vrijeme nije novac, već život i zato moram izraziti nezadovoljstvo odbijanjem Vijeća da započne pregovore.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist tatsächlich so, dass wir eine sehr gute Zusammenarbeit bei dieser Gesetzgebung im Parlament hatten, und ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Das war konstruktiv, und das war auch wirklich sehr wichtig.

Denn es ist jetzt so: Was haben wir erreicht? Dass der Zugang für Patienten zu Arzneimitteln schneller sein soll, weil wir dezentral eine Zulassung haben wollen. Es macht überhaupt keinen Sinn, dass wir eben statt nur einmal zentral das bis zu 28 Mal – wie es im Moment noch ist – durchziehen. Das ist wirklich nichts, was wir brauchen.

Und im Prinzip profitieren von dieser Vereinfachung sowohl die Patienten als auch Behörden, Wissenschaftler – eigentlich alle, auch die Hersteller. Es ist trotzdem so, dass die Skepsis der Mitgliedstaaten erst sehr stark war. Also gerade große Mitgliedstaaten wie meiner – Deutschland – und auch Spanien haben protestiert und haben gesagt: Das ist nichts, was die EU-Ebene angeht. Ich denke, sie liegen da ganz falsch. Es ist wichtig, dass alle, auch die kleinen Länder, die vielleicht nicht ganz so starke Forschung haben, profitieren können, dass die Menschen überall in der EU von einer zentralen Zulassung profitieren können. Darum, denke ich, ist es vollkommen gut, dass wir dieses Gesetz jetzt haben.

Mir war von vornherein wichtig, zum einen schon zu sehen, wo die Mitgliedstaaten vielleicht selber auch Kompetenzen brauchen, und zum anderen auch zu sehen, was mit den Medizinprodukten ist. Ich war Berichterstatterin, genau wie Frau Kollegin Borzan, bei der Medizinprodukteverordnung. Und da haben wir nun gerade vor einem Jahr etwas verabschiedet, was für die Medizinprodukte mehr Sicherheitsstandard, bessere Anforderungen an Leistungsfähigkeit usw. geben soll – unabhängig von ihrer Klasse. Auch den klinischen Mehrwert haben wir drin. Und da sah ich nicht ein, dass wir jetzt – bevor das Ganze umgesetzt ist – schon bei der HTA die gleichen Anforderungen stellen sollen. Mir wäre es daher am liebsten gewesen, wir hätten gesagt: Wir machen hier ein starkes Gesetz für Arzneimittel, und die Medizinprodukte, die betrachten wir später.

Das war jetzt nicht ganz Kompromisslinie. Aber wir haben einen – finde ich – sehr guten Kompromiss gefunden, in dem wir die Anwendung auf die Medizinprodukte sehr stark eingeengt haben.

Ich möchte noch etwas Weiteres ansprechen, das wurde noch nicht benannt, was im Kommissionsvorschlag nicht drin war: Das waren Methoden, die man für die Durchführung von HTA skizzieren kann. Die sind jetzt drin. Das sind teilweise schon bewährte Methoden, und ich denke, das ist gut für die Mitgliedstaaten und deren Experten, die daran arbeiten sollen.

Als Letztes: Wichtig ist auch, dass wir jetzt nationale Bewertungssysteme berücksichtigt haben, die teilweise unterschiedlich sind. Bei der Erstattungsgrundlage zum Beispiel gibt es verschiedene Definitionen von Überleben und Lebensqualität. Das ist nicht überall gleich gewichtet, und darum muss man auch zusätzlich nationale Kriterien ohne Dopplung – wohlgemerkt – durchführen können.

Schade, dass die Mitgliedstaaten uns nicht folgen, sonst könnten wir verhandeln. Das wäre gut für die Patienten in Europa.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, pane komisaři, v první řadě musím říct, že jsem současným stavem extrémně zklamaná. Varianta, ve které jsme dokument odhlasovali, je sama o sobě dosti oslabená. A návrh se zaměřuje čistě jen na klinická hodnocení. Došlo k vyřazení jak ekonomických, sociálních, tak i etických aspektů. Taktéž jsme zakotvili extrémně dlouhé přechodné období, po které se členské státy nebudou muset systému vůbec účastnit. Naše řešení společných hodnocení zdravotnických prostředků v podstatě znamená zastřené vyjmutí zdravotnických prostředků ze systému. Zjevně ale i toto přijde členským státům příliš málo. Sama tak začínám pochybovat, jestli vůbec má smysl tento návrh dále projednávat, neboť pokud by došlo ještě k dalšímu jeho oslabení ze strany členských států, nakonec asi bude lepší zůstat u současné dobrovolné spolupráce.

Přitom evropští pacienti zoufale čekají na tuto novou úpravu a jsou rozhořčení i naším odsunem povinného hodnocení o řadu let. Pacientské organizace zcela oprávněně očekávají, že budou více zapojeny do procesu hodnocení. Také námi přijaté výjimky pro rychlejší přístup pacientů k lékům na vzácná onemocnění je nezbytné uvést co nejrychleji do praxe, protože úspěšný boj se vzácnými onemocněními je bytostně přeshraniční záležitostí.

Členské státy v čele s rakouským a rumunským předsednictvím by se měly stydět. Nezbyvá nám nic jiného, než potřebný dokument posunout do nového období, což je ostuda.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Können Sie sich vorstellen, dass ein neues Krebsmedikament, das neu auf den Markt kommt und von der Europäischen Arzneimittelagentur positiv bewertet wurde, in Frankreich das Leben der Patienten um ein Jahr verlängert, in Deutschland um zwei Jahre, und in Italien gar nicht? Ich kann mir das nicht vorstellen. Zum Glück gibt es nationale Unterschiede, Mentalitätsunterschiede, aber was die Wirkung von Medikamenten angeht, sind wir Europäer doch ziemlich ähnlich.

Deswegen muss es doch möglich sein, diesen wissenschaftlichen Teil der Bewertung in Europa einheitlich zu tun. Es ist eine Verschwendung von Ressourcen, wenn sowohl die Behörden der Mitgliedstaaten als auch die Unternehmen oder sonstige Antragsteller das 26, 27 Mal machen müssen. Deswegen bin ich nach wie vor der Meinung, dass die Kommission einen guten Vorschlag gemacht hat und das Parlament dazu auch eine kluge Stellungnahme abgegeben hat.

Wir sollten nicht übertreiben, Kollegin Konečná: Die ethische Bewertung ist Sache der Mitgliedstaaten – die Mitgliedstaaten haben ja eine starke Kompetenz –, aber was die wissenschaftliche Bewertung angeht, muss das doch möglich sein.

Ich bedaure, dass der Rat sich dazu nicht bereitgefunden hat. Wir haben alle legitimen Anliegen des Rates in unsere Beschlussfassung aufgenommen, und deswegen ist es schade, dass wir morgen diesen Beschluss fassen müssen. Aber wir sollten weiter Druck ausüben. Dieser Vorschlag darf nicht sterben, sondern muss irgendwann beschlossen werden.

Elena Gentile (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la ricerca, l'innovazione e la nuova e buona economia si incrociano per raggiungere un obiettivo qualificante, quello di un'Europa che rimette al centro le persone e i loro diritti. Pensare a modelli di valutazione che semplificano le procedure significa guadagnare tempo e qualità, evitando duplicazioni e sovrapposizioni, garantendo esiti della stessa fondati sulla condivisione dei percorsi dentro una griglia di parametri di qualità, avendo appunto a disposizione un bouquet di buone prassi riconosciute come tali.

L'autorizzazione centralizzata, dunque, è l'obiettivo di questa proposta che incontra la domanda di qualità, che migliora la performance complessiva dei percorsi di ricerca e di sperimentazione clinica e che contribuisce a rendere compatibile l'obiettivo di sostenibilità dei costi dei sistemi sanitari con l'efficacia delle cure, rendendo accessibili tecnologie e farmaci destinati alla diagnosi e alla cura anche di patologie complesse e rare che mettono a dura prova sistemi sanitari, pazienti e famiglie.

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, proper health technology assessment (HTA) can be the unbiased tipping point for the game-changing technologies available for patients. This is a matter of supranational interest for European citizens and cannot be weighed only by economic factors. Assessments, pricing and reimbursement can be set as a touchstone for the sustainability of health systems. So far, this is the only tool able to ensure that citizens have affordable and effective treatments vis-à-vis the values demanded by profit-making manufacturers. However, the reality shows that HTA is fragmented throughout Europe. In fact, by reaching different outcomes, these assessments leave citizens and health professionals with different spans of choice, according to their Member States. Here, you can also count on us to fight for equal opportunities.

This proposal relies on the collaboration of Member States but still leaves room for national decisions. By centralising the clinical assessment we can avoid duplication, save resources and, above all, create a European Union with less asymmetry in access to health care. This proposal is only effective with the combined efforts of the national regulatory agencies and I greatly salute the integration of patient representatives in the assessment procedure.

This will make HTA involved from mere former ecological data on to a more realistic evaluation. That weights the contributions to the patients' quality of life. But for the assessments to be beyond any doubt, they need to be as transparent as possible. This is the only way to build confidence in the health technology chain of value.

I hope this regulation will bring us closer to the united, safe and healthy Europe we all long for.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident! Die Zulassung von Medikamenten und medizinischem Gerät muss europaweit einheitlicher und entlang nachvollziehbarer wissenschaftlicher Kriterien gebündelt werden. Durch den Wildwuchs verschiedenster nationaler Regelungen für die medizinische Bewertung werden manche Produkte in dem einen Mitgliedstaat früher zugelassen, schneller zugelassen als in anderen.

Mit dem neuen Kooperationsmechanismus könnten wir den Zugang zu neuesten und besten Medikamenten und Behandlungsmethoden für die Europäer*Innen beschleunigen und sicherstellen, dass diese auch in der ganzen Europäischen Union nach den gleichen Kriterien beurteilt werden. Das umfasst Medikamente, medizinische Geräte und Produkte wie Prothesen und künstliche Gelenke.

Gemeinsames europäisches Vorgehen in den Bereichen klinische Tests, wissenschaftliche Konsultation und Bewertung neuer Technologien am Markt macht die Prozesse nicht nur effizienter und schneller, sondern ermöglicht auch viel gründlichere Testverfahren, bevor ein Produkt auf dem Binnenmarkt zugelassen wird. Wir appellieren an den Rat, dies nicht länger zu verhindern.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, una percentuale molto elevata dei nuovi farmaci immessi sul mercato non presenta un evidente miglioramento tecnologico rispetto ai medicinali esistenti. La competizione si gioca spesso più sul nome del farmaco che sulla sua composizione.

Questo Parlamento ha lavorato molto all'introduzione della valutazione europea del valore terapeutico aggiunto dalla tecnologia sanitaria e all'armonizzazione dei criteri di valutazione clinica dei medicinali, che determinerebbero una maggiore qualità della ricerca e dell'innovazione e l'eliminazione di inutili duplicazioni. Se l'obiettivo è quello di un'armonizzazione legislativa che conduca ad un miglioramento della qualità del mercato dei farmaci, il sistema di valutazione delle tecnologie sanitarie non può essere su base volontaria, come vorrebbe la Germania.

Purtroppo, dopo un lungo iter legislativo, i cittadini europei non vedranno approvato definitivamente questo regolamento entro la fine della legislatura a causa della mancata unità d'intenti in seno al Consiglio. Con il voto di domani consegniamo al prossimo Parlamento la nostra posizione definitiva, con la speranza che nell'interesse dei cittadini europei si riesca ad arrivare ad una posizione condivisa nel più breve tempo possibile.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, it's extremely important that, this time, we do even better and more coherent work on health technology assessment than the Commission and Parliament have so far managed, because the regulatory framework is either disabling or enabling, depending on whether you look at it from the patient's perspective, the user's perspective or the competitiveness and business perspective.

If we have 28 different kinds of regulation, there's always this unfair and unjust practice. Some get the applications and some do not, and you can't create European e-health digital medical devices and medicines, to be provided for everybody, if you have 28 different kinds of regulation. So it is vital that we have an enabling European framework, with only very stringent exceptions, to be there for the patients' and markets' sake.

Intervenții la cerere

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι τεχνολογίες υγείας είναι προφανές ότι πρέπει να στηρίζουν τον άνθρωπο, να στηρίζουν τον ασθενή, γιατί η υγεία είναι δημόσιο αγαθό. Όμως, όταν μπαίνει όλη η διαδικασία της ανάπτυξης τεχνολογιών υγείας στο πλαίσιο της εσωτερικής αγοράς, τότε το βασικό που πρυτανεύει είναι η αγορά. Μετατρέπεται, δηλαδή, η υγεία σε εμπόρευμα και μπαίνει στην υπηρεσία των πολυεθνικών ομίλων και των φαρμακευτικών εταιρειών. Πρέπει, λοιπόν, να πετύχουμε τεχνολογίες υγείας που να είναι υπέρ του ίδιου του ασθενή και να υπάρχουν φθηνά φάρμακα, προκειμένου να αντιμετωπίσουμε ουσιαστικά το κυρίαρχο πρόβλημα, που είναι η στήριξη της υγείας των ασθενών. Στην Ελλάδα δυστυχώς, η τρόικα, επιβάλλοντας τις δικές της πολιτικές, αφαιρέσε φάρμακα σημαντικά —όπως είναι τα φάρμακα κατά του καρκίνου— από το σύστημα υγείας. Πανάκριβα φάρμακα κατά του καρκίνου, τα οποία αδυνατούν οι έλληνες ασθενείς να προμηθευτούν.

(Încheierea intervențiilor la cerere)

Vytienis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I have listened to your views with great interest and thank you for your overall, very strong support and I see that we are all like-minded here. I can assure you that the Commission will carefully analyse all the points raised by Members in today's discussions.

Let me reiterate that the Commission is ready to provide its expertise to the European Parliament and the Council in order to support the negotiations and facilitate possible compromise solutions.

As has been recognised by the European Parliament, the proposed regulation will benefit a wide range of stakeholders, including Member State authorities, health technology developers, the healthcare providers and payers and, most importantly patients, across the EU. Equal treatment and equal access is the cornerstone when we are speaking about innovative treatment. I can assure of the full support of the Commission towards reaching an agreement on this important file.

Once again I thank you for your continued support, and let's do our best to encourage Member States now to once again reassess their positions and move as soon as possible to final conclusions.

Președintele. – Dezbaterăa a fost închisă.

Votul va avea loc mâine, 14.2.2019.

(Ședința a fost suspendată pentru câteva momente în așteptarea votării.)

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

15. Wiederaufnahme der Sitzung*(La seduta è ripresa alle 17.02)*

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, el finalista del Premio Sájarov de 2018, Nasser Zefzafi, líder del movimiento popular del Rif, se encuentra gravemente enfermo en la cárcel y no se le deja tener una asistencia médica adecuada. Creo que es parte del compromiso del Parlamento Europeo con los derechos humanos y con un finalista del Premio Sájarov exigir al Gobierno marroquí su inmediata liberación para que pueda ser tratado por los médicos, para que se le pueda dar el parte médico a su familia, para que se pueda dar, por fin, la libertad para los presos políticos del Rif.

Presidente. – Grazie collega. In quanto Vicepresidente con il portafoglio dei diritti umani trasmetterò al Presidente assolutamente questa comunicazione.

Ana Gomes (S&D). – Señor presidente, he recibido una carta del padre de Amaya Coppens, que es una ciudadana belgo-nicaragüense que está en prisión, en la cárcel de Nicaragua, acusada de terrorismo, y con quien nosotros, que estuvimos allí, nos encontramos. Ella fue golpeada en la cárcel como represalia por el encuentro que tuvo con nosotros, por lo que nos dijo, y ahora no recibe visitas de su familia. Esto es horrible y una razón más para sumar mi voz a la de los compañeros Jáuregui y Gabriel Mato, pidiendo la intervención del presidente en relación con esta represión del dúo Murillo-Ortega en Nicaragua.

Presidente. – Grazie collega Gomes. Allo stesso modo, come dicevo al collega Urbán Crespo, trasmetterò la comunicazione al Presidente nel più breve tempo possibile.

16. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

16.1. Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (A8-0477/2018 - Emil Radev) (Abstimmung)

16.2. Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (A8-0001/2019 - Sergio Gaetano Cofferati) (Abstimmung)

16.3. Gemeinsame Regeln zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Güterkraftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (A8-0063/2019 - Isabella De Monte) (Abstimmung)

— Dopo la votazione:

Isabella De Monte, Relatore. – Conformemente all'articolo 59 bis del regolamento, chiedo che il fascicolo venga rinviato alla commissione per i trasporti e il turismo per l'avvio dei negoziati con il Consiglio.

(Il Parlamento approva la richiesta)

16.4. Gemeinsame Vorschriften zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Luftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (A8-0062/2019 - Pavel Telička) (Abstimmung)

— Dopo la votazione:

(Bas Eickhout presta il proprio microfono a Pavel Telička)

Pavel Telička, *Rapporteur*. – Mr President, I would never have expected the Greens to provide a helping hand!

(Laughter)

In any case, in accordance with Article 59, I would like to ask the House to agree to referral to the committee for interinstitutional negotiations.

Presidente. – Grazie vicepresidente Telička, grazie anche ai Verdi per il cavalleresco aiuto.

(Il Parlamento approva la richiesta)

16.5. Flugsicherheit im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (A8-0061/2019 - Kosma Złotowski) (Abstimmung)

— Dopo la votazione:

Kosma Złotowski, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Ja – podobnie jak moi poprzednicy – na podstawie art. 59a proszę o odesłanie dokumentu do komisji transportu, żeby rozpocząć negocjacje międzyinstytucjonalne. Dziękuję.

(Il Parlamento approva la richiesta)

16.6. GATS: notwendige Ausgleichsregelungen aufgrund des Beitritts Tschechiens, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Österreichs, Polens, Sloweniens, der Slowakei, Finnlands und Schwedens zur EU (A8-0067/2019 - José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra) (Abstimmung)

16.7. Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (A8-0015/2019 - Dominique Riquet) (Abstimmung)

16.8. Kraftfahrzeugversicherung (A8-0035/2019 - Dita Charanzová) (Abstimmung)

— Dopo la votazione:

Dita Charanzová, *Rapporteur*. – Mr President, I would like to thank all my colleagues for their strong support and, in accordance with Rule 59(4), I would like to request referral back to the committee to enter into interinstitutional negotiations.

(Il Parlamento approva la richiesta)

16.9. Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (B8-0096/2019, B8-0099/2019) (Abstimmung)

16.10. Politische Herausforderungen und Strategien gegen frauenspezifische Krebserkrankungen und damit zusammenhängende Begleiterkrankungen (B8-0097/2019) (Abstimmung)

16.11. Einsatz von Cannabis in der Medizin (B8-0071/2019) (Abstimmung)

— *Prima della votazione sull'emendamento 11:*

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, the reason for the oral amendment is we have left two members of the cannabis family out of what should have been there. It should also include cannabis indica and cannabis ruderalis. Cannabis ruderalis has very low amounts of tetrahydrocannabinol (THC) in comparison to cannabidiol, which is what some people want here and cannabis indica has a better balance of cannabidiol with THC, so if you want to do it right, include this.

Dubravka Šuica, on behalf of the PPE Group. – Mr President, on behalf of the PPE Group, I object to this oral amendment.

(L'emendamento orale non è accolto vista l'opposizione di oltre 40 deputati presenti in aula)

16.12. Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2018 (A8-0024/2019 - Cecilia Wikström) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

17. Erklärungen zur Abstimmung

(Le dichiarazioni di voto orali si svolgeranno giovedì 14 febbraio 2019)

18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta è sospesa per pochi istanti)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

19. Wiederaufnahme der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 17.52)

20. Zukunft des INF-Vertrags und Auswirkungen auf die EU (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση σχετικά με τη δήλωση της Αντιπροέδρου της Επιτροπής / Υπάτης Εκπροσώπου της Ένωσης για θέματα Εξωτερικής Πολιτικής και Πολιτικής Ασφαλείας σχετικά με το μέλλον της Συνθήκης INF και τον αντίκτυπο στην Ευρωπαϊκή Ένωση (2019/2574(RSP)).

George Ciamba, (*President-in-Office of the Council*) *on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I am here on behalf of the High Representative to convey her message on this subject of great importance for European and global security. The Treaty on Intermediate-Range Nuclear Forces in Europe (INF), signed by Presidents Reagan and Gorbachev in 1987, is among the key international agreements which marked the end of the Cold War. While neither the European Union nor any of the EU Member States are parties to the INF, we do have a very high stake in the preservation and the implementation of this treaty.

Due to the INF, some 3 000 missiles with nuclear and conventional warheads have been removed and have been destroyed. This happened under mutual supervision in the form of on-site inspections. The INF Treaty is also an important contribution to the disarmament obligation under Article 6 of the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT). The EU and its Member States are united in their support for the NPT, which remains the cornerstone of the global nuclear non-proliferation regime, the essential foundation for nuclear disarmament and an important element in the future development of nuclear energy applications for peaceful purposes. The NPT has made a crucial contribution to international peace, security and stability over the last 30 years.

Let me recall that all NPT states parties are committed to pursuing policies that are fully in line with the treaty and the objective of achieving a world without nuclear weapons. We, as the Union, stress the need for concrete progress towards the full implementation of Article 6 of the NPT, especially through an overall reduction in the global stockpile of nuclear weapons, taking into account the special responsibility of the states that possess the largest number of warheads, namely the Russian Federation and the United States.

But the INF Treaty is not only about prohibition of intermediate-range nuclear-armed missiles, it is about an entire category of ballistic and cruise missiles, regardless of their warheads. In the view of the High Representative, the United States and the Russian Federation need to remain engaged in constructive dialogue to preserve the INF Treaty and ensure its full and verifiable implementation, which is crucial for Europe's, and global, security.

Obviously an arms control treaty which is not respected by all of its parties is not sustainable. The EU, our Member States and the United States have raised many times in Moscow our serious concerns regarding Russia's compliance with the INF. These concerns have not been addressed so far, and the treaty now seems to be on its way to unravelling. The INF is not outdated and we, as Europeans, very much hope that the INF Treaty will still be saved.

We do not want to return to a Cold War. We do not want another arms race in Europe or anywhere else in the world. We call on all parties to urgently engage in a dialogue on strategic stability with arms control at its core. Arms control is crucial to our collective security. The world does not need a new arms race that would benefit no one and, on the contrary, would bring even more instability.

Thank you for your attention. This was what the High Representative would like to share you, and I do so on her behalf.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident! Der INF-Vertrag und seine Fortexistenz sind im ureigensten europäischen Interesse. Wir haben seit 1987 und in der Implementierung dieses Vertrags erlebt, dass eine ganze Kategorie von Waffen von europäischem Boden verschwunden ist. Das sollte auch dabei bleiben. Umso bedauerlicher ist es, dass wir leider feststellen mussten und müssen, dass die Russische Föderation diesen Vertrag seit einigen Jahren bereits verletzt – bereits die Obama-Administration hat das festgestellt.

Auf die Dauer ist natürlich ein Vertrag, der nur für eine Seite verbindlich zu sein scheint, nicht haltbar. Trotzdem ist es für uns nicht erträglich, dass beide Seiten letztlich die Gelegenheit genutzt haben, um aus diesem Vertrag auszusteigen. Wir fordern deshalb, dass sich Russland und die Vereinigten Staaten wieder an einen Tisch setzen, und wenn wir Europäer dabei hilfreich sein können, dann sollten wir das tun. Das erwarten wir auch von unserer exekutiven Seite.

Wir sollten in dem Zusammenhang auch immer mit einbeziehen, dass ein Verlust dieses Vertrags auch ein böses Omen für andere Kategorien von Waffen ist, nämlich die strategischen Waffen. Der START-Vertrag läuft 2021 aus und ich fürchte, wenn wir diesen INF-Vertrag nicht in der Substanz erhalten können, dass wir dann auch eine Gefährdung für den START-Vertrag erleben werden. Das darf politisch nicht akzeptiert werden.

Clare Moody, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to thank my colleagues for their work on this resolution. It is an important statement on behalf of our Parliament about a treaty that has made our continent and our citizens safer. The EU has been the main beneficiary, and it is in our interests to return to effective implementation of this treaty.

However, it was the Obama administration, in 2014, which first stated that Russia was in violation of its obligations under the Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty and there has been no subsequent demonstration of Russia's compliance since then. Having the INF Treaty provides a framework that helps to avoid misunderstandings and miscalculations. It is also imperative that the right signals are sent on other arms control and disarmament treaties, most particularly the continuation of the new Strategic Arms Reduction Treaty (START). Although our priority should be to preserve the benefits the INF Treaty has brought, we call on the High Representative to explore new, additional multi-lateral avenues to deliver arms control.

For these reasons, the resolution makes clear that we want Russia to return to full compliance with the INF Treaty and for the High Representative to take the necessary action to ensure the continuing protection of our citizens that a revitalisation of this treaty would present.

Geoffrey Van Orden, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I very much welcome the statement made by our S&D colleague. If I may, just a tiny bit of history. In 1977 the then Soviet Union began deployment of the SS20 mobile nuclear armed intermediate-range ballistic missile with the range to target all of western Europe.

This had a political as well as a military objective. The political objective was to create dismay among Western European governments, to stimulate the so-called peace movement and to create division between the Europeans and the United States, whose territory was not directly affected at that time. NATO responded with an effective dual-track approach, and the tough stand taken by the West, led by President Reagan and Margaret Thatcher, and the desire by Gorbachev at the time to move forward, enabled the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF) to be signed in 1987. It was a great achievement.

Now, new forces are at work in Russia and once again, it would seem that opportunities are being seized to create dismay and divergence between Western allies. Over the past five years, we've observed development of a cruise-missile system, the 9M729 by Russia, which is in breach of the INF Treaty.

Just as in the 1980s, now we must respond again with absolute transatlantic solidarity. I'm pleased that the joint motion is evidence of this and the ECR fully supports it.

Urmas Paet, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, recent developments indicate that the INF Treaty is likely to come to an end. This is unfortunate for its biggest beneficiary, Europe.

Since the United States has already confirmed that Russia has been in violation of the INF Treaty for years and NATO is also convinced that this is the case, and both the US, and later on Russia, have notified their intention to withdraw from the treaty, Europe might be facing another race to arms. Time is of the essence, and it is imperative that Russia uses this six-month period to return to full and verified compliance with the INF Treaty. That is the goal.

Meanwhile, the possible end of the INF Treaty shows us that there is a much larger problem, and that is the current state of affairs between Russia and the Western world. These developments indicate clearly that it is imperative to enhance cooperation between the Western countries, between NATO and the European Union – to demonstrate the unity of the Western world in response to Russia and others on this issue.

While the end of the treaty should be avoided by means of negotiations, it also demonstrates that the more global approach is needed on this issue, since time has moved on and there are more players in the game, like China and others.

Also new technologies have to be taken into account, like cyber and outer space. So, ideally, a new strategic stability framework would incorporate the essence of the INF treaty and new players both geographically, but also new technologies.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind sicher fast alle hier im Plenarsaal, die eine Fortführung und Bewahrung des INF-Vertrages wollen und dafür auch einstehen. Und deshalb müssen wir auch darüber nachdenken, was wir im Europäischen Parlament dafür leisten können, dass der INF-Vertrag bestehen bleibt. Ich will das hier auch deshalb so feststellen, da für uns als Links-Fraktion feststeht, dass der Kampf und das Bemühen um Abrüstung, Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent zentrales Anliegen politischen und jeglichen auswärtigen Handelns der EU wie auch ihrer einzelnen Mitgliedstaaten sein und bleiben muss.

Ja, und insbesondere nukleare Abrüstung muss in diesen Tagen wieder zuerst dabei genannt werden. Darauf zielt auch die Entschließung ab, die in vielen Teilen durchaus richtige Akzente setzt. Aber ich meine schon, wir drücken uns auch um eine konkrete Frage herum. Die USA verlassen alle internationalen Vereinbarungen und Institutionen. Jetzt ist die Existenz Europas gefährdet. Wenn der EU-Botschafter in Washington herabgestuft wird, dann hat das auch damit zu tun, wie die amerikanische Außenpolitik heute gestaltet werden soll. Und das gesellt sich auch zu dem Agieren von Präsident Putin, der auf diese zentrale Strategie der Vereinigten Staaten sozusagen eins zu eins reagiert.

Das Verletzen der nuklearen Abrüstungsvereinbarung hat bereits 2002 mit dem ABM-Vertrag eingesetzt. Und jetzt haben wir wiederum die Situation: Wie geht es mit dem INF-Vertrag weiter? Die heutige Pressekonferenz des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg hat ganz klargemacht, was sich auch hinter dieser Fassade verbirgt: Die Alliierten wollen nicht eins zu eins reagieren, sondern sie sagen: Wir werden zusätzliche 30 Kampfschiffe, 30 Landbataillone, 30 Luftwaffenquadriellen innerhalb der nächsten 30 Tage oder kurz darunter einsetzen. Und im Ergebnis dessen werden zusätzliche 41 Milliarden US-Dollar in Verteidigungsausgaben gesteckt.

Das heißt, der europäische Kontinent droht erneut Spielball des Wettrüstens zu sein. Wir sollten uns nicht darauf einlassen, dass die Spiele um nukleare Waffen zwischen den USA und der Russischen Föderation auf dem Rücken der europäischen Menschen ausgetragen werden. Wir brauchen auch keine neue Stationierung von Mittelstreckenraketen – wo auch immer – der Russischen Föderation und der USA. Wir müssen uns also wirklich für diplomatische Verhandlungen einsetzen, um den INF-Vertrag und mögliche weitere multilaterale Abkommen zu ermöglichen.

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Globale Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen ist eines der wichtigsten Ziele unserer Gegenwart.

Für uns Europäer ist die drohende Aufhebung des INF-Vertrags ein Schritt in eine gefährliche Welt. Die Europäische Union muss jetzt gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Führung übernehmen und zwischen Russland und den USA vermitteln. Es ist deshalb von zentraler Bedeutung, die multilaterale nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung mit allen politischen Mitteln voranzutreiben. Das ist meine dringende Bitte an die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin.

Weder Russland, die USA, noch China oder andere Staaten werden durch ein nukleares Wettrüsten und noch mehr Raketen ihre Länder sicherer machen. Je mehr nukleare Waffen – ob kurz-, mittel-, oder langstreckige – auf Großstädte gerichtet sind, desto größer wird die Gefahr, durch eine Fehleinschätzung oder durch einen technischen Defekt Millionen von Menschen qualvoll sterben zu lassen.

Die beidseitigen Inspektionen und Verifizierungsmaßnahmen müssen wieder unverzüglich aufgenommen werden, um gegenseitige Anschuldigungen zu prüfen und die INF-Verträge zu retten. Das ist in der letzten Zeit nicht geschehen. Unser Erbe an die kommende Generation darf kein künftiges europäisches Hiroshima sein.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, invalidation of the Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty will certainly undermine European and global security and peace. However, the real problem is that Russia is introducing into Europe its new missiles, capable of carrying nuclear warheads. Russia has continued to do this for several years, clearly violating the INF Treaty. Parliament was therefore right to condemn the Russian Federation for continued breach of the INF Treaty. Still, Russia has a chance, until July, to return to full and verifiable compliance.

International, effective and credible arms control remains the basis of European security. However, facing aggressive disregard by Russia of its commitments, there is really no other course of action for NATO, in the foreseeable future, than to be united, determined and fully prepared to foil or prevent any tilting of the international security balance by countries relying primarily on force and intimidation.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kündigung des INF-Vertrags durch Washington und Moskau ist ein gefährlicher Fehler auf beiden Seiten – ein gefährlicher besonders für uns in Europa.

Ich bin empört über den offensichtlichen Mangel an Anstrengungsbereitschaft, ihn zu retten und weiterzuentwickeln. Moskau hätte längst glaubwürdige Beweise gegen westliche Anschuldigungen vorlegen können, und Washington hätte längst auf Verhandlungen drängen können. Wenn jetzt 2021 das New-START-Abkommen auch nicht verlängert wird, haben wir erstmals seit Mitte der 60er Jahre die Situation, ohne jede internationale vertragliche Abmachung dazustehen, um nukleare Rüstung einzuschränken oder zu verhindern.

Wir brauchen einen besseren INF-Vertrag, mit besseren Überprüfungsmöglichkeiten auf beiden Seiten.

Aber eins noch: Wer China mit an Bord haben will, muss andere Wege finden als bestehende Regeln zu zerstören. Vor allem erwarte ich sichtbare Bemühungen der EU-Außenminister und der Hohen Vertreterin. Nehmen Sie es nicht hin, dass wir zum Spielball für geostrategische Pläne anderer werden! Es geht in erster Linie um unsere Sicherheit und die unserer Kinder.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Nikt z nas nie chce, żeby Europa była pobożowiskiem wielkich mocarstw, ale nie możemy kierować się ślepą wiarą w to, że każde dobre intencje się materializują. Nie możemy też pozostawiać Stanom Zjednoczonym wyłącznej odpowiedzialności za nasze bezpieczeństwo, jeżeli jesteśmy świadomi agresywnej polityki Rosji, a zasadą polityki Rosji jest zawsze sondowanie odporności przeciwników – tych, których oni sobie wyznaczają jako przeciwników. Jeżeli nie będziemy reagować, nie zagwarantujemy tego, że Rosja będzie wycofywać się z działań, które destabilizują bezpieczeństwo czy zagrażają pokojowi. W tej sytuacji, w której nasi sprzymierzeńcy uznają za konieczne stwierdzenie niefunkcjonowania tego traktatu, pozostaje nam jedynie solidarność sojusznicza, a także adekwatne reakcje na zagrożenia, które bieżąco stwarza Rosja. Niedawno widzieliśmy naciski na wyrzeczenie się niepodległości przez Białoruś. W gruncie rzeczy poza uchwałami nic nie robimy, a tak naprawdę solidarność w tym wypadku nie kosztuje wiele pieniędzy.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! Jag har haft förmånen att leva under en period då murar mellan länder monterades ner, då nedrustning och avspänning mellan länder var en verklighet i vårt närområde. En period då kalla kriget tog slut och vi började umgås med varandra, då gränserna öppnades och handeln mellan våra länder ökade. Men nu ser det annorlunda ut. Klimathotet är det största hotet mot oss människor på jorden och inte långt därefter kommer kärnvapenhotet. Båda kan undvikas om den politiska viljan finns. Om länder kan komma överens om både budget och regler kan vi klara både klimatpåverkan och freden.

Men i stället för nedrustning ser vi en upprustning runt om i världen. Allt fler länder har skaffat kärnvapen. Utveckling av obemannade vapensystem har pågått under lång tid, nu också en kapplöpning om vem som först skaffar dödliga autonoma vapen. Att INF-avtalet mellan USA och Ryssland nu kraschar är oerhört oroande. Tack vare avtalet skrotades ändå över 3 000 missiler, och det har spelat en stor roll för att minska spänningarna i vår del av världen. Jag uppmanar också parterna att återgå till avtalet.

Vi står nu inför ett val mellan att delta i kapprustningen eller att faktiskt försöka stå fast vid att krig inte löser världens problem och att vi måste göra allt som står i vår makt för att undvika att de uppkommer. Under 2017 antogs FN:s konvention om kärnvapenförbud som ett svar på att kärnvapenstaterna inte lever upp till icke-spridningsavtalet. Det är dags att medlemsstaterna undertecknar och ratificerar den. Någon måste gå före. Vi måste tänka på kommande generationer.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Kolleginnen und Kollegen! Anfang der achtziger Jahre hat Russland Raketen aufgebaut, und der Westen hat sie mit eigenen Raketen gezwungen, alle Mittelstreckenraketen zu beseitigen. Heute baut Russland wieder Raketen auf, und wir sind nicht in Verhandlungen, sondern die Amerikaner kündigen einen Vertrag auf, den die Russen gerne auch aufkündigen, weil es dann keine rechtlichen Verpflichtungen mehr gibt, auf die wir die Russen hinweisen können. Deswegen halte ich den Vertragsbruch von Russland für falsch, aber genauso die vorzeitige Kündigung durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die nur den Russen in die Hand spielt.

Wir wissen, dass wir heute durch China und andere in einer anderen Situation sind, dass nicht der Dualismus noch da ist wie 1980. Aber ich glaube, zu erzwingen, einen Vertrag bestehen zu lassen und auf der Grundlage Verhandlungen zu führen, die Transparenz bringen, die auch die anderen Nuklearmächte miteinbeziehen, ist besser als einen Vertrag erst einmal wegfallen zu lassen, wo es keine Chance gibt und wo auch wir bereit sein müssen, Transparenz zu äußern, indem wir auch anbieten, dass etwa die Raketensysteme in Rumänien in einer solchen Frage mitberücksichtigt werden, um auf diese Art und Weise einen neuen Ansatzpunkt zu finden, hier zu Gesprächen kommen. Transparenz ist hier alles, und dazu sollten Washington und Moskau bereit sein.

Victor Boştinaru (S&D). – Mr President, I imagine that Mr Brok does know, Germany being a member of NATO, that the system in Deveselu is part of NATO and the German authorities have full access to all the capabilities there. This is why I will invite all of you to be cautious.

Now, Mr President, Mr Minister, we are now living in a new nuclear era, characterised by the development of new generations of nuclear missiles and launchers. Well, the hypersonic capabilities are just one part of the new realities. What is there to do then? In less than six months that will lead to the USA's full withdrawal from the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF), following the continued Russian violations of it, a constructive dialogue is still possible and urgently needed. As Europe was the main beneficiary and the remains the only target of all INF systems, Europe should push and should work with its allies, the US being the most important one, to guarantee the return to the negotiations of the two signatories: the United States and Russia.

Nevertheless, all efforts must also be made to preserve the Strategic Arms Reduction Treaty (START) agreement, which will soon experience quite the same situation as INF and to guarantee that the new developments, new update agreements should provide the necessary monitoring systems.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA und Russland ist ein schwerer Fehler. Aber die dünnen, unengagierten Sätze, mit denen Herr Ciamba hier vier Minuten lang das sicherheitspolitische Eunuchentum der EU demonstriert hat – vor gerade mal 29 Abgeordneten – ist auch ein schwerer Fehler.

Herr Ciamba hat nicht gesprochen, als ginge es um eine Existenzfrage, sondern als ginge es um eine bürokratische Nebensache. Und was dieses Parlament diskutiert, interessiert ihn offensichtlich auch nicht. Herr Ciamba, könnten Sie mal versuchen, zuzuhören! Herr Ciamba, könnten Sie zuhören! Das passt gut zusammen – die Unengagiertheit und die Arroganz.

Wir wollen keinen Rüstungswettlauf. Ja, wir wollen auch keinen Regen. Aber was tun Sie? Nicht mit einem Wort haben Sie irgendetwas gesagt, welche Initiativen ergriffen werden sollten. Brok hat Vorschläge dazu gemacht. Machen Sie doch mal welche!

Wir müssen auch einbeziehen, dass China inzwischen in dieser Debatte eine Rolle spielt. Das erwähnen Sie gar nicht.

Wir Grüne sind dagegen. Entschieden dagegen, dass die Waffen, die durch INF gebannt waren, die Russland jetzt in Stellung bringt, auch auf unserer Seite stationiert werden. Wir kämpfen gegen diese Art von Nachrüstung. Aber das nützt uns alles nichts, wenn wir nicht europäisch gemeinsam aktiv werden, um zu verhindern, dass diese Eskalation kommt. Wachen Sie mal auf, bitte schön!

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, I think that what we are debating is a very serious security threat to Europe. We now face a real threat from Russian missiles. Once again, our cities and our continent are in focus and one could ask why that is. We are a long way from the time when President Obama went to Europe and talked about a world free of nuclear weapons. Now we have Trump in the White House withdrawing from the INF Treaty and also, in a way, undermining multilateralism.

In this serious situation we have to stand up as Europeans, believing in the rule of law and in treaties rather than in the law of force that we have been seeing on many sides around the world – Putin, as well as in the White House. So we have to stand up for multilateralism and we still have to fight for a world where we do not have proliferation and where we can once again see a future without nuclear arms and nuclear weapons.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, our aim was, and continues to be, to eliminate an entire class of nuclear arms. Indeed, I support the zero-option for all nuclear arms. As I've said before, my dream is to see the day when nuclear weapons will be banished from the face of the earth, who said that? Ronald Reagan.

And like my teacher and Security Studies Professor Harald Müller, I hope he will not be embarrassed, I would like to underline in today's context that a European response is needed to the possible new arms race, in a new threatening world which doesn't remember the balance carefully developed in the Cold War. I think European defence forces should also perhaps even reply with a nuclear component. Forgive me my radicalism here because Putin's Russia doesn't believe in deterrents, and thinks that the new arms race is the answer. We should show that we are ready for that and in that case, Bodil, we will have total peace. If we reply with force Putin will understand us, if not we're finished.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Mr President, Mr Tarand, you said the European Union should have to reply with force to Mr Putin's Russia. What kind of force do you have in mind? On what forces are the European Union's security and defence now based?

Indrek Tarand (Verts/ALE), blue-card answer. – Yes, I will only take 20 seconds.

I have in mind that a joint European defence force – being ridiculed as a federalist project – should have a German Commander-in-Chief and an English-speaking army equipped with the most modern resources and weapons.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a Rússia não respeitou o Tratado do FMI e Trump, mais uma vez, decidiu fazer o jogo de Putin. Estados Unidos e Rússia partiram assim em escalada retaliatória para nos passar, de novo, para uma corrida aos armamentos nucleares, para uma era de agravado perigo nuclear, nem que seja por mau cálculo. E o que acontece ao Tratado START, com o objetivo de reduzir drasticamente o número de armas nucleares dos Estados Unidos e da Rússia, que expira em 2021? O que acontece, face aos avanços tecnológicos que permitem nucleares supersónicos? Como reage a China? O que se faz quando a Europa está no centro geográfico da ameaça?

Não podemos deixar que a Europa volte a ser tabuleiro de xadrez entre os Estados Unidos e a Rússia. Não podemos ter medo e aceitar o que é inaceitável. Eu sou por uma política de zero no nuclear, deixando que se voltem, portanto, a multiplicar mísseis nucleares americanos no nosso solo.

Este é o tempo de a Europa da defesa, de facto, assumir-se política e militarmente com autonomia estratégica. É a única maneira de defendermos os nossos interesses, de falarmos alto e de impedirmos, de facto, o planeta de resvalar para a catástrofe.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je trouve que la situation est grave parce que la fin du traité FNI (traité sur les forces nucléaires à portée intermédiaire) relance la course aux armements nucléaires, non seulement entre la Russie et les États-Unis, mais aussi pour toutes les puissances moyennes, comme l'Iran et l'Arabie Saoudite. C'est vraiment une menace directe pour l'Europe.

La fin du traité FNI acte l'obsolescence d'un traité qui a permis, sous la pression des militants écologistes et pacifistes, de réduire massivement le nombre de missiles nucléaires stationnés en Europe. La fin du traité FNI menace toute l'architecture des traités de non-prolifération, au premier rang desquels le TNP (traité sur la non-prolifération des armes nucléaires), signé en 1968, qui est le seul traité universel dont nous disposons aujourd'hui. Si les pays européens refusent d'accueillir plus longtemps des armes américaines sur leur territoire, ils bloqueront les ambitions du président Trump. Il faut aussi revoir le concept d'armes intermédiaires, entre 500 et 5 000 km, qui n'est plus adapté aux réalités du XXI^e siècle, avec près d'une dizaine de puissances nucléaires et de nouveaux vecteurs.

Alors justement, l'Union européenne doit proposer rapidement un processus de médiation entre les États-Unis et la Russie. Il faut aussi proposer une zone dénucléarisée en Europe, ce qu'on appelle les ZEAN (les zones exemptes d'armes nucléaires), comme il en existe six reconnues dans le monde. Il faut aussi que l'ensemble des pays de l'Union européenne signe le traité d'interdiction des armes nucléaires. Voilà un signal fort qui serait donné pour arrêter l'escalade des armes nucléaires.

Arne Lietz (S&D). – Herr Präsident! Ich bin als Kind in der Friedensbewegung in Ostdeutschland groß geworden und habe sehr wohl mitbekommen was es heißt, diese Gefahr eines Kriegs innerhalb Europas hier zu erleben.

Der INF-Vertrag hat vor dem Hintergrund der landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen Europa dreißig Jahre sicher gemacht. Deswegen haben insbesondere wir Europäer größtes Interesse, hier nun eine Neuaufsetzung aufzusetzen und zwar durch die USA und Russland, die sich beide an einen Tisch setzen müssen.

Russland muss dafür auch den in den letzten Jahren entwickelten Marschflugkörper abrüsten und endlich Transparenz herstellen. Es ist nicht die Zeit, Entwicklung und Neustationierung von Raketen zu diskutieren. Mittelstreckenraketen haben in Europa nichts mehr zu suchen. Darauf müssen wir setzen. Wir müssen darauf setzen, dass wir geschlossen mit einer Stimme sprechen. Das ist sehr wichtig, damit wir Russland und Amerika hier gemeinsam ansprechen können.

Europa muss Transparenz zeigen, auch in Bezug auf die Militärbasen und die Situation in Polen und Rumänien. Hier müssen wir dazu beitragen, dass wir erneut zu neuen Verhandlungen kommen können, damit auch der New-START-Vertrag nicht 2021 ausläuft, sondern wir hier weiter auf Abrüstung setzen.

(Διαδικασία «Catch-the-Eye»)

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird uns wohl allen sehr schmerzlich bewusst, dass wir uns derzeit mit jedem Tag weiter von einer atomwaffenfreien Welt entfernen. Mit dem Außerkraftsetzen des INF-Vertrages stehen wir am Rande eines Wettrüstens, das die geltende internationale Ordnung völlig auf den Kopf zu stellen droht. Und wenn wir es nicht jetzt als Europäische Union schaffen, zusammenzuhalten, dann werden wir zum Spielfeld zwischen Amerika und Russland und zu einem neuen atomaren Schlachtfeld auf der Welt.

Ich fordere daher den Rat auf, Initiativen zu setzen und zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Es darf nicht sein, dass unsere Antwort ein Aufrüsten in Europa ist. Unsere Antwort muss sein, zu einer neuen Abrüstungskonferenz einzuladen, die bestehenden Verträge zu retten und weiterzuentwickeln und mit Transparenz und Offenheit ein Gegengewicht zu der Aufkündigung internationaler Verträge zu setzen.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η συνθήκη INF ήταν πραγματικά μια επιτυχία, διότι οδήγησε στον αφοπλισμό στη Γηραιά Ήπειρο. Αυτό βεβαίως ήταν σε μια φάση διαφορετική. Τώρα έχουμε έναν εντεινόμενο ανταγωνισμό των Ηνωμένων Πολιτειών με τη Ρωσία. Είναι προφανές ότι οι Ηνωμένες Πολιτείες έχουν δηλώσει ότι θέλουν να καταγγείλουν τη συμφωνία INF και προσπαθούν να βρουν να διάφορα πατήματα για να το κάνουν αυτό και αξιοποιούν, φυσικά, και την πολιτική της ίδιας της Ρωσίας. Αλλά αυτός που την πληρώνει είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση και μέχρι στιγμής δεν άκουσα σοβαρές πρωτοβουλίες από την πλευρά του Συμβουλίου για το θέμα αυτό. Τι πρέπει να κάνει; Πώς θα αντιμετωπίσει τις προκλήσεις; Διότι, τελικά, το μεγάλο πρόβλημα θα το έχει η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση. Απαιτούνται, λοιπόν, πρωτοβουλίες στο ζήτημα αυτό, διότι φαίνεται ότι πηγαίνουμε σε μία γενικότερη ρήξη και ανταγωνισμό γύρω από τους εξοπλισμούς μεταξύ Ηνωμένων Πολιτειών και Ρωσίας.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, στις 20 Οκτωβρίου ο πρόεδρος Trump ανακοίνωσε την αποχώρηση των Ηνωμένων Πολιτειών από τη Συνθήκη INF, η οποία υπεγράφη το 1987 μεταξύ Reagan και Gorbachev και εξασφάλισε ότι οι δύο υπερδυνάμεις δεν θα χρησιμοποιήσουν πυρηνικά όπλα. Τώρα, όμως, τα πράγματα έχουν διαφοροποιηθεί. Με την αποχώρηση των Ηνωμένων Πολιτειών, οι οποίες, σημειωτέον, αποδέσμευσαν και τη Ρωσία από την αντίστοιχη υποχρέωση, δημιουργείται μια νέα στρατηγική πραγματικότητα στην Ευρώπη και τίθενται οι βάσεις για έναν στρατηγικό ανταγωνισμό που μοιραία θα εμπλέξει και τα πυρηνικά όπλα. Κατά την άποψή μου, ο πραγματικός λόγος για τον οποίον αποχώρησαν οι Ηνωμένες Πολιτείες από τη Συνθήκη INF είναι ο εξής: η Ρωσία έχει αναπτύξει στη Συρία και στα σύνορά της με την Ουκρανία πυραυλικά συστήματα τα οποία απαγορεύουν τη διείσδυση των αμερικανικών αεροσκαφών και πλοίων στις περιοχές τις οποίες προστατεύουν τα συστήματα αυτά. Για να αντιδράσουν οι Ηνωμένες Πολιτείες πρέπει να προσβάλουν από μεγάλες αποστάσεις τα εν λόγω συστήματα. Άρα, λοιπόν, πρέπει να εγκαταστήσουν στην ξηρά πυραύλους μεγάλου βεληνεκούς, ανάλογους με τους πυραύλους Tomahawk που εκτοξεύονται από υποβρύχια και πλοία και έχουν βεληνεκή 1.300 με 2.500 χιλιόμετρα. Οι Ρώσοι, από την πλευρά τους, έχουν αναπτύξει μια χερσαία παραλλαγή του συστήματος Kalibr, που έχει ανάλογα βεληνεκή. Άρα, λοιπόν, τούτων δοθέντων, αντιλαμβάνεστε ότι η Συνθήκη INF ανήκει πλέον οριστικά και αμετάκλητα στο παρελθόν.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Kwestionowanie bezpieczeństwa nie odbywa się poprzez słowa, ale odbywa się poprzez fakty, twarde fakty. Ale też odwrotnie. Słowami nie zapewnimy bezpieczeństwa, tylko właśnie adekwatną odpowiedzią poprzez fakty, poprzez minimum traktaty, poprzez określone porozumienia. Umowa INF przestaje obowiązywać, ale przestaje obowiązywać przede wszystkim dlatego, że jedna ze stron – krótko mówiąc – jej nie przestrzegała. Druga strona, czyli Stany Zjednoczone, wypowiadając tę umowę, próbują się dostosować do określonej sytuacji. Chcę wyraźnie podkreślić, że po to, aby przywrócić bezpieczeństwo, zwłaszcza to bezpieczeństwo, o którym rozmawiamy w Europie, potrzebne są twarde fakty, porozumienia, określone traktaty, ale też w niektórych wypadkach niestety mocniejsze fakty, aby tę drugą stronę – w tym wypadku Rosję – po prostu do tych traktatów przymusić. I o to apeluję.

Julie Ward (S&D). – Mr President, President Trump's macho sabre-rattling and nationalistic calls of 'America first' have set the tone for dangerous political brinkmanship that puts all our lives at risk. In an era when we should be working more closely together for a sustainable peaceful world, Trump goes against the grain by abandoning partnership in favour of a regressive unilateral approach. By pulling out of the Intermediate-range Nuclear Forces (INF) Treaty, Trump has not only put the possibility of nuclear confrontation in Europe back on the table, he has also hinted at a wider threat, that of world-scale military confrontation between the US and China.

France, Germany and the EU are defending the INF Treaty, whilst calling for greater Russian transparency. Britain's response, however, has been at best ambiguous, with Defence Secretary Gavin Williamson quick to support Trump, saying Russia has made a mockery of the INF Treaty and must get its house in order.

Well, Trump, Putin, Williamson: three men high on testosterone playing dangerous games. Women campaigners won the battle against cruise missiles in the 1980s and women will once again oppose men's war-mongering. We are organising.

President. – Ms Ward, you have a blue-card question from Mr Bütikofer, do you accept it?

Julie Ward (S&D). – Sorry, which group is this gentleman from? I'm happy to take a question from a Green.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), blue-card question. – You will like my question, my question is: was it President Trump who broke the INF or President Putin?

Julie Ward (S&D), blue-card answer. – *(inaudible)* ... colleague is that it is men playing games with the lives of people around the world. War is a man's game. Most of the speakers in this debate have been men, and if you look at who is in power on the Foreign Affairs Committee, who is doing all the warmongering? It is men, and my point is that women's voices need to be heard at this level and it is women who make the peace and it is women who dismantled and got rid of the cruise missiles, the US missiles, they were on our land in the UK. I refuse for us to be another US state.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

George Ciamba, (President-in-Office of the Council) on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. –

Mr President, thank you for this important exchange. I think the importance of the preservation of the INF Treaty for European and global security, as well as our common preoccupation with increased stress to our security, has been very well highlighted.

I will not respond to the last point that was raised. I am here representing the High Representative, so I think it makes no sense if you take into account whom I represent here.

I would also like to refer to the fact that I think nobody here spoke as much as they should have about the allegation that the Russian Federation has begun producing and deploying new missiles, which could be aimed at Member States and which are not in compliance with Russia's Treaty obligation. This deserved to be treated more seriously and needs to be resolved. This should happen through a responsible dialogue, including at the highest levels. The stakes are simply too high.

Now we come to the allegations concerning the NATO capabilities in Romania or Poland. We made it very public and it was very transparent –which is not the case for any of the Russian missiles – that we know what we have in these places and we made it very clear that this is not a violation or a prohibition of the possession of missiles, if there really is a defensive factor.

And I think it is not fair to say that the European Union is not doing enough to save the INF Treaty. The EU has a long record of speaking in support of INF Treaty preservation and implementation – both bilaterally in our contacts with the State parties and very publicly in multiple international fora like the United Nations General Assembly, the Conference of Disarmament in Geneva, the Review Conferences of the Nuclear Nonproliferation Treaty and on multiple other occasions.

The most recent example was the agreed EU statement delivered on 18 October 2018 at the First Committee (Disarmament Intelligence and Security) of the UN General Assembly in New York, which included the following passage: 'We call on the Russian Federation to address serious concerns regarding its compliance with the INF Treaty in a substantial and transparent way. We ask the United States and the Russian Federation to remain engaged in active dialogue to preserve the INF Treaty and ensure its full and verifiable implementation, which is crucial for Europe and other regions' security'.

So this is what I wanted to say and I think I will thank you on behalf of the High Representative for being part of the discussion today.

Πρόεδρος. –Έχω λάβει, σύμφωνα με το άρθρο 123 παράγραφος 2 του Κανονισμού, έξι προτάσεις ψηφίσματος.

Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 14 Φεβρουαρίου 2019.

21. Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της εκδόσεως του Franck Proust, εξ ονόματος της Επιτροπής Διεθνούς Εμπορίου, σχετικά με τη θέσπιση πλαισίου για τον έλεγχο των άμεσων ξένων επενδύσεων στην Ευρωπαϊκή Ένωση (COM(2017)0487 - C8-0309/2017 - 2017/0224(COD)) (A8-0198/2018).

Franck Proust, Rapporteur. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, pour savoir où l'on va, il faut savoir d'où l'on vient, et je pense pouvoir dire au nom de tous que l'on revient de loin.

Lorsque trois pays membres ont proposé de créer un mécanisme européen de filtrage des investissements, l'accueil fut glacial. Lorsque le PPE a proposé un document de l'Union au Parlement européen sur ce mécanisme, l'accueil fut réservé. Lorsque le Président Juncker a présenté la proposition de règlement, ici-même, en septembre 2017, le scepticisme était majoritaire.

Je souhaite d'ailleurs féliciter, ici, l'efficacité des services de la Commission européenne, qui ont très rapidement réagi avec un règlement, dès le départ habile, notamment sur la question des compétences.

Je crois qu'on peut tous se féliciter d'avoir pris en compte à la fois le contexte, le besoin et surtout les intérêts de chacun, et ce grâce à un excellent travail commun des trois institutions: une présidence autrichienne du Conseil consciente des enjeux politiques, une Commission à l'écoute des propositions et un Parlement européen pragmatique.

Je souhaite remercier également mes collègues et corapporteurs, avec qui le travail de réflexion a été une force. C'est ce trio qui a réussi. Alors, vous l'avez dit, Madame la Commissaire, ce mécanisme est une première.

Le premier mécanisme européen sera un complément majeur des mécanismes nationaux de filtrage. Et pour reprendre le titre célèbre du roman d'un autre Proust, nous étions «à la recherche du temps perdu».

Nos principaux partenaires disposent déjà tous d'un mécanisme: les États-Unis, avec le CFIUS, ont une expertise depuis 1975. Ce mécanisme est donc le symbole de la prise de conscience des Européens que le monde qui nous entoure n'est pas rempli seulement d'investisseurs aux objectifs bienveillants. Vous conviendrez que cette vision était bien naïve.

Désormais, les États membres ne pourront plus fermer les yeux sur des investissements étrangers et étranges sur le territoire européen et dire: «nous ne savions pas». Nous ne savions pas que toute une chaîne de valeurs européennes a été acquise par une seule entreprise étatique ou étrangère, nous ne savions pas qu'une technologie à double usage, civil et militaire, a été acquise par une armée étrangère, nous ne savions pas que l'investisseur ultime, réfugié derrière un investisseur classique, avait pour objectif de saboter un programme européen. Ne pas savoir est une faute, à l'heure où les preuves de ces craintes sont parfois inscrites dans la planification politique de l'économie de certaines puissances étrangères.

Nous restons bien entendu ouverts aux investissements étrangers, car nous en avons besoin. L'Europe est une terre d'innovations et restera compétitive, aussi grâce à la libre circulation des capitaux.

Mais la liberté ne veut pas dire l'anarchie. La liberté ne veut pas dire l'impunité. Filtrer ne veut d'ailleurs pas dire interdire. Filtrer, c'est retenir le meilleur et les mailles de ce filtre, dans ce règlement, sont à la hauteur des enjeux actuels, et ce grâce, aussi, au Parlement européen, qui a joué son rôle en renforçant la proposition de la Commission, faisant de ce mécanisme autre chose qu'un timide essai.

Nous avons renforcé la collecte et l'échange d'informations, nous avons renforcé l'anti-contournement des mécanismes nationaux, nous avons renforcé la coopération intraeuropéenne et également internationale. Nous avons surtout marqué une étape en remplaçant la loi du silence par la loi du dialogue.

Enfin, vous savez que je ne peux pas ne pas parler du troisième scénario, ce scénario du pire pour lequel je me suis battu, jusqu'au bout, et qui permet d'anticiper, d'ores et déjà, les inquiétudes d'au moins un tiers des États membres sur un investissement étranger. La Commission, au cœur de ce dispositif, devra alors donner un avis. Cet instrument est une chance que les États membres doivent saisir pour l'ordre public et la sécurité des Européens, car nous sommes dans le marché unique, mais pas uniquement dans un marché. L'Europe, avec cet instrument, pourra mieux se prémunir de l'effet papillon d'un investissement, sans parler aussi de la course à l'investissement que se livrent les États-Unis et la Chine, et qui ne doit pas faire de l'Europe un supermarché. Elle doit rester une vitrine.

Alors oui, nous revenons de loin. En un temps record pour un nouveau règlement, nous avons trouvé cet accord et, désormais, nous pouvons dire que nous savons où nous allons, vers une Europe qui affirme et défend ses intérêts offensifs et défensifs.

Reinhard Bütikofer, Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie. – Herr Präsident, Frau Kommissarin Malmström, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man vor drei Jahren davon sprach, dass es nötig sei, von den USA beim Investment-Screening etwas zu lernen, dann traf man meistens auf völliges Unverständnis. In den drei Jahren haben wir enorm viel dazugelernt. Ich möchte mich, wie Herr Proust, bei allen Institutionen, die an dieser erfolgreichen Übung beteiligt waren, bedanken – bei der Kommission insbesondere. Das war eine sehr erfreuliche Zusammenarbeit. Auch bei der österreichischen Präsidentschaft und nicht zuletzt bei Ihnen, Herr Proust, als Berichterstatter. Sie haben das wunderbar geleitet.

Das Investment-Screening wurde von zahlreichen Mitgliedstaaten skeptisch beäugt, als es auf den Tisch kam. Wir können heute feststellen, dass es da einen Meinungswandel gegeben hat. Eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten, die am Anfang das nicht mit der Pinzette anfassen wollten, sind inzwischen zu der Überzeugung gekommen, dass sie das auch aktiv betreiben müssen.

Wichtig ist festzuhalten: Wir wollen damit keinen Protektionismus betreiben, aber wir sind auch nicht blauäugig. Es ist kein industriepolitisches Instrument, sondern ein Instrument, um Sicherheit und öffentliche Ordnung zu verteidigen.

Wir haben in der Tat schnell gearbeitet, und ich bin dankbar für diese Zusammenarbeit. Wir werden sicherlich in dem Bereich auch noch weitere Schritte machen müssen. Aber es zeigt, dass diese Union unter neuen Herausforderungen handlungsfähig ist und neue Wege einschlagen kann.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Mr Proust for the work you've done here –tireless, energetic and also very inclusive. Also Mr Bütikofer for the work you have done and the very constructive approach that you and your colleagues had in the trilogues that we've been doing jointly on this.

As you know, the Commission made it a priority to finalise legislation on the Foreign Direct Investments (FDI) screening before the end of this term. President Juncker announced it here, sitting here, in his State of the European Union in September 2017, when he announced that he wanted to move on to propose a proposal on investment screening. And with your support we are about to deliver just that for our citizens, that their security and public order interest will be protected.

By concluding this file we send a very strong message to our partners. We are open in the European Union to foreign investment. That is, and has been and will be fundamental to growth, jobs etc. But a condition for being open is to be able to trust that foreign investors will not threaten our security and our strategic interests. Increasingly, in an interconnected and interdependent world, we share opportunities but also threats, and this becomes even more important in the internal market where a foreign investment in one Member State might have an impact in another, or the whole Union.

In September when we launched the proposal, this was, as was said by the two rapporteurs, a new policy area. Several Member States and some of our international partners, actually, most of them, were already experienced in this type of legislation, screening foreign direct investment. But the majority of our Member States did not have their own legislation or mechanism in place.

This proposal has triggered a constructive debate at European and national level, and what we see is that several Member States are now in the course of reforming or even introducing their own screening mechanisms. This regulation will help set a common framework, increase cooperation and information sharing and building on efficient practices.

Thanks to the new regulation, Member States and the Commission will have a much better overview of foreign investment in the EU. Moreover, for the first time, they would have the possibility to collectively assess potential risks to their security and public order. I welcome Parliament's and the Member States' understanding of the need for a key role for the Commission here as well in this mechanism, when security and public order in several Member States could be at risk or with projects of the Union's interest, like Galileo or Horizon 2020, fundamental for our future.

In its initial position and in the course of the negotiations, Parliament has made it clear that it was supporting this proposal and it has sought further improvement, and they have largely passed into the final compromise. The cooperation mechanism has been reinforced in many aspects. For instance, with the possibility for a Member State to proactively seek opinions or comments, the strengthened provisions on anti-circumvention or an increased scrutiny by the Commission when a third of Member States issue concerns on a specific foreign investment. Furthermore, you have proposed reporting with the yearly public report on the implementation of the regulation. International cooperation with like-minded third countries is also encouraged, and I would like to thank you for these improvements.

Tomorrow's vote will be an important milestone. As we will be shifting towards implementation, we will use the transition phase to ensure that Member States and the Commission can swiftly put in place the necessary arrangements for this new mechanism. I think we can all salute this moment and hope for a very strong vote tomorrow because we know that this is of concern to our Member States, to our companies, to our citizens, and we will have delivered by then.

Geoffrey Van Orden, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for her remarks. The interest in this foreign direct investment (FDI) screenings framework arose, of course, from concerns about external investors buying technologies in our European countries which could be used for their own strategic objectives, while they themselves maintain barriers for investments from European countries.

We're pleased that the draft regulation agreed in trilogue recognises that it is the sole responsibility of Member States to safeguard their national security. It's important, therefore, that individual Member States retain responsibility for setting up screening mechanisms for FDI on grounds of security and to cover critical infrastructure and sensitive technologies. These now specifically include, among other categories, aerospace and defence facilities and nano and bio technologies. There is also a need to consider whether a foreign investor is directly or indirectly controlled by government or its state bodies or armed forces, including through the ownership structure.

So this is a difficult and complex area and I might just – somewhat mischievously and separately – remark that while today we're considering only FDI into the Union, some of the considerations should also perhaps apply to activities within the Union, particularly investment in assets in one Member State by state-controlled assets in another. But that's another matter.

Roberts Zīle, *Ekonomikas un monetārās komitejas atzinuma sagatavotājs*. – Priekšsēdētāja kungs, cienītā komisāres kundze! Man ir liels gandarījums, ka Eiropas Savienība beidza būt naīva un domāt, ka visas trešo valstu investīcijas rada tikai peļņu viņas īpašniekiem un darba vietas Eiropas Savienībā. Un labi, ka šī skrīninga sistēma tiek veidota.

Man ir arī gandarījums, ka Prosta kungs novādīja šo daudzu komiteju iesaistītos viedokļus un nepazaudēja to, kas komitejās tika radīts. Un arī ECON komitejas vārdā es varu teikt, ka mums bija gandarījums tas, ka mēs iestrādājām dalībvalstu ekskluzīvo ekonomisko zonu, kas ir arī teritoriālie ūdeņi, kā investīciju vietu Eiropas Savienībā.

Un, vēl būtiskāk, kritiskajā infrastruktūrā investīcijās no trešām valstīm mēs ieskaitījām medijus, jo mediji ir demokrātiskas sabiedrības pats viens no būtiskākajiem elementiem, un, ja mediji tiek, vairākkārt tirgojot caur dažām citām Eiropas Savienības dalībvalstīm no trešām valstīm... faktiski ietekmē citās dalībvalstīs sabiedrisko domu un demokrātiskos procesus. Un man ir liels gandarījums, un es ļoti ceru ka dalībvalstis sadarbosies arī par šādām pārrobežu daļām, kas maina trešo valstu investīciju saturu. Tā kā es ļoti ceru, ka šis ir pirmais solis — ļoti veiksmīgs. Nebūsim naīvi! Mums ir trešās valstīs ne tikai tehnoloģijas zādības, bet arī sabiedriskās domas ietekmēšanas vēlnes.

Christofer Fjellner, *för PPE-gruppen*. – Herr talman! Jag ska börja med att tacka Franck Proust som har lett arbetet med den äran. Men innan vi diskuterar investeringsgranskning tycker jag att vi måste börja i rätt ända, med att slå fast några viktiga sanningar.

Det första är att investeringar, även utländska sådana, är bra. De skapar jobb och tillväxt, och det behöver vi mer av i Europa – jobb, tillväxt och investeringar. Det märktes tydligt inte minst efter euro- och finanskrisen.

Det andra, det stora problemet vi har i Europa i dag, är tyvärr fortfarande investeringsprotektionism, att länder vill skydda sina kronjuveler från internationellt eller utländskt ägande. Ibland franska som vill skydda sig från italienska, ibland italienska från franska, ibland holländare som inte vill sälja Akzo Nobel till amerikaner.

Men det är inte bara investeringsprotektionism som är problemet, och det är inte bara för få investeringar som är problemet. Det är trots allt så att vi har alltför många handelspartner som gör investeringar med annat än kommersiella intressen. Alla våra handelspartner har inte goda avsikter, och då måste vi ha verktyg att möta dem. Ibland handlar det om säkerhetspolitik. Ibland handlar det om att stjäla teknologi eller sabotera teknisk utveckling i Europa. Då måste vi ha en full verktygslåda för att möta det. Det här initiativet borde följas upp av vidare initiativ, till exempel i gränslandet mellan handel och säkerhetspolitik för att skydda vår cybersäkerhet. Det vi ser i dag med Huawei och ZTE oroar mig – att jag inte kan ringa hem från Bryssel till Sverige utan att göra det över kinesiska televäcklar. Det här borde var en läxa även för Sverige, för Sverige tillhör ett av få länder i Europa som inte har någon sådan här investeringsskrivning. Då tycker jag att Sverige i stället för att ställa sig i hörnet och tro att vi vet bäst borde titta på våra grannländer i Europa

och lära av deras exempel.

Agnes Jongerius, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, bij investeringen als de verkoop van de Duitse robotmaker Kuka aan een Chinees concern, of het mogelijk binnenhalen van Huawei in Europa is er terecht angst voor de nationale veiligheid, het weglekken van kennis of kil winstbejag, zoals bij de opsplitsing van het Nederlandse chemieconcern AkzoNobel onder druk van activistische aandeelhouders het geval was.

Europa moet echter geen dam opwerpen tegen buitenlandse investeringen, want veel van die investeringen dragen namelijk ook positief bij aan de werkgelegenheid, aan innovatie en daarmee aan onze economische groei. Maar we moeten wel realistisch zijn.

De eerste stappen die wij hier vandaag zetten, zijn goed, maar uiteindelijk moeten we toe naar een mechanisme waarbij de Europese Unie één vuist maakt tegen ongenode gasten. Alleen zo beschermen we de kennis, de veiligheid en de werknemers.

Joachim Starbatty, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Auch die ECR möchte sich bei Herrn Proust bedanken, nicht nur für die konstruktive, sondern auch für die angenehme Atmosphäre, die Sie geschaffen haben. Der Schutz vor ausländischen Übernahmen und Investitionen aus Gründen von Sicherheit und öffentlicher Ordnung ist legitim. Auch ein Informationsaustausch zwischen EU-Staaten ist sinnvoll. Allerdings muss der Einsatz dieses Instruments eng beschränkt bleiben – Herr Fjellner hat darauf hingewiesen; es darf die große Mehrheit legitimer Interessen nicht abschrecken. Die Investitions- und Rechtssicherheit darf nicht in Frage gestellt werden.

Großen Wert legt die ECR darauf, dass dieses Instrument nicht aus protektionistischen Gründen eingeführt beziehungsweise angewendet wird, denn die EU profitiert wie kaum ein anderer Standort von Investitionen aus dem Nicht-EU-Ausland. Diese Gefahr war im ursprünglichen Bericht gegeben. Die Politisierung des Screenings unter Einfluss von Dritten hätte Aspekte jenseits von Sicherheit und öffentlicher Ordnung in den Vordergrund gerückt. Das hätte dem Protektionismus Vorschub geleistet. Deshalb hat die ECR als einzige Fraktion ursprünglich gegen den Parlamentsbericht gestimmt.

In der Einigung im Rahmen des Trilogs sind entscheidende Aspekte für uns geändert worden – zum Positiven. Der Einfluss des Parlaments auf die Einzelfallentscheidung ist nicht realisiert worden. Die letzte Entscheidung in jedem Investitionsfall liegt bei den Mitgliedstaaten, also das Prinzip der Subsidiarität. Mitgliedstaaten, die keinen Screening-Mechanismus haben, werden nicht zu dessen Einführung gezwungen.

Die Einigung im Trilog schafft Rechtssicherheit und erfüllt aus der Sicht der ECR die notwendigen Anforderungen, und deswegen werden wir zustimmen.

Dita Charanzová, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I agree that this is an important piece of legislation, which addresses some of the concerns currently related to investments coming to sensitive sectors in Europe. These concerns exist, various Member States face them and I am convinced that we can now bring a new instrument to our toolbox in this area. For instance, if we had this regulation in place today, we could have come up with a more coordinated approach to some of the Chinese companies, Huawei for instance.

Personally, I value in this legislation the exchange of information between respective stakeholders in the Member States. Some of the potentially problematic investments could come to several countries, and it would be beneficial to share information on them. It remains on a voluntary basis to set up a screening mechanism at a national level, but there is no doubt that there are good reasons to control investments coming to very sensitive areas such as critical infrastructure, defence and the security industry, but also the media or – very topical now – telecommunications and new digital technologies, such as artificial intelligence.

The EU needs to remain open to foreign investment. It has always been a source of our economic growth. Through the process of negotiating this regulation, I emphasise that this is by no means a protectionist tool, but a guarantee for the EU to face those investments where economic goals are not a primary consideration, a sort of warning in the same way that we need trade, defence or anti-dumping legislation. They are triggered only when a threat is identified. I believe this regulation will prove useful and functional once applied.

Eleonora Forenza, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, credo che l'obiettivo del meccanismo che voteremo domani sia in teoria quello di proteggere settori strategici e infrastrutture. E noi crediamo che abbia un senso, che si possa avere un meccanismo di *screening*.

Qual è il punto, però? Che in presenza di un estremismo neoliberista, che molto spesso obbliga o induce fortemente alla privatizzazione – e sicuramente le politiche di austerità hanno agito in questa direzione – con una politica che privilegia la concorrenza, vietando addirittura la possibilità di aiuti di Stato, quando non di pubblicizzazione e di nazionalizzazione di settori strategici, lo *screening* di investimenti può ridursi a uno strumento di definizione di gerarchie tra Stati membri dell'Unione europea. Potrebbe quindi diventare, da uno strumento per gli Stati membri per rendere più forte le loro imprese, uno strumento per alimentare una guerra commerciale. Da strumento di difesa commerciale a uno strumento di guerra commerciale che andrebbe a privilegiare gli Stati membri più forti dell'Unione europea.

Christelle Lechevalier, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, ce cadre pour le filtrage des investissements étrangers se donne pour objectif de nous protéger d'investisseurs extra-européens, hostiles, souhaitant s'approprier nos entreprises stratégiques et leur technologie.

À l'heure où les Chinois rachètent dans nos pays des infrastructures clés et des entreprises disposant de savoir-faire uniques, afin d'en récupérer bien entendu l'expertise, il est temps de dire stop au laisser-faire. Une prise de conscience est nécessaire et la délégation Rassemblement national approuvera ce texte qui est un premier pas, bien tardif, vers des mesures de protection de notre économie et de nos actifs stratégiques.

Rappelons cependant que depuis des décennies, l'Union européenne a favorisé le libre-échange outrancier et le libéralisme le plus débridé. Si aujourd'hui toute l'Europe est potentiellement menacée par des investissements extra-européens dans des États dépourvus de mécanismes de filtrage, c'est avant tout à cause du marché commun que vous avez mis en place, sans réserve. Ce midi encore, la plupart des députés applaudissaient l'un des nouveaux traités de libre-échange organisant la mise en concurrence déloyale de nos entreprises avec celles des quatre coins du globe.

Depuis 40 ans, la Commission, la majorité des députés et de nos gouvernements ont été complices des politiques qui ont entraîné notre désindustrialisation. Ils ont également laissé de nombreuses entreprises stratégiques être rachetées par des intérêts étrangers.

Les pompiers pyromanes que vous êtes souhaitez maintenant mettre en place des protections pour limiter, tant bien que mal, les dégâts causés par leur propre politique. À trois mois des élections, espérons que ce mécanisme ne soit pas qu'une communication envers nos citoyens et qu'il permettra une réelle évolution. L'Europe de demain devra protéger les intérêts de ses États membres. Ce protectionnisme intelligent a toujours été l'une de nos priorités, espérons que cela devienne la vôtre aussi.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο έλεγχος της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε επενδύσεις τρίτων κρατών στο έδαφός της είναι μέρος ενός πραγματικού πολέμου· του οικονομικού. Ο οποίος μετατρέπεται, βέβαια, σε θερμό πόλεμο. Η Ένωση αμύνεται απέναντι στην οικονομική διείσδυση τρίτων: της Ρωσίας, της Κίνας και άλλων. Κατά της Βρετανίας, σαν Δούρειο Ίππο ξένων επενδύσεων μετά το Brexit. Ο έλεγχος δεν προβλέπεται υποχρεωτικός, μόνο και μόνο λόγω των εσωτερικών αντιθέσεων εντός της Ένωσης. Λειτουργεί, όμως, σαν εκβιασμός υπέρ των συμφερόντων των μονοπωλίων της. Το εύρος των ελεγχόμενων επενδύσεων και η έννοια της ασφάλειας την οποία προασπίζει ο έλεγχος αλλάζουν ανάλογα με τα εκάστοτε συμφέροντά της σε επενδύσεις υποδομών υψηλής τεχνολογίας, στην άμυνα και στον έλεγχο μέσω ενημέρωσης και προπαγάνδας. Εξαιρούνται, βέβαια, οι επενδύσεις στην άμυνα από χώρες του ΝΑΤΟ. Οι εργαζόμενοι πρέπει να το ξέρουν: η περίφημη ελευθερία του κεφαλαίου και της κίνησής του πάει περίπατο. Γίνεται προστατευτισμός αν πρόκειται να προστατευτούν τα συμφέροντα των μονοπωλίων. Ενεργοποιείται, όμως, μόνιμα και πάντα ενάντια στους εργαζόμενους και τους λαούς, που πρέπει να την ανατρέψουν κόντρα στους πολέμους των καπιταλιστών και να ικανοποιήσουν τις δικές τους ανάγκες.

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Ich bin sehr dankbar, dass wir morgen aller Voraussicht nach mit breiter Mehrheit diesem Vorschlag zustimmen. Ich bin vor allem deshalb dankbar, weil wir über dieses Thema in vielen Mitgliedstaaten, auch hier im Parlament lange diskutiert haben.

Vielleicht war es ja doch auch eine der Ursachen, dass endlich Bewegung rein kam, dass Frank Proust und einige Kollegen aus unserer Fraktion das indirekte Initiativrecht des Europäischen Parlaments genutzt haben und damit auch signalisiert haben, hier im Parlament gibt es Unterstützung.

Was mir wichtig ist: Wir machen morgen aus meiner Sicht einen guten Schritt, aber bitte auch nur einen ersten Schritt. Ich finde es gut, dass im Moment die Mitgliedstaaten die Entscheidungen zu treffen haben. Aber ich sage es ganz offen: Wenn ich mir anschau, wie stark dominant schon viele ausländische Regierungen auch bei uns in den Mitgliedstaaten tätig sind, wie klein manche Mitgliedstaaten im globalen Kontext sind und wie klein eigentlich alle unsere Mitgliedstaaten im globalen Kontext sind, dann wünsche ich mir, dass wir in einem nächsten Schritt – vielleicht in der nächsten Wahlperiode – Mehrheiten finden, um den nächsten Schritt zu gehen, der Europäischen Kommission mehr Macht zu geben.

Und ich wünsche mir, dass wir auch über den Anwendungsbereich nochmal nachdenken. Wenn ich gerade sehe, wie viel Geld wir in das nächste europäische Forschungsrahmenprogramm investieren, dann wünsche ich mir, dass wir im Zweifel auch, wie Sie das angedeutet haben, Frau Kommissarin, Möglichkeiten haben, unsere Forschungsergebnisse gegebenenfalls vor ausländischen Akquisitionen zu schützen.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, felizmente o bom senso acabou por prevalecer. A versão final do novo regulamento para o controlo do investimento estrangeiro, que resultou do tríplice entre as Instituições Europeias, é uma solução equilibrada, permite responder a preocupações que são legítimas quando estejam em perigo valores especialmente importantes, mas fá-lo sem prejudicar a capacidade para atrair investimento externo. E, convém lembrar, o investimento estrangeiro é importante para a economia europeia e é ainda mais importante para os países europeus que têm falta de capital próprio para investir.

Por isso, saúdo as duas regras fundamentais que foram consagradas: o facto de o novo procedimento de troca de informações e análise dos investimentos ter carácter excecional e ser reservado para quando esteja em causa a segurança e a ordem pública, e o facto de a decisão final sobre os investimentos pertencer aos Estados soberanamente. São eles que decidem os investimentos no seu próprio território.

Podemos assim avançar na proteção dos nossos interesses comuns sem prejudicar a nossa capacidade para atrair o investimento estrangeiro.

Ralph Packet (ECR). – Voorzitter, een van de grote troeven van onze Europese economieën is de openheid waarmee we investeringen uit alle windstreken verwelkomen. Maar wie denkt dat buitenlandse investeringen enkel en alleen met goede bedoelingen komen aanwaaien, die dwaalt. We zien meer en meer agressieve overnames of investeringen door bedrijven die bijvoorbeeld onder Chinese staatscontrole lijken te vallen.

De Europese Unie mag voor deze investeringen geen naïef opengrenzenbeleid voeren. We moeten een evenwicht bewaren tussen openheid en bescherming van onze strategische belangen. En dat moet gebeuren zonder de goede economische banden tussen landen onder druk te zetten. We blijven beschikbaar voor vrijhandel, zonder de deur open te zetten voor protectionisme.

Daarom steun ik een Europees kader waarin de Europese Unie vooral een coördinerende rol opneemt. De lidstaten behouden zo hun zelfstandigheid om zelf mechanismen uit te werken. Dit is een domein waarop de Europese Unie door haar schaalgrootte meerwaarde kan creëren zonder in de plaats te treden van de individuele lidstaten.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, el análisis y control de las inversiones extranjeras directas puede resultar necesario en determinadas ocasiones y en sectores específicos y de especial importancia. Pero las razones establecidas en este informe no nos parece que sean ni las correctas ni las que vayan en la dirección adecuada.

Una inversión extranjera peligrosa es aquella que puede cerrar fábricas o afectar de tal manera a un sector que los empleos se vean perjudicados. Una inversión extranjera peligrosa es aquella que fomenta las prácticas contaminantes y dañinas contra el medio ambiente y que, por supuesto, no respeta la responsabilidad social. Cuando la Unión Europea protege, lamentablemente no lo hace pensando en los trabajadores.

Sin embargo, este instrumento se centra en la seguridad y la defensa como único argumento para declarar cuán pertinente es una compra de acciones o una adquisición. El proteccionismo selectivo para evitar las inversiones de países no amigos de la Unión Europea no es el camino para proteger a quien verdaderamente lo necesita, que no son otros que los trabajadores.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Es steht völlig außer Frage, dass wir uns innerhalb der Europäischen Union gegen Investitionen, die eben nicht rein wirtschaftlichen Interessen, sondern anderen Interessen dienen, wie wir das insbesondere in der jüngeren Vergangenheit von China, aber auch aus anderen Ländern erlebt haben, schützen müssen. Insofern ist der Vorschlag, der aus der Kommission kommt, sehr zu begrüßen.

Ich muss allerdings sagen, dass das Parlament bei dem Versuch, diesen Vorschlag zu verbessern, keine besonders glückliche Hand hatte. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn wir das, was aus der Kommission gekommen ist, übernommen hätten, ohne es hier im Parlament zu verbessern bzw. zu verschlimmbessern. Denn bei dem Versuch, dort einzugreifen, haben wir einige protektionistische Elemente mit übernommen. Ich glaube, dass wir an einigen Stellen über das Ziel hinausschießen.

Wenn ich heute höre, was auch von Seiten der CDU dazu gesagt wird, dass man nämlich schon darüber nachdenkt, dass auch noch zu erweitern, möglicherweise Kompetenzen von den Nationalstaaten auf die Unionsebene zu verlagern, dann macht mich das schon etwas nachdenklich, was uns da in den kommenden Jahren noch erwartet. Denn es ist doch völlig klar, dass, wenn wir das von der nationalen Ebene und damit von der Ebene, wo tatsächlich strategische Interessen auch betroffen sind, auf die europäische Ebene holen, wir bloß die Problemlage verlagern. Denn selbstverständlich gibt es auch unterschiedliche Interessen zwischen den europäischen Staaten.

Und wenn Sie sagen, kleine Länder seien möglicherweise nicht in der Lage, sich alleine dagegen zu schützen, dann ist das zwar richtig. Aber klar ist auch, dass kleine Länder sich unter Umständen gegen die Interessen großer Länder innerhalb der Europäischen Union nicht werden schützen können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Pretzell darf ich Ihnen versichern, dass die Sorge, die Sie gerade geäußert haben, unnötig ist, weil die Richtung, die Daniel Caspari vorgeschlagen hat, im Parlament keine Mehrheit finden wird. Es ist kein protektionistisches Instrument und wird auch keines werden.

President. – It was a statement, but you could answer.

Marcus Pretzell (ENF), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also ich bin mir nicht ganz sicher, ob mich das beruhigen soll, wenn das von Ihnen kommt. Aber ich hoffe sehr, dass Sie Recht haben.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! No widzę, że wielki brat nie mógł spać którejs nocy, że jeszcze coś mu umyka i teraz wielki brat będzie obserwował inwestycje zagraniczne. Będzie monitorował inwestycje zagraniczne w różnych krajach. Wtrącał się w sprawy, które jakoś do tej pory układały się bez niego. No ktoś złośliwy mógłby pomyśleć, że może Komisja Europejska pozazdrościła możliwości brania łapówek krajom członkowskim, rządów krajów członkowskich. Oczywiście ja takim złośliwym człowiekiem podejrzliwym nie jestem, ale po cóż to dawać. Nawet w gorączce bym nie pomyślał takich złych rzeczy o Komisji, ale po cóż dawać pretekst złym ludziom, żeby takie rzeczy myśleli jeszcze przed wyborami. Więc myślę, że komisarzem – no bo ktoś również podejrzliwy mógłby pomyśleć, że komisarze mogą w ten sposób wpływać właśnie na mniejsze kraje członkowskie, zniechęcać do inwestowania, wypłacać inwestycje z jednych krajów, żeby udzielać takich propozycji nie do odrzucenia inwestorom, żeby zainwestowali zamiast w tym kraju, jednak w innym kraju. Więc myślę, że jest to narzędzie jak najbardziej protekcyjnistyczne i niedawno ubolewaliście nad polityką Trumpa, a teraz chcecie robić tutaj takie historie u siebie. Kryteria tego uzasadnienia są mętne, tego wtrącania się, są niejasne i uzasadnienie jest zupełnie nieoczywiste.

Tokia Saïfi (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je souhaite tout d'abord remercier mon collègue, Franck Proust, pour son travail sur ce dossier très important.

Ce premier mécanisme européen de filtrage des IDE marque une nouvelle étape et s'inscrit dans la continuité de la modernisation des instruments de défense commerciale et du refus du statut d'économie de marché de la Chine.

Le monde évolue et il est temps que l'Union européenne s'adapte aux réalités des défis économiques actuels. Nous ne pouvons plus rester immobiles face aux géants chinois, américains, et face aux GAFAM qui imposent leur loi, sans état d'âme. À ce titre, nos règles de concurrence sont dépassées et la décision d'interdire la fusion Alstom-Siemens est une grave erreur.

Nous devons absolument permettre la création de champions européens, il est urgent que l'Europe vive maintenant avec son temps.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, mecanismul de filtrare și examinare a investițiilor străine în Uniunea Europeană este o necesitate. Cine vrea să creadă altceva... Aici nu este vorba de protecționism, este vorba, până la urmă, de siguranță și nu cred că este, așa cum spunea colegul mai înainte, un mod de a lua bani Comisia. Eu sunt, de regulă, critică la adresa Comisiei, dar acum trebuie să ne gândim toți că, dacă nu avem un sistem armonizat, în toate statele membre, de filtrare, de verificare a investițiilor străine, nu numai că se creează o concurență neloială, că sunt distruse IMM-urile din Uniunea Europeană, ci ajungem să nu mai avem securitatea asigurată și, până la urmă, astăzi am mai dezbătut un raport, despre durabilitatea Uniunii Europene.

Cred că toți vrem să avem o Uniune Europeană. Trebuie să avem o piață unică sigură, dar să avem și siguranță. De aceea, eu apreciez foarte mult acest regulament și cred că ține de noi să se aplice corect și este foarte bine că este prevăzută în regulament posibilitatea de verificare de către Comisie și de a raporta Parlamentului cum se aplică acest regulament. Eu cred că aici trebuie să vedem, mai degrabă, problema, modul de aplicare armonizată și modul de filtrare. Este o precizare care îmi place foarte mult: trebuie să ținem cont și de specificitatea țării respective.

Innocenzo Leontini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io mi associo agli apprezzamenti per il lavoro svolto dall'onorevole Proust. Supporto pienamente questa iniziativa della Commissione europea volta ad istituire una normativa per il monitoraggio degli investimenti esteri diretti nell'Unione europea. L'obiettivo è quello di colmare una lacuna e creare le condizioni giuridiche per permettere ai paesi dell'Unione europea di dotarsi di condizioni per l'ingresso degli investimenti esteri diretti, soprattutto sulla base di considerazioni legate alla sicurezza nazionale o all'ordine pubblico.

Questa azione di monitoraggio, in linea con quanto già accade oggi in Stati quali gli USA, il Canada o la Cina, riguarderà in particolare alcuni settori strategici quali quelli legati alle infrastrutture o alle principali tecnologie avanzate. Inoltre le disposizioni normative possono riguardare anche investimenti da parte di società a proprietà statale o in stretto rapporto con governi stranieri.

Sono convinto che dobbiamo proteggere l'indipendenza dell'Europa, promuovendo il suo primato nei settori chiave per lo sviluppo industriale e tecnologico. Per questo serve approvare testi come questo.

Christophe Hansen (PPE). – Mr President, 'if you can't beat them buy them'. As the world's main destination for foreign direct investment, the EU cannot allow this proverb to underpin global trade and investment. To harness globalisation we need to safeguard the critical infrastructure and long-term strategic interests that directly support jobs and people in Europe – and protection is not protectionism, as was insinuated by Mr Pretzell.

In a hyper-connected single market, this regulation will enable patterns to be highlighted that might escape individual Member States, like my small Luxembourg, because foreign investors can knock on one door after another. Coming from a small Member State, without formal FDI screening, I hope that in the future every Member State, including mine, will assume this responsibility and perform minimum screening. Openness can never be a goal in itself, in a Europe that protects.

To conclude, I want to thank Franck Proust for his excellent work: he has done a tremendous job.

(Applause)

Aleksander Gabelic (S&D). – Herr talman! Jag vill börja med att tacka föredraganden och alla som varit inblandade i detta viktiga arbete.

EU:s öppenhet för utländska direktinvesteringar handlar inte bara om pengar och jobbskapande utan också om den teknik och kunskap som investerare för med sig. Även om vi har en positiv utgångspunkt måste vi inse att världen har förändrats. Det är inte alla investerare som agerar på rent kommersiella grunder. Därför ska vi inte vara enfaldiga eller naiva – särskilt inte när det gäller strategiskt och säkerhetsmässigt viktiga sektorer i vilka vissa välkända statliga företag från ett antal länder agerar och som inte spelar på samma villkor. Därför är det väldigt bra att EU tar tag i den här frågan och får till ett tydligt ramverk.

Jag tycker att det är mycket välkommet att medlemsländerna insett behovet av att hantera problematiken och att vi samarbetar kring den bättre nu. Ett samlat EU-grepp kan göra det lättare att hantera utmaningar med utländska direktinvesteringar i EU, vilket är väldigt viktigt och positivt i dessa tider vi nu lever i.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, we live in dangerous times and we need to be fully aware of foreign investments coming into strategic sectors in the European Union. It's no longer about the growth of particular Member States but more about the security of the European Union. We cannot pretend that ownership does not matter and that foreign investment is always good. There are external dangers that we need to counteract better, and a risk with foreign investment in strategic sectors that we need to address because this can threaten or undermine national, European or even global security or public order.

Foreign investment is investment – which is good because it leads to economic stability, activity and jobs. Moreover, foreign investment promotes the international exchange of capital, ideas, business strategies and technologies – which is good for the economy and for people. That's why I welcome the appropriate balance between open investments and screening which was struck in the Mr Proust's report.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, I would like to express my thanks to the rapporteur for a good job. Openness to foreign investment remains a key principle for the EU and a major source of its growth. We should nevertheless be cautious about investments that could endanger our critical infrastructure, technological development or even security. The experience from many Member States shows that in many cases we are facing serious problems with third countries' state-owned enterprises taking over European technological companies only for the key strategic reasons. The EU and Member States should be sensitive to such investments, especially in cases where our investors do not enjoy the same rights to invest in the FDI's country of origin. Moreover, we should also be more sensitive to such investments in the countries in the EU accession process, as strategic infrastructure might eventually be incorporated into the EU when it was in the hands of third countries, often the ones which are problematic.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Przyznam się, że jak Komisja zabiega o nowe kompetencje, to nie jestem zbyt entuzjastycznie nastawiony i zawsze wolę, żeby te kompetencje, które Komisja do tej pory posiadała, wykonywała najlepiej jak można, natomiast zabiegała tylko w ostateczności. Tu mamy sytuację taką, że z jednej strony proponuje się, by państwa członkowskie mogły utrzymać, zmienić lub przyjąć nowe – podkreślam nowe – mechanizmy monitorowania bezpośrednich inwestycji zagranicznych. Po drugie, proponuje się określenie minimalnych wymogów proceduralnych. Na szczęście minimalnych. I po trzecie, proponuje się właśnie nadać – na szczęście warunkowo – Komisji nowe uprawnienia w zakresie monitorowania bezpośrednich inwestycji zagranicznych. I co ważne na szczęście wydawanie opinii, które mają charakter niewiążący. To, co jest bezpieczne, pojawia się na końcu, czyli potwierdza się, że państwa członkowskie zachowują ostateczne uprawnienia decyzyjne. I to należy utrzymać i uszansaować.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Nors šis dokumentas, kurį šiandien svarstome, yra ne apie Kiniją, bet aš kalbėsiu apie Kiniją kaip vieną ryškiausių pavyzdžių. ES politika Kinijos atžvilgiu visada buvo ir yra atvira, geranoriška ir nuosekli. Iki šiol kinai galėjo investuoti ES valstybėse narėse kada tik panorėję ir kur tik panorėję. Tačiau potencialiems Europos investuotojams Kinijoje biurokratinių kliūčių ne mažėja, o daugėja. Kinija nesilaiko abipusiškumo principo. Dėl to tiesioginių užsienio investicijų patikros mechanizmas visos ES lygiu turi būti įteisintas ir veikti artimiausiu metu. Visose šalyse turi būti tikrinamos užsienio investicijos į tokius sektorius kaip energetika, komunikacijos, transportas – turui galvoje jūrų ir oro uostai, geležinkeliai ir medijos. Europos Komisija ir Europos Parlamentas dėl patikros mechanizmo būtinumo yra vieningi. Tačiau to negalėčiau pasakyti apie visas valstybes nares. Kai kurios jų, kur Kinijos investicijos yra ženklios, jau dabar kalba Kinijos balsu, akivaizdžiai atstovaudamos Kinijos interesams, ir tai iš tikrųjų yra pavojinga.

(Διαδικασία «Catch-the-Eye»)

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, je třeba si uvědomit rizika, která s sebou mohou některé přímé strategické investice přinášet. Je to otázka, která se týká celé Evropské unie, a proto souhlasím s tímto nařízením.

Je známou věcí, že některé země – a byla zde jmenovaná Čína – se snaží prostřednictvím svých investic státních nebo polostátních podniků ovládnout klíčová odvětví v jednotlivých zemích, získávat vliv, získávat know-how strategického významu, dokonce, domnívám se, ovlivňovat politiku. My jsme v České republice měli takovou poměrně neblahou zkušenost s investicemi firmy CEFC, jejíž šéf byl napojen na čínskou vojenskou rozvědku.

Tedy prověřování investic je legitimní nástroj členských států, který mohou využívat s ohledem na potřebu zajištění vlastní bezpečnosti i EU, a samozřejmě efektivní, když budeme moci využívat společný rámec, proto za něj děkuji.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, παρακολουθήσαμε τη διγλωσσία και την υποκρισία στο μεγαλείο της. Όσο οι ευρωπαϊκές πολυεθνικές επιχειρήσεις του σκληρού πυρήνα αγόραζαν αντί πινακίου φακής τις επιχειρήσεις του ευρωπαϊκού Νότου δεν υπήρχε κανένα πρόβλημα. Τώρα, λοιπόν, που εμφανίζονται ισχυρές κινεζικές επιχειρήσεις ή ρωσικές ή αμερικανικές για να αγοράσουν τις ευρωπαϊκές επιχειρήσεις, όλοι διαμαρτύρονται. Δεν σας είδα να διαμαρτύρεστε, αρκετοί από εσάς, όταν με το μνημόνιο έγινε αφελληνισμός των ελληνικών τραπεζών. Όταν γερμανική κρατική επιχείρηση αγόρασε την επιχείρηση Τηλεπικοινωνιών Ελλάδος ή όταν ιταλική κρατική επιχείρηση, με εντολή του μνημονίου, αγόρασε τους Σιδηροδρόμους Ελλάδος. Ή όταν γαλλική εταιρεία εκμεταλλεύεται τη μεγαλύτερη επένδυση, που είναι η γέφυρα Ρίου-Αντιρρίου, και όταν γερμανική εταιρεία, όπως η Fraport, αγόρασε αντί πινακίου φακής τα δεκατέσσερα περιφερειακά αεροδρόμια. Όπως βλέπετε, αγαπητοί φίλοι, ο καπιταλισμός εκδικείται τους ίδιους τους καπιταλιστές.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, nós registamos a preocupação da União Europeia com as empresas estratégicas. Agora convenhamos que é preciso ter uma certa lata! Então não foi a União Europeia que obrigou Portugal, especialmente durante a Troika, a vender todas as suas empresas estratégicas na área da energia, dos transportes e do sector financeiro?

Ficamos perplexos! Esta proposta não pode ser desligada da crescente penetração do capital chinês na economia europeia. Importa dizer que, para nós, não é importante a origem do capital, o que é determinante é o controlo público sobre essas empresas. E, neste sentido, apelamos à Comissão que emende a mão e que crie condições para que países como Portugal voltem a adquirir o controlo, a soberania sobre essas empresas estratégicas em nome do seu desenvolvimento.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, this was a good debate and I can see that, with a few exceptions, there is strong support for the proposal. That's very much thanks to our good cooperation under the leadership of Mr Proust, and also with Mr Bütikofer and others, who have made huge efforts to get this done in what was quite a short time.

I would like to underline the fact that this is not a protectionist measure. It is not intended to stop investment that we need for jobs, for growth etcetera, and it is not a way for the Commission to tell Member States what investments they should accept or not. But it is a very important new tool, which would help us strengthen our collective capacity to respond to challenges that have arisen because of globalisation, in particular when foreign investments threaten our strategic interest. It would be the first time that we have the means to assess those risks and address them – reflecting the fact that we are an integrated economy in which foreign investors operate freely from one Member State to another. We will be able to share information, to coordinate and to get a much better overview thanks to this proposal.

We've had very intense exchanges over the past years on how we should calibrate this instrument: the balance between the roles of Member States and the Commission; the balance between confidentiality and security interests; and how to protect them, while still exchanging meaningful information and ensuring reporting. The outcome of the negotiations reflects, in my view, this careful balance. We are in the area of security and public order, and that places responsibility on all those involved, the Commission and the Member States, to ensure that the cooperation mechanism is trustworthy, works in practice and is efficient.

We will, of course, report regularly to Parliament on how this regulation is implemented and then – maybe soon when it works – Mr Proust, we can say to our voters that ‘c’est le temps retrouvé’.

Franck Proust, rapporteur. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je pense noter, comme vous, que les interventions des différents groupes politiques démontrent un soutien fort pour un mécanisme à fort potentiel.

J’ai noté avec satisfaction le soutien du Rassemblement national, qui a pourtant toujours soutenu, comme il le dit, mais sans apporter aucune contribution ni déposer aucun amendement. Pire encore, sa représentante, M^{me} Jamet, avait même voté contre le texte en commission INTA.

Et puis, même si nous sommes en période préélectorale, cessons toutes ces caricatures, ces infox sur les accords de libre-échange qui, à les entendre, viseraient à amplifier la concurrence déloyale, alors qu’au contraire, ces accords visent à réglementer nos relations commerciales.

Je n’ai pas compris, non plus, les rares critiques à l’égard de la Commission, car la Commission ne décidera de rien; la Commission n’émettra que des avis, et nous avons tenu à ce que ce soit ainsi, à ce que le principe de subsidiarité des États ne soit jamais remis en cause. Seuls les États décideront si, oui ou non, l’investissement est viable sur leur territoire.

J’ai cependant un regret: hier après-midi, nous avons reçu M. Conte, président du Conseil italien, qui a assuré devant nous sa préférence pour une coopération renforcée entre les États membres dans de nombreux domaines. C’est pour moi en totale contradiction avec la position de l’Italie depuis l’arrivée de ce gouvernement au pouvoir. Je dois en effet vous dire qu’elle est le seul État membre à avoir rejeté l’accord sur cet instrument de filtrage, je dis bien le seul. Pour quelle raison? Je ne me l’explique pas. Car les pays les plus sceptiques en sont venus à soutenir cette proposition, vous l’avez dit, Monsieur Bütikofer, nous pouvons tous nous en féliciter.

Malgré cela, nous avons avancé dans la bonne direction: le suivi de l’application de ce mécanisme est entre les mains de la Commission, mais avec le regard vigilant du Parlement européen.

Les débats autour de ce règlement ont permis d’amener un sujet stratégique sur la table et la Hongrie est d’ailleurs devenue le quatorzième État membre à créer son mécanisme, fin 2018. D’autres pays y pensent, il faut bien entendu les encourager dans cette voie pour créer, dans chaque État membre, un mécanisme national de filtrage, et ce pour renforcer l’efficacité du mécanisme européen.

Voilà ce que nous allons mettre en place de manière pragmatique pour que l’Europe continue d’être vue comme un continent attractif pour les investissements étrangers, mais pas naïf lorsqu’il s’agit de défendre ses intérêts. Alors, si nous revenons de loin, gageons que nous irons loin.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση επί του σημείου αυτού έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 14 Φεβρουαρίου 2019.

22. Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η έκθεση του Massimiliano Salini, εξ ονόματος της Επιτροπής Μεταφορών και Τουρισμού, σχετικά με τη διαλειτουργικότητα των συστημάτων τηλεδιοδίων και διευκόλυνση της διασυνοριακής ανταλλαγής πληροφοριών για μη καταβολή οδικών τελών στην Ένωση (COM(2017)0280 - C8-0173/2017 - 2017/0128(COD)) (A8-0199/2018).

Massimiliano Salini, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, la proposta di direttiva di cui sono relatore, che vedrà concluso il proprio iter procedurale con il voto di domani, modifica l’attuale disciplina concernente l’interoperabilità dei sistemi di telepedaggio stradale ed è intesa ad agevolare lo scambio transfrontaliero di informazioni sul mancato pagamento dei pedaggi all’interno dell’Unione.

L’attuale quadro giuridico dell’Unione europea, come è noto, riguardante appunto la riscossione elettronica dei pedaggi, non ha garantito il conseguimento di questi obiettivi, in particolare perché i fornitori del servizio incontrano enormi difficoltà nell’accedere al mercato e devono soddisfare requisiti normalmente ritenuti eccessivi e inattuabili. È difficile far rispettare il pagamento del pedaggio ai possessori di veicoli immatricolati in diversi Stati dell’Unione, in quanto non esiste la base giuridica per lo scambio delle informazioni in questo settore.

La proposta di modifica che abbiamo presentato e che fa riferimento alla proposta presentata dalla Commissione ha ottenuto fin da subito un notevole consenso, sia perché la proposta della Commissione è ritenuta da noi relatori, qui in Parlamento, una proposta buona, sia perché all'interno dei negoziati in Parlamento abbiamo individuato una posizione molto condivisa a riguardo. Il risultato ottenuto è un testo molto corposo, devo dire, rispetto alla proposta iniziale, in cui ritroviamo gran parte delle disposizioni che interessano a tutte le delegazioni interessate.

Per quanto riguarda l'ambito di applicazione, l'accordo trovato prevede che solo per lo scambio di informazioni per risolvere il problema dei mancati pagamenti siano inclusi anche i pedaggi delle cosiddette UVAR, le ZTL, le zone a basse emissioni urbane, e i pedaggi riscossi manualmente. In questo modo si cerca di perseguire un numero maggiore di infrazioni. Tuttavia, questa inclusione non riguarda la parte che fa riferimento più strettamente al sistema dell'interoperabilità. Abbiamo applicato in questo caso una semplificazione.

Un altro grande tema molto articolato e che ha richiesto una notevole discussione riguarda la lista delle tecnologie. In merito a tale lista – ricordiamo, abbiamo i sistemi satellitari, i sistemi di comunicazione mobile, abbiamo la tecnologia 5.5 gigahertz – possiamo dire che fin dall'inizio dei negoziati c'è stato un chiaro allineamento tra Consiglio e Parlamento per riportare detta lista all'interno del corpo della direttiva. Questo ha consentito di stabilire un quadro stabile, un quadro che a riguardo della discussione sulla lista delle tecnologie sia costante oggetto di codecisione. Una precisazione su questo tema: abbiamo discusso sulla tecnologia della lettura delle targhe ANPR e questa tecnologia cercheremo di introdurla quando sarà più matura, al fine della garanzia della riscossione dei pedaggi.

Come dicevo, l'articolo 4 sull'interoperabilità contiene tutti gli elementi che riguardano i requisiti per i fornitori del servizio, gli obblighi dei fornitori stessi, gli obblighi per gli esattori, il tema dei pagamenti, le procedure di conciliazione, una serie di argomenti che prima erano nella decisione ora sono state riportate nella direttiva. Gli articoli 5 e 6 prevedono tutte le procedure legate al quadro giuridico sullo scambio di informazioni e l'articolo 8 cerca di garantire un'adeguata protezione dei dati. Anche in questo caso, acquisendo gli elementi derivanti dal parere della commissione LIBE, abbiamo cercato di fornire le garanzie necessarie.

Bene, è utile ricordarlo: abbiamo lavorato molto e il telepedaggio è il primo testo del pacchetto mobilità che arriva a conclusione. Questo credo sia un ottimo strumento per la discussione sulle future parti del pacchetto mobilità.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, the recast of the directive on electronic tolling was the first proposal of the first mobility package on which the co-legislators reached an agreement in trilogues. I would like to thank the rapporteur, Mr Salini, and the other members of the Committee on Transport and Tourism, for their constructive approach throughout the negotiations, enabling such an agreement to be reached so smoothly and swiftly.

Tolling is a precious instrument for making the 'users and polluters pay' principle a reality for road infrastructure. But it has to be used in a way which is efficient, which does not create barriers to the flow of traffic and which protects the data that is being collected. The text you will be asked to vote on tomorrow addresses the fundamental problems in the field of electronic tolling. Let me recall just its two main objectives.

First, regarding the rights and obligations of market actors, it will clarify the grey zones which, so far, have been hampering the commercial deployment of the European electronic toll service (ETS) in certain Member States. More balanced and realistic requirements will lead to more competition on the ETS market and more efficient operations. This will mean savings for road users, savings for toll chargers and additional revenues for Member States. Life will also be made easier for road users, in particular transport companies. They should ultimately be able to pay tolls, wherever they go in Europe, with a single on-board unit. They should have to sign only one toll-service contract and should receive a single invoice at the end of the month.

Second, the agreed text will introduce a mechanism to facilitate the cross-border enforcement of toll payment. Today, Member States have no effective instruments in place to identify the owners of a foreign-registered vehicle for the purpose of toll collection. It is already possible for national authorities to go after those who commit a road-safety-related traffic offence but those who evade toll payments can escape fines. We have calculated that this leads to a revenue leakage of around EUR 300 million per year. Clearly, toll evasion is one of the main obstacles to a wider deployment of barrier-free tolls in the Union.

In addition, the agreed text extends the scope of application of the directive to tolling systems using automated number-plate recognition as the main technology. This is important to keep pace with the technological development on the ground, as stressed by the rapporteur.

Lastly, the co-legislators have extended the scope of application of cross-border enforcement. It will apply to all types of road fees, both electronic and manual. The Commission can only support this extension. This initiative will help in the transition from traditional vignette schemes, and tolls with barriers, to modern and smart, free-flow tolling systems, the kind of systems we need in order to shape more sustainable mobility in the future.

Overall, I believe that all three EU institutions can be very satisfied with the outcome of the negotiations and I'm looking forward to tonight's debate.

Wim van de Camp, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, ik ben enigszins verrast, maar meneer Škripek komt blijkbaar later.

Op de eerste plaats wil ik Massimiliano Salini bedanken voor deze toch wel ontzettend technische klus. Die heeft hij, denk ik, op een voortreffelijke manier tot een goed einde gebracht. Zoals mevrouw Bulc al zei, zitten er aan dit dossier grote financiële belangen, maar ook belangen in de zin van gegevens en billijkheid. Want het maakt wel wat uit of je tol heft op basis van afstand, dan wel op basis van tijdseenheden.

Tegelijkertijd zien wij op dit moment een wildgroei aan tolsystemen in de lidstaten van de Europese Unie. We hebben recentelijk nog het advies gekregen van de procureur-generaal van het Europees Hof van Justitie. En we hebben bijvoorbeeld in Wallonië op dit moment best wel problemen met de tolninning.

Mijn vraag aan de commissaris is eigenlijk vooral, nu we dit technische dossier van Massimiliano Salini hebben: hoe zit het met het dossier van mevrouw Revault d'Allonnes-Bonnefoy? Dat gaat namelijk echt over de tolheffing, de hoogte van de tol en de integratie van de systemen. Is er op dit punt enige voortgang in de Raad? Dat is op dit moment de belangrijkste kwestie voor mij.

Olga Sehnalová, *za skupinu S&D*. – Pane předsedající, paní komisařko, přepracovaná směrnice o interoperabilitě mýtných systémů ulehčí práci stovkám tisíců řidičů kamionů a autobusů, kteří při své práci překračují hranice. Zavedení jednotné evropské služby elektronického mýtného konečně umožní řidičům platit silniční poplatky za cestu po celé EU jedním jediným zařízením. Skončí obrázek palubní desky zaskládané krabičkami pro placení mýta při cestě napříč Evropou. Věřím, že řidiči ocení lepší výhled ze svého vozidla. Dohoda pomůže také evropským dopravcům snížit náklady. Nebudou muset nakupovat zařízení pro jednotlivé mýtné systémy ani se složitě registrovat v jednotlivých členských státech. Vydělají také státy, které nezaplacené silniční poplatky stojí hodně peněz. Text umožní vymáhat nezaplacené poplatky i od zahraničních řidičů.

Jsem ráda, že spolupráce s panem zpravodajem, se stínovými zpravodaji i s rakouským předsednictvím a Komisí během vyjednávání probíhala s cílem dosáhnout konstruktivního řešení a za to bych jako zpravodajka S&D chtěla poděkovat.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowny Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Opłaty drogowe to ważne źródło pozyskiwania środków na budowę i modernizację infrastruktury. W pełni popieramy cel tej dyrektywy, jakim jest standaryzacja systemów elektronicznego poboru opłat, tak aby wyspecjalizowani dostawcy europejskiej usługi opłaty elektronicznej zaoferowali użytkownikom dróg urządzenia pokładowe kompatybilne z elektronicznymi systemami poboru opłat w Unii Europejskiej. Konieczność instalowania przez użytkowników wielu urządzeń pokładowych, aby móc swobodnie poruszać się po europejskich drogach, jest istotnym i kosztownym utrudnieniem, które należy zlikwidować, jeśli można – a można. Potrzebne są również konkretne kroki, aby umożliwić skuteczne egzekwowanie przez odpowiednie organy krajowe uiszczania opłat przez właścicieli pojazdów zarejestrowanych w innym państwie członkowskim. W opinii grupy ECR to sprawozdanie właściwie odpowiada na te wyzwania i przyczyni się do wzmocnienia współpracy państw członkowskich w zakresie opłat drogowych.

Matthijs van Miltenburg, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, we stemmen morgen over de aanpassing van de zogeheten EETS-richtlijn. Ik ben heel erg blij dat het gelukt is om dit onderdeel van het eerste mobiliteitspakket wél naar de eindstreep te krijgen. Hopelijk volgen de andere onderdelen snel, want het Europese wegvervoer snakt immers naar duidelijke regels.

We zetten met de EETS-richtlijn een belangrijke stap om de verschillende elektronische tolheffingssystemen beter op elkaar af te stemmen. Voor EETS-aanbieders wordt de markt om diensten aan te bieden interessanter. Hierdoor kunnen we met minder administratieve rompslomp met de auto of vrachtwagen door alle Europese landen rijden, met uiteindelijk één EETS-aanbieder, met één tolkastje en één factuur. Landen worden niet verplicht tol te gaan heffen. Maar als ze het dan uiteindelijk doen, wordt de betaling en de handhaving over de grens eenvoudiger.

Van belang is ook dat de automatische nummerplatherkenning in de nieuwe regelgeving wordt opgenomen als mogelijke technologie bij de tolheffing. Deze techniek is betrouwbaar en wordt al volop in Europa toegepast.

Daarnaast is het van belang dat wanbetalers van tol niet de dans ontspringen door het bestaan van administratieve grenzen in Europa. We vergemakkelijken de grensoverschrijdende uitwisseling van informatie bij wanbetaling met waarborgen voor de privacy.

Tot slot, voorzitter, is de wijziging van de EETS-richtlijn belangrijk om in de toekomst betaling naar gebruik en vervuiling in het wegvervoer te kunnen invoeren. Daarmee zetten we het Europees wegvervoer echt op de goede en duurzame weg.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, paní komisařko, systémy elektronického mýtného by měly být schopny spolupracovat s dalšími systémy a měly by být založeny na otevřených a veřejných normách, které jsou bez diskriminace dostupné všem dodavatelům systémů. Systém výběru poplatků za užívání pozemních komunikací by měl být jednoduchý, spravedlivý a neměl by diskriminovat řidiče z jiných členských států. Do výše poplatků by se přitom měla objektivně promítnout míra vlivu vozidla na životní prostředí, jakož i na technický stav pozemní komunikace.

Jsem velmi ráda, že se podařilo prosadit, aby bylo možné používat jednu palubní jednotku ve všech členských státech. Tím odpadne nutnost pořizovat si pro cestování v Unii jednotlivé krátkodobé dálniční známky. Přestože nebyly do směrnice o spolupráci elektronických systémů pro výběr mýtného a usnadnění přeshraniční výměny informací zapracovány všechny moje požadavky, považuji konečný výsledek za rozumný kompromis a děkuji za něj ze strany Evropského parlamentu především panu zpravodaji.

Georg Mayer, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident, geschätzte Kommissarin! An und für sich ist es ja durchaus sinnvoll, wenn man im europaweiten Verkehr diese Systeme vereinheitlicht, das heißt für Lastkraftwagen ein einheitliches System schafft, um nicht verschiedene Systeme im Wagen mitführen zu müssen.

Auf der anderen Seite heißt das aber auch, es soll die nationale Vignette ersetzt werden. Nachdem wir im Oktober gesehen haben, was in dem Bonnefoy-Bericht passiert ist, was da für ein Chaos hier im Haus entstanden ist, weil man nicht gewusst hat, was wird jetzt da reingenommen bei dieser kilometerabhängigen Maut und was nicht, da kann man sich schon auch vorstellen, wohin hier die Reise geht. Denn die Reise geht hier, denke ich, ganz eindeutig auch dahin, dass man sagt, man will auch für Personenkraftwagen am Ende des Tages eine kilometerabhängige Maut einführen.

Noch einmal: Für LKW macht dieses System durchaus Sinn. Für Leichtfahrzeuge lehnen wir es schlichtweg ab, denn das würde de facto den Ersatz der Vignette in Österreich bedeuten, was wir ablehnen.

Noch einmal: Zusammenhängend mit dem Bonnefoy-Bericht, zusammenhängend auch mit der EuGH-Entscheidung von der vergangenen Woche ist das eindeutig ein Zeichen, dass eine kilometerabhängige Maut in ganz Europa eingeführt werden soll, und das wird es mit uns nicht geben.

Zudem ein zweiter Aspekt: öffentlicher Personennahverkehr. Unlängst erst haben wir die Einführung von Elektrobussen beschlossen: wieder ein Mehrkostenaufkommen, das natürlich am Ende des Tages die Konsumenten tragen werden.

Alles zusammengenommen, wenn man diese Pakete alle zusammen betrachtet, heißt das, die Mobilität soll zum Luxus werden, sowohl die private als auch der öffentliche Verkehr wird für die Menschen zum Luxus werden. Das können wir so nicht mittragen.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto un ringraziamento alla signora Commissario, al relatore Salini e ai relatori ombra per l'ottimo lavoro svolto. È anche dalle piccole cose che l'Europa deve essere percepita come unita dai cittadini, ed avere un sistema di telepedaggio unico e interoperabile a livello di Unione semplifica la circolazione nel territorio ed è quindi essenziale.

Le reti di trasporto efficienti sono fondamentali per la competitività delle nostre economie e per il successo del mercato interno. Il trasporto su strada continua ad aumentare ed è necessario utilizzare appieno le potenzialità della rete stradale. Utilizzare un'unica apparecchiatura, infatti, non solo permette agli utenti di interfacciarsi con tutti i sistemi di diversi paesi, ma agevola anche lo scambio transfrontaliero di informazioni sulle infrazioni relative al mancato pagamento del pedaggio.

Per questi motivi sono a favore di un sistema europeo di telepedaggio che snellirà le procedure di pagamento ai caselli, riducendo così anche il traffico.

Janusz Zemke (S&D). – Panie Przewodniczący! Bardzo chciałem podziękować. Przyłączam się także do uznania i dla Pani Komisarz, i dla Pana Posła Sprawozdawcy. Mamy bowiem dzisiaj taką sytuację, że ta zaproponowana obecnie wersja dyrektywy na szczęście nie budzi już większych kontrowersji. Warto jednak przy tej okazji postawić sobie pytanie, dlaczego występują obecnie w praktyce tak poważne kłopoty z wdrażaniem w Europie efektywnego systemu poboru opłat drogowych. Moim zdaniem przede wszystkim wynika to z faktu, że dyrektywa, która obowiązuje od 2004 roku jest nie tylko mało precyzyjna, ale także oderwana w dużym stopniu od realiów ekonomicznych. Jeżeli zatem te nowe propozycje nie mają pozostać na papierze, to musi dominować tu podejście o rynkowym charakterze. Chodzi bowiem o to, by korzyści z tego nowego systemu odnieśli i użytkownicy dróg i zarządcy sieci. Wtedy byłaby szansa na realność tego prawa.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto mi congratulo con il collega Salini e con tutti i colleghi per l'ottimo risultato conseguito in sede di trilatero.

Il testo in votazione migliora lo scambio di informazioni sui dati dei veicoli, assicura ai fornitori un accesso più semplice al mercato della riscossione dei pedaggi e facilita l'utilizzo di un solo dispositivo di telepedaggio a bordo per tutti gli spostamenti su strada all'interno dell'Unione europea. Si prevede un meccanismo di assistenza reciproca tra gli Stati membri per la riscossione coercitiva dei pedaggi stradali a livello transfrontaliero, ma occorre porre in essere accordi giuridici che coinvolgano le autorità locali per meglio affrontare il problema dell'esecuzione transfrontaliera delle sanzioni per il mancato pagamento dei pedaggi.

Infine il problema della *privacy*: l'introduzione di sistemi di telepedaggio presenta implicazioni riguardanti la riservatezza dei dati personali, poiché da essi è possibile ricavare profili completi relativi agli spostamenti. Per evitare ciò, toccherà agli Stati membri prevedere opzioni di pagamento anticipato anonime e criptate per il servizio europeo di telepedaggio.

PRÉSIDENTE: SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Interventions à la demande

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Pani przewodnicząca! Koleżanki i Koledzy! Mamy dobre rozwiązanie dzięki wykonanej pracy. Bardzo się cieszę, że w tym wypadku mamy nie nową dyrektywę, tylko jest możliwość znowelizowania poprzedniej. Natomiast ważne będą dwa elementy po jej przyjęciu. Po pierwsze – system wdrażania. Z jednej strony wiemy dobrze, że te anachroniczne systemy poboru opłat powinny przejść do lamusa. Są one kosztowne, są niewygodne, powodują także bardzo często zwiększanie korków, krótko mówiąc, przed miejscami ich poboru. Natomiast to, co też jest ważne, to żebyśmy cały czas pamiętali o kompatybilności, spójności systemu, pewnej wygodzie dla tych wszystkich, którzy poruszają się także przez mniejsze państwa, dlatego że ten tranzyt w wielu wypadkach potrafi być naprawdę uciążliwy. No i jedna rzecz istotna, która mam nadzieję będzie zastosowana poprzez wprowadzenie systemów informatycznych, po prostu nieuchronność ponoszenia tych opłat, likwidacja rozmaitych luk.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία πρόεδρε, συζητούμε ένα σοβαρό θέμα, τη στιγμή που σε όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ξεκινήσει μια συζήτηση σχετικά με το αν είναι νόμιμη η επιβολή διοδίων. Αυτό είναι κάτι που συζητείται τώρα και ενόψει των ευρωεκλογών. Υπάρχουν πολιτικές δυνάμεις αλλά και πολίτες και χρήστες των εθνικών οδών που θεωρούν ότι κακώς επιβάλλονται αυτά τα τέλη. Έχουμε και την προχθεσινή, της 6ης Φεβρουαρίου, απόφαση-γνωμοδότηση του Γενικού Εισαγγελέα στην υπόθεση της Αυστρίας κατά της Γερμανίας, με αντικείμενο επίσης τα τέλη που επιβάλλονται στους ξένους οδηγούς. Άρα, θεωρώ ότι η συζήτηση έχει μια ευρύτερη διάσταση. Δεν αφορά μόνο το πώς θα εισπράττονται τα τέλη ή το πώς θα βρεθεί τρόπος να εισπράττονται και με αναγκαστική εκτέλεση αυτά τα τέλη, αλλά και το αν είναι νόμιμο αυτό, ιδίως όσον αφορά την Ελλάδα, καθόσον έχουν εκχωρηθεί με εντολές της τρόικας όλα τα έσοδα των εθνικών οδών στους ξένους δανειστές.

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, I'm really delighted I came in for this debate. We have here – as I've been listening closely – an electronic system, a single on-board unit that can go anywhere in the EU, cross-border enforcement and information exchange, modern smart technology with no toll booths, no border restrictions, no issues of any such kind.

May I request the Commissioner sends a copy of this to Mr Barnier? I think that what we're talking about here – surely this technology could be at least looked at for a solution to the Northern Ireland backstop situation with Brexit, it is very similar technology to what would be required. Instead of looking for people to charge tolls, you're looking at cross-border trade. We've just seen here that there is no requirement for a hard border or a toll booth, it is a very exciting idea. It may not be what you were envisaging tonight, but I think that you may have stumbled upon the whole solution to the Brexit discussion, so I congratulate you. You may well go down in history, madam. Thank you.

(Fin des interventions à la demande)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, I believe that the adoption of this directive will send a positive signal to the tolling industry as well as to Member States wanting to implement fair and efficient road pricing. It will help reduce the cost while enhancing the market in electronic tolling, ultimately benefiting citizens. But before I conclude, allow me to respond to a few of your questions and comments.

First of all, the question regarding the Eurovignette. The Council work on our road-charging proposal will continue under the Romanian Presidency. I wish presidencies had been more ambitious and ready to engage on this topic, but we expect the Council to be ready to engage into negotiations with your House by the end of the year.

Let me also respond to honourable Member Mayer. I would like to clarify again one very important point, today we are discussing ETS, which is an electronic tolling system, and again let me restate that the issue related to the vignette systems will be addressed in the road-charging initiative, which is also part of the first mobility package, which as I said will be negotiated with your House hopefully by the end of 2019.

I will invite the honourable Member to explore its functionality in other matters by himself, so allow me at the end just to congratulate again Mr Salini and thank all Members who have contributed to achieving the compromise on this file. I'm really looking forward to a broader support during the vote tomorrow.

Massimiliano Salini, Relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, bene, la discussione ha dimostrato, in effetti, che abbiamo raggiunto un punto di equilibrio su una partita che interessa a tutti. La sfida dell'interoperabilità è una sfida che ha a che fare con l'idea di Europa. È una brutta parola interoperabilità, ma significa armonia, significa collaborazione, significa comunicazione, significa scambio senza soluzione di continuità.

E chi ci guadagna di più – e per il lavoro fatto ringrazio veramente i colleghi relatori ombra, ma anche tutti i colleghi che sono intervenuti e in particolare la Commissaria per la discussione che c'è stata – da un sistema armonico di circolazione sono innanzitutto le fasce più deboli, cioè sono tutti coloro che fanno più fatica a sostenere il costo della non Europa. Mi permetta Commissaria e mi permetta Presidente di chiudere questo dibattito con una sottolineatura più di tipo politico che di tipo tecnico. La parte tecnica l'abbiamo già fatta, l'abbiamo affrontata adeguatamente nella fase negoziale. Parlare di Europa, come diceva la collega De Monte, significa parlare di cose come questa, cioè significa parlare di strumenti che, rispondendo a domande ed esigenze reali, mettono a disposizione dei cittadini più fragili qualcosa di utile e di poco costoso e di immediatamente verificabile.

Per non parlare dell'utilità che le imprese avranno da un sistema come questo, perché la circolazione delle merci e delle persone ha come primo destinatario le fasce più deboli e come secondo privilegiato destinatario le fasce più intraprendenti della società civile, cioè chi crea, chi genera valore quotidianamente, chi ha bisogno di un contesto ospitale perché le proprie energie possano sprigionarsi. Il sistema dei trasporti, che spesso è imputato dentro quest'Aula per il problema ambientale e della sostenibilità, eccetera, in realtà è uno dei grandi protagonisti di questa Europa, di cui tanti parlano senza sapere cosa sia e di cui noi parliamo cercando di costruirla.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 14 février 2019.

23. Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Ivan Štefanec, au nom de la commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à la reconnaissance mutuelle des biens commercialisés légalement dans un autre État membre (COM(2017)0796 – C8-0005/2018 – 2017/0354(COD)) (A8-0274/2018).

Ivan Štefanec, spravodajca – Ďakujem pekne, pani predsedajúca, dámy a páni, dokončenie jednotného trhu v oblasti tovarov a služieb je jednou z kľúčových priorít Európskej únie v ekonomickej oblasti. Európsky trh predstavuje až šestinu všetkého svetového obchodu s tovarom a vytvára približne 25 % HDP Európskej únie a 75 % obchodu v rámci Únie. Preto je nevyhnutné naďalej podporovať voľný pohyb tovaru a služieb medzi jednotlivými členskými štátmi, ako i vytvárať priaznivé podmienky pre obchod s tretími krajinami, pretože jednotný trh a voľný pohyb výrobkov je jedným z atribútov pre úspešné fungovanie Únie. Avšak nie vždy existujú spoločné pravidlá medzi jednotlivými členskými štátmi a nie vždy sa uplatňuje zásada vzájomného uznávania.

Čo v praxi znamená, že pokiaľ neexistujú špecifické právne predpisy Únie, členské štáty majú voľnosť pri stanovení vnútroštátnych pravidiel určujúcich požiadavky, ktoré musia výrobky spĺňať. Takéto vnútroštátne požiadavky môžu súčasne existovať v rôznych členských štátoch, ak sa však medzi sebou líšia, môžu vytvárať prekážky obchodu v rámci Únie. Podľa zásady vzájomného uznávania sa vyžaduje, aby tovar, ktorý je uvedený na trh v súlade s právnymi predpismi v inom štáte, nebol zakázaný v inom štáte, pokiaľ druhý štát nemá primerané dôvody na zákaz alebo obmedzenie jeho predaja. Vzájomné uznávanie sa vzťahuje na výrobky, ktoré nepatria pod harmonizované právne predpisy Únie alebo im len čiastočne podliehajú, napríklad na široký sortiment spotrebiteľských výrobkov, ako je textil, obuv, výrobky určené na starostlivosť o dieťa, šperky, stolový riad alebo nábytok.

Tento tovar predstavuje približne 20 % trhu. Keďže sa však zistilo, že vzájomné uznávanie nie vždy funguje, nové nariadenie o vzájomnom uznávaní tovaru má za cieľ zlepšiť fungovanie tohto princípu a zabezpečiť dodržiavanie existujúcich práv a povinností, ktoré zo zásady vzájomného uznávania vyplývajú. Prijatie tohto nariadenia je aj odpoveďou na nedostatočné uplatňovanie zásady vzájomného uznávania v oblasti tovaru v dôsledku nedostatočnej informovanosti o tejto zásade, právnej neistoty pri jej uplatňovaní a nedostatočnej administratívnej spolupráce medzi vnútroštátnymi orgánmi. V praxi to znamená, že členské štáty majú aj naďalej možnosť chrániť svoje legitímne vnútroštátne verejné ciele a obmedzovať uvádzanie výrobkov na trh, aj keď je inde uvedený trh v súlade s právnymi predpismi, pokiaľ nie je rozhodnutie odôvodnené a primerané.

Som veľmi rád, že som mal možnosť pracovať ako spravodajca na tomto významnom návrhu pre zlepšenie fungovania jednotného trhu. Taktiež som veľmi rád, že sa nám spolu s kolegislátormi Radou a Komisiou podarilo v trialógoch nájsť spoločnú reč pri texte nariadenia, a tak zlepšiť fungovanie tohto princípu.

Za kľúčové body považujem, po prvé, väčšie využitie princípu vzájomného uznávania tovarov, po druhé, zvýšenie právnej istoty pre malé a stredné podniky, čo povedie k zjednodušeným postupom voči vnútroštátnym orgánom, a to prostredníctvom zavedeného vyhlásenia o vzájomnom uznávaní, po tretie, zlepšenie cezhraničnej spolupráce vďaka posilneniu kontaktných miest pre výroby, ktoré budú jedným z komunikačných kanálov pre vývozcov i spotrebiteľov. Spoločne sa budú hľadať riešenia sporných otázok ohľadom vzájomného uznávania tovarov, ako aj cezhraničnej spolupráce. A v neposlednom rade je to zlepšenie riešenia problémov s využitím už fungujúceho systému centier SOLVIT. Tento mechanizmus poskytuje nové účinné nápravy pre obnovenie dôvery vo vzájomnom uznávaní tovarov.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, it is a pleasure to be here ahead of the final vote on the proposal for mutual recognition of goods. As you know, this is a very important proposal for the Commission.

Let me first recall why we felt it was necessary to act. Mutual recognition is essential for the proper functioning of the single market for goods. It is about cutting red tape and making things simpler. Where no specific EU legislation is in place, Member States are free to set national rules that lay down requirements to be met by products. Such national requirements can coexist in various Member States.

A product that can sell in one Member State, you should also be allowed to sell in any other Member State. That is a mutual recognition principle but evidence suggests that neither businesses nor national authorities make sufficient use of it. Many businesses do not even know about mutual recognition and just take national technical rules for granted. Many of those who know about it prefer not to rely on it as they find it rather unpredictable. Those who try to invoke mutual recognition to sell their products on other markets are often faced with denials or restrictions. Their only choice is to go to the national court procedures – very long and costly. As a consequence, businesses prefer to adapt their products to national applicable requirements or give up entering the market and authorities find it difficult to apply.

National authorities are often cautious in accepting products marketed in another Member State. The lack of trust in rules that differ from their own makes them apply their own national requirements and deny mutual recognition. This is still one of the biggest remaining barriers to the single market for goods. Today, cardigans, shoes, notebooks, tableware, different goods, lawfully sold in one Member State can still, unjustifiably, be rejected in another Member State. Businesses lose market opportunities and consumers don't benefit from increased choice and lower prices.

With this new regulation we are moving to meet business and consumer expectations, and we are hoping to prevent further missed opportunities. By removing the remaining barriers to the functioning of the single market for goods, intra-EU trade could increase by more than EUR 100 billion per year.

So I welcome the cooperation and support in the negotiations and I would like to particularly thank the rapporteur, Mr Štefanec, and shadow rapporteurs for the great work on this file. The negotiations were very constructive. This is why they were also speedy. We reached agreement in just under a year. This shows that we are all aware of why this is important.

I welcome the compromise that we have reached. It will transfer mutual recognition in a reliable and efficient tool for businesses wanting to trade in a single market and it will benefit national authorities. The voluntary mutual recognition declaration will make it easier for economic operators to demonstrate that their products are lawfully marketed in another Member State and will make it easier to solve problems, building on solid foundations. It will offer economic operators a business-friendly alternative to long and costly court proceedings. Businesses will be more easily able to fight unjustified market access restrictions by using the problem-solving procedure and defend their right to mutual recognition.

The Commission will intervene in this procedure, providing the expertise to assist solid centres in solving the case. We will put in place stronger administrative cooperation to facilitate the application of the mutual recognition principle, especially in sectors where the application is problematic.

I welcome the importance Parliament attaches to strong administrative cooperation in this area. National authorities can discuss common problems and their chosen solutions. It is only by creating trust amongst them that we will have a true culture of mutual recognition. In addition, the Commission will implement an action plan on mutual recognition to complement this proposal. We will focus on raising awareness for businesses and authorities alike and emphasise the role of mutual recognition. And we will give special attention to sectors where the use of mutual recognition is economically advantageous but has been problematic or insufficient to date.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mal möchte ich dem Berichterstatter Ivan Štefanec für seine hervorragende Arbeit danken. Denn es ist eben so, dass es im europäischen Binnenmarkt noch eine ganze Reihe von Gütern gibt, für die es keine Harmonisierungsvorschriften gibt. Und im Bereich dieser Güter gilt das alte Prinzip von früher, dass eigentlich ein in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestelltes Produkt in allen anderen Mitgliedstaaten auch rechtmäßig vermarktet werden können soll.

Leider ist das häufig ein Prinzip, das nicht überall angewendet wird. Es gibt beispielsweise in Großbritannien Spezialvorschriften für die Feuersicherheit von Möbeln, die in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union so gelten. Und damit kann natürlich ein Stück weit Protektionismus betrieben werden. Das gibt es in vielen Mitgliedstaaten, aber auch in denen, die immer von sich selber behaupten, sie würden keine solche Maßnahmen anwenden.

Deswegen ist es gut gewesen, dass der Kollege Štefanec gemeinsam mit den anderen Kollegen darauf Wert gelegt hat, dass diese Hindernisse Stück für Stück weiter abgebaut werden können und werden müssen. Das gefällt den Mitgliedstaaten nicht immer, aber es ist die Wahrheit, dass, wenn die Mitgliedstaaten Harmonisierung vermeiden wollen, sie dann eben das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung tatsächlich auch vollständig zur Anwendung bringen müssen.

Und da gibt es Verfahrensvorschriften, die der Kommissar angesprochen hat. SOLVIT ist sicherlich ein Verfahren, das helfen kann. Da müssten allerdings alle Mitgliedstaaten in gleicher Weise auch Personalressourcen investieren, damit die Institutionen auch wirklich miteinander kommunizieren können. Es reicht nicht, wenn ein Mitgliedstaat viele Leute zur Verfügung stellt, ein anderer Mitgliedstaat, der Probleme macht, aber nur eine Person hat, dann funktioniert es nicht.

Es gibt da also noch einiges zu verbessern, aber der Schritt, der mit dieser Verordnung jetzt gemacht wird, ist wirklich großartig. Deswegen: Herzlichen Dank an Ivan Štefanec.

Sergio Gaetano Cofferati, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, penso che sia molto positivo il lavoro che è stato fatto su questo regolamento, che porta finalmente al reciproco riconoscimento delle merci legalmente commercializzate in un altro Stato membro. C'è la possibilità così di chiarire e semplificare le procedure che imprese e autorità nazionali sono tenute a seguire, nonché di migliorare il funzionamento di tali principi riguardando il reciproco riconoscimento.

Come sappiamo, la libera circolazione non è completa, il mercato unico delle merci ha bisogno di integrazioni. Con il reciproco riconoscimento si arriva a colmare questa lacuna. Il miglioramento significativo dell'applicazione del principio del riconoscimento reciproco permetterà di dare un assegno in bianco alle imprese. Faciliteremo la vita delle imprese in tutta Europa, assicurando nel contempo che le autorità degli Stati membri abbiano la possibilità di escludere i prodotti non sicuri dai loro mercati. Così riusciremo a facilitare il riconoscimento di beni sicuri e legittimamente commercializzati e a facilitare il loro inserimento sul mercato in qualsiasi altro Stato membro.

Viene garantita altresì la superiorità dell'interesse pubblico generale. Gli Stati membri possono infatti opporsi alla commercializzazione di alcune merci quando è in gioco un pubblico interesse legittimo e proporzionato. Abbiamo definito le modalità per migliorare la cooperazione amministrativa tra le autorità nazionali, e questo porterà ad una riduzione degli oneri amministrativi.

Questo regolamento garantisce maggiore chiarezza normativa per un'ampia gamma di prodotti di consumo, come tutti quelli dell'area che riguarda i consumi sia alimentari che quelli destinati alla vita delle famiglie. Insomma, siamo davanti a un rafforzamento delle norme di sicurezza dei prodotti. Questo serve alla definizione di un profilo alto delle politiche che riguardano le merci e la loro mobilità e anche la qualità dei consumi in tutta Europa.

Νότης Μαρίας, εξ ονόματος της Ομάδας ECR. – Η αμοιβαία αναγνώριση των αγαθών εφαρμόζεται στα προϊόντα που δεν υπόκεινται σε ενωσιακή νομοθεσία εναρμόνισης ή καλύπτονται μόνο εν μέρει από αυτή. Το γεγονός ότι ένα προϊόν κυκλοφορεί ήδη νόμιμα στην αγορά ενισχύει την ασφάλεια δικαίου. Δυστυχώς, η κατάπτυστη συμφωνία των Πρεσπών, εκτός από το ξεπούλημα της Μακεδονίας μας και της ιστορίας μας, αφήνει εκτεθειμένες τις ελληνικές επιχειρήσεις που χρησιμοποιούν το όνομα της Μακεδονίας μας σε εμπορικές ονομασίες, εμπορικά σήματα και επωνυμίες, όπως Μακεδονικό κρασί, Μακεδονικός χάλβας, κ.λπ. Αυτό συμβαίνει διότι νομιμοποιείται με το άρθρο 3 παράγραφος 4 το δικαίωμα των εταιρειών των Σκοπίων να χρησιμοποιούν αντίστοιχες επωνυμίες με το όνομα «Μακεδονία». Η σύγχυση θα συνεχιστεί τουλάχιστον για τρία χρόνια.

Σας ερωτώ, κ. Dombrovskis: πώς προτίθεται η Επιτροπή να προστατεύσει τις ελληνικές επιχειρήσεις που νόμιμα χρησιμοποιούν την ονομασία της Μακεδονίας μας σε εμπορικές ονομασίες, σήματα και επωνυμίες από τον αθέμιτο ανταγωνισμό των επιχειρήσεων των Σκοπίων που παράνομως χρησιμοποιούν το όνομα «Μακεδονία»; Θέλουμε μία απάντηση στο θέμα αυτό, που είναι ιδιαίτερα σοβαρό. Την αναμένουν οι επιχειρηματίες της Βόρειας Ελλάδας· οι επιχειρηματίες όλης της Ελλάδας. Παρακαλώ να έχουμε μία ρητή απάντηση για να σταματήσει η σύγχυση γύρω από το ζήτημα αυτό. Απευθύνω έκκληση προς εσάς, κ. Dombrovskis.

Bill Etheridge, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, at the moment Member States can set the standard as to what quality of goods they accept, and this proposal – as I understand it – would seek to standardise the quality and standards of the products being sold across the EU. Of course, the aim is to facilitate smoother trade – a noble goal, and one which I think we all share and would all like to see. Even those of us who will hopefully be outside the EU soon still hope to see a smooth flow of trade. After all, without trade, business and growth, the people are poorer – and no one wants to see that. However, in the form that this has been discussed tonight, it is yet another attempt to buck the market. Why shouldn't different nations require different standards? Why shouldn't they? Why can one nation and its people not say 'we require a better level'? It seems to me that if you seek to make a mutual set of standards and bring everyone together, there is a danger that you are forcing some nations to accept a lower quality of product.

This is not the marketplace. This is not good capitalism. This is not good trade. Why not allow businesses and business bodies to work on international standards, to come together and say 'this is the kind of standard level that we're aiming for', and let them make proposals to put forward for international trade. After all, they are the experts. They're the people who understand the market. They're the people who understand production.

President Reagan once said 'government is not the solution to our problems; government is the problem', and I think that unintentionally – certainly unintentionally – this is another example of that. Government should be removed from the process of trade, and the whole thing should be depoliticised. The proposal in front of us will cost billions in new regulations and training. The eurozone is declining in industrial output, by 0.9% month on month. This suggests that there is something being done wrong here. This proposal, as was mentioned by one of our colleagues earlier, could facilitate a serious lowering of standards – the UK fire safety standards were mentioned earlier on.

Well, if a certain nation – be it the UK or any other nation – wants a level of standards on safety or anything else, they should be allowed to do it and businesses should be able to say 'hang on a minute, this is what these guys need. We want to sell into this market, so let's tailor our marketing and our production to fit that'.

Before I came to this place, I had a 20-year career in steel sales and exotic metals, and we would buy and sell all around the world. It was clear to us that in some places you needed a higher quality, a higher standard, and when you sell to those places you work out how you're going to do it. Frankly, if they want a higher quality and standard, it's a business opportunity because you can sell it for a higher price. Quality is a great driver of price. It should be a profit motive. Why not, if people want a higher quality?

Allow market freedom. Allow people to look into this. Allow businesses to see where one nation might be able to accept something of a certain level, which is perfectly acceptable but can be done a lot cheaper and more competitively, and then look at the ones who are demanding higher standards, because that's what the people and the customers there want and say 'OK, we'll do that for you, but by God you're going to pay us for it'.

When it comes to trade and business, there are always possibilities. There are always chances to make money and to do trade as long as government and politicians, regardless of their good intentions, step back a little and allow the market to do its job. Where there is demand, supply will find it. And when supply and demand come together, we get what we all want: business, profit and taxation for services, and everyone is better off.

I think that we need to look at this in a whole different way.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, dans le préambule, la libre circulation des marchandises est présentée comme une liberté fondamentale. Voilà le péché originel de ce texte. Cet abus de langage illustre pourtant à merveille la doctrine ultralibérale des institutions européennes et de cet hémicycle.

La liberté de circulation des marchandises n'est pas, et ne sera jamais, une liberté fondamentale; elle reste une facilitation économique, fruit d'accords commerciaux, douaniers et internationaux et c'est tout. Considérer les Européens comme des consommateurs et l'Europe comme un marché ne résoudra jamais le déficit profond de crédibilité et de légitimité de l'Union européenne. S'obstiner dans cette voie, nous conduit dans une impasse.

La libre circulation totale des marchandises n'est pas une fin en soi. Elle peut être un outil efficace de développement, uniquement si elle s'inscrit dans le strict respect des intérêts nationaux. Restreindre le champ d'action des États membres est une erreur et à rebours du bon sens économique. La rigidité de cette vision matérialiste et ultralibérale de l'Europe n'apporte que des déséquilibres économiques et sociaux préjudiciables à la sécurité des consommateurs et au respect des spécificités nationales.

L'Europe est une réalité bien différente et bien plus belle. Il est indigne de résumer ce continent à un marché peuplé de consommateurs. Je considère avec mon groupe politique, faisant écho à l'irrésistible ascension des idées patriotiques dans tous les États membres, que l'Europe et les Européens méritent mieux que ce projet désincarné, froid et ennuyeux. Alors faites-nous confiance: dans un avenir très proche, nous allons leur offrir la possibilité d'un autre avenir pour que soient restaurés le bon sens économique ainsi que la recherche de l'intérêt général et du bien commun.

Dariusz Rosati (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Koledzy! Jednolity rynek europejski istnieje od 30 lat. Jest przedmiotem naszej dumy. Mówimy, że to największe osiągnięcie integracji europejskiej. Teoretycznie istnieje również zasada wzajemnego uznania, ale w praktyce ta zasada nie jest przestrzegana. Mniej więcej jedna czwarta produktów, które są przedmiotem obrotu na jednolitym rynku europejskim nie jest objęta zasadami harmonizacji prawa i te produkty są regulowane przez poszczególne państwa członkowskie, jeśli chodzi o standardy, normy techniczne, opakowania, wygląd, skład i tak dalej. Niestety to powoduje, że jednolity rynek europejski wcale nie jest taki jednolity i że w istocie mamy do czynienia z fragmentacją rynków. Jeżeli my się zastanawiamy, dlaczego Europa nie wykształciła wielkich championów światowych, wielkich korporacji, to jedną z głównych przyczyn jest to, że rynki są po prostu bardzo podzielone i trudno jest rozwinąć skrzydła europejskim przedsiębiorstwom. Dlatego powinniśmy usuwać te wszystkie bariery i dlatego chciałem podziękować Panu Pośłowi Szeferowi, który przygotował to sprawozdanie, dlatego że to sprawozdanie idzie we właściwą stronę. Powinniśmy usuwać bariery w przepływie towarów dlatego, że to spowoduje, że europejskie przedsiębiorstwa będą bardziej konkurencyjne w skali międzynarodowej. I przekazuje ten apel pod rozważę Panu Komisarzowi oraz nieobecnej tutaj Radzie Unii Europejskiej, ale mam nadzieję że ten *message* również i do nich dotrze.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, stimați colegi, piața unică are nevoie și de reguli. Nu putem să lăsăm totul să meargă fără nicio regulă. Vorbim aici, în această propunere de regulament, de un principiu: recunoașterea reciprocă. Evident că, dacă avem norme bine stabilite, foarte clare, la nivelul statelor membre și le avem și armonizate, este mult mai simplu și pentru operatorul economic, pentru producător, și este și mai sigur pentru consumator.

Pe mine mă surprinde poziția unor colegi care consideră că trebuie să lăsăm totul fără nicio supraveghere. În propunerea de regulament se prevede foarte clar că atât autoritățile naționale, cât și operatorii economici, statele membre trebuie să își prevadă norme tehnice foarte clare, neinterpretabile, tocmai pentru ca să nu fie o problemă în momentul în care apare prin sondaj, poate, verificarea unui produs; pentru că da, există prevăzută în regulament posibilitatea ca operatorul economic să dea o declarație, dar aceasta nu exclude posibilitatea statului membru de a verifica dacă declarația pe propria răspundere și coincide, dacă produsul coincide cu declarația pe propria răspundere.

Eu nu văd o barieră în faptul că vrem să armonizăm și să aplicăm acest principiu. Din contră, eu văd o creștere a circulației mărfurilor în piața internă, o creștere a siguranței pentru consumator și, trebuie să spunem, și o eficientizare a activității economice, cu această precizare: Comisia trebuie să actualizeze *online* lista cu produsele care intră sub regimul acestui regulament pentru că trebuie să fie cunoscut ce produse intră sub acest regulament. Apoi, sigur, este nevoie să avem reguli clare de recunoaștere a mărfurilor comercializate în mod legal, pentru că trebuie să înțelegem că apare și comercializarea unor produse ilegale. Noi vorbim aici, în acest regulament, de comercializarea legală a produselor și recunoașterea reciprocă în statele membre și trebuie să fie aceste reguli clare pentru a se evita ca o autoritate națională, de exemplu, să solicite după aceea anumite verificări ale produselor suplimentare care înseamnă un cost și o birocrație, mai ales pentru întreprinderile mici.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, my thanks to you and to the honourable Members for your interventions and for your cooperation and support to achieve such a good result on this proposal.

I very much welcome the agreement between Parliament and the Council, because mutual recognition is at the core of single markets for goods. But it is still one of the most important remaining barriers.

With regard to the broader questions as to whether the regulation is impacting Member States' capacity to protect legitimate public objectives, the answer is no. Mutual recognition is not automatic and therefore cannot jeopardise legitimate public objectives. This is embedded in the principle itself. Protection of legitimate public interests will always remain the exception to the mutual recognition law provided that it's justified and proportionate.

To conclude, with your vote tomorrow you are sending a strong and clear message about delivering on our commitment to help businesses trade in a single market. Our SMEs will benefit and our citizens will benefit.

Ivan Štefanec, spravodajca – Vážená pani predsedajúca, chcem zdôrazniť, že vzájomné uznávanie je nevyhnutné pre riadne fungovanie jednotného trhu s tovarom. Integrácia jednotného trhu s tovarom má mnoho pozitívnych účinkov. Európski spotrebitelia profitujú zo širšieho výberu výrobkov a zvýšená hospodárska súťaž vo výrobnom sektore vedie k zblížovaniu cien a podpore inovácií. Rovnako dochádza i k zníženiu obchodných nákladov pre firmy, a ako sme počuli v diskusii, i k nárastu obchodu – odhaduje sa nárast viac než 100 miliárd eur. Som rád, že práve týmto nariadením sa podarilo docieľiť predovšetkým zjednodušenie pravidiel, čo je užitočné osobitne pre malé a stredné firmy a pre tvorbu nových pracovných miest. Som rád, že využívame súčasné inštitúcie a nevytvárame ďalšie, a takisto som rád, že sme vytvorili novú platformu na zdieľanie skúseností pre členské štáty v tejto oblasti. Chcem sa veľmi pekne poďakovať kolegom za spoluprácu, Európskej komisii, zástupcom Európskej rady takisto, pretože som presvedčený, že práve touto formou sme zaznamenali výrazný posun pre potrebné dokončenie nášho spoločného trhu.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 14 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Ignazio Corrao (EFDD), per iscritto. – Gli Stati membri, in assenza di una legislazione specifica dell'UE, sono liberi di adottare norme nazionali per stabilire le prescrizioni che le merci commercializzate devono rispettare. Tali prescrizioni nazionali, se divergenti fra alcuni Stati membri, possono frapponere ostacoli agli scambi intra UE, comportando che le aziende che desiderano commercializzare tali prodotti in un altro Stato incontrino ostacoli, ritardi nel processo e costi aggiuntivi. Il regolamento di cui si è discusso prevede un'intensificazione delle attività di coordinamento tra le autorità competenti, puntando a ridurre la frammentazione del mercato a vantaggio delle imprese, in particolare modo delle PMI e dei consumatori, sui quali vengono indirettamente scaricati i costi aggiuntivi che gravano sulle imprese stesse.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Nariadenie Európskeho parlamentu a Rady o vzájomnom uznávaní tovaru, ktorý je zákonne uvedený na trh v inom členskom štáte, zjednoduší postupy pre podniky a vnútroštátne orgány pri zavádzaní výrobkov na vnútorné trhy členských krajín. Vzájomné uznávanie tovaru na základe dobrovoľného vyhlásenia zníži administratívnu záťaž a zjednoduší fungovanie vnútorného trhu pri umiestňovaní tovarov, ktoré už spĺňajú požiadavky iného členského štátu. Toto pravidlo sa nebude vzťahovať na výrobky, na ktoré sa vzťahujú harmonizované predpisy EÚ o bezpečnosti výrobkov alebo sa na ne vzťahujú len čiastočne. Právo členskej krajiny odmietnuť prístup tovaru na trh v prípade existencie legitímneho a primeraného verejného záujmu však musí byť zachované.

24. Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsumrechnungen (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Eva Maydell, au nom de la commission des affaires économiques et monétaires, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif aux frais applicables aux paiements transfrontières dans l'Union et frais de conversion monétaire (COM(2018)0163 – C8-0129/2018 – 2018/0076(COD)) (A8-0360/2018).

Ева Майдел, Докладчик – Имах привилегията да бъда докладчик по регламент, който не само сближава нашите страни и граждани, но и решава един ежедневен практически проблем за европейците от страните извън еврозоната, спестявайки им пари. Благодаря на заместник-председателя на Комисията Валдис Думбровски, на всички докладчици в сянка и колеги в комисията ECON, с които работихме, за да изпратим в историята един истински двоен стандарт в Европа.

Сто и петдесет милиона европейци и шест милиона бизнеси от страните извън еврозоната вече ще бъдат третираны наравно с тези от еврозоната и ще плащат много по-ниски такси за парични преводи. Това ще увеличи конкуренцията в единния пазар, но и чувството за една общност, към която всички ние принадлежим. Щастлива съм, че преговорите отнеха рекордно кратко време и показахме, че Европейският съюз може да взема бързи и ефективни решения, които решават реални проблеми.

Постигнахме голям напредък в решаването на още един проблем – осигурихме много по-голяма прозрачност при плащането или тегленето на пари с карта в чужбина. Всеки, който пътува в друга страна в Европейския съюз, ще има много по-голяма информация какво и колко плаща, и ще може да избира най-изгодната алтернатива. Използвам случая да приканя Комисията да бъде амбициозна в своя доклад за въздействието на нововъведенията от регламента, който очакваме да бъде след три години.

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, first of all, I would like to congratulate the rapporteur, Eva Maydell, on her strong will and ambition, ensuring that Parliament could form its views quickly and effectively, which led to the text you will vote on tomorrow.

We welcome Parliament's strong commitment to deepening the single market for retail financial services and payments, and to making the most of the euro, the EU's common currency – for the benefit of citizens and businesses outside as well as inside the euro area. Today, only euro-area citizens enjoy the benefits of cheap euro transactions. Around 150 million Europeans who live in EU countries using other currencies do not. In fact, they sometimes have to pay very high and disproportionate fees for such transactions, particularly in cross-border situations.

Let me give you an example. Imagine that you live in Italy and you wish to send EUR 50 to Finland. Because these countries are both in the euro area, EU rules prevent banks from charging more for this transaction than they would for sending money, say, from Rome to Milan. Now, imagine instead that you are living in Bulgaria and you want to transfer the same EUR 50 to Finland. Because domestic payments in euro in Bulgaria are generally expensive, the equivalent cross-border transaction is also very expensive. For a Bulgarian citizen this means he or she could end up paying as much as EUR 24 for this kind of transfer. The revised Cross-border Payments Regulation will remove this unequal treatment by extending the benefits of low-cost euro transactions across the whole EU. The regulation will ensure that, by 15 December this year, all European citizens and businesses will have the right to make cross-border payments in euros for the same price as domestic payments in their national currency.

The Cross-border Payments Regulation will positively affect the vast majority – around 80% – of cross-border transactions originating from non-euro Member States and made in euros. Putting an end to high fees linked to cross-border euro payments will enable consumers and businesses in non-euro Member States to save around EUR 900 million every year. This will also contribute to our common objective of strengthening the international role of the euro as a payments currency.

The revised Cross-border Payments Regulation will also increase the transparency of currency conversion services. This is especially important for several million Europeans who travel within the EU every year, either for business or for pleasure. Often, when paying by card or withdrawing cash at an ATM in a country that uses a different currency from the euro, it is very difficult to know exactly how much it will cost. It is equally difficult for consumers to choose the most convenient option when they are given the choice, on the spot, between paying in their own currency or in the local currency, for example when paying a hotel bill.

By harmonising the disclosure of currency conversion costs, the regulation will allow European consumers to check and compare the currency conversion charges applied by their bank or by merchants. Consumers will be able to compare charges when shopping abroad with their cards, when withdrawing cash at an ATM abroad and when sending money, from their own country's banking platforms, to a Member State using a different EU currency.

This will boost competition between providers in such currency conversion services and should thus lower the cost of transactions between Member States in different currencies.

Honourable Members, the European project is quite often perceived as distant from the lives of European citizens. This legislative initiative is a good opportunity to demonstrate how Europe can bring tangible benefits to its citizens.

Othmar Karas, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident der Kommission, Frau Berichterstatterin Maydell! Nach der Debatte heute Nachmittag zu Steuergerechtigkeit und Fairness, wo uns bei der Umsetzung unserer Vorschläge permanent die Einstimmigkeit im Rat blockiert, haben wir mit der neuen Überweisungsverordnung ein Beispiel der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.

Man könnte sagen: So, wie wir die Roaming-Kosten für Auslandstelefonate abgeschafft haben, so schaffen wir mit dieser Verordnung nun die Roaming-Gebühren bei Geldüberweisungen ab, in und aus Mitgliedstaaten, die noch nicht im Euroraum zu Hause sind.

Für sämtliche Euro-Zahlungen außerhalb des Euroraums, aber innerhalb der EU, muss nun die gleiche Gebühr verrechnet werden wie für inländische Zahlungen. Das ist gut so. Das stärkt den Binnenmarkt, das schafft kostengünstigere Überweisungen, das führt zu mehr Transparenz, schafft mehr Wettbewerbsfähigkeit für alle Zahlungsdienstleister in der Europäischen Union und kann von 150 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und sechs Millionen Unternehmen in der EU umgesetzt werden, die davon profitieren.

Wir haben damit gezeigt, dass wir permanent den Binnenmarkt weiterentwickeln. Nach der Abschaffung der Roaming-Gebühren bei den Telefonaten kommt es jetzt zur Abschaffung der Roaming-Gebühren bei Geldüberweisungen in Europa, aber außerhalb der Eurozone. Ein herzliches Danke der Berichterstatterin Eva Maydell.

Olle Ludvigsson, *för S&D-gruppen.* – Fru talman! Man kan säga att vår uppgörelse minskar kostnaderna för gränsöverskridande betalningar i euro för konsumenterna och företag i hela EU, och det tycker jag väldigt bra faktiskt. Men på sikt behöver alla EU:s valutor omfattas av förordningen. Det finns ingen anledning att i EU:s lagstiftning diskriminera länder utanför euroområdet.

Nya transparensregler införs för gränsöverskridande överföringar, vilket jag tycker är positivt och dessutom positivt för konsumenterna. När det gäller regler om valutaväxlingsavgifter vid köp och uttag utomlands blir det även fortsättningsvis väldigt svårt för konsumenterna att jämföra kostnaderna för de olika tjänsterna. Det är nästan alltid billigare att betala i den lokala valutan för de länder som man befinner sig i.

Men de nya reglerna kommer inte att möjliggöra prisjämförelse i realtid mellan kostnader för bankens tjänster och tjänster för dynamisk valutakonvertering. Konsumenterna måste få bättre kunskap om dynamisk valutakonvertering och hur dyrt det verkligen är. Det kan handla om påslag på 8-12 procent. Det är ett otyg som lurar konsumenterna på stora summor varje år. Dessvärre var inte rådet villigt att gå parlamentet till mötes i denna fråga. Därför hoppas jag att lagstiftarna som kommer efter mig tar tag i denna fråga. Det är en viktig fråga och jag tycker dessutom att när det gäller EU så ska vi försöka nå gemensamma lösningar. Jag hoppas då, som jag sade, att vi kommer att klara det via lagstiftningar som kanske kommer efter mig här, i denna fråga.

Stanisław Ożóg, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Muszę przyznać, że jako sprawozdawca grupy EKR mam mieszane uczucia co do tekstu porozumienia. Największym wygranym naszych negocjacji jest Komisja Europejska. Osiągnęła swój cel, jakim było zrównanie opłat transgranicznych w euro z opłatami za przelewy krajowe, i tym samym dalsze uprzywilejowanie roli euro jako domyślnej waluty dla transgranicznych przelewów pieniężnych dla całej Unii. Kolejnym wygranym jest europejski system bankowy, który – obrazowo można powiedzieć – uciekł od swego rodzaju gilotyny, czyli uniknął konieczności stosowania tych samych kryteriów przejrzystości za transakcje walutowe co dostawcy tzw. dynamicznej konwersji walutowej. Nie wygrywa tu jednak nigdy konsument, który przy płatnościach kartą zagranicą zazwyczaj korzysta z transakcji bankowej i nie otrzymuje informacji o nakładanych opłatach w sposób przejrzysty, tak jak być powinno. No ale cóż, to wspomniany już przez poprzednika upór Rady. Być może to jeszcze nie ten etap. Należy jednak docenić chociaż stopniową poprawę przejrzystości opłat za transakcje. Również trudno nie zgodzić się, że zrównanie opłat za przelewy w euro z płatnościami krajowymi będzie konkretną pomocą dla firm spoza strefy euro. Grupa EKR zgłasza za przyjęciem rozporządzenia, choć jesteśmy dalecy od entuzjazmu.

Petr Ježek, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, firstly, let me thank the rapporteur for her excellent work on this proposal, which is a real example of EU regulation working to cut costs and burdens, and putting the consumer first.

The regulation ensures that the costs for cross-border payments in euro from one EU country to another are the same as an equivalent domestic payment, regardless of whether the countries are in the eurozone or not. Furthermore, customers in the EU withdrawing money from an ATM in a foreign currency will have much more clarity on the cost of their payment options. Following pressure from Parliament, the charges associated with credit transfers will also be made clear to consumers.

From Parliament's perspective, full comparability is the ultimate goal. That means that customers should always be informed of the cost of their payments in a foreign currency within the EU. The final text of this regulation takes a significant step towards full comparability but, in my view, more can be done. Therefore, I welcome the review that the Commission will undertake three years after the regulation enters into force. The review should explore how costs to consumers can be reduced further and should ensure full comparability of payment options.

Nonetheless, customers will soon begin to reap the benefits of the new provisions, and I'm proud of the work we have done here in Parliament to bring this about.

Bendt Bendtsen (PPE). – Fru Formand! Forslaget om at begrænse bankgebyrer på grænseoverskridende betalinger er en gave til vores små og mellemstore virksomheder. Det er bankernes roamingafgift, som vi nu gør op med. Virksomheder i lande uden for eurozonen har været dårligere stillet end deres konkurrenter inden for eurozonen. I Danmark koster det typisk en virksomhed mellem 15 og 50 kroner at gennemføre en overførsel i euro til et andet EU-land. For lande i eurozonen koster det i dag det samme som en indenlandsk overførsel. Det er jo ikke fair over for de virksomheder, som ligger uden for eurozonen. Og i Danmark er det faktisk små og mellemstore virksomheder, der betaler den højeste pris, fordi de sjældent har haft ressourcerne til at forhandle sig frem til en lavere pris. Jeg vil gerne give et enkelt eksempel fra den virkelige verden: En dansk mindre eller mellemstor virksomhed, der producerer designermøbler, eksporterer 75% af sine produkter til andre medlemslande. Det koster 5 euro, hver gang virksomheden laver en udenlandsk overførsel. Det løber i dagens Danmark op i 7000 euro om året. 7000 euro, som virksomheden kan bruge på personale, opsparing eller investeringer. Dette er noget, der vil gavne europæisk økonomi. Mit håb er, at det næste Parlament og den næste Kommission vil arbejde for at få udvidet forordningen, så den også fjerner unødvendige gebyrer på betalinger mellem EU-lande uden for eurozonen. Det er nemlig præcis sådan en type lovgivning, EU også må fokusere på. Det er lovgivning, der skaber vækst, gode vilkår for virksomhederne og dermed arbejdspladser og tryghed for borgerne. Til slut en varm tak til vores ordfører Eva Maydell. Tak.

Miguel Viegas, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhora Presidente, entendemos a preocupação com os pagamentos transfronteiriços, compreendemos até as vantagens em alinhar o custo destas transações com os valores praticados dentro de cada Estado-Membro, mas o verdadeiro problema está no custo elevadíssimo que os bancos cobram por esses serviços que, mesmo internamente, chegam a atingir valores exorbitantes.

Os cinco primeiros bancos a operar no mercado nacional português captaram em 2018 1.876 milhões de euros em comissões, um aumento de praticamente 100 milhões de euros relativamente ao ano anterior. A cada dia que passa as instituições financeiras em Portugal sacam dos seus clientes 5.14 milhões de euros por dia. Ao mesmo tempo, a banca em Portugal despediu, só em 2017, mais de quatro mil trabalhadores, encerrando centenas de balcões, com especial destaque para as regiões mais desfavorecidas.

Ou seja, mais uma vez, e como sempre, a banca a lucrar dos dois lados, à custa dos trabalhadores e dos seus clientes.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, quand on parle des services financiers, ce n'est pas si souvent que ça qu'on parle du droit des consommateurs.

Nous sommes réunis autour d'un texte qui a été négocié à l'arraché par notre Parlement sur une position claire.

Nous connaissons tous des citoyens qui ont rencontré ces situations impossibles: ils sont à l'étranger, ils paient dans la monnaie locale, et ne sont informés que bien plus tard du taux de conversion et des frais appliqués par la banque. Ou bien ils choisissent de payer dans leur monnaie, mais un prestataire convertit le montant de la transaction, c'est ce qu'on appelle la «conversion dynamique des monnaies», et cette opération a un coût souvent très élevé. Alors qu'en réalité, il n'y a aucune raison pour que les transactions en euros soient si onéreuses.

Le Parlement européen avait une revendication supplémentaire, une ambition supplémentaire, qui était que cette transparence des frais puisse être communiquée au consommateur au moment de la vente ou de l'accès au distributeur. Parce que l'idée, c'était de pouvoir comparer les deux options. Malheureusement, le Conseil ne nous a pas suivis et, *in fine*, nous avons un texte qui conduit à ce que cette information sera disponible, mais pas en temps réel, et je veux marquer une légère déception dans le concert de louanges qui accompagne l'adoption de ce texte.

Il n'en reste pas moins qu'il y a là une vraie avancée: créer l'obligation de transmettre l'information sur les frais, c'est essentiel pour que les droits des consommateurs soient mieux respectés. Il faudra aller plus loin et assurer que l'égalité des coûts pour les transactions en euros et en monnaie étrangère soient également une réalité dans le marché intérieur, mais cela reviendra à nos successeurs.

Je crois qu'aujourd'hui nous pouvons, comme Othmar Karas l'a dit tout à l'heure, saluer le «roaming» des transactions en euros au sein de l'Union européenne et c'est une bonne nouvelle pour les consommateurs.

Ralph Packet (ECR). – Voorzitter, beste collega's, misschien kent u het probleem. U gaat op reis naar een Europees land met een andere munt dan de euro, en als u uw kaart in het machientje steekt, wordt u gevraagd of u wilt betalen in euro of in de lokale munt. Later komt u thuis en ziet u op uw rekeninguittreksels dat u de verkeerde, veel te dure keuze hebt gemaakt, wegens allerlei kosten.

Daar maken wij nu een einde aan. Er komt meer transparantie over de kosten en de wisselkoers, zodat de consument niet meer voor verrassingen komt te staan en eerlijk kan kiezen of hij wil betalen in euro of in de lokale munt. Daarnaast zorgt dit akkoord er ook voor dat geld overschrijven naar een niet-euroland in de Europese Unie evenveel gaat kosten in euro als in de lokale munt. Meestal is dat gratis. Consumenten, maar ook kmo's, zullen dus geld besparen.

We nemen hier dus twee goede maatregelen in het belang van de Europese consument en in het belang van de kmo's.

Interventions à la demande

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl také přivítat návrh tohoto nařízení, protože ve svém důsledku skutečně usnadňuje velmi život nejen spotřebitelům, našim občanům – 150 milionům, jak bylo zdůrazněno v této diskusi – ale také samozřejmě malým a středním podnikům. Nepochybně to přispívá i k větší soudržnosti mezi členskými státy a o tu taky především jde. Mně se líbí, že zde zazněla celá řada pozitivních zpráv, i to, jak je vedena tato diskuse v pozitivním duchu. Na druhou stranu musíme si říci, že možná mohlo být učiněno víc, dejme si to tedy jako závazek do dalšího volebního období.

Já osobně bych chtěl s důvěrou podotknout, že i Česká republika nejenže bude těžit z této úpravy, ale například přistoupí ke společné měně euro, což je třeba mým zásadním i politickým cílem. Jsem rád, že budeme platit méně, možná že bychom měli být více transparentní, ale jsem rád, že se podařilo alespoň toto.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι συζητούμε ένα ενδιαφέρον νομοθέτημα, που πραγματικά αγγίζει όλους τους πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όλοι έχουμε πάει σε άλλες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπου δεν υπάρχει το ευρώ, και είναι γεγονός ότι δεν υπάρχει διαφάνεια στον τρόπο με τον οποίον γίνεται η μετατροπή στο τοπικό νόμισμα, είτε όταν πληρώνουμε σε ένα POS είτε όταν κάνουμε άντληση σε ρευστό του τοπικού νομίσματος. Νομίζω ότι τα μέτρα που λαμβάνονται σε επίπεδο διαφάνειας είναι πάρα πολύ σημαντικά. Επίσης, τα εμβάσματα εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν θα πρέπει να έχουνε κόστος.

Θα ήθελα μόνο να θέσω ένα θέμα. Στην Ελλάδα, συστηματικά, μια συγκεκριμένη τράπεζα χρεώνει δύο ευρώ για κάθε ανάληψη, όπως συνέβη και στη δική μου περίπτωση, όταν πρόκειται για κάρτα ή λογαριασμό του εξωτερικού. Προφανώς, αυτές οι επιβαρύνσεις είναι παράνομες. Άλλες τράπεζες δεν επιβάλλουν τέτοια επιβάρυνση και πιστεύω ότι πρέπει να το δούμε και αυτό αναλυτικά, κύριε Dombrovskis. Θα σας στείλω τα στοιχεία για το ζήτημα αυτό.

(Fin des interventions à la demande)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, once again let me congratulate the rapporteur for her work and her dedication, and also the shadow rapporteurs for their support in the negotiations.

Coming back to some of the points which were raised during the debate: we spent quite some time debating whether this regulation should be extended to all currencies of the EU, but the point is that only euro transactions are the same everywhere, on the basis of the Single European Payment Area (SEPA); and only euro transactions benefit from the efficient payment infrastructures and processes that are available to all banks in the EU directly or indirectly. In the case of the euro, we have already created the infrastructure, and what we can do, with the regulation, is basically to make sure that banks are passing on the efficiency of this infrastructure to the consumers. But we do not have it for all currencies in all cross-border situations.

Let me stress again that this legislative initiative is a good opportunity to remove fundamental inequality among EU citizens and to unify the single retail payments market. This is of tangible benefit to Europeans in their daily lives, so let's make it happen.

Ева Майдел, Докладчик. – Живеем в един много конкурентен и глобален свят, където Европа трябва да се възползва наистина в пълна степен от предимствата, които има. Единният пазар е най-голямата ни икономическа сила и трябва да го завършим максимално скоро, в това число и с разширяване обхвата на регламента за всички европейски валути.

Подчертавам и нуждата от задълбочен анализ как европейците да получат пълна информация в реално време за плащанията с карти и тегленията на пари в чужда за тях валута. Технологиите наистина се развиват с много бърз темп. Няма съмнения, че такава информация може да бъде предоставена без особени затруднения и разходи от финансовите институции.

И накрая, когато различните европейци се третират по различен начин, това е най-лесната рецепта за създаване на анти-европейски настроения. И точно затова смятам, че с този регламент имаме конкретни резултати, които европейските граждани ще могат да усетят от месец декември 2019 г. и по този начин ще премахнем един истински двоен стандарт.

Благодаря отново на всички колеги в Европейския парламент, с които работихме заедно, за да направим така, че тъй нареченият „роуминг на банките“ да отпадне не за пет, шест или десет години, а само за няколко месеца. Благодаря и на колегите от Европейската комисия, както и на българското и австрийското председателство за съвместната работа.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 14 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Beata Gosiewska (ECR), на пи́сьме. – 150 milionów obywateli UE i 6 milionów przedsiębiorstw działających w krajach spoza strefy euro płaci o wiele wyższe opłaty za transfer euro niż ludzie i firmy w strefie euro. Jest to niesprawiedliwe i należy zmienić to tak, aby dostawcy usług płatniczych w całej UE byli zobowiązani do naliczania takich samych opłat za transakcje transgraniczne w euro jak w przypadku płatności krajowych w lokalnych walutach. W przypadku krajów spoza strefy euro doprowadzi to do tańszych transakcji w euro, a oszczędności dla konsumentów i firm szacowane są na około 1 mld EUR rocznie. Zapewni to równe szanse przedsiębiorstwom ze strefy euro i spoza niej. Nowe przepisy będą również chronić konsumentów przed nadmiernymi i arbitralnymi obciążeniami z tytułu przeliczania walut. Przy dokonywaniu płatności w innej walucie mają być oni informowani o kwocie do zapłaty w walucie lokalnej i walucie, w której prowadzony jest rachunek. Konsumenti przy każdej transakcji będą dostawać informację o kwocie do zapłaty w walucie lokalnej i walucie rachunku, co pozwoli im dokonać świadomego wyboru. Konsumenti otrzymają elektroniczne powiadomienie „push”, takie jak wiadomość tekstowa, e-mail lub powiadomienie za pośrednictwem aplikacji mobilnej lub internetowej płatnika, o obowiązujących opłatach za przeliczenie waluty. Banki nie będą mogły pobierać od klienta opłat za usługę powiadamiania.

25. Gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Roberts Zile, au nom de la commission des transports et du tourisme, sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil modifiant le règlement (CE) n° 1073/2009 établissant des règles communes pour l'accès au marché international des services de transport par autocars et autobus (COM(2017)0647 – C8-0396/2017 – 2017/0288(COD)) (A8-0032/2019).

Roberts Zīle, referents. – Cienītā sēdes vadītāja! Komisāres kundze! Runājot par šo priekšlikumu, par ko mēs šodien debatēsim, man jāsaka, ka sākotnējais Komisijas priekšlikums bija orientēts — un joprojām tāds arī ir palicis Transporta komitejas ziņojumā — uz to ka, ir jāatver autobusu pasažieru pārvadājumu tirgus Eiropā arī vienas dalībvalsts ietvaros citas dalībvalsts kompānijai, jo pašlaik tas ir atvērts tikai starptautiskajos pārvadājumos kā daļa no pakalpojuma. Komisijas sākotnējais priekšlikums ietvēra arī novērst diskrimināciju, radīt neatkarīgas strīdu izšķiršanas iestādes vai regulatorus katrā no dalībvalstīm, lai būtu vienlīdzīgi konkurences apstākļi visām kompānijām.

Transporta komitejā mēs izvērtējam vairāk kā trīsdesmit kompromisu un atradām risinājumu, kas, mūsaprāt, ved uz izpratni un sabalansē šos uzskatus. Mēs daļēji atkāpāmies no šiem labajiem liberalizācijas mērķiem un atstājām dalībvalstu ziņā iespējas ne pilnā mērā atļaut tos pārvadājumus, kas ir virs simts kilometru attālumā, radot iespējas dalībvalstīm pamatot, ka sabiedrisko pakalpojumu līgums tiek ietekmēts vai arī sabiedrības intereses tiek ietekmētas, un neļaut ienākt citam dalībniekam.

Mēs atradām arī labu risinājumu attiecībā uz regulatīvās struktūras neatkarību, kas ir jārod katrā dalībvalstī un kas arī dod papildu aizsardzības pasākumus attiecībā uz to, ja dalībvalsts uzskata, ka ienācējs šajā tirgū rada negodīgus apstākļus.

Par autoostu pieejamību — ja sākotnēji bija iespēja, ka varēja noraidīt pieejamību jebkuram jaunam ienācējam tirgū autoostās tikai dēļ ietilpības kritērija, mēs radījām papildu kritērijus kā kompromisu, kas varētu ļaut faktiski ierobežot pieejamību autoostām, kas arī bija solis pretī tiem, kas nevēlējās šo tirgu atvērt.

Un visbeidzot mēs radījām arī situāciju, ka pat kompānijām, kuras reģistrējas attiecīgajā dalībvalstī un saņem atļauju, pēc šīs atļaujas saņemšanas ir jāizpilda visi nosacījumi, kas šajā dalībvalstī ir, tai skaitā sociālie nosacījumi, kas eksistē konkrētajā dalībvalstī, lai varētu operēt pasažieru pārvadājumu tirgū.

I would like to switch to English now to make some final remarks on political issues. I would like to thank all my shadow rapporteurs, who worked very constructively. As I described, we did not get 100% of what most of us expected but we got a good balance in the Committee on Transport and Tourism. And I am relying very much on the plenary tomorrow as well.

At the same time, I am surprised that some of our colleagues are trying to keep this Coach and Bus Regulation as a hostage for Mobility Package I, with the aim of changing the mobility package in their own policy direction. In my political experience, it's not good politics to try to succeed on one issue by drawing in unrelated issues. I would remind you that all the social issues for drivers and companies working in road transport are in Mobility Package I, not in my report. There was nothing in the initial Commission proposal and there is nothing now about social conditions. So, while I fully understand the political will here, I would ask all my colleagues to be serious – in these final months before the European elections and a new parliamentary term – in seeking to finalise this proposal at first reading and to create a good opportunity for discussing it in the future with the Council, when the Council is ready.

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, buses and coaches provide an affordable and clean public transport service. Those services can be complementary and not in competition with rail services, linking regions and cities which are not well connected by railways.

In this context, the proposal presented by the Commission as part of its second mobility package aims at improving the mobility of EU citizens within Member States, while increasing the sustainability of national transport systems, offering an attractive collective transport alternative to the use of private cars. The proposal will lead to an increased offer of domestic services that are more responsive to citizens' needs, in particular for those on lower incomes. It will also bring economic and social benefits, with increased investment and job creation in this sector. Let me recall some key figures and benefits associated with the proposal by 2030: cumulative CO₂ emissions savings of EUR 183 million, accumulated administrative savings of EUR 1560 million, an increase of about 11% in coach transport activity and 85 000 new jobs.

The Commission generally supports the report by your rapporteur, Mr Zīle. I would like to thank him for his hard work and the quality of his report. I would also like to thank the Committee on Transport and Tourism (TRAN) as a whole for its support for the compromise amendments.

We believe that many of those compromise amendments add valuable detail and clarity to the Commission's proposal. This is, in particular, the case regarding the role of the national regulators and for public service contracts granted with an exclusive right. It is indeed very important to have a strong regulator in all Member States to carry out the necessary economic equilibrium tests and to deal with possible appeals. Likewise, it is essential that we find the right articulation between public services and those provided on a commercial basis. I believe that Mr Zile has managed to get the balance right – to protect public service contracts adequately while at the same time allowing commercial offers to flourish. On certain points, such as on the administrative burden on operators and on the definition of bus terminals, we fully understand the good intentions behind the compromise amendments, but we believe more work is needed.

To conclude, I believe you have a very good and promising report in front of you, which will contribute to improving bus and coach services to the benefit of EU citizens. So I'm very much looking forward to the constructive debate tonight.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señora comisaria, señorías, efectivamente, el pasado 22 de enero, la Comisión de Transportes dio el visto bueno a un dossier que da solución a dos objetivos: la necesaria liberalización del sector con la existencia de modelos de algunos Estados que dan importancia preeminente a la prestación de servicios públicos.

Y es que el autobús, señorías, es el modo más social de transporte. Hace posible que los ciudadanos de cualquier rincón no queden aislados.

Esta propuesta pretende facilitar el acceso de los transportistas no residentes al mercado de otro país de la Unión Europea para ofrecer en él servicios de autocar interurbano. Y a la vez, se garantiza que los transportistas que ofrecen rutas interurbanas nacionales se beneficien de una mayor liberalización del mercado europeo del autobús.

Este es un buen equilibrio entre liberalización y protección de los contratos de servicio público existentes. Ha permitido —creo— concitar una clara mayoría de esta Cámara.

La liberalización internacional nos lleva a una Unión Europea más integrada y, además, nos llevará a un mercado más justo y competitivo. Pero, a su vez, no se ignoran los contratos de servicio público que en algunos países funcionan de forma eficiente, como es reconocido cumpliendo un grado de satisfacción que reconocen todas las encuestas.

Curiosamente, algunos que se oponen acusan al dossier de excesivamente liberalizador y de no contemplar los servicios públicos, y otros dicen que se queda corto.

Señorías, ni una cosa ni otra. Se trata de un texto equilibrado que permite que sistemas tan distintos como el alemán, el francés o el irlandés puedan coexistir. Aquellos mercados como el alemán, que está liberalizado, podrán seguir estándolo e incluso ir más lejos, y un mercado como el español, que es concesional abierto, que trae causa de la singular orografía, se ve protegido y permite que el Estado no tenga que ocuparse con sus recursos, pues la concesión comprende partes rentables y partes que son estrictamente servicio público inexcusable.

Por tanto, yo creo, señorías, que el ponente ha hecho un estupendo trabajo, y yo lo elogio. Y creo que los ponentes alternativos hemos tratado de contribuir para estar a su altura. Yo espero que mañana, en la votación, se refleje este trabajo de todos.

Петър Курумбашев, *от името на групата S&D*. – С известно учудване посрещнахме това предложение на Комисията, тъй като, от една страна, при транспорта, който е с тежкотоварни камиони, трябваше да бъде спряна либерализацията, а от друга страна, трябваше да има либерализация в областта на автобусите, което, както подчертах и моите колеги преди мен, е наистина най-социалната услуга. Така и не разбрах защо трябва да вървим в две области от транспорта в тотално различни посоки, а именно – спиране на либерализацията на транспорта с тежкотоварни камиони и либерализация в транспорта с автобуси.

Позволете ми обаче наистина да поздравя нашия докладчик, г-н Зиле, който успя да намери баланс, така че да не прилагаме германския модел в Испания, нито пък испанския модел в Германия. И затова наистина да можем да прилагаме този модел, който се прилага и в Испания, например, и в моята страна, където твърде много градове, вече и големи градове, разположени, например, на Черноморието, не могат да си позволят да имат превоз между отделните градове. А може да си представите какво се случва във вътрешността на страната и във все по-намаляващите села и малки градчета в държави като България, и в доста други държави от Централна и Източна Европа.

Абсолютно недостоен е опитът да се обвърже пакет „Мобилност 1“ с пакет „Мобилност 2“, защото ние тук в Парламента сме избрани, за да вършим работа. Това, по което сме постигнали съгласие, да бъде гласувано, а това, по което не сме постигнали съгласие, мнозинството да си зададе въпроса защо това се случва и дали има право да изисква по този начин да бъде приеман Мобилен пакет 1.

Така че позволете ми да поздравя докладчика и моите колеги. Също така да ви призова да не работим за отлагане и в никакъв случай за отхвърляне на този доклад, каквото искане за съжаление има от нашата група, и да работим за това утре да приемем предложенията, които са направени от трите основни големи политически групи.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowna Pani Komisarz! Transport pasażerski realizowany autobusami i autokarami to najbardziej powszechny i najtańszy środek komunikacji zbiorowej. Na wielu obszarach, zwłaszcza wiejskich, to czasem jedyny środek publicznego transportu. Otwarcie tego sektora na konkurencję transgraniczną to ważny i potrzebny krok, który korzystnie wpłynie na jakość, dostęp i ceny takich usług. Oczywiście niezbędne jest zabezpieczenie interesu publicznego przez zapewnienie właściwej kontroli nad transportem publicznym władzom krajowym i lokalnym, które będą mogły reagować w momencie, gdy reguły wolnej konkurencji będą naruszane ze szkodą dla pasażerów. Uważam, że sprawozdanie posła Zile dobrze równoważy potencjalne korzyści i ryzyka płynące z otwarcia rynku przewozów autokarowych i autobusowych. To właściwy krok także w kontekście naszej dyskusji o przyszłości drogowych przewozów towarowych. Potrzebujemy więcej tego rodzaju przepisów, które zamiast budować nowe bariery, otwierają granice dla przepływu usług między państwami członkowskimi. Mam nadzieję, że właśnie w tym duchu zakończą się również nasze prace nad pakietem mobilności.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora presidenta, comisaria, gracias por haber presentado la propuesta. Nosotros estamos de acuerdo en el principio de que la competencia mejora los servicios y precios que reciben los usuarios, pero también nos oponemos a estropear sistemas, que abiertos ya a la competencia y adjudicados de un modo transparente, funcionan y posibilitan un servicio público imposible de ofrecer en otras condiciones. Ese principio se aplica en mi Estado miembro para la concesión de licencias de transporte en autobús. Es una plasmación práctica de la colaboración entre lo público y lo privado. Permite que una parte de los resultados de explotación de las rutas más rentables sostenga el servicio de las rutas que no lo son; posibilita un servicio público de alto valor social.

Por eso vamos a apoyar en este informe el sistema concesional del Estado español. Permite que los autobuses sean el servicio de transporte más accesible, cuando no el único posible, para muchos europeos. Quiero agradecer por ello el esfuerzo del señor Zile por comprender esta realidad y a Luis de Grandes y su equipo el trabajo realizado para explicarla. Les pido que apoyen este sistema y también este informe, porque apoya a los ciudadanos que, lejos del ámbito urbano, son una esperanza para la estrategia contra la despoblación que amenaza buena parte del territorio europeo.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, esta proposta não oferece dúvidas: o objetivo do presente regulamento é promover uma ainda maior liberalização do setor do transporte rodoviário. Se, em nome do mercado único, já tinham aberto as portas a fenómenos de concentração no setor em benefício das grandes multinacionais, agora, a Comissão e este Parlamento, pretendem ir mais longe. Escancaram as portas dos mercados nacionais impondo aos Estados-Membros um conjunto de regras para o funcionamento dos seus próprios serviços de transporte rodoviário de passageiros. Iluminam as restrições ao acesso aos mercados interurbanos para facilitar a entrada das multinacionais nesse mercado e, tal como aconteceu na ferrovia, garantir-lhes o acesso aos terminais, no que acabará por constituir-se como mais um elemento de privatização do setor.

Esta maior liberalização dos mercados nacionais facilitará o assalto das grandes empresas europeias à rede de transportes nos Estados, com previsíveis e verificadas consequências. À parte do consequente fenómeno de concentração do setor é expectável a degradação dos serviços de transportes prestados às populações, a degradação das infraestruturas e terminais e a degradação das condições laborais dos trabalhadores do setor. Retira, ao mesmo tempo, os instrumentos dos Estados-Membros para a defesa das suas estratégias de transporte, nomeadamente comprometendo a salvaguarda e o desenvolvimento do setor público dos transportes, e do aumento da oferta de transportes públicos em prejuízo das populações.

Rejeitamos esta estratégia, razão pela qual apresentámos uma proposta de rejeição, oportunidade para salvaguardar os interesses das populações e valorizar os transportes públicos.

Michael Cramer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Robert Zile und den Schattenberichterstattern zunächst mal ein Dankeschön für die gute Zusammenarbeit, auch wenn wir starke Differenzen hatten.

Für die Kommission war Deutschland immer ein erfolgreiches Beispiel. Nach der Liberalisierung 2013 waren dort zunächst viele Fernbusunternehmen am Markt, heute quasi nur noch ein einziges, ein Monopol. Deshalb ist Deutschland kein Erfolgsmodell.

Darüber hinaus werden die Arbeitsbedingungen vollkommen ausgeklammert. Die Fahrer müssen oft in ihren Bussen übernachten, oder den Bus vor und nach der Fahrt zeitintensiv herrichten, Tickets checken und Informationen geben. All das muss nicht als Fahrzeit angerechnet – sprich entlohnt – werden. So wird der unfaire Wettbewerb mit der umweltfreundlichen Bahn noch unfairer, weil kein Lokführer dazu verpflichtet ist.

Von der Maut bleiben die Fernbusse ebenfalls befreit, während jede Lokomotive EU-weit auf jedem Streckenkilometer eine Maut bezahlen muss. Ein durch Preisdumping billiges Verkehrsmittel darf nicht zusätzlich subventioniert werden.

Unsere Änderungsanträge wurden im Ausschuss leider alle abgelehnt. Zudem bin ich der Meinung, dass eine Revision der Verordnung solange nicht sinnvoll ist, bis das Mobilitätspaket 1 nicht verabschiedet wurde. Die Sozialvorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten haben entscheidende Auswirkungen auf den Fernbusmarkt. Hier muss vorher Klarheit geschaffen werden – im Sinne der Arbeitnehmer. Deshalb lehnt die Fraktion Grüne/EFA den Vorschlag der Kommission insgesamt ab.

Wim van de Camp (PPE). – Mevrouw de voorzitter, ook mijn dank gaat in eerste instantie uit naar de rapporteur, Roberts Zile, maar zeker ook naar de twee Spaanse schaduwrapporteurs, Louis de Grandes Pascual en Inés Ayala Sender. Want wij weten allemaal dat de opening van de internationale busmarkt in Spanje een belangrijk 'hot item' is.

De toegang tot de internationale busmarkt is een onderdeel van de interne markt. En de interne markt, waar wij trots op zijn, willen wij openen, ook voor de internationale concurrentie. Maar die opening moet wel met bepaalde waarborgen gepaard gaan. We mogen niet alleen kiezen voor flexibiliteit, maar moeten ook de zogenaamde openbardienstcontracten en vooral de werknemersrechten respecteren. Het is buitengewoon wrang dat collega Cramer zegt dat wij dit dossier niet kunnen beoordelen voordat we het eerste mobiliteitspakket hebben beoordeeld, want tegelijkertijd blokkeren de Groenen dat eerste mobiliteitspakket. Aan dit soort schijnheiligheid hebben we dus niks.

Ik denk dat Zile en zijn team op dit moment een goed compromis en een adequate conclusie voor de interne en dus internationale busmarkt hebben gevonden.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señora presidenta, quiero agradecerle al señor Zile su trabajo y, sobre todo, la escucha y la flexibilidad que ha tenido con las demandas de tantos sistemas tan diferentes de autobuses, que son tan importantes para países como el mío, como España, donde la orografía y el bloqueo en frontera de los ferrocarriles hacen que sean tan socialmente necesarios.

Y hemos llegado precisamente —yo creo que el señor van de Camp en esto no se ha enterado bien—, a través del trabajo tanto del señor Zile como del señor Kouroumbashev —a quien le rindo homenaje—, a una protección del sistema español de concesiones, pues precisamente se ha conseguido un sistema que llega a todos los lugares, a los sitios incluso más perdidos con menos gente. Que llega con autobuses de calidad cada vez más competitivos en temas de emisiones. Que llega, además, con precios asequibles. Que es capaz, además, de aceptar y de mantener el trabajo de sus conductores.

Que hay que mejorar está claro, pero para eso tenemos el paquete primero de movilidad, que seremos capaces también de mejorar. Y, por lo tanto, es un sistema que se mantiene y que se protege frente a cualquier otra posibilidad. Por eso, estamos agradecidos tanto al señor Zile, y especialmente...

(La presidenta retira la palabra a la oradora).

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora presidenta, señorías, la liberalización del transporte en autobús que propone la Comisión pone en peligro un importante servicio de interés general en muchos Estados miembros. Es un «corta y pega» de las leyes francesa y alemana, que abona el terreno a los monopolios privados tipo Flixbus y la uberización del sector del autobús.

La Comisión debería inspirarse en los modelos que funcionan, como el español, el irlandés o el austriaco; garantizar la condición de servicio público y que los trayectos menos rentables en términos monetarios también sean cubiertos. Es una cuestión de rentabilidad social y vertebración territorial.

Defendemos un sector del bus con concurrencia, gestionado desde la Administración pública, que priorice el interés, las estrategias de interés público —conectividad y cohesión territorial—; la buena frecuencia de los servicios; precios asequibles; buena formación y condiciones laborales para los conductores; máxima seguridad para los usuarios y, en definitiva, defender el servicio público, ampliar su alcance, y no dejar a nadie en la cuneta.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Frau Kommissarin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland ist der inländische Fernbus-Linienverkehr schon seit 2013 liberalisiert. Wozu hat das geführt? Immer mehr Verbraucher haben die Möglichkeit erhalten und nutzen diese auch, über längere Strecken preisgünstig und mit dem sicheren und umweltfreundlichen Bus zu reisen. Die steigende Anzahl der Busreisenden insbesondere aus den ländlichen Räumen spricht für sich. Das muss endlich auch im grenzüberschreitenden Verkehr möglich sein.

Ich bin froh, dass es mit diesem Text gelungen ist, einerseits den Markt europaweit wenigstens etwas fairer zu gestalten und zu öffnen und zugleich andererseits die Subsidiarität der Mitgliedstaaten zu wahren. Da garantiert werden muss, dass der Zugang zu den Terminals diskriminierungsfrei erfolgt, heißt das: Anträge auf Zugang sollten nicht nur dann abgewiesen werden können, wenn keine Kapazität zur Verfügung steht, sondern auch dann, wenn zum Beispiel das Busunternehmen kontinuierlich die Zahlung verweigert oder gegen die Hausordnung verstößt. Ich freue mich, dass diese Punkte in den Text aufgenommen wurden.

Übrigens: Im Fernbus-Linienverkehr ist die Kabotage kein Problem, da die Strecke stets von dem Aufnahmemitgliedstaat genehmigt wird, bevor sie betrieben werden kann. Das heißt, die Fahrpläne mit konkreten Fahrzeiten und den Fahrstrecken werden vorab festgelegt und genehmigt. Bus-Fernfahrten sind damit im Gegensatz zu Lkw-Fahrten wirklich kontrollierbar.

Für den Busverkehr gelten damit andere Kriterien und Rahmenbedingungen als für den Lkw-Verkehr. Fernbus-Liberalisierung und Mobilitätspaket 1 haben eben nichts miteinander zu tun. Vielen Dank an Robert, Louis, und die anderen Schattenberichterstatter.

Lucy Anderson (S&D). – Madam President, this proposed regulation on coach and bus service liberalisation has serious flaws and I believe it is premature to vote on our report on this issue now.

It is welcome that the Committee on Transport and Tourism is limiting its coverage to inter-urban bus services only. But the duties on terminal operators, under Article 5, to accommodate new services are still potentially too onerous and may well be the subject of litigation if they are imposed in this form. In particular, the environmental objectives faced by terminal operators, in relation to tackling congestion and pollution, should have been specifically acknowledged and protected.

Equally, there is significant evidence, from surveys of bus drivers and trade union reports, that, as others have said, the liberalisation already in place in many Member States has impacted negatively on drivers' terms and conditions of work. Therefore, we should not be liberalising further at this stage.

Points similarly made by the European Economic and Social Committee have not been properly accommodated in the report and there is still clearly a risk of profitable routes been exploited to the detriment of good public-service contracts. In Article 8, the definition of public service contracts – while I accept that Mr Zile and his colleagues have tried hard on this – is not in line with the 2007 regulation.

(The speaker agreed to take a blue card question under Rule 162(8))

Wim van de Camp (PPE), *blue-card question*. – Madam President, I will speak in English now. My question to Ms Anderson is the following: what is her view on the future of international bus companies and workers in the next 20 years? Ms Anderson is always blocking every new development and always hiding behind the social rights of the workers. There are no new developments. We have unfair competition from outside the EU. If we don't change, we have no future. What is her answer?

Lucy Anderson (S&D), *blue-card answer*. – It's simply not true to say that I always block things. The Port Services Regulation, which we had a very strong debate about, is something I ended up very much supporting because we came to a good result. The point is that we've rushed this. I'm not saying that we could never do something in this area, but we've gone suddenly from a market that was about international services to talking about a very sensitive area where some Member States are very different from others. I'm absolutely not saying that this is not possible to achieve, but we have definitely rushed this report.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Rozporządzenie w obecnej formie, o którym dzisiaj dyskutujemy, stanowi wyważoną odpowiedź na potrzeby rynku i umożliwia firmom świadczącym usługi przewozowe osób pełniejsze korzystanie z potencjału rynku wewnętrznego. Dalsze otwieranie rynków transportowych może jedynie wzmocnić segment międzynarodowych usług transportowych, na czym skorzystają przede wszystkim pasażerowie. Dzięki temu rozporządzeniu możliwa będzie większa konkurencyjność, a – wiemy to z doświadczenia – gdy jest konkurencyjność, firmy oferują lepszą jakość usług za mniejsze pieniądze, więc absolutnie na tym skorzystają pasażerowie. Nie mogę tutaj jednak nie wspomnieć o pewnym dysonansie. I bardzo się cieszę, że dbamy o liberalizację rynku wewnętrznego w przypadku przewozów osób. Ale co w przypadku przewozu towarów? Tutaj mój kolega z Niemiec, pan Koch, którego bardzo szanuję, powiedział, że nie mamy problemu z kabotażem. Nie dyskryminujemy. Więc ja mam nadzieję, że taka sama odpowiedź będzie w przypadku pakietu mobilności numer jeden, że będziemy liberalizować rynek zawsze wszędzie i dla wszystkich, a nie tylko wtedy, gdy jedno kraje mają pozycję dominującą.

Isabella De Monte (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, il regolamento che prevede nuove norme per i bus di linea è molto importante per dare un quadro normativo a nuove realtà che si stanno sviluppando in tutta Europa. Tuttavia, la proposta iniziale della Commissione lasciava troppa libertà. I rischi sono ancora evidenti se si parla di contratti di pubblico servizio i quali, a mio parere, non sono ancora tutelati appieno, e anche la mancata esclusione delle zone suburbane dallo scopo della normativa mi lascia perplessa.

In linea di principio sono d'accordo sul fatto di rendere il settore più dinamico e competitivo, ma questo non deve avvenire a discapito della tutela di quei servizi essenziali di trasporto che a mio avviso devono continuare ad essere disciplinati a livello nazionale. Occorre affidarsi alla prospettiva di un graduale e controllato processo di liberalizzazione, ma senza pregiudizio dell'attuale redditività dei servizi esistenti.

Andor Deli (PPE). – Elnök Asszony! Üdvözlöm Zile képviselőtársam munkáját, hiszen egy kiegyensúlyozott jelentést tett az asztalra, amivel sikerült egyensúlyt teremteni a buszokhoz kapcsolódó szolgáltatási piac-liberalizáció és a tagállamokban megjelenő közszolgáltatási szerződések védelme között. A szolgáltatások végzésének szabadsága, jól tudjuk, hogy rendkívül fontos uniós alapelv. A piacok megnyitása és a fokozódó versenyhelyzet olcsóbb és minőségesebb szolgáltatásokat eredményezhet.

Ugyanakkor fontos volt megakadályozni a káros jelenségeket is, ezért a jelentés nagyon is helyesen védelmi mechanizmusokat látott elő olyan esetekre és útvonalakra, ahol már működik közszolgáltatási szerződés, illetve a városi vagy elővárosi vonalakról van szó. További eleme a jelentésnek az is, hogy kivédeni a kifizetődő útvonalak közti mazsolázást. Egy ilyen jelenséget nem szabad megengednünk, mivel ez károsan érintheti egyes vidéki települések elérhetőségét.

A buszos szolgáltatásoknak pedig épp az a lényege, hogy, és nagy előnye, hogy lehetővé teszik a könnyű kapcsolattartást a legfélreesebb régiókkal is. Ehhez kapcsolódik az az elvárás is, hogy az új szolgáltatások ne veszélyeztessék a már meglévő közszolgáltatási szerződések gazdasági egyensúlyát, sőt a nemzeti hatóságoknak álljon jogában a szolgáltatói engedélyt minden ilyen esetben bevonni. Ugyanakkor látjuk azt is, hogy a Tanács oldalán a vita még el sem kezdődött, úgyhogy borítékolhatjuk, hogy a végleges rendelet kitárgyalását a következő összetétele fogja csinálni az Európai Parlamentnek.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl ocenit práci pana zpravodaje a zároveň bych se tady chtěl zastat výrazně právě těch rurálních oblastí, oblastí, které už dnes trpí určitým znevýhodněním. Pro ně tato liberalizace může představovat velmi zásadní posun. Jistě sledujeme cestu konkurenceschopnosti, která by měla vést ke zkvalitnění služeb. I v České republice máme celou řadu oblastí, které nejsou zasíťovány železniční sítí, a z tohoto důvodu je pro nás toto nařízení poměrně zásadní. Já ho chci přivítat, samozřejmě ono plní i další cíle. Má uspokojit potřeby občanů, zejména teda těch s těmi nižšími příjmy, přinést nová pracovní místa. To všechno jsou pozitiva. Mně se na té zprávě líbí i to, že se podařilo ochránit právě například ty příměstské linky, to považuji také za hodné ocenění.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, stimați colegi, sigur că am văzut aici păreri diferite. Numai că cei care au spus că nu sunt de acord cu raportul nu au adus argumente credibile. Cum să nu vorbim de liberalizare? Cum să spunem că a privatiza serviciile în domeniul transportului cu autobuzele ar fi ceva rău pentru piața internă?

Încep cu ce ar trebui să spun la sfârșit: susțin raportul și delegația română susține acest raport. Și țara mea are probleme în zonele rurale, unde transportul se face cu autocarul, dar nu numai în zonele rurale – și între România și Ungaria, între România și Spania, chiar între România și Serbia și alte state se face acest transport cu autocarele.

Eu susțin raportul, apreciez echilibrul care este în acest raport și, sigur, nu am avut niciun regulament perfect și nu am putut – de aceea sunt compromisuri – să facem un regulament cum ar vrea doar o parte, dar sugerez și invit colegii ca mâine să voteze acest raport pentru că, doamnă comisar, batem pasul pe loc la pachetul privind mobilitatea, vrem să îl blocăm și pe acesta. Ce să spunem cetățenilor noștri? Ce facem noi aici?

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η απελευθέρωση των μεταφορικών υπηρεσιών με πούλμαν και λεωφορεία χωρίς προϋποθέσεις θα δημιουργήσει πάρα πολλά προβλήματα και πρέπει να λάβουμε υπόψη, όπως αναφέρει και η έκθεση, ότι πρέπει να προστατευθούν οι συμβάσεις παροχής δημόσιων υπηρεσιών, διότι διαφορετικά, οι μεγάλες μονοπωλιακές εταιρείες θα ενδιαφερθούν για τις γραμμές που έχουν κίνηση και θα εγκαταλείψουν τις υπόλοιπες. Στην Ελλάδα έχουμε και πούλμαν και λεωφορεία. Έχουμε τα ΚΤΕΛ, τα οποία παρέχουν πολύ συγκεκριμένες υπηρεσίες και μάλιστα εκτελούν δρομολόγια και σε απομακρυσμένες περιοχές. Θα πρέπει να προστατευθεί η λειτουργία αυτών των επιχειρήσεων, διότι με την άκρατη απελευθέρωση υπάρχει το ενδεχόμενο πτώχευσης των εν λόγω εταιρειών. Το ίδιο ισχύει και για τις εταιρείες που παρέχουν υπηρεσίες μεταφοράς με πούλμαν.

Ένα άλλο θέμα που πρέπει να προσέξουμε είναι το γεγονός ότι ο εκσυγχρονισμός του στόλου των λεωφορείων δεν μπορεί να γίνει εύκολα, διότι αυτές οι επιχειρήσεις δεν διαθέτουν κεφάλαια. Αν υποχρεωθούν αύριο να εκσυγχρονίσουν τα λεωφορεία και τα πούλμαν τους, είναι προφανές ότι θα κλείσουν και έτσι θα ενισχυθούν οι μεγάλες πολυεθνικές επιχειρήσεις. Να δούμε σοβαρά τα θέματα της προστασίας των τοπικών επιχειρήσεων μεταφορών.

Gesine Meissner (ALDE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir jetzt: über Fernbus. In einen Bus passen viele Menschen rein. Wir sprechen immer davon, dass man im Rahmen von Dekarbonisierung von Verkehr sehen muss, dass wir mehr Verkehrsmittel haben, wo kollektiv viele Menschen mitfahren können. Der Bus ist ganz eindeutig so ein Mittel.

Wir haben teilweise eben schon die kommunalen Busse, die öffentlichen Nahverkehr machen; die soll es ja auch auf jeden Fall weiter geben. Wir haben Eisenbahnen, aber wir haben sie überhaupt nicht überall. Das ist auch schon gesagt worden. Ich komme aus Deutschland, da haben wir ein gutes Bahnnetz. Aber lange nicht in allen Ländern ist das der Fall. Darum brauchen wir eine Möglichkeit, kollektiv zu mehreren transportiert zu werden, und da sind die Busse eine gute Möglichkeit, denn es gibt in Europa mehr Straßen als Schiene. Das ist die eine Sache.

Ich denke darum, dass diese Liberalisierung von Fernbussen wirklich gut ist. Sogar in Deutschland hat man – das haben übrigens auch die Grünen im Bundestag begrüßt, als das eingeführt wurde, weil es eben insgesamt mehr Menschen gemeinsam in ein Verkehrsmittel bringen kann. Ich denke darum, dass es eine tolle Arbeit ist, die Robert Zile hier geleistet hat. Ich danke der Kommission für den Vorschlag. Wir sollten im harmonisierten Europa in diese Richtung gehen, so dass wir überall mehr Menschen gemeinsam transportieren können – in diesem Fall im Bus.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Michael Cramer (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Gesine, du hast erwähnt, dass die Grünen der Fernbusliberalisierung zugestimmt haben. Das stimmt, aber unter fairen Bedingungen, und eine Bedingung von uns war eben, dass die Busfahrer, dass die Busse genauso eine Maut bezahlen, wie es die Schienen auch machen müssen. Man kann nicht die umweltfreundliche Schiene teuer machen – künstlich –, und beim Bus muss alles billig sein. Das war der Grund, warum wir zugestimmt haben – aber letztlich dann nicht, weil eben die Maut kein fairer Wettbewerb ist, wenn sie auf der einen Seite gilt und auf der anderen eben nicht.

Was sagst du denn dazu? Bist du für die Maut auch für die Busse?

La Présidente. – Ce n'est pas exactement une question, mais M^{me} Meissner va répondre quand même.

Gesine Meissner (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich kann dazu sagen – ich habe das genau verfolgt –, dass die Grünen damals nichts von der Maut als Bedingung gesagt haben. Sie ist ja auch nicht gekommen. Trotzdem habt ihr den Bussen zugestimmt, weil ihr gemerkt habt, dass das sogar bezogen auf den einzelnen Passagier einen besseren *carbon footprint* geben kann als zum Beispiel sogar die Bahn. Ich habe das sehr interessiert verfolgt und weiß, dass darum die Maut nicht die Bedingung war, sondern es waren ganz andere Kriterien, die dazu geführt haben, dass ihr zugestimmt habt; und die waren ja auch richtig. Dass die Entwicklung beobachtet werden soll, ist eine andere Sache.

(Fin des interventions à la demande)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, allow me, one more time, to thank Mr Zile and all the Members who have contributed to this proposal. I very much welcome the broad support expressed tonight and I took note of certain concerns that were raised, so allow me to respond to the main points.

First, a general comment on public services. Commercial services carrying passengers over distances of 100km or more will concern only a small proportion of public-service contracts throughout the EU because many routes operated as part of public-service contracts are under 100km long, and passenger journeys on them are implicitly shorter. In addition, public services – and not only those with exclusive rights – can remain protected. I hope that clarifies the first point that was raised.

Let me also stress again that this proposal does not affect the social conditions applicable to bus and coach drivers. As rightly mentioned by Mr Zile, those social conditions are regulated in another piece of legislation, which is being revised under Mobility Package I. And, in its proposal on rest and driving time, the Commission does not propose to change the rules which apply specifically to bus drivers.

On the environmental requirements, I would like to clarify that the authorisation procedures proposed by the Commission, which are mentioned in Mr Zile's report, provide a clear possibility for Member States to impose environmental performance requirements and to control them – provided, of course, that those requirements are imposed on all operators on a non-discriminatory basis.

On the fourth point, regarding charging rules applicable to bus transport, Mr Cramer, let me also underline that the Commission has proposed, in Mobility Package I, new rules contributing to a level playing field for different modes of transport. So I'm inviting everyone, please, to support Mobility Package I because it resolves many issues that honourable Members find challenging in the current situation. I hope, Mr Cramer, that your concerns too can be addressed through the mobility package.

Allow me also to make one last comment on the proposed motion of rejection that has been tabled. This would be a big missed opportunity for the sector and for citizens. If the proposal were rejected the sector would not be able to benefit from common rules across the EU. And you know what such rules mean: a bigger market, better salaries, more competition, better service. So, it would not be able to benefit from common rules across the EU, and instead would be faced with different national rules, as is the case today, and that is what is preventing the sector from expanding. And I'll tell you who would lose most: low-income groups and those living in remote areas. We want every single village to be connected.

Honourable Members will know that, in the next Commission programme, we have also proposed 'smart villages', and mobility is an essential part of that new concept because we do not want any part of the EU to be excluded from development. We want all parts to be connected and fully engaged with modern European Union opportunities. That is what is at stake, and I know that it is pre-election time but please bear in mind the benefits that we are bringing, and let's deliver as much as we can during this Parliament's term because European citizens really need this.

Roberts Zīle, Rapporteur. – Madam President, I would like to thank Madam Commissioner for her statement and I think it helps very much. Whatever we think politically about this issue, I still believe that we have a good mood in the Committee on Transport and Tourism, and everybody who spoke here – and most of you are from the Transport Committee – is really keeping a good mood in different dossiers, which is very difficult. I think even if we are very close to elections we will not lose our joint aim, which is to create a really pure single market, go step by step, but make transport efficient and environmentally friendly. I think it has united us in the Transport Committee and will do so in the future as well.

Of course some of the statements show that liberalisation is like some monster coming from other Member States that would like to do bad things to other Member States and destroy everything, but it's really not true and we know that in other modes of transport – like aviation – it's not the case. Why are we speaking today about this new legislation on bus and coach market opening? What is actually the main aim? The main aim is better quality passenger transport for people and the secondary aim is to create social conditions for drivers, which is already regulated and will, in the future, be regulated by Mobility Package I. This is secondary and business is also secondary. Who owns the bus and coach transport market? First and foremost are passengers and their needs in the future.

So let's not lose the main aim tomorrow and – I fully agree with the Commissioner – if we reject the Commission proposal, as proposed in the first part of the amendment tabled for tomorrow, we will lose an opportunity, and for the Council it would be very easy to say 'Look, we don't need to do anything. Let's leave things in our countries as they have been for years.' So thank you colleagues and let's keep the more substantial issues for tomorrow and forget the less substantial. Let's not do everything only for the elections, which are very close.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 14 février 2019.

Déclarations écrites (article 162)

Claudia Țapardel (S&D), în scris. – Acest dosar legislativ important al pachetului „mobilitate curată” vizează măsuri importante de liberalizare a transportului rutier de persoane în UE. De asemenea, este menit să stimuleze dezvoltarea de legături cu autobuzul pe distanțe lungi în Europa, dar și să ofere alternative la utilizarea autoturismelor personale prin opțiuni de mobilitate suplimentare, de o mai bună calitate și mai ieftine, în special pentru persoanele cu venituri reduse.

În calitate de membră a Parlamentului European în Comisia pentru transport și turism, încă de la începutul mandatului am susținut crearea unei piețe unice veritabile de transport rutier de persoane în Uniunea Europeană pentru un spațiu european unic al transporturilor. Cu siguranță, acest lucru ar aduce un beneficiu companiilor de transport rutier de persoane și consider că liberalizarea transporturilor rutiere de persoane oferă un echilibru natural al pieței europene de transport, asigurând totodată armonizarea economică și socială în cadrul UE. De asemenea, susțin reintroducerea noțiunii de „excursie locală” ca fiind parte a unui serviciu internațional, pentru a nu fi confundată cu operațiunile de cabotaj și supusă regimului detașării.

Salut inițiativa legislativă de liberalizare a transportului rutier de persoane prin acest dosar întrucât oferă transportatorilor rutieri din UE noi oportunități de afaceri și de diversificare a serviciilor de transport rutier de persoane la nivel european.

VORSITZ: EVELYNE GEBHARDT

Vizepräsidentin

26. NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (2018/2882(RSP)).

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, an EU policy on inland navigation is crucial, since inland waterways are the most CO₂ efficient mode of transport, with an important and untapped potential.

I would like to thank Parliament for its effort to tackle this untapped potential by tabling this resolution on NAIADES II, calling for a follow-up programme for post-2020 and the related financial support to implement the programme. This resolution will support the conclusion of the mid-term progress report of the current NAIADES II programme and the Digital Inland Waterway Area (DINA) report, mapping digital initiatives. These reports emphasise the need to continue working to put inland waterways transport in the place it deserves in terms of a reduction of the overall environmental impact of transport. For the inland waterways transport sector, it is crucial to be part of the fundamental transformation that the big game changers – which are of course digitalisation, decarbonisation, investments, innovation, and people – are bringing to transport and logistics.

The EU's position in relation to inland waterways transport is that of strong support. A key objective of EU transport policy is multimodality, and – as you may recall – I spent a lot of time and energy in 2018 in promoting multimodality. We even called 2018 the 'Year of Multimodality'.

The Commission considers it important to increase the integration of inland waterways transport into the overall transport system. That is why we proposed the revision of the Combined Transport Directive, which would allow further support for the combined transport operations, making use of inland waterways on the non-road leg. In my final year as Transport Commissioner, the smooth implementation of the directive on technical standards and on professional qualification for inland waterways is a priority. We will also continue to look at how best we can bring digitalisation to the sector and link it better into the whole logistic network, especially considering its fragmented character and primarily family-run businesses. Apart from that, we will continue our efforts related to the completion of the Trans-European Transport Networks (TEN-T). A more committed effort aimed at improving European waterways and their connectivity is needed at a governance level.

Your call to reinforce financial support for inland waterways through the Connecting Europe Facility (CEF) and Horizon Europe was indeed proposed by the Commission for the next financial period. It is now under discussion between Member States and Parliament, and I hope that the outcome of these discussions will be beneficial for the sector.

This is why I am pleased that the follow-up programme you propose in your resolution will reinforce the Commission's activities in this field. The European group of NAIADES, set up by the Commission and to which Member States and the Members of the European Parliament are invited, will already start to reflect and analyse the content of Parliament's resolution and its proposed follow-up programme from next month. I do, however, have to stress that the adoption and implementation of this programme will, of course, be subject to the orientation of the next Commission.

Thank you very much again for your resolution and your support for inland waterways.

Wim van de Camp, *namens de PPE-Fractie*. – Mevrouw de voorzitter, waar zijn mijn collega's? Als wij hier over meneer Poetin, over verre landen of over seksuele onderwerpen praten, dan zit de zaal vol. Nu we spreken over de binnenvaart, een van de schoonste, toekomstgerichte transportvormen, ligt de opkomst beduidend lager. Bovendien krijgt de Commissie vervoer altijd spreektijd na 22 uur op woensdagavond. Misschien kunt u in uw overwegingen meenemen dat wij ook wel eens een keer op dinsdag- of woensdagochtend willen spreken.

Maar nu serieus. We hebben in 2011 de zogenaamde “modal shift” afgesproken: minder weg- en luchtvervoer, en meer vervoer over spoor- en waterwegen. De binnenvaart is de meest onderschatte vorm van vervoer op dit moment in de Europese Unie. Ik ben buitengewoon tevreden met het actieprogramma van de Europese Commissie, en in het bijzonder mevrouw Bulc, om in de brede zin opnieuw aandacht te besteden aan de binnenvaart.

Het is zogenaamd een saai, technisch onderwerp. Maar als het gaat over digitalisering, zelfvarende schepen en duurzaamheid, dan is de binnenvaart de meest toekomstgerichte vorm van transport. We hebben grote infrastructuur-investeringen nodig. Veel sluizen zijn te klein en te oud. De grote TEN-T— projecten, bijvoorbeeld de verbinding Seine-Schelde, duren te lang. En het is echt een uitdaging, ook voor het komende Parlement, om de binnenvaart meer in de politieke belangstelling te brengen.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, yo, que vengo de una ciudad en España que dice que tiene el río más caudaloso, el Ebro, la verdad es que todavía recuerdo la impresión que me produjo desembocar en la carretera desde Bruselas hasta Colonia, ante el Rin, y ver de verdad en qué consisten las autopistas fluviales. Todavía se me pone la carne de gallina. Entendí que aquello era verdaderamente algo extraordinario que había que preservar y que apoyar.

Y, de hecho, después de la ampliación, fuimos en delegación desde Viena hasta el final, hasta el mar Negro, siguiendo el Danubio, y nos dimos cuenta también de las necesidades que tiene ese gran río, esa gran autopista fluvial también europea, y de la necesidad que tiene precisamente de esa relación de capacidad transfronteriza, de diálogo y de mejora.

Y, dentro de lo que cabe, en España, a pesar de todo, tenemos una aplicación del programa Naiades en el puerto fluvial de Sevilla, que lo queremos mucho y nos parece muy importante. De ahí que nuestro apoyo sea fundamental en este programa Naiades. Lo hemos cuidado —creo yo— en el Mecanismo «Conectar Europa», y todo lo que sea su mejora, su acercamiento a la parte medioambiental, pero dejando que los ríos que son gestionados sigan siendo gestionados, es fundamental.

Por lo tanto, señora comisaria, tiene nuestro apoyo para seguir reforzando este programa Naiades.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowna Pani Komisarz! Przyszłość żeglugi śródlądowej w Unii Europejskiej zależy przede wszystkim od wysokości środków, jakie zostaną w najbliższych latach przeznaczone na inwestycje. Potrzebujemy nowoczesnej infrastruktury, która będzie łączyła potencjał żeglugi śródlądowej oraz innych środków transportu. Przyszłość to multimodalność, zwłaszcza porty i terminale przeładunkowe, gdzie towary transportowane drogami wodnymi będą mogły być odbierane i transportowane dalej i w inny sposób. Chciałbym, aby jeden z takich multimodalnych terminali powstał w Bydgoszczy, która znajduje się na skrzyżowaniu międzynarodowych dróg wodnych E40 i E70, a także w najbliższym sąsiedztwie korytarzy Bałtyk–Adriatyk i Morze Północne–Bałtyk. Tego rodzaju inwestycja będzie jednak – oprócz współpracy władz krajowych i sektora prywatnego – wymagała właściwego wsparcia ze strony Unii Europejskiej. Właśnie po to, by realizować takie nowoczesne i ambitne projekty, Komisja powinna zapewnić odpowiednie finansowanie dla kontynuacji projektu NAIADES. Transport śródlądowy zasługuje na więcej uwagi z naszej strony. Kolejna perspektywa budżetowa jest doskonałą okazją, aby znalazło się także na ten cel więcej pieniędzy dla państw członkowskich. To już dzisiaj trzecia debata transportowa, Pani Komisarz, i we wszystkich trzech zgadzam się z Panią, ale do pakietu mobilności Pani Komisarz mnie nie przekona.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Vielen Dank an unsere Berichterstatter. Es ist tatsächlich so. Natürlich sind alle, die heute reden, davon überzeugt, dass Binnenschifffahrt eine wichtige Sache ist. Ich kann da voll mit Wim van de Camp gehen: Es ist eine besonders schöne Transportmöglichkeit. Nur kommt er aus den Niederlanden, und ich komme aus Deutschland. Da gibt es viele Flüsse und Kanäle. Das gibt es nicht überall in Europa. Aber da, wo es das gibt – Inés, du sprachst vom Ebro zum Beispiel –, da kann man den Fluss eben auch nutzen, und das ist notwendig.

Die meisten Leute vergessen das. Man redet immer davon: Wir wollen von der Straße auf die Schiene gehen. Gar nichts wird gesagt von der Straße oder von der Schiene auf die Binnenschifffahrt. Und wir können gar nicht so schnell neue Schienen bauen, wie wir eben Flüsse mehr nutzen können. Und das ist das, was wir brauchen.

NAIADES zeigt uns, wie wir die Flussschifffahrt digitalisieren können, moderner machen, umweltfreundlicher machen, noch umweltfreundlicher mit Flüssiggas zum Beispiel, wie wir gute Qualifizierung für diesen Bereich haben können – da haben wir gerade vor kurzem eben für die Qualifizierung eine Harmonisierung geschafft. Das heißt, dieser Bereich hat eine Riesenzukunft. Wir können auch mit viel weniger Geld eine Brücke zum Beispiel anheben, damit dann doppelt Container transportiert werden können, als wir gleichzeitig Schienen bauen können.

Wir brauchen beide Verkehrswege, oder alle drei, aber wir brauchen im Vergleich zur Straße auf jeden Fall nicht nur die Schiene, sondern auch mehr Binnenwasserstraßen. Und sich darauf zu fokussieren und dafür Geld bereitzustellen, darum geht es bei NAIADES, und das ist sehr wichtig und sehr gut.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Ich glaube auch, alle, die um die Zeit noch hier sind, die müssen ein Herz für die Binnenschifffahrt haben. Auch ich begrüße das Aktionsprogramm zur Inlandsnavigation und den Wasserstraßen. Ich begrüße, dass wir von der CEF 1,7 Milliarden Euro in die Infrastruktur für Wasserwege investiert haben. Und auch die 4 Millionen, die wir jetzt für die sichere Navigation anlegen, sind sicher gut angelegtes Geld. Das alles ist ökologisch sehr sinnvoll und auch von einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz.

Aber, liebe Kollegen, das ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Wahrheit ist, dass die meisten Kanäle in Europa eben nicht für das Europaschiff geeignet sind, dass wir hier nicht die Spur einer Durchgängigkeit haben. Die Wahrheit ist, dass wir für Schleusen und Brückenerweiterungen nicht 1,7 Milliarden Euro brauchen, sondern eigentlich 100 Milliarden Euro. Das sind die Dimensionen, wie das auseinanderliegt. Lassen Sie uns deshalb mindestens für eine starke anlegen CEF in der nächsten Finanzperiode kämpfen. Ich glaube auch, die Zweckbindung von Kohäsionsgeldern für die CEF gehört einfach dazu.

Leider hat das Parlament heute anders abgestimmt. Ich bin aber sicher, dass diese Kurzsichtigkeit bei Kommission und Rat nicht durchkommt. Es gehören einfach mehr Güter auf die Wasserstraße. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, i moje srdce bije již několik let za vodní dopravu, vidím to i u některých kontroverzních staveb. Já bych chtěl zdůraznit, že vnitrozemské vodní cesty propojují důležité přístavy, města a také zemědělské oblasti a výrazně tak přispívají k cílům Evropské unie týkajícím se snižování právě emisí uhlíku, udržitelného růstu a územní soudržnosti. Vnitrozemská vodní doprava má také zásadní význam pro další snížení negativních dopadů dopravy díky účinnějšímu využívání půdy, energie a také snížení samozřejmě hluku a počtu nehod. Modernizace vnitrozemského vodního loďstva a jeho přizpůsobení technickému pokroku by mu zajistily konkurenční výhodu v rámci právě multimodální dopravy, to už zde zdůraznila paní komisařka a já se k tomu rovněž připojuji.

Ovšem na toto odvětví byly dosud vyčleněny velmi omezené finanční prostředky a toto odvětví, které tvoří především právě malé podniky, má stále obtížný přístup k financování. Já souhlasím s panem zpravodajem, že možnosti vodní dopravy jsou skutečně podceňovány a jsou rozhodně vyšší, ale vyžadují vyšší investice. Z tohoto důvodu bych se chtěl zeptat Komise, zda by akční program NAIADES II, a případně samozřejmě NAIADES III, neměl obdržet vyšší přiměřené finanční prostředky právě pro dosažení jeho cílů, aby byl tedy dobře podpořen strukturovanou politickou strategií s dosažitelnými krátkodobými a střednědobými cíli a konkrétním plánem, který stanoví mimo jiné zdroje pro jeho provádění. To vodní doprava určitě potřebuje.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já velmi vítám tento program, také bych horoval za větší finanční prostředky a dovolte mi jednu osobní poznámku. Jako zastupitel hlavního města Prahy, hlavního města České republiky, krásného, historického města, kterým protéká řeka Vltava, vím, jak je strašně podceňovaná vnitrozemská vodní doprava. Jak staré lodě často jsou na evropských řekách a jak velký problém to v konkrétních městech je. My to třeba permanentně řešíme, a pokud NAIADES II vznikne a pokud bude mít i pokračovatele, určitě toho rádi využijeme.

Tento konkrétní příklad z České republiky je důkazem toho, že je zde obrovský potenciál, který absolutně v Evropě nejsme schopni využít. Takže čím více, tím určitě lépe a já doufám, že tento program bude mít následovníky a že se nám podaří uvolnit více peněz, než je v tomto konkrétním návrhu. Ty peníze jsou opravdu nedostatečné, ale velmi tuto iniciativu vítám.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι Ναϊάδες, σύμφωνα με την ελληνική μυθολογία, ήταν νύμφες των γλυκών νερών και των πηγών. Μάλιστα, ο Όμηρος αναφέρει ότι ήταν κόρες του Δία. Θέλω να ρωτήσω, λοιπόν, την κυρία Επίτροπο, επειδή οι NAIADES II συνδέονται με το πρόγραμμα «Συνδέοντας την Ευρώπη» και επειδή πολλά κονδύλια περικόπηκαν από το Ταμείο Συνοχής προκειμένου να πάνε στο «Συνδέοντας την Ευρώπη», εάν τα ποσά αυτά θα χρησιμοποιηθούν και για την υλοποίηση του γνωστού πρότζεκτ που ονομάζεται «Το Σουέζ των Βαλκανίων», η ενοποίηση δηλαδή του Αξιού ποταμού, του Μοράβα, του Δούναβη και του Ρήνου, ενός πρότζεκτ 17 δισ. ευρώ, το οποίο επιδιώκουν οι Ηνωμένες Πολιτείες προκειμένου να μεταφέρουν φτηνό LNG από την είσοδο της Μεσογείου, από τη Θεσσαλονίκη, μέχρι τη Δυτική Ευρώπη. Το ερώτημα, λοιπόν, είναι αν θα χρηματοδοτηθεί από το NAIADES II αυτό το πρότζεκτ, για να αποκαλυφθεί, έτσι, ότι πίσω από την κατάπτυστη συμφωνία των Πρεσπών υπάρχουν και στενά οικονομικά συμφέροντα μέσα από το NAIADES II. Θέλουμε μία απάντηση στα ερωτήματα αυτά, κυρία Bulc. Να μας πείτε αν θα χρηματοδοτηθεί αυτό το πρότζεκτ από το NAIADES II. Ποιες είναι οι προϋποθέσεις; Έτσι εξηγείται ότι στην κατάπτυστη συμφωνία των Πρεσπών υπάρχει ειδική ρύθμιση για την υδρονομία, άρα

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Paul Rübig (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass wir auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung berücksichtigen sollten. Hier geht es vor allem um das Ziel Nummer 6, nämlich sauberes Wasser, und Nummer 7, erneuerbare Energie. Ich glaube, es wäre wichtig, gerade bei der Binnenschifffahrt die Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt zu stellen und zu schauen, dass wir Wasser höchster Güte haben – möglichst Trinkwasserqualität – und eine Mobilität, die nachhaltig auf unseren Binnengewässern unterwegs ist.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, thank you for this debate. I was listening carefully and I heard only positive encouragement. I can assure you that the Commission will, in its work, take actions in the future to promote and further integrate inland navigation into the overall European transport policy.

As for the questions by honourable Member Mr Marias, I would invite you to submit to me in writing your question because I really did not understand exactly what you were directly asking me, but I would like to reply.

I'm very much looking forward to the adoption of your resolution tomorrow and I think everybody here is convinced, and hopefully many more, that inland waterways are the future for the EU as well.

Die Präsidentin. – Gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurde ein Entschließungsantrag eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 14. Februar 2019, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – We vragen vandaag aan de Europese Commissie om dringend werk te maken van een nieuw en ambitieus actieprogramma voor de binnenvaart, ter opvolging en verbetering van het Naiades II-actieprogramma voor de periode 2014-2020. We moeten de komende jaren verder en sterker inzetten op de mogelijkheden en troeven van de binnenvaart.

Om de doelstellingen van de Overeenkomst van Parijs te halen moet onze transportsector sterk decarboniseren. De binnenvaart kan hier een belangrijke rol spelen door de shift van vervoer over de weg naar vervoer over het water. Daarom moeten we de binnenvaart, in het kader van o.a. CEF II, extra ondersteunen, o.a. door het wegwerken van knelpunten. Dankzij de Richtlijn over de technische voorschriften voor binnenvaartschepen, een dossier waarvoor ik rapporteur was, is er één uniforme technische standaard voor binnenvaartschepen in de EU (en niet meer zoals daarvoor een standaard voor de EU maar met een aparte standaard voor de Rijn). Met een eengemaakte standaard vergemakkelijken we uiteraard het grensoverschrijdend vervoer over het water.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Potencjał żeglugi śródlądowej w znacznym stopniu pozostaje niewykorzystywany, mimo iż jest to środek transportu wpisujący się w strategię UE odnośnie alternatywnych środków transportu. Żegluga śródlądowa to niezbędny element multimodalnego systemu transportowego, zapewniający efektywną obsługę portów morskich wraz z ich zapleczem lądowym, odgrywający coraz większą rolę w obsłudze ośrodków miejskich i centrów przemysłowych. Budowa systemu portów turystycznych, przystani, pomostów cumowniczych wraz z jednolitym systemem informacji i identyfikacji MDW E70 na terenie Warmii i Mazur pozwoli na wzmocnienie potencjału gospodarczego-społecznego aż jedenastu miast części mojego regionu. Chodzi o modernizację floty statków, rozwój systemów cyfrowych, wzrost kwalifikacji pracowników sektora żeglugi śródlądowej oraz wzrost konkurencyjności rynku transportu wodnego śródlądowego poprzez inwestycje w nową oraz istniejącą infrastrukturę w celu dalszego rozwoju trans-europejskiej sieci. Powyższe działania wymagają zabezpieczenia odpowiedniego finansowania projektów, a także aktualizacji sieci TEN-T. Warmia i Mazury to region o ogromnym potencjale, który mógłby zostać w pełni uwolniony przez odnowę i rozbudowę szlaków wodnych, co zapewni nie tylko lepszą komunikację, ale również podniesie walory turystyczne części mojego regionu. Natomiast przekop Mierzei Wiślanej to jedna ze strategicznych inwestycji, której realizacja pozwoli na uniezależnienie się portu w Elblągu, a także połączy Zatokę Gdańską z Zalewem Wiślanym. Przedsięwzięcie pozwoli również na zwiększenie bezpieczeństwa w tej części kraju.

27. Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit der zunehmenden technologischen Präsenz Chinas in der EU und mögliche Maßnahmen zu ihrer Verringerung auf EU-Ebene (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit der zunehmenden technologischen Präsenz Chinas in der EU und möglichen Maßnahmen zu ihrer Verringerung auf EU-Ebene (2019/2575(RSP)).

George Ciamba, President-in-Office of the Council. – Madam President, thank you for this opportunity to exchange views on the topical issue of security and technology and the relevant international developments. As you are aware, the European Council also attaches great importance to security and technology. Last year, both in June and October, it addressed questions of internal security, especially regarding cybersecurity.

The Romanian Council Presidency has also made cybersecurity part of a broader package that deals with hybrid threats to the European elections, and one of the main issues that we have to address, as mentioned, is to gather information on this.

Cybersecurity is indeed one of the main challenges we are facing as attacks are capable of causing serious economic damage and of violating privacy and fundamental rights. Recent cybersecurity events in some Member States are not a new trend but just the latest example of the most negative downside of the internet.

However, no economic growth can be achieved without a stable and secure environment. During the last year cybersecurity has become a matter of highest political priority and a constant topic on the agenda. The ambitious cybersecurity package presented by the Commission in September 2017 was followed the by a set of Council conclusions and an action plan for their implementation. These emphasised the need to enhance the EU's capacity to prevent, deter and respond to cyber-attacks.

The Cyber Security Act – an important part of the package – will be formally adopted in the coming weeks. This will create a strong and permanent mandate for the European Union Cybersecurity Agency (ENISA) and will enhance cybersecurity certification.

The Council is also making progress in the discussions on the proposal for a regulation establishing the European Cybersecurity Industrial Technology and Research Centre and network of coordination centres. It is the Presidency's intention to reach a general approach on this important file in the coming weeks.

Furthermore, the EU has stepped up its response by adopting a cyber-diplomacy toolbox. This framework offers the full use of measures within the Common Foreign and Security Policy, including, if needed, restrictive measures.

As regards China, the EU is committed to opening trading relations with this country. We should not forget that China is the EU's second biggest trading partner, after the US. However, access to the Chinese markets for EU companies remains highly restricted and China ranks among the least open economies to foreign direct investment (FDI) inflow, in particular in certain key sectors.

In contrast, the European market is fully open to Chinese investment, despite the lack of reciprocity. China is not only becoming a more prominent international investor but is increasingly focusing on high-tech sectors as targets for its acquisitions. The EU is also addressing forced technology transfers in China. In particular, in June 2018, the EU filed a dispute settlement case in the World Trade Organization, supplemented in December 2018, against Chinese practices that force European companies to give up sensitive technology and know-how as a precondition for investing in China.

We are strengthening our tools for responding to the possible risks that certain investments could pose to our security or essential interests of the Union. In this regard, this House will be voting this week on a very important piece of legislation – the Investment Screening Regulation. The regulation will establish a framework for screening by the Member States and for a mechanism for cooperation in the exchange of information about investments from third countries.

The regulation is country-neutral and is not directed at China. It will be applied towards foreign direct investment from all third countries, without differentiating, and is fully in line with the EU's and Member States' international commitments. The framework is strictly focused on security and public order, which the EU interprets in a narrow sense. As such, it is not intended to discourage foreign investments but, on the contrary, to enable such investments in sensitive areas by addressing and mitigating risks relating to security and public order.

We welcome the excellent cooperation of the European Parliament in this file, which will lead to its adoption in the coming months. I look forward to listening to this debate and I want once more to repeat that the Romanian Council Presidency is fully committed towards fighting for cybersecurity and fighting against interference from abroad and, at the same time, for doing more investments but having in mind as well how we protect our fundamental rights and freedoms in Europe.

Julian King, *Member of the Commission*. – Madam President, securing our critical digital infrastructure is not a question we can leave for some future date. It's not a question to be left to the next Parliament. It's not even a question for next week. Cyber and cyber-enabled threats already pose a significant challenge to our European Union. This is not going to change any time soon, and with the emergence of new technologies – which will change our entire connected lives – we need to be thinking right now about our digital security requirements.

It's no surprise that the resilience of critical digital infrastructures, including in relation to the imminent rollout of 5G technology, has aroused healthy debate in Member States around the role of third-country technology providers, not least in the light of the 2017 Chinese National Intelligence Law. To those who have questioned why we are discussing this, and to those who have tried to warn us off, I want to say this: it's absolutely right that we should be discussing this. It's entirely legitimate, and indeed necessary. 5G infrastructure will be the backbone of our digital economy, providing mission-critical services, not only for consumer services, but for a myriad of other sectors – transport, energy, health, defence and the security sector – and it will not be easy to replace once it is installed. Securing this critical digital infrastructure is necessary to protect our government, our industry, our democratic institutions, our personal information, and indeed, our core values, such as the protection of fundamental rights and data protection. Driving this urgent work forward and building stronger coordination among Member States will be essential to our joint efforts to increase our collective digital resilience.

There are, as has already been mentioned, a number of instruments in place which can be used to boost that resilience. For a start, while 5G standards are global, theoretically allowing suppliers from anywhere in the world to do business here in Europe, anyone who wants to access the EU market needs to comply with our rules. Member States have the right to take measures against companies, for reasons of national security.

The regulation on screening of foreign direct investments (FDI) into the EU, as has just been underlined, will allow the Commission and Member States to cooperate in their assessment of potential security risks, including cyber-related threats posed by foreign investments. The regulation will establish a mechanism enabling Member States and the Commission to assist each other where a foreign investment in critical technology infrastructure, as in other sectors, could affect the security or public order interests of other Member States or of the Union itself. The Commission will also be able to issue opinions – in particular when Union projects and programmes are potentially at risk. In this way, the regulation will help ensure Member States have the information they need when making key decisions on their critical digital infrastructures.

As my colleague Commissioner Malmström said to this Chamber a little earlier today, by concluding the work on the FDI screening regulation, the Union is sending a strong message to its partners. We are open to foreign investment, but a condition of being open is to be able to trust that foreign investors will not threaten our security and our strategic interests.

As well as who is supplying our infrastructure, we also need to consider how cyber-secure it will be once it's in place, once we're using it. Again, there are measures in place to boost cybersecurity at EU level. For example, most Member States have already transposed into national law the Security of Network and Information Systems (NIS) Directive. That was the first EU-wide legislation in this area, and for any Member States who have not yet transposed this, I think they would be well advised to do so. The Directive seeks to develop national cybersecurity capabilities, increase EU-level cooperation and ensure that operators of essential services, including certain digital service providers, adopt appropriate risk management measures and report significant incidents to their national authorities.

Again, as has been underlined, the Cybersecurity Act that we reached agreement on last December will soon be adopted and published. It reinforces the mandate of the European Union Agency for Network and Information Security (ENISA), creating a genuine European cybersecurity agency, better to support Member States in tackling cyber threats and attacks. The Act also establishes an EU framework for cybersecurity certification, boosting the cybersecurity of online services and consumer devices. I think that we can expect 5G infrastructure to be an important element of the Agency's work.

Finally, negotiations are underway on the proposal for a European cybersecurity research and competence centre and network, which will stimulate the development and deployment of cybersecurity technology and complement the capacity-building efforts in this area at EU— and national levels. These various measures create the right kind of incentives to enhance cybersecurity products and services in the EU, both for business and consumers, and along supply chains. But we need to work together – the institutions, our agencies and the Member States – to make use of the various provisions and powers. Together, we need to demonstrate the necessary political will to better assure our digital security, and it's vital that we remain vigilant to all the cyber and cyber-enabled threats, including those to our digital infrastructure, given that they will continue to evolve and they will continue to be cross-border.

For our part, the Commission is committed to continue working with Member States and the other European institutions on these issues. Thank you for organising this debate this evening. I think it's very important.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Paní předsedající, já chci říci, že toto téma je pro moji frakci mimořádně důležité. Musím konstatovat, pane komisaři, že jsem se zájmem vyslechl Vaše vystoupení, které bylo zajímavé, ale podle mého názoru velmi obecné. Ten bod, který zde řešíme, se týká přímo firem, které jsou spojeny s Čínou, s konkrétní zemí. A ten bod zde neřešíme náhodou, řešíme ho proto, protože v posledních několika měsících jsou zde zkrátka v některých členských státech EU problémy spojené s bezpečnostními riziky konkrétních čínských firem.

Já jsem z České republiky, kde se tento problém týká dvou čínských firem, a chci konstatovat, nevím, jestli tu informaci máte, že dne 17. prosince 2018 vydal Český národní úřad pro kybernetickou a informační bezpečnost jasné varování před dvěma čínskými firmami, a to Huawei a ZTE. Česká republika není jediná země EU, která teď aktuálně tyto problémy na svém území řeší. Je to aktuální problém, potýká se s tím určitým způsobem naše vláda, podle mého názoru dosti alibisticky. Nehledě na to, co konstatuje český prezident, který více méně velmi zlehčuje varování tohoto odborného úřadu.

Já jsem proto přesvědčený, že by evropské orgány, Evropská komise, měly na tyto problémy aktuálně reagovat. A to případně v rámci své legislativy nebo alespoň tím, že tedy se povede debata mezi členskými státy, že zde bude pokus koordinovat nějaký společný postup v zájmu ochrany evropské bezpečnosti. Já bych byl velmi rád, kdyby taková iniciativa Komise zde byla, kdybychom byli schopni udělat nějakou společnou, silnou reakci, jako to udělaly USA v srpnu minulého roku nebo jak to udělal např. Nový Zéland nebo Austrálie. Je to podle mne nutné, protože špionáž a zneužívání dat nezná národních hranic, a bude třeba učinit jednu evropskou reakci.

Петър Курумбашев, от итето на групата S&D. – Нека да подчертая, че и аз ще се радвам да има обща позиция на Европейския съюз, а не да има отделни позиции на различните държави членки, защото само така позицията на Съюза ще може да бъде уважавана повече.

Също така искам да подчертая, че когато има обвинения, е хубаво да има и доказателства. Между другото, има обвинения към китайски компании, че може би изнасят данни за своето правителство. Аз ще се радвам да чуя същото и за американски компании и да разберем дали американски компании имат възможност да изнасят данни към своето правителство. Изобщо, ние трябва да сме сигурни на територията на Европейския съюз, че никой не си позволява да нарушава европейското законодателство. Ето, например, GDPR е един отличен пример, едно пионерство в законодателството, което доста, дори и американски компании, казаха, че ще прилагат в целия свят.

Току-що приехме Закона за киберсигурност. Там, например, е създадена възможността за сертификационни схеми. Ето една отлична работа за ENISA. Нека да създаде сертификационна схема за 5G оборудване, която да бъде прилагана на територията на Европейския съюз, а мисля, че такава сертификационна схема може да бъде предложена и в целия свят. Нека ENISA да използва своя удвоен бюджет, който току-що беше потвърден от Европейския парламент, именно за да могат да се чувстват европейските граждани по-сигурни в тази нова 5G технология.

Pavel Telička, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, I will exceptionally speak in my mother language, so please do use your headphones.

Paní předsedající, v první řadě bych chtěl ocenit to, co řekl pan komisař King. Já jsem se v uplynulých měsících se svými spolupřevodaji zabýval celkem podrobně legislativou o kybernetické bezpečnosti, kterou Evropská komise navrhla. Já si myslím, že je to podstatný posun, a je škoda, že tato problematika nevyvolávala větší zájem napříč politickým spektrem v tomto Parlamentu, ale především v členských státech.

To, na co jsme naráželi, je, že v členských zemích se zatím nezměnilo myšlení, to čemu říkáme *mindset*. Já si pamatuji na jednání v rámci trialogu, jak složité bylo přesvědčit členské státy, byť k dílčím posunům. Tzn. tu legislativní infrastrukturu, kterou teď vytváříme, já si myslím, že to je klíčový krok. A co potřebujeme? Musíme to umět naplnit. Musíme mít tu vůli, abychom to rychle transponovali, abychom vybudovali institucionální infrastrukturu. Já jsem rád, že v České republice ji máme, možná ještě není na úrovni Německa, Británie, Francie, ale je velmi kvalitní. Ale to, co skutečně pokulhává, je uvědomění si na politické úrovni v členských zemích, ale zároveň schopnost domyslet ta rizika, která tady stojí. To není otázka jenom špionáže, to je otázka možná do budoucna podstatně závažnější. Takže já si myslím, že toto je krok, který musíme učinit, a je škoda, jak už tady zaznělo, že česká politická reprezentace nejenomže toto torpéduje, ale prakticky je na druhé straně stolu.

Poslední poznámka, já oceňuji to, co řekl pan ministr. My v tuto chvíli také musíme umět chránit náš trh, ale zároveň pronikat na zahraniční trhy, tzn. tady v tomto směru je absolutní nevyváženost a reciprocita musí být naším primárním principem.

Helmut Scholz, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar, Herr Ratsvertreter! Wer geglaubt hat, dass in China nur noch Plastikspielzeug hergestellt wird, für den wird es nun, glaube ich, Zeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen.

China ist eine Raumfahrtation. Das Land hat Technologie- und Mobilitätskonzerne von Weltklasse hervorgebracht. Die Sorgfalt bei der Verarbeitung und Montage testen Sie wahrscheinlich selbst täglich mit Ihrem Telefon oder Ihrem Computer. Bei den Zukunftstechnologien Künstliche Intelligenz und Elektromobilität sind chinesische Hersteller ihren europäischen Konkurrenten inzwischen voraus. Diese Kluft trifft auch zwischen dem Silicon Valley und meinerseits dem Huawei-Konzern zu, wenn wir über die 5G-Technologie sprechen. Ich glaube, darüber müssen wir uns einfach noch einmal verständigen.

Wir brauchen nämlich keiner Ausgrenzung oder hilflose Versuche einer Eindämmung. Wir brauchen Kooperation, um mit den Themen – auch der digitalen Sicherheit – umzugehen. In der EU arbeiten heute bereits mehr als 180 000 Menschen für diesen größten chinesischen Technologiekonzern – übrigens ein Privatunternehmen, egal, wie laut auch die Medien darüber berichten. Zusammenarbeit schafft aber auch Perspektiven für die Beschäftigten, und das trifft auch für viele andere global agierende Unternehmen aus anderen Staaten zu.

Zusammenarbeit brauchen wir auch, um die notwendige Regulierung für die neuen Technologien aus China mit China und multilateral zu entwerfen. Nur so können wir Missbrauch und Fälle von Datendiebstahl – durch wen auch immer, das ist wirklich ein reales Thema –, die durch die technologische Entwicklung möglich werden, verhindern. In diese Richtung, Herr Kommissar, wollen wir die Debatte gerne mit Ihnen weiterentwickeln.

Reinhard Bütikofer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Ratsvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen! Das heißeste Thema mit Blick auf Chinas technische Präsenz in Europa ist sicherlich das Thema 5G. Und dabei spielt die Firma Huawei, die gerade vom Kollegen Scholz angesprochen wurde, eine besondere Rolle. Sie, Herr Kommissar, haben schon auf das chinesische nationale *Intelligence*-Gesetz hingewiesen.

Lassen Sie mich es explizit sagen: Wir sollten von Australien lernen. Dort hat man die Konsequenz gezogen, die ich auch für uns für richtig halte: Wir können einem Unternehmen nicht vertrauen, das durch die Gesetze des eigenen Landes verpflichtet ist, auf Verlangen den Behörden dieses Landes Daten seiner Kunden zur Verfügung zu stellen und den Kunden diesen Datentransfer zu verschweigen. Ein solches Unternehmen kann nicht Bestandteil des Kerns unserer Infrastruktur im 5G-Bereich sein. Und wir sollten eine gemeinsame europäische Lösung finden, weil diese Diskussion heute in vielen verschiedenen europäischen Ländern läuft.

Ich glaube, insgesamt ist das Thema allerdings viel breiter. Und viele Stichworte sind genannt worden, von *investment screening* über *cyber security*, Technologieexport könnte man nennen. Ich bin einverstanden, Kollege Scholz, zu sagen: Wir wollen Kooperation. Aber wir können Kooperation nicht auf der blauäugigen Annahme als Basis, dass das ohnehin zum gegenseitigen Vorteil sein wird, betreiben. Wir müssen unsere Interessen und Werte dabei schützen.

Jonathan Arnott, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, I must admit that I feel a certain irony about tonight's debate as a British MEP speaking to a British Commissioner in the European Parliament, 44 days before Brexit, about security threats affecting the UK. But post-Brexit neighbourly cooperation remains important. We know that the Chinese Government is particularly sensitive about suggestions that there could be any security risks regarding the introduction of 5G technology, and indeed they even went so far as to take out a full-page advertisement in the *Daily Telegraph* to attempt to assuage those concerns. And perhaps one of the biggest difficulties for me – or indeed for anyone watching this debate – is to assess the nature of evidence which isn't in the public domain. For example, the director of the FBI claims that Huawei smartphones can conduct undetected espionage and maliciously modify or steal information, but to what extent can this be done? What the hard evidence is remains something of a mystery.

Likewise, the arrest of Meng Wanzhou in Canada at the request of the American Government raises concerns. And if it were just the United States, then it would be tempting to impute an ulterior motive – to suggest that it could simply be a US response to a free market challenge to the US's decades of tech dominance. But it's not just the USA; there are concerns from Australia, from Japan, from a number of other European nations closer to home. The British Defence Secretary Gavin Williamson has said that he has very deep concerns about Chinese involvement in 5G networks. And if there is a risk, then it must be a very big one. Why? Because every government – every government – has an interest in raising billions through 5G auctions, and the Chinese companies are bound to be the leading competitors in those auctions. And it's a big risk for another reason: because security matters; because, ultimately, it's a matter of national protection, national defence and national sovereignty.

Our response to this kind of situation demands the careful consideration of all the evidence, and I believe that the UK's response needs to be dependent on three fundamental questions. Firstly, what is the level of risk of back-door routes being installed, potentially at the direction of the Chinese Government, which would enable industrial espionage to take place? Secondly, what is the level of risk that the Chinese Government could mandate the disclosure of information held by Chinese tech companies in the UK, potentially even putting Chinese citizens at risk? Thirdly, to what extent will countries become over-reliant on the 5G networks; a situation which, bluntly – if we find out later that we've made a mistake – would be difficult to correct.

Any response at all bears the danger of being overly cautious, overly protectionist, to the extent that we ultimately find ourselves excluding technology from overseas, but that has to be balanced against broader security questions, and to me the question of risk management is essentially very similar to the question of the precautionary principle. What is the level of evidence needed for us to act? I don't see this is a question of proof beyond reasonable doubt – maybe not a question of proof at all, but a question of protection. If we have a lack of absolute scientific certainty, on which side should we bear the risk? It's a philosophical question as much as a practical one, but I believe that to make practical judgments we need a little bit better information as to the level and nature of the risk.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, il est dangereux d'utiliser les téléphones portables de l'entreprise chinoise Huawei. Ils constituent en effet, très probablement, une gigantesque source de renseignements pour les services d'espionnage du gouvernement chinois. La captation de ces renseignements semble avoir déjà permis à la Chine de voler des technologies occidentales.

Plusieurs États démocratiques ont déjà exprimé leur inquiétude à ce sujet, comme le Canada, l'Australie, la Pologne et la Belgique. Et le 28 janvier dernier, la justice américaine a officiellement accusé Huawei d'avoir volé des technologies américaines. Quant à la République tchèque, elle vient de l'exclure d'un appel d'offres.

L'Union européenne ne peut plus rester inerte: un Commissaire européen, Andrus Ansip, l'a déjà mise en garde contre cette entreprise chinoise. Il faut maintenant agir. J'attends du Parlement européen qu'il diligente une enquête et du Conseil européen qu'il recommande aux États membres de l'Union de prendre immédiatement leurs précautions.

Paul Rübzig (PPE). – Frau Präsidentin! Ich glaube, Protektionismus ist die falsche Antwort. Es gibt einen internationalen Wettbewerb. Und *backdoors* gibt es in der Software, in der Hardware, sie werden vielfach auf allen Kontinenten angeboten.

Deshalb, glaube ich, ist es wichtig, dass man sich auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentriert und hier insbesondere vielleicht auch die Ausschreibungen dementsprechend neu gestaltet, dass eben eine Firma und Institution die Architektur des Systems dementsprechend designed, dass dann eine zweite Firma die Produktion für die Hardware und Software installiert und eine dritte Firma die Wartung und den Betrieb sichert. Dann hat man drei unterschiedliche Firmen oder Institutionen, die im Detail kennen müssen, wie das System funktioniert. Dann hat man auch Sicherheit. Und wenn dann eine dieser Firmen noch das Headquarter in Europa hat, dann haben wir zwei internationale Anbieter, auf die wir auch vertrauen können, die zertifiziert sind und wo man verlässlich sehen kann, wie das funktioniert.

Wir haben ja den *Cyber Security Act*, und wir haben auch die *Cyber Security Competence Centres*, die wir jetzt einrichten wollen. Mit der Datenschutz-Grundverordnung und letztlich auch mit der Copyright-Richtlinie, wo heute eine Einigung gefunden wurde, hat sich Europa hier schon sehr viel einfallen lassen. Wir haben ENISA, wir haben die NIS-Richtlinie – also es gibt hier schon sehr viel, und wir müssen auf diesem Gebiet weiterarbeiten.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl především vyzdvihnout vystoupení pana ministra Ciamby, protože mně se opravdu jeho vystoupení líbilo, on vyzdvihl rizika, řídil se principem předběžné opatrnosti, zejména právě v bezpečnostních otázkách, které nelze podceňovat. Kybernetická bezpečnost se stává jedním z klíčových aspektů. My zde máme především problém s technologií 5G, která je navázána na čínskou společnost, která je skutečně nespolehlivým partnerem. A my potřebujeme evropskou reakci a tuto klíčovou evropskou infrastrukturu vlastnit v evropských rukách. Já mám téměř sto chutí poslat přepis vystoupení pana ministra Ciamby české vládě, která relativizuje tento problém, a také českému prezidentovi, který je přímo obchodní zástupce čínských zájmů v Evropské unii.

Myslím si, že je dobré nepodceňovat toto téma. Bavíme se o rizicích, která mohou opravdu ohrozit krádež dat. Já vítám i slova pana komisaře, pokud jde o screening přímých investic, ale v tomto případě se bavíme o legislativě, která ještě není hotová, my potřebujeme reakci teď, společnou, evropskou, jako například Austrálie.

Spontane Wortmeldungen

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο ανταγωνισμός μεταξύ Ευρωπαϊκής Ένωσης, ΗΠΑ, Ρωσίας και Κίνας εντείνεται και δημιουργεί, βεβαίως, αρκετά προβλήματα σε ευρωπαϊκές επιχειρήσεις και στην ευρωπαϊκή οικονομία, διότι σε αυτήν τη φάση εμφανίζονται πολύ ισχυρές οι κινεζικές επιχειρήσεις, οι οποίες επιχειρούν να αγοράσουν εταιρείες στρατηγικού χαρακτήρα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Επομένως, η Ευρωπαϊκή Ένωση, για δικούς της λόγους, επιβάλλει περιορισμούς στις επενδύσεις, όσο και αν δεν θέλει να το παραδεχθεί. Αυτοί οι περιορισμοί μπορεί να επιβληθούν για λόγους δημόσιας τάξης και δημόσιας ασφάλειας. Το έχουν κάνει ήδη από την πλευρά τους οι Ηνωμένες Πολιτείες. Άρα, λοιπόν, αυτό είναι κάτι που το συζητήσαμε και στην προγενέστερη συζήτηση. Είναι δεδομένο ότι είναι υπαρκτοί οι λόγοι για την τεχνολογική ασφάλεια, αναπτύχθηκαν, και —ως εκ τούτου— διαμορφώνει η Ευρωπαϊκή Ένωση ένα σύστημα προκειμένου να αμυνθεί απέναντι στις παρεμβάσεις της Κίνας.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Julian King, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I agree with everyone who said that this is a very important subject, a very important debate. I would even have welcomed this debate slightly earlier in the day, with the opportunity to have slightly more people in the Chamber, because while we may be discussing technology that is not yet part of our everyday lives, it soon will be. And the fact that it will form the backbone infrastructure connecting everything means that we now have to think very seriously about how to get security right from the outset, from the start.

Although 5G has, for understandable reasons, attracted the most attention in recent weeks, it's not the only thing we need to be thinking about. Storing data in the cloud and artificial intelligence open up huge opportunities to make use of, or to abuse, huge volumes of personal data, to give just one other example. These issues raise challenges around national and EU-level decision-making, which won't – let's be frank – necessarily be easy to resolve.

Trying to protect everything won't work. We need to decide what really matters, what is core in terms of the digital ecosystem, and whether greater transparency around suppliers, supply chains and foreign investment is enough to offset the security risks. It may be that some pieces of backbone digital infrastructure are simply too critical for us to risk.

These issues are also inherently geopolitical. So I think the solutions need to reflect our – Europe's – particular perspective based around keeping markets open and trade fair. Security concerns are not an excuse for arbitrary protectionism but, equally, we can't ignore those concerns. We need to think strategically around these issues of security. As far as the Commission is concerned, we take these issues very seriously. We will be working on them, and I look forward to continuing our cooperative work with you on this whole range of issues.

George Ciamba, President-in-Office of the Council. – Madam President, I think this has been a very useful debate, and I would like to assure everyone that the Presidency of Romania of the Council will keep this issue in mind in future debates in the Council. We also took note, in particular, of what the Commission has said here, and let me also assure you once again that the Presidency and the Council as a whole attaches great importance to preserving cybersecurity, a matter of the highest political priority and a constant topic of attention.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

(Die gemäß Artikel 123 Absatz 2 GO einzureichenden Entschließungsanträge werden zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.)

Die Abstimmung findet während der nächsten Tagung statt.

28. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

29. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

30. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.52 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. FEBRUAR 2019

(C/2024/3689)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Sitzungen vom 11. bis 14. Februar 2019

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	4
3. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
4. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
5. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	4
6. Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU (Aussprache)	4
7. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts durch die Entwicklung der Zollunion der EU und ihrer Governance (Aussprache)	17
8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	24
8.1. Die Lage in Tschetschenien und der Fall Ojub Titijew	24
8.2. Simbabwe	27
8.3. Frauenrechtsaktivisten in Saudi-Arabien	32
9. Wiederaufnahme der Sitzung	37

Inhalt	Seite
10. Abstimmungsstunde	38
10.1. Die Lage in Tschetschenien und der Fall Ojub Titijew (RC-B8-0107/2019, B8-0107/2019, B8-0108/2019, B8-0109/2019, B8-0112/2019, B8-0114/2019, B8-0117/2019) (Abstimmung)	38
10.2. Simbabwe (RC-B8-0110/2019, B8-0110/2019, B8-0118/2019, B8-0119/2019, B8-0120/2019, B8-0122/2019, B8-0124/2019, B8-0125/2019) (Abstimmung)	38
10.3. Frauenrechtsaktivisten in Saudi-Arabien (RC-B8-0111/2019, B8-0111/2019, B8-0113/2019, B8-0115/2019, B8-0116/2019, B8-0121/2019, B8-0123/2019, B8-0126/2019) (Abstimmung)	38
10.4. Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext (A8-0414/2018 - Matthijs van Miltenburg) (Abstimmung)	38
10.5. Entwurf eines Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und Georgien (A8-0065/2019 - Sylvia-Yvone Kaufmann) (Abstimmung)	38
10.6. Bewertung von Gesundheitstechnologien (A8-0289/2018 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)	38
10.7. Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union (A8-0198/2018 - Franck Proust) (Abstimmung)	38
10.8. Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (A8-0199/2018 - Massimiliano Salini) (Abstimmung)	38
10.9. Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (A8-0274/2018 - Ivan Štefanec) (Abstimmung)	39
10.10. Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsumrechnungen (A8-0360/2018 - Eva Maydell) (Abstimmung)	39
10.11. Gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt (A8-0032/2019 - Roberts Zile) (Abstimmung)	39
10.12. Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz und der Verordnung (EU) 2018/1999 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (A8-0014/2019 - Miroslav Poche) (Abstimmung)	39
10.13. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (B8-0103/2019, RC-B8-0104/2019, B8-0104/2019, B8-0105/2019, B8-0106/2019) (Abstimmung)	39
10.14. Die Rechte intersexueller Personen (B8-0101/2019) (Abstimmung)	39
10.15. Zukunft der Liste von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI-Personen (2019-2024) (B8-0127/2019) (Abstimmung)	39
10.16. Zukunft des INF-Vertrags und Auswirkungen auf die EU (RC-B8-0128/2019, B8-0128/2019, B8-0129/2019, B8-0130/2019, B8-0131/2019, B8-0132/2019, B8-0133/2019) (Abstimmung)	40
10.17. NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (B8-0079/2019) (Abstimmung)	40
10.18. Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU (A8-0057/2019 - Jørn Dohrmann) (Abstimmung)	40
10.19. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts durch die Entwicklung der Zollunion der EU und ihrer Governance (A8-0059/2019 - Virginie Rozière) (Abstimmung)	40
10.20. Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen und der Gemeinsamen Erklärung zur Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle über die dezentralen Agenturen (A8-0055/2019 - György Schöpflin) (Abstimmung)	40

Inhalt	Seite
11. Stimmerklärungen	40
11.1. Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (B8-0096/2019, B8-0099/2019)	40
11.2. Politische Herausforderungen und Strategien gegen frauenspezifische Krebserkrankungen und damit zusammenhängende Begleiterkrankungen (B8-0097/2019)	42
11.3. Einsatz von Cannabis in der Medizin (B8-0071/2019)	42
11.4. Gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt (A8-0032/2019 - Roberts Zile)	43
11.5. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (B8-0103/2019, RC-B8-0104/2019, B8-0104/2019, B8-0105/2019, B8-0106/2019)	44
11.6. Die Rechte intersexueller Personen (B8-0101/2019)	44
11.7. Zukunft der Liste von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI-Personen (2019-2024) (B8-0127/2019)	45
11.8. NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (B8-0079/2019)	45
11.9. Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU (A8-0057/2019 - Jörn Dohrmann)	46
12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	47
13. Wiederaufnahme der Sitzung	47
14. Petitionen: siehe Protokoll	47
15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	47
16. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	47
17. Große Anfragen (Aussprache)	47
18. Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle (Aussprache)	51
19. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	57
20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	58
21. Schluss der Sitzung	58
22. Unterbrechung der Sitzungsperiode	58

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. FEBRUAR 2019

PRZEWODNICTWO: BOGUSŁAW LIBERADZKI

Wiceprzewodniczący

1. Eröffnung der Sitzung

(Posiedzenie zostało otwarte o godz. 9.00)

2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 69c GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

3. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

5. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

6. Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Jørna Dohrmanna w imieniu Komisji Rolnictwa i Rozwoju Wsi w sprawie wykonania rozporządzenia 1/2005 w sprawie ochrony zwierząt podczas transportu w UE i poza nią (2018/2110(INI)) (A8-0057/2019).

Jørn Dohrmann, Ordfører. – Hr. formand! Kære kollegaer! Dagen er kommet, hvor Parlamentet endelig skal tage stilling til en sag, jeg har brugt ganske lang tid på at arbejde med for at fremme. Parlamentet har nu chancen for at afkræve Kommissionen og medlemslandene, at de må gøre mere for at sikre dyrevelfærden under transport. Først og fremmest vil jeg gerne have lov til at rette en tak til mine kollegaer fra de andre grupper, som jeg har forhandlet med. Da arbejdet med betænkningen skulle til at starte, sagde jeg, at jeg ønskede alle partier involveret, og at de også skulle høres, så vi kunne sikre en så stærk tilslutning til betænkningen som muligt, ikke kun for vores skyld, men for dyrenes skyld. Nu er der ikke mere arbejde at gøre i denne omgang, og jeg håber derfor også, at mine kollegaer har følt sig involveret i betænkningens tilblivelse. Jeg vil i hvert fald gerne have lov til at udtrykke min taknemmelighed over for de mange konstruktive forslag og deres store samarbejdsvillighed. Det har gjort, at vi i dag står her og kan sige, at vi har gjort en indsats for de mange millioner af dyr, der transporteres i og ud af EU.

I dag er en god dag for dyrene, og det er fordi, vi opfordrer til, at transporttiderne for levende dyr må og skal reduceres. Vi vil have strengere og mere systematisk kontrol af transporterne og hårdere straffe til dem, der bryder reglerne og svækker dyrevelfærden. Vi ønsker i det hele taget at transportere færre levende dyr. I stedet for vil vi hellere transportere nedfrosnen kød. Og nu hvor vi allerede taler om dyr, så jeg vil gerne have love til at adressere elefanten i rummet. I betænkningen stilles der krav til, at vi indstiller eksporten af levende dyr til slagtning til tredjelande, hvis disse lande ikke stiller de samme krav til deres dyrevelfærd, som vi har i EU. Og det er for nogen et kontroversielt krav. I en dansk avis

kunne jeg læse en udtalelse fra et EPP-medlem, som kalder kravet for ekstremistisk! Hvis det er ekstremistisk at gå væk fra en praksis, hvor dyr strander ved EU-grænseovergange og står tæt stuvet sammen, tørster og overophedet gennem flere dage i træk vel at mærke, ja så må man gerne kalde mig for ekstremistisk. Jeg vil endda gerne tage det som en hædersbetegnelse. Jeg har selv været mellem Bulgarien og Tyrkiet ved grænsen og lavet et tilfældigt tjek af lastbiler, og der konstaterede vi, at man stod seks timer bare for at få papirarbejdet gjort. Og man kan også sige, at de stod i sol uden skygge, det var varmt, der var 30-35 grader. Man kunne konstatere, at der var født kalve undervejs, og derfor kunne man også konstatere, at det var dyr uden øremærker, dyrene var altså havnet i ingenmandsland. Reelt sender vi dyr ud på en rejse, hvor de bliver lovløse. I dette hus, hvor man ynder at lave regler om nærmest alt, er det mig lidt ubegribeligt, at eksempelvis et medlem fra EPP-Gruppen går så langt som til at kalde dette for en overdrivelse. For der er slet ingen gældende regler for disse dyr, der ender i eksempelvis Tyrkiet og Mellemøsten. Det må have en ende, så derfor vil jeg gerne på det kraftigste opfordre alle medlemmer til at stemme for punkt 88. At stille et sådant krav vil være en markering af, at vi vil have strammet op på reglerne, og at det er på høje tid, at vi løfter ambitionerne for velfærden for vores dyr. Det er det signal, vi sender med denne betænkning. Nu vil det så være op til Kommissionen og medlemslandene at følge trop. Vi har allerede nogle på papiret gode regler. Det står dog galt til med, at de overholder dem i de enkelte lande. Vi kan se, hvordan nogle medlemslande slet ikke fører tjek med lastbiler og forsendelser af dyr. Det betyder, at der er lande, hvor lovgivningen reelt set slet ikke har eksisteret. Det forringer dyrevelfærden, men fordrejer også konkurrencen på det indre marked. Vi har også lande, der indrapporterer fuldstændig urealistisk høje kontroltal til Kommissionen. De dækker også over en ikke-gældende lovgivning. Her skal i den grad rettes op! Jeg er derfor glad for, at Kommissionen selv har indrømmet, at der skal gøres mere i forhold til indrapportering og kontrol. Det har Kommissionens egen repræsentant selv indrømmet under den høring, jeg arrangerede i december. Det er en gruppe af betænkningens anbefalinger, som der allerede nu handles på, på baggrund af den. Det er en god start! Nu må Kommissionen bare sørge for at reagere på de resterende anbefalinger, som dette parlament forhåbentlig har fremsat. Så det er nu på tide, at vi står bag dyrene.

Karin Kadenbach, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir sprechen im Europäischen Parlament, wenn wir von Tieren sprechen, von fühlenden Wesen. Und wenn wir uns die Tiertransporte innerhalb der Europäischen Union und vor allem auch solche ansehen, die Ziele außerhalb der Europäischen Union haben, dann muss sich der Verdacht erhärten, dass Tiere nicht als fühlende Wesen betrachtet werden. Wenn wir sie bei 30, 40, 50 Grad an den Verladehäfen zusammengepfercht sehen, wenn wir sie ohne Futter sehen, wenn wir noch nicht abgestillte Kälber erleben, wie sie wirklich schreien und jammern, dann ist das einfach ein Wegschauen, das wir in Zukunft nicht gestatten dürfen.

Wir haben Rahmenbedingungen, die aber – wie Herr Dohrmann schon ausgeführt hat – in vielen Mitgliedstaaten nicht eingehalten werden, die nicht kontrolliert werden und wenn sie kontrolliert werden, mit Sanktionen versehen werden, die die Frächter in der Regel mehr oder weniger aus der Portokasse bestücken können.

Das heißt: Wir brauchen hier wirklich ein ganz großes Augenmerk, denn unter dem *one health approach* – diese eine Gesundheit – geht es nämlich nicht nur um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Tiere, sondern es geht auch um die menschliche Gesundheit. Denn wir wissen nachweislich, dass, wenn Tiere vor der Schlachtung zum Beispiel unter großem Stress stehen, sich das auch negativ auf die Qualität des Fleisches und damit aber auch negativ auf den Konsum durch den Menschen auswirkt. Ich ersuche hier wirklich darum, schnellstens eine Besserung herbeizuführen.

Keith Taylor, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Mr President, it's no secret that animal welfare protection is practically non-existent in transport. Animals are crammed into old and broken trailers, squashed against the ceilings and piled on top of each other with no access to water. It's a distressing sight but one that is all too commonplace. We find ourselves, a decade on from the regulation's introduction, with the same breaches being reported time and time again. Nothing has changed.

Additionally, prolonged delays at third-country border controls can last for hours, or sometimes even days and in stifling heat, resulting in horrific suffering and fatalities among the animals – and this despite the judgment by the Court of Justice that transporters must observe the regulations even if their destination is beyond the EU borders.

I look forward to supporting Mr Dohrmann's report and I would urge my colleagues to do so. The Member States have the authority to carry out the regulations and they must enforce them more strictly.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, it's a pleasure to be here today. I believe today's report is another step towards improving implementation of the regulation on animal welfare during transport. Let me begin by saying that animal welfare in general, and the protection of animals during transport more specifically, has been a priority under this Commission, and you know very well that we have addressed a lot of the issues in this area.

That said, when the Court of Auditors presented its report at last December's meeting of Parliament's Intergroup on the Welfare and Conservation of Animals (Animal Welfare Intergroup), it was clear that, despite progress achieved, there are issues that need to be addressed: in particular, proper implementation of legislation and enforcement of rules. There is no doubt. At the Intergroup meeting I summarised some of the actions we have taken in this important and sensitive area. In addition, I outlined our efforts to address three areas where we still see a need for improvement: first, exporting animals by road in extreme temperatures; second, exporting animals by sea; and third, the transport of un-weaned calves.

The Commission is addressing these issues from several angles. Its work covers a number of the issues raised in today's report, and it involves subgroups of the EU Platform on Animal Welfare set up to work specifically on these issues and find common solutions. This work is being done by the Member States, animal welfare NGOs and industry representatives – and I see NGO representatives here – as well as independent scientific experts.

The Commission regularly organises meetings with the Member States' national contact points for animal welfare during transport. These face-to-face meetings facilitate discussions on better implementation and enforcement on the ground. The national contact points also contributed to the European Federation of Veterinarians' guidelines on evaluating whether cattle, pigs and horses are fit for transport. The Commission has conducted audits in Member States that export animals by road and sea, and this process has covered incidents reported by NGOs and visits to some of the most relevant ports. It is following up on these audits so that Member States address the problems identified. The Commission is now producing an overview report on the situation. The conclusions and recommendations will concern all Member States.

Last summer, Commission staff also visited the border between Bulgaria and Turkey in order to monitor the situation there, and I am committed to maintaining pressure in that respect, including in the season ahead. I am pleased there have been some improvements in the implementation of official controls. In 2018, summer exports of live cattle by road decreased and the compliance rate of trucks at the border increased, as the audit showed, and of course the Court of Auditor's report mentions this too.

However, I acknowledge that weaknesses remain. The Commission will work with the relevant bodies to resolve them. The Commission, and I personally, have written several times to all the Member States governments informing them about, and asking them to monitor, the situation if temperatures are very high. We have requested that they respect temperature requirements and properly implement the rules to protect animals during road and sea transport.

Last month I met the Turkish Minister for Agriculture to discuss the export of cattle. At this meeting I raised a number of welfare issues, including long waiting times at the border and the need for structural improvement at the border. We need to address this issue of structural development from both sides, and especially to ask Turkey to act as swiftly as possible, and to highlight the need for control points in Turkey so that European transporters comply with EU animal welfare rules.

Our interventions have had some effect but it is clear we are not yet there. We need to continue our work, and we will. The Commission has already started to address the recommendations in the Court of Auditors' report. We have begun a review of the various Member States' reports and the results of their official controls. This will generate more consistent data, which, when analysed, will paint a more reliable picture of animal welfare during transport. Today's resolution also highlights the need for more reliable data.

I must remind you, however, that Member States have the primary responsibility for implementing the regulation. Just to mention the situation with third countries: the Commission is active in raising animal welfare issues at International Animal Health Organisation level and in relation to the Better Training for Safer Food initiative; and, in our trade agreements, we also push strongly on issues affecting animal welfare.

The Commission's actions are intended to help achieve better implementation and enforcement. At December's meeting of the Animal Welfare Intergroup, I assured those present that the EU will continue to monitor the situation closely. We will consider further options to enforce the rules if need be. I would like to repeat those assurances now, and, above all, I want to stress that the Commission and the Member States must continue working together in order to improve the welfare of animals during transport.

Ángela Vallina, *ponente de opinión de la Comisión de Peticiones*. – Señor presidente, durante los últimos meses hemos estado trabajando en la Comisión de Peticiones en un texto que reflejara las denuncias de la ciudadanía sobre las condiciones del transporte de animales vivos en la Unión, y en el que se reflejan las graves carencias en la aplicación del Reglamento sobre el transporte animal.

En él hay tres cuestiones principales entre nuestras preocupaciones: la violación sistemática de las normas que obligan a unas condiciones de transporte adecuadas para animales vivos, sobre todo de media y larga distancia, lo cual vulnera la igualdad jurídica entre los Estados miembros; la ausencia de datos fiables sobre las condiciones de transporte y de control de los vehículos que llevan las reses; y, por último, la impunidad constante y falta de sanciones en muchos Estados.

Al final, las consecuencias de esta falta de control de la aplicación del Derecho se traducen no solo en casos flagrantes de maltrato animal, sino también en una competencia desleal entre las empresas de transporte de animales, permitida a todas luces por ciertos países de esta Unión, y en una falta de control de las condiciones que acaba repercutiendo en la salud de las y los consumidores europeos.

Sofia Ribeiro, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, há uma diretiva em que todas as avaliações são extremamente positivas, tendo permitido uma melhoria enorme na redução do sofrimento dos animais durante a sua deslocação, bem como na dotação de melhores condições físicas dos meios de transporte. Como aspetos menos positivos temos alguma falta de empenho por parte de alguns Estados-Membros, a falta de harmonização dos sistemas de coimas dentro da União Europeia, que devem ser mais severas e mais punitivas para quem prevarica, e equivalentes em todo o espaço europeu.

Temos também, em alguns países terceiros, problemas de falta de respeito pelas exigências europeias, é um facto. No entanto, não podemos transportar este debate para o campo ideológico, nem aproveitar a proximidade das eleições europeias para que se consiga fazer passar uma agenda radical, que mais não faz do que trazer descrédito a esta meritória diretiva, sem consequências positivas para os animais transportados.

Aspetos como o reforço das fiscalizações, a impossibilidade de transporte de animais que não estejam em condições ótimas de saúde, que estes devam ser abatidos, sempre que possível, o mais próximo das explorações onde se encontram, a possível criação de uma rede móvel de matadores para evitar transportes longos, bem como o incentivo para o transporte de carne e carcaças, em vez de animais vivos, merecem o nosso apoio e propositura.

Apesar disso, não podemos aceitar que, pura e simplesmente, se queira eliminar do espaço europeu e das exportações europeias o transporte de animais vivos. Não vivemos todos no centro da Europa e há que ter o maior respeito pelos países periféricos e a descontinuidade geográfica e não podemos pôr em causa o amor que os agricultores nutrem pelos seus animais, nem achar que estes são responsáveis pelos maus tratos.

Nicola Caputo, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli animali sono esseri senzienti. Ogni anno milioni di animali vengono trasportati negli Stati membri e verso paesi terzi su lunghe distanze per essere allevati o macellati, esposti a sofferenze per ore in spazi disponibili ridotti, a temperature insostenibili, senza cibo e acqua e sopportando le forti sollecitazioni del movimento dei veicoli, spesso obsoleti.

I tempi di viaggio degli animali vanno ridotti, questo è certo, e dobbiamo dotarci di una strategia al riguardo. Una soluzione potrebbe essere, per esempio, il ripristino dei macelli di prossimità, strutture locali di macellazione. Considerando lo spaventoso numero di segnalazioni di veicoli inadatti, utilizzati per trasportare animali vivi, sia via terra che via mare, è necessario che gli Stati membri applichino procedure rigorose di certificazione e di omologazione, e migliorino anche i controlli di idoneità degli animali prima del carico. È essenziale che la futura PAC mantenga il vincolo tra i pagamenti e le migliori condizioni di benessere degli animali, nel rispetto degli standard stabiliti nel regolamento (CE) n. 1/2005.

Zbigniew Kuźmiuk, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Na początku chciałbym podziękować autorowi raportu, panu Dohrmannowi, i jego współpracownikom za wykonanie doskonałej pracy. Jednocześnie chciałbym przypomnieć, że w grudniu 2012 r. Parlament przyjął rezolucję europosła Janusza Wojciechowskiego, obecnie członka ETO, wzywającą Komisję do egzekwowania jednakowych warunków transportu zwierząt w całej Unii. Co więcej wezwał on wtedy Komisję do skrócenia czasu przewozu zwierząt przeznaczonych na ubój do ośmiu godzin.

Niestety do tej pory postępy we wdrażaniu wspomnianego rozporządzenia Rady z 2005 r. mającego zapobiegać niepotrzebnemu cierpieniu zwierząt podczas transportu są niewystarczające we wszystkich państwach członkowskich. Popieram apel autora raportu do Komisji o dokonanie przeglądu wspomnianego rozporządzenia i uszczegółowienie wymogów dotyczących transportu zwierząt. Co więcej, Komisja powinna zapewnić egzekwowanie i wdrażanie przepisów rozporządzenia w sposób zharmonizowany i jednolity na terenie całej Unii, w szczególności jeśli chodzi o zdolność zwierząt co do podróży. Delegacja polska w EKR będzie popierała ten raport.

Fredrick Federley, *för ALDE-gruppen*. – Herr talman! Tack till kollegerna och föredraganden Jørn Dohrmann för ett väldigt bra arbete. När vi har jobbat med de här texterna har det varit en stor enighet mellan de politiska grupperna. Det är sällan som vi lyckas komma så långt som just i frågorna där det gäller djurskyddet och hur vi hanterar de djur som finns inom Europeiska unionen.

Vi vet också från den Eurobarometer som presenterades förra året i februari att en av de frågor som de europeiska medborgarna vill att vi jobbar mer med är att säkerställa skyddet för de djur som finns inom Europeiska unionen. Det är också därför som det är möjligt för till exempel GUE och EPP, till och med, att skriva under samma typ av kompromiss här, vilket är ett stort steg framåt och visar på en politisk handlingsvilja å medborgarnas vägnar.

Varje år är det 1,37 miljarder djur som transporteras inom EU eller utanför EU:s gränser. Samtidigt ser vi att det finns en total undfallenhet från medlemsstaterna i att utföra kontroller och se till så att gällande lagstiftning gäller. Vi vet också att om man bryter mot detta så blir det i princip inga konsekvenser överhuvudtaget. Vi skulle behöva en kommission som på allvar tar det här uppdraget, som också finns i våra grundläggande fördrag för Europeiska unionen. Jag är därför glad att vi kommer med en hårdare kritik i dag från Europaparlamentets sida, det vill säga att det är dags att Europeiska ombudsmannen tittar på om kommissionen verkligen uppfyller det uppdrag som den har i enlighet med fördragen.

Vi vet att när kommissionen verkligen vill någonting så kan man göra någonting. Här är det inte ansvarig kommissionär som är det stora problemet, utan det är kollegerna i kommissionen som har hållit tillbaka. När det kommit till tidsförändring och sommar- och vintertid så kan vi på några få månader ha konkreta lagförslag som påverkar hela unionen. Men här – när det gäller djurskyddet – har vi på fem år inte kommit ett enda steg framåt. Vi har inte sett någon ny strategi för djurvälstånd. Vi har inte fått någon gemensam grundläggande lag för djurskyddet, och de här skandalerna fortgår. Detta måste det bli ett stopp på under nästa mandatperiod, allra senast.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, miljoenen dieren worden dagelijks in vrachtwagens, vliegtuigen en schepen door heel Europa gesleept, en ver daarbuiten. En de eurocommissaris zegt daarover: "In Europa voldoet bijna 100 % van alle diertransporten aan de Europese regels."

Hij zei het vanmorgen nog een keer. En dat is absoluut niet waar. Het is een grote leugen. Organisaties als *Eyes on Animals*, *Animals International*, *Animal Welfare Foundation*, *Animals' Angels*, hebben in tien jaar tijd honderden verslagen geschreven vol met bewijs van transporten van zieke en gewonde dieren, regelrechte dierenmishandeling, overvolle trucks, gebrek aan water, transport bij extreme temperaturen. Voorzitter, dit zijn geen incidenten. Dit is de dagelijkse praktijk in Europa.

Afgelopen zomer ben ik zelf gaan kijken in Slovenië en Kroatië. Vrachtwagens reden af en aan om krakkemikkige schepen te bevoorraden. De dieren waren vies, gewond en bezweken door de hitte. En als absoluut dieptepunt zagen we in de haven van Rasa een jonge stier die tussen wal en schip raakte, en aan een been door een kraan aan boord van een schip werd geladen. Het dier werd vervolgens met elektroshocks aan boord gedwongen. Dit beeld zal ik nooit vergeten.

Commissaris, we hebben u deze beelden ook laten zien. Ligt u daar, net als ik, wakker van 's nachts? En wat heeft u daarna gedaan? Bent u al een inbreukprocedure gestart tegen Kroatië? Waarom niet? Wat heeft u nog meer nodig om in actie te komen? U weet toch ook dat pasgeboren dieren dagenlang worden vervoerd, terwijl ze niet weten hoe ze de installaties moeten gebruiken en ze dus niet kunnen drinken? U weet toch ook dat de miljoenen dieren die worden verscheept naar het Midden-Oosten en naar Noord-Afrika na een lange, lange reis terechtkomen in een regelrechte hel?

Wanneer neemt u de zorgen van miljoenen burgers en het Parlement serieus en komt u in actie? We moeten samen deze verschrikkelijke diertransporten stoppen en we kunnen daar vandaag een begin mee maken. Stem voor het verslag en maak een einde aan die lange, ellendige diertransporten.

Thomas Waitz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Anders als Kommissar Andriukaitis in einer erschreckenden Regelmäßigkeit behauptet, ist nicht alles in Ordnung bei den Tiertransporten auf Europas Straßen. Und ich würde mal sagen, dieser Bericht beweist endgültig, dass bei dem Transport von Tieren europäische Gesetze nicht eingehalten werden, insbesondere wenn es darum geht, Tiere in Drittstaaten zu exportieren – nach Russland, in die Türkei oder in den Libanon. Der Europäische Gerichtshof hat klar geurteilt, dass hier die europäischen Gesetze bis zum Bestimmungsort gelten, und Transporte, die diese Bestimmungen nicht einhalten, sind zu untersagen.

Wenn hier von Frau Ribeiro von den Konservativen unterstellt würde, dass es eine radikale Politik ist, wenn man einfordert, dass europäische Gesetze eingehalten werden, dann mache ich gerne radikale Politik. Ich denke auch nicht, dass es radikal ist, für eine Verringerung der Tiertransportzeiten einzutreten, um Tierleid möglichst zu verhindern, wo es möglich ist. Ich ersuche auch Mitglieder der Europäischen Volkspartei, zumindest jene, die auch noch ein Herz für Tiere haben, unserem Bericht heute zuzustimmen.

Marco Zullo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ce lo siamo detti e ridetti: milioni di animali ogni anno sono sottoposti allo stress di lunghi viaggi in condizioni precarie, per mancanza di cibo e acqua, per temperature troppo elevate o troppo basse, per sovraffollamento. E tutto questo causa angoscia e sofferenza, e addirittura la morte prematura di alcuni di questi animali.

La protezione degli animali durante il trasporto oggi è ancora inefficiente. Questo è un dato di fatto. Non esiste uno standard comune di trattamento, non esiste neppure uno standard comune di controlli, che sono diversi per quantità e qualità. È incredibile pensare che oggi in Unione europea ci sono Stati dove il numero di controlli è pari a zero.

Per fare luce su tutto ciò avevamo chiesto la costituzione di una commissione d'inchiesta, ma questa richiesta è stata rifiutata dai gruppi politici di questo Parlamento. Fortunatamente, però, siamo riusciti a discuterne in diverse commissioni e abbiamo sancito con chiarezza e determinazione che vanno fatte verifiche e ispezioni regolari e approfondite, prevedendo sanzioni severe in caso di violazione, perché ci sono regole che oggi esistono e non sono rispettate. Va garantita la presenza di personale specializzato e tecnologie di ultima generazione per il benessere degli animali. Queste misure di civiltà vanno fatte rispettare attraverso accordi bilaterali, anche nei confronti dei paesi terzi, arrivando a vietare gli scambi commerciali se necessario.

Però vogliamo essere ancora più ambiziosi, e per questo, cari colleghi, vi chiedo di sostenere l'emendamento che limita a otto ore la durata massima di trasporto per gli animali vivi. Dobbiamo fare il possibile per evitare ogni sofferenza.

Harald Vilimsky, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt den Satz, wonach sich der Grad der Zivilisation einer Kultur dadurch bestimmt, wie sie mit Tieren umgeht. Wenn man den Blick durch Europa richtet, wie hier insbesondere mit Nutztieren umgegangen wird, dann kann ich nur sagen: Hier liegt vieles im Argen. Wie Tiere von einem Land durch viele andere Länder transportiert werden, oft viele Stunden, Tage lang, oft auch durch extreme Hitze, da kann ich nur sagen: Das wäre eines der Beispiele, wo die europäische Staatengemeinschaft aufgerufen ist, hier ein Regelwerk zu implementieren, um genau das zu verhindern.

Denken Sie nur etwa daran, wie in Südeuropa halb tote Tierkörper lebend noch übers Mittelmeer Richtung Naher Osten, Richtung Nordafrika verschifft werden. Hier wird derartiges Leid produziert, dass ich sage, dass es hier dringend notwendig ist, ein Stoppsignal zu setzen.

Wir hatten vor vielen Jahren die Diskussion, dass acht Stunden genug sind, was die Transportlänge betrifft. Ich werde das auch beantragen, weil ich hoffe, dass zumindest bei dieser generösen Frist auch die Europäische Volkspartei zustimmen kann. Ginge es nach mir, wären vier Stunden an Transport Maximum bereits ausreichend.

Wonach ich auch trachte, was mir besonders wichtig ist, ist, dass wir endlich ein Exportverbot in Drittstaaten umsetzen, damit genau diese Bilder, wonach Tiere unter unsäglichem Leid in Richtung Türkei, Russland, Naher Osten, Nordafrika transportiert werden, endlich der Vergangenheit angehören. Ich kann nur hoffen, dass Sie auch ausreichend Herz haben, hier Ihre Zustimmung zu geben.

Sophie Montel (NI). – Monsieur le Président, chers collègues, chaque année, un milliard de volailles et 37 millions de bovins, cochons, ovins et équidés sont transportés vivants dans l'Union européenne et vers des pays tiers.

Ce qui est inquiétant, c'est que seulement 1 % de ces animaux transportés sont contrôlés.

De nombreuses enquêtes, notamment de CIWF, montrent d'ailleurs que les abus sont légion. La législation n'est absolument pas respectée: temps de transport abusif, matériel inadéquat, animaux entassés les uns sur les autres. Le résultat, c'est que ces pauvres bêtes sont, au mieux, déshydratées, affamées, stressées, affaiblies, quand elles ne finissent pas battues, piétinées, asphyxiées, mutilées, ou, par mourir.

Cette situation ne peut perdurer, il faut faire en sorte que les contrôles soient plus nombreux et que des sanctions beaucoup plus sévères soient appliquées afin de contraindre au respect des règlements.

Cela dit, chers collègues, la meilleure solution reste encore d'éviter le transport des animaux sur de longues distances. L'Union européenne, qui multiplie les traités de libre-échange, porte bien sûr une lourde responsabilité dans cette situation désastreuse, qui conduit à toujours plus de maltraitance animale.

L'élevage intensif et la surproduction sont aussi sources de maltraitance animale, de souffrance et, là encore, l'Union européenne encourage ce système. Il est temps, Mesdames et Messieurs, de recouvrer la raison.

Czesław Adam Siekierski (PPE). – Panie Przewodniczący! Unia Europejska ma najwyższe na świecie standardy w zakresie dobrostanu zwierząt, w tym także ich transportu. Są od wielu lat zakorzenione we wspólnej polityce rolnej, która uzależnia wypłacanie subsydiów rolnikom od ich wypełniania. Oczywiście nie oznacza to, że sytuacja jest idealna, a nadużycia nie zdarzają się. Niemniej jednak należy tutaj wprowadzić jasne rozróżnienie odpowiedzialności hodowców oraz firm transportujących zwierzęta. Należy przestrzegać przepisów dotyczących dobrostanu zwierząt tak w hodowli, jak i transporcie. W transporcie powinniśmy zwiększyć wymogi co do warunków, w jakich są przewożone zwierzęta, co wpłynie na czas transportu lub go warunkuje. Musimy zatem wzmocnić system kontroli i karać tych, którzy nie przestrzegają standardów w transporcie zwierząt.

Maria Noichl (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Gesellschaft wird immer daran gemessen, wie sie mit den Schwächsten umgeht, mit den Allerschwächsten. Das können Menschen sein, es sind aber auch oft Tiere, und die Allerschwächsten sind Tiere auf den Transportwegen. Denn dort sind sie nicht im heimischen Stall, dort sind sie nicht beim Landwirt, der normalerweise für sie Sorge trägt, dort sind sie oftmals rechtlos und oftmals eigentümerlos.

Wir müssen deutlich machen, dass diese Schwäche der Tiere von der EU nicht ausgenutzt wird. Die EU hat Verantwortung, und die EU muss sich darum kümmern. Wir brauchen ganz klar Transportzeiten, die auf acht Stunden begrenzt sind. Wir müssen endlich kapieren, dass wir Fleisch transportieren sollen und nicht lebende Tiere. Wir brauchen wieder regionale Schlachthöfe, unbedingt regionale Kreisläufe, wir brauchen Einschränkungen bei hohen Temperaturen, wir brauchen unbedingt die Transporteinschränkung für nicht abgesetzte Kälber und unbedingte Verbote für Schiffe, die nicht für den Transport von Tieren ausgelegt sind. Nahe am Landkreis Rosenheim liegt Mühldorf, und Mühldorf hat sich dadurch ausgezeichnet, dass vor kurzem so ein Transport gestoppt wurde. Eine Kuh sollte auf 5 000 km Fahrt gehen – eine trüchtige Kuh! Das wurde vom Veterinäramt gestoppt. Und ich sage dazu: Das war Verantwortung!

Beata Gosiewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Za każdym razem gdy poruszany jest temat transportu zwierząt, podnoszone są argumenty mówiące o braku postępów we wdrażaniu rozporządzenia przez niektóre państwa członkowskie. Nie należy zatem skupiać się na tworzeniu zasad ideologicznych, często niewykonalnych, ale tworzyć i egzekwować zasady praktyczne, które będą odpowiedzią na potrzeby dzisiejszego rynku transportu zwierząt i ich ogólnie pojętego dobra. Ja za takie niewykonalne zapisy uważam pkt 59, 63, 77, 83 i 88 naszego sprawozdania.

Szanowni Państwo! Nie można czynić rolników odpowiedzialnymi za transport zwierząt. Rolnicy hodują zwierzęta i dbają o nie. To jest źródło ich dochodu. Zazwyczaj zwierzęta transportowane są przez rolników tylko w ramach ich własnych gospodarstw. Pan poseł sprawozdawca powiedział: czas, abyśmy poparli zwierzęta. Oczywiście popierajmy zwierzęta, ale przede wszystkim popierajmy rolników, którzy hodują te zwierzęta, i też popierajmy i tworzymy realne przepisy, aby umożliwiać normalny transport zwierząt na terenie Europy.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Herr Präsident! Mit der EU-Verordnung 1/2005 sollen Tiere auf dem Transport geschützt werden. Aber diese Regelung wird in vielen Mitgliedstaaten nicht konsequent eingehalten – das wissen wir alle.

Seit Jahren liegen dafür die Beweise auf dem Tisch, aber bisher hat die Kommission nicht mit Vertragsverletzungsverfahren reagiert. Im Gegenteil, die Gesetzesbrüche werden sogar von der Kommission heruntergespielt. Herr Kommissar, warum stellen Sie sich blind und taub, wenn es um Tiere geht, wenn bestehende Vorschriften zum Schutz von Tieren gebrochen werden? Warum missachten Sie damit eindeutig Artikel 13 des Vertrags von Lissabon? Ich sage es Ihnen: Weil Sie und die Kommission am Gängelband der Agrarverbände gehen, weil die Interessen und der Schutz der Tiere immer von hinten bewertet werden. Immer werden die Interessen der Landwirtschaft höher bewertet als konsequenter Tierschutz.

Und sagen wir die Wahrheit: Die Kommission richtet sich auch nach den Wünschen des Europäischen Rates. Dort hat Tierschutz überhaupt keinen Stellenwert. Somit trägt die europäische Politik insgesamt die größte Mitschuld an der miserablen Behandlung der Tiere.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, machen Sie aus diesem Bericht keinen zahnlosen Tiger! Stimmen Sie für die tierfreundlichen Anträge!

Pascal Durand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il y a à peu près un an jour pour jour, 223 parlementaires réclamaient ici une commission d'enquête sur les conditions de transport des animaux au sein de l'Union européenne.

Les présidents des groupes, notamment de la droite et des socialistes, se sont opposés à cette commission d'enquête et ont bloqué la possibilité que nous avions de vérifier les conditions réelles dans lesquelles les animaux sont transportés. Alors en réalité, quand j'entends ici un certain nombre de députés, de gauche ou de droite, venir nous expliquer que nous devons améliorer, etc., je dis que l'on se moque du monde! On se moque du monde, Monsieur le Commissaire! Tout simplement parce que la souffrance des animaux n'importe pas, parce que la souffrance des animaux ne pèse rien à côté des profits de l'agroalimentaire dans notre société. Et c'est ça le scandale! Alors attention, attention parce que si ça n'intéresse pas ce Parlement ni les dirigeants, ça intéresse les citoyens, les ONG et les journalistes. Et nous creusons un peu plus, par cette inaction, le fossé qui existe entre les institutions et les citoyens européens. Alors attention à ne pas continuer dans ce monde déshumanisé, qui fait que nous perdons toutes nos valeurs de solidarité envers la souffrance des animaux.

Philippe Loiseau (ENF). – Monsieur le Président, je soutiens cette initiative qui a donné lieu à un rapport équilibré et à des propositions de bon sens. Nous devons clarifier l'application des règles de transport d'animaux vivants, car c'est un sujet qui a des répercussions négatives sur toute la filière viande européenne et, comme toujours, ce sont les agriculteurs qui en payent les conséquences. Nous nous inquiétons des distorsions de concurrence qui peuvent exister entre nos pays, mais sachons les reconnaître là où elles sont vraiment.

Tout d'abord, les distorsions dans les coûts de production, qui obligent à segmenter la naissance, l'élevage et l'abattage entre différents lieux et donc à multiplier les trajets.

Distorsions également dans les coûts de transport, entre les pays qui respectent les règles depuis des années et ceux qui ne le respectent pas.

Distorsions dans les coûts d'abattage, qui conduisent à acheminer les animaux toujours plus loin des lieux d'élevage et de consommation.

Enfin, distorsions induites par une politique commerciale extérieure libéralisée avec des pays tiers qui ne respectent pas nos normes sanitaires et rendent inutiles nos efforts en faveur du bien-être animal.

Cessons donc d'importer des animaux que nous ne voulons pas. Soutenons les alternatives au niveau local qui redynamiseront les territoires oubliés et affirmons à nos citoyens que non, les agriculteurs ne sont pas les responsables de la souffrance animale.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Zehn Jahre nach dieser EU-Tiertransportverordnung unterhalten wir uns heute darüber, dass diese nicht eingehalten wird. Was ist das eigentlich für ein Witz, wenn wir jetzt selbst die Vorschriften verändern und keine Kontrollen und keine Sanktionen stattfinden? Wird alles weitergehen wie bisher?

Es ist doch klar: Wer ein Haustier hat oder wer Landwirt ist, der weiß, dass ein Tier Gefühle hat, dass ein Tier Schmerz hat, dass ein Tier Leid empfinden kann, dass ein Tier Freude empfinden kann. Warum gehen wir nicht soweit und verlangen von diesen Transportunternehmen, die Tiertransporte durchführen, eine Lizenz? Diese Lizenz für den Transport muss entzogen werden, wenn die Bedingungen nicht eingehalten werden. Das wäre konsequentes Vorgehen der EU.

Es ist schön, dass die Vorschriften verbessert werden. Es nützt aber nichts, wenn man die Vorschriften verbessert und nicht einhält. Daher müssen drastische Sanktionen für diejenigen her, die für den Mord von Millionen Tieren jedes Jahr verantwortlich sind.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Wenn ich mir die Debatte hier anhöre, habe ich so ein bisschen den Eindruck, als gäbe es keinen einzigen ordnungsgemäßen Tiertransport in Europa, und das stimmt ja überhaupt nicht. Wir haben in Europa eine vorbildhafte Gesetzgebung, und der Großteil der Transporte läuft ordnungsgemäß ab. Mein Vorredner müsste übrigens auch wissen, dass es für den Transport von Tieren bereits heute eine Zulassung gibt.

Aber selbstverständlich gibt es auch Probleme, und die Probleme müssen wir halt angehen. Es gibt im Übrigen auch eine Europäische Bürgerinitiative – über eine Million Menschen haben unterschrieben, weil sie mit manchem, was da heute passiert, nicht einverstanden sind. Grundsätzlich müssen wir uns in diesem Haus auch mal fragen, wie wir mit diesen Bürgerinitiativen insgesamt umgehen. Deswegen denke ich schon, wir haben uns das Thema anzuschauen, wir haben zu schauen, wo es nicht gut läuft.

Wir haben vor allem zu schauen, wie man lokale Kreisläufe schaffen kann, weil es wirklich keinen Sinn hat, Schlachttiere durch halb Europa zu karren, nur um die Suche nach dem noch billigeren Schlachthof irgendwo in Europa weiterzuführen. Da hat es selbstverständlich Sinn, die Tiere ortsnahe zu schlachten und dann das Fleisch zu transportieren. Also versuchen wir, die heutige Gesetzgebung vernünftig umzusetzen und dafür zu sorgen, dass Europa in diesem Bereich vorbildhaft ist.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Herr Präsident! Tausende Kilometer, stundenlange Fahrten ohne genügend Platz, oft ohne angepassten Zugang zu Wasser – wenn überhaupt –. Warten in der Hitze, in der Kälte, Angst, Stress: Das ist das Schicksal von Tausenden Tieren jeden Tag – Millionen jährlich.

Aber kommt, wir schauen nicht länger weg und lassen diese Grausamkeiten nicht mehr zu. Es geht auch anders. Ich möchte euch jetzt nicht alle überzeugen, auch Vegetarier zu werden. Aber unterstützen Sie, dass wir bessere, strengere Regelungen haben und mehr Kontrollen beim Transport von lebenden Tieren!

Wir sind verantwortlich für das, was wir tun. Wir sind auch verantwortlich für das, was wir nicht tun. Tiertransporte kann man natürlich nicht von der EU-Agrarpolitik getrennt sehen, wo noch immer – oder müsste ich sagen – immer mehr der Profit im Mittelpunkt steht.

Wir brauchen nicht nur eine Energiewende, wir brauchen auch eine Agrarwende. Weg von der Massentierhaltung, weg von der Massenproduktion, hin zu einer nachhaltigen Agrikultur, wo das Wohlergehen der Tiere nicht nur *nice to have* ist, sondern eine Verpflichtung.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! 26 stron poświęciliście Państwo na to, żeby zapewnić świniom sympatyczny dojazd na rzeź. I co? – oczywiście mamy tu licencje dla kierowców, postulowane kolejne kontrole, skrócenie transportu do ośmiu godzin. To już ludzie dłużej jeżdżą. Nie potraficie egzekwować dotychczasowych przepisów, a chcecie wprowadzać kolejne. To jest typowe tutaj dla Państwa, dla Unii Europejskiej. Stwarzacie sami problem, najpierw zakazując uboju na miejscu, reglamentując ubojnie, wydając takie przepisy, że te ubojnie się centralizują i wskutek tego trzeba zwierzęta transportować daleko, a następnie walczyć z efektami własnych regulacji w postaci długich transportów zwierząt i wydajecie kolejne przepisy, których też nie będzie potrafili egzekwować. W dodatku, kto to mówi? To mówią ludzie, którzy u siebie mają barbarzyńskie przepisy pozwalające na mordowanie nienarodzonych dzieci i tacy barbarzyńcy będą nas pouczać na temat transportowania zwierząt? Nie, tak nie będzie. Nazywacie dziecko zlepkim komórek, a świnia nie dla Was materiałem na kielbasę, tylko jakąś czującą istotą?! Zastanówcie się ludzie, gdzie są Wasze priorytety. Ktoś mówi, że będziecie popierać zwierzęta. Mam więc nadzieję, że to zwierzęta będą głosić na tych, którzy tak robią w następnych wyborach.

Karima Delli (Verts/ALE). – (*début de l'intervention hors micro*)... Monsieur le Président, je suis réellement en colère. Plusieurs millions d'animaux subissent chaque année, en Europe, d'effroyables conditions de transport: enfermés, exploités, violents. Nous ne pouvons plus fermer les yeux sur cette maltraitance animale. Les animaux ont le droit au respect et à la bienveillance, comme les êtres humains.

L'an dernier, par exemple, plusieurs ONG ont démontré que 70 % des camions inspectés à la frontière bulgare ne respectent pas la législation européenne. Nous devons faire toute la lumière sur ces pratiques honteuses au moyen d'une commission d'enquête, même si les socialistes et les conservateurs n'en veulent pas. Il est temps pour nous de remettre au cœur de notre action le bien-être des animaux, de réduire la durée maximum de voyage et d'interdire les exportations animales de l'Union vers les pays tiers.

Chers collègues, le mot d'ordre est très simple: si vous n'avez pas compris qu'il est grand temps de défendre la vie des animaux plutôt que les intérêts de l'industrie agroalimentaire, alors vous n'avez rien compris. Maintenant, il va falloir prendre votre courage à deux mains et faire en sorte de soutenir cette commission d'enquête, parce qu'elle est proposée pour de bonnes raisons, mais surtout parce qu'elle est nécessaire et utile.

Zgłoszenia z sali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem připraven tuto zprávu podpořit a děkuji za ni autorům. Více než rok se věnuji problému transportu zvířat po Evropě z hlediska České republiky. Jsem v kontaktu s nevládním sektorem a z faktů, které mám, pane komisaři, musím říct, že můj pohled je úplně opačný od Vašeho. Váš optimismus absolutně nesdílím. A jenom informace pro Vás – z České republiky v roce 2013 bylo do Turecka vyvezeno 3 000 krav. V roce 2015 a 2016 už to bylo 78 000 krav. Zmnohonásobil se vývoz skotu z tohoto členského státu do Turecka, máme jasná fakta a informace, jak nejsou dodržovány legislativní předpisy EU, jak neprobíhá kontrola na bulharsko-turecké hranici. To jsou fakta, která Vy zde neumíte zpochybnit. Vaše Komise pro práva zvířat neudělala nic. Já jsem mnohokrát jako český poslanec EP psal Komisi informace o pašování psů a koček z České republiky do západní Evropy, nedostal jsem žádné odpovědi. Takže, prosím, věnujme právu zvířat v budoucnosti větší pozornost.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η προστασία των ζώων κατά τη μεταφορά εντός και εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης έχει αποτελέσει αντικείμενο πολλών αναφορών στην Επιτροπή Αναφορών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και είναι ένα θέμα το οποίο εγείρει ανησυχίες. Και εγείρει ανησυχίες, βεβαίως, διότι υπάρχει ζήτημα με την υγεία των ζώων και, κατ' επέκταση, με την υγεία των ανθρώπων. Ως εκ τούτου, θεωρώ ότι πρέπει να είμαστε αποφασιστικοί και οι έλεγχοι να γίνονται και στα σύνορα. Θα ήθελα, κύριε Επίτροπε, να δείτε και το θέμα που υπάρχει σε σχέση με τη μεταφορά ζώων από τα Σκόπια στην Ελλάδα. Καταρχάς, έχουμε παράνομες ελληνοποιήσεις. Εμφανίζονται τα ζώα αυτά ως δήθεν ελληνικά και από εκεί και πέρα στοιβάζονται σε φορτηγά για να μεταφερθούν από τα Σκόπια στη Θεσσαλονίκη ή στην Αθήνα. Είναι ένα σοβαρό θέμα και πρέπει επ' αυτού να παρέμβετε και εσείς. Πρέπει να υπάρξει έλεγχος στο ζήτημα αυτό.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor presidente, cada año más de cuatrocientos mil animales son transportados vivos. Y muchos de ellos, demasiados, en largas distancias sin alimentos ni agua y a temperaturas extremas. Un sufrimiento innecesario que populares y socialistas se han negado a investigar en esta Cámara, como les pedimos los verdes europeos.

Señor comisario, la regulación europea actual sobre transporte animal es absolutamente ineficiente y ni siquiera garantiza el cumplimiento de sus propios estándares. Como muestra, un dato: en 2007 los controles se han reducido a la mitad y, así, los incumplimientos se han duplicado.

Señor comisario, es el momento de obligar a los Estados miembros a cumplir con sus obligaciones y a no permitir más maltrato. Es el momento de limitar el transporte de animales y de prohibirlo cuando no garantice su bienestar.

Desde Equo, los verdes europeos seguiremos trabajando para acabar con el maltrato animal, ya sea en el transporte, en la ganadería industrial o en las macrogranjas. No más maltrato animal.

John Stuart Agnew (ENF). – Mr President, there is quite adequate legislation on animal transport: the problem is that it isn't being enforced, and here we find a cultural difference. In the north-west of Europe, there are a lot of people who are very concerned about animal welfare. In the UK we have a charity called the Royal Society for the Protection of Animals that brings private prosecutions against people who don't treat animals properly. But the further south-east you go in Europe, the more the culture changes, and they are less interested. These are the people who are expected to enforce the legislation, and they simply can't be bothered.

On another subject, in the course of my life I have offloaded thousands of sheep from lorries, and I can tell you that the ones that travel best are the ones that travel empty. They do not need to be packed full of food. If they are, then what happens on the lorry is that they go into the rumination process, with urination and defecation, and make a mess of the lorry and particularly the sheep on the lower decks. You do not need to fill a sheep full of food for it to travel comfortably.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, κάθε χρόνο μεταφέρονται εκατομμύρια ζώντα ζώα, τόσο μεταξύ των χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσο και προς τρίτες χώρες. Γνωρίζουμε όλοι ότι κατά τη διάρκεια των μεταφορών τα ζώα αυτά υποφέρουν, ταλαιπωρούνται, υφίστανται κινδύνους για τη ζωή τους και, πάνω απ' όλα, ταξιδεύουν για μακρό χρονικό διάστημα κάτω από άσχημες καιρικές συνθήκες, στοιβαγμένα σε μέσα τα οποία πολλές φορές δεν πληρούν τις προδιαγραφές. Θα μου πείτε ότι ο τρόπος με τον οποίον συμπεριφέρεται ο άνθρωπος στα ζώα είναι αποτέλεσμα του χαρακτήρα, της προσωπικότητας και του πολιτιστικού του επιπέδου. Όμως τα κράτη πρέπει να αντιμετωπίσουν το πρόβλημα αυτό. Πρέπει να θεσπίσουν προδιαγραφές, να εφαρμόσουν τις προδιαγραφές αυτές και να τιμωρούν τους παραβάτες. Επίσης, πρέπει να αποφεύγουμε τις μετακινήσεις ζώων προς τρίτες χώρες που δεν πληρούν τις προδιαγραφές. Τέλος, πρέπει να αντιμετωπιστεί και το λαθρεμπόριο ζώων. Στην Ελλάδα έρχονται παράνομα ζώα από την Τουρκία, την Αλβανία και τα Σκόπια, τα οποία δεν πληρούν τις προδιαγραφές ασφάλειας και υγιεινής και θέτουν σε κίνδυνο τη ζωή των καταναλωτών.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, ochrana zvířat během přepravy je samozřejmě citlivou záležitostí. Já souhlasím s tím, že přepravovat by se mělo maso a ne živá zvířata. Ale pokud je to nutné, pak zde musí platit přísné předpisy, přísné standardy, které EU má, a ty musí být především vyžadovány, vymáhány, musí být prováděna kontrola. Já jsem odpůrcem nových předpisů, pokud nestačíme naplňovat a prosazovat stávající předpisy, které jsou dostatečně přísné. Samozřejmě zvýšit kontrolu, kontrolovat na hranicích, to je řešením a sankcionovat ty, kteří nedodrží vzhledně podmínky pro přepravu zvířat. Zvířata by neměla trpět. Obávám se ale, že nemůžeme zakázat dopravu zvířat do třetích zemí, spíše opravdu kontrolovat a vyžadovat plnění významných ochranných standardů.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, transportul animalelor vii este o problemă reală, care nu trebuie să fie ignorată. Un transport cu încălcarea standardelor de bunăstare al animalelor va influența negativ calitatea cărnii și va afecta sănătatea consumatorilor. Statele membre trebuie să depună eforturi pentru dezvoltarea capacităților de abatorizare la nivel microregional. Scurtarea distanței și a timpului de transport dintre ferme și abatoare, dar, mai ales, dintre abatoare, centrele de procesare și desfacere este esențială pentru asigurarea de produse de calitate pentru consumatori.

Îmi exprim însă, în același timp, rezerve serioase cu privire la interzicerea exporturilor în anumite state, deoarece implică consecințe economice dezastruoase pentru fermieri. În schimb, trebuie identificate soluții viabile pentru rezolvarea deficiențelor existente și, mai ales, trebuie să ne asigurăm că regulamentele actuale sunt respectate.

În același timp, țările din Orientul Mijlociu sunt principalele parteneri comerciale pentru importul de animale vii din Uniunea Europeană. Facilitarea sacrificărilor cu respectarea standardelor religioase în abatoarele din Uniunea Europeană ar evita costuri suplimentare de transport, ceea ce ar fi profitabil atât pentru fermieri, cât și pentru consumatori.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I have listened carefully to the honourable Members' contributions and I am grateful for the various insights – and the sometimes very emotional speeches.

Let me repeat part of my own speech because, in my introduction, I talked about various 'issues' but Ms Hazekamp quoted me in a different way. I repeat: when the Court of Auditors presented its report at last December's Animal Welfare Intergroup meeting, it was clear that, despite progress achieved, there are issues that need to be addressed.

I did not say it was 100% or that we are OK. Why quote what I said in a different way? You know, I like the very simple rule 'Don't lie'!

And it is clear. We have had meetings and we have discussed the issues that were raised here, about Croatian ports and so on, and we are following the situation and having dialogues with operators. Why are you exaggerating the situation, Ms Hazekamp?

Of course I know that now is the time of the European elections and, yes, from an election point of view, your speech was quite good.

In recent meetings we have had ongoing exchanges on the current animal welfare situation and, whilst I am proud of the progress we are all making, I am aware that we need to do more. We have no chance to say 'job done'. No. The job has not been done.

I am now very worried about criminal activity – about crime and fraud – and you can see new examples of this. We need to discuss penalties and other issues, of course. But don't ignore the situation at the Commission, where we are doing a lot in the area of animal welfare. The Commission's number one priority in this area is, and will remain, better enforcement. I repeat, better enforcement. And we will continue: it is not sufficient to have a good legal framework to protect our animals if we do not ensure it is correctly applied.

However, the Commission cannot achieve better implementation and enforcement by working alone. It is up to Member States and operators: and, of course, I invite Members of the European Parliament to discuss these issues with your respective countries' governments. You have a good opportunity to organise debates at different levels. We are also debating these issues at the EU Animal Welfare Platform, and we have achieved many steps forward.

Please read once again Mr Wojciechowski's report on animal welfare from the Court of Auditors. It takes an objective view both of certain improvements and also with regard to where we can do more. That is clear. But all of us – the Commission, Member States and representatives of civil society – must work together. It is a pity that, after the emotional speeches, no one from the Green Group is in the Chamber. It would be good to continue our conversation, and not just to deliver emotional speeches.

(Applause)

I am pleased that this report makes recommendations to both the Commission and Member States. I strongly believe we share the same goal: to ensure that animals, as sentient beings, do not suffer unnecessarily. Of course it's true that we need to do more. But let us continue to work to achieve this – not blaming and shaming all the time. That is not the constructive way.

(Applause)

Jørn Dohrmann, Ordfører. – Hr. formand! Tak for kommentarerne. Tak til kommissæren også med hans ord, der siger, at der stadigvæk er ting at arbejde med. Der er tre prioriteter, som de har sat højt på dagsordenen. Vi samarbejder gerne med kommissæren. Jeg bare nødt til at sige: Vi ønsker ikke kun, at det bliver ved snakken! Det er jo derfor, vi gerne ser denne betænkning. Vi er bagud i forhold til andre lande som New Zealand og Australien. De har længe taget aktien på det her, og jeg savner lidt i den kommentar, som kommissæren kom med: Hvor blev den nye teknologi af? Hvorfor bruger man ikke ny teknologi, når man skal holde øje med dette område? Det synes jeg er vigtigt! Vi taler også om de otte timers transport. Så siger jeg jo, at det skal være så kort som muligt, og det gør jeg ud fra, at jeg ikke ønsker, at det lige pludselig skal planlægges, at alle dyr skal ud på en otte timers transport. Så derfor så kort som overhovedet muligt! Jeg har tillid til, at flertallet her i Parlamentet i dag vil sende dette stærke signal til Kommissionen, og derfor tror jeg også det er på tide, at vi står bag dyrene. Derfor vil jeg gerne sige mange tak for denne debat og tak for opbakningen indtil nu.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 14 lutego 2019 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Janusz Zemke (S&D), na piśmie. – Zgłaszam krytyczne uwagi ws. ochrony zwierząt podczas transportu w UE i poza nią. W mojej ocenie, jest niedopuszczalne, że po upływie 13 lat od wejścia w życie rozporządzenia na ten temat wciąż zdarzają się bardzo liczne przypadki złego traktowania zwierząt podczas transportu, co powoduje cierpienia zwierząt, stanowi zagrożenie dla ich zdrowia, ale także dla ludzi. Najczęstsze naruszenia obowiązujących przecież przepisów dotyczą przepełnienia i niedostatecznej przestrzeni przeznaczonej dla zwierząt podczas transportu, nieprzestrzegania okresów pojenia i karmienia zwierząt oraz czasu podróży. Zjawiska te są wysoce niepokojące. Wzywam Komisję Europejską i podległe jej służby do twardego egzekwowania obowiązujących przepisów.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Mon intervention sur ce thème qui m'est cher est le résultat d'un engagement de longue date, puisque je fais partie de la poignée de députés à l'origine de la demande de création d'une commission d'enquêtes sur le transport d'animaux vivants. Bien que je regrette le refus qui nous a été opposé, je n'en salue pas moins le travail de mes collègues sur ce rapport de la plus haute importance.

Car de quoi s'agit-il ? De quelque 37 millions de veaux, vaches et moutons qui transitent chaque année sur les routes européennes au prix de souffrances effroyables. Ces trajets, allant parfois jusqu'à soixante-dix heures, sont souvent marqués par le manque cruel d'hydratation, d'espace et d'oxygène. En 2016, une vidéo d'Eurogroup for animals avait déchiré le voile de ces abus atroces.

Las, je crains que ce énième rapport parlementaire ne demeure lettre morte, faute de volonté politique réelle, non seulement de faire appliquer sur le territoire de l'Union la législation existante, mais également d'imposer à nos partenaires commerciaux des standards similaires. A l'heure où Bruxelles s'apprête à inonder le marché européen de viande étrangère, notamment brésilienne, cette dernière exigence semble destinée à rester un vœu pieux.

7. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts durch die Entwicklung der Zollunion der EU und ihrer Governance (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Virginie Rozière w imieniu Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów w sprawie zwiększenia konkurencyjności rynku wewnętrznego dzięki pogłębieniu unii celnej UE i zarządzaniu nią (2018/2109(INI)) (A8-0059/2019).

Virginie Rozière, rapporteure. – Monsieur le Président, mes chers collègues, je vous présente aujourd'hui un rapport d'initiative sur une politique qui est certes technique, mais qui n'en reste pas moins essentielle à notre Union: la politique douanière.

Cette politique est un des fondements du marché intérieur et elle est tellement intégrée à l'Union européenne qu'on oublie parfois son importance. Or – le Brexit en est d'ailleurs un cruel rappel – l'union douanière et son bon fonctionnement sont absolument vitaux pour l'Union européenne. Et ce rapport d'initiative s'inscrit dans une série d'initiatives législatives et non législatives relatives au code des douanes de l'Union, notamment les rapports de mes collègues Selimovic, Grapini et Pospíšil.

Le code des douanes tel que nous l'avons voté en 2013 prévoyait à l'époque la mise en place d'une architecture informatique pour mettre en œuvre, à compter de 2020, l'année prochaine, des procédures douanières dématérialisées au niveau européen. De manière tout à fait regrettable, nous avons été contraints de proroger ce délai à 2025, dans le cadre du rapport Selimovic, en raison des retards pris par la Commission et par les États membres, pour développer et mettre en place les applications informatiques nécessaires à ces procédures douanières 100 % en ligne. C'est dans ce contexte que s'inscrit le rapport dont nous discutons aujourd'hui.

Ce rapport insiste d'abord sur le caractère prioritaire de la mise en œuvre du code communautaire des douanes. Voici plus de dix ans que la réforme a été lancée par la Commission en 2008 et cette réforme n'est aujourd'hui toujours pas pleinement opérationnelle. Et il doit être bien clair que les nouveaux délais octroyés aux États membres et à la Commission, respectivement 2023 et 2025, pour achever l'architecture informatique ne sont pas indicatifs et que tout nouveau décalage est absolument proscrit. Alors pour respecter ces délais, le rapport dont nous discutons en ce moment demande à la Commission d'intégrer les contraintes et les méthodes de planification et de conduite de projets classiques – je dirais – mais qui gagneraient à être effectivement mises en œuvre: une définition définitive des spécifications, l'établissement de jalons pour faciliter la prise de décision et des rapports établis de manière claire et permanente. À ce propos, le rapport spécifique de la Cour des comptes européenne a bien montré que ces éléments, pourtant essentiels à la conduite de projets, ont jusqu'à présent fait défaut et à mon sens, leur absence explique pour une large part le fait que les objectifs ne soient aujourd'hui toujours pas atteints.

Plus largement, le rapport dont nous discutons appelle à une gouvernance renforcée du programme «Douane 2020» et des futurs programmes «Douanes», notamment pour les projets d'ampleur. Pour cela, il invite la Commission à revoir, à l'issue – mais seulement à l'issue – de la mise en œuvre des 17 outils informatiques, l'ensemble de la gouvernance des douanes, justement en prenant appui sur le rapport de la Cour des comptes européenne que je viens de mentionner. Donc, à ces fins, le rapport que je vous présente encourage également la Commission à continuer ses réflexions et ses travaux sur l'outil relatif aux performances de l'union douanière, comme nous invitons la Commission à œuvrer pour une application uniforme de la législation douanière sur l'ensemble du territoire douanier européen.

On a également eu le retour d'un certain nombre d'opérateurs économiques et d'administrations douanières, qui nous indiquent que la mise en œuvre du code des douanes n'est pas suffisamment uniforme aujourd'hui au niveau de l'Union, ce qui entraîne bien entendu, d'abord, une incertitude potentiellement coûteuse pour les opérateurs économiques, mais aussi et surtout des risques pour l'intégrité et le bon fonctionnement du marché intérieur. Et je souhaite que, par ce rapport, la Commission et les États membres s'attachent à assurer une mise en œuvre uniforme, comme je le disais, de ces procédures douanières en recourant à l'échange de bonnes pratiques, aux actions conjointes entre administrations douanières et par l'établissement de guides pratiques pour renforcer les capacités des États membres les moins performants sur ces questions.

Enfin, et c'est un point qui doit être important pour nous tous, le Parlement doit être pleinement informé de l'état d'avancement et de mise en œuvre du programme «Douane 2020» et du code des douanes. Nous demandons donc que la Commission et les États membres, pour ce qui relève de leur responsabilité, améliorent encore davantage l'information dont nous disposons pour assurer pleinement le contrôle parlementaire sur ce programme de plus de 850 milliards d'euros, sur une politique essentielle – encore une fois – de l'Union européenne, qui a de si nombreuses implications: le Parlement doit être pleinement associé, y compris en cas de difficulté.

Je remercie les rapporteurs fictifs et les collègues qui ont largement soutenu ce rapport et j'espère qu'il sera tout autant soutenu en plénière et qu'il sera entendu par la Commission et les États membres.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable ladies and gentlemen, dear Members, on behalf of Commissioner Moscovici, who cannot be here today, I am happy to present and to be here to discuss with you ways to improve the competitiveness of the internal market by developing the Customs Union. Of course, we would like to thank the rapporteur, Ms Rozière, for her report and for the work on this subject.

The importance of the Customs Union for the internal market and for the competitiveness of EU companies is, of course, clear. Goods can flow freely, quickly and safely within the European Union thanks to common customs rules at EU external borders. And, at the same time, the EU, the Member States, acting as one single trading bloc in trade negotiations with third countries, have a far stronger position than any Member State alone – as we've seen this week, for instance.

I would also like to thank you for acknowledging the Customs Union's vital role and the work carried out by customs administrations in your report. As the report notes, it is vital that the Customs Union ensures the competitiveness of European business, especially the SMEs, while at the same time protecting the EU's revenue sources and allowing the flow of goods at our external borders.

Balancing these objectives is the main goal of the Union Customs Code (UCC). The UCC has been the main legal framework for customs rules since 2016 and it aims to eliminate paperwork and fully automate all customs processes. It also provides for a greater electronic integration between the Member States and it facilitates trade by speeding up customs control.

I welcome the reference made in the report to the major progress already achieved over the last 20 years in the digitalisation of our customs processes. The current work is about building and expanding on the existing well-functioning electronic systems. For that reason, the UCC electronic work must proceed carefully, step by step. The new systems will only replace the old ones when they have been fully tested and when they can be launched easily with no disruption to trade.

Thanks to the provisional agreement reached in trilogue on the proposal to amend Article 278 of the UCC, the Commission and Member States will have the time necessary to complete their work on the 17 UCC electronic systems. Most systems will in fact be completed by the previously established deadline of 2020. However, for some of them it is necessary to allow extensions up to 2022 for the three national systems and up to 2025 for six trans-European systems. We have proposed these extensions to the Commission to allow traders and Member States to prepare in an efficient way. We believe that the work can now proceed in a smoother way in line with a carefully calibrated and agreed timeline. And, as you request in your report, I can assure you that the Commission's work programme for the customs IT projects will be regularly updated to take account of the new deadlines. And, besides, we will of course regularly inform Parliament of the progress of the customs electronic projects through regular reports. Greater transparency here is, of course, in everybody's interest: for you, for the economic operators and for the general public.

The Commission already produces annual reports in a technical format on the multiannual strategic plans for customs electronic systems and this form of reporting will continue. And, in addition, under the provisional agreement reached in the trilogue, the Commission will provide a second more strategic annual progress report with the remainder of the work related to the development of the 17 UCC electronic systems.

So let me conclude by saying that we will give careful consideration to all the suggestions you made in your report and we intend to address all the customs issues highlighted by this House.

Nicola Danti, *relatore per parere della commissione per il commercio internazionale*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario Malmström, fatemi ringraziare in apertura la collega Virginie Rozière per l'ottimo lavoro svolto su questa relazione.

In qualità di relatore della commissione per il commercio internazionale, vorrei mettere in evidenza alcune considerazioni nel merito del testo. In primo luogo, per presentarsi come partner credibile quando si negoziano accordi commerciali con paesi terzi, l'Unione europea deve disporre di un'Unione doganale pienamente operativa che agevoli gli scambi e che riduca gli oneri amministrativi, in particolare per operatori piccoli e per le PMI.

In secondo luogo, credo che la tutela dei cittadini e dei consumatori passi innanzitutto dalla capacità che abbiamo di controllare i prodotti che entrano e circolano nel mercato unico, in modo da assicurare il rispetto delle norme e degli standard, sia da parte delle imprese europee che da parte delle imprese extraeuropee. Questo deve avvenire indipendentemente da quale sia il paese o il porto d'accesso, e per fare ciò abbiamo bisogno di armonizzare quanto più possibile le procedure doganali, il livello e la qualità dei controlli, nonché le politiche sanzionatorie, ostacolando con forza il fenomeno del «port-shopping». In tale contesto la prospettiva deve essere quella di sempre maggior trasferimento di responsabilità dalle autorità doganali nazionali alle autorità doganali europee.

In terzo luogo, la digitalizzazione rappresenta una grande opportunità, perché ha il potenziale di rendere più trasparenti e accessibili lo scambio di informazioni e il pagamento dei dazi, oltre ad essere un potente strumento per combattere la corruzione alle frontiere.

Infine, colleghi, tengo a ribadire che il processo della Brexit non dovrà comportare effetti negativi sullo sviluppo o sulla governance delle dogane dell'Unione europea, nonché sull'integrità del mercato unico.

Adam Szejnfeld, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Unia celna jest jednym z fundamentów funkcjonowania Unii Europejskiej jako takiej. Jej sprawne działanie ma zasadniczy wpływ między innymi na finanse Unii Europejskiej, na działalność przedsiębiorców, na bezpieczeństwo konsumentów, co jest bardzo ważne, ale także na handel zagraniczny Unii Europejskiej z państwami trzecimi, no i – to, co jest przedmiotem naszego sprawozdania – także na konkurencję, tą, która występuje wewnątrz. Dlatego w sposób oczywisty – my jako Parlament Europejski – musimy zajmować się nie tylko postrzeganiem sprawności funkcjonowania Unii celnej, ale także zachęcać Komisję do modernizowania tejże. W tym zakresie na pewno występuje kilka ważnych wyzwań. Pierwszym, o którym tu było dużo mowy, są nowoczesne technologie informatyczne. Mamy tutaj opóźnienia. Trzeba je wyeliminować, ale zgadzam się z p. komisarz, warunkiem bezwzględnym jest bezpieczeństwo nowych systemów, a nie czas ich wprowadzenia. Inną kwestią jest unifikacja interpretacji w państwach członkowskich. Musimy mieć wszędzie, w całej Unii, te same podejście do unii celnej. I ostatnia kwestia, Panie Przewodniczący, co jest chyba oczywiste, ale warto o tym wspomnieć, największym wyzwaniem dzisiaj jest brexit. To będzie egzamin dla Unii Europejskiej, jeżeli chodzi o unię celną.

Daniel Dalton, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I very much welcome this report. We've been working for a long time in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) to try and improve customs procedures and the efficiency of trade in Europe. So I strongly support the emphasis on the need for better IT systems to smooth the work of customs authorities and also its call for better managed roll-out of new IT projects by the Commission, working closely with national bodies.

Technology, when properly utilised, has the ability to massively reduce the costs and administrative burden of customs procedures in future. Parliament has recognised this for some time, but the Commission has taken eight years to roll this out and also appears reluctant to look at technological solutions in some of the new customs borders that may emerge in the next few weeks, even though there is a clear case for it.

In concrete terms, using technology means cheaper goods for consumers and lower costs of business for traders. The rest of the world is pushing on with tech solutions to customs issues. As trials have already demonstrated, technologies like blockchain have huge potential for even simpler and more secure customs procedures, but we can also help customs authorities by raising the *de minimis* threshold for e-commerce to the physical limit, not reducing it to zero.

Overall, creating a single secure digital place for all parts of the process is the long-term goal, but we're not quite there yet. As the repeated delays to the implementation of new IT systems in the EU have already shown, getting the Union Customs Code (UCC) going has been a torturous process. But I support the message of this report, which is too important to give up on. The importance of smooth trade flows is too valuable to let technical snags hold up the process for too long.

Jasenکو Selimovic, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would just like to start by thanking the rapporteur, Ms Rozière, the shadow rapporteurs and the Commission for the good cooperation on this on this report. In order to ensure that we as consumers and citizens of the EU have access to the best, most priceworthy products at all times, it is necessary to ensure that the internal market functions as efficiently as it can, in order to allow trade with the rest of the world and in order to allow distribution across the Union.

As has been mentioned, we have already achieved the agreement on when to digitalise the Union code as fully as was planned from the beginning. But by implementing this opinion, we make sure that the whole custom procedures regulating the market are made as efficient as possible. A functional Customs Union is one of the cores of the Union. By easing bureaucratic burdens and investing in better digital infrastructure, we will improve competitiveness on the market, trading conditions for companies and products for consumers. However, as in most European projects, everything is about the implementation. Therefore, I think this initiative is a necessary step for the creation of a truly seamless Custom Union and single market. This will allow our companies in the Union to take part in a healthy competition, allow us better trade with the rest of the world, be also open to the very investors abroad coming to the Union and increasing competition allows for the best merchandise and products of the season on the internal market, thus ensuring improved quality of the goods that we are buying on an everyday basis. That's why I welcome the report and congratulate my colleagues on doing it.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, it was interesting to read this report as you seem to have more confidence in Britain leaving the European Union than both the UK Government and Mr Robbins, Theresa May's negotiator. Whereas Recital I identifies that the UK will leave the European Union, Ms May and her negotiator are giving out completely different messages. The latest on the table is the complete fudge of membership of the Customs Union. With it comes permanent loss of sovereignty; we will be leaving in name only.

It is now the overwhelmingly popular view of the British people that we must leave the EU without a deal. You could have had a sensible deal based solely on trade but you cling on to hopeless faith that Britain will change its mind, that we will vote again and again and again. That may have worked with Ireland but it won't work with the United Kingdom.

The clock is ticking down to 29 March. You have time to change your minds and create a deal based solely on a free trade agreement. The eurozone is heading into recession and it will be by your actions that you push it over the edge.

(The speaker declined to take a blue-card question from Charles Tannock)

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, Frau Kommissarin! Eins ist klar, auch wenn der britische Kollege, der hier gerade viel Unsinn erzählt hat, jetzt rausgeht: Es geht bei diesem Bericht nicht um den Brexit. Und es ist leider auch nicht so, dass Großbritannien wegen der Europäischen Union ausgetreten ist, sondern weil Leute wie er, Herr Aker, Dinge erzählt haben, die sie heute nicht einhalten können. Wer heute die Zeitungen in Großbritannien liest, sieht, dass Ford das Vereinigte Königreich verlassen will, gerade weil es eben diesen ungeregelten Brexit zum 29. März nicht haben möchte. Und Ford ist nur eins von vielen Unternehmen, die in Großbritannien nicht Ferien machen wollen, sondern arbeiten wollen. Deswegen sollte sich der Kollege von da drüben mit der Sache besser beschäftigen, wenn er sich hier zur Sache äußert.

Aber richtig ist natürlich, Herr Präsident – und damit bin ich jetzt schon ein bisschen weit in der Zeit fortgeschritten –, die Europäische Union hat über die Zölle mit anderen Ländern der Welt insgesamt 3 700 Milliarden Euro im Jahr 2017 eingenommen und damit 15 % ihres Haushalts decken können. Das ist ein beträchtlicher Wert. Da kann man der Kommissarin nur gratulieren, dass das immer wieder gelingt, auch mit interessanten Deals nicht nur die Einnahmen über die Zölle zu steigern, sondern eben auch dazu beizutragen, dass europäische Unternehmen auf dem Weltmarkt eine Chance haben.

Unser Schattenberichterstatte Adam Szejnfeld hat darauf hingewiesen, dass das für die Zukunft nur dann einfach gelingen wird, wenn die Unternehmen in die Lage kommen, endlich auch digital die Dinge abzuwickeln. Da gibt es einiges zu verbessern. Das haben wir in anderen Berichten schon gemacht – das wird hier zu Recht angesprochen. Da müssen die Mitgliedstaaten liefern.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Voorzitter, een goedwerkende douane-unie is natuurlijk cruciaal voor een goedwerkende Europese Unie. Doeltreffende controles en zeker ook eenvoudige, toegankelijke en transparante procedures zijn hierbij belangrijk, en zeker voor onze kmo's.

Ze worden echter op de lange baan geschoven door vertraagde ingebruikname van essentiële elektronische systemen. En dat is teleurstellend.

Als je weet dat momenteel één op de veertig banen in Vlaanderen afhangt van de export naar het Verenigd Koninkrijk, dan is het, in het bijzonder voor de Vlaamse havens, belangrijk dat er vanuit Europa een goede samenwerking wordt opgezet met de Britse douanediensten, en zeker ook na de brexit. In 2017 was de import in en de export uit de Europese Unie goed voor 3 700 miljard euro. En bovendien is er ook een toenemende online-consumptie.

Bijkomende inspanningen zijn dus broodnodig om alle uitdagingen aan te gaan. Verschillen in het niveau en de kwaliteit van de controles, procedures en sancties zijn niet aanvaardbaar. En als een van de grootste handelsblokken ter wereld – ik sluit af, voorzitter – moeten we uitblinken in geloofwaardigheid, efficiëntie en ook een hoog niveau van consumentenvertrouwen.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly I listened very carefully to what the Commissioner and also the rapporteur, Ms Rozière, said, and I must say that I agree 100%.

Obviously, we need to have uniform application, because without it it's going to be costly for businesses – it can lead to greater fraud, etc. And of course the electronic system needs to be developed to ensure that happens. Indeed, in the broader front, I think in the next mandate in particular, we should put huge emphasis on combating fraud in so many different ways. It should be a priority for the next Commission.

I agree also with what has been said about Brexit, but at the same time, one hopes that we will get a deal on Brexit and that it will be an orderly withdrawal, because anything else would be absolutely ridiculous. Finally, I just want to say that we are now talking constantly about completing the customs union, completing the single market and completing the banking union – I look forward to the day when a Commissioner can stand up here and see 'Hallelujah, we have them completed!'.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, η τελωνειακή ένωση αποτελεί, όπως πολλοί τόνισαν σήμερα, θεμελιακή βάση για την ολοκλήρωση της ευρωπαϊκής κοινής αγοράς με κοινούς –τονίζω– κανόνες. Η έκθεση αυτή, λοιπόν, αναδεικνύει τις προκλήσεις για καλύτερη λειτουργία της τελωνειακής ένωσης, ιδιαίτερα στο ψηφιακό επίπεδο.

Τούτων λεχθέντων όμως, θα περάσω στο θέμα των τρίτων χωρών και θα επιμείνω στο θέμα της Τουρκίας, απευθυνόμενος σε εσάς, κύριε Επίτροπε. Υπάρχουν νομικές υποχρεώσεις της Τουρκίας στο πλαίσιο της Τελωνειακής Ένωσης. Οι υποχρεώσεις είναι προς την Ευρωπαϊκή Ένωση και αφορούν ιδιαίτερα την Κυπριακή Δημοκρατία: ομαλοποίηση των σχέσεων με αποχώρηση του κατοχικού στρατού, αναγνώριση της Κυπριακής Δημοκρατίας και πολλά άλλα. Σας ερωτώ, λοιπόν, ευθέως ενόψει και των εκλογών: πώς θέλετε να σας εμπιστευτούμε ότι προβάλλετε τους κοινούς κανόνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης που όλοι συμμερίζομαστε, εάν προωθείτε αναβάθμιση των εμπορικών σχέσεων με την Τουρκία χωρίς να εκπληρωθούν πρώτα οι υποχρεώσεις της προς την Ευρωπαϊκή Ένωση;

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η ανάπτυξη της Τελωνειακής Ένωσης είναι κάτι σημαντικό για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Θέλω, όμως, να θέσω εδώ το θέμα της τελωνειακής απάτης. Αυτήν τη στιγμή, έχουμε καταγγελίες για παράνομες εισαγωγές αλκοόλης από τη Βουλγαρία στην Ελλάδα, με αποτέλεσμα να μην μπορεί πλέον να λειτουργήσει η τοπική βιομηχανία ούζου και τσίπουρου. Έχουμε μαζικές παράνομες εισαγωγές, με αποτέλεσμα να διαμαρτύρονται οι ποτοποιοί. Ήμουν σε περιόχες της Λάρισας και έχω δεχθεί αυτές τις καταγγελίες.

Το δεύτερο θέμα είναι ότι πρέπει να υπάρξει σαφέστατος έλεγχος τόσο στα σύνορα Ελλάδας-Αλβανίας όσο και στα σύνορα Ελλάδας-Σκοπίων, διότι και από εκεί γίνεται παράνομη εισαγωγή τσίπουρου και, βέβαια, γίνονται ελληνοποιήσεις προϊόντων: γάλα εισαγόμενο από την Αλβανία εμφανίζεται ως ελληνικό. Γίνονται ελληνοποιήσεις κρεάτων: κρέατα που εισάγονται από τα Σκόπια εμφανίζονται ως ελληνικά. Αυτές οι τελωνειακές απάτες πρέπει να αντιμετωπιστούν.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, mes chers collègues, Madame la Commissaire, je vais être à contre-courant. Je vais faire un plaidoyer pour les droits de douane pour un marché coopératif car, effectivement, d'un point de vue technique, si vous avez un marché unique avec une monnaie unique, vous avez l'avantage comparatif, et l'avantage comparatif fait que le fort devient de plus en plus fort, et le faible de plus en plus faible.

Alors vous avez deux solutions techniques pour régler le problème. Vous avez la solution de la zone de transfert, le budget fédéral pour la zone euro, par exemple, c'est une solution. Vous avez une deuxième solution pour équilibrer le marché intérieur et faire un marché coopératif, ce sont les droits de douane. Et vous avez la solution, d'ailleurs mixée, de faire à la fois un budget de type fédéral de transfert et d'appliquer les droits de douane.

Vous devez penser à l'harmonie du marché intérieur, et pas simplement à la compétition et à la concurrence.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, aici s-a spus despre faptul că uniunea vamală are un caracter prioritar. Da, doamna comisar a început pledoaria spunând că, sigur, competitivitatea pieței interne depinde de modul în care funcționează uniunea vamală, codul vamal.

Eu sunt raportor pentru programul „Vamă” și vom avea dialog în 7 martie și nu mai vreau să se amâne; dar, dacă nu vom avea și informatizare, și norme comune de verificare a mărfurilor, nu putem să vorbim de competitivitate, dar nu putem să vorbim de siguranța produselor, nu putem să vorbim de protecția consumatorilor, nu putem să vorbim de o competiție corectă în piață și nici de o diminuare a corupției, pentru că trebuie să știm că, în vămi, există această corupție pentru a se trece produse care sunt neconforme.

De aceea, doamnă comisar, vă rog foarte mult: insistați! Avem de negociat cu Comisia un punct în raportul meu și nu voi ceda la acest lucru. Vreți să ni se taie din buget, dacă Brexitul se va concretiza? Dacă tăiem din buget, nu va funcționa niciodată uniunea vamală.

(Koniec zgłoszeń z sali)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, thank you for this important debate. As Trade Commissioner, I am more than aware of the importance of a functioning, transparent, smooth and fully trustworthy customs system. It has to be safe. It has to be predictable. It has to be state of the art and very modern. And we are working towards this. This is, of course, very important for the internal market as well.

I know that there is frustration about the extension of the transitional period for the full completion of the IT system. We have been fully transparent in this regard by regularly updating and publishing information on the planning schedule for the electronic systems, after consultation with Member States and economic operators. Also, following your request, last year the Commission published a comprehensive report on the state of play of the implementation of the Union Customs Code (UCC). In this report we announced and explained why additional time was needed for the completion of some of the electronic systems. But I do acknowledge that a more strategic report on the progress of the electronic systems and on ways to address any possible delays will further increase transparency. That is why the Commission has undertaken to report to Parliament on the progress regarding the completion of the work on the electronic systems on an annual basis.

Concerning Brexit – I think those concerned have left – but as of the withdrawal date the UK will become a third country, as you know, and that implies that the Union Customs Code will apply to trade goods coming from the UK. There are no derogations foreseen and it is the case today. The implementation of the Code falls under Member States' competence. We understand that they have taken measures with a view to staffing, infrastructure and IT systems necessary after the UK withdrawal.

However, of course, withdrawal of the UK without an agreement clearly carries risks and the Commission is in active discussion with Member States on these issues.

I would like to thank the rapporteur again and also the other members of the Committee who have helped to highlight the very important issues related to the Customs Union and its functioning. You can be assured that I will convey your comments and suggestions and questions to Commissioner Moscovici.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Virginie Rozière, rapporteure. – Monsieur le Président, je voulais à nouveau remercier l'ensemble des collègues pour leur participation au débat, leurs apports, leurs contributions, avec un mot en particulier, bien sûr, pour mes collègues rapporteurs fictifs avec lesquels le travail est extrêmement fructueux sur ce rapport. Je vous remercie également, Madame la Commissaire, pour les réponses que vous avez apportées.

Nous dressons un constat en grande partie partagé, je pense, et nous partageons également les voies d'amélioration pour faire en sorte que l'union douanière, le code des douanes et l'ensemble des systèmes qui doivent concourir à sa mise en œuvre totalement dématérialisée à l'avenir soient développés et qu'on arrive à tenir les nouveaux délais que nous nous sommes collectivement fixés.

En tout cas, merci pour vos réponses encourageantes, j'espère et je pense que le rapport dont nous avons discuté recueillera une large majorité et qu'il pourra constituer une base de réflexion commune pour construire ensemble une union douanière performante. Nous en avons besoin. Rappelons-nous que c'est un socle peut-être trop souvent méconnu et pourtant fondamental de notre Union européenne.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, 14. Februar 2019, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Unia celna jest jednym z najwcześniejszych osiągnięć UE i ma podstawowe znaczenie dla zagwarantowania wiarygodności i pozycji negocjacyjnej UE w zakresie zawierania umów handlowych. W praktyce unia celna oznacza, że organy celne wszystkich 28 państw członkowskich UE współpracują ze sobą tak, jakby były jednym organem. Stosują one te same taryfy celne w odniesieniu do towarów przywożonych na ich terytorium z zagranicy i nie stosują taryf na rynku wewnętrznym. Jednolity rynek UE byłby niemożliwy do osiągnięcia bez zniesienia ciał oraz roli, jaką odgrywa unia celna w nadzorowaniu importu i eksportu. Standaryzacja informacji i procesów celnych odgrywa kluczową rolę w ujednolicaniu kontroli, zwłaszcza w odniesieniu do zjawisk, takich jak niewłaściwa klasyfikacja i zaniżanie wartości towarów importowanych oraz błędne zgłaszanie ich pochodzenia. Takie błędy są szkodliwe dla wszystkich podmiotów gospodarczych, a w szczególności dla małych i średnich przedsiębiorstw. Organy celne muszą osiągnąć wymaganą równowagę pomiędzy ułatwieniem legalnego handlu, kontrolami celnymi chroniącymi obywateli, zwierzęta i środowisko naturalne w Europie, budowaniem zaufania konsumenta do towarów wprowadzanych na rynek wewnętrzny a unijnymi interesami handlowymi. Import i eksport UE wyniósł w 2017 r. 3 700 mld EUR, a pobrane cła stanowiły 15% budżetu UE.

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Die Lage in Tschetschenien und der Fall Ojub Titijew

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zur Lage in Tschetschenien und zum Fall Ojub Titijew (2019/2562(RSP)).

Rebecca Harms, Verfasserin. – Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wegen einer konstruierten Anklage sitzt der Direktor von Memorial in Tschetschenien seit einem Jahr im Gefängnis. In dem Schauprozess gegen Ojub Titijew drohen ihm bis zu zehn Jahre Gefängnis. Unsere Sorge gilt ihm ganz besonders, weil seine Vorgängerin von Memorial in Grosny 2009 ermordet wurde. Diese Entschließung ist auch eine Erinnerung an Natalja Estemirowa. Ojubs Familie wird permanent bedroht, seine Kolleginnen bei Memorial sehen sich auch von einer immer stärkeren Verfolgung, direkter Gewalt und Kriminalisierung bedroht.

Memorial ist Träger des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments, und wir sind in einer großen Mehrheit in diesem Haus der Überzeugung, dass wir mehr Verantwortung für unsere Preisträger übernehmen müssen. Wir fordern deshalb ganz zentral, den Europäischen Auswärtigen Dienst – unsere Botschaft – auf: Kümmern Sie sich um diesen Fall! Und wir fordern die russischen Behörden auf: Lassen Sie die Anklagen fallen und lassen Sie Ojub Titijew frei!

Jaromír Štětina, Autor. – Pane předsedající, být ředitelem pobočky Memoriálu v Grozném je nebezpečné povolání. Vzpomeňme na Natalji Estěmirovovou, předchůdkyni Titjeva, která byla v roce 2009 zavražděna. Titjev čeká na rozsudek, který jej může poslat na deset i více let za mříže. Dnešní čečenský prezident Kadyrov, dosazený po druhé čečenské válce Putinem, zavedl v Čečně režim bezpráví. V tomto režimu se Titjev a jeho organizace, které jsme před deseti lety udělili Sacharovovu cenu, snaží chránit ty, jejichž životy jsou ničeny.

Pracoval jsem několik let jako novinář v první i druhé čečenské válce. Viděl jsem, jakých zločinů se dopouštěla 58. ruská armáda. Ve válce zabila 80 tisíc civilních obyvatel, zničila kolem 200 vesnic, tři města, zničila infrastrukturu země, vyhnala do diaspory polovinu čečenského národa. Mnoho mých přátel padlo nebo bylo zabito včetně Anny Politkovské, mé kamarádky, s níž jsem pracoval ve druhé válce. Režim Kadyrova dodnes tyto válečné zločiny adoruje. Titjevovo hnutí Memoriál považuje za nepřítele.

Jsem rád, že pan Titjev získal v loňském roce cenu českého prezidenta Václava Havla, kterou uděluje Rada Evropy. Titjev musí být bezpodmínečně propuštěn.

Helmut Scholz, Verfasser. – Herr Präsident! Zweifellos stehen Russland und insbesondere die Führung der Teilrepublik Tschetschenien in der Pflicht, die Grund- und Menschenrechte einzuhalten. Dazu haben sie sich nicht zuletzt durch internationale Abkommen und UN-Vereinbarungen verpflichtet, gerade auch als Mitglied des Europarates und Unterzeichnerstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Leider zeigt das Schicksal von Ojub Titijew, Chef des Büros der russischen Nichtregierungsorganisation Memorial in Tschetschenien, hier eine gravierende Verletzung und ist leider offensichtlich nur die Spitze eines Eisbergs besorgniserregender Menschenrechtsverletzungen durch die tschetschenischen Machthaber.

Unsere Fraktion und ich teilen den Ansatz der gemeinsamen Entschließung, endlich die koordinierten Angriffe auf Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten zu beenden, Nichtregierungsorganisationen entsprechende Möglichkeiten der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen einzuräumen und zugleich alle rechtlich verbrieften demokratischen Rechte – einschließlich der sich aus den internationalen Abkommen ergebenden Pflichten für die staatlichen und gesellschaftlichen Organe – ungehindert auf der Grundlage geltenden Rechts der Russischen Föderation zu garantieren und umzusetzen. Dazu gehört die unverzügliche Freilassung von Ojub Titijew.

Daniele Viotti, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, della Cecenia ci siamo già occupati troppe volte in quest'Aula, in questo Parlamento, non ultimo l'ottobre scorso, per cui io mi unisco alle parole di tutti i colleghi che hanno scritto questa risoluzione.

Vorrei però usare questo minuto per ricordare la memoria di Assil Belalta. Assil Belalta era un ragazzo di ventun anni che è stato ucciso, sgozzato, in Algeria qualche giorno fa. Col suo sangue, nella sua stanza del collegio, è stato scritto «He is gay», come se questa fosse una colpa. È stato ucciso in Algeria un ragazzo ventun anni, che studiava medicina, che era al terzo anno di medicina, perché è gay. Noi dobbiamo opporci a questo, ed è stato ucciso dopo due settimane che il presidente dei magistrati algerini aveva detto: «noi ci opporremo a qualunque legge contro l'omofobia».

Allora, l'Europa deve opporsi a tutto questo, noi non possiamo sopportare quello che succede in Cecenia, non possiamo sopportare quello che succede in Algeria, non possiamo vedere ancora delle vittime omosessuali da parte di regimi che sono dittatoriali. Non possiamo più permetterlo. Le mani dei politici e dei mass media algerini sono sporche del sangue di Assil.

Marietje Schaake, *author*. – Mr President, the Chechen director of Sakharov prize-winning Memorial, Oyub Titiev, has been in prison for over a year now on trumped-up charges, and we expect a verdict any day now. The risk that human rights defenders in Chechnya are taking is illustrated by the fact that Titiev's predecessor, Natalya Estemirova, was brutally murdered, and others face constant threats and intimidation.

So today we call for the release of Oyub Titiev and the dropping of charges, and we urge the Chechen authorities to respect their own laws and constitution and at least every citizen's human and legal rights. The harassment of NGOs and journalists really has to stop, but we also need to hold to account the perpetrators of the worst human rights violations through a European 'Magnitsky Act'. It is urgent. I call on celebrities who think it is fancy to take money from a dictator to perform or to be present to stop doing that and to consider the money they make that way dirty money.

Charles Tannock, *author*. – Mr President, it is now over a year since Oyub Titiev was arrested on trumped-up drug charges, clearly targeted in response to his continued actions in documenting and exposing human rights abuses in Chechnya. The Russian federal authorities have so far failed to investigate the extrajudicial killing of 27 men two years ago, and Titiev, Head of the Chechen Memorial Office remains in pre-trial detention a year after his arrest.

Russia has international commitments to protect human rights defenders, and they should take heed of the OSCE report that calls for Mr Titiev's trial to be moved out of Chechnya and for him to be released immediately. It's also time for the ICC to carry out meaningful investigations into the alleged crimes against humanity during the second Chechen war. These persistent human rights abuses under the watch of President Kadyrov cannot be allowed to continue unchecked. It is a disgrace.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, mon groupe politique s'est beaucoup battu pour avoir une résolution sur le cas d'Oyoub Titiev, puisque cela fait déjà plus de treize mois que ce défenseur éminent des droits de l'homme est derrière les barreaux, sur la base d'accusations clairement fabriquées. Son procès, qu'on ne peut pas qualifier autrement que de ridicule, touche à sa fin. Alors, c'est plus que jamais le moment de faire entendre notre voix.

Si Oyoub Titiev est en prison aujourd'hui, ce n'est que parce qu'il a refusé de se prosterner devant M. Kadyrov et a continué à signaler les violations des droits de l'homme dans la région. Avec ce cas, inventé de toutes pièces, le but de M. Kadyrov est de réduire au silence cette dernière voix critique envers son régime.

Je vous rappelle que Memorial est la dernière organisation non gouvernementale opérant en Tchétchénie, le leader tchétchène s'est en effet assuré de les expulser une par une.

De plus, nous avons tous entendu dire, à la fin de l'année dernière, que la région sera bientôt un territoire interdit aux défenseurs des droits de l'homme, qu'il place dans la même catégorie que les terroristes et les extrémistes.

Je crois donc que le moment est venu pour M. Poutine de sauver son honneur et d'utiliser le peu d'influence qu'il a encore en Tchétchénie pour libérer M. Titiev.

Pavel Svoboda (PPE). – Pane předsedající, paní komisařko, dnes požadujeme okamžité propuštění ředitele čečenského kanceláře lidskoprávní organizace Memoriál Ojuba Titjeva, který je mimo jiné nositelem ceny Václava Havla a je zadržován na základě vykonstruovaných důkazů. Ale u jeho propuštění to nesmí skončit. Evropská unie musí přijmout evropskou obdobu Magnitského zákona. Nikdo z těch, kdo jsou odpovědní za porušování lidských práv v Rusku a Čečensku, nesmí mít nárok na udělení vstupního víza nebo možnost získat majetek na území EU. Je totiž zřejmé, že ruské ani čečenské orgány nejsou ochotny na svém území dodržovat lidská práva ani ta, ke kterým se samy zavázaly. Členství Ruska v Radě Evropy v tomto smyslu je poněkud směšné.

Spontane Wortmeldungen

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, after years of harassment and intimidation, Oyub Titiev, the director of the Memorial Human Rights Centre and the 2018 Vaclav Havel Human Rights Prize winner, was illegally arrested on 9 January 2018 on fabricated drug charges. A week later, Memorial's office in Ingushetia was set on fire. Two months ago, Shali City Court prolonged – without any justification – his pre-trial detention until 22 March 2019. He may face up to 10 years in prison.

Memorial – 2009 Sakharov Prize winner – is the last independent non-governmental organisation operating in Chechnya and Titiev's arbitrary detention is clearly politically motivated and a retaliation for his courage to document the kidnappings, torture, illegal arrests and killings in one of the most repressive regions in Europe. Like we did one year ago, we must call on the authorities of the Chechen Republic of the Russian Federation to immediately and unconditionally release Oyub Titiev, and also address the situation of human rights defenders, including the massive persecution and extrajudicial killing of LGBTI people.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, ten years ago Natalya Estemirova was brutally murdered in Chechnya for her work on human rights. Since then, sadly, the atmosphere for activists and journalists in Chechnya has not improved. Oyub Titiev, her successor as director of the Human Rights NGO Memorial, not only faces ten years in prison on charges that are widely recognised as fabricated, but has in recent months seen his colleagues, lawyer, personal life and even family threatened. The arrest of Mr Titiev falls in a clear pattern in which the authorities of the Chechen Republic tried to crush all criticism of Ramzan Kadyrov, the Kremlin-backed leader of Chechnya.

Therefore, I urge the Council to continue its work on a Magnitsky Act, the High Representative as well as the European External Action Service (EEAS) to give this and all other cases of political persecution a priority in EU-Russia discussions, and my colleagues to put this incredible injustice on their countries' agendas.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, i já bych chtěl zdůraznit, že v Čečensku byl vytvořen režim pana Kadyrova, který je režimem bezpráví, kde neplatí vůbec žádné právo, kde naopak stát chrání ty, kdo právo porušují, a ty, které by měl chránit, různé menšiny, ty aktivně pronásleduje. Tento režim, nad ním drží ochrannou ruku Rusko. Myslím si, že to by zde také mělo zaznít a já se připojuji k volání všech z vás, kteří volají po propuštění pana Titjeva, který je držen naprosto nezákonně a je držitelem ocenění jak Václava Havla, tak Sacharovovy ceny.

Chtěl bych zdůraznit, že v poslední době – a není to jenom otázka jednoho roku –, Evropský soud pro lidská práva začal důrazně odsuzovat Rusko za porušování práv právě Čečenců a porušování práv na čečenském území. Myslím si, že bychom se měli zamyslet nad tím, jak učinit tyto rozsudky vymahatelnější v evropském prostoru, protože to nemůže být pouze otázka peněz, které získají ti, jejichž práva byla tímto způsobem porušena.

Carlos Iturgaiz (PPE). – Señor presidente, en Chechenia, es decir, en aquella parte de la Federación de Rusia, se está haciendo una persecución contra los activistas de los derechos humanos y contra los medios de comunicación —que intentan informar libremente y, en muchas ocasiones, sin éxito, por las actitudes intolerables de los Gobiernos regional checheno y nacional ruso—.

El caso de Oyub Titiev es sangrante: se le fabricó por las autoridades chechenas un proceso ilegal que le ha metido en la cárcel, como todos sabemos, con acusaciones falsas. La Unión Europea, y también el Parlamento Europeo, no podemos mirar hacia otro lado y debemos pedir la liberación inmediata de Oyub Titiev. Y las instituciones europeas se deben también dirigir a las autoridades rusas para protestar por estas detenciones ilegales y por la falta de juicios justos, así como por la violación de los derechos humanos que se está produciendo en aquel territorio.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, again we stand here discussing the situation in Chechnya, the situation for LGBTI persons and, of course, especially today, the situation of human rights defender Mr Oyub Titiev. Human rights organisations and media reported in December and January on a new wave of detention and torture by Chechen law enforcement officials affecting at least 40 LGBTI people. At least two detained people are reported to have died. These are very grave violations of human rights, adding to a long list of abuses in Chechnya and we reacted again strongly to the situation of LGBTI people there, as we did earlier.

A report by the Organization for Security and Cooperation in Europe sets out clear evidence of successive purges against LGBTI people in Chechnya, as well as many other human rights violations. It is essential that Russian authorities address the recommendations of the report and take steps to implement them, including investigations of the role of the Chechen authorities.

As part of an alarming trend of attacks on human rights defenders and journalists in Chechnya, a court in Chechnya confirmed, as you have said, last June the detention of Oyub Titiev, head of the regional office of the very respected NGO Memorial human rights centre. He has now been detained for over a year on questionable drug possession charges. The arrest appears to be directly connected to his human rights work. Memorial has been the subject of ongoing intimidation and harassment in the North Caucasus. Mr Titiev should be immediately released.

We recall the duty of the Russian Federation to protect all its citizens, ensure the safety of all persons at risk owing to sexual orientation and order the Chechen leadership accordingly. We expect full and transparent investigation into the report and persecution, torture and killings of LGBTI people in Chechnya. Anyone found responsible or complicit in such hate crimes should be brought to justice. It is also the duty of the Russian Federation to respect and protect the legal rights of human rights defenders, including Oyub Titiev, in line with Russia's international human rights commitments.

We remain committed to combating all forms of discrimination and hate crime, strongly supporting the rights of all LGBTI persons as well as human rights defenders in general, and of course Mr Oyub Titiev in particular. The EU has consistently called upon Russia, and will continue to do so, to ensure that human rights violations in Chechnya are investigated and justice for victims ensured. Thank you very much for putting this important issue on the agenda.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

8.2. Simbabwe

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zu Simbabwe (2019/2563(RSP)).

Geoffrey Van Orden, *author*. – Mr President, today, as Chairman of the Friends of Zimbabwe, I want to appeal directly to President Mnangagwa of Zimbabwe.

President, six months ago, when you took office, you promised change and a bright, shared future for all Zimbabweans, with a government unwavering in its commitment to the rule of law, with policies that would project harmony and stability and attract foreign investment. I urge you to get back on that right road, to break clean from the evil forces lurking in your shadow, to dismiss those responsible for the recent brutalities, to release all the political prisoners and work with the opposition forces, the churches and civil society in a great national dialogue that will lead to the genuine and sustainable democratic change that your people so desperately want. Do this and I feel sure the international community stands ready to give you every assistance. Do the right thing and history will judge you well.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Van Orden. Zur Erläuterung: Üblicherweise wird in diesem Format der Aussprache nicht nach der Stärke der Fraktion das Wort erteilt, sondern nach der Einreichung des Entschließungsantrags. Deshalb folgt jetzt Frau Sargentini.

Judith Sargentini, *Auteur*. – Voorzitter, in november 2017 kwam president Mnangagwa aan de macht met een coup. In de zomer van 2018 waren er verkiezingen in Zimbabwe. In dat half jaar dat hij nog niet officieel verkozen was, hadden wij een kans om concessies af te dwingen van het land en dat hebben wij nagelaten. En wat hebben we nu gezien, januari 2019. De regering Mnangagwa heeft de oppositie keihard neergeslagen en het lijkt wel of de tijden van Mugabe terug zijn gekomen. Ngo's, oppositieleiden worden bedreigd, worden uit hun huizen gehaald. Mensen worden opgesloten, zonder dat duidelijk is waarom. De bevolking wordt met zwaar geweld neergeslagen. En wat is onze respons? De vraag aan de eurocommissaris is wat wij kunnen doen om hier de situatie te verbeteren.

Aleksander Gabelic, *författare*. – Herr talman! Jag vill börja med att tacka alla inblandade i framtagandet av denna resolution. Situationen i Zimbabwe är akut och det är mycket viktigt att den uppmärksammas och att vi här i Europaparlamentet tydligt markerar mot den utveckling som har varit i landet sedan den 14 januari. Vi måste markera tydligt mot användandet av våld och trakasserier mot medborgare och fackföreningsanslutna som väljer att fredligt protestera mot de kraftiga prishöjningar som har drabbat landet. Alla politiska fångar måste släppas omedelbart och vi måste tydligt markera mot det utbredda sexuella våldet. Personer som har drabbats måste omedelbart få tillgång till medicinsk hjälp.

Jag hade hoppats att resolutionen tydligare hade tagit ställning för de drabbade fackföreningsledarna Peter Mutasa och Japhet Moyo och Zimbabwe Congress of Trade Unions i stort, men jag är glad för att denna resolution har ett brett stöd i parlamentet och att det är ett tydligt stöd till människorna i Zimbabwe, som har lidit länge, för mänskliga rättigheter och för en fredlig och demokratisk utveckling.

Catherine Bearder, *author*. – Mr President, after years of authoritarian rule, hopes rose with the election of a new president. But that has quickly evaporated, plunging the country into crisis. With runaway inflation, the final insult of high fuel prices was the final straw. Anger and anxiety has pushed protesters onto the streets and their government's response – a legal crackdown on dissenting voices; arrests, use of force, live ammunition, door-to-door searches, intimidation and harassment, Internet scrambling, you name it!

Zimbabweans and their human rights defenders have the courage to stand up to their government and we need to stand with them. Fleeing Zimbabweans must get the assistance they need in neighbouring countries to comply with international law and to the UK I say, stop returning Zimbabweans until it's proved to be safe.

We must encourage a peaceful, democratic, national dialogue on an equal footing with civil society, religious leaders, opposition and government, to find a better solution for Zimbabwe – a sustainable solution that ends this violence once and for all.

Marie-Christine Vergiat, *auteure*. – Monsieur le Président, le départ de Robert Mugabe en novembre 2017, après 37 ans de dictature, avait soulevé un immense espoir. Malheureusement, l'élection d'Emmerson Mnangagwa a été immédiatement contestée et a donné lieu à des violences, faisant plusieurs morts.

Malgré la commission d'enquête électorale et les promesses du nouveau président, les tensions alimentées par l'effondrement économique n'ont cessé de croître. L'augmentation de 150 % du prix du carburant, alors qu'il est déjà l'un des plus chers du monde, a eu l'effet d'une étincelle. Les manifestations après la grève du 14 janvier ont été sauvagement réprimées. La police anti-émeute a tiré à balles réelles. Morts, tortures, passages à tabac, au moins un millier d'arrestations selon la police elle-même et une machine judiciaire tournant à plein régime: tous les moyens sont utilisés pour faire taire la contestation.

Il y a urgence à agir, il est urgent d'aider au dialogue politique, l'Union européenne et l'Union africaine doivent apporter leur concours, plutôt que de fermer les yeux comme au temps de Mugabe.

Ignazio Corrao, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, cambiare tutto per non cambiare niente. È questa la sintesi del delicato scenario che si è aperto in Zimbabwe dopo 37 anni di dittatura di Robert Mugabe. Sembrerebbe impossibile immaginarsi un peggioramento della situazione dopo quarant'anni di tirannia, fame e sangue, ma il presidente Mnangagwa sta gettando le basi per riuscire nella difficilissima impresa.

Ex vicepresidente di Mugabe, Mnangagwa, detto «il coccodrillo», è stato associato ad alcune delle peggiori atrocità commesse sin dai tempi dell'indipendenza, e oggi le sue forze di sicurezza sono tornate a sporcarsi le mani con 17 morti, 343 feriti gravi e svariati casi di tortura e stupri. Nel frattempo l'opposizione viene decimata: migliaia di manifestanti sono stati incarcerati, compresi bambini di nove anni, e processati anche sommariamente, peraltro. Molti altri restano detenuti in assenza di processo.

Io mi chiedo cosa sia realmente cambiato in Zimbabwe. Quello che sicuramente è rimasto uguale è il disprezzo dei diritti umani e l'annientamento delle opposizioni. Per questo dobbiamo invitare l'Unione africana a includere la crisi dello Zimbabwe come punto prioritario nella prossima sessione ordinaria del suo Consiglio esecutivo.

Elmar Brok, *Verfasser*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Der gegenwärtige Präsident war der Stellvertreter Mugabes und ist mitverantwortlich für all die Taten in Zeiten Mugabes. Nach dem Sturz von Mugabe glaubten wir aber, eine Chance zu haben, dass hier eine Veränderung erfolgt. Hier ist der Regierung mitgeteilt worden – und, Frau Sargentini, deutlich – : Wenn ihr euch jetzt an vernünftige Verfahren haltet und freie Wahlen durchführt, können wir die Öffnung durchführen, die Sie ökonomisch brauchen.

Als er merkte, dass er die Wahlen verlieren konnte, ist er wieder in die alten Methoden vor den Wahlen zurückgefallen und hat die Opposition in Schwierigkeiten gebracht, die keine freien Wahlen wirklich möglich gemacht hat, wie die Wahlbeobachter der Europäischen Union festgestellt haben. Am Tag danach – ich bin selbst in den Demonstrationen gewesen – ist er dann mit der Armee gegen friedliche Demonstranten vorgegangen und hat ein paar Leute erschießen lassen. Und das hat sich fortgesetzt. Man hat die Computer der Opposition übernommen, damit sie nicht nachweisen konnten, dass es zu Wahlfälschungen gekommen ist. Und dies setzt sich jetzt fort in der alten Art und Weise.

Wir sollten erstens klarmachen – das hat die Europäische Union mitgeteilt –, dass die Dinge in Ordnung zu bringen sind und dass wir als Europäische Union nur Unterstützung leisten können, wenn er Demokratie ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Eduard Kukan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, Zimbabwe is facing a deepening crisis in every aspect. In these trying times, the Government must show leadership and willingness to tackle the difficult economic situation without excessive use of force and within a framework of rule of law. The new leadership in Zimbabwe has a duty to uphold the fundamental rights of its citizens, which includes freedom of assembly, association and expression, and to protect citizens from arbitrary detention. Disproportionate and excessive use of force against civilians is unacceptable. Abuses by security forces must end. President Mnangagwa's Government should pay attention to the Human Rights Commission in its report. That is why the EU also needs to stand ready to assist the country effectively in the reform process, which is a matter of urgency.

Neena Gill, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, a year ago, there was real optimism that the repression of previous decades was over. Unfortunately, as an observer during Zimbabwe's last presidential election, I witnessed post-election violence which put an end to those hopes with recent government crackdowns – we've already heard – on anti-government protesters, including trade union leaders and opposition. The promises of a peaceful, prosperous, democratic Zimbabwe made during those elections – it really has to be understood – are a prerequisite for international support, for debt relief, for economic recovery. They really do need to be delivered on.

Our condemnation so far has fallen on deaf ears and, unfortunately, facing internal power struggle, key actors find it easier to blame outsiders for the political and economic crisis they're in, as opposed to taking responsibility. But for the European Union, given Russia and China's growing influence, I think it's important we have a clear strategy. How are we going to support dialogue between different stakeholders in the country?

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come dichiara Nelson Chamisa, leader dell'opposizione, dopo un anno e mezzo da quando Mugabe ha lasciato il potere, l'*escalation* della repressione contro gli oppositori fa assumere alla figura di Mugabe quasi quella di una libellula in termini di terrorismo, terrorismo interno contro gli oppositori.

Dal vicino Sudafrica, dove da metà gennaio solo in un giorno sono fuggite 130 000 persone, qualcuno denuncia una grave crisi umanitaria, chiedendo addirittura l'intervento della Corte penale internazionale. Ci si domanda perché una richiesta di questo genere non venga fatta anche dal territorio dell'Unione europea. Sarebbe ora, basti pensare alla lunga tradizione di efferati omicidi che sono stati perpetrati contro dei nostri connazionali, i *farmers* di origine europea. E forse anche la gravissima crisi economica e umanitaria ha le sue lontane origini in quel periodo non propriamente di grande onore per la civiltà europea e per il ruolo di difesa dei cittadini europei. Noi chiediamo che il finanziamento di 234 milioni per il periodo...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Spontane Wortmeldungen

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, as demonstrators filled the streets of Harare last January to protest against the dramatic increase of fuel prices and runaway inflation, President Mnangagwa reacted with the same authority, reflecting thus his autocratic predecessor Robert Mugabe, deploying soldiers and security forces to crack down on demonstrators, resulting in numerous arrests, the deaths of at least a dozen unarmed civilians and the shutting down of the internet. President Mnangagwa, who was elected on a promise to stabilise the economy and allow greater democratic freedom, is betraying his promises to create a new Zimbabwe and address the political and economic challenges in the country.

The EU, besides condemning the excessive violence and intimidation by the Zimbabwean authorities and calling for the immediate release of all detainees, must extend the individual financial and travel restrictions to those associated with these human rights infringements, and support an inclusive national dialogue that can produce a roadmap to genuine economic, political and electoral reforms.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση στη Ζιμπάμπουε είναι εκρηκτική: διαδηλώσεις, δολοφονίες, συλλήψεις, δεν τηρείται το κράτος δικαίου, έχουν κλείσει το Διαδίκτυο και ο νέος πρόεδρος συνεχίζει την πολιτική Mugabe, δηλαδή μια αυταρχική πολιτική, μια ξεκάθαρα αντιδημοκρατική πολιτική με φυλακίσεις και με περιορισμό των δημοκρατικών δικαιωμάτων. Ταυτόχρονα, έχει αυξηθεί η τιμή των καυσίμων κατά 130%, ο κόσμος διαμαρτύρεται και υπάρχουν και χιλιάδες πρόσφυγες που εγκαταλείπουν τη χώρα. Νομίζω, λοιπόν, ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να στείλει ένα αποφασιστικό μήνυμα στον πρόεδρο της Ζιμπάμπουε. Πρώτα απ' όλα, να δώσει τέλος στη χρηματοδότηση: η βοήθεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης προς τη Ζιμπάμπουε ανέρχεται σε 234 εκατομμύρια ευρώ. Επίσης, πρέπει να ζητήσει και την παρέμβαση της Ένωσης Αφρικανικών Κρατών.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, aontaím leis an údar, an Feisire Van Orden, i ngach rud a dúirt sé faoin ábhar seo. Gan dabht ar bith, táimid ag féachaint ar fhear a chuaigh ar aghaidh don toghchán agus a gheall go ndéanfadh sé gach rud a chabhródh leis na daoine dá dtoghfaí é. Ach ansin, nuair a toghadh é, chuaigh sé siar ar a ghealltanais. Dar ndóigh, chuaigh daoine i mbun agóide, agus cad a rinne sé? Chuir sé na fórsaí amach ag lámhach agus ag marú daoine agus ag caitheamh daoine óga, daoine idir 9 mbliana agus sé bliana déag, i bpríosún agus dhún sé síos an t-idirlíon.

Dá bhrí sin, tá sé ceart go mbeadh díospóireacht againn ar maidin faoi seo agus go gcuirfeadh an tAontas, tríd an gCoimisinéir, gach brú is féidir ar údarais na Siombáibe chun é seo a chur ina cheart.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi pozorně poslouchal tuto debatu a připojuji se k argumentům svých kolegů. Současná situace v Zimbabwe je velké zklamání, je zklamáním nadějí, které jsme vkládali v prezidentské volby. Situace se nemění, je stejná jako za Mugabeho, ba naopak ještě horší. Pokud někdo proti občanům, demonstrantům, kteří protestují proti neutěšené ekonomické situaci, používá mocenské nástroje státu – armádu, policii –, lidi zavírá, týrá, trýzní za to, že vyjadřují své názory na situaci v zemi, tak my to musíme odsoudit.

Bohužel se obávám, že u toho odsudku asi zůstane. Je otázka na Komisi, paní komisařko, jestli můžeme udělat více, jestli můžeme ekonomickými nástroji více tlačit na režim v Zimbabwe, aby se choval ke svým občanům trochu důstojně a trochu vhodněji. Já osobně bych to doporučoval, jinak můžeme za půl roku až rok zde hovořit o Zimbabwe ve stejném módu, ve stejné situaci jako nyní. Takže doporučuji tvrdší postup Komise.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, Zimbabwe a trăit timp de patruzeci de ani, aproape patruzeci de ani, sub dictatura lui Mugabe, iar populația a trebuit să sufere de sărăcie, de inflație, de violență, de reprimare. Peste trei milioane de cetățeni au plecat – cei mai mulți în Africa de Sud –, aproape un sfert din populație.

Din păcate, și în timpul președintelui Mnangagwa, lucrurile nu sunt mai bune: lovește în opoziție cu brutalitate, în protestatarii care au ieșit din cauza creșterii prețului combustibilului și a sărăciei. Avem aproape 37 de morți, avem peste 600 de victime ale violenței, ale torturii, peste o mie de areștări.

Uniunea Europeană trebuie să ceară în mod ferm ca actualul președinte și actualul guvern să retragă de urgență armata, să nu folosească violența. Trebuie să existe un dialog real între putere și opoziție, care, eventual, să fie mediat de o parte neutră și, evident, trebuie să cerem cu toată fermitatea ca drepturile fundamentale ale omului să fie respectate.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, zdá se, že Mugabeho režim skončil skutečně jen zdánlivě. Ty naděje, které byly vyvolány loňskými událostmi, tak přišla studená sprcha. Vidíme stejné praktiky, vidíme potlačování legitimních protestů, vidíme při nich mrtvé, zatýkání, dokonce zatýkání dětí. Ta naděje, která byla vyvolána v loňském roce, skutečně pohasíná, a my bychom se měli ptát a já souhlasím i s mými předřečníky: Co můžeme udělat pro lidi v tomto státě? My můžeme žádat samozřejmě propuštění, ale musíme kombinovat nástroje, které máme k dispozici. Za prvé ekonomické, to už zde zmiňoval i kolega Pospíšil, a za druhé ty diplomatické. Musíme žádat o podporu Africkou unií. Kombinací těchto nástrojů, myslím, že můžeme dosáhnout těch efektů, které chceme, a to je tedy svobodný lid v demokratické zemi Zimbabwe.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, thank you for focusing attention again on Zimbabwe and the very difficult situation there at this critical moment. Unfortunately our assessment is, as you all say, that the recent development in Zimbabwe is a serious setback. Following the increase in fuel prices by over 150%, a decision which of course triggered violent protests in an already tense political environment, the repression by security forces against demonstrators, trade unions, NGOs, opposition supporters, has been unacceptable.

On 17 January the EU strongly condemned this crackdown, which has resulted in many casualties, widespread human rights violations – including reports of sexual violence – and hundreds of arbitrary arrests. We have a responsibility to Zimbabweans to express ourselves in these circumstances.

Our Head of Delegation in Harare met high-level representatives of the Government, including the Ministers of Foreign Affairs, Home Affairs and Justice to express our deep concerns and to urge the authorities to behave in full compliance with its constitutional obligations. In Brussels, the EEAS convened a meeting with the Ambassador of Zimbabwe in the same context.

In times of economic hardship, demonstrations are to be expected. Human rights and the rule of law, as enshrined in the constitution of Zimbabwe, should be upheld. Vandalism and lootings by rioters is of course to be condemned but security forces must respond in a proportionate and professional manner and they have to be accountable to citizens for their actions. These tragic developments underline the urgent need to address the findings and recommendations of the commission of inquiry that was set up by the President himself in response to last August's post-election violence.

Security sector reform is also a priority and the government should ensure that security-related laws are aligned swiftly with the Constitution. The Government will not be able to implement reforms that stand the test of time without an environment that ensures an inclusive national dialogue through which citizens can exercise their freedoms of assembly, association and expression. The events that led to the resignation of President Mugabe and to the entry into office of a new leadership, raised, as you have said, high expectations. We decided to engage with the new Zimbabwe knowing that change would not and cannot come overnight after decades of the Mugabe regime. But this being said, the recent crackdown sadly cast serious doubt over the declared determination of the Government to engage in political and economic reforms.

We cannot, and should not, ignore the dire economic and social situation of the people of Zimbabwe and I pay tribute to the attention given by the different political groups in this House in this regard. I would like to underline that the EUR 234 million that has been given to Zimbabwe under the last long-term budget has achieved positive results. It does not go to the Government but is invested in the health system, in agricultural production and in food security. But any strengthening of our relations with Zimbabwe can only occur on the basis of clear and concrete evidence that the Government is truly committed to reforms that lead the country towards a democratic and prosperous future, and this message was also conveyed by Commissioner Mimica in his last meeting with President Mnangagwa last week in Addis.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162)

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Palaikiau Parlamento rezoliuciją dėl žmogaus teisių padėties Zimbabvėje. Visuomet stengiuosi pabrėžti esminę valstybės funkciją – užtikrinti sveiką aplinką savo tautos vystymuisi ir klestėjimui. Todėl man labai svarbu, kad tiek Zimbabvėje, tiek visose kitose Afrikos ir pasaulio valstybėse būtų užtikrinamos, gerbiamos ir ginamos žmogaus teisės. Kiekvienam garantuojama teisė į švietimą, mokslą, užimtumą, tinkamą atlyginimą ir visavertį pragyvenimą senatvėje. Viešojo valdžia privalo rūpintis gyventojų, visuomenės gerove. Egzistuojantis nusikalstamumo lygis, policijos institucijų neveiksmumas prisideda prie chaoso ir neteisėtų veikų kurstymo. Valstybėje neturi likti smurto, represijų ar nuolatinės agresijos. Šiuo tikslu reikalingos ne tik vidinės reformos. Būtinas dialogas su kitomis pasaulio valstybėmis, dalijimasis patirtimi nusikalstamumo prevencijos klausimais. Atskirai pabrėžiu moterų ir vaikų teisių apsaugą ir užtikrinimą. Šalyje turėtų būti kuriama šeimų klestėjimui palanki terpė.

8.3. Frauenrechtsaktivisten in Saudi-Arabien

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zu Frauenrechtsaktivisten in Saudi-Arabien (2019/2564(RSP)).

Charles Tannock, author. – Mr President, Crown Prince Mohammad bin Salman has been keen to market himself as a progressive visionary since coming to power: ushering in headline-grabbing reforms, such as removing the ban on women driving, and allowing cinemas to operate freely in the country.

On other fundamental issues, however, we see little changing, particularly for women as they continue to be subject to the harsh guardianship laws imposed by the Saudi authorities. These laws and the repressive culture surrounding them are making the everyday lives of Saudi women unbearable. These measures are often defended by the authorities as being rooted in Wahhabi religious norms, yet when we look at neighbouring countries in the Gulf, such as the United Arab Emirates, Kuwait and Bahrain, it's plain for all to see that the laws in the Kingdom of Saudi Arabia are significantly more restrictive.

I'd also like to take the opportunity to raise again the case of Jamal Khashoggi. The investigation into the torture and murder of Mr Khashoggi at the Saudi Consulate in Istanbul remains inconclusive, and I continue to be deeply concerned about the many reports which allege links at the highest levels of the Saudi state.

Ernest Urtasun, autor. – Señor presidente, tengo que decir que se vuelve insoportable algunas veces la doble vara de medir que tenemos en relación con nuestra acción exterior. En estos momentos tenemos relaciones, y muchos Estados miembros tienen relaciones con lo que es una auténtica teocracia, que tiene un sistema institucionalizado de discriminación hacia las mujeres y que, encima, detiene a sus activistas y mantiene un sistema de tutela masculina hacia ellas que es absolutamente incompatible con cualquier valor democrático.

Y por ello, creo que este Parlamento y el Servicio Europeo de Acción Exterior tienen que ser mucho más contundentes en la denuncia de las violaciones de derechos humanos que se producen en Arabia Saudí.

Queremos un pronunciamiento claro en defensa de las activistas. Que se pida su liberación, que cesen las torturas, que cesen los abusos sexuales cuando son detenidas y también, más globalmente, en relación con las relaciones que tenemos con Arabia Saudí, debemos exigir que los países cumplan a rajatabla el código de conducta de exportación de armamento y que cesen de una vez nuestras relaciones comerciales en materia armamentística con este país.

Por lo tanto, es urgente replantear nuestras relaciones exteriores con lo que es una auténtica teocracia.

Pier Antonio Panzeri, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, al di là dei tentativi di bin Salman di presentare nel mondo il volto di una Arabia Saudita sulla strada delle riforme, la realtà va da tutt'altra parte, e ancora una volta dobbiamo denunciare la grave situazione dei diritti umani.

Due casi destano preoccupazione. Il primo sono le notizie sulle torture subite in prigione da attiviste per i diritti delle donne, che sono detenute dal maggio 2018. La seconda riguarda l'andamento del processo di Israa Al-Ghomgham, suo marito, e altri quattro attivisti arrestati nel 2015 per aver partecipato ad una protesta pacifica a sostegno della minoranza sciita. Questi ultimi sono processati davanti alla Corte penale specializzata, concepita per i reati di terrorismo, come probabilmente avverrà anche per alcune attiviste arrestate nel maggio 2018.

Chiediamo la liberazione, chiediamo che sostanzialmente tutte queste persone siano rilasciate. Abbiamo richiesto anche, nello stesso tempo, nella risoluzione, che una delegazione del Parlamento europeo, formata dalla sottocommissione per i diritti dell'uomo e dalla commissione per i diritti della donna, possa recarsi in Arabia Saudita.

Infine, sollecitiamo la Commissione ad uscire da una sorta di letargo, nella quale sembra piombata nel rapporto con Riyadh, e agisca con più forza e con più determinazione, perché i diritti umani comincino ad affermarsi in quel paese.

Ignazio Corrao, *autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il paese più misogino e oscurantista del mondo continua a far parlare di sé. Un paese dove odio, intolleranza e discriminazione continuano a guidare la mano e offuscare le menti di quelli al potere.

Per rifare il trucco a una società medievale il generoso e avanguardistico principe bin Salman ha concesso alle donne di guidare e di partecipare ad eventi sportivi, come se i problemi di questo paese fossero la guida e il calcio. La fine del divieto di guida è stata purtroppo una vittoria di Pirro per le donne attiviste, a fronte delle decine di casi di presunte torture in detenzione, abusi sessuali, aggressioni, privazione del sonno e di assistenza legale. Il coraggioso attivismo di queste donne contro un *establishment* che le considera alla stregua di animali viene barbaramente punito e represso, perché se non conti nulla non puoi chiedere nulla.

È per questo motivo che continuo a chiedervi come possa un paese campione di violazioni dei diritti umani come l'Arabia Saudita occupare un posto nello *Human Rights Council*. La sua permanenza nel Consiglio, infatti, è totalmente incompatibile e intrinsecamente contraddittoria con i valori e la missione di questo organo e va immediatamente sospesa.

Marie-Christine Vergiat, *auteure*. – Monsieur le Président, en juin 2018, les femmes ont enfin obtenu le droit de conduire en Arabie Saoudite. Immense victoire? Non, «mesurette».

L'Arabie Saoudite a régressé de la 138^e à la 141^e place, sur 144, au classement mondial sur l'écart entre les sexes. Les femmes sont sous la tutelle des hommes; pour le moindre acte de leur vie quotidienne, elles sont considérées comme inférieures, victimes d'innombrables violences.

Pire, une application mise en ligne par le gouvernement saoudien, Absher (le prédicateur), accessible via Google et Apple, permet au mari de contrôler son épouse, notamment s'il lui vient à l'idée de tenter l'exil seule, ce qui est le cas de mille Saoudiennes, chaque année.

D'ailleurs, les hommes et les femmes dont nous parlons aujourd'hui, toutes et tous des militants des droits des femmes, sont des symboles. Arrêtés au moment même de l'instauration du permis de conduire, torturés, fouettés, électrocutés, et risquant de très longues peines de prison.

Alors, ne soyons pas dupes de l'agenda dit progressiste de MbS (Mohammad bin Salman Al Saoud), pas plus chez lui qu'au Yémen, agissez enfin.

Marietje Schaake, author. – Mr President, all the promises of reform that came with the appointment of Mohammed bin Salman and his lofty vision 2030, and that were met with much wishful thinking all around the world, have been definitively crushed by actions such as the systematic violations of women's rights and human rights and by the lack of basic freedoms that people face. Women are effectively second-class citizens in Saudi Arabia, and that is unacceptable. More specifically, now, the arrests and torture of the brave women's rights activists – and we name all of them in this resolution – are absolutely appalling. Their families are being intimidated and are facing travel restrictions because their passports have been revoked. This is absolutely appalling.

We need to condemn, at the highest European level, these actions by Mohammed bin Salman and all the Saudi authorities involved. More importantly, however, these actions and the violations of human rights in Saudi Arabia have to have consequences. We need a European Magnitsky Act to hold perpetrators of human-rights violations to account individually, and we need to stop the export of the very surveillance technologies, built in Europe, which are used for repression in countries like Saudi Arabia.

It is high time that we responded, in our treatment of Saudi Arabia, not to the beautiful words that they say, but to the ugly deeds that must have consequences.

Michaela Šojdrová, Autorka. – Pane předsedající, mnoho žen a mužů se momentálně v Saudské Arábii nachází ve vězení jenom proto, že hájí rovné postavení žen a mužů. Například ženy v Saudské Arábii dodnes musí mít mužské opatrovníky, bez jejichž souhlasu se nemohou ucházet o zaměstnání anebo o vyšší vzdělání. Je pro nás nepřijatelné, aby ženy měly stále v této době podřadné postavení. Do jisté míry to můžeme vnímat jako kulturně podmíněnou záležitost, ale při veškerém respektu ke kultuře a k náboženství nemůžeme zavírat oči před příklady jasného porušování lidských práv a pošlapávání lidské důstojnosti.

Jako křesťanku mě velmi trápí to, že v Saudské Arábii jsou také křesťané občany druhého řádu a nemohou praktikovat svou víru, jinak jsou zastrahováni. Naše zpráva uvádí jisté příklady pozitivního vývoje, např. právě v možnosti pro ženy řídit, získat řidičský průkaz. Ale je to všechno za cenu velkého utrpení a věznění.

Seán Kelly, on behalf of the PPE Group. – Mr President, equality between men and women is one of the basic pillars of the European Union. But even in the European Union we haven't full equality as we often have debates here, for instance, last month in relation to getting more women on boards. Also in relation to pay, there isn't full equality, but at least we are working towards it: far different to what happens in many third countries, where, as Marietje Schaake said, women are treated as second-class citizens, and this is obviously not good enough, and Saudi Arabia is one example.

While they have made some progress in relation to allowing women to drive cars – big deal – they are far from being prepared to give equality. Especially, putting women's rights defenders into jail and torturing them is just not good enough, and we have to raise our voices until we actually see equality between men and women all around the globe.

Soraya Post, on behalf of the S&D Group. – Mr President, to the Saudi authorities: shame on you. You arrest and torture women just because they defend their human rights. How come you don't look at women as human beings? We women across the world request that you release these women immediately. The male guardianship system has to be abolished and all forms of gender-based violence, including genital mutilation, marital rape, sexual assault and harassment, has to be criminalised. Stop this cruelty to human beings. We look forward to positive changes and actions. We know that you can do better.

Ángela Vallina, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señor presidente, Arabia Saudí, que es socio preferencial para muchos Estados miembros, es tristemente conocido por ser uno de los países donde la represión contra los defensores y las defensoras de derechos humanos es feroz, llegando a encarcelar y a ejecutar a sus activistas.

Tratan de ofrecernos una imagen moderna y continúan anclados en una estructura feudal, machista y misógina, marcada por la tutela legal de los hombres sobre las mujeres en todos los ámbitos. Por ello exigimos a las autoridades saudíes que terminen su campaña de terror y liberen a todos los defensores y defensoras de los derechos humanos encarcelados y que ratifiquen todos los instrumentos internacionales sobre derechos humanos.

A ustedes que tanto les exigen a algunos países, nunca se les oye exigir eso mismo para Arabia Saudí. Por último, pedir al Consejo que respete la Posición Común y que todos los Estados miembros efectúen un embargo de armas a Arabia Saudí de manera inmediata. Le recuerdo, señora comisaria, que la propia Comisión ha metido a Arabia Saudí en la lista de países con riesgo de financiación de terrorismo y blanqueo de financiación.

Jill Seymour, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, we are all too aware of the atrocious treatment of women in Saudi Arabia. I will say that there have been some token relaxations of their situation, such as the right to drive, but women are still second-class citizens, deprived of even the most basic control of their lives. This is completely and utterly unacceptable. There have even been reports of right-to-drive activists being tortured.

It is an absolute travesty that we have to stand here, in the 21st century, discussing such medieval treatment of women and the denial of their basic rights. If the Saudi Government wishes to have a good working relationship with the Western countries, including the UK, then they need to treat women by the internationally recognised standards.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Die Situation der Menschenrechte in Saudi-Arabien beschäftigt uns nicht zum ersten Mal. Wir sollten uns öfter damit auseinandersetzen, und es braucht deutliche Signale in Richtung Riad.

Die stetigen Beteuerungen der Saudis, sie wären bereit, sich modernen Standards zu unterwerfen, sind nichts wert, wenn sie einem Realitätscheck nicht standhalten. Vieles entspricht so gar nicht der offiziellen Schönfärberei, nicht nur die allen zivilisatorischen Normen Hohn sprechende Ermordung von Jamal Khashoggi oder die regelmäßig stattfindenden öffentlich zelebrierten Hinrichtungen oder die Anwendung körperlicher Gewalt als Strafmittel oder die immer noch nicht beendete Inhaftierung unseres Sacharow-Preisträgers Raif Badawi.

Die systematische Verachtung der Menschenrechte für Frauen ist der Nährboden, auf dem sich derartiges Denken überhaupt entwickeln kann. Wollen wir langfristig etwas ändern, dann müssen wir hier ansetzen. Solange Frauen als Menschen zweiter Kategorie betrachtet werden, unter männliche Vormundschaft gestellt und körperlicher Gewalt ausgesetzt sind, solange wird auch kein Bewusstsein für Menschenrechte entstehen. Die vielen Frauen, die sich in Saudi-Arabien gegen diesen Zustand auflehnen, verdienen unsere ganze Unterstützung.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, o mundo não pode continuar a ignorar o que se passa na Arábia Saudita. O regime de Mohammad Bin Salman prende Raif Badawi, laureado Sakharov, ativistas como Loujain al-Hathloul raptada nos Emirados. É o regime dos guardiões opressores das mulheres, que esquarteja críticos como Jamal Khashoggi, oprime o povo no país e países vizinhos como o Bahrein, provoca na Síria, Iraque e Irão, conduz uma guerra de extermínio no Líbano e promove o proselitismo extremista no mundo.

É inaceitável que os Estados-Membros da União Europeia não apliquem ainda um embargo de armas em conformidade com a posição comum. É criminoso que políticos e organizações europeias se deixem comprar pelo regime saudita, incluindo neste Parlamento e até no Colégio da Europa.

Sanções direcionadas, incluindo o congelamento de ativos, são indispensáveis contra cabecilhas deste regime.

Governos, bancos e entidades obrigadas estão agora sob um intenso escrutínio para aplicar a decisão da Comissão Europeia de incluir a Arábia Saudita na lista de países terceiros de alto risco no branqueamento de capitais e no financiamento de terrorismo.

As corajosas mulheres, que se batem pelos direitos humanos na Arábia Saudita, os delas e de toda a gente, e para tirar o país desta ditadura ...

(O Presidente retira a palavra à oradora)

Spontane Wortmeldungen

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem strašně rád za tu debatu, která zde probíhá, protože opravdu je absurdní, co se děje v Saudské Arábii ve vztahu k aktivistům, kteří bojují za ženská práva. Je třeba ještě k té debatě říci, že je zde závažné podezření, že ti aktivisté jsou zavřeni nezákonně proto, protože bojovali za práva žen řídit motorové vozidlo. Určitě posluchači, kteří dnes sledují toto naše vystoupení, budou považovat za zcela absurdní to, že zkrátka ženy donedávna nemohly v Saudské Arábii řídit motorová vozidla, a ti, co bojovali za toto zcela banální právo žen, byli takto vězněni, týráni a nezákonně trestáni.

Takže já vyzývám paní komisařku, opravdu je to tak hanebné, že zde musíme udělat maximum pro to, abychom vůči Saudské Arábii radikálně vystoupili přes všechny ekonomické a jiné zájmy, zkrátka opravdu není možné považovat za partnera EU zemi, která popírá banální, základní lidská práva žen.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è ormai emerso con assoluta chiarezza come le donne siano oggetto, in Arabia Saudita, di violenze terribili. L'ultimo caso, quello che ha destato l'interesse del mondo, è stato appunto il trattamento terribile che è stato riservato alle attiviste che manifestavano per diritti di base fondamentali, come per esempio il diritto alla guida. Queste donne sono state torturate, colleghi, con l'elettroshock, sono state molestate sessualmente, sono state oggetto di torture terribili.

Allora, tutto questo è assolutamente inaccettabile. E non basta, lo voglio dire alla Commissaria, una proposta di risoluzione comune, che pure è necessaria. Noi abbiamo bisogno di passi ben più forti e ben più decisi, come per esempio praticare immediatamente l'embargo delle armi verso questo paese che non rispetta minimamente i diritti degli esseri umani.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η καταπίεση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στη Σαουδική Αραβία είναι, δυστυχώς, μια θλιβερή πραγματικότητα, και οι γυναίκες είναι αυτές που υφίστανται τη μεγαλύτερη καταπίεση. Μέχρι πριν λίγο καιρό δεν μπορούσαν καν να οδηγήσουν αυτοκίνητο. Και φυσικά, όσοι —και κυρίως όσες γυναίκες— αντιστέκονται και παλεύουν για τα δικαιώματα των γυναικών αντιμετωπίζονται σκληρά από το καθεστώς της Σαουδικής Αραβίας, εκεί όπου ισχύει ακόμη και εκτελείται η θανατική ποινή. Ένα καθεστώς που σφάζει αμάχους στην Υεμένη, ένα καθεστώς που χρηματοδοτεί τρομοκρατία. Νομίζω ότι ήρθε η ώρα να ληφθούν μέτρα συγκεκριμένα κατά της Σαουδικής Αραβίας και να επιβληθεί εμπάργκο πώλησης όπλων, διότι μόνον έτσι μπορεί να καταλάβουν ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει μια ισχυρή φωνή στο θέμα αυτό και θα αναγκαστούν και θα υποχρεωθούν να σεβαστούν και να τηρήσουν τα δικαιώματα των γυναικών και γενικώς τα ανθρώπινα δικαιώματα στη Σαουδική Αραβία.

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, this Parliament cannot keep on ignoring the harsh reality that women in Saudi Arabia face in their daily life to promote equal rights. Since May 2018, the authorities in Saudi Arabia have arrested more than a dozen women activists without charge and kept most of them in prison without any hope of release.

Just last week, at the EU-League of Arab States Summit in Brussels, Saudi Arabia committed itself to a more progressive agenda on gender equality, but its actions show quite the opposite. Israa al-Ghomgham is the first woman to be sentenced to death simply for participating in protests. Exposed to gender-based violence and for challenging traditional notions of family and gender roles in society, women like Israa, are being, as we speak, treated by the Saudi authorities as agents of embassies and therefore dealt with as a real threat to religion, honour and culture, which implies undeserved punishment.

Madam Commissioner, we cannot turn a blind eye to the reality in Saudi Arabia. We must condemn these arbitrary trials and urge the Saudi authorities to immediately release these activists. Europe must take a clear stand against this repression and act accordingly.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, jedno přísloví říká a myslím, že je velmi pravdivé: „Strom poznáte po ovoci“. Korunní princ bin Salmán se snažil vyvolat určité naděje, zdání, že strom je zelený a bude plodit dobré ovoce. A co namísto toho vidíme? Jaké je skutečné ovoce reforem v Saudské Arábii? Vidíme vraždění, zatýkání, netoleranci, diskriminaci, zatýkání aktivistů dokonce za to, že prosazují to, aby mohly ženy řídit. A svoboda projevu je v zásadě nula.

Já si myslím, že takovýto stát nemůže být respektovaným, důvěryhodným partnerem EU. My máme určité hodnoty, které musíme chránit, a nemůžeme se tvářit, že stát, který není schopen respektovat základní demokratická práva, se tváří jako náš důvěryhodný partner. Toto není strom, který nese dobré ovoce.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, human rights represent an important aspect of the EU's engagement with Saudi Arabia and we regularly address this as part of our comprehensive dialogue with the Saudi Government. The situation of human right defenders, a longstanding priority, including the situation of women rights activists, is central in this endeavour.

Since last May, the EU has been engaging with the Saudi authorities raising our concerns and seeking clarification on the circumstances surrounding the arrests of human rights defenders in Saudi Arabia. We have also inquired about torture allegations of activists.

In a constructive approach, we have encouraged Saudi Arabia to extend an invitation to the United Nations Special Rapporteur on the situation of human rights defenders to visit that country. Unfortunately, apart from the notice of the opening of an investigation by the Bureau of the Saudi Public Prosecutor and by the Saudi Human Rights Commission on the allegation of mistreatment of the detained women, reported by international press, there has not been any enlightenment as to the specific criminal charges they are facing. This is a source of increasing disquiet at EU level.

I would like to recall that in all our efforts to reach out towards the Saudi authorities we have always reiterated the relevance of the work of human rights defenders and civil society groups in relation to the process of reform which Saudi Arabia is pursuing. We've also repeatedly stressed the importance of respecting due process for the individuals arrested.

A successful implementation of Saudi Arabia's Vision 2030, the cornerstone of Saudi reforms, holds an important role for women. Their greater empowerment would bring enormous benefits socially and economically. We will continue in the European Union to follow with grave concern several other cases of activists allegedly facing the risk of imminent execution on charges related to the exercise of fundamental rights and freedoms, including freedom of association, of speech and of religion. Also, as some of you said, the European Union has in the Khashoggi case still a lot of questions, of course, and we have called for a full, credible and transparent investigation on that case.

Let me conclude that it is in the interests of all to foster a more transparent dialogue. There has been an intensification of this dialogue in the past weeks, and we trust that this will continue and allow for substantive progress on these very important files.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

(Die Sitzung wird um 11.48 Uhr bis zum Beginn der Abstimmung unterbrochen.)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.00)

Nuno Melo (PPE). – Madam President, I will speak in English because I want you all to understand me on this. How can we talk about companies like Cambridge Analytica, which we accuse of having developed processes to influence elections in countries, but then we say nothing about the entities that produce rankings about the work of MEPs which are absolutely false, using shameful and subjective criteria, and can also influence the European Parliament election results in four months' time? Who owns those entities? Who controls them? Who supervises them? Who develops the algorithms, and with what kind of motivations? I want to be clear. Entities like MEP Ranking are a shame for democracy, and Parliament should do something about it.

(The President cut off the speaker)

President. – Mr Melo, you are being clear but this is not a point of order. Can I just say, even though you have a great deal of support for that point, that it was not a point of order.

10. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

- 10.1. **Die Lage in Tschetschenien und der Fall Ojub Titijew** (RC-B8-0107/2019, B8-0107/2019, B8-0108/2019, B8-0109/2019, B8-0112/2019, B8-0114/2019, B8-0117/2019) (Abstimmung)
- 10.2. **Simbabwe** (RC-B8-0110/2019, B8-0110/2019, B8-0118/2019, B8-0119/2019, B8-0120/2019, B8-0122/2019, B8-0124/2019, B8-0125/2019) (Abstimmung)
- 10.3. **Frauenrechtsaktivisten in Saudi-Arabien** (RC-B8-0111/2019, B8-0111/2019, B8-0113/2019, B8-0115/2019, B8-0116/2019, B8-0121/2019, B8-0123/2019, B8-0126/2019) (Abstimmung)
- 10.4. **Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext** (A8-0414/2018 - Matthijs van Miltenburg) (Abstimmung)
- 10.5. **Entwurf eines Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und Georgien** (A8-0065/2019 - Sylvia-Yvone Kaufmann) (Abstimmung)
- 10.6. **Bewertung von Gesundheitstechnologien** (A8-0289/2018 - Soledad Cabezón Ruiz) (Abstimmung)
- 10.7. **Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union** (A8-0198/2018 - Franck Proust) (Abstimmung)
- 10.8. **Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union** (A8-0199/2018 - Massimiliano Salini) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, I rise under Chapter 5, Rule 82. I suggest, and I would like to request through the offices of the President, that the technology which we are about to vote on be put forward to Mr Barnier and the Brexit discussions and negotiators, because surely if this technology works, it could be a very important step forward in solving the problem of a hard border in Ireland, which is something that all of us in these negotiations wish to avoid.

(The President cut off the speaker)

(Reactions from the floor)

President. – Really, colleagues, we can't indulge in this. Can I just call the House to order. We're in the middle of voting. Thank you.

Madam, I can hear you but I'd rather not listen at the moment because I'm trying to chair votes.

(Applause)

Georg Mayer, im Namen der ENF-Fraktion. – Frau Präsidentin! Gemäß Artikel 59 Absatz 3 der hier geltenden Geschäftsordnung darf ich Sie bitten, über die von uns eingereichten und Ihnen zugestellten Änderungsanträge und den *roll-call-vote* vorliegend separat abstimmen zu lassen.

(Parliament rejected a request under Rule 59(3) to vote on the amendments as a priority)

10.9. Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (A8-0274/2018 - Ivan Štefanec) (Abstimmung)

10.10. Entgelte für grenzüberschreitende Zahlungen in der Union und Entgelte für Währungsumrechnungen (A8-0360/2018 - Eva Maydell) (Abstimmung)

— *Before the vote:*

Eva Maydell, Rapporteur. – Madam President, briefly, I just want to draw your attention to the fact that today, with this report, we abolish the so-called 'roaming fees' for cross-border payments. In this way, we (a) show to the European citizens that we can deliver fast and tangible results and (b) save them billions of euros annually. And not least, we also put the single market for payments at an equal footing, irrespective of whether you come from a eurozone country or non-eurozone country.

(Applause)

10.11. Gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt (A8-0032/2019 - Roberts Zile) (Abstimmung)

10.12. Änderung der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz und der Verordnung (EU) 2018/1999 über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (A8-0014/2019 - Miroslav Poche) (Abstimmung)

10.13. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (B8-0103/2019, RC-B8-0104/2019, B8-0104/2019, B8-0105/2019, B8-0106/2019) (Abstimmung)

10.14. Die Rechte intersexueller Personen (B8-0101/2019) (Abstimmung)

10.15. Zukunft der Liste von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI-Personen (2019-2024) (B8-0127/2019) (Abstimmung)

10.16. Zukunft des INF-Vertrags und Auswirkungen auf die EU (RC-B8-0128/2019, B8-0128/2019, B8-0129/2019, B8-0130/2019, B8-0131/2019, B8-0132/2019, B8-0133/2019) (Abstimmung)

10.17. NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (B8-0079/2019) (Abstimmung)

10.18. Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU (A8-0057/2019 - Jørn Dohrmann) (Abstimmung)

10.19. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts durch die Entwicklung der Zollunion der EU und ihrer Governance (A8-0059/2019 - Virginie Rozière) (Abstimmung)

10.20. Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen und der Gemeinsamen Erklärung zur Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle über die dezentralen Agenturen (A8-0055/2019 - György Schöpflin) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

PRZEWODNICTWO: ZDZISŁAW KRASNODEBSKI

Wiceprzewodniczący

11. Stimmerklärungen

11.1. Gegenbewegung gegen die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in der EU (B8-0096/2019, B8-0099/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor presidente, he votado a favor de este informe porque, más allá de establecer un diagnóstico preciso de los efectos que las políticas patriarcales tienen sobre las mujeres, pone el foco en la necesidad de revertir las políticas de austeridad y recortes que tanto dolor han causado a la ciudadanía en general y a las mujeres en particular. También propone medidas financieras y mecanismos de implementación de las mismas.

Pero intervengo aquí, además, para recordar que los avances se consiguen a través de la construcción y la organización colectiva. Juntas somos más y más fuertes, especialmente frente a los mensajes de odio que la extrema derecha vierte sobre nosotras. Sobre los discursos de quienes nos quieren como máquinas reproductivas al servicio del sistema.

Por eso, el 8 de marzo iremos a la huelga feminista, como ya hicimos el año pasado. Juntas, diversas, organizadas y cada vez más y en más partes del planeta.

Porque tenemos motivos. Por eso, iremos a la huelga.

Branislav Škripek (ECR). – Vážení pán predsedajúci, ja sa chcem opýtať ohľadne tohto dokumentu: skutočne chceme povýšiť zabíjanie nenarodených detí na ľudské právo a na právo žien? Ja tu často počúvam o Európskej únii ako o úspešnom projekte, ktorý zabezpečuje mier a prosperitu v našom regióne. Áno, je to tak, rozhodne. Len potom nechápem prečo – keď žijeme dobre v bohatej časti sveta – tu vládne strach z nenarodených a nevinných detí a chceme ich pozabíjať, moja otázka. Naozaj stoja nenarodené deti v ceste pokroku v oblasti rovnosti medzi mužom a ženou? Je toto pravda? Toto nazýva Európsky parlament progresívnou sociálnou zmenou? Toto? Ja si potom takýto pokrok na úkor bezbranných a nevinných detí rozhodne neželám. Rovnako nechápem ten obrovský strach z iného názoru. Ak niekto v

tejto sále nesúhlasí napríklad s Istanbulským dohovorom, ktorý je dohovorom o bojovaní proti násiliu na ženách – ale pozor, ak s ním nesúhlasí nie preto, že by schvaľoval násilie na ženách, ale len nesúhlasí s dohovorom pre genderovú ideológiu, ktorú obsahuje –, tak je onálepkovaný ako extrémista a ide sa proti nemu bojovať. Ja sa teda pýtam, kde sme získali právo odcudzovať členské štáty pre rodinnú politiku, ktorá podporuje materstvo a rodičovstvo.

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán predsedajúci, každá poslankyňa a poslanec tohto Parlamentu má právo klásť otázky Komisii. A komunistickí poslanci počtom položených otázok dokazujú, že ide o dôležitú súčasť parlamentnej kontroly. V reakcii na otázku kolegu Pimenta Lópeza vznikli dva diametrálne odlišné návrhy uznesenia, ktoré ilustrujú hlavnú výhradu ľavicových poslancov voči parlamentnej demokracii. Parlament je miestom, kde sa hľadá dohoda, a oni nemajú záujem takúto dohodu nájsť. Pritom dohoda by pomohla predovšetkým ženám, ktorých právami sa pán poslanec zakrýva ako figovým listom, keď žiada Komisiu, aby potlačala iné vnímanie sveta a človeka, než je jeho vlastné. Veľmi ľutujem, že sme nehlasovali o alternatívnom uznesení, ktoré by som bola určite podporila, pretože rešpektuje – alebo rešpektovalo – platné európske zmluvy a princíp subsidiarity.

José Inácio Faria (PPE). – Senhor Presidente, votei a favor desta pergunta à Comissão porque constato que, à medida que a luta pela igualdade de género e de direitos das mulheres se intensifica, mais obstáculos vamos encontrando pelo caminho, que urge contornar e eliminar definitivamente.

O surgimento de regimes nacionalistas, a criação de barreiras administrativas nas próprias empresas e a limitação do acesso das mulheres ao ensino são apenas alguns exemplos sintomáticos de uma Europa pouco justa e nada inclusiva e que temos vindo a assistir e que não queremos.

Para reverter esta situação entendo que os Estados-Membros devem ser os primeiros a dar o exemplo, e esse exemplo passa por garantir o combate de todas as formas de violência contra as mulheres, incluindo as práticas tradicionais perniciosas e a violência com base no género, bem como condenar o discurso de ódio sexista, o discurso de ódio fóbico contra as pessoas LGBTI, a misoginia e o discurso de ódio *online*, incluindo o assédio e a perseguição.

Termino recordando que, tanto a transposição da Convenção de Istambul entre os Estados-Membros, como o documento final da diretiva para o equilíbrio entre a vida profissional e a vida privada, são fundamentais para o estabelecimento de uma sociedade justa, inclusiva e moderna.

A União Europeia tem a obrigação de estar na vanguarda deste processo.

Ангел Джамбазки (ECR). – Господин председател, убедено гласувах против този документ, защото за пореден път, под маската на легитимната цел за борба с насилието над жени, се прави нова пропаганда. Отново се пропагандират скандали, спорни теми, свързани с Истанбулската конвенция, отново се използва тази зала и тази трибуна за пропаганда на различни, така да го кажем, отклонения.

Ето и днес гласувахме правата на ЛГБТИ, интерсексуални и т.н. и т.н. Всъщност всички тези документи се превръщат в място за пропаганда. Гласуваме за риболова в Северно море – правата на ЛГБТИ, гласуваме за донерите – правата на ЛГБТИ. Това е нередно, недопустимо и необяснимо, уважаеми г-н Председател. Тук се превръща в място за пропаганда срещу традиционните ценности и традиционното семейство. Няма никаква логика и няма никакъв смисъл във всеки един от в тези документи да бъдат вкарвани тези противоречиви спорни текстове. Сред гражданите, по-специално на нашите държави, няма разбиране, че тази пропаганда трябва да бъде правена.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, once again I find myself having to rail against the almost mandatory pessimism of this Chamber. Everyone is always so gloomy about international trends, but the reality is my daughters are going to experience a life incomparably better than my mother did, just as hers was better than her grandmother's. Globally, as in Europe, there has never been a time when women have been better fed, longer lived, better paid, more equally paid, less likely to die in childbirth and better educated than today. The driving force for that improvement has been the free market. A real backlash, if we have to talk in terms of backlash – as this report suggests – is not to equality, it is to the fact that every single proposal in this report is one that involves greater state intervention – either higher taxes or more power to Brussels, or in most cases both. Surely the best way to enlarge the freedom of women, as of men, is to recognise is that individualism and freedom are the basis of modern civilization.

11.2. Politische Herausforderungen und Strategien gegen frauenspezifische Krebserkrankungen und damit zusammenhängende Begleiterkrankungen (B8-0097/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Głosowałam za rezolucją Parlamentu w sprawie wyzwań politycznych i strategii wobec nowotworów u kobiet i związanych z nimi chorób współistniejących. Ten ważny dokument wzywa do priorytetowego traktowania walki z rakiem w polityce zdrowotnej oraz stworzenia kompleksowej strategii Unii wobec chorób nowotworowych, a także pokazuje, że mimo dotychczasowych starań potrzeba dalszych, w tym także odpowiedniej diagnostyki, leczenia, ale przede wszystkim profilaktyki, jaka odnosi się także do masowo i długotrwałe stosowanej antykoncepcji hormonalnej czy stymulacji hormonalnej związanej z procedurami in vitro w ramach tzw. zdrowia seksualnego i reprodukcyjnego. Dowiedziono niedawno, że długotrwałe stosowanie antykoncepcji hormonalnej może zwiększyć ryzyko zachorowania na glejaka, a także inne typy nowotworów poza oczywistymi wpływami innych szkodliwych czynników środowiskowych, które należy eliminować.

11.3. Einsatz von Cannabis in der Medizin (B8-0071/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Jako współsprawozdawczyni głosowałam za rezolucją w sprawie stosowania marihuany, gdzie celem z lekarskiego punktu widzenia było przeprowadzenie badań klinicznych z użyciem leków na bazie marihuany wraz z przeznaczeniem na ten cel odpowiednich środków. W rezolucji udało się wyraźnie rozróżnić produkty lecznicze na bazie marihuany zatwierdzone przez organy regulacyjne, marihuanę medyczną niesprawdzoną w badaniach klinicznych i inne zastosowania marihuany. Ponadto wezwano do zniesienia barier regulacyjnych, które utrudniają badania naukowe, wraz z pozostawieniem państwom członkowskim wolności w przyjmowaniu potrzebnych rozwiązań, chociaż wezwano do prowadzenia większej liczby badań i zapewnienia przepływu informacji na ten temat. Dobrze, że posłowie odrzucili zgłoszone w ostatniej chwili poprawki, gdyż marihuana to nie sałata rukola, ale spreparowane przez różnych wynalazców odmiany o wielkiej sile uzależniającej, zawierające duże stężenia THC ze śladowymi ilościami ochronnego CBD, których doliczono się 700, a nawet według niektórych źródeł 2300.

John Howarth (S&D). – Mr President, medical use of cannabis is legal to some degree in 23 Member States of this Union, 47 states of the USA plus Washington DC, and a further 25 countries around the world. The list is growing. I am happy to support this resolution because regulation is the way, just as for any other product. However, I detect in this resolution, and in the words of some of the PPE Group speakers, a backdoor desire to strengthen prohibition – and that has utterly and completely failed: failed to protect young people, failed to address the real issues of addiction, and played into the hands of organised crime.

This is the view of drug experts, addiction experts, and senior police officers. It is wrong to criminalise people with horrible illnesses, just as it's wrong to criminalise addiction. Throughout the Union, we tolerate a much more dangerously addictive drug that wrecks lives. We call it beer, we call it whisky or we call it champagne, but we regulate alcohol because prohibition doesn't work. It only makes things worse.

Ana Miranda (Verts/ALE). – Señor presidente, esta pregunta parlamentaria, esta cuestión debatida en el Pleno sobre el uso del cannabis para fines terapéuticos desató cierta polémica en las redes. Las personas que defendemos la legalización del cannabis, tanto para uso terapéutico como para el uso propio que cada persona le quiera dar —para los usos lúdicos— a veces no somos entendidas.

Y, por eso, quiero dar una explicación de voto en el sentido de que la Comisión Europea tiene una oportunidad para apoyar la investigación de calidad en lo relativo a los medicamentos a base de cannabis, pero, además, tiene una oportunidad en estos momentos para examinar el financiamiento previsto para la investigación en este ámbito en el Noveno Programa Marco.

En este sentido, como vemos que los Estados miembros diferimos en la percepción, pero también en la legislación, es una gran oportunidad que hay que aprovechar, como ha hecho Uruguay o como ha hecho Canadá.

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, I voted in favour of this resolution mainly because the benefits to human health of the active principles found in the cannabis plant are today undeniable.

Historically in Europe, this plant was banned due to the social consequences of its recreational abuse, but recently we realised that we were missing out on many treatment opportunities. As patients crave access to these treatments, pharmaceutical companies and cannabis producers are now racing to claim a share of a market that is deemed to be worth EUR 55 billion by 2028. Everyone's concern is that legislators and competent authorities in Member States cannot keep pace in terms of regulation, leaving medical cannabis to slow-crawl its way into the market. We need to let research and development take its course, and pharmaceutical regulation do its part.

I see no reason for these products not to be treated like any other medicine. The active principles from cannabis should be dealt with like all other active principles – and we can treat cannabis as we do other regulated plant-based medicines. The system for medicines already works well, and we have fought hard to make it fair across Europe. To conclude, we should leave aside our prejudices about the plant and believe that this is a new situation. There is no reason for these medicines not to follow the same evolution in science that is reflected in the fact that we now take aspirin whereas we used to chew on willow bark.

Dobromir Sośnierz (NI). – Panie Przewodniczący! Chciałem poprzeć to sprawozdanie, ale nie mogłem. Nie ma powodu, żeby jedni ludzie zabraniali drugim spożywania czegoś, wkładania czegoś do swojego organizmu. I z tego powodu nie wypadło mi głosować przeciwko temu, żeby marihuanę dopuścić, ale z drugiej strony zezwolenie nie wymaga niczego więcej niż tylko skasowania zakazu. A co my tu mamy? Znowu to parlamentarne nasze gadulstwo, typowe dla tej instytucji: mając na uwadze to, mając na uwadze tamto, pouczając, ażeby to badać, ażeby tego nie badać, ażeby taką marihuanę dopuszczać. Ale po co? Kogo to obchodzi, co wy macie na uwadze? Po prostu skreślcie zakaz i tyle. Poza tym dlaczego dopuszczamy tylko jeden rodzaj marihuany, a nie inny rodzaj marihuany? Przecież słyszymy tutaj takie hasła jak: „mój brzuch, moja sprawa”. To dlaczego „mój brzuch, moja sprawa” tylko wtedy, kiedy trzeba zabić nienarodzone dziecko, ale jak chcę sobie coś spożyć, czego ktoś inny chce mi zabronić, to już nie jest „mój brzuch, moja sprawa”. I nagle muszę iść do lekarza po receptę, żeby on mi zezwolił na to, bym coś przyjął do swojego organizmu. Dlatego nie mogłem poprzeć tego przegadanego i przeregulowanego sprawozdania.

Anna Záborská (PPE). – Vážený pán predsedajúci, ako lekárka viem, že súčasťou mnohých liekov sú prírodné aj syntetické látky, ktoré vo väčších množstvách alebo pri nesprávnom použití človeku škodia a môžu ho aj zabiť. Pri správnom využití však pomáhajú prekonať chorobu alebo bolesť. Ku konope však na Slovensku pristupujeme s opatrnosťou. Je to mäkká droga, ktorá ovplyvňuje činnosť mozgu, a nechceme, aby bola verejne dostupná. Je správne, pokiaľ sa umožní jej výskum s cieľom pomôcť pacientom trpiacim najmä chronickou bolesťou. Pestovanie a manipulácia s konope však musí podliehať prísny predpisom a obsahovať poistky pri jeho šírení mimo prostredia certifikovaného laboratória. Zároveň sa musí zabezpečiť, aby takýto výskum nebol zneužívaný na nekritickú popularizáciu konope a ľahkých drog.

11.4. Gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt (A8-0032/2019 - Roberts Zile)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Ангел Джамбазки (ECR). – Господин председател, подкрепих доклада на колегата Зиле, защото неговите смислени предложения защитават интересите, правата и законните интереси на превозвачите и на собствениците от държавите – членки на Европейския съюз от Източна Европа.

За разлика от първия доклад, от първия пакет документи – пакетът „Мобилност“, където под натиска на Германия, Франция и Белгия, се прави опит да бъде откраднат, буквално „откраднат“, превзет бизнеса на източноевропейските държави. Предприемачите от Полша, България, Румъния, Унгария, Литва, Латвия, Естония, дори от Испания и от Португалия са застрашени. Техният бизнес модел е застрашен, защото хората, които взимат решенията в Германия, Франция, Белгия, се опитват да откраднат този бизнес. Това е ярък признак и пример за „двоен стандарт“ и за нарушение на правилата на единния пазар, срещу което ние всички трябва да се борим, защото когато влизахме в този Съюз ни казваха, че единният общ свободен пазар ще бъде решаващият. Така че този пакет „Мобилност“ трябва да бъде спрял, оттеглен и върнат за ново разглеждане.

11.5. Das Recht auf friedlichen Protest und den verhältnismäßigen Einsatz von Gewalt (B8-0103/2019, RC-B8-0104/2019, B8-0104/2019, B8-0105/2019, B8-0106/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, rezoluția pe care am votat-o astăzi condamnă intervențiile violente și disproportionale ale forțelor de ordine împotriva protestatarilor pașnici. În special, condamnă folosirea armelor neletale, cum sunt proiectilele cu impact cinetic, grenadele cu gaze lacrimogene și folosirea tunurilor de apă sau a tunurilor cu gaze lacrimogene. Aceste tipuri de armament au fost folosite și pe 10 august 2018 de Jandarmeria Română împotriva a sute de mii de demonstranți care demonstau împotriva corupției Guvernului PSD-ALDE. Acești demonstranți protestatari erau pașnici. De asemenea, aceasta a fost o acțiune premeditată și atent orchestrată de Ministerul de Interne și de liderii coaliției de guvernare. Sute de persoane au fost grav rănite.

Până acum, cei care au dat ordine pentru a declanșa violențele împotriva protestatarilor pașnici și au produs și răni nu au fost trimiși în judecată. Trebuie să răspundă în fața justiției.

Alex Mayer (S&D). – Mr President, I welcome this report on peaceful protest – a cherished right that we in the trade union movement hold dear. It is currently HeartUnions week when we show the love for trade unions because being a member of a union makes sense. Workers in unionised workplaces earn up to 10% more, enjoy greater job security and better terms and conditions. Getting successes nationwide, like the GMB deal for Hermes self-employed couriers to get holiday pay and Unison's landmark case to scrap employment tribunal fees and — in the east of England, my region — UNITE helping scrap the plans to make Suffolk poultry catchers work on Christmas Day; and the successful FBU campaign to stop the PCC taking over Hertfordshire fire service; and fighting against injustices; Usdaw helping 'Keep Sunday Special' and the CWU fighting against crown post office closures. So, let's get more bosses' pulses racing by pumping up membership to help break heartbreak for workers.

11.6. Die Rechte intersexueller Personen (B8-0101/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Podczas gdy Unia Europejska zмага się z brexitem, napływem nielegalnych imigrantów, kryzysem bankowym w wielu krajach członkowskich, komisja LIBE pod przewodnictwem p. Moraes z uporem godnym lepszej sprawy zajmuje Parlament Europejski prawami osób interseksualnych. W punkcie piątym rezolucji wzywa Komisję i państwa członkowskie do zwiększenia funduszy na działalność organizacji społeczeństwa obywatelskiego zajmujących się osobami interseksualnymi. W punkcie jedenastym chce zmusić państwa członkowskie do promowania praw osób interseksualnych, w tym dzieci. Praktyki takie uważam za niedopuszczalne, dlatego głosowałem przeciwko tej rezolucji.

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, I have to express my opinion on this and I cannot understand why the regressive Left of this Parliament wants us all to waste our time on resolutions that bring confusion, loss of dignity for individuals and fake rights.

This is a medical issue, it's not a political question.

Babies born with deformed genitalia must be given the best healthcare and the problem must be resolved. There is no politics in this. A world-renowned geneticist has informed me that only one in 200 000 babies is born with this condition, and there is almost never any uncertainty about the true sex. If there were any, a simple chromosome test makes it crystal clear if it's a boy or girl. So this is unscientific and manipulative on the part of some politicians and gender ideologists here. They want to confuse European citizens, brainwashing them into believing another human right is being denied. It's not true.

There is No Treaty competence for this, there is no political need for this and I am saddened that more people didn't do their own research and vote against this terrible resolution.

11.7. Zukunft der Liste von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI-Personen (2019-2024) (B8-0127/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Ana Miranda (Verts/ALE). – Senhor Presidente, a humanidade avança quando protege todos os seres humanos por igual. Votei a favor deste relatório para que os direitos das pessoas LGBTI sejam protegidos de forma igual em toda a Europa. E para que se aprove a Diretiva contra a discriminação, bloqueada, até ao momento, no Conselho.

As pessoas LGBTI sofrem muito porque são atacadas, estigmatizadas, invisibilizadas, não reconhecidas. É necessário protegê-las porque são atacadas pela sua identidade, diversidade, orientação ou características sexuais. Por isso participo no Intergrupo LGBTI do Parlamento Europeu, para lutar pela sua igualdade.

Aumentaram os ataques de ódio por parte de grupos fascistas, embora estes sejam depreciados pela igreja católica e por grupos mais conservadores, que pintam o desenho do arco-íris, do arco da velha.

Membros da organização juvenil do meu partido vão ter de pagar três mil euros, porque visibilizar também é atacar. Para a Galiza Nova o meu apoio dentro Parlamento Europeu.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! W rezolucji dotyczącej wykazu działań na rzecz osób LGBTI w punkcie 3 Parlament wzywa Komisję, by priorytetowo potraktowała w swoim programie na lata 2019-2024 działania na rzecz osób LGBTI. Moim zdaniem wyodrębnienie tego jako priorytetu świadczy o dyskryminacji, a z drugiej strony można by zapytać, dlaczego by nie traktować priorytetowo osób heteroseksualnych. Równie dziwacznie brzmi punkt ósmy. To już kolejna, nie wiem która rezolucja w sprawie LGBTI. Pytanie: czy naprawdę Parlament Europejski nie ma ważniejszych spraw niż zajmowanie się bez przerwy skłonnościami seksualnymi niektórych osób?

11.8. NAIADES II – Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (B8-0079/2019)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Mirosław Piotrowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Celem programu NAIADES wspomnianego przez Pana Przewodniczącego jest zwiększenie transportu na śródlądowych drogach wodnych, a tym samym osiągnięcie zrównoważonego systemu transportowego dla Unii Europejskiej. W grudniu ubiegłego roku Rada podkreśliła potrzebę pełniejszego wykorzystania potencjału śródlądowego transportu wodnego. Ma to umożliwić wspomniany program NAIADES III, który ma być uruchomiony do końca 2020 roku. W przegłosowanej rezolucji Parlament wzywa do zapewnienia odpowiedniego finansowania programu. W swoich wystąpieniach wielokrotnie podkreślałem wagę śródlądowych dróg wodnych, w tym planowanej drogi wodnej E40 przebiegającej przez mój region, Lubelszczyznę. Dlatego głosowałem za przyjęciem przedłożonej rezolucji.

11.9. Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der EU (A8-0057/2019 - Jørn Dohrmann)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor presidente, hoy hemos votado un informe muy curioso. Un informe de iniciativa propia de este Parlamento en el que se pide algo tan lógico como que se cumpla la ley.

Y es que hace ya catorce años que se aprobó una legislación para regular el transporte de animales vivos, tanto dentro como fuera de la Unión. Catorce años después, el propio Parlamento es quien levanta la voz para exigir que se implementen estas medidas, que deberían aliviar el indecible sufrimiento que padecen nada más y nada menos que mil millones de animales al año. Mil millones de seres que sienten, que sufren, que padecen. ¿Se pueden hacer ustedes una idea?

¿Es demasiado pedir que se implemente la ley, se vigile y se sancione a quien no la cumpla? ¿Para qué legislamos, entonces? La legislación sobre protección animal ¿es un simple lavado de cara?

Entiendo que esta Europa neoliberal, que hoy está dejando morir en el mar a quienes huyen de la guerra, no es la Europa que nos sacará del infierno animal en que hemos convertido este mundo.

Bajo ningún concepto es aceptable que exportemos animales vivos a países como Turquía o Uzbekistán, no solo por las enormes distancias y las terribles condiciones del viaje, sino porque fuera de aquí no existen medidas que aminoren el sufrimiento a la hora del sacrificio. ¿Por qué establecemos reglas en Europa pero permitimos que fuera se sacrifique a nuestros animales de cualquier manera? Yo solo encuentro una respuesta: «Es el mercado, amigos».

No cabe más hipocresía. Si las normas no se aplican es simplemente porque no se quiere. Porque la industria no quiere.

Y aunque hemos votado a favor de este informe, no, no nos gusta esta regulación, porque es muy poco ambiciosa. Somos millones de personas ya las que pedimos más, porque un mundo ecologista, feminista y animalista se está abriendo paso frente a esta era de la desolación que nos ha traído el capitalismo, que lo convierte todo, incluso la vida, en mercancía.

Alex Mayer (S&D). – Mr President, well I do not think the regulation goes far enough and I think it is time for a ban on live exports for slaughter or fattening. I do welcome this report's aim of stamping out weak enforcement. Many people in my country find the transport of live calves and sheep abhorrent. Of course, within the single market we cannot just ban it and some have therefore welcomed Brexit as a boon for animal welfare. They will, I believe, be heartily disappointed. Not only do we risk importing lower welfare agricultural products from places like the United States, who are decades behind European welfare standards, but we will also lose our influence within the EU. For 40 years we have used our votes, our economic strength and our political clout to help change policies, not just in Britain but across Europe, banning veal crates, battery cages and animal testing for cosmetics. Brexit will, I fear, be a step backwards for animal welfare, both in Britain and across all of Europe.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, která řeší podmínky zvířat při transportu. Ta situace je opravdu katastrofická. Měření v nevládních organizacích ukazují, že zvířata trpí obrovským způsobem a dosavadní legislativa není využívána. Podle mého názoru ta zpráva však není příliš ambiciózní a do budoucna bude nutné vést seriózní debatu o tom, jestli nemáme zakázat transport živých zvířat do třetích zemí, které nerespektují základní standardy života zvířat. Já jsem pro takovýto zákaz.

A stejně tak si myslím, že do budoucna bude nutné přijmout jasnou úpravu, která časově limituje dobu, po kterou může být živé zvíře transportováno na jatka. Hovoří se zde o 8 hodinách, to si myslím, že je tak dlouhá doba, za kterou je možné zvíře odvézt na jatka. Já osobně si myslím, že do budoucna je třeba podporovat řešení, aby zvíře bylo usmrcováno co nejbližší místu, kde vyrůstá, a transporty maximálně omezit, stanovit tvrdší pravidla, ale hlavně to kontrolovat.

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.12)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

14. Petitionen: siehe Protokoll

15. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

16. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

17. Große Anfragen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die große Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Aussprache von Anders Primdahl Vistisen, Pavel Telička, Péter Niedermüller, Heinz K. Becker, Frédérique Ries, Jozo Radoš, Nadja Hirsch, Wolf Klinz, Gérard Deprez, Robert Rochefort, Renate Weber, Marietje Schaake, Igor Gräzin, Norica Nicolai, Ilhan Kyuchyuk, Dominique Riquet, Jean Arthuis, Bernd Kölmel, Joachim Starbatty, Kristina Winberg, Peter Lundgren, Jan Zahradil, Ruža Tomašić, Bas Belder, Richard Sulík, Raffaele Fitto, Kosma Złotowski, Laurențiu Rebega, Karol Karski, Anna Elżbieta Fotyga, Hans-Olaf Henkel, Ryszard Antoni Legutko, Lorenzo Cesa, Anders Sellström, Željana Zovko, Patricija Šulin, Tomáš Zdechovský, Marijana Petir, José Inácio Faria, Antonio López-Istúriz White, Fulvio Martusciello, Esteban González Pons, Milan Zver, Monika Hohlmeier, Cristian Dan Preda, Stefan Gehrold, Traian Ungureanu, Tunne Kelam, Ramona Nicole Mănescu, Anna Záborská, Elisabetta Gardini, Lukas Mandl, James Carver, Monika Beňová, Andi Cristea, Theresa Griffin, Pina Picierno, Boris Zala, Doru-Claudian Frunzulică, Dan Nica an die Kommission: Jüngste staatsterroristische Aktivitäten des Iran in der EU (G-000008/2018 – B8-0013/2019).

Bernd Kölmel, Verfasser. – Herr Präsident! Ich darf meinen Kollegen Anders Vistisen vertreten, der leider verhindert ist. Sehr geehrter Herr Kommissar! Heute sprechen wir über die aktuelle Bedrohung der Sicherheit durch den Iran. Anlass dazu sind aktuelle Vorgänge. So erklärte im Oktober 2018 der dänische Premierminister Rasmussen, dass der iranische Geheimdienst einen Mordanschlag gegen drei in Dänemark lebende iranische Oppositionelle geplant habe. Ähnliche Vorwürfe erhob zur gleichen Zeit die französische Regierung. Im Januar 2019 verhafteten deutsche Sicherheitskräfte einen deutsch-afghanischen Bundeswehrangehörigen unter dem Verdacht, vertrauliche militärische Informationen an den iranischen Geheimdienst weitergegeben zu haben.

Aufgrund dieser und anderer Vorfälle hat der EU-Ministerrat reagiert. Ich begrüße entsprechend die Entschließung des Ministerrats vom 8. Januar 2019 voll und ganz. Dieser hatte beschlossen, dass zwei iranische Staatsangehörige und die Direktion für innere Sicherheit des iranischen Geheimdienstministeriums in die Terrorliste der EU aufgenommen werden. Dies ist ein klares Signal, dass Terror auf deutschem und auf europäischem Boden nichts zu suchen hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch einen Appell an die Regierung des Iran richten: Die iranische Regierung muss sich darauf besinnen, ihren Teil zur friedlichen Lösung der zahlreichen Konflikte im Nahen Osten zu leisten. Mit Gewalt und Terror wird man auf Dauer seine Ziele nicht erreichen. Dies gilt für den Iran genauso wie für alle anderen Akteure, die im Nahen Osten ihre eigenen Interessen verfolgen.

Der Iran ist eine starke Militärmacht; er sollte nicht auf- sondern abrüsten. Dies betrifft insbesondere seine ballistischen Aktivitäten, die nicht mit der UN-Sicherheitsresolution übereinstimmen. Entsprechend muss die EU, müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Verantwortung übernehmen, müssen ihren Teil leisten, um den Frieden im Nahen Osten sicherzustellen.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, I welcome the opportunity to join you today and to discuss this very important topic: the recent hostile activities that Iran has reportedly conducted on the territory of several Member States. Let me start with the basic yet fundamental premise.

The European Union has consistently voiced, and will continue to voice, our strong unequivocal condemnation of terrorism in all its forms and manifestations committed by whomsoever, wherever and for whatever purposes. It is then clear that in order to preserve our own European security, we cannot accept Iranian or any other country's hostile activities on European soil, no matter the justification. There is complete solidarity between the European Union and all EU Member States on this issue, and this solidarity will continue.

Whenever there have been reports of such activities, we have been in prompt contact with the authorities of the Member State concerned to offer our full support and solidarity. For example, in the case of Denmark at the end of last October, HR / VP Mogherini discussed the situation with the Danish Foreign Minister on the very same day that the case was made public.

You will also be aware that the Foreign Affairs Council had two significant discussions on Iran in the final months of 2018. At the Foreign Affairs Council in November, the Danish Foreign Minister Anders Samuelsen provided an update and Member States underlined their solidarity and willingness to agree on measures to address this and other recent incidents on European territory.

One month later in December, the Foreign Affairs Council again discussed Iran. Ministers agreed on the principle of adoption conclusions, which would reaffirm the commitment to the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), while making clear that it would not prevent the EU from raising concerns about Iranian activities.

This solidarity at the Council led to the addition of two Iranian individuals and the Directorate for Internal Security of the Iranian Ministry for Intelligence and Security to the EU counter-terrorism list. The Council adopted the list on 9 January this year. Persons, groups and entities on this list are subject to the freezing of their funds and other financial assets, and European Union operators are prohibited from making funds and economic resources available to them. Our discussions on how we should collectively respond to threats to our security, whatever their provenance, did not end on that day, as the conclusions adopted on 4 February repeated that the European Union will continue to demonstrate unity and solidarity in this area.

I would like to close these introductory remarks with three points. First, far from responding to policies of Iran with which we disagree, we have a number of restrictive measures in place against Iranian individuals and entities for reasons including their violation of human rights, support for terrorism and support for the Assad regime. Secondly, we should resist the temptation of viewing any country as solely a perpetrator of terrorism. Iran too has been a victim of terror attacks and consistency demands that we have also condemned, as in the case of the attacks in Ahvaz in September last year, which claimed the lives of at least 25 individuals.

Finally, our vigorous response to these actions, while necessary, should not affect the EU's continuing commitment to the full and effective implementation of the JCPOA whose preservation is in the security interests of the EU and the international community. Thank you for your attention and I look forward to our discussion.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Pane předsedající, pane komisaři, já jsem si pozorně vyslechl Vaše vystoupení. Musím říci, že jsem více skeptický k íránskému režimu než Vy. Pro mne je to totalitní režim, který svými kroky, které páchá na občanech EU na území EU, potvrzuje, že nemůže být důvěryhodným partnerem EU. Vraždy občanů EU, které zde proběhly a za které je s velkou mírou pravděpodobnosti odpovědný íránský režim, jsou něco naprosto nepřijatelného a nemůžeme nad tím zavírat oči jenom proto, že jsou zde určité závazky, dohody, včetně dohody o jaderných zbraních. Já jsem v tomto směru mnohem více skeptický na rozdíl od paní Mogheriniové a některých členů Evropské komise.

Co je alespoň důležité a to vítám, že jste přijali určité sankce vůči určitým příslušníkům tajných služeb íránského režimu. Je nutné, aby v boji proti vraždám občanů EU nestály vůči Íránu samy jednotlivé členské státy, ale aby na takovéto akty nepřátelství na území EU reagovala EU jako celek. To je podle mne strašně důležité, toto není problém jednotlivých členských států, kde buď došlo k těmto násilným trestným činům, nebo bylo podezření, že ty trestné činy jsou tam příslušníky íránských tajných služeb připravovány. A do budoucna prosím postupujme takto razantně vůči pachatelům, ale i celému režimu.

Andrejs Mamikins, on behalf of the S&D Group. – Mr President, we condemned any unlawful activities of foreign intelligence services on European soil, including from Iran.

However, the purpose of this interpellation is not to resolve our disagreements with Iran, which are many, but to sabotage the EU efforts to keep engagement with Iran alive. This is happening at a time when the EU is doing its utmost to save the nuclear agreement with Iran. This agreement serves its purpose of ensuring that Iran's nuclear programme is exclusively peaceful.

Iran delivered on its commitments, as confirmed by 14 reports of the International Atomic Energy Agency. The EU has to deliver its side of the deal by offering Iran economic dividends to which it is entitled as part of the agreement. This is why the EU created a special mechanism to facilitate legitimate trade with Iran. I fully support that mechanism and hope that it will deliver real results.

The purpose of this debate, to the contrary, is to create a negative environment in EU-Iran relations and to undermine the efforts at engagement, led by the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Federica Mogherini.

The initiators of this debate attempt to depict Iran as the only source of all trouble in the Middle East. Although we have disagreements with Iran on a number of issues, it is unacceptable and unrealistic to blame only Iran for all the instability and violence in the region. This debate is about State support of terrorism. No country fits the bill more than Saudi Arabia. This Parliament recognised the Saudi-originated Wahhabism as a key security threat for Europe as far back as in 2013.

Today we voted on a resolution condemning Saudi Arabia for human rights violations and also for the troubling role it plays in the region.

The Commission has just come out with a proposal to include Saudi Arabia in its blacklist of countries that do not do enough to combat money laundering and terrorism financing. The Commission says that Saudi Arabia represents a high risk for the integrity of Europe's financial system. It is absurd to discuss terror threats and not to discuss Saudi Arabia. We need serious debate on this issue and not propaganda events at the service of ideological obsessions.

José Inácio Faria (PPE). – Mr President, this week Iran noisily celebrated the 40th anniversary of the Islamic Revolution. During these last 40 years, international terrorism has become a prominent feature of Iran's foreign policy and has produced a bloody history of terror attacks. Iran's theocrats not only use Shia jihadists in Iraq and Syria, and support terrorist organisations like Hezbollah or rebel movements in Yemen, but also spread their radical ideology via their support for religious studies centres and NGOs in the Balkans and, violently, via terrorist plots on European soil to assassinate regime opponents.

Regardless of my support for the negotiations around the Iran nuclear deal and the establishment of mechanisms like the Instrument in Support of Trade Exchanges (INSTEX) special-purpose vehicle, unfortunately I believe that those negotiations and mechanisms do not alter in any way Iran's unacceptable behaviour: its support for terrorism, its willingness to expand its ballistic missile programme and its horrific record of violating human rights. The recent Iranian-backed campaign of assassinations and terror plots on European soil poses a serious threat to our security and must incur targeted consequences diplomatically and economically.

Ангел Джамбазки (ECR). – Поздравявам колегата Кьолмел за този въпрос. Няма никакво съмнение, тероризмът трябва да бъде преследван навсякъде. Никой в тази зала няма да подкрепи нито една организация или държава, която поддържа, подкрепя и развива тероризъм. От друга страна съм убеден, че трябва да уважаваме правото на всеки един народ, на всяка една нация да подрежда своя вътрешен ред. Не можем да обвиним една държава, една нация, един народ, едно правителство, да наричаме всички тях терористи. Аз вярвам, че никой не го прави, убеден съм, че не е така.

Европейският съюз, европейските държави имат огромен търговски и икономически интерес да поддържат добри отношения с Република Иран. Не случайно Германия, Франция и други европейски държави поддържат такива отношения. Аз съм убеден, че трябва да го правим. Заклеймявайки тероризма навсякъде, ние трябва да уважаваме правото на всяка една държава на свой вътрешен ред.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedavajući, gospodine povjereniče, nakon prošlogodišnjeg napada na mirno okupljanje iranske opozicije u Parizu, tragovi terorističkih djela vodili su prema Belgiji, zatim prema Francuskoj, zatim prema Danskoj. Naravno, radi se o prikrivenim diplomatima koji su zapravo pripadnici obavještajnih službi Irana, a nedavno se taj intenzitet njihove aktivnosti osobito mogao primijetiti u Albaniji zbog toga što tamo postoji dio iranske opozicije.

Mi govorimo o terorizmu, ali možemo govoriti i o ponašanju, nedemokratskom ponašanju iranskih vlasti prema prosvjednicima, napadima na prosvjednike, smanjivanju slobode medija, interneta, zatvaranju. I na kraju, Iran je svjetski prvak po egzekucijama. Stoga bi odnos Europske unije prema onima koji su potencijalni počinitelji terorističkih djela, ali i prema Iranu, općenito trebao biti oštriji.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, this has been a useful exchange and I thank the honourable Members for their interventions. From this debate, I conclude that we must continue to use a balanced and comprehensive approach with Iran. We have to address all issues of concern and take measures when required. We can be critical when there are divergences and cooperative when there is mutual interest.

In this regard, we need to use the diplomatic power and instruments of the European Union and its Member States to their full potential in support of preserving and implementing the JCPOA, which is vital for the EU and international security.

I would like to close by signalling once again my appreciation of Parliament's role in facilitating an exchange of views on this issue.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

18. Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission: „Ein Europa, das schützt: Saubere Luft für alle“ von Julie Girling, Seb Dance, Jadwiga Wiśniewska, Catherine Bearder, Keith Taylor, Anja Hazekamp, Eleonora Evi im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-000138/2018 – B8-0009/2019).

Eleonora Evi, autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario Vella, sono davvero molto onorata oggi di presentare l'interrogazione orale intitolata «Un'Europa che protegge: aria pulita per tutti», a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare del Parlamento europeo. Ritengo che il dibattito che ci apprestiamo a svolgere oggi, grazie a questa interrogazione, potrà stimolare ulteriormente le iniziative che sono intraprese soprattutto al di fuori di quest'Aula per migliorare la qualità dell'aria a beneficio di tutti. Allo stesso modo io credo che sia molto importante anche la risoluzione, che è legata a questa interrogazione orale, e quindi il messaggio che il Parlamento europeo potrà lanciare a marzo grazie alla sua approvazione durante la prossima plenaria.

La qualità dell'aria è un tema che suscita sempre maggiore interesse nell'opinione pubblica europea. Stiamo parlando infatti di un problema generalizzato che tocca in maniera tangibile i 500 milioni di cittadini che qui rappresentiamo e che vorrebbero vederlo risolto il prima possibile. Certamente nella società in cui viviamo l'inquinamento atmosferico è motivo di una preoccupazione forte e diffusa, insieme agli eventi meteorologici avversi che si abbattano sul continente con una forza sempre più intensa a causa dei cambiamenti climatici.

Attualmente, il prezzo pagato per la scarsa qualità dell'aria nelle nostre città in termini di vite umane è più elevato di quello determinato dagli incidenti stradali. Con oltre 400 000 morti premature all'anno, l'inquinamento atmosferico è purtroppo la prima causa ambientale di morti premature in Europa. La situazione particolarmente critica nei contesti urbani, dove vive il maggior numero di cittadini europei. Secondo i dati disponibili, il 19 % della popolazione urbana è continuamente esposto a livelli di polveri sottili al di sopra dei valori limite giornalieri stabiliti dalla normativa dell'Unione. Circa la metà della popolazione europea, inoltre, è esposta a concentrazioni di queste sostanze in maniera superiore rispetto alle raccomandazioni più stringenti stilate fino ad ora dall'Organizzazione mondiale per la sanità. Respirare aria pulita è quindi fondamentale, non solo per tutelare la salute dei nostri concittadini, ma anche per assicurare il mantenimento di un ambiente salubre a beneficio delle generazioni presenti e future.

La scarsa qualità dell'aria incide in maniera nociva sul mantenimento dei servizi ecosistemici. L'eccesso di azoto atmosferico, in particolare, danneggia l'ecosistema, favorendo l'eutrofizzazione dell'atmosfera e la comparsa delle piogge acide. È proprio per questa ragione che già dall'inizio degli anni Settanta del secolo scorso l'Unione europea ha intrapreso un percorso volto a stabilire delle regole comuni per controllare i rilasci delle sostanze nocive nell'atmosfera e per migliorare quindi la qualità dei combustibili e integrare i requisiti di protezione ambientale nel settore dei trasporti ed in quello della produzione energetica.

L'inquinamento atmosferico però travalica i confini nazionali ed è per questa ragione che il coordinamento a livello dell'Unione delle azioni che mirano a migliorare la qualità dell'aria assume una rilevanza davvero notevole. Tuttavia, nonostante l'Europa disponga di un quadro legislativo solido e uniforme per combattere l'inquinamento atmosferico, le misure e gli strumenti di politica ambientale adottati negli Stati membri e a livello locale, regionale e nazionale variano enormemente da un contesto all'altro, da uno Stato membro all'altro.

Il fatto che vi siano problematiche serie relativa all'attuazione della normativa sulla qualità dell'aria è dimostrato dal numero molto elevato di procedure precontenziose avviate negli anni dalla Commissione europea. Oggi sono ben 30 le infrazioni in corso che riguardano la cattiva applicazione delle norme che dovrebbero mettere la salute dei cittadini europei al riparo dall'inquinamento atmosferico. È quindi più che mai necessario agire con urgenza per migliorare l'aria che respiriamo in Europa, assicurando il rispetto degli standard di qualità dell'aria ambiente che il Parlamento europeo e i governi degli Stati membri hanno adottato ormai più di dieci anni fa.

Il messaggio che rivolgiamo oggi alla Commissione attraverso la nostra interrogazione è proprio questo: le chiediamo di intensificare l'impegno a vigilare attentamente in particolare sull'attuazione della direttiva 2008/50/CE, delle norme che disciplinano le emissioni industriali, di quelle afferenti al settore dei trasporti e all'omologazione dei veicoli. Le chiediamo di considerare seriamente la necessità di fornire risposte alle esigenze concrete delle autorità regionali e locali, che dobbiamo sostenere con forza affinché possano adottare misure efficaci e sistematiche per ridurre le emissioni dei trasporti, anche grazie ad accresciute opportunità di cofinanziamento nell'ambito in particolare dei programmi legati al prossimo Quadro finanziario pluriennale. Infine, le chiediamo di agire nell'ambito della riforma della politica agricola comune, al fine di dare agli agricoltori gli strumenti che possano aiutarli a ridurre le emissioni del loro settore, in particolare quelle dell'ammoniaca, e di affrontare le crescenti preoccupazioni per la salute umana legate all'esposizione al particolato ultrafine.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, in May of last year the Commission adopted a communication on a Europe that protects clean air for all. In this communication, we outlined the EU clean air policy approach, provided examples of measures to reduce air pollution in the transport, power and heat energy industry, and also in the agricultural sectors.

We also point to initiatives taken to step-up cooperation with Member States, with regions, and also with cities. Against this background let me reply to your five questions.

First on the first question, the Commission has been taking decisive action where it sees persistent exceedances above air quality limit values. It is currently pursuing 30 infringement procedures against 20 Member States for exceedances of particulate matter, nitrogen dioxide or sulphur dioxide limit values.

In two cases, the Court of Justice has already ruled against the Member States. The Commission will continue to actively manage the infringement process as fast as possible, including referrals to the court where and when warranted.

With regards to your second question, as you know, the Commission is carrying out a fitness check of the Ambient Air Quality Directives. We initiated this in 2017 and will complete it in the second half of this year. Its findings will be used to inform further reflections on whether these directives continue to provide the appropriate legislative framework to ensure protection from adverse impacts on, and risks to, human health and the environment.

However, as the analysis is not yet over, it would be premature to anticipate now the conclusions the Commission might draw.

Referring to question three, European Union funding under various financial streams has been made available and successfully used by Member States to address the air quality challenge. In the current programming period – that is 2014 to 2020 — EUR 1.8 billion have been directly allocated to support air quality measures under the European Structural and Investment Fund.

In addition, further indirect contributions beneficial to clean air come from investments in the low-carbon economy and environmental protection and resource efficiency, or in the transport network infrastructure.

More specifically, to support regions and cities, in the urban agenda for the EU there have been innovative actions to further facilitate addressing air pollution in urban areas where transport is one of the main sources of air pollution.

Looking ahead for the period post-2020, the Commission has proposed under the Cohesion Policy a particular emphasis on a green low carbon Europe including a specific result indicator on population benefiting from measures for air quality.

On question number four, the agricultural sector is an important source of ammonia emissions, which in turn are a key precursor to particulate matter. Measures to mitigate these emissions include agronomic measures, livestock measures, or energy production measures. They are already available, technically and economical viable, and should be applied more widely.

According to the Commission's proposal for a new Common Agricultural Policy after 2020, one of the impact indicators to assess the performance of this policy explicitly refers to the ammonia emissions from agriculture. To be more specific, a result indicator will measure the share of agricultural land under commitments to reduce ammonia emissions.

On the fifth question, EU legislation sets objectives for ambient air quality, taking into account the relevant scientific information provided via the World Health Organisation, which is the World's leading authority on health matters. Their air quality guidelines establish the most authoritative, scientific basis to date. The World Health Organisation keeps the scientific basis under regular review, including ultra-fine particles and black carbon.

In addition, it is currently working towards an update of these air quality guidelines. The Commission is following this work very closely.

José Inácio Faria, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his excellent replies. According to the European Academy of Allergy and Clinical Immunology, more than 100 million Europeans suffer from allergic rhinitis and 70 million from asthma. Also, the European Respiratory Society has warned that even short-term increases in air pollution have been associated with respiratory symptoms and temporary decreases in lung function. In projections by the OECD, air pollution will be the biggest environmental cause of premature deaths by 2050. Millions of Europeans live in areas where simply breathing the air around them is damaging to their health, and these effects should not be underestimated.

Air pollution can reduced lifespans and cause serious heart and lung disease. The pollutants of most concern for human health across Europe are airborne particulate matter, nitrogen dioxide and ground-level ozone. These pollutants increase the death rate, especially in sensitive population groups such as the elderly and those suffering from respiratory diseases. Despite these health impacts, current EU legislation permits levels of damaging pollutants higher than those recommended by the World Health Organisation. What still needs to be done?

Member States should reinforce their efforts to tackle sources of pollution from all sectors. States also need to improve cooperation on cross-border pollution, make air quality an integral part of their policies, and ensure that the correct level of governance – national, regional or municipal – is equipped to tackle sources of pollution.

I recently hosted an exhibition in Parliament celebrating Lisbon as 2020 European Green Capital, a designation for which one of the 12 criteria evaluated was air quality. In the past 10 years, Lisbon has shown a significant decrease in emissions from most pollutants, resulting in a significant improvement in air quality. By limiting polluting vehicles in the city, without reducing mobility, and by planning green corridors that act as a ventilation system, Lisbon was able to achieve its aim on air quality.

Commissioner, we need more examples like Lisbon and we need national strategies for air quality.

Der Präsident. – Ich weiß, dass für alle die Redezeit sehr kurz ist. Es wäre sehr gut, wenn man Reden vorbereitet, dass man sie nicht zu schnell liest, sonst kommen die Dolmetscher in Schwierigkeiten.

Christel Schaldemose, *for S&D-Gruppen*. – Hr. formand! Tak, hr. formand, og også tak, hr. kommissær, for svarene på vores spørgsmål. Jeg vil gerne indrømme, at jeg måske er en lille bitte smule skuffet. Jeg er ikke i tvivl om, at den nuværende Kommission er optaget af luftkvaliteten og gør noget, men jeg synes også, vi har brug for at få markeret endnu tydeligere, hvad det er, der er brug for skal ske. Luftforurening dræber – jeg gentager: luftforurening dræber! Vurderingen er, at der hver evig eneste år her i EU er 4 000 000 af vores borgere, der dør før tid som følge af luftforurening. Det er dybt alvorligt, det her! Derfor er der også brug for, at vi gør noget. Jeg anerkender fuldt ud det, Kommissionen har gjort, men vi har også brug for at gøre rigtig meget mere. Vi skal turde tale om de svære ting ved dette her. Hvad er det, der er svært? Jo, vi har brug for at gøre opmærksom på, at landbruget for eksempel også skal bidrage. Landbruget skal reducere deres luftforurening, både i forhold til CO₂, ammoniak og metangasser. Landbruget er desværre en væsentlig del af vores problem. Vi skal turde tale om dette her, vi skal turde tale om at bruge vores landbrugspolitik og vores landbrugsstøtte til at presse landbruget til at bidrage til løsningen. Så er der også transportsektoren. Den er stadigvæk også en del af dette. Og ja, vi har heldigvis meget lovgivning undervejs. Vi har gjort noget, men vi kan gøre endnu mere. Der er stadig masser af følge op på oven på Dieselgate, der er stadigvæk – er det 11 medlemslande, der bedt om at få lov at forurene noget mere, at få sat deres grænseværdier op. Det er altså ikke i orden! Vi har brug for at stramme op, også i forhold til transportsektoren. Vi bliver nødt til også at give vores byer i Europa mulighed for at gøre mere. Heldigvis ved jeg godt, at Kommissionen også bakker op om det, men vi har

brug for at sikre, at byerne har ret til også at lave miljøzoner og gøre alle mulig tiltag for at beskytte deres borgere i byerne mod denne meget skadelige forurening. Jeg håber, at den nuværende Kommission vil være med til at lægge et rigtig godt grundlag, så vi også i de kommende fem år virkelig for alvor kan få taget fat på dette luftforureningsproblem. Vi skal sørge for, at luftforureningen bliver så reduceret, at folk ikke dør af det.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Debatte steht unter der Überschrift „Saubere Luft für alle“ – wer würde da nicht zustimmen! Aber wir müssen doch genau bei solchen Themen aufpassen, dass wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Im Jahr 2008 hat dieses Parlament für Grenzwerte gestimmt, zum Beispiel für den Bereich Stickstoffdioxid. Da wurde für den öffentlichen Verkehrsbereich 40 Mikrogramm je Kubikmeter Luft festgelegt. Das war letztlich ein gegriffener Wert. Das muss man mal ganz deutlich so sagen. Und dieser Wert ist deshalb gegriffen und damit im Prinzip nichtssagend, weil wir für viele Bereiche andere Grenzwerte haben. Wie kann man sich erklären, dass man für den öffentlichen Verkehrsbereich 40 Mikrogramm festlegt, aber am Arbeitsplatz sind 950 Mikrogramm zulässig? Da stimmt doch was nicht! Und wenn ich heutzutage jetzt Berichte lese, dass ich in meinem Haus an Weihnachten weit über 100 Mikrogramm dieses Stoffes in meiner Atemluft hatte, weil ich vier Weihnachtskerzen brennen hatte, dann muss das zu denken geben.

Ich behaupte, wir sind hier auf einer Ebene unterwegs, die sich mit Fakten nicht belegen lässt. Und ich muss gestehen, ich kann auch überhaupt nicht nachvollziehen, dass die Vorredner gesagt haben „Es sterben so und so viele Menschen vorzeitig, weil wir verschiedene Giftstoffe in der Luft haben“. Fakt ist doch Gott sei Dank: Die Menschen werden immer älter. Das ist ja schön so! Aber wie kann man denn dann ableiten, dass wir ganz viele vorzeitige Todesfälle haben, die wissenschaftlich überhaupt nicht belegbar sind?

Normalerweise berufen wir uns gerne auf Kalifornien, das sehr hohe Umweltstandards hat. Aber selbst Kalifornien hat einen Grenzwert für Stickstoffdioxid, der um 40 % höher ist als der in der EU. Wir sollten uns stattdessen mal tatsächlich wieder das Pareto-Prinzip vor Augen führen. Der gleichnamige italienische Wissenschaftler hatte schon im Mittelalter festgestellt, dass man für die Erreichung der ersten 80 % einer Problemlösung genauso viel Aufwand braucht wie für die letzten 20 %.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedavajući, gospodine povjereniče, htio bih Vas pitati, znate li da su Bruxelles i Strasbourg, dva grada u kojima živimo i radimo, među najzagađenijim gradovima? Hajmo za početak na zgradu Parlamenta u Bruxellesu i ovdje staviti mjerne jedinice i displeje za te mjerne jedinice. Da mi krenemo od sebe samih jer ja kad gledam ove džogere i bicikliste po Bruxellesu kako trče i kako udišu taj zrak, žao mi ih je. Zato mislim da bi bilo dobro da baš u Bruxellesu i Strasbourg, gdje mi radimo i živimo, imamo prve prave, jasne mjerne stanice. Ja sam se nekada bavio time i Labin u Istri ima mjernu stanicu, i to na zgradi općine, upravo zato da bi građani znali kakav zrak imaju oko sebe. Krenimo od Europskog parlamenta, od zgrade Europskog parlamenta u Bruxellesu i Strasbourg.

Dodat ću još dva problema.

Prekogranično zagađenje. U Hrvatskoj imamo konkretno prekogranično zagađenje iz Bosne i Hercegovine. Slavonski je Brod često toliko zagađen da ljudi naprosto ne izlaze na ulicu. Učinimo nešto.

Poljoprivreda, slažem se, je dodatni problem. Motivirajmo biodinamičku poljoprivredu, motivirajmo bio-poljoprivredu i bit će manje problema.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, decía George Orwell que hemos caído tan bajo que reformular lo obvio es la primera obligación de una persona inteligente. Debatir sobre el aire limpio y la necesidad de vivir en entornos no contaminados corresponde a este estado de obvedad incuestionable para todos.

Según la Agencia Europea de Medio Ambiente, la contaminación atmosférica es responsable de 422 000 muertes prematuras cada año. El impacto económico es considerable: 4 000 millones en gastos de salud y más de 3 000 millones en pérdidas de rendimiento de cultivos agrícolas. Probablemente el impacto en términos medioambientales sea aún mayor si tenemos en consideración hechos de difícil cuantificación: el impacto de la lluvia ácida sobre los suelos, la pérdida de la biodiversidad producida por la contaminación, la contaminación de los recursos hídricos, y así un largo etcétera.

Los causantes de estos procesos son suficientemente conocidos. Entre ellos, un primero y principal es el tráfico por carretera y en las ciudades. De hecho, resulta preocupante saber que más del 76 % de la población europea vive en ciudades expuestas a índices de contaminación superiores a los baremos máximos permitidos.

Nosotros compartimos y apoyamos los esfuerzos de la Comisión en esta materia, a través del programa «Aire limpio para Europa», pero la realidad de los datos muestra tozudamente el alejamiento de las perspectivas iniciales en una dirección claramente negativa. Compete a los Estados, a las entidades regionales, y especialmente a las entidades locales, incrementar los esfuerzos en esta materia.

Pero cuando llegamos al momento en que las autoridades se comprometen con este tema y se disponen a luchar contra la contaminación atmosférica surgen los intereses de siempre y los representantes políticos de esos intereses. Por ejemplo, Madrid. La oposición y la hostilidad que se está demostrando frente al proyecto Plan A, de lucha contra la contaminación, es verdaderamente lamentable. El Partido Popular, que gobierna en la Comunidad de Madrid, se está oponiendo a que se reduzca precisamente la contaminación en un 20,4 %, que es lo que ya se ha hecho en el primer mes de vigencia del Plan.

Desde luego, estamos en una situación en la que hay que pasar de los enunciados amables a los hechos, de las declaraciones huecas a las políticas públicas comprometidas, y señalar a aquellos que sirven a los intereses de las industrias y son responsables también de forma indirecta de la muerte de casi medio millón de europeos cada año.

Eleonora Evi, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io riprendo la parola in questo dibattito, adesso a nome del mio gruppo politico e del Movimento 5 Stelle, perché ritengo che questo sia un tema fondamentale e il diritto a respirare aria pulita è purtroppo negato a molti, moltissimi cittadini in Europa e nel mondo.

Quello di respirare aria pulita oggi non è soltanto una realtà, ma dovrebbe essere un obiettivo a cui aspirare e per il quale la politica deve fare di più. Deve fare di più perché appunto nel mondo muoiono oltre 4,2 milioni di persone all'anno a causa dell'inquinamento atmosferico e, secondo i dati dell'OMS, il 91 % della popolazione globale vive in luoghi dove la qualità dell'aria è appunto inferiore agli standard.

Per quanto riguarda i dati dell'Europa ne abbiamo parlato prima. La situazione è sicuramente grave e quindi bisogna fare di più. Io personalmente vengo da una regione, dalla Lombardia e in particolare dal Nord Milano, che ha la maglia nera a causa dell'inquinamento atmosferico per i superamenti e le concentrazioni altissime di polveri sottili e di ossidi di azoto, e questo perché i cittadini subiscono delle scelte scellerate di un governo regionale che guarda purtroppo ad interessi particolari e privati rispetto al bene collettivo e alla tutela dell'interesse collettivo. Abbiamo visto per troppe volte sacrificare il diritto di respirare aria pulita sull'altare di progetti infrastrutturali enormi, inutili, che guardano appunto a interessi privati, facendo scempio dell'ambiente. Abbiamo mutilato il nostro territorio e distrutto delle aree bellissime che sono anche presenti in Lombardia. Abbiamo un'agricoltura industriale e un allevamento intensivo e vi sono alcune città dove ci sono molti più animali che uomini.

Io, come cittadina e portavoce del Movimento 5 Stelle, però penso che non tutto sia perduto, che un'Europa che protegge può essere possibile e deve essere ricercata e deve essere costruita insieme. Noi lo dimostriamo attraverso l'azione legislativa che portiamo avanti sia a Bruxelles che a Roma, sostenendo una trasformazione equa ma ambiziosa di molti settori, penso a quello automobilistico e a quello dei trasporti, cercando di incardinarli il più possibile su un modello di diffusione di veicoli a zero e basse emissioni e il trasporto pubblico locale.

Io la ringrazio, signor Commissario, anche per i dialoghi sull'aria pulita che lei ha introdotto e la ringrazio anche per aver preso posizione contro i difensori del diesel che ultimamente hanno fatto veramente...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já si myslím, že zde bylo už jasně řečeno, jakým velkým problémem je nekvalita ovzduší. Jestli ročně umírá 400 000 lidí nebo méně, to je v zásadě jedno, je to obrovský problém, obrovský problém Evropy a musíme ho tedy řešit.

Co je důležité a co je třeba říci a řekl to už pan komisař, že se v tuto chvíli dělá revize směrnice, která řeší otázky kvality vnějšího ovzduší. Já se velmi těším na tu zprávu, která má být, pane komisaři, v tomto roce, abychom viděli, jak tato směrnice funguje a kde tedy Komise předpokládá její vylepšení. Pravděpodobně to bude práce pro novou Komisi, která vzejde na základě evropských voleb. Měl by to být klíčový úkol, určitě ekologická témata budou předmětem i volební kampaně na jaře tohoto roku a příští Komise by tedy měla vyhodnocení současné právní úpravy vzít v potaz a navrhnout konkrétní řešení.

Je ale třeba také říci, že ta současná úprava, která – jak řekla většina kolegů –, není dostatečná, tak ji ne všechny země naplňují. Podle poslední zprávy 18 členských států v tuto chvíli neplní emisní limity, které jsou již stanovené. A to je velký problém. Máme nějakou právní úpravu, kterou chceme vylepšit, ale musíme si přiznat, že ta současná právní úprava není naplňovaná. A tady já si myslím, že buď můžeme jít cestou, že se budeme obracet na Evropský soudní dvůr a budeme žalovat jednotlivé státy, ale to bude trvat roky a nic to nevyřeší, nebo je třeba asi silnější politický dialog mezi členskými státy a mezi Evropskou komisí a větší nabádání k tomu, aby členské státy více plnily limity, které v tuto chvíli již platí. Pokud vymyslíme novou lepší legislativu, ale nebudou ji členské státy naplňovat, tak budeme pořád v problému, který tady je. Téměř půl milionu úmrtí ročně díky špinavému ovzduší. Takže, prosím, Komise necht navrhne nové změny, ale ať také tlačí na členské státy, ať plní to, co dnes už je závazné.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! Wśród wielu problemów, jakie wymagają rozwiązań, jest zanieczyszczenie powietrza wraz z wpływem na zmiany klimatu, pogorszenie zdrowia, zwłaszcza mieszkańców obszarów sąsiadujących z portami lotniczymi. Wykazano, że z powodu wysokich stężeń PM2,5 oraz ozonu troposferycznego emitowanych przez lotniska na obszarach zabudowanych każdego roku umiera 5 tys. osób mieszkających w promieniu 20 kilometrów. Zwłaszcza w ostatnich latach szybki rozwój transportu lotniczego oddziałuje negatywnie zarówno w skali lokalnej, jak i globalnej. Poza hałasem, wytwarzaniem szkodliwych pyłów, tlenków azotu, tlenku siarki, generuje 2% światowej emisji gazów cieplarnianych, co znajduje potwierdzenie na mapie światowych połączeń lotniczych, gdzie przodują przede wszystkim USA, Europa Zachodnia i Azja z Japonią. Jako środki zaradcze podawane są wprowadzenie nowych paliw, optymalizacja przelotów, instalowanie bardziej sprawnych silników ze zmianami konstrukcyjnymi w budowie kadłubów samolotów, ale także oczywiście zasady sytuowania lotnisk.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedavajući, gospodine povjereniče, zahvaljujem kolegama koji su postavili ovo pitanje o čistome zraku i jednako tako pozdravljam komunikaciju Komisije „Čisti zrak za sve”.

U prijedlogu pitanja govori se o lakšem pristupu regionalnih i lokalnih jedinica finansijskim fondovima radi borbe protiv emisija iz prometa, ali mislim da nema potrebe da se ograničavamo samo na emisije iz prometa. Emisije iz zgrada za grijanje i hlađenje, emisije iz energetskih postrojenja, emisije iz industrije također su vrlo visoke. Mislim da njih također treba staviti u ovo pitanje, odnosno zahtijevati odgovor. Mislim da će trebati mijenjati direktivu u najmanju ruku da se uskladi s novim energetskim zakonima koje smo usvojili ove godine i u najmanju ruku u pogledu mjerenja izvješćivanja u pogledu zagađenja zraka.

Htio bih skrenuti pozornost na poseban problem s kojim se susreće zapadni Balkan. Gradovi Sarajevo i Skopje u pojedinim dijelovima godine su najzagađeniji gradovi, ne Europe, nego svijeta. Tamo postoji 16 termoelektrana koje rade na ugljen sa zastarjelim tehnologijama, a planiraju se i nove, također sa zastarjelim tehnologijama. To naravno utječe na zdravlje ljudi koji tamo žive, ali i na zdravlje građana u susjednim zemljama članicama Europske unije. Stoga bi dakle trebalo poštovati visoke standarde, ali i pomoći tim zemljama da i same poštuju visoke standarde čistoće zraka.

Ангел Джамбазки (ECR). – Поздравявам първо колегата Еви за този въпрос, той е важен, защото засяга здравето на страшно много хора. От мръсен въздух се разболяват, боледуват, губят живота си страшно много хора. Но бих искал да ви обърна внимание на една от причините за замърсяване на въздуха, а това именно е горенето на гуми, гащи, парцали и всякакви други боклуци в редица цигански махали в много държави от Източна и Централна Европа. Това е огромен проблем, който никъде не се признава, за него не се говори. Замита се под килима.

Тук вие гласувате разни резолюции, които засягат говора на омраза, не знам какво си, но никой не споменава важните проблеми, а те са че в тези махали, в тези катунци се горят различни материали, които замърсяват въздуха и тровят хората. На това трябва да бъде обърнато сериозно внимание. Ако искаме да говорим за чистотата на въздуха, трябва да започнем и от циганските махали. Това е важен въпрос.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Mr President, thank you, colleagues, for putting the issue of clean air for all on the agenda. It is one of the most important environmental and health challenges of our time. Our citizens expect us to solve this issue and ensure that the air we breathe every day is of good quality and does not leave us at risk of harm. And they expect us to solve this together.

With regard to the implementation, this Commission has been very active in promoting air quality and supporting a shift to cleaner air, as recently recalled in the 'Clean air for all' communication of last May. As in every piece of legislation, implementation is more than important – it is key.

The Commission expects all Member States to take all necessary measures to achieve compliance with EU air quality limits as soon as possible. The limit of 40 milligrams per cubic metre of NO₂ as an annual average is an EU-wide obligation and has been agreed by all Member States.

This obligation must be complied with by all Member States for the benefit of all our citizens. And here I would like to refer to our current air quality standards. Some say they are too strict and others say they are not strict enough. Ultimately there can only be one test. Do they meet the goal of protecting human health and the environment as a whole from the risk of adverse impacts? And to assess this, there can only be one yardstick. The best available and thoroughly peer-reviewed scientific advice.

Regarding agriculture, the contribution of agriculture to the issue of ammonia emissions has, I agree, to be addressed as well. Through the NEC (National Emissions Ceiling) Directive we have started to do just that.

On monitoring stations across the European Union, around 4 000 monitoring stations provide us with reliable, credible and comparable information on air quality, often in almost real time. We see no systematic shortcomings in the way the criteria to establish monitoring that works as set out in the directives have been applied. But when we see that monitoring is not done in line with the requirements of the directives, the Commission has to act and will continue to act.

Allow me to conclude with a final reference to our ongoing fitness check, which we will conclude this year. This will provide us with a basis to reflect on whether we have the appropriate legislative framework in place, including sufficiently stringent limit values and suitably clear criteria to guide our monitoring networks, to ensure protection from adverse impacts on, and the risks to, human health and the environment. And, finally, to really deliver a Europe that protects.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der nächsten Tagung statt.

19. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**21. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 15.55 Uhr geschlossen.)

22. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



**Bekanntmachung der Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von
Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China**

(C/2024/3695)

Der Europäischen Kommission (im Folgenden „Kommission“) liegt ein Antrag nach Artikel 5 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (im Folgenden „Grundverordnung“) vor, dem zufolge die Einfuhren von Dekorpapier mit Ursprung in der Volksrepublik China gedumpte sind und dadurch den Wirtschaftszweig der Union schädigen ⁽²⁾.

1. Antrag

Der Antrag wurde am 2. Mai 2024 von vier Unionsherstellern von Dekorpapier (im Folgenden „Antragsteller“) eingereicht. Der Antrag wurde im Sinne des Artikels 5 Absatz 4 der Grundverordnung vom Wirtschaftszweig der Union für Dekorpapier gestellt.

Eine allgemein einsehbare Fassung des Antrags und die Analyse, inwieweit der Antrag von den Unionsherstellern unterstützt wird, sind in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier verfügbar. Abschnitt 5.6 dieser Bekanntmachung enthält Informationen über den Zugang zum Dossier für interessierte Parteien.

2. Untersuchte Ware

Diese Untersuchung betrifft Dekorpapier mit den folgenden Eigenschaften:

- einem Quadratmetergewicht von 30-150 g, einem Aschegehalt zwischen 5 % und 50 %,
- einer Saughöhe nach Klemm von mindestens 12 mm pro 10 Minuten oder einer Harzaufnahme von 20 % bis 200 %,
- einer Nassfestigkeit von 6 bis 12 Newton (N) je 15 mm,
- einer Luftdurchlässigkeit nach Gurley von 3 bis 80 Sekunden je 100 ml,
- einer Glätte nach Bekk von 20 bis 300,
- in Rollen mit einer Breite von bis zur 300 cm,
- auch vorimprägniert mit einer Kombination aus Latex oder natürlichen Bindemitteln (z. B. Stärke),
- ausgenommen Papiertapeten und ähnliche Wandverkleidungen,
- ausgenommen mit Lösungen aus Melaminharz, Harnstoffharz, Phenolharz oder aus anderen duroplastischen oder thermoplastischen Harzen gesättigtes Papier (im Folgenden „untersuchte Ware“).

Interessierte Parteien, die Informationen zur Warendefinition übermitteln möchten, müssen dies binnen 10 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ⁽³⁾ tun.

3. Dumpingbehauptung

Bei der angeblich gedumpten Ware handelt es sich um die untersuchte Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“ oder „betroffenes Land“), die derzeit unter den KN-Codes ex 4802 54 00, ex 4802 55, ex 4805 91 00 und ex 4811 60 00 (TARIC-Codes 4802 54 00 10, 4802 55 15 10, 4802 55 25 10, 4802 55 30 10, 4802 55 90 10, 4805 91 00 10, und 4811 60 00 10) eingereiht wird. Die KN- und TARIC-Codes werden nur informationshalber und unbeschadet einer späteren Änderung der zolltariflichen Einreihung angegeben. Der Gegenstand dieser Untersuchung unterliegt der Definition der untersuchten Ware in Abschnitt 2.

⁽¹⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽²⁾ Der allgemeine Begriff „Schädigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 der Grundverordnung bedeutet, dass ein Wirtschaftszweig der Union bedeutend geschädigt wird oder geschädigt zu werden droht oder dass die Errichtung eines Wirtschaftszweigs der Union erheblich verzögert wird.

⁽³⁾ Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung sind als Bezugnahmen auf die Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu verstehen.

Den Antragstellern zufolge ist es aufgrund nennenswerter Verzerrungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 6a Buchstabe b der Grundverordnung nicht angemessen, die Inlandspreise und -kosten in dem betroffenen Land zu verwenden.

Zur Untermauerung der Behauptung, dass nennenswerte Verzerrungen bestehen, bezogen sich die Antragsteller auf die Informationen in der für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen erstellten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über nennenswerte wirtschaftliche Verzerrungen in der Volksrepublik China (im Folgenden „Länderbericht“) ⁽⁴⁾ vom 10. April 2024. Insbesondere seien bei Herstellung und Verkauf der untersuchten Ware offenbar die Faktoren gegeben, die unter anderem in den Kapiteln über Grund und Boden, Energie, Kapital, Rohstoffe und Arbeit angeführt seien, sowie Verzerrungen, die sich speziell auf die Holz- und Chemieindustrie auswirkten.

Die Antragsteller bezogen sich außerdem auf den 14. Fünfjahresplan für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die langfristigen Ziele bis zum Jahr 2035 (2021-2025) sowie auf den 14. Fünfjahresplan für die Forstwirtschaft (Sektorspezifischer Entwicklungsplan für Wälder und Grünland) (2021-2025), in denen die strategische Bedeutung des Sektors hervorgehoben wird.

Daher stützt sich die Dumpingbehauptung nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung auf einen Vergleich eines Normalwerts, der rechnerisch ermittelt wurde anhand von Herstell- und Umsatzkosten, die unverzerrte Preise oder Vergleichswerte widerspiegeln, mit dem Preis der untersuchten Ware bei der Ausfuhr in die Union (auf der Stufe ab Werk).

Aus diesem Vergleich ergeben sich für das betroffene Land erhebliche Dumpingspannen.

Angesichts der vorliegenden Informationen vertritt die Kommission die Auffassung, dass im Sinne des Artikels 5 Absatz 9 der Grundverordnung genügend Beweise vorliegen, die tendenziell darauf hindeuten, dass es aufgrund nennenswerter Verzerrungen mit Auswirkungen auf Preise und Kosten nicht angemessen ist, die Inlandspreise und -kosten des ausführenden Landes heranzuziehen, und dass somit die Einleitung einer Untersuchung nach Artikel 2 Absatz 6a der Grundverordnung gerechtfertigt ist.

Der Länderbericht steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel ⁽⁵⁾ zur Verfügung.

4. Behauptung bezüglich Schädigung und Schadensursache

Die Antragsteller legten Beweise dafür vor, dass die Einfuhren der untersuchten Ware aus dem betroffenen Land in absoluten Zahlen und gemessen am Marktanteil insgesamt gestiegen sind.

Aus den von den Antragstellern vorgelegten Beweisen geht hervor, dass die Menge und die Preise der eingeführten untersuchten Ware sich unter anderem auf die Verkaufsmengen der Unionsware, auf die in Rechnung gestellten Preise sowie auf den Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Union negativ ausgewirkt und dadurch die Gesamtergebnisse und die finanzielle Lage des Wirtschaftszweigs der Union sehr nachteilig beeinflusst haben.

4.1. Behauptung bezüglich Verzerrungen des Rohstoffangebots

Die Antragsteller haben bezüglich der untersuchten Ware genügend Beweise für Verzerrungen des Rohstoffangebots im ausführenden Land vorgelegt. Den im Antrag enthaltenen Beweisen zufolge unterliegt Titandioxid (TiO₂), auf das rund 45 % der Herstellkosten der untersuchten Ware entfallen, in dem betroffenen Land Ausfuhrlicenzanforderungen und Ausfuhrzöllen. Darüber hinaus unterliegen Halbstoffe aus Holz, auf die fast 20 % der Herstellkosten der untersuchten Ware entfallen, denselben Verzerrungen. Auf der Grundlage eines Vergleichs der Preise auf den repräsentativen internationalen Märkten – insbesondere aufgrund offizieller thailändischer Statistiken – mit den Preisen im betroffenen Land wird im Antrag festgestellt, dass die Verzerrungen des Rohstoffangebots im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a Unterabsatz 2 der Grundverordnung offensichtlich zu Preisen führen, die deutlich unter denen der repräsentativen internationalen Märkte liegen.

Daher werden nach Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung bei der Untersuchung die mutmaßlichen Verzerrungen geprüft, damit beurteilt werden kann, ob gegebenenfalls ein unter der Dumpingspanne liegender Zoll ausreicht, um die Schädigung zu beseitigen. Sollten im Laufe der Untersuchung noch weitere Verzerrungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a der Grundverordnung festgestellt werden, so kann sich die Untersuchung auch auf diese Verzerrungen erstrecken.

⁽⁴⁾ Commission Staff Working Document on Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations vom 10. April 2024, SWD(2024) 91 final, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2024\)91&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2024)91&lang=en)

⁽⁵⁾ Im Länderbericht zitierte Dokumente sind auf hinreichend begründeten Antrag ebenfalls erhältlich.

5. Verfahren

Die Kommission kam nach Unterrichtung der Mitgliedstaaten zu dem Schluss, dass der Antrag vom Wirtschaftszweig der Union oder in seinem Namen gestellt wurde und dass die vorliegenden Beweise die Einleitung eines Verfahrens rechtfertigen; sie leitet daher nach Artikel 5 der Grundverordnung eine Untersuchung ein.

Bei der Untersuchung wird geprüft, ob die untersuchte Ware mit Ursprung in dem betroffenen Land gedumpt ist und ob der Wirtschaftszweig der Union durch die gedumpten Einfuhren geschädigt wird.

Sollte sich dies bestätigen, wird nach Artikel 21 der Grundverordnung weiter geprüft, ob die Einführung von Maßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Um festzustellen, ob Artikel 7 Absatz 2a Anwendung findet, wird darüber hinaus eine Prüfung des Unionsinteresses nach Artikel 7 Absatz 2b der Grundverordnung vorgenommen.

5.1. Untersuchungszeitraum und Bezugszeitraum

Die Untersuchung von Dumping und Schädigung betrifft den Zeitraum vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum“). Die Untersuchung der für die Schadensanalyse relevanten Entwicklungen betrifft den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (im Folgenden „Bezugszeitraum“).

5.2. Stellungnahmen zum Antrag und zur Einleitung der Untersuchung

Interessierte Parteien, die zum Antrag (zum Beispiel zu Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Schädigung oder der Schadensursache) oder zu Aspekten im Zusammenhang mit der Einleitung der Untersuchung (zum Beispiel zu der Frage, inwieweit der Antrag unterstützt wird) Stellung nehmen möchten, müssen dies binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung tun.

Anträge auf Anhörung, die die Einleitung der Untersuchung betreffen, müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gestellt werden.

5.3. Verfahren zur Dumpingermittlung

Die ausführenden Hersteller ⁽⁶⁾ der untersuchten Ware aus dem betroffenen Land werden gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

5.3.1. Untersuchung der ausführenden Hersteller

a) Stichprobenverfahren

Da in dem betroffenen Land möglicherweise eine Vielzahl ausführender Hersteller von dem Verfahren betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden ausführenden Hersteller auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle ausführenden Hersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen. Diese Angaben sind über TRON.tdi (im Folgenden „TRON“) unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi/form/AD712_SAMPLING_FORM_FOR_EXPORTING_PRODUCER. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.8.

Die Kommission hat ferner mit den Behörden des betroffenen Landes Kontakt aufgenommen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der ausführenden Hersteller benötigt; zum selben Zweck kontaktiert sie möglicherweise auch die ihr bekannten Verbände ausführender Hersteller.

⁽⁶⁾ Ein ausführender Hersteller ist ein Unternehmen im betroffenen Land, das die untersuchte Ware herstellt und in die Union ausführt, entweder direkt oder über einen Dritten, auch über ein verbundenes Unternehmen, das an der Herstellung, den Inlandsverkäufen oder der Ausfuhr der untersuchten Ware beteiligt ist.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die ausführenden Hersteller auf der Grundlage der größten repräsentativen Menge der Ausfuhren in die Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit in angemessener Weise untersucht werden kann. Alle der Kommission bekannten ausführenden Hersteller, die Behörden des Landes und die Verbände der ausführenden Hersteller werden von der Kommission (gegebenenfalls über die Behörden des betroffenen Landes) darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die Stichprobe ausgewählt wurden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Stichprobe der ausführenden Hersteller zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien mit, ob sie in die Stichprobe einbezogen wurden. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die ausführenden Hersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Die Kommission nimmt in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier einen Vermerk zur Stichprobenauswahl auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Der Fragebogen für ausführende Hersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caselid=2734>) zur Verfügung.

Der Fragebogen wird auch allen der Kommission bekannten Verbänden ausführender Hersteller sowie den Behörden des betroffenen Landes zur Verfügung gestellt.

Unbeschadet des Artikels 18 der Grundverordnung gelten ausführende Hersteller, die ihrer Einbeziehung in die Stichprobe zugestimmt haben, jedoch hierfür nicht ausgewählt werden, als mitarbeitend (im Folgenden „nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller“). Unbeschadet des Abschnitts 5.3.1 Buchstabe b darf der Antidumpingzoll, der gegebenenfalls auf die von diesen Herstellern stammenden Einfuhren erhoben wird, die gewogene durchschnittliche Dumpingspanne nicht übersteigen, die für die in die Stichprobe einbezogenen ausführenden Hersteller ermittelt wird (⁷).

b) Individuelle Dumpingspanne für nicht in die Stichprobe einbezogene ausführende Hersteller

Nach Artikel 17 Absatz 3 der Grundverordnung können nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller beantragen, dass die Kommission für sie eine unternehmensspezifische Dumpingspanne (im Folgenden „individuelle Dumpingspanne“) ermittelt. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen ausführende Hersteller, die eine individuelle Dumpingspanne beantragen möchten, den Fragebogen binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Stichprobe ordnungsgemäß ausgefüllt zurücksenden. Der Fragebogen für ausführende Hersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caselid=2734>) zur Verfügung.

Die Kommission wird prüfen, ob nicht in die Stichprobe einbezogenen mitarbeitenden ausführenden Herstellern ein unternehmensspezifischer Zoll nach Artikel 9 Absatz 5 der Grundverordnung gewährt werden kann.

Allerdings sollten sich nicht in die Stichprobe einbezogene mitarbeitende ausführende Hersteller, die eine individuelle Dumpingspanne beantragen, darüber im Klaren sein, dass die Kommission dennoch beschließen kann, keine individuelle Dumpingspanne für sie zu ermitteln, wenn beispielsweise die Zahl der zu untersuchenden mitarbeitenden ausführenden Hersteller – einschließlich der in die Stichprobe einbezogenen – so groß ist, dass eine solche Ermittlung eine zu große Belastung darstellen und den fristgerechten Abschluss der Untersuchung verhindern würde.

5.3.2. Zusätzliches Verfahren für das betroffene Land, in dem nennenswerte Verzerrungen auftreten

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden alle interessierten Parteien gebeten, unter Vorlage von Informationen und sachdienlichen Nachweisen ihren Standpunkt zur Anwendung des Artikels 2 Absatz 6a der Grundverordnung darzulegen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen diese Informationen und sachdienlichen Nachweise binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

Insbesondere fordert die Kommission alle interessierten Parteien auf, zu den im Antrag angegebenen Inputs und Codes des Harmonisierten Systems (HS) Stellung zu nehmen, ein geeignetes repräsentatives Land oder geeignete repräsentative Länder vorzuschlagen und Hersteller der untersuchten Ware in diesen Ländern zu nennen. Diese Informationen und sachdienlichen Nachweise müssen binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingehen.

(⁷) Nach Artikel 9 Absatz 6 der Grundverordnung bleiben Dumpingspannen, deren Höhe null beträgt, geringfügig ist oder nach Maßgabe des Artikels 18 der Grundverordnung ermittelt wurde, unberücksichtigt.

Kurz nach der Einleitung der Untersuchung unterrichtet die Kommission nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e der Grundverordnung durch einen Vermerk in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier die von der Untersuchung betroffenen Parteien über die relevanten Quellen (gegebenenfalls auch über die Auswahl eines geeigneten repräsentativen Drittlands), welche die Kommission zur Ermittlung des Normalwerts nach Artikel 2 Absatz 6a heranzuziehen beabsichtigt. Im Einklang mit Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe e können die von der Untersuchung betroffenen Parteien binnen 10 Tagen zu dem Vermerk Stellung nehmen.

Für die endgültige Auswahl eines angemessenen repräsentativen Drittlands wird die Kommission prüfen, ob der wirtschaftliche Entwicklungsstand in den betreffenden Drittländern ähnlich ist wie im betroffenen Land, ob die untersuchte Ware in diesen Drittländern tatsächlich hergestellt und verkauft wird und ob die entsprechenden Daten ohne Weiteres verfügbar sind. Gibt es mehr als ein repräsentatives Drittland, wird gegebenenfalls Ländern der Vorzug gegeben, in denen ein angemessener Sozial- und Umweltschutz besteht. Den der Kommission vorliegenden Informationen zufolge könnte Thailand ein geeignetes repräsentatives Drittland sein.

In diesem Zusammenhang fordert die Kommission alle Hersteller im betroffenen Land auf, ihr innerhalb von 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung Informationen über die bei der Herstellung der untersuchten Ware verwendeten Vormaterialien (Rohstoffe und Halbzeug) und den entsprechenden Energieverbrauch zu übermitteln. Diese Angaben sind über TRON.tdi unter folgender Adresse zu übermitteln: https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tidi/form/AD712_INFO_ON_INPUTS_FOR_EXPORTING_PRODUCER_FORM. Informationen zum Zugriff auf TRON enthalten die Abschnitte 5.6 und 5.8.

Sachinformationen zu Kosten und Preisen nach Artikel 2 Absatz 6a Buchstabe a der Grundverordnung müssen darüber hinaus binnen 65 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden. Solche Sachinformationen sollten ausschließlich aus öffentlichen Quellen stammen, die ohne Weiteres verfügbar sind.

5.3.3. *Untersuchung der unabhängigen Einführer* ⁽⁸⁾ ⁽⁹⁾

Die unabhängigen Einführer, die die untersuchte Ware aus dem betroffenen Land in die Union einführen, werden gebeten, bei dieser Untersuchung mitzuarbeiten.

Da möglicherweise eine Vielzahl unabhängiger Einführer von dem Verfahren betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, kann die Kommission die Zahl der zu untersuchenden unabhängigen Einführer auf ein vertretbares Maß beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Damit die Kommission über die Notwendigkeit eines Stichprobenverfahrens entscheiden und gegebenenfalls eine Stichprobe bilden kann, werden alle unabhängigen Einführer oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter gebeten, der Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung die im Anhang erbetenen Angaben zu ihren Unternehmen vorzulegen.

Ferner kann die Kommission mit den ihr bekannten Einführerverbänden Kontakt aufnehmen, um die Informationen einzuholen, die sie für die Auswahl der Stichprobe der unabhängigen Einführer benötigt.

Ist die Bildung einer Stichprobe erforderlich, können die Einführer auf der Grundlage der größten repräsentativen Verkaufsmenge der untersuchten Ware in der Union ausgewählt werden, die in der zur Verfügung stehenden Zeit angemessen untersucht werden kann.

⁽⁸⁾ Dieser Abschnitt betrifft nur Einführer, die nicht mit ausführenden Herstellern verbunden sind. Einführer, die mit ausführenden Herstellern verbunden sind, müssen Anhang I des Fragebogens für die betreffenden ausführenden Hersteller ausfüllen. Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).

⁽⁹⁾ Die von unabhängigen Einführern vorgelegten Daten können im Rahmen dieser Untersuchung auch zu anderen Zwecken als zur Dumpingermittlung herangezogen werden.

Sobald die Kommission die erforderlichen Informationen erhalten hat, um eine Stichprobe zu bilden, teilt sie den betroffenen Parteien ihre Entscheidung bezüglich der Einführer Stichprobe mit. Die Kommission nimmt ferner einen Vermerk zur Stichprobenauswahl in das zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmte Dossier auf. Stellungnahmen zur Stichprobenauswahl müssen binnen 3 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe eingehen.

Die Kommission wird den in die Stichprobe einbezogenen unabhängigen Einführern Fragebogen zur Verfügung stellen, um die für ihre Untersuchung benötigten Informationen einzuholen. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Parteien binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Einführer steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2734>) zur Verfügung.

5.4. Verfahren zur Feststellung einer Schädigung und zur Untersuchung der Unionshersteller

Die Feststellung einer Schädigung stützt sich auf eindeutige Beweise und erfordert eine objektive Prüfung der Menge der gedumpten Einfuhren sowie ihrer Auswirkungen auf die Preise in der Union und auf den Wirtschaftszweig der Union. Zwecks Feststellung, ob der Wirtschaftszweig der Union geschädigt wird, werden die Unionshersteller der untersuchten Ware gebeten, bei der Untersuchung der Kommission mitzuarbeiten.

Da eine Vielzahl von Unionsherstellern betroffen ist und da es gilt, die Untersuchung fristgerecht abzuschließen, hat die Kommission beschlossen, die Zahl der zu untersuchenden Unionshersteller auf ein vertretbares Maß zu beschränken, indem sie eine Stichprobe bildet (im Folgenden „Stichprobenverfahren“). Das Stichprobenverfahren wird nach Artikel 17 der Grundverordnung durchgeführt.

Die Kommission hat eine vorläufige Stichprobe der Unionshersteller gebildet. Genauere Angaben dazu können dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier entnommen werden. Die interessierten Parteien werden aufgefordert, zur vorläufigen Stichprobe Stellung zu nehmen. Ferner müssen andere Unionshersteller oder die in ihrem Namen handelnden Vertreter, die der Auffassung sind, dass bestimmte Gründe für die Einbeziehung ihres Unternehmens in die Stichprobe sprechen, die Kommission binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung kontaktieren. Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle Stellungnahmen zur vorläufigen Stichprobe binnen 7 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei der Kommission eingegangen sein.

Alle der Kommission bekannten Unionshersteller und Verbände von Unionsherstellern werden von ihr darüber in Kenntnis gesetzt, welche Unternehmen für die endgültige Stichprobe ausgewählt wurden.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Unionshersteller, die für die Stichprobe ausgewählt wurden, binnen 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung über ihre Einbeziehung in die Stichprobe einen ausgefüllten Fragebogen übermitteln.

Der Fragebogen für Unionshersteller steht in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caseId=2734>) zur Verfügung.

5.5. Verfahren zur Prüfung des Unionsinteresses bei Behauptungen bezüglich Verzerrungen des Rohstoffangebots

Bei Verzerrungen des Rohstoffangebots im Sinne des Artikels 7 Absatz 2a der Grundverordnung nimmt die Kommission eine Prüfung des Unionsinteresses nach Artikel 7 Absatz 2b der genannten Verordnung vor.

Die interessierten Parteien werden gebeten, alle sachdienlichen Informationen zu übermitteln, anhand deren die Kommission feststellen kann, ob es im Unionsinteresse liegt, die Höhe der Maßnahmen nach Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung festzulegen. Insbesondere gilt dies für Informationen über das Vorhandensein von Kapazitätsreserven im betroffenen Land, den Wettbewerb um Rohstoffe und die Auswirkungen auf die Lieferketten für Unternehmen in der Union. Im Falle fehlender Mitarbeit kann die Kommission zu dem Schluss kommen, dass es mit dem Unionsinteresse im Einklang steht, Artikel 7 Absatz 2a der Grundverordnung anzuwenden.

In jedem Fall ist nach Artikel 21 der Grundverordnung zu entscheiden, ob die Einführung von Antidumpingmaßnahmen nicht etwa dem Unionsinteresse zuwiderliefe. Die Unionshersteller, die Einführer und ihre repräsentativen Verbände, die Verwender und ihre repräsentativen Verbände, die Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen werden gebeten, der Kommission Informationen zum Unionsinteresse zu übermitteln.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen die Informationen zur Bewertung des Unionsinteresses binnen 37 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung übermittelt werden. Die Angaben können entweder in einem frei gewählten Format oder in einem von der Kommission erstellten Fragebogen gemacht werden. Die Fragebogen, darunter auch der Fragebogen für Verwender der untersuchten Ware, stehen in dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier und auf der Website der GD Handel (<https://tron.trade.ec.europa.eu/investigations/case-view?caselid=2734>) zur Verfügung.

Nach Artikel 21 der Grundverordnung übermittelte Informationen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung durch Beweise belegt sind.

5.6. Interessierte Parteien

Um bei der Untersuchung mitarbeiten zu können, müssen interessierte Parteien wie ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und ihre repräsentativen Verbände, Verwender und ihre repräsentativen Verbände, Gewerkschaften sowie repräsentative Verbraucherorganisationen nachweisen, dass ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Ausführende Hersteller, Unionshersteller, Einführer und repräsentative Verbände, die Informationen nach den Verfahren der Abschnitte 5.3.1, 5.3.3 und 5.4 zur Verfügung gestellt haben, gelten als interessierte Parteien, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht.

Andere Parteien können erst dann als interessierte Partei bei der Untersuchung mitarbeiten, wenn sie sich bei der Kommission gemeldet haben, und nur dann, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der untersuchten Ware besteht. Die Einstufung als interessierte Partei gilt unbeschadet der Anwendung des Artikels 18 der Grundverordnung.

Der Zugang zu dem zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien bestimmten Dossier erfolgt über TRON.tdi unter folgender Adresse: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>. Um Zugang zu erhalten, folgen Sie bitte den Anweisungen auf dieser Webseite ⁽¹⁰⁾.

5.7. Möglichkeit der Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen

Jede interessierte Partei kann eine Anhörung durch die untersuchenden Kommissionsdienststellen beantragen.

Der entsprechende Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen; er muss ferner eine Zusammenfassung der Punkte enthalten, die die interessierte Partei während der Anhörung erörtern möchte. Die Anhörung ist auf die von den interessierten Parteien im Voraus schriftlich dargelegten Punkte beschränkt.

Für die Anhörungen gilt folgender Zeitrahmen:

- Anhörungen, die vor Ablauf der Frist für die Einführung vorläufiger Maßnahmen stattfinden sollen, sollten binnen 15 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beantragt werden. Die Anhörung findet in der Regel binnen 60 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung statt.
- Nach dem Stadium der vorläufigen Feststellungen sollten Anträge binnen 5 Tagen nach dem Datum der Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder des Informationspapiers gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel binnen 15 Tagen nach der Mitteilung bezüglich des Unterrichtungsdokuments oder dem Datum des Informationspapiers statt.
- Im Stadium der endgültigen Feststellungen sollten Anträge binnen 3 Tagen nach dem Datum der Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel innerhalb der Frist für Stellungnahmen zur endgültigen Unterrichtung statt. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Anträge unmittelbar nach Erhalt dieses weiteren Unterrichtungsdokuments gestellt werden. Die Anhörung findet in der Regel innerhalb der Frist für Stellungnahmen zu dieser Unterrichtung statt.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommissionsdienststellen, in hinreichend begründeten Fällen auch Anhörungen außerhalb des jeweils genannten Zeitrahmens zu akzeptieren und in hinreichend begründeten Fällen Anhörungen zu verweigern. Wird ein Antrag auf Anhörung von den Kommissionsdienststellen abgelehnt, werden der betreffenden Partei die Gründe für die Ablehnung mitgeteilt.

Grundsätzlich können die Anhörungen nicht zur Darlegung von Sachinformationen genutzt werden, die noch nicht im Dossier enthalten sind. Im Interesse einer guten Verwaltung und um die Kommissionsdienststellen in die Lage zu versetzen, bei der Untersuchung voranzukommen, können die interessierten Parteien nach einer Anhörung jedoch aufgefordert werden, neue Sachinformationen vorzulegen.

⁽¹⁰⁾ Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail (trade-service-desk@ec.europa.eu) oder telefonisch (Tel. +32 229-79797) an den Trade Service Desk.

5.8. Schriftliche Beiträge, Übermittlung ausgefüllter Fragebogen und Schriftwechsel

Der Kommission für die Zwecke von Handelsschutzuntersuchungen vorgelegte Angaben müssen frei von Urheberrechten sein. Bevor interessierte Parteien der Kommission Angaben oder Daten vorlegen, für die Urheberrechte Dritter gelten, müssen sie vom Urheberrechtsinhaber eine spezifische Genehmigung einholen, die es der Kommission ausdrücklich gestattet, a) die Angaben und Daten für die Zwecke dieses Handelsschutzverfahrens zu verwenden und b) den an dieser Untersuchung interessierten Parteien die Angaben und Daten so vorzulegen, dass sie ihre Verteidigungsrechte wahrnehmen können.

Alle von interessierten Parteien übermittelten schriftlichen Beiträge, die vertraulich behandelt werden sollen, müssen den Vermerk „Sensitive“⁽¹⁾ (zur vertraulichen Behandlung) tragen; dies gilt auch für entsprechende mit dieser Bekanntmachung angeforderte Informationen, ausgefüllte Fragebogen und sonstige Schreiben. Parteien, die im Laufe der Untersuchung Informationen vorlegen, werden gebeten, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung zu begründen.

Parteien, die Informationen mit dem Vermerk „Sensitive“ übermitteln, müssen nach Artikel 19 Absatz 2 der Grundverordnung eine nichtvertrauliche Zusammenfassung vorlegen, die den Vermerk „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien) trägt. Diese Zusammenfassung sollte so ausführlich sein, dass sie ein angemessenes Verständnis des wesentlichen Inhalts der vertraulichen Informationen ermöglicht.

Kann eine Partei, die vertrauliche Informationen vorlegt, ihren Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht triftig begründen oder legt sie keine nichtvertrauliche Zusammenfassung der Informationen im vorgeschriebenen Format und in der vorgeschriebenen Qualität vor, so kann die Kommission solche Informationen unberücksichtigt lassen, sofern nicht aus geeigneten Quellen in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, dass die Informationen richtig sind.

Interessierte Parteien werden gebeten, alle Beiträge und Anträge, darunter auch Anträge auf Registrierung als interessierte Partei, gescannte Vollmachten und Bescheinigungen, über TRON.tdi (<https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/TDI>) zu übermitteln. Mit der Verwendung von TRON.tdi oder E-Mail erklären sich die interessierten Parteien mit den Regeln für die elektronische Übermittlung von Unterlagen im Leitfaden zum „SCHRIFTWECHSEL MIT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION BEI HANDELSCHUTZUNTERSUCHUNGEN“ einverstanden, der auf der Website der GD Handel veröffentlicht ist: <https://europa.eu/!7tHpY3>. Die interessierten Parteien müssen ihren Namen sowie ihre Anschrift, Telefonnummer und eine gültige E-Mail-Adresse angeben und sollten sicherstellen, dass die genannte E-Mail-Adresse zu einer aktiven offiziellen Mailbox führt, die täglich eingesehen wird. Hat die Kommission die Kontaktdaten erhalten, so kommuniziert sie ausschließlich über TRON.tdi oder per E-Mail mit den interessierten Parteien, es sei denn, diese wünschen ausdrücklich, alle Unterlagen von der Kommission auf einem anderen Kommunikationsweg zu erhalten, oder die Art der Unterlage macht den Versand per Einschreiben erforderlich. Weitere Regeln und Informationen bezüglich des Schriftverkehrs mit der Kommission, einschließlich der Grundsätze für Übermittlungen über TRON.tdi oder per E-Mail, können dem genannten Leitfaden für interessierte Parteien entnommen werden.

Postanschrift der Kommission:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G
Büro: CHAR 04/039
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

TRON.tdi: <https://tron.trade.ec.europa.eu/tron/tdi>

E-Mail-Adresse für Angelegenheiten, die das Dumping betreffen: TRADE-AD712-DP-DUMPING@ec.europa.eu

E-Mail-Adresse für Angelegenheiten, die die Schädigung betreffen: TRADE-AD712-DP-INJURY@ec.europa.eu

6. Zeitplan für die Untersuchung

Nach Artikel 6 Absatz 9 der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgeschlossen. Nach Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, und zwar spätestens sieben Monate, allerspätstens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung.

⁽¹⁾ Eine Unterlage mit dem Vermerk „Sensitive“ gilt als vertraulich im Sinne des Artikels 19 der Grundverordnung und des Artikels 6 des WTO-Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen). Sie ist ferner nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43) geschützt.

Im Einklang mit Artikel 19a der Grundverordnung erteilt die Kommission vier Wochen vor der Einführung vorläufiger Maßnahmen Auskünfte über die geplante Einführung der vorläufigen Zölle. Den interessierten Parteien werden drei Arbeitstage eingeräumt, um schriftlich zur Richtigkeit der Berechnungen Stellung zu nehmen.

Falls die Kommission beabsichtigt, keine vorläufigen Zölle einzuführen, die Untersuchung aber fortzusetzen, werden die interessierten Parteien mittels eines Informationspapiers vier Wochen vor Ablauf der Frist nach Artikel 7 Absatz 1 der Grundverordnung von der Nichteinführung der Zölle in Kenntnis gesetzt.

Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden den interessierten Parteien 15 Tage eingeräumt, um schriftlich zu den vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier Stellung zu nehmen, und 10 Tage, um schriftlich zu den endgültigen Feststellungen Stellung zu nehmen. Gegebenenfalls wird in weiteren Unterrichtungen über die endgültigen Feststellungen die Frist angegeben, in der interessierte Parteien schriftlich dazu Stellung nehmen können.

7. Vorlage von Informationen

In der Regel können interessierte Parteien nur innerhalb der in den Abschnitten 5 und 6 dieser Bekanntmachung angegebenen Fristen Informationen vorlegen. Bei der Vorlage sonstiger, nicht unter diese Abschnitte fallender Informationen sollte folgender Zeitrahmen eingehalten werden:

- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten Informationen für das Stadium der vorläufigen Feststellungen binnen 70 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorgelegt werden.
- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten interessierte Parteien nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier im Stadium der vorläufigen Feststellungen keine neuen Sachinformationen vorlegen. Nach Ablauf dieser Frist können interessierte Parteien nur dann neue Sachinformationen vorlegen, wenn sie nachweisen können, dass diese neuen Sachinformationen erforderlich sind, um Tatsachenbehauptungen anderer interessierter Parteien zu widerlegen, und wenn diese neuen Sachinformationen außerdem innerhalb der für den rechtzeitigen Abschluss der Untersuchung zur Verfügung stehenden Zeit überprüft werden können.
- Um die Untersuchung innerhalb der vorgeschriebenen Fristen abschließen zu können, nimmt die Kommission nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zur Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen bzw. gegebenenfalls nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen keine Beiträge der interessierten Parteien mehr an.

8. Möglichkeit, zu den Beiträgen anderer Parteien Stellung zu nehmen

Zur Wahrung der Verteidigungsrechte sollten die interessierten Parteien die Möglichkeit haben, sich zu den von anderen interessierten Parteien vorgelegten Informationen zu äußern. Dabei dürfen die interessierten Parteien nur auf die in den Beiträgen der anderen interessierten Parteien vorgebrachten Punkte eingehen und keine neuen Punkte ansprechen.

Diese Stellungnahmen sollten innerhalb des folgenden Zeitrahmens abgegeben werden:

- Sofern nichts anderes bestimmt ist, sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien vor Ablauf der Frist für die Einführung vorläufiger Maßnahmen vorgelegt wurden, spätestens am 75. Tag nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung abgegeben werden.
- Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die Unterrichtung über die vorläufigen Feststellungen oder das Informationspapier hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 7 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu den vorläufigen Feststellungen oder zum Informationspapier abgegeben werden.
- Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf die endgültige Unterrichtung hin vorgelegt wurden, sollten, sofern nichts anderes bestimmt ist, binnen 3 Tagen nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu der endgültigen Unterrichtung abgegeben werden. Im Falle einer weiteren Unterrichtung über die endgültigen Feststellungen sollten Stellungnahmen zu Informationen, die von anderen interessierten Parteien auf diese Unterrichtung hin vorgelegt wurden, spätestens am Tag nach Ablauf der Frist für Stellungnahmen zu dieser Unterrichtung abgegeben werden, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Der genannte Zeitrahmen berührt nicht das Recht der Kommission, in hinreichend begründeten Fällen zusätzliche Informationen von den interessierten Parteien anzufordern.

9. Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen

Eine Verlängerung der in dieser Bekanntmachung vorgesehenen Fristen sollte nur in Ausnahmefällen beantragt werden und wird nur bei Nachweis eines wichtigen Grundes gewährt.

In jedem Fall sind Verlängerungen von Fristen für die Beantwortung der Fragebogen normalerweise auf 3 Tage begrenzt; grundsätzlich werden höchstens 7 Tage gewährt.

In Bezug auf die Fristen für die Vorlage anderer Informationen nach dieser Bekanntmachung sind Verlängerungen auf 3 Tage begrenzt, sofern nicht nachgewiesen wird, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.

10. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigern interessierte Parteien den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder erteilen sie diese nicht fristgerecht oder behindern sie die Untersuchung erheblich, so können nach Artikel 18 der Grundverordnung vorläufige oder endgültige positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so können diese Informationen unberücksichtigt bleiben; stattdessen können die verfügbaren Informationen zugrunde gelegt werden.

Arbeitet eine interessierte Partei nicht oder nur eingeschränkt mit und stützen sich die Feststellungen daher nach Artikel 18 der Grundverordnung auf die verfügbaren Informationen, so kann dies zu einem Ergebnis führen, das für diese Partei ungünstiger ist, als wenn sie mitgearbeitet hätte.

Werden die Antworten nicht elektronisch übermittelt, so gilt dies nicht als mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit, sofern die interessierte Partei darlegt, dass die Übermittlung der Antwort in der gewünschten Form die interessierte Partei über Gebühr zusätzlich belasten würde oder mit unangemessenen zusätzlichen Kosten verbunden wäre. In diesem Fall sollte die interessierte Partei unverzüglich mit der Kommission Kontakt aufnehmen.

11. Anhörungsbeauftragte

Interessierte Parteien können sich an die Anhörungsbeauftragte für Handelsverfahren wenden. Sie befasst sich mit Anträgen auf Zugang zum Dossier, Streitigkeiten über die Vertraulichkeit von Unterlagen, Anträgen auf Fristverlängerung und sonstigen Anträgen in Bezug auf die Verteidigungsrechte der interessierten Parteien oder von Dritten, die sich während des Verfahrens ergeben.

Die Anhörungsbeauftragte kann Anhörungen ansetzen und vermittelnd zwischen interessierten Parteien und den Dienststellen der Kommission tätig werden, um zu gewährleisten, dass die interessierten Parteien ihre Verteidigungsrechte umfassend wahrnehmen können. Eine Anhörung durch die Anhörungsbeauftragte ist schriftlich zu beantragen und zu begründen. Die Anhörungsbeauftragte prüft die Gründe, aus denen der jeweilige Antrag gestellt wird. Solche Anhörungen sollten nur stattfinden, wenn die Fragen nicht zeitnah mit den Dienststellen der Kommission geklärt wurden.

Alle Anträge sind frühzeitig zu stellen, um die geordnete Abwicklung des Verfahrens nicht zu gefährden. Zu diesem Zweck sollten interessierte Parteien die Anhörungsbeauftragte zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach Eintritt des Ereignisses, das ein Tätigwerden ihrerseits rechtfertigt, um eine Intervention ersuchen. Bei Anträgen auf Anhörung, die nicht innerhalb der in Abschnitt 5.7 dieser Bekanntmachung aufgeführten Fristen eingereicht werden, prüft die Anhörungsbeauftragte auch die Gründe für die Verspätung, die Art der aufgeworfenen Probleme und die Auswirkungen dieser Probleme auf die Verteidigungsrechte, wobei den Interessen einer guten Verwaltung und dem fristgerechten Abschluss der Untersuchung gebührend Rechnung getragen wird.

Weiterführende Informationen und Kontaktdaten können interessierte Parteien den Webseiten der Anhörungsbeauftragten im Internet-Auftritt der GD Handel entnehmen: https://policy.trade.ec.europa.eu/contacts/hearing-officer_en

12. Verarbeitung personenbezogener Daten

Alle im Rahmen dieser Untersuchung erhobenen personenbezogenen Daten werden nach der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹²⁾ verarbeitet.

Ein Vermerk zum Datenschutz, mit dem alle natürlichen Personen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der handelspolitischen Schutzmaßnahmen der Kommission unterrichtet werden, ist auf der Website der GD Handel abrufbar: <https://europa.eu/!vr4g9W>

⁽¹²⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

ANHANG

☐ „Sensitive“ version (zur vertraulichen Behandlung)

☐ Version „For inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

ANTIDUMPINGVERFAHREN BETREFFEND DIE EINFUHREN VON DEKORPAPIER MIT URSPRUNG IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

INFORMATIONEN FÜR DIE AUSWAHL DER STICHPROBE DER UNABHÄNGIGEN EINFÜHRER

Dieses Formular soll unabhängigen Einführern dabei helfen, die unter Abschnitt 5.3.3 der Einleitungsbekanntmachung angeforderten Informationen zur Stichprobenauswahl bereitzustellen.

Beide Fassungen, die „Sensitive version“ (zur vertraulichen Behandlung) und die „Version for inspection by interested parties“ (zur Einsichtnahme durch interessierte Parteien), sollten nach Maßgabe der Angaben in der Einleitungsbekanntmachung an die Kommission zurückgesandt werden.

1. NAME UND KONTAKTDATEN

Machen Sie bitte folgende Angaben zu Ihrem Unternehmen:

Name des Unternehmens	
Anschrift	
Kontaktperson	
E-Mail:	
Telefon	

2. UMSATZ UND VERKAUFSMENGE

Geben Sie für den Untersuchungszeitraum bitte Folgendes an: den Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR und – für die untersuchte Ware im Sinne der Einleitungsbekanntmachung – den Wert der Einfuhren und der Weiterverkäufe auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“) in EUR sowie die entsprechende Menge in Tonnen.

	Tonnen	Wert (in EUR)
Gesamtumsatz Ihres Unternehmens (in EUR)		
Einfuhren der untersuchten Ware mit Ursprung in der VR China		
Einfuhren der untersuchten Ware (jeglichen Ursprungs)		
Weiterverkäufe der untersuchten Ware auf dem Unionsmarkt nach der Einfuhr aus der VR China		

3. GESCHÄFTSTÄTIGKEITEN IHRES UNTERNEHMENS UND DER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN ⁽¹⁾

Bitte machen Sie Angaben zu den genauen Geschäftstätigkeiten des Unternehmens und aller verbundenen Unternehmen (bitte auflisten und Art der Verbindung mit Ihrem Unternehmen angeben), die an Herstellung oder Verkauf (im Inland oder zur Ausfuhr) der untersuchten Ware beteiligt sind. Zu diesen Tätigkeiten könnten unter anderem der Einkauf der untersuchten Ware, ihre Herstellung im Rahmen von Unterauftragsvereinbarungen, ihre Verarbeitung oder der Handel mit ihr gehören.

Name und Standort des Unternehmens	Geschäftstätigkeiten	Art der Verbindung

4. SONSTIGE ANGABEN

Machen Sie bitte sonstige sachdienliche Angaben, die der Kommission aus der Sicht des Unternehmens bei der Stichprobenbildung von Nutzen sein könnten.

5. ERKLÄRUNG

Mit der Übermittlung der genannten Angaben erklärt sich das Unternehmen mit seiner etwaigen Einbeziehung in die Stichprobe einverstanden. Wird das Unternehmen in die Stichprobe einbezogen, muss es einen Fragebogen ausfüllen und einem Besuch in seinen Betriebsstätten zustimmen, welcher der Überprüfung seiner Angaben dient. Lehnt ein Unternehmen eine Einbeziehung in die Stichprobe ab, wird es bei dieser Untersuchung als nicht mitarbeitendes Unternehmen geführt. Die Kommission trifft die Feststellungen in Bezug auf nicht mitarbeitende Einführer auf der Grundlage der verfügbaren Informationen; dies kann zu einem Ergebnis führen, das für das betreffende Unternehmen ungünstiger ist, als wenn es mitgearbeitet hätte.

Unterschrift des/der Bevollmächtigten:

Name und Funktion des/der Bevollmächtigten:

Datum:

⁽¹⁾ Nach Artikel 127 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 der Kommission vom 24. November 2015 mit Einzelheiten zur Umsetzung von Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union gelten zwei Personen als verbunden, wenn a) sie leitende Angestellte oder Direktoren im Unternehmen der anderen Person sind, b) sie Teilhaber oder Gesellschafter von Personengesellschaften sind, c) sie sich in einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis zueinander befinden, d) eine dritte Person unmittelbar oder mittelbar 5 % oder mehr der im Umlauf befindlichen stimmberechtigten Anteile oder Aktien beider Personen besitzt, kontrolliert oder hält, e) eine von ihnen unmittelbar oder mittelbar die andere kontrolliert, f) beide von ihnen unmittelbar oder mittelbar von einer dritten Person kontrolliert werden, g) sie beide zusammen unmittelbar oder mittelbar eine dritte Person kontrollieren oder h) sie Mitglieder derselben Familie sind (ABl. L 343 vom 29.12.2015, S. 558). Nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Union ist eine „Person“ eine natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung, die keine juristische Person ist, die jedoch nach Unionsrecht oder nach einzelstaatlichem Recht die Möglichkeit hat, im Rechtsverkehr wirksam aufzutreten (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1).



C/2024/3699

14.6.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

13. Juni 2024

(C/2024/3699)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0784	CAD	Kanadischer Dollar		1,4823
JPY	Japanischer Yen		169,58	HKD	Hongkong-Dollar		8,4224
DKK	Dänische Krone		7,4593	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7477
GBP	Pfund Sterling		0,84468	SGD	Singapur-Dollar		1,4557
SEK	Schwedische Krone		11,2210	KRW	Südkoreanischer Won		1 482,31
CHF	Schweizer Franken		0,9668	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,8385
ISK	Isländische Krone		149,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8211
NOK	Norwegische Krone		11,4315	IDR	Indonesische Rupiah		17 527,83
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,0766
CZK	Tschechische Krone		24,699	PHP	Philippinischer Peso		63,173
HUF	Ungarischer Forint		396,48	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3473	THB	Thailändischer Baht		39,593
RON	Rumänischer Leu		4,9773	BRL	Brasilianischer Real		5,8261
TRY	Türkische Lira		34,8311	MXN	Mexikanischer Peso		20,1654
AUD	Australischer Dollar		1,6232	INR	Indische Rupie		90,1120

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/3814

14.6.2024

Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission

(C/2024/3814)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Cataluña / Catalunya“

PDO-ES-A1549-AM07

Datum der Mitteilung: 25.3.2024

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

1. Anwendung des Höchstertrags Weisser Rebsorten (12 000 kg/ha) auf die rote Rebsorte Trepát

Beschreibung:

Der zulässige Höchstertrag der Rebsorte Trepát wird von 10 000 kg/ha auf 12 000 kg/ha angehoben.

Diese Änderung betrifft Nummer 5 der Produktspezifikation und Punkt 5.2 des Einzigsten Dokuments.

Es handelt sich um eine Standardänderung, da sie unter keine der in Artikel 105 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation aufgeführten Änderungsarten fällt.

Begründung:

Die rote Rebsorte Trepát wird auch in Weinen der Ursprungsbezeichnungen Conca de Barberà und Cava verwendet, für die in den jeweiligen Produktspezifikationen bereits ein Höchstertrag von 12 000 kg/ha festgelegt ist.

Es handelt sich um eine sehr produktive Sorte. Ihr Hauptverwendungszweck ist die Herstellung von Roséweinen oder von leichten Rotweinen mit mittlerer bis geringer Farbintensität und mäßigem Alkoholgehalt. Es ist daher nicht sinnvoll, den derzeitigen Höchstertrag von 10 000 kg/ha beizubehalten, der festgelegt wurde, um die Erzeugung farbintensiverer, stärkerer und strukturierter Rotweine zu gewährleisten.

2. Aufnahme der Sorte Mandó/Garró in die liste der zugelassenen Rebsorten

Beschreibung:

Die Sorte Mandó und ihr Synonym Garró werden hinzugefügt.

Diese Änderung betrifft Nummer 6 der Produktspezifikation und Punkt 7 des Einzigsten Dokuments.

Es handelt sich um eine Standardänderung, da sie unter keine der in Artikel 105 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation aufgeführten Änderungsarten fällt.

Begründung:

Die rote Rebsorte Mandó oder ihr Synonym Garró gab es bereits im 19. Jahrhundert in mehreren katalanischen Standorten. Heute fordern Winzer und Weinkellereien die Rückgewinnung des katalanischen Weinbauerbes. Es handelt sich um eine Rebsorte, die zu einer stärkeren Differenzierung unserer Weine auf einem zunehmend globalen Markt beitragen wird. Sie weist eine spätere Reifung auf, was für eine bessere Anpassung an den Klimawandel, der bereits begonnen hat, von großer Bedeutung ist.

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

3. Kennzeichnung „BARCELONA. SUSTAINABLE. CATALUNYA.“

Beschreibung:

Weine aus Abfüllkellereien, die nach der überprüften Berechnung gemäß ISO 14.064-1:2019 eine Verringerung ihres CO₂-Fußabdrucks nachweisen, dürfen auf dem Etikett ein Logo mit der Angabe „BARCELONA. SUSTAINABLE. CATALUNYA“ tragen.

Diese Änderung betrifft Nummer 8.3 der Produktspezifikation (Aufmachung und Kennzeichnung von Weinbauerzeugnissen) und Punkt 9 des Einzigen Dokuments.

Es handelt sich um eine Standardänderung, da sie unter keine der in Artikel 105 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation aufgeführten Änderungsarten fällt.

Begründung:

Der Regulierungsausschuss für die Ursprungsbezeichnung CATALUNYA ist sich des Klimanotstands bewusst und beschließt die Einführung eines Systems zur Unterscheidung von Weinkellereien und Weinen, die sich um eine Verringerung ihres CO₂-Fußabdrucks bemühen.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name(n)

„Cataluña / Catalunya“

2. Art der geografischen Angabe

g. U. – geschützte Ursprungsbezeichnung

3. Kategorien von Weinbauerzeugnissen

1. Wein
3. Likörwein
8. Perlwein

4. Beschreibung des Weines/der Weine

1. Weißwein

KURZBESCHREIBUNG

Diese Weine sind modern und innovativ. Ihre Farbpalette reicht von Hellgelb mit leichten Grüntönen zu intensiven Goldtönen. Die Weine haben eine mittlere bis hohe Aromaintensität; je nach Rebertrag sind sie mehr oder weniger strukturiert. Sie haben eine gemäßigte Säure und einen angemessenen Alkoholgehalt und lassen beim Konsumenten den Wunsch nach einem weiteren Schluck aufkommen. Bei jüngeren Weinen herrschen blumige und/oder fruchtige Noten vor; der Ausbau im Barrique verleiht den gereiften Weinen tertiäre Aromen, die durch Vanille und sogar Röstaromen gekennzeichnet sind. Die Jungweine sind leicht und frisch, während die reiferen Weine geschmeidiger sind und an die Fässer erinnern, in denen sie ausgebaut wurden.

* Höchstgehalt an Schwefeldioxid: 200 mg/l bei einem Zuckergehalt von weniger als 5 g/l und 250 mg/l bei einem Zuckergehalt ab 5 g/l.

* Alle nicht aufgeführten Analyseparameter entsprechen den geltenden Vorschriften.

Allgemeine analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol): –
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol): 10
- Mindestgesamtsäure: 3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter): 13,33
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter) –

2. Roséwein

KURZBESCHREIBUNG

Diese Weine sind modern und innovativ. Ihre Farbpalette reicht von Hellrot mit einem schillernden violetten Glanz über mittlere Orangetöne bis zu zwiebelchalenfarbig. Die Weine haben eine mittlere bis hohe Aromaintensität, je nach Rebertrag sind sie mehr oder weniger strukturiert. Sie haben einen angemessenen Alkoholgehalt und lassen beim Konsumenten den Wunsch nach einem weiteren Schluck aufkommen. Diese Weine sind leicht, frisch und ausgewogen.

- * Höchstgehalt an Schwefeldioxid: 200 mg/l bei einem Zuckergehalt von weniger als 5 g/l und 250 mg/l bei einem Zuckergehalt ab 5 g/l.
- * Alle nicht aufgeführten Analyseparameter entsprechen den geltenden Vorschriften.

Allgemeine analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol): –
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol): 10,5
- Mindestgesamtsäure: 3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter): 13,33
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter) –

3. Rotwein

KURZBESCHREIBUNG

Je nach Ausbau reicht die Farbpalette von intensivem Kirschrot bis zu schwachem Rubinrot mit einem ockerfarbenen Anklang. Die Weine haben eine mittlere bis hohe Aromaintensität; je nach Rebertrag sind sie mehr oder weniger strukturiert. Sie haben eine gemäßigte Säure und einen angemessenen Alkoholgehalt und lassen beim Konsumenten den Wunsch nach einem weiteren Schluck aufkommen. Die Jungweine sind leicht und sehr aromatisch, während die Vergärung und/oder der Ausbau im Barrique runde Weine mit langem Abgang hervorbringt, die mild, aber strukturiert sind.

- * Der maximale Gehalt an flüchtiger Säure kann pro Prozent Alkohol über 11 % und Alterungsjahr um 1 mEq/l überschritten werden, darf aber 20 mEq/l nicht übersteigen.
- * Höchstgehalt an Schwefeldioxid: 150 mg/l bei einem Zuckergehalt von weniger als 5 g/l und 200 mg/l bei einem Zuckergehalt ab 5 g/l.
- * Alle nicht aufgeführten Analyseparameter entsprechen den geltenden Vorschriften.

Allgemeine analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol): –
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol): 11,5
- Mindestgesamtsäure: 3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter): 13,33
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter) –

4. Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Die Merkmale müssen dieselben sein wie bereits für die jeweilige Weinfarbe beschrieben, jedoch mit der zusätzlichen Präsenz von Bläschen. Die Weine sind ausgewogen und frisch, mit einem leichten Prickeln infolge des freigesetzten Kohlendioxids.

- * Höchstgehalt an Schwefeldioxid: Bei einem Zuckergehalt von weniger als 5 g/l 200 mg/l bei Weiß- und Roséweinen und 150 mg/l bei Rotweinen; bei einem Zuckergehalt ab 5 g/l 250 mg/l bei Weiß- und Roséweinen und 200 mg/l bei Rotweinen.
- * Alle nicht aufgeführten Analyseparameter entsprechen den geltenden Vorschriften.

Allgemeine analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol): –
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol): 7
- Mindestgesamtsäure: 3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter): 13,33
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter) –

5. Likörwein

KURZBESCHREIBUNG

Die Farbpalette der Likörweine reicht von undurchsichtigen, intensiven Farben zu den stärker evolvierten Farbtönen, die bei Weiß- und Rotweinen beschrieben wurden. Je nach Reife können sogar Bernsteinöne erreicht werden. Die Weine vermitteln ein leichtes Wärmegefühl; die nicht im Barrique ausgebauten Weine haben fruchtigere Aromen, während reifere Weine von Aldehyd- und Nussaromen geprägt sind. Sie sind warm, geschmeidig und anhaltend.

- * Der maximale Gehalt an flüchtiger Säure kann pro Prozent Alkohol über 11 % und Alterungsjahr um 1 mEq/l überschritten werden, darf aber 20 mEq/l nicht übersteigen.
- * Höchstgehalt an Schwefeldioxid: 150 mg/l bei einem Zuckergehalt von weniger als 5 g/l und 200 mg/l bei einem Zuckergehalt ab 5 g/l.
- * Alle nicht aufgeführten Analyseparameter entsprechen den geltenden Vorschriften.

Allgemeine analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol): –
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol): 15
- Mindestgesamtsäure: 3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter): 13,33
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter) –

6. Weiß-, Rosé- und Rotweine mit geringem Alkoholgehalt („xispejant“)

KURZBESCHREIBUNG

Siehe die vorstehenden Beschreibungen zu den Weiß-, Rosé- und Rotweinen.

- * Höchstgehalt an Schwefeldioxid: 200 mg/l für Weiß- und Roséweine und 150 mg/l für Rotweine bei einem Zuckergehalt von weniger als 5 g/l; 250 mg/l für Weiß- und Roséweine und 200 mg/l für Rotweine bei einem Zuckergehalt ab 5 g/l.
- * Alle nicht aufgeführten Analyseparameter entsprechen den geltenden Vorschriften.

Allgemeine analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol): –
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol): 4,5
- Mindestgesamtsäure: 3,5 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter): 13,33
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in Milligramm pro Liter) –

5. **Weinbereitungsverfahren**5.1. *Spezifische önologische Verfahren*

1. Einschlägige Einschränkung bei der Weinbereitung

Die Trauben müssen mit höchster Sorgfalt gelesen werden. Die Weine mit dieser g. U. dürfen nur aus gesunden Trauben gewonnen werden, die reif genug sind, um im Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften Weine mit einem natürlichen Alkoholgehalt von mindestens 9,5 % vol oder mehr in der Zone CII bzw. von 10 % vol oder mehr in der Zone CIII zu erzeugen.

Zur Most- oder Weingewinnung und zur Entfernung der Häute muss der geeignete Druck ausgeübt werden, der sicherstellt, dass je 100 kg gelesener Trauben höchstens 74 Liter Wein gewonnen werden.

5.2. *Höchstserträge*

1. Weißweinsorten

12 000 kg Trauben pro Hektar

88,8 Hektoliter je Hektar

2. Rotweinsorten

10 000 kg Trauben je Hektar

74 Hektoliter je Hektar

3. Xarel·lo Rosado, Trepát und Garnacha Roja oder Gris

12 000 kg Trauben pro Hektar

88,8 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Abrera

Agramunt, der historische Weiler Montclar

Aguilar de Segarra

Agullana

Aiguamúrcia

Albagés, l'

Albi, l'

Albiol, l'

Albons

Aleixar, l'

Alfarràs

die Parzellen Nr. 9022, 9017 und 9005 des Flurstücks Nr. 6 und die Parzellen Nr. 3, 57, 9001, 9003, 9004, 9007 und 9027 des Flurstücks Nr. 15

Albinyana

Alcover

Alella

Alforja

Algerri

Alió

Almacelles: die Parzellen Nr. 25, 180, 193 und 196 des Flurstücks Nr. 5

Almenar

Almoster

Alòs de Balaguer

Alpicat

Altafulla

Ametlla de Mar, l'

Almetlla de Segarra, l'

Arbeca

Arboç, l'

Arenys de Mar

Arenys de Munt

Argentera, l'

Argentona

Arnes

Artés

Artesa de Segre

Ascó

Avinyó

Avinyonet de Penedès

Avinyonet de Puigventós

Badalona

Balaguer

Balsareny

Banyeres del Penedès

Barberà de la Conca

Barcelona, die Parzelle Nr. 1 des Flurstücks Nr. 1

Baronia de Rialb

Batea

Begues

Begur

Belianes

Bellaguarda

Belcaire d'Empordà

Bellmunt del Priorat

Bellprat

Bellvei

Benissanet

Bigues i Riells

Bisbal d'Empordà, la

Bisbal del Penedès, la

Bisbal de Falset, la

Biure

Blancafort

Boadella i les Escaules

Bonastre

Borges Blanques, las: die Parzellen Nr. 30 und 96 des Flurstücks Nr. 9, die Parzellen Nr. 114, 165 und 167 des Flurstücks Nr. 21 und die Parzellen Nr. 118, 119 und 120 des Flurstücks Nr. 22

Borges del Camp, les

Bot

Botarell

Bovera

Bràfim

Bruc, el

Cabacés

Cabanes

Cabanyes, les

Cabassers

Cabra del Camp

Cabrera d'Igualada

Cabrera de Mar

Cabrils

Cadaqués

Calafell

Calders

Caldes de Montbui, die Parzelle Nr. 57 des Flurstücks Nr. 1 und die Parzelle Nr. 12 des Flurstücks Nr. 2

Calella

Callús

Calonge

Cambrils

Canonja, la

Canovelles

Cantallops

Canyelles

Capafons

Capellades

Capçanes

Capmany

Cardedeu

Cardona

Carme

Caseres

Castell-Platja d'Aro

Castell de Mur, die Ortschaften Cellers und Guardia de Tremp

Castellbisbal

Castellet i la Gornal

Castellfollit del Boix

Castellgalí

Castellnou de Bages

Castelló de Farfanya

Castellolí

Castellvell del Camp

Castellví de la Marca

Castellví de Rosanes

Catllar, el
Cervelló
Cervià de les Garrigues
Cistella
Ciutadilla
Colera
Collbató
Colldejou
Conca de Dalt
Conesa
Constantí
Copons
Corbera de Llobregat
Corçà
Corbera d'Ebre
Cornudella de Montsant
Creixell
Cruïlles; Monells i Sant Sadurní de l'Heura
Cubells, die Parzelle Nr. 90 des Flurstücks Nr. 7
Cubelles
Cunit
Darnius
Duesaigües
Esparraguera
Espluga Calba, l'
Espluga de Francolí, l'
Espolla
Falset
Fatarella, la
Febró, la
Figuera, la
Figueres
Figuerola del Camp
Flix
Floresta, la

Fogars de Montclús
Fonollosa
Font-rubí
Foradada
Forallac
Forés
Franqueses del Vallès
Fulleda
Gaià
Gandesa
Garcia
Garidells, els
Garriguella
Gavet de la Conca und seine Ortschaften Sant Cristòfol de la Vall, Sant Martí de Barcedana und Sant Miquel de la Vall
Gelida
Gimenells i el Pla de la Font
Ginestar
Granada, la
Granollers
Granyanella
Granyena de Segarra
Gratallops
Guiamets, els
Guimerà
Horta de Sant Joan
Hostalets de Pierola, els
Igualada
Isona i Conca Dellà und seine Ortschaften Conques, Figuerola d'Orcau, Orcau- Basturs und Sant Romà d'Abella
Ivars d'Urgell
Ivars de Noguera
Jonquera, la
Jorba
Juncosa

Juneda: die Parzelle Nr. 487 des Flurstücks Nr. 5 und die Parzellen Nr. 14, 15, 16, 33, 34 und 37 des Flurstücks Nr. 12 und die Parzellen Nr. 3, 4 und 5 des Flurstücks Nr. 13

Llacuna, la

Llançà

Llardecans

Lérida: die Ortschaften Raimat und Sucs

Llers

Lliçà d'Amunt

Llimiana

Lloar, el

Llorenç del Penedès

Lloret de Mar

Maials

Maldà

Manresa

Marçà

Margalef

Marsà

Martorell

Martorelles

Masarac

Masllorenç

Masnou, el

Masó, la

Maspujols

Masquefa

Masroig, el

Massoteres

Mataró

Mediona

Menàrguens

Milà, el

Miravet

Molar, el

Mollet de Peralada

Montgat
Monistrol de Calders
Montblanc
Montbrió del Camp
Montferri
Montmell, el
Montoliu de Segarra
Montornès de Segarra
Montornès del Vallès
Mont-ral
Mont-ras
Mont-roig del Camp
Móra d'Ebre
Móra la Nova
Morell
Morera de Montsant, la, und ihre Ortschaft Scala-dei
Mura
Nalec
Navarcles
Navàs
Nou de Gaià, la
Nulles
Òdena
Olèrdola
Olesa de Bonesvalls
Olivella
Omells de na Gaia, els
Omellons, els
Orpí
Òrrius
Os de Balaguer
Pacs del Penedès
Palafrugell
Palamós
Palau-sator

Palau-saverdera
Pallaresos, els
Palma d'Ebre, la
Pals
Pau
Pedret i Marzà
Penelles
Perafort
Peralada
Perelló, el
Piera
Pinell de Brai, el
Pira
Pla de la Font, el
Pla de Santa Maria, el
Pla del Penedès, el
Pla del Penedès
Pobla de Cérvoles, la
Pobla de Claramunt, la
Pobla de Mafumet, la
Pobla de Massaluca, la
Pobla de Montornès, la
Pobla de Segur
Poboleda
Pont d'Armentera, el
Pont de Molins,
Pont de Vilomara i Rocafort, el
Pontons
Porrera
Port de la Selva, el
Portbou
Pradell de la Teixeta, el
Prades
Prat del Compte
Preixana

Preixens

Premià de Dalt

Premià de Mar

Puigdàlber

Puigpelat

Querol

Rabós

Rajadell

Rasquera

Regencós

Renau

Reus

Riba-roja d'Ebre

Riera de Gaià, la

Riudecanyes

Riudecols

Riudoms

Riumors

Roca del Vallès, la

Roda de Barà

Rodonyà

Rocafort de Queralt

Roses

Rourell, el

Sabadell: „Can Gambús“, eine Fläche von zwei Hektar mit der Katasternummer 28003001 DG2020A

Salàs de Pallars

Sallent

Salomó

Sant Cebrià de Vallalta

Sant Climent Sescebes

Sant Cugat de Sesgarrigues

Sant Esteve Sesrovires

Sant Feliu de Buixalleu

Sant Feliu de Codines

Sant Feliu de Guíxols
Sant Fost de Campsentelles
Sant Fruitós de Bages
Sant Iscle de Vallalta
Sant Jaume dels Domenys
Sant Joan de Vilatorrada
Sant Jordi Desvalls
Sant Llorenç Savall
Sant Llorens d'Hortons
Sant Martí de Riucorb
Sant Martí de Tous
Sant Martí Sarroca
Sant Martí Vell
Sant Mateu de Bages
Sant Pere de Ribes
Sant Pere de Riudebitlles
Sant Pol de Mar
Sant Quintí de Mediona
Sant Sadurní d'Anoia
Sant Salvador de Guardiola
Santa Cristina d'Aro
Santa Margarida i els Monjos
Santa Maria de Miralles
Santa Maria d'Oló
Santa Oliva
Santa Fe del Penedès
Santa Maria de Martorelles
Santa Margarida de Montbui
Santpedor
Sarral
Secuita, la
Selva del Camp, la
Selva de Mar, la
Senan
Sentmenat

Sitges
Siurana d'Empordà
Solivella
Sort
Subirats
Súria
Talamanca
Talarn
Tallada d'Empordà
Tarragona
Tàrraga
Tarrés
Teià
Terrades
Tiana
Tivissa
Tordera
Torrebeses, die Parzellen Nr. 247 und 283 des Flurstücks Nr. 6
Torre de Claramunt, la
Torre de Fontaubella, la
Torre de l'Espanyol, la
Torredembarra
Torrefarrera
Torrelavit
Torrelles de Foix
Torrent
Torroella de Montgrí
Torroja del Priorat
Tortellà
Tremp (ehemalige Stadtgemeinde) und ihre Ortschaften Gurb, Palau de Noguera, Puigcercós, Suterranya und Vilamitjana
Ullà
Ulldemolins
Vallbona de les Monges
Vallbona d'Anoia

Vallclara
Vallfogona de Riucorb
Vallgorguina
Vallirana
Vall-llobrega
Vallromanes
Valls
Vandellós i l'Hospitalet de l'Infant
Vallmoll
Vendrell, el
Ventalló
Verdú
Vespella
Vilademuls
Vila-rodona
Vilafant
Vilafranca del Penedès
Vilagrassa: die Parzelle Nr. 92 des Flurstücks Nr. 4
Vilajuïga
Vilalba dels Arcs
Vilallonga del Camp
Vilamalla
Vilamaniscle
Vilanant
Vilanova del Camí
Vilanova d'Escornalbou
Vilanova de Prades
Vilanova i la Geltrú
Vilanova del Vallès
Vila-seca
Vilassar de Dalt
Vilassar de Mar
Vilabella
Vilaverd
Vilella Alta, la

Vilella Baixa, la
Vilosell, el
Vilobí del Penedès
Vilopriu
Vimbodí
Vinaixa
Vinebre
Vinyols i els Arcs

7. **Keltertraubensorte(n)**

AGUDELO – CHENIN BLANC
ALARIJE – SUBIRANT PARENT
ALBARIÑO
CABERNET FRANC
CABERNET SAUVIGNON
CHARDONNAY
GARNACHA BLANCA – LLADONER BLANCO
GARNACHA PELUDA
GARNACHA ROJA – GARNACHA GRIS
GARNACHA TINTA – LLADONER
GARNACHA TINTORERA
GARRO – MANDO
GEWÜRZTRAMINER
MACABEO – VIURA
MALVASÍA AROMÁTICA – MALVASÍA SITGES
MARSELÁN
MAZUELA – CARIÑENA
MAZUELA – SAMSÓ
MERLOT
MERSEGUERA – SUMOLL BLANCO
MONASTRELL
MOSCATEL DE ALEJANDRÍA
MOSCATEL DE GRANO MENUDO
PARELLADA – MONTONEC
PARELLADA – MONTONEGA
PEDRO XIMÉNEZ

PETIT VERDOT
PICAPOLL BLANCO
PICAPOLL NEGRO
PINOT NOIR
RIESLING
SAUVIGNON BLANC
SUMOLL TINTO
SYRAH
TEMPRANILLO – ULL DE LLEBRE
TREPAT
VINYATER
VIOGNIER
XAREL·LO – CARTOIXA
XAREL·LO – PANSA BLANCA
XAREL·LO – PANSAL
XAREL·LO ROSADO

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Wein

Der ausgeprägte mediterrane Einfluss bringt weiche, dichte Weine mit relativ geringer Säure, einem hohen Alkoholgehalt und Aromen hervor, die besonders bei Rotweinen mit zunehmendem Alter immer besser werden. Die hohe Sonneneinstrahlung in unserer Region fördert die Entwicklung der intensiven – besonders roten – Färbung, die unsere Weine charakterisiert.

Schluff und Lehm sind die vorherrschenden Bodentexturen, die sowohl Weiß- als auch Rotweinen Körper und Struktur verleihen und die Farbe der Rotweine weiter verstärken.

Die breite Palette der Traubensorten in Katalonien beweist einmal mehr die Weltoffenheit, die schon immer für die Katalanen typisch war. Sie wirft auch ein Licht auf die lange Geschichte der Weinbereitung in der Region. Bereits Pere Gil schrieb um das Jahr 1600: „In ganz Katalonien, auf maritimen und auf mediterranen Flächen, wird Wein hergestellt... Die Weine aus Katalonien sind in der Regel stark und sehr gut. Sie produzieren alle möglichen Arten von Wein...“. Jaume Ciurana (1980) beschreibt einen gemeinsamen Nenner aller katalanischen Weine, ein Merkmal, das allen gemeinsam ist: die Hingabe, das Optimierungsbestreben und die Zielorientiertheit der Menschen, die den Wein herstellen.

8.2. Perlwein

Die Kalkböden bringen lebendige, aromatische und äußerst raffinierte Weine hervor.

Durch das Vorziehen des Lesedatums können ein niedrigerer Alkoholgehalt und eine höhere Säure erzielt werden. In Verbindung mit dem natürlich vorkommenden Kohlendioxid verleiht dies den Weinen ihren typischen erfrischenden Eindruck.

Die katalanische Gesellschaft ist historisch und kulturell mit Weinen mit natürlichen Kohlendioxidgehalt verbunden, was sich darin zeigt, dass die Perlweinerzeugung in Katalonien ein wichtiger Wirtschaftszweig ist, dessen Ursprünge bis in die erste Hälfte der 19. Jahrhunderts zurückreichen.

8.3. *Likörwein*

Der ausgeprägte mediterrane Einfluss und die Bodentextur wurden bereits unter der Kategorie „Wein“ beschrieben; sie beeinflussen die Likörweine mit der g. U. „Cataluña“/„Catalunya“ in gleicher Weise, d. h., sie verleihen ihnen eine große Farb- und Aromaintensität, Körper und eine mittlere bis geringe Säure.

Likörweine werden bei katalanischen Mahlzeiten gerne als Digestif gereicht; diese Art von Wein wird bei der traditionellen katalanischen Nachspeise „postres de música“ (Nachspeisen mit Musik) mit einer Mischung aus Schalen- (Mandeln, Haselnüsse, Pinienkerne) und Trockenfrüchten (Rosinen, Feigen, Aprikosen) kombiniert.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Kennzeichnung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

Nationale Rechtsvorschriften

Art der weiteren Bedingung:

Zusätzliche Bestimmungen für die Kennzeichnung

Beschreibung der Bedingung:

Der Ausdruck „xispejant“ kann wahlweise in die Kennzeichnung von Weiß-, Rosé- und Rotweinen mit geringem Alkoholgehalt aufgenommen werden, die durch absichtliche Gärunterbrechung erzeugt wurden.

Für die Kennzeichnung der Winzer, die Wein aus eigenen Trauben erzeugen, wird auf dem Etikett der Erzeugnisse der Hinweis „CATALUNYA VINYERÓ“ angegeben. Winzer, die Weine ausschließlich aus Trauben ihrer eigenen Rebflächen erzeugen, können beantragen, diese Angabe verwenden zu dürfen.

Weine aus Abfüllkellereien, die nach der überprüften Berechnung gemäß ISO 14.064-1:2019 eine Verringerung ihres CO₂-Fußabdrucks nachweisen, dürfen auf dem Etikett ein Logo mit der Angabe „BARCELONA. SUSTAINABLE. CATALUNYA“ tragen.

Link zur Produktspezifikation

<https://incavi.gencat.cat/.content/005-normativa/plecs-condicions-do-catalanes/Arxius-plecs/PC-DO-Catalunya-modif6-AM07-2023.pdf>



C/2024/3825

14.6.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.112932

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3825)

Datum der Annahme der Entscheidung	23.5.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.112932	
Mitgliedstaat	Italien	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Reintroduzione di un regime di aiuti a sostegno del trasporto integrato nella provincia di Trento	
Rechtsgrundlage	Legge provinciale n. 16/1993 art. 16 bis - Disciplina dei servizi pubblici di trasporto in Provincia di Trento	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Verkehrskoordination	
Form der Beihilfe		
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 000 000 EUR	
Beihilfemaximalintensität		
Laufzeit	bis zum 31.12.2025	
Wirtschaftssektoren	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Provincia Autonoma di Trento Piazza Dante, n. 15 - 38122 Trento	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/3833

14.6.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11246 — ROLEX / BUCHERER)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3833)

1. Am 6. Juni 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Rolex Holding SA („Rolex“, Schweiz),
- Bucherer Holding AG und Bucherer Immobilien AG („Bucherer“, Schweiz).

Rolex wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Bucherer übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Rolex betreibt in erster Linie die Entwicklung, Fertigung und Vermarktung von Prestige- und Luxusarmbanduhren und verkauft diese an Einzelhändler weltweit, insbesondere auch im EWR.
- Bucherer vertreibt in erster Linie fabrikneue und gebrauchte Luxusarmbanduhren sowie Schmuck an Endverbraucher und fertigt in begrenztem Umfang in unabhängiger Produktion Armbanduhren und Schmuck seiner Eigenmarken Carl F. Bucherer und Bucher Fine Jewellery. Bucherer ist in Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und der Schweiz aktiv.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11246 — ROLEX / BUCHERER

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).



C/2024/3835

14.6.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11581 — APOLLO / PURMO)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3835)

1. Am 5. Juni 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Apollo Clean Transition Equity Partners Management, L.P., kontrolliert von Apollo Global Management, Inc. („Apollo“, USA),
- Purmo Group Plc, ein am Nasdaq Helsinki Ltd. notiertes finnisches Unternehmen („Purmo“, Finnland).

Apollo wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über Purmo erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt im Wege eines am 26. April 2024 angekündigten öffentlichen Übernahmeangebots.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Apollo ist weltweit in der alternativen Vermögensverwaltung tätig, bietet Dienstleistungen im Bereich Altersvorsorge an und investiert in Unternehmen verschiedener Bereiche wie natürliche Ressourcen, verarbeitendes Gewerbe und Industrie, Bildung, Versicherung, Finanzdienstleistungen und Freizeitgestaltung.
- Purmo entwickelt, produziert und vertreibt Produkte im Bereich Raumklima-Komfort, wozu auch Heizungs- und Kühlanlagen zählen; zudem ist Purmo in weiteren mit diesen Bereichen verbundenen Sparten wie der Software-Entwicklung und dem Angebot von Dienstleistungen tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11581 — APOLLO / PURMO

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3842

14.6.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11532 - ICG / HOLDING URIACH / URIACH / INELDEA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3842)

1. Am 10. Juni 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Intermediate Capital Group plc („ICG“, Vereinigtes Königreich),
- Corporación J. Uriach, S.A. („Holding Uriach“, Spanien),
- Grupo J. Uriach, S.L.U. („Uriach“, Spanien),
- PAM Invest-Ineldea Santé SAS („Ineldea“, Frankreich).

ICG und Holding Uriach werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von Uriach und Ineldea erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- ICG ist weltweit in der alternativen Vermögensverwaltung in den Bereichen Structured und Private Equity, Private Debt, Real Assets und Credit tätig. Das in Europa, in Asien und im Pazifischen Raum und in den USA vertretene Unternehmen hat seinen Sitz im Vereinigten Königreich.
- Holding Uriach ist die Holdinggesellschaft, über die Mitglieder der Familie Uriach ihre Beteiligungen an Uriach halten. Es handelt sich um eine reine Holdinggesellschaft, die keine Tätigkeiten ausübt und derzeit die alleinige Kontrolle über Uriach hat.
- Uriach ist Teil der Uriach-Gruppe und in der Vermarktung von rezeptfreien Fertigarzneimitteln und in der Entwicklung und Vermarktung von Gesundheitsprodukten wie Nahrungsergänzungsmitteln, Kosmetika und Naturprodukten, die über ihre Online-Plattform „Naturitas“ vertrieben werden, tätig. Über diese Plattform vertreibt Uriach eine breite Produktpalette an Nahrungsergänzungsmitteln, Kosmetika, Haushaltsprodukten, Babyprodukten und biologischen Lebensmitteln.
- Ineldea ist Teil der Ineldea-Gruppe und in der Entwicklung und Vermarktung von natürlichen Nahrungsergänzungsmitteln, Kosmetika, Körperpflegemitteln und ähnlichen Produkten hauptsächlich in Frankreich, aber auch in einigen EU-Mitgliedstaaten tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11532 - ICG / HOLDING URIACH / URIACH / INELDEA

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3843

14.6.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11286 – NREP / NOVO HOLDINGS / INDUSTRIENS PENSIONFORSIKRING / DSB EU / JERNBANEBYEN HOLDING JV)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/3843)

1. Am 7. Juni 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- NREP AB („NREP“, Schweden) kontrolliert von NERP A/S (Dänemark),
- Novo Holdings A/S („Novo Holdings“, Dänemark) kontrolliert von Novo Nordisk Foundation (Dänemark),
- Industriens Pensionsforsikring A/S („Industriens Pension“, Dänemark), kontrolliert von Industripension Holding A/S (Dänemark),
- DSB Ejendomsudvikling A/S („DSB EU“, Dänemark), kontrolliert von DSB (Dänemark),
- Jernbanebyen Holding K/S (im Folgenden „Gemeinschaftsunternehmen“).

NREP, Novo Holdings, Industriens Pension und DSB EU werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über das Gemeinschaftsunternehmen erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- NREP: Fondsmanagement; Investitionen in, Betrieb und Entwicklung von Immobilien in den nordischen Ländern;
- Novo Holdings: Investitionen in Biowissenschaften, hochwertige Infrastruktur, moderne und nachhaltige Immobilien;
- Industriens Pension: ein Betriebsrentenunternehmen;
- DSB EU: Verkauf, Entwicklung und Vermietung von Immobilien, die im Eigentum des staatlichen dänischen Eisenbahnunternehmens DSB stehen.

3. Das Gemeinschaftsunternehmen (JV) wird in folgenden Geschäftsbereichen tätig sein: Entwicklung und Betrieb von Mietflächen in Jernbanebyen (Kopenhagen).

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11286 – NREP / NOVO HOLDINGS / INDUSTRIENS PENSIONFORSIKRING / DSB EU / JERNBANEBYEN HOLDING JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/3844

14.6.2024

VERWALTUNGSKOMMISSION FÜR DIE SOZIALE SICHERHEIT DER WANDERARBEITNEHMER
Währungsumrechnungskurse zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates

(C/2024/3844)

Artikel 107 Absätze 1, 2 und 4 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72

Bezugszeitraum: April 2024

Anwendungszeitraum: Juli, August, September 2024

Apr-24	EUR	BGN	CZK	DKK	HUF	PLN
1 EUR =	1	1,956	25,255	7,461	393,660	4,317
1 BGN =	0,511	1	12,912	3,814	201,275	2,207
1 CZK =	0,040	0,077	1	0,295	15,588	0,171
1 DKK =	0,134	0,262	3,385	1	52,766	0,579
1 HUF =	0,003	0,005	0,064	0,019	1	0,011
1 PLN =	0,232	0,453	5,849	1,728	91,179	1
1 RON =	0,201	0,393	5,076	1,499	79,122	0,868
1 SEK =	0,086	0,168	2,173	0,642	33,875	0,372
1 GBP =	1,167	2,282	29,471	8,706	459,392	5,038
1 NOK =	0,085	0,167	2,159	0,638	33,651	0,369
1 ISK =	0,007	0,013	0,168	0,050	2,617	0,029
1 CHF =	1,029	2,012	25,979	7,674	404,946	4,441

Quelle: EZB

Apr-24	RON	SEK	GBP	NOK	ISK	CHF
1 EUR =	4,975	11,621	0,857	11,698	150,400	0,972
1 BGN =	2,544	5,942	0,438	5,981	76,898	0,497
1 CZK =	0,197	0,460	0,034	0,463	5,955	0,038
1 DKK =	0,667	1,558	0,115	1,568	20,159	0,130
1 HUF =	0,013	0,030	0,002	0,030	0,382	0,002
1 PLN =	1,152	2,692	0,198	2,710	34,836	0,225
1 RON =	1	2,336	0,172	2,351	30,229	0,195
1 SEK =	0,428	1	0,074	1,007	12,942	0,084
1 GBP =	5,806	13,561	1	13,652	175,513	1,134
1 NOK =	0,425	0,993	0,073	1	12,857	0,083
1 ISK =	0,033	0,077	0,006	0,078	1	0,006
1 CHF =	5,118	11,954	0,881	12,034	154,712	1

Quelle: EZB

Hinweis: Alle Kreuzkurse für ISK werden anhand des Wechselkurses ISK/EUR der isländischen Zentralbank berechnet.

Bezugszeitraum: Apr-24	1 EUR in Landeswährung	1 Einheit Landeswährung in EUR
BGN	1,95583	0,51129
CZK	25,25450	0,03960
DKK	7,46051	0,13404
HUF	393,66000	0,00254
PLN	4,31743	0,23162
RON	4,97538	0,20099
SEK	11,62095	0,08605
GBP	0,85692	1,16698
NOK	11,69825	0,08548
ISK	150,40000	0,00665
CHF	0,97213	1,02867

Quelle: EZB

Hinweis: Der Wechselkurs ISK/EUR basiert auf den Daten der isländischen Zentralbank.

1. Laut Verordnung (EWG) Nr. 574/72 wird für die Umrechnung von auf eine Währung lautenden Beträgen in eine andere Währung der von der Kommission errechnete Kurs verwendet, der sich auf das monatliche Mittel der von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Referenzwechsellkurse der Währungen während des in Absatz 2 bestimmten Bezugszeitraums stützt.
2. Bezugstermin ist:
 - der Monat Januar für die ab dem darauf folgenden 1. April anzuwendenden Umrechnungskurse,
 - der Monat April für die ab dem darauf folgenden 1. Juli anzuwendenden Umrechnungskurse,
 - der Monat Juli für die ab dem darauf folgenden 1. Oktober anzuwendenden Umrechnungskurse,
 - der Monat Oktober für die ab dem darauf folgenden 1. Januar anzuwendenden Umrechnungskurse.

Die Umrechnungskurse der Währungen werden im jeweils zweiten in den Monaten Februar, Mai, August und November erscheinenden *Amtsblatt der Europäischen Union* (Serie C) veröffentlicht.